

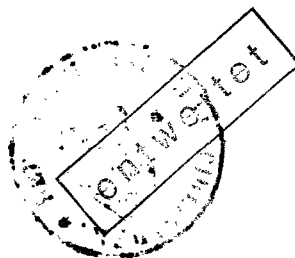
Ka 5

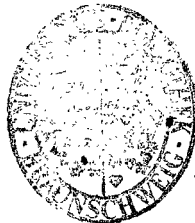


UB Braunschweig 84



4725-978-8





4725-9788

Verzeichnis
der
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung

zu
Braunschweig
im Jahre 1912/13.



10012328

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei in Braunschweig.

A. Nach der Zeitfolge.

1. Am 25. April 1912.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters für das Jahr 1912/13	2
2. Anschaffung eines Krankenautomobils	3
3. Erwerb von Flächen an der Waterloo- und Wabestraße	9
4. Übernahme einer Teilstrecke der Magdeburger (Helmstedter)-Straße	12
5. Antrag des Stadtverordneten Frede auf Einführung einer Filial-Umsatzsteuer für auswärtige Geschäfte	13
6. Antrag des Stadtverordneten Poeschigt auf Verbreiterung des Bürgersteigs vor „Café Central“ und „Stern“	22
7. Verrechnung von Stempelfkosten bei Verträgen	23
8. Erhöhung des Zuschusses für den Verkehrsverein	23
9. Verwilligung eines Beitrages für den Verein für soziale innere Kolonisation Deutschlands	24
10. Abrechnung über den stadtsseitigen Verkauf von Seefischen	25
11. Gewährung einer Beihilfe an den Ortsverein des Jungdeutschland-Bundes	36
12. Gewährung einer Beihilfe zu der 23. Wanderversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kunstgewerbe-Schulmänner sowie zu der Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit	42
13. Baulichkeiten auf dem Grundstücke der städtischen Mädchenschule	43
14. Verkauf des alten Stadthauses	44
15. Auszahlung eines Kaufgeld-Teilbetrages	44
16. Aufhebung eines Teiles des Interessentenweges Nr. 49	45
17. Abrechnung über verschiedene Bauten	45
18. Ankauf eines Grundstücks an der Gliesmaroderstraße	46
19. Erwerb von Flächen zum Ausbau der Schunterstraße und Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens	47
20. Antrag auf Zulassung und Ausbau einer von der Henneberg-Straße abzweigenden Straße	48
21. Gewährung eines Zuschusses zum Nordwestdeutschen Fluge	49

2. Am 23. Mai 1912.

1. Aufkündigung eines Vertrages	52
2. Herrichtung eines Abflußrohres auf dem früheren Brunonia-Grundstücke	54
3. Beihilfe für die katholischen Kinderhorte	54
4. Ausbau der Straße 568	55
5. Änderung des Ortsbauplans für die Nordseite des Damms zwischen Münzstraße und Bohlweg	55

	Seite
6. Erhöhung des Beitrages für den Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsanwaltsstellen	56
7. Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens wegen einer Fläche an der Hamburgerstraße	57
8. Erweiterung des Stadtbezirks im Osten der Stadt	57
9. Ausbau der Herzogin-Elisabeth-Straße zwischen Hufarenstraße und Kastanienallee	58
10. Anwendung von Mitteln aus der Südelstiftung zur Erweiterung der Schülerbibliotheken an den Bürgerschulen	65
11. Abänderung des Bauprojekts für die Schule an der Wilhelmstraße	67
12. Wahl zweier Vertreter für den 29. Braunschweigischen Städtetag	67
13. Ausbau der Straßen 508 a und 509 a	68
14. Ausbau der Infanteriestraße	69
15. Eingabe des Central-Verbands der Handlungsgehilfen- und -gehilfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg, Bezirk Braunschweig, wegen der Sonntagsruhe	70
16. Verbreiterung des Fußsteigs vor dem „Stern“	91
17. Instandsetzung einer Teilstrecke der Fährbahn in der Kastanienallee	91
18. Ausbau der Straßen 32 und 38	92
19. Ausbau der Straße 556	94
20. Abänderung des Verlagsvertrages über das Urkundenbuch	95
21. Instandsetzung der Dampfpritze 1	96

3. Am 20. Juni 1912.

1. Erpachtung eines Spielplatzes	98
2. Beihilfe an den Deutschen Verband für die Materialprüfungen der Technik	100
3. Abkommen mit der Strasseneisenbahn-Gesellschaft wegen Lieferung elektrischer Energie an städtische Werke	105
4. Verpachtung einer Fläche des Franzischen Feldes an den Männerturnverein	107
5. Rückerstattung von Kosten für Verlegung von Gas- und Wasserrohren in den projektierten Straßen 568 und 100	120
6. Aufstellung von Laternen auf der Straße Lämmchenteich	120
7. Archivalien-Austausch zwischen Staat und Stadt	121
8. Abschaffung der Pferdebespannung bei der Berufsfeuerwehr	122
9. Änderung des Statuts über die Unterhaltung einer höheren Mädchenschule und Schaffung einer neuen Stelle bei derselben	130
10. Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens und Verkauf von entbehrlich gewordenem Terrain an der Amalienstraße	137
11. Gewährung eines Zuschusses an das Nikolausstift	138
12. Instandsetzung einiger Zimmer im Hause Petersilienstraße 9	139
13. Abkommen mit der Strasseneisenbahn-Gesellschaft wegen der Berechnung des Reingewinns	139
14. An- und Verkauf von Flächen an der Ecke der Leopold- und Friedrich-Wilhelmstraße	141
15. Aufnahme der Straße 616 in den Ortsbauplan und Ausbau derselben	141

	Seite
16. Anfrage Wefemeier über Errichtung eines Viehhoofs und Einrichtung von Viehmärkten	142
17. Antrag Loeschigk auf Anpflanzung von Bäumen an verschiedenen Straßen und Plätzen	145
18. Antrag Munte, Bepflanzung der Seitenwege des Hagen- und Altwiekrings mit anderen Bäumen	146

4. Am 2. Juli 1912.

1. Erweiterung verschiedener Abteilungen der städtischen Mädchenfortbildungsschule	151
2. Kanalisierung von Obergräben südlich der Bammelsburgerstraße	152
3. Errichtung eines Schuppens im Schulgarten an der Oberstraße	155
4. Umbau des Schuldienershauses auf dem Schulgrundstück an der Reichstraße	156
5. Einführung einer Preßgasbeleuchtung auf dem Kohlmarke und der sich anschließenden Strecke der Friedrich-Wilhelm-Straße bis zur Post	156
6. Anschaffung einer fahrbaren Pumpenanlage	157
7. Ausbau der Helenenstraße zwischen Cyriaksring und den projektierten Straßen 434 a und 435 a	158
8. Aufbau der Studienanstalt und Schaffung einer neuen Oberlehrerstelle daselbst	158
9. Schaffung von Räumen für den naturkundlichen Unterricht für die Studienanstalt, das Lyzeum und Oberlyzeum	163
10. Projekt über die Errichtung eines Gebäudes für die Knabenmittelschule	173
11. Einsprache gegen Änderung des Ortsbauplans für den Damm	177
12. Ausbau von Teilstrecken der Hermann-, Wittekind- und Diesterwegstraße	187
13. Erwerb von Grundflächen zur Cellerstraße	189
14. Auswechslung eines Hydranten an der Ecke der Hamburgerstraße und der Rosentwete	190
15. Änderung der Fenster in der Schule an der Leopoldstraße	191
16. Errichtung von Unterkunftsräumen auf dem Leonhardplatz	191
17. Erwerb einer Fläche für den Ausbau der Schunterstraße	192
18. Beihilfe für den Bundestag deutscher Schuhmacherinnungen	192
19. Antrag Sander, Beihilfe für den 2. Deutschen Mittelstandstag betr.	192
20. Antrag Rieke wegen Instandsetzung der Fußwege am Bienröderwege und auf anderen Straßen	200
21. Antrag Loeschigk wegen Instandsetzung der Frankfurterstraße in ihrer letzten städtischen Strecke	202
22. Anschaffung eines Schaushranfs für das Städtische Museum	203

5. Am 5. September 1912.

1. Antrag Loeschigk auf Anpflanzung von Bäumen auf verschiedenen Straßen und Plätzen	207
2. Antrag Munte, Bepflanzung der Seitenwege des Hagen- und Altwiekrings mit anderen Bäumen	208

	Seite
3. Abkommen mit dem Stadtkirchenausschusse wegen stadtseitiger Übernahme von Dienstgeschäften für den gen. Ausschuss	209
4. Überwachung der Heizanlagen in den Stadtkirchen	209
5. Anderweite Regelung verschiedener Kassen- und Rechnungsgeschäfte	211
6. Lohnübersichten für 1911/12	212
7. Erklärung der von der Stadt übernommenen Strecke der Helmstedterstraße (zwischen Eisenbahn und Moritzburg) zum Kommunalwege	226
8. Rechnungsabschlüsse für 1911/12	226
9. Ankauf einer Grundfläche zum Ausbau der projektierten Straße Nr. 32	229
10. Ankauf einer Grundfläche an der Eichthalstraße	229
11. Austausch von Flächen sowie Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens zum Ausbau der projektierten Straße Nr. 509 a.	230
12. Stellungnahme der Stadt zu der Errichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse bezw. einer Landkrankenkasse in hiesiger Stadt	231
13. Ausbau der Straße Nr. 613 und Erklärung derselben zur Ortsstraße	233
14. Erwerb einer Grabenfläche zum Ausbau der Schunterstraße	234
15. Verwilligung von Mitteln zur Beschaffung einer Lichtbilderserie von Ansichten der Stadt	235
16. Ankauf einer Fläche zum Damme	235
17. Verkauf des Restgrundstücks Kastanienallee 4	235
18. Abrechnungen über die Instandsetzung verschiedener Straßen und Plätze	236
19. Errichtung eines Unterkunftshauses für mehrere Turnvereine am Stadtpark	237
20. Abänderung der Fluchlinie der projektierten Straße Nr. 556	242
21. Errichtung von Unterkunftsräumen auf dem Leonhardplatz	242
22. Erwerb eines Grabens zum Ausbau der Schunterstraße	243
23. Anfrage Fricke, wegen Stellungnahme des Stadtmagistrats zu den gestiegenen Fleischpreisen	243
24. Antrag Wesemeier betreffend eine Eingabe an den Bundesrat und Reichstag, sowie städtische Einrichtungen wegen der Nahrungsmittelsteuerung	245
25. Antrag Ohlendorf auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen in der Nähe der Martinikirche	255
26. Anfrage Loeßigk wegen der Kanalüberstände an der oberen Hamburgerstraße	255

6. Am 3. Oktober 1912.

1. Antrag Wesemeier auf Schaffung städtischer Einrichtungen zur Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln	258
2. Erhöhung des dem Verein für Gesundheitspflege gewährten Zuschusses für die von ihm unterhaltene Auskunft- und Fürsorgestelle	289
3. Verwilligung eines Beitrages an den Ortsausschuß für Vortragskurse	291
4. Genehmigung des Projekts über den Ausbau der Infanteriestraße	294
5. Überweisung der Schulküche an der Wilhelmstraße an die Städtische Mädchen-Fortbildungsschule	295
6. Änderung der für Kraft- und Pferdewerkschen erlassenen Taxen	296

	Seite
7. Überdachung des Kühltalleneingangs auf dem Schlachthausgrundstücke . . .	297
8. Zulassung von Flächen zum Baugebiete des dem Gebiete der Stadt zugelegten Olperchen Geländes zwischen Celler- und Roßstraße	298
9. Abänderung der Fluchtlinie des Bültenwegs zwischen Neben- und Nordstraße . . .	298
10. Abänderung der Fluchtlinie der projektierten Straßen Nr. 529 und Nr. 530 . . .	299
11. Auswechselung von Gasrohren auf dem Sandwege und dem Inselwall	300
12. Änderung des mit der Gemeinde Oliesmarode abgeschlossenen Vertrages wegen der Gasversorgung	300
13. Verlegung eines Gasrohrs auf der projektierten Straße Nr 85 und dem östlichen Ende der Karlstraße	300
14. Ausbau der Straße Nr. 616	301
15. Auflassung einer dem Hauptfriedhofe zugelegten Fläche an den hiesigen Stadt- kirchenverband	302
16. Bewilligung eines Beitrags an den Verein für Mädchenhorte	304
17. Abänderung des Projekts über den Ausbau der Vendomestraße	304
18. Bewilligung von Kosten für den Besuch des Lustschiffs Hansa	305
19. Auskunft des Magistrats über die Schichtdauer der Dienarbeiter auf dem Gaswerk	306
20. Antrag Hesse wegen Speisung der Schulkinder im kommenden Winter	307
21. Antrag Loeschig wegen Vorgehens zur Verbreiterung der Okerbrücken	307

7. Am 24. Oktober 1912.

1. Gesuch der Lehrer an der städtischen Gewerbeschule um Neuordnung ihrer Besoldungsverhältnisse	313
2. Bewilligung eines Zuschusses für das Marienstift zur Errichtung eines Feierabendhauses	315
3. Abrechnung über die Kosten verschiedener Neubauten	316
4. Antrag Hesse auf stadtseitige Speisung der Schulkinder im kommenden Winter .	321
5. Herrichtung eines Schularztzimmers in der 6. unteren Bürgerschule an der Sophienstraße	331
6. Bewilligung eines einmaligen Zuschusses an den Geschichtsverein	331
7. Annahme eines Prozeßvergleichs mit der „Normalzeit“	332
8. Errichtung von Kleinwohnungen für städtische Beamte und Arbeiter	333
9. Übernahme der Wertzuwachssteuer für eine von der Olper Pfarrländerei zu erwerbende Fläche	364
10. Beschaffung eines Herdes für die Kaffeeküche in der Markthalle	365
11. Erwerb einer Fläche an der Hamburgerstraße	365
12. Aufnahme eines Prozesses wegen Gas- und Wasserlieferung bei einem Konkurse .	366
13. Gewährung eines Zuschusses aus der Südestiftung an den Verein Volkslesehalle .	367
14. Errichtung einer Feuerbestattungshalle betreffend	367
15. Anfrage Bunge, betreffend eine Störung des Marktverkehrs durch eine Feuer- wehrübung	371
16. Anfrage Wesemeier wegen der Erfahrungen beim Einkauf von holländischem Vieh .	372

8. Am 14. November 1912.

1. Rechnungsabschlüsse der Gas- und Wasserwerke, sowie der Neustadtmühle für 1911/12	381
2. Antrag des Stadtverordneten Ohlenborg auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen in der Nähe der Martinikirche	384
3. Errichtung von Kleinwohnungen für städtische Beamte und Arbeiter, sowie Unterstützung der Bramschweigischen Baugenossenschaft	388
4. Stadtseitige Aufnahme eines Rechtsstreites wegen Heranziehung eines Pflichten zu den Unterhaltungskosten seiner Mutter	430
5. Nachverwilligung eines Betrages zur Neueinrichtung eines chemischen Laboratoriums bei der städtischen Realschule	430
6. Verwilligung eines Betrages für die Prüfung elektrischer Lichtanlagen	431
7. Abtretung zweier Flächen an die Stadt zum Ausbau der Straße 556 (zwischen Altwiekring und Olsermannstraße)	431
8. Aufkauf eines Grundstücks an der Mönchstraße	432
9. Verwilligung von Mitteln für eine Uniformänderung der freiwilligen Feuerwehr	432
10. Antrag Wesemeier, betreffend allwöchentlichen Fleischverkauf durch die Stadt	435

9. Am 28. November 1912.

1. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen für 1909/10	442
2. Errichtung eines Unterfunfthauses für mehrere Turnvereine im Stadtpark	443
3. Beschwerde der Freien Turnerschaft über eine vom Stadtmagistrat erlassene Verfügung	443
4. Erhebung einer Klage auf Rückerstattung von Reichsstempelabgaben	483
5. Regelung der Geschäfte der Schuldner bezüglich der Heizung der Schulen und Bestreuen der Fußwege	485
6. Eingabe wegen Instandsetzung und Errichtung von Reitwegen	486
7. Antrag des Stadtverordneten Hartung auf Errichtung von Bedürfnisanstalten für Frauen in jedem Torbezirk	487
8. Ausbau von Teilstrecken der Hermann-, Diesterweg- und Wittekindstraße und Erklärung derselben zu Ortsstraßen	491
9. Verwilligung eines Betrages für die Errichtung einer Warmwasserbereitungsanlage auf dem Marzialgrundstücke	492
10. Verwilligung eines Betrages für das Kindergärtnerinnen-Seminar	493
11. Verwilligung eines Betrages für das Vaterländische Museum aus der Büdel-Stiftung und aus der Louise-Ottmer-Stiftung	494
12. Verwilligung eines Betrages für die Errichtung eines Fürsorgerheims für schulentlassene Mädchen aus der Büdel-Stiftung	496
13. Antrag Henking, betreffend eine Durchsicht des Ortsbauplans, Gliederung der Straßen nach ihrer Art und Änderung der Bauordnung	497
14. Antrag Casper, betreffend Anstellung der stadtseitig remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte oder Aufbesserung ihrer Bezüge	499
15. Antrag Stegmann, bessere Beleuchtung eines Privatweges	499

	Seite
16. Einsetzung einer Lohndeputation	500
17. Ankauf zweier Grandgruben an der Salzdhumerstraße	502
18. Abänderung des Teilortsbauplans, bezüglich der Straßen 423 und 424, sowie Ausbau der Straßen 423, 424, 448 und 450 durch die Braunschweiger Banngenossenschaft	503
19. Herrichtung einer Gasbeleuchtung in einer Turnhalle	504

10. Am 12. Dezember 1912.

1. Besuch eines Einwohners um Erwirkung einer fortlaufenden Unterstützung	506
2. Antrag L e n e, Ausbesserung der Fußsteige des Mittelwegs betr.	507
3. Anfrage B u n g e wegen der Errichtung eines städtischen Viehhofs und der Fettviehmärkte	507
4. Antrag J a s p e r, betr. die Aufstellung der Tagesordnung für die Stadtverordnetenitzungen	509
5. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Görgeßstraße	511
6. Antrag W e s e n e i e r auf Einrichtung eines wöchentlich zweimaligen Fleischverkaufs durch die Stadt	512
7. Erwerb einer Grabenfläche von der Feldmarksgemeinde Altwief	518
8. Anlegung eines Zentralschulgartens auf dem städtischen Kieselgute	518
9. Errichtung einer Schweinemästerei auf dem städtischen Kieselgute	521
10. Antrag S t e g m a n n, bessere Beleuchtung eines Privatweges betr.	536
11. Beschäftigung von zwei weiteren Telegraphisten bei der Berufsfeuerwehr	540
12. Erhöhung der Vergütung für die Lehrer an der städtischen Fortbildungsschule und Gewerbechule	541
13. Stadtseitige Unterstützung der Sterbekasse für die städtischen Beamten	542
14. Unentgeltlicher Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Straße am Wendenehr	542
15. Abänderung des Teilortsbauplans zwischen Broitzenerstraße und Madamenweg östlich der Landes-Eisenbahn	543
16. Bau einer direkten Bahnverbindung zwischen Celle und Braunschweig betr.	543
17. Ankauf von Teilstücken zum Ausbau der Comeniusstraße	551
18. Errichtung einer Fußgängerbrücke zwischen Maschplatz und Pestalozzistraße	552
19. Erwerb eines Grabenterrains zum Ausbau der Schunterstraße	556
20. Anderweitige Einteilung der Wahlbezirke hiesiger Stadt	556

11. Am 16. Januar 1913.

1. Beratung des neuen Bahnhofsjprojekts	560
2. Beschaffung von Ersatzteilen für die Warmwasserkessel in der Bürgerschule an der Maschstraße	587
3. Einrichtung von Räumen zum photographischen Vervielfältigungsverfahren in der städtischen Gewerbechule	587
4. Antrag H e n k i n g, betreffend eine Durchsicht des Ortsbauplans, Gliederung der Straßen nach ihrer Art und Änderung der Bauordnung, sowie Wahl einer Deputation	589

	Seite
5 Antrag zweier Einwohner auf gebührenfreie Wiedereintragung in die Bürgerrolle, sowie Antrag des Stadtverordneten Bunge: Aufhebung des § 2 des Statuts über die städtische Verwaltung	594
6. Erhöhung der Vergütung für Haltung der Wächterhunde	596
7. Verkauf einer Fläche an der Hovaldstraße	597
8. Ankauf eines Grundstücks an der Wendestraße.	597
9. Ausbau der Straße 556 (Kantestraße, zwischen Altwiefering und Olsermannstraße)	598
10. Anlage eines Fußweges zwischen Karlstraße und Giesmaroderstraße	598
11. Anfrage Leue über die diesjährige Verteilung der Veteranenehrengabe	599
12. Anfrage Jasper wegen Stellungnahme des Magistrats gegenüber dem beschlossenen Anschluß des Landkreises Braunschweig an die Überlandzentrale Helmstedt	600

12. Am 13. Februar 1913.

1. Antrag des Stadtverordneten Leue, Ausbesserung der Fußsteige des Mittelweges betreffend	606
2. Herrichtung einer Hausfernsprechanlage zwischen den Grundstücken Pflegehausstraße 4 und 7	607
3. Beschaffung eines Turngerätes und Verbesserung einer Beleuchtungsanlage für die Turnhallen zweier Bürgerschulen	607
4. Antrag Bunge: Errichtung einer Bretterplanke an der Rehrichtabladestelle auf der Kreuzstraße	608
5. Antrag Bunge: Aufhebung des § 2 des Statuts über die städtische Verwaltung	609
6. Antrag Sander: a) Belegung einer Teilstrecke der Cellerstraße mit Platten b) Aufnahme eines Straßenzuges mit Brücke vom Waschplatz bis zur Pestalozzistraße in den Ortsbauplan	609
7. Antrag Henking wegen Abänderung des Hundesteuerstatuts	610
8. Einsprachen gegen die beschlossene Abänderung des Ortsbauplans westlich der Goslarischenstraße zwischen Kreuz- und Hildesheimerstraße	611
9. Befestigung der westlichen Fahrbahnhälfte der Wolfenbüttelerstraße zwischen Augusttor und dem Grundstück Nr. 3410	612
10. Zulassung einer Kautionsversicherung an Stelle der Barkaution für die städtischen Beamten	614
11. Bewilligung von Mitteln zur Veranstaltung eines Fortbildungskurses für Fachlehrerinnen	617
12. Zinserhöhung für die stadtheimlich ausgeliehenen Hypotheken	617
13. Rückzahlung von Hundesteuern	628
14. Aenderweite Nutzung des Brunonia-Grundstückes	628
15. Verlegung der projektierten Straßen Nr. 443 und 571 zwischen Frankfurterstraße und Landeseisenbahn	631
16. Errichtung eines Verbindungsbaues auf dem Grundstück der höheren Mädchenschule	631
17. Neubau der Steintorbrücke	632
18. Ausbau der Helenestraße zwischen Cyriaksring und der Straße Nr. 435 a	635

19. Verwilligung der Kosten für die Änderung an der Ausstattung des Sitzungs- saales im Rathhaus	636
20. Änderung der Müllabfuhr	636
21. Anlage einer Verschlussvorrichtung an der Kanalöffnung des Burgmühlengrabens	649
22. Verwilligung von Kosten für das photographische Vervielfältigungsverfahren in der Gewerbeschule	651
23. Aufnahme der Bibliothek des ärztlichen Kreisvereins in das Archivgebäude	652
24. Antrag Munte, betreffend Verlegung des auf dem Bürgersteige vor dem Café Lück stehenden Straßenbahnmaßes	655
25. Antrag Kiefe, betreffend Anknüpfung weiterer Verhandlungen wegen stadt- seitiger Übernahme der Okerbrücken	656
26. Antrag Pusch, betreffend ein Verbot des Tragens ungezügelter Hutnadeln in den Straßenbahnwagen	656
27. Antrag Frede über die Einführung des Besuchszwanges bei der städtischen Fortbildungsschule	656
28. Anfrage Loeßhigt über die Dauer des städtischen Fleischverkaufs	658

13. Am 13. März 1913.

1. Verlängerung des Vertrages mit der Straßenbahngesellschaft wegen des Lichtwerks	665
2. Antrag Jasper, betreffend Anstellung der stadtseitig remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte oder Aufbesserung ihrer Bezüge	693
3. Antrag Sander: a) Belegung einer Teilstrecke der Gellerstraße mit Platten b) Aufnahme eines Straßenzuges mit Brücke vom Maschplatz bis zur Pestalozzistraße in den Ortsbauplan	695
4. Antrag Bunge: Errichtung einer Bretterplanke an der Rehrichstablade stelle auf der Kreuzstraße	696
5. Antrag Bunge: Aufhebung des § 2 des Statuts über die städtische Verwaltung	696
6. Antrag Henking wegen Abänderung des Hundesteuerstatuts	700
7. Erklärung der Stiftsgasse zur Ortsstraße	703
8. Verrechnung der Handwerkskammerbeiträge in einer besonderen Rechnung.	704
9. Erwerb von Flächen zum Ausbau der Wittkeindstraße	704
10. Ausstattung von Räumen im Neustadtrathhause	705
11. Antrag Pusch, betreffend ein Verbot des Tragens ungezügelter Hutnadeln in den Straßenbahnwagen	705
12. Antrag Munte, betreffend Verlegung des auf dem Bürgersteige vor dem Café Lück stehenden Straßenbahnmaßes	707
13. Antrag Kiefe, betreffend Anknüpfung weiterer Verhandlungen wegen stadt- seitiger Übernahme der Okerbrücken	708
14. Zuschuß an den Ausschuß für Jugendpflege	708
15. Beihilfe an den Verband der Frauenvereine des Herzogtums für die Berufs- beratungsstelle.	714
16. Ankauf von Bildern zur Schmückung zweier Schulen	716
17. Errichtung einer Frauenbedürfnisanstalt im Antorshof	717
18. Umbau der Staatsbahnhöfe betreffend	718

14. Am 20. März 1913.

- | | |
|--|-----|
| 1. Verlängerung des Vertrages mit der Strasseneisenbahngesellschaft wegen des Lichtwerks | 722 |
| 2. Verlängerung des Wasserrohres auf der Wolfenbüttelerstraße | 782 |

15. Am 27. März 1913.

- | | |
|--|-----|
| 1. Beratung und Feststellung des Stadthaushaltsplans für 1913/14. | 784 |
| 2. Antrag Frede: Einrichtung von Preßgasbeleuchtung auf dem Strassenzuge Poststraße—Altstadtmarkt—Sonnenstraße | 840 |
| 3. Ankauf eines Schrankes für das städtische Museum | 840 |
| 4. Anschaffung einer rechnenden Schreibmaschine für das städtische Gas- und Wasserwerk | 841 |
-

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

- Abnahme städtischer Haushaltsrechnungen 442.
 Abrechnung über Ausbau bezw. Instandsetzung
 verschiedener Straßen 46, 236.
 Abrechnung über Banten 46, 316.
 Abrechnung über Verkauf von Seefischen 25.
 Änderung der Bauordnung bezw. Baustatuts
 497, 589.
 Änderung des Ortsbauplans, s. Ortsbauplan-
 Änderung.
 Ärztlicher Kreisverein 652.
 Allgemeine Ortskrankenkasse 231.
 Anstellungsverhältnisse der städtischen Hilfs-
 beamten 449.
 Anfragen der Stadtverordneten:
 Bunge, betr. eine Störung des Markt-
 verkehrs 371,
 über Errichtung des Viehhofs und Ein-
 richtung von Fettviehmärkten 379,
 433, 507;
 Frede, Einführung des Besuchszwangs bei
 der Fortbildungsschule 656;
 Fricke, wegen Stellungnahme des Magi-
 strats zu den gestiegenen Fleischpreisen
 206, 243;
 Dr. Jasper, Anschluß des Landkreises
 Braunschweig an die Überlandzentrale
 Helmstedt betr. 600;
 Leue, Veteranen-Ehrengabe betr. 599;
 Loeschigk, Kanalübelstände an der Ham-
 burgerstraße 236, 255;
 Dauer des städtischen Fleischverkaufs 658;
 Wesemeier, Errichtung eines Viehhofs
 und Abhaltung von Viehmärkten 142;
 wegen der Erfahrungen beim Einkauf von
 holländischem Vieh 372.
 Ankauf von Aquarellen altertümlich. Häuser 717.
 Ankauf von lebendem Vieh 288.
 Ankauf von Grundstücken und Straßenflächen,
 s. Erwerb von . . .
 Anlagekapital des elektrischen Lichtwerks 139.
 Anpflanzung von Bäumen 145, 146, 207, 208.
 Anträge der Stadtverordneten:
 Bunge, Kehrrihtabladestelle Kreuzstraße betr.
 560, 608, 696,
 Bürgerrechtsgebühr betr. 594, 609, 696;
 Frede, auf Einführung einer Filial-Umsatz-
 steuer 13,
 Preßgasbeleuchtung auf dem Straßen-
 zuge Poststraße — Altstadtmarkt —
 Sonnenstraße 840;
 Hartung, Errichtung von Bedürfnis-
 anstalten für Frauen 385, 487;
 Dr. Henking, Durchsicht des Ortsbau-
 plans betr. 497, 589,
 Änderung des Hundesteuer-Statuts 560,
 610, 700;
 Hesse, wegen Speisung der Schulkinder
 307, 321;
 Dr. Jasper, Rücknahme der Kündigung ge-
 genüber der Freien Turnerschaft 380,
 433,
 betr. Tagesordnung 433, 509,
 Anstellung der remunerierten besoldeten
 Hilfskräfte 499, 693;
 Leue, Fußsteige des Mittelwegs betr.
 379, 507, 606;
 Loeschigk, Verbreiterung des Bürgersteigs
 vor Café Central und Stern 22, 91,
 Anpflanzung von Bäumen an verschiedenen
 Straßen und Plätzen 145, 207,

- Poeschigt, Instandsetzung der Frankfurter-
 straße 202,
 betr. Verbreiterung der Okerbrücken 307;
 Munte, Bepflanzung der Seitenwege des
 Hagen- und Altwiekrings betr. 146,
 208,
 Verlegung eines Straßenbahnmaßes 655,
 707;
 Ohlendorf, Errichtung einer Bedürfnis-
 anstalt für Frauen bei der Martini-
 kirche 236, 255, 385;
 Pusch, Verbot ungeschlitzter Hutnadeln betr.
 656, 705;
 Riefe, Instandsetzung verschiedener Fuß-
 wege 200,
 Schweinemästerei auf Kieselgut betr. 521,
 Okerbrücken-Übernahme betr. 656, 708;
 Sander, Plattenbelag eines Teiles der
 Gellerstraße und Straßenzug mit
 Okerbrücke betr. 560, 609, 695;
 Beihilfe für den 2. Deutschen Mittelstands-
 tag 192;
 Stegmann, Beleuchtung eines Privatwegs
 433, 499, 536,
 Brücke Raschplatz—Pestalozzistraße betr.
 552;
 Wesemeier, betr. Eingabe an Bundes-
 rat und Reichstag, sowie städtische
 Einrichtungen wegen der Nahrungs-
 mittelsteuerung 207, 245, 258,
 betr. allwöchentlichen zweimaligen Fleisch-
 verkauf durch die Stadt 379, 435,
 512.
 Archiv betr. 121, 316, 652
 Aufhebung von Wegen 45.
 Ausbau von Straßen und Plätzen 55, 58, 68,
 69, 92, 94, 141, 158, 187, 192, 229,
 230, 233, 234, 243, 294, 304, 542,
 543, 598, 635, 704.
 Auskunft und Fürjorgestelle zur Bekämpfung
 der Tuberkulose 289.
 Anschuß für Jugendpflege 708.
 Austausch von Terrain 92.
 Autorshof 717.
 Auszahlung eines Kaufgeld-Teilbetrages 44.
 Automobil-Krankenwagen 5.
 Badeeinrichtung auf dem Marstall-Grundstück
 492.
 Bahnhofsgelände, freiverdendes 719.
 Bahnhofprojekt betr. 151, 560, 718.
 Bahn Braunschweig—Celle 543.
 Bauordnungs-Änderung 497.
 Bauten in städtischen Gebäuden 67, 156, 163,
 705.
 Bauten auf städtischen Grundstücken 43, 155,
 163, 173.
 Baugrund im Stadtgebiete, Erweiterung
 desselben 298.
 Beamten-Vereinigung 378.
 Bedürfnisanstalten für Frauen 236, 255,
 385, 487, 717.
 Beleuchtung von Straßen und Plätzen 120,
 156, 433, 499, 536, 840.
 Berufsberatungsstelle für Frauen und Mädchen
 714.
 Beschwerde der Freien Turnerschaft 258, 312,
 443.
 Bestreuen der Fußwege 485.
 Bezug von lebendem Vieh 265, 268, 437.
 Bibliothek, städtische 316, 652.
 Bibliothek des ärztlichen Kreisvereins 652.
 Braunschweigische Baugenossenschaft 416, 503.
 Brunonta-Grundstück 54, 628.
 Burgmühlengraben 152, 649.
 Bürgerrechtsgebühr 594, 609, 696.
 Bürgerschulen 67, 156, 191, 331, 485, 504,
 587, 617, 705, 716.
 Chemisches Laboratorium für die Realschule 430.
 Central-Schulgarten 519.
 Dampfpräge 96.
 Deputationen-Wahl 499, 589, 782.
 Deutscher Mittelstandstag 192.
 Deutscher Verein für Armenpflege usw. 42.
 Droschkentaxen 296.
 Durchsicht des Ortsbaustatuts und Ortsbau-
 plans 497, 589.
 Eingänge und Eingaben an die Stadtverord-
 netenversammlungen, s. Mitteilungen des
 Vorsitzenden 560.

Einladungen zu Versammlungen, Feiern, Ausstellungen 9, 150, 206, 312
 Einsprachen gegen den Ortsbauplan 177, 611.
 Einteilung der Straßen 497, 589.
 Eisenbahn Braunschweig—Celle 543.
 Entlüftungsfächte des Kanals 152, 649.
 Entwurf für Gestaltung des freiwertenden Bahnhofsgeländes 719.
 Erklärung zu Ortsstraßen, s. Ortsstraßen-Erklärung.
 Erweiterung des Stadtgebiets 57.
 Erwerb von Grundstücken und Straßenflächen 9, 12, 46, 47, 48, 57, 59, 92, 141, 173, 187, 189, 192, 229, 230, 234, 235, 243, 333, 365, 431, 432, 511, 518, 542, 551, 556, 597, 704.
 Feierabendhaus des Marienstifts 315, 378.
 Feldmarksgemeinden betr 518, 556.
 Feuerbestattungshalle 367.
 Feuerlöschwesen 96, 122, 371, 432, 540.
 Filial-Umsatzsteuer 13.
 Fleischpreise und städtischer Fleischverkauf 206, 243, 245, 258, 264, 372, 379, 435, 512, 518, 658.
 Fortbildungsschule 541, 656, 705.
 Fortbildungsforschus für Fachlehrerinnen 617.
 Französisches Feld 107.
 Freiwillige Feuerwehr 378, 432.
 Fürsorgeheim für schulentlassene Mädchen 496.
 Fußgängerbrücken 552.
 Fußweg-Instandsetzung und Anlage 46, 200, 379, 507, 598, 606.
 Gas und Wasserwerke 157, 306, 366, 381, 493, 841.
 Gasrohr 300.
 Gas- und Wasserrohre 120.
 Gasversorgung von Glesmarode 300.
 Garnisonverwaltung 628.
 Gefrierfleisch 268.
 Gehaltsregelung der Lehrer an der Gewerbeschule 313.
 Gehaltsaufbesserung der städtischen Hilfskräfte 499, 693

Geschichts-Verein 331.
 Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, Berlin 235.
 Besuch eines früh. städt. Arbeiters um fortlauf. Unterstützung 378, 506.
 Gewerbeschule 313, 541, 587, 651.
 Glesmarode 300.
 Handwerkerkammerbeiträge 704.
 Handwerkerlehrlingsheim 316, 504.
 Hauptfriedhof 209, 211, 302.
 Haushaltsplan für 1913/14 784.
 Heizung der Schulen 485.
 Herzogin-Elisabeth-Stiftung 629.
 Hildebrandsches Grundstück 46.
 Hilfsbeamten, städt. 449.
 Hilfsschule 155.
 Höhere Mädchenschule, s. Lyzeum.
 Holländisches Vieh 372, 512.
 Hundesteuer-Statut 610, 628, 700.
 Hutnadeln, ungeschlitzte 656, 705.
 Hydranten-Auswechslung 190.
 Hypothekendarlehen, stadtsseitig ausgeliehene 617.
 Instandsetzung von Straßen, Plätzen und Wegen 45, 91, 200, 202, 236, 379, 507, 598, 606, 612.
 Jahrhundertfeier 663.
 Jüdelstiftung, Abt. III 65, 367, 494, 496.
 Jungdeutscher-Bund 36.
 Kaffeeküche der Markthalle 365.
 Kanalisierung von Tiergräben 152, 316.
 Kanalmündungen 152, 649.
 Kassen- und Buchführung der Kirchengemeinden 211.
 Kastanienallee 4, 235.
 Kathol. Kinderhorte 54.
 Kautions-Versicherung 614.
 Kennel, Spielplatz dort 98.
 Kindergärtnerinnen-Seminar 493.
 Kirchen betr. 209, 211.
 Klage-Erhebung bezw. Aufnahme 366, 430, 483.
 Kleinwohnungen für städt. Beamte und Arbeiter 333, 388, 611.

Knaben-Mittelschule 173.
 Kommunalweg, Erklärung zum 226.
 Krankenbeförderung 5.
 Krankenhaus, städt. 316, 607.
 Kühlhallen-Eingang 297.
 Kündigung des Vertrages mit der „Normalzeit“
 52, 332.

Landkrankenasse 231.
 Lichtbildserie von Stadtansichten 235.
 Lichtwerk (elekt.) 105, 139, 665.
 Lichtwerke, städt. (s. Gaswerke).
 Lieferung elektr. Energie an städt. Werke 105.
 Lohndeputation 500.
 Lohnübersicht für 1911/12 212.
 Lustschiff Hansa 305.
 Luise-Ottmer-Stiftung 494, 630.
 Lyzeum 130, 163, 631.

Mariienstift 315, 378.
 Markthalle 365.
 Marstall, Grundstück 492.
 Mädchen-Fortbildungsschule 151, 295.
 Mädchenhorte 304.
 Mädchen-Mittelschule 43.
 Männerturnverein 107.
 Mästung von Schweinen und Rindern auf dem
 Mieselgute 264.
 Medizinisch-Statistik 3.
 Mitteilungen des Vorsitzenden 9, 52, 70, 98,
 150, 206, 236, 258, 312, 378, 442,
 506, 560, 604, 605, 613, 662, 699,
 721, 783.

Museum betr. 840.
 Müllabfuhr 502, 636, 703.
 Müller & Petri 366.

Nachrufe 721.
 Normalzeit, G. m. b. H., Berlin 52, 332.
 Nachwachsendienst.
 Nachzahlungsmittelsteuerung 243, 245, 258,
 521, s. auch Bezug von Vieh; Fleisch-
 preise; Speisung der Schulkinder.
 Neubearbeitung des Ortsbauplans 590, 605.
 Neustadtmühle betr. 381.
 Neustadt-Rathaus 705.

Nikolaus-Stift 139.
 Nord-Süd-Verkehr 543.
 Nordwestdeutscher Flug 49.
 „Normalzeit“, G. m. b. H. 52, 332.
 Oberlyzeum 120, 163.
 Oberrealschule.
 Ober Pfarrländerei, vorm. 364.
 Odersches Gelände, vorm. 298.
 Ofenarbeiter auf dem Gaswerke 306.
 Okerbrücken 307, 552, 560, 609, 632, 695,
 708.
 Ortsbauplan-Änderungen 55, 177, 298, 299,
 304, 503, 543.
 Ortskrankenasse 231.
 Ortsstraßen-Erklärungen 55, 58, 68, 69, 92,
 94, 141, 301, 233, 491, 703.
 Ortsverein des Innungsdeutschland-Bundes 36.

Peterfilienstraße Nr. 9 139.
 Pfandbriefamt 421.
 Pferdebespannung bei der Feuerwehr 122.
 Pflasterung (s. Instandsetzung) von Straßen.
 Pflegehaus 316, 629, 607.
 Photogr. Vervielfältigungsverfahren für die
 Gewerbeschule 587, 651.
 Polizei-Reglement 706.
 Preßgasbeleuchtung 156, 840.
 Prozeß-Aufnahme bez. Erhebung 366, 430, 483.
 Prüfung elektr. Lichtanlagen 431.
 Prüfung von Stadthaushaltsrechnungen 09/10
 442.
 Pumpenanlage, fahrbare 157.

Realschule 430.
 Rechnende Schreibmaschine 841.
 Rechnungsabschlüsse der Gas- und Wasserwerke
 sowie Neustadtmühle 381.
 Rechnungsabschlüsse für 1911—12 226.
 Reichsstempelabgaben, Rückerstattung von
 solchen 483.
 Reingewinn der Straßeneisenbahngesellschaft
 139.
 Reitwege 486.
 Reit- und Fahrverein 486.
 Mieselgut 264, 519, 521.
 Rückzahlung von Hundesteuer 628.

Schlachthaus 297.
 Schreibmaschine, rechnende 841.
 Schuhmacher-Znnungen, Bundestag derselben 192.
 Schuldiener 485.
 Schularzt 331.
 Schulgarten an der Osterstraße 155.
 Schulkassen 211.
 Schulküchen 295.
 Schuls Spiele 191.
 Schulturnhallen 316.
 Schülerbibliotheken 65.
 Schweinezucht und Mästerei auf dem Nieselgute 264, 521.
 Seefische, Verkauf von 25, 264.
 Sitzungssaal der Stadtverordneten 636.
 Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 70.
 Speisung der Schulkinder im Winter 307, 321.
 Spielplatz im Kennel 98.
 Staatszuschuß zum Feuerlöschwesen.
 Stadthaus, altes 44.
 Stadthaushaltsplan für 1913—14 784.
 Stadtverordneten-Wahlen 662, 772.
 Städtetag 67.
 Städtische Mädchenschule 43.
 Städtisches Museum 203.
 Stadtkirchen betr. 209, 302.
 Statut über die städtische Verwaltung 594, 609, 696.
 Statut, betr. die Feuerbestattung 369.
 Steintorbrücke 632.
 Stempelfkosten bei Pacht- und Mietsverträgen 23.
 Sterbefälle der städtischen Beamten 542.
 Straßenbahnmast 655, 707.
 Straßeneisenbahn-Gesellschaft 105, 139, 665.
 Straßenbahnwagen 656, 705.
 Straßenbeleuchtung 120, 156, 433, 499, 536, 840.
 Straßen, die behandelt sind:
 Amalienstraße 137.
 Andraeplatz 518.
 Bienröderweg 200.
 Bültenweg 298.
 Cellerstraße 189, 560, 609, 695.
 Comeniusstraße 551.

Damm 55, 177, 235.
 Diesterwegstraße 187, 491.
 Eichthalstraße 229.
 Frankfurterstraße 202.
 Friedrich-Wilhelmstraße 156.
 Fußweg Karlstraße — Gliesmaroderstraße 46, 599.
 Görgestraße 511.
 Gutenbergstraße 543.
 Hamburgerstraße 57, 365.
 Heitbergstraße 537.
 Helenenstraße 158, 635.
 Helmstedterstraße 12, 226.
 Hermannstraße 187, 491.
 Herzogin-Elisabeth-Straße 58.
 Hochstraße 46.
 Howaldtstraße 597.
 Infanteriestraße 69, 295.
 Inselwall 300.
 Interessentenweg Nr. 49 45.
 Jöddenstraße 46.
 Kastanienallee 91.
 Kohlmarkt 22, 91, 156.
 Korfesstraße 46.
 Lämmchenteich 120.
 Leihhausgang 46.
 Magdeburger Heerstraße 12, 226.
 Mittelweg 606.
 Neue Knochenhauerstraße 46.
 Rankestraße 95, 246, 431, 598.
 Sandweg 300.
 Schunterstraße 47, 192, 234, 243, 556.
 Stiftsgasse 703.
 Vendomestraße 304, 551.
 Verbindungsweg Gliesmaroder- und Karlstraße 46, 599.
 Wabestraße 9.
 Waterloostraße 9.
 Wendenwehr 542, 597.
 Wittekindstraße 187, 491, 704.
 Wolfenbüttlerstraße 612, 782.
 Nr. 32, 92, 229.
 " 38, 93.
 " 100, 120.
 " 377, 543.
 " 378, 543.

- Nr. 380, 543.
 „ 417, 543.
 „ 418, 543.
 „ 423, 503.
 „ 424, 503.
 „ 434a, 158.
 „ 435a, 158.
 „ 443, 631.
 „ 448, 503.
 „ 450, 503.
 „ 508a, 68.
 „ 509a, 68. 230.
 „ 529, 299.
 „ 530, 299.
 „ 556, 95. 246. 431. 598.
 „ 568, 55. 120. 551.
 „ 571, 631.
 „ 613, 49. 233.
 „ 616, 141. 301.
- Straßenpflasterung f. Instandsetzung
 Straßenpolizeiordnung 656, 706.
 Stromlieferungsbedingungen 777, 779.
 Studienanstalt betr. 158, 163.
- Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlungen betr. 317, 379, 433, 437, 498, 509, 663.
- Terrainerwerb, f. Ankauf und Austausch.
 Telegraphisten bei der Berufs-Feuerwehr 540
 Feuerungsmaßnahmen, f. Nahrungsmittel-
 tenerung und Speisung der Schulkinder,
 auch Fleischpreise.
- Turnmuhren 52, 332
 Turnhallen betr. 316, 504, 607.
- Überlandzentrale Helmstedt 600, 772.
 Übungsschule des Lehrerinnen-Seminars 156.
 Uniformänderung der Feuerwehr 432.
 Unterkunftsräume auf dem Leonhardplatz
 191, 242.
 Unterkunftshaus für mehrere Turnvereine im
 Stadtpark 237, 312, 443.
 Unternehmerveträge 48, 55, 68, 69, 141,
 187, 503, 551.
 Unterstützung, fortlaufende, eines früheren städti-
 schen Arbeiters 378, 506.
 Urkundenbuch 95.
- Waterländisches Museum 494, 560.
 Verband der Frauenvereine 714.
 Verband (Centralverband) der Handlungs-
 gehilfen Deutschlands 70.
 Verband der deutschen Rechtsauskunftsstellen
 56.
 Verband deutscher Gewerbe- und Kunstgewerbe-
 Schulmänner 42.
 Verband, deutscher, für Materialprüfungen der
 Technik 100.
 Verbreiterung des Bürgersteigs 22, 91.
 Verein für Gesundheitspflege 289.
 Verein für Luftschiffahrt 305.
 Verein für soziale innere Kolonisation Deutsch-
 lands 24.
 Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke
 139.
 Vergütungsätze für Lehrer an den Fortbildungs-
 und Gewerbeschulen 541, 560.
 Vergütung für Überstunden der städtischen
 Beamten 825.
 Verkauf von Grundstücken 44, 235.
 Verkauf von Seefischen 25, 264.
 Verkauf von Straßenterrain 92, 137, 141,
 187, 597.
 Verkaufsstellen für Fleisch 518.
 Verkehrsverein 23, 662.
 Vermietung von städtischen Wohnungen und
 Räumen
 Verpachtung einer Fläche an den Männerturn-
 verein 107.
 Vertrag wegen des elektr. Lichtwerks 665, 699,
 722.
 Veteranen-Fürsorge 599.
 Verwaltungsbericht des Stadtmagistrats 150.
 Viehhof und Viehmärkte 142, 264, 507.
 Volkslesehalle 367.
 Volksbrausebäder 492.
 Vorsitzenden-Wahl 2.
 Vortragsskurse 291.
- Wächterhunde, Vergütung für deren Haltung
 596.
 Wahlbezirk-Neueinteilung 556.
 Wahl der Vorsitzenden 2.
 Wahl von Deputationen 499, 589, 782.

Wahl von Vertretern zum Städtetage 67.

Warmwasserbereitungs-Anlage 492.

Warmwasserkessel in der 3. unteren Bürgerschule 587.

Wartehallen für die Straßenbahn 490.

Wasserwerke betr. 157.

Wasserrohrverlängerung 782.

Wendelmühlengraben 316.

Wendenstraße 4 597.

Wertzuwachsteuer betr. 364.

Wiedereintragung, gebührenfreie, in die Bürgerrolle 594, 609, 696.

Wohnungen für städtische Beamte und Arbeiter 333, 388, 611.

Zinsfuß für Hypothekendarlehen 617.

Zuschüsse an Stiftungen, Vereine und Verbände

23, 24, 36, 42, 49, 54, 56, 65, 100,

138, 192, 289, 291, 304, 305, 315,

331, 367, 493, 494, 496, 542, 708,

714.

Zentralfriedhof. s. Hauptfriedhof.

Zwangse enteignungen 47, 57, 137, 192, 230, 365, 511, 704.

1912 | 1913. Nr. 1.

Bericht

über die

Verhandlungen der vereinigten Versammlung

des

Stadtmagistrates und der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. Juli 1912.

Tagesordnung:

1. Einsprache gegen die Kostenverteilungsberechnung für die Korfesstraße Seite 1
2. Einsprache gegen das Projekt über den Ausbau der Kloster- und Glückstraße " 2
3. Einsprache gegen das Projekt und die Kostenverteilungsberechnung für den
Ausbau der Herzogin-Elisabethstraße " 5

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **v. Frankenberg**, **Schöttler** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Bähr**, **Edhardt**, **Hartung**, **Lange**, **Löhnefinke**, **Ribbentroy**, **Dr. Boge**, **Dr. Wolters**.

Der Vorsitzende, Herr **Oberbürgermeister Ketemeyer**, eröffnet die Sitzung.

1. Einsprache gegen die Kostenverteilungsberechnung für die Korfesstraße.

Bürgermeister Meyer: Der Ausbau der Korfesstraße ist seit einer Reihe von Monaten beendet, und der Magistrat hat die Kosten dafür endgültig festgestellt. Gegen diese Kostenfestsetzung ist von einem der Anlieger der Korfesstraße, dem

Kentner Klußmann, Einsprache erhoben. Er fühlt sich dadurch beschwert, daß sein Grundstück mit einem höheren Einheitsbetrage der Kosten belegt ist, als die sonstigen Grundstücke der Korfesstraße. Das ist richtig und hat seinen Grund darin, daß das Grundstück des Beschwerdeführers gegenüber der Platzanlage an der Korfesstraße gelegen ist. Die Herren werden sich erinnern, daß im Straßenbaustatut ein Unterschied hinsichtlich der Verteilung der Straßenbaukosten zwischen den einseitig und den zweiseitig bebauten Straßenstrecken gemacht ist. Während für die beiderseitig bebauten Straßenstrecken die Kosten für die in Frage kommenden Anlieger durch die beiderseitige Teilung meistens verhältnismäßig niedrig und immer gleich hoch sind, sind die Kosten der einseitig bebauten Strecken von den Anliegern bis zu einer Straßenbreite von 13 Meter allein zu tragen und dadurch meist höher als die Beiträge an den beiderseitig bebauten Strecken. Hinsichtlich der Berechnung des auf das Grundstück des Beschwerdeführers entfallenden Teiles der Straße ist nach den in Frage kommenden Bestimmungen des Straßenbaustatuts verfahren. Nach Meinung der Deputation für Vorberatung der Angelegenheiten der vereinigten Versammlung liegt ein Grund für die Einsprache nicht vor; sie gibt deshalb Ab-
echnung der Beschwerde anheim.

Vorsigender: Die Angelegenheit steht zur Beratung. — Das Wort wird nicht gewünscht. Ich bitte die Herren, die dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Einsprache ist verworfen.

2. Einsprache gegen das Projekt über den Ausbau der Kloster- und Glückstraße.

Bürgermeister **Meyer:** Die städtischen Behörden haben vor einer Reihe von Wochen ein Projekt über den Ausbau der Kloster- und Glückstraße beschlossen, oder richtiger zwei Projekte. Diese waren ausgelegt, und eine Anliegerin der Höfenstraße, deren Grundstück auch an die Klosterstraße angrenzt, Frau Busse, hat gegen die Kostenverteilungsrechnung Einsprache erhoben. Sie hat dabei angeführt, daß ihr Grundstück als allein an der Höfenstraße liegend anzusehen sei, und deshalb von den Straßenbaukosten für die jetzt auszubauenden Straßen freizulassen sei. Wenn das aber abgelehnt würde, beantragt sie, ihr Grundstück nur zu den Kosten für den Ausbau der Klosterstraße heranzuziehen. Dieser letztere Antrag hat seinen Grund darin, daß die Kosten für die Klosterstraße pro laufendes Meter um 20 *M* geringer sind, als für die Glückstraße. Nun liegt die Situation insofern eigenartig, als die Grenzlinie der vorliegenden beiden Straßenbauprojekte so gezogen ist, daß sie mitten auf das Busselche Grundstück stößt, so daß ein Teil des Grundstücks zu

den geringeren Kosten der Klosterstraße und ein Teil zu den höheren Kosten der Glückstraße herangezogen werden soll. Die Deputation hat anerkannt, daß eine gewisse Unbilligkeit vorliegt, wenn das Grundstück so behandelt würde, und ist zu dem Beschluß gekommen, zu empfehlen, eine Änderung des Projektes eintreten zu lassen, mit anderen Worten, die Vorstellung als begründet anzuerkennen. Ich gebe anheim, so zu beschließen.

Ich kann aber nicht umhin, noch zu erwähnen, daß, wenn diesem Antrage Folge gegeben wird, der Vertrag mit dem Unternehmer des Ausbaues der Glückstraße, dem Maurermeister Decker, mit umgestoßen wird und dadurch Komplikationen weiterer Art geschaffen werden können. Es ist seinerzeit, als zuerst über den Ausbau der genannten Straßen verhandelt wurde, angenommen, es sollten beide Straßen in eins ausgebaut werden, und zwar durch den Maurermeister Decker. Erst später, als der Maurermeister Decker erklärte, daß er den Ausbau beider Straßen nicht leisten könne, haben der Magistrat und die Stadtverordneten ihre Ansicht geändert, und zwar dahin, daß es für zulässig angesehen wurde, Decker für die Glückstraße als Unternehmer zuzulassen, die Klosterstraße aber stadtsseitig auszubauen. Auf dieser Grundlage ist ein Vertrag zwischen der Stadt und Decker über den Ausbau der Glückstraße abgeschlossen. Wenn wegen der Kostenverteilungsberechnung das sich auf den Unternehmervertrag stützende Projekt mit der Maßgabe umgestoßen wird, ein Projekt anderen Umfanges aufstellen zu lassen, dann wird damit der Vertrag für die Stadt selbst unerfüllbar, denn der Unternehmervertrag sagt, daß die Stadt die Glückstraße in dem bemängelten Umfange ausbauen will. Es müßte also mit Decker ein neuer Vertrag geschlossen werden. Ich halte es ja für wahrscheinlich, daß Schwierigkeiten nicht entstehen werden, aber Weiterungen wird es unter allen Umständen geben. Ich will noch darauf hinweisen, daß der Bauunternehmer Decker seinerzeit großen Wert darauf legte, mit der Ausführung von Bauten an der ihm zugestandenen Straße anfangen zu können. Nun komme ich eben im Augenblick darauf, einen Ausweg vorzuschlagen, nämlich dahin, daß Frau Busse gefragt wird, ob sie nicht ihre Einsprache für den Fall zurückziehen wolle, daß auch der Teil der Frontlänge ihres Grundstückes, der nach den Projekten zu den höheren Kosten der Glückstraße heranzuziehen ist, nur mit den geringeren Kosten der Klosterstraße belegt werde. Ich halte für möglich, daß der Unternehmer der Glückstraße sagt: Ich will auf die Einziehung dieser erhöhten Beiträge meinerseits verzichten. Ich glaube beinahe, daß der Unternehmer gern bereit sein wird (es dreht sich im ganzen vielleicht um 150 M), die Differenz zu tragen. Tut er das, so wäre vermutlich die ganze Angelegenheit damit aus der Welt geschafft.

Vorsigender: Ich sollte meinen, daß wir uns heute in der vereinigten Versammlung lediglich auf die Erörterung der Frage beschränken müssen und können,

ob die Einsprache als begründet angesehen wird. Wenn dies von der vereinigten Versammlung anerkannt wird, dann wird es Sache des Magistrats sein, in bezug auf die Abgrenzung der beiden Straßen andere Vorschläge zu machen, eventl. ein Abkommen mit der Frau Busse zu treffen, durch das die Ausarbeitung eines neuen Projektes überflüssig werden würde. Darüber brauchen wir uns aber hier keine Sorge zu machen; hier steht lediglich die Einsprache zur Erörterung.

Stadtv. Dr. Jasper: Wenn wir uns lediglich auf die Einsprache beschränken sollen und etwa den dem Deputationsantrage entsprechenden Beschluß fassen würden, dann würde erzielt werden, was der Herr Bürgermeister Meyer als persönliche Meinung anführte, daß dies zu Komplikationen führen würde. Wenn die Versammlung beschlossen hat, die Einsprache als berechtigt anzuerkennen, ist sie nicht in der Lage, ihren Beschluß zurückzunehmen. Der Beschluß ist maßgebend; es muß ein neues Projekt und eine neue Kostenverteilung ausgearbeitet werden, und die weiteren Punkte, die heute nicht übersehen werden können, werden folgen. Wenn die Möglichkeit eines Vergleichs vorliegt, durch den die Härte, die anscheinend die Deputation bestimmt hat, hier vermittelnd eingzugreifen und den Einspruch für berechtigt zu erklären, ausgeglichen wird, dann möchte ich es für gerechtfertigt halten, die Beschlußfassung auszusetzen.

Bürgermeister Meyer: Die Deputation hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Billigkeitsgründe für die Berücksichtigung der Einsprache sprechen; daß wir deshalb die Kostenverteilungsberechnung aufheben und die Aufstellung eines neuen Projektes veranlassen sollten. Ich glaube jetzt jedoch, der Sache ist am meisten gedient, wenn die Beschlußfassung heute ausgesetzt wird. Ich komme immer mehr zu der Überzeugung, daß eine Einigung zwischen den Beteiligten möglich sein und Frau Busse ihre Einsprache zurückziehen wird. Ich glaube nicht, daß hierdurch in der Ausführung des Straßenbaues eine wesentliche Verzögerung eintreten würde.

Vorsitzender: Wenn ein solcher Beschluß gefaßt werden soll, so müßte ein Antrag auf Aussetzung der Beschlußfassung gestellt werden. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die einzelnen Anlieger das Recht haben, Einsprache zu erheben, und daß wir in der vereinigten Versammlung lediglich zu fragen haben: Sind die Einsprachen als solche berechtigt? Wenn aus dieser Entscheidung unter Umständen in bezug auf Finanzfragen Schwierigkeiten entstehen, so würde es Sache des

Magistrats sein, diese Schwierigkeiten zu beseitigen; die Versammlung kann das nicht. Ich erkenne aber an, daß es, wenn wir heute keine Entscheidung treffen, vielleicht dem Herrn Bürgermeister Meyer gelingt, zwischen den Beteiligten ein Abkommen herbeizuführen, durch das die Zurücknahme der Einsprache veranlaßt wird.

Stadtrat von Franckenberg: Ich will meinerseits den Antrag auf Aussetzung der Beschlußfassung gestellt haben.

Der Antrag wird unterstützt und von der Versammlung angenommen.

3. Einsprache gegen das Projekt und die Kostenverteilungsberechnung für den Ausbau der Herzogin-Elisabethstraße.

Bürgermeister Meyer: Dieser Punkt steht nicht auf der Ihnen zugegangenen Tagesordnung. Das liegt daran, daß die Frist für Auslegung des Projekts erst jetzt abgelaufen und die Einsprache erst in den letzten Tagen eingegangen ist. Wir werden aber von den Anliegern gedrängt, den Ausbau vorzunehmen, und deshalb hoffe ich, daß Sie mit der heutigen Erledigung der Angelegenheit einverstanden sind.

Es ist Einsprache erhoben von dem Restaurateur Hans Goltz, Kastanienallee 43a. Er hat gegen das Projekt geltend gemacht, daß er nicht glaube, als städtischer Grundbesitzer zu den Kosten herangezogen werden zu können, weil die Anlage der Straße auf fremdem Gebiete stattfinden solle. Dieser Einwand ist nicht gerechtfertigt. In dem neben dem Projekte bekanntgegebenen Kostenanschlage ist ausdrücklich gesagt, daß die zum Ausbau der Ortsstraße nötigen Flächen angekauft werden sollen, und damit ist das von Herrn Goltz vermißte Eigentumsrecht der Stadt vorhanden.

Sodann hat er gesagt, daß es für ihn als einen Gastwirt wegen der gerade sein Gewerbe treffenden indirekten Steuern nicht leicht wäre, sein Auskommen zu finden, und er tatsächlich nicht in der Lage wäre, die Straßenbaukosten aufzubringen. Das ist auch kein Grund, von dem beschlossenen Ausbau abzusehen.

Schließlich hat er in seiner Einsprache gesagt, daß die Forderung der Anbringung eines Vorgartens für ihn sehr nachteilig werden würde. Er benutze das Vorgartenterrain jetzt zur Aufstellung von Tischen für seine Gäste. Nach dem Ausbau der Straße würde das, wenn überhaupt zulässig, so jedenfalls sehr erschwert sein; sein Geschäftsbetrieb würde unter der Vorgartenhaltung leiden, und er würde dadurch einen großen Ausfall in seinen Einnahmen haben. Auch dieser Grund ist

als stichhaltig von der Deputation nicht anerkannt; die Anordnung des Vorgartens hat mit dem Projekte gar nichts zu tun, sie ist schon im Jahre 1904 durch Änderung des Ortsbauplans erfolgt.

Die Deputation gibt hiernach Ablehnung der Einsprache anheim.

Die Einsprache wird ohne Debatte von der Versammlung verworfen, worauf der **Vorsitzende** die gemeinschaftliche Sitzung schließt.

Dauer der Sitzung von 7³/₄—8 Uhr.

Verzeichnis Stadtverordneter.
1. Februar 1913.
1912/1913.

Nr. 1.

Be r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 25. April 1912.

Tagesordnung:

- | | | |
|--|-------|----|
| 1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters für das Jahr 1912/13 . . . | Seite | 2 |
| 2. Anschaffung eines Krankenautomobils | " | 3 |
| 3. Erwerb von Flächen an der Waterloo- und Wabestraße | " | 9 |
| 4. Übernahme einer Teilstrecke der Magdeburger (Helmstedter) Straße | " | 12 |
| 5. Antrag des Stadtv. Frede auf Einführung einer Filial-Umsatzsteuer für auswärtige Geschäfte | " | 13 |
| 6. Antrag des Stadtv. Voeshigt auf Verbreiterung des Bürgersteigs vor „Café Central“ und „Stern“ | " | 22 |
| 7. Berechnung von Stempelföhen bei Verträgen | " | 23 |
| 8. Erhöhung des Zuschusses für den Verkehrsverein | " | 23 |
| 9. Bewilligung eines Beitrages für den Verein für soziale innere Kolonisation Deutschlands | " | 24 |
| 10. Abrechnung über den stadteigenen Verkauf von Seefischen | " | 25 |
| 11. Gewährung einer Beihilfe an den Ortsverein des Jungdeutschland-Bundes | " | 36 |
| 12. Gewährung einer Beihilfe zu der 23. Wanderversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kunstgewerbe-Schulmänner sowie zu der Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit | " | 42 |
| 13. Baulichkeiten auf dem Grundstücke der städtischen Mädchenschule | " | 43 |
| 14. Verkauf des alten Stadthauses | " | 44 |
| 15. Auszahlung eines Kaufgeld-Teilbetrages | " | 44 |
| 16. Aufhebung eines Teiles des Interessentenweges Nr. 49 | " | 45 |
| 17. Abrechnung über verschiedene Bauten : | " | 45 |
| 18. Ankauf eines Grundstücks an der Giesmaroderstraße | " | 46 |
| 19. Erwerb von Flächen zum Ausbau der Schunterstraße und Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens | " | 47 |

20. Antrag auf Zulassung und Ausbau einer von der Henneberg-Straße abzweigenden Straße	Seite 48
21. Gewährung eines Zuschusses zum Nordwestdeutschen Fluge.	" 49

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Hetemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**. Herr Stadtrat **Lord** erscheint später.

Entschuldigt die Herren **Frühling**, **Göde**, **Löhnesinke**, **Schmidt**.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters für das Jahr 1912/13.

Altersvorsitzender Stadtv. **Tiemann**: Meine Herren. Es ist mir die Ehre zuteil geworden, als Ältester in der Versammlung das Amt des Alterspräsidenten zu übernehmen. Ich hoffe, daß es mir gelingen wird, zu Ihrer Zufriedenheit dieses Amtes zu walten, nötigenfalls bitte ich um Ihre Unterstützung.

Meine Aufgabe ist es, die Wahl des Vorsitzenden zu leiten. Ich bitte Sie also um Vorschläge für den ersten Vorsitzenden.

Stadtv. **Fride**: Ich beantrage, den ersten Vorsitzenden durch Zuvor wiederzuwählen, und schließe in meinen Vorschlag zugleich den zweiten Vorsitzenden mit ein.

Altersvorsitzender Stadtv. **Tiemann**: Sollte sich keine Stimme dagegen erheben, so nehme ich an, daß Sie mit dem Vorschlage einverstanden sind.

Ich übergebe den Vorsitz an Herrn Hauswaldt und bitte ihn um die Weiterführung der Versammlung.

Der wiedergewählte Vorsitzende, Stadtv. Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz.

Vorsitzender: Ich nehme die Wahl mit Dank an. Ich darf wohl annehmen, daß auch der zweite Vorsitzende gleichzeitig mit gewählt ist.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Ich nehme die Wahl mit bestem Dank an.

Vorsitzender: Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet Herr Stadtv. Henking das Wort zu einer Nachricht.

Stadtv. Dr. **Henking**: Ich habe mir erlaubt, auf Ihre Plätze eine medizinisch-statistische Arbeit niederlegen zu lassen, und bitte Sie, dieselbe freundlichst entgegenzunehmen. Sie wird Ihnen über die Entwicklung der Gesundheitsverhältnisse unserer Stadt und auch über die des Landes, soweit mir das Material zugänglich war, interessante Aufschlüsse geben. Seit dem Tode des Herrn Professors Blasius habe ich den Auftrag übernommen, die Arbeiten für das Reichsgesundheitsamt in Berlin auszuführen, und teilweise dadurch ist das Heft entstanden, teilweise enthält es die Meldungen, die bei der Herzoglichen Polizeidirektion eingegangen sind. Ich war deshalb in der Lage, ein ziemlich sicheres Material zusammenzustellen. Da sich die Nachrichten über den längeren Zeitraum von fünf Jahren erstrecken, so hoffe ich, daß die Herren mit Interesse davon Kenntnis nehmen. Der Verein für öffentliche Gesundheitspflege hat den Druck übernommen, und der Vorstand dieses Vereins freut sich, mit dieser Gabe zugleich den Herren seinen Dank aussprechen zu können, daß Sie dem Verein seit einigen Jahren eine Unterstützung bewilligt haben.

2. Anschaffung eines Krankenautomobils.

Stadtv. **Mohr**: Meine Herren. Der Stadtmagistrat ist bereits seit längerer Zeit darauf aus, die Beförderung von Kranken durch städtische Wagen in zeitgemäßer Weise zu verbessern. Auch von Ihrer Seite ist bereits die Notwendigkeit anerkannt worden, einen weiteren Krankenwagen, vielleicht auch mehrere, anzuschaffen. Ich erinnere daran, daß der Herr Stadtv. Ribbentrop 1908 bereits den Antrag gestellt hatte, einen neuen Krankenwagen anzuschaffen. Wenn trotzdem der Stadtmagistrat die Entscheidung darüber aussetzte, so geschah dies im Hinblick darauf, daß gerade in den letzten Jahren die rasch fortschreitende Technik viele Verbesserungen versprach, was sich ja auch im großen und ganzen erfüllt hat.

Zunächst war notwendig, sich dahin schlüssig zu machen, ob wieder Pferdebetrieb, Benzin- oder elektrischer Betrieb Anwendung finden sollte. Der vom Stadtmagistrat gutachtlich gehörte Gesundheitsausschuß verwarf den Pferdebetrieb und sprach sich dahin aus, daß ein Benzin-Automobilkrankenwagen wohl am praktischsten für uns in Anwendung zu bringen sei. Der Stadtmagistrat veranlaßte darnach unseren Kreis-Branddirektor im vergangenen Jahre, die in Dresden befindliche Hygiene-Ausstellung zu besuchen, die dort in großer Anzahl ausgestellten Krankenautomobile zu besichtigen und darüber zu berichten. Der Herr Branddirektor Lehmann hat in eingehender Weise darüber berichtet und ist zu dem Vorschlage gekommen, daß für unsere Zwecke ein Benzinwagen am prak-

tischsten sein würde. Er hat Veranlassung genommen, an verschiedene Stadtverwaltungen Anfragen zu richten über die Erfahrungen, welche sie mit Benzin- bzw. elektrischen Automobilen gemacht haben. Fast ohne Ausnahme lauten die Berichte dahin, daß Benzin-Automobile bislang noch am praktischsten wären. Begründet wurde dies damit, daß erstens durch den elektrischen Betrieb weit höhere Unterhaltungskosten verursacht würden schon deshalb, weil die Akkumulatoren sehr bald sich abnützen und in einer Zeit von $1\frac{1}{2}$ Jahren erneuert werden müssen, weil doppelte Akkumulatoren vorhanden sein müssen, womöglich ein drittes Element noch da sein muß, um einmal eine nötige Reparatur an den Akkumulatoren eintreten lassen zu können. Zweitens ist der Aktionsradius bei elektrischen Betrieben ein mäßiger. Bei voller Ladung sind außerdem sehr schwer Steigungen zu nehmen. Es kommt hinzu, daß das schwere Gewicht der Akkumulatoren, das einseitig auf die vordere oder hintere Achse gelegt werden muß, ein ungleichmäßiges Fahren bzw. ein Schlingern des Wagens verursacht, besonders auf schlechtem Terrain. Der einzige Vorteil, den elektrischer Betrieb zeigt — wenigstens wurde das angenommen — war, daß der Antrieb ein günstigerer sein sollte als bei Benzinwagen. Das ist aber nach den Einrichtungen der letzteren Wagen nicht der Fall. Ich habe Veranlassung genommen, mit Herrn Kollegen Sander hier eine Probefahrt zu machen. Wir sind dabei zu der Überzeugung gekommen, daß es bei elektrischen Betrieben nicht ruhiger zugehen kann, als bei unseren Benzinwagen. Wir haben außerdem noch einen anderen Wagen probiert, dessen Reifen mit dem neuen Pneumelastikum gefüllt waren. Wenn sie auch nicht einen viel ruhigeren Gang schaffen, als die bisherige Bereifung, so sind sie jedenfalls bedeutend haltbarer und praktischer aus dem Grunde, weil eine Nachfüllung der Reifen nicht erforderlich ist.

Was nun die Vorteile des Benzinwagens anbelangt, so sind dies: Mäßige Unterhaltungskosten und viel größerer Aktionsradius, große Schnelligkeit im Fahren und Erwärmung des Wagens durch die Pumpen im Winter. Dann kommt für uns in Betracht: Der einheitliche Betrieb, und das ist wohl für uns ganz besonders hervorzuheben. Unsere Feuerwehrmannschaft ist auf Benzin-Automobile eingearbeitet, und Reparaturen an den Automobilen können von ihnen selbst in eigener Werkstätte vorgenommen werden.

Herr Branddirektor Lehmann hat dann noch eine kleine Berechnung angestellt über die Betriebskosten und hat festgestellt: Bei Pferdebetrieb kostet der Betrieb ca. 1400 M., bei elektrischem Betriebe 2200 M., bei Benzinbetrieb wieder 1400 M.

Es sind nun Kostenanschläge eingefordert von 19 Firmen, eingegangen sind 16 Kostenanschläge. Ausgeschlossen haben sich: unsere Braunschweiger Firma Büßing, die Fabrik Ströbeck und außerdem Siemens & Halske. Der Herr Branddirektor Lehmann hat dem Magistrat zur engeren Auswahl die Wagen der Firmen Benz & Co., Vertreter hier: Röchenthal, Adler-Werke, Vertreter: Jürgens, und Neue Automobil-Gesellschaft, Vertreter: Firma Berg & Sohn, vorgeschlagen. Der Stadtmagistrat hat eingehend die Unterlagen geprüft und ist zu dem Entschlusse gekommen, Ihnen die Offerte von der Neuen Automobil-Gesellschaft als die vorteilhafteste zu empfehlen. Der Preis des Krankenwagens beträgt einschließlich voller Ausrüstung mit Pneumelastikumreifen und Büßing-Felgen 11 860 *M.*, und zwar sind gerechnet: für den Unterbau 8260 *M.* und für den Oberbau 3600 *M.* Die weiteren Bedingungen sind folgende: Sechswöchige Probezeit, eventl. Umtausch nach dieser Zeit, und einjährige Garantie.

Der Antrag des Magistrats lautet nun: Den Betrag von 11 860 *M.* zu Lasten des Voranschlages der ordentlichen Ausgaben der Rammereikasse (Kap. VI, Gesundheitswesen) zu bewilligen.

Die Krankenbeförderung wird künftig in der Weise geregelt werden, daß

1. bei Unfällen und bei nicht ansteckend Erkrankten der Benzinkrankenwagen im Feuerlöschgebäude zur Verfügung steht,
2. bei ansteckend Erkrankten einstweilen der bisher bei Unfällen benutzte, von Pferden bediente Krankenwagen ebenfalls von der Hauptfeuerwache aus gebraucht und nach jeder Benutzung ordnungsmäßig in der Desinfektionsanstalt desinfiziert wird und dann zur Hauptfeuerwache zurückkehrt.

Wenn sich der Automobilkrankenwagen bewährt hat, so beabsichtigt der Magistrat, die Anschaffung eines zweiten Krankenautomobils für ansteckend Erkrankte an Stelle der bisherigen Beförderung zu empfehlen.

3. zur Aushilfe bei Unfällen und dergleichen der an zweiter Stelle erwähnte Krankenwagen dient,
4. zur Aushilfe bei ansteckend Erkrankten der jetzt schon im Desinfektionsgebäude in der Totentwete befindliche, vom städtischen Marstall aus bespannte Krankenwagen Verwendung findet.

Die Finanzkommission hat sich in eingehender Weise mit dieser Sache beschäftigt und ist zu der Ansicht gekommen, Ihnen den Magistratsantrag nach jeder Richtung zu empfehlen.

Stadtv. Lange: Meine Herren. Ich bin nicht vorbereitet auf diese Sache, aber ich kann wohl sagen, daß ich mich in letzter Zeit über den Bau von Automobilen ganz besonders unterrichtet habe. Insbesondere habe ich mich befaßt mit dem Bau der Chassis, dem Schwerpunkt des Automobil-Baues, wie auch der Herr Referent bereits anerkannt hat. Es ist Wert darauf zu legen, eine gute Maschinerie zu erhalten, die Karosserie kann jede Spezial-Firma den Liebhabern wünschen anpassen und aufsetzen. Der Herr Referent hat nach dem Magistrats-Vorschlage die „Neue Automobil-Gesellschaft“ für die Lieferung empfohlen. Auch ich hatte mir zunächst zur Orientierung von 14 Firmen Vorschläge eingeholt und bin nach meinen Erkundigungen, die ich von Fachleuten eingezogen habe, die im Automobil-Bau sehr sicher beschlagen waren, zu der Überzeugung gelangt, daß die „Neue Automobil-Gesellschaft“ nicht das bietet, was der auch hier in Vorschlag gebrachte „Benz-Wagen“ bieten kann. Auf Grund der langen Erfahrungen, die die „Benz-Firma“ besitzt, ist der von dieser Firma gebaute Wagen neben dem Mercedes-Wagen von deutschen Fabrikaten als der vorteilhafteste zu empfehlen. Derselbe besitzt bei geringstem Verschleiß die größte Ausnutzungsmöglichkeit der Maschinerie, d. h. Motorgröße und Belastung stehen in zweckmäßigstem Verhältnis zueinander. Im Interesse der Stadt hatte ich mir auch für eine Automobil-Feuerspritze die erforderlichen Unterlagen verschafft. Diese Automobil-Turbo-Spritzen baut ebenfalls die Firma Benz, und zwar in Verbindung mit der Firma: Otto Schwade & Co., Erfurt. Letztere Firma liefert die Pumpen. Ich möchte aber heute nicht auf diese Angelegenheit näher eingehen, da ich später an passender Stelle darauf zurückkommen werde, will jedoch diese Tatsache als Empfehlung benutzen, ganz besonders in Erwägung zu ziehen, ob nicht, wegen der großen Erfahrungen, der Benz-Firma in diesem Falle der Vorzug zu geben ist. Insbesondere möchte ich diesen Vorzug dann empfehlen, wenn die anderen Automobile, die zur engeren Wahl stehen, nicht teurer sind, als die der „Neuen Automobil-Gesellschaft“. Wie mir bekannt ist, die „Neue Automobil-Gesellschaft“ durchaus modern eingerichtet, aber ich glaube nicht, daß sie über die Erfahrungen verfügt, wie die Benz-Werke. Der Benz-Wagen ist in der Maschinerie übersichtlich und solide konstruiert, die „Neue Automobil-Gesellschaft“ baut dagegen Motore, die nach meiner persönlichen Prüfung weniger leicht zugänglich, weniger übersichtlich und daher schwerer zu bedienen sind. Ich bitte daher, dem „Benz-Wagen“ den Vorzug zu geben.

Stadtrat von Frankenberg: Ich zweifle keineswegs an der Leistungsfähigkeit der Benz-Firma, zweifle auch nicht an der Sachkunde des geehrten Herrn Vor-

redners in bezug auf Kraft-Fahrzeuge im allgemeinen, doch möchte ich darauf hinweisen, daß es sich hier gerade um die besondere Art der Krankenwagen handelt. Es ist doch sehr wohl denkbar, ich bin sogar fest davon überzeugt, daß in bezug auf Kraftwagen eine besondere Prüfung nach der Eigenart dieses Fahrzeuges stattfinden müßte. Eine solche hat hier stattgefunden, und ich möchte bezweifeln, daß in der Hinsicht dem Herrn Vorredner der Schatz der Erfahrung zur Verfügung steht, wie uns und unseren technischen Sachverständigen, insbesondere dem Herrn Branddirektor, der Erkundigungen nach allen Richtungen eingezogen und, wie Herr Mohr schon mitgeteilt hat, an Hand eines sehr ausführlichen Aktenstücks seine Mitteilungen gemacht hat. Ich hege die Besorgnis, daß die Angelegenheit verzögert würde, wenn sie in Folge der Anregungen des Herrn Stadtv. Lange, die in der Kommission sehr willkommen gewesen wären, jetzt nochmals zum Gegenstande der Beratung gemacht würde, insbesondere darf ich mit allem Nachdruck als Vertreter des finanziellen städtischen Interesses betonen, daß die Neue Automobil-Gesellschaft die mindestfordernde Gesellschaft ist, und daß sie eine solche Gesellschaft ist, die beste Gewähr für vortreffliche Ausführung bietet, und daß sie auch in bezug auf Ausführung und Probezeit uns durchaus befriedigende Zusicherungen gegeben hat. Ich bitte die geehrten Herren, es bei dem Magistratsvorschläge bewenden zu lassen, um nicht einen Aufschub der allgemein als dringlich anerkannten Angelegenheit herbeizuführen.

Stadtv. Gahardt: Die Neue Automobil-Gesellschaft, die nicht so lange besteht wie die Firma Benz & Sohn, hat in letzter Zeit so kolossale Erfolge mit ihren Krankenwagen gehabt, daß ich mich den Ausführungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg anschließen kann. Ich bin der Ansicht, daß die Prüfung, die unsererseits vorgenommen ist, wohl den Ausschlag geben könnte und im übrigen die Anschaffung dieses Wagens von Nutzen sein würde.

Stadtv. Lange: Ich möchte auf die Äußerungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg erwidern, daß ich ebensowenig die Zuständigkeit des dortigen Sachverständigen anzweifle, wie der Herr Stadtrat nicht die Absicht hatte, mein Sachverständnis in Zweifel zu stellen. Ich habe auch nicht die Absicht, eine Verzögerung der Anschaffung herbeizuführen. Ich wiederhole aber, was ich zu Anfang meiner Ausführungen betont habe, daß bei der Beurteilung von Automobilen in erster Linie das Chassis mit der Maschinerie in Frage kommt und nicht die Karosserie. Die Äußerungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg beziehen sich aber ausschließlich auf den Oberbau. Wenn es sich im vorliegenden Falle um

ein Kranken-Automobil handelt, so erkenne ich an, daß die Eigenart der für die Krankenpflege in Frage kommenden Wagen allerdings in ihrem Oberbau liegt, und ich betone, daß diesen jede erfahrene Wagen-Bauanstalt eventl. nach besonderer Vorschrift liefert, während einen guten Unterbau nicht jede Fabrik zu liefern in der Lage sein dürfte. Ein gutes Chassis bleibt aber, wie schon gesagt, nach meinen Erfahrungen die Grundbedingung für ein brauchbares Automobil. Ich betone nochmals, daß ich eine Verzögerung der Anschaffung nicht herbeiführen will und werde daher auch keinen besonderen Antrag stellen.

Stadtv. Loeschigt: Ich war anfänglich für ein elektrisches Automobil, habe mich aber belehren lassen, daß mit Benzin auch dieselben Erfolge errungen werden können wie mit Elektrizität. Was die Äußerungen des Herrn Lange anbetrifft, so möchte ich sagen: Jeder Krämer lobt seine Ware, und jeder Automobilbesitzer glaubt, er habe das Beste. Es handelt sich hier um Spezialfachen, und wie Herr Eckhardt schon richtig gesagt hat, hat diese Firma in dem Krankenwagenbau so Großartiges geleistet, daß man wirklich sagen kann: Von den drei Firmen, die in Frage kommen, leistet sie vielleicht das Beste. Ein Moment kommt noch mit in Betracht, das ist die Lieferung der Reserveteile, und ich weiß aus den Erfahrungen, die meine Bekannten gemacht haben, daß die Reserveteillieferung noch von keiner Firma so exakt geordnet ist, wie von dieser Fabrik, von der wir das Automobil beziehen wollen. Was es bedeutet, auf die Reserveteile drei Wochen, 14 Tage oder auch bloß 2 Tage zu warten, das weiß jeder, der ein Automobil besitzt. Für meine Entschließung, zuzustimmen, den Krankenwagen aus dieser Fabrik zu beziehen, ist mit ausschlaggebend gewesen, daß ich weiß, daß diese Firma so eingerichtet ist, daß durch die Angabe der Nummer sofortiger Ersatz für beschädigte Teile geschafft werden kann. Das ist für Innehaltung des Betriebes von großer Wichtigkeit, um so mehr, da wir erst einen derartigen Krankenwagen haben. Unsere Feuerwehrleute sind, soviel ich mir habe sagen lassen, so weit als Schlosser ausgebildet, daß die Automobile an Ort und Stelle bleiben können und durch die Leute jede Kleinigkeit sofort repariert wird. Dabei ist es wesentlich, daß nötige Reserveteile in kurzer Zeit ankommen.

Ich möchte Sie bitten, um die Sache nicht zu verzögern, den Vorschlag des Magistrats anzunehmen.

Stadtv. Sander: Die Ausführungen des Herrn Stadtv. Lange sind jedenfalls sehr beachtenswert. Es läßt sich nicht bestreiten, daß Benz eine Fabrik ist, deren Fabrikate außer Zweifel stehen, und daß sie bisher die Führung in der

ganzen deutschen Automobilfabrikation gehabt hat. Aber ich möchte auch die Sache nicht verzögern und mich deshalb dafür aussprechen, daß wir dieses Automobil bei der Neuen Automobil-Gesellschaft bestellen. Es bleibt uns ja unbenommen, das zweite Krankenautomobil bei Benz zu bestellen. Dann würden wir aus eigener Erfahrung den Unterschied kennen lernen. Jedenfalls bin ich überzeugt, daß wir bei der Benz-Gesellschaft ebenso gut aufgehoben wären, selbst wenn das Automobil teurer sein sollte als bei der Neuen Automobil-Gesellschaft.

Die Versammlung beschließt die Anschaffung des Krankenautomobils nach den Magistratsvorschlägen.

Vorsitzender: Ich darf noch mitteilen, daß die Straßeneisenbahngesellschaft an mich ein Schreiben gerichtet hatte, worin die Versammlung auf vorigen Montag zur Beschäftigung einer Ausstellung für medizinische Elektrizität eingeladen wird. Vielleicht wiederholt Herr Salsfeld die Einladung, dann wäre es möglich, daß die Herren die Ausstellung ansehen.

Ferner ist ein Antrag eingegangen vom Kreisverein deutscher Handlungsgehilfen, welcher um völliges Verbot der Sonntagsarbeit bittet. Dasselbe Schreiben ist auch an den Magistrat gegangen, wir nehmen es unsern Prinzipien gemäß zu den Akten.

3. Erwerb von Flächen an der Waterloo- und Wabestraße.

Zwecks Ausbaues des zwischen Wabestraße und Karlstraße gelegenen Teiles der Waterloostraße hat die Stadt seinerzeit das an der Karlstraße vorgelagerte Vorlopfsche Grundstück sowie Teilstücke des südlich sich anschließenden Lüdersschen Grundstückes erworben. Die zum Ausbau der Straße nicht erforderlichen westlich daran gelegenen Restflächen sowohl des ehemals Vorlopfschen als auch des Lüdersschen Grundstücks sind bei ihrer geringen Größe von 2,34 a bzw. 3,54 a in Verbindung mit ihrer Gestaltung selbständig nicht wirtschaftlich zu bebauen, und zwar um so weniger, als sie jedes allein zur Waterloostraße über 15 000 M. Straßenkosten zu tragen haben und bei der Bebauung obenein ein 3 m breiter Vorgarten zu halten ist. Diese ungünstigen Verhältnisse lassen erkennen, daß auf einen Eingang der die Grundflächen belastenden Straßenkosten-Beiträge erst dann zu rechnen ist, wenn sie mit dem westlich angrenzenden Grundstück des Klempnermeisters Nahe vereinigt werden und dadurch ihre Bebauung möglich

wird. Der Stadtmagistrat ist deshalb mit den Beteiligten in Verbindung getreten, hat aber sofort erkannt, daß infolge der hohen Straßenkosten von zusammen 30 500 *M* eine Vereinigung nur zu erreichen ist, wenn die Stadt Opfer zu bringen bereit ist. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Stadt zu größerem Entgegenkommen Veranlassung hat, da sie andernfalls Gefahr läuft, den genannten Straßenkosten-Beitrag wenn überhaupt, so doch jedenfalls erst nach Verlauf einer sehr, sehr langen Zeit zu erhalten. Der Stadtmagistrat hat deshalb eine Einigung auf der Grundlage angestrebt, daß die ehemals Norlopfche Westfläche mitsamt dem anstoßenden Nahdeschen Grundstücke Nr. 78 in Größe von 13,095 a von der Stadt erworben werden, und hat in der Annahme, daß auch den Herren Stadtverordneten eine Regelung erwünscht sein würde, zwei Verträge geschlossen, um deren Genehmigung ersucht wird.

Bei der Annahme, daß es der Stadt gelingen wird, die von Lüders und Nahde angekauften Fläche frei von Straßenbaukosten zu einem Preise von 32 *M* pro Quadratmeter zu verkaufen, welche Annahme der Stadtmagistrat und die städtische Bauverwaltung für gerechtfertigt hält, würde die Stadt bei der Durchführung der Regulierung eine Einbuße von 7 492 *M* erleiden. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Stadt bei Übernahme dieses Verlustes kein schlechtes Geschäft macht.

Stadtv. **Tolle** (nachdem er über die vorstehende Magistratsvorlage berichtet hat): Der Lageplan, der bei Abschluß der Verträge benutzt wurde, ist dort ausgehängt, und die beiden Verträge liegen hier vor. Der Herr Dezernent des Stadtmagistrats trug gestern in der Kommission vor, daß Herr Nahde ihn gebeten hätte, die gedachte Trennungslinie (die 22 m von dem Punkte p² des Planes entfernt liegt), bis zu welcher Nahde die Straßenbaukosten sofort zu tragen hätte, nicht, wie im Vertrage steht, durch eine rechtwinklig auf der Waterloostraße stehende Linie festzusetzen, sondern die gedachte Grenzlinie parallel mit der Karlstraße zu ziehen, da er beabsichtige, sein Grundstück etwas besser zu verwerten dadurch, daß er einen Balkon anbaue. Der Herr Bürgermeister ersucht uns, für den Fall, daß der Magistrat — der sich in seiner Gesamtheit über die Sache noch nicht entschieden hat — mit der Führung dieser Linie einverstanden ist, auch unsererseits die Bereitwilligkeit hierzu zu erkennen zu geben. Die Baukommission ist mit der Änderung dieser Linie einverstanden, da der Stadt keinerlei Nachteil daraus erwächst, und ich glaube, auch der Magistrat wird nichts dagegen einzumenden

haben. Ich möchte also die geehrte Versammlung namens der Kommission bitten, den Verträgen zuzustimmen und dem Magistrat zu empfehlen, die Linie so zu führen, wie sie Nahde gewünscht hat.

Bürgermeister **Meyer**: Meine Herren. Sie haben von dem Herrn Referenten gehört, daß es sich für die Stadt darum handelt, die Straßenbaukosten für die Waterloostraße alsbald wiederzubekommen. Durch den Verkauf der Westfläche des Vorlopfchen Grundstücks an Nahde wird das Nahdesche Grundstück, welches von Haus aus nicht an der Waterloostraße liegt, kostenpflichtig, und die Fälligkeit dieser Kosten würde sofort für die ganze Front des Grundstücks eintreten. Nun hat Nahde gebeten, man möchte nicht so rigoros sein, gleich die Kosten für die gesamte Front, die 60 m beträgt, zu fordern, sondern sich beschränken auf den Teil der Front, der als bebaut nach der Waterloostraße zu anzusehen ist. Da das alte Nahdesche Grundstück nach der Karlstraße hin bebaut ist, so ist das der Teil der Waterloostraßenfront, welcher nach der Karlstraße hin gelegen ist. Für den anderen Teil der Front soll die Fälligkeit der Kosten erst eintreten, wenn die dahinter liegende Fläche neu bebaut wird. Das ist eine Regelung, die prinzipiell mit den Vorschriften unseres Straßenbaustatuts im Einklang steht, wonach Straßenbaukosten nur fällig werden sollen, wenn das betreffende Grundstück bebaut ist. Nun ist in dem Vertrage über die Abgrenzung der Flächen gesagt, daß sie getrennt werden sollen durch eine Linie, die oben an der Waterloostraße einsetzt und im rechten Winkel zu dieser das Nahdesche Grundstück durchschneidet. Das hat gewisse ungünstige Folgen für den Teil des Gesamtgrundstücks, der gegenwärtig bebaut ist, und Nahde hat deshalb den Wunsch, daß jene Trennungslinie nicht im rechten Winkel zur Waterloostraße, sondern parallel zur Karlstraße gezogen werde. Wenn die Grenzlinie im rechten Winkel stehen bliebe, würde die Gefahr vorliegen, daß bei einem selbst kleinen Anbau an das vorhandene Gebäude auch für die freie Fläche die Straßenbaukosten sofort eingefordert werden könnten. So rigoros würde der Magistrat an und für sich nicht sein, aber die Vertragsbestimmung würde leicht zwingend ausgelegt werden können. Ich habe in der Kommission den Antrag gestellt, die Kommission möchte der Stadtverordnetenversammlung empfehlen, den Magistrat zu ermächtigen, in Abweichung von der vertraglichen Bestimmung die Scheidelinie so zu gestalten, wie es Nahde gewünscht hat.

Die Verträge werden genehmigt und der besprochenen eventl. Änderung des Vertrages mit Nahde zugestimmt.

4. Übernahme einer Teilstrecke der Magdeburger (Helmstedter)-Straße.

Stadt v. Tolle: Der Magistrat schreibt uns:

„Im Sommer 1911 haben die städtischen Behörden auf Wunsch des Staates sich damit einverstanden erklärt, daß von der Stadt nicht nur diejenige Teilstrecke der Magdeburger-(Helmstedter-)Straße übernommen würde, deren Übergang an die Stadt bereits durch mit der Herzoglichen Baudirektion unter dem 12. September 1894 abgeschlossenen Vertrag grundsätzlich geregelt ist, sondern auch die sich östlich anschließende vor der „Moritzburg“ gelegene Teilstrecke in Größe von 28,67 a.“ (Der Plan ist dort ebenfalls ausgehängt.) „In den mit dem Staate gepflogenen Verhandlungen hatten wir die Abnahme dieser letztbezeichneten Strecke wegen der andernfalls erfahrungsgemäß eintretenden Unzulänglichkeiten jedoch davon abhängig gemacht, daß auch die südlich an die Straße angrenzenden, auf Rautheimer Gebiet liegenden Grundstücke dem Gemeindebezirk Braunschweig zugelegt würden. Diese von uns gestellte Bedingung zu erfüllen hat Herzogliches Staatsministerium indessen infolge der von der Gemeinde Rautheim erhobenen Gegenforderungen Bedenken getragen und darnach seinen Wunsch auf Abnahme der vor der Moritzburg gelegenen Strecke fallen gelassen. Die Verhandlungen sind daher nunmehr auf die schon im Vertrage von 1894 behandelte Strecke beschränkt. Wegen Übernahme dieser Strecke hat uns Herzogliche Baudirektion jetzt anliegenden Vertragsentwurf übersandt, der in seinen Hauptbestimmungen lediglich Ausführung des mehrgenannten Vertrages vom 12. September 1894 ist und gegen dessen Abschluß unseres Erachtens Bedenken nicht vorliegen.“

Der Magistrat ersucht uns nun, dem Abschluß des Vertrages gefälligst zuzustimmen. Der Vertrag liegt vor. Ich erwähne daraus § 2. Er lautet: „Als Gegenleistung für die Übernahme der vorgedachten Straßenstrecke zahlt der Staat von der Übernahme an für die dauernde künftige Unterhaltung der Wegstrecke die im Vertrage vom 12. September 1894 festgesetzte Jahresrente von 2800 M.“

Ferner lautet § 5: „Mit dem Übergange der bezeichneten Straßenstrecke in die städtische Verwaltung übernimmt die Stadt den herrschaftlichen Wegewärter Heinrich Papendorf aus Braunschweig in ihren Dienst und zahlt für ihn nach Maßgabe der reichsgesetzlichen Bestimmungen die Krankenkassen- und Invalidenbeiträge. Der Staat gestattet dem Papendorf die freiwillige Mitgliedschaft bei der Pensions-, Witwen- und Unterstützungskasse der herrschaftlichen Wegewärter gegen Zahlung der Beiträge auf Grund des § 9 der Dienstanweisung für die herrschaftlichen Wegewärter.“

Schließlich § 6: „Die Kosten des Vertrages und der Auffassung sowie die Stempelfkosten trägt der Staat bis auf die Hälfte des Reichsstempels, die von der Stadt übernommen ist.“

Die Baukommission hat sich auch mit dieser Sache befaßt und empfiehlt Ihnen Annahme im Sinne des Magistrats-Aufschreibens.

Dem Abschluß des Vertrages wird zugestimmt.

5. Antrag des Stadtv. Frede auf Einführung einer Filial-Umsatzsteuer für auswärtige Geschäfte.

Stadtv. Dr. **Bolters**: Herr Frede hat beantragt: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Einführung einer Umsatzsteuer für auswärtige Geschäfte näherzutreten.“

Die Filialgeschäfte sind schon jetzt unter ganz bestimmten Voraussetzungen umsatzsteuerpflichtig. Unter denselben Voraussetzungen, unter denen auch andere Geschäfte (Großbetriebe des Kleinhandels, Abzahlungsgeschäfte, Produktiv-Genossenschaften, Konsumvereine) umsatzsteuerpflichtig werden, können auch die Zweigggeschäfte auswärtiger Betriebe umsatzsteuerpflichtig werden. Die Voraussetzungen für diese wie für alle anderen Gruppen sind die: Es muß die betreffende Unternehmung, in diesem Falle also das Zweigggeschäft, von den Grundsätzen und Formen, unter welchen der Gewerbebetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeführt wird, wesentlich abweichen, und außerdem muß es geeignet erscheinen, die in der Gemeinde ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder Kleingewerbes erheblich zu benachteiligen.

Nun verbindet der Herr Antragsteller mit seinem Antrage einen doppelten Zweck, zunächst den: Es möchte geprüft werden, ob nicht schon jetzt eine Anzahl Zweigggeschäfte in der Stadt vorhanden sind, welche die gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllen, aber bisher noch nicht umsatzsteuerpflichtig gemacht sind. Es könnte nach Meinung des Herrn Antragstellers eine Anzahl solcher Geschäfte jetzt schon vorhanden sein, die nach der jetzigen Rechtslage umsatzsteuerpflichtig gemacht werden können. Die Statutenkommission ist dem Herrn Antragsteller für diese Anregung sehr dankbar, und es wird sich vielleicht auch herausstellen, daß das eine oder andere Zweigggeschäft bereits unter die Umsatzsteuer fällt. Es wird Sache der Veranlagungsbehörde, zunächst unserer Finanzkommission, sein, aufs neue demnächst, wenn die gesamten Betriebe geprüft werden, auch dahin ihre Prüfung auszudehnen, ob nicht eine Anzahl

Zweiggeschäfte auswärtiger Betriebe schon jetzt die Merkmale des Gesetzes erfüllen. Wie andererseits die Prüfung dahin gehen muß, ob nicht bereits früher steuerpflichtig gemachte Betriebe inzwischen die Formen ihres Betriebes geändert haben, d. h. nicht mehr die Merkmale erfüllen, ebenso sehr muß es das Amt der Veranlagungskommission sein, solche Zweiggeschäfte auswärtiger Betriebe steuerpflichtig zu machen, die in der Tat übersehen sind. In soweit folgt die Statutenkommission dem Herrn Antragsteller und wird veranlassen, daß die Prüfung der Veranlagungskommission besonders auf diesen Punkt gelenkt wird.

Die Hauptsache aber dessen, was der Herr Antragsteller mit seinem Antrage bezweckt, ist folgendes: Er ersucht um Einführung einer Filial-Umsatzsteuer für Zweiggeschäfte auswärtiger Betriebe allgemein und bittet den Magistrat, entsprechende Schritte zu tun. Es ist also der Zweck des Antrages der, ganz abgesehen von den Merkmalen, die das Gesetz erfordert, allgemein die Zweiggeschäfte auswärtiger Betriebe zur Umsatzsteuer heranzuziehen. Eine ähnliche Anregung ist bereits im Landtage vor acht bis vierzehn Tagen gefallen, und es ist auch seitens des Herrn Staatsministers auf die Anregung im Landtage erwidert, es bedürfe ja, um solche Möglichkeit zu schaffen, nur eines Antrages. Nun war der Herr Antragsteller der Meinung, daß wir als Gemeinde-Behörde in der Lage seien, in dieser Weise die Voraussetzung des Gesetzes, die Erfordernisse einer Zweiggeschäfts-Umsatzsteuer schaffen zu können. Das ist aber nicht der Fall. Es handelt sich hier um eine Gesetzesvorschrift. Wir sind damals, als wir uns über die Anwendung des Gesetzes berieten, dahin übereingekommen, bestimmte Grundsätze festzulegen; dagegen sind die Gemeinden nicht ermächtigt, neue Grundlagen für die Steuerpflicht zu schaffen, vielmehr ist das Sache des Gesetzgebers. Um ein Zweiggeschäft auswärtiger Betriebe, das die bisherigen Merkmale nicht erfüllt, steuerpflichtig zu machen, würde es einer Änderung des Gesetzes bedürfen. Der Antrag würde darauf hinauskommen, zu veranlassen, daß der Magistrat auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung eine Anregung gäbe zu einer Gesetzesänderung. Es bestehen aber zweierlei Hindernisse, die die Statutenkommission zu dem Entschlusse geführt haben, daß man eine solche Anregung nicht geben möchte.

Der eine Gegen Grund ist formell-rechtlicher Natur. Es wird hier lediglich gesprochen von der Schädlichkeit einer Filiale auswärtiger Betriebe. Eine Filiale ist ein solches Unternehmen, bei dem ein auswärtiger Unternehmer in hiesiger Stadt für eigene Rechnung unter der eigenen Firma arbeiten läßt. Der Antrag des Herrn Stadtv. Frede bezweckt also, lediglich die Firmen solcher handelsrechtlichen Art, wie ich sie eben bezeichnet habe, zur Umsatzsteuer heranzuziehen; da-

gegen würde er nicht umfassen die vielen Geschäfte, bei denen eine auswärtige Firma in anderer als gerade in dieser Weise beteiligt wäre. Wenn ein auswärtiges Geschäft in irgendeinen Betrieb, wie man sich ausdrückt, einen Strohmann hineinsetzt, so würde mit einem Schlage der Zweck, den der Herr Antragsteller mit seinem Antrage verbindet, verfehlt sein. Es braucht bloß ein auswärtiger Unternehmer einer hiesigen anderen Person, die für seine Rechnung arbeitet, ein Darlehn zu geben, er braucht sich nur durch Kapital als stiller Gesellschafter oder in der Form einer Kommanditgesellschaft oder einer offenen Handelsgesellschaft an dem Geschäfte zu beteiligen. So wären also eine Menge Handelsformen gegeben, unter denen man den auswärtigen Unternehmer, der dem Wesen und Kapital nach das Zweiggeschäft unterhält, doch nicht steuerpflichtig machen könnte. Es wäre ein leichtes, ein etwa bisher im eigenen Unternehmen mit eigener Firma existierendes Zweiggeschäft eines auswärtigen Unternehmens mit einem Schlage aus der Steuerpflicht herauszubringen. Es ist also eine Unmöglichkeit, alle die schädlichen Einflüsse, die der Herr Antragsteller im Auge hat, zu fassen. Dies ist auch der Grund, weshalb auf eine Anregung im Landtage — sie lag doch außerordentlich nahe — gar nicht eingegangen ist.

Nun ist in der Statutenkommission noch ein zweiter, sachlicher Grund vorgebracht, über den sich — soweit es aus den Äußerungen des Vertreters des Magistrats hervorgeht — der Magistrat sowohl, als auch die Kommission ganz einig sind: Es ist nicht richtig, ohne weiteres und auf jeden Fall ein Zweiggeschäft eines auswärtigen Betriebes umsatzsteuerpflichtig zu machen. Das ist weder richtig, wenn das betreffende Filial-Geschäft mit einem großen Nutzen arbeitet, noch auch dann, wenn es etwa anfänglich ohne großen Gewinn arbeiten sollte. Wenn ein solches Filial-Geschäft mit einem guten Nutzen arbeitet und einkommensteuerpflichtig wird, so hat die Gemeinde den Vorteil. Aber die Statutenkommission und, soweit es hervortrat, auch der Magistrat stehen auf dem Standpunkte, daß nur die Unternehmer auswärtiger Betriebe nicht allzusehr fernhalten soll. Es kann der Fall eintreten, daß anfänglich ein solches Unternehmen noch nicht floriert, sondern daß es erst im Laufe der Jahre zu einer gewissen Blüte gebracht wird und demnach ebenso steuerpflichtig wird wie andere. Das ist anfänglich nicht voranzusehen. Man würde aber doch falsch handeln, wenn ohne weiteres die Möglichkeit gegeben würde, daß kein auswärtiger größerer Betrieb in Braunschweig ansässig wird und unsere Steuerkraft, unsere Einwohnerzahl usw. vermehrt. Man soll, wie die Statutenkommission meint, in dieser Beziehung nicht zu ängstlich sein.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist der: Es wird auch das Interesse der Käufer zu berücksichtigen sein. Sie haben unter Umständen ein Interesse daran, neben den einheimischen Waren auch andere beziehen zu können, und man soll in dieser Weise nicht jede Möglichkeit der Wahl in den Artikeln ausschließen.

Es ist also die Statutenkommission zu dem Ergebnis gekommen,

1. die Anregungen des Herrn Frede dankbar anzuerkennen und zu empfehlen, in der That solche Filialen auswärtiger Betriebe, die bereits unter die Vor- aussetzungen des Gesetzes fallen, aufs neue einer Prüfung zu unterwerfen,

2. aber zu einer Gesetzes-Änderung, die nur durch Regierung und Landtag erfolgen könnte, doch nicht zu schreiten.

In diesem Sinne habe ich den geehrten Herren die Beschlußfassung der Kommission zu unterbreiten.

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann mittheilen, daß die vorbereitenden Schritte, um in der Richtung vorzugehen, wie der Vorschlag der Statutenkommission der geehrten Versammlung empfiehlt, bereits seitens des Stadtmagistrats eingeleitet sind, und daß demnächst voraussichtlich seitens des Stadtmagistrats der Finanzkommission entsprechende weitere Mittheilungen wegen der Heranziehung einiger derartiger Geschäfte zur Umsatzsteuer gemacht werden können. Ergänzend darf ich dem Berichte noch hinzufügen, daß, nachdem in der Statutenkommission nach meinen Ausführungen der Herr Antragsteller seinen eigenen Antrag zugunsten des Antrages der Statutenkommission zurückgezogen hat, es auch die Möglichkeit gäbe, daß davon Gebrauch gemacht wird, im Wege der allgemeinen Gewerbesteuer gegen die hiesigen Zweigggeschäfte auswärtiger Betriebe die Steigerung so zu bemessen, daß dabei auf die Eigenart ihrer Betriebsführung, insbesondere auf die Mannigfaltigkeit der Zweigggeschäfte in ganz Deutschland, Rücksicht genommen wird. Es entspricht durchaus den Beschlußfassungen des Orts-Einschätzungs-Ausschusses zur Gewerbesteuer, in der mehrere der geehrten Herren aus der Versammlung sitzen, und entspricht auch den Grundsätzen des Herzoglichen Steuerkollegiums und der Revisionsbehörde, daß bei hiesigen Zweigggeschäften auswärtiger Betriebe in dieser Hinsicht die Gewerbesteuer nach derartigen Grundsätzen bemessen wird, mit anderen Worten, daß sie etwas schärfer zur Steuer herangezogen werden als hiesige Kleinbetriebe, die nicht als Zweigggeschäfte auswärtiger Betriebe anzusehen sind. Auch auf dieser Bahn wird in Zukunft weitergegangen werden können, und es wird sich erreichen lassen, daß die Klagen der hiesigen mittleren Handelsgeschäfte mehr und mehr verstummen. Wir müssen bedenken, daß die hiesigen Handelsgeschäfte in mehrfacher Beziehung

zur Steuer herangezogen werden. Sollte die Ausführung einer schärferen Heranziehung zur Gewerbesteuer zur Folge haben, daß auch die Zweiggeschäfte auswärtiger Betriebe in Zukunft nach Möglichkeit bei ihren Erklärungen nicht gar zu sehr den auswärtigen Schwerpunkt berücksichtigen, so würde damit wahrscheinlich der Heranziehung derartiger Geschäfte zur Umsatzsteuer um so eher vorgebeugt sein.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Dem zweiten Teile der Ausführungen des Herrn Berichterstatters kann ich wohl zustimmen. Sie sind in erster Linie geeignet, die Tendenz des Antrages Frede an sich insofern als ungerechtfertigt zu kennzeichnen, als der Antrag eine Ausnahme-Gesetzgebung bezweckt, eine Ausnahmestellung, die auf das ganze wirtschaftliche Leben, besonders auf die Konsumenten nicht von Vorteil sein kann. Wunder hat es mich genommen, daß trotz der Ausführungen des zweiten Teiles der Herr Berichterstatter im ersten Teile seines Berichts zugestimmt und empfohlen hat, eine Nachprüfung in der von dem Antragsteller gewünschten Tendenz eintreten zu lassen. Wunder genommen hat mich das um so mehr, als der Herr Berichterstatter zugleich Mitglied der Veranlagungsbehörde ist, der Finanzkommission, die bisher pflichtgemäß auf alle an sich zur Umsatzsteuer heranziehbaren Geschäfte ihre Prüfungspflicht ausgedehnt hat, und daß nun der Herr Berichterstatter, indem er diese Äußerung getan hat, gewissermaßen sich selbst einen Backenstreich gibt und sagt: „Wir haben eigentlich geschlafen.“ Es mußte erst der Anregung des Herrn Stadtv. Frede hier bedürfen, um innezuwerden, daß wir nicht auf unserem Posten gewesen sind, und daß wir nun uns einmal mit der tendenziösen Brille des Herrn Frede die Filialgeschäfte ansehen, damit wir unter die kautschukartigen Bestimmungen dieses schönen Ausnahme-Landesgesetzes, das uns schon so viele Freude in der Finanzkommission gemacht hat, auch jetzt diese Filialgeschäfte hineinpressen. Wenn man will, Herr Dr. Wolters, so sind die paar Worte bald geschrieben: „Abweichend von den Normen und Grundsätzen des ehrbaren Handels,“ wie er von anno Tobak in der Stadt Braunschweig üblich gewesen ist. Die Worte lassen sich bald feststellen, wenn man will, daß diese Ausnahmesteuer gegen diese Geschäfte Platz greifen soll. Die Worte haben sich gefunden gegenüber den anderen Geschäften. Ich hatte geglaubt, in einer der letzten Sitzungen den Herrn Berichterstatter anders verstehen zu sollen, daß er nicht mehr überzuckert sei von der Anwendung dieses Ausnahmegesetzes. Wir werden darüber zu reden haben, welche Abweichungen gegenüber den Vorschlägen des Stadtmagistrats wir treffen sollen oder nicht. Jetzt aber die Sache noch zu erläutern, liegt meines Erachtens kein Grund vor, und gerade als Mit-

glied der Finanzkommission muß ich ein derartiges In-die-Rippen-rennen, wie es der Antrag Frede getan hat, zurückweisen. Die Veranlagungsbehörde hat nicht geschlafen und wird sich durch derartige Anrempelungen von dem Wege der pflichtmäßigen Veranlagung nicht abbringen lassen. Den Antrag dankbar zu begrüßen von derselben Behörde aus, die die bisherigen Veranlagungen vorgenommen hat, dazu kann ich die Hand nicht bieten und bitte deshalb auch, den Ausführungen in ihrem ersten Teile nicht zuzustimmen.

Stadtrat von Franckenberg: Herr Dr. Jasper befindet sich in einem Irrtum: Die Finanzkommission ist nicht die Veranlagungsbehörde, sondern das Verfahren ist das folgende. Die Herren Stadtverordneten werden sich erinnern, daß in der Tat in dem Gesetze und durch unsere Abmachungen festgestellt ist: Der Stadtmagistrat hat der Finanzkommission, die von der geehrten Versammlung ermächtigt ist, seine Vorschläge zu unterbreiten, und nur durch gemeinsamen Beschluß des Magistrats und der von den geehrten Herren ermächtigten Finanzkommission kann das vorbereitende Verfahren so weit gebracht werden, daß seitens des Magistrats der Kreisdirektion, in deren Händen die Entscheidung liegt, das Material für die Veranlagung zugestellt werden kann. Wenn also jemand, wie sich der Herr Dr. Jasper in seiner liebenswürdigen und blumenreichen Sprechweise ausdrücken beliebte, in die Rippen gerannt ist, so ist es zunächst der Magistrat. Ich fühle mich aber durch den Antrag Frede oder durch den Vorschlag der Kommission nicht unangenehm berührt. Es ist das gute Recht der geehrten Herren, hier Vorschläge zu machen, und es ist Pflicht des Stadtmagistrats, diesen Vorschlägen aufmerksam näherzutreten und sie gewissenhaft zu prüfen. Das haben wir bisher getan und werden es auch in Zukunft gerne tun. Im übrigen kann sich die Finanzkommission sagen: Sie hat nicht geschlafen, aber ihr gutes Gewissen wird für sie auch in der Zukunft ein gutes Ruhekitzen sein.

Stadtv. Frede: Herr Dr. Jasper hat von der Tendenz meines Antrages gesprochen. Wäre ich ein Händler oder ein Geschäftsmann, so könnte ein Zweifel bestehen über den Charakter der Tendenz meines Antrages. Ich glaube aber, durch meinen Beruf bin ich gegen einen solchen Angriff gesichert, denn ich kann diese Filialen als eine Konkurrenz meines Berufs keineswegs ansehen. Es hat sich auch niemand an mich gewandt, und ich habe auch schon bei Stellung des Antrages davon gesprochen, wie ich dazu gekommen bin. Ich gehöre der Einschätzungskommission an, und in unserem Bezirke befinden sich Filialen auswärtiger Geschäfte, welche jahrelang zu keiner Einkommensteuer

heranzuziehen waren, denn das Hauptgeschäft behauptete: Diese Filialen verdien in Braunschweig nichts. Keiner von uns in der Einschätzungskommission glaubt das, denn es müßte sonst der wunderbare Fall vorliegen, daß auswärtige Hauptgeschäfte lediglich aus Interesse für Braunschweig hier Filialen unterhalten. Es ist eine Sache des Rechtsgefühls, wenn ich da wünsche, daß auf irgend eine Weise diese Filialen auswärtiger Geschäfte zur Steuer hier herangezogen werden können, um die hiesigen Steuerzahler zu schützen und auch die Geschäfte der hiesigen Einwohner. Den Gedanken habe ich dabei gehabt, und dieses Gedankens schäme ich mich durchaus nicht. Die Stadt muß von diesen Filialen etwas haben, denn die hiesigen Geschäfte werden auch entsprechend herangezogen. Das ist die Tendenz meines Antrages, und die ist nicht derart, daß sie in solch wegwerfender Art behandelt werden sollte, wie es Herr Dr. Jasper getan hat.

Nun zu dem Antrage selbst. Ich räume unumwunden ein, daß ich damals die Meinung gehabt habe, es ginge ganz leicht, daß die Filialen auswärtiger Geschäfte summarisch von einer solchen Umsatzsteuer erfaßt werden könnten. Ich stand unter dem Eindruck dieser Vorkommnisse in unserem Bezirke und habe von den Bestimmungen des Gesetzes, die der Verwirklichung meines Antrages entgegenstehen, damals keine Ahnung gehabt. Ich bin in der Finanzkommission aufgeklärt über die beiden Zusätze, über die beiden Einschränkungen, die bei dem Gesetze gemacht sind. Sie heißen: Die Filiale kann nur von der Umsatzsteuer getroffen werden, wenn das Geschäftsgefahren, kurz ausgedrückt, von dem üblichen abweicht, und wenn nachgewiesen werden kann, daß eine erhebliche Schädigung der hiesigen Geschäfte eintritt. Darüber müßte ein sachverständiges Urtheil abgegeben werden. Ich habe aber in der Kommission ebenfalls gehört, daß auf diese sachverständigen Gutachten nicht unter allen Umständen gebaut werden kann. Den Eindruck und die Überzeugung habe ich bekommen, daß durch diese beiden Anhängsel das ganze Umsatzsteuergesetz in seiner Wirkung sehr vermindert wird, daß es unter Umständen, wo es angewendet werden muß, seine Wirkung versagen kann. Wenn nun meiner Anregung, die ich ursprünglich mit meinem Antrage habe geben wollen, nicht gefolgt werden kann und trotzdem der Herr Berichterstatter sagt, die Kommission sei mir dankbar für die Stellung meines Antrages, so bin ich der Kommission und dem Herrn Berichterstatter auch dankbar dafür, daß bei dem Antrage etwas Gutes herausgekommen ist, daß eine Heranziehung der Filialen in dieser oder jener Weise geschaffen werden kann. Nur die Hoffnung kann ich nicht teilen, die der Herr Oberbürgermeister äußerte und auch der Herr Berichterstatter, daß es möglich wäre, wenn man Filialen auswärtiger Geschäfte hier zuließe, leicht zuließe sogar, und ihnen das Dasein nicht erschwerte, daß diese Filialen

einmal als Hauptgeschäfte hier Platz griffen. Ich habe bei Stellung meines Antrages nicht die Filialen auswärtiger Geschäfte alle gekannt, die hier bestehen; ich habe vor allen Dingen an gewisse Geschäfte gedacht, die über ganz Deutschland ein Netz von Filialen verbreiten, und von denen ist wirklich nicht zu erwarten, daß sie hier Hauptgeschäfte austun. Das wird wohl eine Hoffnung sein, die nicht verwirklicht wird.

Ich fasse zusammen: Ich bin mit der Art der Behandlung meines Antrages einverstanden und ziehe ihn in dieser Form, weil er dem Gesetze nach nicht ausführbar ist, zurück. Wenn ich einen Wunsch äußern darf, so möchte ich allerdings der Hoffnung Raum geben, daß diese beiden kautschukartigen Bestimmungen über das Geschäftsgebahren und die Schädigung der hiesigen Geschäfte in Fortfall kämen. Ob das möglich ist, müssen die Herren aus dem Landtage besser beurteilen können als ich.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich lege keinen Wert darauf, die Finanzkommission als Veranlagungsbehörde bezeichnet zu wissen oder gar als die Veranlagungsbehörde. Wenn ich die beiden Ausdrücke gewählt habe, habe ich mich lediglich angeschlossen an den vom Herrn Berichterstatter geprägten Sprachgebrauch, indem er sagt: Die Veranlagungsbehörde ist die Finanzkommission, und diese Finanzkommission, der der Herr Berichterstatter selber angehört, wollte ich in ihrer Eigenschaft als beteiligter Faktor bei der Einschätzung schützen. Es nahm mich wunder, daß das eine Mitglied dieser Kommission diese gegenteilige Stellung eingenommen hat. Im übrigen ist das Verfahren zur Genüge bekannt, und es kommt nicht darauf an, ob ein Faktor, der noch mitwirkt, der Stadtmagistrat ist. Die Rippenstöße gönne ich dem Magistrate ja lieber als der Finanzkommission, wenn er sie sich zuziehen will. Wir werden in der Kommission noch sachlich darauf zurückkommen, ob bei den zur Umsatzsteuer vorgeschlagenen Geschäften wirklich die Voraussetzungen des Umsatzsteuergesetzes vorliegen.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Ich erbitte das Wort als Referent nach Schluß der Debatte.

Vorsitzender: Die Debatte ist geschlossen. Herr Dr. Wolters als Referent.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Ich wollte zunächst auf die Äußerungen des Herrn Dr. Jasper bezüglich der Veranlagungskommission kommen. Es ist den Herren allgemein bekannt, daß seitens der Gemeinde, also weder des Magistrats noch der

Stadtverordneten allein, die Steuerpflicht erst einmal festgestellt wird, und dann auf Antrag der Gemeinde, die die Steuerhöhe vorschlägt, die Aufsichtsbehörde die Steuerpflicht festsetzt. Das sind die Bestimmungen des Gesetzes. Nun hat aus einer Äußerung von mir Herr Dr. Jasper zweierlei Schlüsse gezogen.

Ich habe folgendes gesagt: Die betreffenden Veranlagungsbehörden sind verpflichtet, zu prüfen, ob diejenigen Geschäfte, die bereits einer Umsatzsteuer unterworfen sind, noch künftig dieser selben Steuer unterliegen, oder ob sie etwa ihr Gebahren und ihre Eigenschaft, andere Betriebe zu schädigen, gewechselt haben. Sehr wohl ist das eine Pflicht der Gemeinde, zu prüfen, ob das Gesetz, das in erster Linie erzieherisch wirken soll, seinen Zweck erfüllt hat. Man hat nicht die Absicht gehabt, plötzlich solche Geschäfte zu erdroffeln, sondern hat dem Handwerk und dem Handelsstand Gelegenheit geben wollen, daß diese Geschäfte, die es schädigen, allmählich, mit der Zeit sich den ordentlichen, wenn ich mich so ausdrücken darf, reellen Geschäften fügen. Nun ist es selbstverständlich Pflicht der Gemeinde, dafür zu sorgen, daß künftig ein Geschäft, das diese Voraussetzungen nicht mehr erfüllt, auch der Umsatzsteuerpflicht nicht weiter unterliegt. Was sollte daraus werden, wenn ein sich anders gebahrendes Geschäft nach wie vor in dieser Weise versteuert werden soll? Ich kann es deshalb nicht verstehen, wie Herr Dr. Jasper einen Widerspruch in dieser Pflicht der Veranlagungsbehörde konstruieren kann.

Herr Dr. Jasper hat den zweiten Schluß dahin gezogen, daß er es auffällig findet, daß plötzlich eine Menge Geschäfte da sein sollte, die wir vergessen hätten; dann hätten wir in der Kommission geschlafen. Ist es nicht möglich, daß eine Anzahl anderer Geschäfte sich aufgetan hat? Es ist bekannt (ich hüte mich, hier Namen zu nennen, das paßt sich nicht für die öffentliche Sitzung), daß neue derartige Geschäfte sich hier niedergelassen haben. Aber nicht allein die neu Aufgetauchten, sondern auch diejenigen Geschäfte zu prüfen, ob sie umsatzsteuerpflichtig sind, deren Wirkungsweise und Eigenschaft, andere zu schädigen, bisher nicht hervorgetreten ist, ist Pflicht der Gemeinde; es würde pflichtwidrig sein, wenn die Finanzkommission, die diese Anträge zu stellen hat, sobald solche Firmen genannt werden, überhaupt nicht Gelegenheit nehmen sollte, nachzuholen, was ihr früher nicht bekannt oder nicht in dem Umfang bekannt war. Ich weise deshalb die Äußerung des Herrn Dr. Jasper zurück, als ob irgend ein Widerspruch in meinen Worten gewesen sei, und ich glaube, darin auch im Einverständnis mit der Statutenkommission zu sein und auch mit der Mehrheit der Finanzkommission, daß sie ihre beiderseitigen Pflichten sehr wohl zu wahren und sehr wohl durchzuführen wissen. (Beifall.)

Vorsitzender: Der Antrag Frede ist zurückgezogen. Die Statutenkommission empfiehlt, eine Prüfung eintreten zu lassen auf Anwendung des Gesetzes auf die einzelnen Filialgeschäfte. Abgelehnt von ihr wird aber, eine Änderung des Gesetzes durch einen Antrag an den Magistrat herbeizuführen.

Der Antrag der Statutenkommission wird angenommen.

Stadtv. Dr. **Jasper** (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich möchte persönlich bemerken, daß lediglich die „faire Taktik“ des Herrn Dr. Wolters, zunächst den Schluß der Debatte abzuwarten und dann sachlich noch gegen meine Ausführungen zu polemisieren, mir die Möglichkeit nimmt, die Ausführungen des Herrn Dr. Wolters zu widerlegen.

Stadtv. Dr. **Wolters** (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich bitte Herrn Dr. Jasper, die Bestimmungen des § 16 unseres Verwaltungsstatuts einzusehen, wonach dem Antragsteller und dem Referenten das Recht zusteht, nach Schluß der Debatte das Wort zu ergreifen. Welches ist der Zweck der Vorschrift? Die vorangehenden Äußerungen zusammenfassen und allen Einwendungen gegenüberzutreten zu können.

6. Antrag des Stadtv. Loeschigt auf Verbreiterung des Bürgersteigs vor „Café Central“ und „Stern“.

Stadtv. **Pusch:** Meine Herren. Es ist Ihnen bekannt, daß ein Antrag des Herrn Stadtv. Loeschigt vorliegt, der auf eine Verbreiterung des Bürgersteigs vor „Café Central“ und „Café Stern“ am Kohlmarkt hinzielt. Sie sind alle mit diesen Zuständen vertraut und werden zugeben müssen, daß der Verkehr in jenem Straßenzuge eine Verbreiterung dieses Fußweges wohl als notwendig erscheinen läßt. Wenn auch die Benutzung der Fahrbahn der Schuhstraße nur eine einseitige ist, so läßt es sich nicht verkennen, daß bei dem großen Andrang, der dort herrscht, besonders an der Ecke, es leicht vorkommt, daß die Fußgänger vom Bürgersteige abweichen und den Fahrdamm zum Passieren beschreiten müssen. Wir haben uns gestern in der Baukommission mit diesem Antrage befaßt und sind zu dem Entschlusse gekommen, die verehrte Versammlung zu bitten, dem Magistrat zu empfehlen, den Antrag des Herrn Stadtv. Loeschigt in wohlwollende Erwägung zu ziehen und demnächst an die Versammlung mit einem bezüglichen Projekt heran-

zutreten. Ich möchte Sie bitten, dem Beschlusse der Baukommission ihre Zustimmung zu erteilen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

7. Berechnung von Stempelfkosten bei Verträgen.

Stadtv. Dr. **Volters**: Das Gesetz vom 20. Mai 1911 sieht vor, daß schriftliche wie mündliche Pacht- und Mietverträge, soweit die Miete oder der Pachtzins mehr als 450 *M* beträgt, der Steuerpflicht unterliegen. Es wird jetzt vom Magistrat eine generelle Regelung darüber vorgeschlagen, wer die Stempelfkosten zu tragen hat, wenn der Stadtmagistrat oder die Stadtgemeinde mit einem Mieter oder Pächter kontrahiert. Der Magistrat macht den Vorschlag, und die Finanzkommission stimmt dem zu, daß künftig die Regelung ganz im allgemeinen so getroffen werden soll, daß beide Kontrahenten je die Hälfte der Stempelfkosten tragen sollen. Nach dem Stande vom 1. Januar d. J. ist der Gesamt-Stempelbetrag auf 100,70 *M* zu berechnen, so daß der Stadt eine Belastung von 50,35 *M* erwächst. Wegen des Rieselfeldes bleiben der Rieselfeld-Deputation besondere Vorschläge nach Bedarf vorbehalten. Die Finanzkommission empfiehlt also gemäß dem Magistratsantrage, festzusetzen, daß fortan bei städtischen Pacht- und Mietverträgen die Stempelfkosten in halber Höhe von der Stadtgemeinde getragen werden.

Stadtrat von **Franckenberg**: Gestatten Sie mir, der Vollständigkeit wegen darauf hinzuweisen, daß der Magistratsvorschlag dahin geht, diese Regelung vorzunehmen, wenn nichts anderes vereinbart ist, also nicht in den Fällen, wo ausdrücklich verabredet ist, daß der Mieter sämtliche Kosten zu tragen hat. Ich darf annehmen, daß der Herr Berichterstatter und die Finanzkommission mit diesem Vorschlage einverstanden sind.

Die Versammlung erklärt sich einverstanden.

8. Erhöhung des Zuschusses für den Verkehrsverein.

Stadtv. **Leue**: Meine Herren. Der Verkehrsverein hat sich mit der Bitte an den Magistrat gewandt, den ihm bewilligten Zuschuß von jährlich 1500 *M* auf 3000 *M* zu erhöhen. Der Verkehrsverein begründet seine Bitte damit, daß die vielen Unkosten, die er durch Veranstaltungen von Vorträgen in anderen Städten, Herausgabe und Vertrieb von Führern durch Braunschweig, Inserate und andere

kostspielige Propaganda-Maßnahmen zu tragen hätte, so groß geworden wären, daß es ihm nicht möglich sei, sie aus den regelmäßigen Einnahmen zu decken. Ferner sei es unbedingt notwendig geworden, einen besoldeten Geschäftsführer für den Verein zu haben, da die Führung der Geschäfte im Ehrenamt in Zukunft nicht mehr möglich sei. Der Magistrat erkennt die segensreiche Tätigkeit des Verkehrsvereins an, und ich glaube, meine Herren, daß auch wir wohl, in der Mehrzahl wenigstens, der Ansicht sind, daß der Verkehrsverein für die Stadt gut gewirkt hat, insbesondere zum Vorteil der Kleingewerbetreibenden, die durch den Fremdenzufluß, den herbeizuführen das erste Ziel des Verkehrsvereins ist, doch nicht unbeträchtlichen Nutzen haben. Der Magistrat hält es deshalb wohl für angebracht, daß man dieser Bitte des Verkehrsvereins willfährt, und ersucht uns, unsere Zustimmung zu geben, daß der Zuschuß von 1500 *M* auf 3000 *M* jährlich erhöht wird, und zwar aus den Erträgen der Umsatzsteuer.

Die Finanzkommission hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und hat sich auf denselben Standpunkt gestellt wie der Magistrat. Sie erkennt die Tätigkeit des Verkehrsvereins an und glaubt, daß dieses Geld im Interesse der Bürgerschaft wohl angelegt ist. Die Finanzkommission gibt Ihnen durch mich anheim, Ihre Zustimmung zu der Erhöhung des Zuschusses zu geben.

Die Erhöhung des Zuschusses wird bewilligt.

9. Bewilligung eines Beitrages für den Verein für soziale innere Kolonisation Deutschlands.

Stadtv. **Leue**: Es besteht ein Verein für soziale innere Kolonisation Deutschlands. Dieser Verein hat, wie aus seinen Satzungen, die er vorgelegt hat, hervorgeht, folgenden Zweck: „Der Verein verfolgt den Zweck, den vorübergehend Arbeitslosen der Großstädte und Industriebezirke Arbeit auf kulturfähigem Odlande zu verschaffen. Der Verein will für sich keinen Erwerb oder Gewinn erzielen. Der Verein verfolgt keine politischen Ziele.“ Der Verein hat sich an den Magistrat gewandt mit dem Ersuchen, die Stadtgemeinde möge ihm beitreten und so seine Bestrebungen unterstützen. Der Magistrat hält diese Bestrebungen des Vereins wohl der Unterstützung wert und weist in seinem Schreiben besonders darauf hin, daß der preußische Provinziallandtag umfassende Maßnahmen zur Kultivierung und Bestellung von Odlandereien, besonders der Lüneburger Heide, zu treffen beabsichtigt. Das sei eine gute Gelegenheit, gegebenenfalls überschüssige Arbeitskräfte, also Arbeitslose, in größerer Zahl dahin zu befördern; zumal die

Beförderung eine außerordentlich billige ist. Der Fahrpreis beträgt $1\frac{1}{2}$ Pfennig für das Kilometer Eisenbahnstrecke. Der Magistrat schlägt vor, dem Verein mit einem Jahresbeitrage von 20 *M* beizutreten. Die Verrechnung soll zu Kap. VII des ordentlichen Haushaltsplanes der Kammereikasse erfolgen.

Die Finanzkommission hält die Unterstützung dieses Vereins ebenfalls für sehr zweckdienlich und schlägt vor, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Stadtov. **Niele:** Ich muß offen gestehen, daß ich diesem Vorschlage nicht zustimmen kann. Ich kenne ja die Tätigkeit dieses Vereins nicht; wenn ich aber den Zweck des Vereins ins Auge fasse, und wenn ich hoffen darf, daß keine moderne Gefangenanstalt daraus gemacht wird, wie in Rastorf, dann könnte ich mich wohl dafür erklären, dem Verein einen Zuschuß zu gewähren. Aber als Magistrat von Braunschweig 20 *M* für den Zweck auszugeben, das würde ich als zu wenig ansehen.

Stadtrat **Wagner:** Es handelt sich gar nicht darum, das Unternehmen der Moorkultivierung selbst zu unterstützen. Für den Zweck wäre es allerdings ein trauriger Beitrag, wenn die Stadt 20 *M* jährlich zahlte, zumal da der Hannoverische Provinziallandtag Millionen zur Verfügung stellen will. Wir wollen nur unser Interesse für die dem nationalen Wohl vorteilhaften Bestrebungen des Vereins bekunden und wollen dadurch, daß wir uns dem Verein anschließen, zunächst mit einem mäßigen Beitrage, uns die Anwartschaft sichern, daß gegebenenfalls auch die Stadt Braunschweig einmal berücksichtigt wird, wenn dort Arbeiter gebraucht werden, die wir in Braunschweig überschüssig haben. Der Verband niederländischer Arbeitsnachweise, der den Verein mit einem namhaften Betrage unterstützt und von hier aus über den Verein befragt ist, hat es warm unterstützt, daß wir uns daran beteiligen möchten.

Der Beitritt der Stadt zu dem Verbande mit einem Jahresbeitrage von 20 *M* wird beschlossen.

10. Abrechnung über den stadtseitigen Verkauf von Seefischen.

Stadtov. Dr. **Jasper:** Am 27. Oktober v. J. hatten wir dem Magistrat einen unbeschränkten Kredit eröffnet, um einen Versuch zu machen, den hiesigen Markt im Sinne der Konsumenten zu beeinflussen in der Weise, daß von Seiten der Stadt Seefische eingekauft und zum Verkauf gestellt wurden. Der Magistrat hatte sich

mit einer Firma in Geestemünde in Verbindung gesetzt und 30 Zentner mittleren Nordseeabliau, das Pfund zu 22 Pfennig, und 30 Zentner Seelachs, das Pfund zu 18 Pfennig, eingekauft. Am 15. November, einem Mittwoch, wurden, wie den Herren noch in Erinnerung sein wird, mit Hilfe der Angestellten der Stadt, sowie durch hiesige Fischhändler die Fische zum Verkauf gestellt, nachdem auf den Einkaufspreis ein Aufschlag von 5 Pfennig für das Pfund stattgefunden hatte. „Die Beteiligung Kauflustiger“, so schreibt der Magistrat, „war, obwohl die Fische in bester Beschaffenheit eintrafen, und obwohl durch Säulenanschlag und durch Zeitungshinweise auf den Verkauf aufmerksam gemacht war, nur mäßig, und unsere Bemühungen, den Rest der Fische bis zum Schluß des zweitnächsten Tages in der Markthalle zu verkaufen, hatten wenig Erfolg. Mehr als der vierte Teil blieb unverkauft, nämlich 1527 Pfund Abliau und 103 Pfund Seelachs, die vernichtet werden mußten. Außerdem sind, um den Verkauf zu erleichtern, 468 Pfund Köpfe von Seelachs und 103 Pfund Köpfe von Abliau als unverkäuflich abgetrennt.“

Infolge dieses Ausganges stellt sich die Einnahme auf rund 900 *M*, die Ausgabe auf 1352 *M* für Einkaufspreise und Spesen, so daß ein Fehlbetrag von 452 *M* geblieben ist. Der Magistrat hat, unseren Entschlüssen entsprechend, die Kammereikasse angewiesen, diesen Fehlbetrag zu verbuchen, und erstattet uns nunmehr Bericht über den Verlauf dieses Verkaufs, indem er seine Meinung wie folgt zusammenfaßt: „Wenn der Versuch trotz des Strebens der erweiterten Marktdeputation, sich bei der Durchführung den Wünschen der Einwohnerschaft und den hiesigen Verhältnissen nach Möglichkeit anzupassen, mit einem Mißerfolge geendet hat, so hat uns dies in der Überzeugung bestärkt, daß es für die Stadtvertretung nicht unbedenklich ist, in den Lebensmittelverkehr durch Ausschaltung des Zwischenhandels einzugreifen, der zahlreichen Personen als schwer entbehrliche Erwerbsquelle dient. Es kommt hinzu, daß sich nach den angestellten Beobachtungen gerade die unbemittelten Bevölkerungskreise, denen der Versuch in erster Reihe nützen sollte, verhältnismäßig schwach am Kaufe beteiligt haben. Da nun ferner im Laufe der verflossenen Monate verschiedene hiesige Fischgeschäfte bei der Preisbemessung größeres Entgegenkommen gezeigt und besondere „billige Fischtage“ veranstaltet haben, so neigen wir der Ansicht zu, daß es nicht ratsam ist, fernerhin Geldmittel für die Wiederholung des Versuchs aufzuwenden.“

Die Finanzkommission hat zu diesem Schreiben des Magistrats Stellung genommen und ist in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß die Ansicht des Stadtmagistrats zutreffend ist. Eine besondere Antwort dürfte darnach dem Magistrat nicht

zu erteilen sein. Die Minderheit hat allerdings gemeint, daß mit einem einmaligen Versuche ein abschließendes Urteil nicht zu gewinnen sei, und daß außerdem eine gewisse Wirkung dieses Versuchs auf den Lebensmittelmarkt selbst in dem Schreiben des Magistrats nicht zu verkennen sei. Die Mehrheit empfiehlt aber, wie gesagt, der Ansicht des Magistrats beizutreten.

Stadtv. Hesse: Es ist bedauerlich, daß dieser erste Versuch so ungünstig ausgefallen ist. Es muß zugegeben werden, daß es nicht erfreulich ist, daß man bei einem Geschäft größere Ausgaben als Einnahmen hat, aber das darf für uns nicht maßgebend sein. Die geehrten Herren werden beobachtet haben, daß, als von der werten Versammlung der Beschluß gefaßt wurde, den Versuch zu machen, die Preise in den Fischgeschäften heruntergingen; aber das geschah lediglich infolge dieses Beschlusses. Nun ist zu berücksichtigen, daß nicht nur in Braunschweig ein derartiger Beschluß gefaßt wurde, sondern auch in anderen Gemeinden in zahlreichen Fällen, und die Folge davon war, daß die Einkaufspreise für Seefische ganz enorm in die Höhe gingen. Dadurch wurde der Verkauf auch für uns ungünstiger. Das geschah auch noch besonders dadurch, daß von uns in Ermangelung von besonderen Erfahrungen auf diesem Gebiete beispielsweise die Fische mit Kopf gekauft wurden. Wenn dadurch kein anderer Schaden verursacht wurde, so ist es doch wenigstens der, daß unnötige Fracht dafür ausgegeben wurde. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn die Fische ohne Kopf gekauft worden wären, wir uns besser gestanden hätten. Aber der Herr Sanitätsrat hatte Bedenken deshalb, weil man, wenn die Köpfe von den Fischen abgetrennt seien, nicht mehr feststellen könnte, ob die Fische frisch oder alt seien. Ich habe mich mit verschiedenen Leuten, die Erfahrung in der Sache haben, darüber unterhalten, und die haben mir bestätigt, daß es sehr wohl möglich sei, die Qualität des Fisches festzustellen, auch wenn der Kopf nicht mehr vorhanden ist.

Nun, meine Herren, habe ich mich gewundert über den Vorschlag, den der Stadtmagistrat macht. Dem steht entgegen der Beschluß des Marktausschusses. Ich erinnere daran, daß in der letzten Sitzung, als uns dieses Resultat vorgelegt wurde, der Beschluß gefaßt wurde, es bei diesem einen Versuche nicht bewenden zu lassen, und ich möchte die geehrten Herren bitten, sich dem Vorschlage des Magistrats nicht anzuschließen, schon in Rücksicht darauf, daß dann die Fischhändler ihre Preise wieder heraufschrauben würden. Das würde die logische Folge des Vorgehens sein. Wenn Sie aber beschließen, daß bei gelegener Zeit, wie auch der Marktausschuß beschlossen hatte, der Versuch wiederholt werden soll, dann wird immerhin für die Fischgeschäfte die Gefahr bestehen, wenn sie die Preise zu

hoch stellen, daß dann die Stadt wieder einen Fischverkauf ansetzt, wodurch die Preise wieder zurückgehen müssen. Hiermit werden die Händler nicht zu rechnen haben, wenn wir den Beschluß nicht fassen. Ich bitte also, zu beschließen, daß zu gegebener Zeit wieder ein Versuch gemacht wird.

Vorsitzender: Herr Hesse, Sie müssen den Antrag stellen, daß, entgegengesetzt der Ansicht der Kommission, die Versammlung beschließen möge, den Magistrat aufzufordern, zu gegebener Zeit den Versuch zu erneuern.

Stadtv. **Hesse:** Ich will damit den Antrag gestellt haben:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, es bei dem einmaligen Einkauf von Seefischen nicht bewenden zu lassen, sondern zu gegebener Zeit den Versuch zu wiederholen.“

Stadtv. Dr. **Henking:** Ich bedauere auch, daß der Versuch des Fischverkaufs mit so wenig gutem Erfolge ausgefallen ist, aber ich möchte doch in dem Sinne des Herrn Vorredners dafür eintreten, daß dieser eine Versuch uns nicht bestimmen kann, ihn nicht zu wiederholen.

Was den Ankauf mit oder ohne Kopf betrifft, so soll man in solchen Sachen Erfahrungen sammeln. Mir ist bekannt, daß der Einkaufspreis, wenn man die Fische ohne Kopf kauft, selbstverständlich entsprechend höher ist. Ob das praktischer ist oder nicht, das wollen wir Sachverständigen überlassen. Mir ist früher gelehrt, daß die Kiemen das beste Mittel sind, um festzustellen, ob der Fisch frisch ist. Es ist mir aber auch sehr wohl aus den Seefisch-Rochkarsen bekannt, daß man auch am Bauchfell des Fisches zu entscheiden vermag, ob er frisch ist oder nicht. Das sind aber Fragen, die hier nicht hergehören.

Ich möchte dafür sein, daß wir zu gelegener Zeit diesen Seefischverkauf von neuem einrichten, hoffentlich dann unter günstigeren Umständen als dieses Mal.

Stadtv. **Stegmann:** Herr Hesse führte eben aus: Er finde es bedauerlich, daß dieser erste Versuch so ungünstig ausgefallen sei. Nicht vielen der Herren scheint das bedauerlich zu sein, sonst würde man nicht darüber lachen und sich darüber freuen, daß der Versuch mißglückt ist, und das läßt tief blicken. Man soll doch das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und sagen: „Der Versuch ist das erste Mal nicht geglückt, darum fort damit! Wir wollen den Versuch nicht wieder-

holen.“ Es ist schon angeführt, daß in jener Zeit keine große Nachfrage nach Fischen gewesen ist. Weiter ist zu bedenken, daß ungünstiges Wetter geherrscht hatte und der Fang nicht günstig ausgefallen war, so daß die Fische im Preise gestiegen waren. Außerdem sollen sich die Fischhändler vereinigt und sich zu „billigen Fischtagen“ entschlossen haben. Wozu erwähne ich das alles? Um darzutun, daß wir zu teuer eingekauft haben. Wie Herr Sanitätsrat Henking schon erklärte, ist die Sache für uns neu. Es wäre nicht nötig gewesen, nachdem die Fische drei Tage gestanden hatten, ein so großes Quantum zu vernichten. Wer tut das sonst? Acht Tage lang verkaufen die Fischhändler den Fisch, und wenn er unter Eis gehalten wird, so hält er sich auch, namentlich in einer derartigen Jahreszeit. Es ist wohl auch nicht von der Hand zu weisen, daß man zu dem ganzen Versuch keine große Lust hatte. Es kommt immer darauf an, wie man eine Sache ansieht. Wegzuwerfen brauchte man den Fisch nicht, man konnte ihn an eine Anstalt abgeben oder billiger verkaufen. Das letztere tut auch der Allgemeine Konsumverein. Wird er den Fisch nicht frühzeitig los, so bietet er ihn billiger, vielleicht für die Hälfte an und dann geht er reißend ab. Ferner kommt hinzu, daß die Sache neu war. Ich bitte Sie, nicht zu sagen: „Einmal und nicht wieder!“ Jetzt, wo der Sommer herankommt, wird ja nicht die rechte Zeit dafür sein, den Versuch zu wiederholen. Aber zum Herbst wird es geboten sein, den Versuch noch einmal zu machen, sich vorher an geeignete Firmen zu wenden, dann mit Lust und Liebe an die Sache heranzugehen und kein Mittel unversucht zu lassen, um die Fische an den Mann zu bringen.

Stadtrat von Franckenberg: Als die geehrten Herren den Beschluß gefaßt hatten, einen Versuch mit dem Verkauf der Fische zu machen, haben im Magistrat, wie Sie sich denken können, ebenso wie in Ihrer Mitte schwere Bedenken gegen die Ausführung eines solchen Versuchs bestanden. Wir haben uns aber entschlossen, pflichtgemäß einen ehrlichen, unparteiischen Versuch zu machen, bei dem uns die erweiterte Marktdeputation mit ihren Vorschlägen sehr gute Dienste getan hat, insbesondere dadurch, daß vorgeschlagen wurde, die Fische mit Kopf zu beziehen. Hätten wir das nicht getan, dann hätten wir nach dem damaligen Marktpreise 2 bis 5 Pfennig mehr aufschlagen müssen, und dann wären die Fische vielleicht noch schwerer verkäuflich gewesen, als sie es nach unseren Beobachtungen so schon gewesen sind. Als der Versuch am zweiten Tage mit dem erwähnten Mißerfolge geendet hatte, da waren wir allerdings durchaus nicht in der Lage, hiesigen Anstalten den Fisch zu übermitteln. Es gibt wohl Kinematographen, mit Hilfe deren man feststellen kann, was sich früher für das Auge abgespielt hat, aber einen

Apparat, der das vorspielen könnte, was sich damals bei dem Zustande der Fische für die Nase gezeigt hat, den haben wir nicht.

Stadtv. Sander: Ich war einer von denjenigen, die für diesen Versuch gestimmt und dafür gesprochen haben. Ich kann mich aber nach den gemachten Erfahrungen nicht dafür erwärmen, daß wir einen derartigen Versuch wieder machen. Schon das eine ist für mich maßgebend: Wenn man die Käufer angesehen hat, so geht daraus hervor, daß wir das, was mit dem Verkauf der Fische gewollt ist, nicht im kleinsten erreicht haben. Ich habe etwa eine Stunde lang den Verkauf beobachtet. Ich muß hier einschalten: Wenn Herr Stegmann sagt, es komme darauf an, wie die Sache angefaßt werde, so habe ich gesehen, daß die Sache recht angefaßt ist. Es waren Fischverkäufer da, die mit den Fischen umzugehen verstehen; sie haben die Kunden nett und freundlich bedient und haben nach Möglichkeit ihre Ware angepriesen. Es ist jedenfalls die Sache ordnungsgemäß und richtig angegriffen. Aber die Käufer waren nicht diejenigen, für die wir eigentlich die Fische angekauft hatten, sondern es waren meistens Käufer aus dem Mittelstande. Also die minderbegüterte Bevölkerung, für die wir den Versuch gemacht haben, hat sich wenig daran beteiligt, und das ist für mich der Grund, weshalb ich für eine Wiederholung des Versuchs nicht zu haben bin.

Stadtv. Voelshigt: Es hat seinerzeit der größte Teil der Herren Kollegen aus unserer Versammlung dem Versuche zugestimmt aus den Gründen des Antragstellers: Um der minderbemittelten Bevölkerung Entgegenkommen zu zeigen und um zu sehen, ob die Sache gehe. Herr Stegmann sagt: „Solche Sachen müßten öfter geschehen, aus dem einmaligen Versuche könnte man keinen Schluß ziehen.“ Nun handelt es sich hier nicht darum, festzustellen, wer die Fische gekauft hat, aber ich muß doch fragen, was ich schon damals getan habe: „Ist Braunschweig eine Stadt, die mit guten Fischen zu normalen Preisen versorgt wird oder nicht?“, und ich habe schon damals behauptet: Braunschweig wird im Durchschnitt mit nicht zu teuren Fischen versorgt. Trotzdem habe ich damals für den Versuch gestimmt. Nun wird gesagt: „Ja, wenn nur der Versuch anders angefaßt wäre!“ Ich war der erste, der den Herrn Kollegen Wismann als einzigen Sachverständigen bezeichnete und erkenne auch heute nur diesen einen aus der Versammlung, der einem so großen Konsumverein vorsteht und so geschäftsgewandt ist, als Sachverständigen an. Ich bedaure, daß er heute nicht hier ist, ich würde ihm verschiedene Fragen vorlegen. Ich bin fest überzeugt, daß Herr Kollege Wismann sein möglichstes im Interesse des Verkaufs getan hat, und wenn Herr Kollege Sander sagt, auch

er sei selbst da gewesen, so glaube ich, daß alles getan ist, was möglich war, um den Verkauf zu leiten. Ich stehe auf dem Standpunkte: Wenn die Stadt die Fische nicht billiger verkaufen kann, als die hiesigen Händler, dann ist unsere ganze Verkauferei für die Nage. Wenn wir Zucker, Kaffee, Mehl und dergleichen Sachen, die Ballastartikel sind, die hingelegt werden können und auch Preisschwankungen unterworfen sind, zum Verkauf bringen wollten, so ist das leichter. Hier ist ganz schön zu sagen: Die Fische dürfen nach zwei Tagen nicht verdorben sein. Es halten sich Fische in Eispackungen vielleicht 14 Tage, und im November geht er an warmen Tagen, wenn Sie ihn anrühren, vielleicht in zweimal 24 Stunden kaput. Das schlechte Geschäft, das die Stadt diesmal beim Versuche gemacht hat, soll mich nicht abhalten, für einen nochmaligen Versuch zu stimmen, aber die Praxis hält mich ab. Herr Stegmann meint, wir müßten uns mit Firmen in Verbindung setzen, die den Verkauf übernehmen. Das ist nicht nötig. Aber wann ist die richtige Zeit? Wir wissen es nicht, ob es gestern gestürmt hat, und Herr Ahmann weiß es auch nicht. Aber er hat einen Einkäufer in den Hafenstädten, und der sieht zu, wie er am billigsten kauft. Auch Herr Hörner hat einen eigenen Einkäufer in Hamburg. Wir können in Hamburg keinen eigenen Einkäufer haben, und doch sind viele Finessen beim Einkauf zu beachten. Daß die hiesigen Händler als Konkurrenten der Stadt gegenüber auftreten, nehme ich den Herren nicht übel. Es kommt jetzt nur darauf an, die Frage zu beantworten: War es nötig, den Versuch zu machen, und wie ist das Resultat? Nun, wir haben den Versuch gemacht, und wenn wir ihn wieder und noch einmal wieder machen, dann glückt es uns vielleicht auch einmal. Nach dem einmaligen Versuche würde ich auch noch nichts Bestimmtes sagen können, dazu müßte der Versuch einmal 14 Tage hintereinander gemacht werden. Dann wollen wir einmal sehen, was dabei herauskommt, wenn die Sache regelmäßig betrieben wird. Herr Dr. Jasper hat schon in der Kommission gesagt, der Fischverkauf müßte öfter versucht werden, dann habe man die Praxis, ob es gehen würde. Ich stehe auf dem Standpunkt: Aus praktischen Gründen wird die Stadt keinen Erfolg mit dem Verkaufe von Seefischen erzielen, weil der Einkauf so schwierig ist, daß ein gerissener Hamburger Junge dazu gehört, der auspaßt, daß er nicht zu teuer kauft. Das müssen unsere Großfirmen machen, und wenn Herr Ahmann hier wäre, so würde er mir das bestätigen. Wo alles getan ist, um hier den Versuch nicht scheitern zu lassen, kann man uns nicht übelnehmen, wenn wir uns sagen, daß uns das Geld der Stadt zu lieb ist, um es fortzuwerfen. Da der Beweis noch nicht erbracht ist, daß der Preis für die Fische bei uns in Braunschweig zu teuer ist, so will ich auch die hiesigen Geschäftsleute nicht geschädigt wissen.

Stadtv. Dr. **Bolters**: Als die Sache des Fischverkaufs im Plenum beraten wurde, da sagte sich eine Minderheit der Versammlung — sie setzte sich wohl im allgemeinen aus den im Gewerbeleben Stehenden zusammen —, daß der Versuch nicht zum Besten ausfallen würde. Aber die Mehrheit der Versammlung entschloß sich dazu, einen Versuch zu machen, damit uns nicht vorgeworfen würde, wir hätten etwas versäumt, und es wäre bei einem Versuche doch ein gutes Resultat herausgekommen. Es ist jetzt die Mehrheit der Finanzkommission der Meinung, daß der Ausfall dieses Versuchs ein typischer und kein zufälliger ist; so wie dieser Versuch ausgefallen ist, ebenso wird auch eine Wiederholung ausfallen. Der Hauptgrund ist der, den der Herr Stadtv. Loeschigk eben angeführt hat: Es ist nicht anzunehmen, daß es der Stadt gelingt, billiger mit den Fischen zu sein, als die anderen Verkäufer. Es kann uns nur darauf ankommen, einen solchen Verkauf weiter zu bewerkstelligen, wenn wir den Käufern günstigere Chancen bieten könnten, als sie bei den anderen Verkäufern finden. Eine solche Konkurrenz mit den Geschäften kann die Stadt selbstverständlich nicht aufnehmen wegen der Geschäftsgewandtheit, wegen der Verkaufsmittel und wegen der Erfahrungen der hiesigen Geschäftsleute. Ein solcher Versuch wird, wie die Finanzkommission in ihrer Mehrheit meint, jedenfalls ohne Erfolg sein. Nun hat Kollege Hesse den Antrag gestellt, es möchte dieser Versuch wiederholt werden. Die Finanzkommission hat sich selbstverständlich auf diese Frage, da ein Antrag des Magistrats nicht vorlag, nicht eingelassen, weder in zusagendem, noch in ablehnendem Sinne. Wenn dieser Antrag nun kommt, aber andererseits die ganze Materie in der Finanzkommission vorher beraten ist, so möchte ich mir erlauben, zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrages vorzuschlagen, ihn hier zur Entscheidung zu stellen, denn ihn nochmal an die Kommission zu verweisen, hat keinen Zweck. Ich möchte dringend empfehlen, die Materie heute hier zu behandeln und zur Abstimmung zu bringen.

Stadtv. **Adenhausen**: Der Hauptzweck des Versuchs ist seinerzeit gewesen, daß die Fische so billig wie möglich eingekauft und an das Publikum wieder abgegeben werden sollten. Dieser Zweck ist vollständig verfehlt, denn die kleineren Leute, die Fische essen wollen, kaufen alle in dem Konsumverein, von Jörner oder in der Markthalle. Ich sehe nicht ein, daß wir nochmals uns und dem Magistrat diese Arbeit machen sollen, denn nach meinem Dafürhalten kommt nichts dabei heraus, ebenso auch nicht, wenn wir, wie Herr Loeschigk sagte, 14 Tage lang den Versuch machen wollten. Das würde eine schöne Geschichte werden! Ich möchte bitten, den Antrag Hesse abzulehnen und keinen neuen Versuch zu machen.

Stadtb. Dr. **Kleinfnecht**: Meine Herren. Ich war lebhaft dafür, den Versuch zu machen. Bestimmt hatte mich auch der Grund, den auch Herr Dr. Wolters anführte: Es wäre wünschenswert, den Herren hier und den weniger Bemittelten in der Stadt zu zeigen, daß der Stadtmagistrat und die Stadtverordneten den Wunsch haben, bei der teuren Zeit auf alle Weise ihnen entgegenzukommen. Ich habe allerdings gleich Befürchtungen gehabt, ob es wohl gelingen würde, und wir hatten in der Markthallen-Deputation beschlossen, nur 60 Zentner Fische zu kaufen, schon aus dem Grunde, um zu sehen, ob der Versuch gelinge, damit bei einem Mißlingen der Schaden nicht zu groß sei. Ich habe selbst eine große Anzahl von besser gestellten Familien gebeten, doch reichlich dort einzukaufen, weil ich die Sorge hatte, wir würden doch ein Fiasko erleben. Ich habe selbst reichlich beim Fischmarkt eingekauft, und als ich am Mittag hinging und sah, daß der Betrieb ein so schlechter war und viel übrigbleiben würde, habe ich noch von Mittag ab eine große Anzahl meiner Bekannten und Patienten gebeten, dort zu kaufen, und bin überzeugt, daß auf meine Veranlassung noch über ein Zentner Fische verkauft worden ist (Heiterkeit), und dann doch noch dieses klägliche Resultat! Ich bin wirklich sehr traurig, daß es so kläglich ausgefallen ist. Wenn ich das bedenke, so kann ich mit dem besten Willen nicht dafür stimmen, die Stadt noch einmal in die Lage zu bringen, eine so große Ausgabe zu machen, ohne daß wir Vorteile davon haben. Ich habe damals nur dafür gestimmt, weil ich glaubte, den armen Leuten würde ein großer Vorteil erwachsen, und habe gedacht, die Schädigung der Händler würde durch diesen großen Vorteil aufgewogen werden. Aber wenn wir wirklich die Fische 5 Pfennig billiger verkaufen als die Händler, dann müssen wir auch daran denken, daß die weniger bemittelten Leute nicht nach der Markthalle gehen. Der Weg von ihren Häusern vor den Toren ist ihnen viel zu weit, und diese 5 Pfennig sind nicht so viel wert wie der weite Weg. Der Konsum-Verein hat Filialen vor den Toren, aber das kann unsere Stadt nicht machen. Sie kann nur an einem oder zwei Orten verkaufen, aber Filialen in der Stadt kann sie nicht aufstun. Aus diesen Gründen muß ich, so leid es mir tut, sagen: Ich kann mich nicht dafür erwärmen, daß bis auf weiteres die Stadt solche Versuche vornimmt.

Stadtb. **Bunge**: Ich bedauere es aufs Lebhafteste, daß wir hier auf diese Weise einen Reinsfall erlebt haben. Herr Dr. Wolters sagt, dieser eine Fall wäre typisch, und er könnte sich nicht dazu verstehen, noch einmal einen Versuch zu machen. Ich stehe auf einem anderen Standpunkte. Ich sage: Die Sache kann auch an dem Verfahren liegen, trotzdem ich nicht verkennen will, daß die Herren,

die dort mit tätig gewesen sind, ihr möglichstes getan haben. Das beweist aber nicht, daß nicht in anderer Weise die Sache doch gehen kann. Wir haben von anderen Städten Mitteilungen, die uns besagen, daß der Absatz ein sehr guter gewesen ist und die Bevölkerung sehr zufrieden gewesen ist. (Stadt v. L e u e: Aber auch das Gegenteil!) Mir ist nichts davon bekannt, ich habe diese Sachen vielleicht übersehen, soweit ich die Sache verfolgt habe, sind die Nachrichten günstig. Ich hatte großes Interesse an dem Versuche und hätte gern gesehen, wenn wir in Braunschweig den stadtseitigen Fischverkauf im Interesse der Bevölkerung pflegen könnten. An dem Tage des Fischverkaufs war ich selbstverständlich auch dort zugegen. Ich war zunächst erfreut, daß man die Fische mit Kopf an den Markt geliefert hatte, weil ich auf dem Standpunkte stand und auch noch nicht eines Bessern belehrt bin, daß es doch einen bedeutend schönern Anblick gewährt, wenn die Fische in ihrer vollen Größe ausliegen und nicht zerstückelt ankommen. Aber die Meinungen sind da wohl verschieden. Aufgefallen ist mir, daß beim Abschneiden der Köpfe bei der Eile, die geboten war, doch manchmal etwas zu viel in den großen Korb übersiedelte. Das wäre vielleicht ein Punkt, auf den man bei einem wiederholten Versuch zurückkommen könnte, daß man also ein paar Leute mehr mit diesem Amte betraute. Es wurde nun gesagt, daß es hauptsächlich die besser gestellte Bevölkerung gewesen wäre, die sich in den Tagen von den guten Fischen einen billigen Einkauf verschafft hätte. Der Fisch war tadellos, jeder muß zugeben, daß es prima Ware gewesen ist. Aber den Standpunkt kann ich nicht teilen, der hier durchweg vertreten ist, daß es nur die besser gestellte Bevölkerung gewesen ist, welche die Fische gekauft hat. Auf dem Altstadtmarkte z. B., wohin die Leute aus dem Hohe- und Wilhelmitordistrikt kommen, die ich zum großen Teile persönlich kenne, habe ich gesehen, daß es durchweg mit wenig Ausnahmen Arbeiterfrauen waren, die ihre Einkäufe machten. Man muß sich heutigestags die Sache nicht so vorstellen, als ob die Arbeiterfrauen, wenn sie nach dem Markte gehen wollen, so hingehen, daß man sie auf den ersten Blick als Arbeiterfrauen erkennen kann. Sie ziehen sich anständig und akkurat an, und daraus können Sie nicht den Beweis herleiten, daß es keine Arbeiterfrauen gewesen sind. Ich bestreite diesen Standpunkt, der hier vertreten wird, weil ich weiß, daß eine ganze Reihe Frauen von Arbeitern ihren Einkauf dort gemacht haben.

Nun möchte ich mich dahin resumieren: Der erste Versuch ist fehlgeschlagen. Wir hatten ein großes Interesse daran, unsere Bevölkerung für den Fischgenuß zu interessieren. Es ist doch ein billiges und nahrhaftes Nahrungsmittel, und jedenfalls ist eine ganze Reihe der Braunschweiger Einwohnerschaft noch nicht damit genügend vertraut gemacht. Es ist auch deshalb richtig, im Herbst noch

einmal einen derartigen Versuch zu machen, wenn wir auch vielleicht in kleinerem Maße den Anfang machen und erst allmählich weitergehen. So viel steht fest, meine Herren: Der Preis für die Fische war an dem Tage bedeutend heruntergegangen, und trotzdem verkauften doch die Händler noch bedeutend teurer, als wir von der Stadt. Aber immerhin mußten die Händler mit ihren Preisen heruntergehen, und das ist schon ein schöner Erfolg, wenn man sagen kann, daß die sonst ganz erheblich höheren Preise, die wir hatten, dadurch billiger geworden sind. Ich möchte Sie bitten, für den Antrag meines Freundes Hesse zu stimmen, daß der Versuch nochmals wiederholt wird.

Vorsitzender: Es ist Schluß der Debatte beantragt worden. Auf der Rednerliste stehen noch die Herren Stadtv. Bähr, Ohlendorf und Stegmann. Wünscht jemand gegen den Schluß der Debatte zu sprechen?

Stadtv. **Ohlendorf:** Ich glaube, wir haben uns schon des öfteren über nicht so wichtige Sachen wie diese stundenlang unterhalten, und ich meine deshalb, auch der Herr Stadtv. Ackenhause könnte noch etwas Geduld haben. Ich möchte bitten, den Schluß der Debatte noch nicht anzunehmen.

In der nun folgenden Abstimmung wird von der Versammlung Schluß der Debatte beschlossen.

Stadtv. Dr. **Jasper** (Schlußwort als Berichterstatter): Ich habe als Berichterstatter den Standpunkt der Mehrheit zu vertreten. Das habe ich auch in meinen Ausführungen getan, indem ich sogar den Wortlaut des Magistratsanschreibens hier den Herren mitgeteilt habe, dem sich die Mehrheit der Kommission angeschlossen hat. Die Minderheit war allerdings der Ansicht, daß der Versuch, wenn er nur einmal ausgeführt wird, nicht abschließend sein könnte, und ich möchte deshalb persönlich auch empfehlen, den Versuch noch einmal machen zu wollen.

Vorsitzender: Das letzte war eigentlich nicht so recht Sache des Referenten. Nun, wir kommen darüber hinweg. Wir stimmen zuerst über den Antrag Hesse ab. Die Finanzkommission schlägt vor, die Abrechnung zur Kenntnis zu nehmen, keinen besonderen Beschluß zu fassen und uns damit der Ansicht des Magistrats anzuschließen.

Für den Antrag Hesse stimmen 9 Stadtverordnete, er ist damit abgelehnt.

11. Gewährung einer Beihilfe an den Ortsverein des Jungdeutschland-Bundes.

Stadtv. **Mohr:** Der Stadtmagistrat schreibt an die Stadtverordneten:

„Der hiesige Ortsverband des Jungdeutschland-Bundes, welcher nach seinen Satzungen die körperliche und sittliche Kräftigung der deutschen Jugend durch planmäßige Leibesübungen in vaterländischem Geiste bezweckt, hat um eine Beihilfe aus städtischen Mitteln gebeten.

Die städtischen Behörden haben wiederholt anerkannt, daß die Bestrebungen gleicher Art der Förderung und finanziellen Unterstützung wert sind, und sie haben daher z. B. dem Sedan-Festausschuß, dem Männerturnverein, dem Sportverein Eintracht und dem Ausschuß für Waldspiele auf Ansuchen jährliche Zuschüsse bewilligt. Wir halten es für angebracht, auch der Bitte des Jungdeutschland-Bundes stattzugeben.“

Der Magistrat richtet an uns das Ersuchen, dem hiesigen Ortsverein des Bundes bis auf weiteres jährlich 500 *M* aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen zu bewilligen. Der Finanzkommission hat die Sache vorgelegen, und sie empfiehlt Ihnen mit großer Mehrheit, diesem Beschlusse zuzustimmen.

Stadtv. **Wesemeier:** Ich muß mich wundern, daß, wo eben der Antrag, den Fischkonsum in der Stadt zu heben dadurch, daß der Verkauf von Seefischen wieder durch die Stadt übernommen wird, abgelehnt worden ist, wieder ein Antrag kommt, der 500 *M* für andere Zwecke fordert, die nicht so sehr im städtischen Interesse liegen, als der Antrag, der uns eben beschäftigt hat. Ich erinnere daran, daß Herr Dr. von Holwede in seinem Bericht über die Untersuchung der Schulkinder ausgeführt hat, daß unsere Jugend zu sehr an Unterernährung litte und infolgedessen die Mchachitis, diese gefährliche Kinderkrankheit, so schädigend auf die Arbeiterkinder einwirkte, und ich bedauere um so mehr, daß nicht Gelegenheit genommen ist, diesem ungünstigen Lebensunterhalt der arbeitenden Bevölkerung durch die Stadt entgegenzutreten. Wir haben vorhin erst 1500 *M* bewilligt für einen anderen Zweck, und es sollen jetzt wieder 500 *M* für einen Zweck bewilligt werden, der meines Erachtens absolut nicht im Interesse der Bevölkerung der Stadt Braunschweig liegt, jedenfalls nicht im Sinne des größten Teiles der Bevölkerung der Stadt. Es kann meines Erachtens nicht unsere Aufgabe sein, Bestrebungen zu fördern, die doch letzten Endes auf weiter nichts hinauslaufen, als die Jugend in einer ganz bestimmten Richtung zu erziehen. Diese bestimmte Richtung ist zweifellos ausgesprochen worden in verschiedenen Schriften, die von

dem Jungdeutschland-Bunde ausgegangen sind. Der Zweck des Vereins ist lediglich, die Jugend nach der Richtung zu erziehen, daß sie für das spätere Leben unter allen Umständen ihren Vorgesetzten gehorsam und willig wird. Ich erinnere daran, daß das Ministerium seinerzeit in einem Schreiben über die Einrichtung von Fortbildungsschulen lediglich von dem Standpunkte ausgegangen ist, daß die Fortbildungsschulen überall obligatorisch einzuführen seien, um die Jugend dem Einflusse des Lehrers zu überantworten und sie nicht unter dem Einflusse ihrer Arbeitskollegen zu lassen. Es wurden geradezu die Arbeitskollegen als böse Menschen hingestellt, die die Jugend in schlechtem Sinne beeinflussten. Das wird nun im Jungdeutschland-Bunde weitergesponnen, in diesem Sinne soll die Jugend weiter bearbeitet werden. Es kann unsere Aufgabe als Stadtverordnete nicht sein, hierfür Gelder zu bewilligen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Stadtv. Stegmann: Auch ich möchte Sie bitten, den Antrag abzulehnen. Es liegt durchaus nicht in unserem städtischen Interesse, die Bestrebungen dieses Vereins zu fördern. Was der Verein will, geht aus seinen Statuten hervor. Es heißt darin, daß durch Leibesübungen die körperliche und sittliche Kräftigung der deutschen Jugend in vaterländischem Geiste gefördert werden soll. Was „vaterländischen Geist fördern“ heißt, werden Sie alle wissen. Die Kluft, die die Volksschule schon zwischen Eltern und Kindern befestigt hat, soll nach der Konfirmation noch vergrößert werden. Es kann nicht in unserem städtischen Interesse liegen, daß wir an dieser Aufgabe mitwirken. Die Vaterlandsliebe soll gefördert werden. Was versteht man denn unter Vaterlandsliebe? Das ist die Pflege des häßlichen Chauvinismus, und dem müssen wir mit allen Mitteln entgegentreten. Auf einer Seite fängt man die Jugend von seiten der Pfaffen und Velschwestern ein, und was man in der Schule schon mehr als zur Genüge eingebrüllt hat, Bibel- und Gesangbuchverse, will man in diesen evangelischen Jünglingsvereinen noch erweitern. Auf der anderen Seite will man den Chauvinismus und den Mordshpatriotismus fördern. Das liegt nicht im Interesse der Stadt. Dafür müssen wir uns bedanken, Geld zu bewilligen. Wir würden geradezu ein Verbrechen begehen, wenn wir das täten. Für dieses System keinen Pfennig, das ist unser Standpunkt.

Stadtrat Wagner: Meine geehrten Herren. Der Magistrat steht auf dem Standpunkte, daß es eine so furchtbar häßliche Sache eigentlich gar nicht ist, die wir durch Förderung des Jungdeutschland-Bundes unterstützen wollen. Solange eine Stadtgemeinde sich noch als Glied der einheitlichen deutschen Nation fühlt

und die Pflege nationaler Gesinnung als eine hohe ideale und nicht häßliche Aufgabe für unsere deutsche Jugend betrachtet, hält er es nicht für unangemessen, für derartige Zwecke den geehrten Herren Gelder zur Bewilligung zu empfehlen. Wenn in einer wirklich einseitigen parteipolitischen Richtung auf die Jugend eingewirkt werden sollte, dann würden wir allerdings die Vorlage nicht gemacht haben. Eine solche rein politische Stellungnahme liegt aber dem Jungdeutschland-Bunde fern. Er beschäftigt sich überhaupt nicht mit Parteipolitik, sondern beruht lediglich auf nationaler Grundlage. Das ist seine einzige Stellungnahme, und darin kann ich eine parteipolitische Stellungnahme nicht erblicken. Wenn seine Aufgabe darin besteht, durch planmäßige Leibesübungen die deutsche Jugend körperlich und sittlich zu kräftigen, und wenn dabei der sehr vernünftige Nebenzweck verfolgt wird, zu Gehorsam, sogar Opferwilligkeit usw. zu erziehen, so kann auch darin ein Nachteil bei den Bestrebungen des Vereins nicht erblickt werden. Wir möchten also sehr bitten, die 500 M zu verwilligen.

Stadtv. Bähr: Ich will nicht speziell Ihnen den Jungdeutschland-Bund empfehlen, der ist mir selber noch zu jung, um darüber ein abschließendes Urteil zu haben. Immerhin gehört aber der Jungdeutschland-Bund zu den Veranstaltungen, die sich in gewisser Weise der Jugendpflege annehmen, die doch sehr vielseitig ist. Wenn er also die körperliche Rüstigkeit unserer Jugend bilden, sie zu Märschen und Wanderungen und zur Fröhlichkeit veranlassen will, so ist doch ein Interesse der Bevölkerung vorliegend, so daß man derartige Unternehmen unterstützen sollte. Die Herren der sozialdemokratischen Partei haben ja auch ihre Jugendpflege, und ich erkenne wohl an, daß die Parole, die ausgegeben wurde, als diese Jugendpflege 1898 eingerichtet und begründet wurde, eine durchaus gute war. Da hieß es: „Fort von der Straße, heraus aus der Kneipe!“ Diese Bildungsbestrebungen, die die Herren der sozialdemokratischen Partei verfolgten, unterschreibe ich vollständig als etwas Gutes. Daß natürlich hinter den Zielen dieser Jugendpflege der sozialdemokratische Parteiwille lauert und von der Jugend sich seine Gefolgschaft sichern will, das hat sich mir aus den Verhandlungen, die auf den Kongressen gepflogen sind, ergeben, und auch aus dem letzten Parteitage in Jena. Die Herren der sozialdemokratischen Partei sind sehr darauf hinaus, in ihrem Sinne die Jugend zu pflegen. (Zuruf: Wir bekommen aber keinen Zuschuß!) Ich glaube auch nicht, daß es geht, daß Sie einen Zuschuß bekommen. Die anderen Vereine, selbst die christlichen, stehen den politischen Zielen neutral gegenüber. Kein Mensch zwingt die jungen Leute, dahin zu gehen. Wenn also die christlichen Organisationen sich der Jugendpflege annehmen, so ist es kein

„muß“, dahin zu kommen; lassen wir ihnen freien Spielraum! Was den Jungdeutschland-Bund anbelangt, so haben manche Dinge daran wohl Kopfschütteln erregt. Das ist z. B. der militärische Zuschnitt, aber im großen und ganzen, wenn ich mir den Zweck der körperlichen Ausbildung vor Augen halte, so ist eigentlich jede Bestrebung zu unterstützen, die der Jugend nützt. Wenn Herr Stegmann (und deshalb habe ich mich zum Wort gemeldet) von einer Klust sprach, die zwischen Eltern und Kindern durch die Schule begründet wird, so weiß ich nicht, ob ich den Redner so weit als Schulmethodiker anerkennen kann, daß er solche Behauptung aufstellen kann. Von gewaltsamem Eintrichtern allerhand Stoffes, von übermäßigem Memorieren ist gar keine Rede mehr, wenigstens nicht in dem Sinne, wie das früher der Fall gewesen ist. Im übrigen kann ich ohne weiteres empfehlen, den Zuschuß zu bewilligen.

Stadtv. Niese: Ich fasse diesen Jungdeutschland-Bund auf als Angstprodukt gegen die Bestrebungen, die von den Arbeitern unternommen sind, um die Jugend zu bilden. Diese freie Jugendbewegung hat sie erst auf den Plan gerufen, das leuchtet deutlich hervor. Hier soll im Sinne des Sports Hurra Stimmung erzeugt werden. Wir wissen ganz genau, wer die Macher sind, und auch von welcher Tendenz diese Vereine geleitet werden. Es ist ein Angstprodukt, wie auch das Landtagswahlgesetz, das jetzt im Landtage beraten wird. Das ist alles dieselbe Schablone, ich bin fest überzeugt, wenn die Arbeiter kommen würden und für ihre Jugendbildung, die auf gesunder Basis steht, und hinter der nicht der sozialdemokratische Löwe steckt, wie Herr Bähr meint — ein Volksschullehrer sollte sich anderer Ausdrücke bedienen, das ist meine Meinung — wenn die also kommen würden, und eine Unterstützung verlangen, dann würden Sie sich ablehnend verhalten, wie seinerzeit auch bei den Arbeiter-Gesangsvereinen. Wenn die Lieder singen wollen, die im Jahre 1848 der Liberalismus gesungen hat, der jetzt das deutsche Bürgertum bildet, und wenn die als anstößig für den Stadtmagistrat und die Lehrer gehalten werden, dann kann man sich denken, wie dieser Fall behandelt würde. Ich bin prinzipiell dagegen, dem Jungdeutschland-Bunde einen Zuschuß zu gewähren, solange Sie bestrebt sind, alles dasjenige in reichem Maßstabe zu unterstützen, was den Patriotismus als Fahne aushängt. Was aber von sozialdemokratischer Seite ausgeht, dem verweigern Sie die Unterstützung.

Stadtv. Stegmann: Der Jungdeutschland-Bund soll die körperliche und geistige Kräftigung pflegen, ist gesagt worden, und soll Gehorsam erwecken in den jungen Leuten. Was es mit dem Gehorsam zu sagen hat, das wissen wir. Dem Militarismus soll vorgearbeitet werden, der Drill und Kadavergehorfam soll ge-

pfllegt werden, damit die jungen Leute imstande sind, gegen ihre Arbeitsbrüder vorzugehen, auf Vater und Mutter zu schießen, wie es von höchster Stelle schon gefordert wurde. Einige Herren schütteln den Kopf. Ich kann Ihnen aber nicht helfen, wenn das auch hier ausgesprochen werden muß. Es heißt: Nicht aus parteipolitischen Gründen sei die Bewegung entstanden. Warum ist denn seit dem 12. Januar die Bewegung so gefördert worden? Sie schießt ja förmlich ins Kraut! Nur die Angst über den Ausfall der Wahl hat das bewirkt. Die große Masse der Arbeiter wächst ihnen über den Kopf. Die sozialdemokratische Bewegung wird immer größer, und man will mit aller Macht die sozialdemokratische Jugend davon fernhalten, damit die jungen Arbeiter nicht auch in dieses Fahrwasser kommen. Durch diese Bewegung wird nur ein Streit zwischen Eltern und Kindern erzeugt, ein Teil der Arbeiterjugend mag dafür zu haben sein, aber die großen Massen werden Sie nicht fangen. Wenn der Jungdeutschland-Bund etwas tun wollte, dann sollte er die Lehrlingsausbeutung verhindern und an der Gesetzgebung mitwirken, um die Bestrebungen zu unterstützen, durch die die soziale Lage der jungen Leute gebessert würde. Aber das will er nicht, das fällt ihm nicht ein. Vaterländische Gesinnung zu pflegen in der Weise, daß das Volk vergiftet wird, dazu geben wir uns nicht her. Arbeitereltern können ihre Hand dazu nicht bieten.

Stadtv. Wesemeier: Es ist richtig, was der Herr Stadtv. Bähr angeführt hat: die freie Arbeiterjugend verfolgt allerdings den Zweck, die Jugend von der Straße zu bringen und sie zu erziehen, sie zu denkenden Menschen zu erziehen. Und das liegt durchaus im Interesse der Arbeiterschaft, sie zu Menschen zu erziehen, die später ihre Interessen wahrzunehmen verstehen. Für die übrigen Kreise wird es von allen Seiten wahrgenommen, wir brauchen bloß in den Landtag zu blicken. Die Denkfähigkeit der Jugend zu fördern, ist eine edle Aufgabe. Sie muß einmal den Kampf für die eigenen Interessen aufnehmen können, wenn auch gegen andere Bevölkerungskreise, das sprechen wir offen aus. Politik wird in diesen Arbeiterjugendvereinen nicht getrieben. Beweisen Sie uns aus einem einzigen Falle, daß das geschehen ist! Das werden Sie nicht können. Ausflüge werden gemacht, wissenschaftliche Vorträge werden gehalten, aber die Politik bleibt fern aus der freien Jugend. Es ist gar nicht unsere Absicht, die jungen Leute mit Politik vollzuspöpfen. Der Ernst des Lebens bringt die jungen Leute schon von selbst dahin, wo sie hingehören, in die Reihen ihrer kämpfenden Brüder. Einzig das Streben, die jungen Leute zu denkenden Arbeitern zu machen, ist die Veranlassung zur Gründung der freien Jugend. Im Jungdeutschland-Bunde ist, wie Herr

Bähr auch angeführt hat, die Kriegsspielerei gang und gäbe, und daß durch solche Firtesanzerei schließlich das Denkvermögen im Menschen erstickt wird, ist für mich zweifellos. Deshalb haben sich hohe Generale und hohe Behörden dahintergesteckt, um die Jungdeutschlandbewegung zu fördern, und da sie aus eigenen Mitteln, obgleich die sogenannte bessere Jugend dabei ist, nicht bestehen kann, so legen sie sich aufs Fechten, damit die öffentlichen Steuerkassen Mittel hergeben, um den Jungdeutschland-Bund zu unterstützen, der gegen die öffentliche Arbeiterschaft, zweifellos gegen die gewerkschaftliche Arbeiterschaft gerichtet ist. Es wäre reiner Selbstmord, wenn wir hier einen Pfennig dafür bewilligen wollten. Ich bitte Sie auch, die Forderung abzulehnen. Wir werden gelegentlich daran erinnern: Für die Fischverkäufe ein paar hundert Mark Defizit, da entrüstet man sich, aber hierfür haben Sie Geld übrig.

Stadtrat Wagner: Es ist mir neu, daß eine Betätigung in frischer Luft und Bewegungsspiele geeignet sind, die Denkfähigkeit zu beeinträchtigen. Das ging doch aus den Äußerungen des Herrn Stadtv. Wesemeier hervor. Das hatte ich wirklich noch nicht gehört. Ich habe immer sagen hören: In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist! Wenn unsere Großstadtjugend recht oft in die frische Natur hinausgeführt wird, sich gehörig tummelt und müde nach Haus kommt, so ist das gutgetan, und derartige Bestrebungen zu fördern, ist etwas Nützliches. Es ist nicht richtig, zu sagen: Jungdeutschland sei ein Angstprodukt gegenüber der freien Jugend; ich habe vielmehr den Eindruck: Die zahlreichen Reden der Herren sozialdemokratischen Stadtverordneten sind ein Angstprodukt gegenüber dem Jungdeutschland-Bunde.

Stadtv. Hartung: Wir können uns nicht wundern, wenn die Herren von der sozialdemokratischen Seite gegen diesen Antrag sind. Wenn dieser Antrag aber verquickt wird mit der Frage des Fischverkaufs, so scheint mir das wenig am Plage zu sein. Es ließe sich darüber streiten, ob man so ohne weiteres jeden späteren Versuch heute abschneiden wollte. Ich glaube, daß das nicht so schlimm gemeint ist, und wenn wir wieder einen Notstand hätten, dann würde sich darüber reden lassen, ob man nicht von Gemeinde wegen wieder zum Verkauf von Seefischen schritte. Hier zu sagen: Da sind 500 M zu viel gewesen, aber für diesen Zweck, der gegen sie gewandt ist, wird das Geld ausgegeben, ist nicht richtig. Wichtig mag sein, daß man allerdings erkannt hat, daß die sozialdemokratischen beliebte Jugendpflege nicht so harmlos ist, wie Herr Wesemeier es darstellt. Wir glauben das einfach nicht, wenn gesagt wird, es werde keine Politik dort ge-

trieben. Ich bin davon fest überzeugt, und wenn ich auch heute nicht imstande bin, das schwarz auf weiß zu beweisen, so bin ich doch überzeugt, und die große Mehrheit der Versammlung wird mir zustimmen, daß die freie Jugendbewegung im wesentlichen darauf hinausläuft, schon die Jugend in die Bahnen der Partei einzutreiben. Wenn gegen derartige Bestrebungen die Jungdeutschland-Bewegung mit wirksam sein soll, so halten wir das für einen Segen und ein erfreuliches Beginnen, und ich glaube, daß der Magistrat wohl auf dem rechten Standpunkte steht, daß er eine derartige Bestrebung, die nicht parteipolitisch ist, sondern im Gegenteil den allgemeinen nationalen Standpunkt wahrt, unterstützen will.

Die Mehrheit der Versammlung entscheidet sich in der Abstimmung für Gewährung der Unterstützung.

12. Gewährung einer Beihilfe zu der 23. Wanderversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kunstgewerbe-Schulmänner sowie zu der Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit.

Stadtv. **Reue:** Der Verband deutscher Gewerbe- und Kunstgewerbe-Schulmänner hält in der Zeit vom 29. Mai bis 1. Juni seine 23. Wanderversammlung hier ab und verbindet diese zugleich mit der Feier seines 25jährigen Bestehens. Der Ortsausschuß hat sich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, ihm eine Beihilfe zu den entstehenden Kosten zu geben, insbesondere zu den Kosten der Herausgabe eines gedruckten Führers durch die Stadt, für Einrichtung einer Ausstellung usw., und zwar wünscht er einen Betrag bis zu 750 M auf Abrechnung. Außerdem bittet er, an einem der Abende den Altstadtmarkt festlich zu beleuchten, wie das bei derartigen Anlässen schon öfter geschehen ist, und um Veranstaltung von Musikvorträgen von den Lauben des Altstadtrathhauses aus.

Hiermit verbunden ist noch die Bitte um Zuschuß für eine zweite Versammlung, nämlich für die Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, die hier vom 16. bis 19. September d. J. stattfindet. Es war von uns beschlossen, diesen Verein stadtseitig einzuladen; er ist der Einladung gefolgt, und der Ortsausschuß stellt daselbe Gesuch, welches ich bezüglich der Gewerbeschulmänner vorgetragen habe.

Wie wir auch bislang die Abhaltung von Kongressen und Versammlungen in hiesiger Stadt als im Interesse der Bürgerschaft liegend, in ähnlicher Weise, wie beantragt, gefördert haben, so hat sich der Magistrat auf den Standpunkt ge-

stellt, daß das auch in diesem Falle angebracht sei, und richtet an uns das Ersuchen, uns damit einverstanden zu erklären, daß der Bitte der beiden Vereinigungen nachgekommen wird, und daß die gesamten Kosten auf die Kasse der Umsatzsteuer gebucht werden.

Die Finanzkommission, meine verehrten Herren, hat sich mit der Angelegenheit befaßt und steht in ihrer Mehrheit auf dem Standpunkte des Magistrats, daß es zweckdienlich ist und im Interesse der Bürgerschaft liegt, derartige Kongresse und Versammlungen zu fördern, und läßt Ihnen durch mich anheimgeben, dem Vorschlage zuzustimmen.

Vorsitzender: Wir können die beiden Sachen wohl in einer Abstimmung erledigen.

Die Beihilfen werden bewilligt.

13. Baulichkeiten auf dem Grundstücke der städtischen Mädchenschule.

Stadtv. Rasche: Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich schon vor einiger Zeit mit der gleichen Angelegenheit beschäftigt. Es lag damals ein provisorisches Projekt und ein Überschlag zu dem Bau einiger Schulklassen und einer Schulküche auf dem Grundstücke der städtischen Mädchenschule vor. Inzwischen ist das endgültige Projekt und ein genauer Kostenanschlag ausgearbeitet und vorgelegt. In dem Projekte ist von dem früheren Vorprojekte nur in geringer Weise abgewichen. So sind z. B. auf dem Vorplaze die Fenster anders gelegt, der Heizkeller ist etwas tiefer gelegt, und schließlich ist auch das Äußere des Gebäudes in Puzbau gedacht, also in einem anderen Material insofern, als nach dem Projekte eine Verblendung der Außenseite mit roten Sandsteinen vorgesehen war. Der Kostenanschlag ist sehr ausführlich und schließt mit derselben Summe ab wie beim Vorprojekte, nämlich mit 55 000 *M* für Bauzwecke und 5000 *M* für die Einrichtung des Gebäudes. Der Magistrat ersucht, das Projekt genehmigen und die Summe von 60 000 *M* aus dem Ausgleichsfonds bewilligen zu wollen. Die Baukommission, die sich mit dem Projekte und dem Kostenanschlage beschäftigt hat, ist der Ansicht, daß dem Magistrate zuzustimmen ist, und bittet um Bewilligung der Summe.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

14. Verkauf des alten Stadthauses.

Stadtv. Dr. **Wolters**: In dem zwischen Staat und Stadt wegen des alten Stadthauses ursprünglich geschlossenen Vertrage hatte der Staat sich das Recht gewahrt, das alte Stadthaus zu 135 000 *M* anzukaufen, es mußte aber die Erklärung des Staates über den Ankauf bis zum 1. April d. J. abgegeben werden. Daraufhin ist nach weiterer Abrede zwischen Staat und Stadt vereinbart, daß diese Erklärungsfrist bis zum 1. Oktober hinausgeschoben werden sollte, daß aber im Falle der Niederlegung des Gebäudes oder der Beseitigung der Freitreppe vor den Gebäude von dem Staate die Grundfläche unentgeltlich an die Stadt abgetreten werden sollte. Diese zweite Abrede ist dadurch hinfällig geworden, daß der Staat vor Ablauf des zuerst gestellten Termins von dem ihm eingeräumten Ankaufsrechte Gebrauch gemacht hat. Es wird nun ein Kaufvertragsentwurf der geehrten Versammlung zur Genehmigung vorgelegt. Die besonderen Bedingungen sind den Herren bekannt. Ein Punkt ist erwähnenswert. Er betrifft den Zugang zu der städtischen höheren Mädchenschule. Die Rechtsverhältnisse an dem Zwischenraume zwischen dem Justizgebäude und dem ehemaligen Stadthause sind augenblicklich nicht völlig geklärt, man weiß nicht genau, ist der Staat oder die Stadt der Eigentümer. Der § 3 des Vertrages bestimmt darüber nun folgendes: „Sollte Käufer Eigentümer dieses nicht bebauten Zwischenraumes sein oder werden sollte, so räumt er der Verkäuferin dauernd das Recht ein, den Zwischenraum als Zugangsweg zur städtischen höheren Mädchenschule und im Notfalle (bei Feuergefährd u. dgl.) auch als Zufahrt unentgeltlich benutzen zu dürfen, doch soll im Falle baulicher Änderungen auf dem Kaufgrundstücke dem Staate die seitliche Verschiebung des Zugangsweges nach Westen zu freistehen unter der Bedingung, daß der neue Zugang eine Nutzbreite von 4 m erhält.“ Eine entsprechende Verpflichtung soll in das Grundbuch eingetragen werden. Es ist auch nach Ansicht der Statutenkommission nicht von Wert, diese sehr schwierige Klärung über die Eigentumsverhältnisse des Zwischenraums zum Austrage zu bringen, es genügt für uns, den Zugangsweg für alle Zukunft gesichert zu erhalten. Namens der Finanzkommission habe ich den Abschluß dieses Vertrages den geehrten Herren zu empfehlen.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung zu dem Vertrage.

15. Auszahlung eines Kaufgeld-Teilbetrages.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Es hat Frau Elisabeth Willmann gebeten, das Restkaufgeld für das von der Stadt erworbene Haus Spintern Brüdern 23 im Betrage

von 25 000 *M.*, das erst vom 1. Januar 1914 an kündbar sein sollte, ihr schon jetzt auszusahlen. Der Magistrat hat diesem Antrage insoweit stattgegeben, daß er anheimgibt, man möchte der Auszahlung zum 1. Juni d. J. zustimmen. Namens der Finanzkommission habe ich die Zustimmung der geehrten Herren zu beantragen.

Die Versammlung ist mit der Auszahlung des Restkaufgeldes einverstanden.

16. Aufhebung eines Teiles des Interessentenweges Nr. 49.

Stadt v. **Meyerhoff**: Die Aktienziegelei Braunschweig hat die nördlich ihres Fabrikgebäudes gelegene Tongrube ausgebeutet und ist nun gezwungen, die sich westlich daran anschließende Tongrube abzubauen. Um dies zu ermöglichen, wird der Interessentenweg Nr. 49 zum Teil in Fortfall kommen müssen. Die Lage des Weges ist nach dem Plane des Oberlandmessers Stender einzusehen. Für diesen wegfallenden Weg ist die Aktienziegelei gewillt, einen neuen Weg an der neu in Angriff zu nehmenden Tongrube zu errichten, zweitens einen anderen Weg auf 5,50 m zu verbreitern, drittens noch einen Weg an dem Graben Nr. 53 hinunter anzulegen, resp. zu verbreitern und an den Graben eine Einfriedigung zu setzen. Die ganze Sache interessiert uns nun in der Art, daß der Weg Nr. 49 aufgehoben wird, weil die Stadt der Interessentschaft gegenüber ihre Genehmigung erteilen muß. Die Interessentschaft Hohes Tor ist mit der Aktienziegelei über den Vertrag einig geworden, und ich kann mitteilen, daß die Interessentschaft sich bei der ganzen Sache nicht schlecht steht, denn es wird ihr ein Zuwachs von 28 a 24 an neuer Weg zuteil, wenn das abgerechnet wird, was sie abgibt. Ich glaube, ich brauche nicht alle Riffern der Versammlung vorzulegen; die drei Hauptpunkte habe ich erwähnt. Die Baukommission bittet, dem Abschlusse des Vertrages der Hohenort-Feldmark-Gemeinde mit der Aktienziegelei zuzustimmen.

Die Versammlung erklärt ihr Einverständnis mit der Vorlage.

17. Abrechnung über verschiedene Bauten.

Stadt v. **Friede**: Es ist hier eine Abrechnung vom Stadtbauamt eingegangen über verschiedene Bauten. Ich will vorweg erklären, daß das Ergebnis ein erfreuliches ist; es ist nur in einem Falle der Voranschlag um ein kleines überschritten, sonst aber sind Ersparnisse gemacht.

1. Bauliche Änderungen im Wohnhause auf dem vormalig Hildebrandtschen Grundstücke Helmstedterstraße Nr. 8. Der Voranschlag sieht eine Ausgabe von 7750 *M* vor, ausgegeben sind 7741 *M*; es sind also 9 *M* erspart.

2. Instandsetzung der Straße an der Westseite des Neustadtrathauses und der Jöddenstraße zwischen der erstgenannten Straße und der Höhe. Veranschlagt sind 6400 *M*, erspart 865,74 *M*.

3. Die Instandsetzung des Leihhausganges ist zu 2850 *M* veranschlagt, 56 *M* sind bei der Ausführung erspart. Die Ersparnis bezieht sich hauptsächlich auf den Einkauf von Material.

4. Hochstraße zwischen der Howaldtstraße und Helmstedterstraße. Veranschlagt sind 10 700 *M*, es sind weniger verwandt 617,14 *M*.

5. Korfesstraße zwischen der Scharnhorststraße und Riddagshäuserweg, veranschlagt zu 38 000 *M*, weniger verbraucht 465,35 *M*.

6. Nordstraße zwischen Spargelstraße und Büldenweg. Der Anschlag war 8000 *M*. Hier sind mehr verwandt 58,17 *M*. Diese Mehrausgabe erscheint dadurch gerechtfertigt, daß die Steinsetzer- und Chausseearbeiten sich bei der Ausführung höher stellten.

7. Neue Knochenhauerstraße. Veranschlagt zu 24 700 *M*, erspart 2384,27 *M*.

Im großen und ganzen hat die Baukommission ihre Freude darüber ausgedrückt, daß die Kostenanschläge nicht überschritten sind, sondern zumeist Ersparnisse gemacht sind.

Vorsitzender: Wir haben die Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen und die eine kleine Überschreitung zu genehmigen.

Die Versammlung stimmt dem zu.

18. Ankauf eines Grundstücks an der Gliesmaroderstraße.

Stadtver. Friede: Es ist Ihnen bekannt, daß vor einigen Wochen von der Stadt das Haus des verstorbenen Kreisrichters Nehring zwecks Fortführung des Hagenrings angekauft ist. Neben diesem Hause liegt das Haus des Plantagenbesizers Delorme. Da dessen Haus sowieso, wenn der Hagenring geöffnet werden soll, von der Stadt erworben werden muß, so hat der Herr sein Haus der Stadt zum Preise von 35 000 *M* zum Kauf angeboten, und der Magistrat ist mit ihm einig geworden, daß die Stadt für 30 000 *M* Eigentümerin des Hauses werden kann. Nach Aussage des Stadtbauamts ist das ein angängiger Preis, und der Stadt-

Magistrat und auch die Baukommission meint, diese günstige Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen und das Grundstück anzukaufen. Wenn damit auch nicht in Aussicht gestellt werden soll, daß jetzt schon der Hagenring weitergeführt wird, so will der Magistrat aber die im Wege stehenden Häuser ankaufen, wenn es sich zu billigem Preise ermöglichen läßt. Über die Verzinsung des Hauses habe ich folgendes mitzuteilen: Zwei Wohnungen in dem Hause sind vermietet, wovon die eine am 1. Oktober frei wird. Der Verkäufer hat sich aber verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Wohnung wieder vermietet wird. Der Mietertrag des Hauses ist 1545 *M*, eine Verzinsung des Hauses würde also herauskommen. Die Baukommission schlägt vor, dem Ankauf des Hauses zu 30 000 *M* zuzustimmen.

Der Ankauf des Hauses wird beschlossen.

19. Erwerb von Flächen zum Ausbau der Schunterstraße und Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens.

Stadtv. **Miete:** Der Magistrat schreibt in dieser Angelegenheit: „Zum Ausbau der Schunterstraße hat unter anderen abzutreten:

1. der Klempnermeister Nahde 135 qm und 134 qm,
2. der Kaufmann Kraiger 134 qm,
3. der Maurermeister Passier 134 qm und 135 qm,
4. die Ehefrau des Kaufmanns Bode 134 qm,
5. der Zigarrengroßhändler Schellhase 134 qm,
6. der Kaufmann Mattern 141 qm und 137 qm,
7. der Architekt Keldenich 123 qm und 135 qm.

Da die angeführten, an dem Bau der Schunterstraße mehr oder weniger interessierten Eigentümer mit Zahlung des mäßig erscheinenden Kaufpreises von 13 *M* pro Quadratmeter zufrieden, auch des weiteren damit einverstanden waren, daß den mitgenannten Herren Nahde, Passier und Mattern neben jenem Kaufpreise eine Entschädigung für die auf ihren Grundflächen vorhandenen, infolge des Straßenbaues zum Abbruch gelangenden Baulichkeiten in Höhe von 3000 *M*, bezw. 200 *M* und 1600 *M* gewährt würde, so haben wir vorbehaltlich der Zustimmung der geehrten Herren unter Zubilligung der angegebenen Preise bezw. Entschädigungen den anbei vorgelegten notariellen Vertrag abgeschlossen. Wir ersuchen, diesen Vertrag gefälligst zu genehmigen.“

Die Baukommission hat die Sache beraten und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim. Der Plan hängt aus.

Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung.

In einem zweiten Anschreiben gibt der Stadtmagistrat den Stadtverordneten bekannt, daß zum Ausbau der Schunterstraße 7 Flächen zu erwerben sind, nämlich 20, 135, 11, 135, 63, 71, 133,5 qm. Hinsichtlich der an erster und zweiter Stelle genannten Flächen ist zwischen dem Magistrat und den Eigentümern eine Verständigung auf den angemessen erscheinenden Preis von 20 *M* pro Quadratmeter erfolgt, bezüglichen bezüglich der an dritter Stelle aufgeführten Fläche auf den Preis von 15 *M*. Der Magistrat legt den für den Kauf dieser Flächen abgeschlossenen Kaufvertrag zur Genehmigung den Stadtverordneten vor. Bezüglich der an 4., 5. und 6. Stelle angeführten Flächen war zunächst ein Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet. In den während desselben gepflogenen Verhandlungen haben die Eigentümer ihre Forderungen auf 15 *M* pro Quadratmeter neben einer Entschädigung von 275 *M* für Pflanzungen und Inkonvenienzen für die an 4. Stelle aufgeführte Fläche und einer noch zu schätzenden Entschädigung für die an 5. und 6. Stelle aufgeführten Flächen ermäßigt. Der Magistrat versucht, sich diesem Vergleich anzuschließen.

Da für die an letzter Stelle genannte, den Unternehmern Weinhausen und Utermarks Erben gehörige Fläche von den Eigentümern ein Preis von 25 *M* gefordert wird, den der Magistrat für zu hoch hält, so bittet er die Stadtverordneten in Übereinstimmung mit dem Unternehmer der Straße, sich damit einverstanden zu erklären, daß wegen des Erwerbs dieser Fläche ein Zwangsenteignungsverfahren in die Wege geleitet wird.

Stadtv. **Niese** (nach seinem Bericht über diese Vorlage): Diese Vorlage hat ebenfalls der Beratung der Baukommission unterlegen. Sie gibt Ihnen durch mich Genehmigung der Verkäufe anheim und auch, Ihre Zustimmung zur Einleitung des Zwangsverfahrens zu erteilen.

Die Versammlung beschließt den Anträgen der Baukommission gemäß.

20. Antrag auf Zulassung und Ausbau einer von der Henneberg-Straße abzweigenden Straße.

Stadtv. **Meyerhoff**: Der Maurermeister Antoni hat den Antrag gestellt, die auf dem Plane hier bezeichnete Straße (Nr. 613) südlich der Henneberg-Straße erbauen zu dürfen. Bedenken gegen die Anlage der Straße als solcher liegen nicht vor, aber wohl hat es sich herausgestellt, daß die Stadt, um einmal die Henneberg-Straße als Verbindungsstraße zwischen dem Osten und Westen der Stadt

verbreitern zu können, was als sehr dringend nötig erachtet wird, einerlei, ob der Bahnhof später 1100 oder 1800 m südlich von seiner jetzigen Lage aufgebaut wird, einen 3 m breiten Streifen an der Henneberg-Straße entlang nötig hat. Aus diesem Grunde hat der Magistrat einen Kaufvertrag für diese 239 qm mit dem Maurermeister Antoni abgeschlossen zum Preise von 30 *M* pro Quadratmeter. Der Preis könnte vielleicht hoch erscheinen, aber in Anbetracht des ganzen Grundstücks hat sich die Baukommission mit diesem Preise vollständig einverstanden erklärt.

Zweitens habe ich dann noch vorzutragen, daß die Häuser, die an dieser Straße errichtet werden sollen, nur dreigeschossig sein dürfen, und kein ausgebautes Dachgeschoß haben dürfen. Ferner soll offene Bauweise nach § 16 des Ortsbaustatuts vorgeschrieben werden, und die Grundstücke sollen nicht mehr als zur Hälfte des Flächeninhalts bebaut werden. Zu diesem Flächeninhalte zählt natürlich der Vorgarten mit. Auf diese Bedingungen ist der Maurermeister Antoni eingegangen. In dem ersten Kontrakt waren für die Straße 3 m breite Vorgärten vorgesehen, hiervon ist aber der Magistrat abgegangen und hat 2 m breite Vorgärten zugestanden. Wenn man den Lageplan einfieht, so wird man das vollständig gerechtfertigt finden, denn sonst wäre der Eigentümer an einer guten Bebauung des Grundstücks behindert. Der Vertrag mit dem Maurermeister Antoni enthält auch die gewöhnlichen Bedingungen, daß für Übernahme der Reinigung, Unterhaltung und Beleuchtung der Straße ein Kapital von 8250 *M* gezahlt wird. Die durch Legung des Gas- und Wasserrohres und Herstellung des Abzugskanals entstehenden Kosten sollen Herrn Antoni zurückerstattet werden, nachdem die Straße dem Sinne des Gesetzes nach als bebaut angesehen wird. Außerdem hat Herr Antoni eine Kaution von 13 820 *M* zur Sicherstellung der durch den oberirdischen und unterirdischen Straßenausbau entstehenden Kosten zu hinterlegen. Es ist selbstverständlich, daß hiergegen das Kaufgeld, welches die Stadt für den zu erwerbenden Streifen von 3 m Breite zu zahlen hat, in Anrechnung gebracht wird.

Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt durch mich Genehmigung anheim.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

21. Gewährung eines Zuschusses zum Nordwestdeutschen Fluge.

Stadt v. Leue: Wie Ihnen aus den Zeitungen wohl bekannt sein wird, und teilweise auch wohl durch die Zuschrift des hiesigen Luftschiffer-Vereins, soll eine

flugsportliche Veranstaltung, ein sogenannter Nordwest-Flug, nämlich ein Probe- oder Preisflug von Bremen über Minden, Osnabrück, Münster, Sennelager, Hannover, Braunschweig, Lübeck nach Hamburg im Juni stattfinden. Bei diesem Fluge ist auch ein Aufenthalt hier in Braunschweig vorgesehen. Es werden etwa 15 bis 18 Fahrzeuge sich beteiligen, und es sind namhafte Preise, insgesamt zu 80 000 *M*, ausgesetzt. Es besteht auch die Absicht, Schausflüge in Braunschweig zu veranstalten. Der hiesige Luftschiffer-Verein wendet sich nun an den Magistrat, ihm zu diesem Zwecke eine Beihilfe im Betrage von 6000 *M* zu geben. Diese Summe soll nicht etwa zu Preisen verwendet werden, denn diese werden zum großen Teile durch freiwillige Stiftungen (so hat das Kriegsministerium 5000 *M* ausgesetzt) aufgebracht, und das übrige soll durch eine zu veranstaltende Lotterie vereinnahmt werden. Das von der Stadtverwaltung gespendete Geld soll verwandt werden zur Einfriedigung des Platzes, zur Errichtung einer Sanitäts- wache, zum Aufstellen von Zelten u. dgl. Es sind für den Flug auch hier in Braunschweig Sammlungen veranstaltet. So hat eine hiesige Zeitung 5000 *M* zur Verfügung gestellt, und die beteiligten Städte haben ihr lebhaftes Interesse dadurch bekundet, daß sie ziemlich hohe Beträge gezeichnet haben, z. B. Lübeck 5000 *M*, Hannover 5000 *M*, Hamburg 25 000 *M*, Münster 15 000 *M* usw. Der Magistrat hat sich nun an die Stadtverordneten gewandt mit dem Ersuchen, zur Deckung eines etwaigen Fehlbetrages bis zu 6000 *M* aus den Erträgen der Umsatzsteuer bewilligen zu wollen, also nicht die runde Summe von 6000 *M*, sondern gleichsam einen Garantiefonds, soweit die Mittel nicht auf sonstige Weise aufgebracht werden.

Die Finanzkommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt und glaubt, daß es wohl angebracht ist, dieses Geld herzugeben, da durch den Flug eine große Anzahl von Personen nach Braunschweig kommen und so der Bürgerschaft Nutzen erwachsen wird, teilweise auch durch die Arbeiten, die vorgenommen werden müssen, eine Anzahl von Leuten Beschäftigung findet usw. Die Finanzkommission gibt Ihnen anheim, zuzustimmen, daß dieser Betrag aus den Erträgen der Umsatzsteuer zur Verfügung gestellt wird. Ich betone nochmals: Es ist nicht ein einfaches Hingeben zur Beihilfe, sondern sozusagen ein Garantiefonds bis zu 6000 *M* zur Deckung eines etwaigen Fehlbetrages, was wir bewilligen sollen.

Die angeforderte Summe wird bewilligt und die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen.

Dauer der Sitzung von 4 $\frac{1}{4}$ bis 7 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Herzogin-Elisabeth-Str. 1
1912/1913. *Geheimvermerk*

Nr. 2.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 23. Mai 1912.

Tagesordnung:

1. Aufkündigung eines Vertrages	Seite 52
2. Herichtung eines Abflußrohres auf dem früheren Brunonia-Grundstücke	" 54
3. Beihilfe für die katholischen Kinderhorte	" 54
4. Ausbau der Straße 568	" 55
5. Änderung des Ortsbauplans für die Nordseite des Damms zwischen Münz- straße und Bohlweg	" 55
6. Erhöhung des Beitrages für den Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsanwaltsstellen	" 56
7. Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens wegen einer Fläche an der Hamburgerstraße	" 57
8. Erweiterung des Stadtbezirks im Osten der Stadt	" 57
9. Ausbau der Herzogin-Elisabeth-Straße zwischen Husarenstraße und Kastanienallee 10. Aufwendung von Mitteln aus der Fideikommission zur Erweiterung der Schüler- bibliotheken an den Bürgerschulen	" 58 " 65
11. Abänderung des Bauprojekts für die Schule an der Wilhelmstraße	" 67
12. Wahl zweier Vertreter für den 29. Braunschweigischen Städtetag	" 67
13. Ausbau der Straßen 508 a und 509 a	" 68
14. Ausbau der Infanteriestraße	" 69
15. Eingabe des Central-Verbands der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg, Bezirk Braunschweig, wegen der Sonntagsruhe 16. Verbreiterung des Fußsteigs vor dem „Stern“	" 70 " 91
17. Instandsetzung einer Teilstrecke der Fahrbahn in der Kastanienallee	" 91
18. Ausbau der Straßen 32 und 38	" 92

19. Ausbau der Straße 556	Seite 94
20. Abänderung des Verlagsvertrages über das Urkundenbuch	" 95
21. Instandsetzung der Dampfspritze I.	" 96

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren **Adenhausen**, **Bähr**, **Frühling**, **Tiemann**.

Vorsitzender **Sauswaldt**: Ich eröffne die Sitzung.

Mit der Aufstellung der Plätze ist heute ein neuer Versuch gemacht. Wir werden uns über das Arrangement in der vertraulichen Sitzung besprechen. Ich möchte nur noch bitten, die Meldungen zum Wort recht deutlich vorzunehmen. Wenn ich mich setze, kann ich die Herren, die in den hinteren Reihen sitzen, wegen der Knäufe der Stühle nicht sehen, jedenfalls auch schlecht verstehen. (Zuruf aus den hinteren Reihen: Wir hören hier kein Wort.) Die Berichterstatter der Presse werden meiner Auffassung nach auch schlecht verstehen können. Wir werden uns in der vertraulichen Sitzung darüber unterhalten, wie uns die Aufstellung gefallen hat.

1. Aufkündigung eines Vertrages.

Stadtv. **Hartung**: Im Jahre 1889 hat die Stadt mit dem Ingenieur **Mayrhofer** in Berlin einen Vertrag abgeschlossen, durch den ihm der Aufzug, die Regulierung und Wartung der Turmuhren in den sieben alten Stadtkirchen übertragen worden ist, und zwar sollte der Aufzug vermittels eines hydropneumatischen Verfahrens geschehen. Der Vertrag ist nachher von **Mayrhofer** auf die **Urania-Uhren- und Säulen-Kommanditgesellschaft** übergegangen und von dieser schließlich auf eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin, die „Normalzeit“. Der hydropneumatische Aufzug der Uhren bei der **Michaelis-** und **Martinikirche** ist schon vor 1900 durch Handaufzug ersetzt, und später ist festgestellt, daß diese Vorrichtung auch bei den anderen Kirchen beseitigt ist und sie heute nur noch bei einer Turmuhr im Gange ist. Es hat sich nun herausgestellt, daß diese Vorrichtung seine großen Mängel hat. Es sind auch bei anderen Turmuhren gelegentlich Störungen vorgekommen, die aber nicht so wesentlich sind. Dagegen ist

gerade bei der Magniturmuhr, der einzigen, die noch diesen hydropneumatischen Aufzug hat, der auch zugleich von der Gesellschaft selbst geliefert ist, festgestellt, daß seit 1910 ganz erhebliche und häufige Störungen vorgekommen sind. Über die Störungen ist magistratsseitig Buch geführt. Es handelt sich darum, daß im Jahre 1910 Störungen an sechs verschiedenen Tagen, 1911 an zehn verschiedenen Tagen und im laufenden Jahre auch schon wieder Störungen an fünf Tagen vorgekommen sind. Die Uhr hat zum Teil falsch geschlagen, teils ist sie stehen geblieben, die Zeiger haben falsch gezeigt usw., also alle möglichen Störungen sind vorgekommen. Es ist darauf vom Magistrat Beschwerde über die Wartung der Uhren geführt, aber die Gesellschaft hat die Störungen auf andere Ursachen zurückgeführt, insbesondere wird einem Wasserrohrbruch, der vorgekommen ist, die Schuld zugeschoben. Es ist jedoch durch von städtischer Seite beauftragte Beamte konstatiert, daß dies nicht der Grund sein kann, und daß die Störungen auch nach Beseitigung dieses Vorfalls wieder vorgekommen sind. Gegen die Anregung, den Aufzug durch einen elektrischen zu ersetzen, hat sich der Magistrat nicht prinzipiell ablehnend verhalten, aber die Gesellschaft hat den Standpunkt eingenommen, daß diese Änderung auf Kosten der Stadtgemeinde vorgenommen werden sollte, und das ist vom Magistrat abgelehnt. Der Magistrat ist nun der Ansicht, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist, und er wünscht, den Vertrag aufzukündigen. Das kann geschehen auf Grund der Bestimmungen des § 9, welcher besagt: „Dem Stadtmagistrat zu Braunschweig steht das Recht zu, diesen Vertrag vor Ablauf der 50jährigen Laufzeit nach einer sechs Monate vorher erfolgten Aufkündigung aufzuheben in dem Falle, daß sich Mahrhofer (bzw. dessen Rechtsnachfolger) wiederholt eine Verletzung der durch diesen Vertrag vereinbarten Verpflichtungen zuschulden kommen läßt.“ Der Magistrat ersucht um Zustimmung der Stadtverordneten dazu, daß er von diesem Kündigungsrecht Gebrauch macht, und für den Fall, daß die Gesellschaft sich auf den Standpunkt stellen sollte, eine derartige Kündigung als rechtsbeständig nicht anzuerkennen, ihn zu ermächtigen, eine Feststellungsklage anzustellen, daß die Kündigung als berechtigt und der Vertrag als aufgehoben anzusehen sei.

Nachdem sie von dem Inhalt der Akten Kenntnis genommen hat, scheint der Statutenkommission dieses Vorgehen des Magistrats begründet. Wir sind der Ansicht, daß in der Tat die bis heute vorgekommenen zahlreichen Störungen genügende Veranlassung geben, den § 9 anzuwenden und den Vertrag zu kündigen. Die Statutenkommission gibt Ihnen also anheim, dem Antrage des Magistrats entsprechend sich mit der Aufkündigung des Vertrages unter Innehaltung der sechsmonatigen Frist einverstanden zu erklären und den Magistrat zur Erhebung

einer Feststellungsklage für den Fall zu ermächtigen, daß die Gesellschaft die Kündigung nicht vorbehaltlos annehmen sollte.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage zu.

2. Herrichtung eines Abflußrohres auf dem früheren Brunonia-Grundstücke.

Stadt v. **Leue**: Die Stadt ist vor einiger Zeit Eigentümerin der Grundstücke der früheren Zuckerraffinerie Brunonia geworden. Eins dieser Gebäude grenzt unmittelbar an das Grundstück der Firma Hans Bantler & Co. Das Regenwasser vom Dache dieses Gebäudes fließt durch ein Fallrohr in das Grundstück der genannten Firma hinein. Es ist nun früher von der Zuckerraffinerie Brunonia dem Inhaber des Grundstücks die Erklärung abgegeben, daß sie für alle Nachteile, die durch den Einlauf des Regenwassers in das Nachbargrundstück entstehen, sich haftpflichtig erklärt. Der Verwalter der Firma Hans Bantler & Co. richtet jetzt an den Magistrat das Ersuchen, eine gleiche Erklärung für die Stadt abzugeben, also dahin gehend, daß die Stadt in Zukunft auch für etwaige Nachteile, die durch Hinüberleiten des Wassers von dem Brunonia-Grundstück auf das Grundstück der Firma Bantler & Co. entstehen, die Haftpflicht übernimmt. Außer dieser Erklärung wird eine jährliche Anerkennungsgebühr von 1 *M* gefordert. Die städtische Bauverwaltung, die zur Äußerung über die Sache aufgefordert wurde, kann nicht empfehlen, eine derartige Erklärung abzugeben, sondern schlägt vor, ein eigenes Abflußrohr auf dem Grundstücke der Stadt herzurichten, so daß wir vom Nachbargrundstücke vollständig unabhängig sind. Die Herrichtung eines Tonröhrenkanals auf dem Brunonia-Grundstücke würde einen Kostenaufwand von 120 *M* hervorrufen.

Der Magistrat hält es auch für richtig, daß wir uns unabhängig von dem Nachbargrundstücke machen, damit wir bei etwaigen Störungen nicht zu Kosten herangezogen werden, die recht unliebsam werden können, und ersucht um Genehmigung der Kosten für dieses Abflußrohr im Betrage von 120 *M* zu Lasten des Kap. I der Rämmereikasse. Die Finanzkommission hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist in ihrer Mehrheit dazu gekommen, zu empfehlen, die Zustimmung zu diesem Vorschlage zu erteilen.

Die 120 *M* für die genannte Anlage werden bewilligt.

3. Beihilfe für die katholischen Kinderhorte.

Stadt v. **Loeschigt**: Der katholische Frauenbund unterhält mit Unterstützung des Sparvereins für Konfirmanden an der Schule Hinter der Masch seit drei

Jahren einen Kinderhort. Dieser wird seit seinem Bestehen sehr gut, von über 40 Kindern, besucht, welche selbst eine Kleinigkeit zu den Kosten beitragen. Nun hatte sich das Bedürfnis herausgestellt, auch in der katholischen Schule an der Goslarischen Straße einen zweiten Kinderhort zu eröffnen. Auch dieser wird von 40 Kindern besucht. Die Ausgaben für diese beiden Horte sind ziemlich bedeutend gewachsen, und der Vorstand des katholischen Frauenbundes hat sich mit der Bitte an den Magistrat gewandt, ihm eine jährliche Beihilfe von 300 *M* für diesen Zweck zu gewähren. Der Herr Schuldirektor Professor Dr. Rehküh, an den die Sache zur Prüfung gelangte, befürwortet die Unterstützung warm, und der Magistrat beantragt, diese 300 *M* jährlichen Zuschuß vom April 1912 ab bis auf weiteres aus der Kasse für Wohlfahrtsseinrichtungen bewilligen zu wollen. Die Finanzkommission hat sich mit der Sache befaßt und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Versammlung verwilligt 300 *M* jährlichen Zuschuß.

4. Ausbau der Straße 568.

Stadtv. **Nietz**: Der Maurermeister Gröppler beabsichtigt, eine Straße auszubauen, die von der Comeniusstraße nach der Nußbergstraße zieht. Diese Straße ist in einer Breite von 14 m projektiert. Nach dem darüber aufgenommenen Verträge stellen sich die Grunderwerbskosten auf 12 700 *M*, die Straßenbaukosten auf 11 800 *M*, in Summa also 24 500 *M*. Da die Straße eine Gesamtlänge von 165 m hat, so entfällt auf das laufende Meter Front ein Beitrag zu den Straßenbaukosten von 148,50 *M*. Der Magistrat wendet sich an uns mit dem Ersuchen, den Kostenanschlag und die vorläufige Kostenverteilungsrechnung nach dem beigelegten Projekte über den Ausbau der Straße zu genehmigen und zu gleicher Zeit der Erklärung der Straße 568 zur Ortsstraße zustimmen zu wollen. Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft, und ich bin von ihr beauftragt, Ihnen die Annahme der Magistratsvorlage zu empfehlen.

Die Versammlung beschließt den Anträgen des Magistrats entsprechend.

5. Änderung des Ortsbauplans für die Nordseite des Damms zwischen Münzstraße und Bohlweg.

Stadtv. **Rasche**: Der Anregung der städtischen Bauverwaltung entsprechend hat der Magistrat den Vorschlag gemacht, da eine Neubebauung der an der Ecke

des Damms und der Münzstraße belegenden Grundstücke beabsichtigt wird, hier eine neue Fluchtlinie festzusetzen. Der Damm ist an dieser Stelle nämlich nur 10 m breit, während der Hutfiltern ungefähr 12 m breit ist. Die Bauverwaltung bringt in Vorschlag, die neue Fluchtlinie so festzusetzen, daß die Straße an der Ecke der Münzstraße eine Breite von 13,20 m erhält und die Fluchtlinie bis zur äußersten Grenze des Saalbaus neu festgelegt wird. Die Straße würde an dieser Stelle immerhin noch 12,20 m breit bleiben. Es wurde in der Baukommission allerdings darauf hingewiesen, daß, wenn die Häuser Nr. ass. 4747, 4736, 216 und 217 abgerissen würden, an dem Saalbau ein Einsprung von mehreren Metern entstehen würde, da die Verbreiterung vor dem Saalbaugrundstücke in absehbarer Zeit nicht zur Ausführung kommen wird, und es wurden Bedenken laut, daß dieser einspringende Winkel unschön aussehen würde. Die Bedenken sind aber dadurch zerstreut, daß der Saalbaugesellschaft gestattet werden kann, allerdings auf Widerruf, dort einen Ausgang nach der Straße anzulegen, und zwar an der Strecke, auf der ein breiterer Fußweg entstehen würde. Die Baukommission empfiehlt also die Annahme des Vorschlages und bittet, die Fluchtlinie in der dort auf dem Plane dargestellten Weise genehmigen zu wollen.

Die Änderung der Fluchtlinie wird beschlossen.

6. Erhöhung des Beitrages für den Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsankunftsstellen.

Stadtv. Dr. Jasper: Unsere Stadt hat sich bekanntlich dem Verbande der deutschen gemeinnützigen unparteiischen Rechtsankunftsstellen vor einigen Jahren angeschlossen, und wir zahlen einen jährlichen Beitrag von 20 M. Die Ausgaben dieses Verbandes sind nun durch die starke Ausdehnung, welche das Rechtsankunftsweisen in Deutschland erfahren hat, erheblich gestiegen und sind zu 13 000 M. veranschlagt, es steht ihnen nur eine Einnahme aus den bisherigen Mitgliederbeiträgen von 3500 M. entgegen, so daß ein Defizit von annähernd 8000 M. entsteht. Der Verband wünscht nun, daß die größeren Städte ihn in weiterem Umfange unterstützen, und ist mit diesem Gesuche auch an unsere Stadt herangetreten. Die Zwecke des Verbandes sind Ihnen bekannt. Sie bestehen darin, daß eine besondere Geschäftsstelle in Lübeck eingerichtet ist, an deren Spitze ein besoldeter, juristisch vorgebildeter Beamter steht, es ist ein Archiv und eine besondere Verbandszeitschrift gegründet, es werden Verwalterkonferenzen und Ausbildungskurse veranstaltet, statistische Arbeiten angefertigt und dergl.

Die Zwecke des Verbandes sind also anerkennenswert. Der Magistrat schlägt vor, den jährlichen Beitrag von 20 auf 40 *M* zu erhöhen, und die Finanzkommission empfiehlt der Versammlung, diesem Vorschlage beizutreten.

Die Versammlung ist mit der Erhöhung des Jahresbeitrages einverstanden.

7. Einleitung eines Zwangseignungsverfahrens wegen einer Fläche an der Hamburgerstraße.

Stadtv. **Friede:** Der Kaufmann Camehn hat bei der Neubebauung seines Grundstücks an der Ecke der Hamburger- und Schleinigstraße nach der Bauordnung einen Streifen von 16 qm an der Hamburgerstraße unbebaut liegen lassen müssen und bietet diesen der Stadt zum Kauf an. Die Stadt ist auch verpflichtet, diese 16 qm anzukaufen. Nun forderte Herr Camehn zuerst 110 *M* für das Quadratmeter, nachher hat er seine Forderung auf 95 *M* pro Quadratmeter erniedrigt. Aber auch dieser Preis erscheint dem Magistrat (und auch der Baukommission, wie ich gleich bemerken möchte) viel zu hoch. Der Magistrat hat von der städtischen Bauverwaltung den Wert des fraglichen Terrains begutachten lassen, und die Bauverwaltung spricht sich dahin aus, daß im Höchsfalle 55 *M* bewilligt werden könnten. Dieser Ansicht hat sich der Magistrat und auch die Baukommission angeschlossen, und sie bittet die geehrte Versammlung, an dem Preise von 55 *M* festzuhalten. Weil aber der Kaufmann Camehn mit diesem Preise nicht einverstanden ist, so bleibt nichts anderes übrig, als das Zwangseignungsverfahren einzuleiten. Ich bin beauftragt, Ihnen den Vorschlag der Baukommission zu unterbreiten, sich mit der Einleitung des Zwangseignungsverfahrens einverstanden zu erklären.

Vorsitzender: Ich verstehe den Antrag so: Wir erklären uns mit dem Preise von 55 *M* für das Quadratmeter einverstanden. Wird dieses Gebot nicht angenommen, so ist das Zwangseignungsverfahren einzuleiten.

Die Versammlung stimmt dem Vorschlage zu.

8. Erweiterung des Stadtbezirks im Osten der Stadt.

Stadtv. **Tolle:** In der letzten Sitzung haben die Herren dem Antrage des Magistrats zugestimmt, die Helmstedterstraße vom Bahnübergange bis an die Westgrenze der Moritzburg stadtseitig vom Staate zu übernehmen. Der Staat hatte beabsichtigt, den Magistrat zu bestimmen, auch die Teilstrecke der Straße an

der Moritzburg zu übernehmen. Der Magistrat hatte aber schwere Bedenken, dieses Stück zu übernehmen, weil auf der Südseite der Helmstedterstraße mehrere Grundstücke liegen, die der Gemeinde Rautheim zugehören. Man hatte sowohl seitens des Staates als seitens der städtischen Behörden versucht, mit der Gemeinde Rautheim ein Übereinkommen zu erzielen, dieses Gebiet an die Stadt abzutreten. Die Verhandlungen sind aber leider gescheitert. Infolgedessen hat der Staat zugestimmt, daß die Stadt nur bis zur Moritzburg die Straße übernimmt. Inzwischen hat der Magistrat aber doch die Ansicht gewonnen, daß es unter allen Umständen wünschenswert ist, auch diese Wegstrecke seitens der Stadt mit zu übernehmen und die Gemeinde Rautheim zu zwingen, dieses Gebiet abzutreten. Die Forderungen der Gemeinde waren aber derartig groß, daß der Magistrat glaubt, auf das Gebot nicht eingehen zu können. Namentlich wurde ein Austausch seitens der Gemeinde Rautheim vorgeschlagen, der dem Magistrate durchaus nicht annehmbar erschien, weil dadurch später voraussichtlich ähnliche Zustände am Rautheimertege geschaffen würden, wie wir sie eben an der Helmstedterstraße haben. Der Magistrat bittet daher die Stadtverordnetenversammlung, ihn zu ermächtigen, zu beantragen, daß im Wege des Gesetzes die Gemeinde Rautheim genötigt wird, dieses Gebiet an Braunschweig abzutreten, natürlich gegen eine angemessene Entschädigung, die die staatlichen Behörden oder eine unparteiische Stelle festzusetzen hat. Ich bin ermächtigt, Ihnen im Auftrage der Baukommission diese Regelung zu empfehlen. Die Baukommission beantragt also: Die Stadtverordnetenversammlung möge den Magistrat ermächtigen, die Zustimmung des Staates einzuholen, daß die Gemeinde Rautheim im Wege des Gesetzes genötigt wird, dieses fragliche Gebiet südlich von der Helmstedterstraße aus ihrem Gemeindebezirke zu entlassen und auf das Stadt-Braunschweigische Gebiet zu übertragen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage der Baukommission entsprechend.

9. Ausbau der Herzogin-Elisabeth-Straße zwischen Husarenstraße und Kastanienallee.

Stadtv. Rasche: Es liegt das Projekt vor, die Herzogin-Elisabethstraße zwischen der Husarenstraße und Kastanienallee auszubauen. Das Projekt ist auf den drei ausgehängten Blättern dargestellt. Die Straße würde bestehen: an der Westseite aus einem 3 m breiten, festen Trottoir, sodann einem Fahrwege von 7,75 m Breite, darauf einem makadamisierten Radfahrerwege, hierauf einem

5 m breiten Promenadenwege und schließlich einem Reitwege. Die Terrainbesitzverhältnisse sind sehr kompliziert. Die Stadtgrenze reicht nur ungefähr bis zur Mitte zwischen der zweiten Baumreihe. Die erste Baumreihe würde ganz fallen müssen, um dem Trottoir und Fahrwege Platz zu geben, dagegen würde die zweite und dritte Baumreihe stehen bleiben, nur würde immer der zweite Baum weggenommen werden müssen, damit die Bäume nicht ersticken. Der Magistrat schlägt nun vor, den Teil der Straße bis zur Stadtgrenze zur Ortsstraße zu erklären, und hat der Besitzverhältnisse wegen auch nur bis dahin einen Ausbau vorgesehen. Für die andere Seite der Straße, die auf Pachtland oder auf Eigentum der Riddagshäuser Feldmark liegt, ist vorgesehen, sie nur mit ganz wenig Mitteln herzustellen. Es würde auf diese Seite kommen: der Promenadenweg, der nicht viel kostet, und der Reitweg, der nur 1500 *M* Aufwendungen erfordert. Der Teil der Straße, welcher als Ortsstraße zu erklären sein würde, verlangt 48 500 *M* Straßenbaukosten. Dazu kommen die Grunderwerbskosten mit 25 400 *M*, so daß hierfür ein Betrag von 73 900 *M* herauskommt. Auf expachtetem Terrain zwischen Ortsstraße und Feldmarksgrenze würden 15 200 *M* Baukosten aufzuwenden sein. Die Gesamtkosten der Straße würden sich also auf 90 600 *M* stellen. Die Verteilung der Kosten auf die Anlieger würde in der Weise geschehen, daß bei der 432,5 m langen Straße für das laufende Meter Frontlänge 168,80 *M* zu bezahlen sein würden. Durch Anliegerbeiträge würden 73 006 *M* einkommen, so daß für die Stadt ein Ausfall von 17 600 *M* bei Erbauung der Straße herauskäme.

Der Magistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen:

1. das vorgelegte Projekt zu genehmigen und gleichzeitig sich damit einverstanden zu erklären, daß der westliche Teil der Herzogin-Elisabethstraße in Breite von 13 m zur Ortsstraße erklärt wird,
2. die zum Ausbau der im Projekt behandelten Teilstrecke der genannten Straße erforderliche, anschlagsmäßig 90 600 *M* betragende Summe zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen,
3. den Magistrat zu ermächtigen, die zur Anlage der Ortsstraße (in ihrer ganzen Länge) notwendigen Flächen zu dem Einheitspreise von 10 *M* bzw. 2 *M* pro Quadratmeter anzukaufen, sowie die zwischen der Ortsstraße und der Feldmarksgrenze gelegenen Flächen zu den für die Herzogliche General-Hofintendantur geltenden Bedingungen zu erpachten.

Die Baukommission empfiehlt Ihnen Annahme dieser sämtlichen Vorschläge. Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß im allgemeinen anerkannt wurde, daß durch das Projekt, wenn es zur Ausführung gelangen würde, wahr-
scheinlich eine der schönsten Wohnstraßen geschaffen würde.

Bürgermeister **Meyer**: Ich möchte die Ausführungen des Herrn Referenten noch in etwas ergänzen. Die Stadtgrenze liegt nicht in einer Entfernung von 13 m von dem bebauten Stadtteile, sondern sie ist davon 21,45 m entfernt, und so weit soll auch die eigentliche Straße sich erstrecken, und zwar von der Stadt aus gerechnet in einer Breite von 13 m als Ortsstraße und bezüglich des Restes als eine Straße, die zwar stadtförmig ausgebaut, aber zur Ortsstraße nicht erklärt wird. Wie von dem Herrn Referenten schon hervor-
gehoben ist, besteht dieser Teil in der Hauptsache aus einem Fußwege und aus einem Radfahrwege. Die Kosten, welche durch den Grunderwerb erwachsen werden, sind nach dem Einheitspreise von 2 M pro Quadratmeter ange-
setzt, soweit es sich um Länderei der Herzoglichen Kammer handelt. Wir haben magistratsseitig beantragt, uns zu ermächtigen, nicht nur die Fläche zu kaufen, die für das vorliegende Projekt nötig ist, — das sich nur auf den Teil der Herzogin-Elisabethstraße zwischen der Husarenstraße und der Kastanien-
allee erstreckt — sondern auch das Terrain zu erwerben, welches für die Fort-
setzung dieser Straße bis zum Riddagshäuserwege nötig ist. Wir nehmen an, daß auch die letztgenannte Strecke alsbald ausgebaut wird, und halten es deshalb für wünschenswert, die Verhandlungen mit der Herzoglichen Kammer auf die Flächen dieser Strecke auszudehnen. Neben diesem Terrainerverb von der Herzoglichen Kammer kommt der Erwerb eines Grabens der Interessentschaft Riddagshausen in Betracht. Dieses Land wird sich verhältnismäßig teuer stellen gegenüber dem Preise, den wir an die Herzogliche Kammer zu zahlen haben werden. Die Graben-Interessentschaft, an der auch die Herzogliche Kammer stark beteiligt ist, hat für das Quadratmeter Grabenfläche 10 M gefordert. Diese Forderung liegt schon länger zurück. Da diese Fläche hart an der alten Stadtgrenze liegt, auch zum Teil von den Anliegern der Straße zum gleichen Preise schon erworben ist, so werden wir nichts Ernstliches dagegen einwenden können; der Magistrat war wenigstens der Meinung, daß dieser Einheitspreis bewilligt werden könnte.

Vorsitzender: Wir haben demnach zu beschließen:

1. den Ausbau der Straße mit den Kosten von 90 600 M,
2. daß der Magistrat ermächtigt wird, diese beiden verschiedenen Terrain-
streifen von der Kammer und der Graben-Interessentschaft zu erwerben

nicht allein für die heute zum Ausbau vorgeschlagene Strecke, sondern für die ganze Strecke bis zum Riddagshäuser Wege,
 schließlich sollen wir diese Straße auf 13 m Breite zur Ortsstraße erklären.

Das sind die Punkte, wenn ich den Herrn Referenten und den Herrn Bürgermeister recht verstanden habe.

Stadtv. Voeshigt: Die Anlieger der Straße sollen etwa 73 000 *M* an Straßenbaukosten bezahlen. Ist das der Betrag für die ganze Breite der Straße oder nur für die Hälfte? Es stehen doch nur an der einen Seite Häuser! Ich möchte wissen, ob die ganze Straße von diesen Anliegern bezahlt werden muß.

Stadtv. Rasche: Auf die Anlieger werden nur die Kosten der Ortsstraße repartiert. Nach dem Statut ist es nicht statthaft, den Anliegern mehr als die Kosten für 13 m breite Straßen aufzuerlegen.

Stadtv. Sander: Ich wollte dieselbe Frage stellen. Ich möchte bei der Gelegenheit erwähnen, daß es mir doch bedenklich erscheint, wenn man den Anliegern die ganzen Straßenbaukosten dieser Ortsstraße auferlegen will. Es ist das doch tatsächlich nach den Ausführungen des Herrn Referenten die ganze Breite der Straße. Die Straße wird nur an einer Seite bebaut. Nun ist die ganze Straße 13 m breit, und die Anlieger haben die Kosten aufzubringen. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Nur bis zu einer Breite von 13 m soll die Straße als Ortsstraße erklärt werden. Im ganzen wird die Straße aber breiter, weil dahinter noch ein Fußweg, ein Radfahrweg und ein Reitweg angelegt wird.

Stadtv. Sander: Dann ist diese Sache für mich erledigt. Nur meine ich, können wir den Preis von 10 *M* für das Quadratmeter Grabenterrain nicht bewilligen. Wenn ein solcher Preis für den alten Graben gefordert wird, so kann man nicht ohne weiteres ja dazu sagen.

Bürgermeister Meyer: Die von uns wegen des Grunderwerbs gepflogenen Verhandlungen liegen schon 10 Jahre zurück, doch nehmen wir an, daß die Gegenkontrahenten sich an die damals getroffenen Abmachungen noch gebunden halten. Was den Interessenschaftsgraben anlangt, so weise ich darauf hin, daß

wir schon vor zwei Jahren wegen des Preises mit der Stadtverordnetenversammlung verhandelt haben. Es hatte die Interessentschaft damals geltend gemacht, daß die Stadt Teile des Grabens, der früher vom Riddagshäuser Wege bis zur Husarenstraße die alte Stadtgrenze bildete, in Anspruch genommen hätte, und daß sie deshalb diese Teile kaufen müsse. Die städtischen Behörden haben diese Forderung als berechtigt anerkannt und damals einen Preis von 10 *M* zugebilligt. Ich darf annehmen, daß die Herren, wenn sie vor zwei Jahren diesen Preis für angemessen gehalten haben, ihn auch heute noch für angemessen halten, denn daß der Wert inzwischen gesunken ist, wird auch der Herr Stadtverordnete Sander nicht annehmen.

Stadtv. Sander: Ich muß anerkennen: Wir sind in einer Zwangslage, daß wir diese Fläche erwerben müssen. Ich bin aber fest überzeugt, daß der Preis von 10 *M* nicht zugebilligt zu werden braucht, wenn es zur Expropriation kommt. Seinerzeit sind wir in einer Notlage gewesen, insofern als die Wegbefestigung von uns gewissermaßen widerrechtlich schon auf der Grabenstrecke ausgeführt war. Daß das aber ein Grund sein soll, heute für dieses Terrain 10 *M* pro Quadratmeter zu zahlen, kann ich nicht einsehen. Ich möchte mir die Frage erlauben, ob es nicht möglich ist, den Streifen expropriieren zu lassen. Ich bin überzeugt, daß die Schätzung jedenfalls einen derartigen Preis nicht herausbringen wird.

Bürgermeister Meyer: Ich kann nicht glauben, daß die Stadt durch das Expropriationsverfahren Vorteil hätte, ich fürchte im Gegenteil, daß eher Nachteile als Vorteile daraus erwachsen, ich meine das nicht in dem Sinne, wie es als Gegensatz zu der Ansicht des Stadtv. Sander erscheinen könnte, daß wir für diese Grabenfläche vielleicht einen höheren Preis zu zahlen hätten, obgleich ich das nicht für ganz ausgeschlossen halte nach den Preisen, die im nahegelegenen Straßengebiet bereits gezahlt sind. Ich fürchte aber, daß die Verhandlungen Einfluß haben können auf den Preis, den wir für die Kammerländereien zu zahlen haben. Die Sache liegt so, daß die Herzogliche Kammer etwa zur Hälfte an der Interessentschaft beteiligt ist. Wenn wir nun für das Gebiet der Interessentschaft das Expropriationsverfahren von seiten der herzoglichen Regierung bewilligt bekommen, dann ist es sehr naheliegend, daß die Herzogliche Kammer, gegen die wir dann doch vorgehen, auch sagt: „Nun möchte ich aber für das angrenzende Terrain eine höhere Entschädigung als zwei Mark haben.“ Gegen

diesen Preis werden Sie ja schwerlich etwas sagen können, und Sie würden auch nichts dagegen haben können, wenn der Herzoglichen Kammer nachher der Preis zu gering erschiene. Was dann für die ganze zu erwerbende Fläche gezahlt werden müßte, will ich noch dahingestellt sein lassen. Daß ein Expropriationsverfahren gegen die Kammer zu unseren Ungunsten ausschlagen wird, wird auch Herr Sander zugeben. Ich möchte also meinen, daß die Stadt bei einer Expropriation ein schlechtes Geschäft machen würde.

Stadtv. Munte: Ich glaube auch, daß es besser ist, wenn wir uns mit der Interessentschaft unter der Hand verständigen. Was mich veranlaßt hat, das Wort zu nehmen, ist, daß ich Aufklärung haben möchte über die dritte Baumreihe. Soweit ich aus der Zeichnung ersehen habe, sollen zwei Baumreihen vollständig erhalten bleiben. Das scheint mir sehr erfreulich, und wer die Gegend kennt, wird sich mit mir freuen, daß die Bäume stehen bleiben können. Die Reihe Bäume, die zunächst den Häusern steht, scheint aber ganz fallen zu sollen. Das scheint für die Anlieger der Straße nötig zu werden, denn es ist bekannt, daß häufig Anlieger von mit Bäumen besetzten Straßen sich beschweren, daß ihren Räumen parterre und im ersten Stock durch die Bäume zu sehr das Licht entzogen wird. Wenn das hier auch der Fall ist, so geht es ja nicht anders, und wir müssen uns damit abfinden. Ich weiß aber nicht, ob dann an Stelle der zu entfernenden Bäume eine Reihe junger Bäume vorgesehen ist. Es müßte doch ein Ersatz geschaffen werden! Ich möchte wenigstens bitten, daß dies in Rücksicht genommen wird, und daß in Erwägung gezogen wird, ob die Bäume nicht stehen bleiben könnten, bis Klagen kommen, denn eine große Zahl von Einwohnern beklagt sich immer, wenn alte Bäume fallen.

Stadtv. Busch: Hierauf möchte ich erwidern, daß ich neulich auch über die Straße gegangen bin und mich davon überzeugt habe, daß es ganz unmöglich ist, daß die erste Baumreihe stehen bleibt, denn diese verdunkelt die Wohnungen nicht nur, sondern die Zweige hängen direkt in die Fenster der Häuser hinein. Ich bin sehr für Erhaltung alter Bäume, aber wir haben an der Stelle noch zwei Reihen prachtvoller Bäume, die erhalten bleiben, so daß ich glaube, daß wir keine Barbaren sind, wenn wir in diesem Falle die erste Reihe Bäume entfernen. Die Anwohner der Straße müßten sonst auch im Sommer fortwährend Licht brennen, und es wäre ihnen kaum möglich, die Fenster zu öffnen.

Stadtv. Rasche: Ich möchte auch darauf hinweisen, daß es nicht angebracht erscheint, die erste Baumreihe stehen zu lassen. Ich bin selber ein Freund der

schönen Bäume und würde sie gern erhalten. Es würde dann aber nötig werden, daß der Fußweg hinter der Baumreihe vortritt, und dann würde eine Befestigung des Fahrweges nicht möglich sein und ein zu schmaler Fußweg entstehen. Es ist also nötig, die Bäume zu entfernen, um einen regelrechten Fahrweg zu bekommen.

Stadtv. Munte: Vielleicht kann der Referent sagen, ob junge Bäume wieder neu angepflanzt werden sollen.

Bürgermeister Meyer: Die Frage der Erhaltung der Bäume hat bei der Aufstellung des Projektes eine sehr große Rolle gespielt. Es sind vier bis fünf verschiedene Entwürfe im Laufe der Jahre von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeitet, und immer hat dabei der Wunsch der Baumerhaltung maßgebenden Einfluß ausgeübt. Leider hat sich ergeben, daß im Interesse der Straßenanlage eine der Baumreihen beseitigt werden muß. Es war zunächst die Entfernung der mittleren Baumreihe in Aussicht genommen, später ist es für richtiger gehalten, die westliche Baumreihe fallen zu lassen, damit den Häusern in ausreichendem Maße Licht und Luft zugeführt werden könnte. Die Bepflanzung des Fußsteiges mit neuen Bäumen ist, soviel ich mich erinnere, nach dem Projekte nicht in Aussicht genommen, ich kann das also jetzt nicht in Aussicht stellen. Man hat das wohl nicht getan, um nicht erneut wieder die Zuführung von Licht und Luft zu hindern.

Stadtv. Meyerhoff: Ich will nur Herrn Stadtv. Munte beruhigen über den Fortfall der Bäume. Nach dem Querschnitte, wie er uns hier in der Zeichnung vorliegt, wird für die Spaziergänger sozusagen ein Promenadenweg unter den großen alten Bäumen geschaffen werden. Es kommt den Anliegern der Vorteil zugute, daß sie Licht und Luft in ihre Häuser und Gärten bekommen, und die Spaziergänger behalten nach wie vor ihren schönen Promenadenweg. Ich möchte auch bitten, dem Projekte zuzustimmen. Es bietet wirklich eine Lösung, über die wir uns in der Baukommission gefreut haben, daß sie hat erreicht werden können.

Bürgermeister Meyer: In den Beschluß der Versammlung wäre noch einzuschließen die Erpachtung des Terrains, welches zwischen der Ortsstraße und der Feldmarksgrenze liegt.

Vorsitzender: Zu welchen Bedingungen wird es erpachtet?

Bürgermeister **Meyer**: Es sind dieselben Bedingungen, welche für die General-Hofintendantur für Erpachtung des Parkes gelten. Für einen Morgen oder 25 ha sind 6,50 *M* Pacht pro Jahr zu zahlen.

Dem Ausbau der Straße nach dem vorgelegten Projekte und den dazu gehörigen Vorschlägen des Magistrats stimmt die Versammlung zu und bewilligt die geforderten Kosten.

10. Aufwendung von Mitteln aus der Jüdelstiftung zur Erweiterung der Schülerbibliotheken an den Bürgerschulen.

Stadt v. **Leue**: Bei der Beratung des Stadthaushalts für 1911/12 ist aus der Versammlung heraus der Wunsch geäußert, es möchten erheblichere Mittel als bisher bereitgestellt werden, um die Schülerbibliotheken in den mittleren und unteren Bürgerschulen zu erweitern, und zwar hatte man dabei hauptsächlich die Bekämpfung der Schundliteratur ins Auge gefaßt. Der Herr Schuldirektor Professor Dr. Rehfuß ist dann vom Magistrate beauftragt, einmal festzustellen, welche Mittel erforderlich sein würden, um die Schülerbibliotheken in dieser Richtung besser auszugestalten. Er hat nun inzwischen durch zwei Kommissionen entsprechende Bücher, die sich für diese Bibliotheken eignen, in einem Verzeichnis aufstellen lassen. Es hat sich herausgestellt, daß auf Grund dieses Verzeichnisses für jede Klasse ein Aufwand von 50 *M* erforderlich wäre. Da 214 Klassen in Frage kommen, so würde der Gesamtaufwand 10 700 *M* betragen. Es ist aber schon eine Anzahl von Büchern in den einzelnen Büchereien der Klassen bezw. Schulen vorhanden, deren Wert auf etwa 3000 *M* angegeben wird, so daß noch etwa 7800 *M* aufgewendet werden müssen, um dem Wunsche, der damals von der Versammlung geäußert ist, nachkommen zu können. Vom Magistrate ist in Aussicht genommen, diesen Betrag aus der Jüdel-Stiftung zu bestreiten, und zwar aus der Abteilung III: Aufwendungen für gemeinnützige Zwecke, und der Vorstand der Jüdel-Stiftung ist bereit, diese Mittel zu bewilligen. Der Magistrat wendet sich nun an uns mit dem Ersuchen, unsere Zustimmung dazu zu geben, daß diese 7800 *M* aus der Jüdel-Stiftung zu dem genannten Zwecke verwandt werden. Von Herrn Schuldirektor Professor Dr. Rehfuß ist dann ferner noch als wünschenswert bezeichnet, daß für diese größeren Büchereien auch etwas mehr Mittel im Haushaltsplane zur Verfügung gestellt werden, um diese Büchereien im Stande zu erhalten. Ein gewisser Betrag war schon bisher hierfür in den Stadt-Haushaltsplan eingestellt, der aber in Zukunft etwas zu erhöhen sein würde.

Die Finanzkommission hat die Angelegenheit beraten und hält die Anwendung dieser Mittel für durchaus zweckmäßig. Ich glaube, daß damals der Wunsch, den die Versammlung geäußert hat, einstimmig ausgesprochen ist. Die Finanzkommission gibt Ihnen heute durch mich anheim, dem Vorschlage, 7800 M aus den Mitteln der Jüdel-Stiftung zu bewilligen, zuzustimmen, ebenso dem, daß das, was für die Erhaltung der Büchereien notwendig wird, durch den Haushaltsplan aufgebracht wird.

Stadtv. Friede: Ich möchte den Vorschlag der Finanzkommission sehr warm empfehlen. Wir haben bis jetzt schon mit Erfolg gegen die Schundliteratur angekämpft, aber doch höre ich von Fachleuten, daß in hiesiger Stadt immer noch zwei Buchhandlungen sind, die die Kinder mit Schundliteratur bedenken. Ich will die Namen hier nicht nennen, ich weiß nicht, ob das zulässig ist. Es ist vielleicht besser, wenn das in der Kommission besprochen wird. Ich bitte, die Bewilligung auszusprechen, denn etwas sehr Wichtiges für die Schule und die Jugend ist eine anständige, gute Lektüre, und die können wir ihr verschaffen, wenn wir diese Mittel bewilligen.

Vorsigender: Ich bitte die Herren, welche dieser Bewilligung aus der Jüdel-Stiftung ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zustimmung ist von der Versammlung erteilt.

Stadtv. Reue: Außerdem ist von der Finanzkommission beantragt, auch zuzustimmen, daß in Zukunft höhere Beträge für Erhaltung der Schülerbibliotheken in den Stadthaushaltsplan eingestellt werden.

Vorsigender: Ich habe mit Absicht diesen Punkt aus der Abstimmung fortgelassen. Wir können das als Wunsch wohl aussprechen, können aber doch unmöglich beschließen, was die Herren, die im nächsten Jahre hier sitzen werden, im Februar in den Etat einstellen sollen. Ich glaube, wir können den Punkt ruhig fallen lassen.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat wird schon von selbst bei Einbringung des Etats den Antrag stellen, die Mittel für Erhaltung der Schülerbibliotheken zu erhöhen.

11. Abänderung des Bauprojekts für die Schule an der Wilhelmstraße.

Stadtv. Friede: Bei der Bürgerschule an der Wilhelmstraße wird ein Neubau errichtet, der im Anschluß an das Hauptgebäude vier Klassen und einen Zeichenaal vorsieht. Nach dem Vorprojekte sind die Fußböden in diesen fünf Räumen mit Linoleum zu belegen. Es hat sich aber inzwischen herausgestellt, daß der Linoleumbelag doch frühzeitig abgängig wird und nicht den Anforderungen genügt, die man an einen Fußboden für Schulzimmer stellen zu dürfen glaubt. Es wird vorgeschlagen, diese fünf Räume mit Riemenböden aus Buchenholz zu belegen. Es soll das praktischer sein als Linoleum. Das Buchenholz ist härter und läßt Staub nicht aufkommen, ist also gesund und angenehm für die Kinder und Lehrer. Die Kosten für die Riemenböden betragen 1300 *M*, die müßten von uns bewilligt werden. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß die Bauleitung glaubt, an dem Bau sparen zu können, so daß eine Mehrausgabe bei dem Bau uns nicht erwachsen würde. Im Namen der Baukommission beantrage ich, dieser Änderung des Bauprojektes zuzustimmen und die 1300 *M* zu bewilligen.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

12. Wahl zweier Vertreter für den 29. Braunschweigischen Städtetag.

Stadtv. Dr. Henking: Durch den Stadtmagistrat ist uns ein Schreiben zugegangen, in welchem die Herren ersucht werden, zu dem nächsten Städtetage, der vom 14. bis 16. Juni d. Js. in Eschershausen stattfinden soll, zwei Vertreter in Vorschlag zu bringen, außerdem die Kosten für diese beiden Vertreter mit zusammen bis zu 150 *M* zu bewilligen. Die Statutentkommission schlägt Ihnen vor, als Vertreter die Herren Sander und Rasche zu wählen. Die beiden Herren haben erklärt, eventl. diese Wahl annehmen zu wollen.

Vorsitzender: Nehmen Sie es mir nicht übel, die vorgeschlagene Summe kommt mir aber kolossal vor. Haben wir nicht für derartige Vertretungen feste Sätze bestimmt?

Stadtv. von Frankenberg: Der Stadtmagistrat ist bei Stellung dieses Antrages davon ausgegangen, daß lediglich die im Statut bestimmten Sätze maßgebend sein sollen, also 9 *M* für den Tag und 6 *M* für Übernachtung. Es kommen drei Tage und zwei Nächte in Betracht, und dazu kommen die Reisekosten für Hin- und Rückreise, so daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß die Ver-

treterungskosten ziemlich an den Betrag von 75 *M* für die einzelne Person herankommen. Selbstverständlich werden die geehrten Herren, die entsandt werden, sich innerhalb der statutarischen Grenzen zu halten haben.

Stadtv. Stegmann: Ich schlage als Vertreter den Herrn Stadtv. Riefe vor. Er ist einer der ältesten Mitglieder dieser Versammlung. Ich glaube, daß er gewissermaßen ein Anrecht darauf haben könnte, einmal die Stadt auf dem Braunschweigischen Städtetage zu vertreten.

Stadtv. Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Ich frage den Herrn Stadtv. Stegmann, ob er Herrn Riefe für einen der beiden genannten Herren in Aussicht genommen hat? (Wird verneint.)

Die Wahl findet durch Stimmzettel statt. Die meisten Stimmen entfallen auf folgende Stadtverordnete: Sander 23, Rasche 20, Riefe 10. Die Stadtverordneten Sander und Rasche sind darnach gewählt.

13. Ausbau der Straßen 508 a und 509 a.

Stadtv. Tolle: Auf Antrag des Herrn Maurermeisters Deder hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, in Aussicht zu nehmen, die Straßen 508 a und 509 a nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, in einer Breite von 14 m, sondern in einer Breite von 8 m auszubauen. Nunmehr hat Herr Deder beim Magistrat beantragt, diese Straßen auszubauen. Die Straße 508 a ist die verlängerte Klosterstraße, die Straße 509 a die jetzt bezeichnete Glückstraße. Die Glückstraße will Herr Deder auf seine Kosten ausbauen lassen, und die Straße 508 a soll von seiten der Stadt ausgebaut werden.

Die Straße 508 a soll eine Breite von 8 m erhalten. 5 m sollen auf die Fahrbahn entfallen, und für die beiderseitigen Fußwege je 1,50 m. Die Fahrbahn wird mit Kleinpflaster auf chaussierter Unterlage versehen, und die Fußwege sollen mit Zementplatten belegt werden. An der Einmündungsstelle der Goslarischen Straße soll ein Übergang im Zuge des Fußwegs mit Großpflastersteinen ausgeführt werden. Die Grunderwerbskosten betragen 1200 *M*, die Straßenbaukosten 4700 *M*, so daß Gesamtkosten von 5900 *M* entstehen. Bei einer Gesamtlänge von 51 m würde das für das Meter Frontlänge 58 *M* betragen. Diese Kosten werden seinerzeit von den Anliegern erhoben werden.

Die Glückstraße (509 a) will, wie schon erwähnt, Herr Deder auf seine Kosten ausbauen lassen. Sie hat eine Länge von 73 m und ebenfalls eine Breite von 8 m. Die Ausführung dieser Straße wird ebenso werden wie die vorhin be-

zeichnete. Die Grunderwerbskosten betragen 3700 *M*, die Kosten für den Straßenoberbau 9700 *M*, so daß Gesamtkosten von 13 400 *M* entstehen werden, also pro Meter Frontlänge werden 78 *M* für diese Straße entfallen. Mit Herrn Decker ist ein Vertrag abgeschlossen, der hier vorliegt. Herr Decker hat außer den deponierten 13 000 *M* zur Sicherung der Ausführung des ober- und unterirdischen Ausbaus der Straße noch 4400 *M* dafür zu zahlen, daß die Stadt die Reinigung, Unterhaltung, Fehrichtabfuhr usw. übernimmt.

Ferner wird vom Magistrat beantragt, daß die beiden Straßen zu Ortsstraßen erklärt werden.

Ich habe Ihnen die Annahme der Vorlage im Namen der Baukommission zu empfehlen und nichts weiter hinzuzufügen.

Die Versammlung genehmigt den abgeschlossenen Vertrag und die beiden Projekte, verwilligt die nötigen Kosten und spricht sich für Erklärung der beiden Straßen zu Ortsstraßen aus.

14. Ausbau der Infanteriestraße.

Stadtv. **Niese:** Zwischen der Kasernenstraße und der Hagenstraße ist eine Straße projektiert, die Infanteriestraße, die in einer Breite von 16 m mit 3 m breiten Vorgärten an jeder Seite angelegt werden soll. Der Besitzer jenes Terrains, Herr Tierarzt Meyer, hat ersucht, ihn als Unternehmer der Straße zuzulassen. Da Bedenken seitens des Magistrats gegen den Antrag nicht vorliegen, so hat der Magistrat einen notariellen Vertrag über den Ausbau der Straße abgeschlossen, der uns vorgelegt wird. In dem Kontrakte sind die auch sonst üblichen Bestimmungen enthalten. Für die entstehenden Kosten des Straßenbaus sind 21 200 *M* als Kaution zu hinterlegen, für Übernahme der Reinigung, Unterhaltung und Beleuchtung der Straße eine Abfindung von 4200 *M* zu zahlen. Zu gleicher Zeit soll die Straße zur Ortsstraße erklärt werden. Zu besonderen Bemerkungen gibt der Kontrakt keinen Anlaß. Die Baukommission gibt Genehmigung der Vorlage anheim.

Vorsigender: Ich möchte einen privaten Wunsch äußern: Gibt es keinen hübscheren Namen als „Infanteriestraße“? Es ist selbstverständlich das Recht des Magistrats, die Straßen zu benennen, wir haben dabei nichts mitzureden. Aber der Name Infanteriestraße ist doch nicht sehr vorteilhaft gewählt.

Der Vertrag wird von der Versammlung genehmigt und die Zustimmung dazu ausgesprochen, daß die Straße zur Ortsstraße erklärt wird.

15. Eingabe des Central-Verbands der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg, Bezirk Braunschweig, wegen der Sonntagsruhe.

Stadtv. Dr. Voge: Der Centralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Braunschweig, hat unter dem 2. Mai an die Stadtverordneten folgende Eingabe gerichtet:

„Mit Schreiben vom 19. Oktober 1911 überreichten wir dem verehrlichen Stadtverordnetenkollegium eine Eingabe, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend. Diese Eingabe ist, wie uns durch öffentlichen Bericht bekannt, einer Kommission überwiesen worden. Eine Erwiderung auf unsere Eingabe erhielten wir bislang nicht. Am 11. März 1912 teilte uns der Magistrat der Stadt Braunschweig mit, daß er nach gutachtlichen Äußerungen des Gesamt-Kaufmannsgerichtes von einer Änderung des Ortsstatuts abstehe. Es erscheine zweckmäßig, zunächst die reichsgesetzliche Regelung abzuwarten.

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß dem Magistrat die Stimmung der Einwohnerschaft betreffs der Sonntagsruhe nicht bekannt ist, und verweisen auf beiliegendes Flugblatt des Käuferbundes, sowie auch auf die Resolution, die in der am 29. April d. Js. im „Sächsischen Hofe“ stattgefundenen großen Versammlung von Handelsangestellten einstimmig angenommen wurde und lautet:

„Die am 29. April 1912 im Sächsischen Hofe zu Braunschweig überaus zahlreich versammelten Handelsangestellten protestieren ganz entschieden gegen die Verschleppung der Sonntagsruhe durch den Stadtmagistrat und erwarten, daß derselbe dem Stadtverordnetenkollegium unverzüglich eine Vorlage unterbreitet, die sich mit der Eingabe vom 22. September 1911 des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands deckt.

Gleichzeitig protestiert die Versammlung gegen die völlig unzulängliche Vorlage der Regierung in Sachen der Sonntagsruhe und erwartet, daß die gesetzgebenden Körperschaften mit größter Beschleunigung die völlige Sonntagsruhe beschließen.“

Wir bitten erneut höflichst, zu dieser Angelegenheit in der nächsten Versammlung des Stadtverordnetenkollegiums Stellung nehmen zu wollen und den Wünschen der Handelsangestellten Gerechtigkeit angedeihen zu lassen.“

Es ist den geehrten Herren bekannt, daß auf Grund der Bestimmungen der Reichsgesetze die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe auf fünf Stunden eingeschränkt ist, und daß den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend ein Ortsstatut in Braunschweig besteht, wonach die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe in der Stadt Braunschweig auf drei Stunden eingeschränkt ist. Die Statutenkommission

verkennt durchaus nicht, daß es wünschenswert ist, in manchen Punkten die Regelung der Sonntagsruhe anders und den Wünschen der Antragsteller entsprechend oder zum Teil entsprechend zu gestalten. Übereinstimmend mit dem Magistrat ist die Statutenkommission aber der Ansicht, daß zurzeit auf diese Eingabe nicht eingegangen werden kann, weil die Regelung der Sonntagsruhe durch Reichsgesetz nahe bevorsteht. Es sind die nötigen Ermittlungen bereits angestellt und beim Bundesrat eingegangen, so daß es zweckmäßig erscheint, da jedenfalls innerhalb des nächsten Jahres die Regelung der Sonntagsruhe von Reich wegen erledigt wird, daß wir nicht heute unser Statut abändern und es nachher bald wieder ändern müssen. Die Statutenkommission hält es auch für unzweckmäßig und für die Stadt schädigend, jetzt für die Stadt Braunschweig allein die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einzuführen, wenn sie nicht gleichzeitig auch eingeführt wird von den größeren und kleineren Nachbarstädten und auch den Ortschaften auf dem flachen Lande, da dann zweifellos die Geschäfte, welche in hiesiger Stadt gezwungen werden, Sonntags zu schließen, eine erhebliche Einbuße an ihren Einnahmen haben werden, weil in solchem Falle diejenige Bevölkerung, die am Sonntag zu kaufen pflegt, sich nach den anderen Ortschaften und Städten wenden wird. Aus diesen Gründen schlägt Ihnen die Statutenkommission vor, die Eingabe abschlägig zu beantworten.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Meine Herren. Ich kann mich nicht ganz mit dem Beschlusse einverstanden erklären, den die Statutenkommission der Versammlung empfiehlt. Es hat meinem Erachten nach keinen großen Wert, zu warten, bis die reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe zur Beschließung kommt, denn wir haben ja jetzt schon bei der reichsgesetzlichen Regelung am Sonntag 5 Stunden Maximal-Arbeitszeit für das Handelsgewerbe, und durch Ortsstatut ist eine dreistündige Arbeitszeit festgesetzt. Wie ich höre, wird voraussichtlich — sicher läßt sich das natürlich nicht sagen — die zu erwartende reichsgesetzliche Regelung sich auf ein Maß von 3 Stunden Sonntagsarbeit festlegen, und dann würde dadurch nichts geändert werden an dem Zustande, wie er jetzt für Braunschweig besteht. Aber der Wunsch nicht nur der Angestellten, sondern auch eines großen Teiles des kaufenden Publikums ist nicht eine dreistündige Arbeitszeit am Sonntag, sondern vollständige Sonntagsruhe.

Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß sich auf Anregung des nationalen Arbeitsausschusses und der hiesigen Ortsgruppe des deutschen Käuferbundes hier ein aus 50 Personen bestehender Ausschuß gebildet hat, der die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe anstrebt. Diesem Ausschusse gehören zur Hälfte Ge-

Geschäftsinhaber bezw. Firmen an, und zur anderen Hälfte andere Personen, auch kaufendes Publikum, zum größten Teile Herren, zum großen Teile aber auch Damen. Dieser Ausschuß hat sich gebildet auf Grund der Vorarbeiten, die die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Käuferbundes angestellt hat. Es sind auf eine zwanglose Anfrage bei Geschäften verschiedener Branchen in hiesiger Stadt in kurzer Zeit 250 zustimmende Erklärungen von selbständigen Kaufleuten eingegangen, die zum Teil sehr leicht und mit begeisterten Worten die völlige Sonntagsruhe herbeiwünschen. Ich könnte Ihnen einige davon vorlesen, wenn es beliebt wird. Der neu gebildete Ausschuß hat die Absicht, unter Beifügung einer aufklärenden Broschüre einen Aufruf an alle Ladeninhaber zu schicken, dann die eingehenden Zustimmungserklärungen zu sammeln und dem Magistrate als Material zu überweisen. Er hofft dadurch zu erreichen, daß durch Ortsstatut in hiesiger Stadt die völlige Sonntagsruhe angeordnet wird. Einige Geschäfte, wie die der Bäcker, Fleischer, Milch- und Eierhändler, auch Blumenhändler und -händlerinnen, sollen vorläufig von der völligen Sonntagsruhe ausgeschlossen bleiben.

Es ist wohl heute nicht die geeignete Zeit, Ihnen die Vorteile auseinanderzusetzen, die nicht nur die Angestellten, sondern auch die selbständigen Ladeninhaber durch die völlige Sonntagsruhe haben werden, ich will Sie auch nicht mit den Antworten aufhalten, die von den hiesigen selbständigen Geschäftsinhabern eingegangen sind. Ich will nur betonen, daß die Einrichtung eines freien Sonntags zur Erhaltung und zur Kräftigung der Gesundheit und zur Förderung des leider oft im argen liegenden Familienlebens von meiner Seite durchaus für erforderlich gehalten wird, daß dem Kaufmanne das recht und billig ist, was den meisten Beamten und Arbeitern schon seit langen Jahren gewährt wurde, und daß gerade in einer Zeit, wo der Staat, die Gemeinde und Privatpersonen alles tun, um Jugendpflege zu treiben, und das Volk gesundheitlich und sittlich zu heben, es auch dem Kaufmanne wohl gestattet sein sollte, wenigstens einmal in der Woche mit Weib und Kind hinauszuwandern in die freie Natur oder still zu Haus in der Familie zu weilen und sich um die Erziehung der Kinder zu kümmern, vielleicht auch Rückblicke und Vorblicke bezüglich seines Geschäfts zu halten, endlich auch wohl, um in die Kirche zu gehen und das Wort Gottes zu hören.

Daß die vollständige Sonntagsruhe ohne wesentliche Schädigung für Verkäufer, für Käufer und auch für den Gesamtverkehr in hiesiger Stadt möglich ist, das zeigt der Umstand, daß in einer großen Anzahl Städte völlige Sonntagsruhe zum Teil seit vielen Jahren schon besteht, ohne daß sich wirkliche Schädigungen geltend gemacht haben. Ich erwähne von den Großstädten nur Dresden, wo die

völlige Sonntagsruhe seit 40 Jahren besteht, Leipzig, München, Nürnberg, Offenbach und andere mehr. Ich könnte Ihnen auch eine große Anzahl zustimmender Erklärungen nicht nur aus hiesiger Stadt von selbständigen Leuten geben, sondern auch eine Anzahl von Zustimmung und Gutachten von Handelskammern aus den Orten, wo völlige Sonntagsruhe besteht. Ich halte das heute aber nicht für erforderlich, weil ich nicht den Wunsch habe, daß heute über die Sache endgültig entschieden wird.

Wenn sich nun, wie wir gehört haben, in dem gutachtlich gehörten Kaufmannsgericht die selbständigen Geschäftsinhaber gegen eine völlige Sonntagsruhe erklärt haben, so könnte es den Anschein haben, als ob die hiesigen Inhaber von Geschäften mit der völligen Sonntagsruhe nicht einverstanden wären. Dagegen spricht aber doch, daß sich in kurzer Zeit ohne wesentliche Agitation von seiten des Deutschen Käuferbundes etwa 250 selbständige Geschäftsinhaber dafür erklärt haben. Ich kann das nur so erklären, daß in dem Kaufmannsgericht die Anzahl der selbständigen Kaufleute viel zu gering ist. Wie ich höre, sind es nur 12, und diese 12 können natürlich keinen Ausschlag geben, wenn wir in der Stadt 1800 bis 2000 Geschäftsinhaber haben. Auf die von anderer Seite geltend gemachte vermeintliche Schädigung der Geschäftsleute, die, wie wir hören, durch Abwendung der Landbewohner nach Geschäften in anderen Städten, wie Wolfenbüttel, Magdeburg, Hannover, geschehen soll, will ich heute nicht eingehen; es würde einer späteren Zeit vorbehalten bleiben, darüber zu sprechen. Ich möchte nur erwähnen, daß in nächster Zeit auch Hannover voraussichtlich die vollständige Sonntagsruhe haben wird, denn auch dort ist die Agitation im Gange.

Was ich wünsche, wäre, daß heute über diese Sache nicht endgültig beschlossen wird und wir auch nicht vertröstet werden auf die reichsgesetzliche Regelung. Wir sind vollständig in der Lage, durch Ortsstatut etwas zu bestimmen, und brauchen nicht auf das Reich zu warten. Davon kann keine Rede sein, daß wir das wieder umstoßen müßten, was wir demnächst beschließen. Mag auch das Reichsgesetz sagen, daß die Sonntagsarbeit auf 3 Stunden beschränkt werden soll, so wird immer die Möglichkeit bleiben, die Arbeitszeit durch Ortsstatut auf eine oder gar keine Stunde herabzusetzen. Das Material, welches von dem hiesigen Ausschuß beschafft werden soll, wird in voraussichtlich kürzester Zeit, etwa in vier Wochen, in den Händen des Magistrats sein. Ich möchte mir den Antrag erlauben:

„Die geehrte Versammlung wolle die Beschlußfassung über die Einführung der völligen Sonntagsruhe heute aussetzen und sie auf den Zeitpunkt verschieben, an dem das Material des am 14. Mai d. J. neu gebildeten Ausschusses für völlige Sonntagsruhe vorliegt.“

Wenn das ganze Material vorhanden ist, das von diesem Ausschusse und dem Käuferbunde gesammelt ist, und in dem nicht nur die Wünsche der Angestellten, die allgemein für vollständige Sonntagsruhe sind, sondern auch die Wünsche der selbständigen Geschäftsinhaber und die des laufenden Publikums enthalten sind, dann wird es jedem von Ihnen möglich sein, sich ein sicheres Urteil zu bilden. Ich beantrage also Aussetzung der Beschlußfassung über diesen Punkt.

Stadtv. **Hjmann:** Niemals mehr als in jetziger Zeit ist die Forderung der vollständigen Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe so populär gewesen wie jetzt. Nicht nur die Angestellten, nicht nur die selbständigen Kaufleute, auch ein großer Teil des laufenden Publikums beschäftigt sich ernsthaft mit dieser Frage und wünscht, das Personal wie auch die selbständigen Geschäftsleute in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

Wenn hier gesagt wurde, es sei besser, wir warteten mit einer solchen Regelung der Sonntagsruhe am Orte so lange, bis die gesetzlichen Bestimmungen herausgekommen sind, so dürfte mein verehrter Herr Vorredner recht haben, wenn er sagt, das Reichsgesetz dürfte jedenfalls nicht weiter gehen, als die Bestimmungen für uns in Braunschweig schon vorliegen. Es ist Tatsache und eigentlich wohl selbstverständlich, daß die Gesetze nicht den Verhältnissen vorweglaufen, sondern sie passen sich in der Regel den Verhältnissen an. Daß es noch eine ganze Anzahl Städte in Deutschland gibt, die die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nicht festgesetzt und vielleicht nur die gesetzlichen Bestimmungen haben, darüber sind wir wohl alle klar; aber das könnte wohl Einfluß auf die Weiterentwicklung der Sonntagsruhe nicht haben. Zweifellos wird sich das neue Gesetz den Verhältnissen anpassen und den fortgeschrittenen Städten überall Gelegenheit geben, die Sonntagsruhe weiter zu entwickeln. Daß eine Anzahl größerer Städte und ihre Umgebung inzwischen die vollständige Sonntagsruhe beschlossen haben, hat der Herr Vorredner schon erwähnt. Daraus geht hervor, daß die Befürchtung nicht zutrifft, die hiesigen Geschäfte würden, wenn man die völlige Sonntagsruhe einführt, durch die Geschäfte der Nachbargemeinden geschädigt. Dieselbe Klage haben wir auch gehört, als die dreistündige Arbeitszeit am Sonntage festgesetzt werden sollte. Auch damals, wie bei der Einführung des 8 Uhr-Abendschlusses, glaubte man, daß die Geschäftsleute in Braunschweig ihre Bude zumachen müßten, weil sie von den Nachbarorten überflügelt würden. Die Großstädte, die schon genannt sind und eine große Anzahl bilden, welche die völlige Sonntagsruhe eingeführt haben, erfreuen sich sicherlich eines ebenso guten Geschäftslebens wie Braunschweig, wenn nicht eines besseren. Die Geschäftsleute

dort haben auch nicht einsehen können und einsehen wollen, daß sie durch Einführung der völligen Sonntagsruhe geschädigt werden; das beweisen ihre Urteile und die Urteile ihrer Handelskammern.

Ich glaube, daß um deswegen die Stadtverwaltung und die Stadtverordneten sich den wiederholt ausgesprochenen Wünschen nach völliger Sonntagsruhe nicht verschließen können, die nicht einseitig von dem Personal der Geschäfte, sondern auch von den selbständigen Geschäftsleuten, wie schon der Herr Vorredner ausgeführt hat, gefordert wird. Auch das laufende Publikum tritt allgemein auf und fordert völlige Sonntagsruhe oder fordert vom laufenden Publikum, daß sie Sonntags keine Einkäufe ausführen sollen, um dadurch das Personal zu schützen. Damit ist leider, so gut auch der Wille ist, nicht viel gedient. Denn der selbständige Kaufmann steht immer vor der Befürchtung, daß er geschädigt wird, wenn er sein Geschäft schließt und sein Konkurrent sein Geschäft offen läßt. Er wird sich immer, dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse folgend, entschließen, seinen Laden offen zu halten und wird dadurch das Personal beschäftigen wollen und auch sich selbst der Sonntagsruhe nicht widmen können, wenn wir nicht zu einer allgemeinen Festsetzung der Sonntagsruhe kommen sollten. Ich bin auch der Meinung, daß die allgemeine Schädigung durch völlige Sonntagsruhe nur minimaler Natur ist. Es wird dem entgegengehalten, daß die sogenannten Sachjengänger Sonntags in die Stadt kämen und Einkäufe machten. Wenn sie zur katholischen Kirche gehen, wurde gesagt, kommen sie auch in die verschiedenen Warenhäuser und machen dort Einkäufe. Wenn das letztere der Fall wäre, so sind ja ein Teil von Ihnen gewöhnlich die, die es am wenigsten wünschen, daß in Warenhäusern gekauft werden soll. Dann würde das also den allgemeinen Handelsstand, den ein Teil von Ihnen immer schützen will, nicht treffen. Das eine werden Sie mir zugeben müssen: Was Sonntags gekauft wird, dürfte im allgemeinen nicht bedeutend sein und den genannten Geschäften und auch der Allgemeinheit der Geschäftsleute kaum etwas nützen. Die übrigen Käufer, soweit sie dem Arbeiterstande angehören, haben Gelegenheit, auch am Wochentage in Braunschweig zu kaufen. Und nun die Käufer von Helmstedt Wolfenbüttel, Königsutter! Darüber hinaus wird kaum der Zug der Einkäufenden gehen; die Leute, die hinter Peine oder Helmstedt wohnen, werden kaum hierher kommen, sondern zu ihren Einkäufen eher nach Hannover oder Magdeburg gehen. Daß diese Leute aus unserer Nachbarschaft unbedingt nur an Sonntagen hierher kämen, um ihre regelmäßigen Einkäufe zu machen, bezweifle ich. Soviel bin ich darüber orientiert: die werden ihre geringen Einkäufe in ihren Ortschaften

besorgen können. Damit dürfte also den Geschäftsinhabern ein Schaden durch die Sonntagsruhe nicht zugefügt werden.

Ferner hat der Herr Vorredner schon berührt: Wenn wir auf die Regelung durch das Reichsgesetz warten wollten, dann dürften wir eine lange Zeit noch warten müssen, bis es dazu kommt, daß es zweckmäßig oder notwendig würde, am Orte das Statut zu ändern. Ich möchte Sie doch bitten, daß wir jetzt am Orte vorgehen und nicht erst die reichsgesetzliche Regelung abwarten. Ich glaube, alle die Einwände, die gemacht sind, sind auf eine zu große Vorsicht zugeschnitten. Es wird zu sehr befürchtet, daß die selbständigen Geschäftsleute darüber großen würden. Das trifft aber heute gar nicht mehr zu. Wenn vor zehn oder mehr Jahren die völlige Sonntagsruhe eingeführt wäre, so dürfte das wohl eingetreten sein, daß ein Teil der Geschäftsleute auf die städtischen Behörden räsonniert hätte. Heute wird das nicht mehr der Fall sein, sondern mit Freuden werden sie den Beschluß begrüßen und sich mit Freuden der Erholung hingeben, die damit dem Personal sowohl wie den selbständigen Geschäftsleuten geboten ist. Ich möchte bitten, den Kommissionsantrag abzulehnen und zu beschließen, daß der Magistrat ersucht würde, eine entsprechende Vorlage zu machen, damit die völlige Sonntagsruhe eingeführt werden kann.

Vorsitzender: Ich bitte Herrn Stadtv. Alßmann, diesen Antrag schriftlich zu formulieren.

Stadtv. Munte: Ich möchte zunächst vorweg bemerken, daß ich selbstverständlich den Angestellten im Handelsgewerbe unter allen Umständen den freien Sonntag gönne, und daß ich nicht deswegen dagegen spreche, weil ich etwa mißgünstig wäre, wenn die Herren alle Sonntage frei hätten. Wer nun aber die Bewegung in bezug auf die Sonntagsruhe in den letzten 30 Jahren verfolgt hat, wie ich das habe tun können — ich bin selber Geschäftsmann und kann darüber aus Erfahrung sprechen — der muß sagen, daß schon viel erreicht ist. Ich habe selbst auch gelernt und habe das Vergnügen des freien Sonntags nicht gehabt. Diese wenigen Stunden, die noch in Frage kommen, können so furchtbar nicht drücken, daß man in Braunschweig allein vorgeht und sagt: Hier muß die völlige Sonntagsruhe eingeführt werden, wenn Magdeburg und Hannover es auch noch nicht getan haben. Wenn man diese 3 Stunden weg hat, dann wird man an die Sonnabend-Nachmittage gehen, daß man die auch noch frei bekommt. Die Bewegung wird weiter fortgesetzt werden; wie dann aber die Arbeit fertig wird, das mögen die anderen Herren wissen, ich weiß es nicht. Ich möchte Sie daher bitten, heute über den

Antrag zu beraten und so zu entscheiden, wie die Kommission vorgeschlagen hat. Ich habe Fühlung mit vielen Geschäftsinhabern, die wünschen das, was die Kommission vorgeschlagen hat, und ich selbst halte den Vorschlag auch für akzeptabel.

Stadtv. Hartung: Es ist zuzugeben, daß der Antrag der Kommission aussieht wie eine Art Ausweichen, und es ist auch richtig, wenn gesagt wird: Es hindert uns nichts, heute ein Statut zu machen. Es ist aber auch richtig, daß wir heute die Sachlage noch nicht klar übersehen. Wenn auch ohne weiteres zuzugeben ist, daß die Angestellten in ihrer überwiegenden Majorität, jedoch keineswegs ohne Ausnahme, für die vollständige Sonntagsruhe sind, so ist doch auch ganz sicher, daß die Majorität der Geschäftsinhaber, soweit wir heute übersehen können, noch dagegen ist. Wenn wir selbst uns heute die Sache überlegen, so müssen wir doch sagen: Manches ist uns selber noch dunkel. Wie denken sich die Herren das: Sollen sämtliche Ladengeschäfte geschlossen werden? Sollen Ausnahmen für die Lebensmittelgeschäfte gemacht werden u. dergl., wie von Herrn Dr. Kleinknecht angedeutet ist? Ich meine, wenn der Kommissionsantrag empfiehlt, auf das Reichsgesetz zu warten, so ist das sicher richtig, da für uns die Verhältnisse heute nicht klar liegen und wir heute nicht darüber hinwegkommen können, daß die überwiegende Majorität des Kaufmannsgerichts sich gegen die völlige Sonntagsruhe ausgesprochen hat. Es scheint mir aus dem Grunde auch der Vorschlag Kleinknecht sympathisch zu sein. Wir müssen abwarten, bis wir über die Stellung der Hauptbeteiligten, um deren Kopf und Fragen es geht, klare Auskunft haben. Wir müssen wissen, wie denkt die Kaufmannschaft darüber? Es wäre mir unsympathisch, wenn wir über den Kopf der Leute hinweg, deren Interessen in Frage kommen, hier urteilen wollten. So leicht ist die Sache nicht zu nehmen. Es ist gesagt: Es kaufen nur ein paar Leute noch Sonntags ein. Aber wir können nicht beurteilen, ob das so unbedeutend ist. Tatsache ist, daß von den vielen deutschen Städten bisher nur 50 die Sonntagsruhe eingeführt haben, daß das Moment, welches für vollständige Sonntagsruhe spricht, wesentlich ein ideelles ist. Es hat sicher etwas für sich, wenn man sagt: Es soll den Leuten die Möglichkeit gegeben werden, den ganzen Tag zur Verfügung zu haben. Praktisch entschieden ist die Sache aber noch nicht. Es könnten ja sowohl die Leute zur Kirche gehen, als auch die Angestellten und Geschäftsinhaber ihren Sonntag im Freien genießen. Ich glaube aber nicht, daß viel mehr Leute Sonntags hinausgehen werden als heute, denn der Sonntag-Nachmittag ist auch heute schon frei. Ich meine, es ist mehr das ideale Moment, daß ein Zwang wegfallen möchte, der heute für gewisse Stunden existiert. Auszukommen ist mit dem heutigen Zu-

stande auch, und dringlich ist die Änderung des heutigen Zustandes nicht. Einstweilen möchte ich für den Kommissionsantrag stimmen, weil ich nicht nur das neue Reichsgesetz abwarten, sondern es auch den weiteren Verhandlungen überlassen möchte, die ganzen Verhältnisse noch zu klären. Ich bin deshalb auch, obgleich ich ursprünglich anderer Ansicht war, in der Kommission zu der Ansicht gekommen, daß die Meinung des Magistrats die richtige ist. Sollte der Kommissionsantrag nicht angenommen werden, so möchte ich bitten, dem Antrage Kleinknecht stattzugeben und abzuwarten, bis uns Klarheit darüber geschaffen wird, wie der Handelsstand als solcher über die Sache denkt.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Herr Kollege Hartung hat sich ein gewisses Armutszugnis ausgestellt, indem er sagt: Eine Klarheit kann man über die Sachlage gegenwärtig noch nicht haben. Er will auch die verehrte Versammlung veranlassen, in ihrer Mehrheit zu sagen: „Wir wissen nichts davon, was in der Welt vorgeht, wie die Verhältnisse in der Stadt liegen; die Interessen der verschiedenen Kreise, für die eine derartige Regelung in Betracht kommt, können wir nicht beurteilen. Wir müssen warten, warten und noch einmal warten, bis irgend jemand im Reiche oder sonst wer vorgeht.“ Der Hinweis der Kommission, wir sollten auf die Regelung durch das Reichsgesetz warten, ist deshalb nicht stichhaltig, weil das, was da werden wird und wann es werden wird, immer noch sehr unsicher ist. Wer gerade die Entstehungsgeschichte der sozialpolitischen Gesetze beobachtet und verfolgt hat, der wird sagen müssen, daß das häufig sehr lange dauert, bis sie zustande kommen, und wenn auch jetzt das Material im Bundesrate sein soll, so weiß man nicht, was aus dem Bundesrate herauskommt und wie das nun wieder vom Reichstage verabschiedet werden wird. Es ist doch wirklich kein großes Unglück, wenn, nachdem das Reichsgesetz herausgekommen ist, das Statut wieder geändert werden mußte; die Verlegenheit haben wir ja nicht selten, daß Veränderungen der städtischen Satzungen infolge anderer gesetzlicher Maßnahmen vorgenommen werden müssen.

Ich habe mich aber nicht zum Wort gemeldet, um den Kommissionsantrag zu bekämpfen, denn das Nötige dafür haben die Herren Stadtv. Dr. Kleinknecht und Altmann schon gesagt. Ich wollte mich wenden gegen den Antrag Kleinknecht, der gewiß recht gut gemeint ist, und der hauptsächlich in der Begründung, die ihm beigegeben ist, gewisse Sympathien bei mir erweckt hat. Aber ich glaube, es ist falsch, noch die umfassende Agitation der Kreise, die hinter Herrn Dr. Kleinknecht stehen sollen, abzuwarten. Ich habe das Vertrauen zu der Versammlung, daß sie die Stimmung der betreffenden Kreise schon selbst zur Genüge kennt im

Gegensatz zu Herrn Kollegen Hartung, der nicht klar ist über die ganze Situation. Ich meine, daß die geehrte Versammlung schon jetzt die Interessen ganz genau abwägen kann und sich auch darin einigen kann, daß eine weitere Einengung der Geschäftszeit an Sonntagen durchaus wünschenswert ist, und daß wir vom Magistrat baldigst eine Vorlage erwarten, die auf eine weitere Einschränkung der Arbeitszeit an Sonntagen abzielt. Über die notwendigen Ausnahmen und Einzelheiten braucht heute nicht geredet zu werden, da es nur auf eine grundsätzliche Rundgebung ankommt. Eine derartige Entschliebung der Versammlung würde nicht, wie Herr Dr. Kleinfnecht zu befürchten scheint, die Agitation abzuschwächen geeignet sein, sondern die Aufklärungsarbeit ganz erheblich fördern. Das werden auch die Widerstrebenden einsehen, daß sie sich damit vertraut machen müssen, daß eine andere gesetzliche oder statutarische Regelung eintreten wird. Ich bitte Sie, den recht gut gemeinten Antrag Kleinfnecht abzulehnen, sich für die heutige Regelung auszusprechen und den Antrag Hßmann anzunehmen.

Ich habe mich auch deshalb zum Worte gemeldet, um Aufklärung vom Herrn Berichterstatter zu erbitten über die weiteren Vorgänge, die der heutigen Beratung vorausgegangen sind. Es ist mir erinnerlich, daß bereits vor Weihnachten ein ähnlicher Antrag uns einmal beschäftigt hat, und daß dieser Antrag auch an eine Kommission verwiesen ist. Daß aber die Kommission Bericht erstattet hat, oder wie die Kommission ohne Bericht in sich Stellung genommen hat, oder wie sie berichtet hat, ist mir nicht erinnerlich. Ich glaube, auch vom Herrn Berichterstatter nichts Näheres darüber gehört zu haben. Es war erwähnt, daß zunächst der antragstellende Verband dahin beschieden war, es solle erst die Entscheidung des Kaufmannsgerichts abgewartet werden, und vielleicht hat die Kommission sich auch auf einen ähnlichen Standpunkt gestellt. Es sind immerhin, wenn meine Erinnerung mich nicht trügt, mehrere Monate über eine unserer Kommission überwiesene Angelegenheit ins Land gegangen, ohne daß eine Stellungnahme stattgefunden hat. Ich möchte darüber um Aufklärung bitten.

Stadtrat Wagner: Meine geehrten Herren. Als wir im Jahre 1907 hier zuerst den Vorschlag zur Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe machten und uns erlaubten vorzuschlagen, daß die regelmäßige Arbeitszeit an Sonntagen — abgesehen von den Bedürfnisgeschäften — auf 2 Stunden, nämlich von 11 bis 1 Uhr mittags beschränkt werden sollte, da erhob sich sofort, nachdem das bekannt geworden war, von vielen Seiten Widerspruch, und in größerem Maße wurden Eingaben mit allen möglichen Unterschriften eingesandt, die Protest dagegen erhoben. Das Ende vom Liede war, daß die geehrten Herren der Be-

Schränkung auf 2 Stunden nicht zustimmten und schließlich auf die dreistündige Arbeitszeit von 8 bis 9 und 11 bis 1 Uhr sich einigten. Nach diesem Vorgange haben wir allerdings wenig Hoffnung darauf, daß etwas Wesentliches an den jetzt bestehenden Zuständen geändert werden könnte. Wir sind der Meinung, daß die Bestrebungen nach Änderung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe bessere Aussichten auf Erfolg haben, wenn wir uns zunächst abwartend verhalten. Es müßte erst die reichsgesetzliche Regelung abgewartet und eine Verständigung mit den umliegenden Städten herbeigeführt werden. Es ist sowohl im Kaufmannsgerichte wie auch in andern Kreisen der hiesigen Bevölkerung stark betont, daß man grundsätzlich einer reichsgesetzlichen vollständigen Sonntagsruhe sympathisch gegenüberstehe, wenn aber das Reichsgesetz eine dreistündige Normalarbeitszeit festsetze und eine einzige Stadt die Sache verschieden von ihrer Umgebung regelse, also Braunschweig zu sehr den Nachbarstädten vorangehe, so könne die kaufmännische Einwohnerschaft darunter Schaden erleiden, besonders diejenigen kleineren kaufmännischen Geschäfte, die darauf angewiesen sind, die landwirtschaftlichen Kunden im Sommer bei sich zu sehen. Es scheint uns also zweckmäßig, die Regelung in der Stadt so lange zu verschieben, bis man übersehen kann, was das Reichsgesetz bringen wird. Es ist zwar zurzeit noch nicht vorzusehen, was die Reichstagsverhandlungen bringen werden, aber die Sache ist so weit gediehen, daß die Reichsregierung eine Vorlage an den Reichstag ausgearbeitet hat. So ist wohl mit Sicherheit zu erwarten, daß beim nächsten Zusammentreten des Reichstages die Sache verhandelt werden wird. Bei einer solchen Lage der Dinge scheint es durchaus nicht zweckmäßig zu sein, jetzt hier an eine statutarische Neuregelung heranzugehen, da dann, wenn das neue Reichsgesetz in Kraft tritt, wir nach kurzer Zeit genötigt sein würden, unsere Bestimmungen über den Haufen zu werfen. Ich kann nicht anerkennen, daß die kurze Zwischenzeit für die Handlungsgehilfen einen solchen Notstand bringen wird, daß man unbedingt jetzt zur Sache Stellung nehmen müßte. Die paar Monate können die Herren ruhig noch warten. Es ist dann mit voller Klarheit zu übersehen: Was ist für Braunschweig zweckmäßig einmal mit Rücksicht auf die reichsgesetzliche Regelung und zweitens mit Rücksicht auf die Stellungnahme der umliegenden Städte, die als Konkurrenz für Braunschweig in Betracht kommen können. Aus allen diesen Gründen bitten wir, doch einstweilen von einer Stellungnahme abzusehen und die reichsgesetzliche Regelung abzuwarten.

Was die Vorgeschichte der heutigen Verhandlungen anlangt, so darf ich vielleicht kurz darauf eingehen. Es war im vorigen Herbst, als der Centralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands seine frühere Eingabe

machte, und zwar an den Magistrat. Der Magistrat hielt es für richtig, das paritätisch aus Geschäftsinhabern und Handelsangestellten zusammengesetzte Gesamt-Kaufmannsgericht gutachtlich zu hören, da diese Behörde nach gesetzlicher Vorschrift berufen ist, in derartigen Fragen Gutachten den zuständigen Behörden zu erstatten. Nun tritt im allgemeinen das Kaufmannsgericht nur einmal im Jahre zusammen, und wir hielten diese Sache nicht für so dringlich, daß wegen dieses Antrages eine solche Sitzung, die 72 *M* an Diäten verursacht, einberufen werden müßte. Wir haben das den Antragstellern mitgeteilt. Diese haben darauf Beschwerde verfolgt, von Verschleppung seitens des Magistrats geredet und sich nun an die Stadtverordnetenversammlung gewandt. Wenn ich mich recht erinnere, hat damals die Statutenkommission die Auffassung geteilt, daß es richtig wäre, die Stellung des Kaufmannsgerichts abzuwarten, und meiner Erinnerung nach hat auch das Plenum dem zugestimmt, so daß für die Gesamtheit der Stadtverordnetenversammlung die Angelegenheit damit vorläufig erledigt war.

Wir bitten also, wie schon erwähnt, vorläufig die Sache auf sich beruhen zu lassen und die reichsgesetzliche Regelung abzuwarten.

Stadtv. Stegmann: Wenn den Gemeinden durch Reichsgesetz eingeräumt ist, beschränkende Bestimmungen für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu erlassen, dann kann ich trotz aller Reden nicht einsehen, warum die Stadt Braunschweig diesen Weg nicht gehen soll. Herr Stadtrat Wagner meint: Warum soll Braunschweig auf die Gefahr hin, daß es durch Nachbargemeinden geschädigt wird, allein vorgehen? Aber, wie schon mitgeteilt ist, hat schon eine ganze Anzahl größerer Gemeinden die Sonntagsruhe eingeführt. Ich bin der Ansicht, es kommt hauptsächlich darauf an, ob die Hauptbeteiligten dafür sind, und die sind, wie ich meine, wohl dafür. Es ist nicht so, wie der Herr Stadtv. Hartung sagte: „Die Handlungsgehilfen sind selbst nicht alle dafür.“ Das bestreite ich ganz entschieden. Ohne Ausnahme sind alle dafür. Über die Geschäftsinhaber haben Sie gehört, daß der große Teil ebenfalls dafür ist. Was die kleineren Geschäftsleute betrifft, die heute noch nicht wollen, so wird es immer der Fall sein, daß eine Anzahl Leute, die konservativ sind, das Alte, Bestehende erhalten wollen und von jeder Neuerung Nachteile befürchten. Das haben wir gesehen, als der 8 Uhr-Ladenschluß eingeführt werden sollte. Auch damals hat sich ein großer Teil der Geschäftsleute dagegen gesträubt. Auch gegen die Sonntagsruhe, als diese seinerzeit verkürzt werden sollte, wurde von einem Teil der Geschäftsinhaber Sturm gelaufen. Geht es aber gut, so wird man sich darin finden. Manchem aus dem Publikum wird die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wohl

unangenehm sein, aber auch das wird vorübergehen, und die Braunschweiger Bevölkerung wird sich bald daran gewöhnen, in der Woche einkaufen zu müssen.

Nur einiges möchte ich noch anführen, worauf besonders hingewiesen ist. Was die hier ansässigen Einwohner betrifft, so scheiden die für die Einkäufe während der Sonntagsruhe aus. Auch für die Landarbeiter gibt es genug Gelegenheit, an den Wochentagen einzukaufen. Ich verweise zunächst darauf, daß in der Hauptverkaufszeit vor Weihnachten jeder an vier Sonntagen kaufen kann. Dann gibt es verschiedene andere Tage, die Gelegenheit dazu bieten. Ich erinnere an die Messmontage, an den Maschmontag, wo eine Menge Landarbeiter in Braunschweig sind und Gelegenheit zum Kaufen haben. Außerdem werden sie zu verschiedenen anderen Gelegenheiten hier sein, zu Gerichtstagen u. dgl., so daß ich nicht glaube, daß die hiesigen Geschäftsinhaber Nachteile haben werden. Auch die Frauen der Arbeiter können zum großen Teil in der Woche hier kaufen. Ich glaube also nicht, daß mit der Sonntagsruhe viel Gelegenheit zum Einkaufen genommen wird. Es werden nur die Sachseingänger sein, deren Einkäufe ausfallen, und wie schon Herr Ahmann sagte, wird auf die wenig Wert zu legen sein. Alles zusammen betrachtet, muß man sagen: Nachteile werden den Geschäftsinhabern wenig oder gar nicht entstehen, und die Käufer werden sich an den Zustand bald gewöhnen.

Ich glaube nicht, daß es mit dem Reichsgesetz so schnell gehen wird, wie Herr Stadtrat Wagner sagt. Wenn Sie diesem Kommissionsantrage zustimmen, so wird das einem „Auf die lange Bank schieben“ der ganzen Angelegenheit gleichkommen. Deshalb bitte ich Sie: Kommen Sie heute schon den Wünschen der Handlungsgehilfen nach und stimmen Sie dafür, daß deren Wünschen entsprochen wird.

Herrn Hartung möchte ich noch erwidern, daß es in der Eingabe heißt, der Verkauf von Fleisch, Backwerk, Milch und Eiern möge von 7 bis 9 Uhr stattfinden; also diese wichtigen Sachen könnte man auch Sonntags kaufen.

Wenn einer der Herren sagte, es sei schon im Laufe der Zeit viel erreicht in bezug auf Sonntagsruhe, es seien doch nur 3 Stunden an Arbeitszeit festgesetzt, so meine ich: Diese 3 Stunden verteilen sich auf einen großen Teil des Sonntags, morgens eine Stunde und dann mittags von 11 bis 1 zwei Stunden. Ehe zu Mittag gegessen ist, ist ein großer Teil des Tages dahin, und der Sonntag ist für die Leute zerrissen. Sie können damit nicht das anfangen, was sie anfangen wollten.

Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, meinem Vorredner, Herrn Ahmann, zuzustimmen und der Eingabe, aber nicht dem Kommissionsantrage stattzugeben.

Stadtv. **Sander:** Solange die Sonntagsruhe nicht reichsgesetzlich festgestellt ist, so lange halte ich ihre Einführung für einen Teil unserer selbständigen Kaufleute für äußerst schädigend. Es ist hier von Herrn Stadtv. Altmann angeführt, die Sonntagsverkäufe wären nicht bedeutend, sie geschähen nur durch die Sachsenländer, und die kauften nicht viel ein; das wäre kein Grund, der Sache entgegenzusetzen. Ich bin gegenteiliger Meinung. Als seinerzeit die Sonntagsruhe verlängert und die Arbeitszeit auf drei Stunden verkürzt wurde, war auch der Antrag auf völlige Sonntagsruhe gestellt. Da habe ich mich in meiner Umgebung einmal umgesehen und gefragt: Wie stellen sich die Herren Kaufleute zu dieser Maßnahme? Von verschiedenen Herren ist mir geantwortet: „Wir sind nicht in der Lage, Sonntags schließen zu können, denn dadurch würde sozusagen die Existenz unseres ganzen Geschäfts in Frage gestellt.“ Händler mit Schürzen und Wollwaren, die hauptsächlich von dieser Kleinkundschaft leben, die sich aus den Arbeitern vom Lande rekrutiert, haben mir gesagt: „Ich mache häufig am Sonntag mehr Kasse, als in der ganzen Woche.“ Das sind wohl Gründe, die einen bewegen müssen, nicht gleich mit vollen Segeln in dieses Gebiet hineinzugehen. Es ist ja richtig, wenn Herr Kollege Kleinknecht die Vorteile für die Beteiligten so schön darstellt, daß man dazu sagen muß: Das wäre gut. Es sind auch die meisten, ich möchte sagen, alle Geschäftsinhaber dafür, aber nur, wenn reichsgesetzlich die völlige Sonntagsruhe festgesetzt wird. Die selbständigen Kaufleute wollen auch nicht gern Sonntags arbeiten, aber sie müssen arbeiten, der Erhaltungstrieb zwingt sie zur Sonntagsarbeit. Solange die Sonntagsruhe nicht gesetzlich festgelegt ist, halte ich es nicht für richtig, wenn unsere Stadt allein vorgeht. Daß die Wünsche der Handlungsgehilfen dahin gehen, ist anzuerkennen. Wir sind aber nicht dazu da, nur auf diese Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf die übrigen Steuerzahler. Unser ganzes wirtschaftliches Leben würde dadurch geschädigt, wenn eine Abwanderung von Käufern nach anderen Städten und Ortschaften vor sich ginge; keinesfalls ist das wegzuleugnen. Wenn wir mit der völligen Sonntagsruhe vorgehen, so würden in jetziger Zeit z. B. die Spargelarbeiter, die nur sonntags frei haben können, gezwungen sein, nach den kleinen Orten zu gehen und einzukaufen. Deren Betrieb verlangt es, daß sie zur Stelle sind; sie sind darauf angewiesen, am Sonntage ihre Einkäufe zu machen. Ich wohne nicht weit vom Tore und sehe am Sonntag diese Herden — oder vielmehr diese Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen . . . ich will damit nur die Anzahl der Leute bezeichnen, ein solches Versehen kann jedem einmal passieren! Also ich sehe diese Menge mit Paketen aus der Stadt zurückkommen. Da kann man nicht sagen:

Das sind kleine Einkäufe. Aus diesen Gründen muß ich empfehlen, den Kommissionsantrag anzunehmen.

Stadtv. Leue: Ich stehe der Einführung der Sonntagsruhe sehr sympathisch gegenüber und bin auch nicht der Ansicht, daß man warten sollte, bis das Reichsgesetz kommt. Aber auch auf die Gefahr hin, daß Herr Kollege Jasper mir vorwirft, ich stelle mir selbst ein Armutszeugnis aus, möchte ich doch meine Ansicht dahin äußern, daß für mich die Sache noch nicht ganz klar liegt. Es mag außer Herrn Hartung und mir noch mehr geistig Arme in dieser Versammlung geben, die vor der endgültigen Entscheidung mehr Klarheit haben wollen. Ich bin deshalb für den Antrag des Herrn Kollegen Kleinknecht. Solch große Eile hat es doch nicht, daß wir nicht noch 4 Wochen warten könnten! Es würde mir für meine Person noch recht erwünscht sein, über diese oder jene Frage, die der Ausschuß noch erörtern will, Aufschluß zu erhalten; vielleicht wird dadurch meine Sympathie für Einführung der völligen Sonntagsruhe noch bestärkt. Ich bitte, heute für den Antrag Kleinknecht zu stimmen.

Stadtv. Dr. Wolters: Wenn die Statutenkommission in Übereinstimmung mit dem Magistrat nicht für den Antrag des Centralverbandes sich entscheiden kann, resp. dem Antrage in seiner Form nicht zu entsprechen vermag, so kann ich mich solcher Stellungnahme der Statutenkommission anschließen.

Zunächst bemerke ich wegen des bemängelten, etwa erst in späterer Zeit zu erwartenden Eintritts der neuen reichsgesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe, daß diese in der Tat nicht in so weiter Ferne liegt. Wir haben die Vorlage der Reichsregierung an den Reichstag bald zu erwarten. Das geht daraus hervor, daß die einzelnen Bundesstaaten zu Gutachten aufgefördert sind und auch die Handelskammern sich schon geäußert haben. Es ist also die Materie schon ziemlich eingehend behandelt und beraten.

Sachlich möchte ich folgendes erwähnen: Es wird selbstverständlich auch künftig die neue Vorlage die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe so handhaben, daß die Gemeinden berechtigt sind, auch vollständige Sonntagsruhe zu gebieten. Dieser Fall ist denkbar. Andererseits wird auch in derselben Weise wie bisher eine Anzahl Ausnahmbestimmungen durch Gesetz zugelassen werden, wodurch die zentralen Verwaltungsbehörden befugt sind, Ausnahmbestimmungen für ihren Bezirk zu erlassen. Was sollen wir heute über alle diese Sachen schon beschließen oder, der Meinung des Herrn Dr. Kleinknecht folgend, die allgemeine Sonntagsruhe in ein paar Wochen einführen? Wollen wir der reichsgesetzlichen

Regelung, in dieser Beziehung durch Verfügung der Zentralbehörden Ausnahmestimmungen zu schaffen, vorgehen? Das halte ich für ein Unding. Wir müssen abwarten, was in dieser Beziehung das neue Gesetz bringt. Es ist unmöglich, für eine Anzahl Geschäfte die Sonntagsruhe direkt auszuschließen. Ich will nicht davon reden, daß eine Anzahl anderer Geschäfte, die normal nicht geschlossen werden können, künftig durch unser Gemeindestatut getroffen werden mögen, andererseits muß aber eine große Anzahl von Geschäften von dieser Maßregel befreit werden. Nun wird diese Materie, die jetzt im Augenblick schon geregelt ist, durch ein neues Gesetz wieder geregelt. Ich halte es für ein Unding, daß wir beschließen, auch für die bestehenden Ausnahmen die allgemeine Sonntagsruhe einzuführen. Ich möchte daher empfehlen, die kurze Spanne Zeit, die uns von der endgültigen Festsetzung des Gesetzes trennt, abzuwarten und später Stellung zu nehmen; jetzt geht es nicht.

Stadtv. Dr. **Boge**: Der Statutenkommission hat es ferngelegen, sich auf den Standpunkt zu stellen, es abzulehnen, die völlige Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe einzuführen. Lediglich die Zweckmäßigkeitsgründe, welche auch den Magistrat veranlaßt haben, eine abwartende Stellung einzunehmen, sind auch von der Mehrheit der Kommission für stichhaltig angesehen. Alles, was Herr Stadtv. Dr. Wolters eben gesagt hat, ist auch in der Kommission eingehend seitens der Mitglieder und vom Magistrat erörtert worden. Bei der Wichtigkeit der Materie, insbesondere für das laufende Publikum, ist die Sache allerdings für die Kommission noch nicht so weit geklärt, daß sie in Erwartung der nahe bevorstehenden reichsgesetzlichen Regelung für nötig erachtet hat, sofort eine neue Vorlage, betr. die Änderung des Ortsstatuts, einbringen zu lassen, das in seinem Wortlaut womöglich hinter dem Reichsgesetz, das im Herbst vielleicht schon herauskommt, hier zur Beratung kommen würde.

Ich möchte Herrn Dr. Jasper noch auf seine Anfrage, wie es mit dem in der Eingabe erwähnten Berichte der Kommission stehe, erwidern, daß der Kommission lediglich die vorhin von mir vorgelesene letzte Eingabe vorgelegen hat. Die Eingabe ist erst am Montag in meine Hände gekommen, und so war ich nicht in der Lage, bis zum Montag nachmittag, wo die Kommission tagte, weiteres Material einzusehen; ich hatte schon in der Kommission gebeten, die Sache bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Da aber auf die Erörterung der Materie doch so weit eingegangen wurde, daß die Kommission sich auf den von mir vortragenen Standpunkt stellte, glaubte ich, Material weiter nicht heranziehen zu müssen. Ich teile mit der Kommission den Standpunkt, daß, wenn wir in sach-

liche Erörterungen eintreten wollen, die nötigen weiteren Unterlagen der Magistrat uns bringen muß, und daß dann erst, nach dem tatsächlichen Vorliegen einer neuen Vorlage, wir unsere einzelnen Wünsche zum Vortrag bringen könnten.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Ich bitte um Entschuldigung, daß ich noch einmal das Wort ergreife; ich muß aber doch zu einigen Ausführungen der Herren Vordner noch etwas entgegnen.

Ich habe mich schon in meiner ersten Rede dagegen gewandt, daß ich warten wolle, bis die reichsgesetzliche Erledigung stattgefunden habe. Der Reichstag wird wieder eröffnet im November, und wann die reichsgesetzliche Regelung kommen wird, kann man noch gar nicht sagen. Jedenfalls kann von ein paar Monaten nicht die Rede sein, es wird über Jahr und Tag dauern. Wenn nun auch das Reichsgesetz die Sache neu regelt, dann haben damit unsere Bestimmungen durch Ortsstatut nichts zu tun. Wir haben uns auch jetzt nicht an das Reichsgesetz gehalten; das Reichsgesetz sagt: 5 Stunden Sonntagsarbeit — wir haben nur 3 Stunden. Es wird nicht zu erwarten sein, daß durch Reichsgesetz im ganzen Reiche völlige Sonntagsruhe eingeführt wird. Wir werden doch, wenn das Reichsgesetz sagt: „3 Stunden ist die maßgebliche Zeit“, wieder selbständig durch Ortsstatut bestimmen, was wir in Braunschweig festsetzen wollen: wollen wir bei 3 Stunden bleiben oder die völlige Sonntagsruhe einführen? Ich kann mit dem besten Willen nicht einsehen, warum wir auf die gesetzliche Regelung warten wollen, da wir das Recht haben, von den reichsgesetzlichen Bestimmungen abzugehen! Ich kann nicht annehmen, daß das Reichsgesetz den einzelnen Gemeinden das verbieten wird, was es bisher erlaubt hat.

Nochmals darauf einzugehen, wie groß die Schädigungen sind, die durch die vollständige Sonntagsruhe herbeigeführt werden, hat heute meines Erachtens keinen Wert; das würde erst bei der späteren Sitzung notwendig werden. Ich will nur erwähnen, daß von den Handelskammern aus München, Dresden, Nürnberg, Stuttgart gesagt ist: Es haben sich keine Schädigungen herausgestellt. Selbstverständlich wird der eine oder der andere einmal geschädigt werden, aber das wird sich ausgleichen. Deshalb bin ich gegen den Kommissionsbeschluß, zu warten, bis die reichsgesetzliche Regelung erfolgt ist. Ich bin aber auch gegen den Antrag des Centralverbandes, weil wir nicht allein darauf Rücksicht nehmen müssen, was die Angestellten wollen, sondern weil dreierlei hierbei in Betracht kommt: die selbständigen Kaufleute, die Handelsangestellten und das kaufende Publikum. Darum geht mein Antrag dahin: Wir möchten warten, bis die Er-

hebungen, die gemacht werden sollen, erledigt sind und jeder von Ihnen klar sehen kann: Was will das Publikum? Was wollen die selbständigen Kaufleute? Daß wir alle noch nicht wissen können, was bei den Erhebungen herauskommt, ist selbstverständlich, und man braucht nicht zu sagen: Wir stellen uns ein Armutszeugnis aus dadurch, daß wir zugeben, daß wir das vorher nicht wissen. So, wie es vor einigen Jahren gewesen ist, wird das Ergebnis nicht sein.

Herr Sander hat gesagt, die kleineren Geschäfte würden durch die vollständige Sonntagsruhe geschädigt werden. Seitdem ich mich mit der Sache beschäftige, habe ich verschiedene kleine Kaufleute gefragt, wie sie darüber denken, und alle haben mir geantwortet: „Wir sehnen die volle Sonntagsruhe herbei, denn wir sind jetzt unglücklich daran, namentlich die, die allein im Geschäft sind, ohne Gehilfen. Wir sehnen uns darnach, daß wir einmal einen freien Sonntag haben, daß wir uns einmal mit uns und unserer Familie beschäftigen können, daß wir einmal sehen können, wie das Geschäft bisher gegangen ist, und wie es weiter gehen wird, oder daß wir einmal einen Ausflug machen können.“ Wenn gesagt wird, ein einzelner allein solle doch Sonntags sein Geschäft schließen, so ist das ausgeschlossen, das kann nur geschehen, wenn eine feste Bestimmung vorliegt, daß alle zumachen müssen. Es ist doch nicht zuviel, wenn ich die Herren bitte, erst einmal zu beschließen, diese zustimmenden Erklärungen abzuwarten. Mehr will ich ja gar nicht! Sie werden dann sehen, wie das Publikum und die Kaufleute darüber denken. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Stadtrat **Wagner**: Nur noch ein paar Worte möchte ich auf das erwidern, was Herr Stadtv. Dr. Kleinknecht ausgeführt hat. Er sagte, es komme nicht darauf an, wie die reichsgesetzliche Regelung ausfalle. Ich muß genau den entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Das Reichsgesetz wird, wenn es ungefähr in der Fassung zustande kommt, wie der Entwurf nach den Breßberichten lautet, eine Maximalgrenze von voraussichtlich drei Stunden festsetzen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß in gewissen Bezirken Deutschlands, z. B. in schwach bevölkerten Gebieten mit kleinen Städten und einer sehr weit ausgedehnten Landwirtschaft, bei völliger Sonntagsruhe oder einer Einschränkung auf ganz kurze Zeit, vielleicht eine Stunde, die Verkaufszeit in diesen kleinen Städten für die Versorgung der Ummohner nicht ausreichend sein würde. Es ist aber in dem Entwurf, wie in der Presse erörtert wurde, erwähnt, daß den höheren Verwaltungsbehörden, z. B. dem Ministerium in Braunschweig, der Königlichen Regierung für die Provinz Hannover, die Befugnis gegeben wird, für ihren Bezirk die Sache gleichmäßig einzuschränken. Da ist es von größter Bedeutung: Geschieht eine

solche Einschränkung für Hannover und Braunschweig ganz allgemein auf eine oder zwei Stunden? Dann können wir überlegen: Beseitigen diese Einschränkungen auch für die nahe gelegenen braunschweigischen und hannoverschen Städte die Bedenken unserer Geschäftswelt? Können wir die völlige Sonntagsruhe einführen, oder können wir den Verkauf vielleicht einschränken auf eine Stunde? Alles das läßt sich erst übersehen, wenn die reichsgesetzlichen Bestimmungen da sind und wenn man weiß, wie werden für ein größeres umliegendes Gebiet sich die Verhältnisse gestalten.

Stadtv. Hesse: Ich bin auch, wie der Herr Kollege Sander, Geschäftsmann, nur habe ich unter der mangelnden vollständigen Sonntagsruhe zu leiden, weil ich meine Sonntage nicht frei habe. Wenn ich ein fleißiger Kirchengänger wäre, würde mir die Gelegenheit, nach der Kirche zu gehen, entzogen sein, und in dieser Weise wird mancher der Handlungsgehilfen getroffen werden. Herr Kollege Wolters hat gesagt, wir müßten erst das Reichsgesetz abwarten, und es wäre ein Unding, daß wir jetzt schon etwas beschließen wollten. Ich sehe die Notwendigkeit des Wartens nicht ein. Herr Dr. Kleinknecht hat schon gesagt, daß von ein paar Monaten, bis die reichsgesetzliche Regelung erfolge, nicht die Rede sein könne. Bekanntlich ist der Reichstag bis Ende November vertagt, und ob man dann schon in die Beratung einer derartigen Vorlage eintreten wird, ist zweifelhaft. Das kann noch lange dauern.

Herr Sander hat angeführt, daß er Fühlung mit vielen Geschäftsleuten genommen habe. Das habe ich auch getan, aber derartige Redewendungen, wie Herr Sander angeführt hat: „wenn die volle Sonntagsruhe eingeführt wird, könnten sie ihr Geschäft zumachen,“ habe ich nicht gehört. Ich glaube, nicht in einem einzigen Falle würde das eintreten. Im Gegenteil, mir ist gesagt, die Ansicht der Beteiligten ginge dahin, daß sie auch dafür sein würden, wenn die Sonntagsruhe allgemein eingeführt würde. Damit ist aber nicht die reichsgesetzliche Regelung gemeint, sondern eine Regelung in unserer Gemeinde. Das würde vollkommen genügen. Ich bin der Meinung, daß wir in der Weise vorgehen, daß wir dem Antrage Hs. Mann Rechnung tragen und heute schon für die völlige Sonntagsruhe eintreten. Darum möchte ich gebeten haben.

Stadtv. Böhnemann: Auch ich möchte mich, wenn auch auf die Gefahr hin, eine abfällige Kritik durch Herrn Dr. Jasper zu erfahren, auf die Seite des Herrn Stadtv. Hartung stellen. Auch ich sehe in der Sache absolut nicht klar. Klar liegen mir die Wünsche der Angestellten, nicht dagegen die Wünsche der selbstständigen

gen Geschäftsleute. Herr Stadtv. Stegmann, wenn ich nicht irre, war der Meinung, daß die Wünsche der Angestellten als der Hauptbeteiligten ausschlaggebend sein müßten. Ich bin anderer Meinung. Als die Hauptbeteiligten sehe ich die selbständigen Geschäftsleute an, denn sie allein sind den etwaigen Schädigungen, die durch derartige Änderungen herbeigeführt werden können, unterworfen. Herr Stadtv. Kleinfnecht hat uns einiges Zahlenmaterial gegeben, aus welchem die Wünsche selbständiger Geschäftsleute ersichtlich sind. Meines Erachtens reicht das Material bei weitem nicht aus, um eine selbständige Ansicht begründen zu können. Ich möchte vorschlagen, die gesetzliche Regelung der Angelegenheit abzuwarten und für den Fall, daß durch das Gesetz eine völlige Sonntagsruhe nicht vorgesehen ist, die Stellungnahme der selbständigen Geschäftsleute zu der Sache abzuwarten. Ich bin ganz gewiß im Interesse der Angestellten für eine völlige Sonntagsruhe, aber ich könnte mich nur unter der Bedingung dafür erwärmen, daß die völlige Sonntagsruhe die Folge des Wunsches der Mehrzahl, und zwar der weitaus größten Mehrzahl der selbständigen Geschäftsinhaber wäre.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn nicht ein Wort von dem Herrn Stadtv. Dr. Kleinfnecht gefallen wäre. Er sagte, es habe keinen Wert, uns über die Schädigungen zu unterhalten, die durch die Sonntagsruhe herbeigeführt werden könnten. Gerade die Schädigungen, die den Geschäftsbetrieben erwachsen können, haben für mich bei der Beratung den größten Wert. Ich habe die Worte so aufgefaßt: Es hat keinen Wert, uns heute darüber zu unterhalten. Ich möchte dieses Moment als ein ganz bedeutendes in die Waagschale werfen. Ich kann nicht anerkennen, die Geschäftsleute hätten keinen Nachteil von der völligen Sonntagsruhe. Herr Dr. Kleinfnecht sagte: Wir wollen abwarten, welche Ansicht das kaufende Publikum von der Sonntagsruhe hat. Dehnen sich denn diese Nachforschungen, die der neue Ausschuß anstellen will, auch auf das kaufende Publikum vom Lande aus? Ist diese Kommission von 50 Mitgliedern in der Lage, die ländliche Kundschaft zu befragen, ob sie einverstanden ist, daß sie Sonntags nicht mehr in Braunschweig kaufen kann? Ich glaube, da versagt die Kommission. Gehen Sie doch einmal auf unsern Hauptbahnhof, Westbahnhof, Nordbahnhof, und sehen Sie da an, wieviel Leute Sonntag nachmittag in den Bügen mit Paketen abfahren. Diese Leute sind nicht allein Sachsengänger, das sind auch Landleute, kleine Leute vom Lande. Was die aus der Stadt Sonntags herauschleppen, und was die Sonntags kaufen, das ist hauptsächlich bestimmend für mich. Ich sage mir: Solange diese Landkundschaft

hier noch Sonntags kaufen kann, wollen wir sie nicht herausjagen und unseren Nachbarstädten zuschicken. Unsere sämtlichen Nachbarstädte sind in dieser Sache noch nicht so weit vorgegangen wie wir, sie hinken hinter Braunschweig nach, und nun wollen wir bestimmen: Die Handlungsgehilfen sollen Sonntags ruhen, und unsere Landbevölkerung weisen wir ruhig ab. Ich möchte bitten, daß die Kommission zu erfahren sucht, wie hoch sich die Umsätze der Landkundschaft am Sonntag belaufen; dann wird es ein anderes Bild geben. Aus diesen Gründen kann ich nur bitten, den Kommissionsantrag anzunehmen; wir befinden uns damit auf dem rechten Wege. Auf die weitere Materie und was das Reichsgesetz betrifft, will ich nicht weiter eingehen. Für mich bestimmend ist: Ich sehe eine große Schädigung unserer Geschäftsinhaber, wenn Braunschweig allein vorgeht.

Stadtrat Wagner: Die Kommission hat nicht die Ablehnung des ganzen Antrages empfohlen, sondern nur die Vertagung der Angelegenheit bis nach erfolgter reichsgesetzlicher Regelung. Es ist das also nur eine Vertagung auf einen anderen Zeitpunkt als auf den, den Herr Dr. Kleinknecht wünscht.

Stadtv. Dr. Boge: Das ist richtig. Die Kommission wünscht nur die Angelegenheit zurzeit nicht zu ordnen, sondern bis zur reichsgesetzlichen Regelung damit zu warten.

Stadtv. Dr. Jasper: Darf ich mir die Anfrage erlauben, ob der Kommissionsantrag so gemeint ist, daß die Angelegenheit im Schoße der Kommission ruhen bleibt?

Stadtv. Dr. Boge: Meine Meinung geht dahin: Die Sache bleibt bei der Kommission ruhen, denn tatsächlich sind wir dort in die Beratung der Materie nicht eingetreten. Wenn wir in eine Beratung der Materie eingetreten wären, so hätte u. a. entschieden werden müssen: Wir wünschen in den und den Geschäften völlige Sonntagsruhe, während in gewissen anderen Geschäften die volle Sonntagsruhe nicht eingeführt werden kann. Wenn die Sache bei der Kommission liegen bleibt, so wird es praktisch so kommen, daß der Magistrat nach der reichsgesetzlichen Regelung eine Vorlage ausarbeitet und diese von der Kommission beraten wird.

Vorsitzender: Die Kommission beantragt demnach Aussetzung der sachlichen Beratung und Beschlußfassung bis nach reichsgesetzlicher Regelung der Frage.

Der Antrag Kleinknecht geht auf Aussetzung der heutigen Beschlußfassung bis zu der Zeit, wo die durch den neugebildeten Ausschuß gesammelten Unter-

lagen für die vollständige Sonntagsruhe dem Magistrat zu Händen gekommen sind. — Es ist allerdings schwierig, daß ein außer unserer Korporation stehender Ausschuß sagen soll: Jetzt ist es Zeit für die Beratung.

Der Antrag Ahmann lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, schon jetzt eine Vorlage auszuarbeiten, um die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einzuführen.

In der Abstimmung bleibt der Antrag Ahmann in der Minorität, ebenso der Antrag Kleinfnecht. Der Kommissionsantrag wird mit 17 von 29 Stimmen angenommen.

16. Verbreiterung des Fußsteigs vor dem „Stern“.

Stadtv. Busch: Meine Herren: Sie werden sich erinnern, daß auf Antrag des Herrn Loeschigt die Versammlung den Magistrat gebeten hat, eine Verbreiterung des Bürgersteigs vor dem „Café Stern“ und „Café Central“ in Erwägung zu ziehen. Der Magistrat ist dieser Anregung gefolgt und hat ein Projekt durch die städtische Bauverwaltung ausarbeiten lassen. Das Nähere ersehen Sie aus dem ausgehängten Plane. Die bisherige Straßenbreite beträgt 2,80 m, sie wird nach dem Projekte auf 4,75 m erweitert. Die Kosten dieser ganzen Anlage würden sich unter Berücksichtigung des Ertrages für das frei werdende Material auf etwa 1700 M belaufen. Der Stadtmagistrat richtet an uns das Ersuchen, die 1700 M zur Verbreiterung des Fußsteiges aus der Luise-Ottmer-Stiftung zu verwilligen. Wir haben uns gestern in der Baukommission mit der Angelegenheit befaßt und empfehlen, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Die 1700 M zur Verbreiterung des fraglichen Fußweges werden verwilligt.

17. Instandsetzung einer Teilstrecke der Fahrbahn in der Kastanienallee.

Stadtv. Busch: Die Kosten für Instandsetzung der Fahrbahn in der Kastanienallee sind durch den Etat schon ausgeworfen. Es war eine Befestigung mit Teermafadam vorgesehen. Seitens der Anlieger der Kastanienallee zwischen Altemiekering und Helmstedterstraße ist jetzt der Wunsch geäußert, von dieser Art der Befestigung auf der vor ihren Grundstücken liegenden Strecke Abstand zu nehmen und Kleinpflaster dafür herzurichten. Es ist das empfohlen, weil hier eine ziemlich bedeutende Steigung zu überwinden ist und sich für solche Strecken das Kleinpflaster besser bewährt hat. Zu erwähnen ist noch der Umstand, daß

diese Befestigungsart einen geringeren Kostenaufwand macht als Teermafadam, es werden deshalb etwa 2000 *M* an Kosten gespart.

Wir haben in der Baukommission uns auch über diese Angelegenheit ausgesprochen und sind zu der Überzeugung gekommen, auch in diesem Falle den Vorschlag des Magistrats zu dem unsrigen zu machen. Der Antrag des Magistrats geht dahin, die geehrte Versammlung zu ersuchen, von der Befestigung der fraglichen Strecke der Kastanienallee mit Teermafadam Abstand zu nehmen und hier Kleinpflaster zu verwenden. Eine Geldbverwilligung braucht, wie schon gesagt, nicht stattzufinden.

Stadtv. **Hmann:** Ich begrüße den Abänderungsantrag mit Freuden. Das Kleinpflaster ist jedenfalls eine bessere Befestigung für die Kastanienallee als diejenige, die früher vorgesehen war. — Bei der Gelegenheit möchte ich eine Frage wieder anregen, die hier schon öfter angeschnitten ist. Es handelt sich um die Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Landstraße, dieses Unglückskind. Die Straße wird immer als Privatstraße betrachtet. Ich gebe zu, daß von diesem Gesichtspunkt aus, wie uns vom Magistrate erklärt wurde, die Stadt kein besonderes Recht an der Straße und kein Interesse für ihren Ausbau hat. Aber so, wie die Dinge liegen, wo Häuser an der Straße gebaut sind, müßte man wohl oder übel zu dem Entschlusse kommen, daß der Weg als Ortsstraße übernommen wird, um diese Straße ausbauen zu können. Ich bitte, dieser Frage doch einmal näher zu treten und zu prüfen, ob nicht dieser Schmutzwinkel, wie man ihn geradezu nennen kann, endlich verschwinden könnte. Tatsächlich befinden sich da Sümpfe, die der Stadt nicht zur Zierde gereichen.

Stadtv. Dr. **Henting:** Ich bitte die Herren, sich einmal das Kleinpflaster anzusehen, welches auf der Leonhardstraße hergestellt ist: Recht häufig sind dort Reparaturen nötig. Ob dort wohl die nötige Packung vorhanden war? Es ist jedenfalls zu empfehlen, gleich von vornherein eine ordentliche, solide Befestigung unter dem Kleinpflaster vorzunehmen.

Die Versammlung stimmt der Abänderung in der Ausführung der Befestigung dieser Teilstrecke zu.

18. Ausbau der Straßen 32 und 38.

Stadtv. **Meyerhoff:** Zu dem Ausbau der Straße 38 gehört auch ein Kaufvertrag, den der Magistrat mit dem Anlieger Uhde abgeschlossen hat. Durch

eine frühere Beschlußfassung ist die Straße 38 von 16 m auf 14 m verschmälert. Der Stadt bleibt ein Streifen von 2 m Breite liegen, der im ganzen eine Größe von 66 qm hat. Diesen Streifen übernimmt der Bauunternehmer Uhde, während er von seinem Terrain 5 m an die Stadt abtritt. Der Preis für diese Flächen ist auf 8 *M* pro Quadratmeter festgesetzt. Es wäre meiner Ansicht nach erst einmal eine Beschlußfassung über den Erwerb dieser Flächen herbeizuführen.

Die Versammlung stimmt dem Kauf und Verkauf zu.

Stadtv. **Meyerhoff**: Sodann liegen uns die beiden Projekte über den Ausbau der Straßen 32 und 38 vor. Die städtischen Behörden werden die Straße 32 ausbauen, und zwar werden die Straßenbaukosten dem Anlieger Uhde zur Last fallen, da, wie auf dem kleinen Plane, der aushängt, ersichtlich ist, an der einen Seite der Straße ein freier Platz ist und nach unserem Ortsbaustatute auf 13 m Straßenbreite die Kosten der Straße vom Anlieger getragen werden müssen. Der Ausbau der Straße stellt sich auf 18 299,90 *M*, als Anliegerbeitrag würden bei 69,50 m Frontlänge der Straße pro laufendes Meter 263,30 *M* zu bezahlen sein. Außerdem soll die Straße zur Ortsstraße erklärt werden. Ich stelle im Namen der Baukommission, die sich mit der Materie beschäftigt hat und ihr Einverständnis durch mich kundgibt, den Antrag, die Straßenbaukosten und den Anliegerbeitrag in der angegebenen Höhe festzusetzen und zuzustimmen, daß die Straße zur Ortsstraße erklärt wird.

Die Versammlung stimmt diesen drei Punkten zu.

Stadtv. **Meyerhoff**: Dicht an dieser Straße 32 und von ihr abzweigend ist die Straße Nr. 38. Diese soll auch ausgebaut werden und zum Ausbau würden 12 300 *M* erforderlich sein. Auf die Stadt entfallen hiervon 880 *M*, da die Straße breiter ist als 13 m, nämlich 14 m. Der Anliegerbeitrag pro laufendes Meter ist 326,30 *M*.

Auch diese Frage hat der Baukommission vorgelegen. Ich gebe namens der Kommission Genehmigung der beiden Posten anheim. Ferner soll auch diese Straße zur Ortsstraße erklärt werden.

Stadtv. **Sander**: Ich möchte um Aufklärung bitten, wie es möglich ist, daß ein so hoher Anliegerbeitrag herauskommt. Ich halte ihn für sehr hoch, fast für unerschwinglich, und möchte wissen, woraus er sich zusammensetzt.

Bürgermeister **Meyer**: Der Kostenanschlag liegt dem Herrn Referenten vor. Nach meiner Erinnerung ist der Grund für die hohen Kosten darin zu finden, daß das gesamte Terrain für diese Straße erworben werden muß. Dazu kommt noch, daß die Straße nur auf einer Seite bebaut werden kann, und daß deshalb die Anlieger einen erhöhten Beitrag zu zahlen haben.

Stadtv. **Meyerhoff**: Die Grunderwerbskosten stellen sich auf 6000 *M*, die Baukosten auf 6 300 *M*, die Straße ist sehr kurz (etwa 35 m) und ist nur von einer Seite beitragspflichtig. Ich habe auf den Plan hingewiesen, weil an die Straße ein dreieckiger Schmuckplatz zu liegen kommt.

Auch das Projekt und der Kostenanschlag für diese Straße wird angenommen und die Straße zur Ortsstraße erklärt.

19. Ausbau der Straße 556.

Stadtv. **Meyerhoff**: Herr Hoflieferant Richard Maring beabsichtigt, in das ihm gehörige Terrain zwischen Altemiekring und Olfermannstraße, das jetzt noch von seinem Fabrikgebäude und Schuppen besetzt ist, eine Straße hineinzulegen und einzelne villenartige Häuser dort zu erbauen. Der Vertrag und das Projekt für den Ausbau dieser Straße 556 haben der Baukommission vorgelegen und sind von ihr geprüft. Das Wichtigste daraus ist folgendes: Herr Maring hat unentgeltlich die Abtretung des Straßenterrains an die Stadt zu bewirken und von seinem am Altemiekring befindlichen Hause einen Teil abzubrechen, um die nötige Breite der Straße an ihrem Eingange zu ermöglichen. Früher war geplant, das Haus stehen zu lassen und durch eine Unterfahrt, durch ein Gewölbe, den freien Eingang zu der Straße zwischen den beiden Häusern am Ende der Straße herzustellen. Das ist jedoch nicht akzeptiert, und Herr Maring bricht nun von seinem Hause ein Drittel ab, um die Zufahrt nach dem Altemiekringe zu ermöglichen. Die Ausführung nach der Olfermannstraße hin ist so gedacht, wie sie auf dem Plane angegeben ist. Da hier aber die Ausmündung eine ziemlich schmale ist, so ist außerdem in der neuen Straße ein Wendepfatz vorgesehen. Die Straßenbaukosten sind zu 28 500 *M* veranschlagt, diese hat Herr Maring an die Stadt zu entrichten. Ferner hat Herr Maring 7000 *M* für die Reinigung, Beleuchtung usw. der Straße der Stadt als Äquivalent zu zahlen. Drittens ist zu bemerken, daß im Falle ein anderer als Herr Maring an der Straße baut, er Herrn Maring das Straßenterrain mit 10 *M* zu vergüten hat, außerdem die

Straßenbaukosten in der vollen Höhe zur Kasse des Stadtmagistrats einzuzahlen hat. Aus dieser sollen die eingezahlten Beträge Herrn Maring wieder zufließen. Wie in alle diesen Kontrakten ist auch hier bestimmt, daß die durch Legung der Gas- und Wasserrohre, sowie durch Herrichtung des Abzugskanals entstandenen Kosten Herrn Maring wieder ersetzt werden, wenn durch Anschluß eine 5prozentige Verzinsung der Anlagelkosten gesichert erscheint.

Schließlich soll die Straße auch zur Ortsstraße erklärt werden. In dem Kontrakte ist noch vorgesehen, daß auf dem Grundstücke nur zweistöckige Häuser mit ausgebautem Dache errichtet werden dürfen. Ferner hat die Baukommission in ihrer Mehrheit beschlossen, den Passus des § 16 unseres Ortsbaustatuts, in dem gesagt ist: Die offene Bauweise soll auf eine Tiefe von 15 m ausgedehnt werden, für diese Straße dahin zu erweitern, daß die offene Bauweise sich auf 20 m Tiefe erstrecken soll. Es wird das vielleicht wenig praktische Bedeutung haben, da auf einer Seite die Bauplätze nur 15 m tief sind. Es würde aber doch bei villenartigen Häusern sehr unangenehm empfunden werden, wenn später einmal geschlossene Bauweise auftreten könnte. Aus diesem Grunde bitte ich namens der Baukommission, auch diese Bestimmung zum Beschluß zu erheben.

Der vorgelegte Vertrag und das Projekt über den Ausbau der Straße wird genehmigt, die Straße zur Ortsstraße erklärt und der Festsetzung der offenen Bauweise bis auf 20 m Tiefe zugestimmt.

20. Abänderung des Verlagsvertrages über das Urkundenbuch.

Stadtb. Dr. **Jasper**: Nach dem Verlagsvertrage vom Jahre 1906 bekommt die Firma Appelhans & Co. für die Herstellung unseres Urkundenbuches für den Bogen Text 60 *M* und für den Registerbogen 75 *M*. Die Firma hat nun berichtet, daß die Sezerlöhne wiederholt gestiegen sind, und wenn sie auch die frühere Erhöhung auf ihre Kosten übernommen habe, so glaube sie doch, bei der jetzigen Erhöhung der Löhne um 10 Prozent Entgegenkommen bei der Stadt zu finden. Der Magistrat meint, daß man bei dieser nicht vorauszu sehenden Erhöhung der Kosten gegenüber dem Abschlusse von 1906 Entgegenkommen zeigen könnte, und zwar um so mehr, als dies für die Stadt nicht allzusehr zu Buche schlage. Es handelt sich nur um sechs Registerbogen und um zwei Bogen Text, so daß der ganze Gegenstand sich auf 50 *M* beläuft. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, aus Billigkeitsgründen dem Ersuchen des Magistrats beizutreten und den Magistrat zu ermächtigen, in Abweichung von dem Vertrage einen

Zuschlag von 10 Prozent für die nach dem 1. Januar d. Js. hergestellten Seiten zu bewilligen.

Dem Antrage wird von der Versammlung zugestimmt.

21. Instandsetzung der Dampfspritze I.

Stadt v. Dr. **Bolters**: Die eine unserer beiden Dampfspritzen bedarf einer Reparatur. Es müssen die Feuerbüchsen ausgewechselt werden, außerdem sind die Lager der Wasserpumpen nachzusehen und einige andere Reparaturen auszuführen. Nach vorläufigem Überschlag wird für diese Instandsetzung ein Kostenbetrag bis zu 2000 M erforderlich werden. Nun schlägt im Einvernehmen mit der Deputation für das Feuerlöschwesen der Magistrat folgendes vor: Es möchten maßgebende Kostenanschläge von zwei Firmen eingezogen werden, nämlich zunächst von der Erbauerin der Dampfspritze, Busch in Baugen, und von einer anderen Firma, den Vereinigten Feuerwehrrgeräte-Fabriken in Berlin. Um diese Anschläge zu erhalten, möchten von beiden Fabriken Vertreter nach hier entsandt und die Kosten dafür den Fabriken erstattet werden. Ferner möchte von den geehrten Herren die Feuerlöschdeputation ermächtigt werden, nach Eingang jener Kostenanschläge selbständig den Auftrag zu erteilen.

Ich habe im Namen der Finanzkommission zu beantragen, daß die geehrten Herren diesem Vorschlage zustimmen.

Der Antrag der Finanzkommission gelangt zur Annahme und der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7¼ Uhr.

Be r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 20. Juni 1912.

Tagesordnung:

1. Erpachtung eines Spielplatzes	Seite 98
2. Beihilfe an den Deutschen Verband für die Materialprüfungen der Technik	" 100
3. Abkommen mit der Strassen-Eisenbahn-Gesellschaft wegen Lieferung elektrischer Energie an städtische Werke	" 105
4. Verpachtung einer Fläche des Franzosen Feldes an den Männerturnverein	" 107
5. Rückerstattung von Kosten für Verlegung von Gas- und Wasserrohren in den projektierten Straßen 568 und 100	" 120
6. Aufstellung von Laternen auf der Straße Lämmchenteich	" 120
7. Archivalien-Austausch zwischen Staat und Stadt	" 121
8. Abschaffung der Pferdebelpannung bei der Berufsfeuerwehr	" 122
9. Änderung des Statuts über die Unterhaltung einer höheren Mädchenschule und Schaffung einer neuen Stelle bei derselben	" 130
10. Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens und Verkauf von entbehrlich gewordenem Terrain an der Amalienstraße	" 137
11. Gewährung eines Zuschusses an das Nikolausstift	" 138
12. Instandsetzung einiger Zimmer im Hause Petersilienstraße 9	" 139
13. Abkommen mit der Strassen-Eisenbahn-Gesellschaft wegen der Berechnung des Reingewinns	" 139
14. An- und Verkauf von Flächen an der Ecke der Leopold- und Friedrich-Wilhelmstr.	" 141
15. Aufnahme der Straße 616 in den Ortsbauplan und Ausbau derselben	" 141
16. Anfrage Wesemeier über Errichtung eines Viehhofs und Einrichtung von Viehmärkten	" 142

- | | |
|---|-----------|
| 17. Antrag Voetschigt auf Anpflanzung von Bäumen an verschiedenen Straßen und Plätzen | Seite 145 |
| 18. Antrag Munte, Bepflanzung der Seitenwege des Hagen- und Altwiefrings mit anderen Bäumen | „ 146 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Ketemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Franckenberg**, **Schöttler** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Adenhausen**, **Almann**, **Lange**, **Mohr**.

Vorsitzender **Hauswaldt**: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben des Ausschusses für völlige Sonntagsruhe und der Ortsgruppe Braunschweig im Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbande. Sie haben eine Reihe von Schriftstücken und Broschüren mir zugesandt, in der von der Notwendigkeit der völligen Sonntagsruhe gesprochen wird und auch Anträge an die Versammlung gestellt sind. Ich lege die Sachen für die Herren, die sich dafür interessieren, auf den Tisch des Hauses nieder.

Sodann hatte der Verkehrsverein an mich geschrieben wegen der Teilnahme der Herren an dem Panfgrafenfeste. Ich habe den Herren einen Abzug des Schreibens zugehen lassen und die Bitte an den Verkehrsverein gerichtet, die Karten den Herren direkt zugehen zu lassen. Man schreibt mir, daß der Verein dankbar sein würde, wenn die Karten hier übermittelt würden. Ich möchte die Herren bitten, die von ihnen angeforderte Anzahl Karten hier abzuholen.

Von Herrn Wesemeier ist eine Anfrage eingebracht: „In welchem Stadium der Verhandlung befindet sich die Frage der Errichtung eines Viehhoofs und die Einrichtung von Viehmärkten in Braunschweig?“ Ich werde, nachdem unsere Tagesordnung erledigt ist, dem Herrn Gelegenheit geben, seine Anfrage zu begründen.

1. Erpachtung eines Spielplatzes.

Stadtv. **Leue**: Meine Herren. Es handelt sich um die Pachtung eines Spielplatzes im Kennel. Die Angelegenheit kommt hier zur Vorlage oder wenigstens zur Kenntnissnahme, weil in einer vertraulichen Sitzung die Stadtverordneten beschlossen hatten, den Magistrat zu ersuchen, in dieser Angelegenheit direkt bei der Vermögensverwaltung bzw. beim Herzog von Cumberland vorstellig zu werden. Der Magistrat hat aus diesem Grunde es für notwendig gehalten, über das Ergebnis

der Verhandlungen uns Nachricht zu geben. Die Angelegenheit ist folgendermaßen verlaufen:

Im Herbst vorigen Jahres stand die Neuverpachtung des Rennels bevor. Der Herr Oberbürgermeister wandte sich an den Rentant Busch in Hannover, der bekanntlich die Vermögensverwaltung oder einen Teil derselben zu besorgen hat, mit der Anfrage, ob nicht der Rennel an die Stadt verpachtet werden könnte. Der Rentant Busch hat darauf eine verneinende Antwort gegeben; die Vermögensverwaltung wolle grundsätzlich eine derartige Verpachtung nicht. Der Herr Oberbürgermeister wandte sich hierauf an den Geheimrat v. d. Wenze in Gmunden mit der gleichen Anfrage. Es wurde durch mündliche Besprechung festgestellt, daß zwar die Stadt an sich der Vermögensverwaltung des Herzogs von Cumberland als Pächterin angenehm sei, daß aber doch gewisse Bedenken vorlägen. Für den Fall, daß die Familie des Herzogs nach Braunschweig übersiedle, würde es in der Bürgerschaft unliebsam empfunden werden können, wenn sie von dem Rennel Besitz nehmen würde und das Pachtverhältnis aufgehoben werden müßte. Ferner wurde gesagt, daß man dieses Gut in erster Linie für landwirtschaftliche Zwecke verwenden wolle. Es trat sodann der Herr Stadtverordnete Dr. Wolters als Pächter auf, der Zuschlag wurde ihm erteilt, und nun wandte sich der Stadtmagistrat schriftlich an die Vermögensverwaltung mit der Anfrage, ob es nicht möglich sei, einen Teil des Rennels zu Spielplätzen für die Schulkinder bei den Waldspielen und zur Errichtung eines botanischen Gartens und dergleichen Zwecken zu verwenden. Aber es wurde auch darauf erklärt, daß eine solche Hergabe für die Waldspiele und dergleichen Sachen doch nicht angebracht sei, und der Antrag abgelehnt. Auch jetzt wurde wieder betont, daß das Gut lediglich zu landwirtschaftlichen Zwecken dienen sollte. Es fand nunmehr eine Unterverpachtung seitens des Herrn Dr. Wolters an den Landwirt Bethmann statt. Die hierzu nötige Genehmigung der Vermögensverwaltung des Herzogs ist erteilt worden. Noch vor der Unterverpachtung fand die vertrauliche Sitzung statt, in der wir, wie Ihnen bekannt, beschlossen, daß es doch im Hinblick auf den guten Zweck angebracht sei, daß sich der Magistrat direkt an den Herzog von Cumberland wende. Das ist geschehen. In der Eingabe des Magistrats wurde betont, zu welchem Zwecke das Gebiet benutzt werden sollte, daß zwar keine Verpachtung mehr stattfinden könne, es aber vielleicht möglich sei, einen Platz für diese Spiele, zu einem botanischen Schulgarten usw. herzugeben. Auf diese Immediateingabe ist wieder ein ablehnender Bescheid erfolgt. In der Eingabe des Magistrats, das möchte ich besonders hervorheben, ist selbstredend gesagt, daß für Aufrechterhaltung der Ordnung stadtseitig Sorge getragen werden sollte. In der ablehnenden Antwort hieß es, daß der Unterpächter keine Neigung

hätte, einer solchen Benutzung des Rennels zuzustimmen. Das ist das, was in dieser Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung vorzutragen ist. In der Finanzkommission haben wir eine Vorbesprechung dieser Angelegenheit gehabt, in der von der Mehrheit dem Bedauern Ausdruck gegeben wurde, daß die Angelegenheit so verlaufen ist.

Vorsigender: Es nimmt keiner von den Herren zu der Sache das Wort. Es ist auch nur eine Mitteilung, die uns gemacht wird. Wir gehen zum Punkt 2 der Tagesordnung über.

2. Beihilfe an den Deutschen Verband für die Materialprüfungen der Technik.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Es hat sich der Deutsche Verband für die Materialprüfungen der Technik mit einer Bitte um Unterstützung an den Magistrat gewandt. Dieser Verband hat den Zweck, die Wetterbeständigkeit der natürlichen Bausteine zu prüfen, und er ist bemüht, Konservierungsmittel ausfindig zu machen, welche die Wetterbeständigkeit der natürlichen Bausteine zu erhöhen imstande sind. Wie der Verband in seiner Eingabe an den Magistrat sagt, sind schon von einer Anzahl von Städten und von für diese Frage interessierten Korporationen und Persönlichkeiten eine Menge Mittel zusammengebracht, indessen sind die nötigen Untersuchungen so umfangreich, daß eine weitere Aufbringung von Mitteln erforderlich ist. Der Verein schätzt die zur Durchführung dieser Arbeiten nötigen Mittel noch auf 30 000 *M.* Es wird im Magistratschreiben darauf hingewiesen, daß die Städte und auch die staatlichen Organe für die in Aussicht genommenen Versuche außerordentlich großes Interesse hätten, da durch die Ergebnisse der Untersuchung, zumal wegen der Konservierungsmöglichkeit, ein sehr wertvolles Material zu erwarten sein dürfte. Die in dem beigelegten Programm aufgeführten Untersuchungen sollen sich auf die verschiedensten natürlichen Gesteinsarten erstrecken. Es werden 90 Gesteine aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands (Brocken, Rheingegend, Nordsee und anderen Stätten) geprüft werden. Der Magistrat sagt, daß in der Tat die Ergebnisse dieser Prüfung allgemein nutzbringende Verwendung finden würden, und er beantragt, 500 *M.* als Beitrag der Stadt diesem Verbands für Materialprüfungen der Technik zu bewilligen. Auf Wunsch der Finanzkommission war noch daran gedacht, eine nähere Auskunft von dem Verbands darüber einzuholen, in welcher Höhe andere Städte beizutragen bis jetzt schon sich bereit erklärt hätten; eine sichere Auskunft hat aber der Verband hierauf nicht erteilen können. Es hat, wie auch magistratsseitig im Rückschreiben an die Finanzkommission betont ist, der Verband seiner Freude

darüber Ausdruck gegeben, wenn auch eine geringere als die erbetene Summe (tatsächlich waren 1000 *M* gewünscht) ihm gegeben würde. Die Finanzkommission hat grundsätzlich dem Magistratsantrage zugestimmt, aber über die Höhe des Zuschusses bestand eine gegenüber dem Magistrat verschiedene Meinung. Man hielt die Herabsetzung auf 500 *M* nicht für ausreichend, und die Finanzkommission wünscht in ihrer Mehrheit, nur 400 *M* zu bewilligen. Dies habe ich seitens der Finanzkommission zu beantragen.

Stadtv. Riefe: Ich habe durchaus nichts dagegen und befürworte es in den meisten Fällen, daß für Forschungen auf wissenschaftlichem oder auf jedem anderen Gebiete, das uns interessiert oder von allgemeinem Interesse ist, Mittel bewilligt werden. Aber ich meine doch, wir haben in verschiedenen Staaten Institute, z. B. in Charlottenburg, welche Beton und ähnliches Baumaterial untersuchen, und haben auch Institute, welche anderes Baumaterial untersuchen. In der jetzigen Zeit sind die Gattungen des Baumaterials sehr verschieden, und da es möglich ist, durch den besseren Verkehr von dem einen Ende des Reichs nach dem anderen die besseren oder billigeren und zweckdienlichen Baumaterialien zu beziehen, so ist erst recht der Umfang derselben größer geworden. Wir haben in der Stadt technische Beamte, die jedes Material prüfen und seit Jahrzehnten geprüft haben, und in der Prüfung der Materialien sind in neuester Zeit noch besondere Fortschritte gemacht. Daß nun aber gerade die einzelnen Kommunen am Platze wären, die Beihilfe zu leisten, das muß ich von meinem Standpunkte verneinen. Ich bin der Ansicht, daß solche Dinge von Reichs wegen oder von Staats wegen geprüft werden müßten.

Stadtrat Schöttler: Meine Herren. Es handelt sich bei diesen Versuchen um solche, die eine lange Dauer beanspruchen. Ich will gegenüber den Einwürfen des Herrn Stadtv. Riefe nur ganz kurz bemerken, daß sämtliche Materialprüfungsanstalten des Reichs an diesem Verbande beteiligt sind; alle die betreffenden Vorstände gehören diesem Verbande an, es ist gewissermaßen ein Verband aller dieser Materialprüfungsanstalten. Es sind auch in diesem Verbande eine ganze Reihe von Ausschüssen gebildet, von denen der eine diese, der andere jene Aufgabe hat. Der Ausschuß beschäftigt sich mit der Prüfung natürlicher Bausteine, und es ist naturgemäß, daß das nicht von einer Stelle aus geschehen kann, weil die natürlichen Bausteine in verschiedenen Gegenden des Reichs verschiedenen Wert haben. Diese Prüfungen sollen möglichst ausgedehnt durchgeführt werden. Nun kann man natürlich sagen: „Warum bezahlt es denn das Reich nicht?“ Das Reich bezahlt für die Materialprüfungsanstalt in Lichterfelde eine Menge Geld, der Staat unter-

hält also dieses Institut, und der Verband hat eben geglaubt, er arbeite zum großen Teil im Interesse der großen Städte mit ihren Baulichkeiten. Ich erinnere an unsere Andreaskirche. Wie wichtig die Sache ist, kann man daran erkennen, welche Bedeutung es hätte, wenn man solche große Reparaturen in Zukunft vermeiden könnte. Deshalb hat sich der Verband an die einzelnen Städte gewandt. Wenn 30 000 *M* erforderlich sind, so muß jede Stadt, wie sie sich einschätzt, sagen: Nach meiner Kraft und meiner Bedeutung will ich so viel zulegen. Ihrer Finanzkommission ist der Gedanke gekommen, es möchten auch 400 *M* genügend sein. Ich möchte doch bitten, daß im Interesse dieser Sache, die wirklich auch mit in unserm eigenen Interesse liegt, diese geringe Summe bewilligt würde.

Stadtv. Sander: Ich kann mich auch nicht mit der Vorlage befreunden. Die Sache liegt doch so, daß alle Städte und alle Gegenden darauf angewiesen sind, die natürlichen Bausteine, die in ihrer unmittelbaren Nähe vorhanden sind, zu verbrauchen. Wir haben darin hier doch schon genügend Erfahrungen gesammelt. Gerade das Beispiel, das der Herr Stadtrat Schöttler anführte, der Andreaskirchturm, ist für uns ein wichtiges. Ich glaube, eine längere Dauer solcher Steine, wie sie zum Andreasturm verwendet sind, kann die Kunst auch nicht erzielen. Wovon ist denn der Andreasturm in schlechten Zustand gekommen? Nicht durch das Verwittern der Steine, sondern durch nicht fachmännisches Arbeiten. Ich bin selbst oben gewesen und habe mir die Sache angesehen. Es sind z. B. Gefäßstücke eingesetzt, die durch Eisenanker, mit Blei vergossen, verbunden sind. Das hat nachher getrieben, und kleine Stücke haben große Blöcke losgetrieben. Die Lebensdauer dieser Steine ist meiner Meinung nach so, wie wir sie in keiner anderen Gegend besser haben können. Diese 400 *M* geben wir mehr aus für andere Gegenden, wo neue Steinbrüche aufgeschlossen und neue Materialien erst herausgeholt werden sollen, die noch nicht eine Prüfung durchgemacht haben. Die Bauwerke in unserer alten Stadt zeigen, daß wir die Haltbarkeit des Materials, welches wir verwendet haben, auf ewig doch nicht verlängern können. Ich kann mich für die Bewilligung nicht entschließen.

Stadtv. Dr. Wolters: Es ist die Bemerkung des Herrn Sander durchaus zutreffend, daß jede Gegend auf die Verwendung derjenigen Gesteine angewiesen ist, die nahe in ihrer Umgebung liegen. Aber immerhin kann man sagen, daß außer demjenigen Material, welches für uns die Hauptsache ist, dem Kalkstein und, soweit der Harz in Frage kommt, den festeren Gesteinen, eine große Anzahl von Gesteinsarten, die dieser Verband zu prüfen haben wird, auch in unserer Gegend

vorkommen. Ich darf aus dem Programm folgende Gesteinsarten vorlesen: Gabbro, Fundort: Radauberg bei Harzburg, dann sind Kalksteine untersucht, Muschelfalk, der allerdings nicht aus dem Elm gewonnen ist, aber seiner Art nach ähnlich gestaltet ist, ferner Sandstein, der vielleicht dem aus dem Solling gleich ist. Die Wichtigkeit der Untersuchung wird von der städtischen Bauverwaltung anerkannt. Es liegt eine gutachtliche Äußerung vom Herrn Geheimen Baurat Winter vor, der die Unterstützung der Arbeiten des Verbandes uns sehr warm ans Herz legt. Die geringe Summe zu bewilligen, ist auch deshalb empfehlenswert, da uns in Zukunft die Ergebnisse dieser Arbeiten dauernd Auskunft erteilen werden; wir werden uns das zunutze machen können, was der Verband mit seiner Arbeit erzielt.

Stadtv. **Sander:** Ich habe noch etwas vergessen zu erwähnen. Die Steine, die für uns nicht verwendbar sind, haben wir im Laufe der Jahre auch schon herausgefunden. Ich bin heute noch über die Brücke von der Gellerstraße nach der Neustadtmühle gegangen und habe gesehen, daß die ornamentierte Füllung in der Brücke aus Sollinger Steinen anfängt abzublattern. Richtige Scheiben und Teile lösen sich ab. Das läßt sich auch durch Kunst nicht vermeiden. Einen derartigen Stein werden Sie niemals so bekommen können, daß er sich hält, wenn er nicht von der richtigen Stelle gebrochen ist. Die Bauverwaltung wird sich hüten, derartiges Material wieder zu verwenden. Es ist ja kein großes Objekt, das von uns gefordert wird, aber es treten so viele Anforderungen an unsere Gemeinde heran, daß schließlich einmal ein Halt gemacht werden muß. Die ganze Sache ist mehr etwas, was der Privatindustrie überlassen bleiben müßte, denn sie zieht nachher den Nutzen daraus. Wenn etwas Greifbares gefunden ist, wird sie ein großes und schönes Geschäft damit machen und reich dabei werden.

Stadtv. **Rasche:** Meine Herren. Die Prüfungen sollen sich nicht allein auf das Steinmaterial beziehen, sondern wahrscheinlich auch auf die Holzarten. (Widerspruch.) Auch wenn das nicht der Fall ist, so möchte ich trotzdem die Sache befürworten.

Stadtv. **Niete:** Je länger wir uns über den Gegenstand unterhalten, desto weniger will es mir augenfällig erscheinen, daß der Zusage gegeben werden muß. Sie wissen, daß neben unserem kleinen Braunschweig, welches vom Harz bis zur Weser sich erstreckt, kein zweites Land vorhanden ist, welches eine solche Verschiedenartigkeit der Bausteine in seinen Grenzen führt als das unsrige. Wir haben Steine von den allerweichsten bis zu den allerhärtesten. Wenn wir nur den Kalkstein aus Königsutter nehmen, der leicht geschnitten werden kann, mit Ausnahme einiger

Steine, in denen Wasseradern sind, und deren Abfälle den schönsten Mauerkalk abgeben. Wir haben dort ebenfalls den Ducksteinbruch, der den harten Duckstein gibt, der für unsere Brücken zu verwenden ist, und den keine andere Gegend aufzuweisen hat. Wir haben in unserem Lande als Sandsteinblock diese Welpfer Platten von solcher Härte, wie sie selten zu finden sind. Demgegenüber haben wir auch andere Sandsteinarten in Langelsheim und Lutter am Barenberge. Dann erwähne ich den Stein, von dem unser Rathaus gebaut ist, welcher den Übergang zum Dolomit bildet. Während manche Sandsteine so weich sind, daß die Arbeiter bei ihrer Bearbeitung in einem Jahre sich Krankheiten holen, können sie bei diesen an 100 Jahre alt werden, so wenig gesundheitschädlich sind sie. Wir können uns von seiner Güte bei dem Bahnhof, bei der Braunschweigischen Bank, wo ein Granitsockel untergelegt ist, überzeugen. Das ist Material aus unserm Lande, und viele Proben sind schon damit angestellt. Es ist von ganz bedeutenden Technikern erklärt, daß neben dem Rhönsandstein, der ebenfalls viel Anwendung gefunden hat, der so aussieht wie unsere Sollinger Steine, der Hilsandstein jederzeit die Probe aushalten kann, daß er als das beste Baugestein in Deutschland bekannt ist. Andererseits haben wir gesehen, daß Sollingsteinen, von denen unsere Kanäle gebaut sind, keine lange Dauer beschieden ist. Die Streben am Theaterpromenaden-Kanal zeigen uns das, sie sind auseinandergeplatzt, und wenn ein Wagen dagegen fuhr, ging eine Ecke verloren. Wir haben uns überzeugt, daß dies Material sich nicht eignet, und sind zum Granit zurückgekehrt. Das wissen alle unsere Techniker und Baumeister. Darum sehe ich nicht ein, daß wir irgend eine Instanz nötig hätten, die uns überzeuge, daß das Material noch besser oder schlechter ist, als wir es erkannt haben. Ich bin entschieden dagegen, daß wir überhaupt Mittel dafür aufwenden.

Stadtb. Ribbentrop: Soviel ich weiß, ist die Andreaskirche aus Rogen sandstein gebaut, und dieses Material ist erschöpft. Es tun sich aber im Lande allmählich neue Steinbrüche auf, die es dringend erforderlich machen, daß eine Prüfung vorgenommen wird. Wenn wir nur bei dem Radau-Gabbro bleiben, so sind die Steine aus anderen Steinbrüchen vollständig davon verschieden. Im Eckertal z. B. stehen Granit und Gabbro-Granit in bester Qualität. Es ist dringend wünschenswert, daß eine sachgemäße Stelle Untersuchungen vornehmen kann, ob sich das Material bewährt. Dasselbe ist der Fall bei dem Sandstein, der aus der Stadt-olendorfer Gegend kommt. Wenn eine derartige Untersuchungsstelle vorhanden gewesen wäre, dann würde der Sandstein nicht genommen sein. Es liegen oftmals Steinbrüche dicht nebeneinander, aus dem einen eignet sich der Sandstein und aus dem anderen

durchaus nicht. Ich befürworte dringend, daß der Vorschlag der Finanzkommission angenommen wird.

Die Mehrheit der Versammlung spricht sich durch die Abstimmung für Bewilligung der 400 *M* aus.

3. Abkommen mit der Straßeneisenbahn-Gesellschaft wegen Lieferung elektrischer Energie an städtische Werke.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Es ist in dem ursprünglichen Bauprogramm für die Eisenbütteler Mühlen vorgesehen gewesen, daß außer den Turbinen zur Erzeugung der elektrischen Energie durch Wasserkraft als Reserve ein Motor beschafft werden sollte. Man dachte damals an einen Dieselmotor. Die Quellwasser-Deputation ist aber zu der Überzeugung gekommen, daß es wegen seiner Kostspieligkeit nicht richtig wäre, diesen Motor dafür zu nehmen, sondern daß es angebracht sei, die Ersatzkraft durch elektrische Energie von der Straßeneisenbahngesellschaft zu beschaffen. Schon im vorigen Jahre ist ein elektrischer Motor aufgestellt, der durch die Straßeneisenbahngesellschaft bedient wurde. Durch Hilfe dieses Motors ist in der Zeit, wo die Wasserkraft der Oker nicht ausreichte, in der Eisenbütteler Dynamomaschine der nötige elektrische Drehstrom erzeugt. Wie die geehrten Herren wissen, wird von Eisenbüttel her die elektrische Energie einmal nach dem Rüninger Wasserwerke geleitet, um das Rohwasser auf den Rieseler (Filter) zu heben, andererseits wird die elektrische Energie nach dem Bürgerpark geleitet, um von dort aus das gereinigte Wasser in das Leitungsnetz der Stadt hineinzudrücken. Die Quellwasser-Deputation hält es jetzt für richtig, im Bedarfsfalle dauernd elektrische Energie von der Straßeneisenbahngesellschaft zu beziehen, um einen Ersatz für mangelnde Wasserkraft zum Betriebe der Pumpen in Rüningen für gewisse Zeiten zur Verfügung zu haben. Zur Wasserförderung im alten Wasserwerke würde die dort vorhandene alte Maschine benutzt werden. Es wäre nötig, nicht nur den im vorigen Sommer gemieteten Motor zur Ergänzung des Turbinenwerkbetriebes für 1700 *M* anzukaufen, sondern auch für 7850 *M* einen Umformer zu beschaffen und im Eisenbütteler Maschinenraume aufzustellen, der den vom Lichtwerke bezogenen Gleichstrom in Drehstrom umwandelt.

Es hat sich ferner als wünschenswert herausgestellt, auch für die Verwendung elektrischer Energie für die Neustadtmühle die Bezugsverhältnisse gegenüber der Straßeneisenbahngesellschaft neu zu regeln. Diese Neuregelung ist auch unter einer von der Straßeneisenbahngesellschaft gestellten Bedingung zustande gekommen. Die Regelung geht dahin: es sollen in Zukunft für den von der Stadt bezogenen elek-

trischen Strom $6\frac{1}{2}$ Pfennig für die Kilowatt-Stunde an die Straßeneisenbahn-
gesellschaft bezahlt werden, während bisher $7\frac{1}{2}$ Pfennig berechnet wurden. Es ist
auch ein Rabattsatz angenommen worden, wonach

für die ersten	300 000	Kilowattstunden	6,5	Pfennig,	
" "	weiteren	" "	"	6	"
" "	"	" "	"	5,5	" und
" "	den überschuß		5,25	"	gezahlt werden.

Der besondere, der Stadt zugestandene Rabatt von 20 Prozent würde hierbei in
Wegfall kommen, dagegen die für die verschiedenen städtischen Betriebe gelieferten
Strommengen zusammengerechnet werden. Die Straßeneisenbahngesellschaft knüpft
aber an diese Preisermäßigung die Bedingung, daß die Stadt auf Beschaffung und
Verwendung einer anderen Reservekraft verzichtet.

Wir sind in der Finanzkommission mit der Magistratsvorlage einverstanden
gewesen. Der Antrag des Magistrats geht dahin: „ihn ermächtigen zu wollen,
auf die Beschaffung und Verwendung besonderer Reservekraftmaschinen in den
städtischen Betrieben zu verzichten, wenn und solange vom hiesigen Lichtwerke die
bedarfsmäßige Reservekraft in Form von elektrischer Energie zu den angegebenen
Preisen geliefert wird.“

Diese Abmachung entspricht nach Meinung der Finanzkommission durchaus den
Interessen der Stadt. Die Abmachung ist auch für den Fall kündbar, daß künftig
einmal diese Sätze eine Änderung erfahren sollten. Ich empfehle namens der
Finanzkommission die Annahme dieser Vorlage.

Stadtv. **Sander**: Ich möchte mir die Frage gestatten, ob es bei dem heutigen
Wasserstande auch noch nötig ist, in Eisenbüttel elektrische Kraft oder überhaupt
andere als Wasserkraft zu benutzen?

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Ich habe heute darüber keine Nachricht bekommen,
jedemfalls liegt die Sache so, daß bis Ende der vorigen Woche nicht die volle
Wasserkraft in Eisenbüttel vorhanden war. Wir haben bis Ende voriger Woche,
wenn ich nicht irre, etwa 3 cbm Zufluß in der Sekunde gehabt, also einen verhältnis-
mäßig geringen. Daß damit die drei Turbinen nicht zu treiben sind, weiß Herr
Sander auch; wenn ich mich recht erinnere, gehört zum Betriebe der drei Turbinen
ein Zufluß von 9 cbm. Wir haben übrigens in letzter Zeit im Bedarfsfalle nicht
den Motor im Betriebe gehabt, sondern haben die Dampfmaschine im alten
Wasserverke mit zu Hilfe genommen. Es ließ sich das in der Weise machen, daß

wir nur eine Turbine arbeiten ließen, die den Strom für Rünigen lieferte. Dort braucht das Wasser nur 7 m gehoben zu werden. Gleichzeitig liefen die Dampfmaschinen im alten Wasserwerke im Bürgerpark und trieben von dort aus das Wasser in die Rohre hinein, so daß also der Kraftbedarf geteilt wurde. Damit haben wir den Betrieb so halten können, daß eine wesentliche Erschwerung und eine große Kostenbelastung nicht eingetreten ist.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

4. Verpachtung einer Fläche des Franzischen Feldes an den Männturnverein.

Stadtv. **Löhnesinke:** Meine Herren. Vor etwa Jahresfrist hat die Stadtverordnetenversammlung die Genehmigung erteilt, daß an den Männturnverein eine Teilfläche des Franzischen Feldes, wie sie für die Einrichtung eines Turn- und Spielplatzes, sowie für Errichtung eines Gebäudes genügen würde, überlassen werden möge. In derselben Angelegenheit handelt es sich für uns heute um die Beratung zweier Fragen, nämlich erstens: Wie groß soll der Platz sein? und zweitens: Unter welchen Bedingungen soll er dem Vereine mietweise übergeben werden?

Was den ersten Punkt, die Größe des Platzes anlangt, so hat der Magistrat in seinem Anschreiben es als zweckmäßig bezeichnet, eine Teilfläche von 8 Morgen zur Verfügung zu stellen. Das Bedürfnis nach einem Platz in dieser Größe ist wohl durch den Männturnverein einwandfrei nachgewiesen worden. Es sollen davon $1\frac{1}{2}$ Morgen für rein turnerische Zwecke dienen, während $6\frac{1}{2}$ Morgen für Bewegungsspiele aller Art verwendet werden sollen. Auf den $1\frac{1}{2}$ Morgen für turnerische Zwecke soll eine Turnhalle erbaut werden, ferner ein Umkleide- und Waschraum, eine Wohnung für den Hausmann, Abortanlagen usw. Der verbleibende Rest dient zur Aufstellung der verschiedenartigen Turngeräte und zur Anlage einer etwa 20 m langen Sprunggrube mit Anlaufbahn. Die sonst erbetene Fläche von $6\frac{1}{2}$ Morgen soll, wie schon bemerkt, für allerlei Bewegungsspiele dienen. Diese Bewegungsspiele sind sehr vielseitig und werden außerordentlich gern betrieben, wie man sich durch den Augenschein überzeugen kann. Ich halte in Ansehung der außerordentlich großen Zahl von Personen, welche im Männturnverein sich zu verschiedenen Zeiten aktiv an den turnerischen Veranstaltungen und an den einzelnen Spielen beteiligen (es sind etwa 1700 Personen), die Fläche von 8 Morgen für durchaus nicht zu groß bemessen, besonders wenn man berücksichtigt, daß der hiesige Fußballklub Eintracht, dessen 4—500 Mitglieder sich nur zu einem Teile, vielleicht auch nur zu einem geringen Teile an den Spielen beteiligen, eine Fläche von $5\frac{1}{2}$

Morgen für seine Zwecke benötigt. Ich möchte also die geehrten Herren bitten, ihre Zustimmung dazu zu erteilen, daß die erbetenen 8 Morgen dem Männerturnverein mietweise überlassen werden.

Was die Bedingungen der Überlassung anlangt, so hält es auch die Finanzkommission für richtig, dem Männerturnverein diejenigen Bedingungen aufzuerlegen, welche zwischen der Stadt und der Herzoglichen Kammer stipuliert worden sind, allerdings mit der Einschränkung, daß der Stadt das Recht zustehen soll, auch vor Ablauf dieses Vertrages, der bis zum Jahre 1930 geht, mit einjähriger Kündigungsfrist dem Männerturnverein den Vertrag aufzukündigen, das Terrain also in eigene Benutzung zu nehmen, dies jedoch nur für den Fall, daß infolge übereinstimmenden Beschlusses seitens der städtischen Behörden ein Interesse der Stadt für die Benutzung dieses Platzes als vorliegend erachtet wird. In dem Falle, daß die Stadt von diesem Kündigungsrecht Gebrauch macht, würde sie dem Männerturnverein für die von ihm aus eigenen Mitteln errichteten Baulichkeiten eine Entschädigung nach pflichtmäßigem Ermessen gewähren. Ich möchte die geehrte Versammlung bitten, auch hierzu ihre Zustimmung zu erteilen.

Es haben sich sodann drei hiesige Turnvereine an den Magistrat gewandt mit der Bitte, auch ihnen eine Teilfläche des Franzischen Feldes für Turn- und Spielzwecke zu überlassen. Der Magistrat hat nach seinen Verhandlungen mit dem Spielplatzauschuß diese Anträge abschlägig beschieden, und zwar in der Erwägung, der die Finanzkommission beipflichtet, daß im Falle Eingehens auf diese Wünsche der Vereine die Wahrscheinlichkeit besteht, daß auch andere hiesige Vereine mit gleichen Wünschen hervortreten, was dann sehr leicht dazu führen könnte, daß der weitaus größte Teil des Franzischen Feldes aufgeteilt werden würde und es den Charakter als öffentlicher Spielplatz verlieren würde. Der Magistrat hat sich aber bereit erklärt, diesen drei Vereinen dadurch entgegenzukommen, daß, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten, auf Kosten der Stadt ein Unterkunftshäuschen, in dem auch die nötigen Spielgeräte untergebracht werden sollen, auf dem Felde selbst oder im Stadtpark zur Verfügung gestellt werden soll. Hiermit haben sich auch die Vorsitzenden der drei Vereine einverstanden und zufrieden erklärt. Es wird den geehrten Herren bekannt sein, daß für dieses Unterkunftshäuschen Projekte eingereicht sind, welche jedoch noch nicht seitens des Magistrats und des Spielplatzauschusses genehmigt sind. Es soll aber, sobald dies geschehen ist, mit den Vereinen über den Platz des Häuschens verhandelt werden, und sobald diese Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, soll der Stadtverordnetenversammlung seitens des Magistrats davon Mitteilung gemacht werden.

Schließlich handelt es sich noch um die Frage, ob das Franzische Feld jetzt der Benutzung übergeben werden soll. Die städtische Bauverwaltung hat sich darüber in dem Sinne geäußert, daß der Freigabe nichts im Wege stünde, soweit das Wachstum des Rasens auf den Flächen solches zuließe. Nun dürfte das wohl in bezug auf den Platz, den der Männerturnverein haben soll, zu bejahen sein. Es handelt sich aber noch um zwei spezielle Flächen, die vorläufig noch der Schonung bedürfen: das ist die neu angesäte Fläche an der Südwestecke und das Terrain der Kodelbahn, bei der es wünschenswert erscheint, daß die Böschungen gesichert werden, damit sich eine haltbare Grasnarbe bildet. Aus diesem Grunde wird es nötig werden, daß diese Flächen mit einer Einfriedigung umgeben werden. Dadurch werden allerdings einige Unkosten erwachsen, sie belaufen sich aber nur auf etwa 450 M. Die Finanzkommission schlägt auch in diesem Punkte die Bewilligung der Stadtverordnetenversammlung vor.

Es würde sich also darum handeln, daß die geehrten Herren ihre Zustimmung zu folgenden Punkten aussprechen: Die Finanzkommission empfiehlt,

1. dem Antrage des Magistrats wegen Vermietung einer Teilfläche des Spielplatzes an den Männerturnverein unter den vom Magistrat empfohlenen und unter der weiteren Bedingung zuzustimmen, daß der Stadt das Recht eingeräumt wird, den Unter-Mietvertrag schon vor dem 1. Oktober 1930 unter Innehaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahre aufzukündigen, sofern nach übereinstimmenden Beschlüssen der städtischen Behörden solche Aufkündigung durch ein wesentliches Interesse der Stadt bedingt wird. In diesem Falle soll dem Männerturnverein der Wert vergütet werden, den die von ihm auf der Mietfläche herzurichtenden Anlagen zur Zeit der Auflösung des Unter-Mietvertrages haben werden. Die Feststellung dieses Wertes erfolgt durch die städtischen Behörden nach pflichtmäßigem Ermessen.
2. wird die Zustimmung dazu erbeten, daß das vormalig Franzische Feld, abgesehen von der Fläche für den Männerturnverein, zu Anfang Juli d. J. mit Ausnahme der Südwest- und Südostecke der allgemeinen Benutzung freigegeben wird.
3. daß die noch weiter der Schonung bedürftigen Flächen an der Südwest- und Südostecke mittels Draht unter Aufwendung von etwa 450 M. eingefriedigt werden.

Vorsitzender: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß unser Beschluß vom 15. Juni 1911 dahin ging, dem Männerturnverein eine entsprechende Teilfläche zu

überlassen. Also diese Frage ist entschieden und steht heute nicht mehr zur Beratung und Beschlußfassung, sondern nur: 1. wo dieselbe liegen soll, das ist auf dem Plane die Fläche ABCDEFA, 2. wie groß die Fläche sein soll, vorgeschlagen sind 8 Morgen, und schließlich 3. die Bedingungen der Verpachtung.

Stadtv. Stegmann: Als im vorigen Jahre bei Beratung dieser Angelegenheit die Herrichtung des Franzischen Feldes beraten wurde, ist unsererseits und von einigen bürgerlichen Herren dagegen gesprochen worden, daß einem Verein ein Vorrecht gewährt werden solle. Leider ist der Beschluß doch angenommen und die damals vorausgesagten Folgen haben sich eingestellt. Es haben sich schon andere Vereine mit Ansprüchen gemeldet, und sonstige andere werden noch kommen. Wir können gewissermaßen noch zufrieden sein, daß die drei Turnvereine sich mit diesem billigen Entgegenkommen haben bescheiden lassen. Da aber nun einmal beschlossen ist, dem Männerturnverein eine Fläche zu überlassen, so läßt sich dagegen wohl kaum noch etwas machen.

Was die Verpachtung selbst betrifft, so möchte ich anfragen, zu welchem Preise die 8 Morgen verpachtet werden sollen? Es ist gesagt worden, daß als Preis derselbe gelten solle, welcher in der Verabredung zwischen der Stadt und der Herzoglichen Kammer festgelegt ist. Wie hoch ist dieser?

Stadtv. Löhnesinke: Ich kann meine vorangegangenen Äußerungen dahin ergänzen, daß der Männerturnverein bis zum 1. Oktober 1917 ein Mietgeld von 20 *M* pro Morgen und in der Folgezeit bis 1930 ein solches von 30 *M* pro Morgen zu entrichten hat.

Vorsitzender: Das sind dieselben Bedingungen, wie sie die Stadt ihrerseits hat eingehen müssen.

Stadtv. Frühling: Über die Frage, wie weit das Franzische Feld freigegeben werden kann, möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob hierüber der für das Feld gewählte Ausschuß gehört und damit einverstanden ist? Ich gehöre ja selbst dem Ausschusse an, weiß aber nicht Bescheid darüber, weil ich längere Zeit verreist war. Aus den Ausführungen des Referenten habe ich nicht entnehmen können, ob dem Ausschusse die Frage vorgelegen hat.

Oberbürgermeister Netemeyer: Soweit ich mich erinnere, hat eine Beschlußfassung des Ausschusses hierüber nicht stattgefunden. Die städtische Bauverwaltung

hatte zunächst erklärt, solange die trockene Witterung andaure, ließe sich nicht zum voraus bestimmen, wann das Feld der allgemeinen Benützung übergeben werden könnte. Nachdem wir aber in diesem Jahre reichlich Regen bekommen haben, hat die städtische Bauverwaltung nach einer Besichtigung des Feldes erklärt, daß ihrer Ansicht nach der Platz jetzt freigegeben werden könnte. Darüber ist der Ausschuß allerdings nicht noch einmal gehört worden. Wenn das aber nötig sein sollte, dann bitte ich, die Beschlufsfassung auszusagen, damit wir den Ausschuß darüber hören. Ich meine aber, wir müßten das auch nach dem Gutachten der städtischen Bauverwaltung beurteilen können.

Stadtv. Sander: Ich bin dafür, daß das fragliche Terrain dem Männerturnverein pachtweise übergeben wird, ich bin auch dafür, daß wir es so billig wie möglich abgeben, denn wir befördern damit einen gemeinnützigen Zweck. Bedauern muß ich aber, daß die anderen Vereine ganz anders behandelt werden sollen. Die Motivierung, in der gesagt wird, daß dann andere Vereine auch mit gleichen Wünschen an uns herantreten würden, halte ich eigentlich für sehr matt, denn dann dürfte an diesen ersten Verein auch nicht verpachtet werden. In dem Augenblicke, wo wir an den einen Verein etwas verpachten, ist es selbstverständlich, daß auch den anderen Vereinen etwas gegeben wird. Ich halte es nicht für richtig, daß der Männerturnverein eine Sonderstellung einnimmt. Andere Vereine haben sich ebenjogut allgemein um die Körperpflege verdient gemacht; daß sie nun anders behandelt werden sollen als der Männerturnverein, will mir nicht in den Kopf. Ich bin der Meinung, daß die Größe des Platzes es wohl zuläßt, daß wir auch diesen drei Vereinen noch Plätze einräumen. Ich weiß augenblicklich nicht genau, wie groß der ganze Platz ist; nach einer Umfrage in meiner Nachbarschaft sollen es 80 Morgen sein. Jetzt geben wir 10 % davon an den Männerturnverein, die anderen drei Turnvereine sind, soweit ich orientiert bin, mit 6 Morgen zufrieden. Es würden von diesen 80 Morgen also 14 Morgen abgehen, das ist doch ein verschwindend kleiner Teil. Was die Befürchtung betrifft, daß noch andere Vereine kommen würden, so ließe sich dem abhelfen. So gut wie diese drei Vereine sich in den Platz teilen, ließen sich die Turnzeiten so einrichten, daß der Platz für alle Vereine Verwendung finden kann. Jedenfalls kann ich nicht unterlassen, ohne die Verdienste des Männerturnvereins in irgendeiner Weise schmälern zu wollen, meinem Bedauern Ausdruck zu geben, daß die übrigen Vereine anders behandelt werden als der Männerturnverein.

Dann habe ich noch eine Anfrage: Es ist mir folgendes nicht recht klar geworden. Es wurde gesagt: Man lehnt ab, den Vereinen eine Fläche zu ver-

pachten, und sagt dann wieder: Es sollte für die Vereine ein Häuschen gebaut werden. Wie soll ich das verstehen? Soll den Vereinen ein Platz für Spiele eingeräumt werden zur gemeinsamen Benutzung, oder wie ist das gedacht?

Stadtv. **Röhnefinte**: Herr Sander hat eine Frage ange schnitten, die meines unmaßgeblichen Erachtens nicht zur Debatte steht und nicht zur Debatte stehen kann. Er hat sich damit beschäftigt, ob der Männerturnverein eine Bevorzugung vor anderen Vereinen genossen hat oder nicht. Das steht gar nicht zur Verhandlung. Wir haben bereits beschlossen, daß dem Männerturnvereine eine Fläche übergeben werden soll. Es handelt sich für uns bloß darum, wie groß die Fläche sein soll, und welche Bedingungen dafür aufgestellt werden sollen. Im übrigen wird für die anderen drei Vereine ein Häuschen, wie ich ausgeführt habe, auf städtische Kosten und auf städtischem Terrain oder auf dem gepachteten Terrain errichtet werden.

Stadtv. **Sander** (zur Geschäftsordnung): Der Herr Referent sagt, meine Ausführungen gehörten nicht hierher. Ich möchte bemerken, daß ich meine Abstimmung von der Beantwortung dieser Fragen abhängig machen muß. Ich bin nicht in der Lage, abzustimmen, wenn ich die Beantwortung meiner gestellten Fragen nicht habe.

Stadtv. **Stegmann**: Der Preis, den der Männerturnverein zahlen soll, scheint mir außerordentlich niedrig. Wenn dem Verein eine Extrawurst gebraten wird, dann sollte er auch dafür bezahlen. Da der Verein sehr groß ist, hat er wohl auch die Mittel dazu. Er besteht aus mehreren Abteilungen, es wird von morgens bis abends geturnt, also der Platz wird von ihm ausgenutzt werden. Ich sollte meinen, daß er dann auch entsprechend zahlen müßte. Was jetzt von ihm verlangt wird, ist nur eine Lappalie. Ich will keinen Antrag stellen, möchte aber nochmals anfragen, ob die 20 resp. 30 M den Selbstkosten entsprechen, die die Stadt für das Feld an Pacht zahlt. (Zuruf: Jawohl!) Dann will ich mich bescheiden.

Stadtv. **Riefe**: Soviel ich weiß, ist das Franzsche Feld 80 Morgen groß. Es wurde später der Antrag gestellt, noch 4 Morgen hinzuzuerwerben, und das ist geschehen. Wenn sich an dem Beschlusse, den Männerturnverein betr., nichts mehr ändern läßt, so bin ich doch auch heute noch dagegen. Der Vorstand hatte erklärt: Wir haben das erste Recht darauf, wir haben ein moralisches Recht an dem Platz, weil wir die ersten waren, die die Absicht hatten, das Feld zu pachten. Ich bin für gleiches Recht für alle. Doch darüber will ich heute nicht reden. Ich möchte mir die Frage erlauben, ob dem Verein eine Schanngerechtfame zugestanden werden

soll, damit wir nicht wieder dieselbe Geschichte erleben, wie wir sie beim Tennishause gehabt haben. Auch das müßte jetzt geregelt werden.

Was die Freigabe des Platzes anlangt, so bin ich dafür, daß er jetzt vollständig benutzt werden kann. Seinerzeit war er noch nicht halb begrast, da ging ein Weg über den Platz, der von Passanten vollständig ausgetreten ist. Das Militär benutzte den Platz zuerst, und dann kam das Publikum. Bei der Anlage der Rodelbahn kamen auch die nicht vermeidlichen alten Kochtöpfe und Mülleimer zum Vorschein. Das war jedenfalls kein schöner Anblick; der Staub ging bis in den Nußberg hinein. Abhilfe hat jetzt das nasse Wetter geschaffen, so daß die Böschungen bewachsen. Wenn eine Einfriedigung geschehen soll, bin ich damit einverstanden, sonst wird auf den Böschungen herumgesprungen, weil von da eine Aussicht ist. Trotzdem wird es ohne Beaufsichtigung des Platzes nicht gehen. Seinerzeit ist beschlossen, daß auf dem Platz auch andere Festlichkeiten abgehalten werden sollen; dazu sollen Tribünen gebaut werden und unter ihnen Unterkunftsräume für die Spielenden und Bedürfnisanlagen geschaffen werden. Wenn ich mich recht erinnere, sollte auch ein Preisausschreiben stattfinden. Darüber habe ich heute nichts gehört. Damit aber, daß der Platz benutzt werden könnte, kann ich mich einverstanden erklären. Der Rasen ist nach meiner Überzeugung so fest, daß er ein Betreten und das Spielen auf ihm vertragen kann.

Stadtv. **Frühling:** Auf die Worte des Herrn Oberbürgermeisters möchte ich bemerken, daß ich gleichfalls damit übereinstimme, daß es sich nach den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht empfehlen würde, die Sache noch einmal hinauszuschieben und erst den Ausschuß zu befragen. Ich bin mit der Erklärung zufrieden, daß in derartigen Fällen der Ausschuß zu hören ist und auch gehört werden soll.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Wie der Herr Vorsitzende in Erinnerung gebracht hat, hat die Mehrheit der Versammlung vor Jahresfrist sich leider entschlossen, einen angemessenen Teil des Franzischen Feldes dem Männerturnverein zur ausschließlichen Benutzung zur Verfügung zu stellen. Der Beschluß geht aber nicht dahin, daß die Benutzung außer zu turnerischen Zwecken auch auf Bebauung durch ein massives Haus ausgedehnt werden soll. Ich sehe in der beabsichtigten Bebauung dieser Fläche die Hauptgefahr für die Interessen der Stadt. Bereits in der Finanzkommission haben wir uns darüber auseinanderzusetzen versucht, wie das rechtliche Verhältnis mit dem Bauwerk sein würde, das ein Unterpächter auf einem Pachtlande errichtet, ob dabei nicht rechtlich sofort das Eigentum etwa dem Unterpächter,

sondern dem Pächter, eigentlich sogar der Domänenkammer zuwächst, und ob ein Recht zur Fortnahme besteht, wie die Entschädigungen sind usw. Es ist versucht, durch den Vorschlag, den der Herr Berichterstatter mitgeteilt hat, die Interessen der Stadt zu wahren, indem dann, wenn ein wesentliches Interesse der Stadt es erheischen sollte, daß sie die Fläche wieder für eigene Zwecke benutzt, das überlassene Stück zurückgegeben werden muß, und es ist hinzugefügt: Dann wollen wir diesen Verein entschädigen für das Bauwerk nach dem Werte, den es zur Zeit der Kündigung hat. Nun ist die Rechtslage so, daß an sich im Jahre 1930 bei dem naturgemäßen Ende der Pacht das Bauwerk wieder fortgenommen werden muß. Wenn etwa nach 10 Jahren schon dieser Fall eintreten sollte, so kann der Verein nur noch mit einer achthjährigen Lebensdauer dieses Bauwerkes rechnen, und es ist unbillig, ihm dann den vollen Wert, wie er brandkassenmäßig festgesetzt wird, zu entschädigen. Überhaupt bringt die Errichtung eines massiven Baues seitens eines Unterpächters solche rechtlich nicht ganz einfachen Folgen mit sich, daß ich es für bedenklich halte, ein derartiges Zugeständnis dem Verein überhaupt zu machen. Die Benutzung, ja, die hat die Mehrheit beschlossen, und wir müssen uns dem leider fügen, aber zur Errichtung eines massiven Bauwerkes, dazu kann ich mich nicht verstehen. Das ist nicht beschlossen und ist ein zu weitgehendes Zugeständnis, das in keiner Weise gerechtfertigt ist und solche Nachteile für die Stadt mit sich bringen kann, daß wir das nicht tun sollten ohne genügende Sicherheit, und die bietet der vorgeschlagene Ausweg nicht. Ich bitte deshalb, dem Verein zu verbieten, ein solches Bauwerk zu errichten.

Vorsigender: Wir müßten in unsere Beschlüsse demnach noch aufnehmen: Unter der Bedingung, daß irgendein massives Bauwerk nicht errichtet werden darf. Ich bitte den Herrn Antragsteller, das zu formulieren.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Was diesen Einwand des Herrn Dr. Jasper betrifft, so will ich bemerken, daß die Verpflichtung, die der Stadt auferlegt werden soll, wenn sie vor Ablauf der Mietzeit den Mietkontrakt kündigt, event. eine Entschädigung zu zahlen, von dem Magistrat in seiner Vorlage nicht in Vorschlag gebracht ist, sondern sie beruht auf einem Beschlusse der Finanzkommission, der gestern gefaßt ist in der Erwägung, daß man sich wenigstens für einen zwar unwahrscheinlichen, aber immerhin möglichen Fall die Freiheit behalten möchte, über den Platz zu verfügen, auch wenn man ihn jetzt bis zum Januar 1930 dem Männerturnverein vermietet. Es muß anerkannt werden, daß eine solche Möglichkeit, daß die Stadt des Platzes bedürfte, eintreten kann, und es muß auch weiter

anerkannt werden, daß es dann unbillig sein würde, dem Männerturnverein zu sagen: „Ihr habt da allerdings alle möglichen kostspieligen Anlagen geschaffen, aber das ist uns einerlei. Ihr müßt sie wegreißen, ohne daß ihr Entschädigung dafür bekommt, denn wir wollen selber den Platz benutzen.“ Das hat die Finanzkommission gestern veranlaßt, die Zusatzbestimmung zu machen, daß event. aus Billigkeitsgründen dem Verein die Entschädigung gezahlt werden solle. Selbstverständlich hat es die Stadt immer in der Hand, ob sie überhaupt eine Entschädigung zahlen will, denn es muß schon ein sehr dringliches Interesse sein, das die städtischen Behörden veranlassen könnte, den Mietkontrakt vorzeitig aufzulösen. Ich wiederhole aber, der Magistrat hat das nicht beantragt. Wenn Herr Dr. Jasper hieraus die Konsequenz zieht, es wäre richtig, dem Verein das Bauen überhaupt zu verbieten, dann habe ich eigentlich das Gefühl, als käme dieser Antrag aus der Erwägung: „Die Mehrheit der Versammlung hat einen Beschluß gefaßt, der mir nicht paßt, und den will ich auf diese Weise hinfällig machen.“ Ich muß demgegenüber auf folgendes hinweisen: Von Anfang an hat der Männerturnverein die Absicht gehabt, auf dieser Fläche Baulichkeiten zu errichten, und wenn durch irgend etwas Herr Dr. Jasper widerlegt wird, so sind es die Ausführungen des Herrn Stegmann, der anerkannt hat, daß der Männerturnverein vom Morgen bis zum Abend turnen läßt. Wenn ein großer Turnverein in dieser Weise das Turnen betreibt, dann muß auch Herr Dr. Jasper anerkennen, daß es nicht mehr als in der Ordnung ist, wenn man ihm Gelegenheit gibt, auf dem Platze, den er zum Turnen im Freien benutzen will, auch Vorrichtungen zu treffen, damit die zahlreichen Männer, Frauen und Kinder auch Unterkunft finden. Er wird anerkennen müssen, daß es auf eine indirekte Veragung der Vermietung hinauskommen würde, wenn wir die Errichtung eines Gebäudes verbieten wollten. Das würde ich nicht für richtig halten. Übrigens ist niemals davon die Rede gewesen, daß es ein massiver Bau werden solle; es ist sehr wohl möglich, daß es ein Holzbau wird. Ein solcher würde event. auf einer anderen Stelle wieder verwertet werden können. Ich weiß aber nicht, was der Männerturnverein sich vorgenommen hat. Im übrigen mache ich darauf aufmerksam, daß auch wir beabsichtigen, einen größeren Bau auf dem Franzischen Felde aufzuführen; Herr Riese hat schon darauf hingewiesen. Es ist das allerdings die Absicht des Magistrats, aber wir haben Bedenken getragen, jetzt eine solche Vorlage zu machen, weil die Finanzlage der Stadt im letzten Jahre durch die bekannten Gehaltserhöhungen und mehrere sonstige Ausgaben etwas ungünstig beeinflusst war. Sollte sich, wie es jetzt den Anschein hat, herausstellen, daß die Mittel der Stadt hierzu ausreichen, so wird der Magistrat nicht verfehlen, nach Anhörung und im Einverständnis mit dem Spielplatzauschuß Ihnen eine entsprechende

Vorlage zu unterbreiten. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß das, was die Stadt für die Allgemeinheit tun will, erleichtert wird durch den Bau des Männerturnvereins. Es ist nicht zu bestreiten: je größer die Gesamtzahl der Personen ist, die dauernd den Platz benutzt, desto größere Lokalitäten müssen seitens der Stadt geschaffen werden. Bauen wir ein Haus, das nicht auch für die gesamten Mitglieder und Hospitanten des Männerturnvereins genügend Raum bietet, so würde das Werk, welches wir hinstellen, nur ungenügend sein. Insofern kommt also der Männerturnverein der Stadt zu Hilfe.

Herr Dr. Jasper hat weiter gesagt, es würde ein Unrecht gegenüber den Interessen der Stadt sein, wenn vielleicht 8 Jahre vor Ablauf des Mietvertrages die städtischen Behörden den Vertrag auflösten und eine Entschädigung zahlen müßten, die deshalb ungerechtfertigt hoch wäre, weil in 8 Jahren ohnehin der Mietvertrag des Männerturnvereins erlöschen würde. Da stehe ich persönlich auf dem Standpunkte — und der Magistrat hat sich dem, ich glaube einstimmig, angeschlossen —, daß dann die städtischen Behörden bei der Bemessung der Entschädigung sagen könnten: „Eure ganzen Rechte dauern überhaupt nur noch 8 Jahre; was nach Ablauf der ganzen Mietzeit mit eurem Bauwerke wird, ist vollständig ungewiß. Nach 1930 habt ihr an dem Plage und dem Bauwerke, das ihr errichtet habt, kein Recht mehr.“ Es ist meiner Ansicht nach nicht unbillig, wenn in dem Falle die städtischen Behörden auch die Entschädigung demgemäß berechnen. Darin stimme ich Herrn Dr. Jasper bei, daß dies ein Moment bei der Festsetzung der Entschädigung sein würde. Der Männerturnverein wird wahrscheinlich nicht umhin können, dementsprechend seine Abschreibungen im Laufe der Jahre vorzunehmen, damit er nachher nicht zu große Verluste erleidet.

Ich wiederhole: Man kann wirklich nicht gut dem Männerturnverein sagen: „Einen kleinen Platz sollt ihr haben, das ist einmal beschlossen, aber Baulichkeiten dürft ihr dort nicht errichten.“ Wollen Sie diese Entschädigung nicht annehmen, dann würde nichts anderes übrigbleiben, als der Vorlage des Magistrats zuzustimmen, die dahin geht, die erwähnte Teilfläche dem Verein bis zum 1. Oktober 1930 mietweise zu überlassen, und von den Bauwerken nichts zu sagen. Dann hat der Männerturnverein das Recht, da es ihm nicht verboten ist, Bauwerke zu errichten, irgendwelche Entschädigung dafür vor Ablauf der Pacht bekommt er aber nicht. Allerdings hat dann die Stadt auch nicht das Recht, während der Dauer des Mietvertrages dem Verein den Platz zu entziehen.

Vorsitzender: Herr Stegmann, Sie haben schon zweimal zu der Angelegenheit gesprochen, ich kann Ihnen das Wort nicht geben.

Herr Dr. Jasper hat seinen Antrag eingebracht. Er lautet:

„An die Überlassung der 8 Morgen des Franzischen Feldes an den Männerturnverein ist die Bedingung zu knüpfen: Bauwerke irgendwelcher Art nur mit Zustimmung der städtischen Behörden auf dem Pachtlande zu errichten.“

Stadtv. **Munte:** Nach den ausführlichen Äußerungen des Herrn Oberbürgermeisters, die im wesentlichen sich mit dem decken, was ich habe sagen wollen — der Herr Oberbürgermeister hat es natürlich besser gesagt, denn er beherrscht den Stoff besser —, würde es sich erübrigen, daß ich das Wort ergreife. Ich möchte die geehrte Versammlung bitten, nicht den Antrag Jasper anzunehmen, sondern dem Männerturnverein zu gestatten, auf dem Felde zu schalten, wie er will. Ich bin der Meinung, daß er nicht einfach eine Bretterbude dort hinbauen kann, er muß doch ein etwas festeres Gebäude, schon um der Feuergefahr willen, aber auch ein nicht ganz festes, vielleicht ein Steinfachwerkhaus hinstellen. Ich erachte es schon für ein großes Risiko, daß der Verein sich für 18 Jahre auf große Baulichkeiten einlassen muß, und habe die Hoffnung, daß nichts eintritt, wodurch die Mietzeit unterbrochen werden müßte. Ich hoffe auch, daß es noch nach dem Jahre 1930 möglich sein wird, dem Verein den Platz weiter zu gewähren, sonst würde ich darin ein zu großes Risiko erblicken, das man einem derartigen Vereine zumutet.

Stadtv. **Sander:** Ich sehe auch für die Stadt nichts Gefährliches und Bedenkliches darin, wenn der Männerturnverein auf dem Platze auf eigene Kosten ein Gebäude errichtet, das Gefährliche liegt meiner Ansicht nach nur auf seiten des Männerturnvereins. Ich bin ja nicht Jurist, aber ich sollte annehmen, daß die Rechtsverhältnisse bei dem Bauwerke als solchem ebenso wie bei anderen Gebäuden liegen. Wenn ein Grundstück beliehen ist, dann haftet doch das Grundstück dem Hypothekengläubiger. Die Gefahr liegt also nur auf seiten des Männerturnvereins, und die Stadt hat absolut keine Gefahr. Es liegt demnach für die Versammlung gar kein Bedenken vor, die Bebauung zu genehmigen. Ich muß auch gestehen: der Männerturnverein kann den Platz nicht gebrauchen, wenn die Stadt ihm nicht gestattet, dort ein Gebäude zu errichten. Ich bitte, den Antrag des Herrn Dr. Jasper nicht anzunehmen.

Stadtv. **Dr. Jasper:** Es ist eine irrige Auffassung, daß ich meinen Antrag an Stelle des Kommissionsantrages gesetzt haben möchte. Ich möchte ihn in Ergänzung des Kommissionsantrages aufgefaßt sehen. Wenn das Gebäude errichtet ist und die Stadt den Platz gebraucht, soll so verfahren werden, wie die Kommission

vorgeschlagen hat, nur soll die Errichtung des Gebäudes selber an die besondere Zustimmung der städtischen Behörden geknüpft werden.

Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, daß es ohne weiteres selbstverständlich wäre, daß ein Mieter auf einem Mietgrundstücke ein Gebäude errichten könnte. (Widerspruch des Herrn Oberbürgermeisters.) Wenn nichts gesagt würde, dann verstände sich das von selber. Das ist meiner Rechtsauffassung nicht entsprechend, sondern ich meine, es muß die Mietsache zu dem Mietzwecke in erster Linie benutzt werden. Die Errichtung eines Gebäudes würde eine so wesentliche Veränderung des Grundstücks bedeuten, daß sie ohne Zustimmung des Vermieters nicht zulässig sein könnte. Das mag aber dahingestellt sein. Ich habe mich nur gegen die Errichtung eines Gebäudes, wie sie als unbedingt und selbstverständlich von der Mehrheit angenommen zu werden scheint, gewendet, weil immer die Möglichkeit besteht, daß solche Veränderungen auf dem Plage vorgenommen werden, die nicht für alle Zeiten im Interesse der Stadt liegen. Was da errichtet werden soll, darüber scheinen die Herren noch gar nicht einig zu sein. Um mich zu bekämpfen, sagen die einen: Es wird ein niedliches Ding aus Holz, nicht unterkellert, hingestellt werden, die anderen sagen: Es muß massiv und großartig ausgeführt werden: inselgedessen — aus beiden Gründen, weil das Gebäude belanglos oder weil es so groß ist — muß dem Männerturnverein diese besondere Wurst serviert werden. Gerade, wo diese Unklarheit noch besteht und nach den Ausführungen der Herren, die dem Männerturnverein am nächsten zu stehen scheinen, die Errichtung eines größeren Gebäudes für die Ewigkeit sehr nahe liegt, glaube ich, nicht schroff ablehnend auch die Errichtung jeder kleinsten Bude versagen zu sollen, sondern erst einmal abwarten zu sollen, mit welchen Vorschlägen und Projekten der Männerturnverein herankommt, um entscheiden zu können, ob das im Interesse der Stadt liegen würde oder nicht. Eins dürfen wir nicht vergessen: Wir sind nicht Eigentümer, sondern nur Pächter, und als Pächter haben wir Verpflichtungen gegen die Kammer oder Herrn Oberamtmann Mehrhorn — ich weiß nicht, wie die Formel fixiert ist —, und zwar müssen wir, wenn staatliche Interessen in Frage kommen, ohne einen Pfennig zu bekommen, alles beseitigen. Diese Bedingung ohne weiteres auf den Männerturnverein zu übertragen, würde vielleicht das angemessenste sein. Wenn die Stadt aus staatlichen Rücksichten hierauf eingehen muß, so kann auch wohl der Verein den städtischen Interessen gegenüber seine privaten Interessen unterordnen. Ich halte es für bedenklich, so ohne weiteres die Klausel, die die Kommission vorgeschlagen hat, anzunehmen ohne Rücksicht darauf, ob man weiß, wie groß das Gebäude werden soll, ob es 60 000, 100 000 oder nur 10 000 *M* kosten wird. Wer bürgt dafür, daß der Verein nach 18 Jahren noch besteht und

in der Lage ist, über Mittel zu verfügen, das Gebäude auf seine Kosten abreißen zu können? Wir sind dem Staate gegenüber verpflichtet, ohne daß wir Gewähr bei dem Verein haben. Wäre es nicht der Männerturnverein, sondern irgend ein anderer Turnverein, wäre es die Freie Turnerschaft, Sie hätten zugeknöpfte Beutel, wie es die Arbeiterschaft so oft bei Ihnen findet. Ich bitte, gerade hier der Billigkeit zu genügen und nicht mit vollen Händen ihren Freunden zu geben, was Sie sonst verweigern.

Stadtv. Dr. Wolters: In formeller Beziehung gebe ich dem Herrn Vorredner recht, daß sein Antrag neben dem des Magistrats und dem der Finanzkommission hergeht. Sein Antrag ist anzureihen; Herr Dr. Jasper hat die Absicht, die Art des Gebäudes noch von einer besonderen Zustimmung der städtischen Behörden abhängig zu machen.

Ich möchte in sachlicher Beziehung jedoch folgendes bemerken: Welchen Zweck hat Herr Dr. Jasper mit der Stellung seines Antrages? Wir können unmöglich die ausschließliche Überwachung des Baues in Händen behalten. Das ist Sache der zuständigen Faktoren. Für uns kann nur die Wertermessung in Frage kommen, und darin hat der Beschluß der Kommission sachlich in der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters eine wesentliche Ergänzung erhalten. Der Herr Oberbürgermeister hat erklärt, daß die Wertermessung, die eintreten soll, mit Rücksicht auf den Umstand festzusetzen ist, daß nach Ablauf der Pachtzeit der Männerturnverein überhaupt nichts mehr zu fordern hat. Wir haben unsererseits also die Wertermessung in der Hand. Da sollte ich meinen: Wenn wir demnächst selbst über ihre Höhe zu befinden haben, so sind alle Bedenken behoben. Diese Erklärung ist außerordentlich wertvoll für den Beschluß der Finanzkommission, ich kann deshalb die sachliche Einrede des Herrn Dr. Jasper nicht für angemessen erklären, daß die Stadt noch besonderen Schaden erleiden könnte. Selbst dann, wenn sie den Abbruch selber vornehmen müßte, liegt Gefahr nicht vor, denn die Kosten des Abbruchs werden doch wohl durch das Material gedeckt.

Vorsitzender (nachdem er die vorliegenden Anträge wiederholt hat): Ich glaube, wir stimmen zuerst über das Amendement Jasper ab und dann über die Bedingungen, die von der Kommission vorgeschlagen sind. Es ist auch über die Erhöhung der Pachtsumme gesprochen, aber ein dahin gehender Antrag ist nicht eingebracht. Ich bitte die Herren, die unter der Voraussetzung, daß die damit zusammenhängenden Vorschläge angenommen werden, dem Amendement Jasper, welches dahin geht, daß Bauwerke nur mit Zustimmung der städtischen Behörden auf dem Pachtlande errichtet werden dürfen, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschließt.)

Das ist die Minorität; der Antrag ist gefallen. Dann bitte ich den Herrn Referenten, den Antrag der Finanzkommission noch einmal zu verlesen. (Geschieht.) Ich bitte die Herren, die dieses Amendement dem Vertrage hinzusetzen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag der Finanzkommission ist angenommen. Nunmehr bitte ich die Herren, die unter den in der Vorlage noch angegebenen Bedingungen dafür sind, daß dem Männerturnverein diese 8 Morgen mietweise überlassen werden, sich zu melden. (Geschieht.) Der Überlassung des Feldes ist zugestimmt.

Die Versammlung stimmt ferner der Freigabe des Feldes für die allgemeine Benutzung zum 1. Juli zu und genehmigt die 450 *M* für Einfriedigung der zu schonenden Flächen.

5. Rückerstattung von Kosten für Verlegung von Gas- und Wasserrohren in den projektierten Straßen 568 und 100.

Stadtv. **Voeshigt**: Auf Antrag des Maurermeisters Gröpler sind im Jahre 1911 im Zuge der projektierten Straßen 568 und 100 Gas- und Wasserrohre gelegt, und Herr Gröpler hat seinerseits die Kosten bezahlen müssen. Es hat sich damals auf Wunsch Gröplers in den Verhandlungen der Magistrat bereit erklärt, um die Zustimmung der Stadtverordneten zur Rückzahlung der Baukosten für den Fall nachzusehen, daß eine 5%ige Verzinsung derselben durch Lieferung von Gas und Wasser gesichert erscheint. Die Licht- und Wasserwerke haben auf Antrag des Herrn Gröpler festgestellt, daß eine 5%ige Verzinsung dieser Summe jetzt vorhanden ist, und der Magistrat gibt infolgedessen anheim, die ausgelegten Gelder dem Maurermeister Gröpler wieder zurückzuerstatten. Es sind das für die Straße 568 für Wasserrohre 252,65 *M*, für Gasrohre 223,95 *M*, und für die Straße 100 384,05 *M* für Wasserrohre und 325,33 *M* für Gasrohre. Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt durch mich Genehmigung anheim.

Der Rückerstattung der genannten Beträge wird zugestimmt.

6. Aufstellung von Laternen auf der Straße Lämmchenteich.

Stadtv. **Voeshigt**: Die Anwohner des Lämmchenteichs haben sich in einem Gesuche mit 7 Unterschriften wegen Beleuchtung der Straße an den Magistrat gewandt. Die letzten Laternen stehen am Zuderbergwege an der Salzdahlumerstraße, sonst ist von der Ackerstraße bis zum Lämmchenteich hin auf der Salzdahlumerstraße keine Beleuchtung vorhanden. Die Sache war der Direktion der städtischen Lichtwerke zur Prüfung

übergeben und aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Nachdem sich der Magistrat zur Äußerung an die Herzogliche Polizeidirektion gewandt hatte, ist ihm durch deren Bericht zur Kenntnis gekommen, daß in der letzten Zeit in dieser Gegend wegen der Dunkelheit Unglücksfälle vorgekommen sind. Aus diesem Grunde ist der Stadtmagistrat zur Überzeugung gekommen, daß es zur Sicherheit der dortigen Anwohner sich doch empfehle, drei Laternen hier aufzustellen. Er beantragt, dreimal 70 *M* zu Lasten des Reservefonds der Gas- und Wasserwerke zu bewilligen, damit die Straßen so weit erhellt werden, daß bessere Verkehrsverhältnisse am Abend eintreten. Ich möchte anheimgeben, die Aufstellung und Unterhaltung der drei Laternen zu bewilligen. Nach dem, was ich hier geprüft habe, und nach den Äußerungen der Polizeidirektion ist die Sache so dringlich, daß wir unseren Mitbürgern Schutz gewähren und die Strecke beleuchten müssen.

Die Bewilligung der geforderten Summen wird ausgesprochen.

7. Archivalien-Austausch zwischen Staat und Stadt.

Stadtv. Dr. **Henfing**: Von dem Vorstande des städtischen Archivs, Herrn Prof. Dr. Mack, ist ein Schreiben an den Magistrat eingegangen, worin vorgeschlagen wird, einen Archivalienaustausch zwischen Staat und Stadt vorzunehmen. Es wird uns darüber eine Liste vorgelegt. Einmal handelt es sich um eine große Anzahl von Urkunden, besonders Gerichtsbüchern, Prozeß- und Vertragsbüchern (138 Bände), die zurzeit im Herzoglichen Amtsgericht Braunschweig aufbewahrt werden, zumeist aus dem 16. und 17. Jahrhundert stammen und bis zur Zeit der Eroberung der Stadt Braunschweig, also 1671, reichen. Dann liegt hier ein zweites Verzeichnis über eine große Anzahl von alten Werken aus der Zeit nach der Eroberung der Stadt vor, Abteilung B genannt. Das Staatsministerium hat genehmigt, die erstgenannten Bücher frei und ohne irgendwelche Bedingung der Stadt zu übergeben, dagegen macht es bezüglich der zweiten Gruppe (Abteilung B) geltend, daß dem Staate das Eigentumsrecht an diesen Büchern vorbehalten bleiben möge. Herr Prof. Dr. Mack ist der Ansicht, daß es trotz dieses Vorbehalts doch wünschenswert wäre, diese alten Urkunden zu übernehmen. Als Gegenleistung der Stadt soll an das Landeshauptarchiv in Wolfenbüttel aus dem städtischen Archiv eine Anzahl alter Werke abgegeben werden, die für unsere städtischen Verhältnisse kein Interesse besitzen, für welche dagegen das Land Interesse hat. Die Angelegenheit hat der zuständigen Deputation für die Verwaltung des Archivs vorgelegen, und diese empfiehlt den Austausch angelegentlichst. Auch die Statutenkommission, in der diese Angelegenheit besprochen wurde, ist zu demselben Resultat gekommen und empfiehlt

den Herren die Genehmigung dieses Austausches. Irgendwelche Kosten sind für die Stadt damit nicht verbunden.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Austausch einverstanden.

8. Abschaffung der Pferdebespannung bei der Berufsfeuerwehr.

Stadtv. **Löhnefinke**: Meine Herren. Nachdem unsere städtische Berufsfeuerwehr neben einer Anzahl von mit Pferden bespannten Geräten seit etwa vier Jahren mit einer automobilen Gasspritze und seit etwa zwei Jahren mit einer automobilen Drehleiter ausgerüstet ist, welche beiden Geräte seitdem dauernd in Benutzung genommen sind, stehen wir heute vor der Aufgabe, zu der definitiven Abschaffung der gesamten Pferdebespannung und zur Neubeschaffung von Selbstfahrrn Stellung zu nehmen. Wir müssen uns darüber schlüssig werden, ob wir die Verantwortung übernehmen wollen, eine im Laufe vieler Jahre als zuverlässig und schlagfertig erprobte, auf hoher Entwicklungsstufe stehende Einrichtung aufzugeben und an ihre Stelle eine moderne, wenn auch immerhin als zweckmäßig anzusehende Betriebsweise treten zu lassen. Meine Herren. Soweit wir als Nicht-Fachleute in der Lage sind, uns eine eigene Ansicht bilden zu können, sind wir auf die Erfahrungen, welche die Feuerlöschdeputation und der Kreisbranddirektor gemacht haben, und auf diejenigen Beobachtungen, welche in anderen Städten gemacht worden sind und auf welche die Magistratsvorlage hinweist, angewiesen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die bei uns bisher in Betrieb befindlichen automobilen Geräte einer fortlaufenden sorgfältigen Kontrolle unterstellt sind in bezug auf ihre Brauchbarkeit, ihre Zuverlässigkeit im Dienst, auf ihre Abnutzung, ihre Reparatur- und Unterhaltungskosten. Die Feuerlöschdeputation und der Kreisbranddirektor dürften somit wohl in der Lage sein, ein sachgemäßes und sachmännisches Urteil über etwaige Mängel und über die Vorzüge dieser Selbstfahrer, über ihre Unterhaltungskosten im Vergleich mit den Unterhaltungskosten der mit Pferden bespannten Geräte abzugeben. Dieses Urteil lautet für den automobilen Betrieb durchaus günstig, nicht allein wegen der durch die Geschwindigkeit der Selbstfahrer erreichbaren erhöhten Beschleunigung der Ankunft der Wehr bei Brandfällen, sondern auch wegen der ganz erheblichen Ersparnisse im Betriebe.

Es ist selbstverständlich, daß eine absolute Betriebssicherheit bei Selbstfahrrn nicht gewährleistet werden kann. Es ist aber demgegenüber eine bekannte Tatsache, daß mit Rücksicht auf die großen Fortschritte der Technik auf dem Gebiete des Schassis-Baues, in bezug auf die Herstellung des zur Verwendung gelangenden Materials und mit Rücksicht auf die außerordentliche Sorgfalt, welche diesen automobilen Geräten seitens der Feuerwehr in bezug auf Instandhaltung zuteil wird,

eine ängstliche Besorgnis nicht Platz zu greifen braucht. Auch der Pferdebetrieb hat seine Mängel, und diese Mängel fallen vielleicht unter Umständen schwerer ins Gewicht als die etwaigen Störungen bei Selbstfahrern. Dabei verweise ich auf die Möglichkeit einer Seuche unseres gesamten Pferdematerials, wie sie leider häufig bei größeren Pferdebeständen vorkommt, ich verweise auf das Stürzen der Pferde bei Glätteis, Schneefall u. dergl.

Aber noch ein ganz besonderer Grund spricht für die Einführung des automobilen Betriebes, und das ist der Umstand, daß wir bei Einführung dieses Betriebes höchstwahrscheinlich auf lange Zeit hinaus auf die Einrichtung einer zweiten Feuerwache überhaupt werden verzichten können. Wir hatten die Einrichtung einer solchen in der Außenstadt ins Auge gefaßt, um dort bei Fällen von Gefahr schnell bei der Hand sein zu können. Dies wird uns jedenfalls durch die Selbstfahrer von dem Hauptgebäude der Feuerwehr aus vollauf möglich sein. Die zweite Feuerwache würde, soweit mir erinnerlich ist, einen Kostenaufwand von 150000 *M* bedingen. Demgegenüber schwindet die Summe, die für die Selbstfahrer in Aussicht genommen ist, ganz erheblich.

Sollten uns diese Gründe nicht völlig von den Vorzügen der Selbstfahrer überzeugen, so glaube ich, daß uns diese Überzeugung doch wohl kommen wird bei der Erörterung der Finanzfrage. Die Vorlage des Magistrats enthält eine sehr interessante Gegenüberstellung der Unterhaltungskosten der einzelnen Geräte bei den beiden verschiedenen Betriebsarten nebst eingehender Begründung der Ansätze, in welcher z. B. folgendes ausgeführt ist: Die Kosten des Oberbaues der Geräte nach beiden Arten des Betriebs können nicht gut in Vergleich gezogen werden, da sie entweder wohl ungefähr dieselben sind, teils aber auch derartig verschieden sind, daß sie überhaupt außer Betracht bleiben müssen. Das trifft besonders zu auf die Zentrifugal-Pumpen, welche auf Schassis montiert werden, deren Motoren die Zentrifugal-Pumpen im Bedarfsfalle antreiben, so daß die Zentrifugal-Pumpen vollständig den Dienst einer Dampfspritze zu ersetzen resp. zu ergänzen imstande sind. In der Anzlagsbegründung wird ferner zum Ausdruck gebracht, daß für den Preis von 2000 *M*, welcher etatmäßig seitens der Feuerwehr an den städtischen Marstall für Gestellung eines Gespanns zu leisten ist, unmöglich ein Gespann von zwei Pferden in der Güte unseres jetzigen Pferdematerials verzinst, unterhalten, mit Fußbeschlagn versehen und unter ärztlicher Kontrolle gehalten werden kann; tatsächlich stellen sich die Kosten, wie aus der Vorlage ersichtlich ist, ganz erheblich höher. Die Unterhaltungskosten der beiden Arten von Fahrzeugen sind nur mit verhältnismäßig geringen Summen in Anschlag gebracht, weil sich unter unserer Feuerwehr-Mannschaft eine Anzahl von ausgebildeten, gelernten Handwerkern befindet, welche Reparaturen

jederzeit selbst zu bewerkstelligen in der Lage sind. Bei Einführung der Selbstfahrer würden fünf Leute, welche jetzt als Fahrer bei Pferdegespannen beschäftigt werden, eingespart werden können. Davon würden zwei Leute bei der Feuerwehr-Mannschaft Verwendung finden können, während drei anderweitig unterzubringen wären. Die Führer der Selbstfahrer werden als Feuerwehrleute ausgebildet und als solche auf der Brandstätte verwendet. Früher war es so, daß die Führer der Gespanne bei ihren Gespannen bleiben mußten, um sie zu beaufsichtigen.

Auf Seite 3 und 4 der Vorlage finden wir die Kosten eines Gespanns von zwei Pferden und demgegenüber die Unterhaltungskosten eines Selbstfahrers. Aus den Zahlen ist ersichtlich, daß diese Gegenüberstellung ganz wesentlich zugunsten der Selbstfahrer ausfällt. Es wird an den Unterhaltungskosten pro anno die Summe von 2610 *M* erspart. Ich möchte übrigens noch bemerken, daß man über diese einzelnen Ansätze vielleicht verschiedener Meinung sein kann, in der Finanzkommission sind sie erörtert worden, und nach den Ausführungen, die uns seitens des Herrn Oberbürgermeisters geworden sind, werden sie als durchaus zutreffend zu bezeichnen sein. Man könnte ja im Zweifel sein über die Amortisationsquote von $7\frac{1}{2}$ Prozent, doch werde ich auf diesen Umstand noch später zurückkommen.

Zu dem Ansätze für die Unterhaltungs- und Betriebskosten der Selbstfahrer wird in der Vorlage bemerkt, daß diese Kosten, auch die Verwendung von fetten Ölen usw., alle sorgfältig vom ersten Tage an gebucht worden sind, und daß die mit 5 *M* angenommene Summe nach den bisherigen Erfahrungen noch nicht annähernd erreicht worden ist.

Auf Seite 5 und 6 sind die bereits vorhandenen Geräte und auch die neu zu beschaffenden Geräte und ferner die Neuformierung der Löschzüge ersichtlich. Die geehrten Herren werden das alles schon aus der Vorlage ersehen haben, ich brauche das wohl nicht einzeln vorzutragen und kann mich darauf beschränken, daß die zwei alten Dampfpumpen, welche bisher dem 1. und 2. Zuge zugeteilt waren, jetzt dem 3. Zuge überwiesen werden sollen. Der 3. Zug soll künftig auf der Pflegehausstraße untergebracht werden, weil in dem Feuerlöschgebäude der nötige Platz nicht vorhanden ist. Im übrigen wird dadurch die Schlagfertigkeit der Wehr in der Außenstadt wesentlich gehoben.

Seite 6 und 7 zeigen uns die Gesamtkosten für die neuen automobilen Fahrzeuge, sowie die Unterhaltungskosten derselben im Vergleich mit den Unterhaltungskosten der bisherigen Pferdebespannung. Auch hier ergibt sich eine wesentliche Differenz zugunsten der Selbstfahrer; die Ersparnis wird ungefähr 5320 *M* jährlich betragen. „Dabei muß noch darauf hingewiesen werden“, wie der letzte Passus ausführt, „daß bei Ermittlung der Gespannkosten Zinsen und Abträge nur für das

Untergestell des einzelnen Fahrzeuges in Ansatz gebracht sind, während in den für vier neue Selbstfahrer aufzuwendenden Kosten zu 72000 Mark auch Kosten für den Oberbau (8800 M) enthalten sind.“ Die Kostenersparnis ist somit noch etwas höher.

Ich komme nun zurück auf die Amortisation der Selbstfahrer. Ich muß zugeben, daß ich zunächst diese Quote von $7\frac{1}{2}$ Prozent als etwas niedrig bemessen angesehen habe, daß ich jedoch nach weiterem Studium der Vorlage meine Meinung geändert habe, zumal im Hinblick auf die Amortisation von nur 5 Prozent, welche andere Städte auf ihre automobilen Fahrzeuge in Ansatz bringen. $7\frac{1}{2}$ Prozent ist auf den ersten Blick allerdings etwas wenig, aber bei näherer Prüfung erscheint es ausreichend mit Rücksicht darauf, daß diese Fahrzeuge nur verhältnismäßig wenig, Gott sei Dank wenig, und im Benutzungsfalle nur eine kurze Zeit beansprucht werden, und daß sie im übrigen eine außerordentliche Sorgfalt in bezug auf ihre Instandhaltung genießen.

Die auf Seite 8 erwähnten 9000 M für Schaffung einer straßenseitigen Ausfahrt aus der nördlichen Remise des Feuerlöschgebäudes werden hoffentlich nicht aufgewendet zu werden brauchen. Es ist einstweilen abzuwarten, ob sich ein Bedürfnis dafür herausstellen wird. Man sollte fast denken, daß die Zeiterparnis, die durch eine derartige Ausfahrt geschaffen würde, doch zu unbedeutend ist, als daß eine solche Ausgabe nötig wäre.

Meine Herren. Es ist nicht zu verkennen, daß durch die angestrebte Einführung des automobilen Betriebes große Vorteile für unsere Stadt entstehen werden. Demgegenüber steht allerdings auch eine recht erhebliche Ausgabe, aber es kann doch wohl angenommen werden, daß diese Ausgabesumme durch die jährlich eintretende, nicht unbedeutende Ersparnis, die sich vielleicht noch günstiger gestalten kann — wer kann das wissen — wieder eingepart wird. Es ist zu hoffen, daß Herzogliche Polizeidirektion ihre Genehmigung zu dieser beabsichtigten Neuerung erteilen wird und damit auch der Stadt der staatsseitige Zuschuß von einem Achtel für die Neuaufwendungen zufließen wird. Ferner werden bei Einführung des automobilen Betriebes überflüssige Pferde zum Verkauf zu bringen sein. Der Erlös daraus wird allerdings der Kammereikasse zufließen, da die Feuerwehrpferde nur mietweise aus dem städtischen Marstalle geliefert werden. Wir haben auch mit der Hoffnung zu rechnen, daß uns die Landesbrandkasse einen Zuschuß zu den jetzigen Ausgaben gewähren wird. Jedenfalls will der Stadtmagistrat einen Versuch nach dieser Richtung machen. Ich sehe schon manches unglaubliche Lächeln, und ich habe auch nur schwache Hoffnung, daß wir etwas bekommen werden. Aber es ist nicht zu verkennen, daß die Landesbrandkasse einen

derartigen Vorteil durch die Verbesserung und durch die Erhöhung der Schlagfertigkeit der Feuerwehr genießt, daß sie doch wohl sich dazu bereit erklären könnte, uns aus ihren Fonds einen namhaften Zuschuß zu leisten. Der nach Abrechnung dieser hoffentlich erreichbaren Zuschüsse verbleibende Ausgabeposten würde das Ordinarium zu belasten haben.

Meine Herren. Ich müßte nicht, was ich nach meinen bisherigen Ausführungen noch als Empfehlung dieser Magistratsvorlage hinzufügen sollte. Die Magistratsvorlage spricht für sich selber, und ich glaube, die geehrte Versammlung wird wohl auch der Meinung sein, daß wir, auch wenn es uns jetzt viel Geld kosten wird, den automobilen Verkehr einzuführen, im Interesse der Feuerficherheit unserer Stadt wohl daran tun. Ich habe im Namen der Finanzkommission die Annahme der Magistratsvorlage ohne jede Einschränkung zu empfehlen.

Stadtv. **Sander**: Solange ich die Ehre habe, Mitglied der Feuerlöschdeputation zu sein, habe ich jede Gelegenheit benutzt, wenn ich in größeren Städten weilte, die dortigen Feuerwehreinrichtungen zu studieren. Ich bin dabei zu dem Resultat gekommen, daß wir sehr gut daran tun, wenn wir den Betrieb dergestalt, wie der Magistrat jetzt vorschlägt, einrichten. Ich möchte nur auf einige Worte des Herrn Referenten zurückkommen. Er sagte zu Anfang seiner Äußerungen, daß unsere jetzige Feuerwehr auf einer hohen Stufe stehe. Dem kann ich nicht beipflichten. Von dieser Pferdebespannung beispielsweise kann man nicht sagen, daß sie einer hohen Stufe der Entwicklung der Feuerwehr entspricht. Das würde uns aber nicht veranlassen, eine derartig hohe Ausgabe für die Feuerwehr zu machen, denn es ist ein Fehler, der nicht als hervorragend anzuerkennen ist. Nun haben wir aber von anderen Städten, die schon länger die Pferdebespannung für die Feuerwehr abgeschafft haben, die Auskunft bekommen, daß ganz erhebliche Ersparnisse gemacht werden, die weit über das hinausgehen, was wir in der Deputation ausgerechnet haben. Wir haben in der Deputation nur keine Ponigpottsrechnung machen wollen und sind bei Berechnung der Ersparnisse deshalb in bescheidener Weise vorgegangen. Breslau hat, glaube ich, 10- oder 20mal mehr Ersparnisse als wir herausgerechnet haben, und in Hannover sagte man mir auch: „Wir ersparen gewaltige Summen!“ Auf unsere Verhältnisse übertragen würde das vielleicht 10 000 *M* ausmachen. Aber immerhin ist eine Ersparnis von 5000 *M* schon so erfreulich, daß wir der Neueinrichtung zustimmen müssen. Wir geben 72 000 *M* aus und ersparen 8—9 Prozent an Ausgaben. Jeder, auch wer in Finanzfragen nicht so beschlagen ist, wie Herr Stadtv. Löhnefinke, wird mir recht geben müssen, daß dies keine schlechte Kapitalanlage ist. Ich habe auch zuerst ungläubig gelächelt,

als es hieß, daß der Staat in Anbetracht dessen, daß die Feuersgefahr in der Stadt vermindert würde, Zuschüsse aus der Landesbrandkasse geben würde. Ausschlaggebend in der Deputationsitzung ist für mich gewesen, daß die Errichtung einer zweiten Feuerwache durch die Neueinrichtung nicht mehr nötig ist. Ich habe sie seinerzeit bekämpft, da ich sie nicht für nötig hielt, und freue mich, daß sie bei Bewilligung dieser Neugestaltung auch vom Magistrat für überflüssig gehalten wird. Ich bitte, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Ribbentrop: Die Vorteile des vorgeschlagenen neuen Betriebes sind so hervorragend, daß eine Ablehnung des Antrages absolut nicht zu befürchten ist. Da nun aber durch den bevorstehenden Beschluß der bisherige Pferdebetrieb bei unserer Feuerwehr begraben wird, so möchte ich doch dem Herrn Vorredner entschieden widersprechen, wenn er sich so wenig anerkennend über den bisherigen Fahrdienst ausgesprochen hat. Wir haben als Pferdmaterial bei der Feuerwehr ein solches, dessen sich keine kaiserliche Hofstatt zu schämen braucht. Und wenn ich den Mut und die Todesverachtung sehe, mit denen von unseren braven Feuerwehrleuten gefahren wird, dann ziehe ich meinen Hut ab. (Beifall.)

Stadtv. Niese: Es ist nicht meine Absicht, gegen die Vorlage zu sprechen. Ich hatte ja schon damals, als ich mit dem damaligen Branddirektor Röttcher auf der Städteausstellung in Dresden war, Gelegenheit, die tägliche Vorführung der Dresdener Feuerwehr zu beobachten. Schon damals und auch, als ich die Selbstfahrer in Hannover gesehen hatte, stand es für mich fest, daß es das beste sei, was wir machen könnten, wenn wir diesen Betrieb auch einführten. Ich meine, die Vorlage ist schon so gut wie bewilligt, wir brauchen kein Wort mehr darüber zu reden. Ein Herr sitzt allerdings im Saale, der wird dem guten Pferdebestande, dem Herr Major Ribbentrop eben das Wort geredet hat, doch eine Träne nachweinen, das ist unser Herr Oberbürgermeister. (Heiterkeit.)

Stadtv. Bunge: Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Sander, der ebenfalls noch viel Verbesserungsbedürftiges für unsere Feuerwehr weiß. Das eben aufzuzählen, halte ich nicht für angebracht, ich möchte aber doch fragen, wann denn nun diese moderne Betriebsweise anfangen soll? Denn nach dem, was hier alles in der Vorlage steht, scheint es mir noch recht lange zu dauern, ehe es dazu kommt. Vielleicht dauert es noch länger, als es gedauert hat, bis wir zu einem neuen Kranken-transportwagen kommen. Gerade dies wollte ich bei dieser Gelegenheit mit einflechten, denn in der ganz letzten Zeit sind mir viele Klagen zu Ohren gekommen

von einer Reihe von Leuten, die gezwungen waren, im städtischen Krankenwagen zu fahren. Das soll ja schrecklich sein. Es wurde mir erklärt, es wäre unerhört, daß es in der Stadt Braunschweig vorkomme, daß mit diesem unmodernen Wagen noch Krankentransporte geleistet würden. Ich richtete deshalb die direkte Frage an den Herrn Oberbürgermeister, ob wir denn recht bald hier im Krankentransportwesen eine moderne Betriebsweise bekommen, oder ob man noch ein und ein paar Jahre Geduld haben muß? Ich möchte bitten, daß der Magistrat Veranlassung nimmt, dieses Übel möglichst bald zu beseitigen.

Stadtrat von Frankenberg: Die geehrten Herren wissen sich zu erinnern, daß sie vor ungefähr 6 Wochen die Anschaffung eines neuen Selbstfahrers für den Krankentransport beschlossen haben. Die Bestellung ist inzwischen erfolgt, wie der Herr Kreisbranddirektor erklärt hat. Die betreffende Fabrik ist allerdings sehr stark mit Aufträgen beschäftigt, so daß die Ungeduld des Herrn Stadtverordneten Bunge sich wohl noch etwas wird zügeln müssen. Ich hoffe, daß wir so bald wie möglich in Besitz des bestellten Wagens kommen werden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Zunächst hatte Herr Stadtverordneter Bunge gefragt, wann wohl auf Fertigstellung dieser Neueinrichtung bei der Feuerwehr zu rechnen wäre. Eine Antwort darauf ist mir leider nicht möglich. Wir haben in der Vorlage gesagt, daß wir zunächst die Herzogliche Polizeidirektion um Zustimmung ersuchen würden. Diese wird sich vermutlich an das Ministerium wenden, denn es handelt sich um eine erhebliche Erhöhung des Zuschusses, der auf Grund des Vertrages von 1858 geleistet werden muß, und um einen besonderen Zuschuß, den wir erbitten wollen. Nun hat der Magistrat gemeint, wenn in dieser Beziehung unser Ersuchen ohne Erfolg wäre, so würden die Stadtverordneten noch eine besondere Vorlage über die vorgeschlagene Änderung von uns zu erwarten haben. Sollten die Herren jedoch der Ansicht sein, daß diese Sache von so praktischer Bedeutung für die Stadt ist, daß die Ausführung auch vorzunehmen wäre, selbst wenn die Zuschüsse vom Staate nicht bewilligt werden sollten, dann möchte ich bitten, das heute zum Ausdruck zu bringen; sonst würden wir so verfahren, wie wir in der Vorlage zum Ausdruck gebracht haben. Wann die Sache zum Abschluß kommt, kann Ihnen heute kein Mensch sagen.

Stadtv. Sander: Ich würde es für gefährlich halten, wenn wir einen derartigen Beschluß fassen würden, wie ihn der Herr Oberbürgermeister eben erwähnte. Die Polizei würde dann sagen: Wir haben keine Veranlassung, der Stadt einen

Zuschuß zu geben. Alles, was wir tun, tun wir doch mit im Interesse der Landesbrandkasse. Das kann doch einmal offen ausgesprochen werden: Es gibt viele Bürger in der Stadt, die meinen, es wäre ganz gut, wenn es in der Stadt mehr brennen würde. Ich will mir darüber kein Urteil erlauben, immerhin aber geht das Urteil der Bürger über das Resultat, welches wir vor kurzem im Landtage gehört haben, über die enormen Beiträge, welche die Stadt zu der Landesbrandkasse zahlt im Vergleich zu den übrigen Ortschaften des Landes, dahin, daß der Staat gar nicht umhinkann, uns eine Entschädigung für die weitere Vervollkommnung unserer Feuerwehr zu zahlen. Es hat schon Aufsehen erregt, daß die Polizei sich sträubte, dieses Achtel noch voll zu bezahlen. Von allen Seiten ist mir gesagt: „Es ist uns unbegreiflich; die Stadt bemüht sich, Brandschäden auf ein Minimum herabzusetzen, und dann will der Staat, der den Nutzen davon hat, die seit hundert Jahren gezahlten Beiträge kürzen!“ Die Ansicht der Bürger geht noch weiter: Wenn kein Mensch dabei zu Tode kommt und die Landesbrandkasse muß einmal ein bißchen bluten, dann brauchen wir nicht zu weinen. Ich möchte bitten, den angedeuteten Beschluß nicht zu fassen.

Vorsitzender: Ich möchte nur feststellen, daß das eben Gesagte nicht eine Auforderung zur Brandstiftung sein soll. (Heiterkeit.)

Stadtv. Meyerhoff: Vor Jahren, ehe die erste Dampfpumpe angeschafft wurde, war eine ähnliche Stimmung in der Versammlung, und da habe ich auch von dieser Stelle aus gesagt: „Ja, es ist sehr natürlich, auf dem Lande brennt es besser!“ Dieses Wort ist mir dann im Landtage ganz gehörig aufgemerkt, als wenn ich damit hätte sagen wollen, was der Herr Vorsitzende bei den Worten des Herrn Sander als nicht zutreffend redbesserte. Das ist nicht meine Absicht gewesen. Selbstverständlich müssen die mit Stroh und Heu gefüllten Gebäude auf dem Lande besser brennen. Das nur nebenbei. Ich gehe noch weiter als Herr Kollege Sander. Er sagt, die Landesbrandkasse müßte zu den neuen Kosten beitragen. Nein, nicht nur die allein, sondern auch alle die Brandversicherungsgesellschaften, die im Herzogtum oder in der Stadt konzessioniert sind, müßten ihr Teil zu Feuerlöschzwecken beitragen. Denn es ist richtig, was Herr Sander sagt: Unsere Feuerwehr arbeitet hauptsächlich im Interesse der Brandkassen, wenn ich auch nicht verkenne, daß eine wohlgeordnete Feuerwehr im wohlverstandenen Interesse der Stadt und ihrer Bewohner liegt, denn Menschenleben sind viel mehr wert als die Millionen, die die Landesbrandkasse schon gezahlt hat. An die unverhältnismäßig höhere Summe, die für die Landgemeinden an Brandentschädigung gezahlt wird, brauche ich nicht zu erinnern. War

es in der Sitzung der Statutenkommission, da hatte ja der Herr Oberbürgermeister den von der Landesbrandversicherung selbst herausgegebenen Bericht unter seinen Papieren! Er wird ihn auch studiert haben und wissen, wie weit die Stadt im Nachteil ist. Hinweisen möchte ich noch darauf, daß uns immer entgegengehalten wird: „Was wendet aber das Land für die Polizei in der Stadt Braunschweig auf!“ Ich will dahingestellt sein lassen, ob eine städtische oder eine herzogliche Polizei das beste wäre. Ich kenne Großstädte, die haben keine königliche Polizeidirektion, sondern eine kommunale Polizeiverwaltung, und da kommen solche Widersprüche nicht vor, wie sie hier oft vorkommen, und die ich beklage, auch betreffs dieser Beiträge zu den Feuerlöschkosten. Ich würde es sogar begrüßen, wenn die Herzogliche Polizeidirektion aufgehoben würde und wir bekämen das Recht der Selbstverwaltung auch für die Polizei. Die Stadt muß schon so viel aufbringen, daß sie auch über diese Kosten noch wegkommen kann. Das habe ich auch den Kollegen im Landtage kürzlic heraus erklärt. Ich kann nicht finden, daß das Land so viel für uns aufwendet. Wenn die Stadt auch der Wassertopf des Landes genannt wird, was bringt sie denn dem Lande für Steuern ein! Bei der Beratung des Wahlgesetzes ist zur Sprache gekommen: Wie stehen wir im Verhältnis dem Lande gegenüber? Wir sind ganz ins Hintertreffen gekommen, auch mit unseren Brandversicherungsbeiträgen usw. usw. Ehe nicht geklärt ist, welchen Beitrag die Landesbrandkasse zu dieser neuen Einrichtung leistet, möchte ich auch nicht die Umänderung beschließen. Wir sind mit der bisherigen Einrichtung gut ausgekommen, so daß wir die Beschlußfassung auch noch bis dahin aussetzen können.

Vorsigender: Den Herren ist ja die Vorlage gedruckt zugegangen. Sie finden auf Seite 9 den Antrag: „Der Abschaffung der Pferdebespannung bei der Berufsfeuerwehr und der Anschaffung von vier neuen Selbstfahrern unter Aufwendung von 72000 M zu Lasten des Kap. VII des ordentlichen Haushaltsplans unter der Voraussetzung zustimmen zu wollen, daß der Staat den vertragsmäßigen Zuschuß ($\frac{1}{8}$) und daneben einen angemessenen besonderen Zuschuß leistet.“

Die Versammlung nimmt den Antrag an.

9. Änderung des Statuts über die Unterhaltung einer höheren Mädchenschule und Schaffung einer neuen Stelle bei derselben.

Stadtv. Friede (als Referent der Schulkommission): Unter dem 20. März ist eine Aufforderung des Herzoglichen Staatsministeriums ergangen, betreffend die Neuordnung der höheren Bildungsanstalten für das weibliche Geschlecht im Herzog-

tume. Für unsere Stadtgemeinde würde die höhere Mädterschule und das Lehrerinnenseminar in Frage kommen. Nun sagt in dem genannten Statute das Ministerium, die Gemeinden brauchten allerdings diese Bestimmungen nicht anzunehmen, aber dann wäre auf Anerkennung der Schulen als vollwertiger Anstalten im Sinne der erlassenen Vorschriften und insbesondere ihrer Reisezeugnisse nicht zu rechnen, das Abgangszeugnis des Seminars und der höheren Mädterschule habe infolgedessen auch für Preußen keine Gültigkeit. Wir sind also gezwungen, wenn unsere beiden Anstalten so, wie sie heute sind, weiter bestehen sollen, die Vorschriften, wie sie das Staatsministerium erlassen hat, anzunehmen. Nun hat sich die Statutenkommission und die Schulkommission gemeinschaftlich mit der Frage beschäftigt. Sie werden schon aus diesen meinen Ausführungen sehen, daß wir eigentlich keine große Beratung haben können, da wir folgen müssen. Wesentliche Veränderungen werden in der Schule nicht zutage treten, weil der Lehrplan der höheren Mädterschule sich schon dem anschmiegt, was die Regierung jetzt verlangt. Wohl aber werden im Lehrkörper einige Veränderungen vorkommen müssen, und diese zwingen uns zu höheren Ausgaben. Die Vorschriften lauten dahin, daß der Direktor akademisch gebildet sein muß, und daß in den wissenschaftlichen Fächern der Ober- und Mittelklassen wenigstens die Hälfte der Stunden von akademisch gebildeten Lehrern und Lehrerinnen erteilt wird, die andere Hälfte aber von Lehrern und Lehrerinnen, die die Prüfung für Mittelschulen oder höhere Mädterschulen bestanden haben. Die Mittelschullehrerprüfung haben wir in Braunschweig nicht, dafür tritt hier das Rektorenexamen ein. Es genügt vollständig den Anforderungen, die die preußische Regierung an die Mittelschullehrerprüfung stellt, unsere Rektoren sind sogar noch etwas weitergehend gebildet als die Mittelschullehrer in Preußen. Auf der Unterstufe können Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen angestellt werden. Es handelt sich hauptsächlich um Mehrausgaben, die für die Befoldung der Lehrkräfte verlangt werden. Zu gleicher Zeit haben die beiden Schulen (höhere Mädterschule und Lehrerinnen-Seminar) nach preußischem Muster andere Namen bekommen. Die höhere Mädterschule soll Lyzeum, das Lehrerinnen-Seminar Oberlyzeum heißen. Ich kann konstatieren, daß die beiden Kommissionen nicht recht haben verstehen können, aus welchem Grunde man dieses Fremdwort zur Bezeichnung der beiden Schulen gewählt hat. Wir haben versucht, den Ausdruck nicht ganz oft zu gebrauchen, aber gebraucht hat er werden müssen, um uns den preußischen Vorschriften einzuordnen.

Vorsitzender: Wir kommen jedenfalls am schnellsten mit der Beratung zustande, wenn wir Seite 11 der Vorlage aufschlagen und den § 14, 1—6 zur Beratung stellen und so weitergehen, bis die vorgeschlagenen Statutenänderungen zu

Ende beraten sind. Dann gehen wir zurück zu Seite 10 und sagen: Die Statuten sind genehmigt, und die erforderlichen Mittel werden bewilligt. Ich möchte fragen, ob die Versammlung einverstanden ist, daß wir die Sache so zur Besprechung bringen. (Zustimmung.)

Stadtv. **Fride:** Wir haben in der Schulkommission die Sache so behandelt, daß wir erst die zunächst aufgeführten Grundsätze beraten haben und hinterher die Statuten.

Vorsitzender: Dann bitte ich den Herrn Referenten, sein Referat zu Ende zu bringen.

Stadtv. **Fride:** Was die Gehaltsätze anbetrifft, so sollen nicht akademisch gebildete, ordentliche Lehrer mindestens 600 *M* mehr erhalten als die entsprechenden Lehrer an den öffentlichen Volksschulen, die Zeichenlehrer mindestens 450 *M*, die technischen und Elementarlehrer mindestens 300 *M*, die ordentlichen Lehrerinnen mindestens 400 *M*, die Zeichenlehrerinnen mindestens 300 *M* und die technischen und Elementarlehrerinnen mindestens 200 *M* mehr als die entsprechenden Lehrer an den Bürgerschulen. Die Forderung der Gehaltserhöhung für diese Lehrer und Lehrerinnen hat wohl seinen Grund darin, daß hierdurch die tüchtigsten Lehrkräfte der Bürgerschulen veranlaßt werden sollen, sich um Stellen bei der höheren Mädchenschule zu bewerben. Der Gesamteffekt würde der sein, daß eine Mehrausgabe von 7900 *M* jährlich der Stadt erwachsen würde.

Die Schulkommission ist mit der Statutenkommission darin übereingekommen, die Anträge des Magistrats so, wie sie auf Seite 10 vorgeschlagen sind, zur Genehmigung zu empfehlen.

Stadtv. **Dr. Henking** (als Referent der Statutenkommission): Ich empfehle, daß wir gleich den neu vorgeschlagenen § 14 einer genaueren Betrachtung unterziehen. Ich glaube, es wird nicht nötig sein, jedes einzelne Wort zu verlesen, da sämtliche Herren die Vorlage in autographischer Vervielfältigung in der Hand haben. Es sind in § 14 die verschiedenen Gruppen der Lehrer auseinandergehalten und die verschiedenen Forderungen aufgeführt, die an ihre Wirksamkeit und ihre Vorbildung zu stellen sind. Der Paragraph zerfällt in sechs Abteilungen, demgegenüber der frühere § 14 aus drei Abteilungen bestand.

Die Statutenkommission empfiehlt unter Absatz 3, das in Klammern eingeschobene Wort Oberlizeum zu streichen. Der Herr Vorredner hat schon gesagt, daß man diese Einschöbung in Rücksicht auf Preußen vorgenommen hat. Es würde

sich aber selbst ausnehmen, wenn man in der Stadt Braunschweig, wo durch Hermann Kiegel der deutsche Sprachverein gegründet wurde, an dieser Stelle das schöne deutsche Wort höhere Mädchenschule durch Lyzeum und das Wort höheres Lehrerinnenseminar durch Oberlyzeum ersetzen wollte. Wir haben gedacht, daß nachher bei § 22, Artikel III, die Worte Lyzeum und Oberlyzeum eingetragene werden sollten. Ich habe den § 14 so, wie er den Herren vorliegt, zur Annahme zu empfehlen mit der Ausscheidung des Wortes Lyzeum und noch einer Änderung redaktioneller Art im Absatz 6. Es wird empfohlen, dort zu sagen, „sie müssen sich durch Zeugnisse ausweisen“ statt „dieselben müssen sich durch Zeugnisse ausweisen“. Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, gleich über § 14 beraten und abstimmen zu lassen.

Vorsitzender: Wir kommen also auf meinen Vorschlag zurück. Ich stelle den § 14 zur Debatte.

Stadt. Dr. **Jasper:** Ich will mich nicht gegen die von den beiden Kommissionen vorgeschlagene Fassung wenden, es wird aber angebracht sein, an dieser Stelle grundsätzliche Vorbringungen darzulegen, da sich darnach die Stellungnahme zu allen einzelnen Vorschlägen und einzelnen Bestimmungen richten wird. Herr Kollege Meyerhoff hat bei der Feuerwehr darüber gesprochen, daß es bedauerlich sei, daß wir in polizeilicher Beziehung so wenig Selbstverwaltung besäßen. Ich möchte diese Äußerung bei dieser Gelegenheit unterstützen. Die Selbstverwaltung im Schulwesen scheint mir noch viel mehr unterbunden zu sein. Wir erleben das eigentümliche Schauspiel, daß hier uns Vorschriften gemacht werden über Ausgestaltung eines Lehrplanes und über die Aufwendung der Mittel, die von einer Stelle ausgehen, die sonst nicht gerade sehr freundlich der Aufwendung der Mittel für Lehrergehälter gegenübersteht. Die Anstalten, für die diese Mittel aufgewendet werden sollen, bestehen im Bezirk des Herzogtums lediglich in unserer Stadt, und die Vorschriften, welche Mittel nun aufgewendet werden sollen, werden von einer Stelle erlassen, die unmittelbar mit der Stadt gar keine Berührung hat. Es werden uns Daumenschrauben angelegt, indem uns gesagt wird: Wenn ihr nicht sondernso viele Stellen schafft, nicht diese Gehälter den Lehrkräften gebt, dann können wir der Stadt nicht die bisherigen Berechtigungen einräumen, dann erkennen wir euren Lehrplan usw. nicht an. Es muß nicht nur in den Plänen alles nach Vorschrift eingerichtet werden, sondern auch in der Gehaltsfrage. Da scheint dem Herrn Berichterstatter ein sachlicher Irrtum unterlaufen zu sein. Mit 7900 *M* ist die Sache nicht abgetan, sondern es kommen noch 6200 *M* dazu, da

nach den Forderungen des Ministeriums eine zweite Lehrkraft noch extra geschaffen werden soll. Es werden dann 14 — 15 000 M., die per Ordre der höheren Stelle mehr aufgewandt werden müssen. Da ist doch die Frage angebracht, ob bei dieser Sachlage das Interesse der Stadt so groß ist, diese Anstalt, die dauernd in allen Einzelheiten von einer höheren Macht geregelt wird, aus städtischen Mitteln zu bezahlen und zu unterhalten. Es sind ursprünglich auch Zweifel darüber gewesen, ob das Interesse der Stadt ein so großes sei, und es ist auch bei Beratung der Satzungen schon darauf hingewiesen, daß es an sich bedenklich sei, ohne weiteres alle Bestimmungen uns von dritter Seite diktieren zu lassen. Jetzt sehen wir, wohin das führt. Soweit staatliche Mittel aufgewendet werden sollen für Schulzwecke, hält das Ministerium den Beutel zu. Die Lehrergehälter sind den Wünschen der Beteiligten seinerzeit angepaßt, aber der Staat, vertreten durch das Ministerium, diktiert: „Du mußt mehr zahlen!“ Ich sehe nicht ein, weshalb unser Grundsatz, dem wir gemeinschaftlich zum Durchbruch geholfen haben, daß ohne Rücksicht darauf, an welcher Schule die Lehrkraft beschäftigt wird, die gleiche Besoldung für gleiche Tätigkeit gegeben werden soll, nun nicht mehr richtig sein soll, weshalb an einer höheren Schule ein höheres Gehalt bezahlt werden soll. Ich kann deshalb nur meinem Bedauern Ausdruck geben, daß diese ganze Situation uns in eine unangenehme Sackgasse geführt hat, daß wir die ersten Buchstaben des Alphabets zu sagen begonnen haben und von dritter Seite in unseren Angelegenheiten schalten lassen müssen, wie es uns nicht ganz angenehm sein kann. Ich will nicht so weit gehen, zu sagen: Wir müssen unsere Beschlüsse von früher reformieren, sondern will nur auf diesen eigentümlichen Vorgang von dritter Seite hinweisen, daß wir etwas schlucken sollen, was den Beschlüssen der städtischen Instanzen keineswegs entspricht.

Im übrigen ist die Einrichtung für meine Freunde und mich von wenig Interesse. Es wäre uns lieber, wenn diese erhöhten Mittel der Volksschule zuteil werden könnten als der gehobenen Schule, wozu wir gezwungen werden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Dr. Jasper hat eine Rede gehalten sowohl gegen die preußische Unterrichtsverwaltung als gegen die braunschweigische Staatsregierung. Was die preußische Unterrichtsverwaltung anbetrifft, so mache ich auf folgendes aufmerksam. Ich gebe zu, daß es vom Standpunkte des Braunschweigers aus vielleicht unliebsam empfunden wird, daß die preußische Unterrichtsverwaltung uns, wie Herr Dr. Jasper sagt, Daumenschrauben anlegt. Aber fragen Sie einmal, was die Braunschweiger machen! Sie gehen noch viel weiter und sagen einfach, wenn es sich um die Besetzung einer Stelle handelt: „Wir nehmen nur einen Braunschweiger.“ Dagegen, muß man sagen, ist die preußische Unterrichtsverwaltung noch

nobel; sie sagt: „Wir nehmen zwar Braunschweiger in unseren Schulbetrieb hinein, aber nur unter bestimmten Bedingungen.“ Es wird gesagt: Wir erkennen die Zeugnisse der Anstalten in anderen Staaten nur an, wenn wir die Gewißheit haben, daß der Bildungsgang der gleiche ist wie in Preußen. Ich glaube, gegen diesen Grundsatz kann man so starke Zweifel nicht einwenden. Ich gebe aber zu, man könnte darüber streiten, ob wir den Grundsatz so weit verfolgen sollen, wie es Preußen getan hat, daß wir sagen: Auch die Lehrergehälter sollen in gewissem Verhältnis, wie es in Preußen geschieht, zu den Lehrergehältern der Volksschulen stehen. Das muß aber jeder von Ihnen mit sich ausmachen. So viel ist, glaube ich, sicher: Wenn der Magistrat heute mit einer Vorlage käme, in der gesagt würde: „Dies und dies wird uns zugemutet, wir sind der Ansicht, wir können nicht auf die Sache eingehen und wollen deshalb lieber hier eine höhere Töchterchule unterhalten, deren Zeugnisse nicht anerkannt werden,“ ich glaube, selbst Herr Dr. Jasper würde sagen: „Was für ein kurzfristiger Magistrat ist das, der uns eine solche Zumutung macht. Davon kann keine Rede sein.“ Selbst Herr Dr. Jasper mit seinen Freunden wird sagen: Auf die Anerkennung der Zeugnisse der höheren Mädchenschulen in Preußen müssen wir selbstverständlich mit Rücksicht auf die Verhältnisse der jungen Mädchen und ihre spätere Erwerbsfähigkeit den allergrößten Wert legen. Das Bedauern des Herrn Dr. Jasper kann man teilen, man kann es auch nicht teilen, es bleibt uns nichts übrig, als zu folgen.

Nun hat Herr Dr. Jasper weiter der braunschweigischen Staatsregierung einen Vorwurf gemacht, der mir unerklärlich war. „Der braunschweigische Staat hält, wenn es sich um Aufwendungen für Schulzwecke handelt, den Beutel zu und zwingt die Stadt, zu bezahlen.“ Das tut er nicht! Hier zeigt sich, daß der Staat vorangegangen ist. Ich erinnere daran, daß nach der Bekanntmachung des Ministeriums der Lehrer, der die Einführung in die Unterrichtspraxis im vierten Seminarjahre vornehmen soll, die Qualifikation des Seminarlehrers haben soll. Die Seminarlehrer aber besoldet der Staat erheblich höher als die Stadt ihre Volksschullehrer. Da kann man also nicht sagen: Der Staat hat den Beutel zugehalten und verlangt von der Stadt, sie solle mehr zahlen. Daß der Staat nicht gleich einen höheren Zuschuß geben will, liegt daran, daß die Stadt Braunschweig nicht die einzige Stelle ist, die solche Schulen hat. Herr Dr. Jasper hat sich darin geirrt; auch in Wolfenbüttel besteht ein solches Lehrerinnenseminar, das, soweit bekannt, uns darin vorangegangen ist. Lassen Sie uns die Sache nicht zu sehr bedauern! Es ist richtig, daß der eine oder der andere unangenehm davon berührt werden wird, daß der früher hochgehaltene Grundsatz der städtischen Behörden über Bord geworfen werden soll. Die städtischen Behörden haben den gegenteiligen Standpunkt

aber nur vertreten, soweit es sich um die höheren Mädchenschulen gehandelt hat, bei den anderen höheren städtischen Schulen haben sie den Grundsatz schon verlassen und den seminaristisch gebildeten Lehrern höhere Gehälter zugebilligt. Meine Herren. Sie können gar nicht anders, Sie werden der Vorlage zustimmen müssen im Interesse der Schule selbst und im Interesse der ganzen Einwohnerschaft.

Die Versammlung erklärt sich mit dem § 14 nach den Vorschlägen der Statutenkommission einverstanden.

Stadtv. Dr. Henking: Der § 22, über den wir nun zu beraten haben, spricht über die Gehaltsverhältnisse. Die Gehaltsätze unter a und b lauten mit denen in dem alten Statut überein. Es folgt unter c etwas Neues: die Bestimmungen über das Gehalt der akademisch gebildeten Lehrerinnen. Auch unter d würde eine Neuerung eintreten. Dort sind unter α verschiedene Gruppen der Lehrer namhaft gemacht, nämlich: die ordentlichen Lehrer, die Zeichenlehrer, die Elementar- und Fachlehrer, deren Gehalt, den Grundsätzen getreu, die schon vorhin mein Herr Mitberichtersteller erwähnt hat, um 600 bis 200 \mathcal{M} erhöht angeführt ist. Das Gehalt der ordentlichen Lehrer ist festgesetzt auf 2700—4900 \mathcal{M} , das der Zeichenlehrer auf 2550—4750 \mathcal{M} , das der Elementar- und Fachlehrer auf 2400 bis 4600 \mathcal{M} .

Es folgen unter β die Gehaltsbestimmungen für die ordentlichen Lehrerinnen (1900—3100 \mathcal{M}), die Zeichenlehrerinnen (1800—3000 \mathcal{M}) und die Fachlehrerinnen (1500—2300 \mathcal{M}). Eine Einwendung gegen diese Sätze hat die Statutenkommission nach keiner Richtung hin gemacht.

Die Bestimmungen unter e sind dieselben wie unter g im alten Statut, ebenso die unter f genau dieselben wie unter h in dem alten. — Die nun folgenden Absätze 2—4 waren auch schon in dem alten Statut enthalten, es ist nur seitens des Stadtmagistrats für zweckmäßig gehalten, den gesamten Paragraphen bis zum Schlusse aufzuführen. — Die Statutenkommission beantragt, dem § 22 nach den Vorschlägen des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. Leue: Im Interesse eines guten Deutschs bitte ich, unter e den Schlußsatz in der Weise zu ändern, daß „zu gewährende“ gestrichen wird. Dieser Zusatz ist überflüssig, der Satz würde dann lauten: „... so ist die Vergütung im Einzelfalle durch Vereinbarung festzustellen.“

Vorsitzender: Es meldet sich weiter keiner zum Worte. Ich nehme an, daß § 22 mit der von Herrn Leue beantragten stilistischen Änderung angenommen ist.

Stadtv. Dr. Genting: In Artikel III heißt es: Die sämtlichen Lehrkräfte der städtischen höheren Mädchenschule sind auf Anforderung des Direktors verpflichtet, in den Grenzen ihrer Lehrbefähigung auch an dem mit der höheren Mädchenschule verbundenen Lehrerinnenseminar und ebenso an der städtischen Studienanstalt Unterricht zu erteilen. Die Statutenkommission schlägt vor, hier hinzuzusetzen hinter „städtische höhere Mädchenschule“ „(Gymnasium)“ und zu sagen statt „Lehrerinnenseminar“ „höheren Lehrerinnenseminar (Oberlyzeum)“.

Zu Artikel IV und V habe ich nichts zu erwähnen.

Stadtv. Leue: Ich bitte, das häßliche Wort „dasselbe“ herauszubringen und am Schlusse zu sagen: „Das vorstehende Statut wird, nachdem es . . . genehmigt worden ist, damit veröffentlicht.“

Vorsitzender: Es nimmt keiner der Herren weiter das Wort. Ich nehme deshalb an, daß die Herren mit Artikel III—V einverstanden sind.

Ich lasse jetzt abstimmen über das Statut mit den von der Kommission und von Herrn Leue vorgeschlagenen mehr redaktionellen als sachlichen Änderungen. Ich bitte diejenigen Herren, die der Erneuerung des Statuts in den Kapiteln I—V und den Änderungen, wie wir sie gehört haben, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Herren sind damit einverstanden.

Wir würden nunmehr zu den Anträgen auf Seite 10 kommen. Es wird uns anheimgegeben: 1. den vorgelegten Statutenentwurf genehmigen und die Mittel zur Deckung der danach sich ergebenden Gehälter bewilligen, und 2. zustimmen zu wollen, daß zum 1. April 1913 bei der städtischen höheren Mädchenschule eine neue, entweder mit einer Oberlehrerin oder mit einem Oberlehrer zu besetzende Stelle geschaffen werde.

Ich möchte Herrn Dr. Jasper gegenüber bemerken, daß nach meiner Rechnung nur eine Mehrausgabe von 11 300 M herauskommt, nicht eine höhere.

Die beiden Anträge werden von der Versammlung angenommen.

10. Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens und Verkauf von entbehrlich gewordenem Terrain an der Amalienstraße.

Stadtv. Tolle: Dem Ausbau der Amalienstraße zwischen Gartenstraße und Spinnerstraße haben die städtischen Behörden schon früher zugestimmt. Zum Ausbau ist es erforderlich, einmal ein Terrain zu erwerben von dem Friedrichsliste in Größe von 5,60 a, auf der andern Seite aber einen Teil der bisherigen Straße an

die dortigen Grundbesitzer abzutreten. Die Flächen, die abgetreten werden sollen, sind in einer Größe von 1. 7 qm, 2. 20 qm, 3. 34 qm, 4. 38 qm, 5. 24 qm, 6. 12 qm, 7. 45 qm ausgemessen. Schon im Jahre 1901 ist mit den Anliegern, die unter 3—5 hier bezeichnet sind, ein Vertrag abgeschlossen. Die Herren übernehmen dieses Terrain zu einem Preise von 10 *M* pro Quadratmeter. Auch die übrigen Anlieger sind bereit, zu demselben Preise die an sie zu übergebenden Flächen zu übernehmen. Aus dem vom Magistrat mit den Käufern abgeschlossenen Verträge ist vielleicht der § 4 von Interesse. Es ist in demselben bestimmt, daß die Kosten des Vertrages, der Stempel und der Auflassungen die Käufer übernehmen, ferner auch die öffentlichen Lasten und Abgaben von der Auflassung an. Die Baukommission hat zu dem Verträge nichts weiter zu erwähnen und empfiehlt Ihnen, dem Verträge zuzustimmen.

In zweiter Linie handelt es sich darum, vom Friedrichsstifte das erforderliche Terrain in Größe von 560 qm zu erwerben. Die städtische Bauverwaltung schätzt den Wert des Grundstücks pro Quadratmeter auf 12 *M*, einschließlich der Anlagen auf 15 *M*. Die Verwaltung der Stiftung ist mit diesem Preise durchaus nicht einverstanden, sie verlangt 18—20 *M* pro Quadratmeter. Diesen Preis glaubt der Magistrat dem Stifte nicht bewilligen zu können, er bittet vielmehr, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß gegen das Friedrichsstift das Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet wird. Ich bemerke, daß nicht klar zum Ausdruck gebracht war, ob alles dasjenige, was auf dem Grundstück steht, in dem zugebilligten Preise von 15 *M* pro Quadratmeter mit einbegriffen war. Es handelt sich um eine große Mauer, die das Grundstück einfriedigt. Es ist aber vom Magistrat die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß die Grundstückseinfriedigung sich auf den Preis von 15 *M* nicht mit bezieht. Ich möchte bitten, die Zustimmung dazu zu erklären, daß der Magistrat das Zwangsenteignungsrecht gegen das Friedrichsstift nachsucht.

Der Vertrag wird genehmigt und die Zustimmung zur Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens gegen das Friedrichsstift erteilt.

11. Gewährung eines Zuschusses an das Nikolausstift.

Stadtv. Boeschigt: Das Nikolausstift hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihm zu seinen Ausgaben eine Beihilfe zu gewähren. Es werden im Stifte 61 Kinder in verschiedenem Alter versorgt. Das Stift hat für seine Zwecke unmittelbar neben dem katholischen Friedhofe an der Helmstedterstraße einen Garten

angekauft, welcher teils der Erholung der Insassen, hauptsächlich aber als Augarten für das Stift dienen soll. Das Grundstück ist bereits bezahlt. Es erübrigt nun die Einrichtung des bisherigen Feldes zum Garten, die Anlage von Wegen, sowie die Beschaffung einer Umfriedigung. Die Gesamtausgabe hierfür wird die Summe von 2000 M. erfordern. Für die Ausgaben des Stifts wird nun eine jährliche Beihilfe der Stadt erbeten. Der Magistrat ist der Ansicht, daß diese Wohlfahrts Einrichtungen für die Kinder von großer Bedeutung sind, und daß im Interesse der Armenpflege, die dadurch entlastet wird, es angebracht wäre, dem Stifte einen jährlichen Zuschuß von 100 M zu gewähren. Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Eine jährliche Beihilfe von 100 M wird bewilligt.

12. Instandsetzung einiger Zimmer im Hause Peterfilienstraße 9.

Stadtv. **Riefe:** Der Frauengruppe des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke sind seitens des Magistrats die gegenwärtig leerstehenden vier Räume im ersten Obergeschoß des Hauses Peterfilienstraße 9 überwiesen. Bei der Besichtigung der Räume hat sich herausgestellt, daß zwei der Räume sich in einem sehr mangelhaften Zustande befinden. Der Putz an der Decke würde auszubessern und mit Leinfarbe neu zu streichen sein, die Wände sind mit neuen Tapeten zu bekleben, die Holzteile müssen mit Ölfarbe gestrichen werden usw. Es kommt bei der Instandsetzung ein Kostenpunkt von 160 M heraus, und der Magistrat ersucht uns, diese Summe aus Kapitel 1 des ordentlichen Etats zu bewilligen. Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Genehmigung anheim.

Die Versammlung stimmt der Verwendung von 160 M zu dem angeführten Zwecke zu.

13. Abkommen mit der Straßeneisenbahngesellschaft wegen der Berechnung des Reingewinns.

Stadtv. **Jasper:** Wir haben mit der Straßeneisenbahngesellschaft für das Elektrische Lichtwerk einen Konzessionsvertrag abgeschlossen, der Ihnen wohl im wesentlichen bekannt ist. Der Vertrag hat wiederholt zu Erörterungen in unserer Mitte Veranlassung gegeben, und seine Auslegung ist wiederholt von uns hier begutachtet. Zuletzt haben wir vor etwa Jahresfrist uns damit befaßt, wie der

Begriff des Anlagekapitals im Sinne unseres Konzessionsvertrages aufzufassen wäre, welche Dinge unter „Anlagekapital“ fallen könnten, d. h. welche Sachen unter Umständen, wenn einmal das Werk an die Stadt übergehen sollte, von uns mit übernommen werden müßten, nachdem die notwendigen Abschreibungen gemacht sind. Wir haben uns damals gutachtlich dahin geäußert, daß Vorräte und derartige Sachen nach unserem Vertrage (kaufmännisch kann man das dahingestellt sein lassen) als Anlagekapital nicht zu gelten haben. Aber aus Billigkeitsgründen haben wir uns einverstanden erklärt, wenn die runde Summe von 200 000 *M* für die Berechnung des Reingewinns uns gegenüber mit in Anrechnung gestellt würde. Eine weitere Verhandlung im Februar d. J. führte dahin, daß wir uns auch einverstanden erklärten, daß eine Einrichtung, die es ermöglichen sollte, von der Straßenbahn aus Strom für das Lichtwerk durch eine verstärkte Stromzuleitung zu gewinnen, angelegt werden sollte. Wir erklärten aber ausdrücklich, daß wir uns nicht für verpflichtet hielten, diese Anlage künftig zu übernehmen, sondern wir behielten uns vor, daß erst noch eine Entscheidung der städtischen Behörden herbeigeführt werden solle, ob diese Anlage übernommen werden soll oder nicht, daß mit einem Wort diese Anlage aus unserem Vertragsverhältnis auszuscheiden habe. Die Direktion der Straßeneisenbahn hat nun diese Beschlußfassung von Anfang Februar d. J. zum Anlaß genommen, zu sagen: Dann ist das Anlagekapital um diese Summe zu kürzen, was rechnerisch zu dem Ergebnis führt, daß ein etwas höherer Reingewinn für das letzte Jahr abgegeben werden müßte, nämlich 219,95 *M* mehr. Der Magistrat schlägt vor, daß wir genehmigen sollen, daß bei Berechnung des Reingewinns für 1910/11 nachträglich die früher auf in Maximo 200 000 *M* festgesetzte, dem Anlagekapital im engeren Sinne zuzurechnende Summe um die Kosten der erwähnten Stromzuführung = 10 997,50 *M*, also auf 210 997,50 *M* erhöht werde, und daß er ermächtigt werde, diese 219,95 *M* für dieses Jahr anzunehmen. Obwohl das sehr verlockend klingt, so sitzt der Schelm dem Antrage der Straßenbahn doch im Nacken. Die Finanzkommission meint, von dem Grundsatz, der im Januar vorigen Jahres die Billigung der städtischen Behörden gefunden hat, nicht abweichen zu sollen, daß es also ruhig dabei bleiben solle, daß wir das Pauschquantum auf 200 000 *M* festgesetzt haben, und daß wir auf irgendwelche weiteren Zugeständnisse der Lichtwerkverwaltung uns in keiner Weise einlassen sollen, sondern sie aus grundsätzlichen Bedenken ablehnen. Sachlich würde es nicht viel verschlagen, wenn wir dieser Erhöhung des Anlagekapitals zustimmten, aber man weiß nicht, welche Forderungen dann noch weiter kommen werden. Ich bitte deshalb namens der Finanzkommission, sich auf die Erhöhung grundsätzlich nicht einzulassen.

Vorsigender: Die Finanzkommission ist also direkt zur Ablehnung des Antrages gekommen. Das Wort wird nicht gewünscht. Ich stelle den Antrag der Kommission zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche einer Erhöhung des Anlagekapitals auf 210 997,50 *M* nicht zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht). Das ist die Majorität. Damit ist das Entgegenkommen des Magistrats gegenüber dem Lichtwerke abgelehnt.

14. An- und Verkauf von Flächen an der Ecke der Leopold- und Friedrich-Wilhelmstraße.

Stadtv. **Meyerhoff:** Die Sache hat uns schon im März d. Js. beschäftigt. Es war uns ein notarieller Vertrag über diese Flächen vorgelegt, der die Genehmigung der geehrten Versammlung nicht erhalten hat, weil wir keinen Präzedenzfall schaffen wollten. Wie auf dem Lageplan angegeben ist, ist die Ecke der Leopoldstraße und Friedrich-Wilhelmstraße abgerundet, und das hierdurch freigewordene Terrain von 2,5 qm sollte nebst anderen freigewordenen Flächen in den Besitz der Stadt übergehen und dafür seitens der Stadt 500 *M* herausbezahlt werden. Es liegt uns heute eine Ergänzung jenes Vertrages der Stadt mit den Eigentümern des Grundstücks, Gebrüder Levin, vor. Es handelt sich jetzt nur noch um Flächen an der Leopoldstraße. Darnach bekommt die Stadt zusammen 1,2 qm zur Straßenfläche und gibt 0,2 qm an das Grundstück ab. Als Preis für das Quadratmeter ist 80 *M* angenommen, gegen dessen Ungemeessenheit nichts einzumenden ist. Es würden also an die Firma Gebr. Levin 96 *M* zu zahlen sein, davon gehen ab 16 *M* für die 0,2 qm, so daß die Stadt noch 80 *M* herauszuzahlen hat. Statt 500 *M* nach dem früheren Vertrage sollen jetzt also seitens der Stadt nur 80 *M* gezahlt werden. An die Versammlung wird das Ersuchen gerichtet, sich mit dem veränderten Vertrage einverstanden zu erklären. Namens der Baukommission bitte ich um Genehmigung.

Dem abgeänderten Vertrage wird seitens der Versammlung zugestimmt.

15. Aufnahme der Straße 616 in den Ortsbauplan und Ausbau derselben.

Stadtv. **Busch:** Der Maurermeister Bohnert hier hat beantragt, die mit Nr. 616 bezeichnete Straße (es handelt sich um eine Verbindungsstraße zwischen Madamenweg und Kreuzstraße) in den Ortsbauplan aufzunehmen und ihn als Unternehmer für diese Straße zuzulassen. Nach Ansicht des Magistrats stehen diesem Antrage Bedenken nicht entgegen, und zwar um so weniger, da es sich um den Bau von Drei-Zimmer-Wohnungen handelt, einer Art von Wohnungen, die immer noch

in Braunschweig fehlt. Der Magistrat hat nun einen Vertrag mit Bohnert abgeschlossen, der vor allen Dingen die Sicherungen enthält, die einem derartigen Vertrage zugrunde gelegt werden, und der nur insofern zu einer besonderen Bemerkung Anlaß gibt, als die für die stadtseitige Übernahme der Unterhaltung der Straße von dem Unternehmer zu zahlende Abfindungssumme unter der Annahme nicht einer dauernden, sondern nur einer etwa 7jährigen Unterhaltungspflicht berechnet ist. Das Entgegenkommen wurde gezeigt, weil der Unternehmer den Abschluß des Vertrages davon abhängig machte, andererseits auch der Stadt sehr an der Förderung des Baues von kleinen Wohnungen gelegen ist. Der Magistrat richtet an uns das Ersuchen, den Teil-Ortsbauplan und den notariellen Vertrag zu genehmigen. Wir haben uns in der Baukommission gestern mit der Angelegenheit befaßt, sind zu der Überzeugung gekommen, daß wir dem Vorschlage nur zustimmen können und bitten auch die geehrte Versammlung, dem Ersuchen des Magistrats zu folgen.

Die Magistratsanträge werden angenommen.

16. Anfrage Wesemeier über Errichtung eines Viehhofes und Einrichtung von Viehmärkten.

Die Anfrage lautet: In welchem Stadium der Verhandlungen befindet sich die Frage der Errichtung eines Viehhofes und die Einrichtung von Viehmärkten in Braunschweig?

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Meine Herren. Vor fünf Jahren stellte unser früherer Kollege Kalm hier den Antrag, einen Viehhof zu errichten, und vor vier Jahren richtete die Schlachthausdeputation einen gleichen Antrag an den Magistrat. Vor fünf Jahren wurde der Antrag zurückgezogen, nachdem vom Magistrat erklärt worden war, daß er sich mit der Frage beschäftige und nähere Auskünfte über diese Frage einziehe. Als im folgenden Jahre der Antrag der Schlachthausdeputation erörtert wurde, machte der Magistrat eine Vorlage und beantragte darin, ihm 900 M zu den Vorarbeiten, zur Ausarbeitung eines Plans usw. zu bewilligen. Die Finanzkommission unterbreitete der Versammlung folgenden Antrag, der auch angenommen wurde: „Der Magistrat wird ersucht, vor definitiver Beauftragung zur Ausarbeitung eines Vorentwurfs an zuständiger Stelle Erkundigungen über die Maßnahmen und eventuellen Aussichten der vom Reiche geplanten räumlichen Trennung der Schlachthöfe von den Viehhofmärkten einzuziehen,“ und der Referent der Finanzkommission fügte hinzu: „Sollte dann die vom Magistrat eingezogene Erkundigung so lauten, daß der Antrag der Regierung vom Reichstage

voraussichtlich angenommen werden wird, so bitte ich, daß der Magistrat uns weiter Mitteilung macht, während bei einer Auskunft im entgegengesetzten Sinne der Vorentwurf nebst Kostenüberschlag ausgearbeitet wird.“ Seit der Zeit haben wir von dem Plane der Errichtung eines Viehhofs nichts mehr gehört. Nun ist zweifellos die Errichtung eines Viehhofs für jede größere Stadt eine dringende Notwendigkeit. Sie liegt nicht nur im Interesse der Schlachter, sie liegt, wie früher schon ausgeführt ist, im Interesse der ganzen Bevölkerung; im Interesse der Schlachter insofern, als sie bequemer einkaufen können und an Betriebskosten sparen, im Interesse der Bevölkerung um deswillen, weil die Fleischpreise unter Umständen durch den billigeren Vieheinkauf heruntergedrückt werden können. Ich erinnere Sie nur an die Debatte im Reichstage. Dort schoben die Agrarier die Schuld auf die Schlachter, und diese wieder sagten: Ihr seid schuld, daß die Fleischpreise so hoch sind. Es ist selbst vom Magistrat anerkannt worden, daß in den benachbarten Städten Hannover und Magdeburg die Viehpreise tatsächlich 5 bis 10 *M* billiger sind als in Braunschweig, wo kein Viehhof besteht und infolgedessen der Viehhandel weniger bedeutend ist. Er erkannte auch an, daß es wünschenswert sei, diese Frage zu fördern. Wir wissen ja, daß die Agrarier keine Freunde der Viehhöfe sind. Besonders der Berliner Viehhofsdirektor hat in einem seiner Jahresberichte lebhaft Klage darüber geführt, welche außerordentlichen Schwierigkeiten ihm bei der Viehhofsfrage in Berlin von seiten des Landwirtschaftsministers gemacht wurden. Dort schob man die Viehseuchenfrage vor. Das vorige Jahr hat uns bewiesen, daß die Viehmärkte nicht den Einfluß auf die Viehseuche haben, den man ihnen von seiten der Landwirtschaft zuzurechnen versucht hat. Amtlich ist 1892 schon anerkannt, daß die Gleichgültigkeit der Besitzer (so wörtlich im Bericht des Gesundheitsamts) die Ursache zur Verbreitung der Seuchen sei, nicht aber die Viehhöfe.

Ein Risiko hat, darüber sind wir alle einig, die Stadt bei dem Betriebe eines Viehhofs absolut nicht, da das Geld für seine Unterhaltung durch die Gebühren aufgebracht wird. Wir müssen das Betriebskapital, das aber wiederum aus der Schlachthauskasse kommt, vorschießen, ein finanzielles Risiko jedoch liegt für die Stadt absolut nicht vor. Aber die Landwirtschaft hat sich dagegen erklärt und auch die Herzogliche Polizeidirektion. (Widerpruch.) Das steht in unserem Protokoll Nr. 61 vom Jahre 1908/09. Der Herr Polizeidirektor hat gewarnt, man möge nicht an die Errichtung von Viehhöfen herangehen, bevor man nicht die Zustimmung der Landwirte habe. Meine Herren. Ich glaube aber, daß die Meinung von dieser Seite, von der Landwirtschaft und von der Seite des Polizeidirektors, für unsere städtischen Betriebe absolut nicht maßgebend sein kann. Das steht für mich fest: Was die Agrarier bekämpfen, ist gewöhnlich für die Städte gut. Ich erinnere

daran, daß die allermeisten großen Städte Viehhöfe mit Fettviehmärkten haben; vor 12 Jahren waren es schon 32 Städte in Deutschland. Braunschweig marschirt schon hinten an und wird womöglich noch von Wolfenbüttel überflügelt werden, das jetzt ein schönes Schlachthaus baut. Ich weise darauf hin, daß sich Hildesheim einen Viehhof geschaffen hat, und daß es uns mit seinem Markte ungünstig beeinflussen wird, wenn wir nicht vorgehen.

Es hat auch geheißen, reichsgesetzliche Bestimmungen könnten uns noch entgegenstehen. Ja, meine Herren, die Reichsjeuchenbestimmungen können uns heute nicht mehr entgegenstehen. Unser Grundstück bei dem Schlachthause ist so groß, daß selbst bei den schlimmsten Trennungsbestimmungen eine Trennung zwischen Vieh- und Schlachthof durchgeführt werden kann, so daß die neuen reichsgesetzlichen Bestimmungen absolut nicht in Frage kommen können. Das kann also nicht der Grund sein, warum die Frage verzögert worden ist. Auf diesem Standpunkte steht auch die Schlachterinnung. In den Interessentenkreisen wird heute schon gesagt: Wir Braunschweiger haben keine Veranlassung, uns über die Langsamkeit der preußischen Behörden bei unserer Bahnhoffrage zu beklagen. Sie ist in der Stadt Braunschweig in bezug auf den Viehhof ebenso groß. Mehrere Jahre vor dem Antrage Kalms hat die Schlachterinnung schon an den Magistrat das Ansinnen gerichtet, den Viehhof zu bauen. Das ist protokollarisch festgelegt. Es wäre wohl zu wünschen, daß die Forderung der Innung, die zu gleicher Zeit im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt, endlich erfüllt würde. Über sechs Jahre warten die Herren darauf, daß man ihren berechtigten Wünschen Rechnung trägt. Ich meine, selbst wenn nur drei Jahre Bauzeit für die Errichtung eines Viehhofs angenommen werden dann haben wir immerhin ein Duzend Jahre zugebracht von der Einbringung des Antrages bis zur Fertigstellung des Viehhofs. Seit vier Jahren haben wir nichts davon gehört, es ist dringend zu wünschen, daß die Ausführung nun etwas beschleunigt wird. Ich bemerke noch, daß vor 14 Tagen in der Schlachterinnungsversammlung beschlossen ist, die Frage mit allen Kräften zu fördern. Vielleicht ist an den Magistrat ein derartiger Antrag schon eingegangen.

Stadttrat von Frankenberg: Der Herr Vorredner kann darüber vollständig beruhigt sein, daß agrarische Wünsche und Einflüsse im Magistrat in diesem Falle keineswegs die Veranlassung sind, daß er die Angelegenheit einstweilen im Schlachthausausschuß nicht weiter betreibt. Es ist uns vom Ministerium der dringende Rat gegeben, so lange nicht mit der Ausarbeitung der einzelnen Pläne für einen Viehhof weiter vorzugehen, bis nicht die Bundesratsbestimmungen über Viehmarkt- und Viehhofsanlagen erledigt sind, auf die wir heute noch warten. Wir würden in die

Lage kommen können, in der Ausführung sofort die ganzen Pläne über den Haufen werfen oder die ganze Anlage kostspielig umgestalten zu müssen, wenn wir die Bestimmungen nicht abwarten wollten. Ich muß bitten, in dieser Hinsicht sich auf seiten des Herrn Wesemeier zu gedulden, wie wir uns auch haben gedulden müssen. Der Bestimmungsentwurf, der uns vorgelegen hat, enthält einschneidende Bestimmungen über die Viehmärkte und die Viehhöfe. Obgleich das Vorprojekt der städtischen Bauverwaltung ausgearbeitet ist und der Schlachthausausschuß sich damit schon befaßt hat, ist innerhalb dieses Ausschusses unter Mitwirkung der Fleischerinnung beschlossen, die Angelegenheit so lange ruhen zu lassen, bis wir in nächster Zeit die bundesrätlichen Ausführungsbestimmungen haben werden. Daß die geehrte Versammlung, vor der ich heute zu sprechen den Vorzug habe, unsere Auffassung billigt, geht daraus hervor, daß die Magistratsvorlage mit dem Antrage, die Ausarbeitung stattfinden zu lassen, als sie an die Versammlung kam, sofort bei den Stadtverordneten auf gewisse Bedenken stieß. Es wurde damals sofort geltend gemacht, wenn der Bundesrat uns mit Bestimmungen kommt, die den Verkehr zwischen dem Vieh- und Schlachthof betreffen, werden wir die größten Schwierigkeiten haben. Diese Bedenken sind durch die Verhandlungen im Ministerium und Bundesrate zwar beseitigt, es sind jedoch noch andere neue Bedenken über den Betrieb von Viehhöfen aufgetaucht. Infolgedessen ist der Schlachthausausschuß beim besten Willen nicht in der Lage, die Angelegenheit so schnell zu fördern, wie Herr Stadtv. Wesemeier es gern möchte.

17. Antrag Loeschigt auf Anpflanzung von Bäumen an verschiedenen Straßen und Plätzen.

Der Antrag lautet: Die Unterzeichneten beantragen, die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, an folgenden Plätzen und Straßen der Innenstadt zur Verschönerung des Stadtbildes Bäume anzupflanzen, und zwar

Agidienmarkt 9	eine Blutbuche,
An der Katharinenkirche 16 . . .	eine Blutbuche,
Banckplatz 8	eine oder zwei Linden,
Wendenstraße 24	eine Eiche,
Bäckerflint 1	eine Birke,
Wollmarkt 9	eine Birke oder Gleditschia triacanthos,
Wilhelmstraße 30	eine Birke oder Magnolia hypoleuca,
Wilhelmstraße 61	eine Ulme,
Bohlweg 38 (gegenüber 58) . . .	eine Birke,
Wüsteworth	eine Birke,

und auch andere Bäume.

Stadtv. **Loeschigt** (zur Begründung): Ende 1904 habe ich die Bepflanzung der Marktplätze unserer Stadt mit einem oder mehreren Waldbäumen verschiedener Art aus Schönheitszwecken beantragt. Die Bepflanzung ist im Frühjahr 1905 und 1906 erfolgt. Die Bäume haben sich zur Freude der Anwohner und der Passanten der betreffenden Plätze gut entwickelt. Die Bereitwilligkeit des Magistrats, die Unkosten, die aus den Einkünften der Luise-Ottmer-Stiftung gedeckt wurden, zu bewilligen, ist allgemein anerkannt. Die in dem Antrage genannten Stellen sind zur Bepflanzung ebenfalls gut geeignet, sie werden durch dieselbe sicherlich verschönt. Ich bitte, meinen Antrag prüfen und berücksichtigen zu wollen.

Gleichzeitig stelle ich zur Erwägung anheim, ob nicht an den Stadtkirchen an solchen Stellen, die große fenster- bzw. schmucklose Flächen belebten Straßen zuwenden, Esen oder wilder Wein angepflanzt werden kann.

Der Antrag wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Beratung überwiesen.

18. Antrag Munte, Bepflanzung der Seitenwege des Hagen- und Altwiefrings mit anderen Bäumen.

Der Antrag lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die auf den Seitenwegen des Hagen- und Altwiefrings stehenden Quitschbeerbäume und späten Traubenkirschchen durch andere Baumsorten, z. B. Weißbirke oder Mehlsbeerbäume, zu ersetzen.

Stadtv. **Munte** (zur Begründung): Das Bestreben der städtischen Baubehörde, auf den Straßen und Plätzen möglichst verschiedene Baumsorten anzupflanzen, ist als durchaus berechtigt vollauf anzuerkennen, dient es doch zur Belehrung unserer auf den höheren wie unteren Schulen heranwachsenden Jugend, fördert es ebenso die Ziele des gar zu kleinen botanischen Gartens und bringt es in das Straßenbild durch andere Baumformen, Blattarten und verschiedene Farbenshattierungen angenehme Abwechslung.

Das Bestreben muß aber immerhin den gebotenen Verhältnissen Rechnung tragen und darf nicht fortgesetzt werden, wenn man erkannt hat, daß einzelne Sorten Bäume sich gar nicht dazu eignen, in städtischen Straßen gepflanzt zu werden, weil sie kein Fortkommen finden.

Die Quitschbeere oder Eberesche, auch Vogelbeere genannt, ist mit ihren feingesiederten Blättern, den weißen, in Trugdolden gestellten Blüten, den scharlachroten, im Winter von den Schwarzdrosseln gern aufgenommenen Früchten an und für sich ein schöner Baum, aber eine entschiedene Lichtpflanze, die auf dem Hagen-

ringe trotz seiner Breite (wie auch auf der schmalen Elmstraße) nicht vorwärts kommt, vermutlich, weil sie zu wenig Wasser findet. Vor etwa 20 Jahren sind auf dem Hagenringe etwa 60 Stück Quitschbeeren gepflanzt, von denen nur noch 12 schlecht aussehende Exemplare stehen. Trotz anzuerkennender eifrigster Pflege, Kasten, Beschneiden usw. sterben die Bäumchen immer wieder ab, so daß alle Jahre 10 Stück nachzupflanzen waren.

Der späten Traubenkirsche mit ihren lanzettförmigen, gesägten, langgestielten zierlichen Blättern geht es ebenso; fast nie hat sie ihre stark duftenden, in zahlreichen Trauben stehenden Blüten gezeigt, von etwa 100 Bäumen ist die Hälfte, teils mehrfach, ersetzt.

Als Ersatz werden Weißbirken, die auf der Bernerstraße, und Mehlbeerbäume, die auf der Roonsstraße vorzüglich gedeihen, empfohlen. Beide Baumsorten sind prächtige Straßenbäume.

Die in verschiedenen Sorten vorkommende Weißbirke hat einen schlanken, weißen Stamm, leichte, zierlich verästelte, dünn belaubte Krone, doppelt gesägte, herzförmige Blätter, sie leidet selten durch Frost, hat überhaupt wenig Feinde. Wegen Neigung zum Schiefwachsen ist sie in den ersten Jahren gut anzubinden.

Der gemeine Mehlbeerbaum mit seinen eiförmigen, gesägten, unten weißfilzigen Blättern, seinen kugligen, bald gelb werdenden, im Herbst scharlachroten Früchten verträgt selbst starkes Beschneiden.

Beide Baumsorten werden, weil sie nicht allzu stark schatten, den Anwohnern der betr. Straßen viel Freude bereiten.

Ich wiederhole deshalb meine Bitte: die an genannten Straßen stehenden Quitschbeeren noch in diesem Herbst, die Traubenkirschen gelegentlich durch andere Baumsorten ersetzen zu wollen.

Vorsitzender: Der Antrag ist schriftlich genügend unterstützt. Ich überweise auch ihn der Baukommission zur Vorberatung.

Als Herr Stadtv. Fricke das Wort zu einer noch eingegangenen Vorlage nehmen will, bemerkt Herr

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Es werden noch mehrere Vorlagen an die Herren eingehen, deren Erledigung vor den Ferien dringend wünschenswert ist. Bis zum nächsten Donnerstag werden wir kaum in der Lage sein, die Sachen vorzubereiten. Es wäre wünschenswert, wenn vielleicht am Ende der nächsten Woche noch eine Sitzung stattfinden könnte.

Der Herr **Vorsitzende** stellt durch Befragen der Versammlung fest, an welchen Tagen zur Beschlußfähigkeit der Versammlung noch genügend Stadtverordnete in Braunschweig anwesend sein werden, bemerkt, daß er darnach jedenfalls am Sonnabend, dem 30. Juni oder Montag, dem 1. Juli noch eine Sitzung anberaumen wolle, und schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von $4\frac{1}{4}$ bis $7\frac{3}{4}$ Uhr.

Be richt

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. Juli 1912.

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Erweiterung verschiedener Abteilungen der städtischen Mädchenfortbildungsschule | Seite 151 |
| 2. Kanalisierung von Ofergräben südlich der Dammelsburgerstraße | " 152 |
| 3. Errichtung eines Schuppens im Schulgarten an der Oferstraße. | " 155 |
| 4. Umbau des Schuldienerhauses auf dem Schulgrundstück an der Reichsstraße . | " 156 |
| 5. Einführung einer Prefsgasbeleuchtung auf dem Kohlmarke und der sich anschließenden Straße der Friedrich-Wilhelm-Straße bis zur Post | " 156 |
| 6. Anschaffung einer fahrbaren Pumpenanlage. | " 157 |
| 7. Ausbau der Heerenstraße zwischen Gyliaßring und den projektierten Straßen 434 a und 435 a. | " 158 |
| 8. Aufbau der Studienanstalt und Schaffung einer neuen Oberlehrerstelle daselbst | " 158 |
| 9. Schaffung von Räumen für den naturkundlichen Unterricht für die Studienanstalt, das Lyzeum und das Oberlyzeum | " 163 |
| 10. Projekt über die Errichtung eines Gebäudes für die Knabenmittelschule . . . | " 173 |
| 11. Einsprache gegen Änderung des Ortsbauplans für den Damm | " 177 |
| 12. Ausbau von Teilstrecken der Hermann-, Wittke- und Diesterwegstraße . . | " 187 |
| 13. Erwerb von Grundflächen zur Cellerstraße. | " 189 |
| 14. Auswechslung eines Hydranten an der Ecke der Hamburgerstraße und der Rosentwete | " 190 |
| 15. Änderung der Fenster in der Schule an der Leopoldstraße. | " 191 |
| 16. Errichtung von Unterkunftsräumen auf dem Leonhardplatz | " 191 |
| 17. Erwerb einer Fläche für den Ausbau der Schunterstraße | " 192 |
| 18. Beihilfe für den Bundestag deutscher Schuhmacherinnungen | " 192 |

19. Antrag Sander, Beihilfe für den 2. Deutschen Mittelstandstag betr.	Seite 192
20. Antrag Riefe wegen Instandsetzung der Fußwege am Bienröderwege und auf anderen Straßen	" 200
21. Antrag Voetschigf wegen Instandsetzung der Frankfurterstraße in ihrer letzten städtischen Strecke.	" 202
22. Anschaffung eines Schauschranks für das Städtische Museum	" 203

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Ketemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Schöttler** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Bähr**, **Edhardt**, **Hartung**, **Lange**, **Löhnesinke**, **Ribbentrop**, Dr. **Boge**, Dr. **Wolters**.

Vorsitzender **Hauswaldt**: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben des Vereins für Feuerbestattung. Es richtet sich gegen den von uns gewählten Platz für die Feuerbestattungshalle. Da ein gleiches Schreiben an den Stadtmagistrat abgegangen ist, nehmen wir dieses hier zu den Akten.

Sodann ist ein Schreiben des Magistrats eingegangen, in dem Mitteilung gemacht ist, daß jedem der Herren der Verwaltungsbericht für die Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1911 zugestellt ist. Wir nehmen vielleicht im Laufe des Jahres, wenn einmal eine schwache Tagesordnung vorliegt, Gelegenheit, eine Besprechung des Buches auf die Tagesordnung zu setzen, damit den Herren Gelegenheit gegeben wird, Wünsche auszusprechen oder Anfragen über den Inhalt an den Magistrat zu richten.

Ferner ist eingegangen eine Einladung des Ausschusses für den Provinzialverband evangelischer Arbeiter und Arbeiterinnen der Provinz Hannover und der angrenzenden Landesteile für die Versammlungen vom 13.—15. Juli d. J. Ich lege die Einladung auf den Tisch des Hauses nieder und bitte die Herren, die sich dafür interessieren, davon Einsicht zu nehmen.

Weiter ist eingegangen ein Schreiben des Gesamtausschusses für den zweiten reichsdeutschen Mittelstandstag. Es enthält die Bitte um Zuwendung einer Beihilfe für die Tagung. Ein ähnliches Schreiben ist dem Magistrat zugegangen. Da der Magistrat die Gewährung einer Beihilfe abgelehnt hat, ist jetzt die gleiche Bitte an uns gerichtet. Unserer Gepflogenheit gemäß überweise ich das Gesuch der Statutenkommission zur Vorberatung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat der Herr Oberbürgermeister das Wort.

Oberbürgermeister Hetemeyer: M. H. Es ist Ihnen bekannt, daß, nachdem das Bahnhofprojekt uns übermittelt war, eine Vorberatung desselben im Bahnhofsaußschuß stattgefunden hat, und daß wir dann, und zwar am 6. März, an den königlich preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten ein Schreiben gerichtet haben, in dem wir baten, es möchten Kommissare ernannt werden, mit denen wir hier verhandeln könnten. Darauf ist jetzt eine Antwort eingegangen, die folgendermaßen lautet:

„Berlin, den 19. Juni 1912.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bei der Prüfung der im gefälligen Schreiben vom 6. März d. J. gestellten Einzelragen, über welche die Herbeiführung einer Verständigung vom Stadtmagistrat vor Einholung der Zustimmung der Stadtverordneten zu dem betreffenden Abkommen hinsichtlich der Ausführung des Entwurfs D für die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Braunschweig für zweckmäßig erachtet wird, hat sich herausgestellt, daß der Entwurf in einzelnen Teilen noch geändert werden muß, um dem Verkehrsbedürfnis in vollem Umfange Rechnung zu tragen.

Unter diesen Umständen muß die vom Stadtmagistrat gewünschte Besprechung in Braunschweig unter Zuziehung der braunschweigischen Behörden noch einige Zeit hinausgeschoben werden. Die Bearbeitung der Entwurfsänderung wird so beschleunigt werden, daß die Besprechung dann voraussichtlich Mitte September d. J. stattfinden kann.

Die mit dem gefälligen Schreiben vom 20. März d. J. zurückgesandten Pläne habe ich für die weitere Bearbeitung zurückbehalten.

J. B. Stinn.“

Öffentlich hat die Besprechung dann den gewünschten Erfolg.

Vorsitzender: Wir treten ein in die Tagesordnung.

1. Erweiterung verschiedener Abteilungen der städtischen Mädchenfortbildungsschule.

Stadtv. Leue: Die Zahl der Schülerinnen der hauswirtschaftlichen Abteilungen unserer Mädchenfortbildungsschule hat sich im Laufe der Zeit verdoppelt, so daß sich das Bedürfnis ergeben hat, verschiedene Anschaffungen zu machen, bezw. neue Einrichtungen zu treffen. Die Direktion der städtischen Fortbildungsschule hat sich

deswegen mit verschiedenen Wünschen an den Magistrat bezw. den Schulvorstand gewandt. Es wird folgendes als erforderlich erachtet:

1. die Anstellung einer zweiten Haushaltungslehrerin. Hierfür wird Fräulein Hocker in Vorschlag gebracht, deren Vergütung jährlich 1000 *M* betragen wird;
2. die Erteilung von neun weiteren Plätttestunden in der Woche. Da die Vergütung für eine Stunde zu 1 *M* gerechnet wird, so betragen die Kosten hierfür 360 *M*;
3. ist erforderlich die Erteilung von 16 Unterrichtsstunden in Maschinennähen, Ausbessern usw. Diese werden 780 *M* Unkosten verursachen;
4. sind die deutschen Stunden um zwei zu vermehren. Die Erteilung des Unterrichts würde einem Lehrer zu übertragen sein und die Vergütung dafür 200 *M* jährlich ausmachen;
5. kommt eine Erhöhung der Ausgaben für Lebensmittel (das sind die Nahrungsmittel, die für den Kochunterricht gebraucht werden) in Betracht. Da bislang 400 *M* gebraucht sind und die Zahl der Schülerinnen sich mehr als verdoppelt hat, so werden die voraussichtlichen Ausgaben um 440 *M* steigen.
6. Es hatte sich das Bedürfnis herausgestellt, in der gewerblichen Abteilung dieser Schule zunächst in einer Klasse Zeichenunterricht einzuführen. Das hat sich bewährt, und es wird nunmehr gewünscht, daß zwei weitere Stunden Zeichenunterricht in einer anderen Klasse gegeben werden. Dafür würde eine Vergütung von 80 *M* jährlich zu zahlen sein.

Insgesamt würden sich die Bewilligungen auf 2860 *M* belaufen.

Der Stadtmagistrat hält diese Aufwendungen für angebracht und notwendig; er ersucht um unsere Zustimmung, diese Mehrkosten bis zu 2860 *M* zu Lasten der Kasse der städtischen Mädchenfortbildungsschule aufzuwenden. In der Finanzkommission haben wir die Angelegenheit beraten und sind einstimmig zu der Überzeugung gekommen, daß die Aufwendung dieser Mittel zweckdienlich ist. Namens der Finanzkommission habe ich Sie zu bitten, Ihre Zustimmung zu den Vorschlägen zu erteilen.

Die Mehrkosten werden bewilligt.

2. Kanalisierung von Okergräben südlich der Bammelsburgerstraße.

Stadtv. Frühling: Die Erben der Ehefrau des früheren Tischlermeisters und Bauunternehmers Jung haben schwere Klagen darüber geführt, daß die Mieter des ihnen gehörigen Grundstückes Schubertstraße 5 durch die übeln Gerüche stark

belästigt würden, welche den südlich der Schubertstraße gelegenen Ausmündungen der kanalisierten Strecken des Wenden- und Burgmühlengrabens entströmen. Sie haben damit den Antrag verknüpft, die offenen Strecken dieser Gräben bis zur Bammelsburgerbrücke zu überwölben. Eine Prüfung hat ergeben, daß diese Beschwerde begründet ist, und deshalb ist ein Projekt ausgearbeitet, bei dem nicht allein dieser Graben, sondern auch der, welcher das Wasser, das von der Wilhelmstraße kommt, zusammenfaßt, überwölbt werden soll. Die Kosten dafür würden 14 000 *M* ausmachen, und der Magistrat beantragt, sie zu bewilligen.

Die Baukommission hat die Sache beraten und hat Bedenken gegen die Sache gefunden. Die Belästigung besteht dem Wesen nach in Dünsten. Wenn nun diese Überwölbung stattfindet, so wird der Austritt der Kanalgaße lediglich von dem jetzigen Ausgange an die Bammelsburgerbrücke verlegt. Die Beschwerden, die jetzt von den Anwohnern der Schubertstraße geführt werden, würden dann später bei den Anwohnern der Bammelsburgerbrücke zum Ausdruck kommen. Das würde kaum zweckmäßig erscheinen, ja noch ungünstiger sein, weil dann der Austritt der Gaße nahe bei der Promenade liegt. Die Baukommission hat deshalb vorgeschlagen, keine Überwölbung vorzunehmen, sondern an dem Auslauf der beiden übelriechenden kanalisierten Strecken zwei Entlüfter aufzustellen, also zwei schornsteinartige Ausströmungsöffnungen, deren Luftsäule durch einen Ventilator (Exhaustor) in Bewegung gehalten wird. Der Magistrat hat sich in der Baukommission mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt und hat auch durch die städtische Bauverwaltung die Kosten für die neu vorgeschlagene Einrichtung feststellen lassen. Sie werden pro Entlüftungsschornstein 800 *M*, im ganzen also 1600 *M* betragen; der Betrieb eines Exhaustors, wenn er ständig läuft und mit Elektrizität betrieben wird, wird vermutlich 600 *M* jährlich verlangen. Diese letzteren Kosten werden aber voraussichtlich wesentlich verringert werden können, denn man braucht die Exhaustoren nicht ununterbrochen, sondern nur intermittierend laufen zu lassen, ähnlich wie es bei der elektrischen Treppenbeleuchtung eingerichtet ist. Die Baukommission schlägt demnach vor, den zuerst gestellten Antrag des Magistrats abzulehnen und dafür den Magistrat zu ersuchen, an den beiden Kanalöffnungen zwei Entlüftungsschächte mit Exhaustoren anbringen zu lassen und dafür die erforderlichen Kosten, die mit 1600 *M* für die Anlage und bis zu 600 *M* für den Betrieb ermittelt sind, zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Meyer: Die Frage, ob die Beseitigung der übelriechenden Gaße durch einen schornsteinartigen Bau erfolgen könnte, ist vorher, ehe die Vorlage an die Herren Stadtverordneten abgegangen ist, schon im Magistrate beraten worden.

Die städtische Bauverwaltung hatte aber für diese Art der Abhilfe nicht viel übrig, sie meinte, man hätte anderwärts keine günstigen Erfahrungen damit gemacht; der Magistrat hat deshalb den Plan nicht weiter verfolgt, weil er die Kanalisation der Strecken noch aus einem weiteren Grunde als den angegebenen gern gesehen hätte. Es ist erwogen worden, daß, wenn später auf dem Zuge des Grabens eine Straße angelegt werden sollte — und das ist zu erwarten —, die Voraussetzung dafür die Kanalisation sein würde. Deshalb hatte man sich damit vertraut gemacht, die durch die Verlängerung des Kanals entstehenden Kosten zu übernehmen. Nach den Ausführungen in der Baukommission ist der Magistrat allerdings der Ansicht geworden, daß es vorzuziehen sei, mindestens einen Versuch mit der Entlüftungsanlage zu machen. Es kam für ihn in Betracht, daß schon häufig Klage über üble Ausdünstungen aus den Kanälen geführt ist, nicht nur an dieser Stelle allein, und daß es daher nur nützlich sei, an einer Stelle einmal einen Versuch mit einer Entlüftungseinrichtung zu machen. Doch ist im Magistrat nach der Sitzung der Baukommission erwogen, ob man die Anlage gegenüber dem, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, nicht vereinfachen könnte, und zwar dadurch, daß man versuchte, mit einem derartigen Schornsteine und mit einem Motor auszukommen. Wenn durch eine solche Vereinfachung ohne Beeinträchtigung des Zweckes die Kosten herabgedrückt werden könnten, so würde das nur mit Freuden zu begrüßen sein. Dem Grunde nach bitte ich auch seitens des Magistrats, daß die Herren sich mit der Erledigung der Sache in der von der Baukommission vorgeschlagenen Weise einverstanden erklären und die Mittel dafür zur Verfügung stellen.

Vorsitzender: Die ursprüngliche Vorlage des Magistrats ist damit zurückgezogen.

Stadtv. Wesemeier: Auch mir erscheint es dringend nötig, daß in dieser Weise vorgegangen wird. Ich möchte noch auf einen anderen Übelstand aufmerksam machen, der sich in diesen Tagen auf der Hamburgerstraße ergeben hat. Die Anwohner dieser Straße haben ganz erheblich unter dem Andrang des Wassers in ihren Kellern zu leiden, nicht nur des Grundwassers, sondern auch des Kanalwassers. Der Kanal scheint hier zu hoch zu liegen, so daß selbst Extremamente in die Keller hineinkommen, nicht nur aus dem eigenen Hause, sondern auch aus den Nachbarhäusern. Es ist das ein Zustand, der untersucht werden mußte und dringend der Aufklärung bedürfte.

Stadtv. Frühling: Die eben vorgetragene Sache hat allerdings mit der fraglichen Entlüftung des Kanals nichts zu tun. Daß das Wasser in den Kanalisations-

anlagen zurücktritt, kann mit dieser vorgeschlagenen Einrichtung nicht verhindert werden; beide Forderungen können nicht gleichzeitig erfüllt werden.

Bürgermeister Meyer: Ich glaube kaum, daß der Kanal an der Hamburgerstraße zu hoch liegt. Die Niveauverhältnisse des Kanals sind durch das Niveau der Gräben, die mit dem Kanal in Verbindung stehen, gegeben. Sie wissen, daß die Kanäle bei Infunktionsreten der Notauslässe die Wassergräben als Vorflut benutzen. Bei starken Regengüssen kann es vorkommen, daß Rückstauen eintritt, und daß das Wasser rückwärts in die Häuser dringt. Das einzige Mittel dagegen ist ein Verschuß, den jeder Hausbesitzer in seinen Keller einbauen kann. Damit wird im großen und ganzen jede Gefahr und Unannehmlichkeit beseitigt. Klagen der vorgebrachten Art sind beim Magistrat bisher noch nicht laut geworden. Ich möchte empfehlen, wenn die Betroffenen zu den Bekannten des Herrn Wesemeier gehören, daß er ihnen rät, sich beim Magistrat zu melden, damit die Sache wenigstens untersucht werden kann.

Die Versammlung beschließt dem Antrage der Baukommission gemäß.

3. Errichtung eines Schuppens im Schulgarten an der Osterstraße.

Stadtv. Meyerhoff: Der Schulinspektor Kielhorn von der Hilfschule hat gewünscht, daß in dem Schulgarten an der Osterstraße ein kleines Gebäude zur Unterbringung von Spaten, Harken usw., deren die Schüler bedürfen, um ihren Garten bestellen zu können, errichtet würde. Bisher waren die Geräte in der Schule an der Osterstraße aufbewahrt. Dort sind sie aber nicht jederzeit von den Schülern abzuholen; nur in den Pausen können sie die Geräte bekommen, da die Türen des Schulhauses während des Unterrichts verschlossen gehalten werden. Außerdem sind auch schon kleine Unfälle beim Abholen der Geräte vorgekommen. Nun ist vorgeschlagen, entweder ein Wellblech- oder ein Fachwerkhäuschen in dem Schulgarten zu bauen. Das Wellblechhaus würde 1200 *M* kosten, das Fachwerkhaus mit rotem Ziegeldach 900 *M*. Die Zeichnungen dafür liegen hier vor. Die Baukommission hat sich mit der Frage beschäftigt und gibt Ihnen anheim, dem Projekte, ein Fachwerkgebäude mit Ziegeldach zu errichten, zuzustimmen und dafür 900 *M* aus dem Ausgleichsfonds zu bewilligen.

Der Errichtung des Häuschens wird zugestimmt und 900 *M* dafür bewilligt.

4. Umbau des Schuldienerhauses auf dem Schulgrundstück an der Reichsstraße.

Stadtv. Friede: Die ehemalige Schuldienerwohnung an der Reichsstraße ist durch den Tod des Bewohners frei geworden. Die Witwe des früheren Inhabers möchte die Wohnung gern behalten, das läßt sich aber nicht einrichten. Der Schuldirektor Professor Dr. Rehtuh hat nämlich beantragt, für Zwecke der Übungsschule noch ein zweites Zimmer für die Lehrerinnen einzurichten, da es sich herausgestellt hat, daß das eine Lehrerinnenzimmer nur für die in der Schule dauernd beschäftigten Lehrerinnen ausreicht. Es wird nun beantragt, diese Wohnung, die in den beiden Stockwerken je zwei Zimmer enthält, so einzurichten, daß die Quermände weggenommen werden, und das neu entstehende Zimmer im Erdgeschoß den Lehrerinnen der Übungsschule zu überweisen, das neue Zimmer im Obergeschoße aber als Raum zum Unterricht im Maschinennähen für einen Teil der Schülerinnen der Fortbildungsschule abzugeben. Der Magistrat ist mit der vorgeschlagenen Änderung einverstanden; die Kosten betragen 500 *M* und sollen übernommen werden zu Lasten der Bürgererschulkasse. Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt, ist mit der Neuordnung einverstanden und schlägt Ihnen vor, die Vorlage zu genehmigen.

Der Umbau wird genehmigt und die 500 *M* verwilligt.

5. Einführung einer Preßgasbeleuchtung auf dem Kohlmarke und der sich anschließenden Straße der Friedrich-Wilhelmstraße bis zur Post.

Stadtv. Loeschigt: Die Deputation für die Licht- und Wasserwerke hat anerkannt, daß die Beleuchtung auf dem Kohlmarke und der Friedrich-Wilhelmstraße nicht der Zeit gemäß ist, und hat beschlossen, da die Versuche mit Starcklichtlampen nicht den Erwartungen entsprochen haben, die Preßgasbeleuchtung auf die genannten Straßen auszudehnen. Der Magistrat beantragt, zu diesem Zwecke 11 neue Randelaber auf dem Kohlmarke und der Friedrich-Wilhelmstraße aufzustellen und mit Preßgas zu versorgen. Die Anlagekosten stellen sich auf 5680 *M*, der Wert der zu beseitigenden Beleuchtungsanlage unter Abzug der durch die Entfernung derselben entstehenden Kosten ist auf 480 *M* geschätzt, so daß an Anlagekosten noch 5200 *M* verbleiben. Der jährliche Betrieb und die Unterhaltungskosten der 11 Preßgaslampen würden 3630 *M* Kosten verursachen, die Kosten für die jetzige Beleuchtung betragen 1540 *M*, es kommt demnach ein Mehr an Betriebskosten von 2090 *M* heraus. Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Preßgasbeleuchtung wird genehmigt, und die beiden Summen werden verwilligt.

6. Anschaffung einer fahrbaren Pumpenanlage.

Stadtv. **Leue**: Die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke hält es für erforderlich, daß eine fahrbare Pumpenanlage geschaffen werde, die bei Rohrbrüchen usw. das Wasser an der betr. Stelle auspumpen kann, und ist mit einem dementsprechenden Schreiben beim Magistrat vorstellig geworden. Bislang ist in Notfällen unsere Dampfspritze zum Auspumpen benutzt worden. Es hat sich aber herausgestellt, daß das zu Unzuträglichkeiten führen kann und auch bei dem Brande in der Gerefschen Holzhandlung geführt hat, weil die Dampfspritze damals zum Pumpen in der Neustadtmühle verwendet war. Die geplante Pumpenanlage will die Direktion der Licht- und Wasserwerke selbst auf ein Wagengestell montieren lassen. Auf dem Wagen soll ein Motor aufgestellt werden, der zwei Pumpen treibt: eine Diaphragmapumpe und eine Zentrifugapumpe. Das Wasser, selbst wenn es schlammhaltig ist, wird durch die Pumpen in ein Fassin gehoben, von dem aus die Ableitung nach verschiedenen Richtungen möglich ist. Das Ganze soll von einer mit Tür versehenen Holzverschalung umgeben sein, so daß es einem Möbelschrank nicht unähnlich ist. Der Magistrat war zunächst in eine Erörterung darüber eingetreten, ob es nicht zweckmäßig sei, da unsere Feuerwehr jetzt „automobilisiert“ werde, ein Untergestell zu verwenden, das überflüssig wird. Weil aber noch gar nicht abzusehen ist, ob überhaupt und wann geeignete Untergestelle überflüssig werden, und es durchaus erforderlich ist, ein solches Pumpenwerk bald zu beschaffen, so soll von der Verwendung eines frei werdenden Gestelles Abstand genommen werden. Die Gesamtkosten für die Anschaffung mit allem Zubehör belaufen sich auf etwa 3000 M. Es war zuerst geplant, die Aufstellung dieser Pumpenanlage im Feuerwehrgebäude selbst oder auf dem Grundstücke der früheren Zuckerraffinerie Brunonia vorzunehmen. Da aber in Zukunft Pferde im Feuerlöschgebäude nicht bereitstehen, so wird jetzt vorgeschlagen, die Anlage, sofern sie bewilligt wird, im städtischen Marstalle an der Taubenstraße aufzustellen, von wo aus gegebenenfalls durch die vorhandenen Pferde der Wagen gleich zur Stelle geschafft werden kann.

Die Finanzkommission hat sich mit der Frage beschäftigt, hat die Zweckmäßigkeit, ja die Notwendigkeit einer solchen fahrbaren Pumpenanlage anerkannt und ersucht Sie durch mich, zuzustimmen, daß hierfür 3000 M zu Lasten des Reservefonds der Wasserwerke verwilligt werden.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

7. Ausbau der Helenenstraße zwischen Cyriaksring und den projektierten Straßen 434 a und 435 a.

Stadtv. Tolle: Der Ausbau der Helenenstraße zwischen Cyriaksring und den projektierten Straßen 434 a und 435 a ist bereits früher hier beschlossen. Es liegt nunmehr ein Kostenanschlag der städtischen Bauverwaltung über den Ausbau dieser Straße vor. Die Straße ist projektiert in einer Breite von 13,70 m. Die Fahrbahn soll 8 m breit sein, die beiderseitigen Fußwege je 2,85 m. Die Fahrbahn wird mit Kleinpflaster auf chauffierter Unterlage befestigt und von den Fußwegen durch Granitbordquader getrennt. Neben den Bordquadern ist eine 0,30 m breite, aus Reihenspflastersteinen erster Sorte hergestellte Gasse vorgesehen. Ebenso ist die Kreuzung der Fahrbahn mit den Straßen 434 a und 435 a in ganzer Ausdehnung mit Reihensteinen erster Sorte zu befestigen. Die Fußwege sollen je einen Plattenbelag von 1,80 m erhalten, neben welchem eine Fußwegchauffierung aus Ziegelbrocken und Grand hergestellt wird. An den Ecken der abzweigenden Straßen soll der Plattenbelag in ganzer Breite der Fußwege ausgeführt werden. Zur Aufnahme des Tageswassers werden in angemessenen Abständen Einfallschächte eingebaut.

Die Kosten sind von der Bauverwaltung ermittelt auf 26 500 *M* für den oberirdischen Ausbau und 17 000 *M* für den Grunderwerb, so daß an Gesamtkosten 43 500 *M* erforderlich sind. Der Beitrag der Anlieger zu den Straßenkosten berechnet sich auf rund 119 *M*. Die erforderlichen Aufwendungen sollen zu Lasten des Extraordinariums verwilligt werden. Die Baukommission empfiehlt Ihnen durch mich, dem Antrage des Magistrats stattzugeben.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

8. Aufbau der Studienanstalt und Schaffung einer neuen Oberlehrerstelle daselbst.

Stadtv. Dr. Kleinfnecht: Meine Herren. Die städtischen Behörden hatten im Februar d. J. beschlossen, eine fünfklassige Studienanstalt einzurichten, deren drei oberste Klassen an das Lehrerinnenseminar angegliedert werden sollten. Der Bildungsgang dieser Studienanstalt sollte gemäß dem Bildungsgange des Seminars bzw. der höheren Töchterchule Oberrealschulcharakter tragen, und die fünfte Klasse sollte schon am 1. April d. J. als Obertertia eingerichtet werden. Nun hatte uns im März d. J. der Herr Oberbürgermeister die Mitteilung gemacht, daß das Herzogliche Ministerium Bedenken trage, die Angliederung der Studienanstalt an das Seminar zu gestatten, sofern die Stadt darauf Anspruch mache, daß die Ab-

gangszeugnisse als Reisezeugnisse zu betrachten seien und zum Besuche der Hochschule berechtigten. Es wollte aber erst noch einmal eine Rücksprache mit Preußen nehmen und uns dann endgültigen Bescheid zukommen lassen. Dieser Bescheid konnte nicht vor dem 1. April des jetzigen neuen Schuljahres eintreffen, und infolgedessen sahen sich die städtischen Behörden vor die Frage gestellt, ob sie trotzdem die unterste Klasse der Studienanstalt einrichten wollten oder nicht. Es wurde damals von der Versammlung, nachdem dies von dem Magistrate befürwortet war, der Beschluß gefaßt, an der Einrichtung der untersten Klasse und der Studienanstalt überhaupt festzuhalten, auch wenn wir dadurch gezwungen sein sollten, eine selbstständige Studienanstalt, ohne Angliederung an das Seminar, einzurichten, und wenn auch dadurch wesentlich höhere Kosten erwachsen würden. Nun ist vom Ministerium die definitive Antwort vor einiger Zeit eingetroffen. Sie lautet für uns bedauerlicherweise nicht günstig. Das Ministerium hat sich entschieden dafür ausgesprochen, daß die Angliederung an das Seminar nicht möglich wäre, wenn wir wünschten, daß die Studienanstalt in der Lage wäre, ein Reisezeugnis für die abgehenden Schülerinnen auszustellen. Wir sind unserem im März gefaßten Beschlusse gemäß dazu gezwungen, die Studienanstalt als selbstständige Anstalt einzurichten und die erwachsenden Kosten auf uns zu nehmen.

Nun wird uns jetzt die Freiheit gegeben, anstatt der Lehrziele der Oberrealschule die Lehrziele des Realgymnasiums in der Studienanstalt einzuführen, wie es schon früher von verschiedenen Seiten gewünscht war. Die geehrten Herren erinnern sich jedenfalls, daß schon damals, als wir im Februar d. J. über die Einrichtung der Studienanstalt sprachen, von Herrn Stadtv. Frede der Antrag gestellt war, es möchte der Lehrgang des Realgymnasiums eingeführt werden. Er hat aber damals seinen Antrag zurückgezogen, nicht aus dem Grunde, wie er ausdrücklich angab, weil er glaubte, die Einrichtung eines Oberrealschulkurses sei besser, sondern aus praktischen Gründen. Die Angliederung an das Seminar war nämlich unmöglich, wenn wir der Studienanstalt einen realgymnasialen Charakter gaben. Jetzt ist uns noch einmal Gelegenheit gegeben, zu entscheiden, nicht, ob wir die nun schon begonnenen Oberrealschulkurse umändern, sondern ob wir in Zukunft die Realgymnasialkurse einrichten wollen. Dadurch würde die Veränderung eintreten, daß wir uns nicht mehr, wie bisher, mit nur fünf Klassen begnügen können, es müßten vielmehr sechs Klassen eingerichtet werden, und der Übergang von der höheren Töchterchule in die Studienanstalt würde nicht erst nach der dritten Klasse der höheren Töchterchule, sondern schon nach der vierten Klasse eintreten.

Was ist denn nun für ein Unterschied zwischen dem Realgymnasium und der Oberrealschule? Der wesentlichste ist, daß in dem Realgymnasium Lateinisch ge-

lehrt wird, und zwar würden die Schülerinnen wöchentlich 6 Stunden Unterricht im Lateinischen haben. Für diese neu hinzukommenden Stunden müßten andere ausfallen: eine Stunde Englisch, eine Stunde Französisch, eine Stunde Deutsch und eine Stunde Mathematik. Die beiden übrigen Stunden würden die Schülerinnen wöchentlich mehr haben, sie würden also statt 26 Wochenstunden, wie auf der Oberrealschule, 28 Stunden haben. Der Unterschied in den Sprachen ist ja kein großer. Dadurch, daß die Schülerinnen eine Stunde Unterricht hierin weniger haben, werden sie wohl im allgemeinen daselbe lernen, wenn auch die Literatur etwas kürzer wegkommen würde. Ähnlich ist es mit der Mathematik. Auch da wird im allgemeinen daselbe gelehrt; es steht in den Vorschriften, daß die Lehrziele dieselben sind, doch sei die Lehre von dem Kegelschnitt analytisch, nicht synthetisch zu behandeln. Wesentlich ist nicht das, was an Mathematik weniger gelehrt wird, sondern das wesentliche ist, daß 6 Stunden Lateinisch gegeben werden. Nun ist es ganz sicher, daß Schülerinnen, die Lateinisch gelernt haben und auf dem Realgymnasium ihr Reifezeugnis erwerben, mehr Gelegenheit haben, die Kenntnisse, die sie sich angeeignet haben, zu verwerten. Sie können auf der Hochschule mehr Fächer studieren, denn zum Studium von Französisch, Geschichte, Jurisprudenz, Medizin gehört unbedingt Lateinisch, und das zu lernen durch fakultativen Unterricht, wie bei der Oberrealschule, hat natürlich seine großen Unannehmlichkeiten, denn wenn vier fakultative Stunden zu dem Unterricht hinzukommen, so würde das für manches junge Mädchen eine Überbürdung bedeuten. Es wurde außerdem angeführt, der Realgymnasiallehrplan wäre beliebter, das habe sich auch in Preußen gezeigt. Am Schlusse des Schuljahres 1912 sind, wenn ich recht unterrichtet bin, in Preußen neben 23 realgymnasialen Studienanstalten nur 3 Realanstalten vorhanden gewesen. Die Unbeliebtheit dieser letzteren kommt wohl mit dadurch, daß die jungen Mädchen gern Lateinisch lernen wollen. Neben dem Vorteil beim Hochschulstudium ist bei diesen Realgymnasialanstalten auch noch der vorhanden, daß den jungen Mädchen auch in privater Tätigkeit das Fortkommen erleichtert wird. Es wird später noch mehr als jetzt eine Anzahl junger Mädchen geben, die, ohne zu studieren, mit ihrem Reifezeugnis in private Stellungen als Erzieherinnen, Hauslehrerinnen usw. gehen. Da wird es oft nötig sein, daß sie die Söhne der Familie auch in Lateinisch unterrichten, was bisher nur durch Hauslehrer geschehen konnte. Es unterliegt demnach keinem Zweifel, daß die Möglichkeit, sich in der späteren Zeit weiter fortzuhelfen, durch den realgymnasialen Bildungsgang gefördert wird.

Wenn wir diesen Realgymnasial-Kursus bei unserer Studienanstalt einrichten, dann können wir natürlich nicht den weiteren Unterricht für die Klasse der Oberrealschule, den wir seit dem 1. April begonnen haben, einfach aufhören lassen, diese

Klasse muß natürlich fortgeführt werden. Wir haben dort jetzt die der Obertertia der Oberrealschule entsprechende Klasse, am 1. April 1913 werden wir aus dieser Obertertia eine Untersekunda bekommen und dann zugleich die Untertertia des Realgymnasiums an der Studienanstalt neu einrichten. Nun könnte man die Frage aufwerfen, ob es wünschenswert wäre, die Studienanstalt in geschlossener Folge bestehen zu lassen. Wie wir gehört haben, ist zu erwarten, daß für die Obertertia der Oberrealschule Anmeldungen vorhanden sind, und es würde darnach wünschenswert sein, daß auch am 1. April nächsten Jahres die Obertertia der Oberrealschule wieder eingerichtet würde. Man könnte auch daran denken, die Obertertia des Realgymnasiums nächste Ostern einzurichten, aber dann müßten die jetzigen Schülerinnen doch bis dahin in Lateinisch unterrichtet werden. Es würde jedoch unmöglich sein, daß jetzt schon alle Schülerinnen sich entschließen, was sie wählen wollen, und in wenig Wochen läßt sich beim Lateinisch nicht nachholen, was sonst innerhalb eines Jahres gelehrt wird. Wir würden also die Oberrealschule nur so lange durchführen, bis die jetzigen Schülerinnen das Abiturientenexamen gemacht haben, und dann würden langsam die Schülerinnen des Realgymnasiums folgen. Ostern 1917 würde der Oberrealschulkursus zu Ende sein, und wir würden in der Studienanstalt einen reinen Realgymnasialkursus haben.

Herr Frede hatte schon damals darauf aufmerksam gemacht, daß die Wünsche in der hiesigen Einwohnerschaft auf einen realgymnasialen Lehrgang hinausgingen. Es war auch beim Magistrat eine Petition von angesehenen Bürgern eingelaufen, die sich warm für die Einrichtung des realgymnasialen Bildungsganges ins Zeug legte. Da wir nun doch gezwungen sind, auf die Wünsche der Einwohner Rücksicht zu nehmen und, nachdem nun einmal der Anschluß an das Seminar nicht mehr möglich ist, uns auch keine wesentlichen Mehrkosten erwachsen, wenn der Realgymnasiallehrgang eingeführt wird, so hält es die Schulkommission im Verein mit dem Magistrat, wie es in der Vorlage angegeben ist, für zweckmäßig, vom 1. April nächsten Jahres ab den realgymnasialen Bildungsgang einzuführen. Die Kosten erhöhen sich nur dadurch, daß noch eine neue Klasse gebildet werden muß, weil das Realgymnasium eine Klasse mehr hat als die Oberrealschule. In Rücksicht darauf, daß, wie wir nachher vom Referenten der Baukommission hören werden, doch ein großer Umbau eintreten muß, wird es nichts ausmachen, wenn diese eine Klasse mehr gebaut wird. Es würde nur nötig sein, eine Lehrkraft mehr anzustellen, und zwar für Lateinisch. Aber diese wäre vielleicht auch ohnedem nötig gewesen, weil doch Lateinisch fakultativ auch auf der Oberrealschule gelehrt werden sollte. Es war in Aussicht genommen, eine Hilfskraft dazu zu nehmen, vielleicht einen der Herren, die jetzt schon an der höheren Töchterschule unterrichten. Aber es wäre

doch zweifelhaft gewesen, ob das dauernd angängig gewesen wäre. Im allgemeinen kann man also sagen, daß die Kosten nicht erheblich höher sind, und das Bedürfnis scheint vorzuliegen. Deshalb können wir uns wohl leicht dafür entscheiden, den anderen Lehrgang einzuführen. Es sind 166 wissenschaftliche Stunden und 30 technische Stunden in der realgymnasialen Studienanstalt zu decken. Davon sind 124 wissenschaftliche Stunden durch neu anzunehmende Kräfte zu erteilen, während die übrigen durch vorhandene Lehrkräfte gegeben werden können. Die technischen Unterrichtsstunden können auch von Hilfskräften gegeben werden. Für die 124 wissenschaftlichen Stunden sind 6 akademisch gebildete Lehrer resp. Lehrerinnen nötig. Es ist in Aussicht genommen, drei Oberlehrer und drei Oberlehrerinnen anzustellen. Wenn man das Durchschnittsgehalt des Oberlehrers auf 5500 *M*, das der Oberlehrerin auf 3600 *M* annimmt und für die technischen Stunden noch etwa 1000 *M* ausgeworfen werden, so würde eine Jahresausgabe von 28 300 *M* für neue Lehrkräfte in Frage kommen. Diese Summe wird nicht gleich nötig sein, sondern erst nach und nach im Laufe der Jahre bis zum Jahre 1918 hin. Oftern 1913 müßte die erste neue Lehrkraft angestellt und diese Stelle von Ihnen bewilligt werden. Der Ausgabe von 28 300 *M* wird auch eine Einnahme gegenüberstehen. Es ist berechnet, da vom 1. Juli ab die Studienanstalt 18 Schülerinnen hat, daß die ganze Studienanstalt etwa 100 Schülerinnen zählen wird. Von jeder Schülerin werden 150 *M* Schulgeld bezahlt; es würde uns also eine Einnahme von 15 000 *M* erwachsen. Diese Einnahme abgezogen, ergibt eine jährliche Mehr-Ausgabe von 13 300 *M* für die Lehrkräfte.

Die Schulkommission empfiehlt den Herren, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen, die dahin lauten, daß

- a) zu Oftern 1913 bei der städtischen Studienanstalt für das weibliche Geschlecht der realgymnasiale Bildungsgang zur Einführung gelangt und zu dem Zwecke die Anstalt sechsstufig (Untertertia bis Oberprima) aufgebaut wird.
- b) zu demselben Zeitpunkt eine neue Oberlehrerstelle geschaffen und wegen ihrer Besetzung durch den Magistrat schon jetzt das Erforderliche veranlaßt wird.

Wir haben in der Kommission es für angebracht gehalten, daß diesem Referat gleich das Referat der Baukommission angeschlossen würde, so daß wir gleich über beide Vorlagen sprechen könnten. Es ist doch wesentlich, daß wir auch über die einmaligen Kosten, die der Bau des neuen Schulgebäudes erfordert, orientiert sind.

Vorsigender: Ich halte den Vorschlag für zweckmäßig. Wenn die Herren nicht anderer Meinung sind, bitte ich den Herrn Referenten der Baukommission, über den folgenden Punkt der Tagesordnung das Wort zu nehmen.

9. Schaffung von Räumen für den naturkundlichen Unterricht für die Studienanstalt, das Lyzeum und das Oberlyzeum.

Stadtv. **Frühling:** Wie die Herren eben gehört haben, ist die Schaffung weiterer Räume für naturkundlichen Unterricht in den höheren Mädchenschulen nötig, nicht allein für die Studienanstalt, sondern auch deshalb, weil die Lehransprüche im naturkundlichen Unterricht für das Lyzeum und das Oberlyzeum gestiegen sind. Der Magistrat hat ein Projekt ausarbeiten lassen, durch dessen Ausführung diesem Bedürfnis entsprochen werden soll. Zunächst war in Aussicht genommen, für diesen Zweck das Gebäude zu verwenden, welches jetzt durch die Neuregelung der Übungsschule frei wird. Letztere war, wie die Herren wissen werden, bis dahin mit dem Lehrerinnenfeminar verbunden. Wenn Sie aber beschließen, die Studienanstalt in der vorgeschlagenen Weise auszubauen, so ist es nicht zweckmäßig, dieses Gebäude für den naturkundlichen Unterricht zu verwenden, weil dann für diese Anstalt recht bald Klassenräume notwendig werden und wir in kürzester Zeit wieder vor der Aufgabe ständen, neue Klassenräume zu bauen. Wenn einmal umgebaut wird, so ist es zweckmäßig — was auch von der Baukommission anerkannt wird —, gleich so zu bauen, daß allen Bedürfnissen Rechnung getragen wird. Das kann in der Weise geschehen, daß die frei werdenden Räume für das neu auftretende Bedürfnis an Klassenräumen verwendet werden; sie genügen, soweit man jetzt darüber urteilen kann, auf absehbare Zeit. Die neu zu schaffenden Räume für den naturkundlichen Unterricht sollen gemeinsam allen drei Schulen dienen, die dort zusammenliegen, also für das Lyzeum, das Oberlyzeum und die Studienanstalt. Nach dem vorgelegten Projekte sollen diese Räume durch einen Neubau zwischen den beiden Gebäuden der Städtischen höheren Mädchenschule geschaffen werden. Auf den hier ausgehängten Plänen ist das näher dargestellt. (Redner erläutert an den Zeichnungen die Lage des Neubaus, ebenso die Lage der verschiedenen Räume in demselben.) Die Kosten für diese Gebäude würden 60 000 *M* betragen. Außerdem sind für innere Einrichtung erforderlich 13 200 *M* und für Lehrmittel etwa 12 000 *M*, im ganzen also noch 25 200 *M*.

Die Baukommission hat sich mit der Frage beschäftigt. Wir können nur empfehlen, daß das Projekt so ausgearbeitet wird, wie es hier im Vorprojekt uns vorgelegt ist; es scheint uns in jeder Beziehung zweckmäßig. Der Magistrat beantragt: Wir möchten unsere Zustimmung geben, daß nach Maßgabe dieses Vorprojekts ein Projekt über Errichtung eines Mittelbaues zwischen den beiden Gebäuden der Städtischen höheren Mädchenschule nebst Kostenanschlag ausgearbeitet werde, und die Baukommission empfiehlt Ihnen, die Zustimmung auszusprechen.

Außer dem eben Vorgetragenen wird von dem Magistrat noch gefordert, für den Fall, daß die Herren dem Projekte zustimmen, 500 *M* für Ausführung von Bodenuntersuchungen zu bewilligen, welche letztere erforderlich sind, bevor das definitive Projekt ausgeführt wird. Die Baukommission würde empfehlen, wenn Sie dem ersten Antrage zustimmen, auch diese 500 *M* zu bewilligen.

Vorsitzender: Ich stelle die beiden Punkte der Tagesordnung zur Beratung. Die Sache würde sich in vier Punkte scheiden. Zunächst würde es sich fragen, ob der Aufbau der Studienanstalt nach der realgymnasialen Idee ausgeführt werden soll,

2. ob die neue Oberlehrerstelle zu Ostern 1913 freiert werden soll,

3. ob dem Vorprojekte für den Umbau, wie es vom Herrn Referenten vorgetragen ist und wonach 85 000 *M* gefordert werden, zuzustimmen ist, und

4. wäre noch über die kleine Unterforderung von 500 *M* für Bodenuntersuchungen unsere Meinung auszusprechen.

Stadtv. Dr. Genting: Ich habe früher den Standpunkt vertreten, daß ich an sich die Berechtigung der Forderung nach einer derartigen Studienanstalt nicht anerkennen könnte. Nachdem aber die Mehrzahl der Versammlung sich für die Schaffung einer Studienanstalt ausgesprochen hat, stehe ich auf dem Standpunkte, daß es verkehrt wäre, wenn wir nicht das am weitesten gehende Ziel zu erreichen suchten. Nach inzwischen von mir bei Sachverständigen eingezogenen Erkundigungen bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht angebracht ist, die Lehrpläne der Realschule für die Studienanstalt zu nehmen, sondern daß es richtiger ist, wenn man den jetzt von dem Herrn Referenten in Vorschlag gebrachten Realgymnasialkursus für die Anstalt zugrunde legt. Ich möchte deshalb die Herren bitten, einen Beschluß in diesem Sinne zu fassen, damit die aus der Studienanstalt abgehenden jungen Mädchen auch in den Nachbarländern die nötigen Chancen haben, vorwärtszukommen. Sie würden niemals eine so aussichtsvolle Zukunft haben, wenn wir ihnen nicht die Vorbildung gäben, die in den preussischen Anstalten geboten wird. Selbst der Umstand, daß wir jetzt nach Vorschlag der Baukommission in den sauren Apfel beißen und die hohe Summe von über 80 000 *M* bewilligen sollen, kann mich nicht von der Ansicht zurückbringen, daß es richtiger ist, als Grundlage der Studienanstalt die Realgymnasialbildung zu nehmen.

Stadtv. Frede: Meine Herren. Die Gründe, die ich seinerzeit für Einführung des Realgymnasialkurses bei der Studienanstalt anführte, sind in der Versammlung seinerzeit kaum bekämpft, mit Ausnahme des heutigen Herrn Referenten Dr. Kleinfnecht,

der sich nachdrücklich für die Einführung des Oberrealschulkurses ausgesprochen hat, und des Herrn Sanitätsrats Dr. Henking, der sich allerdings mit Gründen gegen die eine oder andere Art der Anstalt nicht befaßte, sondern à tout prix Gegner der Anstalt überhaupt war. Ich freue mich sehr, daß meine Gründe so viele innere Kraft gehabt haben, um diese Herren zu ihrer veränderten Stellungnahme zu bewegen. Ich glaube aber trotzdem nicht, daß die Gründe meinem Antrage zum Siege verholfen hätten, wenn nicht äußere Umstände mir zu Hilfe gekommen wären, und ich freue mich, daß dies geschehen ist. Äußere Umstände waren es auch, die meinem Antrage entgegenstanden. Man ist vor den Kosten zurückgeschreckt, welche für die Einrichtung und Unterhaltung einer eigenen Anstalt erforderlich gewesen wären, und deshalb habe ich den Antrag auf Einführung des Realgymnasialkurses zurückgezogen. Ich habe damals ausgeführt, weshalb ich für den Antrag eingetreten bin, und ich will das heute nicht wiederholen. Ich darf wohl auf zwei Punkte besonders hinweisen. Man könnte den Ausfall einer deutschen, einer französischen, einer englischen und einer Mathematik-Stunde als nicht empfehlenswert bezeichnen. Aber wenn wir bedenken, daß die Kinder aus der höheren Töchterchule kommen, wo doch ein guter Unterricht in Englisch und Französisch gegeben wird, so kann man wohl annehmen, daß der Ausfall dieser beiden Sprachstunden kein großes Risiko bedeutet. Über den Ausfall einer deutschen und einer Mathematikstunde bemerke ich: Es wird in beiden Sachen wesentlich formale Bildung vermittelt, und eine solche vermittelt die lateinische Sprache in hohem Grade. Ich habe mich für Einführung des obligatorischen Lateinisch seinerzeit wesentlich deshalb ausgesprochen, weil dadurch den jungen Damen andere Kreise im Studium eröffnet werden. Beim Oberrealschulkursus, wie er früher beabsichtigt war, würden sie hineingezwängt in eine ganz enge Gasse, vor allen Dingen in die Neuphilologie, die durchaus nicht immer der Neigung und der Begabung der jungen Damen entspricht, und man würde dahin gekommen sein, ein zu großes Angebot auf diesem Gebiete beklagen zu müssen. Wenn man bedenkt, daß auch das Studium von Medizin und anderen Fächern mit Nutzen von den jungen Mädchen ergriffen werden kann, so muß auch die Erlernung des Latein ihnen offen stehen, und zwar nicht nur fakultativ, wie es ursprünglich beabsichtigt war, denn das würde tatsächlich eine große Überbürdung bedeuten, da die jungen Mädchen, die Latein mitnehmen, auf der anderen Seite nicht entlastet werden, während es jetzt nur zwei Stunden mehr sind und der Unterricht organisch mit dem übrigen Unterricht verbunden und für alle Schülerinnen gleich erteilt wird. Ich spreche mich selbstverständlich durchaus für den Aufbau der Studienanstalt in der Weise aus, wie er heute vom Herrn Referenten beantragt ist. Da die

Schaffung einer neuen Oberlehrerstelle die notwendige Konsequenz bedeutet, so bin ich natürlich auch dafür.

Stadtv. Frühling: Herr Sanitätsrat Dr. Henking hatte die baulichen Änderungen mit der Änderung des Lehrplans in der Studienanstalt in Verbindung gebracht, so daß man annehmen könnte, die Mehrkosten entstünden aus dieser Änderung. Das ist natürlich nicht der Fall. Das Gebäude, wie es jetzt ausgeführt werden soll, würde sowohl für die realgymnastiale Studienanstalt wie auch für die nach dem Plane der Oberrealschule aufgebaute Anstalt nötig sein und wird für beide Zwecke vollständig genügen.

Stadtv. Riefe: Mir soll es gleich sein, welchen Kursus Sie für diese Schule einführen. Es ist eine neue gehobene Schule, und es besteht nach meiner Überzeugung das Bestreben, eine solche gehobene Schule auf die andere zu pfeifen. Da war es sehr interessant, zu hören, was von dem Herrn Referenten hervorgehoben wurde. 20 einflußreiche Bürger in der Stadt brauchen nur den Antrag zu stellen, dann wird eine gehobene Schule errichtet. Wenn aber heute 10000 Arbeiter eintreten für das Ideal aller denkenden Menschen und vor allen Dingen der Volksschullehrer, für die sogenannte Einheitschule, da hätte man taube Ohren und würde nicht darauf eingehen. Ich sehe, daß wir diesem Gedanken nicht näher, sondern immer mehr davon abkommen. Daher kann ich meine Zustimmung zu einer solchen Gründung nicht geben. Gegen die Baulichkeiten, ihr ganzes Arrangement und ihre Ausführung läßt sich vom sachmännischen Standpunkte nichts einwenden. Daß aber auch den Kindern der Volksschule, den Kindern der untern Bürgerschulen, den Kindern der Proletarier Gelegenheit gegeben wird, auch an dieser Anstalt teilzunehmen, das ist ausgeschlossen. Es entscheidet immer der Geldsack des Vaters. Ich kann mich mit diesem Ideal nicht einverstanden erklären.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich glaube, wenn irgendwo gesagt werden kann: die Stadt hat für ihre Bürgerschulen, und besonders für die weniger bemittelten Kreise, in bezug auf Volksbildung viel getan, dann ist es in Braunschweig. Das kann auch Herr Riefe nicht bestreiten. Zeigen Sie mir eine zweite Stadt, wo in den letzten 20 Jahren derartige Bauten nur für die Bürgerschulen aufgeführt sind, wie es hier geschehen ist! Nun springt Herr Riefe auf ein anderes Gebiet über, indem er sagt: Richtig wäre nur die Einheitschule. Ja, „die Einheitschule“, das ist, glaube ich, mehr ein Schlagwort. Man kann darüber streiten, ob es richtig ist, auf dem Gebiete des Bürgerschulwesens mittlere und untere Schulen zu haben,

das gebe ich ohne weiteres zu, obgleich bedeutende Fachmänner gesagt haben: wenn wir hier die Teilung nicht hätten, dann würde es durchaus praktisch sein, sie einzuführen. Wenn man aber „Einheitschule“ versteht in dem Sinne, daß man Bürgerschulen, Gymnasien, Studienanstalten, Lyzeum und Oberlyzeum, alles in einen Topf werfen will, so halte ich das für undurchführbar. Es wäre auch ein Unglück für eine Menge Kinder, wenn wir sie in solche gehobenen Schulen hineinbringen würden; sie würden den Anforderungen gar nicht nachkommen können. Es ist nun heute nicht anders, als daß für eine große Zahl von Berufen eine höhere Bildung verlangt wird. Nun will Herr Riefe darauf hinaus: Wir sollen diese höhere Bildung den unteren Klassen dadurch zugänglich machen, daß wir die höheren Schulen auch ganz unentgeltlich besuchen lassen. Das hat aber alles seine Grenzen. Woher sollen wir denn die Mittel bekommen, wenn wir für alle diese Kinder den Unterricht durch akademisch gebildete Lehrkräfte erteilen lassen? Das würde ein Heidengeld kosten! Ich meine, wir tun durchaus nicht unrecht, wenn wir nach den erheblichen Aufwendungen, die wir für die Bürgerschulen gemacht haben, nun auch einmal die Schule etwas höher bringen, deren Kinder ein verhältnismäßig sehr hohes Schulgeld bezahlen, denn sie hat bis jetzt eine etwas stiefmütterliche Behandlung erfahren. Ich halte das für einen Akt der Gerechtigkeit, daß wir auch hier etwas tun und die Schule nicht fortwährend zurückstehen lassen.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Ich bedaure, daß ich mich in meinem Referat so ungenau ausgedrückt habe, daß mich Herr Riefe vollständig mißverstanden hat. Herr Riefe hat gesagt, ich hätte erwähnt, daß eine Petition von 20 angesehenen Bürgern genügt hätte, um die Kommission zu bestimmen, eine Studienanstalt einzurichten. Davon ist gar nicht die Rede gewesen. Wir haben schon im Herbst vorigen Jahres beschlossen, eine Studienanstalt einzurichten, und die Errichtung der Anstalt steht heute überhaupt nicht zur Debatte. Das ist eine fest beschlossene Sache, an der nicht zu rütteln ist, wenn Sie nicht ihren früheren Beschluß wieder aufheben wollen. Diese Petition der Bürger, die ich erwähnt habe, ist nur deshalb erörtert worden, weil wir die Frage zu entscheiden hatten, ob wir die Studienanstalt auf der Grundlage der Oberrealschule oder des Realgymnasiums einrichten wollten. Diese Frage ist, glaube ich, für Herrn Riefe ganz gleichgültig, er hat furchtbar wenig Interesse daran. Es gibt aber eine Anzahl Bürger, die ein sehr starkes Interesse daran haben, und darum haben wir uns in der Schulkommission schlüssig gemacht, zu empfehlen, den realgymnasialen Lehrgang einzurichten und auf den Oberrealschulcharakter zu verzichten.

Stadtv. **Frede:** Der Widerspruch von Herrn Niese befremdet mich. Herr Niese und seine Freunde haben in der ersten Beratung für die Studienanstalt gesprochen. Es ist mir erinnerlich, daß sogar Herr Sanitätsrat Dr. Henking sich einen Zwischenruf von den Herren geholt hat, weil er gegen die Einrichtung war. Ich habe es damals durchaus verstanden, daß die Herren für die Studienanstalt eintraten, denn sie treten sonst doch auch ein für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gegenüber dem männlichen, vor allen Dingen in Bildungsfragen. Die Studienanstalt ist doch weiter nichts als ein Mädchengymnasium. Da es Gymnasien für Knaben gibt, weshalb soll es nicht auch solche für Mädchen geben? Ich verstehe also nicht, weshalb heute der Widerspruch kommt. Herr Niese sagt, weil die Einheit auf dem Gebiete des Volksschulwesens nicht vorhanden ist, will ich die Trennung hier nicht noch weiter treiben. Der Herr Oberbürgermeister hat schon darauf verwiesen, daß die Gliederung in untere und mittlere Bürgerschulen eine Berechtigung hat, und sie ist auch von folgendem Gesichtspunkte aus sehr willkommen zu heißen. Wenn Sie nach Preußen gehen, so sehen Sie dort überall die Vorschulen in Blüte stehen, und das bedeutet nichts weiter, als daß man gleich vom Eintritt ins Schulleben an diejenigen Schüler absondert, die für das Gymnasium bestimmt sind, einerlei, ob sie dafür Gaben haben oder nicht. Die Kinder werden also sofort nach Gesellschaftsclassen getrennt, und wenn sie im Gymnasium nicht weiterkommen können, werden sie in die allgemeine Volksschule zurückversetzt. Sie haben aber in den drei Jahren der Vorschule nicht die harmonische Vorbildung bekommen, wie sie sie auf den Bürgerschulen erhalten, sondern sind lediglich dressiert auf das, was im Gymnasium folgt. Es ist ein großer Vorzug unserer Trennung in mittlere und untere Bürgerschulen, daß die Vorschulen dadurch zurückgehalten werden. Ich habe bei Einführung der Mittelschule mein Bedenken ausgesprochen, daß dadurch die mittleren Bürgerschulen verschwinden könnten, habe aber beruhigende Versicherungen darüber erhalten.

Dann hat Herr Niese die allgemeine Volksschule, die Einheitschule, erwähnt. Gewiß, man kann dafür und dagegen sein. Die allgemeine Volksschule hat als Hauptvorzug den, daß sämtlichen Schülern nach ihren Gaben das Emporkommen ermöglicht wird. Bis zu einem gewissen Alter werden alle Schüler in gleicher Weise unterrichtet, und später gabelt sich die Schule nach oben. Wenn aber Herr Niese sagen will, daß hervorragenden Talenten aus den unteren Kreisen heute das Emporkommen verwehrt wird, so ist das nicht zutreffend. Die Mittelschule, die neu eingerichtet ist, hat verschiedene freie Stellen, und aus meiner Schule — ich bin an einer unteren Bürgerschule tätig — kann ich berichten, daß verschiedene Schüler zur Mittelschule hingeschickt sind, und daß lediglich nach der Begabung

ausgeübt ist. Es ist auch heute bei uns schon dafür gesorgt, daß hervorragende Schüler nicht unten bleiben, sondern in eine obere Schule kommen können.

Stadtv. Dr. Henting: Ich habe leider vorhin vergessen, eins zu bemerken. Mir will bei dem Vorschlage, der von der Kommission gemacht ist, nicht behagen, daß man die Klasse, die seit einem Vierteljahre auf Grund des Lehrgangs der Oberrealschule besteht, bis zum Ende durchführen will. Ich möchte doch die Anregung geben, zu erwägen, ob es sich nicht machen läßt, daß man den Unterricht verändert, und zwar so bald als möglich. Die jungen Mädchen könnten Nachstunden in Latein bekommen, oder auf andere Weise würde es sich ermöglichen lassen, schon nächste Ostern eine gemeinsame Durchführung der Maßregel, die jetzt beschlossen ist, stattfinden zu lassen. Ich halte es nicht für richtig und praktisch, diese 12 oder 18 jungen Mädchen, die augenblicklich seit einem Vierteljahre den Unterricht genießen, jahrelang nach diesem Oberrealschulplan zu unterrichten und die neuen Klassen nach einem anderen.

Stadtv. Niese: Wenn ich das Wort nehme, so geschieht es deshalb, um zu betonen, daß selbsttredend die von mir erwähnten Worte vom Herrn Referenten gefallen sind, und daß es auch mein gutes Recht ist, darauf Bezug zu nehmen.

Herr Frede ist der Ansicht, daß auch die Angehörigen des weiblichen Geschlechts, ob sie zu den besitzenden Klassen gehören oder nicht, eine höhere Bildung anstreben müssen. Das hat seinen Grund darin, daß man weiß, daß es heute auch in den mittleren und besseren Schichten für die jungen Mädchen schwer fällt, einen Mann zu finden. Von sieben unverheirateten Mädchen in Deutschland bekommt nur eins einen Mann. Da ist es schon notwendig, daß sie sich selbst ernähren können, und daß sie einen Beruf ergreifen, und daß sie die nötige Bildung sich verschaffen, damit sie in alle Berufe eingreifen können.

Das Bild einer Einheitsschule, das habe ich schon früher erklärt, vergegenwärtige ich mir in der Weise, daß in der Schule alle Kinder auf einer Schulbank bis zum 10. Jahre Platz zu nehmen haben, und dann entscheidet es sich: der taugt zu einem praktischen Beruf und der zum Studieren. Nach meiner Überzeugung haben Staat und Gemeinde die Verpflichtung, von unten an auch dem Unbemittelten Gelegenheit zu schaffen, damit er seine Bildung auf Instituten erweitern kann, mögen sie nun gehoben sein, welcher Art sie wollen. Es muß gleiches Recht für alle, besonders auf dem Bildungsgebiete, herrschen. Das ist das Bild, welches mir von der Einheitsschule vorsteht. Wenn in der Weise vorgegangen würde, dann würde wohl allen Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen, damit

stößt man weder den Oberen, noch den Mittleren, noch den Unteren vor den Kopf. Wie hält man es aber hier? Ich weiß nicht, ob es heute noch so ist: Früher waren die Strohköpfe der Jugend der besitzenden Bevölkerung auf der Jahnschen Schule und wurden nachher Subaltern- oder Verwaltungs-Beamte. Mochten sie auch auf die gehobene Schule gehen, die Bildung konnte man nicht in sie hineinstopfen, und der Nürnberger Trichter ist immer noch nicht erfunden. Daß in den unteren Volksschichten gute Köpfe vorhanden sind, erhellt daraus, daß alle Genies aus dem Volke hervorgegangen sind, auch bei anderen Völkern, aus den Ständen der praktischen Berufe und der Arbeiterschaft. So kann ich mir den Aufbau einer Schule denken; das ist ein Ideal, das anzustreben ist! Ich gehe keineswegs darauf aus, anderen Kreisen die Bildung zu verwehren. Die Stufen, der Abstand ist da, aber das Bindeglied fehlt. Wenn Herr Frede sagt, auf den unteren Schulen sei Gelegenheit gegeben, in die Mittelschule zu kommen, so geht meine Meinung dahin: Darin sieht es noch böse aus. Ob man nur ein paar ganz ausgezeichnet begabte Kinder fortschickt, das nützt den anderen gut gebadten nichts.

Oberbürgermeister Netemeyer: Wenn ich Herrn Kiefe recht verstanden habe, dann sprechen eigentlich die Gründe, die er für seine Idealschule angeführt hat, durchaus nicht gegen die Einrichtung der Studienanstalt. Wenn ich Herrn Kiefe nicht falsch verstehe, so begrüßt er die Studienanstalt mit Freuden, denn es ist eine Anstalt, wo die Talente zur Geltung kommen müssen. Alle Kinder können nicht besonders talentiert sein, und alle können nicht in einer Schule bleiben. Die Frage aber ist der Erwägung wert, ob es nicht richtig wäre, daß, wie es bei den Knaben geschieht, auch die Mädchen zunächst in eine Bürgerschule zu schicken sind, mit einem Worte, die Unterstufe des Lyzeums eingehen zu lassen. Wir haben uns diese Frage schon reiflich überlegt, denn es muß anerkannt werden, daß diese drei Anstalten zu leiten, für einen Direktor jetzt reichlich viel wird. Aus praktischen Gründen bleiben wir aber doch lieber bei der bisherigen Einrichtung, denn so viel ist sicher: wenn wir die Unterstufe der höheren Mädchenschule eingehen ließen, würde die vermutliche Folge sein, daß die Privatschulen sich stark bevölkern würden. Es würde wahrscheinlich sofort eine neue Privattöchterschule ins Leben gerufen werden, und, meine Herren, daran ist nicht zu zweifeln, daß die große Mehrzahl der Kinder, die einmal in die unteren Klassen der Privatschule geschickt werden, auch dauernd in der Privatschule bleiben. Sie würden uns also verlorengehen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Kinder in den höheren Klassen zu uns kommen würden, höchstens diejenigen, die das Oberlyzeum und die Studienanstalt besuchen wollen. Dadurch würde der Stadt ein unangenehmer Ausfall an Einnahmen erwachsen, denn es

steht fest, daß die drei untersten Klassen das meiste Geld im Verhältnis zu den Ausgaben, die sie verursachen, einbringen. Deshalb tun wir besser, wir bleiben bei der Einrichtung, wie wir sie haben.

Herrn Dr. Henking erwidere ich, daß aus seinen Worten herausklang, als ob nun diese jungen Mädchen, die den Oberrealschul-Bildungsgang durchmachen müssen, gleichsam zu einer minderwertigen Bildung verurteilt wären. So liegt die Sache denn doch nicht. Die beiden Bildungsgänge der Oberrealschule und des Realgymnasiums sind nach Ansicht vieler Leute durchaus gleichwertig. Sie sehen das schon an den Berechtigungen in bezug auf das Hochschulstudium. Beide sind vollständig gleichgestellt bis auf einige Kleinigkeiten beim Studium der Jurisprudenz. Im übrigen muß man sagen, daß das, was einmal sachgemäß angefangen ist, auch sachgemäß durchgeführt werden muß. Herr Sanitätsrat Dr. Henking meint, es sollten die jungen Mädchen, die in die Obertertia gingen, durch Nachhilfe so weit gebracht werden, daß sie den Ansprüchen in bezug auf Latein genügten, die in einer Obertertia des Realgymnasiums gestellt werden. Meine Herren, Latein wird für den einen leichter, für den anderen schwerer. Es scheint Herrn Dr. Henking sehr leicht geworden zu sein, sonst würde er dies nicht fordern. So viel ist sicher, für die lateinische Sprache ist eine tüchtige Grundlage die Hauptsache. Deshalb glaube ich, wir bleiben dabei und führen diese Klasse durch. Wenn die jungen Mädchen auf Latein Wert legten, dann mußten sie sich beim Herzoglichen Realgymnasium melden, wo ein paar Stellen für Schülerinnen frei sind. Ich glaube, es liegt kein Grund vor, an dem Bestehenden zu rütteln. Wir haben schultechnisch gar kein Bedenken, die beiden Bildungsgänge nebeneinander hergehen zu lassen.

Stadtv. Dr. Jasper: Wenn ich Herrn Oberbürgermeister recht verstanden habe, so hat er Herrn Riese entgegengehalten, daß die höheren Schulen unserer Stadt bisher als Stiefkinder behandelt wären, und daß es nur ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit wäre, wenn jetzt, nachdem für die Bürgerschulen so überaus viel geschehen sein sollte, auch für die gehobenen Schulen etwas angewendet wird. Wenn diese Behauptung des Herrn Oberbürgermeisters von mir recht verstanden ist, so wird sie widerlegt durch den Bericht, der uns heute gedruckt vorliegt, und der wohl vom Stadtmagistrat unterzeichnet ist. Sie finden auf Seite 233 ausgeführt zunächst für die Oberrealschule einen Aufwand, auf den Kopf des Schülers berechnet, von 295,98 *M* und einen Zuschuß aus der Kammereikasse von 167,76 *M*. Bei der anderen Realschule auf Seite 238 sind die Zahlen nicht ganz so hoch, nämlich 193 *M* Gesamtaufwand und 80 *M* Zuschuß aus der Kammereikasse, und für die

höhere Töchterchule — um mich nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß hier von Damen (Mädchen darf man nicht sagen) die Rede ist — finden wir 177 *M* Gesamtaufwand und einen Zuschuß von 64 *M*. Diesem Aufwande für die höheren Schulen steht laut dem Berichte ein Aufwand von insgesamt 84 *M* und eine Zubuße von 58 *M* gegenüber. Ich finde für die eine höhere Schule 290 *M* und für die Bürgerschulen 58 *M*, um die beiden schroffsten Zahlen einander gegenüberzustellen. Ich weiß nicht, ob das heißt, der gehobenen Schule ist bisher als Stiefmutter entgegengetreten, und die Bürgerschule ist bevorzugt auf Kosten der höheren Schule. Wenn die Zahlen irgend etwas beweisen, so ist es das Umgekehrte: daß für die gehobenen Schulen mit vollen Händen pro Kopf ausgegeben ist. Nur zu gerechtfertigt ist es, daß eher für die Bürgerschulen noch etwas aufgewendet werden könnte, als daß man folgen müßte, wenn einige maßgebende Kreise der Bürgerschaft (so ähnlich drückte sich Herr Dr. Kleinfnecht aus) etwas für wünschenswert halten. Erst meinte man, es müßte ein Lehrgang nach der Oberrealschule eingeführt werden, dann meinen die Eltern: Wir wollen lieber einen solchen nach dem Realgymnasium. Natürlich, diesen Wünschen muß man folgen! Wenn aber andere, nicht so maßgebende Kreise, die aber in der Zahl größer sind, Wünsche äußern, dann braucht man nicht zu folgen, und wenn sie auch noch so dringlich sein sollten.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Daß uns unsere Oberrealschulen sehr viel Geld kosten, haben die Herren alle schon gewußt, ehe sie den Verwaltungsbericht in die Hände bekommen haben. Ich habe mich bei meinen Ausführungen vielleicht nicht deutlich ausgedrückt. Ich hatte speziell die höhere Töchterchule ins Auge gefaßt, und zwar in bezug auf den Lehrgegenstand, der hier in Frage kommt, das ist der naturkundliche Unterricht. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, daß die Vorlage vervielfältigt wäre. Dann würde Herr Dr. Jasper gesehen haben, daß sie die Schaffung von Räumen für den naturkundlichen Unterricht bezweckt. Ich bleibe bei meiner Behauptung, daß in dieser Beziehung die höhere Mädchenschule bisher äußerst stiefmütterlich behandelt ist; sogar gegen die unteren Bürgerschulen steht sie in gewisser Weise zurück. Sehen Sie sich die Räume an, die jetzt vorhanden sind! Ich war vollkommen im Recht, zu sagen, daß in dieser Beziehung für die höhere Mädchenschule etwas zu tun, durchaus Pflicht der Stadt ist.

Stadtv. Wesemeier: Herr Riese hätte nicht Gelegenheit genommen, bei diesem Punkte zu sprechen, wenn der Herr Referent nicht gesagt hätte, 20 Herrschaften haben das verlangt, und es sei wohl notwendig, daß man den Wünschen der Bevölkerung Rechnung trage. Es wundert mich aber nun die Stellungnahme des

Herrn Kollegen Frede, der meint, die Trennung in untere und mittlere Bürgerschulen sei durchaus für berechtigt anzusehen. Das Schulblatt der Lehrer für das Herzogtum Braunschweig nimmt einen geradezu entgegengesetzten Standpunkt, besonders in den beiden letzten Nummern ein. Ich möchte sie Herrn Frede zum Studium empfehlen.

Mit dem Herrn Oberbürgermeister bin ich in Übereinstimmung, wenn er meint, daß für die Bürgerschulen in den Bauten recht hohe Mittel aufgewendet worden seien. Aber mit den Schulbauten ist es bei uns nicht getan. Unsere Bürgerschulen leisten das nicht — das erlaube ich mir auszusprechen —, was von den Bürgerschulen in einer Stadt wie Braunschweig geleistet werden muß. Sie bieten nicht das, was eine ganz große Anzahl von Städten den gewöhnlichen Volksschülern bietet. Man braucht nur nach Norddeutschland zu kommen, um sofort den Unterschied herauszufinden, und ich behaupte, auch Kleinstädte, wie Helmstedt, stehen mit ihren Bürgerschulen in bezug auf Lehrziele, Lehrmittel usw. bedeutend höher als unsere Schulen in Braunschweig. An der Bürgerschule in Helmstedt — ich weiß nicht, ob sie jetzt noch so ist wie früher — könnte sich die Stadt Braunschweig ein Muster nehmen, dem sie nachstreben könnte. Ein Verweis dafür ist, daß die Mittelschule in Braunschweig noch geschaffen werden mußte, um die Schüler zur Ausübung des Handwerks tüchtig zu machen und dazu, daß sie einmal Werkmeister werden können oder im Handelsgeschäft tätig sein können. Wenn man das nicht einmal von den besser befähigten Schülern der Volksschule, wie sie nach der Mittelschule übergehen sollen, verlangen kann, dann ist das ein Armutszeugnis für unsere Bürgerschulen.

Vorsitzender: Ich glaube, es wird nicht widersprochen werden, wenn wir in einem Male über alle Punkte, über die wir zu beschließen haben, abstimmen, denn wer das eine will, wird auch das andere wollen und umgekehrt. — Diejenigen Herren, die diesen vier Punkten zustimmen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Über Punkt 8 und 9 der Tagesordnung ist damit entschieden.

10. Projekt über die Errichtung eines Gebäudes für die Knabenmittelschule.

Stadtv. Rasche: Die Zeichnungen für das vorliegende Projekt über die Knabenmittelschule sind hier im Saale ausgestellt. Das Projekt entspricht ganz der Vorlage, die schon früher von uns genehmigt ist, und die Ausführung des Projektes würde

den Bedürfnissen in jeder Weise Rechnung tragen. Im Kostenanschlage ist gegen früher eine Abweichung vorhanden. Der ausführliche Kostenanschlag schließt jetzt mit der Summe von 437 850 *M* ab, es ist demnach eine Überschreitung von 30 850 *M* gegenüber dem Vorprojekte entstanden. Die Bauverwaltung hat nun vorgeschlagen, um eine Ersparnis eintreten zu lassen, die Stockwerkhöhe von 4,50 m auf 4,20 m zu vermindern. Sie berechnet die voraussichtliche Ersparnis auf 18 000 *M*. Die Baukommission schließt sich der Ansicht an, daß die Räume wohl etwas niedriger werden könnten, was bei einem Bau von 3 Stockwerken schon eine ganze Menge ausmacht, sie glaubt aber nicht, daß wirklich 18 000 *M* damit erspart werden könnten, vielmehr nimmt sie nur eine Summe von 9 000 *M* dafür an.

Als weitere Änderung des Vorprojekts kommt in Betracht, daß der Magistrat das Hinübersche Grundstück, Mönchstraße 15, das hier auf dem Situationsplan markiert ist, vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung zum Preise von 14 000 *M* erworben hat. Das Hinübersche Grundstück schließt sich an das Grundstück der Mittelschule an, und es würden dort der Schuldiener und der Heizter untergebracht werden können. Es wird allerdings erforderlich sein, daß ein Umbau, der zu ungefähr 7 000 *M* geschätzt ist, vorgenommen wird. Hierüber würde aber eine besondere Vorlage erfolgen. Der Bau des Schuldienerhauses, der auf jenem Plane dargestellt ist, würde dadurch in Fortfall kommen, und aus diesem Grunde würden 11 500 *M* weniger zu bewilligen sein. Von den 437 850 *M* würden demnach abgehen 18 000 *M* und 11 500 *M*, hinzukommen 14 000 *M* für den Ankauf des Grundstücks, so daß 422 350 *M* zu bewilligen sein würden. Die Baukommission schlägt vor, an dieser Stelle mit einer Überschreitung von 9 000 *M* zu rechnen, es würden dann 431 350 *M* herauskommen. Damit soll nicht gesagt sein, daß diese Summe durchaus verausgabt werden soll, sondern es wird auch von der Baukommission größte Sparsamkeit empfohlen.

Der Magistrat gibt anheim: der Ausführung des Projekts 2 (abgesehen von dem Gebäude für den Schuldiener) zuzustimmen und die 422 350 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds zu verwilligen. Die Baukommission schlägt vor, die Summe auf 431 000 *M* zu setzen. Außerdem wäre der vorgelegte notarielle Vertrag über den Ankauf des Hauses Mönchstraße 15 zu genehmigen. Ich bitte die geehrten Herren, die Vorlage so anzunehmen.

Vorsigender: Herr Referent, nehmen Sie mir es nicht übel, das können wir nicht tun. Wir können unmöglich dem Vorschlage der Baukommission entsprechend 9 000 *M* mehr verwilligen, als der Magistrat für den Bau veranschlagt hat. Wenn die Baukommission hinterher recht behält und die Ersparnis die Höhe von 18 000 *M*

nicht erreicht, so wird das schmerzlich sein, und die Überschreitung würde dann von uns genehmigt werden müssen, aber das jetzt schon zu tun, halte ich für unmöglich.

Stadtv. Rasche: Es soll mit dieser Äußerung der Baukommission nur gesagt sein, daß sie annimmt, daß die Kosten wahrscheinlich überschritten werden. Die Baukommission hält es für unmöglich, daß durch die geringere Höhe eine derartige Ersparnis eintreten könnte.

Vorsitzender: Ich habe den Herrn Referenten wohl verstanden, halte es aber für ausgeschlossen, daß wir die 9000 *M* jetzt gleich bewilligen.

Stadtv. Frühling (als Vorsitzender der Baukommission): Wie Herr Rasche schon selber gesagt hat, soll das kein Antrag der Baukommission sein. Die Baukommission will nur ihrer Meinung über die mögliche Ersparnis Ausdruck geben.

Stadtv. Niese: Nach meiner Überzeugung liegt die ziemlich große Unwahrscheinlichkeit vor, daß diese Summe von 18 000 *M* gespart werden kann, da es sich bei dem ganzen Traktus des Gebäudes nur um 30 cm in der Höhe handelt. (Zuruf: 3 mal 30 cm.) Wenn 9000 *M* dafür angenommen werden, so ist das hoch genug.

Oberbürgermeister Netemeyer: Die städtische Bauverwaltung hat die Differenz von 18 000 *M* herausgerechnet, indem sie die Zahlen der aufzumauernden cbm gegenübergestellt hat. Wenn nun hervorgehoben wird, daß diese Berechnung keinen Anspruch auf Zuverlässigkeit hat, so muß demgegenüber auch hervorgehoben werden, daß in dem Falle, daß das ganze Gebäude etwas niedriger wird, auch die Grundmauern um etwas vermindert werden könnten. Es hat aber heute keine Bedeutung, zu sagen: es muß mehr bewilligt werden. Stellt sich hinterher heraus, daß die Hoffnung der städtischen Bauverwaltung trügerisch gewesen ist, dann wird die städtische Bauverwaltung wenigstens verpflichtet sein, die Überschreitung zu motivieren, und darauf legen wir Wert. Lassen Sie uns ruhig die geringere Summe zur Verfügung stellen, das Weitere wird sich finden.

Stadtv. Mohr: Ich kann es nicht begreifen, daß man bei einem Bau, der über 400 000 *M* kostet, durch Herabbringen der Zimmerhöhe 18 000 *M* sparen will. Sämtliche übrigen Schulgebäude sind in der zuerst angegebenen Höhe erbaut worden, und hier sollen nun 30 cm von der Höhe abgezogen werden, um 18 000 *M* zu sparen. Da möchte ich doch vorschlagen, lassen Sie uns an der Höhe der Stockwerke nichts ändern.

Oberbürgermeister Netemeyer: Die städtische Bauverwaltung hat darauf hingewiesen, daß man neuerdings in den verschiedensten Großstädten von der verhältnismäßig großen Höhe der Schulzimmer Abstand genommen hat. Man darf ohne weiteres anerkennen, daß 4,5 m reichlich hoch ist. Die Höhe der Zimmer ist doch nicht allein maßgebend für Luft und Licht, sondern es kommt darauf an, daß genügend Luft zu- und wieder abgeführt wird. Deshalb glaube ich, man sollte auch mit einer etwas geringeren Höhe dasselbe Ziel erreichen können. Es ist in der Baubeschreibung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß durch sogen. Z-Kanäle, die neben den Heizkörpern an der Außenwand angebracht werden, für reichliche Zuführung von frischer Luft gesorgt werden wird. Selbstverständlich müssen demgegenüber auch andere Lüftungsvorrichtungen vorhanden sein, durch die schlechte Luft abgeführt wird. Wenn das der Fall ist, weshalb sollten wir dann nicht anfangen, mit etwas geringeren Höhenräumen uns zu begnügen, wie es andere Städte auch tun? Wir haben uns gesagt: Wozu noch weiter hohe Zimmer bauen, wenn das Bedürfnis nicht vorliegt? Diese Ueberlegung ist nicht nur veranlaßt durch die in Aussicht stehende Ersparnis von 18000 M. Hinzukommt noch (was auch die Baukommission anerkannt hat), daß die architektonische Gestaltung des Gebäudes durch die geringere Höhe der Stockwerke nur gehoben werden kann. Das Bild auf dem Projekt 2 ist schöner als das auf dem Projekt 1. Wenn technische Bedenken nicht vorhanden sind und wirtschaftliche Gründe dafür sprechen, dann sollte man ruhig zu der geringeren Höhe der Schulräume übergehen.

Stadtv. Dr. Genting: Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß man dazu übergeht, sowohl für Privatwohnungen als auch für öffentliche Räume eine geringere Höhe herzustellen. Der Herr Oberbürgermeister hat schon angeführt, daß es nicht nur auf den Kubikinhalt der Räume ankomme, sondern auf die Beschaffenheit der Luft darin, und daß dafür gesorgt wird, daß ein Luftwechsel eintritt. Es ist wesentlich, daß der tote Raum zwischen der Decke und den drehbaren, zur Ventilation gebrauchten Fenstern möglichst vermieden wird. Dieser Raum ist leider in vielen Zimmern recht hoch. Gehen aber die Fenster bis fast unter die Decke, und wird eine Entlüftung eingerichtet, wie wir sie bei den neueren Schulen haben, so ist kein Bedenken gegen die Herabsetzung der Höhe der Zimmer zu tragen.

Stadtv. Fröhling: Der Herr Oberbürgermeister hat schon dargelegt, was ich sagen wollte. Ich kann nur bestätigen, daß die Meinung der Fachkreise dahin geht, von zu großer Höhe der Räume Abstand zu nehmen, und sie auf ein geringeres

Maß einzuschränken, wie es in diesem Projekte vorgesehen ist. Wie das Äußere des Gebäudes gewinnt, können Sie bei einer Vergleichung der beiden Projekte erkennen. Das linke, mit der ermäßigten Höhe der Stockwerke, macht einen geschlosseneren Eindruck als das andere. Für mich ist allerdings der Kostenpunkt ausschlaggebend gewesen.

Die Anträge des Magistrats werden von der Versammlung angenommen.

11. Einsprache gegen die Änderung des Ortsbauplans für den Damm.

Stadtv. Frühling: Am 23. Mai d. Js. haben die Herren beschlossen, die Fluchtlinie am Damm dahin zu ändern, daß an der Ecke, wo das Klingelhöfersche Haus steht, die Straßenbreite auf 13,20 m vergrößert werden soll. Hiergegen ist seitens des Herrn Klingelhöfer Einsprache erhoben. Er führt aus, daß durch die bedeutende Verkürzung seines Grundstücks ihm ein Neubau schwer würde und sein Grundstück dadurch wesentlich beeinträchtigt würde. Die Sache ist daraufhin noch einmal geprüft, und der Magistrat schlägt Ihnen jetzt vor, als Straßenbreite an dieser Stelle nicht mehr 13,20, sondern nur noch 12 m festzusetzen, also die Fluchtlinie in der auf dem Plane eingezeichneten Weise zu ändern. Der Grund hierfür ist, 1. daß der Damm auch westlich der Münzstraße nur eine Breite von 12 m hat, man also auch hier nicht auf 13,20 m zu gehen braucht, 2. daß die Kosten für Straßenbau wesentlich verringert werden, indem nach dem neuen Vorschlage nur 43 qm erworben zu werden brauchen gegenüber 65 qm nach dem früheren, und der Grunderwerb auf dieser Stelle wegen der guten Geschäftslage unzweifelhaft sehr teuer werden wird. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, der Änderung des Ortsbauplans nach dem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. Altmann: Es ist unzweifelhaft richtig, daß in dortiger Gegend ein Quadratmeter Grundfläche ein ziemliches Stück Geld kostet, und daß es in Geschäftsstraßen für den Geschäftsmann recht unangenehm ist, mit seinem Gebäude zurückzutreten. Wenn man aber gerade den Verkehr auf diesem Straßenzuge und besonders an dieser Ecke, die so stark befahren wird, bedenkt, dann müßte man doch wohl zu der Überzeugung kommen, daß 12 m Straßenbreite reichlich knapp sind. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß über kurz oder lang die Lage des Feuerwehrgebäudes verändert und so Raum gewonnen wird, um die Straße an dieser Stelle zu verbreitern. Wir dürfen nicht vergessen, daß hier nicht ein gewöhnlicher Durchgangsverkehr stattfindet, sondern ein Verkehr, der vom Bahnhof kommt und nach der Seite des

Bohlwegß zu an dieser Straßenecke umbiegt. Wer sich den jetzigen Verkehr ansieht, wird ein beängstigendes Gefühl empfinden. Ich befürchte, daß durch eine Verbreiterung auf nur 12 m den erweiterten Verkehrsverhältnissen nicht genügend Rechnung getragen wird. Die Entlastung dieser Strecke durch eine Straße vom Bohlwege nach dem südlichen Teile der Stadt, nach dem Terrain, wohin der Bahnhof demnächst zu liegen kommt, dürfte auf Jahrzehnte hinaus nicht zu erwarten sein. Deswegen bedauere ich, daß der Beschluß in dieser Richtung geändert werden soll, auf 12 m Breite zurückzugehen. Ich möchte bitten, von dieser Änderung abzusehen und es bei unserm früheren Beschlusse zu belassen.

Bürgermeister **Meyer**: Es ist selbstverständlich, daß man über die Breite, die man einer derartigen Verkehrsstraße geben soll, verschiedener Ansicht sein kann, und es liegt nahe, daß man bemüht ist, für eine solche Straße eine derartig große Breite zu schaffen, daß sie nicht nur dem gegenwärtigen Verkehr genügt, sondern auch den Zukunftsverkehr zu fassen vermag. Aber die Herren werden mir recht geben: Man kann eine derartige Maßnahme nur ergreifen, wenn ausreichende Mittel zur Verfügung stehen; zu einer übermäßigen Inanspruchnahme der Kräfte der Stadt wird man sich nur dann entschließen, wenn sonst Ungenügendes geschaffen würde. Wenn wir dabei stehen bleiben, diesen Straßenteil auf 13,20 m zu verbreitern, wie die städtischen Behörden beschlossen hatten, so haben wir zu gewärtigen, Aufwendungen machen zu müssen, die mit Rücksicht auf andere notwendigere Ausgaben nach meiner Ansicht außer Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Stadt stehen. Bei Prüfung der Einsprache sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß der Verkehr mit einer Straßenbreite von 12 m wohl auskommen kann. Vom Herrn Referenten ist schon darauf hingewiesen, daß der Damm in seiner westlichen Fortsetzung auch nur diese Breite besitzt. Ich will dem noch hinzufügen, daß auch in der östlichen Fortsetzung nach den neuesten Beschlüssen der städtischen Behörden nur eine Breite von 12,20 m vorgesehen ist, und zwar hart neben der hier in Frage kommenden Stelle, nämlich bei Brünnings Saalbau, sowie daß auch für den Hutfiltern nur eine Breite von 12 m in Aussicht genommen ist. Also für den ganzen Straßenzug vom Kohlmarke bis zur Langedammstraße haben wir nach dem Plane, wie er bisher in seinen einzelnen Teilen von den städtischen Behörden beschlossen ist, nur eine Breite von 12 m zu erwarten. Deshalb kann ich es nicht als absolut nötig ansehen, gerade an dieser Stelle, wo es uns sehr teuer zu stehen kommen würde, eine Breite von 13,20 m zu schaffen. Man kann nicht sagen, daß dadurch der allgemeine Verkehr eine besondere Entlastung erführe. Ich gebe den Herren anheim, sich dahin zu entscheiden, wie die Baukommission vorgeschlagen hat.

Stadtv. Loeßhigt: Die magistratsseitig vorgebrachten Gründe kann ich vom Standpunkte des Verkehrs aus nicht anerkennen. Wer den Verkehr an dieser Stelle kennt, kann nur dafür sein, daß die breiteste Fluchtlinie angenommen wird. Denken Sie zurück an eine Sache, die die Stadt früher gemacht hat. Es wäre besser gewesen, wenn die Straßenecke der Poststraße nach dem Altstadtmarkt zu um wenigstens ein Meter breiter gemacht wäre und die Kosten nicht gescheut wären, denn der Eingang von der Poststraße nach dem Altstadtmarkt ist nach den vorliegenden Verhältnissen nicht breit genug. Das wird jeder sagen, der mit den Verhältnissen so Bescheid weiß wie ich. Erst heute mittag konnte man wieder eine Stockung an dieser Stelle sehen. Jedes Meter, um das wir eine solche Straße breiter legen, ist im Interesse des Verkehrs als eine Verbesserung zu begrüßen. Ich bitte dringend, lehnen Sie den Antrag der Kommission ab, und lassen Sie es bei der Breite von 13,20 m. Wenn wir 15 Jahre weiter sind, würden wir sonst sagen: Hätten wir nur seinerzeit die 1,20 m mehr genommen. Ich bin entschieden der Ansicht, daß man diese Stelle nicht breit genug für den Verkehr machen kann.

Stadtv. Friede: Ich bin anderer Ansicht als Herr Loeßhigt. Wir haben eben gehört, daß der Herr Bürgermeister erklärt hat, daß die ganze Breite der Straße vom Rohlmarke nach dem Bohlweg zu nur 12,20 m sein kann. Nun kann ich keine Vorteile darin sehen, wenn diese eine Strecke an der Münzstraße breiter sein soll. Etwas anderes würde es sein, wenn wir den ganzen Damm breiter machen könnten; das ist aber nicht möglich. Sodann haben wir Rücksicht auf den betroffenen Bürger zu nehmen. Ich kenne das Haus und weiß, daß es eine geringe Tiefe hat. Wenn man davon noch $1\frac{1}{2}$ m mehr wegnehmen würde, dann wird jedenfalls aus der ganzen Bauerei überhaupt nichts werden, da dann der Platz dafür zu klein wird. Wo wir jetzt die ganze Straße in einer Breite haben können, sehe ich nicht ein, daß wir das kurze Ende noch breiter machen wollen. Darüber, daß Brünings Saalbau zurückkommt, werden noch hundert Jahre hingehen. Ob es schön aussieht, wenn das kleine Gäßchen zurücktritt, weiß ich nicht, und daß es der Stadt zum Nutzen wäre, möchte ich bezweifeln. Außerdem würde es eine Menge Geld kosten. Ich bitte, bleiben Sie beim Vorschlage der Baukommission, und nehmen Sie die Breite von 12 m an.

Bürgermeister Meyer: Die Kostenfrage ist nur im allgemeinen gestreift; es wird auch kaum nötig sein, daß wir uns heute eingehend damit beschäftigen. Aber das möchte ich doch sagen, daß der Eigentümer des Grundstücks einen Preis von 852 M pro Quadratmeter gefordert hat. Ob wir den Preis für angemessen halten,

ist eine Sache für sich. Sie sehen aber daraus, daß die Forderung, die gestellt werden wird, eine sehr hohe ist.

Im übrigen möchte ich den Herren, die auf die größere Verbreiterung bestehen wollen, noch folgendes zur Erwägung vorstellen: Wenn eine Einigung zwischen den städtischen Behörden nicht zustande kommt, dann tritt eine Änderung des jetzt bestehenden Zustandes überhaupt nicht ein, sondern es bleibt so, wie es heute ist. Falls also der Eigentümer des Grundstücks ein Projekt über die Neubebauung seiner Grundstücke unter Ausnutzung der gegenwärtigen Fluchtlinien einreicht, so würde das Stadtbauamt nicht um deswillen, weil wir eine größere Straßenbreite haben möchten, das Projekt ablehnen können. Ich bin der Ansicht, daß es sich empfiehlt, anlässlich dieser Einsprache die Verbreiterung nur auf 12 m vorzunehmen, was doch gegenüber der jetzigen Breite ein Mehr von 2 m ist. Ich weise darauf hin, daß die Annahme der größeren Breite bzw. die Ablehnung unseres Antrages durch die Versammlung für die Stadt noch unangenehmere Folgen haben kann, als sie darin zu erblicken sind, daß die Straßenbreite nur auf 12 m festgelegt wird.

Stadtv. **Frede**: Ich kann die unangenehmen Folgen, die der Herr Bürgermeister erwähnt hat, nicht übersehen. Die Besprechung gibt mir aber Anlaß dazu, hinzuweisen auf die recht üblen Zustände in verschiedenen Gegenden der Stadt, die nur entstanden sind durch die übertriebene Rücksichtnahme auf den Kostenpunkt. Ich möchte besonders hervorheben, daß auch der Eingang zur Sonnenstraße einen heillosen Zustand darbietet. Ich kann nicht begreifen, wie es möglich war, die Sonnenstraße seinerzeit so herzurichten, wie sie jetzt besteht. Der Neubau, wo der Kleiderhändler wohnt, hätte müssen so weit zurück, daß er in eine gerade Fluchtlinie mit der Kirche gekommen wäre. In der heute zu entscheidenden Frage stehe ich ganz auf dem Standpunkte des Herrn Ahmann. Ich meine, es ist auch eine mißliche Sache, wenn eine Straße an dem einen Ende doppelt so breit ist wie auf dem anderen. Das ist hier der Fall. Am Eingange bei der Langedammstraße und Bohlweg ist der Damm schön breit und faßt eine große Menschenmenge, dann verringert sich die Straße in ihrem sehr kurzen Laufe unermäßig. Gerade da tritt die Verengerung ein, wo eins der größten Verkehrszentren der Stadt gelegen ist. Neben der Ecke am Steinweg und Bohlweg und dem Eingange zur Sonnenstraße herrscht gerade an diesem Punkte ein besonders reger Verkehr. Mir würde es sehr erwünscht sein, wenn die Straße noch ein paar Meter verbreitert würde. Der Herr Bürgermeister sprach von dem jetzigen Verlauf des Dammes in einer gleichen Breite, der mit der Annahme des Kommissionsantrages in Aussicht stände. Meiner Ansicht nach ist die Annahme nicht unberechtigt

daß, wenn hier die größere Breite festgelegt wird, die Breite des Dammes nach dem Hutfiltern zu sich auch nach dieser größeren Breite richten würde. Ich möchte mich dahin aussprechen, daß der alte Beschluß bestehen bleibt.

Stadtv. Kßmann: Eine mir scheinbar kuriose Idee hat der Herr Bürgermeister hier vorgebracht. Er sagt: Kommt heute der Antrag der Kommission nicht zur Annahme, so könnte das ganze Projekt hinfällig werden und die Straße an der Stelle so schmal bleiben, wie sie jetzt ist. Meiner Ansicht nach liegt die Sache so, daß ein Beschluß beider Körperschaften schon vorhanden ist, der die Breite der Straße auf 13,20 m festlegt. Wenn jetzt der Magistrat sagt: Wenn ihr die 12 m nicht wollt, dann lassen wir die Verbreiterung ganz, denn die größere Breite können wir nicht annehmen, so schien mir das kurios. Wenn unsere Überzeugung ist, 13,20 m wäre nicht zu breit, dann möchte ein Konflikt daraus entstehen, indem der Magistrat sagt: Dann sollt ihr überhaupt keine Verbreiterung haben.

Was die Sache selbst anbetrifft, so kann ich darauf hinweisen, daß es mir als etwas anderes erscheint, wenn am Anfange der Straße eine größere Breite entstünde, als an diesem Knotenpunkte, wo sie ein Meter breiter würde als bei Brünings Saalbau. Ich meine, es würde einen Vorteil bedeuten, wenn sie an dieser Stelle um ein Meter breiter wäre. Herr Loeßiglt führte einen von den Fällen an, wo das, was die Stadt getan hätte, unglücklich geraten wäre. Ich dachte dabei an die Einmündung der Neuenstraße in den Sack und muß sagen, daß wir alle ohne weiteres der Überzeugung sind, daß es zweifellos eine gewisse Ehre für die städtische Verwaltung bedeutete, wenn diese Enge beseitigt wäre. Daß das unterlassen ist, wird kaum jemand als einen besonderen Erfolg unserer Tätigkeit anrechnen können. Wenn die Verbreiterung an einer so lebhaften Stelle sich möglich machen läßt, wie in diesem Falle, dann sollte man nicht damit rechnen, daß 15 000, 20 000 M Mehrkosten dadurch erwachsen. So rücksichtsvoll gegen den Geschäftsmann zu sein, dafür liegt kaum ein Grund vor, denn in der Benutzbarkeit des Grundstücks scheint Gefahr nicht vorzuliegen. Eine solche Rücksicht ist auch nicht immer Brauch gewesen. Als eine Straße auf 18 m Breite angenommen werden sollte, von der man sich sagte: „In unserer Generation wird sie nicht gebaut werden“, habe ich meinerseits selbst dem Projekte zugestimmt und habe mir gesagt: Wenn es eine Verkehrsstraße werden soll, wird sie nicht zu breit werden. Diese Rücksicht auf den Geschäftsmann dürfen wir nicht walten lassen; wir müssen lediglich Rücksicht darauf nehmen, daß es ein Verkehrspunkt ist, der besser ausgestaltet werden muß, als es mit 12 m Breite geschehen kann. Ich möchte nochmals bitten, den heutigen Antrag der Baukommission und des Magistrats abzulehnen, und es bei unserm früheren Beschlusse zu lassen.

Stadtv. Busch: Ich möchte doch dringend bitten, der Einsprache zu folgen. Herr Bürgermeister Meyer hat in klarer Weise auch heute die Bedenken gegen einen weitergehenden Beschluß zum Ausdruck gebracht, wie er es gestern in der Baukommission schon getan hat. Ich bitte Sie, zu bedenken, wie unangenehm es wäre, wenn der jetzige Zustand erhalten bliebe. Es kann doch leicht der Fall eintreten, daß Herr Klingelhöfer überhaupt nicht baut. Dann haben wir immer mit einer 10 m breiten Straße zu rechnen, der Verkehr dort könnte dann leicht gefährlich werden, und der Zustand würde für Jahre hinaus bleiben. Wenn wir die 2 m uns sichern, die geboten werden, dann haben wir dafür die Gewähr, den unleidlichen Zustand bald beseitigt zu sehen. Mit der Festsetzung einer Breite von 13,20 m werden wir kein Glück haben und überhaupt nichts erreichen, denn ich glaube nicht, daß Herr Klingelhöfer darauf eingehen wird.

Bürgermeister Meyer: Die Auffassung des Herrn Frede bezüglich einer zukünftigen Festsetzung einer größeren Breite des Gutfiltern ist nicht richtig. Die städtischen Behörden haben erst in neuerer Zeit, vor zwei Jahren, die Breite der Straße auf 12 m festgelegt.

Herr Ahmann meinte demgegenüber, was ich hier als Ansicht äußerte, das wäre ein kurioser Gedanke. Die Sache ist aber sehr einfach. Eine derartige Änderung des Stadthauptplans kann nur zustandekommen durch übereinstimmenden Beschluß der städtischen Behörden, und dieser bedarf wieder der Bestätigung des Staatsministeriums. Eine solche Bestätigung steht noch aus, deshalb ist der frühere Beschluß noch nicht rechtsgültig, und somit ist die größere Breite der Straße heute noch nicht endgültig festgelegt. Es ist vorgeschrieben, daß der Beschluß der städtischen Behörden öffentlich bekanntgegeben wird. Das ist geschehen, und gegen diesen Beschluß ist Einsprache erhoben. Nun waren vorher die beiden städtischen Behörden in ihren Beschlüssen einig. Nachher hat aber der Stadtmagistrat seinen Standpunkt geändert und unter Anerkennung der vorgetragenen Gründe gemeint, man könnte mit 12 Metern auskommen. Wenn die Stadtverordneten demgegenüber einen ablehnenden Standpunkt einnehmen, dann sind von dem Augenblick an übereinstimmende Beschlüsse nicht vorhanden, und es ist eine Abänderung gegenüber dem bestehenden Ortsbauplan tatsächlich nicht zustande gekommen. Wenn etwas erreicht werden soll, kommt es darauf an, daß Magistrat und Stadtverordnete über die Breite der Straße sich einigen. Nun frage ich: Ist es bei dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen zweckmäßig oder gar notwendig, an der Forderung der größeren Breite festzuhalten auf die Gefahr hin, dadurch jede Verbesserung auszuschließen? Da stehe ich auf dem Standpunkte, daß man das zu erreichen suchen soll, was bei

den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Ich halte es für eine wesentliche Besserung gegenüber dem heutigen Zustande, wenn wir die Breite auf 12 m festlegen können, und möchte doch bitten, sich mit einer entsprechenden Änderung des Ortsbauplans einverstanden zu erklären.

Stadtv. **Frühling:** Auch in der Baukommission waren wir einstimmig der Meinung, daß wir die Straße so breit machen möchten, wie wir sie bekommen könnten. Aber man kann das nicht an einer Stelle allein machen. Wenn man die Straße nicht in ihrem ganzen Zuge verbreitern kann, dann ist es zweifelhaft, ob es richtig ist, an einer Ecke einen Trichter zu schaffen, der mit seiner größeren Breite in eine engere Straße führt. Herr Frede hat besonders hervorgehoben, wie übel die trichterartige Straße an der Langedammstraße wäre. Dasßelbe würden Sie hier schaffen. Vorn an der Münzstraße würden Sie eine Straße von 13,20 m Breite haben, die sich gleich darauf auf 12,20 m verengert. Was man an der Bohlwegecke tadelt, würden Sie hier von neuem schaffen. Das ist der Grund, weshalb die Baukommission — trotzdem Sie auch auf dem Standpunkte steht, daß man die Straße soviel wie möglich verbreitern möchte — doch zweifelhaft gewesen ist, ob diese trichterartige Verbreiterung angezeigt wäre. Man hätte auch noch zustimmen können, wenn nicht andere Gründe hinzukämen, die die Freunde der größeren Verbreiterung ganz vernachlässigt haben: einmal der sehr hohe Preis, und dann die Möglichkeit, daß der Grundbesitzer statt eines Neubaus einen Umbau ausführt. Wenn er das Haus umbauen will, so kann das so geschehen, daß es noch viele, viele Jahre stehen bleibt. Dann sind die Herren, die mit dem Trichter Luft schaffen wollen, viel schlechter daran; dann haben wir nicht 12 m für die ganze Straße, sondern hier bekommen wir einen Engpaß, der auf viele Jahre bleibt. Der dritte Grund der Baukommission ist der, den Herr Bürgermeister Meyer schon angeführt hat: Wenn wir den Antrag des Magistrats nicht annehmen, stellen wir den ganzen Beschluß der Änderung des Ortsbauplans in Frage oder werfen ihn um. Aus drei sehr schwer wiegenden Gründen hat die Baukommission gemeint: dann wollen wir uns lieber beschränken und wollen die Straße in der gleichen Breite von 12 m durchführen. Ich glaube, wenn sich die Herren die Sache überlegen, werden Sie uns zustimmen.

Stadtv. **Loeschigt:** Eins ist wohl nicht richtig, was der Herr Baurat sagt. Solange ich in der Stadtverordnetenversammlung sitze, weiß ich, daß die Verbreiterung von Straßen erst bei kurzen Strecken angefangen hat. Das ist seinerzeit auch bei den Neubauten in der Nähe der Münzstraße geschehen, erst nachher ist das Haus

von Pieper zurückgesetzt. Wenn wir heute die Münzstraße bauen müßten, dann hätten wir sie auch breiter gemacht. Als die Straße projektiert wurde, hat man sich sehr gewundert, daß sie so schmal werden sollte. — Ich möchte noch auf einen anderen Punkt hinweisen im Interesse unserer städtischen Feuerwehr. Sie wissen, daß das Ausfahrtstor auf dem Damm nicht benutzt wird, weil diese Straße zu eng ist. Auch aus diesem Grunde wäre es angebracht, die Straße dort breiter zu machen. Ich halte es für meine Pflicht, auch darauf hinzuweisen. Die Majorität wird heute entscheiden und hat leider schon oft in verkehrter Weise entschieden.

Stadt v. Dr. **Jasper**: Nach den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters wächst sich dieser Antrag zu einem Konflikt zwischen dem Stadtmagistrat und den Stadtverordneten aus. Der Herr Bürgermeister meint: Seid ihr nicht willig, so bekommt ihr gar nichts, wie unartige Kinder. Ich glaube, das ist nicht geschickt, und es ist entgegengesetzt der früheren Ansicht des Magistrats, der uns vor wenigen Wochen die Verbreiterung auf 13 m empfohlen hat, nun zu sagen: Weil wir uns inzwischen anders besonnen haben, müßt ihr unseren Bedenken ohne weiteres euch fügen. Ich möchte den Herren, die einen besseren Verkehr wünschen, empfehlen, sich nicht dadurch einschüchtern zu lassen. Bange machen gilt nicht! Wenn der Herr Bürgermeister meint, daß die Stadtverordnetenversammlung dazu da ist, sich den Wünschen des Magistrats anzupassen, so ist das nicht richtig. Ich glaube, wir können es ruhig auf einen Konflikt ankommen lassen und darauf, ob der Magistrat gegenüber der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung diese Verantwortlichkeit tragen kann. Ich nehme für die Versammlung dasselbe Recht in Anspruch wie der Magistrat für sich.

Ich bin selbstverständlich jederzeit bereit, meine Ansicht zu reformieren, wenn Gründe vorgebracht werden, aber aus dem Schoße der Kommission sind Gründe nicht hervorgegangen. Dieselbe Kommission, die vor Wochen 13 m empfohlen hat, hat heute andere Vorschläge, im wesentlichen deshalb, weil der Magistrat sich anders besonnen hat. Das ist die ultima ratio unter den drei Gründen, die Herr Baurat Frühling angegeben hat, indem er sich den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters anschloß. Im übrigen war die Situation vor vier Wochen genau so wie heute. Die Möglichkeit, daß ein Umbau stattfindet, bestand damals wie heute, ebenso die Tatsache, daß ein Engpaß entstehen könnte. Ich weiß nicht, wie die Sachverständigen, besonders der Herr Referent, damals ganz anderer Ansicht haben sein können. Anders ist nur die Meinung des Magistrats geworden, und infolgedessen ist anscheinend auch der Umfall der Mehrheit in der Kommission erfolgt. Anders scheint geworden zu sein die Preisstellung des baulustigen Anliegers, aber

das kann für uns ohne weiteres nicht bestimmend sein, wenn man an und für sich an dieser Stelle eine breitere Verkehrsmöglichkeit für richtig hält. Ich glaube, das ist von verschiedenen Seiten überzeugend dargetan und wird nicht dadurch widerlegt, daß gesagt wird, auf der westlichen Seite des Dammes ist bisher nur eine Breite von 12 m vorgesehen. Ich war bisher auch der Ansicht, daß es nicht anginge, in einem Straßenzuge verschiedene Breiten vorzusehen. Wenn man sich aber den Straßenzug des Dammes auf der Karte ansieht, wird man finden, daß das sehr gut geht, daß irgendwelche Unzuträglichkeiten keineswegs durch diesen Vorschlag herbeigeführt werden. Für die Verbreiterung an dieser Stelle spricht die Erwägung, daß hier an der Kreuzung der Bedarf nach einer größeren Verkehrsmöglichkeit am stärksten ist, und daß hier an dieser Stelle, wie Herr Altmann schon gesagt hat, der Verkehr nach dem Bahnhofe und Bohlweg vorübergeht. Nachteile kann ich aus der größeren Verbreiterung nicht sehen und bitte, es bei dem alten Beschlusse zu belassen, da zwingende Gründe, ihn abzuändern, nicht hervorgetreten sind.

Bürgermeister Meyer: Der Herr Vorredner hat meinen Worten, insofern sie auf die geschäftliche Erledigung der Angelegenheit gingen, eine andere Bedeutung untergelegt, als sie haben sollen. Ich würde es für eine Verletzung meiner Pflicht gehalten haben, wenn ich die Versammlung nicht auf das aufmerksam gemacht hätte, was die Folge der Annahme der weitergehenden Forderung sein wird. Die Herren hätten vielleicht mit gutem Grunde dem Magistrat einen Vorwurf machen können, wenn er die gegebene Aufklärung unterlassen hätte. Im übrigen bemerke ich, daß ich die gegenwärtige Generation nicht für verpflichtet halten kann, alle die Fehler gutzumachen, die frühere Generationen gemacht haben. Wir haben unseren Geldbeutel zu Rate zu ziehen und zu prüfen, ob eine als nützlich erkannte Straßenverbreiterung ohne übermäßige Beschwerung der Stadt durchgeführt werden kann. Daß die Stadt die finanzielle Fähigkeit besitzt, die hier in Frage kommenden Grundstücke anzukaufen, das kann nicht bestritten werden. Es muß aber erwogen werden, ob der verfolgte Zweck im Vergleich mit den übrigen Aufgaben der Stadt so bedeutend ist, daß die zu gewärtigenden, sehr erheblichen Aufwendungen gerechtfertigt erscheinen. Das kann ich nicht anerkennen. Es ist schon hervorgehoben, daß die Breite des gesamten Straßenzuges 12 m beträgt, und deshalb genügt sie auch hier. Daß der Magistrat seine Ansicht geändert hat, ist zurückzuführen auf die Prüfung der erhobenen Einsprache. Wenn die Herren glauben, einen Konflikt herbeiführen zu sollen — ich habe den Ausdruck nicht zuerst gebraucht —, so würde das der Magistrat über sich ergehen lassen müssen.

Stadtv. Munte: Ich möchte Sie darum bitten, den Vorschlag der Kommission anzunehmen. Ich kann nicht einsehen, weshalb nun gerade das eine Meter ausschlaggebend sein soll. Wir haben wohl den Verkehr in die Wege zu leiten und zu ebnen, aber nicht dafür zu sorgen, daß die Verkehrswege für alle Ewigkeit genügen. Sollte das hier nicht der Fall sein, dann können wir später noch ein paar Meter hinzunehmen. Wir wissen gar nicht, wie der Verkehr sich in 40 Jahren entwickeln wird. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß dies in 30 Jahren eine ganz gute Ecke werden kann. Es ist nicht sicher, ob der in Frage kommende Grundbesitzer, wenn ihm solche Bedingungen oktroyiert werden, sich überhaupt zum Bau entschließen wird, und dann würde es dauernd bei der jetzigen Enge bleiben. Weshalb Herr Dr. Jasper geglaubt hat, daß uns der Herr Bürgermeister bange machen wollte, habe ich nicht verstehen können. Der Herr Bürgermeister hat ja schon darauf geantwortet, aber daß er die Herren durch seine Ausführungen hat bange machen wollen, kann doch im Ernst Herr Dr. Jasper nicht geglaubt haben. Ich bitte Sie, nehmen Sie den Vorschlag der Baukommission an!

Vorsitzender: Ich schließe die Beratung, das Wort hat Herr Stadtv. Frühling als Berichterstatter.

Stadtv. Frühling: Zunächst möchte ich Herrn Voeshigt erwidern, daß es die Stadt durchaus nicht so macht, wie er angeführt hat. Herr Voeshigt hat eins vergessen: Es wird von vornherein der allmähliche Ausbau einer ganzen Straße vorgeesehen, und nur die Ausführung erfolgt in kleineren Teilen. Hier aber wird die Baufluchtlinie eines kleinen Stückes von Anfang an schon mit einem Trichter vorgeesehen. Das ist etwas anderes.

Herr Dr. Jasper sagte, ich hätte keine weiteren Gründe angeführt außer dem, daß die Meinung des Magistrats sich geändert habe. Ich habe vier Gründe angeführt. Die drei ersten hat Herr Dr. Jasper nicht gehört oder nicht gewürdigt, und nur den letzten hat er vorgebracht und hat ihn aufgebauscht, als wenn ein großer Konflikt bevorstände. Daß ein solcher aus der Sache entstehen würde, hat doch wohl keiner geglaubt, so schlimm wird sich die Sache nicht auswirken; wir haben gedacht, daß sie sich ausgleichen werde.

Dann hat Herr Dr. Jasper sich gewundert, daß die Baukommission anderer Ansicht geworden ist. Ich kann es nicht für nachteilig halten, daß jemand, der eines Besseren belehrt wird, anderer Meinung wird, und muß das Recht für die Baukommission in Anspruch nehmen, auch ihre Meinung zu ändern, wenn sie belehrt wird.

Herr Dr. Jasper sagt, ich hätte heute äußerst warm für die 12 Meter gesprochen und ebenso warm vor Wochen einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Darauf muß ich erwidern, daß ich sowohl in der Baukommissionsitzung, in welcher der frühere Beschluß gefaßt worden ist, wie auch in der entsprechenden Stadtverordnetenversammlung nicht anwesend gewesen bin. Ich habe den früheren Beschluß nicht mitgefaßt und ihn nicht warm empfohlen. Darnach fallen die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper in sich zusammen.

Ich will die Gründe der Baukommission nicht noch einmal wiederholen, 'sie sind reichlich ausgeführt. Ich kann sie Ihnen nur noch einmal zur Beherzigung empfehlen.

In der Abstimmung sprechen sich 13 von den 27 anwesenden Herren für den Antrag der Baukommission aus, der Kommissionsantrag ist damit abgelehnt.

12. Ausbau von Teilstrecken der Hermann-, Wittkeind- und Diesterwegstraße.

Stadtv. Tolle: Der Rentner Fulst hier ist Besitzer großer Ländereien an der Roßstraße. Er wünscht, seine Ländereien dadurch ertragreich zu gestalten, daß er die Diesterwegstraße und Hermannstraße bis zur Roßstraße ausbaut. Der Magistrat stand der Sache wohlwollend gegenüber, hielt es aber für wünschenswert, daß die Strecke der Wittkeindstraße zwischen der Hermann- und Diesterwegstraße ebenfalls ausgebaut würde, und empfahl dem Herrn, auf seine Kosten auch diese Straßenstrecke mit ausbauen zu lassen. Das glaubt Herr Fulst ablehnen zu müssen wegen der großen Schwierigkeiten, die ihm voraussichtlich dadurch entstehen würden, daß er mit den jetzigen Anliegern der Wittkeindstraße wegen des Erwerbs großer Teilflächen in Verbindung treten müßte. Der Magistrat erkennt diesen Grund an und hat sich bereit erklärt, die Wittkeindstraße auf seine Kosten auszubauen, hat aber daran die Bedingung geknüpft, daß Herr Fulst für seine Eckgrundstücke sowohl wie für ein anderes Grundstück, das er früher an dieser Straße schon bebaut hat, die Straßenbaukosten gleich bezahlt, wenn sie auch noch nicht fällig sind. Den Kanal an der Hermannstraße wünscht Herr Fulst ebenfalls nicht zu bezahlen aus dem Grunde, weil dies ihm unverhältnismäßig hohe Kosten wegen seiner besonderen Größe auferlegen würde, da er als Vorflut für den Kanal, der noch später gelegt werden muß, zu gelten hat. Auch dies hat der Magistrat für berechtigt anerkannt und Herrn Fulst von den Kosten des Kanals entbunden. Es ist Herrn Fulst aber die Verpflichtung auferlegt, kleine Familienhäuser, also Häuser zu bauen, die nur drei Zimmer, Küche und Zubehör umfassen. Auf diese Bedingung ist Herr Fulst

eingegangen und hat mit dem Magistrat einen Vertrag abgeschlossen, den ich Ihnen in seinen einzelnen Teilen hier vorführen will. Von dem jetzigen Interessentenschaftswege übernimmt Herr Fulsst drei Teilstrecken von 80, 75 und 79 Quadratmetern zum Preise von 7 *M* pro Quadratmeter von der Stadt. Er hat auf seinen 7 Grundstücken an diesen Straßenzügen, wie schon erwähnt, Kleinwohnungen zu bauen und verpflichtet sich, für jeden Fall der Uebertretung dieser Verpflichtung eine Konventionalstrafe von 300 *M* zu zahlen. Für den oberirdischen Ausbau der beiden Straßen sind von ihm 16700 *M* als Kaution zu hinterlegen, für die in §§ 2 und 4 des Vertrages bedungene Bauleitungsgebühr, sowie für die Reinigung, Beleuchtung und Unterhaltung der Straßen eine Kaution von 3775 *M*, ferner zur Sicherstellung der Abführung des Kaufpreises für die ihm durch § 3 des Vertrages verkauften Flächen eine Kaution von 4028 *M* und zur Sicherstellung der rechtzeitigen Zahlung der nach § 5 für die drei Grundstücke an der Wittekindstraße zu entrichtenden Straßenbaufkosten eine Kaution von 10800 *M* und schließlich zur Sicherstellung der Konventionalstrafe eine Kaution von 3000 *M*. Der Magistrat ist ihm insofern in etwas entgegengekommen, als bei Feststellung der Straßenbaufkosten der Hermanns- und Diefterwegstraße der Wert der Grundflächen mit 10 *M* pro Quadratmeter in Anrechnung gebracht wird. Die Kosten des Vertrages, sowie die Kosten der Auflassung der in § 3 des Vertrages gedachten Grundflächen des Interessentenschaftsweges, einschließlich der Reichs-, Staats- und Gemeindeabgaben hat der Rentner Fulsst zu übernehmen.

Die Baukommission hat die Sache beraten, sich auf den Standpunkt des Magistrats gestellt und empfiehlt Ihnen durch mich die Annahme der Vorlage des Magistrats, insbesondere die Genehmigung des notariellen Vertrages.

Stadtv. **Frede**: Der Kommissionsbericht macht mir in doppelter Beziehung große Freude, erstens deshalb, weil ein Privatunternehmer sich wieder dem Bau von kleinen und kleinsten Wohnungen zuwendet, und zweitens deshalb, weil der Magistrat im Begriff steht, der privaten Bautätigkeit in diesem Falle eine Unterstützung zu gewähren, nicht durch Geschenke, wie bei den Baugenossenschaften, sondern durch Erleichterungen, wie sie hier ausgesprochen sind. Es ist meiner Überzeugung nach auch der beste Weg, dem Mangel an Kleinwohnungen abzuhelpen, wenn Privatunternehmer der Sache sich mehr zuwenden als bisher.

Stadtv. **Wesemeier**: Ich freue mich auch über die Vorschläge, die gemacht sind, und möchte das Augenmerk des Magistrats auf einen wunden Punkt in einer fertigen Straße hinwenden. Die Wendenstraße ist zwischen und an den Straßenbahngleisen so schlecht im Pflaster, daß man bei Regenwetter nicht auf dem Trottoir

gehen kann ohne Gefahr, durch vorüberfahrende Wagen und Automobile beschmutzt zu werden. Ich glaube, es wäre dringend nötig, daß die Straßenbahn veranlaßt würde, das Pflaster auszubessern.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Magistrats zu.

13. Erwerb von Grundflächen zur Cellerstraße.

Stadtv. Busch: Zur Ausführung des bereits genehmigten Projekts über den Ausbau der Cellerstraße zwischen Neustadtring und Landeseisenbahn ist der Ankauf von verschiedenen Flächen notwendig geworden. Es handelt sich im ganzen um 6,64 a, die sich auf 12 Anlieger verteilen. Vom Magistrat ist ein Preis von 20 *M* für angemessen erachtet, und auch die Anlieger haben diesem Preise zugestimmt. Der mit in Frage kommende Restaurateur Thier, der Besitzer des Weißen Rosses, betrachtet die exponierte Spitze seines Grundstücks als den besten Teil seines Gartens, da sich dort vor dem schönen Gebäude Sitzgelegenheit für seine Gäste befindet. Er hat deswegen mit dem Magistrate wegen des abzulassenden Stücks verhandelt und sich mit dem Magistrat dahin geeinigt, daß ihm neben dem erwähnten Preise eine Entschädigung von 2750 *M* für den seinem Restaurationsbetriebe zugesügten Nachteil gewährt wird.

Wir haben uns gestern in der Baukommission mit der Sache eingehend befaßt und die Magistratsvorschläge zu den unsrigen gemacht. Die Baukommission empfiehlt also den über die Abtretungen abgefaßten notariellen Vertrag zur Annahme. Die entsprechenden Beträge werden nicht ausgezahlt, sondern werden mit den Straßenbaukosten verrechnet werden.

Bürgermeister Meyer: Ich habe gestern in der Baukommission mitgeteilt, daß es nicht möglich gewesen wäre, uns mit Herrn G. Henneberg, dem Eigentümer des Grundstücks, in dem sich die Geschäftsräume von George Schmidt & Ko. befinden, zu einigen. Heute morgen ist nun der Prokurist des Herrn Henneberg bei mir gewesen und hat mir zugesichert, daß er ermächtigt wäre, die von dem Henneberg'schen Grundstücke zur Cellerstraße abzutretenden Flächen zum Preise von 15 *M* pro qm der Stadt zu überlassen und außerdem einen Austausch von Flächen vorzunehmen, der im Interesse eines baldigen Ausbaues der Eichtalstraße nötig ist. Die Herren haben vor wenigen Wochen erst die Änderung der Breite dieser Straße genehmigt, und es war derzeit schon in Aussicht genommen, dem Ausbau der Straße alsbald näherzutreten. Deshalb glaube ich, daß es zweckmäßig ist, den Austausch der Flächen für die Eichtalstraße, soweit er erforderlich wird, gleich jetzt vorzunehmen. Die Stadt soll nach gepflogenen Verhandlungen 3,06 qm abtreten und 3,16 qm dafür erhalten.

Bezüglich der Fläche, die von Henneberg zur Cellerstraße abgetreten werden soll, ist noch zu bemerken, daß auf ihr ein Teil eines Stallgebäudes steht. Dieses Stallgebäude soll trotz Ausbaues der Straße einstweilen erhalten werden; das Hineinragen des Gebäudes in die Straße ist so unbedeutend, daß ein Abbruch des Straßenbaues wegen nicht nötig ist. Man wird mit der Beseitigung des Stalles warten können, bis er aus anderen Gründen einmal abgebrochen wird. Der Eigentümer ist bereit, die fragliche Fläche schon jetzt mit an die Stadt abzutreten, und zwar zu dem angegebenen Preise von 15 *M* pro qm. Ich möchte nun das Ersuchen an die geehrten Herren richten, den Magistrat zu ermächtigen, daß er einen Kaufvertrag auf der Grundlage des eben von mir Vorgetragenen mit Herrn Henneberg abschließt, wonach also die Flächen, die zur Cellerstraße nötig sind, zum Preise von 15 *M* von der Stadt erworben werden und der Flächenaustausch nach der Cichthalstraße hin erfolgt. Wegen des Gebäudes, das über die Fluchtlinie der Cellerstraße hinausragt, würde die Stadt bei Lage der Sache die dingliche Verpflichtung übernehmen müssen, es bis zu seinem Abbruche stehen zu lassen. Derartige Verpflichtungen sind schon häufig übernommen und sind unbedenklich.

Stadtv. **Sander**: Ich möchte mir die Frage erlauben, ob der Magistrat in der Lage ist, Auskunft zu geben, ob der Ausbau der Cellerstraße noch im Laufe dieses Jahres geschehen wird.

Bürgermeister **Meyer**: Wenn die Versammlung die vorliegenden Kaufverträge genehmigt und uns ermächtigt, mit Henneberg abzuschließen, so glaube ich annehmen zu können, daß im laufenden Jahre die Sache noch zur Erledigung kommt.

Die Versammlung genehmigt den abgeschlossenen Vertrag und ermächtigt den Magistrat zum Abschluß eines entsprechenden Vertrages mit G. Henneberg.

14. Auswechslung eines Hydranten an der Ecke der Hamburgerstraße und der Rosentwete.

Stadtv. **Loeschigt**: Meine Herren. Wie Sie wissen, ist auf der Hamburgerstraße bis zum „Roten Kreuz“ das Wasserrohr erweitert. Nun liegt bei der Rosentwete ein Hydrant, der noch den kleinen Durchmesser des alten Rohres hat. Im Interesse des Schützen- und des MarktweSENS auf dem Schützenplatze ist es wünschenswert, daß ein Hydrant angeschlossen wird, der, wie die anderen Hydranten, eine größere Weite hat. Die Branddirektion hat diese Auswechslung beantragt, die Kosten sind zu 200 *M* veranschlagt. Die Finanzkommission hat die Angelegenheit

geprüft und empfiehlt, die Auswechslung zu Lasten des Kap. VIII der ordentlichen Kammereikasse zu genehmigen.

Die Versammlung spricht ihr Einverständnis aus.

15. Änderung der Fenster in der Schule an der Leopoldstraße.

Stadtv. **Frühling:** Die Schule an der Leopoldstraße ist eine von den alten Schulen und deshalb nicht mit der Vollkommenheit gebaut, wie die neuen Schulen; es fehlt in einzelnen Klassen an Licht und Luft. Dem soll abgeholfen werden, und das ist dadurch möglich, daß die Fenster bis unter die Decke verlängert und an der Stelle Klappfenster eingesetzt werden. Es sind im ganzen 40 Fenster, die in Frage kommen, und der Magistrat fordert dafür die Bewilligung von 2500 *M.* Die Baukommission hat diese Änderung als eine Verbesserung für die Schule mit Freude begrüßt; sie glaubt, daß auch die Versammlung den Standpunkt teilen wird und empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

Die 2500 *M.* werden bewilligt.

16. Errichtung von Unterkunftsräumen auf dem Leonhardplatz.

Stadtv. **Rasche:** Nachdem der Spielunterricht für alle Schulen obligatorisch geworden ist, hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, daß auf den Spielplätzen bei plötzlichem Unwetter Schutzhäuser vorhanden sind. Der Magistrat schlägt vor, zunächst auf dem Leonhardplatz zur Probe ein derartiges Gebäude zu errichten. Es würde nach dem vorliegenden Projekte einen Unterkunftsraum enthalten, ferner einen Raum zur Aufbewahrung von Garderobe, verschiedene Geräteräume, eine Waschgelegenheit, eine Bedürfnisanstalt und einen Raum für eine Wärterin. Die Kosten sind zu 9800 *M.* veranschlagt. Die Baukommission empfiehlt, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. **Sander:** Ich bin selbstverständlich für die Vorlage und möchte bei dieser Gelegenheit noch einmal auf den Amalienplatz hinweisen. Er ist jetzt in einer derartigen Verfassung, daß er unmöglich so bleiben kann. Es ist beschlossen worden, daß er teilweise mit Rasen besät werden soll. Jetzt ist die Deersicht abgenommen und eine Art Spargelrand aufgefahren. Bei windigem Wetter befindet sich der Platz in einem Zustande, wie der Wälden; man kann kaum die Augen offen halten und sieht auf den Kleidern ganz grau aus. Ich möchte den Magistrat bitten, sein Augenmerk auf diesen Zustand zu richten.

Vorsigender: Es bürgert sich immer mehr die schlechte Gewohnheit ein, bei allen Punkten ganz andere Sachen zur Sprache zu bringen, als auf der Tagesordnung stehen. Ich bitte, das nicht noch mehr auszubilden.

Die 9800 *M* für den Unterkunftsraum werden bewilligt.

17. Erwerb einer Fläche für den Ausbau der Schunterstraße.

Stadtv. Busch: Vor einigen Wochen hatten die Herren beschlossen, wegen einer Fläche von 133,53 qm, die zum Ausbau der Schunterstraße erforderlich ist, das Zwangsenteignungsverfahren einzuleiten. Inzwischen haben die Besitzer sich den Ansichten des Magistrats genähert und ihre Forderung bedeutend ermäßigt. Sie sind nachträglich bereit, sie zum Preise von 22,50 *M* für das Quadratmeter herzugeben, was Ihnen der Magistrat zur Annahme empfehlen zu sollen glaubt. Die Baukommission hat sich mit dem Vorschlage befaßt und empfiehlt, dem Ankaufe zu dem genannten Preise zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

18. Beihilfe für den Bundestag Deutscher Schuhmacherinnungen.

Vorsigender: Es liegt mir ein Schreiben des Vorstandes der Schuhmacherinnung vor, das folgenden Inhalt hat: Bei Gelegenheit des in diesem Jahre im Juli stattfindenden Bundestages Deutscher Schuhmacherinnungen soll eine Ausstellung stattfinden, die Meister- und Lehrlingsarbeiten, Handwerkszeug, Maschinen für Kleingewerbe und Rohmaterialien aller Art vorführen wird. Unter diesen Umständen kann dieser Veranstaltung wohl eine große Bedeutung für das Gewerbe zugesprochen werden. Die gastgebende hiesige Schuhmacherinnung wird aber von der Veranstaltung so große Kosten haben, daß sie sie allein nicht tragen kann. Sie bittet deshalb um eine Unterstützung von 300 *M* aus städtischen Mitteln.

Der Magistrat ist der Meinung, daß die Sache für unsere Einwohner wichtig genug ist, um 300 *M* dafür aus den Mitteln der Umsatzsteuer zu bewilligen. Der Antrag hat nicht vorberaten werden können, ich möchte Ihnen aber empfehlen, die 300 *M* zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Die Beihilfe von 300 *M* wird bewilligt.

19. Antrag Sander, Beihilfe für den 2. Deutschen Mittelstandstag betr.

Vorsigender: Von Herrn Sander ist ein genügend unterstützter Antrag eingegangen. Er lautet: „Unterzeichneter beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, dem Gesamt-Ausschuß für den 2. Deutschen

Mittelstandstag, der vom 14.—17. September d. Js. in Braunschweig stattfindet, eine Beihilfe von 1000 *M* bewilligen zu wollen. Ich bitte, den Antrag als dringlich zu behandeln.“

Meine Herren. Der gleiche Antrag ist bei mir für die Stadtverordnetenversammlung vom Gesamt-Ausschuß für den 2. Deutschen Mittelstandstag eingegangen, wie ich zu Anfang unserer heutigen Sitzung gesagt habe. Ich habe ihn der Statutenkommission überschrieben, denn nachdem der Antrag, der auch schon an den Magistrat gerichtet war, von diesem abgelehnt ist, halte ich eine Kommissionsberatung eigentlich für wünschenswert. Wenn die Herren aber in der Lage sind, heute schon über den Antrag zu urteilen, und in Rücksicht darauf, daß wir vor Anfang September kaum wieder zusammentreten werden, schon heute eine Entscheidung wünschen, so haben wir es in der Hand, auch heute schon über den Antrag zu beraten.

Stadtv. **Sander** (zur Begründung): Der Herr Vorsitzende hat die Gründe schon angeführt, weshalb ich heute den Antrag eingebracht habe. Wenn der Antrag des Gesamt-Ausschusses der Statutenkommission überwiesen wird, so ist die Tagung längst vorbei, wenn er in der Stadtverordnetenversammlung beraten wird. — Für den Antrag möchte ich folgendes anführen: Es werden hier etwa 4—5000 Teilnehmer herkommen aus allen Gauen Deutschlands und werden hier auch selbstverständlich ihr Geld verzehren. Die Beihilfe ist also gewissermaßen eine praktische werbende Anlage. Wie ich schon von meinem Herrn Nachbar gehört habe, sind Bedenken — auch im Magistrat — insofern geltend gemacht, daß man der Meinung ist, der Verein wäre ein politischer. Ich bin nicht der Meinung und gestatte mir, weil dies der Kernpunkt der ganzen Sache ist, von dem die Bewilligung überhaupt abhängt, dies zur Begründung meines Antrages mit anzuführen. Es ist keineswegs der Fall, daß die Mittelstandsbewegung eine politische Bewegung ist, im Gegenteil, sie hat nur wirtschaftliche Fragen zu beraten und durchaus keine politischen. Wenn es ein politischer Verein wäre, dann wäre nicht eine Stadt wie Dresden, wo die Tagung im vergangenen Jahre stattgefunden hat, bereit gewesen, ihn mit 4000 *M* zu unterstützen. Außerdem hatte der Oberbürgermeister Dr. Beutler den Ehrenvorsitz für die Tagung übernommen. Es hat dort geredet der sächsische Minister des Innern von Bixthum-Gesfädt. Er hat unter anderem gesagt: Er möchte seinen Glückwunsch dazu aussprechen, daß es gelungen sei, den gesamten Deutschen Mittelstand zusammenzuschließen und zu dieser Versammlung zusammenzuberufen. Der Finanzminister von Seidewitz hat einen Vortrag gehalten über Submission und die Errichtung eines Reichssubmissionsamts (in Sachsen bestehen schon derartige Institute).

Es ist auch ein Vertreter vom Reichsamt des Innern, Geh. Oberregierungsrat Jaup, dort gewesen und hat die Versammlung willkommen geheißen. Alles dieses ist ein Beweis dafür, daß der Verein nicht als politischer anzusehen ist. Auch enthält das Programm, das in Braunschweig besprochen werden soll, soweit es mir bekannt ist, nichts anderes als Fragen wirtschaftlicher Art. Es soll die Errichtung eines Reichs-submissionsamts besprochen werden, ferner soll der Vortragende Rat im belgischen Staatsministerium als Vorsitzender des Internationalen Verbandes einen Vortrag über Kleinhandelsfragen halten. Das sind alles Fragen, die keine politische Tendenz in sich bergen, und die alle gewährleisten, daß der Verein kein politischer ist. Sie wissen alle, daß der Mittelstand heute in sehr bedrückter Lage ist, und daß es notwendig ist, daß sich seine Vertreter eng zusammenschließen, um ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Diese Bestrebungen werden vom Staate und von den Kommunen unterstützt, und deshalb habe ich mir erlaubt, auch den Magistrat zu bitten, dieser Tagung die kleine Summe von 1000 *M* zur Verfügung zu stellen. Der Verein hat eine Ausgabe von 20 000 *M*, es wird ihm schwer, die Kosten aufzubringen. Ich bitte nochmals, diese Summe bewilligen zu wollen, und zwar aus der Warenhaussteuer.

Vorsigender: Es ist zuerst zu entscheiden, ob wir die Sache heute beraten wollen. Es wäre ja möglich, daß, trotzdem die Versammlung vom 14. bis 17. September stattfindet, die Sache nach den Ferien noch beraten würde. Es stehen aber auch keine Schwierigkeiten entgegen, sie heute zu beraten. Ich stelle die formelle Frage an die Versammlung: Soll die Sache heute sofort beraten werden? (Die Versammlung entscheidet sich in der Abstimmung für sofortige Beratung.) Dann wäre es richtig, wir hörten zuerst den Stadtmagistrat mit seiner abweichenden Meinung.

Stadtrat Wagner: Der Magistrat erkennt es durchaus an, daß der Zusammenschluß des Mittelstandes zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen ihm förderlich ist, er erkennt ferner an, daß der Zusammenschluß in dem Deutschen Mittelstandsverbände nicht parteipolitisch ist, denn der Verband hat zu keiner der politischen Parteien eine enge Fühlung genommen. Aber es ist dem Magistrat doch bedenklich erschienen, die Vereinigung zu unterstützen, weil sie zweifellos, obgleich nicht parteipolitisch, so doch wirtschafts- und sozialpolitisch arbeitet. Es mag sein, daß der Magistrat in Dresden anderer Meinung gewesen ist, daß er in diesem Gesichtspunkte eine andere Stellung einnimmt, als der hiesige Magistrat. Wir glauben, derartige Vereinigungen, die überhaupt politisch sich betätigen, nicht unterstützen zu

soffen. Nun haben wir die Überzeugung gewonnen, daß tatsächlich eine wirtschafts- politische und sozialpolitische Einwirkung von diesem Mittelstandsverbande ausgeht, und daselbe ist anerkannt in dem Urteile des hiesigen Oberlandesgerichts hinsichtlich des Niedersächsischen Schutzverbandes für Handel und Gewerbe, der ein wichtiges Glied dieser Vereinigung ist und die Einladung nach Braunschweig bewirkt hat. Sowohl das Landgericht wie das Oberlandesgericht haben in Anlehnung an die Rechtsprechung des Reichsgerichts, anderer Obergerichte und unseres braunschweigischen Oberverwaltungsgerichts erklärt, daß als politische Vereine im Sinne des Reichsvereinsgesetzes nicht bloß solche zu betrachten wären, die rein politische Angelegenheiten zu bearbeiten sich zur Aufgabe machen, sondern auch wirtschafts- politische und sozialpolitische, sofern sie ihre Ziele anzustreben suchen durch Einwirkung auf gesetzgebende Körperschaften, Behörden u. dergl., und das sei bei diesem Bunde der Fall. Er hätte verschiedene Eingaben an den Reichstag, die Landesversammlung, an Behörden gemacht. Ich erinnere daran, daß auch an den Stadtmagistrat und die Stadtverordneten wegen des Verbots an die Beamten, Vorstandssämter in Konsumvereinen anzunehmen, Anträge von diesem Verein gerichtet sind. Wenn der Verband sozialpolitische oder wirtschaftspolitische Zwecke durch Einwirkung auf gesetzgebende Körperschaften, Behörden oder dergl. zu erstreben sucht, so ist er als ein politischer anzusehen. Sobald man dies anerkennt, muß man zur Wahrung der Unparteilichkeit sich sagen: Die Behörden, die einen politischen Verband nicht unterstützen wollen, müssen sich auch diesem Verbande gegenüber ablehnend verhalten. Nachdem man persönlich und durch schriftliche Eingaben die von uns angegebene Meinung, daß der Mittelstands-Verband ein politischer sei, zu widerlegen versucht hat, haben wir die Angelegenheit noch einmal behandelt und sind nach genauer Prüfung an Hand des oberlandesgerichtlichen Urteils zu demselben Resultat gekommen wie vorher. Wir bitten Sie, unserer Ansicht beizutreten.

Stadtv. **Ohlendorf:** Herr Sander hat in längerer Begründung sich bemüht, den Beweis zu erbringen, daß der Verband nicht politisch sei. Das ist ihm sicher nicht gelungen, oder wer für die Beihilfe stimmen will, muß den Verein nicht kennen, für den Herr Sander diesen Antrag stellt. Wer die Zeitung des Verbandes kennt und dort die Berichte über die Mitgliederversammlungen liest, kann nicht anders sagen, als daß der Verband politisch ist und sich so politisch betätigt, wie wohl kaum ein anderer politischer Verein in seiner Art. Da ist nicht eine Versammlung, nicht ein Artikel in seinen Blättern, wo nicht mit den politischen Parteien, meinetwegen den liberalen Parteien, der Sozialdemokratie, dem Han-
sa-

bunde sich beschäftigt wird. Ich will noch darauf hinweisen, daß es eine politische Partei ist, die es fertigbringt, bei Wahlen einen eigenen Kandidaten aufzustellen. (Widerpruch.) Das hat dieser Verein getan, das wird Herr Sander wissen. In der „Schutzwehr“ ist aufgefordert, wenn man sich auf den vorgeschlagenen Sammelkandidaten nicht einigen wolle, dann möchte man für Bäckermeister Reefe eintreten. Das wird Herr Frede doch zugeben müssen.

Vorsitzender: Ich bitte, die Herren nicht persönlich anzureden.

Stadtv. **Ohlendorf** (fortfahrend): Es ist auch meine Absicht, für alle zu sprechen. Ich bin der Meinung, daß wir konsequent sein müssen. Herr Sander und die anderen Herren werden sich erinnern, daß die Mehrheit dieser Versammlung Vereine als politisch angesehen haben, die weder Politik treiben, noch sozialpolitisch oder wirtschaftspolitisch auftreten, nur — nach Ihrer Ansicht — ein Tendenz-Lied singen und sonst nicht in der Politik sich betätigen, wo höchstens jeder einzelne einer politischen Organisation angehört. Ich bin der Meinung, daß es nicht richtig wäre, dem Mittelstandsverbande eine Beihilfe zu gewähren, und freue mich, daß der Magistrat auch auf dem Standpunkte steht, die Eingabe abzulehnen.

Stadtv. **Frede:** Der Kernpunkt der ganzen Sache ist durch die Ausführungen des Herrn Stadtrats Wagner berührt. Er beruft sich auf das Erkenntnis des Landgerichts und des Oberlandesgerichts, das in einem Verfahren gegen den Schutzverein für Handel und Gewerbe gefällt ist. Ich muß sagen, daß hier beständig eine Vermengung des Mittelstandsverbandes mit dem Schutzverband für Handel und Gewerbe stattfindet, und ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß der Umstand, daß der Schutzverband für Handel und Gewerbe die Führung in dieser Sache übernommen hat, der Bewilligung nicht förderlich gewesen ist. (Sehr richtig!) Auch der Vorredner, Herr Ohlendorf, hat von der Presse dieses Mittelstandsverbandes geredet, er meint damit aber gerade die Presse des Schutzverbandes für Handel und Gewerbe. Er hat die „Schutzwehr“ geradezu genannt, und ich muß zugeben, daß die Ziele, die der Mittelstandsverband erstrebt, sich nicht vollständig decken mit den Zielen des hiesigen Schutzverbandes für Handel und Gewerbe, weder in den letzten Zielen, noch in der Verfolgung dieser Ziele, also in der Art und Weise, wie in beiden Verbänden gearbeitet wird. Es muß unsere Aufgabe sein, das streng auseinanderzuhalten; es darf dieser Umstand nicht zu einer Erlibung der Sachlage führen.

Ich wollte dann noch auf eins aufmerksam machen. Das Gericht hat gesagt: Jeder Verein ist ein politischer, der eine Einwirkung auf die Gesetzgebung erstrebt.

Meine Herren. Darnach ist fast jeder Verein, der überhaupt etwas bessern will, ein politischer. Nicht nur eine Einwirkung auf die Gesetzgebung, sondern auch der Versuch eines Einflusses auf die Maßnahmen der Behörden sollen die Vereine zu politischen machen. Irgendein Verein, der städtische Verhältnisse bessern will und einen Antrag an den Magistrat stellt, ist demnach als ein politischer Verein anzusehen. Das ist eine weite Umschreibung, die wir im allgemeinen uns nicht zu eigen machen können. Der Grundbesitzerverein z. B. hat deshalb seine Satzungen bei der Polizei einreichen müssen, und man ist der Ansicht geworden, daß es ein politischer Verein ist, trotzdem unter den Hausbesitzern Freisinnige wie Nationalliberale und Konservative zu finden sind, und ich glaube, hin und wieder noch ein anderer darunter ist (Zuruf: Ein Roter!) Das mag wohl sein! (Heiterkeit.)

Vorsitzender: Ich bitte keine Privatgespräche zu führen.

Stadtv. **Frede** (fortfahrend): Diese Definition des Gerichts geht, glaube ich, zu weit. Wir haben uns im Stadtverordnetenkollegium immer nach der landläufigen Auffassung gerichtet. Die geht dahin, daß parteipolitische Vereine allerdings nicht unterstützt werden sollen, aber wohl diejenigen, die sich zu wirtschaftlichen Zwecken gebildet haben. Dem Grundbesitzerverbände z. B., der sich gebildet hat, um einen wirtschaftlichen Zusammenschluß zu erzielen, haben wir 1000 *M* bewilligt, und dieser Zentralverband der Deutschen Grundbesitzer gehört dem Mittelstandsverbände an. Er würde ihm nicht angehören, wenn dort Parteipolitik getrieben würde. Was erstrebt denn der Mittelstandsverband? Er will das Kreditwesen reformieren, er will Handwerk und Kleinhandel stützen und heben, er will schädigende Maßnahmen davon fernhalten, das Submissionswesen in gesunde Bahnen lenken; das sind doch keine parteipolitischen Bestrebungen. Ich habe mit dem Generalsekretär Fahrenbach aus Leipzig gesprochen. Er sagte: Unsere Tür steht jeder Partei offen, allerdings mit Ausnahme der sozialdemokratischen (Zuruf: Aha!). Wir können diesen Verband unbedingt nicht als parteipolitisch ansehen. Daß er wirtschaftspolitisch ist, ist kein Grund, ihm den Beistand der Stadt zu verweigern.

Ich resümiere mich dahin, daß nach dem Vorgange der Unterstützung, die wir anderen wirtschaftlichen Verbänden und Vereinen haben zuteil werden lassen, wir nicht anders können, als dem Mittelstandsverbände ebenfalls eine Unterstützung zuzusprechen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Herr Frede hat schon einiges von dem ausgeführt, was ich sagen wollte. Ich bin auch der Ansicht, daß es der Sache wohl Abbruch getan hat, daß der Schutzverband für Handel und Gewerbe für den Mittelstandsverband

in die Bresse getreten ist. Die Erläuterung der näheren Umstände erlassen Sie mir wohl, denn die meisten Herren sind wohl darin eingeweiht, wie die Sache in Dresden gegangen ist, daß der Schutzverband das Heft in die Hand bekommen hat. Im März d. J. hatten wir im Verbande deutscher Hausbesitzervereine uns zu entschließen, ob wir als Korporation den Mittelstandsverband unterstützen wollten. Es hat dabei eine lebhafte Debatte gegeben, denn es war schwer zu unterscheiden, welche Elemente darunter waren. Trotzdem überwogen doch die Sympathien für den Mittelstandsverband, und der Verband Deutscher Hausbesitzervereine ist dem reichsdeutschen Mittelstandsverbande beigetreten, indem er eine jährliche Subvention zahlt. Wir sind ganz bestimmt nicht politisch. (Na! Na!) Jeder einzelne natürlich nach seiner Manier, und die Freiheit muß man jedem lassen. So ist es auch mit dem Mittelstandstage, soweit ich über diese Bewegung orientiert bin; eine politische Tendenz als solche waltet in ihm nicht ob. Was von Herrn Ohlendorf über die von ihm angeführte Presse gesagt ist, dem stimme ich zu; aber die „Schußwehr“ wird nicht herausgegeben von dem Mittelstandsverbande, die wird in Braunschweig herausgegeben. Ich spreche es offen aus: Wir sind wohl davon überzeugt, daß man die Herren, die hinter jener Presse stehen, gelinde gesagt als Heißsporne bezeichnen kann. Es haben wohl auch die von der Mittelstandsbewegung eine Wandlung durchgemacht; von der Bodenreformbewegung aus sind sie anders geworden und werden noch anders. Aber das will ich ausschalten. Ich halte die Eingabe für begründet und glaube, wir handeln nicht politisch, auch nicht gegen irgendeine Partei, wenn wir dem Mittelstandsverbande diese geringe Summe zukommen lassen. Ich bitte, sehen Sie über dies bißchen Politik hinweg und bewilligen Sie die 1000 M.

Vorsitzender: Selbstverständlich kann von einer Bewilligung nicht die Rede sein, sondern unser Beschluß kann nur dahin lauten, daß wir den Magistrat ersuchen, die 1000 M zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Wagner: Es ist verschiedentlich betont, daß der hiesige Schutzverband für Handel und Gewerbe den Interessen des Mittelstandsverbandes geschadet hätte. Ich darf hervorheben, daß der Magistrat auf die Verhältnisse des hiesigen Schutzverbandes keine Rücksicht genommen, sondern lediglich den Grundsatz betont hat, daß politische Vereinigungen nicht unterstützt werden sollen. Es ist von mir ausgesprochen, daß wir anerkennen, einer keineswegs parteipolitischen Vereinigung gegenüberzustehen; sie versucht nur, auf die Kandidaten der politischen Parteien einzuwirken, indem sie, wie der Zentralsekretär des Verbandes mir ausdrücklich zugestanden hat, dem Kandidaten

die Frage vorlegt, wie er sich zu ihren wirtschaftspolitischen Forderungen stellt, und darnach ihre Abstimmung einrichtet. Damit liegt mittelbar allerdings auch eine parteipolitische Stellungnahme vor. Es ist bereits von mir hervorgehoben, daß nicht die Ziele allein eine Rolle spielen, sondern die Art und Weise, wie der Mittelstandsverband diese Ziele zu erreichen sucht, wie er einwirkt auf gesetzgebende Körperschaften, Behörden usw. Und das werden auch die Freunde des Mittelstandsverbandes nicht in Abrede stellen können, daß er recht kräftig auf die gesetzgebenden Körperschaften und Behörden einwirken will. Das ist sein Hauptzweck. Wenn Sie anerkennen, daß diese Tätigkeit nicht in das Gebiet der Politik im weiteren Sinne fällt, dann müssen Sie das auch beim Hanfabunde, dem Bunde der Landwirte, dem Bauernbunde anerkennen und diese im gleichen Falle unterstützen. Das würde aber zu bedenklichen Schlüssen führen.

Stadtv. Wesemeier: Wer nicht der Sache Gewalt antun will, kann nicht bestreiten, daß es sich um eine politische Vereinigung handelt. Ich weiß aus dem vergangenen Sommer her, als der Tag in Dresden stattfinden sollte, daß die liberale Presse schrieb, die Versammlung sei lediglich von dem Bund der Landwirte zusammenberufen, um Wahlpolitik zu treiben. Das sind keine sozialdemokratischen Zeitungen. Aber man weiß überhaupt nicht, wie diese Mittelstandsparteien stehen, es gibt auch noch eine andere Mittelstandspartei als die reichsdeutsche. Es gibt auch eine hannoversche Gründung usw. Da findet jemand, der nicht ganz genau in alle einzelnen Fragen eingeweiht ist, überhaupt nicht durch. Interessant ist es für die Öffentlichkeit und für mich, daß festgestellt oder behauptet worden ist, daß die Ziele des Schutzverbandes für Handel und Gewerbe, also des Arrangeurs des Mittelstandskongresses hier, den Zielen der Mittelstandsvereine nicht entsprechen. Das ist jedenfalls hochinteressant. Ich würde meine Zustimmung nicht davon abhängig machen, ob der Mittelstandsverband sich politisch betätigt oder nicht. Hier handelt es sich lediglich darum, daß überhaupt aus städtischen Mitteln Gelder bewilligt werden. Klappern gehört zum Handwerk, und dieses Klappern versteht der Schutzverband in vorzüglicher Weise. Es wird gesagt, mindestens 5000 Personen sind zu erwarten. Da erinnere ich an Dresden. Trotzdem die große Ausstellung dort war und Extrazüge mit Hunderten von Personen angekommen sind, trotzdem haben dem Mittelstandstage nur 4000 Personen beigewohnt. Das Klappern wird immer mehr betrieben, ist es doch ein Grund mit, die städtischen Behörden zu veranlassen, eine Unterstützung zu bewilligen. Wer solche Kongresse veranstaltet, soll in die eigene Tasche greifen und sich nicht auf die Kasse der Bürger verlassen. Die Leute kommen doch zu ihren Kongressen nach Braunschweig, ohne daß der

Schutzverband sich bemüht. Ich bin aus den Gründen, die von mir vorhin angeführt sind, gegen die Bewilligung.

Nachdem der Antrag Sander vom Vorsitzenden noch einmal verlesen ist, wird er von der Versammlung abgelehnt (12 Stimmen dafür).

20. Antrag Riefe wegen Zustandsetzung der Fußwege am Vierröderwege und auf anderen Straßen.

Der Antrag lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, noch im Laufe dieses Sommers den Fußweg am Vierröderwege, sowie auch die Fußwege auf anderen Straßen z. B. Zimmerstraße usw. in ordnungsmäßigen Stand zu setzen.

Stadtv. **Riefe** (zur Begründung): Meine Herren. Wer den Weg nach dem Domesee macht, muß unbedingt sagen, daß der Zustand des Fußweges ein solcher ist, wie er für eine Stadt nicht paßt. Von der Beteuerung des Weges ist hier und da ein mehrere Zentimeter großes Stück losgegangen, und dazu sind noch Vertiefungen entstanden. Man hätte den Weg sollen begranden und walzen, dann wäre es ein richtiger Fußweg gewesen. So ausgetreten, wie er ist, macht er einen schlechten Eindruck und ist für Fußgänger schlecht zu passieren. Man hat dort Lindenbäume angepflanzt, und bekanntlich ist die Linde einer unserer besten deutschen Laubbäume. Aber wie sie dort geschoren sind, werden sie in 50 Jahren keinen Schatten spenden. Wenn ich auf den Hagenring sehe, wo sie sich in wenigen Jahren ausgedehnt haben, so ist dort die Sache eine ganz andere. Wenn man meinem Antrage vor 20 Jahren gefolgt wäre, dann hätten wir jetzt einen Weg, auf dem wir im Schatten nach dem Walde hinkommen könnten. — Genau so geht es mit der Zimmerstraße und auf anderen Wegen. Da wäre es Zeitverschwendung, wenn wir erst eine Vorlage vom Magistrat verlangen wollten. Im Laufe dieses Sommers schon könnte die dort nötige Arbeit beendet werden. Die Leerung auf der Kaiser-Wilhelmstraße hat sich ja sehr gut gehalten, und der Weg wird doch viel benutzt. Aber hier ist es ein schlimmer Zustand, den bald zu beseitigen nötig wäre. Auch auf anderen Straßen machen sich bei den Fußwegen Sümpfe bemerkbar. In anderen Städten verwendet man mehr auf die Pflege der Fußwege. Es werden Kränze von Zement oder Stein um die Bäume gesetzt, damit das weiche Erdreich abgeteilt wird und es einen manierlichen Anblick bietet. In Düsseldorf gibt man sich besondere Mühe, und ich bitte, auch hier das Augenmerk mehr darauf zu richten. Dort findet man überdeckte Laubgänge so schön, wie selten in den Städten, vielleicht in Hamburg auch noch. Wenn man auch als Laie etwas von Schönheits-

sinn abbekommen hat, dann berührt es einen unangenehm, wenn man 40 Jahre sich auf den Straßen bewegt, daß so wenig auf das gegeben wird, was zur Verschönerung auf billige und bequeme Weise getan werden könnte. Man hat teilweise die Bäume zu dicht an die Bordsteine gepflanzt, und wo Mosaikpflaster liegt, hat man den Bäumen zu enge Grenzen gegeben. Wenn man solche Rundung, um dem Baume zur Entwicklung Platz zu lassen, 75 cm vom Baume entfernt anbringen würde, dann würde das manierlich aussehen. Dann erinnere ich daran, was man selbst bei der Berliner Stadtbahn macht. Dort hängen Rosengewinde von einem Baum zum anderen und zieren die Straßen. Man verwendet hier nicht einmal genug Fleiß darauf, in trockenen Zeiten, wie im vorigen Jahre, die Bäume zu bewässern, um ihnen Fruchtbarkeit zuzuführen. Besonders sind es aber die Fußwege, auf die ich Ihre Aufmerksamkeit richten möchte. Städtische Arbeiter und Material haben wir genug, und an Geld fehlt es auch nicht, daß dies gemacht werden könnte. Aber es ist immer bei uns schon so gewesen. Wenn bei dem früheren Oberbürgermeister Caspari davon die Rede war, dann hieß es: Dazu ist kein Geld mehr in der Kasse. Alle paar Jahre war ein Defizit vorhanden. Auch jetzt ist verschiedentlich gesagt, daß die Mittel knapp sind, aber es hat keine zwei Monate gedauert, dann hat der Herr Oberbürgermeister erklärt, Geld ist genug da. Dann ist auch Geld dafür da, um diese Dinge, die zur Schönheit der Stadt und Hebung des Verkehrs beitragen, auszuführen. Dazu möchte ich durch meinen Antrag Anregung gegeben haben.

Vorsigender: Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich schlage vor, ihn gleich zu beraten, denn wenn ich ihn der Kommission überweise, dann kommt der September heran, bis wir zur Beratung kommen. Ich sehe keine Schwierigkeit darin, heute zu beschließen, dem Magistrat den Antrag als Anregung zu überweisen.

Bürgermeister **Meyer:** Ich erkläre, daß ich im großen und ganzen die Anregung des Herrn Riese als berechtigt anerkenne. Der Magistrat wird der gleichen Ansicht und geneigt sein, dieser Anregung Folge zu geben.

Vorsigender: Durch diese Erklärung ist vollkommen erreicht, was Herr Riese mit seinem Antrage erreichen will. Wir können den Antrag auch noch annehmen, dann sieht die Sache formeller aus.

Stadtv. **Riese:** Wenn der Magistrat sich bereit erklärt, auf die Anregung einzugehen, dann bin ich der Ansicht, daß damit die Sache erledigt ist.

Ein Beschluß über den Antrag wird nicht gefaßt.

21. Antrag Loeßhigt wegen Instandsetzung der Frankfurterstraße in ihrer letzten städtischen Strecke.

Der Antrag lautet: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Frankfurterstraße von der Weststraße bis zur Fabrikstraße noch in diesem Sommer in guten Zustand zu setzen.

Stadtv. Loeßhigt: Ich hatte leider nicht beachtet, daß die Frankfurterstraße in diesem Stücke schon seit fünf Jahren städtische Straße ist, und habe immer geglaubt, daß sie noch Staatsstraße wäre, sonst wäre ich mit meinem Antrage schon lange gekommen, denn der Zustand dort ist skandalös für unsere Stadt. Es sind so viele Löcher darin, daß man kaum Schritt fahren kann. Das ist auch von Herrn Bürgermeister Meyer anerkannt, der sich selbst von dem Zustande überzeugt hat. Ich möchte bitten, darüber schlüssig zu werden, und meinen Antrag zu dem der Versammlung zu machen, damit der Magistrat in der Lage ist, diesen Sommer noch die Straße in würdigen Zustand zu setzen. Auf welche Weise der Weg instand gesetzt wird, ob mit Teer und Stein Schlag, wie Herr Kiefe meint, oder auf andere Weise, ist mir gleichgültig, wenn er nur ohne Lebensgefahr passierbar ist.

Vorsigender: Der Antrag ist genügend unterstützt. Wir müßten wohl auch über diesen Antrag noch heute beraten, wenn er seinen Zweck erfüllen soll.

Bürgermeister Meyer: Wenn eine gründliche Instandsetzung des Weges vorgenommen werden soll, wird der Versammlung ein Projekt vorzulegen sein, was heute natürlich nicht mehr möglich ist. Anders liegt es, wenn die städtische Bauverwaltung es für ausreichend hält, nur Ausbesserungsarbeiten vorzunehmen. Dadurch würde aber wohl den Wünschen des Herrn Loeßhigt nicht voll entsprochen werden. Die Herren mögen darüber befinden, was ihnen lieber ist.

Vorsigender: Einen Beschluß können wir also heute nicht herbeiführen, wenn die Arbeit gründlich gemacht werden soll.

Bürgermeister Meyer: Ich will zusagen, daß der Magistrat die städtische Bauverwaltung beauftragt, zu prüfen, ob eine Ausbesserung der Straße genügt und, wenn ja, diese Ausbesserung alsbald vorzunehmen. Wenn aber mehr geschehen müßte, dann werden wir zunächst den geehrten Herren ein Projekt vorlegen müssen. (Zustimmung des Herrn Stadtv. Loeßhigt.)

Vorsigender: Herr Loeßhigt ist mit dieser Erklärung einverstanden; dann können wir die Sache ad acta legen.

22. Anschaffung eines Schrankes für das Städt. Museum.

Stadtv. Mohr: Herr Museumsdirektor Fuhse teilt mit, daß Herr Korvettenkapitän Habenicht im Frühling d. Js. gegen 300 ethnographische Gegenstände, die von ihm selbst gesammelt worden sind, dem Städt. Museum zum Geschenk gemacht hat. Es sind Stücke aus Deutsch-Neuguinea, von den Admiralitätsinseln, aus dem Bismarckarchipel und von anderen Inseln. Meist sind es außerordentlich wertvolle Sachen, die unter Glasverschluß gebracht werden müssen. Da nun die vorhandenen Schränke im Museum dafür nicht ausreichen und die zur Verfügung stehenden Mittel zu knapp sind, um einen Schrank anzuschaffen, so richtet die Museumsdirektion die Bitte an die städtischen Behörden, für Anschaffung eines Schrankes in der Größe von $3,5\text{ m} \times 3,5\text{ m}$ eine Summe bis zu 800 *M* zu bewilligen. Der Magistrat befürwortet dies, und die Finanzkommission erklärt ebenfalls durch mich ihr Einverständnis. Ich habe also zu empfehlen, bis zu 800 *M* für diesen Schrank zu verwilligen.

Die Versammlung bewilligt die geforderte Summe, und der Herr Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von $4\frac{1}{4}$ — $7\frac{3}{4}$ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 5. September 1912.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Antrag Loeschigt auf Anpflanzung von Bäumen auf verschiedenen Straßen und Plätzen | Seite 207 |
| 2. Antrag Munte, Bepflanzung der Seitenwege des Hagen- und Altwiefrings mit anderen Bäumen | " 208 |
| 3. Abkommen mit dem Stadtkirchenausschusse wegen stadtseitiger Übernahme von Dienstgeschäften für den gen. Anschluß | " 209 |
| 4. Überwachung der Heizanlagen in den Stadtkirchen | " 209 |
| 5. Auerweite Regelung verschiedener Kassen- und Rechnungsgeschäfte | " 211 |
| 6. Lohnübersichten für 1911/12 | " 212 |
| 7. Erklärung der von der Stadt übernommenen Strecke der Helmstedterstraße (zwischen Eisenbahn und Moritzburg) zum Kommunalwege | " 226 |
| 8. Rechnungsabschlüsse für 1911/12 | " 226 |
| 9. Ankauf einer Grundfläche zum Ausbau der projektierten Straße Nr. 32 | " 229 |
| 10. Ankauf einer Grundfläche an der Eichthalstraße | " 229 |
| 11. Austausch von Flächen, sowie Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens zum Ausbau der projektierten Straße Nr. 509 a | " 230 |
| 12. Stellungnahme der Stadt zu der Errichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse bezw. einer Landkrankenkasse in hiesiger Stadt | " 231 |
| 13. Ausbau der Straße Nr. 613 und Erklärung derselben zur Ortsstraße | " 233 |
| 14. Erwerb einer Grabenfläche zum Ausbau der Schunterstraße | " 234 |
| 15. Verwilligung von Mitteln zur Beschaffung einer Lichtbilderserie von Ansichten der Stadt | " 235 |
| 16. Ankauf einer Fläche zum Damme | " 235 |
| 17. Verkauf des Restgrundstücks Kastanienallee 4 | " 235 |
| 18. Abrechnungen über die Instandsetzung verschiedener Straßen und Plätze | " 236 |

19. Errichtung eines Unterkunftsshauses für mehrere Turnvereine im Stadtparke.	Seite 237
20. Abänderung der Fluchtlinie der projektierten Straße Nr. 556	" 242
21. Errichtung von Unterkunftsräumen auf dem Leonhardplaz	" 242
22. Erwerb eines Grabens zum Ausbau der Schunterstraße	" 243
23. Anfrage Fricke, wegen Stellungnahme des Stadtmagistrats zu den gestiegenen Fleischpreisen	" 243
24. Antrag Wesemeier betreffend eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag, sowie städtische Einrichtungen wegen der Nahrungsmittelsteuerung.	" 245
25. Antrag Ohlendorf auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen in der Nähe der Martinikirche	" 255
26. Anfrage Voetschigk wegen der Kanalüberstände an der oberen Hamburgerstraße	" 255

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Ketemeyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Edhardt**, **Frühling**, **Hartung**, **Dr. Kleinfnecht**, **Röhnefink**.

Vorsitzender **Hauswaldt**: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben des Ortsausschusses für den deutschen Armenpflegereingreß (16.—19. September d. Js.), wodurch die geehrten Herren zu den Verhandlungen eingeladen werden. Es sind zwei Tagesordnungen des Kongresses beigelegt. Ich lege sie auf den Tisch des Hauses nieder und bitte die Herren, welche der Einladung Folge geben wollen, sich dieselben anzusehen.

Ferner ist eingegangen ein Besuch der remuneratorisch besoldeten Lehrer an der Städtischen Gewerbeschule, welche um Neuregelung ihrer Remunerationsätze bitten. Es ist unterschrieben von einer ganzen Anzahl Herren. Den Magistrat hat die Angelegenheit schon früher beschäftigt, die Herren sind von ihm abschlägig beschieden worden. Jetzt ist das Besuch an uns gekommen. Ich überweise es der Schulkommission zur Vorprüfung.

Sodann ist eingegangen eine Anfrage des Herrn Fricke, welche lautet:

Hat der Magistrat Stellung genommen zu den enorm in die Höhe gegangenen Fleischpreisen? Wird der Magistrat insbesondere bei der braunschweigischen Regierung dahin vorstellig werden, den Bundesrat um zeitweilige Öffnung der Grenzen zu ersuchen?

Ich werde Herrn Fricke nach Beendigung unserer Tagesordnung Gelegenheit geben, die Anfrage zu begründen.

Sodann ist noch ein Antrag von Herrn Wesemeier eingegangen. Er lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, zur Abwehr der sich stetig steigenden Nahrungsmittelteuerung, welche Gesundheit und Leben der Bevölkerung Braunschweigs aufs ärgste bedroht,

1. an den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe zu richten, in der unter Darlegung der herrschenden Notlage gefordert wird, die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzsperr für Einführung von gesundem Schlachtvieh, wie die sofortige Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes;
2. städtische Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung Braunschweigs mit Lebensmitteln zu schaffen.

Ich werde auch Herrn Wesemeier, obgleich sich sein Antrag in derselben Richtung bewegt wie die Anfrage des Herrn Fricke, nach Erledigung der Tagesordnung das Wort zur Begründung des Antrages geben.

Nunmehr können wir in die Tagesordnung eintreten.

1. Antrag Loeschigt auf Anpflanzung von Bäumen auf verschiedenen Straßen und Plätzen.

Stadtv. **Riefe:** Der Herr Stadtv. Loeschigt hat vor den Ferien folgenden Antrag gestellt:

Die Unterzeichneten beantragen, die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, an folgenden Plätzen und Straßen der Innenstadt zur Verschönerung des Stadtbildes Bäume anzupflanzen, und zwar

Agibienmarkt 9	eine Blutbuche,
An der Katharinenkirche 16 . .	eine Blutbuche,
Bankplatz 8	eine oder zwei Linden,
Wendenstraße 24	eine Eiche,
Bäckerkint 1	eine Birke,
Wollmarkt 9	eine Birke oder <i>Gleditschia triacanthos</i> ,
Wilhelmstraße 30	eine Birke oder <i>Magnolia hypoleuca</i> ,
Wilhelmstraße 61	eine Ulme,
Bohlweg 38 (gegenüber 58) . .	eine Birke,
Wüfteworth	eine Birke,

und auch andere Bäume.

Die Baukommission hat diesen Antrag geprüft. Da nun Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, ob Bäume überhaupt an den und jenen Straßen und

Plätzen angebracht seien, oder ob auch die richtige Auswahl der Bäume in der Gattung vor sich gegangen sei, so konnte die Baukommission nicht darüber entscheiden und stellt durch mich den Antrag, diesen Vorschlag dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtv. **Wesemeier:** Ich bin schon damit einverstanden, daß der Antrag dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen wird, möchte aber den Wunsch aussprechen — da nach dem Vorschlage auch in der Wilhelmstraße zwei Bäume aufgestellt werden sollen —, gleich ins Auge zu fassen, die ganze Strecke der Wilhelmstraße von der Knochenhauerstraße bis zur Einmündung in die Wendenstraße auf beiden Seiten mit Bäumen zu bepflanzen, wie es ja auf dem anderen Teile der Wilhelmstraße schon besteht. Wenn Sie das genannte Stück der Wilhelmstraße betrachten, werden Sie finden, daß es trift auszieht, und dennoch ist es genau so breit, wie der untere Teil, der Wilhelmstraße. Eine Bepflanzung dieses Straßenteiles mit Bäumen auf beiden Seiten würde eine wesentliche Verbesserung sein.

Vorsigender: Ich betrachte das als Anregung. Wenn es ein Antrag sein soll, so müßte er schriftlich eingebracht werden.

Der Antrag Voeschigt wird gemäß dem Vorschlage der Baukommission dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

2. Antrag Munte, Bepflanzung der Seitenwege des Hagen- und Altewiefrings mit anderen Bäumen.

Stadtv. **Niese:** Der Antrag lautet folgendermaßen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die auf den Seitenwegen des Hagen- und Altewiefrings stehenden Quitschbeerbäume und späten Traubenkirschchen durch andere Baumsorten, z. B. Weißbirken oder Mehlbeerbäume, zu ersetzen.“

Es ist Ihnen bekannt, daß auf dem genannten Wege von den Quitschbeerbäumen, die allerdings mit ihren roten Früchten ein recht gutes Aussehen haben, sei 15 Jahren und länger eine ganze Menge (bis zu 40 Stück) eingegangen sind und nachgepflanzt werden mußten. Damit hat sich wohl herausgestellt, daß der Baum an dieser Stelle nicht gedeiht. Ein gleiches Ergebnis hat sich auch an anderen Straßen herausgestellt. Deshalb ist die Baukommission zu dem Entschluß gekommen, Ihnen zu empfehlen, auch diesen Antrag dem Magistrat, dem doch die städtische Bauverwaltung untersteht, zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Antrag Munte wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

3. Abkommen mit dem Stadtkirchenausschusse wegen stadtseitiger Übernahme von Dienstgeschäften für den genannten Ausschuß.

4. Überwachung der Heizanlage in den Stadtkirchen.

Stadt v. **Mohr**: Wie Ihnen bekannt, ist am 1. April d. J. der Verband der evangelischen Stadtkirchengemeinden von der politischen Gemeinde getrennt. Nun ist der Stadtkirchenverband an den Magistrat mit dem Ersuchen herangetreten, einen Teil der bislang durch die Stadt erledigten Verwaltungsgeschäfte auch fernerhin durch städtische Beamte und auch in den Räumen des Rathauses ausführen zu lassen. Der Stadtmagistrat ist der Ansicht, daß dies unbedenklich und zulässig ist, um so mehr, als nach §§ 122 und 127 der Kirchengemeindeordnung die Stadt nach wie vor Kirchensteuern auszusprechen und auch einzuziehen hat und die städtischen Baubeamten bei Ausleihung von Kapitalien, bei An- und Verkauf von Grundstücken und bei Bauten Gutachten zu erstatten haben. Hinzu kommt noch, daß der Vorsitzende des Stadtmagistrats auch zugleich der Vorsitzende des Stadtkirchenausschusses sowohl als auch der Friedhofsdeputation ist, daß die Geschäfte der letzteren sowieso hier im Rathause in der Nähe des Standesamtes abgewickelt werden und somit eine einheitliche und schnellere Abfertigung des Publikums erfolgen kann. Der Stadtmagistrat hat nun mit den Kirchenbehörden vereinbart, daß die Stadt für die Besorgung der Geschäfte eine entsprechende Pauschalvergütung erhalten soll, und zwar sowohl für die Überlassung der Räume, als auch eine Vergütung für die betreffenden Beamten. Die einzelnen Positionen, wie sie der Versammlung hier zur Genehmigung vorgelegt werden, sind die folgenden.

1. Für Überlassung dieses Sitzungssaales zur Abhaltung der Sitzungen des Stadtkirchenrats, was vielleicht vier- oder fünfmal im Jahre vorkommen wird, für jede Sitzung 20 *M.*

2. Für Überlassung der vom Stadtkirchenbuchamt und der Friedhofsdeputation bislang benutzten drei Räume im Rathause jährlich 900 *M.* Ich glaube, das ist auch der Preis, der bisher dafür gezahlt ist.

3. Für Besorgung der Sekretariats- und Schreibgeschäfte, Stellung eines Beamten für die Protokollführung in den Sitzungen des Stadtkirchenrats und Besorgung der Botengänge jährlich 1000 *M.*

4. Für Ausschreibung und Erhebung der Kirchensteuer jährlich 1 % der im Vorjahre vereinnahmten Beträge. Zurzeit würde das rund 1500 *M.* betragen.

5. Für Besorgung der sonstigen Kassengeschäfte des Stadtkirchenverbandes und der Kassengeschäfte des Hauptfriedhofs mit Einschluß der Rechnungsführung jährlich $\frac{1}{2}$ % der im Vorjahre erzielten Einnahmen. Das würde ungefähr 1580 *M.* ausmachen.

6. Für die von den städtischen Baubeamten zu erstattenden Gutachten jährlich 1000 *M.*

7. Für Vergabung und Beaufsichtigung der kirchlichen Bauarbeiten der bereits begonnenen oder demnächst zu beginnenden größeren Umbauten (Instandsetzung der Türme der Andreaskirche, des Pfarrhauses zu St. Michaelis, der Außenseiten der Katharinenkirche, Umänderung der elektrischen Beleuchtungsanlage in der Martinikirche) eine nach Beendigung der Arbeiten noch zu vereinbarende Pauschalvergütung, deren Festsetzung der Magistrat bittet, ihm zu überlassen.

8. Für Überwachung der Heizanlagen in den einzelnen Kirchen und in der Kapelle des Hauptfriedhofes 500 *M.*

Diese letztere Abmachung betrifft schon den Punkt 4 unserer heutigen Tagesordnung. Ich möchte bitten, ihn gleich hier mit einschalten zu dürfen. Es ist von den Kirchenbehörden der dringende Wunsch ausgesprochen, nach wie vor die genannten Heizungsanlagen, deren Überwachung unbedingt erforderlich ist, der Aufsicht durch die städtische Bauverwaltung unterstellt zu sehen. Auf Anfrage bei den einzelnen Kirchenvorständen haben sie sich sämtlich gern dazu bereit erklärt, dieser Aufsicht sich zu unterwerfen. Nach Anhörung der städtischen Bauverwaltung empfiehlt der Magistrat, hierfür eine Pauschalsumme von 500 *M.* zu fordern. Diese Summe ist auch, soviel ich weiß, bereits mit dem Stadtkirchenverbande vereinbart worden.

Die Kassen- und Rechnungsführung soll der Stadthauptkasse übertragen werden. Hierüber wird uns bei Punkt 5 der Tagesordnung noch näher berichtet werden. Die Nutzung verfügbarer Bestände bleibt der Stadt frei, etwaige stadtheftig geleistete Vorschüsse an den Stadtkirchenverband von über 1000 *M.* und über die Zeit von zwei Wochen hinaus sind mit 4 % zu verzinsen.

Der Stadtmagistrat gibt anheim, ihn zu ermächtigen, über die vorher erwähnten stadtheftigen Leistungen mit dem Stadtkirchenauschuß unter den vorgetragenen Bedingungen einen jederzeit kündbaren Vertrag abzuschließen. Der Finanzkommission hat die Sache zur Beratung vorgelegen. Sie gibt Ihnen durch mich anheim, diese Anträge in vollem Umfange anzunehmen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Der Herr Referent hat im Eingang seiner Ausführungen gesagt, die vereinbarte Entschädigung würde bezahlt werden für die überlassenen Räume und als Vergütung für die Beamten. Das ist nicht ganz richtig. Wir haben uns gesagt, daß bei diesem Abkommen stadtheftig darauf zu halten ist, daß bei diesen Geschäften, die die Stadt jetzt übernehmen soll, und die die Beamten naturgemäß zum größten Teil innerhalb ihrer Dienststunden zu verrichten haben,

die Tätigkeit der Beamten nicht besonders besoldet werden soll — das würde zu Unzuträglichkeiten führen —, sondern die Stadt als solche übernimmt diese Geschäfte und läßt sie durch ihre Beamten gegen die vorgesehene Vergütung besorgen.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu den vorgetragenen acht Punkten aus.

5. Anderweite Regelung verschiedener Kassen- und Rechnungsgeschäfte.

Stadt v. **Leue**: Der Herr Referent über den vorigen Punkt der Tagesordnung hat schon erwähnt, daß die Kassen- und Rechnungsgeschäfte des Stadtkirchenverbandes und des Hauptfriedhofes der Stadthauptkasse übertragen werden sollen. Nun ist es nicht durchführbar, daß diese Geschäfte von dem Kämmerer und seinen Hilfsbeamten erledigt werden, sondern der Magistrat hat den Vorschlag gemacht, diese Geschäfte dem Rechnungsführer der Armenkasse zu übertragen. Dieser Beamte hat jetzt schon verschiedene Nebenkassen zu verwalten, so die Schulkassen, die verschiedenen Kassen der Stiftungen, des Pflegehauses usw. Wenn der Magistrat es für angebracht hält, diesem Beamten nun auch die Kassen- und Buchführung der Kirchengemeinden zu übertragen, so möchte ich dabei besonders betonen, wie es auch in der Vorlage ausdrücklich gesagt ist, daß keineswegs bezweckt wird, die Gelder durcheinander zu bringen, sondern daß selbstredend die Gelder der Kirchengemeinden und der anderen Kassen nach wie vor getrennt gebucht werden, so daß Einnahme und Ausgabe, besonders am Schluß des Jahres, genau zu ersehen ist. Dem Rechnungsführer der Armenkasse, der jetzt schon durch sein Amt und die vielen Nebenkassen vollauf beschäftigt ist, wird es nicht möglich sein, die neue Arbeit auch noch zu übernehmen, wenn ihm nicht eine Hilfskraft zur Seite gestellt wird. Deshalb hat der Magistrat in Aussicht genommen, noch im Laufe dieses Rechnungsjahres einen Kassenbuchhalter anzustellen. Das Gehalt eines solchen beträgt 1800 bis 3600 *M*, im Durchschnitt also 2700 *M*. Der neue Beamte würde dem Rechnungsführer der Armenkasse zugeteilt werden, und im Verein mit dem vorhandenen Beamten würden die Kassen- und Rechnungsgeschäfte des Stadtkirchenverbandes unter Verantwortung des Stadtkämmerers mit erledigt werden. Zu den entstehenden Kosten trägt die Kirchengemeinde bei, indem sie eine Pauschalsumme von 1500 *M* für die Kassen- und Rechnungsführung bezahlt.

Zur Durchführung der Neueinrichtung ist noch eine sachliche Ausgabe nötig: für Beschaffung von Mobiliar sind 582,50 *M* veranschlagt. — Ich bemerke noch, daß die Übertragung der Kassen- und Rechnungsgeschäfte der Kirchengemeinden an die Stadthauptkasse sofort stattfinden soll, daß aber die auch beabsichtigte Verschmelzung der Schulkassen nicht schon zu diesem Termin vorgenommen werden soll, sondern

aus Zweckmäßigkeitsgründen erst am 1. April 1913. Demgemäß würde auch die Änderung des Haushaltsplanes erst für das kommende Rechnungsjahr in Aussicht zu nehmen sein.

Der Magistrat wünscht,

- daß wir zunächst das eben erörterte Verfahren gutheißen,
2. daß wir genehmigen, daß noch im Laufe dieses Rechnungsjahres eine neue Kassenbuchhalterstelle bei der Armenkasse (künftig bei der Kammereikasse) eingerichtet wird,
3. daß zur Beschaffung von Ausstattungsgegenständen für das Zimmer Nr. 11 die Summe von 582,50 *M* zu Lasten der Kammereikasse Kap. I verwilligt wird.

Die Finanzkommission hat diese Angelegenheit beraten und sich von der Zweckmäßigkeit der Vorschläge des Magistrats überzeugt. Sie empfiehlt Ihnen durch mich die Annahme dieser Vorschläge.

Die Versammlung stimmt der vorgeschlagenen Neuregelung und der Neuanstellung eines Kassenbuchhalters zu.

6. Lohnübersichten für 1911/12.

Stadtv. Dr. **Bolters**: Bei Gelegenheit der Vorlegung der letzten Lohnübersicht haben sich die geehrten Herren hier über einen Punkt schlüssig gemacht. Dieser betrifft die Form, in der die Lohnübersicht vom Magistrat vorgelegt werden möchte. In einigen anderen Punkten haben die geehrten Herren den Magistrat um Anstellung von Erwägungen zu bitten beschlossen. Diese betreffen die Frage, ob in allen Verwaltungszweigen gleichmäßige und einheitliche Lohnklassen gebildet werden sollen, ob einheitlich und gleichmäßig die Überstunden, die Sonntagsarbeit und die Nacharbeit bezahlt werden sollen. Eine dritte Frage, die auch seitens der Versammlung dem Magistrat zur Erwägung anheimgegeben war, ist die, ob es sich empfiehlt, die Schichtdauer der Ofenarbeiter im Gaswerk von 12 auf 8 Stunden herabzusetzen.

Was die Form betrifft, in der die Lohnübersicht künftig, wie auch heute schon, vorgelegt werden wird, so haben sich die geehrten Herren dahin entschieden, es sollten nur grundsätzlich die Arbeitsbedingungen innerhalb des Arbeitsvertrages ersichtlich sein, aber nicht, wie weitergehend gewünscht worden war, aus den Lohnübersichten bis ins einzelne herab ersichtlich sein, was etwa jeder Arbeiter wirklich im Laufe eines Jahres an Einnahme gehabt hätte, wieviel Überstunden der einzelne gemacht hätte, wie die Sonntagsarbeit beim einzelnen bezahlt ist u. dergl. Den

Beschlüssen über die grundsätzliche Form entspricht die heute vorliegende Tabelle. Wie die geehrten Herren sehen, ist die Form der Tabelle vorher von der Finanzkommission eingehend geprüft worden. Die Finanzkommission hatte wenig oder nichts an ihrer Ausgestaltung zu erinnern, und die Aufstellung ist auch gemäß den gefaßten Beschlüssen erfolgt.

Bei der Besprechung der Lohnübersicht in der Finanzkommission kam zu näherer Erörterung lediglich ein Punkt, der nicht sofort klar war. Er betrifft die Art und Weise, wie die einzelnen Verwaltungen die Spalte „Anzahl der geleisteten Überstunden eines jeden einzelnen Arbeiters“ tatsächlich ausgefüllt hatten (Seite 73). Auf den ersten Blick läßt sich nicht erkennen, ob die Aufstellung den einzelnen Arbeiter betreffen soll, oder ob etwa gleichmäßig bezahlte Arbeiter zusammengefaßt seien. Nach der Aufklärung, die heute die Direktion der Licht- und Wasserwerke gegeben hat, ist hier in Wirklichkeit für jeden einzelnen Arbeiter die geltende Zahl aufgeführt. Es mag im ersten Augenblick auffällig sein, daß 24 Hilfsmonteur angeführt sind (Seite 70), während die Ausfüllung auf Seite 73 für 34 geschehen ist. Das ist so zu verstehen, daß nicht sämtliche Hilfsmonteur das ganze Jahr hindurch gearbeitet haben, sondern nur ein Teil derselben. Ferner ist die verschiedene Ausfüllung der Lohnsätze so zu verstehen, daß inzwischen bei verschiedenen Arbeitern eine Lohnerhöhung eingetreten ist, bei anderen aber nicht; diese sind also dauernd mit dem angegebenen Lohn beschäftigt gewesen. Ich möchte dieses hier vortragen, da vermutlich sonst doch eine Anfrage aus der Versammlung kommt.

Was die Frage betrifft, ob einheitliche Lohnklassen gebildet und wie die Zahl der Überstunden geregelt werden sollen, so hat sich hiermit aufs neue die Gesamtheit der Deputationen beschäftigt, und das Resultat ihrer Beschlüsse ist gewesen, was hier auch der Magistrat empfiehlt: Bei der Verschiedenheit der Betriebe und der Beschäftigungsart wird einstweilen Bedenken getragen, hierüber sowie über außergewöhnliche Sonntags- und Nachtarbeit allgemeine Anordnungen zu treffen, vielmehr soll bis auf weiteres die Entscheidung den einzelnen Deputationen und Verwaltungen überlassen bleiben. — Meine Herren. Dieser Stellungnahme des Stadtmagistrats entspricht auch die Stellungnahme der Mehrheit der Versammlung bei der letzten Beratung dieses Gegenstandes. Wir hatten damals geglaubt, nicht über den Kopf der Deputationen hinweg Anordnungen treffen zu dürfen, die in Wirklichkeit doch nicht immer erfüllt werden können. Der Magistrat bleibt bei der Anschauung stehen, daß eine einheitliche Regelung durch alle Verwaltungszweige nicht angängig sei, daß es vielmehr jedem einzelnen Verwaltungszweige angepaßt werden müsse, wie die einzelnen Kategorien der Arbeiter bezahlt werden sollen. Ich will dabei bemerken, daß in den meisten Verwaltungszweigen bereits Lohnklassen bestehen, in

einigen anderen, z. B. im Kieselgut und in der Markthalle, dagegen sind Lohnklassen nicht gebildet. Desgleichen auch nicht bei den Arbeitern der städtischen Baubewirtschaftung. Die hier im Berichte wiedergegebene Ansicht des Magistrats hat die Finanzkommission als zweifellos richtig erkannt. Sie empfiehlt also nicht etwa, allgemeine Anordnungen zu treffen, sondern nach wie vor bei den Deputationen die Entscheidung zu belassen.

Der letzte Punkt betrifft die Frage der Schichtdauer. Man hatte den Magistrat gebeten, zu erwägen, ob die Schichtdauer der Ofenarbeit von 12 auf 8 Stunden herabgesetzt werden könnte. Darauf antwortet der Magistrat: „Hinsichtlich der Schichtdauer der auf den Gaswerken beschäftigten Ofenarbeiter sind wir in Übereinstimmung mit der Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke der Ansicht, daß es weder im Interesse der Verwaltung, noch in dem der Arbeiter liegt, die Schichtdauer von 12 Stunden auf 8 Stunden zu verkürzen, weil eine derartige Maßnahme neben einer Mehrausgabe von 12 bis 15000 *M* an Arbeitslöhnen eine Verringerung der Arbeiterzahl in der Schicht und damit eine größere Belastung des einzelnen Arbeiters zur Folge haben würde.“ — Die von der Finanzkommission über diesen Punkt gewünschte weitere Aufklärung ist heute von der Direktion gegeben. Darnach wird durch Einführung der Achtstundenschicht auf dem Gaswerke Taubenstraße bei dem jetzigen Betriebe eine jährliche Mehrausgabe von 8000 *M* entstehen. Die Leistung der Arbeiter wird bei der achtfündigen Schicht sehr gering sein, da die Ofenhausarbeiterzahl nicht vermindert werden kann. Als Mehrleistung kommt nur die Übernahme des Schlackentransportes in Frage. Auf dem Gaswerke Bahnhofstraße würde mit Einführung der Achtstundenschicht die Zahl der Arbeiter nicht herabgesetzt werden können und nur die Leistung vom Kohlenschuppen nach dem Ofenhaus vermehrt werden. Trotzdem würde an Löhnen ein Mehr von 3000 *M* bezahlt werden müssen. Im übrigen ist auch nach der damaligen Umfrage die Beibehaltung der jetzigen zwölfstündigen Schichtdauer von den Arbeitern als wünschenswert erklärt worden unter der Voraussetzung, daß eine Lohnerhöhung eintreten würde. Dies ist auch am 1. April vor. Jz. geschehen, indem der Stundenlohn um 2 Pfg. erhöht wurde. Der Magistrat sagt weiter folgendes: „Die finanzielle Mehrbelastung des Betriebes würde auch die schleunigste Einrichtung eines neuen Ofenhauses auf dem Werke an der Taubenstraße, und damit die Einstellung des Betriebes an der Bahnhofstraße bedingen, so daß ein großer Teil der hier beschäftigten Arbeiter entbehrlich werden würde. Schließlich sei auch darauf hingewiesen, daß durch die auf beiden Werken in den letzten Jahren eingeführten maschinellen Einrichtungen wesentliche Erleichterung geschaffen wurde.“ — Zu diesem Punkte sagt die Finanzkommission übereinstimmend mit dem Magistrat und mit der Ansicht

der Deputationen: es möge bei der jetzigen Schichtdauer für die Ofenarbeiter belassen werden. Die Ausführungen des Magistrats und der Direktion der Licht- und Wasserwerke lassen es erkennen, daß sowohl im Interesse der Arbeiter, als auch im allgemeinen städtischen finanziellen Interesse die Beibehaltung der zwölfstündigen Schichtdauer das richtige ist.

Ich bitte die geehrten Herren, den Anträgen der Finanzkommission sich anschließen zu wollen.

Vorsitzender: Ich glaube, für die Besprechung teilen wir am besten die Sache. Ich habe vor, den Herren die einzelnen Kapitel zu nennen, damit etwaige Wünsche zu jedem Kapitel besonders ausgesprochen werden können. Ich meine, damit kommen wir am besten und schnellsten weiter. Es würde sich jetzt erst einmal handeln um die Form der Aufstellung, um die Lohnklassenfrage und um die Schichtdauer der Ofenarbeiter.

Stadtv. Dr. Jasper: Der Herr Berichterstatter hat es ja erwähnt, und es wird Ihnen wohl auch aus dem Vorjahre in Erinnerung sein, daß bei der Beratung der vorjährigen Lohnübersicht von seiten meiner Freunde und von mir eine ganze Reihe Wünsche geäußert wurden, die zum Teil damals Ihre Anerkennung fanden, zum mindesten insofern, als Sie eine Nachprüfung für notwendig hielten. Die neue Form, die gefunden ist, entspricht wohl nur zum Teil den damals gegebenen Anregungen. Sie werden aber mit mir der Ansicht sein, daß gegenüber früher, wenn auch nur zum Teil den Anregungen gefolgt ist, eine gewisse Verbesserung nicht zu verkennen ist. Im übrigen muß ich anerkennen, daß sie den Wünschen der Mehrheit entspricht. Bedauerlich finde ich aber, daß in dem zweiten vom Herrn Berichterstatter erwähnten Punkte der Magistrat auf den Standpunkt sich gestellt hat, daß eine einheitliche Regelung der Löhne, ein einheitliches Aufsteigen der Lohnklassen in bestimmten Jahren und eine Verkürzung der Zeit des Aufsteigens nicht durchführbar erscheinen soll. Gewiß mag das dem Wunsche der Deputationen entsprechen, ob es aber objektiv gerechtfertigt ist, ist eine andere Frage. Ich beharre dabei, daß diese große Verschiedenheit in der Einteilung der Lohnklassen zum Teil wenig, zum Teil aber ungeheuer viel in den einzelnen Betrieben ausmacht, daß das Aufsteigen nach zwei, drei, zehn Jahren durch die eigentlichen Betriebs-einrichtungen in keiner Weise bedingt ist, sondern lediglich durch die Überlieferung, die nun einmal in den einzelnen Deputationen herrscht. Gewiß mag es auf den ersten Blick richtig erscheinen, die Deputationen schalten und walten zu lassen, und

meine Freunde und ich würden nicht allzuviel dagegen haben, daß man die Deputationen in erster Linie ihre Stimme abgeben ließe, nur müßte man dann bei Zusammensetzung der Deputationen dem Rechnung tragen, daß in ihnen nicht nur eine Richtung hier aus dem Rathause vertreten ist, sondern daß in den Deputationen ein kleines Spiegelbild der gesamten Versammlung gegeben wird. In den Deputationen für solche Betriebe, die viele Arbeiter beschäftigen, sind meine Freunde so gut wie gar nicht vertreten, und so können Sie es uns nicht verübeln, da wir dort mundtot gemacht sind, daß wir nun versuchen, über den Kopf der Deputation hinweg hier diese Wünsche zu verlautbaren. Es sind solche Wünsche vorhanden, und wenn auch jetzt dem nicht Rechnung getragen ist, so wird man bei diesem Rückblicke in die Vergangenheit auf Grund der Statistik doch sagen müssen: Wie einzelne Deputationen den gegebenen Anregungen schon damals Rechnung getragen haben, so möchten auch die anderen Herren in den Deputationen diesen Wünschen etwas mehr Beachtung schenken.

Am bedauerlichsten finde ich das ablehnende Verhalten der Deputation und des Magistrats in der Frage der Ofenarbeiter bei den Gaswerken. Die Gründe, die da angeführt sind, scheinen mir in keiner Weise stichhaltig zu sein. Mich haben die heutigen Erklärungen des Herrn Berichterstatters in doppelter Beziehung befremdet. Wenn ich gestern in der Finanzkommission richtig verstanden habe, so war als erster Grund angegeben, daß durch die von uns gewünschte Einführung der Achtstundenschicht statt der zwölf stündigen Schicht eine Mehrausgabe von 12—15 000 *M* verursacht werden würde — ich habe mir das gestern gleich zu Papier gebracht —, während ich heute finde, daß von 8000 *M* und im anderen Werke von 3000 *M* die Rede ist. Wenn man beide Summen zusammenrechnet, so würde nicht einmal die Mindestzahl, die gestern genannt wurde, erreicht. Und selbst wenn die gestern genannte Zahl richtig sein würde, was will das besagen bei diesen Werken, die einen großen Überschuß abwerfen, der, wenn er nach Aktienrecht zu verrechnen sein würde, ganz erheblich höher sein würde! Wir wissen hier alle, wie sehr die Einnahmen dieser Werke für unseren ganzen Haushalt zu Buche schlagen, aber man soll nicht sagen: Weil 12 000 *M* Mehraufwand gemacht werden muß, ist die Einrichtung nicht durchzulassen. Ich glaube, wenn ein Betrieb an sich rentabel ist, kann er auch so eingerichtet werden, daß er Anspruch darauf hat, als Musterbetrieb gekennzeichnet zu werden. Seitdem wir die Achtstundenschicht angeregt haben, sind eine ganze Reihe anderer Städte auf demselben Gebiete noch weiter vorgegangen, so daß man jetzt nicht mehr von Versuchen reden kann, die in ihrem Ausgange keine endgültige Beurteilung zulassen, sondern man kann die Erfolge vieler Städte anführen, daß die Versuche sowohl im Interesse der städtischen Ver-

waltung, als auch im Interesse der beteiligten Arbeiter (worum es uns zu tun ist) als gelungen bezeichnet werden können.

Es hat nun der Herr Berichterstatter gemeint, die Arbeiter hätten erklärt, sie ständen dieser Anregung fern. Sie sollen auch erklärt haben, sie wären mit der gegenwärtigen Schicht zufrieden, wenn sie nur mehr Lohn bekämen. Bei anderer Gelegenheit wird gesagt: „Die Arbeiter machen riesig gern Überstunden“, und es soll dann die wahre Arbeitervertretung auf jener Seite zu suchen sein. Alle diese Einwendungen können mich nicht irremachen in der Erkenntnis, daß eine derartig lange Schicht weder im Interesse der Gesundheit der beschäftigten Arbeiter, noch im Interesse der gesamten Arbeiterschaft als nützlich empfunden werden kann. Wenn so viel Arbeitslose vorhanden sind und die industrielle Reservearmee so groß ist, dann braucht man nicht die Arbeitszeit des einzelnen übermäßig auszudehnen. Es ist gesagt worden: „Für den Fall der Einführung der Achtstundenschicht müssen alle möglichen Maßnahmen getroffen werden, das neue Ofenhaus muß eingerichtet werden“. Der Herr Oberbürgermeister hatte, wenn ich ihn seinerzeit richtig verstanden habe, mir früher erklärt, daß das neue Werk technisch bereits so eingerichtet sei, daß die Achtstundenschicht ohne weiteres durchgeführt werden könnte. Jetzt soll die einmalige Ausgabe ein Hindernis sein, eine gesundheitlich und volkswirtschaftlich gebotene Maßregel durchzuführen. Ich kann das nur bedauern und werde bei gegebener Gelegenheit, wenn eine andere Zusammenziehung des gegenwärtigen Hauses gegeben ist, auf die richtige Erkenntnis zurückkommen.

Vorsitzender: Wir brauchen, soviel ich die Sache übersehe, einen formellen Beschluß nicht zu fassen, da die Übersendung der Lohnlisten nur eine Mitteilung an die Versammlung ist. Wenn keine Anträge kommen, so ist mit der Kenntnisnahme die Sache erledigt.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Ich möchte mir erlauben, auf die Ausführungen des Herrn Vorredners mit folgendem zu antworten: Seine Ausführungen gipfelten darin: Ist es richtig, daß über die Beschlüsse der Deputationen hinweg hier etwas anderes angeordnet werden soll? In dieser Frage hat das Plenum schon zu vielfach wiederholten Malen seine Meinung dargetan. Die Gründe dieser Meinung sind die: Innerhalb der Deputationen wird von den zuständigen Beamten alles auseinandergesetzt, was zur Beurteilung der Sachlage nötig ist. Das ist vielfach interner Art, nicht in der Weise, daß etwas zu verschweigen wäre, aber die inneren Betriebsverhältnisse lassen sich in einer nichtöffentlichen Versammlung viel eingehender und klarer besprechen, als es hier möglich ist. Nun könnten Sie antworten, Herr Doktor, daß es für das Plenum nur empfehlenswert sein könnte, die zuständigen

Beamten auch hier zu hören. Das wäre aber doch eine durchaus verfehlte Art und Weise! Was sollte bei einem solchen Verfahren die Deputation noch machen? Sie ist dazu gewählt, das zu erledigen, was im Plenum nicht erfüllt werden kann. Es muß also die Meinung, daß über den Kopf der Deputationen hinweg, wie der Herr Vorredner anzunehmen scheint, eine andere Anordnung Platz nehmen könnte, als nicht angebracht erscheinen.

Sodann hat der Herr Vorredner hervorgehoben, daß die rechnerische Zusammenstellung, die vor einem Jahre seitens der Deputation für die Licht- und Wasserwerke gegeben ist, nämlich im November 1911, auf einige tausend Mark nicht übereinstimmt mit derjenigen, die heute gegeben ist. Meine Herren. Was hiervon richtig und was falsch sein mag, ist selbstverständlich hier von uns schwer zu prüfen. Aber diese kleine Differenz von einigen tausend Mark ist im Verhältnis zu der grundsätzlichen Frage von keiner Bedeutung. Auch in diesem Punkte kann ich nicht anerkennen, daß die Ausführungen des Magistrats, resp. der Deputation, erschüttert sein sollen. Ausdrücklich weise ich noch darauf hin — auch der Herr Vorredner ist in seinen Schlußworten darauf zurückgekommen —, daß keine Anregung von den Ofenarbeitern ausgegangen ist, die Achtfstundenschicht einzuführen, sondern sie haben sich ausdrücklich in ihrer Mehrzahl mit der zwölfstündigen Schicht einverstanden erklärt.

Stadtv. Ohlendorf: Die letztere Erklärung veranlaßt mich, die Frage an den Herrn Referenten zu richten, in welcher Weise die Arbeiter gefragt sind? Es ist sehr interessant, zu wissen, ob sie in ihrer Gesamtheit, in ihrer Mehrzahl oder nur einzelne gehört worden sind, oder ob die Deputation nur vom Direktor gehört hat, daß die Arbeiter der angegebenen Meinung seien. Ich kann mir nicht denken, daß die Arbeiter ohne weiteres lieber 12 als 8 Stunden arbeiten. Ich bin vielmehr der Meinung: Wenn ihnen nicht gesagt worden wäre (was ich stark vermute, und was auch durch die Worte des Herrn Referenten hindurchschien), daß sie zu gewärtigen hätten, daß ein Teil von ihnen entlassen würde, sie sich anders entschieden hätten. Ich glaube, daß diese ihnen in Aussicht gestellte Verminderung der Arbeiterzahl die Veranlassung für einen Teil der Arbeiter gewesen ist, zu sagen: Nun gut, dann arbeiten wir nach wie vor 12 Stunden! Das wäre menschlich erklärlich. Wenn man gesagt hätte: Die technischen Einrichtungen sind so weit vorgeschritten, daß wir, wie in anderen Städten, die Achtfstundenschicht einführen können, so glaube ich, daß das ohne weiteres von den Arbeitern mit Freude begrüßt worden wäre. Ich habe also den berechtigten Verdacht, daß den Arbeitern nicht in einwandfreier Weise die Sachlage dargelegt ist, und glaube, die Stadtverordneten dürfen verlangen, daß ihnen nach dieser Richtung hin Auskunft gegeben wird. —

Ferner möchte ich bitten, darüber Auskunft zu geben, ob das, was vor Jahresfrist geplant worden ist: einen Arbeiterausschuß zu schaffen, ausgeführt ist.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: In welcher Weise die Arbeiter gehört sind, ist mir auch nicht bekannt. Ich habe aber keinen Anstoß genommen, das, was uns Herr Direktor von Feilitzsch in der Sitzung mitgeteilt hat, als richtig anzusehen. Im allgemeinen sind parlamentarische Verhandlungen, wie sie hier vor sich gehen, in den einzelnen Betrieben nicht üblich; daß es also zu einer förmlichen Abstimmung gekommen ist, glaube ich selber nicht. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkte: In erster Linie kann nicht die Majorität der Arbeiter eines Betriebes entscheiden, wie der Betrieb eingerichtet werden soll, sondern wir hier haben darüber zu bestimmen. Nun hat der Herr Direktor von Feilitzsch in seinem Schreiben darauf hingewiesen, daß diese zwölfstündige Schicht durchaus nicht darin besteht, daß zwölf Stunden lang gearbeitet wird, sondern die zwölfstündige Schicht ist teilweise nur eine Arbeitsbereitschaft. Die Leute arbeiten ungefähr sechs Stunden; in der übrigen Zeit sind sie frei und haben ihr Lokal, wo sie sich aufhalten können. Wenn Sie sagen: „Hier ist das unzulässig“, warum sagen Sie nicht: „In andern Betrieben ist das auch unzulässig?“ Es geht in manchen Betrieben nicht anders, als daß eine Arbeitsbereitschaft neben der Arbeit vorhanden ist. Sie finden z. B. bei den Fahrern dieselbe Sache. Man muß Leute haben, die die Pferde warten, und kann sie nicht einfach, wenn sie um 6 Uhr ihre Pferde in den Stall gebracht haben, nach Hause gehen lassen. Es läßt sich ja streiten, ob gerade im Gaswerkbetriebe, wo eine schlechte Luft im Arbeitsraume sich befindet, die zwölfstündige Schicht nötig ist. Daß sie nicht angenehm ist, wird kein Mensch bestreiten. Aber ich glaube, Sie können es auch der Verwaltung nicht verdenken, daß sie sagt: Wenn die Arbeiter nur acht Stunden Schicht haben und für diese Zeit den vollen Lohn beanspruchen, dann verlangt die Stadt auch, daß intensiv gearbeitet wird. Darnach würden wir die Einrichtungen treffen müssen, und darauf beruht die Angabe des Herrn Direktors von Feilitzsch. Man würde andere mechanische Einrichtungen schaffen, man würde auf Erbauung des neuen großen Ofenhauses bald Bedacht nehmen müssen, so daß der ganze Betrieb ein intensiverer wird. Das ist offenbar den Arbeitern in Aussicht gestellt, und ich halte den Direktor nicht nur für berechtigt, sondern auch für verpflichtet, daß er seinen Arbeitern das sagt. Wenn dann die Arbeiter, und seien es auch nicht alle, erklären: „Dann wollen wir es lieber bei dem jetzigen Zustande lassen“, dann können Sie uns nicht verdenken, daß wir dies Ihrem Antrage gegenüber hier erwähnen. Einrichten läßt sich die Achtstundenschicht. Wenn die Herren so beschließen, wird der Magistrat dazu Stellung nehmen. Was den Bau des

Ofenhauses betrifft, so werden wir wahrscheinlich, ganz abgesehen von dieser Arbeiterfrage, über kurz oder lang dazu schreiten müssen. Die Entnahme von Gas ist trotz der Zunahme des elektrischen Lichtkonsums so gestiegen, daß Herr Direktor von Feilisch sich schon in dem angegebenen Sinne geäußert hat. Wir hätten das auch schon Ihnen oder der Direktion anheimgegeben, wenn nicht fortwährend noch die Frage ventiliert würde, ob hochstehende oder liegende Ofen vorteilhafter sind. Sobald die Frage geklärt ist, und sobald feststeht, daß die Zunahme des Gaskonsums anhält, wird nichts anderes übrigbleiben, als das große Ofenhaus zu bauen. Wenn wir dann den maschinellen Betrieb in der Weise durchgeführt haben, wie das die Vorlage seinerzeit in Aussicht stellte, dann können wir von neuem die Frage erörtern, ob wir eine kürzere Arbeitsschicht einführen wollen.

Stadtv. Stegmann: Ich kann mich trotz der Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht zufrieden erklären. Wenn auch gesagt wird, daß nur sechs Stunden gearbeitet wird, so müssen die Leute doch jedenfalls zwölf Stunden am Plage sein, und sie werden auch arbeiten müssen. Als Begründung wurde vorhin vom Herrn Berichterstatter angeführt, die zwölfstündige Schicht läge auch im Interesse der Arbeiter. Eine solche Begründung sieht wunderbar aus; damit kann man alles begründen. Dann wurde gesagt, die zwölfstündige Schicht läge im Interesse der Stadt. Es läge doch aber auch im Interesse der städtischen Behörden, wenn die achtfstündige Schicht eingeführt würde. Ich finde es ungeheuerlich, daß eine Stadt in einem Betriebe, der so gesundheitschädlich wie einer ist, die zwölfstündige Arbeitsschicht aufrechterhält, auch wenn die Arbeiter einige Stunden nicht intensiv arbeiten müssen. Für den Fall, daß die achtfstündige Schicht eingeführt wird, sind auch wir der Ansicht, daß intensive Arbeit gefordert werden muß.

Wenn man sich die Übersicht ansieht, dann findet man noch viele Wünsche. Es ist vom Herrn Oberbürgermeister erwähnt, daß auch die Fahrer eine lange Arbeitszeit haben; es sind elf Stunden. Eine zehnstündige Arbeitszeit sollte man mindestens überall haben. Wenn die Privatbetriebe überall mit der Arbeitszeit immer mehr heruntergehen — im ganzen Baugewerbe ist der Neun- und Neuneinhalb-Stundentag eingeführt —, dann müßte die Stadt endlich einmal damit nachkommen.

Im allgemeinen finde ich, daß die Löhne, wenn auch einzelne Erhöhungen stattgefunden haben, nicht so sind, wie sie sein müssen. — Ich will nicht eingehend darüber sprechen. Bei den Fahrern beträgt der Höchstlohn 105 *M*, das sind wohl 24 *M* in der Woche. Die Straßenkehrer erhalten 90 *M* im Monat, das sind 20 *M* in der Woche. Ich frage Sie: Kann davon heutzutage eine Familie existieren?

Es müssen Frau und Kinder mitarbeiten, sonst ist es unmöglich. Und so ist es überall! Es kommt ja noch Kleidung und einige Kleinigkeiten hinzu, das kommt aber bei den Fahrern auf höchstens 1,50 *M* in der Woche, bei den Auflagern auf 90 Pf. und bei den Lehrern auf 70 Pf. Auch bei den Feuerwehrleuten finden Sie eine schlechte Bezahlung. Wenn das niedrigste Gehalt 100 *M* beträgt, so ist das keine angemessene Bezahlung eines solchen Mannes. Bei der städtischen Bauverwaltung ist es ebenso. Der Höchstlohn beträgt 105 *M*, der Mindestlohn 90 *M*; die Hilfsarbeiter bekommen 3,20 *M* täglich als Höchstlohn und die Gärtner höchstens 4,00 *M* und als niedrigsten Lohnsatz 3,50 *M*. Das sind doch schon Handwerker! Die Lagerplatzarbeiter erhalten 30—37 Pf. Stundenlohn; für die Kanalarbeiter, die mit dieser schmutzigen und ungesunden Arbeit beschäftigt werden, sind Löhne von 3,50—4,00 *M* festgesetzt. Und so ist es allenthalben. Die Gasarbeiter bekommen bei ihrer langen Arbeitszeit nur 4,20—4,60 *M*, die Wasserwerkmonteur 3,50—4,60 *M*, und die Hilfsmonteur auch viel zu wenig. In der Neustadtmühle erhalten die Müller 3,70—4,00 *M* als Mindestlohn für ihre auch gesundheitschädliche Arbeit und bei einer langen Arbeitszeit. Die Pumpstation zahlt an den Puger 3,70 *M* als Höchstlohn. Auch bei dem Schlachthause stehen die Löhne ebenso niedrig: die Maschinisten erhalten 3,80—4,40 *M*, die Heizer 3,40—4,00 *M*, die Arbeiter, die mit der Reinigung von Hallen und Stallungen, also mit schmutziger Arbeit beschäftigt werden, bekommen 3,25—4,00 *M*.

Sie sehen allenthalben Löhne, die nicht so sind, wie sie sein müssen. Die städtischen Betriebe sollten Musterbetriebe sein! Leider ist es so, daß sich die Stadt nicht nach den höher zahlenden Arbeitgebern richtet, sondern nach den am schlechtesten zahlenden. Vergewärtigen Sie sich dazu noch, daß die Überstunden minimal bezahlt werden! In jedem zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarifvertrag finden Sie, daß die Überstunden höher bezahlt werden, als die gewöhnliche Arbeitszeit. Hier finden Sie nichts davon! Wer die Überstunden bekommt, das geht aus der Zusammenstellung nicht hervor. 40 Pf. ist das höchste, was dafür ausgegeben wird (Widerpruch), viel über 40 Pf. ist es jedenfalls nicht. Das sollte doch wenigstens nicht stattfinden. Wenn Sie ferner noch bedenken, daß in dieser jetzigen Zeit der Teuerung solche Löhne bezahlt werden, dann liegt es klar zutage, daß die städtischen Betriebe auch in dieser Hinsicht Musterbetriebe erst noch werden müssen. Es sind für die heutige Zeit wahre Hungerlöhne, die bezahlt werden, und das ist wahrhaft beschämend für eine Stadt wie Braunschweig. Und das noch dazu in Betrieben, in denen Überschüsse gemacht werden. Es muß endlich hierin etwas getan werden, und ich hatte erwartet, daß die Deputationen und der Magistrat in dieser teureren Zeit schon dazu übergegangen wären, eine Erhöhung

der Löhne eintreten zu lassen. Beim Gas- und Wasserwerk ist zwar eine Lohnerhöhung um 20 Pf. gezahlt worden, warum nicht bei den anderen Betrieben auch? Eine Erhöhung um 20 Pf. entspricht auch nicht den Verhältnissen, man hätte eine allgemeine Lohnerhöhung von etwa 50 Pf. pro Kopf eintreten lassen müssen.

Noch eins möchte ich erwähnen. Ich finde bei dem Nachtwachwesen einen Passus, der mir Veranlassung gibt, einige Worte dazu zu bemerken. Es heißt auf Seite 19: „Oberwächter und Wächter sind verpflichtet, auf Anordnung der Herzogl. Polizeidirektion bei besonderen Gelegenheiten auch am Tage Dienst zu tun; die Vergütung hierfür bezahlt der Staat.“ Es ist schon früher hier einmal zur Sprache gebracht worden, daß ihre Tätigkeit dazu benutzt wird, um die Arbeiter niederzuknüppeln. Einen solchen Fall haben wir am vorigen Sonntag wieder in der Stadt gehabt. Es ist endlich an der Zeit, daß die Stadt ein Wort dagegen einlegt, damit der Staat die Wächter nicht zu derartigen Dingen mißbraucht, wenn die Arbeiter friedlich nach Hause gehen. Das war ein vollständig ausgearbeiteter Kriegsplan, nach welchem die Arbeiter überfallen und vermöbelt wurden. Ich möchte wissen, ob die Stadt hiergegen nicht etwas tun kann. Wenn man die Polizei nicht dazu zwingen kann, die Bürger so zu behandeln, wie es sich gehört, dann muß man wenigstens fordern, daß unsere Beamten, die von städtischen Geldern bezahlt werden, nicht gemißbraucht werden, gegen die Steuerzahler der Stadt in dieser fleghaften Weise, wie es am letzten Sonntag wieder geschehen ist, vorzugehen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Was zunächst den Ausdruck „Hungerlöhne“ betrifft, so glaube ich, ist dieser durchaus nicht am Plage gewesen. Ich gebe zu, daß die Stadt nicht die höchsten Löhne zahlt, aber daß die Löhne zu niedrig sind, kann ich nicht anerkennen. Berücksichtigen Sie doch, daß die Stadt auch daneben noch Ruhelöhne zahlt! Das tut so leicht kein Privatmann. Und berücksichtigen Sie ferner, daß der Mann, der im Dienste der Stadt arbeitet, wenn er seine Schuldgeldigkeit tut, nicht der Gefahr ausgesetzt ist, auf die Straße gesetzt zu werden. Infolgedessen fühlen sich, glaube ich, die Arbeiter im Dienste der Stadt noch ganz wohl. Wenn Herr Stegmann zusammenrechnet, was die Arbeiter bei uns verdienen, dann bitte ich ihn, auch einmal die Steuerlisten von den selbständigen Geschäftsleuten anzusehen, wieviel selbständige kleine Handwerker und noch andere ein kleineres Einkommen haben als die städtischen Arbeiter, und sie müssen doch auch leben! (Sehr richtig!) Wir haben auch Rücksicht auf die Arbeitgeber in der Stadt zu nehmen, daß die Löhne nicht künstlich in die Höhe getrieben werden. Wenn die Stadt hohe Löhne zahlt, so ist es erklärlich, daß die andern Arbeiter dasselbe verlangen.

Sodann ist Herr Stegmann auf die Verhältnisse der Nachtwächter eingegangen. Ich weiß nicht, ob es angemessen ist, die Rechte, die der Stadtvertretung durch die Städteordnung eingeräumt sind, in dieser Weise geltend zu machen, daß eine Behörde hier mit derartigen Ausdrücken bedacht wird. Ich kann das nur bedauern und habe die Überzeugung, daß der Wert unserer Verhandlungen dadurch sinkt. Von einem Mißbrauch kann, glaube ich, keine Rede sein, nachdem Sie selber das Regulativ über die Nachtwächter beraten haben und in dieses Regulativ die angezogene Bestimmung aufgenommen ist. Außerdem: Ordnung muß auf den Straßen gehalten werden. Ob das nun von einer herzoglichen Polizei geschieht oder von einer städtischen, das ist einerlei. Laß doch die Leute Ruhe und Ordnung auf den Straßen halten! Daß die Polizei das Recht hat, den Verkehr auf den Straßen zu regeln, wird Herr Stegmann auch nicht bestreiten. Ich verstehe nicht, warum in dieser übertriebenen Weise die Polizei hier angegriffen wird.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Auf einige Ausführungen des Herrn Stegmann möchte ich eingehen. Es ist von ihm die Anzahl der Stunden bemängelt, mit der eine Kategorie der Arbeiter beschäftigt ist. Es sind von ihm die 11 Stunden Arbeitszeit der Fahrer bei der Straßenreinigung genannt. Aber darin liegt doch eine ganze Anzahl Stunden, die nur zur Dienstbereitschaft gerechnet werden können. Freilich werden die Stunden vom Anfange bis zum Ende gerechnet, dazwischen liegt aber auch einmal eine Stunde, wo die Fahrer nicht tätig sind.

Zweitens habe ich zu bemerken, daß schon in der Mehrzahl der Verwaltungen eine erheblich höhere Bezahlung der Überstunden Platz gegriffen hat. Das ist geschehen auf die Ermächtigung des Magistrats an die Deputationen, eine Erhöhung dieser Überstundenbezahlung bis zu 50 % eintreten zu lassen, und Herr Stegmann wird finden, wenn er in der Tabelle nachsieht, daß die Bezahlung der Überstunden tatsächlich bis zu 50 % höher ist, als die der gewöhnlichen Arbeitsstunden.

Vorsitzender: Die Debatte hat sich schon auf Einzelheiten ausgedehnt. Es würde deshalb jeder der Herren in der Lage sein, auf alle in der Lohnübersicht berührten Punkte einzugehen.

Stadtv. **Stegmann**: Ich habe noch einige Worte zur allgemeinen Besprechung zu sagen. Ich wollte noch anfragen, ob es richtig ist, daß die Gasarbeiter, wenn die Ablösung erfolgt, noch 24 Stunden hintereinander beschäftigt werden?

Was die Überstunden betrifft, so habe ich mich versehen: nicht 40 Pf., sondern 46 Pf. ist der Höchstbetrag dafür.

Herr Oberbürgermeister führte an, daß die städtischen Arbeiter besser gestellt wären als die privaten insofern, als ihnen Ruhelöhne gewährt würden. Das ist allerdings richtig. Aber mit diesen geringen Ruhelöhnen soll doch wohl nicht die geringe Entlohnung der Arbeiter für ihr ganzes Leben, solange sie arbeitsfähig sind, begründet werden! Wenn der Herr Oberbürgermeister sagte, daß die städtischen Arbeiter deshalb besser gestellt wären als die privaten, indem sie nicht Gefahr liefen, auf die Straße gesetzt zu werden, so meine ich, wir haben Fälle gehabt, daß in rigoroser Weise städtische Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden, wenn sie nicht verstanden, sich lieb Kind bei den Beamten zu machen.

Was das Regulativ für die Nachtwächter betrifft, das wir hier beraten haben, so haben wir nicht annehmen und nicht voraussehen können, daß die Nachtwächter in der Weise mißbraucht würden. Im übrigen sind die Ausdrücke, die ich gebraucht habe, nicht zu scharf, sondern sie sind zu gelinde, wenn in dieser skandalösen Weise von der Polizei gegen friedliche Einwohner vorgegangen wird, wenn sie so drangsaliiert werden bei Anlässen, die von der Polizei provoziert werden.

Vorsigender (den Redner unterbrechend): Das gehört nicht hierher! (Der Redner spricht weiter.) Ich bitte, mit Sprechen aufzuhören, wenn ich Sie unterbreche! Was Sie eben vorbringen, gehört nicht hierher. Wir haben hier augenblicklich nur die Löhne der städtischen Arbeiter zu beraten.

Stadttrat von Frankenberg: Ich möchte Herrn Stegmann erwidern, daß bei Beratung des Regulativs für die städtischen Wächter die Hilfsleistung der Wächter bei der Polizei zum Gegenstand eingehender Erörterung seitens der politischen Freunde des Herrn Stegmann gemacht worden ist, daß aber die Mehrheit der Stadtverordneten mit dem Magistrat sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Nachtwächter als Hilfsordnungsmannschaften der Polizei sehr wohl zur Verfügung stehen können, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß sie für diese Tätigkeit von der Polizei bezahlt werden. Ein Verschulden oder ein Versehen hat also bei der Bereitstellung der Wächter nicht vorgelegen.

Stadtv. Ohlendorf: Ich habe aus den Worten des Herrn Stegmann nicht entnommen, daß er das hat kritisieren wollen, was Herr Stadttrat von Frankenberg zurückgewiesen hat, sondern ich habe seinen Ausführungen entnommen, daß Herr Stegmann hauptsächlich die Art hat kritisieren wollen, in der die Polizei vorgegangen ist. Ich glaube, auch die Mehrheit von Ihnen würde nicht damit einverstanden sein, wenn sie wüßte, in welcher Form und Art nach dieser Richtung von der Polizei gearbeitet ist. Sie bekommen ein falsches Bild davon

Vorsigender: Ich bitte doch, diese Differenz vom vorigen Sonntage, der wir hier ganz fern stehen, nicht augenblicklich in die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter hineinzubringen.

Stadtv. **Besemeier:** Ich habe bisher vermist, daß meinem Freunde Stegmann Antwort darauf gegeben ist, ob Sonntags noch die 24-stündige Schicht auf dem Gaswerke besteht. Ich erinnere daran: Als ich vor einer Reihe von Jahren diesen Mißstand hier zur Sprache brachte, war man allgemein auf Ihrer Seite entrüstet, daß eine solche Arbeitszeit noch vorhanden sei. Es wurde damals energisch gerügt und gefordert, daß der Mißstand beseitigt würde. Wenn ich nicht irre, war es damals Herr Dr. Wolters, der mit energisch dafür eintrat. Als dann in der Kommission mein Antrag beraten wurde, eine 8-stündige Schicht für die Ofenarbeiter einzuführen, war man allgemein der Meinung, die 24-stündige Schicht müßte beseitigt werden. Der Herr Oberbürgermeister hat mit Recht gesagt, die Arbeit vor den Ofen sei eine ungesunde, und ich meine, daß auch die 12-stündige Schicht zu lang ist. Wenn man diese Arbeit als ungesund betrachtet, dann verstehe ich nicht, wie man es fertigbringen kann, in diesen ungesunden Verhältnissen 24 Stunden arbeiten zu lassen. Ich nehme an, daß diese 24-stündige Schicht noch besteht, da keine Antwort erfolgt ist. Auch ich beantrage, diese 24-stündige Schicht unter allen Umständen zu beseitigen. Es wird das mit geringen Unkosten verknüpft sein, und man wird schließlich immer noch Ersatzkräfte haben, so daß man dies sehr wohl einführen kann.

Es wurde von Herrn Dr. Wolters gesagt, bei den Fahrern der Müllwagen wäre ein Teil ihrer 11-stündigen sogenannten Arbeitszeit nur Dienstbereitschaft. Das verstehe ich nicht. Diese Redewendung ist in früheren Jahren schon einmal angebracht worden. Was heißt denn aber Dienstbereitschaft bei den Fahrern? Sie besteht darin, daß die Fahrer auf ihren Wagen sitzen und tatsächlich fahren. (Widerspruch des Herrn Oberbürgermeisters). Wenn das nicht der Fall ist, dann will ich mich bescheiden. Jedenfalls ist es gut, wenn das klargestellt wird. — Was die Ofenarbeiter betrifft, so ist es unerhört — ich bedaure, den Ausdruck gebrauchen zu müssen —, daß sie in dem städtischen Gaswerk bei der ungesunden Luft 24 Stunden beschäftigt werden.

Vorsigender: Ich bitte Herrn Besemeier, wenn er einen Antrag einbringen will, ihn zu formulieren, sonst kann ich ihn nicht zur Abstimmung bringen.

Oberbürgermeister **Retemeyer:** Es ist mir beim besten Willen nicht möglich, in allen städtischen Betrieben zu überwachen, ob ein von den städtischen Behörden

gefaßter Beschluß ausgeführt wird. Ich möchte Herrn Wesemeier zur Erwägung anheimstellen, ob es nicht richtig wäre, in einem solchen Falle dem Magistrat vorher Mitteilung zu machen, daß diese oder jene Auskunft wünschenswert erschiene; dann wird sie auch erteilt werden. (Sehr richtig!) Ich werde mich nach den Verhältnissen erkundigen und Ihnen dann Antwort zuteil werden lassen.

Stadtv. Wesemeier: Ich erkenne ohne weiteres die Wichtigkeit dessen an, was der Herr Oberbürgermeister eben sagte, muß aber betonen, daß ich die Anregung zu meinen Worten erst aus der Debatte bekommen habe. Erst aus der Anfrage des Herrn Stegmann resultiert meine Äußerung. Ich werde mich mit meinem Antrage so lange bescheiden, bis mir Auskunft in der Versammlung geworden ist.

Vorsitzender: Ich schließe die Beratung. Da kein besonderer Antrag gestellt ist, so ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

7. Erklärung der von der Stadt übernommenen Strecke der Helmstedterstraße (zwischen Eisenbahn und Moritzburg) zum Kommunalwege.

Stadtv. Tolle: Am 25. April d. J. hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den Teil der Helmstedter Straße von der westlichen Grenze des Bahnübergangs bis zur Moritzburg vom Staate zu übernehmen. Die Übergabe ist inzwischen erfolgt, und es ist nun notwendig, den Straßenzug seines bisherigen Charakters als Staatsstraße zu entkleiden und ihn zum Kommunalwege zu erklären. Diese einstweilige Bezeichnung als Kommunalweg ist nach dem Statut vom 20. November 1851 bezw. vom 12. August 1862 erforderlich. Später soll die Erklärung zur Ortsstraße erfolgen. Das Ganze ist mehr eine Formsache, und die Baukommission bittet, dem Antrage des Magistrats zu folgen.

Die Versammlung ist mit der Erklärung der bezeichneten Straßenstrecke zum Kommunalwege einverstanden.

8. Rechnungsabschlüsse für 1911/12.

Stadtv. Dr. Wolters: Das Rechnungsjahr 1911/12 sollte anschlagnäßig mit einem Fehlbetrage von 140800 *M* abschließen, in der Tat ist es aber mit einem Überschusse von 36432 *M* abgeschlossen. Die einzelnen Ursachen des Mehrbetrages sind ersichtlich aus der auf Seite 24/25 der Ihnen zugegangenen Rechnungsabschlüsse befindlichen Zusammenstellung. Bezüglich der Mehr- oder Mindereinnahmen und -Ausgaben ist im besonderen folgendes zu erwähnen:

Das Kammereivermögen hat 23 348 *M* Mehreinnahmen gehabt, da das Rieselgut eine bessere Ernte gehabt hat und die Einnahmen aus den Standgeldern der Messen höher gewesen sind als veranschlagt. Die Einnahmen aus der Gemeindesteuer sind ganz erheblich höher gewesen (eine besondere Aufstellung darüber finden Sie auf Seite 9), insbesondere hat die Einkommensteuer ganz erheblich mehr (90 000 *M*) erbracht, ebenso die Gewerbesteuer (20 000 *M*), desgleichen die Erträgnisse vom Elektrizitätswerk. Bezüglich der Ausgabe ist zu bemerken: Die Kammereikasse hat eine Anzahl Minderausgaben dadurch gehabt, daß die Zinscheine der Schuldverschreibungen und die ausgelosten Stücke wegen des früheren Abchlusses (31. Mai) noch nicht eingelöst sind. Die Minderausgabe auf das Kapitel Kammereivermögen beträgt rund 33 000 *M*. Sodann ist eine Minderausgabe von 44 000 *M* bei der Armentasse zu verzeichnen dadurch, daß einmal der Ersatz der Unterstützungen an ortsfremde Hilfsbedürftige um 16 000 *M* höher gewesen ist, ferner dadurch, daß die Ausgaben für Hausarme 12 000 *M* weniger betragen haben, als veranschlagt. Dann hat für den günstigen Abschluß der Armentasse mitgesprochen, daß unvorhergesehenerweise der Betrag von 10 000 *M* aus der Jüdelstiftung in die Armentasse geflossen ist.

An Unterrichtskosten sind 107 000 *M* mehr verausgabt dadurch, daß die Gehaltsätze der Lehrer erhöht sind. Die Straßenbaukosten sind um 43 000 *M* höher gewesen, da gegenüber dem Etat neu hinzugekommen sind: die Instandsetzung des plagartigen Teiles des Radeflints, die Verbreiterung des Fußwegs am Wohlwege und die Errichtung von zwei Geräteschuppen. Das Kapitel Stadtverwaltung weist eine Mehrausgabe von 25 000 *M* auf wegen der erfolgten Gehaltserhöhung der Beamten, und im Kapitel Insgemein ist eine Mehrausgabe von 20 000 *M* eingetreten durch Gewährung des Veteranenoldes. Im ganzen sind 177 000 *M* Mehreinnahme gegenüber dem Etat zu verzeichnen. Wenn man ausrechnen will, wie nun das wirkliche Ergebnis gegenüber dem Voranschlage ist, so muß man dasjenige noch hinzuzählen, was ursprünglich nicht im Anschlage enthalten gewesen, dennoch aber bestritten ist, ohne daß besondere Mittel dafür zur Verfügung gestellt sind. Das sind im wesentlichen zwei Punkte: Die Erhöhung der Gehaltsätze für die Lehrer und Beamten, nämlich 107 000 *M* und 25 000 *M*, und die vermehrten Straßenbaukosten mit 43 000 *M*. Rechnet man diese, wofür im Laufe des Etatsjahres besondere Einnahmen nicht verwilligt sind, hinzu, so ergibt sich, daß das Jahr um 360 000 *M* günstiger abgeschlossen hat, als veranschlagt. In ähnlichen Grenzen haben sich auch die Überschüsse der beiden Vorjahre bewegt, nämlich ungefähr 300 000 *M*.

Im vorigen Jahre war von uns hervorgehoben, daß die großen Zuschüsse des Staates nicht rechtzeitig geleistet waren, weil wir zum ersten Male unerwartet

früher die Rechnung der Stadthauptkasse abgeschlossen hatten. Beispielsweise kamen die Zuschüsse des Staates zur Erhöhung der Lehrergehaltssätze, dann die Zuschüsse für die Gewerbesteuer nicht frühzeitig genug. Ebenso war nicht in voller Höhe geleistet die Vergütung dafür, daß unsrerseits die direkten Staatssteuern erhoben wurden. Das gleiche war der Fall auch mit den Beiträgen des Staates für das Feuerlöschwesen. In dem jetzt zum Bericht stehenden Etatsjahre sind die Zuschüsse durchweg pünktlich gezahlt; das wollen wir freudig anerkennen. Das Einzige, was noch fehlt, ist der Beitrag des Staates zu den Feuerlöschkosten, nämlich die $\frac{2}{3}$ des Ahtels, die außerhalb des Prozesses liegen. Motiviert wird vom Magistrat die nicht rechtzeitige Zahlung der anerkannten Summe damit, daß eine Zahl von nicht-staatlichen Anstalten bis zum Abschlußtermin die Kostenprüfung noch nicht eingekandt hatte.

Ein fernerer Punkt der Erwägung ist die Frage, ob etwa die Tatsache, daß die Exekution wesentlich günstiger, als gedacht war, abgeschnitten hat, nunmehr die Herren dazu bewegen könnte, die 200 000 *M.*, die dem Ausgleichsfonds zugeführt sind, dem Reservefonds der Gaswerke und dem der Wasserwerke wieder zurückzugeben. Die Finanzkommission steht aber auf dem Standpunkte, es bei dem früher gefaßten Beschlusse zu belassen.

Der Magistrat beantragt, die hier vorgekommenen Überschreitungen, soweit sie nicht auf nachträglichen Bewilligungen beruhen, zu genehmigen. Eine Anzahl Überschreitungen sind ja vorhanden, aber die Finanzkommission hat keine gefunden, gegen die Erinnerungen zu machen sind. Sie empfiehlt deshalb, den Antrag des Magistrats anzunehmen. Hervorheben möchte ich noch, daß eine Anzahl Baukosten, die aus dem Ausgleichsfonds bezahlt werden sollen, überschritten worden sind, daß aber wegen dieser Überschreitungen uns demnächst noch eine besondere Nachweisung gegeben werden soll.

Der Magistrat beantragt ferner, es möchte der Überschuß der Neustadtmühle, soweit er nicht zur Tilgung der Baukosten verwandt wird, in Anspruch genommen werden, um eine alte Schuld der Neustadtmühle aus den 70er Jahren zu tilgen. Dies soll nach dem Antrage des Magistrats in zwei Malen geschehen, und zwar für dieses Mal mit 10 000 *M.* Der Magistrat behält sich vor, wegen der restlichen 10 000 *M.* bei Einbringung des nächstjährigen Etats einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die Finanzkommission empfiehlt demgemäß, 10 000 *M.* des jetzigen Betriebsüberschusses als erste Rate zur Tilgung der Anleihe zur Verfügung zu stellen.

Schließlich hat die Finanzkommission noch einen Wunsch ausgesprochen. Er betrifft die Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen (Seite 117). Gemäß dem Beschlusse

der geehrten Herren ist ein Kapital von 6000 *M* vom Vorratsvermögen der Kasse hypothekarisch belegt, und ferner sind vom Kassenvorrat des Vorratsvermögens 2000 *M* bei der Stadthauptkasse zinslich belegt. Um diese 8000 *M* nicht verschwinden zu lassen, bittet die Finanzkommission, daß die Summen künftig ständig im Etat als Einnahme aufgeführt werden. Es könnte sonst eintreten, daß vielleicht in 10 oder 20 Jahren durch ein Versehen die Beträge ihrem Zwecke entzogen werden, da man solche Kleinigkeiten nicht im Gedächtnis behält.

Die vorgekommenen Überschreitungen werden, soweit dies nötig, genehmigt, die erste Rate zur Tilgung der genannten Anleihe für die Neustadtmühle verwilligt und dem zuletzt ausgesprochenen Wunsche der Finanzkommission zugestimmt.

9. Ankauf einer Grundfläche zum Ausbau der projektierten Straße Nr. 32.

Stadtv. **Riefe:** Der Baukommission ist folgende Vorlage zugegangen:

Zu dem von den städtischen Behörden beschlossenen Ausbau der projektierten Straße 32 ist der stadtseitige Erwerb einer dem Privatmanne Michael Schade gehörenden Grundfläche von 255 qm erforderlich. Der Magistrat hat mit dem Eigentümer einen notariellen Vertrag abgeschlossen, durch den die Fläche zu dem angemessen erscheinenden Preise von 10 *M* pro qm an die Stadt abgetreten wird. Der Magistrat ersucht, diesem Vertrage zuzustimmen, sowie die Ausgabe zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen. Der Plan ist dort ausgehängt. Die Baukommission hat die Sache geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

10. Ankauf einer Grundfläche an der Sichtalstraße.

Stadtv. **Riefe:** Die beabsichtigte Neubebauung des Grundstücks Sichtalstr. 26 hat dem Eigentümer desselben Veranlassung gegeben, die 44 qm große, bislang bebaut gewesene Teilfläche des Grundstücks der Stadt zum Kauf anzubieten. Der Plan hängt ebenfalls dort aus. Da die fragliche Strecke der Sichtalstraße bereits im Jahre 1899 ausgebaut ist, so ist der stadtseitige Erwerb der bezeichneten Fläche schon damals in Erwägung gezogen worden, wegen der vorhandenen Bebauung aber davon abgesehen. Ein Grund, die Abnahme der Fläche nach der jetzt erfolgten Niederlegung des Baus abzulehnen, liegt nicht vor. Der Magistrat hat deshalb

mit dem Eigentümer einen notariellen Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Fläche zum Preise von 12 *M* pro qm in den Besitz der Stadt übergeht. Der Magistrat ersucht, den Vertrag zu genehmigen und den Kaufpreis zu Lasten des Extraordinariums zu bewilligen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

11. Austausch von Flächen, sowie Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens zum Ausbau der projektierten Straße Nr. 509 a.

Stadtv. **Niese:** Zum Ausbau der projektierten Straße 509 a ist unter anderm der Erwerb zweier Flächen von 26 und 18 qm Größe erforderlich. Der Magistrat hat mit den Eigentümern der größeren Fläche, Kaufmann Hermann Oppermann und Witwe Alwine Blumenberg, eine Einigung dahin erzielt, daß sie die 26 qm unentgeltlich an die Stadt abtreten, die letztere dagegen die Verpflichtung übernimmt, 1. die Inverkehrsetzung der durch den Ausbau der projektierten Straße 509 a als Weg freierwerdenden 7 qm großen Teilfläche der alten Glückstraße zu betreiben und diese Fläche nach ihrem Eigentumsübergange an die Stadt den bezeichneten Geschwistern Oppermann-Blumenberg unentgeltlich zu überweisen, 2. auf der durch den besprochenen Grundstücksaustausch für das Grundstück 3033 entstehenden neuen Straßengrenze an Stelle der auf der gegenwärtigen Grenze befindlichen lebendigen Hecke ein Lattenstaket zu ziehen. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des darüber abgeschlossenen notariellen Vertrages.

Mit dem Kaufmann Witte, dem Eigentümer der in Frage kommenden 18 qm, hat eine Einigung nicht erzielt werden können. Er fordert für die von ihm abzutretende Fläche einen Preis von 1500 *M* und bei Ablehnung dieser Forderung Abnahme des angeschnittenen ganzen Grundstücks in Größe von 274 qm gegen Zahlung eines Preises von 15000 *M*. Da beide Forderungen so außer Verhältnis zu dem Werte des fraglichen Geländes stehen (die städtische Bauverwaltung hat 12 *M* pro Quadratmeter in das Straßenbauprojekt eingestellt), so beantragt der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß wegen dieser 18 qm das Zwangsenteignungsverfahren in die Wege geleitet werde.

Die Baukommission hat mich beauftragt, Ihnen beide Anträge des Magistrats zur Annahme zu empfehlen.

Die Versammlung stimmt dem vorgelegten Vertrage zu und ist mit der Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens für die zweite Fläche einverstanden.

12. Stellungnahme der Stadt zu der Errichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse bezw. einer Landkrankenkasse in hiesiger Stadt.

Stadtv. Dr. **Volters**: Zum 1. Januar 1914 wird das zweite Buch der Reichsversicherungsordnung, welches die Krankenversicherung betrifft, in Kraft treten. In bezug auf den Inhalt dieses Buches hat sich die Stadtgemeinde in zwei Punkten zu entscheiden: 1. über die Frage, ob von der Stadtgemeinde eine Allgemeine Ortskrankenkasse errichtet werden soll oder nicht, 2. ob neben der etwa zu gründenden Allgemeinen Ortskrankenkasse eine Landkrankenkasse errichtet werden soll.

Nach dem Geſetze an ſich ſoll von den Gemeindeverbänden die Allgemeine Ortskrankenkasse errichtet werden. Es iſt aber, falls dies nicht geſchehen ſoll, an- gänglich, daß dort, wo eine Gemeinſame Ortskrankenkasse beſteht, dieſe zu einer Allgemeinen Ortskrankenkasse ausgeſtaltet wird. Dies iſt ohne weiteres dann an- gänglich, wenn ſämtliche Ortskrankenkassenpflichtige von der biſherigen Gemeinſamen Ortskrankenkasse umfaßt werden. Es bedarf aber der Genehmigung des Ober- verſicherungsamtes, falls nicht alle, ſondern nur ein großer Teil der Ortsranken- kassenpflichtigen von der Gemeinſamen Ortskrankenkasse umfaßt werden. In Braun- ſchweig umfaßt die Gemeinſame Ortskrankenkasse ungefähr 14000 Mitglieder. Daneben beſtehen noch Ortskrankenkassen für Buchdrucker, für Arbeiter in Konſervenfabriken, für das Handelsgewerbe, für die Land- und Forſtwirtſchaft, für Metallarbeiter, für Uhrmacher und verwandte Gewerbe und für die Arbeiter der Zuckerinduſtrie und verwandte Gewerbe. Nun iſt in der Generalverſammlung der Gemeinſamen Orts- krankenkasse ein Beſchluß herbeigeführt, es möchte dieſe Kaſſe zu einer Allgemeinen Ortskrankenkasse ausgeſtaltet werden. Dieſem Wunſche iſt zu willfahren, wenn die Stadt nicht zur Neuerrichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse ſchreitet, auch iſt die Genehmigung davon abhängig, daß das Oberverſicherungsamt dagegen nichts zu erinnern hat. Der Magiſtrat ſteht auf dem Standpunkte, daß von ſeiten der Stadt aus eine Allgemeine Ortskrankenkasse nicht errichtet werden ſoll. Er begründet das damit, daß in dieſem Falle die biſherige Gemeinſame Ortskrankenkasse nur als „beſondere“ Ortskrankenkasse neben der neugegründeten Allgemeinen zugelassen werde, oder es müßte zu ihrer Schließung kommen. Beide Eventualitäten erſcheinen dem Magiſtrat unerfreulich: im erſteren Falle würde die ſchon jezt herrſchende Zer- ſplitterung des hieſigen Krankenkassenweſens noch vermehrt und im letzteren Falle wäre eine umſtändliche und koſtspielige Liquidation der Gemeinſamen Ortsranken- kasse erforderlich, die bei ihrer Ausgeſtaltung zu einer Allgemeinen Ortskrankenkasse vermieden würde. Unter dieſen Umſtänden erſucht der Magiſtrat die geehrten Herren, zuzustimmen, daß die Stadtgemeinde von der Errichtung einer Allgemeinen Orts-

krankenkasse abzieht. Die Gründe, die der Magistrat angeführt hat, sind nach Ansicht der Statutenkommission vollständig richtig. Würde eine Allgemeine Ortskrankenkasse neu errichtet und die hiesige Gemeinsame Ortskrankenkasse träte nicht bei, dann möchte es fraglich sein, ob die neuerrichtete Kasse überhaupt lebensfähig ist. Jedenfalls wären dann die Mitglieder, die sie umfassen würde, nicht günstiger, sondern ungünstiger gestellt. Zweitens würde es auch für die Gemeinsame Ortskrankenkasse nicht angenehm sein, wenn sie geschlossen würde, da die Liquidation viele unnütze Kosten macht. Aus diesen beiden Gründen empfiehlt Ihnen die Statutenkommission, den Antrag des Magistrats zu genehmigen.

In zweiter Linie handelt es sich um die Frage, ob das Bedürfnis nach Errichtung einer Landkrankenkasse vorliegt, oder ob es zu verneinen ist. Es kann durch die Landesgesetzgebung für das ganze Gebiet oder für Gebietsteile eines Staates angeordnet werden, daß von der Errichtung einer Landkrankenkasse abgesehen werden soll. Mutmaßlich wird für die Stadt Braunschweig von der Regierung so verfahren. Es ist aber auch möglich, ohne daß dies geschieht, daß für das hiesige Stadtgebiet nach Anhörung der beteiligten Arbeitgeber und der Versicherungspflichtigen das Versicherungsamt — das ist die Stelle für Arbeiterversicherung beim Stadtmagistrat — sich dahin ausspricht, es liege ein Bedürfnis für eine Landkrankenkasse nicht vor, und demgemäß mit Genehmigung des Oberversicherungsamts die Errichtung einer Landkrankenkasse unterbleibt. Nach dieser Richtung hin hat sich der Magistrat auch entschieden. Er sagt: „Wir halten für die Stadt Braunschweig eine Landkrankenkasse für überflüssig, da die Hauptgruppen der ihr zuzuweisenden Personen (Dienstboten und in der Landwirtschaft Beschäftigte) hier schon seit längeren Jahren den besser organisierten und leistungsfähigeren Ortskrankenkassen angehört haben und sich beim Übergang zur Landkrankenkasse schlecht stehen würden. Außerdem bieten die im Haus- und Wandergewerbe Tätigen im allgemeinen ein ungünstiges Risiko. Sie würden eine verhältnismäßig kleine Landkrankenkasse weit mehr belasten als eine große Allgemeine Ortskrankenkasse, in der sie nur einen unbedeutenden Teil der Mitglieder darstellen würden“. Auch in dieser Beziehung stimmt die Statutenkommission der Entscheidung des Magistrats, wie auch den Gründen hierfür zu.

Ich habe also zu empfehlen, beiden Anträgen des Stadtmagistrats zuzustimmen.

Stadt. Stegmann: Ich kann mich dem Standpunkte des Magistrats und der Statutenkommission nur anschließen. Es ist durchaus wünschenswert, daß die Zersplitterung der Krankenkassen in Braunschweig beseitigt wird — es bestehen hier jetzt ungefähr 75 derartige Kassen — und eine große Kasse geschaffen wird. Ich

brauche nicht auszuführen, welche gewichtigen Gründe dafür sprechen, denn es liegt auf der Hand, daß eine solche große Kasse viel leistungsfähiger ist als die vielen kleinen. Es wäre zwecklos, da eine Gemeinsame Ortskrankenkasse besteht und die sehr große Mehrzahl der Mitglieder mit der Umgestaltung in eine Allgemeine Ortskrankenkasse einverstanden ist, eine solche Kasse neu zu schaffen. Auch die Generalversammlungen der meisten besonderen Krankenkassen werden es beweisen, daß sie nicht die Absicht haben, selbständig zu bleiben, sondern sich der Allgemeinen Ortskrankenkasse anzuschließen. Ich halte es deshalb auch für richtig, die Umwandlung der bestehenden Kasse vorzunehmen. — Ebenfalls einverstanden bin ich mit dem Vorschlage, daß keine Landkrankenkasse gebildet wird. Wie schon erwähnt, würden sich die Mitglieder einer solchen Kasse schlechter stehen, als in der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Sie sind nicht nur ihres Selbstverwaltungsrechts beraubt, auch die Leistungen der Landkrankenkassen sind so minimal, daß die Errichtung einer solchen eine bedeutende Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustande bedeuten würde. Ich möchte Sie also auch bitten, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt, von der Neuerrichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse abzusehen und das Bedürfnis für die Errichtung einer Landkrankenkasse in hiesiger Stadt zu verneinen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Stadtv. Dr. **Wolters** übernimmt den Vorsitz.

13. Ausbau der Straße Nr. 613 und Erklärung derselben zur Ortsstraße.

Stadtv. **Tolle**: Die Straße Nr. 613 auszubauen, war bereits in einer früheren Sitzung beschlossen. Heute liegt uns der Kostenanschlag der städtischen Bauverwaltung zum oberirdischen Ausbau der Straße vor. Es handelt sich um die Straße, die von der Hennebergstraße aus in süd-nördlicher Richtung in Länge von 36 m und 11 m Breite auf dem ehemals Meyer'schen Grundstück angelegt werden soll. Die Fahrbahn der Straße wird 5 m breit, die Fußwege auf jeder Seite 3 m. Die Straße endet in einen Platz, der eine Länge von 28 m und eine Breite von 24 m hat. In der Mitte dieses Platzes ist eine Rasenfläche und daneben ein 80 cm breiter Fußweg vorgesehen. An diesen soll sich ringsum eine 5 m breite Fahrbahn anschließen, während an den Außenkanten des Platzes Fußwege von 3, 4,5 und 5 m Breite angeordnet werden sollen. Die Fahrbahn soll auf chaussierter Unterlage mit Kleinpflaster abgepflastert werden, die Fußwege sollen durch Granitbordquader von der Fahrbahn abgetrennt und mit einem Plattenbelage versehen werden. Die über-

gänge an der Hennebergstraße sollen mit Reihenspflastersteinen abgepflastert und der vorgezeichnete Rasenplatz mit einem Laubbaum bepflanzt werden.

Die einzelnen Positionen für den Ausbau der Straße sind die folgenden:

Planumsarbeiten etwa	1645 <i>M</i> ,
Beschaffung von Materialien	7075 " ,
Steinfeger- und Chauffierungsarbeiten	1754 " ,
Maurerarbeiten	520 " ,
Baumanpflanzung und gärtnerische Anlagen	227 " ,
Insgesamt	279 " ,

so daß für diesen Straßenzug Gesamtkosten im Betrage von 11500 *M* entstehen. Die Straße wird gebaut für Rechnung des Herrn Maurermeisters Antoni, die Kosten sollen einstweilen dem Extraordinarium entnommen werden. — Gleichzeitig bittet der Magistrat, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß die Straße zur Ortsstraße erklärt wird.

Die Baukommission schließt sich den Anträgen des Magistrats an und bittet, den Ausbau der Straße in der vorgeschlagenen Weise zu genehmigen und die Straße zur Ortsstraße zu erklären.

Die Versammlung beschließt den Anträgen gemäß.

14. Erwerb einer Grabenfläche zum Ausbau der Schunterstraße.

Stadtv. Tolle: Zwecks Schaffung eines Zufahrtsweges für die auf dem dort aushängenden Lageplane bezeichneten Grundstücke hat der Zimmermann Könnecke von hier am 13. Februar d. Js. eine zu 166 qm vermessene Grabenfläche von der Feldmarksgemeinde Hagen gegen einen Preis von 10 *M* pro qm gekauft. Die Stadt hat binnen kurzem diese Fläche zur Anlage der Schunterstraße nötig, und es empfiehlt sich daher, um Kosten zu ersparen, die Auflassung von der Feldmarksgemeinde nicht an Könnecke, sondern direkt an die Stadt zu veranlassen. Herr Könnecke bietet der Stadt das Terrain zu dem von ihm selbst bezahlten Preise an und wünscht, den Kaufpreis nicht ausbezahlt zu erhalten, sondern ist damit einverstanden, daß ihm der Betrag bei den auf seinen Anteil entfallenden demnächstigen Kosten der Schunterstraße gutgebracht wird. Der Magistrat ersucht, sich mit dem Erwerb der bezeichneten Fläche unter den aufgeführten Bedingungen einverstanden zu erklären, und die Baukommission schließt sich diesem Wunsche an.

Der Erwerb der Grabenfläche wird beschlossen.

15. Verwilligung von Mitteln zur Beschaffung einer Lichtbilderserie von Ansichten der Stadt.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung in Berlin ist an den Magistrat herangetreten, ihr eine Lichtbilderserie von Ansichten der Stadt Braunschweig zu überlassen. Diese Lichtbilder sollen gegen eine geringe Gebühr, die zur Deckung der Selbstkosten bestimmt ist, an Schulen, Vereine, Behörden und sonstige Interessenten leihweise abgegeben werden. Es werden etwa 60 bis 70 charakteristische Bilder gewünscht. Die Kosten dafür sind nicht allzugroß. Wenn man farbige Bilder nimmt, deren Preis für jedes Stück 2 *M* ist, so würden sich die Kosten auf 140 bis 150 *M* stellen. Der Magistrat beantragt, da die Ausführung des geäußerten Wunsches der Stadt Braunschweig nur zum Vorteil gereichen kann, diese Mittel aus den Erträgen der Umsatzsteuer zu bewilligen. Auch die Finanzkommission hält die Angelegenheit durchaus für förderungswert und empfiehlt, diese Bewilligung auszusprechen.

Der geforderte Betrag für die Lichtbilderserie wird bewilligt.

16. Ankauf einer Fläche zum Damme.

Stadtv. **Fride**: Die Herren Architekt Munte und Diplomingenieur Kerlé, die Eigentümer der Grundstücke Damme 7 und 8, müssen nach der Bauordnung mit dem Neubau dieses Grundstücks um einen Teil zurücktreten. Das freierwerdende Terrain von 46,9 qm hat die Stadt zu übernehmen. Die Herren haben bei ihrem Angebot 375 *M* pro qm gefordert, dem Magistrat war aber dieser Preis zu hoch, und er hat der Firma 277 *M* pro qm geboten. Das ist der Preis, wie ihn die Stadt vor einigen Jahren für die von dem benachbarten Pieperschen Grundstücke abgetretene Grundfläche bezahlt hat. Die Eigentümer haben sich jetzt mit diesem Preise einverstanden erklärt, und der Magistrat ersucht, den Kauf zu genehmigen und die Ausgabe zu Lasten des Kap. III des Extraordinariums zu verwilligen. Die Angelegenheit ist in der Baukommission beraten, sie empfiehlt die Anträge des Magistrats zur Annahme.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung aus.

17. Verkauf des Restgrundstücks Kastanienallee 4.

Stadtv. **Fride**: Es ist den Herren bekannt, daß die Stadt vor zwei Jahren, um die Verbindung zwischen Zietzenstraße und Kastanienallee herzustellen, den

Komplex des Grundstücks Kastanienallee 4 für 28 000 *M* gekauft hat. Einen Teil davon hat die Stadt an die Bornemannsche Stiftung abgegeben, einen Teil für den Weg gebraucht, und es bleibt nun die westliche Fläche von 9,52 a mit dem Wohnhause übrig, die jetzt verkauft werden soll. Der Magistrat hatte nicht von Anfang an den Verkauf in die Wege geleitet, weil er versuchen wollte, ob sich das Grundstück nicht zur Bebauung mit Wohnhäusern für städtische Beamte und Arbeiter eignen würde. Es hat sich aber herausgestellt, daß solche Wohnungen viel zu teuer werden würden. Auch für die Instandsetzung des alten Hauses müßten nach einem Kostenanschlage der städtischen Bauverwaltung mindestens 2600 *M* aufgewandt werden. Da die städtischen Behörden eine derartige Summe nicht aufwenden wollten, ist von der Instandsetzung bisher abgesehen. Nachdem nun das Haus zum Verkauf ausgeschrieben ist, haben sich einige Reflektanten gemeldet. An erster Stelle kommt als Käufer in Betracht der Agent Hünze bzw. dessen Sohn, der Techniker Karl Hünze, die das Höchstgebot abgegeben haben. Sie waren anfangs bereit, 23 000 *M* zu geben; nachdem ihnen aber eröffnet war, daß die offene Bauweise an diesem Wege vorgeschrieben ist, wodurch eine möglichst starke Ausnutzung des Grundstückes verhindert wird, haben sie ihr Gebot auf 19 000 *M* ermäßigt. Das Haus steht mit 12 000 *M* in der Brandkasse; deshalb ist das Gebot annehmbar, zumal in dem Falle, daß die Stadt das Haus behalten sollte, die Kosten für Reparaturen und ein neues Staket unverhältnismäßig hoch werden würden. Der Magistrat hat sich deshalb mit dem Preise einverstanden erklärt und empfiehlt, das Haus für 19 000 *M* zu verkaufen. Der übliche Kontrakt liegt hier bei. Die Baukommission hat sich der Ansicht des Magistrats angeschlossen und empfiehlt Ihnen Annahme des Magistratsantrages.

Der Verkauf des Hauses wird genehmigt.

Vorsitzender: Es ist inzwischen eingegangen: ein Antrag des Herrn Ohlendorf und eine Anfrage des Herrn Loeschig. Der Antrag des Herrn Ohlendorf lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen in der Nähe der Martinikirche zu veranlassen.“

Die Anfrage des Herrn Loeschig hat folgenden Wortlaut: „Was gedenkt der Magistrat gegen die Kanal-Übelstände auf der oberen Hamburgerstraße zu veranlassen?“

Beide Herren werden nachher Gelegenheit haben, den Antrag und die Anfrage zu begründen.

18. Abrechnungen über die Instandsetzung verschiedener Straßen und Plätze.

Stadtv. Ruch: Gemäß den Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten hat die städtische Bauverwaltung dem Magistrat eine vergleichende

Zusammenstellung der anschlagsmäßigen und der aufgewandten Kosten für die Instandsetzung verschiedener Straßen und Plätze zugehen lassen, welche nun uns zur Kenntniznahme vorgelegt wird.

Es handelt sich um folgende Straßen:

1. die Luderemannstraße, 2. die Jöddenstraße zwischen Neustadtrathaus und Meinhardshof, 3. den platzartigen Teil des Radeklins und der Straße Am neuen Petritore, 4. den Chriakering zwischen Helenenstraße und Laffertstraße, 5. die Echternstraße zwischen Michaeliskirche und Prinzenweg, 6. die Agidienstraße, 7. den Platz vor der Jakobikirche. — Im ganzen ist bei der Ausführung der Arbeiten eine Ersparnis von ca. 25 000 *M* erzielt. So ist z. B. bei Instandsetzung der Echternstraße eine Ersparnis dadurch herbeigeführt, daß die Fahrbahn des Verbindungsweges zwischen Gildenstraße und Echternstraße nördlich der Michaeliskirche auf Beschluß der städtischen Behörden an Stelle des vorgesehenen Pflasters mit Stampfasphalt befestigt ist und die verfügbar werdenden alten Pflastersteine zu einem guten Preise haben veräußert werden können. Bei der Jöddenstraße ist eine ziemliche Ermäßigung des Preises für Materialien dadurch veranlaßt, daß brauchbare alte Pflastersteine Verwendung gefunden haben. Bei Instandsetzung des Radeklins hat man das Hartholzpfaster zur Befestigung des Straßenbahnkörpers nicht zur Ausführung gebracht, sondern eine Befestigung mit Asphalt vorgenommen und hierdurch eine Ersparnis von 7000 *M* erzielt. — Die Mitteilungen haben der Baukommission vorgelegen; sie hat Kenntnis davon genommen. Eines Beschlusses über die Angelegenheit bedarf es nicht.

Die Versammlung nimmt von der Mitteilung Kenntnis.

19. Errichtung eines Unterkunfthauses für mehrere Turnvereine im Stadtparke.

Stadtv. Rathe: Es haben drei hiesige Turnvereine: der Turnklub, die Turnerschaft des Arbeitervereins und die Turnerbrüderschaft, an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihnen ein Stück des Franzischen Feldes, ähnlich wie dem Männerturnverein, zur ausschließlichen Benutzung zu überlassen. Der Magistrat hat dem Ersuchen nicht Folge gegeben, doch hat man sich im Laufe der Verhandlungen dahin geeinigt, daß der Magistrat für die drei Vereine ein angemessenes Unterkunfthäuschen in der Nähe des öffentlichen Spielplatzes errichtet. Um die ganze Anlage für später nicht zu gefährden, ist die Errichtung nicht auf dem Franzischen Felde selber, sondern in der Nähe der Restauration des Stadtparkes, wie auf dem Plane dargestellt, projektiert. Bei der Errichtung des Häuschens ist

zu berücksichtigen, daß besondere Bedürfnisanstalten in ihm nicht einzurichten sind, da solche bereits im Stadtpark vorhanden sind. Das Häuschen, wie es projektiert ist, wird drei verschließbare Räume von je 4×6 m erhalten. Vor diesen ist ein von den Vereinen gemeinsam zu benutzender Vorraum in einer Größe von 3×12 m vorgesehen. Das Dach des Gebäudes springt vor, um so einen geräumigen Unterschlupf zu bieten. In den Innenräumen sind Truhen, Bänke, Kleiderhaken und je eine Waschvorrichtung vorgesehen. Die Kosten des Gebäudes sind zu 7400 M veranschlagt. Der Magistrat ersucht, der Errichtung dieses Häuschens zuzustimmen und die erforderlichen Mittel aus dem Ausgleichsfonds zu verwilligen, ferner der unentgeltlich und widerruflich zu gewährenden Überlassung des Bauwerks an die genannten Vereine zur Benutzung zuzustimmen.

Wie schon vorher der Spielplazausschuß, hat sich jetzt auch die Baukommission mit der Sache beschäftigt. Beide sind dafür, daß das Unterkunftshäuschen in der Weise, wie der Magistrat vorschlägt, errichtet wird. Die Baukommission ersucht die geehrten Herren durch mich, die Errichtung zu genehmigen.

Vorsitzender: Ich möchte den Herrn Referenten fragen: Dies ist doch gleich das endgültige Projekt und nicht etwa ein Vorprojekt! Als Zweites möchte ich fragen: Auf der Tagesordnung steht: „Die Errichtung eines Unterkunftshauses für mehrere Turnvereine.“ Ist die Verpachtung auch gleich mit berücksichtigt?

Stadtv. Rasche: Es ist die Errichtung zu genehmigen, zweitens sind die Kosten zu verwilligen, und als Drittes die Überlassung an die genannten Vereine zu genehmigen.

Stadtv. Hesse: Aus den Ausführungen des Herrn Referenten ging nicht hervor, welche Turnvereine gemeint sind, an die die unentgeltliche Überlassung des Häuschens erfolgen soll. Ich möchte gern wissen, ob bestimmte Vereine dafür in Aussicht genommen sind, und bin der Meinung, daß dies nicht der Fall sein kann. Die Kosten für den Spielplatz und für die dafür zu errichtenden Gebäude werden aus den Mitteln der Allgemeinheit bestritten, und insolgedessen ist es selbstverständliche Voraussetzung, daß beides allen ohne Ausnahme zur Verfügung steht. Es kämen natürlich zunächst die turnerischen Vereine in Frage, die Vereine, die Turnübungen und turnerische Schaustellungen auf dem Platze ausführen wollen. Ich möchte beispielsweise die Frage stellen, ob auch die „Freie Turnerschaft“ Aussicht hat, auf diesem Platze ihre Übungen auszuführen und Schaustellungen geben zu können und hierfür das Unterkunftshäuschen zu benutzen. Wenn das nicht der Fall ist, möchte

ich zur Berücksichtigung empfehlen, daß man sich bei Aufführung der Gebäude darnach einrichtet.

Stadtv. **Rajche:** Es sind drei Vereine: Turnklub, Turnerschaft des Arbeitervereins und Turnerbrüderschaft, die sich an den Magistrat in dieser Sache gewandt haben. Andere Vereine haben das, soweit mir bekannt, nicht getan.

Stadtv. **Riefe:** Ich habe in der Baukommission ebenfalls das von Herrn Hesse Vorgebrachte erwähnt. Der Herr Oberbürgermeister hat mir darauf geantwortet, und wohl auch mit Recht, die „Freie Turnerschaft“ hätte sich nicht gemeldet. Es ist ja zu begrüßen, daß der Magistrat diese Vorlage macht; aber, wie ist denn eigentlich die Umfrage gehalten? Es ist doch jedenfalls bei den anderen Turnvereinen angefragt, und daß auch die „Freie Turnerschaft“ existiert, muß doch der Magistrat wissen, weil diese ihre Turnübungen in den städtischen Turnhallen, die ihr gegen Miete dafür überlassen sind, abhält. Also wäre es nicht mehr als in der Ordnung, wenn auch dieser Verein berücksichtigt würde. Es sind die Söhne von Eltern, die ebenfogut städtische Steuerzahler sind, wie die andern. Das geplante Häuschen soll 7400 *M* kosten, und dafür werden drei besondere Abteilungen hergerichtet. Es könnten ebenfogut vier Abteilungen sein, wenn sich dadurch auch das Projekt um vielleicht 2000 *M* verteuerte. Dann wäre jedem Rechnung getragen. Man will doch die Sache nicht so weit und die Parteilichkeit nicht so auf die Spitze treiben, daß man, weil Sozialdemokraten in dieser „Freien Turnerschaft“ sind, diese vom Turnen auf städtischen Plätzen ausschließt. Ich sollte annehmen, daran denkt der Magistrat nicht! Ich habe wohl die Vorlage als solche begrüßt, aber nicht insoweit, als nicht alle gleichmäßig berücksichtigt werden.

Nun ist hier gesagt, daß die Bedürfnisanstalten des Stadtparks mit benutzt werden sollen, wie sie eben da sind. Das ist ein richtiger Gedanke, ebenso wie es richtig ist, daß auf städtischem Grund und Boden dieses Unterkunftshäuschen hergerichtet werden soll. Aber auf eins will ich aufmerksam machen: daß die Bedürfnisanstalten im Winter geheizt werden müssen, sonst frieren sie uns entzwei. Es ist auch nötig, daß die Wasserleitung eine andere wird, denn wenn hier in der Gegend von dem einen Teile etwas mehr Wasser gebraucht wird, dann ist der andere Teil immer lahmgelegt.

Oberbürgermeister **Reinemeyer:** Zunächst möchte ich Herrn Riefe bitten, nicht wieder zu sagen, daß der Magistrat möglicherweise die Parteilichkeit auf die Spitze treiben wolle. Das liegt uns durchaus fern. Ich glaube, Herr Riefe kann nicht

sagen, daß bei Einrichtungen, die für Wohlfahrtszwecke gemacht sind, der Magistrat einen Unterschied gemacht hat zwischen den verschiedenen Einwohnerklassen. Wenn Herr Kiefe gemeint hat, der Magistrat hätte jedenfalls eine Umfrage gehalten, um die drei Vereine herauszufinden, so ist das auch nicht richtig. Die Sache ist folgendermaßen verlaufen: Als Sie hier die Vermietung einer 8 Morgen großen Fläche an den Männerturnverein berieten, hatten sich die drei genannten Vereine, soweit ich mich erinnere, an die Herren Stadtverordneten gewandt. Jedenfalls ist hier derzeit ein Antrag gestellt, der nicht angenommen wurde, auch diese Vereine zu berücksichtigen. Hinterher ist weiter mit dem Männerturnvereine verhandelt; die Verhandlungen sind aber noch nicht zum Abschluß gekommen aus besonderen Gründen, die ich hier nicht mitteilen will. Die drei Vereine, die Herr Rasche genannt hat, haben sich nun mit einem besonderen Besuch an den Magistrat gewandt, daß dieser dem Spielplatz-Ausschuß zur Begutachtung vorgelegt hat. Dieser Ausschuß war der Ansicht, daß mit Rücksicht auf das weitgehende Entgegenkommen, das die Stadt dem Männerturnverein erweist, es recht und billig wäre, wenn man diesen drei Vereinen auch entgegenkomme. Aus diesem Grunde hat der Spielplatz-Ausschuß den Vorschlag gemacht, ein gemeinsames Unterkunftshaus für die drei Vereine zu errichten. Dann haben wir mit den Vertretern der genannten Vereine unterhandelt, diese haben ihre Wünsche geäußert, und darauf ist Ihnen die Vorlage zugegangen. Wenn nun noch andere Turnvereine da sind, die auch Wünsche äußern möchten — Herr Kiefe hat die „Freie Turnerschaft“ erwähnt; ich bin nicht orientiert, ob nicht noch sonstige Vereine in Frage kommen können — dann wäre doch zu erwägen, ob wir nicht diese Vorlage fallen ließen und, falls Sie Wert darauf legen, ein größeres Haus erbauten. Bei der früheren Erörterung der Angelegenheit hier wurde darauf hingewiesen, daß es wünschenswert sei, die Tribüne so einzurichten, daß sie unten massiv sei und unterhalb der eigentlichen Tribünenfläche Räume als Unterkunft für die verschiedenen Vereine enthielte. Wir haben aus Ihnen bekannten Gründen die Frage der Errichtung der Tribüne, die sehr erhebliches Geld kosten würde, einstweilen zurückgestellt. Wenn nun die Wünsche sich dahin verdichten sollten, daß immer mehr derartige Vereinshäuser gebaut werden sollen, dann wäre es richtig, diese Sache zurückzustellen und die Frage zu erörtern, ob wir dann nicht die für die Gesamtheit bestimmte große Tribüne mit entsprechenden Räumen ausstatten. Es entstehen ja immerhin gewisse Schwierigkeiten, wenn man ein solches Unterkunftshaus in den Stadtpark hineinbaut, und wollten wir demnächst noch weiter ähnliche Häuser dort hineinbauen, so müssen wir bedenken, daß wir nicht so viele Bäume heraus schlagen können, daß der Park darunter leidet. — Machen Sie sich also schlüssig, ob sie der Anregung, die Herr Kiefe gegeben hat, folgen wollen.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich möchte die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters zum Anlaß nehmen, formell zu beantragen, die Sache an die Kommission oder an den Magistrat zurückzuverweisen, denn es sind, wie Herr Riefe schon gesagt hat und der Herr Oberbürgermeister zugeben muß, außer den drei antragstellenden Vereinen — es mag dahingestellt bleiben, auf welche Weise sie gekommen sind — noch andere da. Es ist für uns eine grundsätzliche Frage: entweder gehen wir den Weg weiter, der mit dem Männerturnverein begonnen ist, und sagen: Jedem Verein, der kommt, stellen wir zu gleichen Bedingungen ein für seine Zwecke geeignetes Unterkunfthaus zur Verfügung. Oder wir sagen: Wir wollen das nicht, wir wollen lediglich der Allgemeinheit dienen und von vornherein eine einheitliche, große Einrichtung schaffen, die zu allgemeinen Bedingungen zugänglich ist. Das ist in beider Hinsicht durch die Vorlage nicht geschehen, und wenn der Magistrat geneigt sein sollte, die Sache in der einen oder anderen Weise zu regeln, so ist heute uns immer noch möglich, die Vorlage zurückzuverweisen.

Stadtv. Riefe: Ich möchte noch erwähnen, daß es nach meiner Überzeugung nötig und angängig wäre, wenn das Unterkunfthäuschen im Stadtpark bleiben soll, es weiter nach der Stadt hinzurücken. Ich kenne den Hof beim Stadtparkrestaurant genau, und der Pächter hat mir erklärt, diesen Hof, der so eingerichtet ist, wie man ihn zu einer Ökonomie nötig hat, brauche er nicht. Davon könnten wir ganz gut profitieren; es bräuchten dann kaum Bäume weggenommen zu werden, und es würde eine bessere, entsprechendere Anlage daraus werden. — Über die andern Vorkehrungen, die getroffen werden müßten, habe ich mich vorhin schon geäußert.

Stadtv. Leue: Wenn wir uns einmal auf den Standpunkt stellen: „Jedem Verein in der Stadt, der turnerische Übungen treibt, steht die Benutzung eines solchen Häuschens frei,“ dann ist zu bedenken, daß wir noch nicht wissen, wohin das führt. Wir wissen nicht, wieviel Turnvereine in der Stadt sind und wieviel noch entstehen können. Wir würden, sofern wir einmal den Vereinen ein solches Recht einräumten, nicht nur drei gesuchstellende Vereine haben, sondern würden, wie der Herr Oberbürgermeister schon ausgeführt hat, in die Lage kommen können, fortwährend Häuschen bauen oder erweitern zu müssen. Wenn wir den Standpunkt einnehmen, daß jeder in Betracht kommende Verein das Recht haben soll, die Unterkunfthäuschen zu benutzen, dann möchte ich auch dem Vorschlage des Herrn Dr. Jasper zustimmen, die Sache an die Kommission zurückzuverweisen.

Vorsitzender: Ganz richtig! Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters wollte ich auch daselbe empfehlen.

Die Vorlage wird an die Kommission zurückverwiesen.

Der erste Vorsitzende, Herr **Hauswaldt**, übernimmt den Vorsitz wieder.

20. Abänderung der Fluchtlinie der projektierten Straße Nr. 556.

Stadtv. Meyerhoff: Auf diesem Lageplan sehen Sie, daß die projektierte Straße auf dem Maringschen Grundstück in einer Kurve nach der Olfermannstraße zu ausmündet. Nun hat die Herzogliche Kreisdirektion bei Prüfung der Ausfahrt gefunden, daß mit den Feuerwehrgeschützen hier schlecht herauszukommen ist, und hat ersucht, die Fluchtlinie in der Art abzuändern, daß ein um etwas größerer Kreisabschnitt genommen wird, wodurch der Nachteil behoben ist. Der Unternehmer Maring hat hiermit sein Einverständnis erklärt. Die Aenderung ist so unbedeutend, daß wir sie ganz gut genehmigen können, und zwar unter der Bedingung, daß eine Auslegung des Planes nicht noch einmal nötig ist. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, so zu beschließen.

Die Versammlung ist mit der Aenderung der Fluchtlinie einverstanden.

21. Errichtung von Unterkunftsräumen auf dem Leonhardplatz.

Stadtv. Meyerhoff: In einer früheren Sitzung haben Sie beschlossen, daß auf dem Leonhardplatz für die dort spielenden Schulen ein Unterkunftshäuschen errichtet wird. Die Genehmigung der Aufstellung dieses Häuschens hängt auch von dem Herzoglichen Konsistorium ab. Ich erlaube mir, Ihnen vorzulesen, wie das Konsistorium über die Sache denkt: „Obgleich es an sich wünschenswert sein würde, wenn der geplanten Unterfunktions- und Spielgeräthalle auf dem St. Leonhardplatz eine gefälligere Form gegeben werden könnte, so wird doch über diese Frage hinweggehen werden können, wenn die Halle an einem zurücktretenden Orte errichtet wird und nicht so augenfällig in die Erscheinung tritt. Wird die Halle an der vorgesehenen Stelle errichtet, so besteht die Gefahr, daß sie in unschöner Weise die architektonische Wirkung der Domsriedhofskapelle beeinträchtigen würde. Wir geben daher anheim, einen andern Platz ins Auge zu fassen und ersuchen den Stadtmagistrat um weitere gefällige Mitteilung über die getroffene Entscheidung“. — Die städtische Bauverwaltung äußerte sich dahin, daß wohl bei der jetzigen Belaubung der Bäume die Kapelle auf dem Domsriedhofe nicht verdeckt würde, aber es könnte vielleicht einmal anders kommen, wenn die Bäume nicht

mehr dort ständen. Sie empfiehlt demnach auch, das Unterkunftshaus etwa 20 m weiter südlich zu erbauen, und der Magistrat ersucht uns, dem zuzustimmen. Die Baukommission hat die Sache geprüft und gibt anheim, dem Wunsche des Konfistoriums zu willfahren.

Die Versammlung ist mit dem gemachten Vorschlage einverstanden.

22. Erwerb eines Grabens zum Ausbau der Schunterstraße.

Stadtv. **Rasche**: Zum Ausbau der Schunterstraße zwischen Hagenring und Waterloostraße ist der Erwerb des Grabens Nr. 256 der Feldmarksgemeinde Hagen erforderlich. Das Terrain des Grabens hat einen Flächeninhalt von 766 qm. Den westlichen 288 qm großen Teil des Grabens hat die Feldmarksgemeinde bereits am 23. August 1910 zum Preise von 10 *M* pro Quadratmeter an die Herren Architekt Keldenich und Maurermeister Passier verkauft. Es war bereits damals bestimmt, daß der Graben der Einfachheit wegen gleich an die Stadt abgetreten werden könnte. Der Magistrat ist mit Übernahme dieser Strecke zum Preise von 10 *M* einverstanden. Der westliche Teil der Grabenfläche von 478 qm soll durch die Stadt jetzt direkt von der Feldmarksgemeinde ebenfalls zum Preise von 10 *M* übernommen werden. Der Preis für die Grabenfläche ist angemessen; er kommt für die Stadt auch nicht groß in Frage, da die Kosten von dem Unternehmer der Straße, Herrn Passier, getragen werden müssen. Der Magistrat ersucht, dem Erwerbe des fraglichen Grabenterrains zuzustimmen, und die Baukommission schließt sich dem an.

Der Erwerb des Grabens wird beschlossen.

23. Anfrage Friede, wegen Stellungnahme des Stadtmagistrats zu den gestiegenen Fleischpreisen.

Die Anfrage lautet:

„Hat der Magistrat Stellung genommen zu den enorm in die Höhe gegangenen Fleischpreisen? Wird der Magistrat, insbesondere bei der braunschweigischen Regierung, dahin vorstellig werden, den Bundesrat um zeitweilige Öffnung der Grenzen zu ersuchen?“

Stadtv. **Friede** (zur Begründung): Es ist eine offen vor aller Augen liegende Tatsache, daß die Fleischpreise eine Höhe erreicht haben, die nicht allein auf die

unteren Bevölkerungskreise, sondern auch nach oben hin sehr drückend wirkt. Wir können uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß wir solch hohe Fleischpreise wie momentan, solange wir denken können, nicht gehabt haben. Ich bin zu meiner Anfrage gekommen, weil ich annehme, daß wahrscheinlich auch der Magistrat sich schon mit dieser Tatsache beschäftigt hat. Von einem Antrage habe ich abgesehen, weil ich vermute, daß durch eine Anfrage die Angelegenheit wohl eher zur Erledigung kommt. Die Herren werden mir recht geben in der Befürchtung, daß eine Steigerung der Preise immer noch zu erwarten ist. Nach den Berichten der Zeitungen ist nicht daran zu denken, daß auf eine Herabsetzung der Fleischpreise zu rechnen ist. Deshalb ist es notwendig, Mittel zur Abhilfe zu schaffen, denn die Volksernährung darf unter keinen Umständen unter den hohen Preisen leiden. Um dem vorzubeugen, habe ich die Anfrage gestellt, damit der Magistrat Stellung nehmen möchte, event. an die Herzogliche Regierung geht und vielleicht auch die Regierung veranlaßt, an den Bundesrat ein entsprechendes Ersuchen zu richten und dabei zu wünschen, daß zeitweilig die Grenzen für Schlachtvieh geöffnet werden. Das soll nur eine Anregung von mir sein, aber kein Antrag. Meine Herren. Sie kennen alle den Notstand, ich bitte Sie, meine Anfrage zu unterstützen.

Die Anfrage wird genügend unterstützt.

Stadtrat von Frankenberg: Der Magistrat hat mit lebhafter Besorgnis die Steigerung der Fleischpreise im Laufe der letzten Monate und Wochen verfolgt. Er hat darin eine Erscheinung erblickt, die in der Tat, wie auch der Herr Fragesteller ausgeführt hat, etwas Bedrohliches für unsere minderbemittelte Bevölkerung hat. Der Magistrat ist deshalb dazu übergegangen, an Herzogliches Staatsministerium mit einem Antrage heranzutreten, der sich in ähnlicher Richtung bewegt, wie Herr Fricke in seiner Anfrage bereits gewünscht hat. Dieser Antrag des Magistrats ist im Laufe des heutigen Tages dem Ministerium zugegangen und gipfelt darin, bei den Beratungen innerhalb des Bundesrates auf Maßnahmen zur Verbilligung von Fleisch, Getreide und Gemüse, insbesondere von lebendem Vieh und von Fleisch aus dem Auslande, unter Beobachtung sanitärer Vorkehrungen, wirken zu wollen. Wir haben es für zweckmäßig gehalten, zur Begründung des Antrages in aller Kürze zusammenzustellen, wie sehr in den letzten zwölf Jahren, also von 1901–1912, die Kleinhandelspreise in der Stadt Braunschweig für Rind-, Schweine-, Kalb- und Hammelfleisch gestiegen sind; es sind zum Teil Steigerungen von 50–60 %. Wir haben bei unserer Begründung darauf hingewiesen, daß es für die Volksernährung, besonders für die Ernährung der minderbemittelten Kreise, außerordentlich wünschens-

wert wäre, alles aufzubieten, was zur Beseitigung des herrschenden Übelstandes und seiner Folgen dienen könnte. Der Magistrat darf sich gewiß der Hoffnung hingeben, daß seine Bitte beim Ministerium Berücksichtigung findet.

24. Antrag Wesemeier, betreffend eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag, sowie städtische Einrichtungen wegen der Nahrungsmittelteuerung.

(Wortlaut des Antrages siehe Seite 207.)

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Meine Herren. Es ist erfreulicherweise schon anerkannt worden, daß eine Fleischnot nicht nur, sondern überhaupt eine Teuerung der gesamten Lebensmittel hier besteht. Ich freue mich auch, daß der Magistrat Gelegenheit genommen hat, heute beim Herzoglichen Ministerium einen diesbezüglichen Antrag einzureichen. Aber wir haben schon in früheren Jahren die Erfahrung gemacht, daß unser Ministerium sich auf einen absolut ablehnenden Standpunkt auch dringenden Forderungen der Stadtverordneten gegenüber gestellt hat und der Magistrat ihm beiegepflichtet hat. Deshalb beantragen wir, daß der Magistrat nicht an das braunschweigische Ministerium herantritt, sondern an die Reichsregierung, den Bundesrat selbst. Wir haben keine Veranlassung, an die braunschweigische Regierung heranzutreten. Wir handeln damit genau so, wie eine ganze Reihe von andern Städten — ich erinnere an Frankfurt am Main —, die auch an die Reichsregierung, den Bundesrat, herangetreten sind.

Die Zölle auf Vieh und Korn sind lediglich deshalb geschaffen, um eine Preissteigerung herbeizuführen. Und diese Steigerung der Preise ist ganz erheblich. Es ist nicht allein, daß die Grenzsperrn, die geradezu schikanös sind, Deutschland fast vollständig von der Fleischzufuhr aus dem Auslande abschließen, man muß auch bedenken, in welcher Weise diese Grenzsperrn durchgeführt werden. Von der Schweiz, Dänemark, Österreich-Ungarn darf nur Rindvieh eingeführt werden. Die Bestimmungen, die der Einfuhr entgegenstehen, verteuern einem Großhändler, nach dem Berichte eines preußischen Professors, einen Ochsen, der 600—700 kg wiegt, ehe er in Deutschland hineinkommt, durch Zoll, Quarantäne, zehntägige Aufenthaltskosten usw. um 140—150 M. Es ist meinem Erachten nach auch hier einmal notwendig, festzustellen, wie in Braunschweig diese Verteuern der Lebensmittel wirkt. Wenn man heute vom Auslande eine bestimmte Anzahl von Schweinen usw. hereinläßt — 80 000 Schweine sollen jetzt eingeführt werden —, so versteht man nicht, warum vorher ein Schwein für das deutsche Volk gefährlich werden kann.

Zu dem Einfuhrscheinsystem, auf das sich auch mein Antrag ausdehnt, möchte ich nur einzelne Beispiele anführen. Sie werden alle wissen, was das Einfuhr-

scheinsystem bedeutet. Wer 10 Zentner Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte usw. ausführt, kann Einfuhrscheine pro Tonne im Betrage von 50 *M* verlangen. Der Landesverband Braunschweig der rechtsstehenden Wähler hat in einer Broschüre berichtet, daß die Müninger Mühle aus dem Einfuhrscheinsystem mindestens 1 018 200 *M* vom Reich ausbezahlt bekommt, für die sie absolut gar nichts tut. Der Verband forderte ausdrücklich Herrn von Damm als Mitglied des Aufsichtsrats der Mühle auf, ihm entgegenzutreten, falls die Angabe unrichtig wäre, sagte aber gleich, daß es ausgeschlossen sei, daß die Angabe unrichtig wäre. So wirkt dies Einfuhrscheinsystem allein auf einen einzigen Großindustriellen der Mühlenindustrie.

Durch § 12 des Fleischbeschaugesetzes, den auch mein Antrag aufführt, wird die Einfuhr von Fleisch tatsächlich, wenn auch nicht formell, durch schiffländse Bestimmungen verboten. Ich erinnere daran, daß Büchsenfleisch überhaupt nicht mehr eingeführt werden darf, und früher war es doch eine recht übliche Kost. Das Volk hat alle Ursache, zu fordern, daß diese schiffländsen Bestimmungen beseitigt werden. Es ist gar nicht möglich, z. B. argentinisches gefrorenes Fleisch einzuführen, da es nur in halben Viehteilen mit daranhängenden Eingeweiden eingeführt werden darf, während es in England seit 30 Jahren eingeführt wird, tatsächlich über 50 % von dem ganzen Fleischbedarf deckt und dabei keinerlei sanitäre Mißstände sich dort herausgestellt haben.

Es ist uns von der Norddeutschen Allgemeinen und von den hiesigen Anzeigen gesagt worden, daß die Teuerung in allen Ländern herrsche. Das ist richtig, aber verschwiegen wird, daß wir in Deutschland die teuersten Preise haben, weil Zölle usw. die Preise erhöhen. Wenn wir uns die jetzigen Preise in Braunschweig ansehen und die Preise in Deutschland mit denen im Auslande vergleichen, so finden wir (nach dem Statistischen Jahrbuche für das Deutsche Reich), daß ein Doppelzentner Schweinefleisch im ersten Vierteljahre 1912 in Kopenhagen 93,20 *M*, in Wien 106,30 *M*, in Berlin 124,80 *M* kostete, in Braunschweig aber jetzt 190 *M* kostet. Das ist mir von einem Fleischermeister selbst gesagt worden. Es sind Zahlen, die nicht anzufechten sind und die Sie auch von der Schlachterminnung erfahren können. Auch im Kleinvertriebe ist das Fleisch in Kopenhagen ganz gewaltig billiger als bei uns. Bei einem Besuche, den ich in Dänemark machte, sah ich einen Anschlag aushängen, auf dem stand: Infolge sanitärer Bestimmungen, Beschlagnahme von Röhren, müßten die Preise erhöht werden, und zwar auf 73 Pfg., während wir hier 1,50 *M* zahlen müssen. Rücken von Ochsen kostet dort nur 92 Pfg. das Pfund, Suppenfleisch 50—60 Pfg., hier 85 Pfg. usw., so daß bei uns das Fleisch gegenüber Dänemark um 53—203 % teurer ist. Das ist der deutliche Beweis dafür, daß die Verhältnisse bei uns ungesund sind.

Herr Stadtrat von Frankenberg sagte vorhin, der Stadtmagistrat habe in seinem Schreiben an das Ministerium die Preise für Fleisch in der hiesigen Stadt vor 12 Jahren und jetzt angeführt. Auch ich habe sie auf der statistischen Stelle festgestellt. Es ergibt sich daraus, daß das Pfund Schweinefleisch im Jahre 1909, welches das teuerste Jahr vor 1912 war, 83 Pfg. kostete, heute 90 Pfg. bis 1,10 M. Das Pfund Rindfleisch zur Suppe kostete 1909 67 Pfg., 1911 72 Pfg. und jetzt nicht unter 1,00 M. Geräucherter Speck ist heute nicht unter 1,10 M zu haben, während er 1909 85 Pfg. kostete. Ein Schock Eier bekam man 1900 für 4,30 M, jetzt muß man 5,00 M bezahlen. Butter ist fast überhaupt nicht mehr zu erschwingen. 1909 kostete sie 1,37 M und jetzt 1,50 M. Ich habe nicht zu hohe Preise genommen, um nicht den Anschein tendenziöser Ausführungen zu erwecken. Die Schlachter selbst haben heute zu zahlen, wie mir heute von einem Schlachtermeister aus einem Großbetriebe mitgeteilt ist, für 100 Pfund Schlachtgewicht Großvieh und gute Jährlinge der Hammelklasse 98—100 M. Das ist eine Steigerung gegen das Vorjahr um über 20 %. Die Preise waren 1909 um 15—25 % billiger, wie mir das aus Büchern nachgewiesen ist.

Nach der statistischen Stelle ist auch der Roggen im März 1912 gegen den März 1911 trotz guter Ernte um 25 % gestiegen, die Gerste um 17 %. Das liegt zum großen Teil an dem Einfuhrschleusystem, durch welches gutes Brotgetreide ins Ausland geführt und an das Vieh verfüttert werden kann, weil es dort bedeutend billiger ist als wir es hier kaufen.

Aus dem Verwaltungsbericht des Schlachthauses, der vorige Woche erschienen ist, geht hervor, daß Großvieh erheblich weniger geschlachtet worden ist als im Vorjahre, nämlich die Schlachtungen von 1911/12 sind um 487 Stück gegen 1910/11 zurückgegangen. An Hammeln sind 742 Stück weniger geschlachtet worden, dagegen hat sich die Zahl der Schlachtungen an Schweinen etwas vermehrt. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß die Schlachtungen des nahrhaften Viehes zurückgehen, und daß das minderwertige Fleisch uns nicht ersetzen kann, was an nahrhaftem Fleisch weniger auf den Markt geworfen wird. Ich behaupte, daß die deutsche Landwirtschaft nicht imstande ist, das an Schlachtvieh zu liefern, was Deutschland bedarf, denn seit 1873 hat sich nach der amtlichen Statistik der Bestand an Schlachtvieh um 38 %, die Bevölkerung aber um 60 % vermehrt. Das ist ein deutlicher Beweis, daß wir auf das Ausland angewiesen sind.

Die Lebensmittelpreise sind im vorigen Jahre (1911) nach einer Statistik, die in Berlin über die 50 größten Städte Deutschlands aufgenommen wird und Ihnen auch bekannt sein wird, gerade in Braunschweig am allerschärfsten gestiegen. In dieser Statistik wird die dreifache Tagesration eines Marinesoldaten umgerechnet in

eine Tagesration für eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern. Nach diesem Quantum sind die Preise für die wichtigsten Lebensmittel in den größten Orten Deutschlands berechnet worden. Darnach sind vom Januar bis Dezember vorigen Jahres die Preise in Braunschweig am stärksten in Deutschland gestiegen. Eine Familie würde danach im Januar 23,01 *M* und im Dezember 26,28 *M* gebraucht haben. Das ist eine Steigerung von 14,28 %. Heute sind die Preise noch um denselben Prozentsatz gestiegen.

Die Bevölkerung leidet geradezu an diesen Teuerungsverhältnissen. Auch darüber gibt uns die städtische Statistik Auskunft. Wir haben 1911/12 in der Stadt insgesamt 45 129 Steuerzahler. Davon zahlen Steuern von einem Einkommen bis zu 2000 *M* 35 473 Personen, bis zu 3000 *M* 40 089 Steuerzahler, also nur 5040 Personen haben ein Einkommen über 3000 *M*. Wenn wir die Einkommen von 600—2000 *M* ansehen, so muß man sagen, daß in den Preisen geradezu Not herrscht, wenn eine starke Familie da ist. Jedermann weiß, daß damit bei den heutigen Preisen nicht auszukommen ist, so daß man mit gutem Recht behaupten kann, daß diese Steuerzahler — das sind 80 % der Bevölkerung — geradezu Not leiden. Wenn man sagen will, davon scheidet eine ganze Anzahl Personen aus, die keine Familie zu versorgen hat, so ist dem entgegenzuhalten, daß auch in der Gruppe mit einem Einkommen bis zu 3000 *M* eine ganze Anzahl Väter mit starker Familie vorhanden sind, so daß die Tatsache bestehen bleibt, daß gut 80 % unserer Bevölkerung sich im Notstande befinden, weil die Preise für Lebensmittel ungeheuer gestiegen sind.

Ich glaube, wir haben alle Ursache, auch in Braunschweig den Geburtenrückgang, wie er jetzt vorhanden ist und seinen Grund mit in der Teuerung hat, zu bedenken. Ich meine, die Stadt kann selbst Mittel in die Hand nehmen, um dieser Not zu steuern. Sie hat auch ein materielles Interesse daran als Arbeitgeber. Wir haben heute die Lohnstatistik durchgesprochen und das Einkommen der verschiedenen städtischen Arbeiter uns vergegenwärtigt. Man kann es den Arbeitern nicht verdenken, wenn sie sagen: Wir müssen höhere Löhne erhalten, denn die Lebensmittelpreise machen es uns unmöglich, mit den jetzigen Löhnen auszukommen. Und da gebe ich Herrn Stegmann recht, wenn er sagt: es werden hier Hungerlöhne gezahlt, denn es ist nicht möglich, mit 12—1500 *M* auszukommen. Wer das versucht, der muß es am eigenen Leibe verspüren und muß hungern.

Wir haben alle Ursache, unser Augenmerk auf Gebiete zu richten, die uns Abhilfe bringen. Die Viehpreise sind gerade in Braunschweig am teuersten. Ich habe die Viehpreise aus Hannover, Magdeburg, Hildesheim mit den unsrigen verglichen und gefunden, daß in Braunschweig das Vieh per Zentner um 3—5 *M*

von den Fleischermeistern höher bezahlt werden muß als in den Orten, wo Viehhöfe bestehen. Die 3—5 Pfg. mehr für das Pfund Fleisch sind ein wesentlicher Faktor im Haushalt der Familie. Es wurde vor kurzem hier gesagt, daß wir in Braunschweig mit dem Bau eines Viehhofes noch warten müßten. Da erinnere ich an Wunstorf. Dort ist vor wenig Wochen beschlossen, einen Viehhof zu bauen. Man ist an die Arbeit gegangen und kümmert sich nicht um noch kommende gesetzliche Bestimmungen. Auch hier brauchten wir nicht zu warten auf Bestimmungen, die noch hindernd in den Weg treten können.

Auch in anderer Beziehung könnte die Stadt etwas zur Milderung der Fleischnot tun, indem sie auf dem Kieselgute die Viehzucht wieder einführt. Wo solche Not im Volke vorhanden ist, hat alles danach zu streben, den Viehbestand möglichst zu heben und Fleisch für das Volk zu schaffen.

Wenn die Stadt in dieser Weise vorgeht, wie mein Antrag vorschlägt, so folgen wir nur dem Beispiel einer ganzen Anzahl großer Städte. Die Magistrate und die Stadtverordnetenversammlungen unserer großen Städte haben sich, wo ähnliche Anträge gestellt sind, durchweg auf den Boden dieser Anträge gestellt. Und ich glaube, auch mein Antrag fordert durchaus nicht zu viel, denn es muß unser Ziel sein, in erster Linie das Wohl der gesamten Masse des Volkes zu fördern, da davon das Wohl des ganzen Staates abhängt. Ich bitte Sie also dringend, meinem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Stadtv. Stegmann: Ich möchte beantragen, den Antrag Wesemeier als dringlich zu behandeln, besonders was den ersten Teil betrifft, der sich auf die Eingabe an die Reichsregierung bezieht. In jetziger Zeit sollte man einen derartigen Antrag nicht auf die lange Bank schieben. Eine ganze Reihe von Städten sind schon in gleicher Weise vorgegangen. Die Sache liegt so klar, schon nach den Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg, daß lange Diskussionen nicht mehr gehalten zu werden brauchen. Ich glaube, die Sache könnte gleich erledigt werden.

Vorsitzender: Hinsichtlich des ersten Punktes bin ich ganz Ihrer Meinung, daß es angebracht ist, ihn jetzt gleich zu beraten. Hinsichtlich des zweiten Punktes müßte doch wohl eine Deputation eingesetzt werden; das wäre der einzige Weg, um zu einem Ziele zu kommen. Wenn die Versammlung einverstanden ist, können wir den Antrag teilen. Ich bin aber ganz der Ansicht, daß bei dieser Sachlage es geboten ist, den Antrag nicht auf die lange Bank zu schieben.

Stadtv. **Wesemeier:** Es läßt sich meines Erachtens sehr wohl durchführen, daß wir den ersten Teil meines Antrages zum Beschluß erheben und den zweiten Teil einer Kommission überweisen oder sogar eine besondere Kommission dafür einsetzen, wie es in einer ganzen Reihe von Städten geschehen ist.

Vorsitzender: Geschäftsordnungsmäßig kann der Vorsitzende einen Antrag, der im ganzen gestellt ist, nicht auseinanderreißen. Ich frage die Versammlung, ob sie einverstanden ist, daß wir den Antrag auseinanderteilen und, damit wir zu einem Resultat kommen, die Sache so fristieren, daß wir über den ersten Teil des Antrages uns heute schlüssig werden, denn er geht über die Anfrage des Herrn Friede hinaus. Sodann hätte sich die Versammlung zu entscheiden, ob wir für den zweiten Teil eine Kommission bilden. Man könnte ihn auch der Statutenkommission überweisen. Der Beschluß über die Maßnahmen der Stadt wird Zeit haben, bis wir in vierzehn Tagen oder drei Wochen wieder zusammenkommen.

Die Versammlung ist mit der vom Herrn Vorsitzenden vorgeschlagenen Behandlung des Antrages Wesemeier einverstanden.

Stadtv. **Friede:** Ich bin der Meinung, daß der erste Teil des Antrages Wesemeier durch meine Anfrage erledigt ist. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Ihre Anfrage ist dahin gegangen, ob der Magistrat sich an die braunschweigische Regierung gewandt hat, während der Antrag Wesemeier eine Eingabe an den Bundesrat und Reichstag wünscht.

Stadtv. **Friede:** Ich habe in meiner Anfrage gebeten, an unsere Regierung zu gehen und sie zu ersuchen, sich an den Bundesrat zu wenden. Das braucht doch nicht zweimal zu geschehen.

Vorsitzender: Es liegt doch eine ganz andere Intention in dem Antrage Wesemeier. Er wünscht: Wir sollen mit Umgehung unserer Regierung uns direkt an den Bundesrat oder Reichstag wenden. Ob das Zweck hat, ist eine andere Frage. Aber der Antrag ist ein anderer und hat mit Ihrer Anfrage nichts gemein.

Stadtrat **von Frankenberg:** Ich stehe persönlich auf dem Standpunkte, daß ich es, nachdem der Stadtmagistrat heute sich an das Ministerium gewandt hat, weder für taktisch richtig, noch für sachlich gerechtfertigt halte, wenn Sie die Begründung, die der Antragsteller ausgeführt hat, sich zu eigen machen würden: da

wir von dem Ministerium doch nicht erwarten können, daß es die Bitte des Magistrats berücksichtigt, wollen wir den Magistrat ersuchen, an den Bundesrat zu gehen. Ich glaube nicht, meine Herren, daß mit einer derartigen Begründung außerordentlich viel praktisch erreicht wird. Dagegen würde sich sehr wohl über die Regelung in der Weise sprechen lassen, daß von unserer Seite, von seiten des Stadtmagistrats, wenn sich die geehrten Herren uns anschließen, eine Abschrift unserer an das Ministerium gerichteten Eingabe auch dem Bundesrat mitgeteilt würde. Dann haben wir, ohne unser Ministerium unnötigerweise übergangen zu haben, auch dem Bundesrate Kenntnis gegeben. Wenn das der Wille der geehrten Herren sein würde, so würde ich meinerseits das dem Magistrat sehr gern empfehlen. Dagegen vermag ich mir keinen Erfolg davon zu versprechen, jetzt an den Reichstag zu gehen. Es ist mir wiederholt bei Eingaben der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte begegnet, daß sie mit dem mir nicht unbekannten Bemerkten zurückkamen, daß der Reichstag nicht versammelt sei. Es genügt auch vollkommen, wenn man sich an den Bundesrat in der vorgeschlagenen Weise wendet.

Stadtv. Munte: Die ersten Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg möchte ich mir zu eigen machen und die Herren bitten, den Antrag Wesemeier abzulehnen. Mir ist nicht bekannt, daß man gegen das Ministerium eine derartige Stellung einnehmen müßte, wie das Herr Wesemeier getan hat. Das Ministerium kann doch sich solcher ernststen Bitte nicht verschließen, am allerwenigsten eine solche Eingabe mit Nichtachtung behandeln. Ich bleibe bei meiner Meinung, wenn die Herren auch abwinken! Ich bin ja noch jung in dieser Versammlung und habe solche unangenehmen Erfahrungen noch nicht gesammelt. Ich kann mir auch nicht denken, daß die Sache durch eine Eingabe an den Bundesrat schneller gehen sollte. Der Apparat funktioniert doch nicht ganz so, wie das Stadtparlament. Sie wissen, daß zu Änderungen der Reichsgesetze Reichstag und Bundesrat zusammengehören, und wenn plötzlich Bölle aufgehoben werden sollen, andere Quellen aufgeschloffen werden müssen. So schnell geht das nicht! Wir beklagen ja alle, daß diese Steuerung jetzt eingetreten ist. Aber daß der Herr Antragsteller uns Neues gesagt hat, kann ich nicht anerkennen. Wir lesen doch alle die Tageszeitungen! Wir haben Herrn Wesemeier mit Ruhe angehört, aber wir wissen das alles ebensogut wie Sie und brauchen keine neuen Sachen von Ihnen zu erfahren. Ich bin der Meinung, wir lehnen den Antrag Wesemeier als zwecklos ab.

Stadtv. Sander: Wenn ich recht verstanden habe, soll der Antrag Wesemeier bezwecken, daß die Stadtverordnetenversammlung als solche an den Bundesrat geht.

Wenn das richtig ist, dann bin ich auch für Ablehnung des Antrages. Andererseits, wenn eine Eingabe an unsere Regierung gemacht werden sollte, wäre ich dafür. Das würde, meiner Meinung nach, eine doppelte Wirkung haben. Der Magistrat geht aus eigener Initiative auf Aufhebung der Zölle und Grenzsperrn vor und die Stadtverordnetenversammlung auch wieder. Da aber der Magistrat schon eine Eingabe an die Braunschweigische Regierung gemacht hat, können wir nicht über den Kopf unserer Regierung hinweg an die Reichsregierung gehen.

Stadtv. Besemeier: Wir haben in der Stadtverordnetenversammlung schon vielfach die Erfahrung gemacht, daß unsere Anträge an den Reichstag und Bundesrat, die Grenzsperrn aufzuheben, im Ministerium stecken geblieben sind. Daher unser Mißtrauen. Unsere Anträge sind niemals über das Ministerium hinausgegangen, obgleich der Magistrat, soviel ich weiß, dahin seine Bitte gerichtet hatte. Deshalb können wir uns nicht damit zufrieden geben, daß an die hiesige Regierung gegangen wird. Ich bin überzeugt, daß es mit unserem Antrage genau so gehen würde, wie es früher gegangen ist. Sie meinen, es müßten erst die Mittel geschaffen werden, um den entstehenden Ausfall der Einnahmen des Reiches zu decken. Das Reich hat zum Teil gar nicht die Einnahmen von den Grenzsperrn, wie von den Herren, obgleich sie so gut unterrichtet sind, vorgebracht wird; von den Einfuhrscheinen hat das Reich nur Schaden, da zahlt es über 100 Millionen zu. Schon dadurch ist ein gutes Teil des Einnahmeausfalls wettzumachen. Außerdem ist der Bundesrat berechtigt, gewisse Erweiterungen der bestehenden Bestimmungen über die Einführung von Fleisch selbständig vorzunehmen. Wenn von allen Städten Deutschlands in diesem Sinne an den Bundesrat herantreten wird, dann muß er die Meinung aufgeben, daß heute noch jede Familie von 5 Köpfen $1\frac{1}{2}$ Pfund Fleisch jeden Tag im Topfe hat. Der Reichstag wird später die event. notwendigen Bestimmungen, die der Bundesrat erlassen hat, sanktionieren können.

Ich möchte aber, um den ausgesprochenen Wünschen entgegenzukommen (Herr Stadtv. Meyerhoff: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung), meinen Antrag dahin umformen, daß die Stadtverordnetenversammlung direkt an Bundesrat und Reichstag sich wendet. (Zuruf des Herrn Oberbürgermeisters: Das ist unzulässig!) Es wird mir eben zugerufen, daß das nicht angängig sei. Ich kann die Schwierigkeiten nicht ersehen, die hier entstehen könnten.

Stadtv. Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Es ist hier von Herrn Munte in einer liberalen Art und Weise erklärt, daß alle Herren dem Herrn Antragsteller

gern zugehört haben. Ich kann für mich nicht in Anspruch nehmen, daß ich das gern getan habe. (Unterbrechung durch den Herrn Vorsitzenden.) Zur Geschäftsordnung möchte ich nur sagen (Starkes Glockenzeichen des Vorsitzenden.)

Vorsitzender: Ich muß Herrn Meyerhoff bitten, mich nicht zu unterbrechen. Was Herr Meyerhoff vorbringt, ist nicht zur Geschäftsordnung gesprochen.

Stadtv. Meyerhoff: Ich wollte nur dagegen sprechen, daß hier so dozierend gewirkt werden soll, als wenn wir alle keine Tagesblätter zu Gesicht bekämen.

Vorsitzender: Das ist auch keine Bemerkung zur Geschäftsordnung. Das ist eine Kritik einer anderen Rede. Auch Sie, Herr Meyerhoff, müssen sich der Ordnung hier im Saale fügen, wenn Ordnung herrschen soll.

Stadtv. Frede: Die Möglichkeit, daß das Ministerium eine andere Stellung in dieser Frage einnimmt, ist doch nicht zu bestreiten. In Bayern hat sich das in dieser Weise ergeben: Der Magistrat von München hat einstimmig beschlossen, sich an den Bundesrat zu wenden, und das Ministerium hat im Landtage einen gleichlautenden Antrag bekämpft und ihm nicht stattgegeben. Mir wäre es auch richtiger erschienen, wenn der Magistrat ersucht worden wäre, sich direkt an den Bundesrat zu wenden. Da nun aber der Magistrat sich heute schon an das Ministerium gewandt hat, das Schreiben heute schon abgeschickt ist, so kommt der Magistrat zweifellos in eine unangenehme Lage, wenn er nun direkt an den Bundesrat zu gehen aufgefordert werden sollte. Der Ausweg, der von Herrn Stadtrat von Frankenberg gezeigt ist, daß eine Abschrift der an unsere Regierung gerichteten Eingabe an den Bundesrat gehen soll, ist durchaus akzeptabel, und ich bitte, ihn anzunehmen.

Stadtv. Friede: Ich wollte Herrn Wesemeier noch eins erwidern. Er stellt es so sehr in Zweifel, daß ein Gesuch an das Ministerium weitergegeben wird, und sagt, er spreche aus Erfahrung. Die vorliegende Frage ist aber so schwerwiegend, daß ich sehr bezweifle, ob das Ministerium die Eingabe liegen lassen wird. (Zuruf des Stadtv. Wesemeier: Ist schon einmal geschehen!) Das wird diesmal nicht geschehen! Und wenn der Magistrat in kurzer Zeit keine Nachricht bekommt, so haben wir immer noch das Mittel, uns direkt an den Bundesrat zu wenden. — Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Stadtrat von Frankenberg. Warum sollen wir den Vermittlungsweg nicht gehen? Damit sind zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, und der Wunsch des Herrn Wesemeier ist erfüllt.

Vorsigender: Es ist meine Meinung, daß wir alle in dieser Versammlung über die vorliegende Frage einig sind. Was uns trennt, ist nur die Ansicht über den einzuschlagenden Weg, den wir gehen sollen. Ich halte die Notlage auch für so groß, daß wir alles, was wir formell richtig tun können, tun müssen. Das ist unsere Pflicht. Jetzt ist der Magistrat ohne unser Zutun an das Ministerium herangetreten, und unsere Verhandlungen werden in der Öffentlichkeit bekannt werden. Das Ministerium wird sehen, daß wir geschlossen hinter dem Magistrat stehen. Wenn wir den Weg gehen, den uns der Herr Stadtrat von Frankenberg gezeigt hat, so sollte ich meinen, daß wir alles getan hätten, was wir, soweit wir überhaupt helfen können, zu tun imstande sind. Wenn ich einen Rat geben darf, so glaube ich, Herr Wesemeier würde im Interesse dessen, daß etwas Allgemeines zustande kommt, gut tun, seinen Antrag dahin zu ändern, daß wir den Magistrat ersuchen, seinen Antrag an die Regierung in Abschrift dem Bundesrate zu überweisen.

Stadtrat von Frankenberg: Wenn der Antrag angenommen werden sollte, so ist der Magistrat, soweit er hier versammelt ist, gern bereit, diesem Antrage zu entsprechen. Es würde sich empfehlen, um dieser Sache Nachdruck zu geben, auszusprechen, daß die Stadtverordnetenversammlung von heute nachmittag dem Vorgehen des Magistrats zugestimmt hat.

Vorsigender: Herr Wesemeier, ich darf annehmen, daß Sie Ihren Antrag so abändern. (Zustimmung des Herrn Stadtv. Wesemeier.)

Dann bringe ich den ersten Teil des Antrages Wesemeier zur Abstimmung. Er geht dahin, daß die Bitte, welche bereits vom Magistrat an das Ministerium gesandt ist, mit dem Zusatz, daß das Stadtverordneten-Kollegium sich einstimmig (das darf ich wohl annehmen!) dem Antrage des Magistrats angeschlossen hat, dem Bundesrate zugefertigt wird. Die Herren, die diesem Antrage Wesemeier zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kämen nun zu dem zweiten Teile des Antrages Wesemeier. Wenn er praktischen Erfolg haben soll, so können wir es nicht anders machen, als es andere Städte gemacht haben: Wir müssen eine Kommission dafür einsetzen, denn im Plenum würde es nicht über allgemeine Redensarten hinauskommen. Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, den zweiten Teil des Antrages der Statutenkommission zu überweisen, damit diese sich über die Zusammenfassung der Kommission für die weiteren Maßnahmen und die Wege dafür schlüssig macht. Die Verzögerung von 2 bis 3 Wochen verträgt diese Sache wohl! — Herr Antragsteller, sind Sie mit dieser Behandlung des Antrages einverstanden? (Zustimmung des Herrn Stadtv. Wesemeier.)

Stadtv. Voeshigt: Ich schlage vor, die Vorberatung nicht allein durch die Statutenkommission, sondern auch durch die Schlachthausdeputation stattfinden zu lassen.

Vorsitzender: Die Statutenkommission kann sich mit der Schlachthausdeputation in Verbindung setzen, sie kann Vorschläge machen, wie sie sich den weiteren Verlauf der Sache denkt, und über alles, was in dieser Beziehung wohlthätig wirken kann.

Die Versammlung ist mit der Überweisung des zweiten Theiles des Antrages Wesemeier zur Vorberatung an die Statutenkommission einverstanden.

25. Antrag Ohlendorf auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen in der Nähe der Martinikirche.

Der Antrag lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen in der Nähe der Martinikirche zu veranlassen.“

Stadtv. Ohlendorf (zur Begründung): Es ist an dieser Stelle schon wiederholt der Wunsch ausgesprochen, daß bei Errichtung von Bedürfnisanstalten in den verschiedenen Gegenden der Stadt mehr als bisher Rücksicht auf die Frauen genommen werden möchte. Dennoch ist nach dieser Richtung hin bisher wenig getan. Am allernotwendigsten ist meiner Meinung nach die Errichtung einer solchen Bedürfnisanstalt an der Stelle, die durch meinen Antrag bezeichnet ist. Sie wissen, daß der Wochenmarkt dort stattfindet. Für die einkaufenden Frauen sowohl wie für die, welche Waren zum Verkauf stellen, ist es wohl notwendig, daß nach dieser Richtung hin etwas geschieht. Es ist mir gesagt, daß an den Markttagen Frauen angetroffen sind, die die Bedürfnisanstalten für Männer benutzt haben. Das sind unhaltbare Zustände! Allein dieser Umstand müßte schon ein genügender Grund sein, hier Abhilfe zu schaffen. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen, und den Magistrat bitte ich, ihn zu berücksichtigen.

Der Antrag wird unterstützt und vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

26. Anfrage Voeshigt wegen der Kanal-Übelstände an der oberen Hamburgerstraße.

Die Anfrage lautet: „Was gedenkt der Magistrat gegen die Kanal-Übelstände der oberen Hamburgerstraße zu veranlassen?“

Stadtv. **Loeschigt** (zur Begründung): Herr Kollege Riese hat schon vor den Ferien auf die Kanalverhältnisse der oberen Hamburgerstraße hingewiesen. Bei dem Unwetter vor vierzehn Tagen haben sich nun Zustände herausgestellt, wie sie vielleicht noch niemals dagewesen sind. Im Schützenhause, welches einen Fuß höher liegt als das Niveau der Straße, sind die Abwässer wie ein Springbrunnen einen Fuß hoch aus dem Kanal herausgekommen, und ich habe selbst gesehen, daß in der Waschküche des Schützenhauses die Kloaken vom Roten Kreuz aus dem Kanal herausstraten. Ich telephonierte nach dem Stadthause und bat die Kanalverwaltung um Abhilfe. In liebenswürdiger Weise kam Herr Baurat Dilly nach dem Schützenhause heraus und erklärte auch, das wären Zustände, die dringend der Abhilfe bedürften. Der Übelstand, daß das Wasser in die Keller tritt, ist ja nicht durch die städtische Verwaltung aufzuheben; dafür haben die Anwohner selbst durch Einbau eines Notverschlusses aufzukommen. Aber wenn bei normalen Verhältnissen, wenn kein Hochwasser vorhanden ist, die erwähnten Zustände eintreten, dann müßte doch schleunigst für Abhilfe gesorgt werden. Ich habe mir sagen lassen, daß das möglich ist, und möchte beim Magistrat anfragen, ob er in der Lage ist, zu erklären, daß es geschieht.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Herr Loeschigt ist über diese Sache augenscheinlich besser informiert als der Magistrat. Ich habe auch von dem Übelstande erfahren. Die städtische Bauverwaltung ist aufgefordert, sich darüber zu äußern, und in diesen Tagen ist ein Bericht darüber eingegangen. Er lautet dahin, daß in allernächster Zeit dem Magistrat ein Projekt zur Abhilfe des Übelstandes unterbreitet würde. Es wird also in nächster Zeit der Stadtverordnetenversammlung ein Projekt wegen dieses Kanals zugehen.

Der Vorsitzende schließt die Versammlung.

Dauer der Sitzung von 4 $\frac{1}{4}$ — 7 $\frac{1}{4}$ Uhr.

B e r i c h t
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 3. Oktober 1912.

Tagesordnung:

1. Antrag Wesemeier auf Schaffung städtischer Einrichtungen zur Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln	Seite 258
2. Erhöhung des dem Verein für Gesundheitspflege gewährten Zuschusses für die von ihm unterhaltene Auskunft- und Fürsorgestelle	" 289
3. Bewilligung eines Beitrages an den Ortsausschuß für Vortragstürfe	" 291
4. Genehmigung des Projekts über den Ausbau der Infanteriestraße	" 294
5. Überweisung der Schulküche an der Wilhelmstraße an die Städtische Mädchen-Fortbildungsschule	" 295
6. Änderung der für Kraft- und Pferdebrotschen erlassenen Taxen	" 296
7. Überdachung des Kühlhalleneingangs auf dem Schlachthausgrundstücke	" 297
8. Zulegung von Flächen zum Baugrunde des dem Gebiete der Stadt zugelegten Ölperischen Geländes zwischen Celler- und Koffstraße	" 298
9. Abänderung der Fluchtlinie des Bültenweges zwischen Neben- und Nordstraße	" 298
10. Abänderung der Fluchtlinien der projektierten Straßen Nr. 529 und Nr. 530	" 299
11. Auswechselung von Gasrohren auf dem Sandwege und dem Inselwalde	" 300
12. Änderung des mit der Gemeinde Glesmarode abgeschlossenen Vertrages wegen der Gasversorgung	" 300
13. Verlegung eines Gasrohrs auf der projektierten Straße Nr. 85 und dem östlichen Ende der Karlstraße	" 300
14. Ausbau der Straße Nr. 616	" 301
15. Auflösung einer dem Hauptfriedhofe zugelegten Fläche an den hiesigen Stadtfriedenverband	" 302
16. Bewilligung eines Beitrags an den Verein für Mädchenhorte	" 304
17. Abänderung des Projekts über den Ausbau der Wendomestraße	" 304

18.	Berwilligung von Kosten für den Besuch des Luftschiffes Hansa.	Seite 305
19.	Auskunft des Magistrats über die Schichtdauer der Ofenarbeiter auf dem Gaswerke	„ 306
20.	Antrag Hesse wegen Speisung der Schulkinder im kommenden Winter	„ 307
21.	Antrag Voeshigt wegen Vorgehens zur Verbreiterung der Okerbrücken	„ 307

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Reinemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Seele**, **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Altmann**, **Bähr**, **Edhardt**, **Frühling**, **Dr. Henking**, **Röhnefinke**, **Munte**, **Busch**, **Rasche**.

Vorsitzender **Hauswaldt**: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben von E. B. Rahane, Danzig, in dem der Herr zum Bezuge eines geschichtlichen Werkes auffordert. Das Schreiben liegt zur Einsicht aus.

Sodann ist eingegangen eine Bitte des Verbandes deutscher Klempner- und Installateur-Innungen und anderer selbständiger Gewerbetreibenden und Händler um Aufhebung der Konkurrenz, welche ihnen durch die seitens der Kommunen unterhaltenen oder konzessionierten Gas-, Wasser- oder Elektrizitätswerke bereitet wird. — Da ein gleiches Schreiben an den Magistrat gegangen ist, nehmen wir das vorliegende einstweilen zu den Akten.

Endlich ist ein Schreiben der Freien Turnerschaft Braunschweig eingegangen, welches eine Beschwerde dieses Vereins wider den Magistrat zu Braunschweig enthält. Ich überweise das Schreiben der Statutenkommission zur Vorberatung.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Antrag Wesemeier auf Schaffung städtischer Einrichtungen zur Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln.

Stadtv. Dr. **Bolters**: Von den beiden Anträgen, die Herr Stadtv. Wesemeier in der vorigen Sitzung gestellt hat, ist der erste schon in derselben Sitzung erledigt worden. Er betraf die Frage einer Eingabe an die Landesregierung und an den Bundesrat. Der zweite Antrag war, es möchten städtische Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung Braunschweigs mit Lebensmitteln geschaffen werden. Dieser Antrag wurde der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

Ich will von vornherein bemerken, daß sich die Statutenkommission in ihrer Mehrheit sowohl mit der Tendenz des Antrages einverstanden erklärt hat, als auch im großen und ganzen mit den Ausführungen des Herrn Antragstellers, der seine

Ansichten im Plenum und in der Kommission entwickelt hat, über die Mittel und Wege, die zu befolgen sind, einig ist.

Was zunächst die grundsätzliche Frage betrifft, so ist es nicht nur Recht, sondern auch Pflicht der städtischen Behörden, in eben derselben Weise Vorsorge zu treffen gegen eine Verteuerung der Lebensmittel und gegen ein weiteres Umsichgreifen der Not, wie es inzwischen auch von der Reichsregierung und von einer Anzahl Bundesstaaten geschehen ist. Haben doch die einzelnen Bundesstaaten in ihren Verordnungen die Stadtverwaltungen direkt darauf hingewiesen, daß sie auch ihrerseits die Mittel und Wege ergreifen möchten, die ihnen jetzt durch die Verordnungen der Behörden eröffnet sind. Es ist den geehrten Herren durch die Tagespresse bekannt, wie beispielsweise von Preußen in dieser Beziehung vorgegangen ist, und wie Erleichterungen für die großen Städte angeordnet sind. Ich setze das als bekannt voraus, möchte aber nochmals hervorheben, daß gerade durch die Regierung den Stadtverwaltungen gewissermaßen Anweisung gegeben ist, die gebotenen Hilfsmittel zu benutzen. Es sind inzwischen schon von anderen Stadtverwaltungen Maßnahmen getroffen, die auch hier von uns erwartet werden und die ja die Kritik der ländlichen Bevölkerung gefunden haben. Es ist in dieser Beziehung auch der parteipolitische Standpunkt ins Treffen geführt. Demgegenüber ist unsererseits zu betonen: Eine politische Gegnerschaft gegenüber den Kreisen, aus denen der Antrag stammt und zu deren Nutz und Frommen seine Erfüllung gedacht ist, darf uns, die Vertreter der Bürgerschaft, nicht veranlassen, eine für die Allgemeinheit als notwendig erkannte wirtschaftliche Maßregel zu unterlassen. Außerdem ist hervorzuheben, daß die Schädigungen, die hin und wieder für die Landwirtschaft befürchtet werden, auch für die Landwirtschaft des Herzogtums Braunschweig, jedenfalls nicht in dem Umfange eintreten werden, in dem sie gehegt werden. Sollte da oder dort dem viehzuchttreibenden Teile der Bevölkerung ein Schaden entstehen, so müssen wir uns mit dem Gedanken trösten, daß wir zunächst das Interesse der Allgemeinheit unserer Stadt zu wahren haben. Andere Stadtverwaltungen sind mit den Maßnahmen, die wir ergreifen wollen, bereits vorgegangen, und es ist unser Recht und unsere Pflicht, ihnen darin zu folgen.

Wie in der grundsätzlichen Frage, so ist auch über die Mittel und Wege, die jetzt zu befolgen sind, zwischen dem Herrn Antragsteller und der Statutenkommission Übereinstimmung erreicht, oder vielmehr: die Statutenkommission hat ihre Ansicht entwickelt, und der Herr Antragsteller hat nachher gesagt, daß er im großen und ganzen mit den Beschlüssen der Kommission einverstanden sei. Wenn die Statutenkommission nicht in allen Punkten dem Herrn Antragsteller gefolgt ist, so hat das für die Hauptfragen keine Bedeutung.

Es sind nun bei der Beratung in der Statutenkommission eine Anzahl Punkte berührt, zunächst derjenige, ob etwa der städtischerseits unternommene und mißglückte Versuch, Seefische zu beschaffen und zum Verkauf zu stellen, wieder aufzunehmen ist. Man war allgemein der Ansicht, einen solchen Versuch nicht wieder zu machen, weil, wie schon früher, es auch jetzt nicht möglich sein würde, die Fische billiger, als sie sonst in der Stadt verkauft werden, abzugeben, und sodann, weil es bei dem Verkauf an der nötigen Dezentralisation auch künftig wieder fehlen würde. Der Herr Antragsteller war derselben Meinung, zumal der hiesige Allgemeine Konsumverein beabsichtige, seinerseits Seefische in großem Maßstabe zu beziehen und in feinen über das ganze Stadtgebiet verteilten Verkaufsstellen zu vertreiben.

Ein zweiter Punkt war die Frage, ob etwa auf dem städtischen Kieselgute Steinhof die Aufzucht und Mästung von Schweinen und Rindvieh in die Wege geleitet werden solle. Es war bisher die Stellungnahme sowohl der geehrten Herren als auch des Magistrats und der Kieselgutsdeputation, daß sie einer solchen Aufzucht und Mästung von Vieh nicht freundlich gegenübergestanden haben. Auch in der Statutenkommission wurde es abgelehnt, hierauf einzugehen, und zwar aus den Gründen, die auch schon früher maßgebend dafür gewesen sind. Zunächst würde es eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Vieh sein, die auf dem Kieselgute aufgezogen und gemästet werden könnte, und wegen dieser kleinen Zahl würde die Maßnahme ohne irgendwelchen Einfluß auf die Milderung der Not sein. Ferner war der Gesichtspunkt maßgebend, daß auch für die zeitliche Not ein solcher zu unternehmender Schritt nicht mehr rechtzeitig vorgenommen werden könnte, weil durch die neue Ernte die Verhältnisse sofort wieder geändert werden könnten. Diesen Gesichtspunkten gegenüber führte der Herr Antragsteller aus, daß neuerdings von einer Anzahl Stadtverwaltungen ein gleicher Versuch aufs neue unternommen wird, wies auf Berlin und seine Vororte hin und machte geltend, daß auch jedenfalls für Braunschweig ein solcher Versuch deshalb rasam sein könnte, weil in Gemeinschaft mit anderen Großstädten die Summe des aufzubringenden Viehes dadurch doch wesentlich vermehrt werden könnte. Es waren jedoch für die Statutenkommission die Gründe ausschlaggebend, die hier schon früher ins Feld geführt sind, besonders ein vom Magistrat vorgebrachter Gesichtspunkt, daß das Kieselgut Steinhof aus landwirtschaftlichen Gründen zur Aufzucht und Mästung von Schweinen und Rindvieh nicht geeignet sei.

Die Gründe hierfür sind folgende: Von dem Kieselgut Steinhof ist der größere Teil — 221½ ha, also rund 900 Morgen —, an Landwirte der Umgegend verpachtet. Diese hatten früher auf den an das Kieselgut abgegebenen Flächen Futter gebaut und damit Vieh großgezogen. Nachdem alle diese Parzellen an das

Kieselgut abgetreten und von der Stadt wieder verpachtet sind, haben die Pächter nunmehr in überwiegender Zahl die Viehzucht wieder aufgenommen und die gepachtete Fläche zum Futterbau benutzt. Würde jetzt städtischerseits die verpachtete Fläche zurückgenommen zum Zwecke des eigenen Futterbaues, so würden die Landwirte der Umgegend dadurch erheblichen Schaden leiden, indem sie die Viehzucht, die sie nur mit Hilfe der städtischen Arealie betreiben können, einschränken müßten. Man würde im Interesse der Sache nichts gewinnen, wenn an Stelle der Landwirte nun die Stadt ihrerseits sich mit Futterbau und Mästung von Vieh befassen würde. Auch der kleinere Teil des Kieselgutes, der noch in eigener Bewirtschaftung der Stadt steht, ist nicht geeignet, vollständig zum Futterbau umgewandelt zu werden, und zwar aus dem Grunde, weil er besonders zum Bau von Konserbfrüchten seit Jahren benutzt ist und, wie die geehrten Herren auch aus dem finanziellen Erfolge sehen — aus den Etatberatungen sind Ihnen die Beträge wohl noch in Erinnerung — mit erfreulicher Wirkung. Nun würde es nach Meinung der Statutenkommission, die sich der Meinung des Magistrats in dieser Beziehung angeschlossen hat, unrichtig sein, die Art und Weise der Bewirtschaftung des Kieselgutes, soweit sie noch in eigner Regie der Stadt geführt wird, und die glänzende Erfolge gezeitigt hat, zu verlassen. Im Gegenteile davon meint die Statutenkommission, in Übereinstimmung mit den Darlegungen des Magistrats, daß das Kieselgut nach der Art der bisherigen Bewirtschaftung, wie sie die geehrten Herren im Vergleich zu den Erfahrungen der früheren Jahre als richtig anerkannt haben, in erweitertem Maßstabe zum Futterbau und zur Aufzucht und Mästung von Vieh nicht geeignet ist, und deshalb eine Änderung der Bewirtschaftung ablehnen zu müssen.

Der dritte Punkt der Beratung innerhalb der Statutenkommission betraf die Frage, ob man jetzt schon, vor Erbauung eines Viehhofes in hiesiger Stadt Viehmärkte errichten solle, zugleich auch die Frage, ob die Stadt sich mit Zufuhr und Ankauf von ausländischem, frischem Fleisch, Gefrierfleisch und mit Ankauf von lebendem Vieh befassen soll. Meine Herren. Als der Statutenkommission dieser Antrag zur Beratung zugeing und voranzusehen war, daß diese beiden Punkte: Einrichtung von Viehmärkten und Beschaffung von lebendem und geschlachtetem Vieh ein Hauptpunkt der Beratungen werden würde, hat die Statutenkommission den Wunsch ausgedrückt, es möchte vor ihren eigenen Beratungen ein sachverständiges Organ, unsere Schlachthausdeputation, gehört werden. Diesem Wunsche folgend, hat auch die Schlachthausdeputation eine Sitzung abgehalten. Bezüglich der beiden berührten Punkte: Einrichtung von Viehmärkten und Beschaffung von lebendem und geschlachtetem Vieh hat sich der Schlachthausauschuß grundsätzlich zustimmend geäußert. Der Ausschuß hat aber geglaubt, zuvor Gelegenheit nehmen

zu sollen, von der Fleischerinnung eine gutachtliche Äußerung über beide Punkte einzuholen. Der bezügliche Beschluß des Schlachthausausschusses lautet folgendermaßen:

„In der heutigen Sitzung des Schlachthausausschusses, an der auf Einladung Stadtv. Dr. Wolters mit beratender Stimme teilnahm, ist beschlossen, eine gutachtliche Äußerung der hiesigen Fleischerinnung darüber herbeizuführen, ob die Einrichtung regelmäßiger Viehmärkte (für Fett- und Magervieh) an bestimmten Tagen (etwa am ersten Mittwoch jeden Monats) auf dem Schützenhausplätze für wünschenswert gehalten werde. Ferner soll die Fleischerinnung befragt werden, ob die Mitglieder der Innung (oder eine zu bildende Vereinigung, Genossenschaft oder dergleichen) bereit sein würde, Gefrierfleisch oder Auslandfleisch, wenn dies in größeren Mengen hierher geliefert würde, zum Selbstkostenpreise abzunehmen und mit nur 10 % Aufschlag zu verkaufen.“

Ich bemerke zu dem letzten Teile des Beschlusses, daß der Schlachthausausschuß hiermit nur eine Anregung zu geben gedachte, die den Maßnahmen anderer Stadtverwaltungen entspricht, denn bekanntlich ist man in dieser Weise auch anderwärts vorgegangen. Sodann hatte der Schlachthausausschuß noch den Wunsch ausgedrückt, es möchten seitens des Magistrats bei den Stadtverwaltungen, die sich bereits zu der Maßnahme, Fleisch zu beziehen, entschlossen hatten, angefragt werden, zu welchem Preise dieses Fleisch zu beschaffen sei, und welche Vereinbarungen mit der Fleischerinnung oder deren Mitgliedern getroffen seien, zugleich auch über Bezugsstellen von Vieh und Fleisch Auskunft zu erbitten.

Auf die Anfrage und Bitte um gutachtliche Äußerung hat, wie auch schon durch die Tagesblätter bekannt geworden ist, die Fleischerinnung sich geäußert. Die Darlegungen in den Tagesblättern decken sich aber, soweit sie mir bekannt geworden sind, nicht vollständig mit der amtlichen Äußerung, die von der Innung gegeben ist. Es ist folgende Antwort dem Schlachthausausschuß geworden:

„Der Obermeister Froböse teilte heute mit, daß in der gestern abend abgehaltenen Versammlung der Fleischerinnung mit großer Mehrheit beschlossen sei, folgendes zu erklären:

1. Die Innung verspricht sich von der Einrichtung von Viehmärkten vor der Errichtung des Viehhofes keinen nennenswerten Erfolg, weil sie nicht an ausreichende Beschickung solcher Märkte mit Vieh glaubt.
2. Die Innungsmitglieder tragen Bedenken, Gefrierfleisch oder Auslandfleisch, wenn dies von der Stadtverwaltung versuchsweise hierher besorgt

und zum Selbstkostenpreise ihnen abgelassen würde, mit nur 10 % Aufschlag zu verkaufen."

Ich weise darauf hin, daß diese Erklärung nicht eine strikte Abjage enthält, sondern nur eine bedingte: sie sind nicht geneigt, mit nur 10 Prozent Aufschlag zu verkaufen. Schließlich heißt es in dem Protokoll:

"Auch für die Abnahme von Auslandsvieh, das durch Vermittelung der Stadt hierher geliefert würde, sei wenig Neigung bei den Beteiligten vorhanden gewesen."

Meine Herren. Die Statutenkommission, der nun dieses Material vorlag, war nach ihrer Beratung der Meinung, daß entgegen der gutachtlichen Äußerung der Schlachterinnung dennoch zur Einrichtung von Viehmärkten selbst noch vor Erbauung des Städtischen Viehhofes geschritten werden möchte, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil durch diese Maßnahme der Auftrieb von Vieh offenbar vermehrt, das Angebot dadurch vergrößert und — wenn auch die Preise nicht herabgedrückt würden — so doch vielleicht einem weiteren Steigen derselben entgegengewirkt werden könnte.

Die Statutenkommission ersucht also die geehrte Versammlung, den Magistrat zu bitten, der Einrichtung von Viehmärkten nach Verständigung mit der Herzoglichen Polizeidirektion näherzutreten. Soweit finanzielle Mittel dazu erforderlich sind, würde ja noch eine besondere Vorlage kommen, wenn nicht die Versammlung von vornherein beschließen sollte, in unbestimmtem Maße Mittel hierfür zu verwilligen.

Auch bezüglich des Punktes, ob die Stadt Gefrierfleisch, geschlachtetes oder lebendes Vieh beschaffen soll, hat sich die Statutenkommission anders als die gutachtliche Äußerung der Fleischerinnung entschieden, indem sie sich zustimmend geäußert und entsprechend beschlossen hat. Die Statutenkommission sieht, wie das auch andere Stadtverwaltungen getan haben, in dieser Fleischbeschaffung ein Mittel, der Not entgegenzuwirken. Was die Art und Weise betrifft, wie dieses Fleisch zum Verkauf gebracht werden kann, so sind zwei Möglichkeiten vorhanden. Die erste ist die, daß aufs neue versucht wird, mit der Fleischerinnung eine Verständigung zu erzielen, daß ihre Mitglieder den Verkauf des städtischerseits zu beschaffenden Fleisches dennoch in die Hand nehmen. Wie schon gesagt, ist bisher nicht eine grundsätzliche Ablehnung von der Innung erfolgt, sondern nur eine bedingte. Die Statutenkommission war übrigens auch der Meinung, daß man nicht nötig hätte, durchweg an dem starren Satz von 10 Prozent festzuhalten. Es wäre z. B. möglich, bei sehr großem Angebot selbst mit einem geringeren Nutzen Fleisch zu verkaufen, andererseits müßte aber bei gewissen Fleischteilen ein höherer Satz als 10 Prozent zugestimmt werden. Die Statutenkommission ist daher der Meinung, daß der Magistrat sich aufs neue

mit der Fleischerinnung in Verbindung setzen und versuchen möge, eine Einigung herbeizuführen, in der sich die Mitglieder der Innung, vielleicht durch Vermittelung der Schlachthausdeputation, bereit erklären, den Verkauf zu einem festzusetzenden Preise zu übernehmen. Es ist der Wunsch und die Hoffnung der Statutenkommission, daß eine solche Verständigung zustande kommt, denn in der That wäre dieses Mittel am besten geeignet, durch Dezentralisation des Verkaufes Fleisch, das städtischerseits besorgt wird, allen Einwohnern möglichst billig zugänglich zu machen. Sollte der Versuch einer solchen Verständigung scheitern, so meint die Statutenkommission, daß dann die Stadt ihrerseits das beschaffte Fleisch in der Städtischen Markthalle zum Verkauf bringen sollte. Etwas anderes würde nicht übrigbleiben, wenn auch der Ausweg, nur an dem einen Punkte der Stadt dieses Fleisch zu verkaufen, manches Bedenken haben mag. Daß die Stadt sich zum Bezuge von fremdem Fleisch entschließen soll, haben die Erkundigungen als ratsam ergeben. Vielleicht wird Veranlassung genommen, davon noch einstweilen abzu sehen, wenn die Preise, zu dem das Vieh beschafft werden könnte, zu hoch sein sollten. Ich glaube aber, die geehrten Herren können hierüber ohne Sorge sein, da in der That mit den besonderen Vergünstigungen, die Preußen erlassen hat, und die hoffentlich auch unsere Regierung erlassen wird, billige Preise für den Verkauf zu ermöglichen sein werden.

Wenn ich die gesamten Beschlüsse nochmals zusammenfasse, so beantragt die Statutenkommission,

1. man möchte bez. des Verkaufs von Seefischen einen Versuch nicht wieder vornehmen,
2. es sei nicht angebracht, auf dem Rieselgute einen Versuch mit der Aufzucht und Mastung von Schweinen und Rindvieh zu unternehmen.

Dagegen meint die Statutenkommission, den geehrten Herren empfehlen zu müssen, den Magistrat zu ersuchen, der Errichtung von Viehmärkten schon jetzt vor der Erbauung des Viehhofes näherzutreten und die entsprechenden Maßnahmen mit der zuständigen Behörde zu ergreifen.

Schließlich bittet die Statutenkommission, beschließen zu wollen, den Magistrat zu ersuchen, durch geeignete Personen lebendes Vieh und Fleisch zu beschaffen und dieses entweder durch die Fleischerinnung oder durch die Stadt selbst in der städtischen Markthalle zu verkaufen.

Bezüglich der Mittel, die eine solche Beschaffung von lebendem oder geschlachtetem Vieh erforderlich macht, wird zugleich gebeten, dem Magistrat einen unbeschränkten Kredit zur Verfügung zu stellen, denn es läßt sich im voraus nicht absehen, bis zu welcher Höhe ein solcher erforderlich wird.

Ich habe die geehrten Herren namens der Statutenkommission zu bitten, sich dieser Ansicht anzuschließen.

Vorsigender: Es ist ein Antrag von Herrn Niese eingegangen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf dem städtischen Nieselgute eine Schweinemästerei einzurichten, sowie die nötigen Mittel dazu zu bewilligen.“

Dieser Antrag würde gleich bei dem vorliegenden Punkte der Tagesordnung und nicht als ein besonderer Antrag für sich zu behandeln sein, denn nach dem Antrage der Statutenkommission sollen wir ja die Einrichtung einer Aufzucht und Mästung von Vieh ablehnen.

Stadtv. **Niese** (zur Begründung): Wenn die Frage der Fleischnot und der Fleischteuerung heute im Vordergrund des Interesses bei den großen und kleinen Städten steht, so kann man das wohl in der Hauptsache damit begründen, daß man zu den obersten Reichsbehörden nicht das Vertrauen gehabt hat, daß sich diese rasch bewegen ließen, sich dafür ins Zeug zu legen, daß die Grenzen geöffnet werden und so die Fleischnot beseitigt wird. Es hat auch langer Zeit bedurft, bis man von dort mit einer Erklärung hervorgekommen ist. Wenn von irgendwelchem parteipolitischen Standpunkte gesprochen wird, so muß ich erklären, daß es des Antriebes und des Schmierens der Räder erst mächtig bedurft hat, gerade von seiten derjenigen, die unter dieser Not am meisten zu leiden hatten, von dem arbeitenden Volke und den kleinen Beamten. Wo die Fleischköpfe noch voll sind, da hat man gut warten, wo die Leute aber bereits darben, da ist es begreiflich, wenn nachgeschoben wird, um möglichst bald Wandel zu schaffen. Wenn man vorführen kann, wie der Fleischverbrauch zurückgegangen ist und sich Anzeichen eines Rückganges auch in hygienischer Richtung geltend machen, dann sollte niemand im Zweifel sein, daß von einer Hege nicht die Rede sein kann, sondern nur von dem allerberechtigtesten Interesse, das die Volksmassen bewegt. Wie sind denn die Maßnahmen von seiten der Regierung ausgefallen? Man öffnet die Grenzen dort, wo die Kriegsfackel zu lodern anfängt. Von dort her wird sowieso bald nichts zu haben sein! Es bleibt nichts anderes übrig, als daß wir uns möglichst rasch selbst helfen. Und auch damit kommen wir hier in Braunschweig ziemlich ins Hintertreffen. Es wäre logisch gewesen, wenn wir uns statt erst heute mindestens vor vierzehn Tagen mit dieser dringenden Frage beschäftigt hätten. Was davon abgehalten hat, kann ich nicht wissen, will es auch nicht untersuchen, aber meine Meinung geht doch dahin: wenn wir wirklich gewillt sind, anzuerkennen, daß eine Not vor-

handen ist, und daß es raschester Abwehrmaßregeln bedarf, um diesen Zustand zu beseitigen, dann ist es die höchste Zeit, denn wir kommen damit jetzt schon ziemlich post festum gegenüber Hunderten von anderen Städten.

Nun hat die Statutenkommission sich mit dieser Materie beschäftigt, und sie steht zum Teil auf demselben Standpunkte, auf dem wir stehen. Wenn ich nun wiederum mit dem Antrage komme, auf dem städtischen Rieselgute eine Schweinemästerei einzurichten, dann können die Gründe für mich nicht maßgebend sein, die der Herr Referent als gegen eine solche sprechend angeführt hat. Wenn er behauptet, daß die 900 Morgen, die dort verpachtet sind, ein gutes finanzielles Erträgnis für uns geben, so ist das richtig, und ich kenne das Resultat aus Erfahrung als Mitglied der Rieselgutdeputation. Aber eine solche Domäne, wie das Rieselgut früher gewesen ist, hatte doch eine selbständige Schweinezucht, und, soweit sie Brennerei hatte und die Schlempe verwenden mußte, hatte sie auch eine Rindviehmast. Die letztere jetzt einzurichten, möchte ich nicht raten, weil ich nicht sachverständig genug bin, und weil ich nicht weiß, ob ohne eine Brauerei und Brennerei eine große Viehmästung möglich und rentabel ist. Dagegen ist es rationell, wo Kartoffelbau getrieben wird, auch Schweinemästerei einzurichten. Das wird überall hochgehalten. Ein solches Stück Vieh ist in 13 Wochen schlachtreif und wird durch ein neues ersetzt. Das früher auf der Domäne Steinhof Schweinezucht getrieben ist, darauf weist doch noch die Bezeichnung „Schweineanger“ hin. Ob das damals mehr war, als heute durch die kleinen Leute, an die das Land verpachtet ist, geschieht, darüber habe ich keine Zahlen. Ich meine aber, wenn die Stadt in erster Linie sich auf solche Mästerei einrichtete, — sie könnte auch noch Land hinzukaufen; es steht genug davon zur Verfügung, um das Gut zu vergrößern — dann würden wir, was wir auf der einen Seite verlieren, auf der andern reichlich gewinnen.

Ich lege deshalb besonderes Gewicht auf diese Einrichtung, weil ich die Maßnahmen, die mit der Grenzöffnung, mit dem Gefrierfleisch usw. ergriffen sind, nur für vorübergehende halte. Denn darüber sind wir uns doch nicht im unklaren, daß unsere Regierung nicht ihren lieben Junkern zu nahe treten wird, um den Bedürfnissen der großen Masse des Volkes Rechnung zu tragen. Alle Maßnahmen, die bis jetzt ergriffen sind, bilden ein beredtes Beispiel dafür. Eine städtische Schweinezucht und Viehmästerei würde aber dauernd für Produktion von Fleisch sorgen, wenn es auch nicht gleich viele tausende Stück Vieh sind. Als ich die vier Tiere sah, die so schön rund und prall waren, und die dem Amtmann gehören, den ich keineswegs beneiden will, da sagte ich mir: Hier könnten ebenfogut drei- bis vierhundert solche Tiere aufgezogen werden, und wenn die auf den Markt geworfen

würden, so würde das immerhin schon etwas wirken und mit dazu beitragen, das Angebot an Schlachtvieh zu vermehren. Das Rieselgut ist zum Wohle der Stadt angelegt, und wenn wir auch das Glück haben, die Ländereien gut bezahlt zu erhalten, so muß man doch berücksichtigen, daß uns das Hemd näher ist als der Rock, und daß man für das Notwendige zuerst sorgen soll.

Von diesen Gesichtspunkten aus bin ich dazu gekommen, meinen Antrag zu stellen. Er ist auch schon früher von Herrn Bunge, auch von Herrn Schmidt einmal gestellt. Heute wäre es mehr denn je an der Zeit, die Frage reiflich zu erwägen und einen Versuch zu machen. Wenn gegen die Einrichtung angeführt wird, es könnten Seuchen und ähnliche Gefahren entstehen, so erwidere ich darauf: Auf jedem Wege kann man fallen, der eine fällt vom Gerüst und bleibt gesund, während der andere von der Fußbank fällt und seinen Tod dabei findet. Die gefürchteten Katastrophen können jeden Augenblick und auf jeder Basis eintreten. Ich bin dafür, daß wir reiflich erwägen müßten, ob es nicht am Plage wäre, diese Schweine-mästerei auf dem Rieselgute einzurichten.

Andererseits möchte ich auch noch folgendes zur Erwägung stellen: Als wir die erste Besichtigung des Rieselgutes vornahmen, hatten wir noch die Milchwirtschaft auf dem Rieselgute. Da stand auf den Tafeln: Diese Kuh gibt 20—22 Liter Milch täglich. Die Milchversorgung der Stadt liegt heute ebenso im argen, vielleicht noch in stärkerem Maße als die Fleischversorgung. Da wäre es am Plage zu erwägen, wenn auch nicht eine Rindvieh-Mästung, so doch eine Milchwirtschaft wieder einzuführen, denn es wurde uns damals bedeutet: Diese Tiere bekommen weiter nichts zu fressen, als was das Rieselgut selbst erzeugt. Wenn auf diese Weise Milch billig geliefert werden kann, dann sollte man städtischerseits dazu beitragen, die Milchproduktion zu vermehren.

Ein Beispiel dafür, wie von anderen Städten vorgegangen wird, möchte ich hier anführen:

„Die Stadtverordneten von Berlin bewilligten den Betrag von 30 000 *M* zum Ankauf frischen Fleisches und für Einrichtung einer Schweinezüchtereie auf dem städtischen Rieselgute.“

Ein anderes Beispiel ist in den Nachrichten aus Berlin enthalten. Es heißt da:

„Berlin, 1. Oktober. Als erste Gemeinde Groß-Berlins wird die Stadt Schöneberg von den Erleichterungen der Steuerungs-Maßregeln der Regierung Gebrauch machen. In einer Sitzung vom gestrigen Tage hat die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, vom Magistrat 20 000 *M* zum Ankauf ausländischen Fleisches und 10 000 *M* zur Erweiterung der Schweinezüchtereie auf einem der städtischen Rieselgüter zur Verfügung zu stellen. Sollte mit den Schöneberger

Schlachtern ein Übereinkommen wegen des Weiterverkaufes des Fleisches nicht erzielt werden können, so soll die Stadtverwaltung den Verkauf in eigener Regie übernehmen."

Auf dem letzteren Standpunkte stand auch unser Herr Referent, wenn keine Einigung mit der Schlachterinnung erzielt würde.

In bezug auf die in Aussicht genommenen Viehmärkte möchte ich Sie ersuchen, gleich heute schon direkt zu beschließen, daß mindestens alle vierzehn Tage auf dem Schützenplatze ein Viehmarkt abgehalten und der Antrieb dafür in die Wege geleitet wird. Dann können die Erwägungen über den Bau des städtischen Viehhofes weitergehen, und ob sie dann länger dauern oder nicht, das bleibt sich gleich. Wird in dieser Weise vorgegangen, so ist den Uebelständen, wie sie vorhanden sind, möglichst Rechnung getragen und man kann der Stadtverwaltung nicht vorwerfen, daß sie nicht in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit getan habe. Diese Maßnahmen möchte ich befürworten, und vor allem, daß man sie so rasch wie möglich ausführt.

Vorsitzender: Die Angelegenheit liegt formell so, daß wir beschließen sollen, dem Magistrat einen unbeschränkten Kredit zur Verfügung zu stellen: 1. für Einrichtung der Viehmärkte vor Errichtung des Viehhofes, 2. zur Beschaffung von Gefrierfleisch, lebendem und geschlachtetem Vieh, und dessen Verkauf durch die Schlachterinnung vorzunehmen. Sollte eine Verständigung mit der Innung nicht erzielt werden, so soll das Fleisch städtischerseits in der Markthalle zum Verkauf gebracht werden. Nun kommt der Antrag Kiefe: Einrichtung einer Schweinemästerei auf dem Kieselgute. Die nötigen Mittel würden durch den unbeschränkten Kredit schon gewährleistet sein.

Stadtv. Wesemeier: Zunächst darf ich wohl einen Irrtum des Herrn Referenten über meine Ansicht, betreffend den Verkauf der Seefische, richtigstellen. Es ist das nur formaler Natur, ich möchte aber doch, daß es im Protokoll richtiggestellt würde. Der Herr Referent sagte, ich habe in der Kommission erklärt, auf den Seefischverkauf lege ich keinen Wert, weil der Allgemeine Konsumverein die Absicht habe, Seefische in größerer Menge auf den hiesigen Markt zu werfen. Das ist ein Mißverständnis. Ich habe gesagt: „Ich lege persönlich keinen großen Wert auf den städtischen Verkauf von Seefischen, weil der Allgemeine Konsumverein die hiesige Bevölkerung schon mit billigen Seefischen versieht.“

Was die Abhaltung von Viehmärkten auf dem Schützenplatze anlangt, so verstehe ich nicht, weshalb die Fleischermeister sich hiergegen ablehnend verhalten, da sie doch darauf dringen, einen Viehhof zu errichten. Von dem Herrn Referenten habe ich nicht gehört, in welchen Zeiträumen diese Viehmärkte stattfinden sollen,

ob sie monatlich, alle vierzehn Tage oder wöchentlich abgehalten werden sollen. Es ist notwendig, daß auch hierüber Klarheit geschaffen wird. Allmonatliche Viehmärkte würden keinen großen Nutzen für Braunschweig und seine Fleischversorgung bringen, sie müßten schon wöchentlich abgehalten werden. Dann müßten allerdings Unterkunftsräume geschaffen werden, aber angesichts der Notlage, in der wir uns befinden, müßte auch das überwunden werden.

Auf die Erbauung eines Viehhofs muß ich noch doch einmal zurückkommen. Ich habe gehört, daß in nächster Zeit — ich glaube, in der Landeszeitung hat es auch gestanden — vom Herzoglichen Staatsministerium Vorschriften über den Bau von Viehhöfen erlassen würden, und möchte hier um Auskunft bitten, ob das auf Tatsache beruht, und ob wirklich in nächster Zeit, nicht in absehbarer Zeit, mit dem Bau des hiesigen Viehhofs begonnen werden kann. Ich will heute nochmals feststellen, daß nach den letzten Nachrichten das Fleisch in Braunschweig gegenüber Hannover und Magdeburg um 5 Pfg. und gegenüber Hildesheim um 8 Pfg. teurer ist, und zwar nach den offiziellen Berichten der dortigen Schlachthofdirektionen. Es ist deshalb ein dringendes Erfordernis, daß hier schleunigst mit dem Bau des Viehhofs begonnen wird, wenn dadurch auch momentan keine Abhilfe geschaffen wird, denn es ist ein dauernder Zustand, daß das Fleisch hier in Braunschweig verteuert wird, weil wir keinen Viehhof haben. Ich bitte deshalb nochmals um Auskunft, in welcher Zeit endlich die Viehhoffrage hier in Angriff genommen werden kann.

Eigenartig erscheint mir auch der Standpunkt, den die Fleischerinnung in betreff des Aufschlags eingenommen hat, den sie beim Verkauf von stadtheitig geliefertem Fleisch haben muß. Ich habe in der Deputation den Standpunkt vertreten, daß man mit 10 Prozent Aufschlag sehr wohl auskommen könnte, will mich aber scheiden, da ich nicht fachverständlich genug im Fleischausschnitt usw. bin. Es mag möglich sein, daß auf andere Weise ein Ausgleich herbeigeführt werden kann, aber ich habe die Befürchtung, daß von dem Zollerlaß, den die preussische Regierung den Städten versprochen hat, — die Differenz zwischen den Einfuhrzöllen und den 18 M., die jetzt gezahlt werden sollen — ein erheblicher Teil nicht den Konsumenten, sondern den Schlachtermestern zugute kommt. So gut es in andern Städten möglich ist, daß die Schlachtermester mit einem geringeren Prozentsatz arbeiten als sonst, so gut müßte es auch hier möglich sein. Es ist mir bezeichnend, daß ich in den Zeitungen die Nachricht finde, daß in Dresden — wo ich in allen Läden das dänische Fleisch, von Aussehen ebenso gut wie das deutsche, ausliegen sah, und wo das Pfund mit 75—90 Pfg. ausgezeichnet war — heute die Fleischer erklären, das deutsche Fleisch zu denselben Preisen verkaufen zu wollen wie das dänische.

Man kann daraus sehr wohl entnehmen, daß die Fleischermeister bei dem heutigen Sage einen höheren Verdienst haben, als sie anzugeben für nötig halten. Ob es in Braunschweig auch so ist, weiß ich nicht, aber jedenfalls ist es bezeichnend, daß es in Dresden möglich ist. Sie wissen, daß man in einer großen Anzahl von Städten nicht nur beschlossen hat, fremdes Fleisch einzuführen, sondern man ist längst zur Ausführung des Beschlusses übergegangen und verkauft Auslandsfleisch seit dem 30. September, weil man die Not des Volkes erkannt hat. Ich versuchte, auch in der Statutenkommission Auskunft zu erhalten, zu welchem Zeitpunkte in Braunschweig der Fleischverkauf eintreten solle, doch konnte darüber nichts gesagt werden. Wir begrüßen es ja mit Freuden, daß die Kommission sich auf unsern Standpunkt gestellt hat, und daß auch der Magistrat denselben Standpunkt einnimmt. Es ist aber doch ein himmelweiter Unterschied, wenn man den Notstand anerkennt, ob man die Maßnahmen dagegen auf Wochen und abermals Wochen hinauschiebt oder gleich der Not energisch zu Leibe geht. Heute vor vier Wochen ist der Antrag gestellt worden, am vorigen Montag ist er in der Kommission beraten, und heute ist die Angelegenheit noch um keinen Schritt weiter als am vorigen Montage. Ich meine, die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung war als selbstverständlich vorauszusetzen — man setzt das doch sonst voraus. Da hätte man die Zeit benutzen können, mit der Schlachterinnung Rücksprache zu nehmen. Ich weiß ja nicht, ob es nicht schon geschehen ist! Es wird jetzt erst wieder von der Kommission erklärt, es solle versucht werden, eine Einigung herbeizuführen; es muß erst wieder eine Innungsversammlung einberufen werden; und ehe die Einigung zustande kommt, können Wochen vergehen. Die Schlachtermeister haben kein Interesse daran, dänisches Fleisch zur Einfuhr zu bringen, auch wenn einzelne Schlachter erklärt haben, sie ständen der Sache sympathisch gegenüber. Dann käme womöglich noch der Einkauf und die Ausfendung von Agenten nach auswärts, und so vergeht lange Zeit, ehe dem anerkannten Notstande energisch zu Leibe gegangen wird. Das ist mir zu langweilig. Es wäre erforderlich gewesen, schnell zu handeln, und wenn die Schlachter die Verhandlungen auf die lange Bank schieben wollen, müßte der Magistrat erklären: „Wir nehmen die Sache selbst in die Hand, wir schicken Kommissionare aus, um Fleisch aufzukaufen, und richten den Verkauf in der Markthalle ein!“ Schnelle Hilfe ist dringend not, denn wir werden noch erleben, welche ungünstigen Einwirkungen dieser Notstand, der hier seit Wochen und Monaten Platz gegriffen hat, in der Bevölkerung zeitigen wird. Ich brauche nur auf unsern Schularztbericht zu verweisen, der von der Unterernährung der Schulkinder spricht, und außerdem ist es eine allgemeine Erfahrung, daß Not krank macht. Der Schularzt von Altena hat bitter darüber geklagt, daß die Krankheitszustände infolge der

schlechten Ernährungsverhältnisse bei den Kindern um 40—50 Prozent sich erhöht haben. Ich möchte also dringend bitten, daß hier ein schnelleres Tempo eingeschlagen wird.

Stadtrat von Frankenberg: Ich darf zunächst in Erwiderung auf das, was die geehrten Herren in der vorigen Sitzung beschlossen haben, mitteilen, daß uns am 6. September vom Herzoglich Braunschweigischen Staatsministerium eine Antwort geworden ist auf die Eingabe, die der Magistrat dahin gerichtet hat. Sie lautet:

„Wir setzen den Stadtmagistrat davon in Kenntnis, daß wir bereits vor Eingang des Gesuchs vom gestrigen Tage den Herzoglich Braunschweigischen Bevollmächtigten beim Bundesrate unter Hinweis darauf, daß sich das Steigen der Fleischpreise im Herzogtum empfindlich fühlbar mache, angewiesen haben, im Bundesrate für alle Maßnahmen zur Minderung der Preissteigerung, welche nach Prüfung der Frage zulässig und zweckmäßig erscheinen, einzutreten.“
Hartwig.“

Ich habe mir dann erlaubt, in der Weise, wie es der Herr Berichterstatter dargelegt hat, innerhalb des Schlachthausausschusses und mit dem Vorstande der Fleischerinnung die Verhandlungen zu führen. Das ungenügende Resultat der letzteren Verhandlungen ist schon bekannt geworden. Zu meiner Freude ist mir aber von einer Seite, die mit der Fleischerinnung in enger Fühlung steht, mitgeteilt, daß bei der Fleischerinnung Geneigtheit, sich aufs neue in Verhandlungen einzulassen, durchaus vorhanden sei, daß auch von der Zentralstelle der deutschen Fleischerinnungen den einzelnen Innungen ein Wink dahin gegeben sei, daß es durchaus erwünscht wäre, bei diesen Verhandlungen Entgegenkommen zu zeigen. Da wir nun durch die Verordnungen der preußischen Regierung eine ganz neue, viel günstigere Grundlage unter Füßen haben, um die Verhandlungen in erproblicher Weise weiterzuführen, so trage ich kein Bedenken, zu erklären: Ich gebe mich der zuversichtlichen Erwartung hin, daß diese Verhandlungen zum Ziele führen werden. Ich bitte die Herren, Ihre Ungeduld, die ich wohl verstehe, noch etwas zu zügeln! Solche Verhandlungen lassen sich schlechterdings nicht von heute auf morgen beenden und nicht übers Knie brechen; sie sollen aber nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Dasselbe gilt auch von der Viehhofsfrage. Sie haben vor längerer Zeit den Magistrat ersucht, ein neues Projekt auszuarbeiten zu lassen. Das ist geschehen. Die Bearbeitung mußte aber ins Stocken kommen, weil bekannt geworden war, daß bei unserm Ministerium Ausführungsvorschriften in Vorbereitung wären, die sich auf die Viehhöfe bezögen, und die unter Umständen sehr tief in die baulichen Verhältnisse solcher Anlagen eingreifen. Erst vor wenigen Tagen haben die Zeitungen

mitgeteilt, daß seitens der Landwirtschaftskammer und seitens der Viehhändler gutachtliche Äußerungen erfolgt wären. Mir ist aber durch Vermittlung aus dem Ministerium mitgeteilt, daß in den nächsten Wochen diese Bestimmungen herauskommen würden. Der Magistrat hat aber nicht darauf gewartet, sondern der Herzoglichen Polizeidirektion schon vor einigen Tagen den fertiggestellten Entwurf überandt mit der Anfrage, welche Erfordernisse nach den zu erwartenden ministeriellen Bestimmungen noch nötig seien, und ich zweifle nicht daran, daß dann baldigst Schritte getan werden können, um diese Einrichtung ins Leben zu rufen, wenn auch dadurch die eigentliche Teuerung nicht beeinflußt werden kann.

Was die Viehmärkte betrifft, so sind wir der Ansicht, daß es angebracht ist, in Gemeinschaft mit der Herzoglichen Polizeidirektion vorzugehen; der Magistrat wird sich bald mit ihr in Verbindung setzen. Ich bin auch der Ansicht, daß Viehmärkte alle vierzehn Tage stattfinden müssen. Alle Wochen Viehmärkte anzuberaumen, bei denen das überständige Vieh in einen Viehhof eingestellt werden müßte, kann ich allerdings nicht in Aussicht stellen, weil unser Schlachthof kein Viehhof ist und wir somit außerstande sind, den Wünschen so weit entgegenzukommen, daß das seuchenpolizeiliche Interesse gewahrt ist.

Endlich bitte ich, noch auf folgendes aufmerksam machen zu dürfen: Auch die Armenverwaltung hat sich mit der Frage beschäftigt, welche Schritte für unsere ärmere Bevölkerung erforderlich sind, um in der gegenwärtigen Lebensmittelteuerung der Not der Armen zu steuern. Die Armendirektion hat es für zweckmäßig gehalten, den einzelnen Armenbezirken für die schwersten vier Wintermonate, denen wir entgegengehen, Dezember bis März, etwas größere Freiheit bei der Handhabung der Bemessung der Unterstützung zu gewähren dadurch, daß im Höchstbetrage ein Viertel Zuschlag zu jeder einzelnen Unterstützung gegeben werden darf, und zwar in der Weise, daß für dieses Viertel Lebensmittel dargeboten werden. Wenn beispielsweise eine Familie 28 *M* bekommt, so kann sie in dieser Zeit 35 *M* erhalten, wovon mindestens 7 *M* in Lebensmitteln gewährt werden. Die Armendirektion verkennt nicht, daß sie mit dieser Ausnahmemaßregel etwas über die Grenzen der von den städtischen Behörden, also mit Zustimmung der Stadtverordneten beschlossenen Ausschlußsätze hinausgeht. Wir hegen aber die Zuversicht, daß man auch hier den Ärmsten der Armen entgegenkommen will und daherhalb aus der Versammlung keine Beanstandungen erfolgen werden.

Vorsigender: Ich darf wohl annehmen, daß von seiten der Versammlung den Anregungen, die wir eben gehört haben, Rechnung getragen wird und von unserer Seite aus jedenfalls keine Reklamationen entstehen werden.

Stadtv. Hartung: Der Herr Antragsteller ebenso gut wie Herr Kiefe sind im allgemeinen mit den Anträgen der Kommission einverstanden bis auf Einzelheiten, die wir erst in der späteren Verhandlung werden klären können. Herr Kiefe hat noch den Standpunkt weiter vertreten, daß man eine Schweinemästerei auf dem Kieselgute einrichten möchte. Wie schon der Herr Referent ausgeführt hat, hat die Statutenkommission in ihrer überwältigenden Mehrheit geglaubt, davon absehen zu müssen, indem sie einerseits hervorgehoben hat, daß eine Schweinemästerei, wenn sie im Jahre ein paar hundert Stück Vieh produzieren könnte, für die Preisverhältnisse und die Fleischversorgung der hiesigen Gegend nicht in Betracht kommen würde, auf der andern Seite, weil die Wirkung einer derartigen Maßregel erst allmählich eintreten würde, und endlich, weil das ganze Experiment finanziell doch außerordentlich gewagt sei. Herr Kiefe hat die Sache von einem etwas andern Standpunkte angesehen. Er erkennt wohl an, daß die Einrichtung der Mästerei für den augenblicklichen Notstand nicht ins Gewicht fallen würde, meint aber, die Einrichtung mehr als dauernde Fleischproduktion empfehlen zu sollen. Ich glaube jedoch, nach dem, was wir über die schweren Bedenken, die dagegen sprechen, gehört haben, und wenn man dazu noch berücksichtigt, daß eine solche Einrichtung nicht ohne weiteres gemacht werden könnte, sondern mit erheblichen Kosten verbunden sein wird, wird die Versammlung nicht in der Lage sein, einem derartigen Antrage, dessen finanzielles Ergebnis nicht vorauszusehen ist, zuzustimmen. Es müßte solch ein Antrag mindestens einer Kommission, sei es der Schlachthausdeputation oder der Kieselgutdeputation, überwiesen werden, wo festgestellt werden könnte, ob die Bedenken, die früher zur Ablehnung des Antrages geführt haben, jetzt behoben sind oder in der That die Einrichtung einer Mästerei, entgegen der Ansicht des Magistrats, sich empfehlen würde. Ich bitte deshalb, den Antrag Kiefe — jedenfalls in der Form, in der er gestellt ist — abzulehnen, eventl. ihn einer Kommission zu überweisen.

Stadtv. Dr. Jasper: Herr Stadtrat von Frankenberg hat darauf hingewiesen, daß durch den Erlaß des preußischen Ministeriums auch für uns in Braunschweig eine neue Situation geschaffen sei, indem dadurch vorübergehend für gewisse Städte in beschränktem Umfange die Einbringung von Fleisch erleichtert sei. Bisher liegt Braunschweig noch nicht in Preußen, und es ist mir vom Herrn Stadtrat auch nicht zu Ohren gekommen, daß das braunschweigische Ministerium sich dem Vorgehen der preußischen Regierung angeschlossen habe. Auch der Herr Berichterstatter hat es meines Wissens nicht erwähnt, es müßte mir sonst entgangen sein. Ich möchte deshalb in dieser Beziehung zunächst um Aufklärung bitten, ob in dieser

Weise die Stadtverwaltung oder der Herr Berichterstatter besser unterrichtet ist. Ich lege deshalb Wert auf Beantwortung dieser Frage, weil es ja für die Maßnahmen, die wir gegenwärtig treffen wollen, wesentlich darauf ankommt. Wenn es richtig sein sollte, daß das braunschweigische Ministerium sich verhalten will wie das preußische — das ist auch sonst der gewöhnliche Gang der Dinge im Verhalten der beiden Landesregierungen, daß die preußischen Verordnungen hier sehr gern nachgeahmt werden —, so kann man von der Annahme ausgehen, daß die Maßnahmen nur Ausnahmen sein, nur vorübergehend Platz greifen sollen. Das würde ein Vorgehen gegenwärtig erleichtern, aber doch kaum vollkommen über den Berg führen. Wesentlich bleibt das Bemühen, das der erste Teil des Antrages Wesemeier zu erreichen bezweckt, und dem auch die Stadtvertretung nicht nur sich angeschlossen, sondern sogar vorgegriffen hat, und dem — wenn ich den Herrn Stadtrat recht verstanden habe — jetzt auch das Ministerium befürwortend zur Seite getreten ist: daß die Zölle und Grenzsperrn weiter aufgehoben werden. Ob das geschehen wird, ist doch zu bezweifeln, wenn wir auch alle es erhoffen. Nach dem Verhalten der Landesregierungen müssen wir doch zunächst damit rechnen, daß es nur vorübergehende Maßnahmen sind, und damit bleibt die dauernde Quelle des Notstandes in den Zöllen, in der sanitären Grenzsperrn erhalten. Wir müssen deshalb mehr, als es bisher vom rein verwaltungstechnischen Standpunkte bequem ist, dazu übergehen, eigene Maßnahmen durch die Gemeindeverwaltung selber zu schaffen. Nicht nur die Landwirtschaftskammer, sondern auch das Ministerium hat jetzt wieder und auch früher schon darauf hingewiesen, und da will mir der Antrag Riefe, den der Herr Justizrat eben bekämpft hat, ganz geeignet erscheinen, dauernde Abhilfe gegenüber dem Notstande zu schaffen. Irgend welche sachlichen Gründe habe ich aus dem Munde des Herrn Justizrats nicht gehört. Er sagt, es bestehen erhebliche Bedenken, aber nicht, welcher Art diese Bedenken sind. Die Anführung, daß einige hundert Schweine nicht geeignet seien, den Notstand zu beseitigen, halte ich doch für kaum hinreichend, dem Antrage nicht ernsthaft nähertreten zu wollen. Die Sache ist doch so, daß man ein derartiges Vorgehen nicht nur auf unsere Gemeinde beschränkt zu denken braucht, sondern die Hebung des heimischen Viehbestandes, auch nach den Intentionen der leitenden Stellen, gerade dadurch herbeigeführt werden soll, daß allseitig von den Gemeinden, auch von größeren Werkverwaltungen — wie es in einzelnen Fällen schon geschehen ist — zur Anlage von Viehmästereien übergegangen wird. Im Zusammenhang genommen, nicht als einzelne Erscheinung, wird ein derartiges Vorgehen eine andere, kräftigere Wirkung schaffen. Zunächst wird, wenn auch nur in bescheidenem Umfange, in dem engeren Bezirke, wo diese Maßnahme getroffen wird, die Wirkung eintreten. Wenn man

die kommunalen Jahrbücher darüber verfolgt, so wird in der Literatur immer darauf hingewiesen, daß eine derartige Maßnahme wohl wirkungsvoll ist, und in steigendem Maße gehen die Städte dazu über. Wie man die Sache einrichten will, ist gleichgültig, wesentlich erscheint, daß eine Willenskundgebung der Stadtverordnetenversammlung in dem Sinne erfolgt, daß diesem Plane ernstlich nähergetreten werden soll, um dem dauernden Notstande eine dauernde Maßnahme entgegenzusetzen.

Ich möchte noch unterstreichen, was Herr Rieke nicht zum Antrage erhoben hat, daß auch durch Hebung der Milchwirtschaft dem Notstande, wenn nicht unmittelbar, so doch mittelbar begegnet werden kann. In letzter Zeit sind in der Stadt die Milchpreise erheblich heraufgesetzt. Es sind dadurch dieselben Interessentengruppen getroffen wie bei der Fleishteuerung, und wenn ein einheitliches Vorgehen der Stadtverwaltungen eingriffe, könnte auch da die Not in gewissem Umfange gelindert werden.

Ich möchte bitten, den Antrag Rieke in den Kreis Ihrer Erwägungen zu ziehen, und nicht aus Bedencklichkeit oder aus Bequemlichkeitsgründen zu einer ablehnenden Stellung zu kommen.

Vorsitzender: Aus Bequemlichkeitsgründen kommen wir hier niemals zu Beschlüssen.

Oberbürgermeister **Retemeyer:** Der Herr Referent hat bereits darauf hingewiesen, daß, wenn wir dem Antrage Rieke stattgeben würden, dadurch eine Beeinflussung der Fleischpreise in keiner Weise hervorgerufen würde. Ich kann das nur bestätigen und mache kein Hehl daraus, daß ich dem Herrn Stadtv. Rieke den Vorwurf machen muß, hier im Plenum eine Frage aufs neue angeschnitten zu haben, über die — das nehmen die geehrten Herren mir nicht übel — verschiedene der Herren ein sachverständiges Urteil nicht abgeben können. Herr Rieke sitzt in der Rieselgutdeputation, wo wir Sachverständige haben, hat aber bis jetzt in der Deputation diese Sache nicht vorgebracht. Dazu aber sind doch solche Deputationen da! Solche Sachen müssen im kleinen Kreise in Gegenwart von Sachverständigen erörtert werden, dann kommt das Naturgemäße zutage.

Herr Dr. Jasper sagt, es müßte in großem Umfange Viehzucht u. w. betrieben werden. Ja, meine Herren, das unterschreibe ich. Gelegt den Fall, wir bekämen ein Gesetz, daß auf jeden Hektar Ackerland der Besitzer alle Jahre soandso viel Stück Vieh fett zu machen hätte, dann wäre die Fleischnot mit einem Male beseitigt. (Sehr richtig!) Aber solange wir ein solches Gesetz nicht haben, kann es der Stadt nicht zugemutet werden, daß sie ein Experiment machen soll, das nichts nützt, und

zwar aus folgenden Gründen. Die Feldfrüchte, die wir ziehen müßten, um eine Schweinemästerei in großem Umfange zu betreiben, auch um Milchwirtschaft zu unterhalten, würden wir den Pächtern entziehen. Die Zahl dieser Pächter auf dem Rieselgute beträgt, wenn ich nicht irre, über 400. Selbstverständlich haben alle diese Pächter ihren kleinen Viehbestand. Es liegt auf der Hand, daß, wenn wir unsererseits das ganze Land für die eigene Wirtschaft benutzen, den Pächtern das Land nicht mehr überlassen werden könnte. Wir könnten ihnen auch nicht mehr das Futter, welches wir selber produzieren, in dem großen Umfange zu angemessenen Preisen überlassen. Sie würden also genötigt sein, ihren Viehbestand wesentlich einzuschränken. Auf der einen Seite würde die Stadt zwar einen größeren Posten Vieh produzieren, aber ringsum in den Dörfern würde der Viehbestand zurückgehen. Würde dadurch etwas erreicht für die Gesamtheit? Ich bin überzeugt, es würde eine schädliche Wirkung haben, weil gerade auf dem Gebiete der Schweinezucht anerkanntermaßen der kleine Mann die Mästung besser betreiben kann, als es in großen Wirtschaftsbetrieben geschieht. Dabei ist man auch viel weniger der Seuchengefahr ausgesetzt.

Diese ganze Frage haben wir schon früher eingehend erörtert, und die Stadtverordnetenversammlung war der Ansicht, wir sollten auf die Sache nicht eingehen. Ich muß nochmals darauf hinweisen, daß unser Rieselgut jetzt so verwaltet wird, wie es den finanziellen Interessen der Stadt entspricht. Wir sind nicht in der Lage, durch eigene Bewirtschaftung, durch Milchwirtschaft, Viehmästung oder Viehzüchterei auch nur annähernd das aus den Ländereien herauszuziehen, was wir jetzt als Pacht bekommen. Das sind jetzt 100 *M* pro Morgen, und es würde uns ein leichtes sein, über 100 *M* pro Morgen zu nehmen. Wenn man solche Beträge aus dem Lande erzielt, wäre es wunderbar, dem Prinzipie zuliebe diese Art der Nutzung aufzugeben und eine andere einzuführen. Da würden wir besser tun, aus den Erträgen einen Posten zum Vieheinkauf zu verwenden oder sonst die notleidende Einwohnerschaft der Stadt zu unterstützen. Ich gebe zu, daß in Zeiten der Not die Finanzlage nicht allein ausschlaggebend sein kann, aber ich wiederhole: auch in sachlicher Beziehung würden wir keinen Vorteil von der Einführung der Schweinemästung auf dem städtischen Rieselgute haben. Wer nicht gesehen hat, in welchem Umfange die Einwohner rings um das Rieselgut mit ihren Wagen das Futter auf den Gangstücken, das bei günstiger Witterung 5—6 mal in einem Jahre geschnitten werden kann, wegholen, der kann sich beim besten Willen kein Bild davon machen. Herr Riele aber weiß das, denn er sitzt in der Rieselgutdeputation. Deshalb wundere ich mich, daß er mit einem solchen Antrage hervortritt, bei dem nichts herauskommt.

Stadt v. Frede: Es sind hier Vorwürfe gegen die Kommission und auch gegen die Stadtverwaltung erhoben, die dahin gingen, daß die ganze Angelegenheit nicht schnell genug betrieben sei. Ich habe auch von den Erörterungen in andern Stadtparlamenten gelesen, die im August stattgefunden haben, aber das war zu einer Zeit, in der wir Ferien hatten. Es muß der Öffentlichkeit gegenüber doch festgestellt werden, daß in der allerfrühesten Zeit, wo wir Gelegenheit dazu hatten, dazu Stellung zu nehmen, in der ersten Sitzung nach den Ferien, hier die Sache besprochen ist und in der nächsten Sitzung, also heute, das Ergebnis seitens der Kommission vorliegt, und zwar ein positives. Wir konnten also wohl nicht schneller arbeiten, als es geschehen ist.

Mit dem, was die Kommission hier anheingegeben hat, kann man sich wohl in allen Stücken zufriedengeben. Es wäre mir allerdings lieber gewesen, wenn die Kommission sich nicht unter allen Umständen ablehnend gegen den Vertrieb von Seefischen von Seiten der Stadt ausgesprochen hätte. Wenn dabei hingewiesen wird auf den Allgemeinen Konsumverein, so ist das wohl richtig, aber es ist zu bedenken, daß sehr viele Einwohner, die auch in einer Vermögenslage sich befinden, die es wohl wünschenswert macht, daß in dieser Beziehung ihnen eine Erleichterung zugänglich gemacht wird, nicht dem Allgemeinen Konsumvereine angehören. Wir können auch nicht wissen, wohin die Verhältnisse noch treiben. Ich glaube, es wäre besser gewesen, wenn die Kommission beantragt hätte: Wir sehen einstweilen von dem Bezuge und dem Vertriebe von Seefischen ab, aber nicht unter allen Umständen.

Das Verhalten der Schlachtermnung ist mir allerdings auch etwas wunderbar erschienen. Ich habe die Verhandlungen der Innung gelesen und sage mir: Die Herren hätten besser getan, wenn sie nicht in allen Punkten sich negierend verhalten hätten. Man muß bedenken, daß sie, wenn sie den Verkauf bei einem Gewinn von 10 % übernehmen, nebenbei auch von ihren eigenen Erzeugnissen verkaufen. Bei dem Verdachte, der früher auf den Schlachtern lastete, wäre es gut gewesen, wenn sie guten Willen schon früher gezeigt hätten.

Herr Riefe hat sodann den Antrag bezüglich der Schweinemästerei eingebracht. Die Gründe dafür und dagegen sind schon so ausgiebig erörtert, daß sie wohl hinreichen, einen Beschluß zu fassen. Der Herr Oberbürgermeister hat aus technischen und aus Verwaltungsgründen dagegen gesprochen, und für mich ist auch maßgebend, daß die Ergebnisse einer Schweinezucht sich erst im nächsten Jahre zeigen würden, wenn vermutlich der Notstand schon behoben ist. Denn ich bin der Meinung, daß im nächsten Jahre die Verhältnisse ganz anders liegen werden als heute. Es muß doch darauf hingewiesen werden, daß der Mangel an Vieh, der eingetreten ist, durch die schlechte Futterernte des vorigen Jahres veranlaßt ist. Die

Leute haben aus Futtermangel ihr Vieh verkaufen müssen, und man konnte sich von vornherein sagen, daß in diesem Jahre hierin ein Notstand sich zeigen würde. Jetzt ist reichlich Futter da, besonders die Kartoffelernte, soweit sie für die Ernährung von Vieh in Betracht kommt, ist ausgezeichnet. Die Sachlage wird sich also bessern, und im nächsten Jahre, wo wir die Schweine aus einer Zucht auf dem Nieselgute auf den Markt bringen könnten, würde die Viehnot vorüber sein. Im übrigen sind die Gründe, die die Kommission und der Herr Oberbürgermeister angeführt haben, für mich völlig durchschlagend. Es ist nur zu wünschen, daß das, was die Kommission beantragt hat, recht bald Früchte trägt.

Der Ansicht des Herrn Wesemeier kann ich mich nicht anschließen, wenn er unter Bezugnahme auf die Unterernährung, die sich bei Schulkindern aus den unteren Kreisen gezeigt hat, zu einer dringenden Eile rät. Diese Unterernährung entspringt nicht allein und auch nicht zumeist aus einem geringen Fleischgenusse. Ich kenne sehr viele Kinder gut situierten Familien, die bis zu ihrem zwölften Jahre noch kein Fleisch genossen haben und sich in ausgezeichneten Verfassung befinden. Ich habe auch mit Ärzten über diesen Notstand gesprochen und von ihnen gehört, daß es ganz gut wäre, wenn eine Einschränkung im Fleischgenusse eintrete. Fleisch ist nicht unbedingt nötig zum Wohlbefinden des Körpers, wenigstens nicht in Menge genossen. Im übrigen möchte ich nicht weiter darauf eingehen, ich hätte sonst noch auf eigene Erfahrungen aus der Schule hingewiesen — es ist wirklich in dieser Hinsicht nicht so schlimm.

Stadtv. Niese: Den Vorwurf, den mir der Herr Oberbürgermeister macht, muß ich zurückweisen insofern, als sehr lange keine Sitzung der Nieselgutdeputation gewesen ist; die letzte war noch vor den Ferien, und die letzte Besichtigung des Nieselgutes war am 4. Juni — da konnte ich die Sache noch nicht zur Erwägung stellen. Nachdem sich aber der Notstand herausgestellt hat, lege ich Wert darauf, wie ich schon ausgeführt habe, daß wir die Mittel und die Gelegenheit nehmen, wo wir sie haben. So war es für mich am nächsten gegeben, anzuregen, auf dem städtischen Nieselgute diesen Versuch zu machen. Warum hat man die Milchwirtschaft dort fallen gelassen? Warum ist die Hammelherde auf dem Nieselgute abgeschafft? Es ist richtig, daß solch ein Schlag von $\frac{5}{4}$ Morgen, der zu 45 *M* eingesetzt war, heute 90 *M* einbringt. Wenn wir aber in der Weise vorgehen, wie ich vorgeschlagen habe, so wird das auf andere Gemeinden rückwirken. Was hindert denn die braunschweigische Regierung daran, daß sie bei der Verpachtung der 50 Kammerdomänen die Bedingung stellt: soundso viel Rindvieh und soundso viel Schweine sind jährlich großzuziehen. Dazu braucht man keine große Gesez-

gebungsmaschine, und dann hätten wir dasselbe Resultat, als wenn ein solches Gesetz existierte, von dem der Herr Oberbürgermeister sprach. Wenn die Herren, die darüber zu bestimmen haben, einen Einblick in die Verhältnisse des Volkes hätten, wenn sie am eigenen Leibe die Not zu verspüren hätten, so würden sie es so machen. Das würde auch weiter wirken, und dann würden nicht nur die paar hundert Schweine ins Gewicht fallen, sondern allgemein würden Staat und Gemeinde ihre Schuldigkeit tun. Wenn nun aber Herr Frede in das Fahrwasser der Scharfmacher und Junfer verfällt, die erklärt haben, daß das deutsche Volk zu fleischgefräßig wäre, und das damit begründet, daß der Fleischgenuß noch eingeschränkt werden müsse, dann muß das auf das Braunschweiger Publikum einen eigentümlichen Eindruck hervorrufen. Von einem Volksschullehrer, der auf diesem Gebiete nicht unbeschlagen ist, hätte ich diese Erklärung unbedingt nicht erwartet.

Auf diesem Gebiete vorzugehen, davon können mich auch die Gründe des Herrn Hartung nicht abbringen. So viel steht fest: Wir können das Rieselgut noch erweitern, sogar auf das preußische Gebiet hinaus; ich weiß, daß noch Land zur Verfügung steht. Dann könnte die Einrichtung recht gut geschaffen werden. Jeder Vertreter, der hier von der Kommune gewählt ist, hat die Verpflichtung, sein möglichstes dazu beizutragen, daß diese Kalamität der Fleischnot behoben wird; darum empfehle ich, eine Schweinemästerei einzurichten. Sollte sie in Wirklichkeit nicht rentabel sein und die Stadt zu viel zahlen müssen, dann kann immer noch Wandel geschaffen werden, wir hätten dann aber unsere Pflicht und Schuldigkeit getan. Charlottenburg, Schöneberg und andere Städte haben gleiche Einrichtungen geschaffen. Auch in Holland sind von den Gemeinden große Gehöfte eingerichtet, wo Schlachtvieh zur Verfügung steht, ebenso haben sie dort große Molkereien erworben. Wenn sich dort die Gemeinden selber helfen, so meine ich, wir müßten es auch tun.

Stadtv. Dr. Wolters: Herr Riese ist der Meinung, wir möchten hier zu dem Entschluß kommen, eine Mästung von Schweinen und eine Milchwirtschaft auf dem Rieselgute einzurichten. Ich bin sehr lange Jahre Mitglied der Rieselgutdeputation gewesen und habe die Meinung von Sachverständigen gehört. Wir haben auch schon in der Statutenkommission Gelegenheit gehabt, die Meinung von Sachverständigen zu hören, und ich glaube nicht, daß die Sachverständigen sich heute zu einer anderen Ansicht bekehrt haben. Mit den vorhandenen Baulichkeiten könnten vielleicht 200 Schweine gehalten werden. Was macht aber eine solche geringe Menge aus gegenüber dem Jahresbedarf in der Stadt Braunschweig von vielleicht 80—90 000 Schweinen? Würde man in dem Umfange, den Herr Riese im Sinne hat, Schweinemästerei auf dem Rieselgute einrichten, so müßte nicht nur an den

Banlichkeiten geändert werden, sondern es müßte das ganze Wirtschaftssystem, das seit 5—6 Jahren eingeführt ist, vollständig über den Haufen geworfen werden. Früher ist ziemlich das ganze Rieselgut in eigener Regie der Stadt bearbeitet worden und fast nichts verpachtet gewesen, jetzt ist das Gegenteil der Fall, und wir sehen, mit welchem glänzenden Erfolge. Wollen wir um dieses Punktes willen die großen Erfolge in Frage stellen? Es kommt hinzu: Bis wir eine solche Umänderung herbeigeführt haben, ist hoffentlich, ja mit Sicherheit zu erwarten, daß der gegenwärtige Notstand überwunden ist. Ehe wir dahin gekommen sind, eine Einwirkung auf den Viehmarkt zu erzielen, hat hoffentlich die gute Ernte diesen Punkt aus der Welt geschafft. Man müßte sich schon dazu entschließen, dauernd eine große Menge von Vieh zur Verfügung zu stellen, dann könnte man das gewaltige Risiko wagen. Ich glaube aber nicht, daß es angebracht ist, nun plötzlich zu dem alten System wieder überzugehen.

Den folgenden Punkt berührt auch eine Anregung des Herrn Dr. Jasper: es möchte eine Milchwirtschaft auf dem Rieselgute errichtet werden. Eine solche ist jahrelang in großem Umfange auf dem Rieselgute betrieben worden: aber sie ist aufgegeben aus dem Grunde, weil viel billiger Milch von den benachbarten Wirtschaften zu beziehen ist. Das liegt eben im Wesen des städtischen Betriebes, und das ist auch der Grund gewesen, weshalb der größte Teil der Ländereien verpachtet worden ist.

Sodann hat Herr Dr. Jasper angefragt, wie unsere Regierung vorgehen würde. Ich habe es in meinem Berichte kurz erwähnt, und zwar gestützt auf die Äußerung des Magistrats in der Statutenkommission. Es ist anzunehmen, daß die Herzogliche Staatsregierung ähnliche Maßregeln ergreifen wird wie die preussische Regierung, denn dies ist ja die Voraussetzung für die Stadt dafür, daß sie billiges Fleisch beziehen kann.

Andere Punkte sind bereits erledigt. Ich möchte auch, übereinstimmend mit Herrn Frede, betonen, daß bezüglich der Schnelligkeit der Beschlußfassung in der vorliegenden Angelegenheit nichts einzuwenden ist. Es ist sofort der Schlachthausausschuß in Aktion getreten, sofort ist die Fleischerinnung befragt, und der Magistrat hat seinerseits die erbetenen Auskünfte eingeholt. Ich wüßte nicht, in welcher Weise die Sache noch weiter zu beschleunigen gewesen wäre.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Noch ein paar Worte zu der Viehfrage. Ich mache zunächst darauf aufmerksam, daß wir die Milchproduktion seinerzeit, als ich das Ressort übernommen habe, eingestellt haben, weil Berechnungen ergaben, daß wir bei der Milchwirtschaft alle Jahre bares Geld zusetzten. Dieselbe Sache war

es auch mit der Haltung von Schafen auf dem Rieselfelde. Ich bin überhaupt der Ansicht, daß gerade diese ungünstigen Resultate, die die Landwirtschaft seit Jahren in bezug auf Viehzüchtung und -mästung gehabt hat, und die günstigen Resultate, die demgegenüber mit stärkerer Körnerproduktion erzielt sind, dahin geführt haben, daß die Fleisch- und Milchpreise so kolossal in die Höhe gegangen sind. Ich fürchte, daß eine wesentliche Herabsetzung der Fleischpreise in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu erzielen ist. Wie hier in der Stadt, so sind natürlich auch auf dem Lande alle Kosten gestiegen, besonders die Löhne, und die Produktion ist dadurch teurer geworden. Daß wir also so niedrige Preise wie früher wiederbekommen sollten, glaube ich nicht. Aber einen solchen Notstand, wie er augenblicklich herrscht, muß man natürlich zu beseitigen suchen, und darum ist mit Freuden zu begrüßen, daß Bayern und Preußen bei seiner Bekämpfung vorangegangen sind.

Die letzten Bemerkungen des Herrn Dr. Wolters wegen der Stellung des Staatsministeriums veranlassen mich, darauf hinzuweisen — ich hatte vorhin vergessen, Herrn Dr. Jasper in diesem Punkte zu antworten —, daß die Sache im Herzogtum Braunschweig doch anders liegt als in Preußen. Wir haben hier, soweit mir bekannt, Sperrverbote der Regierung gegen Einbringung von ausländischem Fleisch überhaupt nicht. Wenn also das Fleisch, welches wir kaufen, bzw. das Rindvieh, welches wir einführen wollen, die preußische Grenze vom Auslande her überschritten hat, dann kann es hier ohne weiteres herkommen. Es wird also Aufgabe des Magistrats sein, sich hier an das Ministerium zu wenden, damit dieses durch Vermittlung des Reichskanzlers oder des preußischen Ministers auch uns die gebotenen Vergünstigungen zuteil werden läßt, daß also Braunschweig auch anerkannt wird als eine der Großstädte, denen solche Vergünstigungen zuteil werden können.

Stadtv. Voeshigt: Ich habe schon in früherer Zeit, als ich noch nicht Mitglied der Rieselgutdeputation war, immer gegen die Art der Selbstverwaltung, wie sie vor zehn Jahren bestand, gekämpft. Nun bin ich wohl einverstanden mit der Ansicht des Herrn Riese, daß die Produktion von Vieh, wenn wir sie einrichten wollten, für unsere Großstadt jedenfalls von Vorteil wäre. Aber der Herr Referent hat ausdrücklich betont, daß die Statutenkommission anerkannt habe, daß die Viehhaltung auf unserem Rieselgute aus einem einfachen Grunde unmöglich wäre: Wenn man ein Geschäft anfängt, so will man doch seine Rechnung dabei finden. Es kann doch nicht einfach heißen: Das Rieselgut soll jetzt ohne Rücksicht auf den finanziellen Erfolg eine Schweinemästerei einrichten. Wenn allerdings keine Rentabilität dabei herauskommen soll, dann kann man alles machen. Aus dem vollen Beutel ist gut wirtschaften! Es kann aber doch nicht gesagt werden: Wirtschafte

nur ruhig zu, einerlei, ob du bei dem Vieh und bei der Milch zusehst! Auf dem Standpunkt stehe ich nicht. Ich habe mich gefreut, als nach meinem jahrzehntelangen Kampfe gegen die Verwaltung in eigener Regie, mit dem ich bei dem Herrn Oberbürgermeister Pockels nicht habe durchbringen können, der Herr Oberbürgermeister Ketemeyer meinen Angaben Gehör schenkte und die Selbstverwaltung im Interesse unseres Stadtfäckels aufgab. Die Herren werden mir recht geben, daß es mit Freuden zu begrüßen ist, daß die Erträgnisse aus dem Kieselgute bedeutend gestiegen sind. Nun sagt Herr Kiefe: Wo ist die Hammelherde? Er sitzt doch schon lange in der Kieselgutdeputation, und ich habe gewußt, ehe ich Mitglied der Deputation war, daß uns die Hammelherde auf dem Kieselgute mehr gekostet und mehr geschadet hat, als sie uns an barem Gelde eingebracht hat. Aus diesem Grunde ist sie abgeschafft. Wenn jemand in der Deputation sitzt und Interesse an der Verwaltung hat, so müßte er das doch wissen. Die Erträgnisse aus dem Kieselgute — das haben Sie aus dem letzten Etat gesehen — und auch die Pachten sind in die Höhe gegangen. Das mußte auch so kommen, denn die Großstadt dehnt sich aus und leßt hin haben Teile von Elper zum Gebiete der Stadt hinzugenommen werden müssen. Daß da die Pachten steigen, speziell in einem Rayon, wo die Konserveniindustrie so groß entwickelt ist, das ist selbstverständlich. Herr Kiefe sagt, eine Brennerei und eine Brauerei sei da am Plage, wo Viehzucht eingerichtet werden sollte. Wenn die hier eingerichtet werden sollten, dann wäre ich sofort dafür. Aber auf dem Kieselgute, wie es ist, eine Mästerei einzurichten, das würde mehr Geld kosten als es unserer Stadt einbringt. Einverstanden könnte ich dagegen mit dem sein, was der Herr Oberbürgermeister wollte, wenn er sagte: Lassen Sie uns lieber die Erträgnisse aus dem Kieselgute zur Unterstützung der Notleidenden unserer Stadt verwenden.

Mit Herrn Wesemeier bin ich der Ansicht, daß jeder Tag, der unnötig verloren geht, ohne der Bürgerschaft billiges Fleisch zu schaffen, zu beklagen ist. Darum würde ich es mit Freuden begrüßen, wenn morgen schon mit dem Verkauf von fremdem Fleisch begonnen werden könnte.

Stadtv. Wesemeier: Ich verstehe sehr gut den Standpunkt des Herrn Oberbürgermeisters, der rein vom finanziellen Gesichtspunkte der Stadt aus den Antrag Kiefe bekämpft, von dem Gesichtspunkte, daß wir aus dem Kieselgute bei der von Herrn Kiefe vorgeschlagenen Bewirtschaftungsform vielleicht — die Sache steht noch nicht einmal fest — nicht so viel Erträgnisse für die Stadtkasse erhalten wie jetzt. Etwas anderes aber ist es mit der Frage, was für die Volkswohlfahrt nützlicher ist. Ich brauche nur an unsere Braunschweiger Verhältnisse zu erinnern. Wir haben

hier eine ungeheure Menge von Gemüse und Konserven auf den Feldern angebaut. Die Volkswirte und Nationalökonomten haben schon häufig die Frage aufgeworfen, ob die Rübenbauerei, die einen so großen Umfang angenommen hat, und unsere Konserbepflanzung der Volkswohlfahrt ebenso dienlich seien wie der Getreidebau und die Viehzucht. Von diesem Gesichtspunkte der Volkswohlfahrt gehen wir aus bei unserm Antrage auf Einrichtung einer Viehmästung. Es wäre dieser Gesichtspunkt nach der angegebenen Richtung wohl erwägenswert, und die Einrichtung wäre durchzuführen, weil es durchaus unrichtig ist, was Herr Frede sowohl als auch der Herr Referent sagte, daß die vorjährige schlechte Ernte an der Fleischnot schuld sei. (Widerpruch des Herrn Dr. Wolters.) Der Herr Referent hat sich ähnlich so ausgedrückt, aber Herr Frede sprach es direkt aus. Die amtliche Statistik beweist direkt das Gegenteil. Wenn Herr Frede recht hätte, dann müßte der Fleischkonsum erst 1912 zurückgegangen sein, da die schlechte Futterernte 1911 gewesen ist. Ein Rückgang in den Schlachtungen ist aber 1911 schon erfolgt. Ich möchte Ihnen aus den Notizen, die ich mir aus dem Statistischen Jahrbuch des deutschen Reiches gemacht habe, und die ich Ihnen vorhin absichtlich nicht unterbreiten wollte, nachweisen, daß nicht die Ernte des vorigen Jahres schuld ist. Die Schlachtungen an Rindern betragen 1909 4 118 070, 1910 3 953 758, 1911 3 735 300 (382 770 weniger), an Kälbern in den genannten Jahren 5 144 011, 4 741 727, 4 577 982 (566 029 weniger), an Schafen 2 477 104, 2 434 011, 2 232 187 (243 917 weniger). Die Schweineschlachtungen haben allerdings zugenommen. Wir wollen ja aber erzielen, daß mehr Fleisch auf den Markt kommt und dadurch die Fleischpreise herabgedrückt werden.

Herr Frede sagte, daß es nicht möglich gewesen sei, schneller zu arbeiten, und Herr Dr. Wolters meinte daselbe. War es denn nicht möglich, vorauszusetzen, daß schon während der Zeit, in der wir in den Ferien waren, der Magistrat diesen Notstand erkannt und Vorarbeiten gemacht hätte, um die Stadtverordneten vor einen fix und fertigen Plan zu stellen? Ich glaube, der Magistrat hätte mit Eile und Recht von den Stadtverordneten voraussetzen können, daß sie seinem Antrage zustimmen würden. Hat es denn nicht erst unseres Antrages bedurft, um die Angelegenheit überhaupt in Fluß zu bringen? Da zu behaupten, daß schnelleres Arbeiten unmöglich gewesen sei, begreife ich nicht!

Herr Frede sagte auch, die Kinderkrankheiten würden durchaus nicht durch die Fleischnot beeinflusst. Ich sehe mich jetzt veranlaßt, die Stimme des Kreisarztes von Altena anzuführen:

Das amtliche „Altenaer Kreisblatt“ veröffentlicht einen Artikel des dortigen Kreisarztes Dr. Thomalla, in dem ein geradezu erschreckendes Elendsbild gezeigt wird.

Dieser Arzt stellt nämlich fest, daß in den Altenaer Volksschulen die Zahl der skrofulösen Kinder sich seit einem Jahre verdoppelt hat. Sie stieg in diesem Zeitraum von 20—40 Prozent auf 50—85 Prozent! Über die Gründe führt Dr. Thomalla aus:

„Hauptsächlich ist jedoch die mangelhafte und unzweckmäßige Ernährung hierfür verantwortlich zu machen und somit indirekt die jetzige Teuerung aller Lebensmittel, besonders des Fleisches. Soweit man es von der größten Anzahl der Schulkinder erfahren kann, ist Reibekuchen, Kartoffeln und Kaffee ihre Hauptnahrung. Erschreckend geradezu ist es, zu erfahren, wie wenig Fleisch gegessen wird. In den meisten Familien kommt nur Sonntags Fleisch auf den Tisch, in wenigen noch hier und da an Wochentagen, und nur vereinzelt wurde angegeben, daß täglich Fleisch gegessen wird.

Es ist sicher, daß es bei den heutigen abnormen Fleischpreisen den meisten Familien schwerfallen muß, täglich oder nur öfters in der Woche dieses wichtigste Nahrungsmittel zu beschaffen, trotzdem soll und muß es aber jeder einzelne ermöglichen, wenigstens seinen Kindern ausreichend Fleisch zukommen zu lassen. Man darf nicht vergessen, daß an den kindlichen Körper Wachstum, Entwicklung, und auch die Schule Anforderungen stellen, die verhältnismäßig bei weitem größer sind, als die an den fertig entwickelten Erwachsenen herantretenden. Ändert sich aber an der jetzt üblichen Ernährung der Schulkinder nichts, so wird unzweifelhaft die Skrofulose, diese Vorläuferin der Tuberkulose, immer weiter um sich greifen, die Zahl der bleichsüchtigen Kinder wird sich mehren, und alle diese unterernährten Körper werden den Unbilden der Witterung weniger Widerstand leisten können, werden den Gefahren der Übertragung von Infektionskrankheiten schutzlos gegenüberstehen.“

Das ist die Stimme eines beamteten Arztes! Ich weiß nicht, wie man dem gegenüber die Ansicht aufstellen kann, daß die jetzige Fleischnot den Kindern nicht schädlich sein kann.

Stadtv. Dr. Kleintrecht: Meine Herren. Daß die Schweinezucht und -Mästerei im Kleinbetrieb besser und erfolgreicher, auch billiger betrieben werden kann als im Großbetriebe, darüber sind wohl alle Sachverständigen einig. Es ist meine feste Überzeugung, daß, wenn wir recht viele derartige Kleinbetriebe hätten, wir der Fleischnot am besten steuern könnten, und von verschiedenen Seiten wird auch gerade dieses Mittel als das einzig mögliche bezeichnet. Wenn wir, wie der Herr Oberbürgermeister ausgeführt hat, einfach bestimmen könnten, daß auf jeden Hektar Landes poundsso viel Vieh gehalten werden muß, dann würde diese Not auch gehoben werden können. Nun haben wir aber darauf keinen Einfluß. Auf was aber wir von der Stadt Einfluß haben, ist, daß wir von unsern Pächtern auf dem

Rieselgute verlangen könnten, daß sie eine bestimmte Anzahl von Schweinen oder von Vieh überhaupt halten. Herr Dr. Wolters gab an, daß von uns aus etwa 200 Schweine auf dem Rieselgute gemästet werden könnten. Nun wäre mir interessant, zu erfahren, wieviel Schweine jetzt schon von den kleinen Leuten, die die Teile unseres Rieselgutes gepachtet haben, gehalten werden. Ich bin der Ansicht, daß von den kleinen Leuten jedenfalls eine größere Anzahl von Schweinen, und wahrscheinlich auch billiger, gehalten werden können, als durch das Rieselgut selbst. Ich bin deshalb überzeugt, daß es auf den Preis keinen Einfluß haben würde, mindestens keinen günstigen, wenn wir die Schweinemästerei selbst übernehmen würden. Man könnte aber sagen: „Es wird ein Vorteil für die Bewohner unserer Stadt dabei herauspringen; was gehen uns die Leute an, an die wir Parzellen verpachtet haben, sie gehören zum Teil nicht einmal zu unserm Bundesstaat!“ Jedenfalls stehen uns die Bewohner der Stadt Braunschweig näher, und wenn wir für diese einen billigeren Preis der Schweine dadurch bewirken könnten, daß wir selbst Schweinezucht anlegen, dann würde ich wohl für einen Versuch zu haben sein. Aber es ist uns von allen Seiten gesagt, daß das sehr fraglich erscheine. Auch der Herr Oberbürgermeister sagte: Wir haben davon, wie wir jetzt das Rieselfeld betreiben, einen größeren Nutzen, als wenn Schweinemästerei von uns betrieben würde, und er fügte ganz richtig hinzu, es wäre vielleicht besser, wenn wir von dem Ertragnis des Rieselgutes einen Teil zur Hebung der Notlage in der Stadt verwendeten. Man sollte das wohl überlegen. Im Prinzip ist es wohl sehr schön, wenn wir selbst etwas schaffen und einen Einfluß auf die Preisgestaltung gewinnen. Das ist aber wohl mehr in der Theorie als in der Praxis der Fall, und ich möchte deshalb vorläufig noch davor warnen, diese eigene Zucht und Mästerei jetzt einzurichten, so sympathisch sie mir auch sonst ist.

Was von Herrn Wesemeier betreffs der Fleischverarmung der Schulkinder gesagt und vorgelesen ist, und was Herr Frede erwähnte, so ist meine Meinung darüber, es haben wohl beide Herren recht. Wir haben eine Fleischnot oder wenigstens Fleishteuerung, darüber kann kein Zweifel sein, und daß darunter viele arme Familien und auch viele Kinder sehr zu leiden haben, ist richtig. In anderer Weise hat Herr Frede auch recht, daß in vielen Familien ganz bestimmt zu viel Fleisch gegessen wird. Die Herren wissen ja selbst, wie es in ihrer Jugend damit war, und es ist auch von medizinischer Seite festgestellt, daß der Mensch mit dem Genuß von weniger Fleisch auskommt, als jetzt üblich ist, und sich dabei gesundheitlich wohler befindet. Das hat aber mit dieser Fleischnot nichts zu tun. Es ist wohl mehr die theoretische Seite, in der Herr Frede recht hat, und in praktischer Hinsicht ist Herrn Wesemeier nicht unrecht zu geben.

Stadtv. **Frede:** Gegenüber dem kleinen Ausfall, den sich Herr Kiefe mir gegenüber geleistet hat, möchte ich erklären: Ich habe, wie den Herren gegenwärtig sein wird, die Fleischnot unumwunden zugegeben; es ist überhaupt selbstverständlich und überflüssig, das noch zu versichern. Mir ist jedes Mittel recht, um die Fleischnot zu beseitigen, und die Grenzen mögen geöffnet werden, wer weiß wie weit! Mir eine junkerliche Gesinnung unterzuschieben, ist also wohl nicht angebracht; ich betrachte das mehr als humoristisch.

Herr Wesemeier hat mir das Gutachten eines Arztes vorgehalten. Aber Herr Wesemeier wird wohl auch wissen, daß es nicht selten vorkommt, daß das Gutachten des einen Arztes durch den andern bekämpft wird, ebenso wie das Gutachten des einen Rechtsanwalts durch den andern. Die Gelehrten sind eben manchmal verschiedener Ansicht. Ich kann aus meiner Jugend sagen, daß bei uns nicht häufiger als alle acht Tage frisches Fleisch auf den Tisch kam, und ich habe mich ganz wohl dabei gefühlt. Ich meine also in dem Sinne des Herrn Dr. Kleinfnecht: Es kann eine Einschränkung des Fleischgenusses unbeschadet des leiblichen Wohles vorgenommen werden, und das ist auch ein Mittel, um über die Fleischnot hinwegzukommen.

Vorsitzender: Ich möchte doch vorschlagen, daß wir diese theoretischen Fragen aus der Debatte lassen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Gelehrten sind sich nicht einig, nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch hier im Saale. Die Gegner meiner Freunde nehmen einen verschiedenen Standpunkt in ihrer Meinung über die Dauer der Notlage ein. Die einen meinen, es sei eine vorübergehende Erscheinung, die andern, es sei ein dauernder Zustand. Speziell der Herr Oberbürgermeister sagte, daß wir zu den früheren billigen Preisen nicht wieder zurückkehren würden. Ich möchte doch darauf hinweisen, daß wir uns einstimmig mit dem Magistrat zu dem Grundsatz bekannt haben: die Zölle und Grenzperren sind die Quelle, woraus die Fleischnot entspringt, nicht die diesjährige Ernte, sondern diese gesetzgeberischen und die Verwaltungsmaßnahmen. Wenn es eine vorübergehende Erscheinung sein soll, so muß ich annehmen, daß die Herren, die sonst in den allgemeinen Wahlangelegenheiten Ihre Freunde sind, anderer Meinung werden, soweit der Reichstag in Betracht kommt, und daß nicht nur die Bundesratsstimme von Schwarzburg-Rudolstadt, sondern auch unsere beiden Stimmen im Bundesrat einer gesetzgeberischen Maßnahme auf die Dauer geneigt sein werden. Vielleicht sind Sie darüber unterrichtet, wie die braunschweigischen Bundesratsstimmen instruiert sind? Sollte das eintreten, so gebe ich Ihnen ohne weiteres recht; dann sind derartige Maßnahmen, wie sie Herr Kiefe angeregt hat, nicht so dringend von uns zu befolgen. Ich wage aber trotz der

besseren Kenntniß, die die Herren haben wollen, ein Fragezeichen dahinter zu setzen, und möchte, da eine Klärung über die Gedeihlichkeit des Antrages Riefe — sei es in der Form der Mast auf dem Rieselgute selbst oder in anderer Weise, etwa in der von Herrn Dr. Kleinfnecht angeregten Form — hier nicht gewonnen werden kann, und die Ergebnisse der andern Städte mit ihrem Vorgehen, das in stetem Umfange im letzten Jahre breiter geworden ist, nicht vorliegen, bitten, den Antrag Riefe nicht — wie es den Anschein hat — abzulehnen, sondern der Rieselgutdeputation, die Sachverständige zu Rate haben soll, zu überweisen oder dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, damit in der Weise eine Klärung geschaffen werden kann. Denn es ist nicht von der Hand zu weisen, daß gerade andere Städte in dieser Weise vorgegangen sind, und wenn der Nothstand dauernd ist, müssen wir auch dauernd ihm begegnen.

Dann hat mich die Auskunft des Herrn Oberbürgermeisters hinsichtlich des Sperrverbotes nur halb befriedigt. Ich habe nicht vernommen, ob bereits Verhandlungen, sei es seitens des Magistrats oder seitens der Herzoglichen Staatsregierung mit Preußen in die Wege geleitet sind, um eine derartige Durchführung, wie sie von der Statutenkommission vorgeschlagen ist, zu verwirklichen. Darüber ist sich auch die Statutenkommission einig geworden, wenn ich Herrn Dr. Wolters recht verstanden habe: Man will unter allen Umständen Fleisch, entweder in lebenden Tieren oder in geschlachtetem oder konserviertem Zustande beschaffen, auch dann, wenn die Schlachterinnung einen Zurückzieher macht. Das muß unzweideutig zum Ausdruck gebracht werden. Schnelle Hilfe ist nur möglich, wenn auch die andern Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und unserer Regierung gleich in die Hand genommen werden. Im Sinne des Herrn Wesemeier möchte ich anregen, den Schlachtern den Ernst des Willens der städtischen Behörden kundzutun und ihnen zu sagen: Wir machen es mit oder ohne euch; wenn ihr Nutzen davon haben wollt, dann ist es jetzt Zeit! Es wäre auch eine Frist anzusetzen, bis zu welcher das Fleisch beschafft werden soll, denn allzulange darf die Sache nicht währen, schon wegen der Konjunktur, wegen des Vorgehens der verschiedenen städtischen Verwaltungen. Es kommt da eine Hauffe zustande, und wenn wir zu spät aufstehen, kann es kommen, daß der Markt schon abgegrast ist und die Verhältnisse nicht mehr einen so günstigen Einkauf ermöglichen. Die Stadt Hannover soll bei ihrem Einkaufsversuch recht ungünstige Erfolge gehabt haben, deshalb ist Eile jedenfalls geboten.

Stadtv. **Riefe** (als Antragsteller): Ich habe weiter nichts zu erwidern, als daß auch Herr Voeschig mit seinem Vorwurfe vorbeischießt, denn es ist nicht richtig,

daß ich schon in der Rieselgutdeputation saß, als der Herr Oberbürgermeister Pockels im Amte war. Richtig ist nur, daß ich jedes Jahr mich darum gekümmert habe; in der Deputation bin ich erst seit zwei Jahren. Wenn ich gefragt habe: Wo ist die Hammelherde geblieben? so bin ich natürlich überzeugt davon, daß sie niemand gestohlen hat, aber ich konnte auch da keine Aufklärung bekommen. Wenn ich in der Kommission gewesen hätte, dann hätte ich auch gewußt, ob das rentabel ist oder nicht. Sie wissen es nicht und ich auch nicht, denn diese Details sind uns hier nicht gegeben, und ich mache auch keinem einen Vorwurf daraus.

Stadtv. Dr. Wolters (als Berichterstatter): Der zweite Antrag der Statutenkommission ging dahin: die geehrten Herren möchten beschließen, daß die Aufzucht und Mästung von Schweinen nicht in Angriff genommen werden soll, und diesem Antrage der Statutenkommission steht der Antrag Riefe entgegen. Wenn der Antrag Riefe zur Annahme kommen soll, dann müßte zunächst der Antrag der Statutenkommission abgelehnt werden. Ich bitte, den Antrag der Statutenkommission zunächst zur Abstimmung kommen zu lassen.

Vorsitzender: Ich schlage vor, daß wir zuerst über die übrigen Sachen abstimmen und dann über die beiden entgegenstehenden Anträge. Ich fasse zusammen: Wir beschließen:

1. daß vor der Hand (das nehme ich an) dem stadtseitigen Verkaufe von See-
fischen nicht wieder nähergetreten werden soll,
2. daß dem Magistrate ein unbeschränkter Kredit zur Verfügung gestellt wird,
 - a) um die Einrichtung von Viehmärkten auch schon vor Eröffnung eines
städtischen Viehhofs in die Wege zu leiten,
 - b) zum Ankauf von lebendem Vieh und von Fleisch. Es wird dabei aus-
drücklich hervorgehoben, daß der Verkauf von Fleisch an erster Stelle
durch Vermittlung von hiesigen Fleischern vorzunehmen ist. Wird aber
keine Verständigung darüber mit der hiesigen Fleischerinnung erzielt,
so soll das Fleisch stadtseitig in der Markthalle zum Verkauf gestellt
werden.

Die von dem Herrn Vorsitzenden zusammengefaßten Punkte werden einstimmig angenommen.

Vorsitzender: Nun kommt die Mästungsfrage. Die Kommission schlägt vor, von der Mästung von Schweinen und Rindvieh auf dem Rieselgute abzusehen, und Herr Riefe hat den Antrag gestellt, eine Mästerei wieder einzurichten.

Stadtv. Voeschigt: Herr Kiefe hat den Antrag gestellt, eine Schweinemästerei auf dem Kieselgute einzurichten. Es könnten die geehrten Herren ja auch sagen: Wir wollen an einer andern Stelle eine Schweinemästung errichten.

Vorsigender: Ich glaube, es könnte sich doch nur darum handeln, daß die Mästerei auf dem Kieselgute eingerichtet wird. Herr Dr. Jasper wünscht, wenn ich ihn recht verstanden habe, daß wir den Antrag Kiefe nicht einfach annehmen oder ablehnen, sondern uns auch darüber schlüssig machen, ob wir ihn dem Magistrat oder der Kieselgutdeputation zur Klärung überweisen wollen. Ich werde also abstimmen lassen 1. über die Annahme, 2. über die Ablehnung, 3. über die Überweisung.

Stadtv. Dr. Jasper: Ist nicht die Fragestellung so richtiger: Zunächst: wir wollen annehmen, 2. wir wollen überweisen, 3. wir wollen ablehnen. Bei der andern Fragestellung wird der Antrag auf Überweisung gleich guillotiniert. Die Annahme des ersten erfordert neue Maßnahmen und die des mittleren läßt wenigstens die Prüfung offen.

Vorsigender: Die Reihenfolge der Abstimmung ist in gewisser Weise immer präjudizierend für die folgenden.

Bei der nun folgenden Abstimmung sind 6 Stimmen für Annahme des Antrags Kiefe, 13 von 24 Stimmen für Überweisung des Antrags. Dieser letzte ist somit angenommen, und der Kommissionsantrag, auf dem Kieselgute mit der Aufzucht und Mästung von Schweinen und Rindvieh Versuche nicht wieder zu unternehmen, kommt deshalb nicht zur Abstimmung.

2. Erhöhung des dem Verein für Gesundheitspflege gewährten Zuschusses für die von ihm unterhaltene Auskunfts- und Fürsorgestelle.

Stadtv. Mohr: Der Stadtmagistrat teilt uns in einem Schreiben vom 3. September mit, daß der Vorstand des Vereins für Gesundheitspflege, dem in der vorjährigen Januaritzung der Stadtverordneten bis auf weiteres ein Zuschuß von 1500 M für die Kosten der Unterhaltung einer Auskunfts- und Fürsorgestelle zur Bekämpfung der Tuberkulose bewilligt worden ist, mit der Bitte an ihn herangetreten sei, diese Unterstützung auf 2000 M zu erhöhen. Die Auskunfts- und Fürsorgestelle ist, wie die Herren wissen, im November vorigen Jahres in den vom

Staate zur Verfügung gestellten Räumen des Hauses An der Katharinenkirche 2 errichtet und Herr Dr. med. Hollmann mit dem ärztlichen Dienste hierfür betraut. Die Inanspruchnahme der Stelle ist fast ununterbrochen gestiegen, und Anfang April d. J. hat sie ihre Tätigkeit auch auf Diphtherie, Scharlach, Typhus und andere ansteckende Krankheiten ausgedehnt. Eine Fürsorgeschwester besucht regelmäßig die Familien, von denen derartig Erkrankte polizeilich gemeldet sind, sie bearbeitet und überwacht die fortlaufende Desinfektion und gibt in vielen Fällen an, auf welche Räume sich die Schlußdesinfektion zweckmäßigerweise zu erstrecken habe. Sie hat hierzu im April 53, im Mai 162, im Juni 147, im Juli 119 Besuche gemacht. Der Stadtphysikus, wie auch der Stadtarzt Sanitätsrat Dr. von Holwede und der Kreisbranddirektor, der die Oberaufsicht über die Desinfektionen führt, äußern sich übereinstimmend dahin, daß diese Tätigkeit der Stelle eine sehr willkommene Verbesserung ist und die amtlichen Maßregeln wirksam unterstützt. Da dem Verein durch die erhöhte Besoldung der Fürsorgeschwester und durch sachliche Aufwendungen Mehrausgaben entstehen, zu deren Deckung er nicht imstande ist, so hält der Magistrat die gewünschte Erhöhung des Zuschusses in Anbetracht der willkommenen Verbesserungen für gerechtfertigt und richtet an die Versammlung das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. April d. Js. ab an den Verein für Gesundheitspflege als Zuschuß für die Fürsorgestelle statt 1500 *M* 2000 *M* aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen gewährt werden.

Die Finanzkommission hat ohne Debatte sich für diese Erhöhung erklärt und empfiehlt Ihnen durch mich, sich dem Magistratsantrage anzuschließen.

Stadttrat von Franckenberg: Auch ich bitte Sie, den Magistratsantrag anzunehmen. Der bisherige Verlauf der Geschäfte dieser Stelle hat deutlich bewiesen, wie zweckmäßig es war, daß die geehrten Herren unserm Vorschlage zustimmten, den Verein für Gesundheitspflege zum Träger der Einrichtung zu machen und sie nicht in eigene städtische Verwaltung zu übernehmen. Die größere Bewegungsfreiheit, die der Verein bei der Einrichtung hatte, hat sich, wie die geehrten Herren aus dem Berichte schon haben entnehmen können, sehr gut bewährt, indem es dadurch möglich gewesen ist, daß der Verein den Rahmen der Fürsorge schon weiter ausgedehnt hat, ohne an behördliche Vorschriften gebunden zu sein. Nachdem sich diese Einrichtung ein halbes Jahr lang bewährt hat, kann man getrost den Schritt tun, den der Magistrat wünscht, indem man dem Verein eine Erhöhung des Zuschusses um 500 *M* bewilligt.

Die Erhöhung des Zuschusses wird beschlossen.

3. Bewilligung eines Beitrages an den Ortsausschuß für Vortragskurse.

Stadtv. **Leue**: Die hiesige Handelskammer trägt sich mit dem Gedanken, in späteren Jahren hier Vortragskurse einzurichten, die der wissenschaftlichen Ausbildung der erwerbstätigen Stände dienen sollen. Ehe die Handelskammer in die Verwirklichung dieser Idee eintritt, glaubt sie den Gedanken in eine größere Öffentlichkeit tragen zu sollen. Es hat sich bereits ein Ortsausschuß gebildet, der versuchen wird, weiteren Schichten des Publikums wissenschaftliche Vorträge in allgemein verständlicher Form zu bieten. Ich möchte einige der Vereine, die dem Ausschuß angehören, nennen: Kaufmännischer Verein Union, Rabattsparverein, Verein deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Deutscher Bankbeamten-Verein, Innungs-Ausschuß, Braunschw. Bezirksverein deutscher Ingenieure, Ortsverein Braunschweig im Verbande mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten, Bund der technisch-industriellen Beamten, Kaufmännischer Verein weiblicher Angestellter usw. Von den in Aussicht genommenen Vorträgen führe ich als Beispiele an: Prof. Lübbe: Städtebau und Siedelungsweise, Geheimrat Prof. Meyer: Einführung in die künstlerische Kultur Braunschweigs im 17. und 18. Jahrhundert, Prof. Dr. Evers: Einführung in die Meisterfinger, Dr. Kanter: Probleme der Sozialpolitik, Prof. Schlief: Luftschiffahrt und Flugwesen. Die Unkosten sollen zunächst durch das Eintrittsgeld gedeckt werden, indem diejenigen, die zu den veranstaltenden Vereinen gehören 30 Pf., andere Zuhörer 50 Pf. zahlen sollen. Man glaubt aber, daß dadurch die Kosten nicht ganz gedeckt werden, und aus diesem Grunde wendet sich der Ortsausschuß an den Stadtmagistrat, ihm den Altstadtrathausaal für einzelne Vorträge zur Verfügung zu stellen und ihm eine Garantiesumme von 500 M zu bewilligen. Diese 500 M sollen also nur so weit zur Deckung der Kosten verwendet werden, als die Eintrittsgelder hierfür nicht ausreichen.

Die Finanzkommission hat sich mit der Frage befaßt. Die Gesamtheit der Kommission, soweit deren Mitglieder anwesend waren, stand der Sache sympathisch gegenüber, hielt derartige Kurse für wohl angebracht, aber trotz der großen Sympathie, die sich zeigte, glaubte die Mehrheit doch die Bewilligung dieser Summe nicht empfehlen zu sollen, und zwar von dem Gesichtspunkte aus, daß es hier eine private Vereinigung ist, die derartige Vorträge veranstalten will, und mit demselben Recht demnächst auch eine andere Vereinigung kommen könnte, um eine Unterstützung zu erbitten. Es würde sehr schwierig sein, da das Richtige zu treffen. Es wurde hervorgehoben, daß derartige Vorträge schon von anderen Personen, bezw. Korporationen in die Wege geleitet werden, z. B. vom Bürgerverein, und der Erfolg habe nicht immer den Erwartungen entsprochen. Auch die hiesige Volks-

lesehalle verfolge mit ihren Vorträgen ähnliche Ziele, und man glaubte, daß es damit zunächst sein Verwenden haben solle. — Ich betone nochmals, nicht der Grund, daß die Kommission derartige Vorträge etwa nicht für zweckmäßig oder empfehlenswert hielt, sondern lediglich formelle Bedenken haben die Kommission zu dem Beschlusse geführt, Ihnen durch mich zu empfehlen, die Bewilligung nicht auszusprechen.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine Herren. Der Herr Referent unterstrich, möchte ich sagen, in seinem Berichte das Wort „private Veranstaltung“, als ob das ein ausreichender Grund für die Ablehnung wäre. Nun frage ich: Wenn der Magistrat seinerseits mit dem Antrage käme, er wolle derartige Vorträge auf Rechnung der Stadt hier veranstalten — was natürlich erheblich mehr Kosten verursachen würde —, was würde dann die Kommission sagen? Würde sie dann die Bewilligung empfehlen? Ich glaube, daß es eine private Veranstaltung ist, kann nicht der Grund sein, die Bewilligung zu verweigern. Auch durch den andern Grund, den der Herr Referent angeführt hat: es könnten noch andere kommen und auch Unterstützung für Abhaltung von Vorträgen verlangen, kann die Ablehnung nicht genügend begründet werden. Wir werden selbstverständlich von Fall zu Fall prüfen müssen. Kommen wir zu der Ansicht, er eigne sich nicht zu einer Unterstützung, dann lehnen wir sie ab. Wenn ich im übrigen in die Etats anderer Großstädte hineinschreibe und überblicke, was dort zur Hebung des geistigen Lebens ausgegeben wird — ich will von Frankfurt am Main gar nicht sprechen —, dann glaube ich ohne weiteres sagen zu können, daß, abgesehen von den Ausgaben für die Volksschulen, der Magistrat Ihnen nicht mit allzugroßen Ausgaben hierfür kommt. Nun ist der vorliegende Antrag vom Magistrat befürwortet. Wenn sie diese geringe Summe ablehnen würden, so würde das doch den Eindruck erwecken, als ob Sie es nicht für richtig hielten, daß unserer Einwohnerschaft derartige teils interessante, teils auch nützliche Vorträge zu billigem Preise geboten werden. Deshalb möchte ich Sie bitten: Lassen Sie Ihre Kommission diesmal ruhig im Stich; Sie haben es in andern Fällen auch schon getan.

Vorsigender: Ich halte auch die Quelle, aus der die Unterstützung kommen soll, nicht für die richtige. Es ist doch wohl nicht angebracht, daß diese unselbige Umsatzsteuer, die zur Hebung des Kleingewerbes und des Handwerks dienen soll, diese Mittel hergibt. Doch darüber würde man ja hinwegkommen können.

Stadtv. Frede: Ich bitte auch, die Summe zu bewilligen. Es ist hier nicht entscheidend, daß es eine private Veranstaltung ist, die an uns mit der Bitte heran-

tritt. Es ist sehr zu begrüßen, daß private Herren sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Hauptsache ist, daß für das allgemeine Wohl gearbeitet wird. Da müssen wir wohl alles willkommen heißen, was hierzu beiträgt, und dürfen es nicht ununterstützt lassen.

Stadtv. Dr. Kleinfnecht: Auch ich möchte bitten, der Kommission nicht zu folgen, sondern die 500 *M* zu bewilligen. Es ist wirklich mit Freuden zu begrüßen, wenn solche allgemein zugänglichen Vorträge gehalten werden. Wenn auch in der Kommission gesagt wurde, daß der Besuch solcher Vorträge meist nicht so lebhaft ist, wie er zu wünschen wäre, so ist es trotzdem zu schätzen, wenn sich Personen und Vereine finden, die solche Vorträge veranstalten. Es kommt nicht auf die Menge an, die diese Vorträge besucht, sondern darauf, daß die Besucher auch wirklich etwas davon haben. Ich glaube, wir würden uns auf den verkehrten Standpunkt stellen, wenn wir zu diesen Vorträgen, die eine geistige Bildungsmöglichkeit geben, nichts beitragen wollten. Wenn später andere Vereine mit ähnlichen Wünschen kommen würden, so sehe ich keinen Grund, warum wir nicht auch diesen einen Zuschuß geben sollten. Ich bitte diesen Zuschuß zu gewähren.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte die geehrten Herren daran erinnern, daß sie für die Veranstaltung von Meisterkursen durch die Handwerkskammer einen Betrag von 1000 *M* bewilligt haben. Hier wird etwas Ähnliches geboten, aber nicht nur für die Handwerksmeister, sondern auch für die Kleinkaufleute und die Beamten. Aus der Eingabe geht hervor, daß sich auch der Innungsausschuß an der Sache beteiligt. Wenn damals 1000 *M* gewährt sind und diesmal für die genannten Gruppen unter Hinzuziehung aller derjenigen, die noch Interesse an den Vorträgen haben, 500 *M*, so ist das eine bescheidene Summe. Ich möchte die Bewilligung warm empfehlen.

Stadtv. Leue: Zunächst möchte ich dem Herrn Oberbürgermeister erwidern, wenn er fragt, wie die Stadtverordneten sich verhalten würden, falls der Magistrat solche Vortragskurse veranstalten wollte und einen bezüglichen Antrag stellt: So gut wie der Herr Oberbürgermeister sagt, wenn später noch einmal ein Privater käme, so würde der Magistrat in Prüfung ziehen, ob die Unterstützung gewährt werden solle, ebenso antworte ich: Wenn der Magistrat mit einem Antrage käme, so würden die Stadtverordneten in Erwägung nehmen, ob dem Magistrat hierfür eine Summe zu bewilligen sei oder nicht.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, daß die Kommission — ich habe hier als Referent gesprochen, meine persönliche Meinung tut nichts zur Sache — sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Bestrebung an und für sich durchaus zu billigen ist, und nur formelle Bedenken sind es gewesen, die zu einer Ablehnung geführt haben. Herr Dr. Kleinfnecht sagte: Wenn wieder eine Vereinigung komme, die belehrende und unterhaltende Vorträge bieten wolle, so könne eine Unterstützung auch da bewilligt werden. Darin eben erblickt die Kommission die Schwierigkeit, zu entscheiden: Sind die Vorträge, die andere private Vereinigungen veranstalten, allgemein bildend und belehrend, oder haben sie andere Tendenzen. Diese Schwierigkeit wollte die Kommission vermeiden, und von diesem Gesichtspunkte aus muß ich den Antrag der Kommission hochhalten.

Für den Kommissionsantrag stimmen 11 von den anwesenden 25 Stadtverordneten. Der Kommissionsantrag ist damit abgelehnt und die 500 *M* bewilligt.

4. Genehmigung des Projekts über den Ausbau der Infanteriestraße.

Stadtv. **Riete**: Nachdem wir uns am 23. Mai mit dem Ausbau der zwischen Hagen- und Kasernenstraße liegenden Infanteriestraße als Ortsstraße für Rechnung des Schlachthauskierarztes Meyer einverstanden erklärt haben, geht uns heute das Projekt nebst Kostenanschlag dafür mit dem Ersuchen um Genehmigung zu. Eine Berechnung des Einheitsbeitrages ist nicht erforderlich, da dritte Anlieger nicht in Frage kommen. Die Straße ist in folgender Weise projektiert:

Die Straße soll in einer Breite von 16 m derart ausgebaut werden, daß 8 m auf die Fahrbahn und je 4 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Der Fahrweg soll mit Kleinpflaster auf chaussierter Unterlage befestigt und von den Fußwegen durch Granitbortquader getrennt werden. Im Zuge des westlichen Fußweges der Hagenstraße soll ein Übergangsweg aus Reihen-Pflastersteinen angelegt und die Fußwege mit 1,80 m breiten Zementplatten belegt werden, auch soll auf jedem Fußwege eine Baumreihe angepflanzt werden. Die Kosten betragen insgesamt 16 000 *M*.

Die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Der Name Infanteriestraße ist schon vor einiger Zeit von unserm Herrn Vorsitzenden als nicht sehr geschmackvoll bezeichnet worden. Ich habe dieselbe Empfindung, und aus dem Publikum ist mir von verschiedenen Seiten

dasſelbe Urteil ausgeſprochen. Ich möchte doch dem Magiſtrat zur Erwägung anheimſtellen, ob es nicht möglich iſt, dieſen keineswegs ſchönen Namen im nächſten Jahre umzuändern.

Vorſitzender: Ich möchte dazu perſönlich bemerken, daß mir die Mitteilung geworden iſt, die Vermietung der Wohnungen in der Infanterieſtraße litte geradezu unter dieſem häßlichen Namen. Wir haben ja bei der Namensgebung für die Straßen nicht mitzuſprechen und können es nur als Wuſch ausſprechen, daß der Magiſtrat dieſen Namen noch ändern möge.

Ich bitte diejenigen Herren, die dem Ausbau der Straße mit dem unangenehmen Namen in der vorgetragenen Weiſe zuſtimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geſchieht.) Das Projekt iſt genehmigt.

5. Überweiſung der Schulküche an der Wilhelmſtraße an die Städtiſche Mädchen=Fortbildungſchule.

Stadtv. Dr. Kleinknecht: Die neuerbaute Schulküche in der 1. mittleren Mädchenbürgerſchule an der Wilhelmſtraße war anfänglich dazu beſtimmt, für die Konfirmandinnen dieſer Schule und zugleich auch für die in demſelben Hauſe untergebrachten jungen Mädchen der Fortbildungſchule zu dienen. Die Hausaltungsabteilung der Mädchenfortbildungſchule hat ſich nun im lezten Jahre ganz erheblich vergrößert, und voraussichtlich wird ſie ſich im nächſten Jahre noch weiter vergrößern, da außer dem Jahreskursus noch ein Halbjahreskursus eingeführt werden ſoll. Die Küche wird deſhalb während des größten Teiles der Wochentage von der Mädchenfortbildungſchule benutzt werden müſſen, und deſhalb iſt von der Leiterin der Schule und von dem Herrn Schuldirektor Profeſſor Dr. Rehfus als wünſchenswert bezeichnet, daß die Küche allein für die Mädchenfortbildungſchule reſerviert wird und die Konfirmanden der 1. mittleren Mädchenbürgerſchule, die biſher ihren Küchenunterricht in der Schule an der Reihsſtraße erhielten, dort beſaſſen werden. Dann würde die Schulküche an der Wilhelmſtraße nicht überbürdet werden und die an der Reihsſtraße würde regelmäßig weiter benutzt, während letztere ſonſt, wenn die Konfirmandinnen der 1. mittleren Mädchenbürgerſchule auch in der Küche an der Wilhelmſtraße Kochunterricht erhielten, viel zu wenig benutzt werden würde. Außerdem hat es ſich nicht als zweckmäßig erwieſen, daß die jungen Mädchen in der Fortbildungſchule abwechſelnd in derſelben Schulküche mit den Konfirmandinnen der mittleren Bürgerſchule unterrichtet werden, weil die Fortbildungſchülerinnen, die ſchon etwas intelligenter ſind und etwas vorſichtiger mit dem Geſchirr

umgehen, Porzellangeschirr erhalten, während die Konfirmandinnen Emailgeschirr bekommen. Für Anschaffung des Geschirrs und für einen Schrank zur Aufbewahrung desselben ist ein Betrag von 280 *M* veranschlagt. Der Magistrat bittet nun die Stadtverordneten, 1. ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die Verteilung dieser Küchen in der angegebenen Weise stattfindet, und 2. die 280 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds zu verwilligen. — Die Schulkommission ist mit dem Vorschlage einverstanden und empfiehlt Ihnen, beiden Punkten zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

6. Änderung der für Kraft- und Pferdedroschken erlassenen Taxen.

Stadtv. Dr. **Boge**: Die Herzogliche Polizeidirektion beabsichtigt, die Taxen für Kraft- und Pferdedroschken in einigen Punkten zu ändern, und der Magistrat wünscht, ehe er sich darüber entscheidet, von uns eine gutachtliche Äußerung über diese Änderung. Es werden folgende Änderungen der Kraftdroshkentaxe gewünscht:

Bei Taxe 3 soll es statt der jetzigen Bestimmung: „Außerhalb des Stadtbezirks am Tage, nachts innerhalb und außerhalb des Bezirks (siehe Zuschläge)“ heißen „Nach auswärts am Tage, innerhalb und außerhalb des Stadtbezirks bei Nacht.“ Es ist das eine Änderung, die klarstellen soll, daß in diesen Zeiten und nach diesen Richtungen hin die Taxe für die ganze Strecke in Anwendung kommt.

Ferner wird eine zweite Änderung gewünscht dahin, daß die Zuschläge von 25 und 50 Pf. je nach der Personenzahl bei den Nachtfahrten ganz fortfallen.

Eine dritte Änderung ist die, daß es wegen der Wartezeit heißen soll: „Vor Beginn der Fahrt: die ersten 8 Minuten frei, im übrigen je 4 Minuten 20 Pf.“, während früher eine Gebühr von 10 Pf. festgesetzt war. Es soll durch diese Änderung klargestellt werden, daß nur einmal vor Antritt der Fahrt eine Wartezeit von 8 Minuten nichts kostet, während spätere Wartezeiten bezahlt werden müssen. Diese Erhöhung des Preises bei der Wartezeit soll dem Droschkenbesitzer einen Ausgleich geben für den Fortfall der Zuschläge bei Nachtfahrten.

Schließlich soll eine weitere Bestimmung Klarheit über die Beförderung von Kindern bringen. Die Bestimmung soll heißen: „Ein Kind unter 10 Jahren in Begleitung Erwachsener ist frei zu befördern, zwei Kinder gelten als ein Fahrgast, drei oder vier Kinder als zwei Fahrgäste usw.“

Bei der Taxe für die Pferdedroschken soll lediglich die Bestimmung wegen der Wartezeit und wegen der Kinder geändert werden. Die beiden Bestimmungen sollen ebenso heißen wie bei der anderen Droschenart.

Die Kommission gibt anheim, sämtlichen Änderungen, die größere Klarheit bringen, zuzustimmen.

Die Versammlung schließt sich in ihrem Gutachten den vorgetragenen Vorschlägen an.

7. Überdachung des Kühlhalleneingangs auf dem Schlachthausgrundstücke.

Stadtv. Meyerhoff: Es hängt hier ein Plan aus, der zeigen soll, wie die Ausführung der Arbeit gedacht ist. — Es ist schon seit langer Zeit der Wunsch der Schlachterinnung, daß eine Überdachung des Kühlhalleneingangs vorgenommen wird, damit das Fleisch beim Hereinbringen in die Kühlhalle und beim Herausbringen aus derselben nicht bestaubt wird und bei Regenwetter vor Nässe geschützt ist, damit auch die Fuhrwerke bei Regen und Schnee nicht im Freien zu stehen brauchen. Es ist schon früher ein Projekt ausgearbeitet gewesen, welches einen größeren Überbau in Aussicht nahm. Davon ist der Kosten wegen vorläufig abgesehen, und es soll jetzt erst ein kleinerer Überbau ausgeführt werden, wofür 6500 *M* aus dem Vorratsvermögen der Schlachthauskasse zu bewilligen sind. In dem Berichte sagt der Herr Schlachthausdirektor Koch, daß das größere Projekt wohl vorläufig zur Seite zu stellen wäre, weil in nächster Zeit das Vorratsvermögen der Schlachthauskasse durch Erbauung des Viehhofs sehr in Mitleidenchaft gezogen werden würde. Die Schlachthausdeputation und die Fleischerinnung hat sich mit der Vorlage einverstanden erklärt.

Das Projekt und der Kostenanschlag sind von der Baukommission geprüft; sie gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Stadtrat von Frankenberg: Meine Herren. Sie werden anerkennen, daß der Betrag nicht ganz unerheblich ist, denn 6500 *M* sind für das Vorratsvermögen der Schlachthauskasse immerhin eine namhafte Summe. Es hat aber der Schlachthausausschuß doch geglaubt, dieses Zugeständnis an die zu wiederholten Malen an ihn herangetretenen Wünsche aus den Kreisen der hiesigen Schlachter machen zu sollen, und zwar in der vorliegenden Form, die es vorsieht, daß im Laufe der Jahre eine Erweiterung der Überdachung nach der Seite hin erfolgen kann, so daß dann in einem verstärkten Maße der Schutz gewährt wird, den die Schlachter und ihr Personal haben möchten. Ich bitte Sie, trotz dieser hohen Summe dem Projekt zuzustimmen.

Das Projekt wird genehmigt und die 6500 *M* verwilligt.

8. Zulegung von Flächen zum Baugrunde des dem Gebiete der Stadt zugelegten Ölperischen Geländes zwischen Celler- und Roßstraße.

Stadtv. **Meyerhoff:** Vor etwa 1 $\frac{1}{2}$ Jahren sind Gebiete der Feldmark Ölper dem Gebiete der Stadt zugelegt. Die Genehmigung dieser Zulegung ist vom Herzoglichen Staatsministerium erfolgt, ebenso auch die des damals aufgestellten Ortsbauplans. Durch das Herzogliche Staatsministerium ist jetzt angeregt, ob es nicht zweckmäßig wäre, zugleich auch für den Baugrund, der jetzt erworben ist, eine neue Baulinie festzusetzen. Sie sehen das Nähere auf dem ausgehängten Plane mit lila Farbe bezeichnet. Es werden die folgenden beiden Flächen dem Baugrunde zugelegt: 1. die Ostseite der Cellerstraße zwischen der früheren und der jetzigen Feldmarksgrenze bis zu einer Tiefe von 75 m, 2. zwischen Cellerstraße und Roßstraße die ganze neu eingemeindete Fläche und die östlich des Schölkegrabens belegene, schon früher zum Stadtgebiet gehörenden Ländereien.

Die Sache hat viel für sich, da dann Straßenanlagen jederzeit ausgeführt werden können. Ich bitte im Namen der Baukommission, diese Festsetzung zu genehmigen.

Die Versammlung beschließt die Zulegung der bezeichneten Flächen zum Baugrunde der Stadt.

9. Abänderung der Fluchtlinie des Bültenweges zwischen Neben- und Nordstraße.

Stadtv. **Fride:** Es ist den geehrten Herren bekannt, daß die Firma Gerecke am Bültenwege ihr Geschäft aufgegeben hat. Dadurch ist der Zimmerplatz freigeworden, und die Firma möchte ihn gern zu Baupläzen einrichten. Sie bittet deshalb den Magistrat und die Stadtverordneten um Verchiebung der jetzigen Baulinie. Es war vorgesehen, einen 3 m breiten Streifen des Grundstücks zur Straßenverbreiterung hinzunehmen. Die Firma Gerecke wünscht nun, daß von der Straßenverbreiterung abgesehen wird, und daß dieser 3 m breite Streifen an ihrem Grundstück als Vorgarten erklärt wird. Die Bauverwaltung ist vom Magistrat aufgefordert, ihr Gutachten darüber abzugeben, und sie hat sich geäußert, daß es zulässig sei, von der Verbreiterung des Bültenweges zwischen der Nebenstraße und der Nordstraße Abstand zu nehmen, da durch die Änderung des Teilortsbauplanes für das Gebiet östlich des Bültenweges eine Entlastung des letzteren geschaffen sei, und daß es auch angängig sei, die Vorgartentiefe auf durchgehends 3 m festzusetzen, mit Rücksicht darauf, daß die jetzt vorhandenen Vorgärten schon sämtlich eine

das Maß von 3 m übersteigende Tiefe haben. Ich habe die Zeichnung hier ausgehängt; es liegt der Änderung nichts im Wege, weil der Bültenweg immer noch eine Breite von annähernd 15 m behält. Der Magistrat beantragt, 1. die westliche Fluchtlinie des Bültenweges auf der Strecke Nebenstraße-Nordstraße aufzuheben und durch die vorhandene straßenseitige Grenze der anliegenden Grundstücke zu ersetzen, 2. für die hierdurch berührten Grundstücke die Zinnehaltung eines 3 m tiefen Vorgartens anzuordnen, und 3. die hintere Grenze der offenen Bauweise der Verschiebung der Fluchtlinie entsprechend nach dem Bültenwege zu vorzuschieben.

Die Baukommission hat sich mit diesen Anträgen beschäftigt, hat der Magistratsvorlage zugestimmt und bittet auch die geehrte Versammlung, ihre Zustimmung auszusprechen.

Die Anträge werden genehmigt.

10. Abänderung der Fluchtlinien der projektierten Straßen Nr. 529 und Nr. 530.

Stadtv. **Friede:** Meine Herren. Es handelt sich um die Fuchstzwete, die vielleicht nicht einmal jeder von Ihnen kennt. (Widerspruch.) Hier liegt ein Grundstück, durch das nach dem Ortsbauplane eine Straße gehen soll. Dadurch würde das Grundstück entwertet, da es nicht groß genug bliebe, um ein Haus dorthin bauen zu können. Die Eigentümerin des fraglichen Grundstücks, die Frau des Polizeisekretärs Laue, stellt nun den Antrag, die Fluchtlinien der neuen Straßen etwas abzuändern, wie es hier auf der Zeichnung dargestellt ist. Diese Verschiebung ist sehr leicht zu ermöglichen, zumal die Straßen in einer Breite von 14 m geplant sind. Frau Laue beantragt jetzt, wo sich ein Käufer für das Grundstück gefunden hat, die Straßen nur 12 m breit anzulegen und die Verschiebung vorzunehmen, damit das Grundstück bebauungsfähig bleibt. Die Kommission ist auch aus dem Grunde dafür, dem Antrage stattzugeben, weil durch Zuangriffnahme des beabsichtigten Neubaus Baugrund aufgeschlossen wird. Auch der Magistrat hatte die Absicht gehabt, die Baulinie zu verschieben; warum das nicht geschehen ist, ist mir nicht bekannt. Der Magistrat ist also damit einverstanden, und auch das Stadtbauamt erkennt an, daß eine Breite von 12 m für die neuen Straßen genügen würde, weil keine Aussicht vorhanden ist, daß sich dort ein starker Verkehr entwickeln würde. Die Baukommission ist derselben Ansicht und empfiehlt ihnen, den beiden Anträgen zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt der Änderung der Fluchtlinien und der Breite der beiden Straßen zu.

11. Auswechslung von Gasrohren auf dem Sandwege und dem Inselwalle.

Stadtv. **Loeschigt**: Es hat sich das Bedürfnis herausgestellt, auf dem Inselwalle vor den Häusern 12—15 das 50 mm weite Gasrohr gegen ein solches von 150 mm Weite auszuwechseln. Die Kosten sind mit 610 *M* eingestellt. Ebenso ist es nötig, daß das auf dem Sandwege zwischen Museumstraße und Magnitor liegende Gasrohr von 50 mm Weite gegen ein Rohr von 150 mm Weite ausgetauscht wird. Die Kosten hierfür sind auf 2100 *M* angegeben. Ich habe hierzu nur das eine zu bemerken, daß für das alte Material auf dem Inselwalle kein Betrag eingestellt ist. — Die Finanzkommission gibt Ihnen durch mich Genehmigung der Auswechslung anheim.

Die Auswechslung der Gasrohre wird genehmigt und der dafür verlangte Betrag bewilligt.

12. Änderung des mit der Gemeinde Glesmarode abgeschlossenen Vertrages wegen der Gasversorgung.

Stadtv. **Loeschigt**: Die Gemeinde Glesmarode hat mit der Stadt einen Vertrag wegen der Gasversorgung abgeschlossen. Sie hat nun ihre Laternen um 3 auf 27 vermehrt und teilt mit, daß sich damit die Brenndauer von 1000 auf 1060 Stunden erhöht. Dies hat eine Änderung des am 20. Januar 1910 abgeschlossenen Vertrages zur Folge. Der Magistrat bittet uns, der Änderung des Vertrages zuzustimmen und zugleich das Einverständnis zu erklären, daß der Magistrat künftig derartige Vertragsänderungen ohne unsere Mitwirkung vornehmen kann.

Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt anheim, den beiden Anträgen des Magistrats zu folgen.

Der vorgetragenen Änderung wird zugestimmt und dem Magistrate die gewünschte Ermächtigung erteilt.

13. Verlegung eines Gasrohrs auf der projektierten Straße Nr. 85 und dem östlichen Ende der Karlstraße.

Stadtv. **Loeschigt**: Da in den Gasrohrleitungen nach der Gemeinde Glesmarode zu wenig Druck ist, hat die Deputation der Licht- und Wasserwerke beantragt, das Gashauptrohr auf der Karlstraße bis zur projektierten Straße Nr. 85 zu verlängern, auf der zuletzt genannten Straße ein 150 mm weites Hauptgasrohr zu legen und so das Rohrnetz zu schließen, während bisher Glesmarode nur durch das

Gasrohr auf der Gliesmaroderstraße mit Gas versorgt wurde. Die projektierte Straße geht durch zwei Grundstücke und die Eigentümer derselben sind bereit, die Legung des Gasrohrs dort kostenlos zu genehmigen. Die Sache ist von der Finanzkommission geprüft, sie gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Versammlung stimmt der Legung der bezeichneten Gasrohre zu.

14. Ausbau der Straße Nr. 616.

Stadtv. Tolle: Die Straße 616 bildet eine Verbindungsstraße zwischen Madamenweg und Kreuzstraße und zieht von Süden nach Norden. Der Ausbau dieser Straße ist bereits früher beschlossen. Der Unternehmer der Straße, Maurermeister Bohnert, wird dort Dreizimmerwohnungen errichten. Die Straße ist in einer Breite von 14 m projektiert, davon entfallen 6 m auf die Fahrbahn, die mit Kleinpflaster abgepflastert werden soll. Die Fußwege werden eine Breite von je 4 m erhalten; davon werden 1,80 m mit Platten belegt werden. Daneben werden Ziegelbrocken und Grand zur Befestigung des Weges verwendet werden. Die Grunderwerbskosten betragen 21000 M, der oberirdische Ausbau 16500 M, so daß 37500 M Gesamtkosten entstehen. Der Magistrat ersucht, diese zu Lasten des Extraordinariums zu bewilligen. Der Anliegerbeitrag auf 1 m Frontlänge wird 131 M betragen. Zugleich wird uns der Kostenantrag für die Kanalanlage überreicht, er schließt mit 3400 M ab. Ich bitte, auch diese Summe zu bewilligen. Außerdem ersucht uns der Magistrat, zuzustimmen, daß diese Straße zur Ortsstraße erklärt wird. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, auch diesem Antrage des Magistrats stattzugeben.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich möchte eine geschäftsordnungsmäßige Anregung inforn geben, als ich bitte, die Fassung der Tagesordnung etwas zu erweitern. Vorhin haben wir uns gefreut, daß wohl alle Stadtverordneten die Fuchstiwete kannten; aber wo die Straße Nr. 616 liegt, konnte wohl keiner der Herren aus der Tagesordnung entnehmen. Ich möchte bitten, daß uns ein verdeutlichender Hinweis in der Tagesordnung gegeben würde, wenigstens bei diesen allerneuesten Straßen, die nicht einmal in dem uns zu Händen befindlichen Stadtplan angegeben sind.

Vorsitzender: Es wird diesem Wunsche in Zukunft Rechnung getragen werden, indem wir die Straßen kurz kennzeichnen.

Das vorgelegte Projekt wird genehmigt, die Kosten für den Ausbau der Straße werden bewilligt und die Zustimmung dazu ausgesprochen, daß die Straße zur Ortsstraße erklärt wird.

15. Auflassung einer dem Hauptfriedhofe zugelegten Fläche an den hiesigen Stadtkirchenverband.

Stadtv. Dr. Wolters: Meine Herren. Sie haben im Mai 1910 genehmigt, daß eine zum Klostergut Riddagshausen gehörige, 4 ha 3 a 59 qm große Ackerfläche angekauft und dem Zentralfriedhofe zugelegt wurde. Es handelt sich jetzt darum, zuzustimmen, daß diese Parzelle dem Stadtkirchenverbande aufgelassen wird, denn im Jahre 1910 ist die Auflassung nicht vorgenommen. Das Staatsministerium hat damals verfügt, es möchte die Auflassung demnächst nach erfolgter Verständigung zwischen Stadt und Stadtkirchenverband geschehen. Nachdem die Kirchengemeindeordnung vom Jahre 1909 in Kraft getreten ist, soll nun — so beantragt der Magistrat — die Auflassung an den Stadtkirchenverband erfolgen.

In der Finanzkommission wurde darüber gesprochen, ob es nicht richtig wäre, diese Parzelle der Stadt aufzulassen. Man hält aber auch seitens der Finanzkommission den Vorschlag des Magistrats für richtig, obwohl die übrigen Teile des Friedhofes auf den Namen der hiesigen Stadt im Grundbuche eingetragen sind, denn ein Gewicht ist auf diese Eintragung aus dem Grunde nicht zu legen, weil nach Ablauf der Verschonzeit die ganze Grundfläche wieder demselben Zweck zugeführt werden wird, also irgend ein vermögensrechtlicher Vorteil für die Stadt nicht vorliegt. Ein solcher könnte nur eintreten, wenn etwa dieser Teil später seinem eigentlichen Zwecke entzogen werden würde. Das wird aber nach Auskunfterteilung des Magistrats und der hierfür maßgebenden Organe niemals eintreten. Die Finanzkommission hat deshalb keinen Anstoß genommen, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen. Ich möchte namens der Kommission auch Ihnen Annahme des Magistratsvorschlages empfehlen.

Vorsigender: Der Herr Referent hat wohl vergessen, zu bemerken, daß diese Parzelle, entgegen dem übrigen Teile des Hauptfriedhofes, aus rein kirchlichen Mitteln bezahlt ist, also mit den Geldern der Stadt gar nichts zu tun hat.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich kann das nur bestätigen. Das fragliche Grundstück ist aus den Mitteln der damals noch bestehenden Gemeinen Kirchenkasse erworben. Es ist also rein kirchliches Geld dazu verwandt, deshalb ist es auch nicht angebracht, die Eintragung auf den Namen der Stadt vorzunehmen.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich halte es an sich für bedenklich, daß diese Parzelle des Friedhofes rechtlich anders behandelt werden soll als die große Gesamtheit des Friedhofes. Wenn ich den Herrn Berichterstatter richtig verstanden habe, ist der

Friedhof im allgemeinen noch im Eigentum der Stadt; der Stadtkirchenverband hat lediglich ein Nutzungsrecht zu bestimmten Zwecken. Wenn die Verschonzeit abgelaufen ist, würde an sich frei verfügbares Eigentum der Stadt vorhanden sein. Diese Parzelle anders zu behandeln, scheint mir kein Grund gegeben. Nur die letzte Mitteilung über den Ankauf schien mir einigermaßen eine Handhabe zu einer abweichenden Behandlung zu bieten. Ich habe nun nicht völlig aufgenommen, wie diese Parzelle von dem Stadtkirchenverbände hat erworben sein sollen. Wenn der Kirchenverband unmittelbar etwas erwirbt, so würde es ja einer Mitwirkung der städtischen Verwaltung gar nicht bedürfen, er kann, nachdem er selbständig geworden ist, unmittelbar Verfügungen treffen, und wir haben diese kirchlichen Angelegenheiten nicht mehr in dieser Körperschaft zu verhandeln. An sich aber ist es ein Unding, daß allein dieses Stück des Friedhofes der Kirche aufgelassen werden soll, und ich sehe nicht ein, weshalb wir weiter gehen sollen als es gesetzlich vorgeschrieben ist.

Im übrigen ist der Stadtkirchenverband mit der Gestaltung der Verhältnisse zwischen Stadt und Kirchenverband keineswegs so ganz einverstanden, indem durch die Mitteilungen des Blattes einer hiesigen Gemeinde ausgesprochen wird, wie unzufrieden die Kirche damit ist, daß sie die alte behördliche Verfassung im wesentlichen behalten hat und von der Stadt übers Ohr gehauen sei. Ich weiß nicht, ob es angebracht ist, wenn uns in solcher Weise entgegengetreten wird, daß man da noch weiter geht, als es gesetzlich ist.

Vorsigender: Die letzte Sache ist mir nicht bekannt, aber die eben zu handelnde Sache liegt einfach. Während die erste Anschaffung des Friedhofes, wenigstens zum Teil, aus städtischen Mitteln bestritten ist — Sie wissen, daß dafür 300 000 M verwendet sind —, sind die übrigen Anschaffungen für den Friedhof aus rein kirchlichen Mitteln geschehen. Auch die letzte Parzelle, um die es sich hier handelt, ist mit rein kirchlichen Geldern bezahlt: die Stadt hat also damit gar nichts zu tun. Die Folge dieses Erwerbes aus kirchlichen Mitteln würde sein, daß, wenn der Hauptfriedhof außer Betrieb gesetzt würde, diese Parzelle nicht an die Stadt fallen könnte. Das Stück Land ist damals nur deshalb nicht auf den Stadtkirchenverband übergeschrieben, weil dieser zu der Zeit, als es angekauft wurde, noch nicht bestand. Es handelt sich also nur um eine formelle Zustimmung, die wir zu geben haben.

Stadtv. Dr. Wolters: Die Überschreibung auf den Stadtkirchenverband unterblieb seinerzeit, weil der Verband der evangelischen Stadtkirchen derzeit noch nicht die Eigenschaft eines eintragungsfähigen Rechtssubjekts besaß. Daher hat auch das

Herzogliche Staatsministerium zugestimmt, die Auflassung später stattfinden zu lassen. Nachdem der Stadtkirchenverband nunmehr Rechtsfähigkeit erlangt hat, soll jetzt die Auflassung erfolgen.

Der Auflassung der fraglichen Fläche an den Stadtkirchenverband wird von der Versammlung zugestimmt.

16. Bewilligung eines Beitrags an den Verein für Mädchenhorte.

Stadtv. **Mohr**: Der Vorsitzende des Vereins für Mädchenhorte hat seit Anfang dieses Schuljahrs die Einrichtung getroffen, daß der Beginn der allnachmittäglichen Hortstunden von 3 auf 1½ Uhr verlegt wurde, und zwar deshalb, weil es als Übelstand empfunden wurde, daß die Hortkinder, welche die Kinder Speiseanstalt aufsuchen, in der Zeit zwischen 1½ und 3 Uhr ohne Aufsicht waren und sich auf der Straße umhertrieben. Diese Erweiterung der Aufsicht erfordert an Mitteln ungefähr 20 *M* pro Monat und 200 *M* im Schuljahre. Da der Verein nicht imstande ist, diese Kosten aus eigenen Mitteln aufzubringen, so bittet er die städtischen Behörden, ihn hierbei zu unterstützen. Der bisherige Zuschuß an den Verein beträgt 300 *M*. Er bittet also für das Schuljahr 1912/13 um diesen besonderen Zuschuß und für die Folgezeit um einen Jahreszuschuß von 500 *M*. Der Schuldirektor Prof. Dr. Rehfuß befürwortet dieses Gesuch, ebenso der Magistrat, welcher den geehrten Herren anheimgibt, dem Verein 1. im laufenden Rechnungsjahre 200 *M* zu Lasten des Dispositionsfonds der städtischen Behörden zu bewilligen, und 2. in Zukunft statt des bisher gewährten Zuschusses von 300 *M* den Betrag von 500 *M* auf Widerruf zur Verfügung zu stellen.

Auch die Finanzkommission hat sich für die Bewilligung ausgesprochen und gibt Ihnen anheim, den Anträgen ebenfalls zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt den beiden Anträgen gemäß.

17. Abänderung des Projekts über den Ausbau der Wendestraße.

Stadtv. **Tolle**: Die Wendestraße bildet eine Verbindung zwischen der Aufbergstraße und der verlängerten Comeniusstraße. In einer früheren Sitzung ist von uns bereits beschlossen, diese Straße auszubauen, es ist auch über die Art der Befestigung der Straße schon Beschluß gefaßt. Es war nach dem früheren Plane vorgesehen, daß in dem Traktus der verlängerten Comeniusstraße ein Wendeplatz angelegt werden sollte, weil die Comeniusstraße in ihrem oberen Ende noch nicht ausgebaut ist. Es haben sich aber inzwischen bezüglich der Anlegung dieses Wendeplatzes Schwierigkeiten herausgestellt, und man ist zu einem Auswege gekommen,

der darin besteht, daß an Stelle des Platzes ein 4 m breiter Verbindungsweg von der südlichen Ausmündung der Bendomeststraße nach der Voigts-Rhegstraße angelegt wird. Herr Gröpler, der Unternehmer dieser Straße, hat sich bereit erklärt, das Terrain zu diesem Wege kostenlos herzugeben und auch den Weg auf seine Kosten ausführen zu lassen, ebenso die Unterhaltung des Weges allein zu tragen. Die städtische Bauverwaltung ist darnach beauftragt gewesen, ein neues Projekt auszuarbeiten, welches uns jetzt zur Genehmigung vorliegt. Es sind die Grunderwerbskosten mit 11500 *M* angegeben, die Straßenbaukosten mit 11600 *M*, insgesamt also 23100 *M*. Hiervon gehen ab die Kosten für Chausseierung des genannten Verbindungsweges mit 800 *M*, so daß auf die Anlieger ein Betrag von 22300 *M* zu verrechnen ist. Pro Lfd. m Frontlänge würden für die 165 m lange Straße 135 *M* Anliegerkosten herauskommen.

Die Baukommission empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Magistrats stattzugeben, welcher dahin geht, unter Aufhebung des früheren Projekts den neuen Plan zu genehmigen und die 22300 *M* für Ausführung des neuen Projekts zu verwilligen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage der Baukommission.

18. Verwilligung von Kosten für den Besuch des Luftschiffes Hansa.

Stadtv. **Leue:** Der Braunschweiger Verein für Luftschiffahrt hat mit der Deutschen Luftschiffahrt-Aktiengesellschaft ein Abkommen getroffen, wonach am 13. d. Mts. das Luftschiff Hansa nach hier kommen soll. Durch diese Veranstaltung erwachsen dem Verein nicht unerhebliche Ausgaben. Er hofft allerdings, diese durch zu erhebende Eintrittsgelder usw. aufzubringen; da aber bei der Veranstaltung damit zu rechnen ist, daß durch ungünstige Witterungsverhältnisse oder andere Umstände die Fahrt unterbleiben muß und die erhofften Einnahmen ausbleiben, der Luftschifferverein aber nicht in der Lage ist, die erwachsenden Kosten für Absperrungen u. dgl. aus eigenen Mitteln zu tragen, hat er sich an den Magistrat und das Herzogliche Staatsministerium mit der Bitte gewandt, ihm eine Garantiesumme zu gewähren für den Fall, daß das Luftschiff durch höhere Gewalt verhindert ist, hierher zu kommen. Das Herzogliche Staatsministerium hat eine solche Summe bewilligt unter der Bedingung, daß auch die Stadt dazu ihr Teil beiträgt. Es handelt sich im ganzen um 2000 *M* und der Magistrat richtet das Ersuchen an uns, hiervon 1350 *M* aus den Erträgen der Umlagesteuer als Garantiesumme zur Verfügung zu stellen. Die Finanzkommission hat sich auf denselben Standpunkt gestellt, der schon früher von der Versammlung eingenommen ist, als die Flugwoche hier abgehalten werden sollte. Sie glaubt, daß die Bewilligung einer

derartigen Summe sowohl im Interesse der gesamten Stadtbevölkerung, als auch besonders der hiesigen Gewerbetreibenden liegt, da durch die Veranstaltung zahlreiche Personen nach Braunschweig gezogen werden, die Geld hierher bringen. Die Finanzkommission ist deshalb einstimmig der Ansicht, Ihnen die Gewährung dieser Garantiesumme empfehlen zu sollen.

Die Versammlung ist mit der Bewilligung einverstanden.

19. Auskunft des Magistrats über die Schichtdauer der Ofenarbeiter auf dem Gaswerke.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Infolge der Verhandlungen in der letzten Stadtverordneten-Sitzung hat der Magistrat an die Direktion der Gaswerke folgende Verfügung erlassen:

„In der letzten Sitzung der Stadtverordneten ist Beschwerde darüber geführt, daß, entgegen dem von den städtischen Behörden vor mehreren Jahren gefaßten Beschlusse, im Betriebe der städtischen Gaswerke einige Arbeiter noch ununterbrochen 24 Stunden lang beschäftigt würden. Die Direktion veranlassen wir, sich über diese Beschwerde zu äußern.“

Darauf hat die Direktion folgendes geäußert:

„Als vor mehreren Jahren von den städtischen Behörden der Beschluß gefaßt wurde, die 24 stündige Wechschicht der Ofenhausarbeiter abzuschaffen, wurde von den beiden Vorarbeitern des Gaswerks Bahnhofstraße gebeten, für sie die jeden Sonntag eingeführte Wechschicht beizubehalten. Da die genannten Vorarbeiter neben der Bedienung eines Dampfkessels in der Hauptsache nur Aufseherdienste ohne nennenswerte körperliche Anstrengung zu verrichten haben, so sind wir dem Wunsche nachgekommen und haben die 24 stündige Schicht nur für die beiden Vorarbeiter Bolze und Sock beibehalten.“

Es ist der Antwort der Direktion eine Erklärung der beiden Vorarbeiter beigelegt, die so lautet: „Wir erklären hiermit, daß wir jederzeit die 24stündige Wechschicht auf unsern besondern Wunsch beibehalten haben. Bolze. Sock.“

Die Antwort der Direktion sagt dann weiter:

„Es läßt sich nicht vermeiden, daß beim unerwarteten Fehlen eines Arbeiters in der Nachtschicht der Ersatzmann, welcher bereits am Tage tätig war, weitere 12 Stunden im Dienste bleiben muß. Wir haben jetzt angeordnet, daß 1. die 24stündige Schicht der genannten Vorarbeiter beseitigt und 2. die unumgängliche Schichtdauer von 24 Stunden tunlichst vermieden wird.“

Also nur im Notfalle müßte in der Zukunft ein Arbeiter auch 24 Stunden tätig sein. Im übrigen ist den Wünschen, die in der vorigen Sitzung geäußert sind, vollständig Rechnung getragen.

20. Antrag Hesse wegen Speisung der Schulkinder im kommenden Winter.

Der Antrag lautet: „Ich beantrage, den Magistrat zu ersuchen, stadtseitig im kommenden Winter die Speisung der Schulkinder in die Hand zu nehmen und die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.“

Stadtv. **Hesse** (zur Begründung): Eine lange Begründung ist wohl nicht notwendig. Ich darf mich auf die Ausführungen der Herren, die zu dem ersten Punkte der heutigen Tagesordnung gesprochen und einstimmig einen besonderen Notstand anerkannt haben, berufen, ferner auf den Beschluß der Armenverwaltung, sowie auf den Bericht des Schularztes, Herrn Sanitätsrats Dr. von Holwede, der besonders betont hat, daß die Unterernährung schuld sei an der Überhandnahme der Rhachitis, Karies der Zähne usw. Es ist dies hauptsächlich auf Mangel an genügender Ernährung, Mangel an Luft und zu leichter Kleidung zurückzuführen. Wenn die Kinder genügend ernährt sind, haben sie auch das Bestreben, ins Freie zu stürmen und sich auszutoben, während im Gegenteil nicht genügend ernährte und bekleidete Kinder hinter dem Ofen hocken bleiben, was für die Gesundheit natürlich nachteilig ist. Es ist den Herren Lehrern bekannt, und mir ist auch berichtet worden, daß viele Kinder mangelhaft ernährt und bekleidet zur Schule kommen, manche sogar ganz ohne Nahrung. So wenig nun ein voller Bauch gern studiert, ebenso wenig werden auch Schüler mit leerem Bauche die von den Lehrern gebotene geistige Nahrung in sich aufnehmen können. Ich kann es wohl unterlassen, längere Ausführungen zu machen, und möchte Sie bitten, sich meinem Antrage anzuschließen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

21. Antrag Loeschigk wegen Vorgehens zur Verbreiterung der Osterbrücken.

Der Antrag lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der zuständigen Behörde zu veranlassen, daß die Osterbrücken dem heutigen Verkehr entsprechend verbreitert werden.“

Stadtv. **Loeschigk** (zur Begründung): Eigentlich brauchte dieser Antrag keine Begründung, denn es ist niemand in der Versammlung, der die Verhältnisse nicht kennt. Und sollte wirklich einer unter uns sein, der sie nicht kennt, so bitte ich ihn,

die Verhältnisse auf der Wenden- und Petritorbrücke sich anzusehen, sie spotten tatsächlich jeder Beschreibung. (Ruf: Steintorbrücke!) Die Steintorbrücke hat wenigstens eine Entlastung durch die Leonhardsbrücke erfahren, denn Lastfuhrwerke fahren heute den Berg zum Steintore nicht mehr hinauf, sie fahren über die andere Brücke. Dadurch ist es wohl möglich gewesen, daß die Zustände am Steintore sich gehalten haben, sonst würde die Brücke schon in die Brüche gegangen sein.

Was ich heute verlange, habe ich schon vor zehn Jahren vorgebracht, und in dieser langen Zeit sind die Verhältnisse durch den gesteigerten Verkehr ganz unterschieden schlimmer geworden. Wie Sie wissen, ist der Verkehr von Westen nur durch das Hohetor möglich, von Norden durch Petri- und Wendentor. Der Verkehr vom Schlachthause geht zum größten Teil durch das Wendentor, jetzt aber auch durch die Maschstraße ins Petritor. Daß der Verkehr riesig zugenommen hat, wissen Sie alle. Ich erinnere daran, daß beabsichtigt war, die Verbindung zwischen Südklint und Nadefflint zu regeln in der Weise, daß die Straße wegen des Fußgängerverkehrs nur einseitig befahren werden sollte. Da wurde gesagt, es verkehrten dort gar nicht so viele Wagen, und es wurde eine Erhebung angestellt. Man war erstaunt über die Zahl der Wagen, die hier verkehren. Der Verkehr ist gestiegen, aber an den Brücken ist nichts geändert, trotzdem Platz genug vorhanden ist. Die Fußgänger haben doch auch Recht auf Schutz, aber wenn jemand glaubt, er sei auf dem Fußwege der Petritorbrücke sicher, dann irrt er sich. Straßenbahnwagen kommen von der einen Seite, von der andern Lastwagen, dann kommt ein Auto, dazwischen wieder ein Wagen und mit einem Male ist eine Stockung da. Viele Landfuhrwerke kommen auch, deren Pferde nicht an die Automobile gewöhnt sind und leicht scheu werden. Daß bei diesen Verkehrsstörungen nicht mehr Unglück auf dem Fußsteige der Brücke geschieht, die Fußgänger nicht in die Oer gedrängt werden, ist zu bewundern. Es muß ein besonderer Schutzengel über der Brücke walten! Von einem Kollegen wurde mir gesagt, es müßte erst einmal ein großes Malheur passieren, ein Wagen abwrutschen oder ein Pferd ertrinken — aber nicht ein Mensch —, dann würde wohl Abhilfe kommen. Ich glaube, daß die Regierung nicht nötig hat, erst durch solche drastischen Sachen willig gemacht zu werden, Abhilfe zu bringen. Nebenbei bemerkt ist es bei einer Großstadt, wie es Braunschweig sein soll, nicht angebracht, solche Zustände zu sehen. Wenn Braunschweig auch im Innern verengt ist, wir dort nicht gerade Straßen bauen können und mit den vorliegenden Verhältnissen fürlieb nehmen müssen, so ist es doch aber bei den Brücken leicht möglich, Änderung zu schaffen. Ich verstehe nicht, daß die Regierung nicht auf die Stadt Rücksicht nimmt und diese Übelstände beseitigt! Wir müssen doch der Regierung die Steuern bezahlen, und die Stadt ist immer da, wenn der Geldbeutel aufgetan werden muß.

Die Regierung ist dazu verpflichtet, einzugreifen, denn die Zustände erheischen so dringend Abhilfe, daß man sich wundert, wie lange Jahre es gedauert hat, um die Regierung dahin zu bringen, ein Einsehen zu haben. Ich hoffe, daß der Magistrat doch etwas erreicht, und daß er die Regierung veranlaßt, hier ihre Pflicht zu tun, damit nicht erst Menschenleben zugrunde gehen müssen, ehe Abhilfe geschaffen wird.

Der Antrag ist genügend unterstützt und wird vom Herrn Vorsitzenden der Baukommission überwiesen. Hierauf schließt der Vorsitzende die Sitzung.

Dauer der Sitzung von $4\frac{1}{4}$ bis $7\frac{3}{4}$ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. Oktober 1912.

Tagesordnung:

1. Besuch der Lehrer an der städtischen Gewerbeschule um Neuregelung ihrer Besoldungsverhältnisse Seite 313
2. Verwilligung eines Zuschusses für das Marienstift zur Errichtung eines Feierabendhauses " 315
3. Abrechnung über die Kosten verschiedener Neubauten " 316
4. Antrag Fesse auf stadtseitige Speisung der Schulkinder im kommenden Winter " 321
5. Errichtung eines Schularztzimmers in der 6. unteren Bürgerschule an der Sophienstraße. " 331
6. Verwilligung eines einmaligen Zuschusses an den Geschichtsverein. " 331
7. Annahme eines Prozeßvergleichs mit der „Normalzeit“ " 332
8. Errichtung von Kleinwohnungen für städtische Beamte und Arbeiter. " 333
9. Übernahme der Wertzuwachssteuer für eine von der Ober Pfarrländerei zu erwerbende Fläche. " 364
10. Beschaffung eines Herdes für die Kaffeeküche in der Markthalle. " 365
11. Erwerb einer Fläche an der Hamburgerstraße. " 365
12. Aufnahme eines Prozesses wegen Gas- und Wasserlieferung bei einem Konkurse " 366
13. Gewährung eines Zuschusses aus der Fideleystiftung an den Verein Volkslesehalle " 367
14. Errichtung einer Feuerbestattungshalle betreffend " 367
15. Anfrage B u n g e, betreffend eine Störung des Marktverkehrs durch eine Feuerwehrrübung " 371
16. Anfrage W e s e m e i e r wegen der Erfahrungen beim Einkauf von holländischem Vieh " 372

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Ketmeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Lord**, **Konegen**, **Schöttler**, **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Edhardt**, **Frede**, **Löhnefinke**, **Busch**, **Ribbentrop**.

Vorsitzender **Hauswaldt**: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist eine Einladung des Bundes der Freunde für Volkskunst und des Dürerbundes. Es ist den Herren davon eine Abschrift zugegangen; sie betraf eine Einladung zu dem gestrigen Vortrage.

Ferner ist eingegangen ein Schreiben des Herrn Architekten Tramm-Würzburg über unterirdische Fern- und Einzeldüngung von Bäumen. Ein gleiches Schreiben ist auch an den Magistrat gerichtet. Für die Herren, die Interesse dafür haben, lege ich das Schriftstück auf den Tisch des Hauses zur Einsicht nieder. Wir werden es zu den Akten nehmen.

Sodann ist eingegangen eine Anfrage von Herrn Bunge, welche lautet: „Ist dem Magistrat bekannt, daß am Mittwoch, dem 16. Oktober, morgens 10 Uhr, auf dem Altstadtmarkte eine Feuerwehrrübung stattfand? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um derartigen Störungen des Marktverkehrs vorzubeugen?“ Ich werde Herrn Bunge Gelegenheit geben, nach Erledigung der Tagesordnung die Anfrage zu begründen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Stadtv. **Bunge** (zur Geschäftsordnung): Ich habe gehört, daß Punkt 9 heute von der Tagesordnung abgesetzt werden soll. Da nach meiner Ansicht die Punkte 1 (Errichtung eines Unterkunftshauses für mehrere Turnvereine im Stadtparke) und 9 (Beschwerde des Vorstandes der Freien Turnerschaft gegen eine vom Stadtmagistrat erlassene Verfügung) innig miteinander verbunden sind, so halte ich es für wünschenswert, daß über diese beiden Punkte zusammen verhandelt wird. Ich möchte deshalb beantragen, daß Punkt 1 auch von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird und beide Punkte bei einer demnächst stattfindenden Versammlung gemeinsam beraten werden.

Vorsitzender: An und für sich liegt durchaus nichts im Wege, Punkt 1 heute zu beraten, denn die beiden Punkte sind verschiedenen Kommissionen zur Vorberatung vorgelegt, der Baukommission und der Statutenkommission. Ich möchte den Vorsitzenden der Statutenkommission fragen: Können wir heute über Punkt 9 beraten?

Stadtv. Dr. **Wolters**: Punkt 9 muß heute von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich bin Mitglied der beiden in Betracht kommenden Kommissionen und möchte hier erklären, daß der Punkt 9 in der Statutenkommission von der Tagesordnung abgesetzt worden ist, weil gewünscht wurde, mit der Baukommission zusammen zu beraten. Aus dem Grunde ist die Vorberatung des Punktes 1 auch in der Baukommission noch nicht vorgenommen.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Es liegt ein früherer Beschluß vor, wonach Punkt 1 so lange unerledigt gelassen werden sollte, bis Punkt 9 mit beraten ist.

Vorsitzender: Dann werde ich Punkt 1 und 9 hintereinander an den Anfang einer der nächsten Tagesordnungen stellen. Ich darf wohl die Statutenkommission bitten, für eine Vorberatung Sorge zu tragen, damit wir die Sache zu Ende bringen können, denn der Punkt ist schon einmal vertagt. Wir schalten also heute Punkt 1 aus.

1. Gesuch der Lehrer an der städtischen Gewerbeschule um Neuregelung ihrer Besoldungsverhältnisse.

Stadtv. **Bähr**: Die nebenamtlich an der städtischen Gewerbeschule tätigen Lehrer haben ein vom 3. September 1912 datiertes Gesuch um Erhöhung der bisher üblichen Vergütungssätze an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet. Ich darf wohl annehmen, meine Herren, daß der Wortlaut des Gesuchs ihnen bekannt ist, da die Bittsteller Abschriften ihres Gesuchs den Herren zugestellt haben. Ich will nur erwähnen, daß die Vergütungssätze aus dem Jahre 1891 stammen und mit dem 1. Januar 1892 in Kraft getreten sind. Die Vergütungssätze sind stufenförmig geordnet, sie steigen nach je 4 Jahren. Die niedrigste Vergütung ist 75 \mathcal{M} und die höchste 120 \mathcal{M} für die Jahresstunde. Dieser Höchstsatz wird erreicht, nachdem die Lehrer zwölf Jahre an der Schule tätig gewesen sind. Die unterzeichneten Gewerbeschullehrer haben bereits vor drei Jahren an den Stadtmagistrat ein ähnliches Gesuch um Erhöhung ihrer Vergütung eingereicht, der Magistrat hat aber im Jahre 1910 dieses Gesuch abschlägig beschieden. Mit Recht hat damals der Magistrat den Standpunkt eingenommen, daß so zu verfahren wäre im Hinblick auf die stehenden Verhandlungen, welche auf die Einrichtung der städtischen Pflichtfortbildungsschule und auf die Umgestaltung der Gewerbeschule abzielten. Die Schulkommission würde auch gegenwärtig diesen damals vom Stadtmagistrat einge-

nommenen Standpunkt vertreten können, wenn in näher oder absehbarer Zeit eine Änderung der Verhältnisse herbeigeführt werden könnte, wenn also eine Gewähr dafür geboten wäre, daß in näherer Zeit diese Neuordnung der Gewerbeschule vorgenommen und die Pflichtfortbildungsschule eingeführt würde. Das ist aber nicht der Fall; es läßt sich auch heute nicht mit Sicherheit der Zeitpunkt angeben, zu dem die geplanten Änderungen in unserem Fortbildungsschulwesen eingeführt werden können, denn die vom Stadtmagistrat mit der Regierung deswegen gepflogenen Verhandlungen sind immer noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Schulkommission ist deshalb der Ansicht, es sei Zeit, gegenwärtig in eine Prüfung und etwaige Neuregelung der Vergütungssätze der Lehrer an der Gewerbeschule einzutreten. Ich will hierbei bemerken, daß dieselben Vergütungssätze auch für die Lehrer an der städtischen Fortbildungsschule gültig sind. Auch in Rücksicht darauf, daß die Besoldungssätze seit mehr als 20 Jahren gültig sind, hält es die Schulkommission für geboten, eine Änderung zu beantragen. Die Schulkommission hat in ihren Beratungen davon abgesehen, die Einzelheiten der finanziellen Verbesserung in Betracht zu ziehen — dies wäre auch verfrüht gewesen. Einstimmig hat aber die Kommission den Beschluß gefaßt, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, das vorliegende Gesuch dem Magistrat zur wohlwollenden Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtv. Bunge: Meine Herren. Als Mitglied der Deputation für die Fortbildungs- und Gewerbeschule kann ich Ihnen nur empfehlen, den Wünschen der dortigen Lehrer zu entsprechen und den Antrag der Kommission hier anzunehmen. Wir haben in der Deputation die Sache eingehend beraten. Es ist so, wie der Herr Referent sagt, daß seit 20 Jahren in diesen Remunerationsätzen keine Verbesserung erfolgt ist. Jedenfalls sind Sie alle mit uns der Meinung, daß die Lehrer, die ihr ganzes Können und Wissen für die Allgemeinheit zum besten geben, auch entsprechend besoldet werden müssen. Ich möchte empfehlen, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich habe noch hinzuzufügen, daß sich auch der Schulvorstand der Gewerbeschule mit der Sache beschäftigt und sich im gleichen Sinne, wie von Herrn Bunge vorgetragen, entschieden hat, und daß deshalb auch wohl der Beschluß der Schulkommission so ausgefallen ist, wie ihn der Herr Berichterstatter mitgeteilt hat.

Das Gesuch wird dem Magistrat zur wohlwollenden Berücksichtigung überwiesen.

2. Bewilligung eines Zuschusses für das Marienstift zur Errichtung eines Feierabendhauses.

Stadtv. **Mohr**: Das Marienstift hat ein Feierabendhaus für seine Schwestern im Bau und richtet an den Stadtmagistrat die Bitte, einen Zuschuß von 25 000 *M* hierfür zu bewilligen. Begründet wird das Gesuch damit, daß zu dem Bau, der mit 82 000 *M* veranschlagt ist, durch Zuwendungen des Landtags und von befreundeter Seite, sowie durch Sammlungen 58 000 *M* zur Verfügung stehen und somit ein Fehlbetrag von 24 000 *M* vorliegt. Eine Anleihe aufzunehmen, verbietet die große Schuldenlast, welche bereits auf den Anstalten ruht und die ungefähr 320 000 *M* beträgt. Ein Feierabendhaus für die Schwestern zu beschaffen, hält aber die Verwaltung des Marienstifts für unbedingt erforderlich. Der Beruf der Pflegegeschwestern gehört mit zu den schwersten, sie sind Tag und Nacht im Dienste, und es ist eine Pflicht der Anstalt, den Schwestern einen ruhigen Lebensabend sicherzustellen. Der Vorstand des Marienstifts weist darauf hin, daß das Marienstift in den 40 Jahren seines Bestehens in Stadt und Land, besonders aber für die Stadt, segensreich gewirkt hat. Er erinnert daran, daß die Schwestern in sieben Kirchengemeinden die Pflege der Kranken ausüben, daß sie im Herzoglichen Krankenhaus, in den Kleinkinderschulen und Krippen unermüdlich arbeiten. Das Siedenhaus Bethanien und das Isolierhaus der Anstalt komme wesentlich der Stadt und insbesondere der städtischen Armenverwaltung zugute. Der Magistrat empfiehlt Ihnen deshalb Annahme des Gesuchs. Er erkennt an, daß sich Anstalten der in Rede stehenden Art der Verpflichtung, für ihre Schwestern, wenn ihre Kräfte im Dienste der Nächstenliebe verbraucht sind, tunlichst zu sorgen, nicht entziehen können, und daß die Erbauung eines sogenannten Feierabendhauses ebenso wie der Anstaltsbetrieb selbst der Unterstützung wert erscheine.

Meine Herren. Die Finanzkommission hat lange in dieser Sache verhandelt. Ich möchte nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß anfänglich einige Stimmen gegen die Bewilligung laut wurden, und zwar aus dem Grunde, weil tatsächlich — wenigstens in früheren Jahren — die konfessionellen Zwecke des Marienstifts an erster Stelle standen und die eigentliche Pflege der Kranken erst in zweiter Linie an die Reihe kam. Nach mehrfachem einwandfreien Erkundigen aber liegt die Sache heute doch anders. Mag die etwas streng konfessionelle Richtung auch heute noch vorherrschen, so ist doch dank des energischen Eingreifens des Herrn Professors Franke, der jetzt seit 10 Jahren mit an der Spitze des Marienstifts steht, insofern ein Wandel eingetreten, daß zuerst die Pflege der Kranken berücksichtigt wird. Außerdem möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die neue

Oberin überall als sehr amtsfreudig und tüchtig gelobt wird. Die Finanzkommission gibt Ihnen deshalb durch mich anheim, zuzustimmen, daß dieser Zuschuß von 25 000 *M* für das Feierabendhaus dem Marienstift bewilligt wird, und zwar aus dem Ausgleichsfonds.

Der Zuschuß von 25 000 *M* wird bewilligt.

3. Abrechnung über die Kosten verschiedener Neubauten.

Stadtvt. **Rasche:** Es handelt sich um folgende Neubauten:

1. An dem Archiv- und Bibliotheksgebäude am Magnitore.
2. Auf dem Krankenhausgrundstück an der Goslarischen Straße.
3. Ergänzungsbauten für das Städtische Krankenhaus auf dem Pflegehausgrundstücke.
4. Bauten im Handwerkerlehrlingsheim auf dem städtischen Grundstücke am Burgplatz 2.
5. Turnhalle für die Bürgerschule an der Bürgerstraße.

Bei Punkt 1 ist eine Überschreitung von 10 192,14 *M* vorgekommen. Diese Überschreitung ist durch die städtische Bauverwaltung damit begründet, daß sowohl die Materialpreise wie die Arbeitslöhne bedeutend gestiegen seien, auch seien im Kostenanschlag einige Sachen um ein nicht Unbedeutendes zu niedrig angenommen, so daß schon einmal in dem Etat von 1910/11 ein Betrag von 5000 *M* eingestellt ist, um die Säge zu erweitern. Die Prüfung der Begründung hat ergeben, daß sie richtig ist, daß die geehrte Versammlung also der Überschreitung zustimmen kann.

Bei Punkt 2 ist eine Überschreitung von 791,43 *M* verzeichnet. Die Begründung hierfür ist dieselbe wie vorher.

Bei Punkt 3 ist dagegen eine Ersparnis von 22 363,56 *M*, bei 4 eine solche von 1483,23 *M* und bei 5 eine solche von 5696,52 *M* gemacht. Das ergibt im ganzen eine Minderausgabe von 18 561,64 *M*. Der Magistrat gibt anheim, die Überschreitungen zu 1 und 2 nachträglich zu genehmigen. Die Baukommission, welche sich mit der Sache beschäftigt hat, ist auch der Ansicht, daß die Genehmigung ausgesprochen werden müßte, und bittet Sie, so zu beschließen.

Die Versammlung nimmt von der Abrechnung Kenntnis und genehmigt die beiden Überschreitungen.

Vorsigender: Der Punkt „Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Kanalisierung eines Teiles des Wendenmühlengrabens“ fällt aus, weil er von der

Finanzkommission immer noch nicht hat vorberaten werden können. Es fehlt uns noch eine Unterlage, nämlich über die Pflicht der Unterhaltung. Ehe die Polizeidirektion sich nicht darüber geäußert hat und diese Frage nicht vollständig geklärt ist, können die Herren nicht über die Sache beraten.

Stadt v. Frühling: Der Punkt „Ausbau der Stiftsgasse“ muß heute ausfallen, da über die Sache noch Verhandlungen schweben.

Vorsigender: Ich möchte die Kommission nur bitten, daß, was sich erledigen läßt, auch zu erledigen. Es ist ja richtig, daß manche Sachen sich nicht ohne weiteres erledigen lassen, wie das auch bei dem Windenmühlengraben der Fall ist. Ich halte es aber für richtig, alle vorliegenden Sachen chronologisch nach ihrem Eingange auf die Tagesordnung zu setzen, damit die Herren sich überzeugen können, daß nichts zurückbleibt. Würde ich eine Sache zurücklassen, so kommt sie hinterher an eine Stelle, die meiner Auffassung nach nicht die richtige ist. Ich habe das Prinzip schon über ein Jahr befolgt, jede Sache an die Stelle zu setzen, die sie nach der Zeitfolge ihres Eingangs beanspruchen kann. Die Herren dürfen sich dann aber nicht wundern, wenn der eine oder der andere Punkt ausfallen muß.

Oberbürgermeister Metemeger: Ich kann selbstverständlich nicht in das Recht des Herrn Vorsigenden eingreifen, möchte aber zur Erwägung vorstellen, ob es richtig ist, auch die Sachen, von denen im voraus feststeht, daß sie nicht beraten werden können, auf die Tagesordnung zu setzen. Ich halte das nicht für richtig. Die Sachen werden dadurch, daß sie nicht auf die Tagesordnung kommen, nicht in Vergessenheit geraten. Wenn der Magistrat erklärt: „Wir sind ersucht, noch Erhebungen anzustellen“, und diese nehmen so viel Zeit in Anspruch, daß am Donnerstag die Sache nicht beraten werden kann, dann liegt es nur im Interesse der Versammlung, daß diese Sache nicht auf die Tagesordnung kommt. Es könnte sonst der eine oder der andere der Herren wichtige Geschäfte zurückstellen, um wegen der angesetzten Sache hier erscheinen zu können, und diese fielen dann doch aus. Ich glaube, die Herren könnten wohl ein anderes Verfahren gutheißen.

Vorsigender: Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters. Es ist mir nicht möglich, wenn ich die Tagesordnung aufstelle, zu beurteilen, ob die einzelnen Kommissionen die Sachen schon vorberaten haben; ich müßte geradezu herum-schicken und darnach anfragen. Z. B. die Rechnungsabschlüsse der Gas- und Wasserwerke hätten wohl vorberaten werden können, wenn nicht zufällig einer der Herren

in der Kommissionsitzung gefehlt hätte. Wenn Sie nicht einen anderen Beschluß fassen, werde ich die Einrichtung der Tagesordnung so lassen. Sie sind dann sicher, daß jede Sache da erscheint, wo sie chronologisch hingehört.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden nur anschließen. Das Verfahren hat den guten Erfolg, daß auch die Kommissionen alle diese Punkte im Auge behalten. Es stört auch nicht viel, wenn Punkte ausfallen, und häufig stellt sich auch erst im letzten Augenblick, am Dienstag oder am Mittwoch heraus, daß irgendwelche Aufklärungen noch nötig sind: dann können die Punkte nicht schon am Freitag abgesetzt werden. Wenn der Stadtmagistrat die Punkte nicht auf der Tagesordnung haben will, dann müßte er sie zurückziehen.

Stadtv. Leue: Es ist, glaube ich, nicht richtig aufgefaßt, was der Herr Oberbürgermeister gesagt hat. Mit den Punkten, die im letzten Augenblick von der Tagesordnung abgesetzt werden müssen, ist es selbstverständlich eine andere Sache, aber diejenigen Sachen — so habe ich es aufgefaßt —, von denen schon bei Aufstellung der Tagesordnung feststeht, daß sie nicht im Plenum beraten werden können, möchte der Herr Oberbürgermeister weggelassen sehen, und diesem Wunsche kann ich mich nur anschließen.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich kann mich dem Wunsche ebenfalls anschließen. Es kommen z. B. auf die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung Sachen, die noch nicht in der Statutenkommission zur Beratung kommen konnten. Derselbe Grund, der vom Herrn Oberbürgermeister angeführt ist, ist auch für mich entscheidend.

Ich möchte aber an diese Besprechung noch eine zweite Bitte anknüpfen, nämlich die, die Vorlagen den einzelnen Kommissionen möglichst rechtzeitig zugehen zu lassen. Es kommt häufig vor, daß den Kommissionen am Freitag abend erst die Vorlagen zugestellt werden, die am Montag schon beraten werden sollen. Inzwischen sind die Einladungen für die einzelnen Kommissionsmitglieder schon erlassen, und es stehen nunmehr auf den Einladungen an diese solche Sachen, zu denen der Vorsitzende der Kommission die Vorlagen bisher noch gar nicht hatte. Ich möchte mit diesen Ausführungen das Beispiel, das der Herr Oberbürgermeister angeführt hat, noch weiter illustrieren, und bitte, bei Zusammenstellung der Tagesordnung in dieser Beziehung den Wünschen der einzelnen Herren Rechnung zu tragen.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Dr. Wolters hat schon das Wesentliche von dem gesagt, was ich vorbringen wollte. Ich habe auch schon die Ehre gehabt, vertretungsweise Vorsitzender einer Kommission zu sein. Da muß ich auch sagen, daß

man die Sachen recht spät erhält, meistens erst Sonnabend. Ich habe schon mehrfach in der Zeitung gelesen, was verhandelt werden sollte, und war selbst noch nicht im Besitz der Tagesordnung und der Vorlagen. Wenn man die Sachen so spät erhält, dann ist es ungeheuer schwer, zu disponieren. Ich möchte empfehlen, alle Sachen, die bis zum Mittwoch nicht an die Vorsitzenden der Kommissionen abzusenden sind, nicht auf die Tagesordnung kommen zu lassen, denn ein paar Tage Zeit muß dem Kommissionsvorsitzenden gelassen werden.

Vorsitzender: Ich muß darauf erwidern, daß Ihr armer Vorsitzender nicht schuld an dem Vorgebrachten ist. Ich kann erst am Freitag zur Verteilung der Sachen an die Kommissionen ins Rathaus kommen, weil am Donnerstag in der Magistrats-sitzung eine Reihe von Sachen, die uns zugehen sollen, erst fertiggestellt wird. Ich werde in Zukunft in folgender Weise verfahren: Ich werde erwarten, daß der Magistrat mir am Freitag Mitteilung macht, welche Punkte seinem Erachten nach, weil die Vorberatungen und die nötigen Erkundigungen noch nicht beendet sind, nicht auf die Tagesordnung zu setzen sind, und diese dann von der Tagesordnung weglassen.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich möchte freundlichst bitten, die Vorlagen, die dem Vorsitzenden der Stadtverordneten etwa erst am Freitag zugehen, wenn es nicht außerordentlich eilige Sachen sind, nicht mehr auf die Tagesordnung setzen zu wollen. Die weitere Folge würde sonst sein: die Kommissionsvorsitzenden erhalten die Sachen erst am Freitag abend oder am Sonnabend und können sich nicht mehr rechtzeitig mit ihnen befassen.

Vorsitzender: Ich halte dieses Verfahren aus dem Grunde für unrichtig, weil Sie dadurch Ihrem Vorsitzenden eine diskretionäre Gewalt geben, zu beurteilen, ob eine Sache in der nächsten Sitzung beraten werden kann oder nicht. Das wäre ein dornenvolles Amt für den Vorsitzenden. Ich halte es für richtig, daß die Sachen alle auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Kommissionen entscheiden sich dann darüber und setzen sie, wenn es nötig ist, ab. Der Vorsitzende ist nicht immer in der Lage, darüber urteilen zu können. Eine ganze Reihe von Sachen können z. B. unter allen Umständen in der Kommission noch vorberaten werden. Die Kommissionen sind das ausschlaggebende Moment, nicht Ihr Vorsitzender.

Oberbürgermeister Hetemeyer: In dieser Beziehung möchte ich mich der Ansicht des Herrn Vorsitzenden anschließen. Es sind solche Sachen häufig wirklich eilig, und da hat selbstverständlich der Magistrat den Wunsch, daß sie auch dann, wenn

sie in der kurz vorher abgehaltenen Magistratsitzung erledigt werden, gleichwohl am kommenden Donnerstag von Ihnen hier beraten werden. Es sind das zum Teil ganz einfache kleine Sachen, die keine große Vorberatung erfordern. Da ist es also richtig, alle diese Sachen, die der Magistrat bis Freitag fertigbekommen hat, auf die Tagesordnung zu setzen.

Was dagegen die anderen Sachen betrifft, von denen ich vorhin sprach, so bin ich tatsächlich falsch verstanden. Ich habe es so gemeint: Wenn bei Sachen, wie bei der Stiftsgasse, die Kommission den Magistrat ersucht, noch besondere Verhandlungen mit den Anliegern anzuknüpfen, die lange Zeit in Anspruch nehmen, dann sollte ich allerdings meinen, daß es richtig wäre, sie erst dann wieder auf die Tagesordnung zu setzen, wenn sie, wie ich mich ausdrücken möchte, wieder in die Hände der Stadtverordneten gelangt sind. Die Sache liegt dann so, daß die Kommission, um das Verfahren zu vereinfachen, im Einvernehmen mit dem Magistrat die Sache einstweilen an den Magistrat zurückgibt. Was für einen Zweck würde es haben, die Sache immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen, ehe der Magistrat mit diesen unter Umständen sehr weitläufigen Verhandlungen fertig ist?

Stadtv. Dr. Jasper: Wenn die Sache so liegt, wie der Herr Oberbürgermeister von der Stiftsgasse sagt, daß also der Magistrat im Einvernehmen oder ohne Einvernehmen mit der Kommission seine Vorlage zurückgezogen hat, dann bin ich der Ansicht, daß sie nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt zu werden braucht. Der Magistrat muß die Sache dann wieder einbringen, vielleicht auch auf Grund der neuen Ermittlungen in anderer Form. Solange aber die Sachen nicht zurückgezogen sind, ist es, wie der Herr Vorsitzende sagt, für ihn ein dornenvolles Amt, wenn er bestimmen soll, wie die Punkte aufeinander folgen sollen. Ich habe es mit Freude empfunden, daß Gleichmäßigkeit den verschiedensten Richtungen gegenüber gewahrt wird in der Weise, daß die Punkte der Einreichung gemäß zur Verhandlung kommen.

Stadtv. Wesemeier: Ich kann es dem Herrn Vorsitzenden nicht verdenken, daß er so gehandelt hat, wie er getan hat. Sie würden es alle schwer empfinden, wenn Vorwürfe gegen Sie erhoben würden, daß Punkte nicht auf die Tagesordnung gestellt werden, die Anträge betreffen. Sie werden bald Anfragen aus dem Publikum bekommen, weshalb der Antrag nicht auf der Tagesordnung steht. Ich meine, der bisher begangene Weg ist der richtige. Es ist eine Kleinigkeit, wenn gesagt wird, daß er nicht vorberaten ist, ihn von der Tagesordnung abzusetzen.

Stadtv. Frühling: Die Debatte ist eigentlich nur dadurch entstanden, daß vom Herrn Vorsitzenden gerügt wurde, daß Sachen einfach abgesetzt werden, und vom Herrn Vorsitzenden ermahnt wurde, die Sachen nur abzusetzen, wenn die Vorberatung unmöglich gewesen wäre. Wenn der Herr Vorsitzende nachträglich sagte, er wolle es in das Ermessen der Kommissionsvorsitzenden stellen, ob die betreffenden Punkte zu beraten sind oder nicht, dann muß er auch nicht rügen, wenn Sachen nicht vorberaten sind.

Vorsitzender: Wenn meine Worte wie eine Rüge geklungen haben, so ist das ein unglücklicher Ausdruck von mir gewesen. Es macht nur einen wunderlichen Eindruck, wenn wir drei aufeinanderfolgende Punkte von der Tagesordnung absetzen. Wir arbeiten nicht allein, sondern in der Öffentlichkeit, deshalb wollte ich eine Erklärung geben.

Ich glaube, die Sache ist nun genügend geklärt. Ich werde so handeln, wie die Herren wünschen.

Wir gehen zum folgenden Punkte der Tagesordnung über: Antrag des Stadtverordneten Loeschigt auf Verbreiterung der Osterbrücken.

Stadtv. Frühling: Die Angelegenheit ist auch nicht vorberaten, weil seitens des Magistrats Verhandlungen schweben und daraufhin der Antragsteller seinen Antrag vorläufig zurückgezogen hat.

Vorsitzender: Der Antrag ruht also im Schoße der Kommission.

4. Antrag Heise auf stadtseitige Speisung der Schulkinder im kommenden Winter.

Stadtv. Leue: Mit der Tendenz des Antrages, dessen Begründung vom Herrn Antragsteller in der vorigen Sitzung gegeben ist, sind wir wohl alle einverstanden, nämlich damit, daß es wünschenswert ist, daß arme Kinder, die nicht genügend Nahrungsmittel von Haus erhalten, in irgendeiner Weise ein Frühstück in der Schule bekommen. Nun aber ist der Herr Antragsteller, wie sich bei der Beratung in der Kommission herausgestellt hat, von der Ansicht ausgegangen, daß bislang nicht genügend für diese Kinder gesorgt wird und es deshalb wünschenswert sei, dem Magistrat hierfür Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist ein Irrtum insofern, als jetzt schon Mittel, um den armen Kindern Frühstück morgens in der Schule zu gewähren, in ausgiebiger Weise vorhanden sind, teils durch Stiftungen und Legate, teils durch die Armenpflege. Der Gang der Angelegenheit ist jetzt, wie

uns vom Magistrate auseinandergesetzt ist, so, daß der Schularzt bezw. der Lehrer für diejenigen Kinder, bei welchen ein solcher Mangel vorhanden ist, die unterernährt sind oder denen man es ansieht, daß eine Unterstützung in dieser Richtung angebracht ist, an die betreffende Waisenspflgerin sich wenden und diese das Weitere in die Wege leitet, damit den Kindern Frühstück gegeben wird, und zwar, soweit nicht schon aus Stiftungen die Mittel hierfür zur Verfügung stehen, aus Mitteln der Armenpflege. Bislang haben sich irgendwelche Unzuträglichkeiten in dieser Beziehung nicht ergeben. Es ist auch nicht festgestellt, daß Kindern, die es nötig gehabt hätten, aus Mangel an Mitteln das Frühstück nicht hätte gewährt werden können. Aus diesen Gründen sind wir bei der Beratung in der Kommission zu der Überzeugung gekommen, daß der Antrag in dieser Richtung offene Türen einrennt, indem er etwas fordert, was schon vorhanden ist. Aber immerhin ist die Kommission, um jedem Zweifel zu begegnen, als ob wir für diese armen Kinder nicht auch ein warmes Herz hätten, und nicht vermeiden wollten, daß diesen Kindern aus irgend einem Grunde nicht geholfen werden könnte, zu dem Entschluß gekommen, vorzuschlagen:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, dem Magistrat jeden Kredit zur Verfügung zu stellen, der erforderlich ist, um den armen Kindern der unteren Bürgerchulen, soweit die Mittel der betreffenden Stiftungen nicht ausreichen, warmes Frühstück zu verabfolgen“.

Ich wiederhole: Es ist schon jetzt in dieser Beziehung ausgiebig gesorgt, und dieser Beschluß will keineswegs etwas Neues, sondern ist nur eine Art Bekräftigung des schon Bestehenden, denn der Magistrat wird schon ohnedies in der gleichen Weise vorgehen und Mittel aus der Armenpflege zur Verfügung stellen. Ich gebe anheim, sich dem Beschlusse der Finanzkommission anzuschließen.

Diese Mittel sollen keineswegs als Armenunterstützung gelten, die irgendwelche Beeinträchtigung politischer Rechte zur Folge haben, sondern als Wohltätigkeitsmaßnahmen, um den armen Kindern zu helfen.

Stadtrat v. Franzenberg: Ich fasse den Beschluß der Kommission, bei dem der zuletzt angeführte Zusatz in der Sitzung nicht gemacht ist, so auf: Soweit aus städtischen Mitteln eine derartige Aufwendung erfolgt, handelt es sich in der Tat um Aufwendungen aus der Armenkasse, und inwieweit die rechtlichen Folgen daraus eintreten würden, die das Gesetz mit sich bringt, das wird von Fall zu Fall geprüft werden müssen. Wir haben ja schon durch die Reichsgesetzgebung erfreulicherweise eine Abschwächung der politischen Folgen bei Unterstützungen. Soweit die Mittel der Armenkasse nicht in Anspruch genommen werden, und soweit der Stadtmagistrat

auf die Mittel der Stiftungen und andere Mittel zurückgreift, würde von einer Armenunterstützung nicht die Rede sein können. Es kann also nur nach Prüfung des einzelnen Falles ermittelt werden, ob eine derartige Beihilfe als Armenunterstützung angesehen werden muß. Einen Beschluß, daß in keinem Falle die Verabreichung von Frühstück an Kinder als eine Armenunterstützung zu betrachten ist, würde der Stadtmagistrat nicht als vollständig mit dem Gesetz im Einklang stehend anerkennen können.

Im übrigen bestätige ich gern, was der Herr Berichterstatter ausgeführt hat. Wir haben durch Vermittlung der Schulärzte, der Waisenspfelegerinnen und Armenbezirke, gegebenenfalls auch durch die Stiftungen der Volks- und Kinder-Speiseanstalten, deren wir zwei besitzen, wesentliche Fortschritte in dieser Beziehung machen können, und der Magistrat wird gern bemüht sein, diese Hilfe noch weiter im Rahmen der ihm verfügbaren Mittel und im Rahmen des Gesetzes auszubauen.

Stadtv. Loeßhigt: Ich habe den Herrn Stadtrat v. Frankenberg so verstanden: Wenn die Mittel aus der Armenkasse kommen, dann ist es Armenunterstützung. Ja, meine Herren, das fasse ich nicht so auf. Ich meine, der Beschluß nach dem Referate würde besagen: warmes Frühstück kann auf keinen Fall als Armenunterstützung angesehen werden, mag es aus der Armenkasse kommen oder aus einem anderen Fonds, der dafür gesammelt ist. Etwas anderes ist es allerdings, wenn die Eltern der betreffenden Kinder schon Armenunterstützung bekommen.

Stadtv. Leue: Der Beschluß der Kommission jagt nichts von Armenunterstützung. Diesen Passus haben wir absichtlich nicht in den Beschluß hineingebracht, sondern es wurde nur in der Erörterung darüber gesprochen. (Redner verliest nochmals den Beschluß.)

Ich bemerke noch, daß unter „warmes Frühstück“ kein Beefsteak zu verstehen ist, sondern warme Milch, Kaffee und Brötchen und dergleichen. Ob das warme Frühstück als Armenunterstützung anzusehen sein wird, das würde, wie Herr Stadtrat v. Frankenberg schon sagte, von Fall zu Fall zu entscheiden sein. Wenn die betreffende Familie sowieso schon Armenunterstützung bekommt — das wird, wie ich vermute, die Mehrzahl der Fälle sein —, dann braucht der Fall hier nicht weiter erörtert zu werden.

Stadtv. Niese: Mit dem Antrage der Kommission kann ich mich einverstanden erklären. Ich möchte Sie aber dringend ersuchen, das Bittersalz, das Herr Stadtrat v. Frankenberg in den Beschluß hineingestreut hat, zu beseitigen. Lassen Sie doch

endlich einmal diesen Kram beiseite und handeln Sie, wie man handeln muß und wie andere auch handeln! Wer es notwendig hat, die Unterstützung anzunehmen, der tut es nicht aus Wollust. Man soll solchen, die einen unzureichenden Verdienst und eine Reihe Kinder haben, dies nicht zum Vorwurf machen, sie nicht damit belasten und auf den hungrigen Magen noch Stockprügel versetzen. Ich erkenne an, daß manches und vieles in dieser Beziehung getan wird. Von der Speiseanstalt auf der Schöppenstedterstraße, der die Lehrerin Fräulein Haars, die Frau des früheren Stadtrats Ramdohr und andere Damen vorstehen, weiß ich, daß gutes Essen gekocht wird und an 70 bis 80 Kinder dort gute Nahrung verabfolgt wird. Das ist schon eines von den Mitteln, auf die der Herr Referent aufmerksam gemacht hat. Es besteht auch noch eine solche Anstalt, die ich aber nicht kontrollieren kann, von meiner Nachbarschaft jedoch bin ich unterrichtet. Wenn Vater und Mutter in der Fabrik sind und man es den Kindern ansehen kann, daß sie noch kein Frühstück erhalten haben, was bleibt dann anderes noch übrig, als ihnen zu geben. Dann kann es nicht darauf ankommen, daß noch der Stempel der Armenpflege als Brandmal aufgedrückt wird, welches das nach sich zieht, was schon hervorgehoben ist. Ich möchte darauf dringen, unbeschadet dieser Rechte den Bedürftigen zu helfen, und, wo es not ist, einzugreifen.

Stadtrat von Franckenberg: Wenn Herr Riese aus nächster Nachbarschaft und Bekanntschaft diese neue, seit dem Frühjahr eingerichtete Kinderspeiseanstalt auf der Schöppenstedterstraße als nützlich anerkennt, so kann ich damit nur übereinstimmen. Dasselbe gilt nach meinen Beobachtungen auch von der schon seit längerer Zeit bestehenden Kinderspeiseanstalt in der Kaffeetwete. Wenn Herr Riese aber gemeint hat, daß ich es gewesen wäre, der in diesem Falle Bittersalz in die Sache hineingebracht hätte, so irrt er. Ich kann nur an der Gesetzgebung nicht vorbei, wenn sie unter gewissen Voraussetzungen Nachteile eintreten läßt. Der Stadtmagistrat würde pflichtwidrig handeln, wenn er sich darüber hinwegsetzen wollte. Ich habe aber bereits angedeutet, daß in neuester Zeit, wie Ihnen bekannt sein wird, eine wesentliche Milderung der Härten eingetreten ist, die sich z. B. bei den Erkrankungen der Waldspielfinder (1903) noch gezeigt hatten. Diese Milderungen darf ich kurz bezeichnen. Sie beruhen darin, daß alles, was für kränkelige oder kranke Kinder geschieht, nicht als Armenunterstützung in dem Sinne, daß dadurch politische Rechte geschmälert werden, aufzufassen ist, daß ferner alles, was im Wege der Jugendfürsorge geschieht, diese milde Beurteilung erfahren soll. Wenn z. B. in den Knaben- und Mädchenhorten durch deren Verwaltung Eßmarken oder Milch und Brötchen verabfolgt werden, so würde das wegen des

Zusammenhanges mit den Jugendfürsorge-Einrichtungen keine Armenunterstützung sein, selbst wenn die Mittel dazu durch die Armenkasse fließen. Weiter ist bestimmt, daß in denjenigen Fällen, wo es sich um Beseitigung einer augenblicklichen Notlage handelt, nicht von einer Schmälerung politischer Rechte die Rede sein kann. Auch dann, wenn einmal eine Woche lang Milch bewilligt wurde, ist in der Wählerliste kein Strich gemacht. Ich glaube nicht, daß Herr Riefe den Stadtmagistrat schon in dieser Beziehung kennen gelernt hätte. Sobald es sich aber um Fälle handelt, in denen auf längere Zeit hinaus Unterstützung gewährt ist, wird der Magistrat nicht umhin können, die gesetzlichen Folgen zu ziehen.

Ich erlaube mir, noch hervorzuheben, daß in denjenigen Fällen, in denen die Armenkasse zunächst eingetreten ist, vielleicht vier bis acht Wochen lang Milch bewilligt wurde, dann aber von irgend einer Seite diese Aufwendung ersetzt ist, die Unterstützung nicht als geeignet gilt, die politischen Rechte zu schmälern. Nun haben wir, wie ich in der Kommission erwähnt habe, in der Abteilung der Jüdel-Stiftung, die sich mit Unterstützung Bedürftiger befaßt, einen willkommenen Rückhalt hierfür gefunden. Wie die geehrten Herren in dem Etat der Armenkasse gelesen haben werden, hat der Stadtmagistrat schon Rücksicht darauf nehmen können, daß von seiten dieser Stiftung, auch von seiten anderer, uns sehr willkommene Mittel gegeben sind, um gewisse Aufwendungen in der Armenpflege zu erstatten. Wir haben dafür einen Kunstausdruck eingeführt, der den Herren vielleicht schon begegnet ist, „Hauspflege“. Alles das, was neben der Armenunterstützung geschieht, um für Besserung der häuslichen Verhältnisse zu sorgen, auch die Wohnungspflege, die Hilfe, wenn die Frau im Wochenbette, im Krankenhaus liegt, oder auch vielleicht, wenn sie eine Strafe abbüßt, das alles sind Maßregeln, die wir als Hauspflege bezeichnen und für die uns der Vorstand der Jüdel-Stiftung in diesem Jahre den ansehnlichen Betrag von 9000 M zur Verfügung gestellt hat. Wir hoffen, daß er uns in Zukunft für ähnliche Fälle weiter helfen wird.

Halten Sie sich das vor Augen, dann werden sie sagen: es sind nur noch die wirklichen Armenfälle, welche die gesetzlichen Folgen nach sich ziehen. Das ist jenes Bittersalz, das Herr Riefe gern aus dem Beschluß der Kommission herausbringen wollte, wir aber nicht herausbringen können, wenn wir nicht gegen das Gesetz handeln wollen.

Stadtv. Dr. Henking: Ich freue mich über den Beschluß der Finanzkommission, mehr aber noch über die Äußerung des Herrn Stadtv. Riefe, denn es ist immer erfreulich, wenn von ihm und seinen Freunden anerkannt wird, daß von der Stadt für Wohltätigkeit viel geschieht. In einem Punkte kann ich jedoch Herrn

Riefe nicht beistimmen, nämlich, wenn er sagt: es sei leicht zu sehen, welches Kind ein Frühstück genossen hat und welches nicht. Weil es mir aber ebenfalls leid tut, wenn Kinder ohne Frühstück in die Schule gehen, darum halte ich es für notwendig, daß man solchen Familien nachgeht, und ich möchte die Bitte aussprechen, daß solche Kinder, welche sich deswegen beim Lehrer melden, der Armenpflege namhaft gemacht werden und diese aufgefordert wird, Nachfrage zu halten. (Zwischenruf: Geschieht.) Ich höre, es geschieht schon. Dann bin ich befriedigt.

Stadtv. Stegmann: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Riefe trotz der Entgegnung des Herrn Stadtrats von Frankenberg an. Mir kam es so vor, daß, nachdem der Herr Referent gewissermaßen aus warmem Herzen gesprochen hatte, der Pferdefuß hinterherkam. Ich glaube nach den Ausführungen des Herrn Stadtrats, daß jetzt leicht mit zweierlei Maß gemessen werden kann. Was heißt es: „wenn die Unterstützung längere oder kürzere Zeit dauert?“ Da sollte man gleichmäßig verfahren, dies wird wohl nicht gegen das Gesetz verstoßen. Was soll es weiter heißen, „es soll von Fall zu Fall entschieden werden, ob Armenunterstützung vorliegt“ und „soweit die Mittel der betreffenden Stiftungen nicht ausreichen“. Da könnte es so kommen, daß ein Teil der Kinder aus Mitteln der Stiftungen das warme Frühstück bekommt, während für die übrigen der Stadtsäckel eingreifen muß. Diese letztere Hilfe fällt unter die ominöse Armenunterstützung, und die politischen Rechte gehen verloren. Sollte es nicht möglich sein, daß einheitlich vorgegangen wird? Ich glaube, es wird nicht schwer sein festzustellen, ob Böswilligkeit seitens der Eltern vorliegt, oder ob diese nur darauf ausgehen, die Stadt auszunutzen. Der Lehrer wird seine Kinder so gut kennen, daß er ein Urteil darüber abgeben kann, wer bedürftig ist. Wenn dazu noch andere Ermittlungen angestellt werden, dann glaube ich wohl, daß man so vorgehen kann, wie es von meinen Freunden gewünscht wird. Ich möchte also bitten, daß nicht so verfahren wird, daß einem Teile der Empfänger die politischen Rechte doch verloren gehen, sondern daß man liberal handelt und allgemein diesen armen Kindern aus städtischen Mitteln die Unterstützung zuteil werden läßt.

Stadtrat von Frankenberg: Hauptsache ist, daß die Kinder, die es wirklich nötig haben, von denen der Schulinspektor mitteilt, daß sie unterernährt sind, auch tatsächlich die richtige Ernährung durch Vermittlung der Schule, der Kinderspeiseanstalten, der Horte usw. bekommen. Das soll geschehen. Soweit derartige Fälle

mir mitgeteilt sind und mitgeteilt werden, wird es mir fern liegen, den finanziellen Gesichtspunkt maßgebend sein zu lassen. Den politischen Gesichtspunkt darf ich aber nicht ausschalten, weil das Reichsgesetz und meine Pflicht mich dazu zwingen. Solange ich hier stehe, werde ich das tun und nicht politischen Wünschen Rechnung tragen, ohne auf meine Pflicht Rücksicht zu nehmen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Wenn Herr Stadtrat v. Frankenberg nicht die Absicht hätte, das Bittersalz des Gesetzes etwas kräftiger zu verwenden, so würde er wohl kaum Veranlassung genommen haben, diesen Punkt so prononciert in der Debatte herauszustellen. Ich möchte zunächst, ehe ich eine Kritik an seine Stellungnahme knüpfe, um Aufklärung bitten, in welchem Umfange bisher solche Gewährung von Frühstück als Armenunterstützung angesehen ist, in welchem Umfange tatsächlich nach einer Zusammenstellung in den einzelnen Schulen Frühstück gewährt wurde und aus welchen Mitteln. Sollte es richtig sein, daß es nicht in dem Umfange so gehandhabt wird, wie es nach den Ausführungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg den Anschein hat, daß sämtliche regelmäßigen Austeilungen als Armenunterstützung angesehen werden, dann würde bei der gegenwärtigen Handhabung unsere Besorgnis nicht gerechtfertigt sein. Sollte aber der Umfang, wie ich nach den Worten des Herrn Stadtrats annehmen muß, ein größerer sein, so müßte doch wohl auf andere Mittel und Wege gesonnen werden, diesen unangenehmen Beigeschmack und diese Nebenwirkung für die Eltern der Kinder zu beseitigen. Wenn man die Literatur über die Schulpeisungen verfolgt, wie ich das vom Herrn Stadtrat annehme, so wird man finden, daß sie zum guten Teile nicht im Interesse der Armenpflege erfolgen, sondern in erster Linie im Interesse der Kinder und des Schulbetriebes selber. Denn wenn es ein Sprichwort ist „Ein voller Bauch studiert nicht gern“, so kann man das Gegenteil auch nicht als erstrebenswert ansehen. Unterernährte Kinder, die nicht irgend ein Frühstück oder überhaupt etwas im Magen haben, sind nicht als fähige Objekte des Schulbetriebes anzusehen. Wenn man diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellt, daß, um die Schulzwecke zu erfüllen, derartige Mittel erforderlich sind, so sollte man einmal liberal, d. h. in gutem Sinne liberal, weitherzig, die bestehenden Gesetze auslegen. Wenn die jetzt zur Verfügung stehenden Mittel wirklich nicht ausreichen sollten, dann möchte ich anregen, den Weg zu beschreiten, daß man etwa der Schulkasse diese Aufgabe überweist. Dann ist ja der Stempel der Armenverwaltung heruntergenommen. Da es nur auf die Form ankommt, wenn man den Willen hat, würde es auch andere Mittel geben, um den Stiftungen zu ermöglichen, hier einzugreifen, damit das Reinigungsbad des bitteren Beigeschmacks entledigt wird.

Vorsitzender: Ich habe den Herrn Vorredner nicht unterbrochen, möchte aber feststellen, daß ich es für parlamentarisch durchaus unzulässig halte, daß ein Redner einem vorhergegangenen Redner eine Unterstellung macht, die nicht in seinen Worten lag. Wenn ich nicht ein solcher Feind davon wäre, den Redner zu unterbrechen, so hätte ich das getan bei den Unterstellungen, die Herr Dr. Jasper dem Magistratsmitglieder gegenüber gemacht hat.

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann es mir nach den dankenswerten Worten des Herrn Vorsitzenden ersparen, auf einige Spizen näher einzugehen, die in den Worten des Herrn Dr. Jasper lagen. Ich habe Schlimmeres schon ertragen, als derartige Reden anhören zu müssen; das läßt mich kalt! Im übrigen möchte ich auf die sachlichen Anfragen, die Herr Dr. Jasper gestellt hat, antworten. Zunächst folgendes: Als Armenunterstützung sind aufgefaßt und gebucht nur diejenigen Fälle, in denen eine laufende Armenunterstützung ohnehin gewährt war und in denen eine Bewilligung des Armenbezirks für diese laufende Armenunterstützung in Gestalt von Speisemarken, Milch usw. vorliegt. Diejenigen Fälle, in welchen auf Veranlassung der Waisenspflieger, der Schulärzte, Schulinpektoren Bewilligungen ausgesprochen waren, haben wir als eine Armenunterstützung nicht aufgefaßt, weil uns die betreffenden Beträge immer noch seitens der Jüdel-Stiftung oder anderer vorhandener Einrichtungen erstattet worden sind. Es wird aber beim besten Willen, so gern ich die Zweifel, die gegen meine Person erhoben sind, zerstreuen würde, eine statistische Zusammenstellung über die Gewährung von Frühstück in den Schulen sich nicht ermöglichen lassen, weil eine ganze Anzahl Einrichtungen in Bewegung gesetzt sind, bei denen die Stadt beteiligt ist; einmal die Armenkasse, dann die Kinder Speiseanstalten, denen wir Zuschüsse gewährt haben, ferner die Mädchen- und Knabenhorte. Wir können unmöglich unsere Zuschüsse so auffassen, als ob daraufhin eine Armenunterstützung gewährt wird, können diese Fälle aber auch nicht sondern von den anderen zahlreichen Fällen, die ohnehin von diesen Knaben- und Mädchenhorten usw. erledigt sind. Diese Statistik kann also beim besten Willen nicht gewährt werden.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich bedaure, daß eine solche Statistik nicht beschafft werden soll, denn der Streitpunkt zwischen meinen Freunden und den anderen Herren, speziell Herrn Stadtrat v. Frankenberg, ist wesentlich der: Geht es genügend oder nicht. Und da müssen wir doch von der Verwaltung, durch deren Hand diese Gaben zum guten Teil gehen, Aufklärung verlangen, um sachlich, nicht nur nach den Worten der Herren, sondern den tatsächlichen Angaben folgend,

die beweiskräftig vorgebracht werden, ein Urteil zu gewinnen, damit auch die Mehrheit der geehrten Herren sehen kann: Ist die Hilfe ausreichend oder nicht. Diese Aufklärung dürfte auch gerade deshalb notwendig sein, um zu beurteilen, ob eine nicht ganz richtige Handhabung gegenwärtig geübt wird insofern, als dieses Frühstück nur zuweilen oder nur ganz ausnahmsweise mit der Armenunterstützung verbunden wird, und infolgedessen auch nur ausnahmsweise andere Wirkungen hat. Ohne diese Unterlagen von Ihrer Seite zu hören, können Sie es uns nicht verdenken, daß wir uns derartigen Ausführungen, wie sie Herr Stadtrat v. Frankenberg gemacht hat, kritisch gegenüberstellen, denn wenn man in die Familien hineinsieht, erkennt man, daß dort häufig noch Not ist, und muß annehmen, daß es vielleicht nicht zur Kenntnis der Stellen kommt, an denen es gehört werden sollte. Wir haben ja von allen Seiten vernommen, daß die Bereitwilligkeit, zu helfen, auch Mittel dafür in genügendem Umfange vorhanden sind. Wenn die nachgeordneten Stellen daraus die Veranlassung nehmen, nicht aus finanziellen Bedenken heraus zurückhaltend zu sein, sondern im weitesten Umfange, ohne weitere Nebenwirkungen damit zu verknüpfen, den Kindern zu geben, was in teuren Zeiten gegeben werden muß, dann würden unsere Auseinandersetzungen nicht fruchtlos gewesen sein.

Stadtv. **Niese:** Ich erkenne unbezweifelnd alles das an, was für die Allgemeinheit und für die armen Schulkinder geschieht. Mag es von Privaten oder Behörden kommen, das soll mir vollständig gleich sein. Ich begrüße es auch, wenn heute eine bedeutende Milderung darin eingetreten ist, daß nicht mehr alles das als Armenunterstützung betrachtet wird. Ich kann aber doch nicht umhin, an einen Fall zu erinnern, wo in der Bürgerchaft gesagt wurde, daß sie das Vorgehen des Magistrats nicht fassen könnte. Ich mache trotzdem dem damaligen Stadtrat, dem heutigen Herrn Oberbürgermeister, keinen Vorwurf daraus, denn er kann es damit begründen, daß er auf gesetzlichem Boden sich befand. Der Fall war folgender: Ein Gärtner brachte eine Dünnergrube aus, wurde von den Gasen betäubt und fiel um. Ich weiß den Fall noch ganz genau, denn ich war selbst zugegen. Der Mann wurde auf den Rasen gelegt, es wurde ihm eine Tasse Kaffee gegeben, nachher ist er ins Städtische Krankenhaus transportiert, dort wieder zur Besinnung gebracht und am anderen Morgen war er wieder munter. Bald nachher war Reichstagswahl. Der Mann hieß Giesecke, hatte an der Brunnenstraße 24 Morgen eigenes Land und war der 891., der benachrichtigt wurde, daß er infolge Armenunterstützung seines politischen Wahlrechts verlustig sei. Ich habe noch andere ähnliche Fälle erlebt, aber dieser eine ist mir noch ganz klar im Gedächtnis. Ich habe seinerzeit deswegen interpelliert. Man stellte sich damals auf den Standpunkt: es ist gesetzlich richtig und muß dabei bleiben. Kein Mensch hat so etwas verstanden,

aber es wurde so gehandhabt. Ich führe den Fall nur an, um im Interesse des Magistrats, nicht zu seinem Nachteile, anzuerkennen, daß er die Milderungen der Reichsgesetzgebung sich zu eigen gemacht hat. Ich muß aber trotz alledem darauf beharren, daß ich ein soziales Hindernis, wenn ich es empfunden habe, wegräumen möchte, damit es ausscheidet aus den Anordnungen für Gewährung des Frühstücks für die armen Kinder. Aus diesem Grunde habe ich in die Debatte eingegriffen und diesen Fall angeführt. Ich erkenne an, daß Milderungen eingetreten sind, aber trotzdem möchte ich ersuchen, von der Bezeichnung des Frühstücks als Armenunterstützung abzugehen und keine solche Kinderspeisung als unter die Armenunterstützungen fallend zu betrachten.

Stadt. **Mohr:** Ich möchte auf eines aufmerksam machen: Es werden wohl nicht viele oder überhaupt keine solche Fälle vorkommen, daß das Frühstück als Armenunterstützung angesehen wird. Ich erinnere daran, daß beispielsweise die Hauswaldt-Stiftung in großem Umfange schon jetzt Kindern warmes Frühstück gibt, daß die Knabenhorte, die unter meiner Verwaltung stehen, Karten für 8—10 000 Portionen Mittagessen ausgeben, daß die Absicht besteht, auch in den Mädchenhorten solche Gekarten auszugeben. Sie können sich darauf verlassen, es geschieht in dieser Richtung unendlich viel, was im Publikum nicht bekannt ist. Wenn die Hauswaldt-Stiftung in Verlegenheit kommen sollte, dann — davon bin ich fest überzeugt — wird nach einem Antrage die Fudel-Stiftung gern bereit sein, die Hauswaldt-Stiftung nach Möglichkeit zu unterstützen, damit dies warme Frühstück den Kindern in angemessener Anzahl verabfolgt werden kann.

Stadt. **Leue** (als Referent): Ich möchte nur auf das letzte, was Herr Dr. Jasper sagte, noch kurz eingehen. Er sprach den Wunsch aus, daß in finanzieller Hinsicht weniger zurückhaltend verfahren würde. Ich glaube, Herr Dr. Jasper kann den Beweis dafür, daß bis jetzt in finanzieller Hinsicht zurückhaltend verfahren wurde, nicht erbringen, denn es ist, wie wir in der Finanzkommission gehört haben, sogar der Fall vorgekommen, daß die Gekarten nicht haben untergebracht werden können. Alle diese Umstände haben uns in der Finanzkommission dazu geführt, Ihnen unseren Antrag in der mitgeteilten Form vorzulegen.

Auf die Frage der Armenunterstützung wegen Ausgabe des Frühstücks und des damit verbundenen Verlustes politischer Rechte will ich nicht weiter eingehen. Ich glaube, das ist genügend erörtert.

Die Versammlung stimmt der von der Finanzkommission beantragten Entscheidung zu.

5. Herrichtung eines Schularztzimmers in der 6. unteren Bürgerschule an der Sophienstraße.

Stadtv. **Niese:** In dem Sammelberichte des hiesigen Stadtarztes über die Tätigkeit der Schulärzte im Schuljahre 1911/12 wird auf bei einigen Schulen sich fühlbar machende Mängel hingewiesen und deren Abhilfe beantragt. So bittet der Schularzt der bei 6. unteren Bürgerschule an der Sophienstraße um Einräumung eines Schulzimmers, weil er bei seinen Untersuchungen infolge der großen Schülerzahl dieser Schule durch Unruhe beträchtlich behindert sei. Da nun in dem Gebäude die Herrichtung eines neuen Raumes nicht tunlich ist, so ist man dazu gekommen, das Modellzimmer vor dem großen Zeichenjaale für den besagten Zweck freizumachen. Es soll eine Tür durchgebrochen werden, die bis jetzt im Modellzimmer stehenden Schränke in den Zeichenjaal gestellt und ein Ofen angeschafft werden. Außerdem müssen die Wände und Deckenflächen des Modellzimmers renoviert werden. Die Kosten hierfür sind auf 350 *M* veranschlagt. Kosten für Herrichtung des Zeichenjaales werden im Betrage von 275 *M* erwachsen, und für Beschaffung des Mobiliars für das Arztzimmer sind auch 275 *M* aufzuwenden, zusammen also 900 *M*. Auf Antrag des Schulvorstandes stellt der Magistrat an uns das Ersuchen, diese 900 *M* zu Lasten der Bürgerschulkasse bewilligen zu wollen. — Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die 900 *M* werden bewilligt.

6. Verwilligung eines einmaligen Zuschusses an den Geschichtsverein.

Stadtv. **Mohr:** Herr Geh. Archivrat Dr. Zimmermann, der Vorsitzende des Geschichtsvereins, hat an den Stadtarchivar Dr. Mack das Ersuchen gerichtet, beim Stadtmagistrat dahin vorstellig zu werden, daß dem Geschichtsverein eine Beihilfe von 400 *M* bewilligt wird, damit dem Werke „Quellen und Forschungen zur braunschweigischen Geschichte“ ein neues Heft „Die Wollenweberei der Stadt Braunschweig bis zum Jahre 1671“, bearbeitet von Dr. Bernhard Vollmer, einverleibt werden kann. Dem Geschichtsvereine sei es zurzeit nicht möglich, bei seiner finanziellen Lage und den Verbindlichkeiten, die er namentlich in Bezug auf die „Quellen und Forschungen“ bereits eingegangen sei, ein neues Heft dieser Sammlung ohne weiteres zu übernehmen. Das Werk des Herrn Dr. Vollmer sei sehr umfangreich. Müßte er die bei der Fakultät fällige Dissertation auf eigene Kosten herstellen lassen, so sei zu befürchten, daß er nur einen Teil des Werkes, der zu jenem Zwecke

genügt, drucken ließe und wir nur ein Bruchstück seiner Arbeit bekommen würden, was für die Wissenschaft im allgemeinen und für die Geschichte Braunschweigs im besonderen zu beklagen sein würde. Herr Geh. Archivrat Dr. Zimmermann hofft, daß der so oft gezeigte Sinn der Stadt für Kunst und Wissenschaft sich auch hier aufs neue bewähren möge, indem sie einen Zuschuß zu den Kosten des Druckes gebe. Der Stadtarchivar Dr. Macß befürwortet in einem Schreiben an den Magistrat das Gesuch in nachdrücklicher Weise. Er erinnert daran, daß Dr. Vollmer ein Braunschweiger Kind, ein Sohn des verstorbenen Tischlermeisters Vollmer sei, und daß er mit dem herauszugebenden Werke unter Benutzung der einschlägigen Literatur, des Urkunden- und Altmaterials des Stadtarchivs, in dreijähriger Tätigkeit eine Arbeit geschaffen habe, die von der philosophischen Fakultät der Universität Münster als ausgezeichnet anerkannt worden sei, und auf die hin der Verfasser zum preussischen Archivdienste zugelassen sei. Sollte die Arbeit vollständig erscheinen, so seien dazu 750 *M* erforderlich. Da Herr Dr. Vollmer kaum in der Lage sein dürfte, diese Kosten aus eigener Tasche aufzubringen, so bittet der Stadtarchivar, dem Geschichtsverein zu diesem Zweck einen Zuschuß von 400 *M* zu bewilligen. Der Magistrat stimmt dem zu und schreibt, daß er nach den Darlegungen der beiden genannten Herren die Arbeit des Herrn Dr. Vollmer, die einen Teil der Kulturgeschichte der Stadt Braunschweig behandle, für so wertvoll halte, daß ihre Veröffentlichung für die Einwohnerschaft von Interesse sei und erwünscht erscheine. Er hält deshalb die Zahlung eines Zuschusses zu den Kosten der Veröffentlichung für zulässig und gibt anheim, 400 *M* zu Lasten des Kapitals IV des ordentlichen Etats zu verwilligen.

Die Finanzkommission hat sich voll und ganz diesen Ausführungen des Stadtmagistrats angeschlossen und bittet Sie durch mich, dem auch zuzustimmen und die 400 *M* zu bewilligen.

Die Versammlung spricht die Bewilligung des Zuschusses von 400 *M* an den Geschichtsverein aus.

7. Annahme eines Prozeßvergleichs mit der „Normalzeit“.

Stadtv. **Hortung**: Es wird Ihnen Erinnerlich sein, daß infolge vielfacher Klagen über den Betrieb der Turmuhren seinerzeit der Magistrat ermächtigt worden ist, den Vertrag mit der Gesellschaft „Normalzeit“ in Berlin über das Aufziehen der Turmuhren zu kündigen, daß aber die Gesellschaft diese Kündigung anzuerkennen abgelehnt hat und der Magistrat im Prozeßwege gegen die Gesellschaft vorgegangen ist. Die Gesellschaft hat nun, ehe über die Klage verhandelt ist, einen

Vergleich vorgeschlagen. Sie ist bereit, die Auflösung des Vertrages zu Ende November d. J., anzuerkennen, verlangt dagegen von der Stadt die Erklärung, daß die Mängel, die sich bei der Regulierung und dem Aufzuge der Turmuhrn herausgestellt haben, nicht auf ihr Verfahren zurückzuführen seien, sondern auf solche im System des Ingenieurs Mayrhofer, mit dem die Stadt den Vertrag abgeschlossen hat. Die bisherigen Prozeßkosten sollen aufgerechnet werden und jeder Teil seine Gerichts- und Anwaltskosten tragen. Ich bemerke, daß die Gerichtskosten fast gleich Null sind, da es zur Verhandlung nicht gekommen ist. Der Magistrat gibt anheim, den Abschluß des Vertrages zu genehmigen, da die modernen Aufzugs- und Regulierungsvorrichtungen der Normalzeit tatsächlich an den hiesigen Uhren gar nicht angebracht sind, und ihn zu ermächtigen, vom 1. November ab die Wartung und Regulierung der Turmuhrn vorläufig anderweit zu vergeben.

Die Statutenkommission gibt anheim, diesem Vorschlage zuzustimmen. Der Vergleich ist materiell günstig für die Stadt, und die Mängel sind tatsächlich auf das System Mayrhofer zurückzuführen. Durch Abschluß des Vergleichs würde ein unangenehmer Zustand aufhören, denn bei dem Prozeß würde es sich um weitläufige Beweiserhebungen handeln, so daß er ziemlich lange dauern könnte.

Vorsitzender: Es erscheint mir bedenklich, daß wir den Magistrat beauftragen sollen, die Wartung der Turmuhrn anderweitig zu vergeben.

Stadtv. Hartung: Das soll nur vorläufig geschehen. Die Kommission ist der Ansicht, daß es gerechtfertigt ist, diese vorläufige Vergabung durch den Magistrat eintreten zu lassen. Es werden dann Schritte eingeleitet werden müssen, um einen definitiven Zustand herbeizuführen.

Die Versammlung stimmt dem Vergleiche zu und erteilt dem Magistrat die gewünschte Ermächtigung.

8. Errichtung von Kleinwohnungen für städtische Beamte und Arbeiter.

Vorsitzender: Zur formellen Behandlung dieses Punktes der Tagesordnung möchte ich vorausschicken: Es ist allen Herren das ausführliche Schriftstück Nr. 8026 mit den Zeichnungen zugegangen. Ich möchte vorschlagen, daß wir die beiden Teile dieser Vorlage scharf auseinanderhalten, wie das in der Finanzkommission auch geschehen ist. Sie wissen, daß ein schwieriges Thema vor uns liegt, dessen Behandlung nur gewinnen kann, wenn wir die einzelnen Gesichtspunkte scheiden. Der Herr Referent wird zunächst über Punkt I Vortrag halten und erst nach dem Beschlusse über I zu II übergehen. Ich setze Ihr Einverständnis hiermit voraus.

Stadtv. **Leue:** Der Umstand, daß die ausführliche Vorlage mit einer Zeichnung jedem einzelnen von uns zugegangen ist, enthebt mich der Verpflichtung, auf die Einzelheiten einzugehen. Ich kann mich darauf beschränken, aus der Vorlage das wesentliche herauszuschälen.

Zunächst möchte ich betonen, daß über die Frage, ob wir grundsätzlich damit einverstanden sind, daß die Stadt Wohnungen für ihre Arbeiter und unteren Beamten schafft, heute nicht zu beraten ist, denn darüber liegt bereits ein Beschluß vor. Unsere heutige Beratung würde sich darauf beschränken müssen: Soll das Projekt, welches der Magistrat uns vorgelegt hat, zur Ausführung kommen?

Bei diesem Projekt ist die wichtigste Frage zunächst die des Grundbesitzes. Wie Sie aus der Anlage zu dieser Vorlage gesehen haben, sind auch Vorentwürfe gemacht worden, die die Errichtung von Arbeiter- und Beamtenwohnungen an anderen Stellen vorsahen: am Chriakörsinge, am Riddagshäuserwege. Ich glaube, wir können diese ohne weiteres beiseite lassen, darüber ist uns vom Magistrat auch keine Vorlage zugegangen. Wir können wohl auch dem zustimmen, daß von dem Bau von Einfamilienhäusern abgesehen werden muß, denn die Ausführungen in der vereinigten Bau- und Finanzkommission haben dargetan, daß derartige Häuser für die Stadt zu unrentabel sind. Es empfiehlt sich, Häuser mit ein oder zwei Stockwerken zu bauen, die sich vorteilhafter für die Stadt vermieten lassen, und bei denen der Mietpreis der einzelnen Wohnungen geringer ist.

Was den Grunderwerb selbst anbetrifft, so sehen Sie aus der Vorlage, daß ein Terrain zwischen der Goslarerstraße und der Landesbahn, um den alten Petrickhof herum, für die Bebauung vorgesehen ist. Von den Grundstücken, die in Frage kommen, sind einige als fest erworben anzusehen, bei denen also nur noch unsere Zustimmung, bezw. in einem Falle, die des Ministeriums erforderlich ist, und zwar betrifft dies das Grundstück der Kennedey'schen Erben, das der Hesse-Boß-Stiftung und die Besitzungen des Großen Waijenhauses. Abgesehen von einigen bebauten Grundstücken, ist man hierbei zu einem Erwerbspreise von 4 *M* pro qm gekommen. Die anderen Grundstücke haben nicht freihändig erworben werden können. Wenngleich, wie Sie aus der Vorlage ersehen, die Vorverhandlungen als abgeschlossen nicht angesehen werden können, so ist wohl anzunehmen, daß bei einem freihändigen Ankauf ein Preis von 4 *M* schwer zu erreichen sein wird, denn die Forderungen gehen bei weitem höher; 8 bis 10 *M* ist der Durchschnittspreis, der für das qm gefordert wird. Um aber das ganze Projekt in der großzügigen Weise, wie es der Magistrat vorgesehen hat, durchführen zu können, ist der Erwerb der ganzen Fläche notwendig. Der Magistrat nimmt deshalb in Aussicht, falls eine Einigung mit den Eigentümern nicht zustande kommt, zur Zwangsenteignung zu

schreiten, und ist überzeugt, daß dieser seitens des Staates Hindernisse nicht entgegengestellt werden. Bemerken möchte ich noch, daß bei Ausführung des Projektes der lange gehegte Wunsch nach einem Spielplatz in dortiger Gegend seiner Erfüllung entgegengehen würde. Die Größe der ganzen zu erwerbenden Fläche beträgt 518,33 a, und die Gesamtaufwendung dafür außer den Vertragskosten etwa 229 700 *M.* Der Magistrat ist der Ansicht, daß trotz dieser hohen Kosten zu dem Erwerbe geschritten werden solle, da die Grundstücke später nicht entwertet, sondern im Gegenteile im Werte steigen werden, die Stadt mithin nach dieser Richtung ein Risiko nicht eingeht.

Nun, meine verehrten Herren, die Frage der Kostendeckung. Der Magistrat kann in dieser Hinsicht bestimmte Vorschläge noch nicht machen. Das ist naturgemäß, da er noch gar nicht weiß, welche Kosten in Wirklichkeit aufgewendet werden müssen. Er schlägt aber jetzt schon vor, eine Verteilung in der Weise vorzunehmen, daß ein Fünftel der aufgewandten Kosten aus dem Ausgleichsfonds genommen wird, während vier Fünftel dem Extraordinarium oder dem Stammvermögen zur Last fallen sollen. Von den Grunderwerbskosten würden demnach etwa 46 000 *M.* aus dem Ausgleichsfonds und etwa 183 000 *M.* aus dem Kammereivermögen zu bezahlen sein.

Was die Beschlüsse der Kommission bezüglich der auf Seite 9 der Vorlage verzeichneten einzelnen Punkte betrifft, so habe ich zu empfehlen, dem Punkte a zuzustimmen. Er lautet: „Der Magistrat gibt anheim, das in Rede stehende Projekt über Beschaffung kleiner Wohnungen für städtische Beamte und Arbeiter vorbehaltlich der Entscheidung über die Art der Bebauung und der Nutzung der zu schaffenden Wohnungen gutheißen zu wollen.“

Wir sind in der Finanzkommission selbstredend nicht auf die Einzelheiten der Bebauung eingegangen, das würde erst demnächst zu entscheiden sein.

Punkt b lautet: „Der Magistrat gibt anheim, den vorgelegten Teilortsbauplan genehmigen zu wollen.“ — Das ist wohl nur eine Schlußfolgerung aus a. Wenn wir zu a ja sagen, dann wird auch zu b nicht ein Nein auszusprechen sein. Es würde sich vielleicht später bei Beratung der Einzelheiten dieses oder jenes noch ändern lassen, was aber bei der allgemeinen Begutachtung, die wir hier vornehmen, nicht in Frage kommt.

Punkt c: „Den mit den Rennefesch'schen Erben abgeschlossenen notariellen Vertrag vom 9. Juni cr., sowie den stadtseitigen Ankauf der unter 3 und 4 bezeichneten Pläne zu den daselbst angegebenen Preisen und unter stadtseitiger Übernahme der Zwangssteuer genehmigen, auch den Magistrat ermächtigen zu wollen, die Enteignung der übrigen unter 1, 2, 5, 6 und 8 bis 11 bezeichneten Grundstücke zu beantragen.“

Die bezeichneten Grundstücke sollen also, soweit nicht noch in letzter Stunde eine Einigung zustande kommt, zwangsweise enteignet werden. Der Magistrat hat auch in seiner Vorlage gesagt, daß, wenn dieser Erwerb der nötigen Grundstücke zu etwa 4 M das qm nicht durchgeführt werden könnte, das ganze Projekt als gefallen angesehen werden müßte, da höhere Preise zu zahlen, nicht angängig ist, und zwar aus den Gründen, die in der Vorlage bezw. in der sehr ausführlichen und interessanten Niederschrift des Stadtbaurats Winter zu ersehen sind. Die Finanzkommission schlägt Ihnen Zustimmung auch zu c vor.

Punkt d: „Sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß die aus der Durchführung des ganzen Unternehmens erwachsenden Kosten, d. h. also einschließlich der Straßen- und Hausbaukosten, zu $\frac{1}{5}$ aus dem Ausgleichsfonds bestritten, im übrigen aber vorläufig dem Extraordinarium der Kammereikasse zur Last gelegt werden.“

Meine geehrten Herren. Mit diesem Vorschlage hat sich die Finanzkommission nicht einverstanden erklären können. Sie ist nach längerer Beratung zu der Ansicht gekommen, daß es doch wohl nicht zweckmäßig sei, einen Betrag sozusagen zu „greifen“, denn ob es $\frac{1}{5}$ oder $\frac{4}{5}$ sein werden, läßt sich vorher schwer sagen. Der Magistrat ist von dem Grundsätze ausgegangen, daß nicht die ganze Summe sich durch die aufkommenden Mieten verzinsen wird, sondern nur ein bestimmter Teil durch Mieterträge zinsbar wird, und hat diesen Teil auf $\frac{4}{5}$ geschätzt, während er $\frac{1}{5}$ sozusagen à fonds perdu, um ein deutsches Wort zu gebrauchen, hingeben will. Die Finanzkommission hat einen anderen Standpunkt eingenommen. Sie hat geglaubt, diesem nicht schon vorher zustimmen zu sollen, sondern statt des Ungewissen Ihnen vorzuschlagen, unter Anerkennung des Umstandes, daß nicht der ganze aufgewandte Betrag durch Mieten verzinst werden kann, einen bestimmten Betrag, und zwar denjenigen, der sich durch die Grunderwerbs- und Herrichtungskosten des Spielplatzes ergibt, ohne weiteres aus den Mitteln des Ausgleichsfonds zu nehmen. Es wurde in der Kommission der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sich das wahrscheinlich mit $\frac{1}{5}$ der ganzen Kosten decken würde.

Dann möchte ich noch die Ausführungen berühren, die der Herr Stadtbaurat Winter in seiner Schrift niedergelegt hat darüber, ob es zweckmäßig ist, diese Beamtenwohnungen zu bauen, und ob sie Aussicht haben, bewohnt zu werden oder nicht. Er führt die Beispiele aus verschiedenen Städten an, die dafür und dagegen sprechen. Diese Ausführungen haben uns in der Finanzkommission deswegen nicht beschäftigt, als wir uns sagten, wie ich schon zu Eingang meines Berichts erwähnt habe: darüber haben wir nicht zu entscheiden, ob überhaupt solche Wohnungen gebaut werden sollen, sondern wir haben uns nur mit dem vorgelegten Projekte zu befassen.

Die Finanzkommission gibt Ihnen also anheim, den Punkten a, b, c Ihre Zustimmung zu geben, dagegen bei Punkt d statt $\frac{1}{5}$ zu sagen: die Kosten für Erwerb und Herrichtung des zu errichtenden Spielplatzes werden dem Ausgleichsfonds, alle übrigen aber dem Kämmerervermögen entnommen.

Stadtv. Meyerhoff: Meine Herren. Vom Herrn Referenten ist gesagt, mit der grundsätzlichen Frage, ob diese Wohnungen geschaffen werden sollen, haben wir uns heute nicht mehr zu befassen. Ich teile diese Meinung der Finanzkommission nicht, denn wenn andere Momente in eine Sache hineinkommen, die vor Einbringung der Vorlage nicht da waren, so ist es wohl der Mühe wert, über diese zu sprechen. Ich weiß nicht, wie weit der verehrten Finanzkommission alle diese Momente klar waren oder vorgelegen haben. Ich werde mir erlauben, auch meinen Standpunkt, der dagegen spricht und der vielleicht auch in der Versammlung Gehör finden dürfte, hier zur Geltung zu bringen.

Meine Herren. Ich bin selbst Referent für die Baukommission gewesen und habe diesen Beschluß mit herbeigeführt, das gestehe ich offen zu. Allein die Tragweite des Beschlusses oder vielmehr die Art und Weise, wie jetzt vorgegangen werden soll, war uns unbekannt, und auch andere Umstände waren uns unbekannt. Seitdem die Vorlage von seiten der Stadtverordneten in der Form genehmigt war, ist eine geraume Zeit hingegangen, und Sie werden mir erlauben, daß ich kurz darauf eingele, was bis jetzt geschehen ist. Würden Sie mich in meiner Rede beschränken, so würde es mir freistehen, zu II daselbe vorzubringen; also vorbringen würde ich die Sache sowieso. Ich möchte den Herrn Vorsitzenden noch bitten, zu gestatten, daß ich zu der Behandlung der Sache auch schon bei Punkt I spreche.

Vorsitzender: Ich verstehe Sie nicht. Es liegt in Ihren Worten die Drohung, Sie würden zu Punkt II sprechen, wenn Sie bei Punkt I nicht genügend zu Wort kämen. Sie wissen, daß Ihnen 20 Minuten Redezeit zu steht.

Stadtv. Meyerhoff (fortfahrend): Dann bin ich vollständig zufrieden; ich bin kein Dauerredner, das wissen Sie alle. (Na, na!)

Was ist in der Zeit, seitdem wir den Beschluß gefaßt haben, geschehen? An kleinen Wohnungen sind gebaut: in der Zahnstraße 20, in der Marienstraße 12, in der Voßlarischenstraße 6, Kramersstraße 24, Helenenstraße 8, Petristraße 8, Wenderring 16, Karl-Schmidt-Straße 40, Korcschstraße 45, Niddagshäuserweg 24, Schöppnerstedterstraße (im Hause des Konsumvereins) 7 Beamtenwohnungen, Eichthalstraße 18, Fließmaroderstraße 16, Salzdhumerstraße 8, Madamenweg 8, Helmstedterstraße 21;

Sie sehen daraus, daß in den verschiedensten Gegenden der Stadt kleine Wohnungen gebaut sind. Hergestellt sind nach der Aufstellung in der Zeit bis zum 1. Oktober 280 solcher Wohnungen, und zwar 150 Wohnungen von 2 Zimmern und einer Kammer (also sogenannte Zweizimmerwohnungen) im Preise von 220 bis 350 *M.*, 80 Dreizimmerwohnungen im Preise von 270 bis 380 *M.* Der Rest sind Vierzimmerwohnungen im Preise von 360 bis 500 *M.* Nach den uns zugegangenen Bogen zur Grundsteuereinschätzung sind jetzt noch 68 derartige Wohnungen einzuschätzen.

Meine Herren. Wenn ich diese Zahlen und die Preise der Wohnungen ansehe, dann muß ich sagen, daß gegen früher die Verhältnisse sich jetzt geändert haben. Es ist sowieso schon eine Gefahr für den Stadtfädel, wenn er sich auf das Gebiet des Wohnungsbaues begeben will. (Oho!) Ich habe mich natürlich bemüht, das hier einschlägige Material zu besorgen. Ich habe hier einen Auszug über die Wohnungen eines der genannten Häuser. Dort sind 8 Wohnungen, wo 8 Ehepaare mit 10 Kindern und 2 Logisgängern wohnen. Die Preise dieser Wohnungen bewegen sich im Rahmen von 280 bis 330 *M.* In einem Hause an der Eichtalstraße sind 19 Eheleute, 36 Kinder und 9 Schlafgänger in 10 Wohnungen wohnhaft, in einem anderen Hause dort 8 Ehepaare und 2 Witwen mit 22 Kindern und 3 Schlafgängern. Es kommt noch besser: In einem Hause mit 12 Wohnungen wohnen 12 Ehepaare mit 40 Kindern und 5 Schlafgängern.

Dabei ist noch eines zu berücksichtigen: Diese Wohnungen gehen in ihren Größenverhältnissen über das hinaus, was in der Denkschrift des Herrn Stadtbaurats Winter, der ich alle Ehre zolle, angeführt ist. Von den in ihr aufgeführten Wohnungen sollen 4 eine Nutzfläche von 55 qm, 2 eine solche von 50 qm bekommen. Die Wohnungen aber, die ich zuletzt angeführt habe, haben eine Nutzfläche von 59, 56 und 64 qm, die Wohnungen zu 340 bis 320 *M.* enthalten über 90 qm Nutzfläche, und eine Wohnung im Eichtale 59,9 qm Nutzfläche. Also, meine Herren, diese Wohnungen sind in den Abmessungen größer als diejenigen, die wir nach der Bearbeitung des Herrn Geheimrats Winter bauen wollen. Ich fürchte, daß die Stadt, wenn sie an das Vermieten herangeht, keine guten Erfahrungen machen wird. Es ist schon von dem Herrn Referenten gesagt, bestimmen lasse sich nicht, wieviel Wohnungen von unseren Beamten und Arbeitern bezogen werden würden. Es weiß jeder, daß die Herren nicht gern alle auf einem Fleck wohnen wollen. Schon wegen der Kindererziehung, wegen des Spielens der Kinder, werden sie getrennt liegende Wohnungen bevorzugen. Es geht auch aus dem Schreiben des Herrn Geheimrats Winter hervor, daß die Stadt Mannheim bei ihren Wohnungen es erfahren hat, daß sie nicht von denen bezogen sind, für die sie gebaut wurden, sondern sie hat

die Wohnungen anderweitig vermieten müssen, und die Nutzung des Kapitals hat nur $2\frac{3}{8}$ Prozent ergeben.

Aus alle diesem glaube ich annehmen zu müssen, daß, wenn die private Bautätigkeit so weiter fortschreitet (und daran ist nicht zu zweifeln, wie ich später ausführen werde), wenn sie durch städtische Maßnahmen erweckt wird, wie Sie es mit der Baugenossenschaft vorhaben, wenn man diese Baufläche unter den privaten Bauherren aufteilt und sie ihnen zu denselben Bedingungen überlassen würde, wie sie die Stadt erwirbt, daß dann mehr geschaffen werden kann als durch die Stadt selbst. Oder mit anderen Worten: Nach dem mir zugegangenen Material halte ich es — ich muß es leider sagen — für verfehlt, von seiten der Stadtverwaltung in diesem Augenblick Wohnungen zu bauen, und sich dadurch ein neues Schmerzenskind aufzuladen, und den Geldsäckel der Stadt in Anspruch zu nehmen. Ich bin weit entfernt davon, gegen irgend welche Unternehmer zu sprechen. Ich habe mit dem Herrn Oberbürgermeister schon über dieses Thema unterhandelt und bin gern bereit, alles mögliche anzubieten, um die Bautätigkeit zu fördern; für Mittel, die aufgewendet werden sollen, um für kinderreiche Familien Wohnungen zu schaffen, bin ich stets zu haben. Ich bin zu jedem Opfer bereit, in den alten Stadtteilen die Leute zu unterstützen, um die alten Häuser und alten Wohnungen den heutigen hygienischen Anforderungen entsprechend einzurichten. Aber die Stadt in Gefahr zu setzen, als Vermieter aufzutreten und ihre Kapitalien zu verlieren oder einen schlechten Zinsertrag des aufgewendeten Kapitals zu erhalten, bin ich nicht gewillt. Ich möchte nochmals warnen: Überlegen Sie sich die Sache noch einmal reiflich, und beschließen Sie wenigstens nicht, daß wir unbedingt selbst bauen wollen.

Dagegen bin ich für den Punkt b, er hängt nicht mit dem ersten zusammen. Ich habe nichts gegen die Genehmigung des Ortsbauplans, noch viel weniger bin ich gegen den Ankauf der Ländereien zu 4 oder 5 M für das Quadratmeter. Solches Gelände soll die Stadt kaufen, wo und soviel sie kann, soll ihr Geld darin anlegen und auch in der Weise vorgehen, daß sie Wohn- und Verkehrsstraßen baut, soll die Aufteilung des Geländes vornehmen und den Bauenden betreffs der Kanalisation, Gas- und Wasserleitungen entgegenkommen. Nur bitte ich, lehnen Sie Punkt a, das Projekt über die Schaffung kleiner Wohnungen für städtische Arbeiter und Beamte ab, denn wir werden keinen Segen von der Sache haben. Es wird nur ein Schmerzenskind für die Stadt werden. Für die Punkte b und c bin ich zu haben, auch mit d bin ich einverstanden. Ich habe noch einmal warnen wollen und glaube, damit meine Pflicht getan zu haben.

Stadtv. **Frühling:** Ich begrüße es sehr, daß mit der Vorlage der erste Schritt gemacht werden soll, um die Frage, wie billige Wohnungen beschafft werden können, tatkräftig in die Hand zu nehmen. Die Hauptsache des Ganzen liegt darin, daß ein größerer Grund- und Bodenkomples zusammengekauft werden soll, auf dem die Bauten errichtet werden können. Dafür ist ja auch Herr Meyerhoff. Alle dem, was der Herr Referent bezüglich des Ankaufs und der finanziellen Maßnahmen vorgetragen hat, kann ich mich nur anschließen. Nur zu Punkt b möchte ich mir einige Ausführungen erlauben. Der Teilortsbauplan, der vorgelegt ist, ist nur als Vorschlag des Herrn Stadtbaurats Winter gedacht. Er ist ausgearbeitet unter Zugrundelegung von sogenannten Gruppenhäusern. Die Straßen, die vorgesehen sind, ergeben sich nicht aus den Anforderungen des durchgehenden Verkehrs, sondern daraus, wie durch solche Gruppenbauten der gesamte Grundstückskomplex am besten aufgeteilt werden kann. Nun ergeben die Ausführungen des Herrn Stadtbaurats Winter weiter, daß solche Gruppenhäuser verhältnismäßig teuer werden und hohe Mieten erfordern. Das würde aber die Sache, die wir fördern wollen, wesentlich erschweren und einen übeln Einfluß auf die weitere Fortführung des Planes haben. Das Ganze, wie es vorgesehen ist, wird nur ein Vorschlag sein sollen, und es wird zu überlegen sein, ob die Häuser nicht noch billiger vorgesehen werden können. Dafür werden in erster Reihe Reihenhäuser in Frage kommen, indem man mehrere Häuser aneinander baut und dann einen Zwischenraum läßt. Solche Bauten werden deshalb billiger, weil die freistehenden Giebelwände fortfallen; die Straßenstrecke wird kleiner, da die Zwischenräume fortfallen, und hierdurch werden die Straßenkosten, die Kosten für Kanal-, Gas- und Wasseranlagen geringer. Weiter werden die zugigen Hausgassen dadurch fortfallen und die Wohnungen selbst wärmer werden. Es empfiehlt sich, derartigen Reihenhäusern den Vorzug vor den Gruppenhäusern zu geben. Die definitive Entscheidung darüber, wie gebaut werden soll, bleibt, wie die beiden Herren Vorredner gesagt haben, und wie auch in der Vorlage steht, noch vorbehalten. Nun möchte ich aber darauf aufmerksam machen, daß wir in Punkt b, während wir die Entscheidung über die Art der Bebauung und Nutzung der zu schaffenden Wohnungen noch offen halten wollen, einen Teilortsbauplan genehmigen sollen, der schon auf eine bestimmte Bebauungsart zugeschnitten ist. Ich möchte in Vorschlag bringen, daß die Herren den Punkt b vorläufig nicht bewilligen. Wir können den Teilortsbauplan ebenfогut dann erst feststellen, wenn wir uns später entschieden haben, welcher Art die Häuser sein sollen, die wir bauen wollen. Wir erreichen dadurch, daß Reihenhäuser gewählt werden, daß in der Führung der Straßen Abweichungen eintreten können. Wenn die Zwischenräume zwischen den Häusern wegfallen, kann auch die Lage der jetzt vorgesehenen Plätze,

die im allgemeinen nicht glücklich ist, noch verbessert werden. Z. B. Platz 624 ist eigentlich sehr unglücklich gelegt; in der Mitte geht eine Straße durch, dazu kommt noch der kleine Nebenweg, der nach der Einzelvilla hinführt, und auf diese Weise bleiben von dem Platze nur auseinandergeschnittene Stücke übrig, auf die man höchstens einen Busch hinpflanzen kann. Platz 307 a hat auch keine günstige Lage. Er befindet sich hinter den Häusern und ist nur für einen kleinen Teil der Bewohner nutzbar. Wenn es bei einer abgeänderten Straßenführung gelänge, ihn nach der Straße zu zu rücken, könnte er besser gereinigt und in Ordnung gehalten werden. Er wird dann außerdem auch für die gesamte Bauanlage von großem Vorteil sein, indem er eine schönere Erscheinung und ein angenehmeres Wohnen möglich macht. Das kann vielleicht erreicht werden, wenn uns das definitive Projekt vorgelegt wird und wir uns nicht schon vorher an den Teilortsbauplan gebunden haben. Mein Vorschlag geht also dahin, den Punkt b noch nicht zu genehmigen, sondern die Genehmigung hinauszuschieben, bis wir die nach a vorgesehene Art der Bebauung zur Entscheidung erhalten und wir daraus sehen können, wie sie gedacht ist. Aufgehalten wird die ganze Sache durch diese Nichtgenehmigung des Teilortsbauplanes nicht, denn bis die Enteignung vorgenommen ist, ist selbstverständlich auch der Beschluß über die Bebauung längst gefaßt. Höchstens könnte in Frage kommen, ob es zur Erlangung der Genehmigung zur Enteignung erforderlich ist, daß der Teilortsbauplan festliegt; es wäre möglich, daß das zur Bedingung gemacht wird. Ich glaube aber, man würde darum herumkommen, wenn dem Ministerium mit dem Antrage die Absicht klargelegt wird, was gebaut werden soll, und ihm eröffnet wird, daß wir uns bisher noch nicht über den Teilortsbauplan entschlossen haben, um noch geringe Verschiebungen vorzunehmen. Denn es wäre doch recht übel, wenn wir den Teilortsbauplan festlegten und ihn gleich wieder umändern müßten.

Aus diesen Gründen, weil keine Nachteile für den Fortgang der ganzen Sache entstehen und wir freie Hand behalten, beantrage ich, den Punkt b vorläufig zurückzustellen und seine Beratung erst bei der Vorlage des Bebauungsplanes vorzunehmen.

Was die Ausführungen des Herrn Meyerhoff betrifft, daß die Stadt nicht selbst bauen solle, so liegt darin manches Wahre. Wie aus den Nachweisungen des Herrn Stadtbaurats Winter hervorgeht, werden die Wohnungen doch verhältnismäßig sehr teuer werden, und es ist fraglich, ob wir sie so, wie wir beabsichtigen, werden vermieten können. Es entsteht die Frage, ob die Unterstützung der Bevölkerung, die hier wohnen soll, nicht besser dadurch erreicht werden kann, daß man die beteiligten Persönlichkeiten an der Ausführung der Bebauung mitwirken läßt. Das hat den großen Vorteil, daß die Leute mehr Interesse an der ganzen Anlage

bekommen, sie können die Häuser mehr nach ihrem Gefallen und Geschmack einrichten. Sodann werden zweifellos die Häuser durch Genossenschaften erheblich billiger gebaut als von der Stadt. Ich glaube, daß wir dadurch jedenfalls mehr erreichen, aber genau kann man das vorher nicht sagen. Ich möchte jedoch den Vorschlag machen, daß dieser Punkt mit ins Auge gefaßt wird: Beschaffung der Kleinwohnungen nicht allein dadurch, daß wir selbst bauen, sondern auch dadurch, daß von seiten der Stadt die Bildung entsprechender Genossenschaften gefördert und sie so unterstützt werden, daß sie gut bauen können. Wir brauchen nicht von vornherein nur das eine zu tun und das andere zu lassen. Ich möchte vorschlagen, daß wir zunächst einige Häuser von Stadt wegen bauen, wie es jetzt beschlossen wird, und andere Grundstücke solchen Genossenschaften einräumen. Wenn in dieser Weise vorgegangen wird, würde auch ein vorzüglicher Vergleich entstehen, wie sich die Häuser gegeneinander ausmachen und sich vermieten. Ich bringe dies nur als Anregung vor. Diesen Weg zu gehen, schließt die Vorlage des Magistrats nicht aus. Da wir noch eine Vorlage darüber erhalten sollen, wie die Art der Bebauung werden soll, so habe ich meinen Vorschlag schon jetzt vorgebracht, um es dem Magistrat zu ermöglichen, wenn es ihm angängig erscheint, bei der Bearbeitung des späteren Planes für die Bebauung darauf einzugehen.

Stadtv. Riese: Auf Grund des Antrages, der von meiner Seite damals gestellt war, hat bereits früher eine Sitzung der vereinigten Finanz- und Baukommission stattgefunden. Dort hat der Herr Geh. Baurat Winter den Bau von Kleinwohnungen besprochen und dargelegt, daß der Bau von Einzelhäusern sich für diesen Zweck zu teuer stellen würde. Das ist auch heute noch meine Ansicht, und das ist auch die Ansicht, die in der Vorlage zum Ausdruck gebracht ist. Ich muß anerkennen, daß, wenn es sich um Maßnahmen in dieser sanitären Beziehung gehandelt hat, noch nie so ernsthaft an die Sache herangetreten ist und noch nie so rasch eine Vorlage gefördert worden ist wie diesmal. Nachdem ich die Vorlage gelesen hatte, hatte ich die Überzeugung, daß der Magistrat und die städtischen Behörden mit Interesse und mit Ernst an die Sache herangegangen sind. Was uns vorliegt, ist ja nicht so leicht zu erreichen insofern, als die Stadt über zusammenhängendes Gelände, das als Baugrund verwandt werden kann, nicht verfügt. Es sind verschiedene Parzellen, die von Stiftungen zu mäßigem Preise zu erhalten sind, und andere, bei denen der Magistrat das Expropriationsverfahren beantragt. Wir sehen, wie schwierig hier die Sache war. Wenn die Vorlage heute so weit gediehen ist, so kann ich dem nur zustimmen, was die Finanzkommission beschlossen hat. Mit dem, was Herr Stadtverordneter Meyerhoff dagegen gesagt hat, kann ich mich

keineswegs einverstanden erklären. Erst hebt er das Unpraktische der vorgeschlagenen Maßregeln hervor, und dann führt er die Häuser im Eichthal als Beispiel vor. Wenn er damit beweisen will, daß es nicht mehr notwendig ist, Kleinwohnungen zu bauen, dann befindet er sich auf dem Holzwege. Ich kenne die Verhältnisse im Eichthal auch, wo in einem Raume gewohnt, geschlafen, gekocht und gewaschen wird, der zu einem Drittel nicht einmal eine gerade Decke hat, denn die Dachschräge reicht bis auf den Fußboden, und der ganze Raum ist kaum $2\frac{1}{2}$ m hoch, lang und breit. Diese Zustände wollen wir gerade beseitigen, und grundsätzlich sollen diese ungesunden Wohnungen umgewandelt werden. Das Schlafgängerwesen, wie es trotz der Wohnungsinspektion von seiten des Stadtbauamtes immer noch grassiert, muß beseitigt werden. Herr Meyerhoff würde gegen die Vorlage auch noch nach 100 Jahren sein. Sind es doch meist die Interessen der Grundbesitzer, die durch die Vorlage beeinträchtigt werden. Baut die Stadt die Wohnungen für ihre Arbeiter, dann werden preiswerte Wohnungen frei für andere Teile der Bevölkerung. Aber unsere städtischen Hausagrariarier befürchten, wenn ihnen diese Arbeiter, die noch solvent sind, weil sie in Verdienst bei der Stadt stehen, fortgenommen werden, daß dann andere Mieter, die nicht so gute Zahler sind, ihnen aufgesalzt werden. Das ist der Grund, weshalb die Hausbesitzer gegen unseren Plan sind; ein solcher Standpunkt kann uns aber keineswegs leiten. Ich bin fest überzeugt, daß wir diese Vorlage vollständig gutheißen können. Was steht denn im Wege, daß der Magistrat, wenn er Unternehmer findet, die die Bedingungen erfüllen, die daran geknüpft sind, auch ihnen ebenfugut die Hilfen zuteil werden läßt, wie sie hier vorgesehen sind? Wenn in der Beziehung vorgegangen würde, dann würden dabei auch Erfolge erzielt werden. Bei alle den Palliativmitteln, die in früheren Jahren angewandt wurden, ist nichts herausgekommen. Was nützt es uns, wenn vor dem Petritore die Wittekindstraße von dem Unternehmer Fulst gebaut wird? Dort sollen auch Kleinwohnungen gebaut werden. Die werden erst billig vermietet, dann kommen sie in den Strudel des Hausagrariertums hinein, und nach 2 Jahren ist der augenblickliche Erfolg verwischt. Das sind genau solche Mittel, wie seinerzeit in der Bergstraße, wo der Baugrund für 3,10 M verkauft wurde und nach 2 Jahren die Lokale ebenso teuer waren, wie sonst in der Stadt. Das ist ebenso, wie einige Jahre später, wo dem Pariser Jung für die Juliusstraße 84 000 M Darlehen zu niedrigem Prozentsatz gegeben war mit der Bedingung, Wohnungen zu 180 bis 230 M Miete zu bauen. Da zogen die Leute in Häuser ein, wo noch keine Treppe im Hause war und der Fußboden noch nicht fertig war, denn eine Bestimmung, daß die Wohnungen erst austrocknen sollen, hatte man damals nicht. Es hat nur kurze Zeit gedauert, da waren die Wohnungen genau so teuer wie die anderen. Das sind Palliativmittel, die haben keinen Wandel ge-

schaffen! Wenn die Stadt sich jetzt ermannt, so vorzugehen, dann bin ich überzeugt, daß damit nicht nur für die städtischen Beamten und Arbeiter Wohnungen geschaffen werden. Es bleibt sich auch gleich, wer die Wohnungen innehat, die Stadt hat aber die Verpflichtung, für ihre Angestellten billige Wohnungen zu schaffen.

Ich kann also der Vorlage insoweit zustimmen, daß endlich Ernst gemacht wird und wir dahin kommen, in der Beziehung Abhilfe zu bringen. Wie die einzelnen Anlagen zweckmäßig eingerichtet werden, das können wir der Zeit überlassen. Ich bin einverstanden, daß wir die Einteilung in Verkehrs- und Wohnstraßen, wie solche geplant sind, mit 6 m Breite und Vorgärten ausführen. Selbstredend kommen wir beim Bau von Reihenhäusern billiger weg, und wenn Licht und Luft in genügender Weise Zugang hat, dann kann ich mich dem auch anschließen. Ich will keine anderen Städte, auch Ulm nicht, anführen, wo bereits in der Weise vorgegangen ist, wie es meinerseits bei meinem Antrage geplant war. Gehen wir so vor, dann kommen wir auch zu besseren Zuständen, und das würde ich begrüßen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Bislang haben sich hier eigentlich nur Redner für die Vorlage ausgesprochen, ich kann mich deshalb kurz fassen.

Aus der Rede des Herrn Meyerhoff ging so viel hervor, daß er am liebsten gesehen hätte, wenn der Magistrat diese Vorlage überhaupt nicht eingebracht hätte. (Widerspruch des Herrn Stadtv. Meyerhoff.) Nun, es soll mich freuen, wenn ich mich in der Beziehung irre. Darin stimme ich Herrn Riefe bei: Wozu führt Herr Meyerhoff denn die vielen Wohnungen vor, die inzwischen geschaffen sind? Ich erkenne an, daß die Baulust eine sehr rege geworden ist, seitdem Sie uns den Antrag unterbreitet haben. Im allgemeinen muß man sich auf den Standpunkt stellen, daß es nicht von Segen ist, wenn die Verwaltung einer großen Gemeinde zu sehr in die Privatthätigkeit der einzelnen Gewerbetreibenden eingreift. (Sehr richtig!) Es muß darauf gesehen werden, daß jeder seine Schuldigkeit tut, und daß die Selbständigkeit der einzelnen Unternehmer im gewerblichen Leben tunlichst erhalten wird. Wir dürfen nicht lauter abhängige Existenzen schaffen. Aber es kommen Zeiten vor, wo man sagen muß: was der einzelne leistet, genügt der Gesamtheit nicht, und man darf und muß jetzt sagen, daß, wenigstens bis vor kurzem, auf dem Gebiete des Wohnungswesens die Bauunternehmer, überhaupt das bauende Publikum, die Einwohnerschaft nicht genügend befriedigt, also im Stich gelassen haben, nicht bloß in der Beziehung, daß nicht genug neue Wohnungen gebaut wären, sondern auch in der, daß man zu sehr alte Wohnungen ausgenutzt hat, die den hygienischen Anforderungen nicht genügen. Wenn solche Zustände in der Stadt sich zeigen, dann glaube ich allerdings — da stimme ich Ihnen durchaus zu — ist es Aufgabe der

Stadtverwaltung, kräftig einzugreifen. Das liegt nicht anders als auf dem Gebiete der Fleischsteuerung, wo wir auch beschlossen haben, einzugreifen, weil wir mit dem jetzigen Zustande nicht zufrieden sind.

Es dreht sich nun um die Frage: Liegt ein Bedürfnis vor? Es soll ohne Verzug wieder eine Statistik veranstaltet werden, wieviel Wohnungen leer stehen, und die soll Ihnen zugehen. Ich glaube, Herr Meyerhoff wird am Ende auch zu der Überzeugung kommen, daß die Stadt wenigstens einmal einen Versuch machen sollte, Abhilfe zu schaffen. Ich sage Abhilfe, denn ich lege den Hauptwert einmal auf die gesundheitliche Seite, dann aber auf ein anderes Moment. Woran krankt denn heute das Bauunternehmertum, woran liegt es überhaupt, daß die Wohnungen im Preise so gewaltig steigen? Selbstverständlich hat die Steigerung der Löhne und das Anwachsen der Preise für Materialien einen wesentlichen Einfluß darauf. Noch mehr Einfluß aber, glaube ich, hat die Spekulation der Grundbesitzer. Es läßt sich nicht leugnen, daß auch hier ein schnelles, ungesundes Wachsen der Grundpreise an der Tagesordnung ist, und ich glaube allerdings, daß es nicht ungerechtfertigt ist, wenn da eingegriffen wird, und wenn man geradezu sagt: Einen derartigen Nutzen in kurzer Zeit aus einem Grundstücke nur dadurch zu ziehen, daß man im günstigen Moment angekauft und nichts weiter getan hat, als das Grundstück längere oder kürzere Zeit zu behalten, das ist eine Gewinnsteigerung, die ihre Grenzen hat. Von demselben Gesichtspunkte geht auch das Gesetz über die Wertzuwachssteuer aus. Wir waren im Magistrat der Ansicht, daß auch dann, wenn durch derartige hohe Preise die Verwirklichung eines gemeinnützigen Zweckes gefährdet wird, das Enteignungsgesetz Platz greift. Das Recht der Enteignung, steht in der Verfassung, wird den Gemeinden und dem Staate verliehen, wenn wesentliche Zwecke des Staates oder einer Gemeinde in Frage kommen. Ich glaube, es kann kein Mensch bestreiten, daß die Förderung eines derartigen Unternehmens, wie wir es im Auge haben, ein wesentlicher Zweck der Gemeinde ist; darum hoffen wir, daß uns das Recht der Expropriation verliehen wird. Man kann auch über die Enteignungen sagen: Die Schätzungen der Sachverständigen haben immer noch gezeigt, daß die Expropriaten voll und ganz zu ihrem Rechte gekommen sind. Sie bekommen eine sehr angemessene Entschädigung; aber daß sie eine übergroße Entschädigung erhalten, wenn ein solches gemeinnütziges Unternehmen gefördert werden soll, ist auch nicht nötig.

Sodann möchte ich eingehen auf die Bedenken des Herrn Baurats Frühling. Eines ist mir an seinen Ausführungen nicht klar. Der Herr Baurat hat einmal angedeutet, er wäre ein Freund der Idee des Herrn Meyerhoff, daß man die Privaten bauen lassen sollte, auch auf diesem Terrain, und andererseits sagt er, es müßte die Festsetzung des Teilortsbauplans bis dahin verschoben werden, bis das

Bauprojekt feststeht. Das verträgt sich nicht miteinander. Wir können unmöglich heute so vorgehen wollen, daß wir sagen — für den Fall, daß wir nicht selber bauen wollen —: „Euch Baugenossenschaften und Privatunternehmern wird Terrain zu festen Preisen zur Verfügung gestellt, aber Ihr sollt so und so bauen.“ Man kann zwar Beschränkungen in bezug auf die Höhe der Gebäude eintreten lassen, aber alles festzulegen, wird kaum angängig sein. Es müßte auch zulässig sein, einerlei, ob wir Reihenhäuser, Gruppenhäuser oder Einzelhäuser bauen, zu sagen: Der Ortsbauplan für dieses Wohnviertel ist in der Weise festzusetzen, je nachdem es Ihnen hier angemessen erscheint. Ich will aber gern anerkennen, daß es möglich sein muß, zunächst die wichtige Frage beim Herzoglichen Staatsministerium zur Entscheidung zu bringen: Wird der Stadt für diese Sache das Expropriationsrecht verliehen? Ich kann mir sehr wohl denken, daß das Ministerium sich einfach auf den Standpunkt stellt: „Es ist hier ein umfangreiches, geeignetes Terrain vorhanden, das der Stadt zum Erwerbe überlassen werden muß, um einen derartigen Versuch in größzügiger Weise durchzuführen; auch wenn der Ortsbauplan für diesen Teil noch nicht festgelegt ist, so genehmigen wir den Plan und erteilen der Stadt das Expropriationsrecht.“ Der Versuch kann gemacht werden! Ich sollte aber meinen, es wäre nicht so unpraktisch, nochmals die Baukommission, die sich mit dem Ortsbauplan noch nicht befaßt hat, über die Frage zu hören, damit im Einvernehmen mit der Kommission von Ihnen der Ortsbauplan festgelegt wird, obgleich die einzelnen Hausbauten noch nicht feststehen. Auf eines aber mache ich aufmerksam: Der Vertrag mit den Kennedyschen Erben ist so gehalten, daß, wenn die Genehmigung des Ministeriums nicht bis 1. Januar erfolgt sein sollte, die Beteiligten von dem Vertrage zurücktreten dürfen. Das möchten wir natürlich verhüten, also so schnellig müßten Sie sich schlüssig machen. Ich muß es jedoch Ihnen überlassen, ob Sie dem Antrage Frühling entsprechen und die Beschlußfassung aussetzen wollen.

Ich komme nun zu den Einwendungen des Herrn Stadtv. Kiefe. Im allgemeinen ist er mit der Vorlage ja einverstanden, er hat aber — obgleich er auch seinerseits sagt, er wäre nicht dagegen, wenn den Privaten das Bauen überlassen würde — nun wieder Bedenken dagegen geltend gemacht, daß in früheren Jahren die Mieten in den Häusern, die von Unternehmern gebaut sind, recht bald gesteigert worden sind. Meine Herren. Ein derartiges Abkommen mit einem Unternehmer oder mit einer Genossenschaft zu treffen, daß sie niemals über bestimmte Mieten hinausgehen dürfen, ist kaum denkbar. Wenn heute von seiten der minderbemittelten Einwohner fortwährend über steigende Mieten geklagt wird, so muß man doch bedenken: wenn alles teurer wird, können die Mieter nicht verlangen, daß die Wohnungspreise heruntergehen sollen. Ich will Ihnen nachweisen, wenn Sie es

wünschen, daß eine ganze Menge Arbeiter sich auf den Standpunkt stellen, die Mieten dürften wenigstens nicht gesteigert werden, sie müßten dauernd auf der Höhe bleiben, wie es ihnen paßt. Das ist einfach nicht durchzuführen. Wenn die Stadt in der Beziehung eingreifen wollte, die Höhe der Mieten zu regulieren, dann müßte man dem Oberbürgermeister Miquel, der in dem Berichte der städtischen Bauverwaltung erwähnt ist, beipflichten, wenn er sagt: Das wird ein Ding ohne Ende.

Im übrigen will ich offen gestehen, daß wir im Magistrat zwar nach der Vorlage nicht abgeneigt sind, Ihrem Wunsche, den Sie uns unterbreitet haben, daß auch die Stadt selber Wohnungen baut, Folge zu geben, aber ich glaube, daß auch von Ihnen, als Sie den Antrag stellten — das hat Herr Meyerhoff schon angedeutet —, nicht angenommen worden ist, daß in diesem Umfange der Versuch gemacht werden sollte. Sie wollten nur einen Versuch. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß ein kleiner Versuch unpraktisch ist, kann man allerdings zweifelhaft sein, ob es richtig ist, in diesem Umfange stadtseitig Wohnungen zu bauen. Ich erkläre nicht, daß der Magistrat nicht dazu geneigt ist, im Gegenteil, ich glaube, es wäre ganz gut, einmal einen Unterschied zu sehen zwischen ein paar stadtseitig gebauten Häusern und einer Gruppe von Häusern, die vielleicht von einer Baugenossenschaft oder von einem Bauunternehmer erbaut sind. Der Preisunterschied wäre dabei nicht allein maßgebend, sondern auch die Solidität des Baues, welcher Bau am praktischsten ist und dergl. Doch mache ich auch kein Hehl daraus, daß wir im Magistrat große Bedenken dagegen haben, eine so große Zahl von Häusern stadtseitig dauernd in Benutzung zu behalten, zu verwalten und zu unterhalten. Es wird uns das nicht bloß ein ziemliches Stück Geld kosten, sondern auch gewaltige Arbeit machen, und deshalb muß man sich in dieser Beziehung vollständig freie Hand lassen. Wir haben auch durch den zweiten Teil schon angedeutet, wie auch in anderer Weise die Erbauung von Wohnungen unterstützt werden kann. Ich meine, die Hauptfrage bei dieser ganzen Sache ist es nicht, wer baut, sondern daß überhaupt gebaut wird, und zwar bald, und in der Beziehung wird der Magistrat Ihnen, wenn Sie im allgemeinen unserem Gedankengange zustimmen, baldigst eine Vorlage zugehen lassen.

Stadtv. Dr. Henking: Daß der Herr Oberbürgermeister für den Bau von Kleinwohnungen eingetreten ist, wird Herrn Meyerhoff nicht angenehm sein, denn er ist wohl der einzige gewesen, der etwas dagegen einzuwenden hatte. Die Stadtverordneten haben doch selbst den Magistrat gebeten, den Bau von Wohnungen für die Beamten und Arbeiter in Angriff zu nehmen. Wenn jetzt die Vorlage kommt, so sollte es mich wundern, wenn eine größere Anzahl der Herren dagegen wäre.

Daß dieser Versuch in größerem Maße gemacht werden soll, freut mich von ganzem Herzen, ganz besonders als Arzt und weil ich schon seit Jahr und Tag für Wohnungspflege mich interessiert habe und dafür eingetreten bin, daß städtischerseits ein Versuch gemacht wird. Nur auf diese Weise ist eine gesunde Konkurrenz gegenüber den Bauten durch Privatunternehmer möglich. Diese wollen auf eine hohe Verzinsung hinaus, wodurch die Mieten gesteigert werden. Ich möchte die Herren bitten, der Vorlage zuzustimmen mit der Einschränkung, die Herr Baurat Frühling gemacht hat, daß wir bezüglich der Einteilung der einzelnen Baublocks erst später eine Entschliebung fassen, denn später wird uns der Magistrat sowieso nochmals eine Vorlage darüber bringen. Besonders Punkt a ist mir sympathisch. Ich meine, man solle hier sofort zufassen, wie auch der Herr Oberbürgermeister gesagt hat, daß es nicht tunlich ist, Monate darüber ins Land gehen zu lassen, ehe wir zum Beschluß kommen.

Mit Freude zu begrüßen ist es auch, daß man hier das Prinzip der Wohnstraßen zur Durchführung bringt. Wenn Herr Baurat Frühling Anstoß an Platz 620 nimmt, so würde die Kleinheit desselben mich wenig stören, weil der größere Platz in allernächster Nähe vorgesehen ist, es also für die Kinder der dort wohnenden Familien ein leichtes ist, diesen letzteren zu erreichen. Weiter sagte Herr Baurat, im Interesse der Billigkeit möchte er den Charakter der zusammenstehenden Wohnhäuser gewahrt wissen. Dann kommen aber leicht wieder hygienische Nachteile. Wir wollen gerade, daß die Familien nicht so zusammengedrängt wohnen, und daß es möglich ist, auch im Innern der Stadt eine gesunde und preiswerte Wohnung zu erhalten. Wenn der Bau der Häuser nicht in eigene Regie genommen wird, dann müßte der Preis der Wohnungen bestimmt werden, und ohne Einverständnis mit der Stadt dürfte keine Erhöhung stattfinden. Sollte der Magistrat es vorziehen, der Baugenossenschaft oder einer anderen Genossenschaft (ich denke dabei an die Rentenhaus-Genossenschaft, dieses ganz junge Unternehmen, dem es nicht möglich war, auf städtischem Gebiete Grund und Boden für seine Bauten zu erhalten, und das deshalb damit nach Brixem gehen mußte) Gelegenheit zu geben, sich bei dem Unternehmen zu beteiligen, so würde ich das mit Freuden begrüßen. Ich behalte mir vor, einen diesbezüglichen Antrag in nächster Zeit einzureichen.

Die Mietpreise für die nach dem Vorschlage des Herrn Stadtbaurats Winter zu erbauenden Wohnungen scheinen mir gar nicht zu hoch zu sein. Billiger als 260 bis 300 M werden Sie niemals Kleinwohnungen bekommen, und das ist auch gar nicht nötig. Wenn wir den 5. Teil des Jahreseinkommens für die Wohnung rechnen, dann werden auch die städtischen Arbeiter zufrieden sein können, wenn sie

eine gesunde Wohnung zu 300 *M* beziehen können. Allerdings muß eine Mietsteigerung verhütet werden, die im Laufe der Jahre den Nachteil wieder hervorrufen würde, den wir jetzt vermeiden wollen.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich stehe der Vorlage durchaus freundlich gegenüber und glaube nicht, daß die Bedenken des Herrn Meyerhoff durchschlagend genug sind, um uns zu veranlassen, den von uns in der Sitzung vom 2. November 1911 gutgeheißenen Grundsatz zu verlassen. Herr Meyerhoff hat angeführt, daß und wie viele Wohnungen seit diesem Beschluß gebaut sind. Ich verkenne nicht, daß die Bautätigkeit erfreulicherweise eine regere geworden ist, aber die Wohnungen, die Herr Stadtv. Meyerhoff anführte, sind nur zum Teil geeignet, dem Notstande zu begegnen, den wir damals anerkannt haben, sowohl der Straßenlage als auch den sonstigen Verhältnissen nach. Im übrigen würden (selbst die Zahlen, die Herr Stadtv. Meyerhoff angeführt hat, als richtig angenommen) diese neuen Wohnungen noch keineswegs geeignet sein, dem damals anerkannten Notstande zu begegnen. Ich möchte Herrn Meyerhoff auf die Angabe in dem Berichte des Herrn Stadtbaurats Winter auf Seite 2 verweisen. Dort ist angeführt, um wieviel Wohnungen wir zurück waren gegenüber dem, was in den Jahren hätte geleistet werden müssen. Es sind 240 Wohnungen, die fehlten. Es hätten also im Jahre, um auch nur dem natürlichen Bevölkerungszugange gleichzukommen, 40 Wohnungen mehr gebaut werden müssen. Wenn nun in annähernd Jahresfrist 280 Wohnungen überhaupt gebaut sind, so ist damit der Notstand keineswegs beseitigt, höchstens gemildert. Herr Meyerhoff verkennt auch, daß eine ganze Reihe Wohnungen eingegangen sind, daß es zum Teil nur Ersatzbauten sind, die in seiner Statistik prangen, und daß diese von der Zahl gekürzt werden müssen. Aber beredt, wie alle statistischen Zahlen, über deren Richtigkeit man zweifeln kann, waren seine Ausführungen über die Verhältnisse im Eichthal. Daß er die gerade als mustergültig und als erstrebenswerte Wohnungsverhältnisse schildert, so wie er sie in der Stadt haben will, ist zu verwundern. Wir könnten zufrieden sein, weil wir das Eichthal hätten! Er führt an, da wären 10 Wohnungen mit 19 Ehepaaren und soundso vielen Kindern. Ob man nicht aus diesen Angaben selber herleiten müßte, daß eingegriffen werden muß, ist, glaube ich, nicht schwer zu entscheiden. Herr Stadtv. Meyerhoff hat damit selber bewiesen, daß es eine Notwendigkeit ist, daß die Stadt Wohnungen baut. Im übrigen hat der Herr Oberbürgermeister und mein Freund Riefe das Nötige schon geantwortet. Ich will nicht Ihre Zeit durch Wiederholungen in Anspruch nehmen; ich gebe es auch auf, Herrn Meyerhoff in dieser grundsätzlichen Frage zu befehren, die von ihm und von mir verschieden aufgefaßt wird.

Die Anregung des Herrn Baurats Frühling, den Punkt b nicht zu verabschieden, sondern zurückzusetzen, halte ich für vollkommen gerechtfertigt. Es geht nicht an, daß wir, ohne die Baumeiße im einzelnen zu regeln, uns jetzt schon auf den Bauplan festlegen. Ich glaube auch nicht, daß irgendwelche Bedenken hinsichtlich der Erlangung des Enteignungsrechtes vorhanden sein würden. Das hat auch der Herr Oberbürgermeister für möglich gehalten. Für die Enteignung selber halte ich es für durchaus wünschenswert, daß der Ortsbauplan noch nicht existiert, wenn das Enteignungsverfahren eintritt. Ich verweise, um diese Ansicht zu stützen, auf Seite 12 des Berichts von Herrn Stadtbaurat Winter, in dem befürwortet wird, das Enteignungsverfahren zuerst in die Hand zu nehmen und den Ortsbauplan zu regeln, nachdem man das Land in der Hand hat. Die Entscheidung über den Preis wird, soweit mir bekannt ist, mit darauf zugeschnitten, ob das Grundstück Straßenfront hat oder nicht. Wenn wir jetzt überall neue Straßenfronten schaffen würden, so könnte der zu enteignende Grundstücksbesitzer sagen: „Das hier ist Straßenfront, das hier ist ein Eckgrundstück, und mit Rücksicht auf den Ortsbauplan müßt ihr für dies Gelände mehr Kosten bezahlen!“ Ich glaube, es ist nicht ausgeschlossen, daß das Verwaltungsgericht diesem Grundsatz beipflichtet. Deshalb wäre es empfehlenswert, aus rein finanziellen Erwägungen heraus, die Feststellung des Ortsbauplans zurückzusetzen.

Im übrigen bitte ich, dem Antrage a zuzustimmen. Ich lege großen Wert darauf, daß gesagt ist: „Vorbehaltlich der Entscheidung über die Art der Bebauung und der Nutzung der zu beschaffenden Wohnungen.“ Auch die Mietpreise und anderes ist damit einbegriffen. Darüber würde zu rechten sein, wenn die Einzelheiten in einer neuen Vorlage kommen. Da aber die Frage von verschiedenen Herren Vorrednern angeschnitten ist, so möchte ich mich zu einigen dieser Punkte äußern.

Es ist an sich auch mir durchaus sympathisch, wenn die dauernde Verwaltung der erbauten Häuser nicht in den Händen der Stadt liegt, sondern irgendeiner anderen Körperschaft übertragen wird, nur habe ich Bedenken insofern, als die Rentenhaus=Genossenschaft, die Herr Dr. Henking anzieht, oder die Laugenoffenschaft doch deshalb nicht in Betracht kommen können, weil diese Wohnungen in erster Linie für unsere städtischen Arbeiter und Beamten in Frage kommen sollen. Wir können doch keinen zwingen, gerade dieser Rentenhaus=Genossenschaft beizuspringen. Ich würde es für richtig halten, dieses städtische Unternehmen als solches auf eigene Füße zu stellen, eine Mieter=Genossenschaft zu schaffen. Das ist auch das Verfahren, wie es andere Städte uns vorgemacht haben. In Nürnberg z. B. ist es so gemacht, weil die Selbstverwaltung die kleinen Differenzen leichter regeln kann,

als es bürokratisch von oben her geschieht. Wert bitte ich vor allen Dingen darauf zu legen, daß das Eigentum an Grund und Boden, nicht das Bauen selbst, in die Hand der Stadt gegeben wird, daß wir also das Land nicht etwa nur kaufen und dann wieder fortgeben. Indem wir uns das Eigentum vorbehalten und nur die Verwaltung einzelnen zu schaffenden Genossenschaften oder Körperschaften übertragen, haben wir auch die Möglichkeit uns offen gehalten, Einfluß auszuüben auf die Behandlung der Wohnungen, auf ihre Preise und anderes. Da muß es mich wundernehmen, daß der Herr Oberbürgermeister verneint, daß wir preisregelmäßig einwirken wollen. Ich habe das als etwas Wesentliches angesehen, daß eine gewisse Herabsetzung der Preise von der Stadt angestrebt werden soll, und zwar nicht nur vorübergehend, sondern dauernd durch die Selbsthilfe oder die Eingriffe der Stadtverwaltung. Wenn das in Fortfall kommt, würde meiner Meinung nach nur halb das erreicht sein, was hier ursprünglich gewünscht war.

Es ist dann auch in dem Berichte des Herrn Stadtbaurats Winter erwähnt, wie die einzelnen Wohnungen ausgestattet werden sollen, und wie die Preise gestellt werden sollen. Auch kann ich nicht umhin, einiges Wahre an dem anzuerkennen, was Kollege Meyerhoff ausgeführt hat. Wenn man quadratmeterweise oder kubikmeterweise rechnet, sind die Vorschläge des Entwurfes in manchen Fällen hinter dem zurückbleibend, was selbst von der Privatindustrie, von dem Privatunternehmertum geleistet wird. Deshalb sage ich auch: „Vorbehaltlich der Bebauungsweise“ und diesem anderen. Es will mir auch die Rechnung nicht ganz richtig erscheinen, als hier zwar nach der Zeichnung Unterschiede gemacht werden von der Verwertung der Eck- und anderen Grundstücke. Das Eckgrundstück soll zu anderen Wohnungen, Läden usw. vermietet werden als die übrigen Grundstücke. Gleichwohl will man die ganzen Gestehungskosten, die zum Teil größer sind, soweit Eckgrundstücke in Betracht kommen, in einem Topf kochen. Da müßte doch ein Unterschied stattfinden.

Daß der Spielplatz 380 ausgeschaltet wird, halte ich für selbstverständlich, da er mit diesem Unternehmen gar nichts zu tun hat, sondern die Erfüllung eines anderen allgemeinen Wunsches ist. Der Ausweg, den die Finanzkommission gefunden hat, scheint mir ein glücklicher. Man könnte auch so weit gehen, vielleicht den Spielplatz 316 a mit unter diesen allgemeinen Begriff zu fassen. Das ist aber unter dem Begriffe „vorbehaltlich der Entscheidung über die Art der Bebauung“ gegeben.

Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, auf einen Mißstand hinzuweisen, der bei dieser Vorlage sehr auffällig in die Erscheinung getreten ist: wir haben keinen Grundbesitz. Wir brauchen bei den verschiedensten Gelegenheiten

Grund und Boden. Jetzt müssen wir erst um das Enteignungsrecht bitten und sind auf die Milde milder Stiftungen angewiesen. Ich habe schon wiederholt angeregt, ob wir nicht grundsätzlich diesen Mangel unserer Gemeinde abschaffen wollten. Es ist sowohl vom Herrn Vorsitzenden als auch vom Herrn Oberbürgermeister sich sympathisch zu dieser Anregung geäußert. Ich hatte gehofft, daß vielleicht magistratsseitig ein greifbarer Vorschlag gemacht werden würde, wie nun systematisch vorgegangen werden könnte, die Mittel des Ausgleichfonds oder andere zu benutzen, um Gelände anzukaufen, wo es irgendwie möglich ist. Daß es immer in der Weise wie bisher von Fall zu Fall geschieht, halte ich aus rein finanziellen Gründen und aus Gründen der Spekulation nicht für dienlich. Im Interesse der Stadt läge es, daß wir eine Deputation dafür einsetzten, oder eine bestehende Deputation damit beauftragten. Bei dieser Gelegenheit sehen wir doch, wie wir arm sind an Gelände, und daß wir da wohl Vorsorge für die Zukunft treffen müßten. Auch der Herr Stadtbaurat Winter hat in seinem Bericht auf diese Armut der Stadt hingewiesen. Es würde angebracht sein, wenn bei dieser Gelegenheit die Unterlassungsfünde unserer Vorfahren berücksichtigt würde.

Ich bitte Sie, die Vorlage, so, wie sie die Finanzkommission vorgelegt hat, anzunehmen, und nur Punkt b zurückzusetzen.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Im allgemeinen kann ich mich den Vorschlägen des Herrn Referenten der Finanzkommission nur anschließen, glaube aber, daß wir den Punkt b aus der Beschlußfassung fortlassen müssen. Was den Hauptpunkt a anbetrifft, so sind wir wohl alle ohne Zweifel darin einig, eine ausreichende Anzahl von Wohnungen für die Arbeiter beschaffen zu wollen. Aber der Weg, auf dem dies Ziel zu erreichen ist, stellt sich für die verschiedenen Herren in verschiedener Weise dar. Die Finanzkommission — ich habe leider wegen eines Unwohlseins an der Beratung nicht teilnehmen können — nimmt Punkt a der Magistratsvorlage ohne Änderung an, d. h. also, sie billigt, daß das in Rede stehende Projekt gutgeheißen werden soll. Dieses Projekt besagt aber, daß die Stadt ungefähr 50 Häuser aufbaut, und daß nur über die Art der Bebauung und Nutzung der zu schaffenden Wohnungen ein Vorbehalt gelassen werden möchte. Die Baukommission hat schon zwei wesentliche Änderungen eingefügt, die eine in der ganzen Anordnung des Projekts als solchen, die zweite aber ist besonders wichtig, denn damit wird Punkt a der Vorlage, daß die Stadt eigene Wohnungen bauen soll, durchbrochen. Der Herr Referent der Baukommission sagte, es könnte auch ein Teil dieser Baupläze durch einen Privaten oder durch eine Genossenschaft bebaut werden. (Zwischenruf.) Ich nehme an, daß die Vorlage in der Baukommission beraten ist. (Widerspruch.)

Dann würde es die private Meinung des Herrn Baurats Frühling sein, den wir jedenfalls alle als Sachverständigen hochschätzen. Auch der verehrte Herr Oberbürgermeister hat diesen Gedanken des Herrn Baurats Frühling aufgegriffen und in seinen Ausführungen betont: es kann unter Umständen auch ein Dritter, eine Genossenschaft, den Bau ausführen. Nimmt man diesen Gedanken als richtig an, dann kann man nicht das in Rede stehende Projekt ohne weiteres guthießen.

Ich komme nun auf die Ausführungen des Herrn Meyerhoff. In seinem Ziele kann ich mit ihm nicht einig sein, denn dadurch wird das Zustandekommen der ganzen Vorlage gefährdet. Aber unter seinen Ausführungen ist manches beachtlich, besonders folgendes, und das scheint auch die Ausführungen des Herrn Baurats Frühling mit beeinflusst zu haben: Wenn die Stadt das Projekt, wie es hier feststeht, ausführt, so ist das für die Stadt nicht ungefährlich. Einmal kann nicht mit Sicherheit das Bedürfnis sofort übersehen werden. Herr Meyerhoff hat sogar das Bedürfnis, Wohnungen zu bauen, verneint, und ich teile seinen privaten Standpunkt darin keineswegs. Aber es werden in der Tat die Interessen der Stadt mit Entscheidung der Frage berührt: Sollen sofort oder im Laufe der Zeit nach dem Vorschlage der Finanzkommission diese vielen Häuser gebaut werden? Das ist nicht ungefährlich. Ferner ist auch mit Recht von Herrn Baurat Frühling hervorgehoben, daß der Bau durch die Stadt selbst in diesem Falle vielleicht nicht praktisch ist, sondern daß es vielleicht besser wäre, daß Dritte den Bau übernehmen. Das Wichtigste scheint mir aber zu sein: Es ist eine sehr schwere Last und Sorge für die Stadt, dauernd diese unendliche Anzahl von Mietwohnungen sich auf den Hals zu laden. Es wird vielleicht das Richtige sein, die Entscheidung über die Frage: „Soll die Stadt allein diese gesamten Bauten ausführen oder andere Unternehmer, indem die Stadt als Finanzmann dahintersteht?“ nicht mit positiver Entschiedenheit zu treffen, wie die Finanzkommission beantragt, sondern sie in Schwebe zu lassen. Ich möchte beantragen, statt der Ausdrucksweise das „in Rede stehende Projekt“ eine solche Beschlußfassung zu wählen, wonach die Möglichkeit offen gelassen wird, auch andere Unternehmer zuzulassen. Ich empfehle zu sagen: „das beabsichtigte Projekt“, denn es ist schon vom Magistrat gesagt, daß wir eine Vorlage darüber noch bekommen würden.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Wenn Sie diesem Vorschlage zustimmen, so ist es meiner Ansicht nach ausgeschlossen, daß das Staatsministerium uns ermächtigt, die ganz bestimmt aufgeführten Grundstücke zu expropriieren. Damit wäre dann die ganze Sache in den Brunnen gefallen. Ich gebe zu, Sie können aus meinen Worten schließen, daß der Magistrat nach Absendung der Vorlage Zweifel darüber

bekommen hat, ob es richtig ist, die Gesamtheit dieser Häuser, die vorgesehen sind, oder überhaupt Häuser in so großer Zahl stadtsseitig zu erbauen. Ich sollte meinen, es müßte Ihnen vollkommen genügen, daß wir, wenn wir auch nur ein Haus bauen, zunächst Ihre Zustimmung wegen Verwilligung der Mittel einholen müssen. Damit haben Sie es vollständig in der Hand. Die Erledigung des Projektes ist so zu bezeichnen: Einmal die Genehmigung des Ortsbauplans, dann die Genehmigung des Ankaufs der Grundstücke. Ghe wir diesen Schritt nicht getan haben, haben die anderen Erörterungen keine Bedeutung. Ich meine, Sie sollten jetzt, womöglich einstimmig, sagen: Wir genehmigen den Ankauf dieser Grundstücke und die Festlegung eines angemessenen Ortsbauplans. Darauf baut sich das ganze weitere Vorgehen auf.

Daß es wünschenswert wäre, zunächst die Art der Bebauung festzulegen, kann ich nicht anerkennen. Wie oft haben wir Ihnen hier Teilortsbaupläne vorgelegt, und kein Mensch hat darnach gefragt, wie an diesen Straßen gebaut werden wird. Da wir es hier vollständig in der Hand haben, wie an den Straßen gebaut werden soll, die wir heute neu festlegen, so kann es nur darauf ankommen: Welche Straßenanlagen erscheinen uns angemessen? Vielleicht ist es doch richtig, die Vorlage noch der Baukommission zu überweisen, damit sie sich zu dem Teilortsbauplane äußert und über die Abänderungen hier Übereinstimmung erzielt wird.

Stadtv. Frühling: Ich wollte noch richtigstellen, was der Herr Oberbürgermeister vorhin über mich sagte: daß ich mich auf den Standpunkt des Herrn Meyerhoff gestellt hätte, und daß meine Ansicht sich widerspräche. Ich habe mich nicht auf den Standpunkt des Herrn Meyerhoff gestellt, sondern nur als richtig hervorgehoben, was nach meiner Ansicht als richtig von der anderen Seite hervorgehoben wurde, daß nämlich die Stadt zu teuer baut. Was die weiteren Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters betrifft, so nehme ich denselben Standpunkt ein. Ich möchte auch nicht, daß die ganzen Bauten von der Stadt ausgeführt würden, weil ich glaube, das würde zu teuer. Wir kommen viel besser dazu, wenn wir die Bebauung in anderer Weise einleiten, wie sie auch der Herr Oberbürgermeister andeutete, wie Herr Dr. Jasper wünschte und wie ich denselben Gedanken auch ausgeführt habe. Ich habe dieselbe Empfindung wie Herr Dr. Wolters, daß darin ein Widerspruch liegt, wenn in a gesagt wird: „Das in Rede stehende Projekt vorbehaltlich der Entscheidung über die Art der Bebauung“. Aber ich will nicht die ganze Sache dadurch in Frage stellen, daß der Punkt nicht genehmigt wird. Wenn wir auch diesen in den Worten liegenden Widerspruch annähmen, dann wird

er doch dadurch ungefährlich gemacht, wie er aufgeklärt wird; deshalb würde ich dem auch zustimmen können.

Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, daß wir auch sonst Straßen ohne Kenntnis der Bebauungspläne festgelegt haben. Wenn wir das aber tun, so legen wir mit Rücksicht auf den Verkehr die Straßen fest, hier aber mit Rücksicht auf die Aufschließung eines bestimmten Geländes für Bebauungszwecke. Um das möglichst gut zu tun, ist die Art der Straßendurchführung entscheidend. Deshalb muß ich auf meinem Standpunkte stehen bleiben, daß wir, bevor wir diesen Teilortsbauplan festlegen, erst Mitteilung über die Bebauung haben müssen. Wenn Sie es für richtig halten, das nicht bis später hinauszuschieben, sondern jetzt an die Baukommission zu verweisen, so bin ich damit auch einverstanden. Jedenfalls möchte ich dringend warnen, heute den Ortsbauplan festzulegen.

Stadtv. Megerhoff: Es wurde mir der Vorwurf gemacht, ich hätte durch die Anzahl der Kinder in den von mir angeführten Wohnungen bewiesen, wie schlecht die Wohnungen seien. Herrn Riese und auch Herrn Dr. Jasper möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Bestrebungen nach Bau von städtischen Wohnungen immer damit begründet wurden, daß Leute mit Kindern keine Wohnung bekommen könnten. Aus diesem Grunde habe ich mich verpflichtet gefühlt, Nachforschungen anzustellen. Wenn Sie sagen, daß ich mich mit meinen Ausführungen selbst geschädigt habe, so überlegen Sie sich das noch einmal reiflich, und Sie werden finden, daß ich im Rechte war.

Sodann wollte ich Herrn Riese erwidern, daß die Pläne der Häuser, von denen ich sprach, hinter ihm hängen; ob er sie angesehen hat, weiß ich nicht. Es sind genau dieselben Häuser, wie sie von der Baugenossenschaft und den übrigen Vereinen, die Wohnungen herstellen, ausgeführt werden. Es sind neue Wohnungen und keine Wohnungen, wo von Dachsträgen die Rede sein kann. Das zur Wichtigstellung.

Der Herr Oberbürgermeister sagte, daß der Magistrat das Projekt gebracht habe, sei nach dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung geschehen. Uns hat in der gemeinsamen Beratung vorgezeichnet, daß die Stadt einen Versuch machen sollte. Es kommt auf die Art und Weise an, wie der Magistrat die Vorlage bringt. Schon von zwei anderen Rednern ist betont, daß sich die Stadt in eine große Gefahr begibt, und davor wollte ich die Stadt behüten.

In bezug auf den Grundstückshandel habe ich erklärt, daß ich für den Kauf zu haben bin, und zwar jederzeit. Ich bin dafür, daß die Stadt Mittel dafür aufwendet, je mehr je lieber. Wir haben aber billiges Baugelände in der Nähe

und brauchen es nicht so zerschnitten anzukaufen und mit einem Duzend von Anliegern zu verhandeln. Ich mache auf das Terrain vor dem Wendentore an der Hamburgerstraße aufmerksam. Das können wir bekommen, und ich habe auch in meiner Unterhaltung mit dem Herrn Oberbürgermeister diese Grundstücke berührt. Er hat mir darauf erwidert: „Das können wir später machen.“ Wenn wir dieses Terrain aufteilen zu solchem Zwecke, dann kämen wir billiger weg und hätten ein geschlossenes Ganze. Am Bienröder Wege ist Kammerland zu erhalten. (Unruhe.) Ihnen gefällt die Lage nicht? Ist denn diese Lage so bevorzugt? Haben die Leute, die dahin ziehen sollen, Straßenbahnverbindung? Oder haben sie solche zu erwarten? Die kommt, solange wir leben, nicht dorthin, trotzdem mir Herr Riefe 100 Jahre gewünscht hat. Ich danke ihm und wünsche sie ihm auch. Aber wenn wir sie auch noch zusammen erleben sollten, so wird wohl aus einer Straßenbahnverbindung dorthin nichts werden. Das Terrain an der Goslarischen Straße liegt nach meiner Ansicht nicht so günstig, wie es den Anschein hat. Um zur Straßenbahn zu gelangen, müssen die Leute nach dem Weißen Kasse, an die Pflegehausstraßenecke oder bis an das Hohetor, und wie die Linien der Straßenbahn vorläufig noch liegen, wird das in absehbaren Zeiten nicht anders werden. Daß die Straßenbahn wegen der 60 Häuser ein Gleis nach den neuen Straßen legt, glauben Sie nicht und ich auch nicht. Würden Sie das von mir vorgeschlagene Gelände nehmen, dann kämen wir um die Expropriation weg und würden uns bei der Einteilung eines solch großen Geländes ganz anders helfen können.

Herr Dr. Jasper führte an: Wie auch aus dem Schreiben des Herrn Stadtbaurats Winter hervorgehe, habe die Bautätigkeit ihre Pflicht nicht erfüllt. Wodurch ist sie denn zurückgeblieben? Nicht etwa, weil die Herren nicht bauen wollen, die ganze allgemeine Geschäftslage ist schuld daran! Betrachten Sie einmal die paar zurückliegenden Jahre, dann sehen Sie, daß kein Unternehmer bauen konnte. Nun sich aber die allgemeine Geschäftslage gehoben hat, sehen Sie auch, daß dieses Jahr über 300 Wohnungen neu geschaffen sind, und ich will wünschen, für unser ganzes Deutschland, daß die Unternehmer auch die nächsten Jahre in der Lage sein werden, ebenso vorzugehen, und dann kann von einer Wohnungsnot gar nicht mehr gesprochen werden. Die Wohnungsnot als solche bestreite ich.

Nun noch eins. Wir sagen: Wir wollen Kleinwohnungen bauen. Sind denn das Kleinwohnungen, die geplant sind? Kleine Wohnungen sind es, aber nicht Kleinwohnungen. Die Herren von der anderen Seite des Hauses wollen immer für diejenigen, die 150 *M.*, vielleicht 200 *M.*, aber nicht mehr, für die Wohnung zahlen können, und für Familien mit starker Kinderzahl sorgen. Aber auf welches Feld kommen Sie denn jetzt? Sie werden ja Ihrem ganzen Plane untreu! Sie

bauen ja gar keine Kleinwohnungen, sondern Beamtenwohnungen! Was hat das für Zweck? In Dresden wird eben für kinderreiche Familien gesorgt. Ich glaube, es besteht ein Statut, in dem steht: Wer nicht sieben Kinder hat, wird nicht aufgenommen. (Heiterkeit.) Wenn wir etwas Ähnliches schaffen könnten, oder wir könnten wirklich Kleinwohnungen bauen in dem Maße, wie sie die Privatthätigkeit mit dem besten Willen nicht errichten kann, weil es unmöglich ist, eine Rente herauszugiehen, oder wenn wir das unterstützen und Opfer dafür bringen wollten, so bin ich dafür immer zu haben. Wer mich als Bängemann hinstellt, der irrt sich. Ich habe mich gefreut, daß der Ausdruck Hausagrariar noch nicht gefallen ist. (Zuruf: O doch!) In diesem Falle bin ich weder Hausagrariar, noch Hauspascha, noch sonst etwas. Hier bin ich nur von dem Grundsatz geleitet, für das Wohl meiner Vaterstadt und meiner Mitbürger, soweit es möglich ist, zu sorgen, und von dem Standpunkte aus bitte ich meine Einrede zu betrachten. Ich kann auch die Ansicht des Herrn Dr. Wolters und des Herrn Baurats Frühling verstehen, daß sie nicht mit gebundener Marschroute in diesen Hexenkessel hineinpringen wollen — denn weiter wird es nichts. Die Stadt wird die unliebsame Erfahrung schon dann machen, wenn sie 10 Häuser gebaut hat. Und was soll dann geschehen? Dann haben Sie die Straßen gebaut und die Häuser auf dem Halbe! Dann müssen Sie sowieso an die private Bautätigkeit appellieren. Die Stadt sollte sich vorher an die Privatunternehmer wenden, sie sollte billigen Baugrund schaffen, diesen den Privatunternehmern anbieten und sagen: „Ihr sollt keine Kaution mehr stellen, nun baut Häuser, wie sie nötig sind!“ Die private Thätigkeit kann es billiger leisten als die Stadt.

Wenn noch angeregt wird, auch von Herrn Dr. Henking, die Mieten dürften nicht steigen, so frage ich: Wie soll denn das gemacht werden? Steigen denn die Löhne nicht, nicht die Kapitalzinsen, nicht überhaupt alles? Braucht ein Haus nicht unterhalten zu werden, und kostet die Unterhaltung nicht unter Umständen recht viel? Mit Recht macht der Oberbürgermeister von Mannheim darauf aufmerksam, was für eine Abnutzung bei solchen Häusern stattfindet. Untersuchen Sie einmal die draconischen Vorschriften der Baugenossenschaften, die den Leuten ganz genau vorschreibt, wie sie die Wohnung zu unterhalten haben. Der Beamte ist ein guter Zahler, der wird nun den anderen Hausbesitzern genommen. Auch die Baugenossenschaften sichern sich. Wer in die Baugenossenschaft eintreten will, muß 200 M. zahlen, und die Genossenschaft hat ihn für etwaigen Mietausfall am Bande, aber der Besitzer eines Privathauses muß sich auf den Klageweg begeben. Ich möchte die Herren Rechtsanwälte fragen, wieviel Klagen aus diesen Mietsstreitigkeiten entstehen, und wie viele unpfündbare Schuldner ufw. da sind.

Alle diese Fragen lassen sich nicht kurz abtun und sagen: Die Stadt mag bauen! Geben Sie der Privattätigkeit mehr Spielraum, dann werden wir gut fahren! Dann bin ich auch bereit, für die Vorlage zu stimmen. Selbstverständlich stimme ich auch trotz meiner Bedenken für den Ankauf dieses Geländes, das habe ich von Anfang an gesagt.

Stadtv. Hartung: Ich habe die Vorlage von Anfang an dahin verstanden, daß die Stadt in der Tat selbst bauen will, und insbesondere Herr Dr. Jasper und seine Freunde stehen auf demselben Standpunkte. Wenn ich den Herrn Oberbürgermeister recht verstanden habe, so hat er ausgeführt, daß er auch nur, wenn dieses Projekt in dieser Form zur Ausführung kommt, auf Verleihung des Expropriationsrechtes rechnen zu können glaubt. Ich glaube auch, daß es allerdings wesentlich erschwert werden wird, ein Expropriationsrecht auf ein Gelände zu erlangen, wenn es nicht zu Straßenzwecken verwendet werden soll, und wenn man sagen muß, die Stadt verfolgt hier den Zweck, Kleinwohnungen im Interesse ihrer Bewohner zu schaffen, sie will es aber indirekt machen. (Sehr richtig!) Indes meine ich, wenn einmal dieser Versuch gemacht werden soll, den Grundsatz anerkannt zu sehen, daß auch die Schaffung von Kleinwohnungen ein wesentliches Interesse der Gemeinde ist, dann würde auch kein unüberwindlicher Widerstand gegen die letztere Art und Weise vorliegen. Der Zweck ist derselbe, und es kommt auf den Weg, wie er erreicht werden soll, wesentlich nicht an. Der Versuch müßte gemacht werden.

Im übrigen stehen die Herren der Sache verschieden gegenüber. Ein Teil der Herren steht auf dem Standpunkte, die Stadt solle die ganzen Häuser bauen, eine größere Anzahl der Herren aber meint, das soll offengehalten werden. Ich muß offen sagen: Wenn der Beschluß zu a gefaßt wird, so ist damit meiner Ansicht nach mehr oder weniger festgelegt, die Stadt selbst soll die einzelnen Häuser bauen, und dagegen habe ich meine großen Bedenken. Ich glaube, daß es eine eigene Sache ist, wenn die Stadt über eine derartig große Anzahl von Wohnungen verfügt. Wie wird sich die Sache entwickeln? Ich glaube nicht, daß — was als erster Zweck der Bauten angesehen wird — die städtischen Beamten und Arbeiter in hellen Häusern zur Wohnungsmiete bei den Häusern schreiten werden. Vereinzelt wird es wohl geschehen, aber viele werden das Gefühl haben: „Ich will selbständig bleiben und mich hiermit nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Stadt bringen.“ Außerdem wird die Lage der Wohnungen nicht immer zu der Arbeitsstelle passen. Ich habe im übrigen gegen das Terrain selbst nichts einzuwenden — ich bin darin anderer Ansicht als Herr Meyerhoff. Es liegt im ganzen günstig wegen seiner verhältnismäßigen Nähe zur Stadt. Aber dennoch meine ich, den Zweck, die Be-

amten und Arbeiter dorthin zu bekommen, wird man aller Wahrscheinlichkeit nach nicht erreichen, es müßte denn sein, daß man die Preise ganz außerordentlich billig stellt und jeder Beamte sich sagt: „Du stehst dich hier besser, als wenn du anderwärts wohnst.“ In gewissem Sinne ist der Zweck der ganzen Vorlage: es soll durch diese Beamten eine Preisregulierung bei den Kleinwohnungen erfolgen. Der andere Hauptzweck, daß auch kinderreichen Familien Erleichterungen geschaffen werden, der wird vielleicht erreicht, vielleicht auch nicht. Wenn er erreicht wird, wird es nur auf die Weise geschehen, wie es Herr Niese als Befürchtung des bauenden Publikums annimmt, daß die Stadt die Wohnungen ihren Arbeitern übergibt, andere Wohnungen freistehen und die Hausbesitzer genötigt werden, weniger zahlungsfähige und weniger sichere Mieter einzunehmen. An sich, das muß zugestanden werden, hat diese Versammlung diesen Standpunkt im großen und ganzen gebilligt, wenigstens gesagt: „Wir sind einverstanden, daß ein Versuch gemacht wird, ob die Stadt regulierend auf die Preise einwirken kann.“ Es widerspricht das auch nicht meinen Wünschen, ich glaube aber, daß wir unter keinen Umständen uns heute darauf festlegen dürfen, daß die Stadt einige fünfzig Häuser baut. Deshalb bitte ich, den Antrag a mit einer Modifikation anzunehmen. Da doch die heutige Debatte meines Erachtens ersehen läßt, daß der eine das Projekt nicht so auffaßt wie der andere, so glaube ich, daß es nötig ist, in der Beschlussfassung dies ganz zweifellos zum Ausdruck zu bringen, wie es gemeint ist, daß insbesondere die Entscheidung, wieweit die Stadt, um die Zwecke zu fördern, selbst baut oder durch andere bauen läßt, vorbehalten bleibt.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich stimme in allen Punkten den Ausführungen des Herrn Justizrats Hartung zu. Mein Antrag, den ich zu stellen beabsichtigte, wird durch den des Herrn Justizrats vollständig ersetzt, und ich stimme auch den eben gehörten Ausführungen des Herrn Vorredners zu, soweit die Frage der Expropriation in Betracht kommt. Ich bitte den Antrag Hartung zu unterstützen.

Stadtv. Hmann: Herr Meyerhoff legt in seiner Beweisführung Wert darauf, festgestellt zu sehen, daß der Bau von Kleinwohnungen zugenommen hat. Er hat dafür auch einen Fall in der Schöppenstedter Straße angeführt, wo sieben Beamtenwohnungen entstanden sind, und legt dies als einen Fall dar, wo die Zahl der kleineren Wohnungen zugenommen hat. Er vergißt aber zu sagen, daß mit Entstehung dieser sieben Wohnungen 21 kleine und kleinste Wohnungen verloren gegangen sind. Das ist allerdings eine Art der Berechnung, wie sie Herr Meyerhoff beliebt, die hanebüchen ist. Wenn man begründen will, daß die Wohnungsnot abgenommen

hat, dann dürfte man doch mit solchen Argumentationen nicht kommen, denn zwei Dritteile der vorher bestehenden kleinen Wohnungen sind bei der Einrichtung dieser sieben neuen Wohnungen verschwunden.

Herr Meyerhoff hat auch darauf hingewiesen, daß die Stadt vorher an Privatunternehmer herantreten soll. Dagegen hat der Herr Oberbürgermeister schon mit Recht hervorgehoben, daß das verkehrt wäre, denn wo bliebe die Kontrolle der Stadt, wenn sie auf die Mietpreise keinen Einfluß haben sollte? Herr Meyerhoff hat auch die genossenschaftliche Betätigung gewertet und gesagt, diejenigen, die in die Genossenschaftshäuser einziehen wollten, müßten 200 *M* einzahlen, um Genosse zu werden. Daß Herr Meyerhoff hierin irrt, ist aus dem Jahresbericht der Baugenossenschaft mit Leichtigkeit festzustellen. Erst 361 Mieter haben einen vollen Anteil, und die Zahl der Wohnungen beträgt 563. Daran sieht man, wie Herr Meyerhoff weit über das Ziel hinwegschießt, wenn er behauptet, daß die Baugenossenschaften sich erst riesig sicherten, ehe sie Wohnungen hergeben. Herr Meyerhoff schüttelt mit dem Kopf und meint, ich täte ihm unrecht, daß ich das klarstelle. Wenn er solche Argumente anführt, müssen sie auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden.

Ich will sie mit weiteren Ausführungen nicht aufhalten. Die Debatten sind so eingehend gewesen, daß ich mich bescheiden kann. Ich möchte bitten, daß die Beschlußfassung dahin ausfalle, daß die Expropriation nicht in Frage gestellt wird, denn die wäre bei dieser Sachlage doch dringend notwendig. Damit würde die Vorlage mehr oder weniger zu Falle kommen, und wir würden wieder längere Zeit warten müssen, ehe wir ein ähnliches Projekt bekämen.

Stadtv. **Leue** (Schlußwort als Referent): Die Debatte hat sich, glaube ich, doch ein klein wenig entfernt von dem vorgelegten Projekt insofern, als wir in eine allgemeine Besprechung geraten sind über die Notwendigkeit des Baues von Kleinwohnungen, trotzdem wir am 2. November v. J. bereits unsere Stellungnahme dazu festgelegt hatten.

Was zunächst die Ausführungen des Herrn Meyerhoff anbetrifft, so versteht er es meisterlich, uns die Zukunft dieses Unternehmens grau in grau zu schildern, so daß wir beinahe ängstlich geworden sind. Ich schätze beim Kollegen Meyerhoff manche gute Eigenschaft, aber seine Prophetengabe schätze ich recht gering ein.

Dann sind Bedenken geäußert über die Erreichung des Expropriationsrechtes, und diese Bedenken teile ich auch. Ich befürchte, wenn wir von dem Grundsatz, den wir am 2. November ausgesprochen haben, versuchsweise in eigener Regie Kleinwohnungen zu bauen, abgehen und das zu erwerbende Terrain auch anderen

zur Bebauung überlassen wollen, uns vielleicht das Expropriationsrecht nicht erteilt werden könnte. Ich weiß das nicht, spreche nur meine Befürchtung aus.

Dann hat sich ein kleiner Streit entsponnen — ich glaube, es ist nur ein Wortstreit — über das „in Rede stehende“ Projekt. Das möchte Herr Dr. Wolters erjekt haben durch „das in Aussicht stehende Projekt“. Herr Dr. Wolters hat sich wahrscheinlich daran gestoßen, daß auf unserer Zeichnung so viele kleine Häuschen eingezeichnet sind, und glaubt, wir hätten uns, wenn wir „das in Rede stehende Projekt“ annehmen, darauf festgelegt, diese Häuser alle zu bauen. Ich weiß nicht, ob seine Auffassung die richtige ist. Ich habe es nicht so aufgefaßt und habe die Zeichnung nur als eine Illustration zu dem Projekte angesehen. Gerade so, wie man wohl bei dem Plane einer Gartenanlage da und dort einen Baum einzeichnet, hier eine Buche, dort eine Linde, ohne sich damit festzulegen, so habe ich auch hier angenommen, daß das Projekt sich nicht auf die Lage und Größe der einzelnen Häuser bezieht. Wenn das so aufgefaßt wird, würde auch wohl Herr Dr. Wolters keinen Einspruch erheben.

Dann ist die Frage besprochen: „Selbst bauen und verwalten oder durch andere?“ Ich muß gestehen, daß ich es für richtiger halte, in eigener Regie zu bauen und selbst zu verwalten. Bei einer solchen Selbstverwaltung könnte man — ich weiß nicht, wer diesen Mittelweg vorgeschlagen hat — unter den Mietern eine Genossenschaft bilden, doch weiß ich nicht, ob sich das schon bewährt hat. Das wäre allerdings ein Mittelweg, um die vielen Unannehmlichkeiten, die eine Verwaltung der Häuser mit sich bringt, der Stadt zu ersparen.

Dann wurde von Herrn Justizrat Hartung gestreift, ob die Beamten wohl gern in diese Häuser hineinzuziehen würden. Er bezog sich dabei auf die Ausführungen des Herrn Stadtbaurats Winter in seiner Niederschrift, die auch von einer Stadt zu berichten weiß, wo sich ein kleiner Widerwille der städtischen Beamten gezeigt hätte, die Wohnungen zu beziehen. Herr Geheimrat Winter hat aber auch von einer anderen Stadt berichtet, wo das Gegenteil der Fall gewesen ist; deshalb teile ich diese Befürchtung nicht. Wenn ich sehe, wie Großindustrielle für ihre Arbeiter Wohnungen bauen, wie die Eisenbahn sogar große Wohnungsquartale für ihre Arbeiter baut und diese stets gut benutzt werden, so sollte ich meinen, dieses Vorgehen müßte der Stadt als Arbeitgeber ein Muster sein, und sie könnte unbedenklich in dieser Weise vorgehen.

Herr Dr. Jasper sagte, er bedauere, daß der Herr Oberbürgermeister meinte, die Stadt wolle nicht regelnd in die Mietpreise eingreifen, während er selbst der Ansicht sei, die städtischen Behörden hätten gerade diese Absicht gehabt. Ich glaube, das ist nur eine verschiedenartige Auffassung der Ausdrucksweise. Ich habe den

Herrn Oberbürgermeister so verstanden: Die Stadt solle nicht durch Feststellung bestimmter Normen und Preise regelnd eingreifen. Daß sie an und für sich durch den Bau von Kleinwohnungen in die Regelung der Mietpreise eingreift, das wird weder von Herrn Oberbürgermeister noch von Herrn Dr. Jasper bestritten, denn durch den Bau dieser Anzahl Häuser würden wir unbedingt einen Einfluß auf den Mietwert der hiesigen Wohnungen, wenn auch nur in beschränktem Maße, ausüben. Insofern kann Herr Dr. Jasper also beruhigt sein, das hat der Herr Oberbürgermeister nicht gemeint.

Was den Punkt b anlangt, so bin ich nicht berechtigt, als Referent zu sagen, daß die Finanzkommission sich damit einverstanden erklärt, daß dieser Punkt so behandelt wird, wie Herr Dr. Wolters gesagt hat, d. h., daß er einstweilen zurückgestellt wird. Persönlich bin ich damit einverstanden, ich weiß aber nicht, ob das auch die Ansicht der übrigen Herren der Finanzkommission ist.

Im übrigen bitte ich nochmals, die Vorlage so anzunehmen, wie es Ihnen von der Finanzkommission vorgeschlagen ist.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Nehmen Sie es nicht übel, wenn ich noch einmal das Wort ergreife und damit die Debatte wieder eröffnet wird.

Die Anträge, die jetzt von Herrn Dr. Wolters und Herrn Justizrat Hartung gestellt sind, haben ein ganz neues Moment in die Debatte hineingebracht. Die Kommission hatte alle übrigen Fragen erörtert, und es war dabei reichlich spät geworden, aber über diese Frage ist in der Finanzkommission nicht gesprochen. Nun mache ich darauf aufmerksam: Wenn bei einer so tief in das Privatrecht der einzelnen eingreifenden Frage, wie es in diesem Falle die Verleihung des Expropriationsrechtes sein würde, nicht tunlichst Einstimmigkeit bei den städtischen Behörden herrscht, dann, fürchte ich, wird es mit der Expropriation eine eigene Sache werden. Wir müßten darüber Klarheit schaffen, wie vorgegangen werden soll, und da in dieser Beziehung die erheblichsten Differenzen in der Versammlung bestehen, so glaube ich, wir tun besser, auch diesen Punkt erst in der Kommission erörtern zu lassen. Darüber müssen wir schließlich zu einer Verständigung kommen, wie wir vorgehen wollen, auch zu einer Verständigung wegen der Änderung des Ortsbauplans. Mehrere Herren haben vorherhin gesagt „Bebauungsplan“. Ja, meine Herren, Bebauungsplan und Ortsbauplan sind zwei verschiedene Dinge. Ich kann mir sehr wohl denken, daß der Ortsbauplan genehmigt wird und die Entscheidung über den Bebauungsplan vorbehalten bleibt. Es hat seine Bedenken, den Ortsbauplan nicht eher festzulegen, ehe nicht allseitige Übereinstimmung über den Bebauungsplan herrscht. Der letztere hängt davon ab, wer bauen will, und sobald Sie sich in Ihrer Mehrheit definitiv ent-

scheiden sollten, wie Herr Justizrat Hartung beantragt hat, daß auch unter Umständen die Überlassung von Teilen dieses zu erwerbenden Geländes an Privatpersonen oder an Genossenschaften zwecks Erbauung eigener Häuser zulässig sein soll, dann fürchte ich, können Sie gar nicht einen genauen Bebauungsplan im voraus aufstellen. Ich wiederhole: Es ist meiner Überzeugung nach das richtigste, zumal die Baukommission über eine solche wichtige Frage sich hätte äußern sollen, möglichst noch einmal die Finanz- und Baukommission zusammen mit der Vorberatung der Sache zu betrauen, damit wir nach außen hin tunlichst geschlossen auftreten.

Vorsitzender: Ich glaube, das liegt uns allen am Herzen. Es ist am einfachsten, wir hören hier mit der Beratung auf und überweisen die Vorlage der vereinigten Bau- und Finanzkommission noch einmal zur Vorberatung. Wir kommen sonst, glaube ich, mit keinem Worte weiter.

Stadtv. Dr. **Wolters** (verlangt das Wort, es wird ihm vom Herrn Vorsitzenden nicht erteilt, da er schon zweimal zur Sache gesprochen hat).

Stadtv. Dr. **Wolters:** Nach Wiedereröffnung der Debatte habe ich noch nicht gesprochen.

Vorsitzender: Sie haben zu dem Punkte der Tagesordnung schon zweimal gesprochen. Ich gebe Ihnen das Wort nicht zum dritten Male. (Zu Herrn Dr. Jasper gewandt, der sich zum Wort meldet:) Auch Sie, Herr Dr. Jasper, haben schon zweimal gesprochen.

Stadtv. **Hartung** (stellt formell den Antrag auf Rückverweisung der Vorlage zur Vorberatung in der vereinigten Bau- und Finanzkommission.)

Stadtv. Dr. **Jasper:** Es ist ein Irrtum des Herrn Vorsitzenden, daß ich in der Debatte schon zweimal gesprochen habe. (Vorsitzender: Sie haben recht.) Zur Geschäftsordnung möchte ich aber bitten, dem Antrage, den Herr Justizrat Hartung aufgenommen hat, nicht stattzugeben aus dem Grunde, weil das ganze Projekt scheitern würde, wenn jetzt noch derartige Verhandlungen gesponnen würden. Meine Freunde und ich haben den Satz in der geschriebenen Vorlage „daß, wenn wider Erwarten der Stadt das Enteignungsrecht in dieser Sache nicht verliehen werden sollte, eine weitere Verfolgung des Projektes zwecklos sein würde,“ so aufgenommen, daß die ganze Sache dann nicht durchgeführt werden soll. Auch daß die Kenneckschen Erben uns nur dann das Vorkaufsrecht eingeräumt haben, wenn das Projekt bis Ende dieses Jahres durchgeführt wird, macht es dringend notwendig, die Vor-

lage jetzt zu verabschieden. Über die Frage „eigene oder andere Regie?“ können wir uns noch verständigen.

Vorsigender: Ich bitte dringend, dem Antrage zu folgen. Die Sache ist so verwickelt geworden, und wir können durch einen nicht mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß der ganzen Sache so schaden, daß es wohl auf die acht Tage nicht ankommt. Wenn Sie es wünschen, können wir am nächsten Donnerstag wieder zusammenkommen und die Sache zu Ende bringen.

Stadtv. **Munte:** Läßt sich nicht so aus der verwickeltesten Sache herauskommen, daß wir heute den Ankauf des Geländes beschließen, weil dies schnell geschehen muß und das Ministerium seine Zustimmung geben muß? Ehe wir das Gelände nicht haben, würde das Bebauen sowieso nicht beginnen können.

Vorsigender: Das geht auch nicht, weil die Enteignung mit dem Ankauf zusammenhängt.

Stadtv. **Frühling:** Zur Sache selbst kann ich das Wort nicht erhalten, weil ich schon zweimal dazu gesprochen habe. — Zur Geschäftsordnung bemerke ich, daß bis zum kommenden Donnerstag jedenfalls die Sache in der Kommission nicht erledigt werden kann. Die Sache ist auch so wichtig, daß sie nicht übers Knie gebrochen werden darf. Ich stimme der Zurücksetzung der Vorlage bei, denn ich lege nicht Gewicht darauf, daß sie in acht Tagen erledigt ist.

Vorsigender: Wir nützen der Vorlage, wenn wir heute die Beratung abbrechen und sie in allernächster Zeit fortsetzen. Ich werde die beiden Kommissionen nächste Woche schon einberufen, und sobald sie schlüssig sind, werde ich mir erlauben, das Stadtverordnetenkollegium wieder zu einer Sitzung einzuladen.

Die Herren, die mit der Absetzung für heute nicht einverstanden sind, wollen sich melden. (Es melden sich acht Herren.)

Die Herren, die für diese Absetzung sind, mögen sich melden. (Geschieht.) Das ist bei weitem die große Mehrheit.

9. Übernahme der Wertzuwachssteuer für eine von der Ölper Pfarrländerei zu erwerbende Fläche.

Stadtv. **Friede:** Es ist Ihnen bekannt, daß neulich eine Fläche zum Preise von 6 M per Quadratmeter von der Ölper Pfarrländerei angekauft ist, um einen Verbindungsweg zwischen der Celler- und Roßstraße herzustellen. Das Konsistorium

hatte auch seine Genehmigung dazu erteilt. Während der Verhandlungen hat sich aber herausgestellt, daß die Reichswertzuwachssteuer noch zu zahlen ist. Diese bei dem billigen Preise des Geländes zu tragen, hat das Konsistorium sich geweigert und bittet die Stadtverwaltung, sie zu übernehmen. Die ganze Steuer würde ungefähr 300 *M* betragen; genau läßt sie sich noch nicht feststellen. Diese 300 *M* zu bewilligen, schlägt der Magistrat den geehrten Herren vor. Die Baukommission hat sich mit der Frage beschäftigt und ist derselben Ansicht wie der Magistrat. Sie empfiehlt Ihnen durch mich Annahme des Magistratsvorschlages.

Der Übernahme der Wertzuwachssteuer für diese Fläche wird zugestimmt.

10. Beschaffung eines Herdes für die Kaffeeküche in der Markthalle.

Stadtv. Voeshigt: Der Herd in der Kaffeeküche der Städtischen Markthalle ist abgängig geworden, nachdem er vorher schon verschiedentlich repariert ist. Jetzt muß er durch einen neuen ersetzt werden. Der der Markthallendeputation zur baulichen Erhaltung der Markthalle zur Verfügung stehende Fonds reicht zur Bestreitung der Kosten nicht aus, es wird deshalb um Bewilligung von 350 *M* aus dem Kapital XIV der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse ersucht.

Die Angelegenheit ist von der Finanzkommission geprüft, sie gibt durch mich Genehmigung anheim.

Die 350 *M* werden bewilligt.

11. Erwerb einer Fläche an der Hamburgerstraße.

Stadtv. Friede: Es ist Ihnen bekannt, daß vor kürzerer Zeit ein Enteignungsverfahren gegen den Kaufmann Camehn auf der Hamburgerstraße hat beantragt werden müssen. Es handelt sich um 16 qm, die an die Stadt abgetreten werden mußten. Zuerst forderte Herr Camehn 90 *M* für das Quadratmeter. Von seiten des Magistrats ist Ihnen vorge schlagen, 55 *M* zu gewähren, und als Herr Camehn nicht einverstanden war, ist das Enteignungsverfahren eingeleitet. Nunmehr hat sich Herr Camehn eines Bessern besonnen und bietet der Stadt das Terrain zum Preise von 60 *M* per qm an. Trotzdem damals anerkannt ist, daß der Preis von 55 *M* angemessen sei, empfiehlt uns der Magistrat, auf den Preis von 60 *M* einzugehen, da das Grundstück durch die Verkleinerung gelitten habe, insbesondere seien die Korridorgänge kleiner geworden. Ich bemerke aber, daß der Preis von 60 *M* durchaus nicht maßgebend sein soll für die etwaige Erwerbung von Terrain bei Nebengrundstücken. Nur in diesem einen Falle soll der Preis gewährt werden

in Rücksicht auf die Minderung des Grundstückes. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, in diesem Falle den Preis zu genehmigen.

Der Erwerb der Fläche zu 60 *M* per Quadratmeter wird genehmigt.

12. Aufnahme eines Prozesses wegen Gas- und Wasserlieferung bei einem Konkurse.

Stadtv. Altmann: Die Firma Müller & Petri, welche in Konkurs geraten ist, gehörte zu den Abnehmern von Gas und Wasser aus den Werken der Stadt. Nachdem der Konkurs ausgebrochen und die Bezahlung für Gas und Wasser aus der Zeit vor dem Konkurs noch rückständig war, hat sich die Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke geweigert, die Lieferung fortzusetzen, wenn die aufgesummten Kosten von früher her im Betrage von 39,85 *M* nicht vorher bezahlt würden. Der Konkursverwalter Nielziener steht auf dem Standpunkte, daß das nicht richtig wäre; die verlangten Kosten gehörten zu den Beträgen, die zu der Konkursmasse angemeldet werden mußten. Der Stadtmagistrat hat früher auf demselben Standpunkte gestanden wie der Konkursverwalter, und es ist in früheren Jahren auch danach verfahren. Inzwischen sind aber Urteile bei dem Landgerichte Mülheim und dem Oberlandesgerichte Kiel ergangen, welche die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke veranlaßten, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß man sehr wohl vom Konkursverwalter die Bezahlung der restlichen Beträge einfordern könne, wenn weiter Gas, Wasser und Elektrizität geliefert werden solle. Nachdem der Stadtmagistrat hiervon durch die Direktion der Gas- und Wasserwerke benachrichtigt war, hat er dem Verfahren der Direktion zugestimmt. Der Konkursverwalter Nielziener hat nun eine Feststellungsklage gegen die Stadt erhoben dahin, daß die Stadt nicht berechtigt wäre, die Begleichung dieser Massenschuld vorher zu fordern, sondern daß der Betrag eine Konkursforderung wäre. Inzwischen sind andere höchstgerichtliche Entscheidungen gefallen, so u. a. bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf, welches den Entscheid des Mülheimer Landgerichts aufhebt. Auch in dem Urteile des Oberlandesgerichts Hamburg wird das in Frage stehende Recht der Stadtgemeinde verneint.

Die Statutenkommission, welche die Sachlage geprüft hat, ist mit dem Magistrate der Meinung, daß die Rechtslage und insbesondere die Stellung der hiesigen Gerichte dazu zweifelhaft ist, da eine höchstgerichtliche Entscheidung hier nicht vorliegt, und daß es angebracht ist, dem Magistratsantrage zu entsprechen und die Klage aufzunehmen.

Die Aufnahme der Klage wird beschlossen.

13. Gewährung eines Zuschusses aus der Jüdel-Stiftung an den Verein Volkslesehalle.

Stadtv. Loeschigt: Der Vorstand der Volkslesehalle hat sich an die Jüdel-Stiftung gewandt, ihm einen Zuschuß zum Ausgleich eines Fehlbetrages für den nächstjährigen Etat zu bewilligen. Wie Sie wissen, hat die Volkslesehalle sich sehr entwickelt und steht deshalb gerade vor größeren Ausgaben, weil abgenutzte Bücher ersetzt werden müssen und ein Neudruck des Kataloges notwendig werden wird. Einen Teil der Fehlsomme hofft der Verein durch eine erneuerte energische Werbetätigkeit hereinzubringen, und stellt an die Jüdel-Stiftung die Bitte, ihm 4000 M Zuschuß zu gewähren. Bei der vorgerückten Zeit will ich mich kurz fassen und Ihnen weiteren Vortrag nicht halten; die Sache ist auch in der Finanzkommission genügend behandelt. Wie Sie wissen, ist die Volkslesehalle ein Lieblingsskind des verstorbenen Kommerzienrats Jüdel gewesen, und deshalb ist es nicht mehr als recht und billig, wenn die Stiftung für sie eintritt. Die Finanzkommission gibt Ihnen anheim, der Bewilligung der erbetenen Summe aus Abteilung III der Jüdel-Stiftung, Gemeinnützige Zwecke, zuzustimmen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage der Finanzkommission.

14. Errichtung einer Feuerbestattungshalle betreffend.

Stadtv. Frühling (namens der Baukommission): Ich habe zunächst bezüglich des Punktes I zu berichten. Das Herzogliche Staatsministerium hat an die Genehmigung des von den städtischen Behörden beschlossenen Projekts, betreffend die Errichtung einer Feuerbestattungshalle, die Bedingung geknüpft, daß der Verbrennungssofen zur Verhütung von Rauch- und Rußbelästigungen mit Einrichtungen versehen wird, die dem Standpunkte der neuesten Technik entsprechen. Dazu ist weiter nichts zu erwähnen. Es ist unbedenklich, dem zuzustimmen, daß die Ausführung so geschieht, und die Baukommission empfiehlt, diese Bedingung zu genehmigen.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Stadtv. Frühling (fortfahrend): Nun komme ich zu Punkt III auf Seite 8 der Vorlage: das früher genehmigte Projekt umzuändern. Dieses Projekt hat ja schon eine ordentliche Geschichte. Am 22. Juni 1911 ist nach verschiedenen Vorverhandlungen das Vorprojekt genehmigt, und am 11. Januar 1912 ist das durch das Vorprojekt bereits festgelegte Projekt hier beraten und auch von der Versammlung genehmigt. Diese Genehmigung ist nicht ohne Schwierigkeiten erfolgt. Es hat in

allen diesen Fällen immer nur ein Projekt der Kommission, sowie der Versammlung vorgelegen, und es war deshalb nicht möglich, an verschiedenen Ausführungen oder Skizzen zu prüfen, für welche man sich in bezug auf Zweckmäßigkeit, in bezug auf den Kostenpunkt und sonstiges entscheiden sollte; es lag immer ein gewisser Zwang vor. Man mußte entweder das vorgelegte Projekt annehmen, oder man hatte bei einer Zurückverweisung die Aussicht, daß das Projekt erst in einem halben Jahre wiederkäme, und dieser Gefahr wollte man sich nicht aussetzen. Daß ein derartiges Vorgehen nicht zweckmäßig ist, wenn es sich um die Ausführung eines solchen monumentalen Baues handelt, darauf habe ich schon gelegentlich unserer Beratung am 11. Januar d. J. hingewiesen. Es ist wünschenswert, daß mehrere Skizzen vorgelegt werden, die die Frage nach verschiedenen Gesichtspunkten lösen, und die möglichst von verschiedenen Persönlichkeiten aufgestellt sind, so daß die Versammlung ein Urteil gewinnt, für was sie sich entscheiden kann, und nicht in die Zwangslage versetzt wird, das eine zu genehmigen.

Daß jetzt die Sache wiederkommt, bestätigt diese Ausführungen. Der Magistrat hatte vorsichtigerweise, damit die Frage nicht wiederkommen sollte, in dem Projekte den Zusatz gemacht: die Deputation, welche die Vergabung der Arbeiten auszuführen hat, sollte ermächtigt sein, Änderungen an dem Projekt selbständig vorzunehmen. Wir haben dem zugestimmt und haben nun gedacht, wir würden das Projekt nicht eher wiederbekommen, als bis der Bau vollendet wäre oder bis eine Überschreitung nachbewilligt werden müßte. Das hat sich nicht bewahrheitet. Jetzt nach dreiviertel Jahren kommt wieder eine Änderung, und zwar eine, die der Magistrat für so wesentlich hält, daß er das Projekt wieder vor die Versammlung bringt. Diesem Standpunkte kann man nur zustimmen, denn wie die Herren sehen, liegt eine grundlegende Änderung vor, die natürlich wieder eine Debatte über das ganze Projekt eröffnen wird. So ist es auch in der Vereinigten Kommission gewesen, denn dort ist wieder von vornherein die ganze Sache aufgelebt. Jemande geschlossene freudige Zustimmung zu dem Projekt war nicht vorhanden. (Widerspruch.) Einzelne Herren fanden die Änderung sehr schön, andere nicht besonders schön, ein Teil der Herren hat sogar den Antrag gestellt, man sollte wieder zurückgreifen auf das erste Projekt und die Anlage auf den alten Platz zurückverlegen. So ist die Debatte in lebhafter Weise fortgeführt. Als Zweck der Veränderung hat Herr Geh. Baurat Winter mitgeteilt, daß der Schornstein nicht so aufgeführt werden könnte, wie er projektiert war, sondern daß der große viereckige Mittelbau mit Rücksicht auf die Standfestigkeit der Gewölbekonstruktion in seiner quadratischen Form bis zur Dachtraufe fortgeführt werden müßte. Diese Erklärung der konstruktiven Notwendigkeit ist von Ausschlag gewesen, obgleich es Anstoß erregt hat, daß der

Mittelbau weiter nichts als den Schornstein enthält. Jedenfalls war in der Kommission die Meinung: wenn man die Änderung zurückweise, würde die Frage wieder auf längere Zeit verschoben, und jetzt müsse sie doch endlich einmal zur Erledigung kommen. Wieder dem Zwange folgend, sind alle anderen Anträge abgelehnt, und die Kommission empfiehlt Ihnen, dies Projekt anzunehmen. Ich habe den Kommissionsbeschuß Ihnen hiermit zu unterbreiten und zu empfehlen, bemerke aber ausdrücklich, weil ich vorhin verschiedene Zwischenrufe gehört habe, daß ich gesagt habe: In den beiden Kommissionen war die Meinung auseinandergehend, es war nicht eine geschlossene Auffassung der Sache, einzelne waren für und andere gegen die Annahme. Ich bemerke das, damit sich nicht etwa eine Debatte darüber erhebt, wie es in der Kommission zugegangen ist. Meine Ausführungen habe ich angefügt, damit nicht der Eindruck erweckt würde, als ob mit großer Freudigkeit diese Änderungen genehmigt seien, sondern um darzutun, daß viele mit schwerem Herzen die Zustimmung ausgesprochen haben. Es ist sehr zu wünschen, daß die Ausführungen, die von mir im Januar gemacht sind, uns bei solchen Bauten verschiedene Skizzen vorzulegen, in Zukunft befolgt werden.

Die Änderung des Projektes wird genehmigt.

Stadtv. Sartung (namens der Statutenkommission): Es ist seinerzeit von uns das Statut, betreffend die Feuerbestattung, hier beschloffen worden. Der Stadtmagistrat hat das Statut dem Ministerium zur Genehmigung vorgelegt, und dieses hat sich auch damit einverstanden erklärt, nur hat es, abgesehen von einigen redaktionellen Änderungen, vorbehalten, daß zwei Paragraphen geändert, resp. ergänzt werden sollen. Es betrifft das die §§ 5 und 7.

Der § 5, wie er bisher beschloffen war, lautet: „Die Anmeldung von Feuerbestattungen geschieht im Rathause. Bei der Anmeldung sind die Urkunden, von deren Vorbringung nach dem Gesetz die Feuerbestattung abhängig ist, zu überreichen. Gegen Vorbringung amtlich beglaubigter Abschriften oder Abzüge werden die überreichten Urkunden auf Antrag zurückgegeben.“ Das Ministerium verlangt dagegen, daß der Paragraph folgendermaßen gefaßt wird: „Der Antrag auf Vornahme einer Feuerbestattung ist an das städtische Feuerbestattungsamt im Rathause zu richten. Bei der Anmeldung ist die Sterbeurkunde und die Bescheinigung der Herzoglichen Polizeidirektion darüber beizubringen, daß die Feuerbestattung genehmigt ist.“

Der Magistrat schließt sich der Ansicht des Ministeriums an, daß diese Fassung zweckmäßig ist. Da die Urkunden schon bei der Polizei eingereicht werden müssen, ist es nicht nötig, daß sie im Rathause noch einmal überreicht werden.

Bei § 7 verlangt das Ministerium die Entscheidung „nach erfolgter staatlicher Genehmigung“. Das Ministerium behält sich also vor, die Gebührensätze, welche von den städtischen Behörden noch festgesetzt werden sollen, zu genehmigen. Der Magistrat empfiehlt, den beiden Änderungen zuzustimmen.

Bei der Gelegenheit hat die städtische Bauverwaltung auch einige Änderungen des Statuts angeregt, und zwar der §§ 8 und 10.

Die Änderung des § 8 bezweckt:

- a) die Ausschließung von Metallteilen aller Art (Verzierungen) an den zur Verbrennung gelangenden Särgen (abgesehen von Zink), weil die Leiche schneller verbrennt, als manche Metalle zum Schmelzen gebracht werden können, übrigens aber auch durch das geschmolzene Metall Betriebserschwerungen möglich sind;
- b) das Verbot der Anbringung von Füßen an den zu verbrennenden Särgen, weil dadurch die Beförderung des Sarges in den Verbrennungssofen erschwert wird;
- c) die Verpflichtung zur Anbringung von Gurten zur Hebung des inneren Sarges, wenn dieser in einem sogenannten Übersarge herangeschafft wird;
- d) die Einschränkung der Längen-, Breiten- und Höhenmaße der zur Verbrennung gelangenden Särge;
- e) die Ausschließung von Sägespänen, die erfahrungsgemäß beim Verbrennen starken Rauch erzeugen; dasselbe gilt übrigens auch von den sogenannten Maschinen-Hobelspänen;
- f) das Verbot des Einlegens von Metall in den zu verbrennenden Sarg, insbesondere auch von Draht, an dem Blumen befestigt sind. (Ungeachtet der Aufnahme einer diesbezüglichen Vorschrift würde der Wortlaut des zweiten Absatzes des § 14 unverändert bleiben müssen.)

Die empfohlene Änderung des § 10 besteht darin, daß auch die Abmessungen für die Übersarge eingeschränkt werden sollen, um eine Verkleinerung des Bestattungsschachtes zu ermöglichen.

Außerdem hat der Stadtmagistrat seinerseits noch anheimgegeben, im § 8 Nr. 3 eine Änderung zu treffen. Es war die Vorschrift gegeben, daß das Hineinlegen mehrerer Leichen in einen Sarg nur in dem Falle zuzulassen sei, daß die Leiche der Mutter und ihres noch nicht drei Monate alten Kindes durch Feuer bestattet wird. Der Magistrat hält es für unbedenklich, in Fällen dieser Art auch die gemeinsame Bestattung von Zwillingen oder Drillingen zuzulassen, und diese Feuerbestattung auch dann zu genehmigen, wenn nur Kinderleichen bestattet werden sollen. Der Magistrat hält es aber nicht für empfehlenswert, die einzelnen Fälle im Statut aufzuführen,

sondern es erscheint ihm zweckmäßig, dem Feuerbestattungsamt allgemein die Befugnis einzuräumen, von dem in Rede stehenden Verbot Ausnahmen zuzulassen.

Der Magistrat gibt demnach anheim, zustimmen zu wollen, daß

1. die §§ 5 und 7 ergänzt und geändert werden, wie es Herzogliches Staatsministerium verfügt hat,
2. die §§ 8 und 10 des Statuts, die in dem Magistratschreiben aufgeführte, den Herren aus der Zuschrift des Magistrats bekannte Fassung erhalten.

Die Statutenkommission hat diese Vorschläge geprüft und empfiehlt Ihnen, da sie durchaus sachgemäß und unbedenklich sind, ihnen zuzustimmen.

Die Magistratsanträge bezüglich der Änderung der Statuten werden angenommen.

Vorsitzender: Ich richte an den Magistrat die Anfrage: Ist heute noch notwendig, irgendeine Sache zu behandeln? (Wird verneint.) Dann möchte ich vorschlagen, noch die beiden Anträge zu behandeln und damit zu schließen. (Zustimmung.)

15. Anfrage Bunge, betreffend eine Störung des Marktverkehrs durch eine Feuerwehrrübung.

Die Anfrage lautet: „Ist dem Magistrat bekannt, daß am Mittwoch, dem 16. Oktober, morgens 10 Uhr, auf dem Altstadtmarkte eine Feuerwehrrübung stattfand? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um derartigen Störungen des Marktverkehrs vorzubeugen?“

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung): Der Tatbestand ist folgender: Gestern vor acht Tagen hat die Feuerwehr an der Martinikirche Übungen vorgenommen, während der Marktbetrieb in vollem Umfange vor sich ging. Eine ganze Reihe von Marktfrauen hat von ihren Ständen weglaufen müssen, da sie derartig unter Wasser standen, daß sie es nicht länger aushalten konnten. Die Entrüstung über diese Belästigung war groß, und von den verschiedensten Seiten bin ich gefragt, ob es nicht möglich wäre, daß solche Übungen abgehalten würden, wenn kein Markt stattfindet. Die Marktleute würden in ihrem Erwerbe geschädigt, und auch das kaufende Publikum belästigt, das nicht an die Stände herankommen könne. Im übrigen ist mir berichtet, daß die Polizei die Frauen, die durch das Wasser von ihren Ständen vertrieben waren, aufgeschrieben habe. Ob man sie entschädigen will, weiß ich nicht. Vielleicht ist der Magistrat in der Lage, Auskunft geben zu

können. Weiter möchte ich auch den Magistrat bitten, in Zukunft dafür zu sorgen, daß während des Marktbetriebes derartige Übungen nicht wieder stattfinden.

Oberbürgermeister **Retemeyer**: Dem Stadtmagistrat ist von dem ganzen Vorgange nichts bekannt. Infolgedessen bin ich leider nicht in der Lage, Auskunft darüber zu geben, was der Magistrat in dieser Sache zu tun gedenkt.

16. Anfrage Wesemeier wegen der Erfahrungen beim Einkauf von holländischem Vieh.

Die Anfrage lautet: „Welche Erfahrungen hat der Magistrat mit dem Einkauf des holländischen Viehs gemacht, und wie gedenkt der Magistrat den weiteren Bezug von billigem Fleisch oder Vieh zu gestalten?“

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Wir haben heute durch die Presse erfahren, daß der Fleischverkauf, der aus Anlaß des vor 5 Wochen gestellten Antrages ausgeführt werden soll, morgen beginnen wird. Ich denke, es ist durchaus am Platze und wird für jeden der Herren hochinteressant sein, zu hören, welche Erfahrungen der Magistrat mit dem Einkauf des Viehes gemacht hat, inwieweit die Kosten auf den Preis aufgeschlagen und beim Fleischverkauf getragen werden müssen, insbesondere ob die Kosten, die die Entsendung der beiden städtischen Delegierten nach Holland verursacht hat, auf die Fleischpreise aufgeschlagen werden sollen, ferner, ob das Vieh durch den Transport gelitten hat und anderes. Ich erinnere daran, daß in der Presse während der letzten 14 Tage Treibereien im Gange waren — ich weiß nicht, von welcher Seite —, die darauf hingen, dem Publikum den Konsum des Fleisches zu vereiteln. Es wäre meiner Ansicht nach besser gewesen, wenn von autoritativer Seite, vom Magistrat oder vom Schlachthausauschuß, der Presse wahrheitsgetreue Mitteilungen gemacht worden wären. Es ist bekannt, daß der Viehtransport außerordentlich lange auf der Bahn hat liegen müssen. Das ist bedauerlich, aber ich nehme an, daß für die Folge Vorsorge getroffen werden wird, wodurch derartige ausgeschlossen ist, denn das Vieh würde an Gewicht und Güte sonst Schaden leiden. Weiter ist es von außerordentlichem Interesse, zu erfahren, ob der Magistrat schon Maßnahmen getroffen hat, um auch für die Folge Vieh und Fleisch zu beziehen. Ich stand schon in der vorigen Sitzung auf dem Standpunkte, daß mit einem einmaligen Bezuge von Fleisch und Vieh der Bevölkerung nicht gedient sei. Man hat jetzt doch Erfahrungen gesammelt; welcher Art sie sind, weiß ich nicht. Da in der Presse darüber nichts veröffentlicht ist, überhaupt nichts Genaueres in die Öffentlichkeit gedrungen ist, so nehme ich an,

daß die Erfahrungen hoffentlich nicht abschreckend sind und bei zukünftigen Bezügen unseren Einkäufern von Vorteil sein werden oder doch überhaupt für den Einkauf durch die Stadt, soweit man nicht Einkäufer hinschickt und den Einkauf durch Kommissionäre vornehmen läßt. Ich erinnere daran, daß die hiesigen Viehhändler zu der Sache Stellung genommen haben, und daß eine Beunruhigung in die Bevölkerung hineingetragen ist, die hier geklärt werden kann und werden muß. Ich weiß nicht, ob der Stadtmagistrat in seiner Beschlußfassung darüber sich entschieden hat, ob auch Fleisch neben dem Vieh eingeführt werden soll. Alle diese Dinge interessieren uns sehr, und man wird wohl verstehen, wenn wir Veranlassung nehmen, hierauf einzugehen. Vor allen Dingen ist es sehr erfreulich, daß heute morgen der Presse die Mitteilung zugegangen ist, daß das Fleisch erster Güte sei, was jedenfalls zum guten Teil mit beitragen wird, die Befürchtungen zu zerstreuen, die durch andere Preßberichte in der Bevölkerung Platz gegriffen haben. Es ist jedenfalls auch im Interesse der Bevölkerung gelegen, wenn derartige Mitteilungen in der Presse sich breitmachen, die dem ganzen Fleischverkauf Schaden können, daß ihnen vom Magistrat oder vom Schlachthausausschuß in der Presse entgegengetreten wird. In anderen Städten hält man das für selbstverständlich. Für heute wäre es jedenfalls von großem Interesse und auch für uns notwendig, zu erfahren, in welcher Weise der Magistrat Vorkehrung getroffen hat für den weiteren Betrieb, und in welchen Zeiträumen der weitere Bezug erfolgen soll.

Stadttrat von Franzenberg: Der Stadtmagistrat würde selbstverständlich im Laufe der nächsten Zeit den geehrten Herren durch eine Abrechnung in Verbindung mit einer Vorlage über die Ergebnisse des Versuchs Mitteilung gemacht haben. Ich nehme aber gern Veranlassung, auf die Anfrage des Herrn Wesemeier insoweit zu antworten, wie es heute möglich ist. Wir stehen ja noch mitten in dem Versuch, denn der Verkauf bei den 28 verschiedenen Fleischergegeschäften wird erst morgen früh eröffnet werden. Von dem Zeitpunkte ab wird holländisches Rindfleisch zum Preise von 85 Pfg. für das Pfund Hochfleisch und 90 Pfg. für Bratenfleisch bezogen werden können, also nach den mir von dem Obermeister der Fleischerinnung gemachten Mitteilungen etwa 15 bis 20 Pfg. für das Pfund billiger als gleich gutes hiesiges Fleisch in der Stadt gegenwärtig verkauft wird. Ein ergebnisloser Versuch ist also gewiß nicht gemacht, auch insofern, als wir durch das dankenswerte Entgegenkommen der Fleischerinnung in die Lage versetzt sind, ohne Einrichtung städtischer Verkaufsstellen, was mancherlei gegen sich gehabt und besondere Unkosten nach sich gezogen haben würde, das Fleisch in der ganzen Stadt verkaufen zu können.

Die Tiere sind in vorzüglicher Beschaffenheit eingekauft. Nachdem an einer Stelle in Holland vergeblich Versuche von unseren Abgesandten gemacht worden sind, ist der Einkauf in Burmerend bewerkstelligt und der Transport so schnell wie möglich in die Wege geleitet. Bei der Grenzstation sind gewisse Schwierigkeiten entstanden, die aber auf telegraphischem Wege, nachdem ich das Herzogliche Staatsministerium angerufen hatte, sehr bald behoben worden sind, so daß wir vier Stunden nach unserer Anrufung des Herzoglichen Staatsministeriums die Mitteilung erhielten, die Einfuhrerlaubnis sei erteilt. Zwei Stunden später haben die Tiere bei Bentheim die Grenze passieren dürfen. Der Magistrat hat aber aus diesem Vorkommnis Anlaß genommen, Herzogliches Staatsministerium zu bitten, dahin zu wirken, daß bei späteren Bezügen nach Möglichkeit ein ähnlicher Aufenthalt auf der Grenzstation vermieden wird. Es war vom Herzoglichen Staatsministerium schon zwei Tage vorher bei dem Reichskanzler die Einfuhrerlaubnis beantragt, sie hätte also, soweit ich die Verhältnisse zu übersehen vermag, auch zur rechten Zeit eintreffen können. Der Magistrat hat weiter beschlossen, Herrn Schlachthausdirektor Koch zu beauftragen sich schnelligst mit denjenigen Persönlichkeiten, bei denen diese erste sehr gute Viehsendung eingekauft ist, in Verbindung zu setzen und uns über die Ergebnisse Mitteilung zu machen. Ich werde möglichst bald den Schlachthausausschuß einberufen — ein Tag in der nächsten Woche ist dafür in Aussicht genommen —, um über weitere Bezüge zu beschließen. Ich hoffe, daß wir bis dahin auch eine endgültige und befriedigende Antwort wegen eines raschen Transportes bekommen werden. Es ist nicht zu verkennen, daß, wenn auch die Tiere in bester Beschaffenheit verladen werden, sie aber zu lange auf der Eisenbahn zubringen, die Gefahr vorliegt, daß eines oder mehrere von ihnen eingehen, oder daß sie in schlechter Beschaffenheit ankommen oder doch einzelne minderwertig werden. Da wir den Verlust auf die Verkaufspreise des Fleisches aufschlagen müßten, so würde das den Preis für das Pfund um 5, 10 oder 15 Pfg. in die Höhe schnellen lassen, so daß dann der ganze Transport vergeblich wäre.

Daß der Magistrat dem Vorschlage des Schlachthausausschusses gefolgt ist und die nicht ganz 500 M. betragenden Reisekosten unserer Abgesandten nicht auf den Verkaufspreis geschlagen hat, werden die Herren, da es sich um einen erstmaligen Versuch handelt und außerdem Herr Direktor Koch und Herr Diers auch die ganzen holländischen Viehhof- und Schlachthausverhältnisse ansehen sollten, für begreiflich halten und billigen. Hätten wir das nicht getan, dann würde der Preis um etwa 5 Pfennige für das Pfund höher ausgefallen sein, und das wollten wir das erste Mal doch vermeiden. Dagegen hat der Schlachthausausschuß bisher Bedenken getragen, dem Stadtmagistrat den Bezug von frischem Fleisch aus dem Auslande zu

empfehlen. So vorteilhaft für diesmal der Bezug von Vieh ausgefallen ist, so schwierig wird es sein, frisches Fleisch zu beziehen, wenn die Qualität den Erwartungen entsprechen soll. Ich glaube, daß die Erfahrungen anderer Städte in dieser Hinsicht nicht befriedigend zu nennen sind. Außerdem kommt hinzu, daß die Schwierigkeit des Transports bei Fleisch sich steigert, da dies mehr dem Verderben ausgesetzt ist, und daß die bisher uns zugegangenen Angebote keineswegs ermutigend lauten. Die Herren können überzeugt sein, daß auch in der nächsten Zeit die ganze Angelegenheit von dem Stadtmagistrat kräftig gefördert wird.

Inzwischen ist uns mitgeteilt, daß in den Kreisen der Viehhändler Bestrebungen bestehen — nicht Quertreibereien —, sich mit der Fleischerinnung in Verbindung zu setzen und durch möglichst billig gestellte Preisforderungen dafür zu sorgen, daß auch deutsches Vieh wohlfeil bezogen werden kann. Wenn diese Verhandlungen, die zu fördern ich mir angelegen sein lassen will, zu einem guten Ergebnis führen, so wäre das sehr erfreulich. Man wird beide Sachen nebeneinander betreiben müssen, damit auf diese Weise der Zweck, den die städtischen Behörden mit diesem Versuche verfolgt haben, nach Möglichkeit erreicht wird.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4 $\frac{1}{4}$ bis 8 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Vorsitzender: **Hauswaldt:** Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben, unterzeichnet Harns, in dem für die Bewilligung der Summe zur Feier des 50jährigen Bestehens der freiwilligen Turnerfeuerwehr im Namen des Korps den Stadtverordneten gedankt wird. Beigelegt ist eine Einladung an das verehrliche Stadtverordnetenkollegium zur Teilnahme an der Festfeier. Ich lege die Einladung zur Orientierung der Herren auf den Tisch des Hauses nieder.

Sodann ist eingegangen ein Dankschreiben vom Vorstande des Marienstifts über die dem Marienstift zugewandten 25 000 Mark für das Feierabendhaus.

Ferner ist eingegangen ein Schreiben von Herrn Wilhelm Büchner, Mideinfuß 10, der sich, nachdem er beim Magistrat nicht Gehör gefunden hat, an die Stadtverordnetenversammlung wendet und um Zusicherung einer Pension bittet. Ich habe die Akten über den Fall, soweit sie mir zugänglich waren, der Eingabe beigelegt und überweise die Angelegenheit der Statutenkommission zur Vorberatung.

Weiter ist eingegangen ein Schreiben vom Vorstande der Braunschweigischen Beamtenvereinigung, unterzeichnet Rechnungsrat Zapf. Es lautet:

„Der am 13. November 1912 im Restaurant Schultheiß versammelte Gesamtvorstand der Braunschweigischen Beamtenvereinigung spricht dem Stadtmagistrat zu Braunschweig seine Anerkennung für das tatkräftige Eintreten bei der Beschaffung von Wohnungen für städtische Beamte und Arbeiter und für die Förderung des Kleinwohnhausbaues aus. Gleichzeitig bedauert er die ablehnende Stellung des Bürgervereins, des Arbeitgeber-Verbandes und der Bezirks- und Grundbesitzer-Vereine der hiesigen Stadt zu dieser durchaus wichtigen Kulturfrage, wie sie in dem, allerdings nur von etwa 24 Mitgliedern am 11. d. Mts. angenommenen Beschlusse zum Ausdruck gebracht ist.“

Ich bemerke hierzu, daß die Bezirksvereine mit dem Beschlusse nichts zu tun haben. Ich bin Mitglied des Vorstandes eines Bezirksvereins und mußte darüber Bescheid wissen. Das Schreiben fährt dann fort:

„Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Stadt Braunschweig eines viel regeren Zuzugs zu erfreuen hätte, wenn nicht bislang die einseitigen Interessen bestimmter Bürgerkreise zu sehr in den Vordergrund getreten wären und damit jeden frischen Lebenszug ferngehalten hätten.“

Ich lege die Resolution, da sie zu Punkt 3 der Tagesordnung von Bedeutung sein kann, auf den Tisch des Hauses nieder.

Dann ist eingegangen ein Antrag, unterzeichnet von Herrn Leue:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für Ausbesserung der Fußsteige des Mittelwegs zwischen Nebenstraße und Landeseisenbahn Sorge zu tragen.“

Ferner ist ein Antrag des Herrn Wesemeier eingegangen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, zur Behebung der Fleischnot bis auf weiteres allwöchentlich mindestens zweimal von der Stadt aufgekauftcs Fleisch in ausreichendem Maße zum Verkauf zu stellen und so den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Oktober d. Js., die Fleischversorgung der Einwohnerschaft betreffend, zur ernstlichen Durchführung zu bringen.“

Außerdem eine Anfrage von Herrn Bunge:

„Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, wieweit die Frage, betreffend Errichtung eines Städtischen Viehhofes, gediehen ist, und wann sollen die ersten Fettviehmärkte in der Stadt Braunschweig stattfinden?“

Ich werde den drei Herren nach Erledigung der Tagesordnung Gelegenheit geben, ihre Anträge bezw. Anfrage zu begründen.

Stadtv. Jasper (zur Geschäftsordnung): Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung standen zwei Punkte zur Verhandlung, die ich diesmal auf der Tagesordnung vermissc. Das ist einmal der Punkt: Errichtung eines Unterkunfts-hauses für mehrere Turnvereine im Stadtpark, und zweitens: Beschwerde des Vorstandes der Freien Turnerschaft gegen eine vom Magistrat ausgesprochene Kündigung der städtischen Turnhallen. Es hat ja allerdings in der letzten Sitzung auf eine Anregung des Herrn Oberbürgermeisters hin eine Geschäftsordnungsdebatte stattgefunden, die die Art und Weise der Aufstellung unserer Tagesordnung betraf. Ich habe aber nicht vernommen, daß ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung irgendwie darüber gefaßt ist. Ich möchte zunächst fragen, weshalb diese Punkte nicht wieder auf der Tagesordnung erscheinen, und je nach der Antwort mir vorbehalten, einen Antrag, unsere Geschäftsordnung betreffend, zu stellen.

Vorsitzender: Ich habe aus der erwähnten Geschäftsordnungsdebatte entnommen, daß der größere Teil der Herren der Ansicht war, daß derartige Punkte, die nicht vorberaten sind und infolgedessen hier unter keinen Umständen beraten werden können, nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Ich habe danach gehandelt und Punkt 1: Errichtung eines Unterkunftshauses, Punkt 2: die Beschwerde der Freien Turnerschaft und als 3. Punkt den Ausbau der Stiftsagasse aus der Tagesordnung weggelassen, da ich schon am Freitag, als ich die Tagesordnung aufstellte, erfuhr, daß sie nicht vorberaten werden könnten.

Stadtv. Jasper: Ich möchte mir dann die Anfrage erlauben, weshalb die beiden von mir genannten Punkte nicht vorberaten sind und welche Schwierigkeiten dafür vorliegen. Mir liegt besonders daran, daß möglichst die Eingabe der Freien Turnerschaft zur Verabschiedung gelangt, weil es sich darum handelt, daß eine Kündigung von der Stadtverordnetenversammlung kritisch begutachtet oder sonstwie erörtert werden soll, die für Ende Dezember ausgesprochen ist. Wenn jetzt bereits mehrere Wochen darüber hingegangen sind, ehe die Behandlung der Angelegenheit vor sich geht, so halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß vielleicht noch mehrere Wochen darüber hingehen und der genannte Zeitpunkt darüber verstreichen könnte. Es könnten vielleicht auch irgendwelche Ermägungen mit im Spiele sein, die diese mir unliebsame Tatsache verursachen, daß die Eingabe erst nach dem Zeitpunkte, wo sie noch irgendwelche Bedeutung haben kann, erledigt werden soll.

Vorsitzender: Mir ist von seiten des Vorsitzenden der Statutenkommission erklärt, sie wäre noch nicht in der Lage, die Sache vorberaten zu können. Es ist das Recht Ihres Vorsitzenden, die Tagesordnung aufzustellen, und davon habe ich Gebrauch gemacht. Wenn die Herren in ihrer Majorität der Ansicht sind, daß alle vorliegenden Punkte auf die Tagesordnung gestellt werden sollen, so bitte ich einen entsprechenden Antrag zu stellen, damit ich weiß, woran ich bin. Ich habe geglaubt, im Sinne der Majorität der Versammlung zu handeln.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich bitte, den Punkt: Rechnungsabschlüsse der Gas- und Wasserwerke vorweg zu nehmen, um Herrn Direktor von Feilisch, der zu diesem Punkte besonders erschienen ist, nicht aufzuhalten.

Stadtv. Dr. Jasper bringt folgenden Antrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Stadtmagistrat, die Kündigung sofort zurückzunehmen, die er gegen die Freie Turnerschaft hinsichtlich der Benutzung der Turnhallen zum 1. Januar 1913 ausgesprochen hat.“

Der Antragsteller bittet, den Antrag als dringlich zu behandeln und sofort zu beraten.

Vorsitzender: Einen dringlichen Antrag in dem Sinne, daß er sofort behandelt werden müßte, kennt unsere Geschäftsordnung nicht. Ich werde, wenn unsere Tagesordnung erschöpft ist, die Unterstützungsfrage stellen und dann Herrn Dr. Jasper mit den anderen Herren Antragstellern Gelegenheit geben, seinen Antrag zu begründen.

1. Rechnungsabchlüsse der Gas- und Wasserwerke, sowie der Neustadtmühle für 1911/12.

Stadtv. Mohr: Ich habe zunächst über die Gaswerke zu berichten. Wie Sie aus dem Ihnen zugegangenen Bericht ersehen (S. 5), ist die gesamte Gas-erzeugung im Berichtsjahre um 236 460 cbm, prozentual um 2,80 % gestiegen. Nach Seite 6 ist der private Gasverbrauch von 6 591 619 cbm auf 6 827 722 cbm gestiegen. Das ist ein Beweis dafür, daß das Gaswerk und das Elektrizitätswerk gut nebeneinander wirtschaften können, ohne sich gegenseitig gefährliche Konkurrenz zu machen. Der Heizwert des Gases ist annähernd derselbe wie im vorigen Jahre. Der Kohlenverbrauch (S. 7) ist um 1 140 000 kg gestiegen. Der Koksabsatz hat sich gebessert, es sind rund 700 000 kg mehr verkauft, dagegen ist der Preis pro 100 kg von 1,80 *M* auf 1,55 zurückgegangen. Die Nebenprodukte sind annähernd dieselben, wie im Vorjahre. Die Kosten der Gas-erzeugung finden Sie auf Seite 11. Es ergibt sich unter Einziehung des Rückstellungskontos von 40 000 *M* ein Herstellungspreis von 8,23 Pf. für das cbm Gas. Wären letztere ausgeschlossen, so ergibt sich ein Preis von 5,75 Pf., gegen 5,25 Pf. im Vorjahre.

Für Erweiterungsanlagen, für Laternen und Gasmesser sind aus dem Reservefonds ca. 18 000 *M* mehr entnommen als im Vorjahre. Die Miete für die Gasmesser ist mit 20 656 *M* verbucht; diese wird demnächst aus der Abrechnung verschwinden. Die Betriebslöhne (S. 17) sind annähernd dieselben wie im Vorjahre.

Aus dem Berichte über die Wasserwerke habe ich zu erwähnen: Die gesamte Fördermenge und Wasserabgabe betrug im ganzen Jahre 4 950 544 cbm; das gibt gegen das Vorjahr ein Mehr von ca. 330 000 cbm. Der durchschnittliche Tagesverbrauch war 13 520 cbm, gegen 12 657 im Vorjahre. Wunschgemäß ist die Tabelle über den Wasserstand in dem Sammelbrunnen wieder aufgenommen, Sie finden sie hinten im Bericht aufgeführt (S. 25). Der Verbrauch an Brennmaterial (S. 20) ist annähernd derselbe geblieben wie im Vorjahre: 1 594 152. Der Eisengehalt des Grundwassers des Werkes am Bienroderwege ist von 7,51 lmg auf 8,12 lmg gestiegen, während er im Rünninger Werk nur 2,82 lmg beträgt. Der Chlorgehalt des Wassers ist auf dem Werke Bienroderweg leider von 142 auf 164 gestiegen, im Rünninger Werke beträgt er 21,8.

Was das Finanzielle anbetrifft (S. 26), so betragen die Selbstkosten für das cbm geförderten Wassers im Berichtsjahre 10,55 Pf. gegen 8,14 Pf. im Vorjahre. Das Ansteigen der Kosten um 2,41 Pf. ist in Erscheinung getreten durch die Rückstellung von 4 Pf. (gegen 2,16 Pf. im Vorjahre), so daß ein Unterschied in den Selbstkosten bei der Förderung des Wassers nicht vorhanden ist. Dem Re-

servefonds, der 1910/11 mit 645 049 *M* gebucht ist, sind zugeführt durch die etatmäßige Rückstellung 100 000 *M* und durch den dem Fonds überwiesenen Betriebsgewinn von 1910/11 137 150 *M*, so daß er auf die Höhe von 882 200 *M* gebracht wurde. Durch die verwandten Ausgaben für Rohrerweiterungen und hauptsächlich durch den Neubau des zweiten Grundwasserwerks (560 000 *M*) ist er um 693 733 *M* gefallen und bestand am 31. März 1912 aus 188 427 *M*.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Ich erlaube mir, bei dieser Gelegenheit eine Bitte auszusprechen, die ich vergessen habe, in der Finanzkommission zu äußern. Sie betrifft die Aufrechnung bei der Gewinn- und Verlustrechnung und die Aufstellung des Finanzkontos. Mein Wunsch geht dahin, es möchten bei diesen Aufmachungen auch die Ausführungszahlen des Vorjahres mit abgedruckt werden, genau so, wie es im städtischen Haushaltsplan geschieht. Es stehen hier freilich die Angaben aus dem Voranschlag, aber nicht die Ausführungszahlen. Diese sind außerordentlich wertvoll und erleichtern den Überblick über die Änderungen des neuen Jahres gegenüber dem Vorjahre. Es steht wohl nichts im Wege, dieser Anregung zu folgen.

Stadtv. **Schmidt**: Ich möchte mir erlauben, eine Anfrage an den Direktor des Wasserwerks an die Behandlung dieses Punktes der Tagesordnung zu knüpfen. Vor einiger Zeit trat in unserer Wasserleitung der Übelstand auf, daß das Wasser recht trübe lief. Sie werden auch bemerkt haben, daß das Leitungswasser, welches nachts über in der Kanne gestanden hatte, einen Niederschlag zeigte. Es wurde wohl zunächst dem Dienstmädchen die Schuld gegeben, daß sie die Gefäße nicht gehörig gereinigt habe, der Übelstand lag aber, wie sich nachher herausstellte, an dem Wasser selbst, das einen tiefbraunen Absatz hinterließ. Nach ca. 6 Wochen nahm diese Erscheinung ab. Ich bin mir über diese Erscheinung nicht klar geworden und auch die Mehrzahl der Bürger hat nicht ergründen können, woran der Übelstand lag. Ich vermute, daß eine mangelhafte Reinigung des Wassers schuld gewesen ist, die nachher beseitigt worden ist. Die Wasserleitungsrohre sind durch den braunen Absatz total verschmutzt worden. Ich möchte fragen, wie diese Störung gerechtfertigt wird, und ob es nur eine zufällige Erscheinung gewesen ist.

Direktor **von Feiligsch**: Meine Herren. Es ist Ihnen bekannt, daß unser Wasser einen ziemlich hohen Gehalt an freier Kohlensäure hat und daß diese durch den Enteisungsprozeß nicht vollständig ausgeschieden werden kann. Die freie Kohlensäure bewirkt nun bei Gegenwart von Sauerstoff, der bei der Fieselung des Wassers in der Enteisungsanlage aufgenommen wird, eine Abrostung in unseren Rohrleitungen. Es bilden sich in ihnen Eisenoxydniederschläge, die nicht

zu beseitigen sind. Wenn nun durch eine Reparatur an der Hauptleitung das Wasser einmal eine verstärkte Geschwindigkeit annimmt oder eine umgekehrte Stromrichtung erfährt, so wird der Eisenschlamm fortgerissen und kann in die Hausleitungen eintreten, so daß trübes Wasser aus den Zapfstellen fließt. Von den Wasserwerken wird stets klares Wasser an die Stadt geliefert, die Trübung tritt erst im Rohrnetze auf. Um sie zu beseitigen, nehmen wir ausgiebige Spülungen vor, zunächst in der Innenstadt und dann in der Außenstadt, und diese werden fortgesetzt werden müssen. Wir haben mit diesem Übelstande zu rechnen und wissen vor der Hand noch kein Mittel, wie ihm zu begegnen ist.

Stadtv. Sander: Ich möchte mir die Frage gestatten, ob es beabsichtigt wird, die Preßgasbeleuchtung in der ganzen Innenstadt durchzuführen.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Frage des Herrn Vorredners ist beim besten Willen heute nicht zu beantworten. Es sind Verhandlungen im Gange, die darauf hinausgehen, festzustellen, ob wir uns bei Preßgas- oder Bogenlichtbeleuchtung besser stehen, aber die Zahlen, die uns bis jetzt unterbreitet sind, geben durchaus noch kein klares Bild. Es ist mir auch nicht möglich, jetzt näher auf die Sache einzugehen. Jedenfalls wird Herr Sander anerkennen: Ehe man so weitgehende Beschlüsse faßt, muß man wissen, wie jedes einzelne in seiner Wirkung ist. Im übrigen darf ich bemerken, daß es bisher nicht in der Absicht des Magistrats lag, eine so teure Beleuchtung, wie es ohne Frage die Preßgasbeleuchtung ist, über das ganze Stadtgebiet auszudehnen. Es ist möglich, daß die Herren anderer Ansicht sind, dann würden wir darüber zu verhandeln haben.

Stadtv. Mohr: Es ist weiter noch zu berichten über die *N e u f t a d t m ü h l e*. Der erzielte Gewinn beträgt 27 358 *M*. An Mahlohn sind 53 000 *M* vereinnahmt, das ist 7000 *M* weniger als im Vorjahre. Entstanden ist diese Mindereinnahme durch die mäßige Ernte des Vorjahres, durch die hohen Getreidepreise und die niedrigen Mahlpreise, teilweise auch durch die alten Abschlässe, die erledigt werden mußten. — Die Betriebs- und Unterhaltungskosten sind um rund 9000 *M* höher als im Vorjahre. Die Ursache hierfür ist der Wassermangel im letzten Jahre und der dadurch größer gewordene Verbrauch an Strom. Zur Schulden tilgung sind 8196 Mark verwandt. Es handelt sich bekanntlich um die alte Restschuld aus früheren Jahren.

über seine Anträge schreibt uns der Magistrat:

„Die erzielten Überschüsse der Gas- und Wasserwerke (356 254,08 + 86 892,73 = 443 146,81 *M*) würden in Gemäßheit der Vorschrift im § 3 des

Statuts vom 29. März 1909 Nr. 29 dem Ausgleichsfonds mit $\frac{4}{5} = 354\,517,45$ und dem Ordinarium der Kammereikasse mit $\frac{1}{5} = 88\,629,36 \text{ M}$ für 1912/13 zu überweisen sein. Von dem ermittelten Gewinn der Neustadtmühle soll in Gemäßheit der von den städtischen Behörden getroffenen Vereinbarung (Beschluß der Stadtverordneten vom 21. April 1909) die Hälfte zur Amortisation der Anlagekosten verwandt, die andere Hälfte aber dem Ordinarium der Kammereikasse zugeführt werden. Da nun im Rechnungsjahre 1911/12 der letzte Rest der Schuld von 8196,88 M getilgt ist, so ist der auf 27 358,08 M festgesetzte Gewinn der Neustadtmühle für 1. April 1911 bis 31. März 1912 dem Ordinarium der Kammereikasse zu überweisen. Da aber die Kammereikasse im Jahre 1911/12 ohne Fehlbetrag abgeschlossen ist, auch nach dem Voranschlage des laufenden Jahres dem Ausgleichsfonds nur 255 760 M zufließen sollen und da andererseits die auf den Wasserwerken ruhende Schuld noch immer reichlich hoch ist, so halten wir eine verstärkte Schuldentilgung für angezeigt und zwar in der Weise, daß von dem Überschuß der Wasserwerke $\frac{1}{5} = 17\,378\,54 \text{ M}$ an das Ordinarium der Stadtkasse abgeführt, der Rest zu 69 514,19 M aber zur teilweisen Abstoßung der Restschuld vom Jahre 1885 zu 147 903,86 M (Darlehn der Kammereikasse) verwandt wird; auf die baldige Abstoßung der dann noch verbleibenden 78 389,67 M würden wir Bedacht nehmen.

Wir geben daher anheim, zu beschließen, daß von den Überschüssen beider Werke

- a) 88 629,30 M an das Ordinarium der Kammereikasse,
- b) 285 003,32 M an den Ausgleichsfonds,
- c) 69 514,19 M an die Kammereikasse zur teilweisen Tilgung der erwähnten Schuld bezahlt werden."

Meine Herren. Diese Anträge haben der Finanzkommission vorgelegen. Nach längerer Beratung hat sie sich mit den Beschlüssen des Stadtmagistrats einverstanden erklärt. Ich bitte Sie namens der Finanzkommission, den Vorschlägen des Magistrats zuzustimmen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage der Finanzkommission.

2. Antrag des Stadtverordneten Ohlendorf auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen in der Nähe der Martinikirche.

Stadtv. Buich: Der Antrag lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen in der Nähe der Martinikirche zu veranlassen.“

Es ist wohl keiner in der Versammlung, der die Errichtung einer derartigen Anstalt nicht für notwendig erachtete, um so mehr, da dort regelmäßig Wochenmärkte stattfinden. Auch bei der gestrigen Beratung des Antrages in der Baukommission wurde die Notwendigkeit der Schaffung einer solchen Bedürfnisanstalt anerkannt. Die Baukommission empfiehlt deshalb der Versammlung, dem Magistrat diesen Antrag zur Berücksichtigung zu empfehlen. — Ich habe noch zu bemerken, daß der in der Sitzung der Baukommission anwesende Magistratsbezerant uns mittheilte, daß der Magistrat selbst sich schon mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Ich bitte die Versammlung, dem Antrage der Baukommission zuzustimmen.

Stadt v. Hartung: Ich glaube, wir werden ohne weiteres dem zustimmen dürfen. Ich möchte den Antrag noch erweitern, indem ich bitte, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage zu machen wegen Errichtung solcher Bedürfnisanstalten in jedem Torbezirke. Ich finde, daß in der That Braunschweig in der Beziehung gegen andere Städte zurückgeblieben ist und daß gerade bei der großen Ausdehnung der Stadt im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl in dieser Hinsicht etwas geschehen müßte. Es werden wohl wesentliche Schwierigkeiten nicht vorliegen, da in jedem Torbezirk ein passender Platz dafür sich finden läßt. Ich weiß, daß in weiten Kreisen unserer Bevölkerung ein solches Vorgehen Zustimmung finden würde.

Vorsitzender: Herr Hartung hat folgenden Antrag überreicht:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, eine Vorlage zur Errichtung von Bedürfnisanstalten für Frauen in jedem Torbezirk zu machen.“

Ich glaube, wir müssen diesen Antrag doch als einen selbstständigen behandeln, da er so weitgehend ist, daß wir ihn als Anhang zu dem Antrage Ohlendorf kaum ansehen dürfen. Begründet ist der Antrag, findet er Unterstützung? (Der Antrag wird genügend unterstützt). Ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberatung.

Stadt v. Loeschigt: Ich hätte nur die Bitte auszusprechen, daß für die Errichtung der Bedürfnisanstalt in der Gegend der Martinikirche nicht das Modell von der gleichartigen Anstalt auf dem Kohlmarke genommen wird. Es gibt in anderen Städten, wie die Herren gesehen haben werden, so niedliche kleine Bedürfnisanstalten, die praktischer sind und schöner aussehen, als die unsrige auf dem Kohlmarke.

Stadtv. Stegmann: Meine Herren. Ich sollte meinen, die Sache wäre so einfach, daß es wirklich nicht nötig ist, den Antrag erst dem Magistrat zur wohlwollenden Berücksichtigung zu überweisen. Herr Ohlendorf hat in überzeugender Weise nachgewiesen, wie notwendig namentlich in der Gegend des Altstadtmarktes eine solche Bedürfnisanstalt ist. Warum sollen wir erst die Entscheidung abwarten, ob der Magistrat die Einrichtung bewilligt oder nicht? Ich meine, wir könnten ohne weiteres den Antrag Ohlendorf annehmen, ohne ihn erst dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Ich bitte Sie also, von dem Beschluß der Baukommission abzuweichen und ohne weiteres den Antrag Ohlendorf anzunehmen.

Vorsigender: Ich möchte den Herrn Vorredner darauf aufmerksam machen, daß es nur eine andere Form ist, welche er vorschlägt; in Wirklichkeit ist beides ganz dasselbe. Wir können hier viel beschließen; wenn der Magistrat unserem Beschlusse nicht zustimmt, ist der Beschluß nichts. Wenn wir sagen: Wir übergeben dem Magistrat den Antrag zur wohlwollenden Berücksichtigung, so heißt das mit anderen Worten: Bitte, macht uns eine Vorlage darüber! Wir kommen mit der anderen Form um keinen Schritt weiter — aber wie die Herren wollen!

Stadtv. Niese: Die Sache ist doch einfach! Formell liegt die Sache so: Der Magistrat wird ersucht, eine Vorlage zu machen und natürlich baldigt. Die „wohlwollende Berücksichtigung“ ist denn doch in Mißkredit geraten, man hat kein Vertrauen mehr dazu, und so geht es auch mir. Mag man doch diese Formel weglassen, sie ist nicht geeignet, darzutun, daß die Angelegenheit gefördert werden soll. Ich weiß noch, welche Abneigung bestand, als damals am Hoftheater eine Bedürfnisanstalt für Frauen hingestellt werden sollte, und sie war damals genau so dringlich, wie sie es heute noch ist. Noch dringlicher ist es, daß an dem Plage, wo die Wochenmärkte stattfinden, eine solche Anstalt errichtet wird. Damals glaubte man seitens des Magistrats, man würde es mit der Hofhaltung verderben, trotzdem dargetan wurde, daß es tagsüber vor den Kaufläden naß wurde und die Frauen nicht wußten, wohin sie sollten. Wenn Sie eine solche Errichtung ablehnen, dann sind Sie Barbaren und keine Menschen. Es ist Zeit, daß wir erst einmal diese eine Anstalt erhalten, und wenn das geschehen ist, ist es auch notwendig, in den verschiedenen Teilen der Stadt solche Bedürfnisanstalten zu bauen.

Stadtv. Ohlendorf: Der Referent der Baukommission, Herr Busch, hat selbst gesagt, daß ~~er~~ ^{er} annehme, keiner hier sei gegen den Antrag. Er hat aber nicht be-

gründet, warum der Antrag nicht einfach angenommen, sondern dem Magistrat zur wohlwollenden Berücksichtigung überwiesen werden soll. Ich finde zwischen beiden einen Unterschied. Wenn man sich nicht ganz klar darüber ist, ob eine Notwendigkeit vorliegt, dann überweist man eine Sache dem Magistrat, der mag dann dem Antrage folgen oder nicht. Wenn wir aber der Meinung sind, daß die Errichtung notwendig ist, dann können wir ruhig beschließen, der Magistrat möge eine Vorlage machen. Ich bitte, diesem Vorschlage zu folgen.

Stadtv. Busch: Wir haben uns mit der Frage in der Kommission eingehend befaßt. Es wundert mich, daß Herr Kiefe seine Bedenken jetzt so lebhaft äußert, während er in der Sitzung der Baukommission sich mit dem gefaßten Beschlusse bechied. Eine solche Stellung muß um so mehr wundernehmen, als der Dezerent des Magistrats selbst sich äußerte, der Magistrat hielte die Sache für dringend und befaße sich auch schon mit der Angelegenheit. Wir haben auch die Überzeugung gewonnen, daß die Sache vom Magistrat ernstlich in Angriff genommen wird. Meiner Ansicht nach kann nicht mehr geschehen.

Stadtv. Friede: Ich wollte dasselbe sagen, was Herr Busch ausgeführt hat. Es wundert mich, daß Herr Kiefe mit dem Vorschlage der Baukommission nicht einverstanden ist, wo er doch in der Baukommission kein Wort dagegen gesagt hat. Die Baukommission hat den Eindruck gehabt, daß der Magistrat selbstverständlich uns mit einer Vorlage kommen wird. Ich würde die Stellungnahme des Herrn Kiefe noch begreifen, wenn der Herr Referent sich nicht deutlich ausgedrückt hätte. Das hat er aber getan. Herr Kiefe hat in der Kommission auch schon einen Platz vorgeschlagen, mit dem die Baukommission aber nicht einverstanden war. Es sind dann in der Kommission noch andere Plätze vorgeschlagen, die der Magistrat seinem Projekte wahrscheinlich zugrunde legen wird.

Vorsitzender: Wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr Kiefe, ging ihr Antrag dahin, den Antrag Ohlendorf pure anzunehmen.

Stadtv. Kiefe: Mein Wunsch ging dahin, der Magistrat solle sofort eine Vorlage machen.

Vorsitzender: Dann bitte ich um einen schriftlichen Antrag, wenn er anders lauten soll als der Antrag Ohlendorf.

Stadtv. **Frede:** Zu dieser formellen Sache wollte ich nicht sprechen. Ich möchte auf das eingehen, was Herr Loeschigk angeregt hat. Es wird immer schwieriger werden, bei einer vermehrten Herstellung von Bedürfnisanstalten die Platzfrage und die äußere Gestaltung des Baues in befriedigender Weise zu lösen. Ich möchte der Stelle, die darüber zu entscheiden hat, doch anheimgenben, einmal in anderen Städten sich gleiche Anlagen anzusehen. In Dresden z. B. sind derartige Anlagen auch unterirdisch hergestellt, und ich glaube, das ließe sich auch hier machen. Auf dem Kohlmarkt würde das sehr angebracht sein, denn die jetzige Anlage dort ist wirklich nicht schön.

Stadtv. **Ohlendorf:** Ich bitte, über meinen Antrag, der der weitgehendste ist, zuerst abzustimmen.

Stadtv. **Busch** verliest als Referent auf Wunsch des Vorsitzenden nochmals den Antrag Ohlendorf.

Vorsitzender: Der Antrag Riefe geht dahin: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, über den Antrag Ohlendorf, betreff einer Frauenbedürfnisanstalt, sofort eine Vorlage zu machen“.

Ich werde abstimmen lassen zunächst über den Antrag Ohlendorf, dann über den Antrag Riefe und zuletzt über den Antrag der Kommission.

Für den Antrag Ohlendorf stimmen 18 Stadtverordnete. Er ist damit angenommen und die beiden Anträge sind gefallen.

3. Errichtung von Kleinwohnungen für städtische Beamte und Arbeiter, sowie Unterstützung der Braunschweigischen Baugenossenschaft.

Vorsitzender: Zur formellen Behandlung der Sache möchte ich daran erinnern, daß wir in der letzten Sitzung über Punkt I der Vorlage beraten und Sie dann beschlossen haben, die Angelegenheit der vereinigten Bau- und Finanzkommission nochmals zur Vorberatung zu überweisen. Diese beiden Kommissionen haben gemeinsam über die Sache beraten, und ich habe den Herren schriftlich zugänglich gemacht, was die Kommissionen beschlossen haben, damit der Wortlaut feststeht. Nachdem wir das vorige Mal Herrn Leue als Referenten der Finanzkommission gehört haben, halte ich es für richtig, heute den Referenten der Baukommission, Herrn Frühling, zu hören, der über die Beratung in der gemeinschaftlichen Sitzung der beiden Kommissionen berichten wird.

Stadtv. Frühling: Bei meinem Referat muß ich zunächst das zusammenfassen, was das Resultat unserer ersten Verhandlung war. Der Kernpunkt der Vorlage, soweit sie Punkt I betrifft, ist in dem Punkte c auf Seite 9 enthalten. (Bericht Nr. 7, S. 335.) Der Magistrat schlägt vor, einen größeren, geschlossenen Geländekomplex zu erwerben, auf dem Kleinwohnungen errichtet werden können. Die Notwendigkeit, dabei eventl. zu dem Mittel der Expropriation zu greifen, hat sich aus den verschiedenen Verhandlungen ergeben, die wegen des Erwerbes der Flächen von seiten des Magistrats geführt sind. In den Mitteilungen, die uns überandt sind, ist nachgewiesen, daß es nicht möglich gewesen ist, in der Nähe der Stadt einen ähnlichen, ausreichend großen Geländekomplex zu Preisen zu erwerben, die die Errichtung von Kleinwohnungen noch gestatten würden. Dieser Punkt c hat in der vorigen Sitzung die allgemeine Zustimmung der Versammlung gefunden. Ich habe nur zu bemerken, daß die vereinigte Bau- und Finanzkommission sich ganz und gar wieder auf den gleichen Standpunkt gestellt hat und Ihnen empfiehlt, diesen Punkt c unverändert anzunehmen. Der betreffende Komplex ist auf dem ausgehängten Plane mit Blau dargestellt. Die vereinigte Kommission macht darauf aufmerksam, daß in diesem Punkte der Kernpunkt der ganzen Vorlage liegt.

Punkt d möchte ich nun zunächst behandeln; es ist auch in der vorigen Sitzung schon in ähnlicher Weise darüber berichtet, wie die Kosten zu verteilen sind. Ich bemerke noch, daß auf dem Ihnen zugegangenen Blatte sich ein Schreibfehler befindet: der Punkt ist mit c bezeichnet, dafür muß d gesetzt werden. Punkt d soll nach dem Vorschlage der vereinigten Kommissionen jetzt heißen:

„Die Kosten für Erwerb und Herrichtung des neu zu errichtenden Spielplatzes werden dem Ausgleichsfonds, alle übrigen aber dem Rämmereivermögen entnommen.“

Der Erwerb dieses großen Geländekomplexes, soll, wie Ihnen bekannt, auch dazu dienen, in dortiger Gegend einen großen Spielplatz zu schaffen, der als ein dringendes Bedürfnis anerkannt ist. Die vereinigten Kommissionen haben sich dem Beschlusse der Finanzkommission angeschlossen, zumal sie den finanziellen Erfolg dieses Vorschlages für den gleichen halten wie den des Magistratsvorschlages.

Ich komme nun zu Punkt a. Darüber hat sich in der Sitzung hier eine weitausinandergelende Debatte entsponnen. Es ist unsere Meinung gewesen, daß diese Debatte hervorgerufen ist durch den Ausdruck „das in Rede stehende Projekt“. Hierdurch ist der Eindruck erweckt, als solle auch dem Bebauungsplane, der der Vorlage beigelegt war, zugestimmt werden. Das ist eine unrichtige Auf-

fassung, denn die Worte „vorbehaltlich der Entscheidung über die Art der Bebauung und Nutzung der zu beschaffenden Wohnungen“ sind ganz allgemein dahin aufzufassen, daß wir über die Art der Bebauung und Nutzung, bevor eine Bebauung stattfindet, erst noch ein Projekt erhalten. Ehe aber der Magistrat ein derartiges Projekt aufstellen kann, muß erst einmal das Terrain zur Verfügung stehen. Deshalb müssen wir zunächst Punkt c genehmigen, wenn wir überhaupt auf diese Sache eingehen und ein Projekt über diesen Wohnungsbau erwarten wollen. Der Punkt a ist nur eine Folge des früheren Beschlusses der Versammlung, durch den wir den Magistrat ersucht haben, in eigener Regie Kleinwohnungen für die städtischen Arbeiter und Unterbeamten zu bauen und stadtseitig zu verwalten. Es soll nicht durch diese Vorlage ausgeschaltet werden, daß erst ein Versuch gemacht wird; es soll damit nicht gesagt sein, daß das ganze Terrain stadtseitig bebaut werden soll, sondern das bleibt dem späteren Projekt vorbehalten. Ich bitte Sie, meine Herren, das Hauptgewicht darauf zu legen, daß die Versammlung „vorbehaltlich der Entscheidung über die Art der Bebauung und der Nutzung der zu beschaffenden Wohnungen“ dem Vorgehen des Magistrats zustimmen soll. Die vereinigten Kommissionen haben, um das klarzustellen, den Wortlaut dahin zu ändern vorgeschlagen, daß sie nicht sagt „das in Rede stehende Projekt“, sondern „das vom Magistrat in Aussicht genommene Vorgehen“. Es ist in dem Vorschlage der vereinigten Kommissionen wieder derselbe Wortlaut gewählt, den die Herren selbst beschlossen haben, nämlich das Vorgehen „über Beschaffung kleiner Wohnungen für städtische Arbeiter und untere Beamte.“ Die vereinigten Kommissionen haben noch hinzugefügt „in erster Linie“, um klarzustellen, daß hier freie Hand bleiben soll. Die beiden Kommissionen sind der Meinung gewesen, daß wir, nachdem wir einmal beschlossen haben, die Sache anzugreifen und den Magistrat zu ersuchen, hier versuchsweise vorzugehen, nicht wiederum sagen können: Nun wollen wir gleich den ersten Schritt, der notwendig ist, um einen derartigen Versuch zu machen, den Terrainerwerb, jetzt ablehnen. Wir müssen jetzt dem zustimmen, wenn wir nicht den alten Beschluß wieder aufheben wollen. Über die Art der Bebauung jetzt schon zu entscheiden, wäre verfrüht. Man kann darüber nicht im allgemeinen diskutieren, sondern muß das Projekt vor sich haben, aus dem die Einzelheiten hervorgehen, sonst bewegt man sich in Allgemeinheiten, über die man sich nicht einigen wird. Die vereinigte Kommission schlägt demnach folgende Fassung vor:

„Das vom Magistrat in Aussicht genommene Vorgehen über Beschaffung kleiner Wohnungen in erster Linie für städtische Arbeiter und untere Beamte vorbehaltlich der Entscheidung über die Art der Bebauung und der Nutzung der zu

erschaffenden Wohnungen gutheißen zu wollen; dabei soll das zu erwerbende Gelände dauernd im Eigentum der Stadt bleiben.

Der letzte Satz ist auf Ersuchen des Magistrats hinzugefügt, um festzustellen, daß es sich hier, wo die Expropriation stattfinden soll, nicht etwa um ein Spekulationsobjekt der Stadt handelt, sondern das Gelände im Besitz der Stadt bleiben soll, weil sonst nach Ansicht des Magistrats das Expropriationsrecht nicht zu erhalten wäre. Damit wird erreicht, daß der erste Schritt in dieser Sache getan werden kann.

Nun ist noch über b zu sprechen. Schon in der vorigen Sitzung war beantragt, den vorgelegten Teilortsbauplan zu genehmigen. Darüber ist in der vorigen Sitzung schon verhandelt und speziell ich konnte mich mit dem vorgelegten Teilortsbauplan nicht einverstanden erklären und hatte den Vorschlag gemacht, die Genehmigung des Teilortsbauplans von dem späteren Bebauungsplane, der uns noch zugehen würde, abhängig zu machen, sie also bis dahin zu verschieben. Der Magistrat hat darauf erklärt, daß dies nicht angängig sei, wenn wir Gelände expropriieren wollten, sondern, daß er den Teilortsbauplan mit vorlegen müßte. Wir haben uns diesen Ausführungen nicht verschließen können und haben versucht, einen Teilortsbauplan zu gewinnen, der den Ansprüchen, die die vereinigten Kommissionen stellen, entspricht. Es ist uns das nach unserer Meinung gelungen. Der neue Plan ist dort im Saale aufgehängt. Rechts hängt er alte und daneben der neue von der Bauverwaltung aufgestellte Plan vom 11. November. Wir schlagen Ihnen demnach vor, Punkt d so zu fassen:

„den vorgelegten Teilortsbauplan Nr. 4 vom 11. November 1912 genehmigen zu wollen.“

Bezüglich dieses Punktes möchte ich noch anführen, daß uns in der Kommission über die Gestaltung des Teilortsbauplans eingehende Unterlagen vorgelegen haben, die aber nicht direkt zu der Sache gehören, sondern nur dazu dienen, den Teilortsbauplan feststellen zu können. Bezüglich dieser Unterlagen sollen die Herren also keinen Beschluß fassen. Ich habe aber geglaubt, Ihnen das vorführen zu sollen, damit Sie erkennen, wie die vereinigten Kommissionen zu diesem Beschluß gekommen sind. Es sind 5 bis 6 Aufteilungspläne verschiedener Art für das Terrain gemacht. Der letzte, der von der städtischen Bauverwaltung aufgestellten Pläne ist derjenige, von dem in der Kommission allgemein anerkannt wurde, daß er am zweckmäßigsten dem Teilortsbauplane zugrunde zu legen wäre. Über diesen Plan wird jetzt nicht abgestimmt, die Art der Bebauung wird vorbehalten.

Ich habe namens der vereinigten Kommissionen zu empfehlen, die vier Punkte in der vorgetragenen Weise anzunehmen.

Vorsitzender: Der Punkt 1 der Vorlage steht zur Beratung. Punkt c bleibt erhalten und statt a, b und d ist eine neue Fassung vorgeschlagen.

Stadtv. Frede: Ich habe den Herrn Referenten dahin verstanden, daß es sich in der Hauptsache erst einmal um den Erwerb des Terrains handelt, und dagegen ist wohl nichts zu erinnern. Wenn nun weiter der Herr Referent sagt, es verpflichte das sonst zu nichts, und ich das dahin auffassen darf, daß die Frage, ob die Stadt bauen soll oder nicht und für wen, heute nicht entschieden wird, sondern dann, wenn der Magistrat eine Vorlage macht, so wäre es überflüssig, wenn ich mich heute noch zu der Sache äußerte. Ich kann dem nicht zustimmen, daß in erster Linie für die städtischen Arbeiter und die städtischen Unterbeamten gesorgt werden soll, und würde das eingehend begründen.

Stadtv. Frühling: Herr Frede hat mich nicht recht verstanden. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Vorlage die Folge des Antrages ist, den die verehrte Versammlung an den Magistrat gerichtet hat. In diesem Antrage, der hier in der Vorlage mit ausgeführt ist, heißt es ausdrücklich: „versuchsweise in eigener Regie Kleinwohnungen für die städtischen Arbeiter und die unteren Beamten zu bauen und stadtseitig zu verwalten“. Nachdem wir dies beschlossen hatten, konnte der Magistrat nicht anders, als dem Antrage zu entsprechen. Das hat er getan, hat aber jedes weitere Vorgehen vorbehalten. Das habe ich ausgeführt, nicht aber, daß alles frei bleiben soll. Da hier steht „versuchsweise“, so können Sie die Vorlage genehmigen. Ob die Stadt ein paar Häuser hinbaut und wieviel, liegt noch in Ihrer Hand, wenn Sie das definitive Projekt bekommen. Wir können aber nicht alles austreichen, was wir selber früher vorgeschrieben haben. Deshalb haben sich die vereinigten Kommissionen auch an den Wortlaut dieses von der Versammlung gefaßten Beschlusses gehalten und diesen Wortlaut unter a wiederholt.

Vorsitzender: Es ist selbstverständlich, daß wir uns auf Einzelheiten hier nicht festlegen. Ich kann es aber nicht verstehen, wie man heute vielleicht für die Sache stimmen will mit der festen Absicht, sowie eine Einzelheit kommt, dagegen zu stimmen. Wer auf einem derartigen prinzipiellen Standpunkt steht, muß nach meiner Auffassung und nach parlamentarischer Usage ihn auch jetzt schon geltend machen.

Stadtv. Sander: Ich habe eine Frage betreffend den letzten Satz unter a „dabei soll das zu erwerbende Gelände dauernd im Eigentum der Stadt bleiben“

zu stellen. Wie haben der Magistrat und die Kommissionen sich das gedacht, wenn die Ausführung, wie es in der Vorlage gegeben ist, geschehen soll in der Weise, daß der Baugenossenschaft oder der privaten Bautätigkeit das Terrain eröffnet werden soll? Dann kann doch die Stadt nicht Eigentümer der Plätze bleiben. Sie müssen in Erbpacht übergehen oder auf andere Weise abgegeben werden. Ich möchte jedenfalls darüber eine Aufklärung haben.

Oberbürgermeister Netemeyer: Was diese Frage betrifft, so ist der Zusatz veranlaßt durch den Antrag, den Herr Justizrat Hartung in der letzten Sitzung gestellt hat, in dem u. a. auch, soweit ich mich erinnere, ausdrücklich gesagt war, daß vorbehalten bleiben solle, Teile dieses Terrains an Privatpersonen abzugeben. Meine Herren, ich glaube, Sie werden alle, bis auf Herrn Justizrat Hartung der Ansicht sein, daß wir, wenn wir mit einem solchen Antrage uns an das Ministerium wenden: „Wir wollen soundso viel Terrain expropriieren; was wir damit machen wollen, wissen wir aber heute noch nicht, möglicherweise behalten wir es, möglicherweise verkaufen wir es auch wieder“, daß dann das Herzogliche Staatsministerium wahrscheinlich sagen würde: „Es tut uns leid, dafür können wir euch das Expropriationsrecht nicht geben.“ (Sehr richtig!) Wenn wir einen solchen Versuch machen wollen — Sie haben ja die Anregung dazu gegeben — dann müssen wir auch die Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben, mit in den Kauf nehmen. Wenn Not an Wohnungen ist, wie Sie in der Kommission und in der vorigen Sitzung gehört haben, dann bleibt tatsächlich nichts anderes übrig, als daß die Stadt eingreift. Es folgt durchaus nicht daraus, daß dies Eingreifen weitergehen soll; ich hoffe vielmehr, daß damit eine Anregung auch für das bauende Publikum insofern gegeben wird, als es zeigt, daß es möglich ist, auch für die kleineren Leute angemessene und preiswerte Wohnungen zu bauen. Freilich, heute zu sagen: „Der Versuch wird nach jeder Richtung hin gelingen“, und insbesondere: „Wir werden bei der Sache ohne Opfer davonkommen“, das ist nicht möglich. Aber auch selbst das, was der Herr Referent eben sagte: „Einstweilen bauen wir ein paar Häuser“, erscheint mir nicht ganz unbedenklich, denn damit haben wir nichts erreicht. Der Magistrat hat Ihnen eingehend dargelegt, weshalb wir den Versuch, wie Sie ihn ursprünglich beabsichtigt haben, nicht für angemessen erachten. Der Kernpunkt der Sache liegt nicht in dem Häuserbauen, sondern im Ankauf von dem Grund und Boden, und da müssen wir sehen, einmal billigeren Baugrund zu erlangen und billige Straßen zu bauen. Sie werden zugeben, daß dies bei einem einzelnen Hause oder auch mehreren Häusern, von denen das eine hier, das andere dort zu liegen kommt, beim besten Willen nicht durchzuführen ist. Deshalb

sind wir mit dem Antrage herausgekommen: Wenn die Stadt einmal einen solchen Versuch machen will, dann müssen wir ihn in einem etwas größeren Maßstabe machen. Darüber müssen wir uns klar werden, ob wir einen Versuch in diesem Umfange riskieren wollen oder nicht. Der Magistrat ist der Ansicht, daß es mit Rücksicht auf die Zahl der städtischen Beamten und Arbeiter unbedenklich erscheint, selbst 50 bis 60 Häuser zu bauen, denn große Mietkasernen wollen wir selbstverständlich nicht herstellen. Ich möchte Sie bitten, dafür zu sorgen, daß in dieser Beziehung jede Unklarheit vermieden wird. Auch Herrn Frede kann ich nicht entgegenkommen insofern, als ihm dann die Möglichkeit gegeben wäre, heute zwar für den Ankauf des Terrains zu stimmen, aber später zu sagen: „Ich habe mir freie Hand behalten, folglich brauche ich für weiteres nicht zu stimmen“. Was wollten wir denn mit dem Lande machen, wenn wir es nicht zu Bauten verwenden wollen? Ich möchte Sie bitten, möglichst Einstimmigkeit über den Umfang des Vorgehens herrschen zu lassen.

Nun hat Herr Sander gefragt: Wer soll denn bauen? Diese Frage steht auf einem ganz anderen Gebiete. Ob wir in städtischer Regie, durch die städtische Bauverwaltung, die notorisch zwar gut, aber auch teuer baut, alle die Häuser, die einst hier erstehen sollen, ausführen lassen, oder den Bau der Häuser im ganzen oder im einzelnen vergeben, das muß der demnächstigen Entscheidung vorbehalten bleiben. Wir wissen ganz genau: gegen jede Generalunternehmung sind Sie in Ihrer Mehrheit grundsätzlich gewesen. Da werden wir also wahrscheinlich sagen: Es bleibt nichts anderes übrig, als selbst zu bauen oder mit Hilfe von Genossenschaften, die zu diesem Zweck sehr gut besonders ins Leben gerufen werden können. Ich kann mir sehr wohl denken, daß wir einen Versuch mit dem Erbbaurechte machen, wie es andere Städte auch getan haben. Meinem Wissen nach hat das Erbbaurecht hier nicht viele Freunde, es hat sich hier noch nicht eingebürgert, aber ein grundsätzlicher Gegner des Erbbaurechts ist der Magistrat durchaus nicht. Man hat auch neuerdings auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches ein anderes Verfahren Platz greifen lassen: das Verkaufen mit Wiederkaufsrecht. Wenn beim Kaufvertrage das Wiederkaufsrecht vorbehalten wird, dann fällt das Eigentum ohne weiteres in den Besitz des Veräußerers zurück, sobald er erklärt: Ich will mein Eigentum wieder haben. Das sind Formen der Nutzung, die wir uns vorbehalten müssen. Das haben wir auch ausführlich in der Vorlage gesagt, und darüber brauchen wir uns heute nicht zu unterhalten. Aber grundsätzlich zu sagen: „Wir kaufen zwar das Terrain, was wir aber damit machen wollen, das bleibt für später vorbehalten“, das halte ich für ausgeschlossen. Daraufhin können wir nicht private Grundstücke expropriieren.

Stadtv. Hartung: Ich glaube, daß durch die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters in der Tat bei allen den Herren, die sich nicht ganz klar gewesen sind, Klarheit über das Projekt geschaffen ist. Was unsere früheren Verhandlungen betrifft, so hatte ich, weil in der Tat die verschiedensten Ansichten über die Tragweite des Projektes geäußert wurden, gebeten, daß die Art und Weise, wie das Terrain ausgenutzt werden solle, ob die Stadt selbst bauen wolle oder andere zum Bau zugelassen werden sollen, vorbehalten bleibe, und habe dabei nicht verkannt, daß bei diesem Modus jedenfalls die Aussicht, das Expropriationsrecht zu erlangen, nicht so günstig sei. Ich hatte mich aber dahin geäußert, daß die Erlangung des Expropriationsrechts nicht ausgeschlossen sein würde, wenn festgesetzt wird, daß die Stadt dieses Terrain haben will, um Kleinwohnungen zu erbauen, sei es direkt oder dadurch, daß sie es anderen nur zum Bau von Kleinwohnungen überläßt. Wir haben eben vom Herrn Oberbürgermeister gehört, daß mit dieser Modifizierung auf die Bewilligung des Expropriationsrechts nicht zu rechnen sei. Ich erkenne nicht, daß die Sache dadurch erschwert wird. Aber das wird allerdings festzuhalten sein: Wenn der Antrag der Kommission angenommen wird, dann liegt die Sache vollständig fest, dann muß selbstverständlich dieses Terrain, da es zu etwas anderm nicht zu benutzen ist, von der Stadt bebaut werden, ob nun jetzt gleich oder nach und nach. Zu anderen Zwecken ist es nicht zu verwenden um deswegen, weil das Expropriationsrecht an diese Bedingung geknüpft ist. So habe ich den Herrn Oberbürgermeister verstanden, und das ist auch meine Ansicht. Diejenigen Herren, die heute für die Vorlage stimmen, können sich die Einzelheiten vielleicht vorbehalten. Im großen und ganzen soll das Terrain von der Stadt verwandt werden, um dort, wenn auch allmählig, Wohnungen zu erbauen, und zwar ist im Antrage gesagt: in erster Linie für städtische Arbeiter und untere Beamte. Damit hat man sagen wollen, wenn sich solche nicht finden, will man auch andere Mieter darin aufnehmen, was auch meiner Ansicht nach sachgemäß ist. Ich erkenne nicht, daß die Versammlung sich durch den früher gefaßten Beschluß in der Tat schon festgelegt hat, glaube allerdings, daß manche der Herren, die damals dafür stimmten, das Gefühl haben, weiter getrieben zu werden, als sie damals wollten. Man hat damals angenommen, es sollte ein Versuch im einzelnen gemacht werden, während der Magistrat jetzt auf dem Standpunkte steht, dieses Verfahren sei nicht auszuführen; wenn etwas geschehe, dann solle es auch großzügig aufgefaßt werden. Darüber müssen wir uns klar werden, ob wir dem zustimmen wollen oder nicht. Ich habe in der vorigen Verhandlung meine Bedenken geäußert, daß bei diesem Unternehmen, wenn es so ausgeführt wird, eine erhebliche Belastung des Stadtfäckels herauskommen würde. Wir werden dahin kommen,

daß die wenigsten Wohnungen von Beamten und Arbeitern eingenommen werden, daß die Stadt ein großer Mietunternehmer wird, der sich mit den kleinen Leuten herumschlagen muß. Ob das nicht, wie die Sache liegt, trotz alledem riskiert werden muß, mag dahingestellt bleiben. Ich habe auf dem Wege hierher von einem Herrn, der hier große Häuser erworben hat, gehört, daß sein erster Weg der gewesen ist, seine Mieter sich durchzusehen, einigen zu kündigen und dadurch zu erreichen, daß er 23 Kinder weniger in seinen Häusern hat. Es ist nicht zu verkennen, daß widerstreitende Interessen der Hausbesitzer und Mieter vorliegen. Der Hausbesitzer hat ein Interesse daran, nicht viele Kinder in seinen Wohnungen zu haben, und dadurch wächst die Schwierigkeit für kinderreiche Familien, Wohnung zu finden. Wenn wir auch diese Not anerkennen, so ist nicht gesagt, daß dieser Weg, der hier eingeschlagen werden soll, der einzige ist, um ihr zu begegnen. Es hat damals unsere Versammlung nicht nur beschlossen, den Bau von Kleinwohnungen stadtseitig ins Auge zu fassen, es ist daneben auch der Beschluß gefaßt, andere Maßregeln vorzubereiten und dadurch die Leute zu unterstützen, die Kleinwohnungen bauen wollen. Es ist gesagt, es solle der Bau von Kleinwohnungen dadurch gefördert werden, daß der Magistrat selbst probeweise einige Häuser baut, aber auch dadurch, daß er durch Unterstützung der Unternehmer bei der Anlage von Straßen ufm. ihnen entgegenkommt. So sehr ich anerkenne, daß der hier in Frage kommende Weg einer von denen ist, der zum Ziele führt, so kann ich doch nicht leugnen, daß die großen Bedenken nicht widerlegt sind, ob es für die Stadt richtig ist, eine derartig große Anlage zu machen und die Vermietung der Wohnungen selbst in die Hand zu nehmen. Die Stadt wird nachher sehen müssen, wie sie ihre Wohnungen unterbringt, sie wird Beamte dafür besonders anstellen müssen, und der Magistrat wird sich darüber klar sein, daß er diese Schwierigkeiten bewältigen muß. Ich halte die Sache trotz aller Gründe, die dafür sprechen, doch für bedenklich und glaube, daß wir nicht ohne weiteres dem beistimmen sollten.

Stadtv. Wolters: In der vorigen Sitzung sind von dem heutigen Referenten der Baukommission und von mir eine Anzahl Bedenken gegen die Magistratsvorlage vorgebracht. Soweit dies mich betrifft, gingen sie dahin, daß ich sagte, es wäre nicht ohne Gefahr, wenn man beschließen würde, daß die Bauten, die nach dem damaligen Projekt ausgeführt werden sollten, lediglich von der Stadt gebaut werden müßten. Ich habe mich dagegen gewandt und die Möglichkeit offen zu halten gesucht, daß die Bauten auch von anderen als nur von der Stadt errichtet und unterhalten werden. Die Bedenken, die Herr Baurat Frühling und ich hatten, sind nach unserer Meinung durch die Beschlußfassung der vereinigten Kommissionen erledigt. Wir würden aber diese Bedenken nicht fallen lassen

haben, wenn man den Beschluß der Kommissionen so einschränkend auffassen müßte, wie es Herr Justizrat Hartung tut. Der Beschluß der Kommissionen geht dahin, daß alle die Möglichkeiten, die er ins Auge faßt, sehr wohl erfüllt werden können. Es soll trotz der Bestimmung, daß das Gelände dauernd im Eigentum der Stadt bleibt, die Möglichkeit offen sein, daß auch ein anderer als die Stadt selbst die Gebäude errichtet und verwaltet, beispielsweise eine zu bildende Genossenschaft. Ich glaube daher, daß die vom Herrn Justizrat vorgeführten Bedenken nicht mehr zutreffen, denn alles das, was in der vorigen Sitzung eingewendet worden ist, hat die neue Fassung, die durch die Kommissionen dem Beschluß gegeben ist, beseitigt.

Stadtv. Frede: Ich danke dem Herrn Oberbürgermeister sehr für seine Ausführungen. Als ich hierher gekommen bin, habe ich gedacht, ich könnte für die Erwerbung des Terrains stimmen und gegen Punkt a mich wenden. Das ist nicht möglich, denn es handelt sich, wie der Herr Justizrat ausgeführt hat, um die Expropriation, die nur zu erreichen ist, wenn der dringliche Grund angegeben wird. Der Herr Berichterstatter hat nun ausgeführt, der Magistrat könnte nicht anders, er wäre einfach der Aufforderung der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung gefolgt. Die Stadtverordneten hatten in ihrer Mehrheit beantragt, der Magistrat solle dem Bau von Wohnungen für Beamte und Arbeiter näher treten. Es ist richtig, der Magistrat konnte formell nicht anders vorgehen; das ist aber kein Grund für diejenigen, die damals dafür gestimmt haben, daß sie in dem langen Zeitraume, der vergangen ist, nicht anderer Meinung geworden sein sollten durch die Erwägung, daß die Sache einen zu großen Umfang annimmt, und durch das Nachdenken darüber, daß in Wirklichkeit nicht diejenigen Preise getroffen werden, denen man helfen wollte, wie der Antrag Kiefe es beabsichtigte. Es sollen hier die städtischen Beamten und Arbeiter Wohnungen bekommen, und, meine Herren, das sind nicht diejenigen, für die ein Wohnungsmangel zu konstatieren ist. In der Begleitschrift des Herrn Stadtbaurats Winter, die übrigens sehr sachlich gehalten ist, steht zu lesen, daß Nachfragen bei städtischen Arbeitern und Beamten erfolgt sind, ob sie dahin ziehen wollen. Sie haben geantwortet, sie wären dazu nicht abgeneigt. Ich vermiße aber die Nachfrage, ob ein Wohnungsmangel bei diesen Leuten aufgetreten ist. Das letztere ist nicht anzunehmen, denn diese Leute haben feste Bezüge und sind durchaus wertvolle Mieter für die Hauseigentümer. Jetzt will die Stadt, die einen Wohnungsmangel annimmt, für diese Leute Wohnungen herrichten, und diejenigen, die bei den Quartalsumzügen wirklich keine Wohnung bekommen können, überläßt man den privaten

Hausbesitzern. Die mögen dann sehen, wie sie mit diesen Leuten fertig werden, die mögen kinderreiche Familien ins Haus bekommen. Die Stadt nimmt das gute Material und hilft, wo sie gar nicht zu helfen hat. Wenn wir Leute speisen wollen, dann wollen wir doch lieber die Hungrigen speisen und nicht die, die es nicht nötig haben. Wenn die Stadt als Unternehmer auftreten und Wohnungen herrichten will für diejenigen, die schwer Wohnung bekommen können, dann billigen wir das unter allen Umständen. Das ist eine Pflicht der Nächstenliebe und darüber ist weiter nicht zu reden. Bei den Genossenschaften sind Wohnungen für diese Leute nicht zu haben, die bauen nicht für solche Leute; und die privaten Hausbesitzer können sie nicht immer aufnehmen. Da müßte die Stadt tatsächlich eingreifen. Auch der Herr Oberbürgermeister hat in der vorigen Sitzung gesagt: „Wenn das Privatunternehmertum versagt, muß die Stadt eingreifen“, und das ist unbedingt zu billigen. Aber für diejenigen muß dann gesorgt werden, die der Fürsorge bedürftig sind, und nicht für das gute Material. Es könnte dieser oder jener sagen: Dadurch, daß die städtischen Arbeiter und Unterbeamten Wohnung bekommen, werden Wohnungen für die Bedürftigen leer, und auf diese Weise wird dem Mangel abgeholfen. Das ist doch aber wirklich nicht schön gedacht. Also, meine Herren, da die Sache nun so liegt, daß die Terrainerverbung abhängig ist von der Bebauung, und die Bebauung nach meiner Überzeugung für einen Versuch viel zu umfangreich ausfallen wird und auch nicht für die wirklich Bedürftigen gilt, so muß ich mich gegen das eine wie gegen das andere aussprechen, sonst hätte ich für den Erwerb des Terrains gern gestimmt.

Stadtv. **Hjmann:** Man kann es den Gegnern einer solchen sozialen Maßnahme wohl nachfühlen, daß sie in allerlehter Stunde versuchen, durch diesen oder jenen Einwand das Projekt im ganzen zu Falle zu bringen. Wenn Herr Frede anführt, daß er glaubte, man könne heute für das Projekt stimmen und später alle anderen Vorlagen ablehnen, so heißt das: Man stimmt im Prinzip der Errichtung einer solchen Institution zu, aber die Einzelheiten lehnt man alle ab. Damit hat man dann die ganze Sache hintertrieben. Das kann doch nicht Grundsatz bei solchen Errichtungen sein, sonst würde man hier ein zweifelhaftes Spiel treiben. Herr Frede hat sich nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters eines anderen belehren lassen und glaubt nun, gegen die Vorlage stimmen zu müssen. Darüber will ich mit ihm nicht richten, denn das entspricht ja seinem ganzen Verhalten gegenüber dieser Frage. Wenn aber Herr Frede sagt, eine Not für diese Kreise liege nicht vor, da gerade die Beamten und städtischen Arbeiter am wenigsten Ursache hätten, über Wohnungsnot zu klagen, und zum Schluß anführte, daß

einzelne glaubten, daß durch den städtischen Wohnungsbau für andere Gelegenheit zur Vermietung von Wohnungen geschaffen würde, so hat er damit zweifellos recht. Herr Frede sagt dazu, das wäre nicht schön, wenn man auf diese Art und Weise suche die Hausbesitzer zu schädigen, indem man von seiten der Stadt Häuser baue, um die besser zahlenden Beamten und Arbeiter in diesen Häusern unterzubringen und den privaten Hausbesitzern den Schwamm, die faulen Mieter, zu überlassen. Die Sache liegt doch nicht so, daß alle anderen Mieter oder ihr größter Teil solche Kunden wären, für die sich die Hausbesitzer bedanken müßten. Und wenn Herr Frede darauf hingewiesen hat, daß die übrigen Mieter wegen der großen Kinderzahl nicht gut wären, und auch Herr Justizrat Hartung ein Beispiel anführte, wie sich die Hausbesitzer solcher Mieter entledigen, so glaube ich kaum, daß die Beamten und städtischen Arbeiter die Enthaltensamkeit so weit treiben, daß sie wenig Kinder mitbringen. Der Kindersegen wird bei ihnen ebenso groß sein, wie bei den anderen Arbeitern, und der Magistrat wird für seine Häuser von dem Kindersegen auch nicht erfreut sein, aber er wird mehr Verständnis haben, als andere Hausbesitzer und wird die Leute, die nun einmal Kinder haben, nicht aus den Häusern austreiben. Es wird ja doch sonst gern gesehen, wenn der Kindersegen groß ist, und die Entwicklung der heimischen Bevölkerung dadurch gefördert wird!

Herr Justizrat Hartung sagte, die Herren, die zugestimmt haben, hätten geglaubt, daß durch den Bau von Einzelhäusern ein Versuch gemacht werden solle. Ich glaube, ich brauche nicht weiter darauf einzugehen, da der Herr Oberbürgermeister schon nachgewiesen hat, daß ein solcher Versuch immer mißlingen müsse. Würde ein solcher Versuch gemacht, dann würden alle diejenigen, die den Bau von Häusern durch die Stadt als verfehlt betrachten, recht bekommen. Wenn nur einzelne Grundstücke gekauft und bebaut werden sollten, so würden die Häuser natürlich zu teuer werden und dann mit Recht gesagt werden können: „Seht ihr, was ihr gemacht habt! Wenn ihr preiswert vermieten wollt, dann müßt ihr noch Geld zulegen!“ Darum erkenne ich an, daß die Vorlage des Magistrats das Richtige trifft, indem sie mit einem größeren Versuch kommt. Damit wird auch der Ausbau von billigen Straßen und was sonst noch gewünscht wird, berücksichtigt. Somit kann die Vorlage nur als etwas Einheitliches und Ganzes betrachtet werden. Es ist anerkannt worden, daß, wenn man dem Antrage a zustimmt, im allgemeinen der Vorlage zugestimmt wird. Frei zur späteren Diskussion und Beschlussfassung stehen wohl nur noch die speziellen Fragen: ob zwei oder drei Häuser zusammengebaut werden sollen, ob offene Bauweise gewählt werden soll, ob eine größere oder kleinere Zahl von Häusern hergestellt werden soll, ob die Stadt in eigener Regie bauen oder ob der Bau anderen Unternehmern

übertragen werden soll. Aber die Durchführung des ganzen Projekts ist mit dieser Beschlußfassung endgültig erledigt und kann nicht durch Kleinigkeiten wieder hintertrieben werden. Auf eines oder auf das andere muß sich die Stadtverordnetenversammlung festlegen.

Ich habe nicht die Absicht, heute noch ausführlich zu der Vorlage zu sprechen, da aber widerstrebende Äußerungen hier zutage traten, so glaube ich doch, daß es nötig war, darauf hinzuweisen, daß die Vorlage als ein Ganzes und als ein soziales Werk betrachtet werden muß, sonst kann nichts erreicht werden als Flick- und Stückwerk und als eine Arbeit, die nachher fehlschlagen wird.

Stadtv. **Sander:** Es ist jedenfalls sehr dankenswert, daß der Herr Oberbürgermeister hier erklärt hat, der Magistrat scheue nicht davor zurück, selbst 50 bis 60 Häuser zu bauen. Dadurch bekommt die Vorlage ein ganz anderes Gesicht, als sie von vornherein gehabt hat. Ich halte diese Ansicht für bedenklich und bin der Meinung, daß der Herr Oberbürgermeister vorher auch gleichartige Äußerungen getan hat, die ein derartiges Vorgehen der Stadt als bedenklich gekennzeichnet haben. Ich bin mit dem Herrn Oberbürgermeister derselben Meinung, die er früher geäußert hat, daß es nicht richtig sei, auf einen Platz so viel Arbeiterhäuser zusammenzubauen, wodurch man ein Arbeiterviertel schaffe. Die Gründe, die dagegen sprechen, hat der Herr Oberbürgermeister seinerzeit selbst dargelegt, und ich halte sie auch heute noch für richtig. Wenn man den finanziellen Effekt der Bebauung dieses Platzes mit 60 Häusern in Betracht zieht, so kommt ungefähr eine halbe Million dabei heraus. Jedes Haus zu bauen, wird vielleicht 50 000 *M* kosten, so daß schon für die ersten sechs Häuser 300 000 *M* gezahlt werden müssen. Wenn Sie die acht Morgen expropriieren wollen, dann werden Sie mit 4 *M* pro Quadratmeter nicht auskommen; es ist ausgeschlossen, daß sich Abschäzger finden, die diesen niedrigen Preis festsetzen. Sie können also 150 000 *M* auf den Erwerb des Terrains rechnen und 150 000 *M* auf die Anlage der Straßen. Wenn der Magistrat diese halbe Million nehmen würde und sie der privaten Bautätigkeit, sei es der Genossenschaft oder einem soliden privaten Bauunternehmer zur Verfügung stellte unter den Gesichtspunkten, wie sie hier in dem Anschreiben aufgeführt sind, dann brauchte sich die Stadt — davon bin ich fest überzeugt — nicht diese Last der 60 Häuser aufzuladen. Es finden sich genug Bauunternehmer, die die Verpflichtung eingehen, Häuser zu bauen, die der Wohnungsnot abhelfen. Die Wohnungsnot ist schon früher hier gekennzeichnet. Es fehlen Wohnungen im Preise von 150 bis 250 *M*. In dem Projekte, das uns vom Baurat Winter vorgelegt ist, finden Sie nicht eine einzige Wohnung in dieser Höhe. Es geht an

mit 245 *M* für eine Dachwohnung. Damit schaffen Sie die Wohnungsnot nicht aus der Welt. Solche Wohnungen sind in der Stadt zu haben, wenigstens ist daran keine Not vorhanden. Schaffen Sie Wohnungen zu 150 bis 250 *M*, die fehlen sehr! Ich bin fest überzeugt, wenn Sie das Geld in der Weise anlegen, daß Sie Genossenschaften oder das solide Bauunternehmertum in dieser Weise unterstützen, daß Sie Straßen frei herrichten, keine Straßenbaukosten erheben, eine Beleihung bis zu 90 Prozent gewähren, dann brauchten wir alle diese Sachen nicht zu machen, und wir hätten innerhalb zweier Jahre keine Wohnungsnot mehr. Dann würden so viele Wohnungen gebaut sein, daß auch selbst kinderreiche Familien Wohnungen fänden. Es ist richtig, diese Familien sind am aller-schlimmsten daran, und eine gewisse Fürsorge seitens der Kommunen ist geboten. Diese aber wird dadurch gegeben, daß die Bautätigkeit in der angegebenen Weise unterstützt wird. Ich halte die Ausführung der Vorlage für so bedenklich, daß ich meinen früheren Standpunkt verlassen und gegen die Anträge des Magistrats stimmen muß.

Stadtrat von Frankenberg: Herr Sander bemerkte soeben, er möchte nicht, daß der Magistrat sich die Last aufbürdete, die darin liege, daß diese vielen Wohnungen städtischerseits eingerichtet und zur Verfügung gestellt würden. Wenn Sie darauf Rücksicht nehmen wollen, dann bitte ich Sie doch auch zu berücksichtigen, welche sehr erhebliche Last der Stadtmagistrat bereits in bezug auf die Armenverwaltung im Lauf der letzten Jahre durchzumachen gehabt hat gegenüber denjenigen Familien, bei denen die Hausbesitzer sich auf den Standpunkt stellten, den uns der Herr Stadtverordnete Hartung hier berichtet hat. Wir haben mit sehr vielen Familien zu rechnen gehabt, denen es nicht möglich war, eine ihren Einkommenverhältnissen angepaßte Wohnung zu finden. Da scheint es mir durchaus richtig zu sein, wenn wir darnach streben, in irgend einer Beziehung Luft zu schaffen, damit sich die Verschiebung innerhalb der Wohnungen der minderbemittelten Bevölkerung so vollzieht, wie es wünschenswert ist.

Wenn Herr Sander ferner meinte, es wäre bei den Wohnungen zum Preise von über 250 *M* doch eigentlich von einem Mangel nicht zu reden, so bin ich in der Lage, den verehrten Herren heute die eben von unserer statistischen Stelle ausgefertigte Zusammenstellung über die leerstehenden Wohnungen mitzuteilen. Sie wird den Herren demnächst in Vollständigkeit vervielfältigt zugehen. Danach ergibt sich für die letzten drei Jahre ein erheblicher Rückgang leerstehender Wohnungen in der Preislage von 100 *M* bis 400 *M*. Es wird die Herren interessieren, wenn ich die Zahlen über die Wohnungen im Preise von 100 bis 400 *M*

heute mitteile. Es standen in der Innen- und Außenstadt von den Wohnungen im Preise von 100 bis 399 *M* frei: am 31. Oktober 1910 139, am 31. Oktober 1911 110, am 31. Oktober 1912 99 Wohnungen. Darunter befanden sich Wohnungen, die 255 bis 299 *M* Mietpreis brachten: 1910 14, 1911 11, 1912 9 Wohnungen. Wohnungen im Preise von 300 bis 399 *M*: 1910 22, 1911 21, 1912 19. Also ist auch da ein merkliches Zurückgehen der Zahl der Wohnungen zu verzeichnen, die für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung stehen. Aus diesem Rückgange ersieht man deutlich, welche großen Schwierigkeiten die Unterbringung der Familien der Stadtverwaltung gemacht hat. Wenn ich noch hinzufüge, daß die Armenverwaltung nicht ein, sondern mehrere Duzend Familien im städtischen Pflegehause hat aufnehmen müssen oder sie durch Gewährung von Mietzuschuß in städtischen Wohnungen hat unterbringen müssen, so ist daraus zu entnehmen, daß die Vorlage vom Magistrat wirklich nicht leichtsinnig gemacht ist, sondern es hat uns die bittere Notwendigkeit dazu getrieben.

Ich glaube, diese Mitteilungen werden den einen oder den anderen der Herren, die der Sache schwankend gegenübergestanden haben, bewegen, zugunsten der Vorlage zu stimmen.

Stadtv. Frühling: Bei den Herren, die sich gegen die Vorlage ausgesprochen haben, hat hauptsächlich die Zahl der zu erbauenden Häuser eine große Rolle gespielt. Ich bemerke dazu, daß ich annehme, es liegt in der Hinsicht kein Widerspruch zwischen meiner Auffassung und den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters. Ich kann die Zahl nicht so auffassen, daß die 50 bis 60 Häuser jetzt sofort gebaut werden sollen. Das ist ganz ausgeschlossen. Wir müssen aber das Terrain haben, um nach und nach die Häuser bauen zu können; wir wollen versuchsweise anfangen, namentlich versuchsweise bezüglich der eigenen Regie der Stadt. Das hat auch der Herr Oberbürgermeister ausgeführt, indem er gesagt hat, es werde wahrscheinlich wünschenswert, daß eine Genossenschaft gebildet werde. Über die Zeit und über den Umfang der Bebauung haben die Herren noch vollständige Freiheit. Wenn Sie aber das Terrain nicht ankaufen, dann können wir in der Sache nichts tun. Erst wenn wir das Terrain haben, können wir schrittweise vorgehen und sehen, wie die Sache sich entwickelt. Gegen einen sofortigen Bau von 50 Häusern in eigener Regie der Stadt würde ich auch sein; ist denke gar nicht daran, dem zuzustimmen, 60 Häuser zu bauen, ohne daß die geringsten Erfahrungen vorliegen. Wir müssen schrittweise und versuchsweise vorgehen, und ich glaube nicht, daß ich mich in diesem Punkte in einer Differenz mit dem Herrn Oberbürgermeister befinde. Ich möchte darauf hinweisen, daß hier sicherlich ein

Mißverständnis vorliegt. Es kann sich nicht darum handeln, daß diejenigen, die dem heutigen Projekt zustimmen, auch bewilligen, 50 Häuser zu bauen. Wieviel und welcher Art gebaut werden soll, werden wir, wie ich schon ausführte, an der Vorlage ermeßen, die uns im besonderen zugehen wird. Wir werden darüber abzustimmen haben nach den statistischen Angaben, wieviele Wohnungen freistehen, und nach den Erfahrungen, die wir beim Bau der ersten Häuser machen. Das wollte ich zur Klarstellung der Sache bemerkt haben.

Stadtv. **Kiefe:** Ich kann mich den Worten des Herrn Stadtrat von Frankenberg anschließen, der hier ähnliche Erklärungen abgegeben hat, wie in der Sitzung der vereinigten Kommissionen. Er hat ausgeführt, daß die Mieter, die Herr Frede für sich reklamiert, auch städtische Arbeiter waren. Das ist eine Folge davon, wie vom Herrn Geheimen Baurat Winter mit Recht angeführt ist, daß während verschiedener Jahre in der Stadt jedes Jahr 40 Häuser zu wenig gebaut sind. Das ist eine Folge davon, daß das Bauunternehmertum und die Hauswirte vereinigt mit dem Magistrat — und Sie haben ja dem zugestimmt — in dieser Hinsicht gebremst haben. Jetzt sind wir so weit gekommen, daß die Notlage anerkannt wird. Den Hausbesitzern paßt es natürlich nicht, daß dem Wohnungsmangel abgeholfen werden soll. Es war nichts weiter zu erreichen auf Grund meines Antrages, als dieses, und wenn Herr Frede bestreitet, daß dies ein angenehmer Weg sei, wenn die guten Mieter ihm weggenommen würden, so will ich weiter darauf nicht antworten; diese Ansicht richtet sich selbst. Herr Frede war in der letzten Sitzung nicht hier. Ich hatte sowieso die Überzeugung gewonnen: das vorige Mal tutet Herr Meerhoff in das Horn der Grundbesitzer und diesmal die Herren Hartung, Frede und Sander; die übrigen werden noch kommen. Ich meine, wir hätten alle ein Interesse daran, in dieser Sache den Magistrat zu unterstützen und jetzt einen einstimmigen Beschluß zu fassen. Es müssen zweifelhafte Vertreter der Stadt sein, die der Vorlage nicht zustimmen, wo wir erst bei den einzelnen Stiftungen suchen müssen, um das nötige Gelände zu erwerben. Da sollte man mit beiden Händen zugreifen und nicht noch Schwierigkeiten machen, damit die Expropriation vor sich gehen kann und wir in die Lage kommen, der Erbauung der Häuser näher zu treten. Mehr oder weniger muß man der Zeit Rechnung tragen. Ich meine, einem jeden sollte klar sein, was wir wollen, und denjenigen, die noch in dem Wahne leben, als Hausbesitzer geschädigt zu werden, sollte die heutige Verhandlung Anlaß geben, für die Vorlage zu stimmen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Als vor Jahresfrist der Antrag Kiefe zur Verhandlung stand, hat der Herr Oberbürgermeister bereits dieselben grundsätzlichen Er-

klärungen abgegeben wie heute, und die Verhandlungen haben auch annähernd denselben Verlauf genommen wie die heutigen und die der letzten Sitzung. Damals wurde als Ergebnis der Verhandlungen ein einstimmiger Beschluß gefaßt, der Eingangs der heutigen Vorlage wiedergegeben ist, ein Beschluß, einstimmig gutgeheißen auch von den Herren, die heute als Gegner der Vorlage auftreten, weil der Herr Oberbürgermeister ihnen in dankbar anzuerkennender Weise eine Offenbarung gegeben hat. Bisher habe ich immer geglaubt, die Herren hätten die Verhandlung verstanden; es stand auch in der Vorlage alles zu lesen. Ich habe die Herren nicht für begriffsfähig gehalten und nur angenommen, daß gewisse Interessen im Spiele sind und nach einem Auswege suchen. Da die Wohnungsnot nur von Herrn Meyerhoff bestritten wird, so soll jetzt als Grund für die Ablehnung des Projektes herhalten, daß die Wohnungen nur für die städtischen Beamten und Arbeiter dienen sollen; wäre es für die Allgemeinheit, dann würde man gern zustimmen! Meine Freunde und ich sind nicht dafür zu haben gewesen, daß diese Beschränkung für die städtischen Arbeiter und Beamten eingefügt wurde. Das System der Werkwohnungen hat einen eigentümlichen Beigeschmack in Arbeiterkreisen, weil zu der wirtschaftlichen Überlegenheit des Unternehmertums auch noch die Abhängigkeit von dem Hausbesitzer hinzukommt. Es waren aber gerade die Herren von jener Seite, die es als richtig betonten, daß die Wohltätigkeit im eigenen Betriebe beginnen müsse. Wenn unsere städtischen Angestellten auf ungesunde Wohnungen angewiesen wären, dann müsse versucht werden, ähnlich wie die Werkverwaltungen vorzugehen. Wir haben dem zugestimmt, um wenigstens den Versuch zu machen und die Sache in Fluß zu bringen, und auch die Rückwirkung für die Allgemeinheit mit in Kauf zu nehmen. Daß jetzt das Blatt sich gewandt hat und dies als Vorwand für die Ablehnung der Vorlage dienen soll, ist mir unverständlich, wenn man nicht dahinter die Absicht sieht, das ganze Projekt zu gefährden, die Reue über die damals erklärte Zustimmung.

Die Zahlen über die mangelnden Wohnungen sind auch heute von Herrn Stadtrat von Frankenberg dargelegt worden, ich weiß nicht, ob ich es heute überhört habe, was er in der Kommission darlegte, daß auch städtische Arbeiter von der Obdachlosigkeit bedroht waren. Für mich ist das Projekt dadurch noch annehmbarer geworden, daß erfreulicherweise der Herr Oberbürgermeister meine Anregung aufgenommen hat, eine Genossenschaft zur Verwaltung der Häuser zu betätigen, weil dadurch alle diese Kleinigkeiten, die im Wohnungsleben zwischen Hausbesitzern und Mietern vorkommen, in anderer Weise geregelt werden als auf bürokratischem Wege durch die Stadt, der gegenüber als dem Arbeitgeber mehr

oder weniger Abhängigkeit besteht. Auch daß der Herr Oberbürgermeister an sich nicht abgeneigt ist, das Erbbaurecht anzuwenden, scheint mir ein durchaus gesunder Gedanke. Ich möchte auch den übrigen Herren anheimgeben, von diesem Gesichtspunkte aus einmal die Vorlage zu betrachten, dann werden sie finden, daß es für ihre Interessen nicht so schlimm ist, wie sie es hier darstellen.

Die technischen Einzelheiten der Bauordnung beschäftigen uns heute gar nicht, und ebensowenig kommt in Betracht, was Herr Sander über den Bau der Häuser und über die Ausstattung der Wohnungen erwähnte, nicht einmal die Frage der geschlossenen oder offenen Bauweise. Im übrigen scheint es ein Irrtum, wenn er ohne weiteres 50 000 M pro Haus einstellt; derartige Preise habe ich in dem Gutachten des Herrn Baurats Winter nicht gefunden. Ich möchte bitten, die Vorlage anzunehmen und nicht etwa den Bedenken der Herren Hausbesitzer stattzugeben, die ihre Profitrente bedroht sehen, auch nicht den Bedenken des Herrn Justizrats Hartung, der sagte: Wir wollen das Land nicht für uns behalten, wollen es möglichst bald verkaufen. Unter diesen Bedingungen werden wir das Expropriationsrecht kaum bekommen, und deshalb müssen wir diese Einschränkung, die ganz gesund ist, aufnehmen. Wir haben uns ja auch schon geeinigt, daß für die Stadt der Erwerb eines möglichst großen Grundbesitzes anzustreben sei.

Stadtv. Hartung: Ich möchte mich dagegen verwahren, was mir von Herrn Riefe vorgeworfen wurde, daß ich den einseitigen Hausbesitzerstandpunkt vertreten habe. Das ist mir nicht eingefallen. Ich habe allerdings darauf hingewiesen, daß das Interesse der Hausbesitzer und Mieter sich gegenüberstehen, habe aber keinesfalls für einen oder für den anderen Partei genommen. Ich habe im Gegenteil ausgeführt, es müsse etwas geschehen, damit den Leuten, die keine Wohnung bekommen können, geholfen werde. Ob aber der vorgeschlagene Weg richtig ist, ist mir zweifelhaft. Ich habe nur im Sinne der gesamten Steuerzahler gesprochen.

Wenn von Herrn Ahmann ausgeführt ist, dieses Projekt des Magistrats habe den Vorzug gegenüber den früheren Einzelversuchen und bei den Einzelversuchen müßte ein schlechtes finanzielles Resultat herauskommen, während dieses hier gut wäre, so möchte ich darauf hinweisen, daß der Magistrat zugibt, daß ein Fünftel des Anlagewertes à fonds perdu hineingesteckt wird (Zuruf: Das ist für den Spielplatz!) Möglicherweise spielt auch dieser Platz eine Rolle dabei, ob aber ein Fünftel der ganzen auszugebenden Summe dem Werte des Spielplatzes entspricht, habe ich aus der Vorlage nicht entnommen; ich glaube, es sind doch wohl auch Straßenbaukosten, die damit gedeckt werden.

Von dem Herrn Referenten ist gesagt, daß die ganze Vorlage einen wesentlich harmloseren Charakter annehme, wenn man erwäge, daß der Bau der ganzen Häuser nicht mit einem Male projektiert werden solle, sondern nach und nach. Ich gebe zu, dadurch gewinnt die Sache ein wesentlich günstigeres Aussehen. An sich wäre aber darauf hinzuweisen, daß das Ganze auf diesem Wege auch wesentlich teurer wird. Darüber wollen wir uns nicht täuschen: wenn man das Terrain 20 bis 30 Jahre liegen läßt, frißt das Kapital auch Zinsen. Wir bauen Straßen, und das Terrain, welches an die Straßen kommt, liegt nutzlos da. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß mit den 4 *M* pro qm, mit denen der Magistrat rechnet, nichts zu machen ist. Ich glaube nicht, daß bei der Expropriation eine Lage von vier Mark zu erreichen sein wird. Wie ich die Grundstücke kenne, wird ein wesentlich höherer Betrag eingesetzt werden müssen. Die Rechnung, welche aufgesetzt ist, können wir also nicht als endgültig anerkennen. Die Stadt stürzt sich in eine erhebliche Belastung, und ich sehe nicht, ob man auf einem anderen Wege, durch Unterstützung der Hausbesitzer und Bauunternehmer, die Kleinwohnungen bauen, nicht auch etwas erreichen könnte. Das kann so gemacht werden, daß Garantie für bleibenden Erfolg geboten wird. Herr Riese hat auf die früheren Erfahrungen hingewiesen, die einen negativen Erfolg bezeichneten. Zunächst seien billige Kleinwohnungen gebaut, nachdem sie aber ein paar Jahre benutzt wären, sei der Mietpreis doch wieder in die Höhe gegangen und ein Erfolg wäre vereitelt. Es gibt zweifellos Mittel und Wege, dafür zu sorgen, daß derartige nicht geschieht. Ich würde nicht davor zurückstrecken, daß die Stadt einen Fonds zur Verfügung stellt, um speziell derartigen Vermietern, die sich verpflichten, kinderreiche Familien ins Haus zu nehmen, einen Zuschuß zu leisten. Wir können auf sehr vielen Wegen das erreichen, was wir wünschen, ohne diese kolossale Belastung der Stadt herbeizuführen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Der Magistrat wird von der einen Seite gelobt und von der anderen angegriffen. Jetzt hören wir, daß der Oberbürgermeister leichtsinnig in bezug auf die Finanzen geworden ist! Der Vorwurf ist mir bisher noch nicht gemacht, und so schlimm kann ich die Sache auch nicht finden. Nehmen wir den Fall, es gelingt uns, bei den Leuten, für die die Sache bestimmt ist, eine Genossenschaft zu bilden, und diese baut die große Mehrzahl aller Häuser selbst, dann hätten wir weiter nichts getan, als zu angemessenem Preise das Terrain geschaffen. Wir würden eine Bodenrente von den Betreffenden nehmen und zu ihnen sagen: „Hier habt Ihr das Terrain, meinethwegen auf 99 Jahre; nun baut, wie Ihr wollt!“ Dann haben wir für einen so wichtigen

Zweck ungefähr 250 000 *M* ausgegeben, die uns vier Prozent Zinsen einbringen, und haben keine Sorgen. Ist das Leichtsinns? Lassen Sie uns den Versuch doch machen! Ich halte es für unbedenklich, und bin überzeugt, wenn wir die Arbeiter zusammenberufen, so werden sie darauf eingehen, wenn das Erbbaurecht auch bisher in unserer Stadt nicht üblich gewesen ist: Wenn wir solche Sachen nicht machen, dann geht das Drängen nach Kommunalisierung des ganzen städtischen Grundbesitzes weiter, und ich habe allerdings meine Bedenken, alles in die Hand der Stadt zu legen; das wäre ein Unglück. Um dieses Weitergehende zu hintertreiben, darum sollen wir dem Drängen und der Not der Zeit entgegenkommen und einen solchen Versuch machen. Ich möchte die Herren wirklich bitten: Stimmen Sie alle miteinander zu, Sie tun wirklich ein gutes Werk.

Stadtv. **Stegmann:** Wenn man den Herrn Justizrat Hartung hört, dann muß man fragen: Ist er ein Anhänger oder ein Gegner der Vorlage? Ersteres ist kaum noch anzunehmen, denn unter lauter Bedenken wendet er sich von ihr ab. Immerhin ist es als ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen, daß ein Hausbesitzer, der sonst auf dem entgegengesetzten Standpunkte gestanden hat, wenigstens die Wohnungsnot anerkennt, wie sie denn überhaupt in dieser Versammlung anerkannt ist, während sie bisher immer noch strikte bestritten wurde. Ich glaube mit Ausnahme des Herrn Meyerhoff ist niemand mehr im Saale, der die Wohnungsnot bestreitet. Das wäre auch sonderbar! Wenn man bedenkt, daß Braunschweig nur 0,3 Prozent leerstehende Wohnungen hat, während in Königsberg 7 Prozent, in Altona 5,4 Prozent, in Essen 4,5 Prozent, in Düsseldorf 2,2 Prozent Wohnungen leerstehen und im Durchschnitt angenommen wird, daß 3,3 Prozent das richtige Verhältnis sei, so muß man sagen, so schlecht als in Braunschweig können die Verhältnisse nirgend sein. Wer es noch bestreiten wollte, dem hätten die Umzugstermine beweisen können, wie kraß die Verhältnisse hier liegen. Das habe ich auch jetzt wieder gesehen. In Spargelbuden und in einem Strohschuppen vor dem Augusttore mußten einige arme Teufel mit ihren Familien Unterkunft suchen. Ein Knecht und eine Waisfrau haben zusammen eine 500 Mark-Wohnung bekommen. Ein Hauswirt auf der Ratsbleiche hat sie aufgenommen, weil er die große Wohnung vermieten wollte. Selbstverständlich sind die beiden nicht aus Üppigkeit hineingezogen und werden nicht lange da bleiben können. Übrigens wäre die Wohnungsnot noch weit größer, wenn die alten Buden und Hundelöcher der Innenstadt beseitigt würden, die den hygienischen Ansprüchen nicht entsprechen; sie wäre auch noch größer, wenn nicht die Baugenossenschaft in

gegenreicher Weise eingegriffen hätte. 500 Wohnungen sind seit dem Bestehen der Baugenossenschaft erbaut worden. Die ersten davon sind wohl durch Verkauf in andere Hände übergegangen, aber 400 kleine Wohnungen sind noch in ihren Händen. Das sind Wohnungen von 190 bis 250 *M*, wenn es auch von Herrn Meyerhoff bestritten wird.

Was Herr Frede und seine Freunde in der Versammlung der Grundbesitzer-, der Bezirks- und sonstigen Interessentenvereine gefordert hat, die Stadt solle mit dem Realkredit helfen und den privaten Bauunternehmern Geld in die Hand geben, wäre eine Pelzwäsche, ohne naß zu machen. Die Folge würde sein, daß zwar kleine Wohnungen gebaut würden, die betr. Häuser gingen aber zweifellos bald in andere Hände über. Dann würden die Wohnungen gesteigert und in kurzer Zeit würden die Mieten genau so hoch sein wie die anderer Wohnungen. Das wäre kein Weg, den wir beschreiten dürften.

Wenn weiter gesagt ist, daß kein Mangel an Wohnungen für Beamte und Arbeiter vorhanden wäre, so ist das von verschiedenen Seiten, speziell von Herrn Stadtrat von Frankenberg widerlegt worden. Vor einiger Zeit haben wir bei Gelegenheit der Debatte über die Arbeiterlöhne gesehen, daß wahre Hungerlöhne gezahlt werden, und dann wird noch gesagt, daß die städtischen Arbeiter besser gestellt seien als andere, daß für die keine Wohnungen gebaut zu werden brauchen! Die sind genau so schlecht gestellt wie die anderen Arbeiter. Mit solchen Kläusen sollte man uns vom Halse bleiben. Wenn Herr Frede als Hausagravier von der Pflicht der Nächstenliebe gesprochen hat und von Herrn Hartung solche Gemütsmenschen angeführt werden, die die Leute exmittieren, um 23 Kinder loszuwerden, dann sage ich: Eine solche Nächstenliebe würde zum Lachen sein, wenn sie nicht so überaus traurig wäre. Das ist die Liebe des Fuchses zur Gans, die diese Herren hier zum besten geben.

Herr Meyerhoff hat in der vorigen Verhandlung behauptet, daß eine Menge von Kleinwohnungen gebaut seien und daß keine Wohnungsnot bestände. Nun, ich glaube, Herr Meyerhoff ist am treffendsten durch die statistische Vorlesung des Herrn Stadtrat von Frankenberg abgeführt worden, besser kann es nicht mehr geschehen. Die Sache ist die: die lauen Freunde dieser Vorlage bekommen es jetzt, da das Projekt wirklich greifbare Gestalt bekommen soll, mit der Angst und suchen durch Winkelzüge und Quertreibereien die Ausführung zu hintertreiben. Wir haben beschlossen, daß wegen der bestehenden Wohnungsnot etwas geschehen soll. Ich bitte Sie nun — mit Ausnahme der paar Herren, die nicht zu überzeugen sind — sich den Quertreibereien nicht anzuschließen, sondern sich einstimmig für das Projekt zu erklären.

Stadtv. **Meyerhoff**: Mein Name wurde eben in so ehrenhafter Weise genannt; ich hatte mich aber schon vorher zum Wort gemeldet, nicht erst auf Anregung des letzten Herrn Redners.

Der Herr Vorredner hat gesagt, ich bestreite den Wohnungsmangel. Das ist richtig, und ich bestreite ihn auch heute noch. (Unruhe.) Die Ziffern, die ich Ihnen gegeben habe, sind einwandfrei. Ich habe in der vorigen Sitzung schon gesagt, es würden noch ca. 60 Wohnungen aufs neue demnächst fertig. Nein, ich habe sie jetzt genau gezählt, es sind 88, und zwar im Preise von 250 bis 399 M. (Zwischenruf: Und wieviel gehen ab?) Wo gehen denn welche ab? Jetzt sind 99 leere Wohnungen nach der Statistik vorhanden und die 88 kommen dazu! Wo ist da eine Wohnungsnot? Im Jahre 1900 waren 112 solcher Wohnungen leer und jetzt 99 und 88. Ist denn das ein Wohnungsmangel? Ihre Beweise hinten denn doch ganz gewaltig! Es läßt sich mit der Statistik viel beweisen, aber auch manches, was doch nicht richtig ist. Man soll nicht damit umgehen, als wenn nichts dagegen zu gebrauchen wäre. Die letzten Ziffern 21 und jetzt 19 haben mit unserer Sache nichts zu tun. Das sind Wohnungen für Beamte, darauf will ich nichts erwidern. Die Wohnungsnot herrscht nur für Wohnungen von 100 M. und für ähnliche.

In der letzten Sitzung war es mir nicht vergönnt, Herrn Abmann zu antworten, dessen Worte auf Seite 359 des Berichts stehen. (Redner verliest den angeführten Passus.) Darauf erwidere ich: Herr Abmann, Ihre Behauptung ist hanebuchen, denn wenn so etwas am grünen Holz passiert, was soll am dünnen werden? Sie sind die Berufenen und auf die Anregung von Ihrer Seite hin ist es zu dieser Wohnungsdebatte gekommen. Warum haben Sie denn die 21 Kleinwohnungen zerstört? Warum haben Sie nicht statt der 7 neuen Wohnungen 14 Kleinwohnungen gebaut? Wenn Sie selbst so etwas vornehmen, so machen Sie doch keinen Anspruch darauf, daß die Stadt den Kleinwohnungsbau unterstützt! Hätten Sie mich nicht herausgefordert, so konnte das verschwiegen bleiben.

Herr Dr. Jasper spricht von den Interessen der Hausbesitzer, die ihren Profit bedroht sehen. Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Jasper selbst Hausbesitzer ist. Haben denn die Hausbesitzer keine Interessen zu vertreten? Sind sie nicht die meist-bebürdeten Steuerzahler? Von der fluktuierenden Bevölkerung kann die Stadt nicht existieren; der gefestigte Grundbesitz ist das Fundament der Stadt und des Staates, und wer darüber hinweggeht, der ist leichtsinnig.

Dann hat der Herr Oberbürgermeister gesagt, wir könnten die Bewohner der Häuser als eine Genossenschaft bezeichnen und geben das Geld auf Hypotheken; dann komme uns die ganze Geschichte auf 250 000 M. Nein, Herr Oberbürger-

meister, das Rechenegempei ist nicht richtig! Sie wissen ganz genau, Herr Lüberburgermeister, daß auf Erbpachtland keine Hypotheken gegeben werden. Also die Stadt mußte auch sämtliche Hypotheken und Steuern aufbringen, und dann ist die Ziffer die Herr Sander für die Häuser mit Lerrainerwerb und Straßenbau und allem was daran hängt, genannt hat, viel zu niedrig gegriffen. Die Zahl wurde von einem der Herren Vorredner angezweifelt und gesagt, sie wäre zu hoch. Ich behaupte: es kommt mehr heraus.

Herr Stegmann führte noch aus, in anderen Städten stände ein größerer Prozentatz von Wohnungen leer, als in Braunschweig. Ich habe schon Herrn Geheimen Raurat Winter gefragt, woher er diese Ziffer hatte, daß 3 Prozent aller Wohnungen für etwaigen Zuzug leerstehen müßten. Sobald weniger als 3 Prozent leerstehen, soll es schlimm sein für die Mieter, sobald mehr als 3 Prozent leerstehen, schlecht für die Hausbesitzer! Das ist eine fiktive Zahl, rein Wehrter ist im Stande, die Nichtigkeit zu beweisen. Diese fiktive Zahl hat mit der Sache gar nichts zu tun. Wenn in Essen 5 Prozent der Wohnungen leer stehen, so ist das schlimm für die Hausbesitzer, 10 Prozent wäre noch viel schlimmer, aber ebenso schlimm auch für den Steuerfädel.

Ich kann nicht anders, als wie in der vorigen Sitzung warnen: Betreten Sie diesen Weg nicht, denn er führt abwärts! Es ist der erste Schritt . . . Nun, ich will das lieber verschweigen; es wird ja von mancher Seite gern gesehen, daß der erste Schritt dazu getan wird. Ein jeder übt sich jetzt im sozialen Wohltun, das ist der Zug der Zeit, wie es andere Zeiten gegeben hat und es werden auch einmal andere wiederkommen. Diesen meinen Grund will ich den Herren im Vertrauen sagen, aber in der Öffentlichkeit nicht aussprechen. Ich sage nur: Lassen Sie sich warnen, tun Sie den ersten Schritt nicht und bringen Sie unsere Stadt nicht in Kalamitäten!

Stadtv. Ribbentrop: Wenn ich das Wort nehme, so möchte ich nach den Worten, die Herr Meyerhoff gesprochen hat, zum Ausgleich sprechen. Ich erkenne voll und ganz an, daß die Herren, die gegen die Vorlage sind, berechnigte Interessen einer großen Kategorie der Braunschweiger Einwohnerschaft vertreten, der ich die Einwände, die sie hier zu machen hat, nicht verdenke. Eins aber möchte ich den Herren, die noch schwanken, zurufen; das ist das Wort von Schiller: „Wer viel bedenkt, wird wenig nur vollbringen.“ Lassen Sie sich von dieser Mahnung bei dieser Sache treiben! Es ist die Ansicht der Grundbesitzer, die hier von ihnen geäußert ist, zum großen Teil irrig. Die Häuser sollen in erster Linie für städtische Beamte und Arbeiter gebaut werden. Wer aber den niederländischen Dickkopf

kennt, der weiß auch, daß die Arbeiter ihre Bedenken haben werden und nur in beschränkter Zahl in die Häuser einziehen werden. Ich sehe die Zeit kommen, wo kinderreiche Familien in diesen Häusern wohnen werden und wohnen müssen, denn die Stadt ist nicht im Stande, derartige Mieter abzuweisen, was sonst jeder andere Hausbesitzer kann.

Eines möchte ich auch noch dem Herrn Sander erwidern auf seine Äußerung, daß die Stadt besser tue, die 600 *M* den Bauunternehmern als Unterstützung zu geben und durch sie Kleinwohnungen schaffen zu lassen. Die Stadt wird nicht 600 000 *M* bei diesem Unternehmen verlieren, sie wird im Gegenteil einen kleinen Nutzen dabei haben, wie es der Herr Oberbürgermeister so trefflich entwickelt hat, daß nichts hinzuzufügen bleibt. Und wenn der Stadt der Vorwurf gemacht wird, sie helfe, wo sie nicht zu helfen brauche, so kann ich dem nicht zustimmen. Die Stadt hat zu helfen, wo sie kann, und dazu bitte ich die Hand zu bieten.

Stadtv. Voetschigt: Dieser Antrag Riese stammt nicht vom vorigen Jahre her. Solange ich auf meine Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung zurückdenken kann, und das sind wohl 17 Jahre — wir saßen noch in der Schule am Sandwege — kam fast jedes Jahr dieselbe Sache: die Not an Kleinwohnungen. Dieselben Debatten, die wir heute im Großen gehört haben, wurden auch schon damals gehalten. Es hieß immer: „Es ist so schlimm nicht“ und damit wurde die Sache wieder weggelegt. Darüber sind lange Jahre hingegangen und ich kenne auch das schwerwiegende Bedenken, das die städtischen Behörden veranlaßt hat, nicht darauf einzugehen. Auch heute noch stehe ich auf dem Standpunkte, daß es schwer ist, diese Frage zu lösen. Ich bin auch nicht dafür, die 60 Häuser auf einmal zu bauen, sondern erst einen Versuch zu machen. Wenn aber so lange Jahre diese Fehde durch die Stadtverordneten geht, und heute der Magistrat versuchen will, Kleinwohnungen zu bauen und ernste Schritte dafür unternommen hat, dann muß ich mich wundern, daß in diesem Falle, wo die Herren einstimmig der Ansicht waren, daß eine Wohnungsnot vorhanden ist, einzelne der Herren nach dem Spruche handeln: „Wach mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.“ Sie wollen wohl helfen, aber es braucht nicht gleich zu sein, noch ein paar Jahre könnten wir die Sache hinausschieben. Wer den Kampf 17 Jahre erlebt hat, der wird sich freuen, daß endlich die städtischen Behörden es in die Hand nehmen wollen, für ihre eigenen Arbeiter Wohnung zu schaffen. Da verstehe ich nicht, daß heute so kolossale Bedenken vorgebracht werden. Ich bin der letzte, der irgend einen Gewerbetreibenden schädigen will, aber jeder ist sich doch selbst der Nächste. Auch meine Arbeiter, die einen guten Lohn erhalten, und anständige Zahler sind, haben

nach Wohnungen lange suchen müssen, wenn sie Kinder hatten. Der Kernpunkt ist der, daß die Stadt jetzt versuchen will zu helfen. Wer den Kern als gut erkannt hat, der soll sich nicht nachher zurückziehen, weil ihm das Kind in einem anderen Kleide präsentiert wird. Wenn Herr Meyerhoff vorgestern gesagt hat, er wäre dafür zu haben, wenn es für die Ärmsten der Armen Hilfe brächte, so sage ich: Dadurch, daß wir dieses ausführen, wird ja auch den Ärmsten der Armen geholfen; dadurch, daß wir in erster Linie für unsere Arbeiter Wohnung schaffen, wird für die anderen Platz gemacht. Dadurch werden Wohnungen geräumt, die gar nicht mehr bewohnt werden dürften. Ich bin seit 25 Jahren Mitglied des Vorstandes vom Rosenschen Legat und komme in die Wohnungen der Ärmsten der Armen. Da bekomme ich Wohnungen zu sehen, wo man sich wundern muß, daß Leute dort noch haufen dürfen. Da wurde gesagt: Was sollen denn die Leute mit ihren Häusern machen? Aber jedenfalls gibt es noch manche menschenunwürdige und gesundheitsgefährliche Wohnungen in der Stadt. Wenn man helfen will, soll man das Kind beim rechten Namen nennen und nicht Verstecken spielen. Wenn wir diesen Versuch machen, dann wird die Stadt in ihren schlechten Wohnungen etwas entlastet. Weshalb sollten die städtischen Arbeiter nicht in die Wohnungen hineinziehen? Die städtischen Beamten sind nicht in der Lage, durch irgend etwas die Vermietung der städtischen Wohnungen zu beeinflussen, und die Stadt wird auch nicht jede einzelne Wohnung selber vermieten können; es muß jedenfalls eine Genossenschaft gegründet werden. Das mag später entschieden werden. Aber wenn man seit Jahrzehnten den Willen hat, zu helfen, dann kann ich es nicht verstehen, wenn man jetzt noch versucht, die Vorlage zu Falle zu bringen. Ich möchte bitten, endlich der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Gahardt: Ich sehe kein Bedenken darin, wenn die Stadt ein derartiges Unternehmen selbst in die Hand nimmt. Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters sind so zu verstehen, daß die Stadt an das Terrain gar nicht anders herankommen kann, als wenn eine städtische Einrichtung ins Leben gerufen wird. Zu einer Expropriation würde das Ministerium jedenfalls nur bei dieser Ausführung seine Zustimmung geben. Wenn nun das Terrain gekauft wird und die Stadt eine derartige Genossenschaft gründet, wie hier vorgeschlagen ist, und ihr Bewegungsfreiheit gibt, dann wird der Allgemeinheit damit am besten gedient werden. Ich sehe deshalb kein Bedenken, das mich veranlassen könnte, mich in irgend einer Weise gegen die Vorlage auszusprechen.

Stadtv. Ahmann: Herr Meyerhoff hat geglaubt, einen besonderen Trumpf auszuspielen zu können, indem er darauf hinwies, daß gewissermaßen unter meiner

Leitung 7 Beamtenwohnungen gebaut seien. Das unterstrich er schon in der vorigen Versammlung. Ich halte es für ausgeschlossen, darauf besonders herumszureiten, und weiß nicht, wo der Unterschied zwischen einer Beamtenwohnung und einer anderen anfängt. Ich weiß auch nicht, ob in den 7 Wohnungen überhaupt ein Beamter wohnt. Wenn Herr Meyerhoff sagt, wir hätten anstelle der abgerissenen Wohnungen eine gleiche Zahl Kleinwohnungen wieder bauen sollen, dann hätte ich geglaubt, daß Herr Meyerhoff soviel von dem Hausbauen verstehe, um zu sehen, daß wir in der Etage nicht vier Wohnungen, statt der aufgeführten zwei haben hinlegen können. Nach den einschlägigen Berechnungen haben wir nicht einmal drei Wohnungen, die leidlich Anspruch darauf machen können, benutzbar zu sein, bauen können. Wenn Herr Meyerhoff kritisieren will, dann darf er nicht vergessen, daß der Konsumverein in der Zwischenzeit vor dem Wilhelmitore 17 Kleinwohnungen gebaut hat. Das hätte er seiner Kritik hinzufügen müssen. Ein Privatmann oder ein Verein, der ein Haus bauen muß, richtet es so ein, wie er es zu seinen privaten Zwecken gebraucht, und da hat kein Stadtverordneter dreinzureden. Es geht nicht an, es so auszulegen, als wenn es mit den Prinzipien des Vereins nicht im Einklang stände.

Sodann hat Herr Meyerhoff darauf hingewiesen, daß die Grund- und Hausbesitzer tatsächlich die stadt- und staatserhaltenden Elemente wären, alle andern wären nichts. Er wollte damit beweisen, daß nur die Grund- und Hausbesitzer geschützt werden müssen, und alles, was unternommen würde, wodurch sie angeblich in ihren Interessen geschädigt werden, schädige auch Stadt und Staat. Herr Meyerhoff wollte damit zum Ausdruck bringen: Was die Stadt vorzunehmen im Begriff ist, das ist ein gefährliches Unternehmen. Solche Gründe dürften auf die übrigen Herren, soweit sie der Vorlage freundlich gegenüberstehen, wohl nichts ausmachen.

Die krause Behandlung der Statistik, wie sie Herr Meyerhoff beliebt hat, ist über alles Maß der Kritik. Herr Meyerhoff sagt, daß mit der Statistik alles gemacht werden kann; der eine lege sie so aus, der andere anders. Wenn einer bestreitet, wie man die Statistik mißbrauchen kann, dann hat es Herr Meyerhoff selbst mit seiner Weise getan, die jedem klaren Begriffe zuwider ist. Herr Meyerhoff hat gesagt, daß die 88 Wohnungen, die noch fertiggestellt wären, zu den 99, die Herr Stadtrat von Frankenbergr angeführt hat, hinzugerechnet werden müßten; er verpißt aber, daß diese 88 in den 99 enthalten sind oder daß sie sonst nicht am 1. Oktober bezugsfähig waren. Das ist eine Vergewaltigung der Statistik, die einer gesunden und klaren Diskussion widerspricht. Diese neuen 88 kommen jedenfalls nicht bei den leerstehenden Wohnungen als Zugang in Betracht. Herr Meyerhoff

sagt, wenn 99 Wohnungen noch leerstehen, dann könnte man nicht von Wohnungsnot sprechen. Er vergißt, daß nicht jeder Mieter überall aufgenommen wird und auch nicht aufgenommen werden kann. Bei jedem Hauswirte, selbst wenn er nicht auf dem Standpunkte steht, auf den sich einzelne Hausbesitzer stellen, kommt es vor, daß er nicht jedem, der bei ihm anklopft, Aufnahme gewähren kann. Darum sind tatsächlich 99 leerstehende Wohnungen in einer Stadt wie Braunschweig nicht als genügend zu betrachten, das ist wiederholt von sachmännischer Seite anerkannt worden.

Ich bescheide mich damit, und hätte mich nicht bemüht, Herrn Meyerhoff über seine Vergewaltigung der Statistik belehren zu wollen, wenn er nicht geglaubt hätte, eine persönliche Spitze gegen mich herauskehren zu müssen.

Stadtv. Meyerhoff: Ich muß Herrn Altmann erwidern, daß die 88 Wohnungen zu Neujahr fertig werden und daß sie dann zu den leerstehenden hinzugechnet werden müssen. Meine Ausführungen stimmen also.

In der Debatte ist ein Wort des Herrn Riefe gefallen, auf das ich zurückkommen muß. Er hat diejenigen, die gegen die Vorlage gesprochen haben, als zweifelhafte Vertreter der Stadt bezeichnet. Meine Herren, soweit dürfen wir in der Debatte nicht gehen; ich möchte mich dagegen verwahren, daß ich wegen dieser Stellungnahme eine solche Bezeichnung hinnehmen müßte.

Das Beispiel von der Schöppenstedterstraße habe ich angeführt, um zu zeigen, wie die kleinen Wohnungen verschwinden. Gerade dann, wenn man auf dem Prinzipie herumreitet und als Bauherr darüber zu bestimmen hat, dann sollte man dafür sorgen, daß nicht die kleinen Wohnungen verschwinden. (Zuruf: Das waren ja Löcher!)

Stadtv. Frühling (als Referent): Selbst diejenigen, die gegen die Vorlage gesprochen haben, wie Herr Hartung, Herr Frede und Herr Sander, haben aber doch gesagt, sie wären im Grunde dafür, der Wohnungsnot abzuhelpfen, aber es gäbe bessere Wege, auf denen man das erreichen könnte. Dagegen möchte ich eins zur Erwägung stellen. Bei diesem ersten Schritt ist viel Entgegenkommen seitens des Magistrates gezeigt. Es liegt in der Art der Bebauung und in der Art der Benutzung durch die Genossenschaften die Möglichkeit, daß durch das Unternehmen auch für die kinderreichen Familien und für die Ärmsten der Armen gesorgt wird. Es ist ausdrücklich gesagt, nur in erster Linie solle es für die städtischen Arbeiter und Unterbeamten sein. Sie haben also volle Freiheit für die Art der Benutzung. Wenn Sie das alles betrachten, dann müssen auch die Herren, die nicht grund-

jählich Gegner des Projekts sind, dafür stimmen und dürfen nicht vorbringen: Es gibt noch bessere und andere Wege, deshalb stimmen wir dagegen. Bisher ist noch kein besserer genannt, und wenn neue Wege genannt werden, so haben Sie doch noch manches dagegen einzuwenden. Wenn Herr Meyerhoff meint, auch bei dem Erbbaurechte müßte die Stadt das Geld hergeben, so ist das richtig. Aber das Erbbaurecht ist verpfändbar und es läßt sich das Geld auch so schaffen; es ist nur eine andere Form als eine Hypothek.

Ich möchte nochmals empfehlen, die Sache so anzunehmen, wie sie jetzt vorgeschlagen ist.

Über die Punkte a, b, c, d des Teiles I der Vorlage wird einzeln abgestimmt, alle vier werden von der Versammlung angenommen.

Stadtv. **Leue** (Referent der Finanzkommission): Die Nummer II der Vorlage stützt sich auf den Beschluß II, den wir in der Stadtverordnetenversammlung gefaßt haben, den Bau der Kleinwohnungen dadurch zu fördern, daß 1. beim Bau neuer Straßen die Kosten der Straßenanlagen, wie der Anlagen von Gas- und Wasserleitungen stadtseitig übernommen oder gestundet werden, wenn die Unternehmer Sicherheit dafür bieten, daß Kleinwohnungen gebaut werden.

Die den Gegenstand ausführlich behandelnde Vorlage, die sich in Ihren Händen befindet, enthebt mich der Pflicht, auf die Einzelheiten einzugehen, ich werde nur kurz zusammenfassen. Wie der Magistrat in seiner Vorlage schreibt, ist eine Förderung des Baues von Kleinwohnungen den Privaten gegenüber vom Magistrat bislang schon geübt. Neu ist nun, daß der Magistrat diese Förderung des Kleinbaues auch darin erblickt, daß die Braunschweigische Baugenossenschaft unterstützt wird und einen von dieser Genossenschaft ausgehenden Antrag, ihr bei der Vergrößerung ihres Betriebskapitals behilflich zu sein, von diesem Gesichtspunkte aus behandelt hat. Die Baugenossenschaft erhält schon jetzt von der Landesversicherungsanstalt und vom Reiche Baugelder zu billigem Zinsfuße. Sie ist wegen Mangel an genügendem Baukapital aber nicht in der Lage, ihre Zwecke so zu verfolgen, wie sie wünscht. Deshalb ist sie an den Stadtmagistrat herantreten mit der Bitte, ihr ein Darlehen von 180 000 bis 200 000 M., verzinslich zu $3\frac{1}{2}$ Prozent zu gewähren, welches in Teilbeträgen auf die Grundstücke der Genossenschaft bis zu 90 Prozent der Gestehungskosten eingetragen werden soll. Außerdem wünscht die Baugenossenschaft befreit zu sein von der Hinterlegung von Wertpapieren zur Sicherung der Kosten für den oberirdischen Ausbau der von ihr angelegten Straßen und für die in diesen herzurichtenden unterirdischen Anlagen. Der Magistrat hat kein Bedenken, diesen letzteren Wünschen zu entsprechen, so-

lange die Solidität dieser Genossenschaft durch ihre Jahresberichte nachgewiesen ist. Bedenken hat er aber wegen des vorzustellenden Darlehns. Da möchte er einen Unterschied machen zwischen einer mündelsicheren und einer nichtmündelsicheren Beleihung. Bei Mündelsicherheit könne Kapital ohne weiteres hergegeben werden, und zwar, wie es bislang Privaten gegenüber auch schon geschehen ist, aus dem Kammereivermögen zu 4 Prozent. Anders verhält es sich mit den Geldern, die zu zweiter und dritter Hypothek verliehen werden sollen. Da glaubt der Magistrat doch einen anderen Weg vorschlagen zu sollen, als von der Baugenossenschaft beantragt ist, und zwar schlägt der Magistrat vor, hierfür besonders 100 000 *M* aus dem Ausgleichsfonds gegen eine Verzinsung von 3 Prozent und 1 Prozent Tilgung der Baugenossenschaft zur Verfügung zu stellen. Für dieses Kapital hätte natürlich die Baugenossenschaft zu haften, es soll auch nur b i s a u f weiteres gegeben werden und darüber besonders Rechnung geführt werden. Betonen möchte ich, was der Magistrat auch in der Vorlage schreibt, daß eine derartige H e r g a b e v o n K a p i t a l P r i v a t e n g e g e n ü b e r n i c h t s t a t f i n d e n kann, da nach Ansicht des Magistrats nur eine derartige Genossenschaft die nötige Garantie bietet, bei Privaten aber die Gefahr, die ausgeliehenen Kapitalien zu verlieren oder eine nicht unerhebliche Zahl von Grundstücken übernehmen zu müssen, gar zu groß ist.

Die Finanzkommission hat sich mit der Vorlage sehr eingehend befaßt und lange darüber debattiert. Ich möchte nun im Einzelnen mitteilen, wie die Kommission sich zu den Anträgen des Magistrats (§. 15 der Vorlage) gestellt hat.

Es wird vorgeschlagen:

„Zustimmen zu wollen, daß die Braunschweiger Baugenossenschaft G. m. b. H. bis auf weiteres stadtseitig in folgender Weise unterstützt wird:

1. Auf die Sicherstellung der Kosten des oberirdischen Ausbaues der von der Genossenschaft anzulegenden Wohnstraßen (nicht auch der Kosten für Grunderwerb) wird verzichtet; soweit zu diesem Zwecke Sicherheiten bereits hinterlegt sind, werden sie — ohne Verzicht auf die Haftung der einzelnen beitragspflichtigen Grundstücke — freigegeben.“

Die Finanzkommission hat diesen Punkt ohne große Debatte erledigt und mich beauftragt, Ihnen Zustimmung dazu zu empfehlen.

Punkt 2 lautet: „Die unterirdischen Anlagen in den unter 1 erwähnten Wohnstraßen läßt die Stadt ohne Inanspruchnahme der Genossenschaft auf eigene Kosten herrichten.“

Auf diese Weise würde evtl. auch bei Privaten vorgegangen werden, sofern die Erbauung von Kleinwohnungen in Frage kommt. Es ist dies also kein be-

sonderes Entgegenkommen gegen die Baugenossenschaft. Die Finanzkommission empfiehlt auch hierzu Zustimmung.

Punkt 3: „Beim Flüssigwerden von Teilen des Stammvermögens der Kammereikasse oder des Kommunalverbandes werden etwaige Anträge der Baugenossenschaft auf Herleihung mündelsicherer Hypothekendarlehen in erster Linie berücksichtigt und mehr als 4 Prozent Zinsen p. a. nicht gefordert.“

Meine Herren, hier möchte ich Ihr Augenmerk darauf richten, daß vorge schlagen ist: in erster Linie; es sollen also derartige Mittel auch Privaten zur Verfügung gestellt, aber in erster Linie die Baugenossenschaft berücksichtigt werden, d. h., wenn neben Privaten sich auch die Baugenossenschaft um die genannten flüssigen Mittel bewirbt, so soll der Genossenschaft, die Kleinwohnungen baut, der Vorzug gegeben werden. Die Finanzkommission ersucht Sie durch mich, auch dem zuzustimmen.

In Punkt 4 a heißt es: „Zur Beleihung der Grundstücke der Genossenschaft über die Grenze der Mündelsicherheit hinaus bis zu 90 Prozent des von der städtischen Bauverwaltung festzustellenden Kaufwertes des einzelnen Grundstücks wird stadtseitig aus den Mitteln des Ausgleichsfonds die Summe von 100 000 M zur Verfügung gestellt.“

Der Unterschied ist also hier, daß die Mittel nicht aus dem Kammereivermögen genommen werden sollen, sondern aus dem Ausgleichsfonds, der bekanntlich auch die Bestimmung hat, Ausgaben zu leisten, die nicht notwendig, sondern wünschenswert sind. Es wird die Auffassung des Magistrats gewesen sein, als er diesen Vorschlag machte, daß die Unterstützung des Baues von Kleinwohnungen etwas wünschenswertes ist. Die Finanzkommission hat hiergegen nichts einzuwenden und gibt auch hier Zustimmung anheim.

4 b: „Über die Beleihung jedes einzelnen Grundstücks entscheiden die städtischen Behörden.“

Das ist etwas Formelles, welches zu Bedenken keinen Anlaß gibt und auch wohl kaum in der Debatte gestreift werden wird.

4 c: „Derartige Hypothekendarlehen sind mit 3 Prozent p. a. zu verzinsen und durch jährliche Abträge von mindestens 1 Prozent der ursprünglichen Summe zu tilgen. Die Abtretung oder Löschung eines Teiles einer solchen Hypothek ist ausgeschlossen.“

Meine Herren. Die Festsetzung eines Zinsfußes von 3 Prozent könnte zunächst etwas befremdend erscheinen, und wir haben in der Finanzkommission über diesen Punkt ausführlich gesprochen. Es muß berücksichtigt werden, daß dem Entleiher außer der Verzinsung auch die Verpflichtung auferlegt ist, jährlich 1 Prozent

zu tilgen. Es ist in der Kommission ausgeführt, daß ein derartig niedriger Zinsfuß gewährt werden mußte, wenn die Verleihung den Charakter einer Unterstützung und Förderung der Bestrebungen haben soll.

4 d: „Für jedes derartige Hypothekendarlehn, nebst Zinsen und Abträgen haftet bis zur ganzlichen Tilgung die Baugenossenschaft, auch wenn sie das betreffende Grundstück veräußert.“

Es soll also das Vermögen der Baugenossenschaft, nicht nur das betreffende Grundstück allein für das Darlehen haften. Die Kommission ist auch hiermit einverstanden.

Punkt 4 e gab uns zu einer Änderung Anlaß. Der Punkt lautet:

„Über das Gesamtkapital von 100 000 M, das aus dem städtischen Haushalte ausscheidet, wird gesondert Rechnung geführt; wie die eingehenden Abträge, so sollen auch die aufkommenden Zinsen in gleicher Weise wie das Hauptkapital verwandt, mithin der Fonds allmählich verstärkt werden.“

Gegen den ersten Satz hatten wir nichts einzuwenden, wohl aber gegen den letzten. Nach der Vorlage des Magistrats wird gewünscht, dauernd derartige Mittel zur Verfügung zu haben; was an Zinsen und Rückzahlungen eingeht, wird wieder für diesen Zweck verwandt. Die Kommission wollte jedoch nicht soweit gehen und auf längere Zeit eine Bindung vornehmen, sie hat deshalb beschlossen, den letzten Absatz zu streichen, so daß nur die einmalige Hergabe von 100 000 M übrig bleibt.

Wie ich schon sagte, hat sich die Finanzkommission sehr eingehend mit der Vorlage beschäftigt. Es werden wohl hier wie in der Kommission bei Punkt 3 und 4 die Meinungen geteilt sein, aber die Finanzkommission glaubte doch, Ihnen die Annahme dieser Vorlage empfehlen zu sollen, weil sie auch darin eine Förderung des Baues von Kleinwohnungen erblickt, die von der Mehrheit der Stadtverordneten als notwendig erkannt ist. Ich habe namens der Finanzkommission die Annahme der Vorlage unter Streichung des Schlusssatzes von 4 e vorzuschlagen.

Stadtv. **Frede:** Meine Herren. Es erscheint heute nicht sehr dankbar, gegen die Vorlage etwas vorzubringen. Man kommt in den Ruf des Hausagrariers, man will hintertreiben, man wird verglichen mit dem Fuchs, wie er mit der Gans Mitleid habe. Doch das darf mich nicht abhalten, meiner Überzeugung Ausdruck zu geben, und die ist nach wie vor, daß die Stadt auf einem falschen Wege ist.

Die Braunschweigische Baugenossenschaft hat mit ihrer Eingabe an den Magistrat einen sehr empfindlichen Notstand berührt, der nicht nur von ihr, sondern von allen Hauseigentümern empfunden wird. Es haben nicht nur die Hausbe-

figervereine, sondern auch die Vereine der Bodenreformer, der Wohnungsreformer und auch die Baugenossenschaften auf ihren Verbandstagen anerkannt, daß die Realkreditfrage die bedeutendste im Wohnungsweisen sei, und daß da Maßnahmen getroffen werden müssen, um eine Stabilität in dem Wohnungsweisen Platz greifen zu lassen in der Weise, daß die Mieten mehr auf ihrem Stande erhalten werden und die ständige Beunruhigung unterbleibt, die bei dem bisherigen Stande des Realkredits nicht zu vermeiden ist. Das Privatkapital hat sich in großem Maße von dem Grundbesitz abgewandt, und zwar aus verschiedenen Gründen, auf die ich hier nicht näher eingehen will. Ich will nur so viel hervorheben, daß die beständig gewachsene Belastung des Grundbesitzes dabei wohl eine Hauptrolle spielt. Der Grundbesitz ist nicht mehr in irgend einer Weise begehrenswert. Die Leute, die an letzter Stelle Hypotheken hergegeben haben, müssen sich darauf einrichten, das ganze Grundstück zu übernehmen. Der Besitz eines Grundstückes muß doch irgend einen Reiz haben, und der ist nicht mehr vorhanden.

Daß die Not überall empfunden wird, ersehen Sie daraus, daß in Dresden die Stadtverordneten im Einvernehmen mit dem Räte der Stadt am 23. Februar 1911 beschlossen haben, eine Million Mark für Kleinwohnungsbau und für Beleihung der Grundstücke an zweiter Stelle zu gewähren. Der Rat hat damals erklärt — und ich bin darüber unterrichtet, daß er heute noch denselben Standpunkt einnimmt, eigentlich in noch verschärfter Weise — daß eine alleinige Unterstützung der Baugenossenschaften bedenklich erscheint, da die Baugenossenschaften vielfach gerade in der Beschaffung von Kleinwohnungen für die arme Bevölkerung versagt haben. Das ist derselbe Zustand wie hier in Braunschweig und die Erscheinung hat sich auch in anderen Städten gezeigt. Die Stadtverordneten von Dresden haben in der genannten Sitzung den Beschluß gefaßt, daß künftig, wenn noch mehr Mittel flüssig zu machen seien, nur die privaten Unternehmungen zu bedenken seien, die in dieser Beziehung, wenn sie mit gleichen Waffen wie die Baugenossenschaften kämpfen könnten, entschieden mehr leisteten. Soweit zu gehen, ist ja nicht nötig, aber man wird es für richtig und billig finden, daß wir wünschen, daß nicht eine unterschiedliche Behandlung zwischen beiden Platz greift. Nun sagt allerdings der Magistrat in seiner Vorlage: „Das geht nicht; wir haben nicht dieselbe Bürgschaft, wie bei den Genossenschaften, die sind uns sicherer.“ Das muß wohl nicht so sein, denn die Stadt München hat bis jetzt über 9 Millionen aufgewandt für den Bau von Kleinwohnungen und Beleihung von solchen an zweiter Stelle, und die Hälfte dieser Summe ist den Privatunternehmern zugekommen. Es haben leithin in Dresden Vorträge über Städtebau stattgefunden, und einer der Herren Vertreter im Wohnungsweisen der Stadt, der Gefei me Rat Professor

Wuttke, der ein eifriger Anhänger der Baugenossenschaften ist, hat sich, nachdem er die Baugenossenschaften nach allen Richtungen hin gelobt hat, in folgender Weise geäußert: „Allerdings hat die Praxis ergeben, daß die Genossenschaften nicht allzuviel erreicht haben und daß das zumeist auf die Unterstützungen zurückzuführen ist, die sie von seiten der staatlichen und kommunalen Behörden erfahren haben. Unleugbar zeigt sich, daß dieser Weg nicht zum Ziele führt.“ Er sprach sich weiter dahin aus, daß ein Hauptmittel für die Gesundung des Wohnungswesens, insofern die Erstellung von Wohnungen in Betracht kommt, in der Reformation des Realkredits nach französischem und österreichischem Muster zu suchen ist.

Meine Herren! Solche Vorgänge, wie ich sie eben aus München und Dresden erwähnt habe, und solche Ansichten und Vorschläge, wie sie Professor Wuttke geäußert hat, sind nicht ohne weiteres in den Wind zu schlagen. Gegen die Genossenschaften an sich haben wir Hausbesitzer nichts; das ist eine Konkurrenz, die man sich gefallen lassen muß. Aber die Konkurrenz muß unter gleichen Bedingungen arbeiten wie wir. Wir wenden uns nicht gegen die Baugenossenschaften an sich, sondern gegen die einseitige Unterstützung derselben. Die Unterstützung findet statt durch das Reich, durch die Einzelstaaten und durch die Gemeinden. Vom Staate Preußen haben die Baugenossenschaften 150 Millionen Mark Unterstützung bekommen, das Reich beantragt jährlich 2 bis 4 Millionen Mark dafür, und die Stadt Braunschweig hat auch jährlich 1000 M dafür in den Etat gestellt. Professor Wuttke sagt, daß diese Unterstützung nicht zum besten wäre. Ob er damit meint, daß der Eifer der Unternehmer dadurch gelähmt wird, daß eine gleichgültige Handhabung der Geschäftsführung bei ihnen vorhanden sei, weiß ich nicht; er hat sich darüber nicht ausgesprochen. Dazu kommt noch die Hergabe von Baugeldern, von Hypotheken von seiten der Landesversicherungsanstalt, bekanntlich zu dem außerordentlich niedrigen Zinssuße von 3 bis 3½ Prozent. Das sind Momente, die zu denken geben sollten. Denn jede übermäßige einseitige Unterstützung der Baugenossenschaften muß zur notwendigen Folge haben, daß das Privatunternehmertum sich von dem Hausbau und Hausbesitz abwendet. Wenn der Magistrat in seiner Vorlage sagt: „Wir geben uns darüber keiner Täuschung hin, daß wir nicht auf diese Weise die Wohnungsnot beheben können“, und die Baugenossenschaften, so der Rheinische Verband, selber sagen: „Wir können das Privatunternehmertum nicht entbehren“, dann sollte man sich überlegen, ob man das Privatunternehmertum noch weiter durch einseitige Unterstützung der Baugenossenschaften zurückdrängen will. Wir wollen nicht dagegen sein, daß die Baugenossenschaft durch Hergabe von städtischen Geldern zu nicht mehr als 4 Prozent überhaupt unterstützt wird, auch nicht dagegen, daß sie in erster Linie berücksichtigt

wird. Ich hebe hervor, welche große Unterstützung die 100 000 *M* sind, die zu einer hochstelligen Beleihung — bis zu 90 Prozent des Kaufwertes — bei einem sehr geringen Zinsfuß von 3 Prozent verwandt werden sollen. Wir wollen nicht dagegen sein, wenn der Herr Oberbürgermeister erklärt, daß durch die Stadt eine Hilfe auf dem Gebiete des Realcredits für das ganze Wohnungswesen, d. h. auch für den seßhaften oder soliden Hausbesitz und für Privatunternehmer in die Wege geleitet werden soll auf die Weise, die wir uns erlaubten, dem Magistrat gegenüber anzudeuten, entweder durch Schaffung eines Pfandbriefunternehmens oder durch Schaffung einer Anleihe, damit schnell Hilfe gebracht werden kann. Das Pfandbriefunternehmen kann ich hier nicht weiter skizzieren, das würde eine lange Ausführung werden. Ich will nur sagen, daß die Hypotheken vom Pfandbriefinstitute nicht gekündigt werden können, und daß der Zinsfuß fest bleibt. Das ist der wesentliche Unterschied gegenüber den Befugnissen des Leihhauses, das die hergeliehenen Hypotheken kündigen und den Zinsfuß erhöhen kann. Die Folge einer solchen Hilfe würde sein, daß die Mieten mehr stabil werden, und ich glaube, das liegt im Interesse aller Seiten. Ich hoffe, daß die Herren mit mir übereinstimmen, es müsse eine Änderung auf diesem Gebiete Platz greifen. Wenn der Magistrat dabei bleiben sollte: für die privaten Hausbesitzer haben wir nichts übrig, wir können nur den Baugenossenschaften die Unterstützung zukommen lassen, dann würde ich zu meinem Leidwesen nicht in der Lage sein, für die Punkte 3 und 4 zu stimmen. Gegen Punkt 1 und 2 habe ich kein Bedenken.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Es ist vom Herrn Stadtverordneten Frede eine eigene Zumutung, daß der Magistrat heute erklären soll, er wäre geneigt, den angegebenen Weg zu beschreiten. Herr Frede weiß ganz genau, daß diese Frage eine der schwierigsten ist, die hier erörtert werden. Es tut mir leid, heute die positive Erklärung abzugeben: „Wir wollen diesen Weg beschreiten“, ist mir nicht möglich. Im übrigen mache ich kein Geheimnis daraus, daß auch dieser Antrag des Magistrats lediglich gestellt wird in der Erwägung, durch die Unterstützung der Baugenossenschaft dem Wohnungsmangel abzuhelpfen. Wir haben deshalb in der Vorlage ausdrücklich gesagt, daß wir diese Verwendung städtischer Gelder in dieser — wie ich zugebe — einseitigen Weise nicht mehr für gerechtfertigt erachtet würden in dem Falle, daß die Baugenossenschaft Wege geht, die dem Magistrat nicht genehm sind oder in dem anderen Falle, daß der Wohnungsnot dauernd abgeholfen wird. Vorläufig haben wir aber dazu noch keine Aussicht.

Herr Frede hat im Eingang seiner Rede gesagt, die Baugenossenschaften hätten keinen Erfolg gehabt, und wenn die geehrten Herren dieser Absicht zustimmen sollten, dann könnten sie diese Vorlage nicht annehmen, sondern müßten sie rundweg ablehnen. Ich glaube allerdings, daß man doch zu einem etwas anderen Resultate kommt als Herr Frede, wenn man die Zahlen der verschiedenen Jahresberichte der Baugenossenschaft ansieht, insbesondere die Höhe der Mieten. Es läßt sich nicht leugnen, daß es die Baugenossenschaft verstanden hat, durchaus solide Häuser zu bauen und auch billige Kleinwohnungen in großer Zahl zu schaffen. Daß hier und da Leute, die ein solches Haus übernommen haben — ich habe, wenn ich nicht irre, dies früher einmal gelesen — Wege eingeschlagen haben, die der Tendenz der Genossenschaft nicht entsprechen, das mag vorgekommen sein. Neuerdings hat die Baugenossenschaft aber keine Häuser mehr veräußert, und damit ist der Zweck der Genossenschaft erreicht.

Ich habe vorhin gesagt, ich erkenne an, daß unser Vorgehen ein einseitiges ist. Aber, meine Herren, der andere Weg, den Herr Frede vorgeschlagen hat und dessen Beschreitung uns dieses Vorgehen vorläufig ersparen würde, ist mit einem gewaltigen Risiko verbunden. Herr Frede hat angeführt, daß verschiedene Städte diese Maßnahme getroffen haben, z. B. habe Dresden für den Bau kleiner Wohnungen eine Million Mark verwilligt. Nach dem, was mir mitgeteilt ist, ist zwar die Verwilligung erfolgt, aber eine halbe Million ist erst davon ausgegeben. Wenn große Städte wie Dresden mit 500 000 M einen solchen Versuch machen, so ist das durchaus nichts bedeutendes. In derselben Lage ist auch die Stadt Leipzig, von der auf dem Städtetage in Düsseldorf mitgeteilt wurde, daß sie daselbe hergegeben habe. Damit kommt sie auch nicht weit. Nun sind andere Städte erheblich weiter gegangen, München z. B. hat nicht 9, sondern 11 Millionen zur Verfügung gestellt, aber dabei ausdrücklich gesagt: Wir tun es nicht, um den Realcredit in kräftiger Weise zu unterstützen, sondern nur, um die Baulust zu regulieren, nämlich in der Weise, daß einmal das Auf- und Abschwellen — wie wir es leider im gewerblichen Leben überhaupt haben — durch die Stadt einigermaßen ausgeglichen werde, und zweitens, um den Bau von Kleinwohnungen zu fördern. Am weitesten von allen Städten ist, glaube ich, Düsseldorf gegangen. Es hat 60 Millionen Mark hergegeben, allerdings auch für erste Hypotheken, doch einen großen Betrag zu zweiten Hypotheken. Ich darf hierbei erwähnen, daß ein Beigeordneter von Düsseldorf in einem Vortrage diese Maßnahme als durchaus zweckmäßig bezeichnete, was aber den Oberbürgermeister Dehler veranlaßte, zu antworten: in diesem Punkte könne er seinem Kollegen nicht beistimmen, denn wohin solle das führen, wenn die Stadt alle Jahre 5 bis 6 Millionen Mark auf Hypotheken her-

gebe, darunter vielleicht die Hälfte auf zweite Hypotheken. Er habe deshalb bestimmt — in Düsseldorf ist der Oberbürgermeister allmächtig, einen Magistrat gibt es dort nicht, Stadtverordnete haben sie allerdings auch — es gehe so nicht weiter. Also Sie sehen daraus, daß dort jetzt auch Bedenken gegen ein solches Verfahren kommen.

Wenn ich jetzt hier erklären soll: „Wir wollen die Hebung des Realkredits in die Wege leiten“, dann müßte ich wenigstens von Herrn Frede wissen: Um wieviel handelt es sich denn? Ich kann ruhig sagen, um wieviel Millionen. Wenn Sie diese Unterstützung des Realkredits nur für die Bauunternehmer verlangen, so ist unserer Stadt damit wenig gedient, denn das Unglück der Subhastation tritt nicht nur bei den Bauunternehmern ein, sondern auch bei den Hausbesitzern, die schon lange im Besitz ihrer Häuser gewesen sind. Wenn ich die Wahl haben sollte, wem ich lieber helfen will, dann muß ich gestehen, daß mich mein Herz mehr nach dem langjährigen Hausbesitzer hinzieht als nach dem Bauunternehmer, der mit nicht genügendem Kapital sein Geschäft betreibt und dadurch in Verlegenheit kommt. Man müßte doch auch, wenn man in allgemeiner Weise den Realkredit fördern will, fragen: Ist es gerecht, daß wir einzelne herausgreifen und ihnen helfen wollen, und andere vor den Kopf stoßen? Das wird kaum angängig sein. Wir müßten im voraus eine Statistik haben, die uns angibt: Wieviel zweite Hypotheken möglicherweise in Frage kommen. Ich mache darauf aufmerksam: Sie können heute Haus bei Haus gehen, jeder Hausbesitzer, der das Recht bekäme zur Stadt zu sagen: „Übernehmt ihr meine Hypotheken!“ wird sich mit Freuden von jedem Privatkapitalisten abwenden und das Geld von der Stadt nehmen. Wohin soll das führen? Die Stadt wäre dann gezwungen, Pfandbriefe auszugeben. Es war mir interessant, von Herrn Frede zu hören, selbstverständlich müßten diese Pfandbriefe einen festen Zinsfuß haben. Das haben aber die Städte, wie ich auf dieser hochinteressanten Tagung in Düsseldorf erfahren habe, nicht getan, sondern sie haben einen wechselnden Zinsfuß angenommen. Wenn man das Schwanken des Zinsfußes auf dem Weltmarkte des Geldes ansieht, wird man sich sagen müssen: mit einem dauernden Zinsfuße bei so gewaltigen Kapitalien operieren zu wollen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es muß berücksichtigt werden, daß das Geld, welches wir durch eine Anleihe beschafft haben, bald ausgegeben ist und immer neue Antragsteller kommen werden. Dann müßten wir wieder neue Pfandbriefe ausgeben und dabei müßten wir auch dem dann steigenden Zinsfuß folgen. Es ist diese Frage eine der schwierigsten, die es gibt, und nach meiner Ansicht tun wir gut, erst abzuwarten, was die verehrliche Reichsregierung auf den beim Reichstage eingebrachten hierauf bezüglichen Antrag antworten wird. Be-

kanntlich hat der Reichstag eine Resolution wegen des Kleinwohnungsbaues angenommen und bei diesem Gegenstande kommt, soweit ich orientiert bin, auch ein Vassus wegen Sicherung des Realkredits vor. Eine solche schwerwiegende Maßnahme kann von der Stadt allein nicht verlangt werden. Man würde sich auch besser stehen, dem Staate zu sagen: Macht ihr die Sache, in gewissen Grenzen wollen wir die Garantie übernehmen! Aber hier einfach zu erklären: Wir richten das Pfandbriefinstitut ein, und jeder kann verlangen, daß ihm Geld auf zweite Hypothek gegeben wird, das geht zu weit.

Ich wiederhole: Wir erkennen voll und ganz den Vorzug an, den wir der Baugenossenschaft zuteil werden lassen. Es hat uns der Umstand mit dazu bestimmt, daß die Baugenossenschaften auch vom Reiche in dieser kräftigen Weise unterstützt werden. Wir haben uns gesagt: Wenn das Reich seine Gelder hergibt, um der Wohnungsnot zu steuern, so muß sie doch einen ziemlichen Grad erreicht haben, und dann ist es moralische Pflicht der Stadt, hinter dem Reiche nicht zurückzutreten. Wenn Sie aber sagen: die Baugenossenschaften helfen uns überhaupt nicht, dann lehnen Sie die Vorlage ab! Namens des Magistrats kann ich erklären: Wir sind anderer Ansicht und glauben, wir fördern damit die Beseitigung der Wohnungsnot.

Stadtv. Frede: Der Herr Oberbürgermeister ist nicht der Meinung, daß die Baugenossenschaften nichts genügt haben. Ich habe auch nicht behauptet, daß sie nichts genügt haben, sondern ich sagte, sie haben da versagt, wo von ihnen Hilfe erwartet wurde. Ich berufe mich hierbei auf den Rat der Stadt Dresden. Es liegt ja auch auf der Hand, daß die *a r m e n* Leute nicht einen Anteil der Baugenossenschaften erwerben können, denn sie können die 200 *M* nicht anzahlen. Dadurch schon sind die Baugenossenschaften gegenüber den privaten Hausbesitzern bevorzugt. Wenn Leute, die keine Wohnung erhalten haben, da sie die Miete nicht bezahlt haben, zu einem Hauswirt kommen, soll er sie nehmen oder nicht? Er riskiert alles, die Baugenossenschaft dagegen sichert sich. Sie nimmt keinen in die Wohnung, der nicht einen Anteil hat. Es liegt in der Natur der Sache, daß die wirklich armen Leute bei den Baugenossenschaften gar nicht in Frage kommen.

Der Herr Oberbürgermeister hat gefragt: Wer soll denn das Hypothekencapital haben, die Hausbesitzer oder die Bauunternehmer? Die Frage würde vorläufig noch gar nicht angeschnitten werden. Das Privatkapital wendet sich bekanntlich immer den neuen Häusern zu und weniger den alten. Die Unternehmer werden also, wenn sie Hypotheken suchen, nicht so leicht in die schwierige Lage kommen wie nach unseren Erfahrungen in der Grundbesitzerbank die Haus-

besitzer. Es ist selbstverständlich, daß wir uns in erster Linie für die lebhaften Hausbesitzer interessieren.

Sodann die Frage: Wieviel soll die Stadt geben? Die Stadt braucht bei einem Pfandbriefamt gar nichts herzugeben und der Staat ebenfalls nichts, sie würden nur die Garantie zu übernehmen haben. Das Vertrauen muß da sein und nicht das Geld. Die Herren sind wahrscheinlich nicht über das Pfandbriefinstitut unterrichtet, das ist auch nicht zu verlangen. Es ist das eine Genossenschaft, zu der die Hausbesitzer der Stadt Braunschweig gehören könnten; es kann auch ein Zweckverband sein, indem vielleicht die Hausbesitzer von Wolfenbüttel mit dazu treten. Dieses Pfandbriefinstitut gibt Pfandbriefe aus und diejenigen, welche Geld nötig haben, können auch diese Pfandbriefe selbst bekommen; aber selbstverständlich müssen diese Pfandbriefe Inhabereigenschaft haben. Sie müssen Vorzüge, d. h. städtische Bürgerschaft ufw., haben, sonst werden sie nicht abgesetzt und nicht in Geld umgesetzt werden. Wenn jemand Pfandbriefe vom Pfandbriefamt zu 4 Prozent erhält, so werden immer nur 4 Prozent bezahlt, niemals ein Pfennig mehr; auf diese Weise wird also ein stabiler Zinsfuß gewährleistet. Es gibt Pfandbriefinstitute, die Pfandbriefe zu $3\frac{3}{4}$ Prozent abgegeben haben. Natürlich werden dann zu niedrigerem Kurse die Papiere erworben, es muß also in Wirklichkeit mehr bezahlt werden. Herr Justizrat Hartung wird die Sache kennen und wird wissen, welche Vorteile dabei herauspringen. Die Stadt Düsseldorf, die auch für zweite Hypotheken gesorgt hat, hat kein Pfandbriefinstitut; die rheinischen Städte haben Hypothekenanstalten und bilden zum Teil einen solchen Zweckverband, wie ich ihn erwähnt habe. Vorbildlich für uns kann das Magdeburger Institut sein, dafür braucht das Reichsgesetz nicht geändert zu werden. Allerdings wäre das nur für erste Hypotheken, und wenn wir ein solches auch für zweite Hypotheken haben wollten, dann müßten wir das dänische Gesetz zum Muster nehmen. In diesem Falle müßte allerdings die Gesetzgebung geändert und bestimmt werden, daß die Pfandbriefinstitute berechtigt sind, Pfandbriefe mit Inhabereigenschaft auszugeben für zweite Hypotheken.

Stadtv. Wesemeier: Man reitet hier immer darauf herum, daß wirkliche Kleinwohnungen gebaut werden müßten. Besonders Herr Frede und Herr Meyerhoff meinen, daß es nur notwendig sei, Wohnungen zu 150 M und in ähnlicher Preislage zu schaffen. Sagen Sie mir doch einen Fall, wo es hier möglich ist, solche Wohnungen zu bauen. Dem Magistrat wird es auch nicht möglich sein, solche Wohnungen zu schaffen. Die Arbeiter sind unter allen Umständen gezwungen, höhere Mieten anzulegen. Es gibt nichts anderes als die Mietpreise anzunehmen,

die die Bauunternehmer festlegen. Es fragt sich nun darum: Sind die Mieten zu hoch und sind sie niedriger zu gestalten? Ich meine, das ist möglich, und die Baugenossenschaft beweist das. Sie vermietet ihre Häuser durchweg um 30 bis 40 *M.* billiger als die von den Privatunternehmern gebauten Wohnungen. Das ist doch ein wesentlicher Erfolg. Herr Frede sagt, die kleinen Leute kämen hierbei gar nicht in Frage. Nach dem Jahresberichte der Baugenossenschaft, den ich durchgesehen habe, kommen von 937 Mietern, die am Jahreschlusse 1911 vorhanden waren, 825 auf Arbeiter und 27 auf Frauen von Arbeitern. Sind das keine kleinen Leute? Es ist ein Irrtum, wenn angenommen wird, daß die 200 *M.*, die als Anteil eingezahlt werden müssen, mit einem Male geleistet werden müssen. Die Mitglieder zahlen mitunter 50 Pf. pro Woche ein, und auf diese Weise war es den Leuten möglich, einen Anteil zu erwerben. Es ist nicht richtig, daß die 200 *M.* eingezahlt werden müssen, ehe den Leuten eine Wohnung verschafft wird. Die gewaltige Wohnungsnot äußert sich auch mit darin, daß in diesem Jahre, soweit mir mitgeteilt ist, über 600 Beitritte von Arbeitern erfolgt sind, die einsehen, daß ihnen nur durch die Baugenossenschaft geholfen werden kann. Das muß man in Berücksichtigung ziehen.

Nun sagt man, wie das auch Herr Frede tut, daß in Braunschweig die Baugenossenschaft versagt hat. Ich behaupte das Gegenteil, sie hat außerordentlich wirksam für Arbeiterwohnungen, wie sie von den Arbeitern heute bezogen werden müssen, gesorgt, und zwar für billigere als sie sonst vorhanden wären. Sie hatte bis zum Schluß des Jahres 1911 563 Wohnungen erbaut und jetzt, im Jahre 1912, schon wieder 48. Das ist ein segensreicher Erfolg auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, wenn man bedenkt, daß diese Wohnungen dazu noch billiger sind als die anderen. Sie sagen: Der Privatunternehmer könne ebenso billig bauen. Das ist ausgeschlossen. Wir haben in Braunschweig reiche Maurermeister, die mit billigem Gelde gearbeitet haben. Glauben Sie, daß ihre Wohnungen nicht in derselben Preislage gehalten sind, wie sie heute überall üblich ist? Sie steigen nach der Konjunktur, und das ist bei der Baugenossenschaft ausgeschlossen. Diese erhöht ihre Mieten nicht, sie bleiben so, wie sie eingesetzt sind, weil man die bestehenden Mieten für die Verzinsung des Kapitals für ausreichend hält. Das ist eine wertvolle Tatsache, die mit in Berücksichtigung gezogen werden muß. Wohnungen, die bei den Privatunternehmern 280 bis 300 *M.* kosten, bekommen sie bei der Baugenossenschaft in den neuen Häusern in der Karl-Schmidt-Straße zu 237 bis 257 *M.* Das sind heute billige Wohnungen, wie sie der Arbeiter unter allen Umständen haben muß. Daß nicht noch billiger gebaut werden

kann, ist wahrhaftig nicht die Schuld der Baugenossenschaft, die auch mit teuren Baupreisen zu rechnen hat.

Es kommt hier auch in Frage, was schon der Herr Oberbürgermeister mit Recht angeführt hat, daß die Baugenossenschaft Besitzer der Häuser bleibt, und der Einwand ausgeschaltet wird, daß die Privatspekulation bei den Genossenschaftswohnungen die Wohnungsmiete in die Höhe treiben könnte.

Die Vorlage ist aus der Not herausgeschaffen, sie wäre nicht eingebracht, wenn die Wohnungsnot nicht so scharf in die Erscheinung getreten wäre. Wenn wir ihr steuern wollen, so können wir es durch Unterstützung der Baugenossenschaft besser als mit dem Projekt, das uns vorhin vorgelegen hat. Ich bitte dringend alle diejenigen, die die Wohnungsnot beseitigen helfen wollen, ihre Zustimmung zu der Vorlage zu geben, ebenso auch zu dem letzten Passus, den die Kommission gestrichen hat. Das sind im Jahre 4000 *M.* Ob die dem Kapital zugeschrieben werden, welches der Baugenossenschaft zur Verfügung gestellt werden soll, ist für die Stadt von so großer Bedeutung gar nicht. Außerdem bitte ich zu bedenken, daß die städtischen Behörden es erst jedesmal bewilligen müssen, wenn eine neue Beleihung eines Grundstücks vorgenommen werden soll. Ich bitte also darum, daß die Magistratsvorlage wieder hergestellt wird, und zur Geschäftsordnung bitte ich, daß über diesen Antrag zuerst abgestimmt wird.

Stadtv. **Meyerhoff:** Der Herr Vorredner sagt: Die Baugenossenschaft vermietet ihre Wohnungen billiger als die Privatunternehmer. Das ist auch kein Kunststück. Der Privatunternehmer bekommt seine Hypotheken nicht zu $3\frac{1}{2}$ Prozent, er muß $4\frac{1}{2}$ Prozent bezahlen, und bei der zweiten Hypothek bekommt er das Kapital nicht unter 5 Prozent. Hier wollen sie bis zu 90 Prozent des Kaufwertes Hypotheken zu 3 Prozent geben. Wer gibt das dem Privatunternehmer? Außerdem ist der Privatunternehmer gezwungen, ganz andere Aufwendungen zu machen. Wollen Sie einmal das Exempel machen, was das beides im Jahre bringt! Wenn Sie den Privatunternehmer auch zu solchen Bedingungen Realcredit gewähren wollen, dann sind wir, wie Herr Frede schon gesagt hat, vollständig für die Vorlage.

Auf eines habe ich schon in der Baukommission hingewiesen: Ich habe aus dem Mietkontrakt der Baugenossenschaft mitgeteilt, was die Satzungen den Mietern vorschreiben. Sie haben z. B. für Öfen zu sorgen, für Reinigung der Öfen, für Erhaltung der Öfen, für Herde, für Erhaltung des Fußboden-Anstrichs usw. usw. Sie winken ab, es steht alles im Mietkontrakt; er steht Ihnen zur Einsicht. Wenn wir von seiten des Grundbesitzervereins solche Vorschriften machen könnten, dann

wäre den Grundbesitzern, die solche Wohnungen bauen, um ein bedeutendes Teil geholfen. Es liegt in der Natur der Sache, daß sie die Wohnungen nicht so billig vermieten können, also kann man ihnen daraus keinen Vorwurf machen.

Was das Pfandbriefinstitut anlangt, so habe ich dem Herrn Oberbürgermeister unsere Eingabe unterbreitet, die von seiten des Grundbesitzervereins gemacht ist. Wir kämpfen nicht für das Bauunternehmertum, wir kämpfen für den sesshaften Bürger. Ich möchte wir im Falle der Not helfen und dazu bedürfen wir der Mittel. Der Bauunternehmer hilft sich schon selbst bei seinen Bauten.

Sehr zu wünschen wäre, wie schon von einem der Herren Vorredner angedeutet wurde, daß es bei den alten Häusern möglich wäre, die Wohnungen zu verbessern und gute und preiswerte Wohnungen zu schaffen. In der Langenstraße, im Nidelnsuff, da ließe sich noch viel Gutes und Notwendiges durchführen. Aber wer leiht einem solchen Hausbesitzer Geld? Es gibt eine Schrift, in der gesagt wird, was mit den alten Wohnungen vorzunehmen ist, um sie wohngerecht herzustellen. Aber die Leute haben die Mittel nicht, sie haben so schon mit ihren zweiten und dritten Hypotheken zu tun. Diese Leute sollten Sie unterstützen, das wäre Ihre Pflicht.

Ich bin nicht in der Lage, mit solchen Wohnungen zu tun zu haben, wie Herr Dr. Jasper der Meinung schien. Er meinte wohl, was ich aus dem Eichtale anführte, habe ich für meine Rechnung getan; das ist nicht richtig. Ich habe nur im Auge, daß es dem sesshaften Bürger gut geht, daß er nicht immer das Schwert über sich fühlt: Morgen kommt der Hypothekgläubiger und verlangt ein halbes Prozent mehr. Und wenn der Hausbesitzer das zugesagt hat, kündigt nach kurzer Zeit der Kapitalist doch und sagt: „Ich habe eine Aktie zu kaufen, die bringt mehr ein.“ Aus dieser schlimmen Lage will ich die Hausbesitzer befreien. Dafür kämpfen wir, solange wir einen Atemzug haben, und das sollte anerkannt werden!

Ich bitte darum, daß hier die Erklärung abgegeben wird: Es soll mit gleichem Maß gemessen werden. So gut, wie hier einer Korporation geholfen wird, ebenso gut wird sich auch unter den Hausbesitzern eine Korporation finden, der mit denselben Mitteln geholfen werden kann.

Stadtv. **Reue** beantragt Schluß der Debatte, der mit 16 Stimmen angenommen wird.

Stadtv. **Reue** (als Referent): Ich möchte nur eines noch richtig stellen, was, wie mir scheint, auf eine falsche Auffassung zurückzuführen ist. Von Herrn Frede wurde gesagt: Die Konkurrenz der Genossenschaften schade nichts, es sei gegen sie nichts einzuwenden, doch müßten die Konkurrenten unter gleichen Bedingungen

arbeiten und die Genossenschaften nicht bevorteiligt werden. Das unterschreibe ich vollständig, soweit es sich um Korporationen handelt, die lediglich materielle Interessen ihrer Mitglieder fördern wollen, beispielsweise die Kreditgenossenschaften oder die Konsumvereine. Aber eine Genossenschaft, die gemeinnützig wirkt, hat doch wohl allen Anspruch darauf, unterstützt zu werden. Wir haben das nicht bloß bei der Baugenossenschaft, sondern auch bei anderen Vereinigungen, die gemeinnützig wirken, schon getan. Wenn Herr Meyerhoff sagt, er wünsche, wenn sich eine Hausbesitzergenossenschaft bilde, daß auch diese unterstützt werde, so bin ich der Ansicht, daß wir auch diese unterstützen werden, sofern sie in gleicher Weise gemeinnützig wirkt.

Vorsitzender: Der Ordnung gemäß teile ich noch mit, daß mir während der Debatte ein Schreiben überreicht ist, in dem uns die von einer Versammlung im Bürgervereinshause am 14. November gefaßte, bekannte Resolution mitgeteilt wird. Es stehen auch hier unter den Beteiligten die Bezirksvereine angeführt.

Stadtv. Menerhoff: Es waren Vertreter von den Bezirksvereinen da, welche es aber waren, weiß ich augenblicklich nicht.

In der Abstimmung entscheidet sich die Versammlung für Annahme der Punkte 1, 2, 3, 4 a bis d. Der Antrag Wesemeier auf unveränderte Annahme des Punktes 4 e nach der Magistratsvorlage wird abgelehnt, und auch dieser Punkt nach dem Vorschlage der Finanzkommission angenommen.

Vorsitzender: Es sind noch einige dringende Sachen zu verhandeln, z. B. wegen eines Prozesses, der morgen aufgenommen werden soll. Es ist wohl notwendig, daß sich die Herren vom Magistratsstische erklären, welche Sachen vorwegzunehmen und heute noch zu erledigen sind.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich wollte anregen, als eilige Sachen auch die Anfrage Wesemeier hinsichtlich der Fleishteuerung und die meines Freundes Bunge über die Viehhöfe zu bezeichnen. Dann bitte ich, auch meinen Antrag, der die Freie Turnerschaft betrifft, noch zu behandeln. In einem halben Vierteljahre ist bereits die Zeit herangekommen, zu welcher ihr gekündigt ist. Ich möchte wenigstens eine sachliche Klärung erzielen.

Vorsitzender: Es ist hier immer Sitte gewesen, daß zunächst die Sachen vorweg genommen werden, die vom Magistrat als zu erledigen gewünscht werden.

4. Stadtseitige Aufnahme eines Rechtsstreites wegen Heranziehung eines Pflichtigen zu den Unterhaltungskosten seiner Mutter.

Stadtv. Hartung: Einem Herrn Robert Hartmann ist aufgegeben, monatlich 7 *M* Unterstützung für seine Mutter zu zahlen. Gegen diese Verfügung hat er Klage gegen den Magistrat erhoben mit dem Antrage, die Verfügung aufzuheben. Der Magistrat bittet nun, ihn zur Aufnahme des Prozesses zu ermächtigen. Gegen die Klage soll seitens der Stadt eingewandt werden, daß sie rechtlich vor das Landgericht gehört. Das ist ein formeller Grund, der jedenfalls zutrifft, denn vor das Amtsgericht dürfen nur Sachen gebracht werden, deren Wert bis zu 600 *M* ausmacht, während es sich hier um ein Objekt von 1050 *M* handelt. Wesentlich ist, daß außerdem der Magistrat auf dem Standpunkte steht, daß der materielle Anspruch des Klägers unberechtigt ist, daß er in der Tat verpflichtet und auch in der Lage ist, seiner Mutter diese Unterstützung zu zahlen. Der Kläger wendet ein, daß der Ehemann der Mutter verpflichtet sei, die Unterstützung zu zahlen. Es ist aber schon in einem Prozeß vom Oberlandesgerichte erkannt, daß der Ehemann nicht unterstützungspflichtig sei. Hierauf stützt sich der Magistrat, wenn er seinerseits beantragen will, die Klage abzuweisen.

Ich bitte Sie, da hiernach alle Veranlassung vorliegt, den Prozeß durchzuführen, die beantragte Ermächtigung zur Aufnahme der Klage zu erteilen.

Stadtv. Rietz: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, was der Mann verdient und wieviel Kinder von ihm zu erhalten sind.

Stadtv. Hartung: Der Mann verdient wöchentlich 32 *M* und würde davon 1,75 *M* für seine Mutter abzugeben haben. Wieviel Kinder zu erhalten sind, ist nicht angegeben.

Die Aufnahme des Prozesses wird beschlossen.

5. Nachverwilligung eines Betrages zur Neueinrichtung eines chemischen Laboratoriums bei der städtischen Realschule.

Stadtv. Friede: Wir haben im Haushaltsplan für das laufende Jahr für die Lehrmittel der städtischen Realschule 1500 *M* als regelmäßige Ausgabe verwilligt und als einmalige Ausgabe 800 *M*. Es waren aber für die Neueinrichtung eines chemischen Laboratoriums noch 740 *M* verlangt, und diese einzufügen ist irrtümlicherweise vergessen. Der Direktor der Realschule bittet, diese 740 *M* noch nach-

träglich in den Haushaltsplan einzustellen, und der Magistrat schließt sich dem an unter Hinweis auf die im Begleitschreiben zum Etat enthaltene Begründung. Auch die Baukommission hat sich schlüssig gemacht, die 740 *M* nachzuverwilligen.

Der Nachverwilligung der beantragten Summe wird zugestimmt.

6. Verwilligung eines Betrages für die Prüfung elektrischer Lichtanlagen.

Stadtv. **Wohr**: In den Vorjahren war durch den Haushaltsplan regelmäßig ein Betrag als Vergütung für die Prüfung der elektrischen Lichtanlagen durch die vom Stadtbauamt zugezogenen vereidigten Sachverständigen ausgeworfen. Das ist dieses Jahr nicht geschehen, weil die stadtseitige Anstellung eines Elektrotechnikers und die Uriedigung der Prüfungen durch diesen in Aussicht genommen war. Da die Annahme dieses Elektrotechnikers bisher unterblieben ist, so hat die Prüfung der Anlagen nach wie vor durch Sachverständige des Dampfesselüberwachungsvereins stattgefunden. Die dem Sachverständigen für seine Tätigkeit in der Zeit vom 1. April bis 30. September dieses Jahres nach der detaillierten Aufstellung gebührenden 1731,76 *M* ersucht der Magistrat zu bewilligen.

Der Finanzkommission hat die Sache vorgelegen, sie empfiehlt Ihnen durch mich, die Bewilligung auszusprechen.

Die genannte Summe wird bewilligt.

Bürgermeister **Meyer**: Der Antrag des Magistrates geht noch etwas weiter. Es wird gebeten, nicht nur den Betrag zu verwilligen, der momentan zu zahlen ist, sondern auch die Ermächtigung auszusprechen, auch die noch für den Rest des Etatsjahres an die Sachverständigen zu zahlenden Vergütungen in Ausgabe zu stellen.

Der Erweiterung des Antrages wird zugestimmt.

7. Abtretung zweier Flächen an die Stadt zum Ausbau der Straße 556 (zwischen Altewiekring und Olfermannstraße).

Stadtv. **Meyerhoff**: Wir haben uns schon früher mit der Sache beschäftigt. Sie betrifft das Maringsche Grundstück, von dem noch ein kleiner Zwickel für den Bau der neuen Straße abgetreten werden muß in Größe von 21 qm und noch einmal 1 qm. Diese Stücke tritt Herr Maring unentgeltlich, wie auch das übrige Terrain, an die Stadt ab. Der notarielle Kontrakt ist vorgestern vom Herrn

Justizrat Engelbrecht eingelaufen. Ich bitte namens der Baukommission um Genehmigung.

Die Versammlung stimmt dem Vertrage zu.

8. Ankauf eines Grundstücks an der Mönchstraße.

Stadtv. **Friede:** Meine Herren. Es ist Ihnen erinnerlich, daß wir neulich das Hinübersehe Grundstück in der Mönchstraße angekauft haben. Jetzt hat der Nachbar dieses Hauses sein Grundstück gleichfalls der Stadt zum Kauf angeboten. Das Haus zu kaufen, ist insofern von Nutzen für die Stadt, als es über kurz oder lang zur Vergrößerung des Schulgrundstücks nötig ist. Es wird auch dazu benutzt werden müssen, eine Verbreiterung der Mönchstraße, die bekanntlich sehr enge ist, vorzunehmen. Die Erben des Grundstücks haben keinen höheren Preis gefordert, als sie vor Jahren selbst gegeben haben, nämlich 5400 *M.* Davon sind 4200 *M.* Hypotheken zu 4 Prozent, die einstweilen beibehalten werden können. Das Haus verzinst sich zu dem angegebenen Preise durch die Vermietung der Wohnungen, so daß die Stadt durchaus keinen Schaden erleidet. Der Magistrat stellt folgende Anträge:

1. den notariellen Vertrag vom 6. d. Mts. über den Ankauf des Hauses zu genehmigen,

2. zuzustimmen, daß die zu übernehmende Hypothek von 4200 *M.* stehen bleibt, die Zinsen aus der Kämmererkasse bestritten und dieser die Mietseinnahmen zugeführt werden, sowie daß die überschießenden 1200 *M.* nebst den Kosten dem Extraordinarium zur Last gelegt werden.

Die Baukommission schlägt Ihnen die Annahme der Magistratsvorlage vor.

Die Versammlung beschließt den Anträgen gemäß.

9. Verwilligung von Mitteln für eine Uniformänderung der freiwilligen Feuerwehr.

Stadtv. **Leue:** Wir haben früher uns damit einverstanden erklärt, daß bei der Uniform der freiwilligen Feuerwehr der rote Kragen fortfällt und sie einen Kragen in der Farbe der Uniform selbst bekommt. Die Genehmigung des Ministeriums zu dieser Änderung ist erfolgt. Zur Durchführung der Änderung ist ein Betrag von 250 *M.* erforderlich, und der Magistrat gibt anheim, durch Verwilligung der Kosten zu Lasten des diesjährigen Voranschlages die Sache zu erledigen.

Die Finanzkommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt und stellt an Sie das Ersuchen, diese 250 *M* in der angegebenen Weise zu bewilligen.

Die Bewilligung der 250 *M* wird ausgesprochen.

Vorsitzender: Alle übrigen Punkte der Tagesordnung werden bis zur nächsten Sitzung zurückbleiben. — Es liegen nun eine Menge Anträge vor. Vielleicht sind die Herren Antragsteller selbst damit einverstanden, daß wir die Anträge zurückstellen.

Der Antrag Stegmann wegen Beleuchtung eines Privatweges kann wohl bleiben bis zum nächsten Male. — Der Antrag Jasper, betreffend die remunerativisch besoldeten Hilfskräfte, kann auch zurückgestellt werden.

Der weitere Antrag Jasper lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Herrn Vorsitzenden, die Tagesordnung der Versammlungen wie bisher in der Weise zusammenzustellen, daß die Vorlagen, Anträge und Anfragen nach der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs ohne Rücksicht auf den Stand ihrer Vorbereitung in den Kommissionen auf die Tagesordnung gesetzt werden.“

Auch dieser Antrag hat Zeit bis zum nächsten Mal.

Wünscht Herr Stadtverordneter Bunge, daß seine Anfrage betreffend die Viehhöfe, behandelt wird? (Wird bejaht). Ich bitte diejenigen Herren, die die Anfrage heute erledigen wollen, die Hand zu erheben. (Es meldet sich die Minderheit der Stadtverordneten.)

Stadtv. Dr. **Jasper:** Soll denn jetzt darüber abgestimmt werden, welche Punkte noch erledigt werden sollen?

Vorsitzender: Ich kann unmöglich die Versammlung noch länger zusammenhalten, wenn die Versammelten erklären, nicht länger sitzen zu wollen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich bitte, meinen Antrag, betreffend die Kündigung der Freien Turnerschaft kurz zu erledigen, da er sehr dringlich ist. Seit dem 3. Oktober ruht ein gleicher Antrag in den Händen der Kommission und wird nicht behandelt. Die Vereinigung, die von dieser Maßnahme des Magistrats getroffen ist, soll am

1. Januar sämtliche von ihr benutzten städtischen Turnhallen räumen. Daß dieser Schwebezustand natürlich für sie unangenehm ist, wird allen Herren einleuchten. Es dreht sich um eine Maßnahme, die dringend ist. Auf die Vertröstung, daß nächste Woche wieder Sitzung ist, ist wohl auf die Dauer nicht viel zu geben. Es kommen wohl andere Momente wieder dazwischen. Ich möchte bitten, die Sache abzufertigen.

Stadtv. Dr. Wolters: Die Statutenkommission hat die Sache noch nicht beraten, da in Aussicht gestellt war, daß uns noch einiges Material zur Verfügung gestellt werden sollte. Ich glaube deshalb, daß wir auch hier die Sache heute noch nicht beraten können.

Vorsitzender: Ich hatte mich selbst nach der Sache erkundigt. Da mir von der Kommission gesagt wurde, daß die Angelegenheit noch nicht vorberaten werden könne, konnte ich sie auch nicht auf die Tagesordnung setzen; es hätte das doch keinen Zweck gehabt. Ich gebe aber zu, daß die Sache ohne Frage mehr Eile verdient, wenn der Verein zum letzten Dezember gekündigt ist.

Die Versammlung stimmt dafür, die Sache heute nicht zu erledigen.

Vorsitzender: Auch der Antrag Leue hat Zeit, ebenso kann auch der Antrag Henking zurückbleiben. Wollen die Herren den Antrag Wesemeier, der vielleicht dringlich ist, heute noch behandeln?

Stadtrat von Frankenberg (zur Geschäftsordnung): Es wird zur Klärung der Angelegenheit beitragen, wenn ich mitteile, daß der Magistrat bereits am Montag vormittag 80 Zentner dänisches Rindfleisch bestellt hat, die voraussichtlich Anfang der nächsten Woche hier eintreffen und mit Hilfe der städtischen Fleischmeister, und zwar ausschließlich in der Markthalle, verkauft werden können. Herr Stadtverordneter Hesse, der an der betreffenden Sitzung teilgenommen hat, wird meine Angabe bestätigen. Unter diesen Umständen ist, wie ich glaube, die Behandlung des Antrages im Augenblick nicht dringlich.

Stadtv. Wesemeier (zur Geschäftsordnung): Ich bin anderer Meinung. Die Erfahrungen der letzten Wochen haben gelehrt, daß die Bevölkerung den Außerungen, die uns hier in der Fleischnotfrage vorgelegt werden, kein großes Vertrauen entgegenbringt. Ich halte die Frage für so außerordentlich dringend, nicht

nur von unserem Standpunkte aus, sondern auch vom Standpunkte Ihrer Freunde, daß ich bitten muß, sie heute noch zu behandeln.

Bei der Abstimmung sind 15 Stadtverordnete dafür, die Begründung des Antrages noch zu hören. (Antrag i. S. 378.)

10. Antrag Wesemeier, betreffend allwöchentlichen Fleischverkauf durch die Stadt.

(Wortlaut des Antrages siehe S. 379.)

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Der Antrag ist eine notwendige Folge der außerordentlichen Langsamkeit, mit welcher in Braunschweig vom Magistrat oder von der von ihm beauftragten Stelle die Notstandsaktion durchzuführen in Angriff genommen worden ist. Dieses fast völlige Versagen gegenüber dem einstimmigen Beschlusse der Versammlung bringt mich notwendiger Weise dazu, den Antrag zu stellen, zumal ich glaube behaupten zu dürfen, daß mit einer solchen Langsamkeit in keiner Großstadt in Deutschland gearbeitet worden ist. Es ist allgemein anerkannt, daß die Fleischnot dringend einer Abhilfe bedarf. Ich darf darauf hinweisen, daß in Braunschweig allein die Monate September bis Oktober gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres einen Rückgang an Schlachtungen von 300 Rindern, 250 Kälbern, 92 Schafen und Ziegen und 13 Schweinen gebracht haben. Also selbst bei den Schlachtungen an Schweinen, bei denen sonst eine Zunahme zu beobachten gewesen war, ist ein Rückgang zu verzeichnen. Auch die Landtschlachter werden weniger Fleisch nach Braunschweig gebracht haben, unsere Statistik versagt jedoch in dieser Hinsicht; wir wissen nicht, was in die Markthalle gebracht worden ist. Das Durchschnittsgewicht für die Tiere angenommen, sind in diesen beiden Monaten 1500—1700 Zentner Fleisch weniger in Braunschweig verkauft worden als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Wir brauchen uns darnach über die Notwendigkeit der Versorgung der Bevölkerung mit fremdem Fleisch nicht weiter zu unterhalten. Diesem Notstande sind in sieben Wochen 14 Rinder als „ausreichende“ Aktion des Magistrats gegenübergestellt. Und von diesen 14 Rindern haben die Leute, für die das Fleisch bestimmt war, zum großen Teil nichts erhalten. Wie mir schriftlich mitgeteilt ist, haben Restaurateure in großen Quanten dieses Fleisch von den Schlachtern bezogen, wohlhabende Leute haben es bekommen, sodaß für die minderbemittelte Bevölkerung recht wenig übriggeblieben ist. Ich habe gleich von Anfang an ein gewisses Mißtrauen in die Maßnahmen des Magistrats gesetzt, und das war begründet. Ich

habe gleich in der Kommissionsitzung festzustellen versucht, in welchen Zeiträumen man den Verkauf wieder stattfinden lassen wollte, aber man hat mir ausweichend geantwortet. Ich habe in der Sitzung vom 3. Oktober mich entsprechend bemüht, und wieder ist mir ausweichend geantwortet, und in der vorigen Sitzung wieder. Das Resultat ist dann auch ein solches, wie wir es jetzt sehen. In der vorigen Sitzung, als ich meine Anfrage begründete, erscholl von jener Seite Gelächter. Wie wenig begründet das war, zeigt sich jetzt in dem, was der Magistrat in dieser Frage getan hat. Die ganze Bevölkerung steht unbefriedigt da, das kann ich ruhig behaupten. Sie hegt ein Mißtrauen gegen die Maßnahmen des Magistrats, da man nicht die genügende Energie entwickelt, um der Fleischnot zu steuern. Man hat meines Erachtens darin gefehlt, daß man nur eine Quelle in Obacht gezogen hat und alles übrige außer Betracht gelassen hat. Selbst die Landeszeitung hat in zwei Nummern — das will schon viel sagen — in Eingefandts offen zum Ausdruck gebracht, daß man wirkliche Notstandsmaßnahmen treffen solle, was bisher nicht geschehen sei. Sie verlangt sogar die Ausschaltung der Fleischer, um das Fleisch zu verbilligen, sie verlangt den Verkauf an mehreren Tagen und ein Artikel schließt: „Also nicht mehr die Probe auf das Exempel, sondern wirkliche Notstandsmaßnahmen!“ Daraus spricht deutlich dasselbe Mißtrauen, welches ich in die Maßnahmen setzte. Ein weiteres Eingesandt von gestern sagt: Nicht alle vier Wochen ca. 14 Stück Rindvieh und ca. 40 Schweine einführen, wie hier in Braunschweig (die Schweine sind übrigens nicht vom Magistrat eingeführt, sondern vom privaten Handel) nein, zweimal in der Woche müßten 50 Stück Großvieh und je 500 Schweine hier eingeführt werden.“ Wenn selbst in dieser Zeitung, die nicht viel übrig hat für die Not des Volkes, solche Stimmen sich laut machen, dann können Sie ermessen, wie weit die Entrüstung über die geringe Aktion des Magistrats gediehen ist.

Ich möchte dringend bitten, meinem Antrage zuzustimmen, daß der Magistrat ersucht wird, soviel Fleisch heranzubringen, daß in der Woche zweimal solches zum Verkauf gelangen kann. Wenn ich den Ausdruck gebraucht habe „in ausreichendem Maße“, so ist das selbstverständlich so aufzufassen, daß es für die Bevölkerung genügt. Man soll nicht mit Spintifizierungen kommen und sagen: Wenn wir 10 Zentner einführen, so halten wir das für ausreichend. Auch die Erklärung des Magistrats genügt nicht, daß 80 Zentner dänisches Fleisch eingekauft sind, die demnächst zum Verkauf gelangen. Wenn die hier sind, setzt sich der Magistrat erst wieder hin und berät, wann und wo Fleisch beschafft werden soll. Das sind keine Notstandsaktionen gegenüber der ungeheuern Not, wie sie in Braunschweig herrscht. — Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender: Der Antrag ist genügend unterstützt; ich überweise ihn der Statutenkommission zur Vorberatung.

Stadtv. **Bunge:** Ich möchte bitten, diesen Antrag gleich zu beraten.

Vorsitzender: Das halte ich für unmöglich. Sie würden das Gute, welches in dem Antrage enthalten ist, umbringen, wenn Sie die Versammlung zwingen, gleich in die Beratung einzutreten.

Stadtv. **Bunge:** Wir haben dem Magistrat einen offenen Kredit gewährt, und deshalb kommt die Finanzfrage nicht in Betracht. Es steht also nichts im Wege, den Antrag sofort zu beraten.

Stadtrat **von Frankenberg:** Ich bemerke, daß ich die Auffassung des Herrn Vorsitzenden für die einzig wahre bei diesen Verhältnissen halte. Ich hätte ja sehr das Bedürfnis, den Magistrat und mich gegen die schweren und durchaus ungerechten Vorwürfe des Herrn Stadtverordneten Wesemeier zu verteidigen. Darauf verzichte ich aber gern. Ich kann mich darauf beziehen, daß eine ganze Anzahl der hier anwesenden Herren der vorigen Sitzung des Schlachthaus- und Markthallen-Ausschusses beigewohnt haben und bezeugen können, welche Schwierigkeiten dem Bezuge von Vieh und Fleisch entgegenstehen, und daß wir eifrig bemüht gewesen sind, Abhilfe zu schaffen. Ich möchte dringend davon abraten, die Sache jetzt übers Knie zu brechen und heute noch an den Magistrat ein derartiges Ersuchen zu richten. Sowohl die Herren, die den beiden Ausschüssen angehören, wie auch wir haben das Bedürfnis, den Antrag erst in der Kommission zu erörtern und über unsere Erfahrungen Bericht zu erstatten.

Der Antrag auf sofortige Beratung wird von der Versammlung verworfen.

Vorsitzender: Wenn ich das vorige Mal gesagt habe, ich wolle eine Sitzung nach Verlauf von acht Tagen einberufen, so habe ich den dringenden Wunsch gehabt, es auch auszuführen. Es traten aber Verhältnisse ein, die dies unmöglich machten.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Wir haben noch einen ziemlich ausgiebigen Rest der Tagesordnung zurückgelassen und auch eine ganze Reihe von Anträgen, die mehr

oder minder eilig sind. Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, daß er kraft seiner Machtvollkommenheit zu einer Sitzung die nächste Woche bestimmt. Vielleicht ist es auch gut, daß die Versammlung sich darüber einigt, wenn es der Wunsch der Versammlung ist.

Vorsitzender: Ich mache darauf aufmerksam, daß es gar keinen Zweck hat eine Sitzung anzuberaumen, wenn die Kommission noch nicht in der Lage gewesen ist, die Sachen bis dahin fertigzustellen. Wenn ich dann auch für nächsten Donners- tag eine Sitzung ansetze, so ist damit Ihrem Wunsche nicht gedient.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Sollte es denn nicht möglich sein, einen einfachen Antrag in sechs Wochen zu erledigen? Außerdem ist der Antrag über die Freie Turnerschaft nicht die einzige Sache, die Erledigung erheischt. Was für ein Zwang sonst vorhanden ist, keine Sitzung stattfinden zu lassen, weiß ich nicht. Ob es die ge- strengen Hausfrauen sind oder gesellschaftliche Verpflichtungen in Betracht kommen? In erster Linie haben wir doch das zu erledigen, was hier vorliegt.

Vorsitzender: Wenn es bis nächste Woche möglich ist, die Sachen fertig zu be- kommen, dann will ich gern eine Sitzung ansetzen. Ich bemerke aber noch, daß es den meisten Herren nicht paßt, alle acht Tage hierher zu kommen, und dann hätten wir ein beschlußunfähiges Haus. Und wenn die Unterlagen fehlen, dann kann ich nicht sagen: „Wir setzen die Sache doch an!“ so peinlich für mich auch der Gedanke ist, daß die Sache noch nicht erledigt werden kann.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Bequemlichkeit der Herren oder das „Nichtpassen“, um den Ausdruck des Herrn Vorsitzenden zu gebrauchen, kann für Ansetzung einer Sitzung nicht maßgebend sein. Dieser Fleishteuerungsantrag ist doch auch sehr wichtig und dringlich, und ebenso eine Reihe anderer Fragen. Wir haben immer eine umfangreiche Tagesordnung, die schnell abgehandelt werden soll, so daß selbst der Referent Schluß der Debatte beantragt hat. Das geht doch auf die Dauer nicht. Ich glaube es kann nächste Woche eine Sitzung stattfinden.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Der Herr Vorredner hat als Begründung für die Dringlichkeit seines Antrags bezüglich der Freien Turnerschaft angeführt, daß demnächst der genannte Turnverein aus den städtischen Turnhallen heraus müßte. Ob wir den Antrag noch in der nächsten Woche beraten, hat doch keinen Einfluß, denn wenn wir ihn auch erst in vier Wochen beraten würden, so würde damit der

Endtermin des Mietsverhältnisses noch nicht erreicht sein, denn dieses hört, soviel mir bekannt, erst mit dem 1. Januar 1913 auf.

Vorsitzender: Ich kann dem Herrn Vorredner darin nicht recht geben und halte uns für verpflichtet, jede Sache in so kurzer Zeit, wie es möglich ist, zur Abstimmung zu bringen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Es scheint so, als wollten Sie jetzt erst nach Gründen suchen, womit die Kündigung gerechtfertigt werden kann!

Vorsitzender: Es fehlen noch schriftliche Unterlagen und Nachweise, und damit muß sich Herr Dr. Jasper zufriedengeben. Ich werde in so kurzer Zeit wie möglich die nächste Sitzung einberufen. — Ich schließe die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis kurz nach 8 Uhr.

1912/1913.

Nr. 9.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. November 1912.

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen 1909/10 | Seite 442 |
| 2. Errichtung eines Unterkunftshauses für mehrere Turnvereine im Stadtpark | " 443 |
| 3. Beschwerde der Freien Turnerschaft über eine vom Stadtmagistrat erlassene Verfügung | " 448 |
| 4. Erhebung einer Klage auf Rückerstattung von Reichsstempelabgaben | " 483 |
| 5. Regelung der Geschäfte der Schulbiener bezüglich der Heizung der Schulen und Befahren der Fußwege | " 485 |
| 6. Eingabe wegen Instandsetzung und Errichtung von Reitwegen | " 486 |
| 7. Antrag des Stadtverordneten Hartung auf Errichtung von Bedürfnisanstalten für Frauen in jedem Vorbezirk | " 487 |
| 8. Ausbau von Teilspreken der Hermann-, Diekerweg- und Wittelindsstraße und Erklärung derselben zu Ortsstraßen | " 491 |
| 9. Verwilligung eines Betrages für die Errichtung einer Warmwasserbereitungsanlage auf dem Marktallgrundstücke | " 492 |
| 10. Verwilligung eines Betrages für das Kindergärtnerinnen-Seminar | " 493 |
| 11. Verwilligung eines Betrages für das Vaterländische Museum aus der Fädel-Stiftung und aus der Louise-Ottmer-Stiftung | " 494 |
| 12. Verwilligung eines Betrages für die Errichtung eines Fürsorgeheims für schulentlassene Mädchen aus der Fädel-Stiftung | " 496 |
| 13. Antrag Henking, betreffend eine Durchsicht des Ortsbauplans, Gliederung der Straßen nach ihrer Art und Änderung der Bauordnung | " 497 |

14. Antrag J a s p e r, betreffend Anstellung der stadtseitig remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte oder Aufbesserung ihrer Bezüge	Seite 499
15. Antrag S t e g m a n n, bessere Beleuchtung eines Privatweges	" 499
16. Einsetzung einer Lohndeputation	" 500
17. Ankauf zweier Grundgruben an der Salzbadlumerstraße.	" 502
18. Abänderung des Teilortsbauplans, bezüglich der Straßen 423 und 424, sowie Ausbau der Straßen 423, 424, 448 und 450 durch die Braunschweiger Bau- genossenschaft	503
19. Herrichtung einer Gasbeleuchtung in einer Turnhalle	" 504

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Lord**, **Wagner**.

Entschuldigt Herr Stadtverordneter **Almann**.

Vorsitzender **Hauswaldt**: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben des Deutschen Wehrvereins. Wir nehmen es zu den Akten, da es erledigt ist.

Ferner ist eingegangen ein Schreiben der Freien Turnerschaft mit der Bitte, ihre Sache doch heute zu verhandeln. Das Schreiben ist durch die Tagesordnung erledigt.

Weiter liegt vor ein Schreiben des Drehers Friedrich Boffe, Kleine Kreuzstraße 10, in welchem er sich darüber beklagt, daß er eine Gebühr für die Wiederaufnahme in die Bürgerrolle der Stadt bezahlen soll. Ich überweise das Schreiben der Statutenkommission zur gefälligen Berichterstattung.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Prüfung der Staatshaushaltsrechnungen 1909/10.

Stadtb. **Löhnesinke**: Ich bitte die geehrten Herren, davon Kenntnis nehmen zu wollen, daß ich die Abrechnungen der einzelnen Verwaltungszweige des städtischen Haushalts in der üblichen Weise durch eine Reihe von Stichproben in Einnahme und Ausgabe geprüft und alles in Ordnung befunden habe, so daß weder von meiner Seite, noch von seiten der Finanzkommission weitere Bemerkungen zu erwarten sind.

kungen zu der Sache vorzubringen sind. Die geehrte Versammlung wird gebeten, die Entlastung auszusprechen.

Die Entlastung wird ausgesprochen.

2. Errichtung eines Unterkunftshauses für mehrere Turnvereine im Stadtpark.

3. Beschwerde der Freien Turnerschaft über eine vom Stadtmagistrat erlassene Verfügung.

Vorsitzender: Der Punkt 2 unserer Tagesordnung soll laut Beschluß der Versammlung mit Punkt 3 zusammen besprochen werden. Ich werde mir erlauben, zuerst dem Berichterstatter für die Statutenkommission, Herrn Dr. Wolters, das Wort zu geben und dann hinterher dem Berichterstatter der Baukommission, Herrn Baurat Frühling. Die Reihenfolge der Punkte wird also verändert, was ich logisch für richtiger halte.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Meine Herren. Die hiesige Freie Turnerschaft hatte schon bisher die Turnhallen von drei städtischen Schulen gemietet, und zwar die Schulturnhallen am Hohenstiege, an der Maschstraße und an der Heinrichstraße, alle für einige Abende in der Woche. Unter dem 30. Juli d. J. hat nun die Freie Turnerschaft eine Eingabe folgenden Inhalts an den Stadtmagistrat gerichtet:

„Unterzeichneter (der Vorsitzende der Freien Turnerschaft) erlaubt sich, Eöblichem Stadtmagistrat die Mitteilung zu machen, daß wir die Gründung einer Abteilung für schulpflichtige Mädchen im Osten der Stadt ins Auge gefaßt haben. Der Wunsch unserer Mitglieder, auch ihren Töchtern Gelegenheit zum Turnen zu geben, veranlaßte uns zu diesem Beschluß. Ich erlaube mir nun, Eöblichen Stadtmagistrat zu bitten, uns zu diesem Zwecke die Turnhalle an der Heinrichstraße an den Mittwochabenden in der Zeit von 6 bis 8 Uhr zur Verfügung zu stellen.“ — Dann kommt noch eine Bitte wegen einer anderen Besoldung der Schulpedellen.

Der Schulvorstand hat diese Eingabe nicht gleich beraten können, denn er war in den Ferien nicht vollzählig versammelt. Inzwischen hat die Freie Turnerschaft am 2. September ein Schauturnen auf dem Schützenplatze abgehalten. Aus dem Berichte des hiesigen sozialdemokratischen Blattes, des „Volksfreundes“ möchte ich einiges verlesen:

„Neben den der Arbeiterjugend gebotenen Bildungsgelegenheiten ist der Turnplatz die beste Pflegestätte der Volksgesundheit, eine gute Schutzstätte gegen

Volksskrankheiten. Der Turnplatz ist aber auch für jung und alt ein Hort fröhlicher Kameradschaft, Freundschaft und Bruderliebe. Er erzieht zur Solidarität, zu der im Klassenkampfe unentbehrlichen Disziplin, zu männlicher Charakterstärke, zur Verehrung alles Schönen, zu jungfräulicher Anmut."

Der Schluß des Artikels lautet: „Soll der Arbeiterturnverein seine Aufgabe erfüllen, soll die politische Jugendbewegung alle die verschiedensten Hindernisse überwinden können, dann muß die klassenbewußte, organisierte Arbeiterschaft mehr als bisher dafür sorgen, daß ihre Söhne und Töchter diesen Veranstaltungen zugeführt werden und daß sie die bürgerlichen Vereine streng meiden."

Meine Herren. Es ist sodann über die Angelegenheit vom Schulvorstande beraten worden, und der Stadtmagistrat verfügte unter dem 14. September folgende Antwort an die Freie Turnerschaft:

„Wir erwidern auf die Eingabe vom 30. Juli nach Anhörung des Schulvorstandes der städtischen Bürgerschulen, daß wir nicht in der Lage sind, Ihnen die Turnhalle der Schule an der Heinrichstraße zwecks Abhaltung von Turnübungen einer Abteilung für schulpflichtige Mädchen im Osten der Stadt zu überlassen. Daß die Veranstaltung turnerischer Übungen auch stadtseitig nach Kräften zu fördern sei, haben wir von jeher anerkannt und daher für die Errichtung und Ausstattung von Turnhallen erhebliche Mittel mit Zustimmung der Stadtverordneten aufgewandt, und ebenso haben wir kein Bedenken getragen, die städtischen Schulturnhallen den hiesigen Turnvereinen und so auch Ihnen gegen mäßige Vergütungen zu überlassen. Wir sehen uns aber jetzt veranlaßt, unsere Stellungnahme Ihnen gegenüber zu ändern. Aus den Verhandlungen des letzten sozialdemokratischen Parteitages, aus den Beratungen der Stadtverordneten und aus den Äußerungen des hiesigen sozialdemokratischen Blattes haben wir die Überzeugung gewonnen, daß die hiesige Freie Turnerschaft durch Unterhaltung ihres Turnbetriebes gleichzeitig eine Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen bezweckt. In der Verfolgung dieser Bestrebungen erblicken wir eine Gefahr für Staat und Gemeinde, und wir würden nicht umhin können, Ihnen die Benutzung der städtischen Turnhallen zu entziehen, wenn bei Ihren Übungen parteipolitische Bestrebungen erfolgen sollten. Das ist, soviel uns bekannt ist, bisher nicht der Fall gewesen, und die Benutzung der städtischen Turnhallen soll Ihnen daher auch ferner gestattet werden. Als in hohem Grade bedenklich müssen wir es aber schon jetzt erachten, wenn, wie es in dem Artikel des „Volksfreunds“ vom 3. d. Mts. geschah, dem Turnplatze die Aufgabe zugewiesen wird, zu der „im Klassenkampfe unentbehrlichen Disziplin zu erziehen“, und wenn „die klassenbewußte, organisierte Arbeiterschaft“ aufgefordert wird, mehr als bisher dafür zu sorgen, daß ihre

Söhne und Töchter den Veranstaltungen der Freien Turnerschaft zugeführt werden und die bürgerlichen Vereine streng meiden. Damit wird versucht, die Parteipolitik schon der schulpflichtigen Jugend einzupfropfen und Gegensätze unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen hervorzurufen, die ein friedliches Zusammenwirken der verschiedenen Turnvereine ausschließen.

Einem Verein, der von dem hiesigen Parteiblatt der sozialdemokratischen Partei in dieser Weise empfohlen wird, ohne gegen diese Empfehlung Verwahrung einzulegen, kann unseres Erachtens die Jugend nicht anvertraut werden; sie würde Gefahr laufen, jedes Vertrauen zu der Schule zu verlieren, der ihre Erziehung anvertraut ist.

Wir müssen hiernach mit der Verwerfung Ihres oben erwähnten Antrages die Forderung verbinden, daß Sie schulpflichtige Kinder im Turnen und Spielen innerhalb und außerhalb der städtischen Turnhallen überhaupt nicht mehr unterweisen, und sehen Ihrer Erklärung darüber, ob Sie zu diesem Verzicht bereit sind, bis Ende dieses Monats entgegen. Wir glauben um so mehr berechtigt zu sein, diesen Verzicht zu fordern, als für Unterweisung der schulpflichtigen Jugend im Turnen und Spielen schulfreitig im ausreichenden Maße gesorgt wird. Für den Fall, daß Sie auf unsere vorstehende Forderung einzugehen nicht bereit sein sollten, wollen wir die sämtlichen mit Ihnen abgeschlossenen Mietverträge hiermit kündigen."

Es wird dann noch auf die Befolgung der Schulpedelle zurückgekommen, was ich hier wieder weglassen kann.

Über diese Verfügung ist eine Beschwerde an die Stadtverordnetenversammlung eingelaufen mit folgendem Wortlaut:

"Im Auftrage der am Mittwoch, dem 25. September d. J., in der Gastwirtschaft Stadt Helmstedt stattgehabten, von 300 Mitgliedern der Freien Turnerschaft besuchten außerordentlichen Generalversammlung lege ich Beschwerde ein gegen die Verfügung des löblichen Magistrats, inhaltlich der beigefügten Abschrift der betreffenden Verfügung.

Wir, die Freie Turnerschaft Braunschweig, bitten die hochgeehrte Versammlung höflichst, der Bitte näherzutreten und die Angelegenheit einer geneigten Prüfung zu unterziehen.

Begründung: In der Verfügung Seite 1 wird gesagt:

"Wir sehen uns veranlaßt, unsere Stellungnahme Ihnen gegenüber zu ändern. Aus den Verhandlungen des letzten sozialdemokratischen Parteitages, aus den Beratungen der Stadtverordneten und aus den Äußerungen des hiesigen sozialdemokratischen Blattes haben wir die Überzeugung gewonnen, daß die

hiesige Freie Turnerschaft durch Unterhaltung ihres Turnbetriebes gleichzeitig eine Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen bezweckt.“ usw.

Wir legen entschieden Verwahrung hiergegen ein. In unserem Vereinsleben auf den Turnplätzen ist jedwede Politik, wie in der Verfügung ja auch selbst zugestanden wird, vollständig ausgeschlossen. Wir können unseren Mitgliedern aber absolut keine Vorschriften machen, wie sie außerhalb des Vereins denken und handeln, und auch welcher politischen Partei sie ihre Sympathie zuwenden. So ist es auch nicht unsere Schuld, wenn auf Parteitag, in Parlamenten und sozialdemokratischen Zeitungen aufgefördert wird, die Jugend den Arbeiterturnvereinen zuzuführen. Es ist dies lediglich eine Folge der bestehenden Klassegegensätze, so wie der jetzt von allen Parteien betriebenen Jugendbewegung. So gut wie alle anderen Parteien sich die Jugend zu gewinnen und zu erhalten suchen, so kann es der sozialdemokratischen Partei nicht verdacht werden, das gleiche zu tun. Daß nun die Arbeiterjugend den Arbeitervereinen zugewiesen wird, ist daher wohl nicht zu verwundern.

Wir bestreiten nochmals aufs entschiedenste, auch nur im geringsten jemals die Jugend in dem in der Verfügung angeführten Sinne beeinflusst zu haben. Wir wenden unsere Aufmerksamkeit lediglich der turnerischen Seite zu und setzen unsere ganze Kraft daran, alle unsere Mitglieder zu kräftigen und tüchtigen Menschen zu erziehen. Auch haben wir zu der Stadtverordnetenversammlung das Vertrauen, daß sie in der Spielplatzfrage (Französes Feld) und Benutzung des Unterkunftshauses für die bestehenden Turnvereine unparteiisch handelt und der Freien Turnerschaft, einer der größten Turnvereine Braunschweigs, gleiche Rechte, wie den übrigen Vereinen einräumt.“

Meine Herren. Das ist das Material, welches der Statutenkommission vorlag und Ihnen heute zur Beratung vorliegt. Der eigentliche Gegenstand der Beschwerde ist zunächst folgender: Es wird Beschwerde darüber geführt, daß der Magistrat die Schließung eines neuen Mietvertrages mit der Freien Turnerschaft ablehnt. Dann behandelt die Beschwerde den Punkt, daß unter einer Bedingung die bestehenden Mietverträge für die drei Schulturnhallen gekündigt werden, unter der Bedingung nämlich, daß die Beteiligung der Schuljugend an der Freien Turnerschaft aufgehoben wird.

Es ist selbstverständlich, daß sich niemand von uns, wie es auch der Magistrat getan hat, auf den eigentlichen Machtstandpunkt stellen wird und etwa sagen: Der Vermieter hat seinerseits das Recht, die Bedingungen des Mietvertrages nach Belieben zu regeln. Es ist zweifellos, daß gewichtige Gründe vorliegen müssen, wenn die Kündigung ausgesprochen wird.

Der zweite Punkt der mit der eigentlichen Beschwerde nur indirekt zusammenhängt, dessen Erledigung aber nach Ansicht der Statutenkommission notwendig ist, ist der: Ist, ganz abgesehen von der Frage der Jugendbeteiligung, statthaft, daß städtische Räume der Freien Turnerschaft zur Verfügung und Benutzung gestellt werden? Diese beiden Fragen, den eigentlichen Inhalt der Beschwerde, und so dann eine gutachtliche Äußerung über den eben von mir erwähnten zweiten Punkt zu beraten und darüber zu beschließen, ist nunmehr Sache der geehrten Herren.

Sachlich ist die Stellungnahme des Magistrats genau entgegengesetzt der der Freien Turnerschaft. Wenn der Magistrat in seiner Verfügung sagt: er müsse jetzt seine Stellungnahme ändern, weil in den Verhandlungen des letzten sozialdemokratischen Parteitages, in Beratungen der Stadtverordneten und aus Äußerungen des hiesigen sozialdemokratischen Blattes die Überzeugung gewonnen sei, daß neben der Unterhaltung des Turnbetriebes gleichzeitig eine Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen bezweckt wird, so weist damit der Magistrat der Freien Turnerschaft die Eigenschaft und die Betätigung eines politischen Vereins zu. Dasselbe ist auch der Fall, wenn der Magistrat sagt: es würde versucht, die Parteipolitik schon der schulpflichtigen Jugend einzupfropfen und Gegensätze unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen hervorzurufen. Auch dieses wird nach Anschauung des Magistrats als eine Parteipolitik betrachtet. Genau entgegengesetzt ist die Auffassung der Freien Turnerschaft, die besagt: sie lege entschieden Verwahrung dagegen ein, daß auf den Turnplätzen irgendwelche Politik getrieben sei; sie hätte niemals in dem angedeuteten Sinne die Jugend zu beeinflussen versucht.

Meine Herren. Mit der Bejahung oder Verneinung dieser beiden Fragen hängt zusammen die Entscheidung darüber, ob der § 17 des Reichsvereinsgesetzes in seinen Merkmalen erfüllt wird oder nicht. Es sollen nach § 17 des Reichsvereinsgesetzes Personen unter 18 Jahren nicht Mitglieder eines politischen Vereins sein und dessen Versammlungen besuchen, und es ist nur die Ausnahme zugelassen, daß sie an etwaigen Veranstaltungen, die lediglich zu geselligen Zwecken dienen, teilnehmen dürfen. Im übrigen dürfen sie den Versammlungen eines politischen Vereins nicht beiwohnen. Ist nun die Freie Turnerschaft ein politischer Verein, so ist die Mitgliedschaft und Teilnahme an den Turnübungen jüngeren Personen nicht gestattet, anderenfalls würde nichts im Wege stehen, beides zuzulassen.

Es ist nun leider Gottes notwendig, so sehr wir auch versuchen, uns hier den lediglich parteipolitischen Fragen zu entziehen, mit vollen Segeln in die Politik hineinzugehen, und da ist wohl eine Mahnung am Plage, hüben und drüben: So sehr die eine Partei sich bemühen muß, leidenschaftslos und objektiv zu urteilen,

ebenso sehr sollte auf der anderen Seite dieses wirkliche Bestreben, objektiv zu sein, anerkannt werden. Meine Herren, es ist von Ihnen allen zu erwarten, daß Sie so urteilen und handeln werden, wie es einem gerechten Richter zukommt.

Bei der Entscheidung darüber, ob die Freie Turnerschaft ein politischer Verein ist oder nicht, kann die Antwort nach Ansicht der Statutenkommission nicht anders als dahin lauten: die Freie Turnerschaft Braunschweig ist ein politischer Verein. (Bravo und Unruhe auf der Galerie). Sie ist es aus zwei Gründen: Zunächst wegen ihrer Zugehörigkeit zum Arbeiterturnerbunde, und zweitens nach ihrem eigenen Auftreten und Gebahren nach innen und außen.

Es hat sich die Freie Turnerschaft in ihren Briefen, die sie an den Magistrat gerichtet hat, als Mitglied des Arbeiterturnerbundes bezeichnet; es geht dies auch, wie ich das nachher auseinanderlegen werde, aus den Satzungen der Freien Turnerschaft hervor. Nun hat es mit dem Arbeiterturnerbunde und seinem Charakter eines öffentlich rechtlichen Vereins folgende Bewandnis. Ursprünglich waren seine Mitglieder, die sich im Jahre 1893 bei der Gründung des Arbeiterturnerbundes in Brandenburg abgezweigt haben, Mitglieder der Deutschen Turnerschaft. Der Gründungszweck geht klar hervor aus einer Nummer der Arbeiter-Turnzeitung vom 1. Juli 1907. Es heißt darin folgendermaßen: „Der Turntag in Eßlingen 1895 nahm in sein Grundgesetz in § 2 a den Passus auf: Neben dem Turnen hat die Deutsche Turnerschaft den Zweck, deutsches Volksbewußtsein und vaterländische Gesinnung zu pflegen. Was wir darunter zu verstehen haben, weiß jeder Arbeiter. Und so sehen wir denn die deutschen Turnvereine neben den Krieger-, christlichen Jünglings- und anderen gleichgesinnten Vereinen bei Sedanfeiern und Geburtstagen von Potentaten, sowie Empfängen, Einzügen und ähnlichen welterschütternden Festlichkeiten derselben, bei Kirchengeweiungen und anderen hurrapatriotischen und muckerischen Veranstaltungen fleißig feiern, Spalier bilden und Hurra schreien. Vom Breslauer Turnfeste wurden Ergebnissadressen an die Kaiser von Deutschland und Oesterreich und an den König von Italien gesandt Wir Freien Turner haben uns mit Ekel von dieser Gesellschaft gewandt und den Arbeiterturnerbund gegründet, der die Pflege des Turnens auf rein volkstümlicher Grundlage bezweckt was wir sein wollen und worauf wir stolz sind: ein vollberechtigtes Glied in der Kette der heute schon so imposanten Arbeiterbewegung, mit dem wohlgewollten und bewußten Bestreben, auch auf diesem Gebiete unsere Arbeitsbrüder aus den Banden unwürdiger Bevormundung zu befreien.“

Es geht hieraus hervor, daß der ausgesprochene Gründungszweck ein Gegensatz zu dem Streben der Deutschen Turnerschaft war, deutsches Volksbewußtsein und vaterländische Gesinnung zu fördern. Es ist vielmehr die Absicht ausgedrückt, daß den hurratriotischen Bestrebungen jenes anderen Bundes entgegengetreten werden soll. Diesem Gründungszwecke entsprechend hat der Arbeiterturnerbund seine Organisation ausgestaltet. Durch sie ist Deutschland von ihm in 17 Turnkreise eingeteilt, die zum Teil auch in das Ausland hinübergreifen. So sind die einzelnen Kreise: 1. Provinz Brandenburg, 2. Sachsen, Anhalt, Braunschweig, 3. Norddeutschland, 4. Königreich Sachsen usw. Der 8. Kreis ist Nordwestböhmen, der 12. Kreis umfaßt das übrige Böhmen, der 16. ist der slawisch-tschechische Turnkreis. Es werden von Zeit zu Zeit Kreisturntage abgehalten, so hier 1907 in Braunschweig. Die Kreise sind eingeteilt in Bezirke. Die Freie Turnerschaft Braunschweig gehört dem 2. Kreise und dessen 5. Bezirke an. Alle zwei Jahre ist ein Bundesturntag, der vorlegte 1909 in Köln. Im Jahre 1911 sollte im Konzerthause zu Braunschweig ein Bundesturntag stattfinden, aber der ungünstigen Lokalverhältnisse wegen ist er nach Hannover verlegt und Pfingsten dort abgehalten. Die Mitgliederzahl beträgt nach dem Geschäftsberichte des Arbeiter-Turnerbundes am 31. Dezember 1910 1806 Vereine mit 153 582 Mitgliedern. Es ist auch die Organisation nach außerhalb noch weiter ausgebildet. Zu dem Bundesturntage in Hannover haben verwandte Arbeitervereinigungen, besonders Sportvereine, aber auch andere, ihre Delegierten gesandt, so der österreichische Arbeiterverein, der tschechische Turnerbund, der Arbeiter-Schwimmerbund, der Arbeiter-Athletenbund, der Arbeiter-Radsfahrbund und die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Es ist auch der Arbeiter-Turnerbund mit den übrigen sportlichen Veranstaltungen insofern ein Kartell eingegangen, als durch Resolution und sonstige Beschlüsse ein Vertragsverhältnis hergestellt ist. Der Arbeiter-Schwimmerbund, der im April 1912 in Elberfeld tagte, und auf dem der Arbeiter-Turnerbund, der Arbeiter-Radsfahrbund, der Arbeiter-Athletenbund und der freie deutsche Ruderverband durch Delegierte vertreten waren, hat folgende Resolution gefaßt:

1. „Die heute in Elberfeld versammelten Vertreter der unterzeichneten Arbeiter-Sportverbände müssen zu ihrem Bedauern konstatieren, daß fast zwei Drittel der bürgerlichen Sport- und Turnvereine aus gewerkschaftlich oder politisch organisierten Arbeitern bestehen. Sie glauben diese Tatsache den betreffenden Organisationen nicht vorenthalten zu dürfen, die um so beschämender ist, als diese Arbeiter als Werkzeuge in dem jetzt mit so großem Eifer betriebenen patriotischen Jugendfange dienen müssen, und nur diese Mitglieder die daran beteilig-

ten bürgerlichen Verbände aktionsfähig erhalten. Wir erwarten daher von Partei und Gewerkschaft, daß diese mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, diesem unwürdigen Zustande ein Ende zu machen, indem sie die betreffenden energigisch auffordern, ihre sportliche Betätigung in den zuständigen Arbeiter-Organisationen auszuüben.

2. Die anläßlich des Bundestages des Arbeiter-Schwimmerbundes Ostern 1912 in Elberfeld versammelten Vertreter der Arbeiter-Sportorganisationen erachten eine enge Kartellierung unterzeichneter Verbände für dringend notwendig, stimmen auch im Prinzip der Schaffung eines einheitlichen Arbeiterverbandes für Sport- und Körperpflege zu. Da einstweilen die Zeit dafür noch nicht gekommen ist, verpflichten sich die genannten Vertreter, in ihren Organisationen dahingehend zu wirken, alle sogenannten „Wilden“ oder in bürgerlichem Fahrwasser segelnden Vereine den in Frage kommenden Verbänden zuzuführen.“

Es ist wohl anzunehmen, daß einschließlich dieser Sport- und ähnlichen Verbindungen eine Anzahl von mehreren hunderttausend Personen zu einer festen Organisation zusammengeschlossen sind.

Meine Herren. Es ist nun meine Sache, den öffentlich rechtlichen Charakter des Arbeiter-Turnerbundes nachzuweisen. Zu diesem Zwecke können und müssen in erster Linie die vielfach sowohl von den ordentlichen Gerichten ergangenen Erkenntnisse, als auch die Erkenntnisse des preußischen Obergerichts herangezogen werden. Es wird vielfach und vielleicht nachher auch hier der Vorwurf erhoben, die Rechtsprechung sei Klassenjustiz. Aber, meine Herren, wer soll über eine solche Frage entscheiden? Eine einzelne Partei, mag es diese oder jene sein, nein! Es muß doch eine solche Stelle sein, die über den Parteien erhaben ist. Mag es sich nun um eine vermögensrechtliche Streitigkeit handeln, um eine verwaltungsrechtliche, oder um eine Strafsache, wirksam ist doch stets die richterliche Entscheidung, und keiner von uns kann darüber hinwegkommen, mag der einzelne es auch für recht halten oder nicht. Und wenn wegen der hiesigen Freien Turnerschaft die Frage entschieden werden soll, so kann endgültig nur die höchste Gerichtsinstanz maßgebend sein.

Es ist nun von der Leitung des Arbeiter-Turnerbundes sowohl der Weg vor den ordentlichen Gerichten, als auch der Weg des Verwaltungsstreitverfahrens beschritten. Sowie von einer Polizeibehörde die Sagung der betreffenden Turnerschaft eingefordert wurden, wozu die Polizei auf Grund des § 3 des Vereinsgesetzes berechtigt ist, so verhielten sich die betroffenen Vereinigungen in zwei verschiedenen Richtungen: Wenn eine polizeiliche Strafverfügung erlassen ist, so erhebt sie gegen diese Verfügung Antrag auf Entscheidung beim Schöffengericht,

dann Berufung bei dem Landgericht, schließlich Revision beim Oberlandesgericht. Oder aber sie wartet nicht ab, bis die Strafverfügung kommt, sondern erhebt sofort nach Anforderung der Sitzung Beschwerde, und zwar in Preußen beim Regierungspräsidenten, die weitere Beschwerde beim Präsidenten der Provinz und schließlich Klage beim preußischen Oberverwaltungsgericht. Es liegen in beiden Beziehungen sowohl von mehreren Oberlandesgerichten als auch im Verwaltungsstreitverfahren höchstinstanzliche Entscheidungen vor, die alle dahin lauten, daß die betreffenden Freien Turnerschaften politische Vereine sind. Ich erwähne gleich bei dieser Gelegenheit, daß die Oberlandesgerichte Breslau, Düsseldorf und Naumburg, alle drei, grundsätzlich entschieden haben, die Freien Turnerschaften sind politische Vereine, und zwar ist dies entschieden worden zum Teil gegen andersgeartete Urteile der unteren Instanzen. Um einem Einwurfe gleich zu begegnen, bemerke ich, daß das Oberlandesgericht Naumburg die Teilnahme von Jugendlichen in einem speziellen Falle als Ausnahme von § 10 des Reichsvereinsgesetzes festgestellt hat, wonach eine Veranstaltung als geselliger Abend in einem bestimmten Falle anerkannt ist, ohne grundsätzlich an dem politischen Charakter des Vereins zu rütteln. Ich werde Ihnen einiges aus dem Erkenntnis, das am 7. März 1911 über die Königsberger Freie Turnerschaft ergangen ist, vorlesen. Es handelt sich dabei um die Klage des Arbeitersekretärs Franz Krüger gegen den königlichen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen. In gleicher Weise wie hier hat stets einheitlich das preußische Oberverwaltungsgericht entschieden, und zwar 1900 über die Freie Turnerschaft Höchst am Main, 1901 über den Arbeiter-Turnverein Fichte in Berlin und 1907 über die Freie Turnerschaft der Kieler Föhrde. Die wesentlichen Sätze, auf die es im Königsberger Urteile ankommt, sind folgende:

„Ein Verein ist ein politischer Verein, wenn er auf die Verfassung, Verwaltung oder Gesetzgebung des Staates, die staatlichen Rechte der Bürger oder die internationalen Beziehungen der Staaten zueinander einzuwirken bezweckt. Für die Beurteilung der Zwecke eines Vereins ist aber nicht nur der Wortlaut seiner Satzung, sondern das gesamte Vereinsleben und das Verhalten seines Vorstandes, sowie seiner Organe maßgebend; dabei ist nicht erforderlich, daß die Einwirkung auf die politische Angelegenheit den alleinigen oder den Hauptzweck des Vereins bildet, vielmehr genügt es, wenn er diese Einwirkung als Nebenzweck, der nur vereinzelt und bei besonderen Gelegenheiten hervortritt, verfolgt. — Auch kann die Zugehörigkeit eines Vereins zu einem Verbands, der in ausgesprochener Weise politische Zwecke verfolgt, ein Beweis dafür sein, daß der dem Verbands angehörende Einzelverein sich die gleichen Ziele zur Aufgabe macht, obgleich der

Wortlaut seiner Satzung auf andere Zwecke beschränkt ist. Gleiche Erwägungen sind für den Gerichtshof bei seinen Entscheidungen über den Charakter des „Turnvereins Fichte“ zu Berlin und des Vereins „Freie Turnerschaft der Kieler Föhrde“ maßgebend gewesen. Beide Vereine sind wegen ihrer Zugehörigkeit zum Arbeiter-Turnerbunde Deutschlands als politisch erklärt worden, nachdem festgestellt war, daß der Arbeiter-Turnerbund seinerseits der sozialdemokratischen Partei angehöre und politische Tendenzen verfolge.“

Meine Herren. Der Inhalt ist der: Auch wenn der politische Zweck des Vereins in der Satzung nicht ausgeführt ist, so ist schon allein durch die Zugehörigkeit des Vereins zu dem Arbeiter-Turnerbunde, der als solcher als zur politischen Partei gehörig festgestellt ist, die politische Seite des Unterverbandes dargetan. Es ist ferner das besondere Gebahren der betroffenen Vereinigung maßgebend gewesen, um sie hieraus zu einem politischen Vereine zu erklären.

Es sind, ganz abgesehen von diesen gerichtlichen Entscheidungen, auch eine Anzahl Momente beizubringen, die uns überzeugen müssen, daß es sich bei dem Arbeiter-Turnerbunde um einen politischen Verein handelt. Es hat der Arbeiter-Turnerbund, und zwar kurz vor der Reichstagswahl, ein Flugblatt herausgegeben, gezeichnet: Verantwortlich für die Redaktion: Karl Frey (das ist der frühere Bundesvorsitzende), Verlag von Franz Siedersleben, beide in Leipzig. Ich teile einen Absatz aus diesem Flugblatte mit: „Arbeiter in der Deutschen Turnerschaft! Der 25. Januar gibt Euch zweimal zwei Wahlzettel in die Hand, und zwar 1. je einen Zettel für den nationalen Mischmaschkandidaten und einen für die Deutsche Turnerschaft, beide gehören zusammen; 2. je einen Zettel für die sozialdemokratische Partei und gegen die Deutsche Turnerschaft, beides gehört wieder zusammen. Wähle jeder ehrlich ohne Heuchelei! Gebt den nationalen Schwärmern und der Deutschen Turnerschaft am 25. Januar die richtige Quittung!“

Im Jahre 1911 hat der Schriftleiter der Arbeiter-Turnzeitung Fritz Willing ein Flugblatt erlassen „Aufforderung zum Turnen“. Es beginnt in folgender Weise: „Arbeitsgenossen! Die Notwendigkeit des wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses zur Stärkung der Arbeiterschaft als Klasse habt Ihr erfreulicherweise vollauf begriffen. Ihr wißt, daß die soziale Widerstandsfähigkeit Eurer Klasse auch Eure eigene Widerstandsfähigkeit als Individuum verbessert.“ Dann heißt es am Schluß: „Jünglinge und Jungfrauen! Wollt Ihr die goldene Zeit der Jugend in ungetrübter Freude durchleben? So tretet ein in die Arbeiter-Turnvereine! Geht aber nicht dahin, wo man von Euch verlangt, daß Ihr für das Unseinergericht eines trockenen Turnunterrichtes Euer politisches Erstgeburt-

recht verkauft. Kommt zu uns in die Vereine des Arbeiter-Turnerbundes!" In einem Nachtrage wird dann aufgefordert, sich zum Turnen im Volkshause der sozialdemokratischen Partei Leipzig einzufinden.

Ferner hat die Arbeiter-Turnzeitung in Nr. 9 vom 1. Mai d. Js. — das ist bekanntlich der Tag, der von der sozialdemokratischen Partei als besonders zu feiern bezeichnet wird — folgenden Artikel herausgegeben, überschrieben „Unser Maientag“: „So ist es kein Zufall, daß die kämpfende Arbeiterschaft sich den 1. Mai als ihren Feiertag erkoren hat, soll doch dieser Tag einst der Siegestag werden. Kein Tag des Kampfes, kein Schlachttag, sondern ein Sieges- und Jubelstag, an dem schon die Ideen des März gereift sind. Darum aber kann auch der 1. Mai kein Fest des faulen Genusses sein, sondern ein Fest siegreicher Heere, die pulvergeschwärzt aus der Märzschlacht heimkehren zu ihren Hütten. Versteht Ihr das, Turner?“

Ich will schließlich aus dem von der Freien Turnerschaft herausgegebenen Liederbuche „Der freie Turner“, erschienen im Verlage des Arbeiter-Turnerbundes, Leipzig (ich habe hier sowohl ein Exemplar von 1905, wie auch das neueste von 1911) noch zwei Lieder anführen, die als eigentliche Lieder der Freien Turnerschaft angegeben sind. Das erste ist überschrieben: „Sturmlied der Freien Turner“. Es hat als 5. den folgenden Vers:

„Es braußt mein Lied wie Donnerhall, Ihr Freien zieht zu Hauf,
Räumt gründlich mit dem Phrasenschwall der alten Turner auf.
O flieg, du rote Fahne, voran als Schlachtpanier,
Wir folgen Deiner Bahne und stehen fest zu Dir.“

Ein weiteres Lied ist überschrieben: „Freie Turnerschaft“. Es ist gestaltet auf die Melodie: „Die Freiheit hoch in Ehren“. Der letzte Vers lautet:

„Stolz weht voran im Morgenwind die Freiheitsfahne rot;
Wir Freien Turner folgen ihr getreu bis in den Tod.
Wir wanken und wir reichen nicht, und wenn das Auge bricht;
Nur vorwärts heißt das Lösungswort, ein Freier Turner spricht:
Haltet aus usw.“

Aus diesen Liedern, aus den Flugblättern, aus den Zeitungsartikeln, ferner aus den gerichtlichen Erkenntnissen der Oberlandesgerichte und des preußischen Obergerichtes ist die öffentliche, rechtliche Eigenschaft des Arbeiter-Turnerbundes als politischer Verein nach der Ansicht der Statutenkommission mit Sicherheit zu schließen.

Nun die Anwendung dieser Feststellung auf die hiesige Freie Turnerschaft Braunschweig. Sie ist Mitglied des Hauptverbandes des Arbeiter-Turnerbundes.

Durch die Satzung sind die Rechte und Verhältnisse klargestellt, wie der Unterverband an den Oberverband geknüpft ist. Nach § 6 gehören alle Vereinsangehörige ohne Unterschied des Alters und Geschlechts dem großen Verbands an. Sie haben jährlich einen Bundesbeitrag von 20 Pfg., der inzwischen auf 25 Pfg. erhöht ist, zu zahlen, wofür ihnen im Falle eines Unfalles eine tägliche Unterstützung nach Maßgabe der Satzungen der Unterstützungskasse des Bundes gewährt wird. In § 19 der Satzungen ist gesagt: Die Auflösung der Freien Turnerschaft kann nur erfolgen, wenn die Mitgliederzahl auf 15 herabgesunken ist. Das vorhandene Vermögen fällt der Bundeskasse des Arbeiterturnerbundes zu. Es ist aber auch durch die besondere Zentralgewalt des Arbeiterturnerbundes ein Eingriff auszuüben statthaft. In der Nummer vom 1. September d. J. ist eine Anzahl Verbote an die Unterverbände erlassen und am Schluß der Bekanntmachung gesagt: Diese Verbote sind streng zu beachten, da ein Verstoß evtl. den Ausschuß aus dem Arbeiterturnerbunde nach sich zieht.“ Es ist also auch hier die Verbindung mit dem Arbeiterturnerbunde nachgewiesen.

Auch nach dem eigenen Gebahren der hiesigen Freien Turnerschaft, nach ihrer Betätigung nach außen und innen, ist auf die politische Eigenschaft der Freien Turnerschaft zu schließen. Das Erkenntnis des preussischen Oberverwaltungsgerichts, das den Königsberger Fall behandelt, hatte neben der Zugehörigkeit des Unterverbandes zum großen Verbands auch im einzelnen die Momente gewürdigt, durch die allein der Unterverband als solcher sich als politischer Verband betätigt. In dem Erkenntnis wird folgendes gesagt: Es würden alle Versammlungen in sozialdemokratischen Zeitungen angekündigt, der Verein hätte sich durch turnerische Darbietungen an sozialdemokratischen Veranstaltungen beteiligt. Vor dem 1. Oktober, ehe die Rekruten eingezogen waren, habe er ein Rekrutenkränzchen veranstaltet und ein zu diesem Zwecke besonders verfertigtes Lied gesungen. Das Liederbuch „Der Freie Turner“ enthält ein Lied „Rekrutenabschied“, dessen fünfter Vers lautet:

„Vergeßt nicht ob dem Glitterkram, daß ihr des Volkes Kind,
Daß man euch eure Freiheit nahm und daß wir Brüder sind.
Gedenkt der frohen Stunden, denkt an der Freiheit Glüd,
Und ist das Joch geschwunden, kehrt bald zu uns zurück!“

Es sind auch in Braunschweig turnerische Darbietungen von der Freien Turnerschaft bei den sozialdemokratischen Festen geleistet, Rekrutenkränzchen abgehalten, und ähnliche bezeichnende Tatsachen, die im Königsberger Urteil aufgeführt, hervorgetreten. Wenn die Freie Turnerschaft, wie der Magistrat mit

Recht sagt, gegen den Artikel des Volksfreundes vom 3. September dieses Jahres nicht Verwahrung einlegt, muß er dulden, mit gleichem Maße gemessen zu werden.

Ich gehe jetzt zum zweiten Punkt über.

In § 17 des Reichsvereinsgesetzes ist folgende Ausnahme vorgesehen: Es dürfen an politischen Veranstaltungen Personen unter 18 Jahren an sich nicht teilnehmen, eine Teilnahme ist aber dann statthast, wenn die Veranstaltungen lediglich geselligen Zwecken dienen. Würden die Turnabende der hiesigen Freien Turnerschaft, die von den Kindern, von Knaben und Mädchen, besucht werden, als Veranstaltungen zu geselligen Zwecken anzusehen sein, dann würde gegen die Anträge der Freien Turnerschaft, weder gegen den neuen Abschluß eines Mietvertrages noch gegen die Aufrechterhaltung der alten Verträge irgend etwas einzuwenden sein. Es sind aber in der Tat diese Turnabende, an denen die Kinder teilnehmen, nicht Veranstaltungen zu geselligen Zwecken, sondern es sind Ausübungen des Vereins in seiner politischen Tätigkeit (Lachen bei den Sozialdemokraten). Ich werde Ihnen dafür den Beweis liefern. Außer dem eigentlichen Gründungszweck, der dahin ging, den hurrapatriotischen Veranstaltungen und Zielen der Deutschen Turnerschaft entgegenzutreten, ist zu beachten, daß sich später die Ziele des Arbeiter-Turnerbundes erweitert und vertieft haben, und zwar ist er eingetreten, wie auch in der Beschwerde der Freien Turnerschaft gesagt ist, in den Kampf um die Jugend. In der Nummer vom 15. März 1907 der Arbeiterturnzeitung ist folgender Artikel enthalten, überschrieben „Der Kampf um die Jugend“:

„Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Keines der vielen Worte, die in der Aufgeregtheit der letzten Jahre geprägt wurden, hat eine so tiefe Bedeutung wie eben dieses. Um die Jugend, die Träger der Zukunft, kämpft heute alles. Wer nur einigermaßen glaubt, eine „Zukunft“ zu besitzen, der entfaltet die ganze Kraft seiner Werbekunst, um die Jugend als Anhänger für sich zu gewinnen. — Wie überhaupt im öffentlichen Leben, so stehen sich auch hier zwei gewaltige Heere gegenüber: Das bürgerliche und das proletarische. Auf jeder Seite bemüht man sich und scheut weder Kosten noch Anstrengung, um die erhofften Erfolge sichtbar vor sich zu haben. — In der Hauptsache spaltet sich das bürgerliche und proletarische Heer wieder in zwei Gruppen, die sich um die Jugend bemühen und von denen je eine der geistigen, die andere der körperlichen Erziehung in vorwiegender Weise dient. Die christlichen Jugendvereine und die Deutsche Turnerschaft einerseits, der Freie Jugendbund und der Arbeiter-Turnerbund andererseits.“

Diesen Kampf um die Jugend hat die sozialdemokratische Partei zum besonderen Gegenstand ihrer Beschlusfassung gemacht. Auf dem Parteitage in Mün-

berg 1908 ist, wie aus dem Protokoll Seite 452 und 551 hervorgeht, folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse.“ Der Parteitag verpflichtet die Organisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen wird. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorträge zu veranstalten, die dem Erkenntnisvermögen der Jugend angepaßt sind. Daneben ist durch Veranstaltungen ernsten und heiteren Inhalts sowie durch Sport und Spiel Unterhaltung und Geselligkeit zu pflegen.

Zu diesem Zwecke sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden. Die Kommissionen werden aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisationen und der Gewerkschaftskartelle unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengefaßt.

Zu der Resolution hat der Berichterstatter (Prot. S. 450 ff.) folgendes am Schluß seiner Ausführungen gesagt: „Ihre, der Delegierten, Aufgabe, wird es sein, wenn sie nach Haus kommen, die Genossen und Genossinnen anzufeuern, daß sie ihre Kinder der Jugendbewegung zuführen, damit wir alle Organisationen, die von katholischer und anderer Seite gegründet worden sind, überflügeln. Wenn wir schon in das Herz des Kindes innerhalb der Familie die Saat des Idealismus streuen, wenn wir die Kinder später der Jugendorganisation zuführen und dadurch vor geistiger Verblöddung und vor sittlicher Verwahrlochung schützen; wenn wir sie erfüllen mit der Blut des Idealismus, der das Proletariat auf die Höhe seiner historischen Aufgaben emporhebt, dann werden wir ihnen selbst einen vollen Lebensinhalt geben und wir werden auf dem Vormarsch zu unserem hohen Ziele unüberwindbar sein.“

Der Vorsitzende hat die Annahme dieser Resolution mit folgenden Worten (Prot. S. 452) bestätigt:

„Ich stelle die einstimmige Annahme fest und wünsche und hoffe, daß die neue Waffe, die die Partei sich geschmiedet hat, dazu beitragen wird, die Jugend mit dem Geist des Sozialismus zu erfüllen, damit sie demaleinst als Mitstreiter in dem Kampfe für die Befreiung des Proletariats tatkräftig mitwirken kann.“

Nun hat in Ausführung der Vorschriften des Parteitages der Parteivorstand in Gemeinschaft mit der Generalkommission der Gewerkschaften die erforderlichen Einrichtungen geschaffen. Es geht das hervor aus dem Leipziger Parteitag-protokoll 1909 Seite 23 und 24. Es sind das „die Zentralstelle für die arbeitende

Jugend Deutschlands", die „Jugendausschüsse" und die „Bezirksleitungen". Die „Zentralstelle" setzt sich aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und der Jugendlichen zusammen. Sie bildet den Mittelpunkt für die gesamte Jugendbewegung, überwacht und leitet dieselbe einheitlich, unterstützt die Jugendausschüsse mit Auskunft, gibt Anregung und Material. (Prot. des Parteitages in Magdeburg 1910 S. 25). Sie erstattet jährlich Bericht über ihre Tätigkeit (vgl. die im Selbstverlage erschienenen Jahresberichte der Zentralstelle). Die Jugendausschüsse bestehen ebenfalls aus Vertretern der Parteien, der Gewerkschaften und der Jugendlichen. (vgl. Verhandlungen des Parteitages zu Magdeburg 1910 S. 212 und dritter Jahresbericht der Zentralstelle S. 4). Sie betreiben die Agitation für die Jugendbewegung in ihrem örtlichen Wirkungskreise und haben die zu diesem Zwecke erforderlichen örtlichen Einrichtungen zu treffen (Prot. der Parteitage 1909 S. 24, 1910 S. 24 und 1911 S. 23). Zwischen beiden stehen die Bezirksleitungen, welche die zu einem Agitationsbezirk zusammengeschlossenen Jugendausschüsse umfassen. Das Nähere darüber ist aus dem Protokoll des Parteitages von Jena 1911 S. 24 und dem dritten Jahresberichte der Zentralstelle S. 22 zu entnehmen.

Inzwischen sind auch der Jugend gegenüber durch den Arbeiter-Turnerbund große Erfolge herbeigeführt. Es hatte seinerzeit der Arbeiter-Turnerbund bei dem Bundeesturntage in Hannover 1911 festgestellt, daß etwa 2000 Vereine mit 153 000 Mitgliedern dem Arbeiterturnerbunde angehören. Es wird aber dem Berichte wörtlich hinzugefügt: „Jedoch ist die Stärke um ein Erkleckliches höher, da man in den örtlichen Aufstellungen den Umfang jeder einzelnen Schülerabteilung der Öffentlichkeit aus leicht begreiflichen Gründen nicht auf die Nase bindet. Insgesamt sind 15 000 Schüler im Bunde." Der Antrag der Freien Turnerschaft vom 30. Juli d. J. ist ein Ausfluß gleicher Bestrebungen.

Es ist auch hier durch die Direktion der städtischen Bürger Schulen eine Feststellung über die Beteiligung der Kinder an der hiesigen Freien Turnerschaft vorgenommen. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die Kinder, die der Freien Turnerschaft angehören, auch ihrerseits Mitglieder des Arbeiter-Turnerbundes sind. Es muß dem Unterverbande jeder Jugendturner einen Monatsbeitrag von 25 Pf. bezahlen, Schüler einen solchen von 20 Pf., Schülerinnen von 10 Pf., während alle ohne Unterschied des Alters und Geschlechts dem Arbeiter-Turnerbunde einen Jahresbeitrag von 25 Pf. zu zahlen haben. Auch hieraus ist die Tatsache, daß die Kinder an den großen Verband geknüpft sind, zu sehen; auch durch Rechte sind sie mit dem Bunde verknüpft, denn bei Unfällen werden sie nach Maßgabe der Bundesunterstützungskasse wieder entschädigt.

Aus den Feststellungen der Direktion der städtischen Bürgerschulen ist folgendes zu erwähnen: Es haben sich 507 Kinder gemeldet, die zur Freien Turnerschaft gehören. Von einer Schule wird wörtlich berichtet: „Der Freien Turnerschaft gehören 34 Knaben und 11 Mädchen an. In den Händen dieser Kinder sind zwei Liederbücher, „Jugendliederbuch“ und „Der Freie Turner“. Der Schulleiter bemerkt dazu: „Ich habe beide selbst eingesehen.“ Das Liederbuch „Der Freie Turner“ habe ich Ihnen vorhin in drei Liedern, „Sturmlied der Freien Turner“, „Freie Turnerschaft“ und „Kefrutenabschied“, vorgeführt. Ich will hier anderes nicht vorlesen und nur mitteilen, daß sich unter Nr. 95 der „Sozialistenmarsch“ und unter 230 die „Arbeitermarceillaise“ darin befinden. (Unruhe auf der Galerie.)

Vorsitzender: Ich bitte, auf der Galerie sich ruhig zu verhalten, sonst wird sie geräumt.

Stadtv. Dr. **Wolters** (fortfahrend): Aus einer anderen Schule wird wörtlich berichtet: „Der Freien Turnerschaft gehören 72 Kinder (36 Knaben und 36 Mädchen) an. Es besteht ein Kinderchor der städtischen Bürgerschulen, und diesem gehörten von der betreffenden Schule früher 22 Kinder an. Jetzt sind die meisten ausgetreten, es gehören ihm nur noch 2 Kinder an, und dem Kinderchor der Freien Turnerschaft 23 Kinder. Nach Angaben der Kinder wird zu Anfang der Turnstunden aus den beigelegten Liederbüchern gesungen.“ Es sind: „Jugendliederbuch“, erschienen in der Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, und ein anderes Jugendliederbuch, herausgegeben vom Arbeiterverlage. Im ersten dieser beiden in den Händen der Kinder befindlichen, zu Beginn des Turnens benutzten Büchern steht auf Seite 15 das Lied:

„Auf Sozialisten, schließt die Reih'n, die Trommel ruft, die Banner weh'n,
Es gilt die Arbeit zu befrei'n, es gilt der Freiheit Aufersteh'n.“

Ferner auf Seite 92 das nach der Weise des Flottenliedes gebildete:

„Stolz weht die Fahne purpurrot im Kampfe uns voran,
Ihr folgen wir bis in den Tod, getreu, ob Weib, ob Mann.
Sie weht dem tüd'schen Feind zum Trug, zum Trug der Heuchelei,
Der Niedertracht, dem Knechtessinn, zum Trug der Tyrannei.
Ihr woll'n wir treu ergeben sein, getreu bis in den Tod,
Ihr woll'n wir unser Leben weih'n, der Fahne purpurrot.“

Aus einer dritten Schule wird wörtlich berichtet: „In der Freien Turnerschaft sind 54 Knaben und 45 Mädchen. Es ist ein Kinderchor mit Namen „Froh-

sinn" gegründet, der von einem Herrn Flügel geleitet wird." Von mehreren Schulen wird übereinstimmend berichtet, es werde von den Kindern ein Lied gesungen, das ich vorzulesen beauftragt bin, welches eine Entstellung des bekannten Weihnachtsliedes ist. Ich gebe gleich im voraus den geehrten Herren bekannt, daß dies nicht eine eigentlich politische Aenderung des Liedes ist, sondern daß die Aenderung nur die sonstige Gesinnung illustriert, die in jenem Verein unterhalten wird. Das Lied lautet:

„Stille Nacht, heilige Nacht, ringsumher Lichterpracht,
In der Hütte nur Elend und Not, kalt und öd, kein Licht und Brot,
Schläft die Armut auf Stroh.

Stille Nacht, heilige Nacht, drunten tief in dem Schacht
Wetterblitzen, in drückender Frohn gräbt der Bergmann um niedrigen Lohn
Für den Reichen das Gold.

Stille Nacht, heilige Nacht, Henkersknecht hält die Wacht,
In dem Kerker, gefesselt, geächt't, leidet, schmachtend für Wahrheit und Recht,
Mutiger Kämpfer Schar.

Stille Nacht, heilige Nacht. „Hast du Brot mitgebracht?“
Ruft der Kinderchen hungrige Schar, sträubt dem Vater vor Schmerz sich
„Ich bin arbeitslos!“ [das Haar:

Stille Nacht, heilige Nacht. Arbeitsvolf, halte Wacht,
Kämpfe mutig mit heiliger Pflicht, bis die Weihnacht der Menschheit anbricht,
Bis die Freiheit ist da.“

Zwei Verse dieses Liedes sind von einem Kinde aus der zweiten Klasse aus dem Gedächtnis niedergeschrieben und vom Schulleiter eingereicht. (Zuruf: Herr Frede? Stadtv. Frede wehrt ab.)

Die Entscheidung kann auf Grund aller dieser Ermittlungen nur so lauten, daß als eine Veranstaltung zu geselligen Zwecken die Turnabende nicht angesehen werden können. Die Statutenkommission kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Freie Turnerschaft ein politischer Verein ist und die Ausnahme von § 17 nicht zutrifft, daß infolge davon die Beschwerde nicht als berechtigt erachtet werden kann. Es ist nicht möglich, wenn man die Vereinigung als politisch anerkennt, zuzugeben, daß neue Mietverträge geschlossen werden und die alten weiterlaufen.

Damit ist auch der letzte Punkt zu behandeln, den ich schon zu Anfang meiner Ausführungen berührte: Ist, g a n z a b g e s e h e n v o n d e r J u g e n d b e t e i l i g u n g, eine Erneuerung der Mietverträge möglich? Da ist es an sich kein Zweifel, — wie auch der Magistrat in seiner Antwort schon gesagt hat — daß den turnerischen Veranstaltungen als solchen städtischerseits das allergrößte Interesse

entgegengebracht wird. Es ist bedauerlich und ein wahrer Jammer, daß dieser gute und edle Zweck mit der Politik verknüpft wird. Wir haben uns in früheren Fällen immer so verhalten, daß wir einer politischen Partei niemals eine Unterstützung, sei es in bar oder durch Zuweisung städtischer Räume erwiesen haben. Ich erinnere daran, daß wir vor einiger Zeit die Unterstützung der deutschen Mittelstandspartei abgewiesen haben, und daß wir ihr städtische Räume zu ihren Sitzungen, beispielsweise den Altstadttrathausaal, nicht zur Verfügung gestellt haben. Da ist es nach Ansicht der Statutenkommission durchaus richtig, daß wir den einen wie den anderen behandeln. Auch in diesem Falle kann die Statutenkommission Zustimmung zu der Erneuerung der Mietverträge, ganz abgesehen von der Frage der Jugendbeteiligung, den geehrten Herren nicht empfehlen. Es lautet daher der Antrag der Statutenkommission folgendermaßen:

1. Die eingereichte Beschwerde der Freien Turnerschaft wird als ungerechtfertigt zurückgewiesen.

2. Es spricht sich die geehrte Versammlung gutachtlich dahin aus, daß, ganz abgesehen von der Frage der Jugendbeteiligung, eine etwaige Erneuerung der noch laufenden, zum 1. Januar gekündigten Mietverträge nicht stattfinden kann.

Stadtv. Rasche (Referent der Baukommission): Die bauliche Seite der Angelegenheit ist schon in der Sitzung vom 5. September behandelt. Ich glaube, nur das Hauptsächlichste daraus wieder vorbringen zu brauchen. Das damals vorgelegte Projekt war an die Baukommission zurückverwiesen, weil Einsprache erhoben wurde, um auch anderen Turnerschaften das Häuschen zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat hat zu der Angelegenheit keinen neuen Antrag gestellt, das Projekt ist also dasselbe geblieben. Es handelt sich um ein Unterkunftshaus für drei Turnvereine: den Turnklub, die Turnerschaft des Arbeitervereins und die Turnerbruderschaft. Der Magistrat empfiehlt, die Errichtung des Hauses zu genehmigen und gleichzeitig zuzustimmen, daß es unentgeltlich und widerruflich an die genannten drei Vereine zur Benutzung überlassen wird. Das Häuschen ist auf dem Situationsplane abgebildet. Es enthält drei verschiedene Gelfasse von 4×6 Meter, welche als Unterkunft benutzt werden sollen. Daran schließt sich eine Vorhalle, die Schutz vor Regen bietet. In den Abteilungen sind Börte, Kleiderhaken und dergleichen vorgesehen. Die Kosten sind mit 7400 M veranschlagt. Die Baukommission, welche die Sache eingehend geprüft hat, empfiehlt Annahme des Magistratsantrages.

Vorsitzender: Die beiden Sachen stehen zur Besprechung. Ich habe schon damals meine Zweifel geäußert, ob die beiden Sachen so eng zusammengehören.

Ich kann sie nicht für so miteinander verbunden halten, daß wir in eins darüber Beschluß fassen müßten. Aber die Versammlung hat so beschlossen, und ich füge mich dem.

Stadtv. Frühling: In Ergänzung des Referats der Baukommission möchte ich als Vorsitzender dieser Kommission noch hinzufügen, daß die Baukommission diese Sache vereinigt mit der Statutenkommission beraten und beschlossen hat, vorzuschlagen, daß das Projekt durch den Antrag der Freien Turnerschaft nicht geändert werden soll, und daß der Freien Turnerschaft die Mitbenutzung dieses Häuschens oder ein eigenes Haus nicht eingeräumt werden kann, nachdem das beschlossen war, was Sie aus dem Referat des Herrn Dr. Wolters gehört haben.

Stadtv. Dr. Jasper: Der Bericht des Herrn Dr. Wolters ist ja insofern nicht unrichtig, als er die Vorgänge schildert, die Anlaß zu der Beschwerde gegeben haben. Er hat im wesentlichen das Material erschöpfend mitgeteilt, auch den Wortlaut der Eingabe und den Wortlaut der Antwort, die der Magistrat darauf erteilt hat. Alles andere, was aber Herr Dr. Wolters ausgeführt hat, dürfte im wesentlichen unrichtig sein und schon deshalb eigentümlich berühren, als er weit über das Ziel hinausschießt, als er hier Fragen untersucht, die zum Teil gar nicht den Gegenstand der Erörterung in unserer Versammlung bilden können, und als er sich bei dem Ergebnis dieser Untersuchung in Widerspruch setzt zu dem Magistrat selbst. Wenn Sie sich das Antwortschreiben des Magistrats vom 14. September vergegenwärtigen, das das Gegenstück der Beschwerde der Freien Turnerschaft bildet, so ist das klipp und klar ausgesprochen, daß der Magistrat, der ständig es für seine Pflicht gehalten hat, jahrelang das Tun und Treiben der Braunschweiger Turnerschaft zu beobachten, keinerlei Anzeichen dafür gewonnen hat, daß irgend welche politischen Einflüsse oder politische Agitationen in den Turnhallen der Stadt durch die Freie Turnerschaft betrieben würden. Obwohl der Magistrat dies klipp und klar ausdrückt, sagt Herr Dr. Wolters: Ich muß aber einmal nachprüfen, ob der Magistrat sich nicht geirrt hat, ob nicht der Magistrat auf einem groben Holzwege ist, und stellt nun die Frage so: Ist die Freie Turnerschaft politisch oder nicht? Herr Dr. Wolters will, indem er diese Frage so stellt, auch die Antwort gegeben haben: Wenn ich irgendwie etwas Politisches herausdestillieren kann, dann werde ich dafür eintreten, daß der Magistrat, der selber die Freie Turnerschaft gar nicht für politisch hält, recht hat, wenn er ihr die Turnhallen entzieht. Zudem Herr Dr. Wolters sich diese Aufgabe stellt, sucht er eine Art staatsanwaltliches Verfahren einzuleiten, sucht Helferdienste für die politische Polizei zu leisten (Sehr richtig bei einem Teile der Stadtverordneten),

die auch im Saale anwesend ist und hier wohl Material aus dem Munde des Herrn Dr. Wolters zu schöpfen sucht. Das ist lediglich aus dem Kampfe heraus zu verstehen, der gerade gegenwärtig zwischen den verschiedenen Turnvereinigungen zum Austrag gebracht wird. Da versucht die Deutsche Turnerschaft mit ähnlichen Mitteln und in ähnlicher Weise, wie es Herr Dr. Wolters beliebt hat, der Freien Turnerschaft den Laß anzuhängen, daß sie politisch sei, und scheut vor Denunziationen nicht zurück, obwohl das im allgemeinen bei ehrlichen Menschen nicht für die höchste Kulturtat kann angesehen werden.

Vorsitzender (den Redner unterbrechend): Herr Stadtverordneter Dr. Jasper, Sie haben gesagt, daß Herr Dr. Wolters Helferdienste der politischen Polizei geleistet hätte. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich das für unstatthaft halte. (Zwischenruf: Das ist aber wahr!) Ich bitte nicht dazwischen zu sprechen, wenn ich rede! Und Herr Dr. Jasper, Sie haben unter keinen Umständen zu sagen, daß der Referent Denunziantendienste getan habe. Solange ich auf diesem Plage sitze, werde ich das nicht leiden.

Stadtv. Dr. Jasper (fortfahrend): Wenn der Herr Vorsitzende genau Obacht gegeben hätte, so müßte er gehört haben, daß ich gesagt habe: daß die Polizei hier wohl Material aus den Quellen des Herrn Dr. Wolters schöpfen wolle, und von dem Kampfe habe ich gesagt: nicht Herr Dr. Wolters — ein Mitglied des Hauses werde ich da nicht hineinziehen —, sondern die Deutsche Turnerschaft scheue nicht vor Angebereien und Denunziation zurück, indem hier der Freien Turnerschaft nachgesagt werde: Ihr seid politisch.

Herr Dr. Wolters ist in seinen Argumenten dafür, daß die Beschwerdeführerin, die Freie Turnerschaft, ein politischer Verein sei, in erster Linie darauf zurückgegangen, daß sie ein Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes ist, und hat auch die Entstehungsgeschichte dieses Bundes herangezogen. Ich möchte weiter zurückgehen auf die Entstehungsgeschichte der Deutschen Turnerschaft und einmal in die Erinnerung der Herren, die der Deutschen Turnerschaft nahestehen, zurückrufen, wie denn ursprünglich damals in den 20er Jahren nach den Befreiungskriegen die Deutsche Turnerschaft unter Turnvater Jahn auftrat, wie da die Deutsche Turnerschaft von den maßgeblichen hochblühlichen Behörden und Magistraten angesehen wurde. Wer da die alte Turnersliteratur nachliest, wird sich abwenden von den jetzigen Nachfolgern jener Turner, die unter Leitung von Götz etwas anderes treiben, und jeder Mensch, der einigermaßen freiheitliches Gefühl, Achtung vor sich selbst hat, wird vermeiden, daß er in dieser Turnerschaft weiter Mitglied ist. Das hat gerade die abwegige Entwid-

lung, die diese Turnerschaft durchgemacht hat, die ausgesprochen politisch im bestimmten Sinne in steigendem Maße geworden ist und sich als Vorspann gebrauchen ließ für die sogenannten staatserkhaltenden, bürgerlichen Parteien, die sich nicht genug tun kann, bei jeder Gelegenheit, ob sie paßt oder nicht, Politik im höchsten Maße zu treiben, veranlaßt, daß nun diejenigen Leute, die es lediglich des Turnens halber tun und den Hurratriotismus nicht mitmachen wollen, — wie es auch 1893 gesagt sein soll — von dieser politischen Deutschen Turnerschaft sich abgewandt haben. Keine Zusammenkunft, ohne daß nicht der Fürst des Tagungsortes und die Fürsten des Reiches angehoht wurden, keine Wahl größeren Umfanges, ohne daß nicht Flugblätter von der Deutschen Turnerschaft zur Beeinflussung der Wahl erlassen wurden.

Herr Dr. Wolters hat auch ein Flugblatt herangezogen, das für die letzte Reichstagswahl von dem früheren Vorsitzenden des Arbeiter-Turnerbundes Frey erlassen ist. Dieses Flugblatt und die Ausführungen daraus will ich nicht bestreiten, aber Herr Dr. Wolters hätte dann nicht nur diesen Ausschnitt aus dem Flugblatte, sondern das ganze Flugblatt verlesen sollen. Dann hätte er auch sehen und berichten müssen, daß dieses Flugblatt lediglich die Antwort auf ein Flugblatt war, welches die Deutsche Turnerschaft erlassen hat im Interesse der bürgerlichen Parteien (Sehr richtig bei einem Teil der Stadtv.), um für die Deutsche Turnerschaft Wahlstimmung zu machen. Und Herr Dr. Wolters! Wollen Sie sagen, daß um dieses Flugblattes halber die Deutsche Turnerschaft ein politischer Verein sei, oder wollen Sie daraus die von Ihnen sonst beliebte Konsequenz ziehen, daß die Deutsche Turnerschaft als politischer Verein von der Stadt nicht zu unterstützen ist? Ich glaube es kaum, denn der Herr Referent hat ja überall diese Schlußfolgerung nicht gezogen, sondern hat gesagt: Den Angehörigen der Deutschen Turnerschaft wollen wir gewähren an Bauten und allen möglichen Unterstützungen, was nur irgendwie gegeben werden kann. In diesem Flugblatte, Herr Dr. Wolters, ist auch einiges Material enthalten über das Treiben der Deutschen Turnerschaft, wie sie gerade bei den verschiedensten Gelegenheiten die Betätigung im Sinne der klassenbewußten Arbeiterschaft, sei es auf gewerkschaftlichem oder politischem Gebiete, zum Anlaß genommen hat, die Mitglieder aus der Deutschen Turnerschaft zu entfernen, genau so, wie die Kriegervereine es machen, trotzdem sie es nicht recht haben wollen, daß sie politische Vereine sind. Bei denselben Gelegenheiten und in derselben Weise greifen sie ein. So ist es auch dort geschehen, und daraus will Herr Dr. Wolters der Freien Turnerschaft einen Strich drehen, daß sie derartige Flugblätter einer anderen Turnbewegung nicht unerwidert läßt und an ihrem Teile zu verhindern sucht, daß freieitlich gesinnte

Turner im Interesse der Turnsache sich auch bei den Wahlen so betätigen, wie es ihrer Meinung einigermassen entsprechen könnte.

Herr Dr. Wolters hat dann angeführt, wie der Arbeiter-Turnerbund organisiert sei. Ich will über die Einzelheiten mit ihm nicht rechten. Ich weiß nicht, weshalb es so besonders schauderbar sein soll, daß der Arbeiter-Turnerbund in verschiedene Gaue, Bezirke und einzelne Vereine eingeteilt ist. Ich glaube, das wird sich bei jeder größeren Organisation finden, und es ist wohl nicht als so politisch anzusehen, wenn die Grenzen des engeren schwarzweißroten Vaterlandes verlassen und darüber hinaus deutsche Stammesangehörige anderer Länder, die unter schwarzgelber Flagge zu Hause sind, gleichfalls mit in den Arbeiter-Turnerbund aufgenommen werden. Daß die deutsch-böhmischen Arbeiterturnereine aufgenommen werden, bedurfte wohl kaum der Hervorhebung, um zu beweisen, daß die Freie Turnerschaft politisch sei. Der Deutsche Sprachverein, der Deutsche Schulverein und andere Vereine, denen gewiß eine ganze Reihe der verehrten Herren angehören, haben ihre Grenzen über den Rahmen des deutschen Kleinpreußens hinausgestreckt und werden nicht ohne weiteres als politisch angesehen. Und selbst wenn es fremde Stammesangehörige sein sollten, kann man hieraus eine politische Stellung des Bundes herleiten?

Herr Dr. Wolters stützte deshalb auch diese Wertung des Arbeiter-Turnerbundes als politischen Vereins auf die Erkenntnisse der verschiedenen Gerichte. Wenn Herr Dr. Wolters sich die Erkenntnisse nicht nur von der Deutschen Turnerschaft hätte geben lassen, sondern den Versuch gemacht hätte, etwa von der Zentrale des Arbeiter-Turnerbundes das einschlägige Material zu erhalten, dann würde er gefunden haben, daß diese Erkenntnisse sich durchaus widersprechen. Ich bestreite nicht, daß eine ganze Reihe Erkenntnisse vorhanden sind, die die eine oder andere Gruppe als politisch erklärt haben. Mindestens ebenso groß ist aber die Zahl der Gerichtserkenntnisse, die den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen haben, und die deshalb gegenüber derartigen Anklagen auf Freisprechung erkannt haben. Wie vorsichtig man in dieser Beziehung sein muß, möchte ich Herrn Dr. Wolters insofern zu Gemüte führen, als er sich auch darauf bezieht, daß der Turnverein Kieler Föhrde, der der Arbeiter-Turnerschaft angehört, als politisch erklärt sei. Ich weiß nicht, ob er das Datum des Erkenntnisses genannt hat, oder ob es mir nur entgangen ist. Gerade über das Mitglied der Freien Turnerschaft in der Kieler Föhrde liegt mir auch ein Bericht aus Kiel vor, nach dem ein Freispruch seitens des Schöffengerichts wie auch der Strafkammer erkannt ist, und nach dem auch weiter oben bestätigt ist, daß eine politische Betätigung nicht irgendwie dargetan sei. Man kann da ein Erkenntnis gegen das andere

stellen. Es kommt bei uns Anwälten häufig vor, daß beide Parteien sich auf Reichsgerichtsentscheidungen beziehen und man nicht weiß, welche richtig ist. Ich glaube, daß alle diese Erkenntnisse in keiner Weise für unsere Versammlung bindend sind, hauptsächlich auch deshalb nicht, weil sie gar nicht die Verhältnisse an unserem Plage irgendwie berühren, weil sie Dinge hineintragen, die die Freie Turnerschaft hier am Orte wenig oder gar nicht berühren. Es ist, glaube ich, überhaupt davon abzugehen, den Zusammenhang mit dem Arbeiter-Turnerbund als beweiskräftig anzunehmen, um daraus ohne weiteres herzuleiten, daß die hiesige Freie Turnerschaft politisch sei.

Herr Dr. Wolters hat deshalb auch versucht, darüber hinausgehend nachzuweisen, daß hier am Plage die Freie Turnerschaft sich in politischem Sinne betätigt hätte, er hat den Satz geprägt, daß die Turnabende, die in den städtischen Turnhallen stattfinden, nicht als Veranstaltungen zu geselligen Zwecken aufzufassen wären, sondern als politische Veranstaltungen. Es ist diesem sofort durch Zwischenruf widersprochen. Er hat aber später auch den Beweis nicht einmal angetreten, daß an diesen Abenden irgendwie politische Erörterungen gepflogen sind, daß dort überhaupt Politik getrieben ist. Wenn er deshalb sagt: wenn die Turnabende der hiesigen Freien Turnerschaft in den städtischen Turnhallen nur gesellige Veranstaltungen seien und nicht politische Veranstaltungen, dann liege kein Grund vor, die bisherigen Maßnahmen und das Verhalten der Stadt zu ändern, so hat er den Beweis für die politische Natur der Abende nicht erbracht und damit selbst seinem Antrage das Urteil gesprochen, indem er das nicht bewiesen hat, was er hat beweisen wollen. Das einzige, was man vielleicht dafür anführen könnte oder hiermit in Zusammenhang ziehen könnte, wäre der Inhalt des Jugendliederbuches, das von den Lehrern den Schülern der Freien Turnerschaft abgenommen sein soll. Ich habe dem Herrn Referenten zugerufen: „Wann?“ Herr Dr. Wolters hat anscheinend den Ruf nicht gehört; ich möchte die Frage wiederholen, damit es klargestellt wird, wann dieses Material gewonnen ist. Für den Fall, daß ich nicht wieder zu Worte kommen sollte, will ich meine Behauptung in dem Sinne, wie ich unterrichtet bin, dem entgegensetzen: Erst jetzt im November, hat man versucht, an die Schüler heranzutreten und Material zu gewinnen für eine Maßnahme, die zurückzuführen ist auf Mitte September. Es ist doch eigentümlich, daß man später erst nach Gründen sucht für das Getane, was man rechtfertigen soll.

Nun ist bei diesem Ermittlungsverfahren durch die Schulen so allerhand untergelaufen, was diese Quelle nicht so einwandfrei erscheinen läßt, indem da von den Herren Lehrern so manche Äußerung höchst politischer Art gemacht sein soll, die

Mißmut in sehr viele Arbeiterfamilien, die Schüler auf unseren Schulen haben, hineingetragen hat. Man will angeblich die Kinder vor politischer Beeinflussung schützen und sieht die Schule als berufenes Werkzeug an, nun gerade über die Eltern der Kinder das nicht Angenehmste nachzusagen. Über die Sozialdemokraten, die klassenbewußten Arbeiter, sind von den Herren Lehrern, die sich zu diesen Diensten hergegeben haben, Urteile gefällt, durch die die Achtung vor dem Elternhause, vor dem eigenen Vater kaum erhöht wird, und ich weiß nicht, ob das Aufgabe der Schule ist, daß in dieser Weise vorgegangen wird. Den Herren Lehrern sind auch große Irrtümer passiert. Sie haben Bücher beschlagnahmt, die die Kinder gerade bei sich hatten; ob sie der Freien Turnerschaft zur Benutzung dienten, ist eine andere Frage. Je dicker das Buch, um so angenehmer, denn um so mehr Material war vielleicht darin. Auch die Liederbücher von auswärts sind herangezogen, und es ist gesagt: Das ist das gefährliche Liederbuch der Jugend. Herr Dr. Wolters hat ein Liederbuch aus dem Verlage von Singer und Co., aus der Vorwärtsdruckerei in Berlin, angeführt und will behaupten: Dies ist das offizielle Liederbuch der Freien Turnerschaft der hiesigen Stadt, die es in den Turnhallen benutzt, um Lieder daraus singen zu lassen. Ich bin anders berichtet wie Sie. Ich habe von der Umfrage gehört und mir deshalb von vornherein gesagt, daß die Herren vielleicht sehr fein gestimmte Ohren für Republikanergesänge haben und dadurch vielleicht in einen gewissen Mißmut gegenüber der Freien Turnerschaft gesetzt werden könnten. Ich habe mir deshalb das sogenannte „Jugendliederbuch“, das offiziell bei den Turnabenden gebraucht wird, geben lassen. Es ist nicht in der Vorwärts-Druckerei herausgekommen, sondern vom Arbeiterturnverlage Leipzig 1910 herausgegeben. Darin sind derartige Lieder, wie Herr Dr. Wolters behauptet, wie das Lied von der Fahne purpurrot und der Sozialistenmarsch keineswegs enthalten. Ich will es gern auf den Tisch des Hauses legen, damit die Herren davon Kenntnis nehmen, daß darin schöne und nette Volkslieder stehen, manche allerdings, die der deutschen Turnerschaft unangenehm klingen, die von Zahn und seiner Zeit herkommen und für die Ohren eines Gäh nicht besonders gut sind.

In dieser Beziehung scheint also dem Herrn Dr. Wolters ein Irrtum untergelaufen zu sein. Wenn er lediglich dies als Argument dafür anführen will, daß die Turnabende der Freien Turnerschaft politische Abende seien, so irrt er sich. Ich könnte exemplifizieren auf unseren Herrn Vorsitzenden, der wiederholt Gelegenheit genommen hat, auf dem Turnplatz bei Eisenbüttel die jungen Leute in freier turnerischer Bewegung zu sehen und auch mit der Leitung der Freien Turnerschaft zu sprechen. Wenn ich recht berichtet bin, so hat er von politischer

Betätigung, obwohl er sehr scharfsichtige Augen hat, nichts wahrgenommen und hat der Turnleitung gesagt: „Das ist ein frisches fröhliches Spiel! Es freut mich, daß die Arbeiterjugend auf dem grünen Rasen so ihr Wesen treibt.“ Auch in der Unterredung, die der Leiter der hiesigen Freien Turnerschaft mit dem Herrn Oberbürgermeister gehabt hat, mußte der Herr Oberbürgermeister persönlich zugeben: „Ja, wie Sie den Turnbetrieb handhaben, kann gegen Ihre Art und Weise nicht das geringste eingewandt werden.“ Es muß das, was hier im Schreiben vom 14. September steht, aufrechterhalten werden: sie treiben das Turnen einwandfrei in durchaus unpolitischer Weise.

Aber, aber! Es sind gewisse Bestrebungen im Gange und angesehene und mächtige Herren drängen da; ich weiß nicht, inwieweit die Herren im Magistrate selber sitzen, es sollen da auch Herren an der Deutschen Turnerschaft in gewissem Umfange beteiligt sein. Es soll aber besonders von außenstehenden Seiten, die in der Lehrerschaft angesehen sind, die die nationale Jugendbewegung sich in erster Linie angelegen sein lassen, darauf hingewirkt werden: es geht nicht an, daß die Freie Turnerschaft die Räume der städtischen Turnhallen mit dem roten Pestbazillus verseuchen könnte. Als Anlaß, das geht aus dem Referat des Herrn Dr. Wolters hervor, sollte der Vorgang dienen, daß am 2. September, am „heiligen“ Sedantage, die Freie Turnerschaft hier auf dem Schützenplatze ein Schauturnen, eine turnerische Veranstaltung selber in die Wege geleitet hat. Dies hat man zu verhindern gesucht; man hat ihr die Turngeräte entziehen wollen, doch das ist erfreulicherweise von seiten der Stadtverwaltung nicht geschehen. Herr Dr. Wolters hätte sich darüber unterrichten sollen, daß die Vorführungen rein turnerischen Charakters waren und nicht als Gegendemonstration gegenüber der Feier auf dem Sedanplatze gedacht waren, daß sie eine Woche vorher veranstaltet werden sollten und lediglich der Witterungsverhältnisse halber um eine Woche verschoben sind. Das soll nun den Anhalt bilden, aus dem man wiederum eine politische Betätigung herleiten will. Wenn da die Jugend in den Schülerabteilungen der Freien Turnerschaft zu einem gewissen Teile lieber bei ihren Vereinsgenossen hat sein mögen als auf Befehl der Lehrer nach dem Exerzierplatze hinauszugehen, so kann man der Freien Turnerschaft daraus keinen Vorwurf machen. Es ist eine Umfrage gepflogen, und es hat sich erwiesen, daß nur minimal eine Entziehung der Teilnehmer am Sedanfeste stattgefunden hat. Daß eine ganze Reihe Jungen den turnerischen Übungen zugeesehen hat und deren Zahl vielleicht größer war als die der Zuschauer auf dem Exerzierplatze, das soll nicht bestritten werden. Daraus können sie aber nicht herleiten, daß die Freie Turnerschaft irgendwie politisch geartet sei, denn sonst müßte man zugeben, daß

die Veranstaltungen der Schulen zur Feier des „heiligen“ Sedantages auch einen besonderen politischen Charakter haben, und daß die Nichtteilnahme einen ebenso politischen Charakter trägt. Ich glaube, das wird Herr Dr. Wolters nicht behaupten wollen, und deshalb ist auch dies Beweismittel nicht zugräftig.

Herr Dr. Wolters hat weiter noch ausgeführt, daß die Schüler gezwungen seien, dem ganz politischen Arbeiter-Turnerbunde als Mitglieder Beiträge zu zahlen. Herr Dr. Wolters ist auch hier wieder falsch berichtet. Die Schüler zahlen keine Beiträge an den Arbeiter-Turnerbund. Sie zahlen lediglich an eine Unfallkasse, weil bei einem Turnbetriebe doch allerlei Unfälle vorkommen können. Der Beitrag ist ganz minimal, 10 Pfennige im Vierteljahr werden erhoben. Es bleibt der Beweis nicht gegeben, daß hier die Freie Turnerschaft auf den Turnplätzen oder sonst sich irgendwie politisch betätigt hat. Dasjenige, was Herr Dr. Wolters angeführt hat, ist nicht stichhaltig, und ich glaube, selbst wenn man so weit gehen wollte, die Frage genau so zu stellen, wie Herr Dr. Wolters es getan hat, so muß, weil die politische Eigenschaft der Turnvereine verneint wird, auch die Entziehung der Turnhallen verneint und die Berechtigung der Beschwerde anerkannt werden.

Im übrigen halte ich die Frage grundsätzlich für durchaus falsch. Die geehrten Herren sind auch sonst gar nicht in dieser Weise verfahren. Herr Dr. Wolters hat allerdings auf den Mittelständtag hingewiesen und gesagt: Wir unterstützen grundsätzlich nicht irgendwelche politischen Vereinigungen. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß in dem Kampfe um die Jugend, der in ähnlicher Weise sich entwickelt hat wie die Differenz innerhalb der Turnbewegung, der Magistrat und die Stadtverwaltung ausgesprochen Partei genommen hat und hier besondere Mittel bewilligt hat für die sogenannte nationale Jugendbewegung, die später und ausgesprochen zu dem Zwecke der Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung in die Wege geleitet ist. Herr Dr. Wolters hat versucht, alles das, was über die proletarische Jugendbewegung irgendwie und irgendwo, auf Parteitagen oder sonst gesagt sein soll, als Argument zu verwenden gegenüber der hiesigen Freien Turnerschaft. Gewiß gebe ich zu, daß Berührungspunkte vorhanden sein mögen, aber Herr Dr. Wolters wird auch zugeben, daß an sich die Jugendbewegung auf proletarischer Grundlage und die Freie Turnerschaft zwei formell getrennt marschierende Organisationen sind. Er hat weiter angeführt die verschiedenen anderen Vereinigungen, die sich Arbeitersportvereine nennen, die Arbeitersänger, die Arbeiterschwimmer, und wie sie heißen mögen, und als besonders abschreckend darauf hingewiesen, daß verschiedene Arbeitervereine sich zu einem Kartell zusammengetan hätten und bei Veranstaltungen der

klassenbewußten Arbeiterschaft mehr oder minder Anteil nehmen. Das stelle ich nicht in Abrede; es beweist aber in keiner Weise, was Herr Dr. Wolters daraus herleiten will. Denn, wie sind alle diese Vereinigungen entstanden? Genau so wie die Arbeiterturnerschaft, wie der Arbeiter-Turnerbund, dessen Entstehung Herr Dr. Wolters näher skizziert hat: weil alle diese Vereinigungen, die mit der Politik an sich ihrem Inhalte nach nichts zu tun haben — es gibt kein nationales Schwimmen und kein republikanisches Schwimmen, es gibt kein Turnen in der einen oder in der anderen Weise, oder ein Singen, dessen politischer Charakter lediglich in dem Ton liegen sollte — als Widerhall auf die Treibereien und Lohhudeleien in den bisher bestandenen Vereinen, wo bei jedem Festessen der Landesfürst angehocht werden muß, wo versucht werden muß, Politik zu treiben, als neue Vereine sich bilden müssen, ein Abglanz der Klassenkämpfe. Soviel Arbeiter, die noch in den bürgerlichen Vereinigungen sind, werden als Glieder zweiten Grades angesehen. Genau so wie ein Hauptmann der Reserve oder wenigstens ein Ober- oder Unterleutnant immer der Vorsitzende eines Kriegervereins sein muß und die anderen Mitglieder lediglich nebenher noch mitgehalten werden, so geht es auch in diesen Arten der Sportvereine zu. Auch die hiesigen bürgerlichen Turnvereine machen davon ganz und gar keine Ausnahme. Das Zusammenschließen zu verschiedenen Abteilungen, zu Riegen nach besonderen Berufen, nach der akademischen Zugehörigkeit oder nicht, ist ein Anzeichen dafür, daß die Standesunterschiede auch bei ganz einwandfreien, unpolitischen Sachen in die Erscheinung treten. Daß da ein Arbeiter sich nicht wohlfühlen kann, wo er nur als mindergeachtet angesehen wird, ist selbstverständlich, und so sind die Vereinigungen entstanden und bewegen sich auf anderen Grundlagen, indem dort die Mitglieder als Arbeiter zusammenhalten diesen anderen Vereinen gegenüber. Man kann daraus, daß sie sich haben trennen müssen, weil sie die Politik der anderen nicht haben mitmachen wollen, ihren eigenen politischen Charakter nicht herleiten und als bewiesen ansehen.

Ich glaube, aus all diesen Gründen bitten zu sollen, dem Antrage der Kommission nicht stattzugeben. Vielleicht gestatten Sie, Herr Vorsitzender, in formeller Beziehung, daß der Antrag, den ich in der letzten Sitzung angekündigt habe, auch heute als mein Antrag angesehen wird, der dahin lautet, daß ich im Gegensatz zur Kommission bitte: Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, die Kündigung der Turnhallen zum 1. Januar zurückzunehmen. Damit ist ja inhaltlich der Beschwerde abgeholfen, und es bedeutet keine Neuformulierung eines anderen Antrages. Wenn Sie ihm beitreten, werden Sie in erster Linie der Billigkeit und Gerechtigkeit, an die Herr Dr. Wolters im Anjange seiner Rede appelliert

hat, genügen. Gerade weil die Freie Turnerschaft so groß und stark geworden ist, würde es unbillig sein, wenn man dieser Vereinigung, die keinerlei Mißbrauch in den gemieteten Turnhallen getrieben hat, diese entziehen würde. Als billig und gerecht Denkende sollten Sie mitwirken, daß in dem größten Verein — mir ist gesagt, daß in turnerischer Beziehung die Turnkraft der Freien Turnerschaft alle anderen Vereine überstiege, und die turnerische Tendenz ist ja von Ihnen als unterstützenswert anerkannt — die Turngelegenheit gefördert wird. Das Gemeinwohl hat, seitdem der Arbeiter-Turnerbund besteht und die Arbeiterschaft sich ihm angeschlossen hat, dadurch keinen Schaden genommen, daß die Schüler der Arbeiter der Freien Turner die Turnhallen und Spielplätze benutzt haben. Es ist das eine ganze Reihe von Jahren geschehen, sie stehen immer noch und haben nicht gewackelt. Weshalb nun andere Maßnahmen getroffen werden sollen, vermag ich nicht einzusehen. Seien Sie nicht magistratlicher als der Magistrat, und sagen Sie nicht: die Freie Turnerschaft ist politisch, sondern: da der Magistrat die Freie Turnerschaft nicht als politisch erklärt hat, so sehen wir keinen Grund ein, die Maßnahme gutzuheißen, die der Magistrat gegenüber der Freien Turnerschaft beliebt hat.

Vorsigender: Ich habe dem Herrn Vorredner das dreifache Maß an Zeit zugestimmt, als das ist, welches ihm zustand. Ich möchte das hier konstatieren. Er ist der Angegriffene, und ich fand es für der Gerechtigkeit entsprechend. Ich möchte aber von vornherein erklären, daß ich eine weitere Ausdehnung der Redefreiheit nicht zulassen kann, wenn wir zu Ende kommen wollen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Auch ich werde mich nach diesem Wunsche richten. — Wenn man sich fragt, wie es kommen mag, daß die Freie Turnerschaft und Herr Dr. Jasper so sehr für die ganze Sache eintreten, dann muß man doch sagen, daß irgend ein besonderer Grund vorliegen muß, sonst würden sie sich nicht so dafür ins Zeug legen. Denn daß etwa die Lehrer, durch die die Jugend in unseren Schulen im Turnen unterrichtet wird, nicht ihre Schuldigkeit täten oder nicht auf der Höhe ständen, also mit einem Worte, daß ein minderwertiger Turnunterricht erteilt würde, ich glaube, dagegen brauchen wir uns nicht zu wenden, denn diese Annahme ist wohl ausgeschlossen. Der zweite Grund könnte der sein, daß nicht genug geturnt würde. Herr Dr. Jasper nicht. Dann brauchen Sie nur mit einem Antrage herauszukommen. Ich bin fest überzeugt, der Magistrat wird mit allen Kräften, wenn der Wunsch laut wird, dafür eintreten, daß die Turnerei, überhaupt die körperlichen Übungen auch in unseren Bürgerschulen noch mehr als bisher gepflegt werden. Ich glaube, das würde sich machen lassen. Statt dessen aber

treten Sie (zu einem Teile der Stadtverordneten gewendet) sehr entschieden dafür ein, daß der Turnunterricht an die Jugend durch Ihre Leute — so kann ich es nur ausdrücken — in den Turnhallen der Stadt erteilt wird. Ja, meine Herren, wenn Sie nun sagen, es liege gar kein Grund vor, das zu hindern, so kann ich das nicht anerkennen, so leid es mir tut. Wodurch ist denn die ganze Sache ins Rollen gekommen? Das ist geschehen — und auch Herr Dr. Jasper hat es offen anerkannt — durch die Beschlüsse ihrer Parteitage, die Jugend sich anzueignen, den Sozialismus in das Herz der Jugend zu legen. Ich will durchaus nicht die Ansicht vertreten, daß der Magistrat die Aufgabe hätte, Ihre Parteianichten als solche zu bekämpfen. Wir sind (Gott sei Dank, darf ich wohl sagen) nicht dazu berufen, hier Politik zu treiben, wir sollen lediglich Verwaltungsgeäfte erledigen. Aber wenn wir zu der Ansicht kommen, daß das, was in den Turnhallen getrieben wird, für die Jugend nicht gut ist, dann ist es zuviel von uns verlangt, daß wir dazu die Turnhallen hergeben sollen. Ich will auf die Einzelheiten, die von beiden Seiten angeführt sind, nicht eingehen, das würde zu weit führen. Aber das darf ich sagen: Wenn man sieht, wie dem, was die Schule lehrt, Gottesfurcht und Fürstentreue, von Ihrer Partei entgegengearbeitet wird . . . und wenn Sie auch lachen, Herr Dr. Jasper, mir geht es ans Herz! (Bravo!) Sie scheinen kein Herz zu haben! Wenn man sieht, wie Sie diese heiligen Güter des Volkes herunterreißen, dann lassen wir uns das nicht gefallen. (Sehr richtig!) Und darum dürfen wir bei allem Wohlwollen für die Turnsache an sich Ihren Wünschen nicht stattgeben. Die Turnhallen können Sie zu diesem Zweck nicht wiederbekommen. Wir haben der Freien Turnerschaft eröffnet, wenn sie auf unsere Bedingung nicht eingehe, seien die Verträge gekündigt. Die Freie Turnerschaft hat erklärt: Wir verzichten nicht darauf, die Jugend zu unterrichten. Damit sind die Kontrakte aufgehoben, und ich glaube nicht, daß sie wieder erneuert werden. Ich meine, die Ansichten sind genug geklärt: Es liegt eine vollständig unvereinbare Auffassung der Aufgaben der Schule und der Verwaltung gegenüber der Ansicht der Herren vor; eine Vereinbarung ist beim besten Willen nicht zu erzielen.

Auf eines mache ich noch aufmerksam, was Sie nicht werden bestreiten können. Solange wir mit Ihnen zusammen arbeiten, habe ich gefunden, daß wir in manchen Beziehungen durchaus mit Ihnen übereinstimmen können, und wir sind tunlichst auf Ihre Wünsche eingegangen. Aber eines mache ich Ihnen zum Vorwurf: Sie haben, solange ich sie beobachtet habe, immer Ihre Entscheidungen hier getroffen mit Rücksicht auf Ihre Parteistellung, und das halte ich für ein Unglück. Sehen Sie sich die anderen Herren hier an; sie vertreten alle möglichen politischen Ansichten. Wir haben konservative, fortschrittliche, nationalliberale

Stadtverordnete, das darf aber für die Beschlüsse nicht ausschlaggebend sein. In erster Linie sollen wir immer fragen: Was erfordert das Wohl der Stadt? Ich habe die Überzeugung, Sie fragen immer erst: Was erfordert die Rücksicht auf unsere Partei? Solange Sie den Fehler nicht ablegen, meine Herren, werden wir mit Ihnen nicht einig werden. Auch in der vorliegenden Frage können wir uns beim besten Willen nicht auf Ihren Standpunkt stellen.

Stadtv. Riefe: Meine Herren. Gegen den letzten Vorwurf des Herrn Oberbürgermeisters muß ich mich zunächst wenden. Es gehört wohl keiner von Ihnen so lange der Stadtverordnetenversammlung an, als meine Wenigkeit, und es wäre frivol, wollte ich mir den Vorwurf gefallen lassen, ich hätte nur unsere Parteiinteressen vertreten. Das kann der Herr Oberbürgermeister keineswegs aufrecht erhalten. Ich könnte Ihnen Duzende und Hunderte von Fällen anführen, wo das erste Prinzip bei mir war, das Gemeinwohl zu fördern. Nebenbei will ich bemerken, daß nach oben hinauf in allen Lebensbeziehungen die Herren schon allein für sich sorgen und ich es deshalb für meine erste Pflicht halte, für das Proletariat hier einzutreten. Das gestehe ich zu.

Die heute vorliegende Sache ist ins Rollen gekommen, als das Projekt gemacht wurde, Unterkunftsräume für die drei Turnvereine — Turnklub, Turnerschaft des Handwerkervereins und Turnerbrüderschaft — zu erbauen. Da habe ich die Frage aufgeworfen, warum nicht auch für die Freie Turnerschaft, die ziemlich bedeutend sei, Unterkunft geschaffen würde. Es wurde mir entgegengehalten, daß das aus verschiedenen Gründen nicht ginge. Wollten wir ein größeres Bauwerk aufstellen, so müßten wir erst die Genehmigung dazu nachsuchen. Auf dem Französischen Felde selbst das Unterkunftshaus herzurichten, war überhaupt keine Neigung vorhanden, weil das Gebiet nur erpachtet ist, während der Stadtpark unser Eigentum ist. Bei dieser Gelegenheit hat die Baukommission die Sache schon beraten. Das war Anfang September, und die Sache ist lange hingeschleppt, was nicht gut ist, und was verurteilt werden mußte.

In jener Zeit schon, als ich darauf aufmerksam machte, daß wir auch für die Freien Turner eine Unterkunft schaffen müßten, waren schon die Scharfmacher vom Männerturnverein im Gange, und der Magistrat wurde mit Schriften überhäuft. Unter anderem hieß es darin: die drei Turnvereine hätten durch ihre nationalen Bestrebungen, als sie vor dem König von Siam geturnt hätten, Anerkennung erworben, ebenso auch Anerkennung von dem Herzog Johann Albrecht, dem Regenten von Braunschweig, und wenn die Freie Turnerschaft so lange abseits gestanden hätte und nun etwas von der Gnade abhaben wollte, so müßten

die anderen Turnvereine entschieden dagegen Front machen. Ich habe mir das damals wörtlich notiert, und ich stehe für jedes der Worte ein. So ist die Sache in Gang gekommen. Da wurde als Hauptgrund darauf hingewiesen, daß die Freien Turner nicht allein auf dem Standpunkte stehen blieben, nur Turnübungen zu treiben, sondern sie drängen terroristisch in die Familien ein, um für ihre Bestrebungen die Jugend an sich zu reißen. Man kann es begreifen, daß es zum Schaden der bürgerlichen Vereine ist, wenn die Jugend sich den Freien Turnern anschließt. Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Das haben wir eben früher erkannt, und die anderen sind erst später dahintergekommen, wie sie ja immer hinterdreinhinken (Unruhe und Heiterkeit), das ist eben ein Fehler. Ich kann auch noch ein weiteres Beispiel dafür anführen. Die Lebensversicherungsanstalten haben ihren Profit bis jetzt immer für sich eingeheimst und tun es heute noch. 700 000 M. Prämie zahlt die Viktoria, und so ähnlich auch die anderen. Jetzt, da die Volksfürsorge auf dem Plan erscheint, wollen alle zu dem neuen Kinde Gebatter sein und suchen den Profit für sich zu behalten. Sie werden später mehr davon hören, und ich führe das nur als Beispiel an. Ebenso geht es auch in der Jugendbewegung. Wenn in der Beziehung unsere Kreise diejenigen heranziehen, welche dafür wirken wollen, so ist das nur logisch; Sie handeln auch nicht anders. Wenn wir für unser Selbstbestimmungsrecht kämpfen wollen, für die Menschlichkeit und für das Ehrgefühl des deutschen Volkes, und unsere Kinder dafür gewinnen wollen, so gehen auch Sie vor, um das in Ihrer Weise zu tun. Wenn Sie andere Mittel gebrauchen wollen, so ist das Ihre Sache. Wir wählen Mittel, die uns passen, und glauben, daß wir uns damit immerhin auf einem Boden bewegen, der dazu angetan ist, um den allgemeinen Gesetzen Rechnung zu tragen.

Ich möchte Sie ersuchen, die Verfügung des Magistrats zu rektifizieren, wie es in Berlin vorgekommen ist — ich weiß nicht, ob das Ihnen bekannt ist —, wo auch den Freien Turnern die städtischen Turnhallen entzogen waren, aber heute ihnen wieder zur Verfügung stehen. Auch unser Magistrat würde sich nichts vergeben, wenn er sich entschloße, seine Kündigung rückgängig zu machen. Ich bitte, den Antrag Jasper anzunehmen.

Stadtb. Stegmann: Die seit einigen Monaten mit so großer Aufwendung an Zeit und Mühe eingeleitete große Staatsaktion gegen die Freie Turnerschaft ist heute endlich zur Erscheinung gekommen, und der Herr Referent hat sich in recht staatsanwaltschaftlicher Weise sein Material zusammengetragen und hier vorgebracht. Ich will näher nicht darauf eingehen, das hat mein Freund Jasper schon getan. Hauptsache muß es sein, hier festzustellen: Was hat die hiesige Freie Tur-

nerschaft getan, um diese Kündigung zu rechtfertigen? Auch der Herr Oberbürgermeister hat wieder versucht, die Jugendbewegung in die Sache hineinzuziehen; die hat ja aber mit der Freien Turnerschaft gar nichts zu tun. Die Vorführung der Gerichtsentscheidungen (abgesehen davon, daß die Entscheidungen sich widersprechen) sind auch wenig geeignet, als Beweis zu dienen. Große Kreise des Volkes haben eine andere Anschauung als Sie von diesen Erkenntnissen. Glauben Sie, wir sehen sie für gerecht an? Wir wissen, daß viele davon objektiv unrecht sind. Das ist ebenso wie damals, als das Verfahren gegen die Demagogen stattfand. Hat unser liberales Bürgertum diese Urteile als recht erkannt? Nein, es sah sie als Beugung des Rechts an, und so betrachten auch viele solche Gerichtsentscheidungen, die heute gegen die Organisation der Arbeiter gefällt werden. Wenn Herr Dr. Wolters sagt, die Statutenkommission habe aus dem Material ersehen, daß die Freie Turnerschaft ein politischer Verein ist, (sie hat vielleicht den Beschluß einstimmig gefaßt), so sage ich: es ist unerhört, sich auf Grund eines solchen nichtsagenden Materials polizeilicher zu gebärden als die Polizei selbst. Die Polizei hat die Freie Turnerschaft nicht als politischen Verein angesehen, und hier wird es proklamiert, damit die Polizei anfassен soll. Das ist jedenfalls unerhört.

Vorsitzender: Herr Stadtverordneter Stegmann, Sie dürfen den Referenten nicht kränken, indem Sie sagen „damit die Polizei anfassен kann“, — selbst wenn Sie diese Empfindung haben sollten, so ist das gleichgültig, Sie dürfen es nicht sagen.

Stadtv. Stegmann (fortfahrend): Was hat die Freie Turnerschaft begangen? Ist sie ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen? Hat sie in den Räumen Unfug an den Geräten oder den Gebäuden getrieben? Nichts davon ist geschehen! Hat sie in den Turnhallen sozialdemokratische Reden gehalten, oder sind sozialdemokratische Lieder gesungen? Nichts von alledem! Wenn gesagt worden ist, es seien solche Lieder gesungen, so hat schon Herr Dr. Jasper gesagt, daß es nicht wahr ist. Von dem Vorsitzenden der Freien Turnerschaft ist berichtet, daß meist überhaupt nicht gesungen wird, und wenn solche Volkslieder gesungen werden, wie sie in dem kleinen Büchelchen stehen, so ist nichts dagegen einzuwenden. Man hat mit Unterschiebungen gearbeitet, um die Stadtverordnetenversammlung zu beeinflussen (Gehr richtig! bei einem Teile der Stadtverordneten). Das schwere Verbrechen, welches die Freie Turnerschaft begangen hat, liegt darin, Kinder turnen zu lassen, und zwar nicht Kinder der nationalen Parteien, nein, ihre eigenen Kinder, die ihr Fleisch und Blut sind. Die Schule tut nicht ihre volle Pflicht, und da

soll die Freie Turnerschaft nicht diese Kinder im Turnen unterrichten, sie nicht Ausflüge in Wald und Flur machen und Lieder singen lassen! Wenn auch in der Begründung nicht gesagt ist, daß die Nichtbeteiligung am Sedanfeste seitens der Kinder aus der Freien Turnerschaft die Ursache mit ist, so ist es doch andererseits ausgesprochen worden, und dies ist einer der Hauptgründe, daß man so vorgeht, obwohl die Freie Turnerschaft daran unschuldig ist, daß ihr Schauturnen auf den Sedantag gefallen ist. Diese Tatsache zeigt, daß die ganze Staatsaktion so unrecht und lächerlich ist, daß man sich wundern muß, daß so etwas hier vorkommen kann. Was geht es überhaupt den Magistrat und uns an, wo die Eltern ihre Kinder turnen lassen, und welche Lieder die Kinder außerhalb der Schule und außerhalb der Turnhallen singen? Das geht den Magistrat nach Ansicht sämtlicher Eltern dieser Kinder absolut nichts an! Ebenso wenig geht es den Magistrat etwas an, an welchen Festen die Eltern ihre Kinder teilnehmen lassen, an dem Sedanfeste oder an Arbeiterfesten. Das sollten Sie doch auch einsehen!

Was das Material gegen die hiesige Freie Turnerschaft betrifft, so ist der Artikel aus dem „Volksfreund“ angeführt. Nicht die Freie Turnerschaft hat den Artikel gebracht, sondern die Redaktion des „Volksfreundes“, und er enthält mit Ausnahme einiger Worte nur, was von jedem von Ihnen unterschrieben werden kann. Er schildert, daß für alle Arbeiterkinder, die mit der Entlassung aus der Volksschule in ein Lehr- oder Arbeitsverhältnis treten, der schöne Kindertraum zu Ende sei. In der Entwicklungsperiode der Kinder vom 14. bis 18. Jahre sollten die Eltern darauf achten, daß nicht der Grund zu den vielen Berufskrankheiten gelegt würde. Sie sollten für Bewegung im Freien und für Turnen Sorge tragen. Wörtlich heißt es da weiter:

„Das schlimmste ist, daß diese Erkrankungen in den heutigen ungesunden und aufreibenden Arbeitsverhältnissen und Arbeitsmethoden, in der schlechten Entlohnung, in der langen Arbeitszeit, in den erbärmlichen Wohnungsverhältnissen und in der Auszuhungerungspolitik ihren Nährboden finden. Um diesen schädlichen Einwirkungen wenigstens einigermaßen entgegenzutreten zu können, muß die Jugend, so oft wie nur möglich, heraus aus der ewigen Treitmühle des Berufs, hinaus in Licht und Sonnenchein, im Turnen, Wandern und Spielen die Lungen weiten, die Muskeln stärken, den Geist erfrischen und in die rechten Bahnen leiten. Neben den der Arbeiterjugend gebotenen Bildungsgelegenheiten (dies ist der Satz, den der Herr Referent als besonders schwerwiegendes Material vorgelesen hat) ist der Turnplatz die beste Pflegestätte der Volksgeundheit, eine gute Schutzstätte gegen Volkskrankheiten. Der Turnplatz ist aber auch für jung

und alt ein Ort fröhlicher Kameradschaft, Freundschaft und Bruderliebe. Er erzieht zur Solidarität, zu der im Klassenkampfe unentbehrlichen Disziplin, zu männlicher Charakterstärke, zur Verehrung alles Schönen, zu jungfräulicher Anmut.“

Streicht man die vier Worte „der im Klassenkampf unentbehrlichen“, so können Sie alle den Artikel unterschreiben, denn er schildert die wohlthätige Wirkung des Turnens. Das trifft immer und allgemein zu, und was sonst angeführt ist, sind erstrebenswerte Eigenschaften. Die ganz nebensächliche und unbedeutende Bemerkung, daß diese Eigenschaften im Klassenkampfe unentbehrlich seien, die sollen das ganze Argument, der Strich sein, an dem die Freie Turnerschaft aufgeknüpft werden soll. Wer nicht als haßerfüllter Gegner diese nebensächliche Bemerkung ausbeuten will, um seine Zwecke zu erreichen, der kann nichts Belastendes in diesem Artikel des „Volksfreundes“ finden. Wenn im Schlußsatz auf die Jugendbewegung hingewiesen und zum Eintritt in die Freie Turnerschaft aufgefordert wird, so ist das doch selbstverständlich. Ist das ein Moment, das gegen die Freie Turnerschaft angeführt werden kann? Das verstehe ich nicht!

Wenn weiter gesagt worden ist, daß als schwerwiegendes Moment gegen die hiesige Freie Turnerschaft gelten soll, sie habe an Parteifestlichkeiten teilgenommen, und sie inseriere im „Volksfreunde“, dem Parteiblatt, ihre Festlichkeiten und feiere sie im Parteilokale, so erwidere ich: Wir haben gar kein Parteilokal. Wo wir Aufnahme finden, da gehen wir hin; es würde uns ebenso lieb sein, wenn wir nach dem Wilhelmsgarten oder nach dem Saalbau gehen könnten. Das alles soll dazu dienen, um zu beweisen, die Freie Turnerschaft ist sozialdemokratisch. Der Verein an sich hat weder direkt noch indirekt mit der Sozialdemokratie etwas zu tun. Ebenso könnte man sagen, die Deutsche Turnerschaft sei nationalliberal, weil der alte Götz an der Spitze steht. Wir werden das nicht tun, obwohl die nationalen Turnvereine im Fahrwasser der verschiedenen Parteien schwimmen und ihnen Hilfe leisten. Also sozialdemokratisch ist die Freie Turnerschaft absolut nicht, und auch die Gewerkschaften haben nicht den geringsten Einfluß auf sie. Aber selbstverständlich ist es, daß die Freie Turnerschaft die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften sich solidarisch fühlen. Das leugne ich nicht und habe dazu auch keinen Anlaß. Sie sind Fleisch von unserem Fleisch, das kann ich ohne weiteres zugeben.

Vorsitzender: Herr Stadtverordneter Stegmann, Sie sprechen jetzt 10 Minuten; ich muß Sie ersuchen, zu schließen.

Stadt. Stegmann (fortfahrend): Ich bitte, mir noch einige Minuten zu verstaten, sonst muß ich mich nur zum zweiten Male zum Worte melden.

Sie können nicht verlangen, daß der Turner, wenn er in die Turnhalle tritt, seine Gesinnung ablegt. Wenn er Sozialdemokrat ist, ist er auch als Turner der Besitzer der Gesinnung eines Sozialdemokraten. Das ist genau so, wie mit den Turnern aus den gegnerischen Parteien.

Da ich vom Herrn Vorsitzenden aufgefordert bin, zu schließen, will ich kurz nur noch folgendes bemerken: Wenn der Herr Referent gesagt hat, es solle kein Machtstandpunkt herausgekehrt werden, so glaube ich, ein stärkerer Gewaltakt ist in diesem Saale noch nicht begangen worden, als er heute gemacht werden soll, indem man auf Grund eines solchen Materials der Freien Turnerschaft die Gelegenheit zum Turnen entziehen will, ihnen wenigstens keine Geräte und Unterkunftsräume geben will. Das ist dasselbe, als wenn ein Hauswirt zu seinem Mieter sagen wollte: „Ein Teil deiner Familienmitglieder paßt uns nicht, du mußt ausziehen!“ Man ist zwar von manchen Hauswirten vieles gewöhnt, aber wenn ein Hauswirt so handelte, so würde sich darüber ein Sturm der Entrüstung auch in der bürgerlichen Presse erheben. Ganz auf demselben Standpunkte wie ein solcher Hauswirt steht der Magistrat, es ist nichts anderes, wenn er verlangt, daß der Freien Turnerschaft die Turnhallen entzogen werden sollen.

Vorsitzender: Ich bitte den Redner, zu schließen.

Stadtv. Stegmann (fortfahrend): Ich sehe wirklich nicht ein, warum Sie die Freie Turnerschaft auf Grund eines solchen sadenscheinigen Materials ins Freie stoßen und auch die Mitbenutzung der Unterkunftsräume nicht gewähren wollen. Liegt etwas vor gegen die Mitglieder der Freien Turnerschaft? Glauben Sie, daß sie sich mit den anderen Turnern nicht vertragen würden? Die Freien Turner haben keine Furcht, daß dies geschehen könnte, jedenfalls ist das aber seitens der anderen Herrschaften der Fall, denn sie glauben und denken, sie seien etwas Besseres. Begreiflich ist dieses ja, denn wenn man die bürgerlichen Turnvereine fortgesetzt bevorzugt, müssen sie zu diesem Glauben kommen. Wir sollten auf dem Standpunkte stehen, gleiches Recht für alle walten zu lassen, und wenn die übrigen Vereine nicht mit der Freien Turnerschaft turnen wollen, dann lasse man sie ziehen, wohin sie wollen. So gut wie den drei Vereinen die Unterkunft gewährt wird, ebenso gut muß sie auch der Freien Turnerschaft gewährt werden. Kurz und gut: Mögen Sie entscheiden, wie Sie wollen; wenn Sie gerecht entscheiden wollen, können Sie den Antrag der Statutenkommission nicht annehmen, sondern müssen ihn rundweg ablehnen. Das Lebenslicht werden Sie der Freien Turnerschaft auch nicht ausblasen

(Stimme des Vorsitzenden.)

Stadtv. **Stegmann** (spricht weiter): Auch wenn Sie ihr die Turnhallen verweigern, so wird sie weiter wachsen, blühen und gedeihen, darauf können Sie sich verlassen!

Vorsitzender: Ich glaube konstatieren zu können, daß ich alles getan habe, um Herrn Stegmann Gelegenheit zu geben, sich auszusprechen.

Stadtv. **Stegmann:** Ich habe noch vieles verschweigen müssen.

Von Herrn Stadtv. **Schmidt** ist Schluß der Debatte beantragt. Herr Stadtv. Dr. **Jasper** ist der Meinung, daß hierzu ein schriftlicher Antrag nötig sei. Der Herr **Vorsitzende** stellt aus § 16 der Geschäftsordnung fest, daß ein schriftlicher Antrag hierzu nicht vorgeschrieben ist.

Stadtv. **Ohlendorf** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte ersuchen, dem Schluß der Debatte nicht zuzustimmen. Sie haben bei weit weniger wichtigen Sachen sich viel länger bei der Debatte aufgehalten. Falls Sie zu einer längeren Aussprache nicht bereit sind, so möchte ich bitten, da sich Herr Wesemeier schon zum Wort gemeldet hat, wenigstens diesen noch zu hören.

Die Mehrheit der Versammlung entscheidet sich auf Anfrage des Herrn **Vorsitzenden** für Schluß der Debatte. Stadtv. Dr. **Jasper** beantragt namentliche Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Stadtv. Dr. **Bolters** (Schlußwort als Referent): Zu Beginn seiner Ausführungen hat Herr Dr. Jasper darauf hingewiesen, es bestände nach seiner Ansicht ein Widerspruch zwischen der Meinung der Statutenkommission, wie sie von mir ausgeführt ist, und der des Magistrats. Sie haben eben aus dem Munde des Herrn Oberbürgermeisters das Gegenteil gehört, er hat erklärt, daß die Mietverträge nicht erneuert werden. Wenn aber auch, was nicht der Fall ist, ein Widerspruch bestehen würde, was hinderte uns in der Statutenkommission, unabhängig vom Magistrat, einen anderen Beschluß zu fassen und die eigene Meinung der Statutenkommission geltend zu machen?

Sodann hat Herr Dr. Jasper davon gesprochen, es würde von Seiten der Statutenkommission oder von mir staatsanwaltschaftliches Material herbeigeführt. Es ist seitens des Herrn Vorsitzenden schon darauf geantwortet. Man sagt gewöhnlich: Die Güte seiner Sache verbessert derjenige nicht, der sich auf das persönliche Gebiet begibt und innerhalb des Persönlichen sich noch Invektiven leistet.

Ich gehe darüber hinweg. Ich habe die Meinung der Statutenkommission zum Ausdruck gebracht und ihre Meinung ist einstimmig gefaßt.

Herr Dr. Jasper hat darauf hingewiesen, daß bei dem Wahlflugblatt, das von mir erwähnt ist, von mir nicht Bezug genommen sei auf die deutsche Turnerschaft, die das gleiche tue, wie die Freie Turnerschaft. Ich habe vorgetragen, daß in § 2 der Statuten des Deutschen Turnerbundes stehe, es werde jede *P a r t e i - p o l i t i k* ausgeschlossen, (Unruhe) es sei lediglich die Pflege des deutschen Volksbewußtseins und des vaterländischen Sinnes zu treiben. Es ist scharf einander entgegenzuhalten, das Treiben von Parteipolitik und die Pflege deutschen Volksbewußtseins und vaterländischer Gesinnung. Herr Dr. Jasper hat hingewiesen auf die nationalliberale Gesinnung des Führers der Deutschen Turnerschaft, des Dr. Göß. Das macht den Bund, die Deutsche Turnerschaft nicht politisch, sie steht fern von irgend einer Partei, sie ist lediglich vaterländisch und bezweckt die Stärkung des deutschen Volksempfindens. So ist das ein vollkommener Gegensatz zur parteipolitischen Betätigung der Freien Turnerschaft. (Unterbrechung durch Herrn Stadtv. Jasper).

Vorsitzender: Ich bitte Herrn Dr. Jasper, den Redner nicht zu unterbrechen! Wir haben Sie auch ruhig angehört.

Stadtv. Dr. **Bolters** (fortfahrend): Ferner ist darauf hingewiesen, bei Erwähnung der Organisation wäre diese von mir als schauderbar, als abstoßend bezeichnet. Ich habe mich jedes Wortes der Kritik über die Art der Organisation enthalten. Es ist allen, damit auch den Mitgliedern der Freien Turnerschaft das Koalitionsrecht, auch das politische, reichsgesetzlich zugestanden. Ich weiß, daß sie damit ein Recht ausüben, und habe darüber kein Wort wie schauderbar oder abstoßend gesagt. Ich weise es zurück, daß ich solche Kritik ausgeübt hätte. Das Unrecht beginnt aber, wenn man Kinder an politischen Vereinen teilnehmen läßt. Ich hebe nochmals hervor, daß zwischen der Freien Turnerschaft und der Jugend der von mir sehr eingehend begründete Zusammenhang besteht. (Zwischenruf: Ist nicht wahr!)

Vorsitzender: Ich bitte die Zwischenrufe zu unterlassen.

Stadtv. Dr. **Bolters** (fortfahrend): Sodann ist von Herrn Dr. Jasper gesagt, die Gerichtserkenntnisse wären einander widersprechend. Er hat sich aber gehütet, zu sagen: „die Erkenntnisse der höchstinstanzlichen Gerichte,“ denn darin

liegt in keiner Weise ein Widerspruch vor. Ich habe schon in meiner Berichterstattung gesagt, daß die unteren Instanzen zuweilen anders entschieden hätten, selbstverständlich sind aber die Sachen bis zur höchsten Instanz getrieben. Ich habe angeführt, daß die Urteile der oberen Instanzen von Breslau, Elberfeld und Naumburg grundsätzlich im gleichen Sinne entschieden haben. Die unteren Instanzen der Strafkammern haben in einzelnen Instanzen anders entschieden, die höheren Instanzen aber haben einige widersprechende Urteile aufgehoben.

Ferner ist darauf hingewiesen: die Freie Turnerschaft diene der Sozialdemokratie nicht und ich hätte keinen Gegenbeweis gegeben. Ich begreife nicht, wie an dem Beweis gezweifelt werden kann, nachdem ich die Entscheidungen der höchsten Gerichte und die Satzung der Freien Turnerschaft und die Schulberichte verlesen habe. Ich wiederhole: Es ist seitens der einzelnen Schulleiter berichtet, daß zu Beginn der Turnstunden Lieder gesungen werden, und zwar nicht bloß aus dem kleinen, für 5 Pf. käuflichen Liederbuche, sondern auch aus dem Liederbuch: „Der Freie Turner“ (Zwischenruf.) Nein, in den Händen der Kinder beim Turnen waren „Der Freie Turner“ und das von der Vorwärts-Druckerei verlegte Jugendliederbuch (Unruhe auf der Galerie. Zwischenruf: Die Eltern haben es ihnen gegeben!)

Vorsitzender: Wenn sich die Galerie nicht der Äußerungen enthält, so bin ich gezwungen, sie räumen zu lassen.

Stadtb. Dr. **Bolters** (fortfahrend): Das ist das Material, wie es von der Direktion der städtischen Bürgerschulen beigebracht ist. Ich hoffe nicht, daß Sie die Angaben der Direktion der städtischen Bürgerschulen bestreiten! (Zwischenruf: O doch! Durchaus!) Dann wäre es Ihre Aufgabe gewesen, den Gegenbeweis zu führen; die Statutenkommission verläßt sich darauf. (Zwischenruf: Man hat uns ja das Wort abgeschnitten!)

Weiter ist gesagt worden, die Schüler bezahlten keine Beiträge zu dem Arbeiter-Turnerbunde. Das Gegenteil beweist die Satzung. Ich habe Ihnen vorgelesen, daß alle Vereinsangehörigen ohne Unterschied des Alters und Geschlechts jährlich einen Bundesbeitrag von 25 Pf. zu zahlen haben. Jeder, sei es ein Kind, sei es ein Erwachsener, sei es ein Angehöriger männlichen oder weiblichen Geschlechts, hat beizutragen. In § 2 der Satzung der Freien Turnerschaft heißt es: „Die Mitglieder des Vereins sind 1. Turner (Aktive), 2. Turnfreunde (Passive), 3. Turnerinnen. Außerdem werden noch Abteilungen für Jugendturner, Schüler und Schülerinnen unterhalten.“ Und § 6, Absatz 3 lautet so, wie ich Ihnen vorhin

nochmals vorgetragen habe. Es ist also nach Ausweis der Sitzung durchaus richtig, daß auch Schüler und Schülerinnen diesen Bundesbeitrag zu zahlen haben. (Zwischenruf: Durch Wiederholung wird die Behauptung nicht richtig!) Sie wird durch die Wiederholung insofern bekräftigt, als ich dadurch ausdrücke, daß ich in keiner Weise sie zurückzunehmen habe. Ich berufe mich auf die Sitzung und die Schulleiterberichte. (Zuruf: Die sind falsch!)

Dann ist von Herrn Stegmann behauptet, die Jugendbewegung hätte mit der Freien Turnerschaft nichts zu tun. Wenn die Beschlüsse der Parteitage, die ich vorgelesen habe, irgendwelche Absicht und Wirkung gehabt haben, so war es doch die, die Jugend zu bekommen. (Aber nicht wegen der Turner!)

Herr Dr. Jasper sagte, die angeführten Lieder ständen in den genannten Liederbüchern nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Sie brauchen nur die einzelnen Liederbücher und die angeführten Seiten einzusehen. Ich kann nur wiederholen, daß alle die Lieder, die ich genannt habe, in den Büchern stehen, die nach den Berichten der Schulleiter in der Hand der Kinder waren. (Zuruf: Aber nicht in dem Kinderliederbuch! Stadtv. Stegmann: Unerhört!)

Vorsigender: Wir können uns auf diese Zwischenrufe nicht einlassen.

Stadtv. Stegmann: Es wurde mit Unterschiebungen gearbeitet.

Vorsigender: Ich weise einen solchen Ausdruck zurück! Es wird von der Statutenkommission mit dem Material gearbeitet, welches ihr von Amts wegen überwiesen ist. (Stadtv. Dr. Jasper: Von Amts wegen unterschoben!)

Stadtv. Dr. Wolters (fortfahrend): Ferner ist von Herrn Stegmann gesagt, der Artikel des „Volksfreundes“ sei derartig, daß er von uns unterschrieben werden könne. Wenn Herr Stegmann damit Recht hätte, dann würde vermutlich eine Differenz zwischen uns und Ihnen nicht bestehen. Gerade, daß Sie die Politik mit hineinbringen, das ist es, was die Gegnerschaft einbringt. (Zwischenruf: den Haß!) Absolut nicht! Ich kann wiederholen, daß wir alle übereinstimmen, daß das Bestreben, das ihrerseits besteht, auch die Arbeiter und Arbeiterkinder den Turnplätzen, der sportlichen und Leibesbewegung zuzuführen, ein durchaus richtiges und gutes ist, und daß derartige Bestrebungen der Magistrat und, soweit ich die geehrten Herren kenne, auch sie alle unterstützen werden. Was aber aufs tiefste bedauerlich ist, ist die Verquickung dieser Bestrebungen mit der Politik. Unsere Unterstützung werden Sie nicht finden können, wenn Sie sich auf einen politischen Standpunkt stellen.

Dann hat Herr Stegmann noch gesagt, ich hätte geäußert, die Festlichkeiten der hiesigen Freien Turnerschaft würden im Lokale der sozialdemokratischen Partei abgehalten. Das ist mir nicht eingefallen. Ich habe hingewiesen auf das Urteil im Königsberger Falle, wo das preußische Oberverwaltungsgericht dieses und mehrere andere Momente hervorgehoben hat als Merkmale, worin die Eigenschaften eines politischen Vereins zu finden sind.

Weiter habe ich zu der Sache nichts zu sagen.

Der Antrag Jasper auf namentliche Abstimmung wird mit 7 Stimmen angenommen. (Geschäftsordnungsmäßig sind 6 Stimmen dazu erforderlich.)

Vorsitzender: Es ist zunächst über den Antrag Jasper, der schon in der vorigen Sitzung eingebracht wurde und in der heutigen Sitzung in etwas anderer Form wiederholt ist, abzustimmen. Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die Kündigung sofort zurückzunehmen, die er gegen die Freie Turnerschaft hinsichtlich der Benutzung der Turnhallen zum 1. Januar 1913 ausgesprochen hat.“ Das ist der weitestgehende Antrag. Sodann könnten wir über die verschiedenen Anträge, die von seiten der Kommission gestellt sind, in eins abstimmen. Es wird von den Kommissionen vorgeschlagen 1. die Beschwerde zurückzuweisen, 2. uns gutachtlich dahin zu äußern, daß eine Erneuerung der Mietverträge nicht anzuerkennen ist, 3. für die Errichtung des Unterkunftshauses 7400 M zu bewilligen und der Überlassung an die drei Turnvereine zuzustimmen. Wer für den einen von diesen drei Punkten ist, wird auch für die anderen beiden sein.

Ich bitte die Herren Tolle und Munte, als Stimmzähler zu fungieren.

Wer für den Antrag Jasper stimmen will, den bitte ich mit Ja zu antworten, sonst mit Nein.

Beim Namensaufruf durch den Herrn Vorsitzenden stimmen gegen den Antrag Jasper die Herren Stadtverordneten Dr. Wolters, Frühling, Böhnemöke, Dr. Henking, Hartung, Schmidt, Eckhardt, Thiemann, Probst, Ribbentrop, Lange, Busch, Mohr, Meyerhoff, Göde, Munte, Rasche, Dr. Voge, Dr. Kleinfnecht, Sander, Frede, Loeßig, Adenhausen, Tolle, Friede, Bähr, Leue, = 24 Stadtverordnete;

für den Antrag stimmen die Herren Stadtverordneten Stegmann, Dr. Jasper, Wesemeier, Kiefe, Ohlendorf, Hesse, Bunge, = 7 Stadtverordnete.

Für die Anträge der Kommission stimmen die zuerst genannten 24 Stadtverordneten, dagegen die zuletzt genannten 7 Stadtverordneten.

Stadt v. Dr. **Jasper** (zu einer persönlichen Bemerkung): Der Herr Oberbürgermeister hat gegen meine Freunde und mich den Vorwurf erhoben, daß wir alle Angelegenheiten der Stadt lediglich vom Parteistandpunkte ansehen und daß deshalb kein Auskommen mit uns — ich kann nur persönlich für mich reden — mit mir dabei sei. Es ist das unrichtig insofern, als ich die Angelegenheiten der Stadt von grundsätzlichen Stadtpunkte aus ansehe und die Grundsätze, die ich verrete, sich meiner Auffassung nach mit dem Gemeinwohl der Stadt durchaus decken, während bei der Gegenseite anscheinend Grundsätze in der Verwertung von gewissen Machtstandpunkten vorhanden zu sein scheinen.

Vorsitzender: Ich kann nur erklären, daß ich persönlich einen derartigen Ausdruck des Herrn Oberbürgermeisters nicht gehört habe. Das Stenogramm wird das ja ergeben.

4. Erhebung einer Klage auf Rückerstattung von Reichsstempelabgaben.

Stadt v. **Sander:** Es handelt sich um Stempelabgaben für den Übergang von Terrain an die Stadt beim Ausbau der Cellerstraße. Der Magistrat schreibt darüber folgendes:

„Nach dem Reichsstempelgesetz vom 15. Juli 1909 unterliegen die Beurkundungen der Übertragung des Eigentums an Grundstücken der Reichsstempelabgabe. Nach dem Gesetze sollen bestimmte Eigentumsveränderungen von der Abgabe befreit sein, und (nach einer später ergangenen Befreiungsvorschrift) auf Antrag auch solche, „denen sich die Beteiligten aus Gründen des öffentlichen Wohles zu unterwerfen gesetzlich verpflichtet sind“.

Gestützt auf diese Vorschrift haben wir Befreiung von der Reichsstempelabgabe beantragt für zwei vom Justizrat Gebhard unter dem 24. Juni bzw. 11. Juli d. Js. aufgenommene Verträge wegen stadtseitigen Ankaufs von Grundflächen zum Ausbau der Cellerstraße. Die den Reichsfiskus vertretende Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion hat diesen Antrag indessen aus den aus der Anlage zu entnehmenden Gründen abgelehnt. Wir können letztere als zutreffend nicht anerkennen und halten es deshalb bei der Bedeutung, welche bei der Häufigkeit gleichliegender Fälle die Entscheidung der aufgeworfenen Frage für die Stadt hat, für angezeigt, die bezeichnete Verfügung Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion durch Erhebung der Klage anzufechten. Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion stützt ihre Ansicht in der Hauptsache darauf, daß der Stadt Braunschweig hinsichtlich der erworbenen Flächen ein Enteignungsanspruch nicht zugestanden habe, und daß deshalb die Verkäufer zur Abtretung des Terrains nicht gesetzlich verpflichtet ge-

weisen seien. Es will uns scheinen, als ob Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion dabei übersehen hat, daß die gesetzliche Verpflichtung zur Abtretung für den Grundeigentümer nicht erst dadurch erwächst, daß der Stadt das Recht der Zwangse enteignung verliehen wird, sondern daß sie schon viel früher durch die Festsetzung des Ortsbauplans in Verbindung mit § 48 der Wegeordnung entstanden ist, welche lautet: „Jeder Eigentümer ist verpflichtet, die zur Erweiterung der Straßen und Wege . . . erforderliche Grundfläche . . . , wenn es notwendig gefunden wird, gegen Entschädigung abzutreten.“ Der von Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion angezogene § 53 der Wegeordnung regelt, wie auch seine Überschrift besagt, lediglich das Verfahren, welches bei Abtretung der zu den Wegen zu verwendenden Privatgrundstücke zu befolgen ist, enthält aber kein materielles Recht und schafft namentlich für den Eigentümer keine Verpflichtung zur Veräußerung.

Mit dem Hinzufügen, daß die auf Grund der vorbezeichneten Verträge ebenf. zu zahlende Abgabe von 191,40 M von uns einstweilen unter Vorbehalt gezahlt ist, richten wir an die geehrten Herren das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß wegen der Rückerstattung des genannten Betrages der Rechtsweg beschritten wird.“

Die Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion schreibt als Gegenbeweis folgendes: „Wir halten die Anwendung der fraglichen Befreiungsvorschriften auf die vorliegenden Fälle nicht für gerechtfertigt.

Der Stadt Braunschweig stand nach dem § 53 der Wegeordnung nicht ein ohne weiteres wirksamer Enteignungsanspruch zu, vielmehr bedurfte es hinsichtlich der Notwendigkeit der Inanspruchnahme der erworbenen Grundfläche zur Straßenverbreiterung und zur praktischen Durchführung des Enteignungsanspruches einer Entscheidung des Herzogl. Staatsministerium, die nicht herbeigeführt ist. Eine, wie in den vorliegenden Fällen, gütlich erfolgte Grundstücksabtretung, die stattfindet, um der Verwirklichung des Enteignungsanspruches im Wege des Enteignungsverfahrens zuvorzukommen, fällt unter die genannte Befreiungsvorschrift nur dann, wenn zur Zeit des Vertragsabschlusses feststeht, daß der Enteignungsanspruch wirklich besteht. Im Falle des § 53 der Wegeordnung kann aber für das Gebiet der Stadt Braunschweig ein Enteignungsanspruch als tatsächlich bestehend erst dann anerkannt werden, wenn die dort erwähnte Entscheidung des Herzogl. Staatsministeriums ergangen ist.“

Die Statutent Kommission hat die Sache geprüft. Sie steht auf demselben Standpunkte wie der Magistrat und gibt anheim, den Antrag zu genehmigen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

5. Regelung der Geschäfte der Schuldiener bezüglich der Heizung der Schulen und Bestreuen der Fußwege.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: In fünf unserer Bürgerschulen sind neben den Schuldienern keine besonderen Heizer angestellt und insolgedessen müssen die Schuldiener die Arbeit des Heizens mit übernehmen. Es handelt sich um die Schulen an der Eßternstraße, am Südklint, an der Reichsstraße, Leopoldstraße und Breitenstraße. Die Schuldiener der Schule an der Eßternstraße und am Südklint (Tappe und Jakobi) bekommen schon jetzt für diese vermehrte Arbeit 100 *M* im Jahre. Der Schuldiener Schmidt von der Leopoldstraße hat ebenfalls um eine Vergütung für Besorgung der Heizung nachgesucht, während die Schuldiener an der Reichs- und Breitenstraße mit ihrem jetzigen Gehalt zufrieden sind. Nun beantragen die Schuldiener von der Eßternstraße und vom Südklint eine Erhöhung ihrer Vergütung. Sie behaupten, sie hätten dadurch, daß sie bei Winterglätte die Fußwege vor den Schulen bestreuen, wie auch von Schnee und Eis befreien müssen, eine erhöhte Arbeit und bitten hierfür um 50 *M* extra. Der Magistrat hält es für richtig, daß die Schuldiener der 5 genannten Schulen eine gleichmäßige Vergütung für ihre vermehrte Arbeit bekommen, und schlägt den Satz von 100 *M* vor. Er kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die beiden Schuldiener der Schulen an der Eßternstraße und am Südklint noch außerdem eine besondere Vergütung für das Reinigen der Fußwege bekommen. Das Bestreuen der Fußwege bei Winterglätte ist eine Arbeit, die jeder Hauseigentümer leisten muß, und diese ist verhältnismäßig so gering, daß eine besondere Vergütung dafür zu zahlen nicht angängig ist. Dagegen verlangt die Befreiung von Schnee und Eis eine besondere Arbeit und entspricht eigentlich nicht den Arbeiten, die die Schuldiener sonst zu leisten haben. Deshalb schlägt der Magistrat vor, daß diese Arbeit in der Innenstadt von den Mannschaften der Straßenreinigung und in der Außenstadt von den städtischen Wegewärtern und deren Hilfsarbeitern besorgt wird. Die Schulkommission hält es auch für zweckmäßig, daß die Schuldiener der fünf Schulen, die ja im wesentlichen die gleiche Arbeit haben, auch eine gleiche Bezahlung bekommen. Eine vollständig gleiche Arbeit ist natürlich nicht möglich, wie das im Leben ja immer so ist, daß einer etwas mehr, der andere weniger zu tun hat, aber es soll darauf gesehen werden, daß die Stellen, auf denen weniger zu tun ist, den älteren Schuldienern, die anderen Stellen den jüngeren übertragen werden und auf diese Weise ein Ausgleich geschaffen wird. Der Magistrat schlägt deshalb vor, vom 1. Oktober ab die Regelung in der vorgetragenen Weise vorzunehmen.

Die Schulkommission hat sich dem Beschlusse und der Begründung des Magistrats angeschlossen und ersucht die geehrte Versammlung, den Vorschlägen des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. **Bunge:** Meine Herren. Es ist anerkennenswert, daß die Schulkommission dazu übergegangen ist, zu empfehlen, daß diesen Schuldienern eine Gehaltsaufbesserung zugebracht wird. Trotzdem stehe ich auf dem Standpunkte, daß damit der Gesamtheit der Schuldiener nicht gedient ist. Ich meine, es müßte die Gehaltsfrage der Schuldiener in sämtlichen Schulen aufgeworfen werden, denn wie mir verschiedentlich mitgeteilt ist, herrschen dort eine ganze Reihe von Unannehmlichkeiten, die wohl beseitigt werden könnten. Wenn hier die fünf betreffenden Schuldiener eine Zulage bekommen und das Streuen im Winter umsonst ausführen sollen, so kommt doch auch noch eine Menge Arbeiten hinzu, die die Schuldiener umsonst machen müssen. Z. B. ist mir bekannt geworden, daß die Heizung der Schulen, sobald der Herbst einsetzt, von den Schuldienern besorgt werden muß, und manchmal muß schon Anfang September geheizt werden. Die Heizer arbeiten in den Schulen aber nur vom 1. November bis 1. April. In dieser Übergangszeit haben die Schuldiener die ganze Arbeit auf ihrer Klappe, sie müssen den ganzen Tag über ihre Frau zur Hilfe herbeiziehen und bekommen keine Vergütung hierfür. Deswegen hätte ich es für angebracht gehalten, wenn man die ganze Frage aufgerollt hätte, alle Mißstände gewürdigt und allen Schuldienern in gleicher Weise eine Lohnerhöhung hätte zuteil werden lassen. Auch das große Reinemachen soll in gewisser Weise Unannehmlichkeiten für die Schuldiener mit sich bringen. Wie mir von dritter und vierter Hand berichtet ist, wäre eine ganze Reihe von Schuldienern damit zufrieden, wenn sie mit der Verteilung des Geldes dafür nichts zu tun hätten. Sie müßten Scheuer- und Staubtücher liefern und können, wie ich das aufgefaßt habe, zum großen Teile nicht mit dem dafür ausgesetzten Gelde zurechtkommen. Ich möchte Sie bitten, diese Vorlage heute noch einmal zurückzunehmen. Herr Dr. Kleinknecht schüttelt mit dem Kopfe. Dann möchte ich den Magistrat ersuchen, in nächster Zukunft diese Mißstände und Mißbilligkeiten zu prüfen und für Abhilfe zu sorgen.

Die Versammlung ist mit der Regelung der besprochenen Geschäfte in der vorgetragenen Weise und der Gewährung einer Vergütung von 100 M an die fünf Schulpedelle einverstanden.

6. Eingabe wegen Instandsetzung und Errichtung von Reitwegen.

Stadtv. **Frühling:** Seitens des Herrn Dr. Hoffmann, des Präsidenten des Braunschweigischen Reit- und Fahrvereins, und des Herrn Oberstleutnant von

Nechtritz, des Kommandeurs des hiesigen Husarenregiments, ist folgende Eingabe hier eingegangen:

„Vor 1½ Jahren wurde vom unterzeichneten Dr. Hoffmann im Namen des Braunschweiger Reit- und Fahrvereins und von einer großen Anzahl angesehener Einwohner der Stadt Braunschweig je eine Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet mit der Bitte, die alten, verwahrlosten Reitwege um die Stadt wiederherzustellen und neue anlegen zu lassen. In der Zeitung konnte man nach geraumer Zeit lesen, daß die Eingaben einer Kommission übergeben seien. Seitdem hat man nichts mehr davon gehört; eine Antwort ist auch nicht erfolgt. Die Unterzeichneten erneuern hierdurch eindringlich die in den Eingaben gestellten Bitten, deren Begründung sie sich auch heute wieder mit allem Nachdruck zu eigen machen.“

Die Eingabe hat der Baukommission vorgelegen. Es ist von ihr festgestellt, daß der zuerst eingegangenen Eingabe, was den Bürgerpark betrifft, keine Folge hat gegeben werden können, weil zurzeit größere Umbauten im Bürgerpark nicht vorgenommen werden können mit Rücksicht darauf, daß später die Staatsbahn durch den Park gelegt werden wird, und deshalb die Ausführung solcher Änderungen auf spätere Zeit verschoben werden muß. Außerdem ist in der Kommission festgestellt, daß bei Beratung über die Einrichtung des Franzischen Feldes der Anregung Folge gegeben ist, Reitwege dort anzulegen. Auch bei den übrigen Straßenanlagen ist die Frage der Anlage von Reitwegen in Erwägung gezogen und eingehend beraten, und es ist hier in der Versammlung darüber Beschluß gefaßt. Unter diesen Umständen hat die Baukommission geglaubt, daß eine neue Beratung dieser Angelegenheit nicht erforderlich sein kann und beantragt durch mich Übergang zur Tagesordnung.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Vorsitzender: Herr Busch hat gebeten, über den Punkt 16, für den er der Referent ist, jetzt berichten zu dürfen. Ich nehme an, daß die Herren mit dieser Änderung der Tagesordnung einverstanden sind.

7. Antrag des Stadtv. Hartung auf Errichtung von Bedürfnisanstalten für Frauen in jedem Vorbezirk.

Stadtv. **Busch:** Meine Herren. Es liegt ein Antrag des Herrn Stadtv. Hartung mit folgendem Wortlaut vor: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage zur Errichtung von Bedürf-

nisanstalten für Frauen in jedem Torbezirk zu machen.“ Es ist wohl keiner in der Versammlung, der nicht diesen Antrag als berechtigt anerkennt. Bei der weiten Ausdehnung unseres Stadtgebietes sind in der That die Bedürfnisanstalten für Frauen etwas stiefmütterlich behandelt. Dieser Ansicht hat sich auch die Baukommission angeschlossen und ist einstimmig zu dem Beschluß gekommen, den Magistrat zu bitten, diesen Antrag in wohlwollende Erwägung zu ziehen. Ich möchte die geehrte Versammlung ersuchen, zu diesem Kommissionsbeschlusse Ihre Zustimmung zu erteilen.

Stadtv. Stegmann: Meine Herren. Es ist von der Baukommission die Notwendigkeit anerkannt worden, in jedem Torbezirk eine Bedürfnisanstalt für Frauen zu errichten. Nun kann ich wieder nicht verstehen, gerade wie in der vorigen Sitzung auch, warum der Antrag Hartung nicht einfach angenommen werden soll. Wenn die Notwendigkeit vorliegt, dann vergibt man sich doch gar nichts, wenn man fordert, was beantragt ist. Die Kommission schlägt vor, der Antrag solle dem Magistrat zur wohlwollenden Erwägung übergeben werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß ich wirklich nicht das Vertrauen in den Magistrat setze, daß er auf diesen Wunsch etwas gibt, da der Magistrat selbst darauf nichts gibt, wenn Anträge angenommen werden. Ich möchte in der Beziehung auf einen typischen Fall hinweisen. Im vorigen Winter ist fast einstimmig beschlossen worden, daß von der Pestalozzistraße nach der Maschstraße eine Fußgängerbrücke über die Oker errichtet werden soll. Es war auch erst vorgeschlagen, den Antrag dem Magistrat zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen. Dann wurde aber der Beschluß, die Brücke zu bauen, mit großer Majorität angenommen. Trotzdem sehen wir nicht, daß dieser Beschluß jetzt ausgeführt wird. Wenn man dies bedenkt, dann hat man keine Neigung, einen solchen Antrag dem Magistrat zur wohlwollenden Erwägung zu übergeben. Es ist gerade so, als ob die Stadtverordneten brüskiert werden sollten. Ich bitte, einen bestimmten Beschluß zu fassen, die Anstalten auszuführen. Wenn es der Magistrat nachher nicht tut, so können wir wenigstens nichts dafür.

Sodann möchte ich noch den Wunsch aussprechen, daß die Anstalten nicht so, wie die auf dem Hagenmarkte, nur gegen Entgelt zur Benutzung stehen, sondern der freien Benutzung zugänglich sind. Es wird gesagt werden, das kostet eine Menge Geld, noch dazu, da eine Person zur Überwachung der Anstalt dort sein muß. Das letztere gebe ich zu, aber ich denke, die Arbeiterfrauen, die hierfür angestellt werden, werden nicht so horrenden Summen beanspruchen, daß es die Stadt Braunschweig nicht tragen könnte. Falls man fürchtet, daß die Damen der

besseren Gesellschaft die Anstalten meiden würden, falls sie unentgeltlich benutzt werden könnten, so bliebe noch der Ausweg übrig, daß eine Teilung jeder Anstalt vorgesehen würde, so daß ein Teil frei und der andere gegen ein Entgelt von vielleicht 10 Pfennig benutzt werden könnte.

Vorsitzender: Ich glaube, Herr Stegmann, wir können uns mit dieser Anregung vorerst begnügen. Wir bekommen ja unter allen Umständen die Vorlage, es würde richtig sein, dann die Anregung weiter zu verfolgen.

Bürgermeister Meyer: Es soll mir einerlei sein, ob Sie dem Vorschlage des Herrn Stegmann Folge geben und den Antrag annehmen, oder ob Sie denselben dem Magistrat zur wohlwollenden Erwägung verstellen wollen. Ich will aber darauf hinweisen, daß der Magistrat sich auch schon ohnedies mit der Frage seit längerer Zeit beschäftigt hat und auch bereit ist, der Baukommission eine bestimmte Vorlage zu unterbreiten, allerdings nur zu einer gutachtlichen Äußerung. Es handelt sich bei der Frage um verschiedene Gesichtspunkte; einmal um die Wahl der Plätze, wo gebaut werden soll, vor allen Dingen aber um die noch wichtigere Frage, ob ober- oder unterirdische Anlagen gebaut werden sollen. Das ist alles schon besprochen, nur ist es noch nicht zu einem Beschluß gekommen; es bedarf also der Anregung hier nicht. Noch weniger berechtigt ist der Vorwurf des Herrn Stegmann hinsichtlich der anderen Frage. Es ist an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ein Projekt vorzulegen wegen Errichtung einer Verbindungsbrücke zwischen Maschstraße und Pestalozzistraße. Wenn sich die Sache so schnell erledigen ließe, wie das Wort ausgesprochen wird, dann hätte der Magistrat auch schon längst eine Vorlage machen können. Die Sache liegt so: Der Magistrat hat den Antrag ernst genommen und ist in Verhandlungen wegen Erwerbes des Terrains eingetreten, welches zum Bau der Brücke erforderlich ist. Die Erwerbung des Terrains hat aber Schwierigkeiten gemacht und macht sie noch heute. Es ist erst vorgestern seitens der städtischen Bauverwaltung Antwort eingegangen darüber, ob eine Preisforderung wegen des gesamten Grundstücks, das angekauft werden soll, angemessen wäre oder nicht. Wenn wir so viel zahlen, wie der Eigentümer verlangt und die Stadtverordneten dem zustimmen wollen, dann können wir das Projekt mit großer Geschwindigkeit machen. Wir halten es aber für unsere Schuldigkeit, sparsam zu wirtschaften, und dann muß man sich gedulden, bis Klarheit geschaffen ist. Die Sache ist jetzt so weit geklärt, als der Magistrat

sich schlüssig machen kann, ob er bei dieser Sachlage, bei den verhältnismäßig hohen Unkosten den Herren eine Vorlage auf Errichtung einer Brücke machen kann oder nicht, und Sie werden, je nachdem die Beantwortung dieser Frage ausfällt, eine Antwort bekommen.

Stadtv. Lange: Ich möchte empfehlen, dem Antrage auf wohlwollende Erwägung der Errichtung dieser Bedürfnisanstalten eventl. noch die Bitte anzugliedern, auch zu erwägen, ob es nicht möglich ist, diese Häuschen in Verbindung mit den Wartehallen für die elektrische Straßenbahn zu bauen, deren Fehlen sich gerade bei dem schlechten Wetter dieser Tage besonders bemerkbar gemacht hat. Ich habe diesen Antrag der Errichtung von Wartehallen schon früher eingebracht. Er ist damals abgelehnt, aber in Aussicht genommen, eine Versuchshalle in der Gegend des Augusttores zu errichten. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Ich glaube, es würde an der Zeit sein, die Errichtung von Wartehallen mit der von Bedürfnisanstalten zu verbinden, wie das auch in anderen Städten geschehen ist. Der Herr Bürgermeister hat schon erwähnt, daß man überlegt habe, ob diese Bedürfnisanstalten unterirdisch angelegt werden sollen. Gerade damit würden sich die Wartehallen besonders leicht verbinden lassen.

Vorsitzender: Ich glaube, es ist richtiger, wir lassen heute den vorliegenden Antrag Hartung für sich bestehen, und wenn die Sache in das zweite Stadium kommt, daß uns Propositionen gemacht werden, dann würde Gelegenheit sein, auf die heutigen Vorschläge zurückzukommen.

Stadtv. Frühling: Auf die Anregung des Herrn Lange möchte ich erwidern, daß auch der von ihm erwähnte Punkt in der Kommission besprochen und darauf hingewiesen ist, wenn möglich die Wartehallen mit den vorgeschlagenen Anlagen zu verbinden.

Vorsitzender: Genügt dem Herrn Stadtv. Lange diese Mitteilung für heute? (Wird bejaht.)

Der Antrag Hartung wird angenommen; damit ist der Kommissionsantrag gefallen.

Herr Stadtv. Dr. **Bolters** übernimmt den Vorsitz.

8. Ausbau von Teilstrecken der Hermann-, Diesterweg- und Wittelindstraße und Erklärung derselben zu Ortsstraßen.

Stadtv. Tolle: Der Ausbau dieser drei Straßenzüge ist grundsätzlich bereits früher von den städtischen Behörden beschlossen. Es liegen nunmehr die Pläne von der städtischen Bauverwaltung vor, wie die Straßen ausgebaut werden sollen. Sämtliche drei Straßenzüge sollen mit Kleinpflaster versehen und die Fußwege in einer Breite von 1,80 m mit Platten belegt werden. Daneben ist eine Chaufürung aus Ziegelbrocken und Grand vorgesehen. Für die Übergänge an den Straßenkreuzungen sollen Reihenpflastersteine zur Anwendung kommen.

Die Gesamtbreite der *Wittelindstraße* ist auf 14 m festgelegt, davon entfallen 6 m auf die Fahrbahn und je 4 m auf die Fußwege. Auf jedem Fußwege soll eine Reihe von Laubbäumen angepflanzt werden. Die gesamte Frontlänge beträgt 207,95 m. Die Grunderwerbskosten betragen 13 500 *M*, die Straßenbaukosten 16 000 *M*, so daß zusammen eine voraussichtliche Ausgabe von 29 500 *M* entstehen wird oder für das laufende m Frontlänge 141,90 *M*.

Die *Hermannstraße* soll eine Gesamtbreite von 17 m haben. Davon werden 9 m auf die Fahrbahn und je 4 m auf die Fußwege entfallen. Auch hier sind Laubbäume auf den beiderseitigen Fußwegen vorgesehen. Die Grunderwerbskosten betragen 12 000 *M*, die Straßenbaukosten 11 500 *M*, so daß Gesamtkosten von 23 500 *M* entstehen werden. Die Frontlänge beträgt 130,17 m, so daß auf das m Frontlänge voraussichtlich ein Einheitsbetrag von 180,60 *M* entfallen wird.

Die *Diesterwegstraße* soll eine Gesamtbreite von 14 m erhalten; die Fahrbahn wird 8 m und die Fußwege werden je 3 m breit werden. Die Fußwege sind um je 1 m schmaler als bei den anderen beiden Straßen, insolgedessen können Laubbäume hier nicht angepflanzt werden. Der Grunderwerb erfordert bei dieser Straße 9300 *M*, der Straßenbau 9000 *M*, so daß Gesamtkosten von 18 300 *M* entstehen. Die Frontlänge beträgt 186,80 m; der Einheitsbetrag wird sich voraussichtlich für 1 m Frontlänge auf 144,40 *M* belaufen.

Der Magistrat ersucht, diesem Projekte zuzustimmen und zugleich die sämtlichen drei Straßenstrecken zu Ortsstraßen zu erklären. Im Namen der Baukommission habe ich zu empfehlen, im Sinne der Magistratsvorlage zu beschließen.

Die Projekte werden genehmigt und die Zustimmung dazu erteilt, daß die Straßenzüge zu Ortsstraßen erklärt werden.

9. Verwilligung eines Betrages für die Errichtung einer Warmwasserbereitungsanlage auf dem Marstallgrundstücke.

Stadtv. **Riefe:** Der Magistrat schreibt in dieser Angelegenheit: „Nach Kapitel II 4 b des ordentlichen Etats haben sich die städtischen Behörden die Verfügung über die zur Instandsetzung der Badeeinrichtung des Marstallgrundstücks ausgeworfenen 2000 *M* vorbehalten. Dieser Vorbehalt war von uns beantragt, weil die geringe Benutzung der Badeanstalt es zweifelhaft erscheinen ließ, ob die Ausführung der in Aussicht genommenen Instandsetzung geboten und es nicht vielmehr angezeigt sei, die Einrichtung eingehen zu lassen und dem Marstallpersonal als Ersatz Bäder in den Volksbrausebädern unentgeltlich zu gewähren. Noch bevor ein Beschluß hierüber gefaßt war, zeigte sich an dem im Hofe des benachbarten Gaswerks liegenden Dampfzuleitungsrohr der Badeanstalt eine Undichtigkeit, und zwar eine so erhebliche, daß die Direktion der Licht- und Wasserwerke wegen des Dampfverlustes um schnelle Abhilfe ersuchte. Die Meldung traf bei uns am 17. Juli d. Js. ein, also zu einer Zeit, wo es nicht möglich war, die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zur Herausgabe von Mitteln zur Instandsetzung der Badeanstalt einzuholen. Da aber Eile geboten war und es andererseits als notwendig angesehen werden konnte, dem Personal des Marstalls im ausreichenden Maße heißes Wasser zu gründlichen Waschungen zu gewähren, so ist von uns mit Zustimmung der Straßenreinigungsdeputation einer Anregung der städtischen Bauverwaltung entsprechend verfügt, daß von letzterer in dem von dem Baderaum getrennten Waschraum des Grundstücks eine Warmwasserbereitungsanlage eingerichtet werde, welche für Waschzwecke heißes Wasser in genügender Menge liefert und gegebenenfalls auch an die Badeanstalt, wenn deren Instandsetzung etwa später erfolgen sollte, Wasser abgeben kann.

Nach einem Bericht der städtischen Bauverwaltung ist der Auftrag inzwischen erledigt. Wir ersuchen, der Ausführung nachträglich zuzustimmen, sowie die daraus erwachsenen Kosten zu 430,21 *M* zu Lasten des Kapitels II des ordentlichen Etats zu verwilligen.

Was die Instandsetzung der Badeeinrichtung betrifft, so sind wir in unserer Ansicht, Aufwendungen einstweilen nicht zu machen, noch bestärkt. Wir halten es für richtig, zunächst abzuwarten, wie die inzwischen getroffene Maßnahme, wonach den Mannschaften des Marstalls Karten zur unentgeltlichen Benutzung des Brausebades an der Kaiserstraße auf Anforderung zur Verfügung gestellt werden, sich bewährt und die Entscheidung bis dahin zu verschieben.“

Die Baukommission hat die Angelegenheit beraten und ist einstimmig zu dem Beschlusse gekommen: da diese Anlage sich als notwendig herausgestellt hat, der Versammlung zu empfehlen, die Mittel nachträglich zu bewilligen. Ferner wurde beschlossen, diesen vorläufigen Zustand beizubehalten. Damit ist die Anlage einer Badeanstalt auf dem Marzfallgrundstücke nicht in die Unmöglichkeit verwiesen; wenn sich der jetzige Zustand nicht bewährt, soll sie noch ausgeführt werden. Das ist der Beschluß der Kommission.

Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß ich es nach wie vor für nötig halte, die Badeanlage jetzt gleich auszuführen. Mittel dafür sind ausgeworfen, und es ist in hygienischer Rücksicht besser auf die Arbeiter einzuwirken, wenn sie sofort an Ort und Stelle von der Badeanstalt Gebrauch machen können. Diesen Standpunkt habe ich in der Baukommission vertreten. Der Beschluß der Mehrheit der Kommission geht aber dahin, wie ich vorgetragen habe.

Die Versammlung stimmt den Beschlüssen der Baukommission zu.

10. Verwilligung eines Betrages für das Kindergärtnerinnenseminar.

Stadt v. **Leue**: In der Stadt Braunschweig besteht seit etwa 40 Jahren ein Kindergärtnerinnenseminar, das von Fräulein Lilly Heyde verwaltet wird. In dieser Anstalt, die sich im letzten Jahrzehnt gut entwickelt hat, werden jährlich ungefähr 20 Damen als Kindergärtnerinnen ausgebildet. Nun ist in der letzten Zeit in den Kindergärtnerinnenseminaren insofern eine Änderung eingetreten, als Preußen für derartige Seminare staatliche Abschlußprüfungen vorgeesehen hat. Es ist begreiflich, daß diejenigen Damen, welche die Abschlußprüfung hinter sich haben, eher Anstellung finden werden als die hier ausgebildeten, deren Prüfung nur durch das Kuratorium des Seminars abgenommen wurde. Die Vorsteherin der Anstalt hat sich deshalb an das Herzogl. Staatsministerium gewandt und gebeten, auch hier eine solche Abschlußprüfung einzuführen, damit den Mädchen aus der Stadt und ihrer Umgegend Gelegenheit gegeben ist, sich hier für diesen Beruf ebenso gut vorzubereiten, wie es in Preußen geschehen kann. Das Herzogl. Staatsministerium hat auch bereits mit den maßgebenden Stellen in Preußen Fühlung genommen, und darnach ist es wahrscheinlich, daß die Einsetzung einer staatlichen Prüfungskommission und der Abschluß eines Abkommens betreffs der Gültigkeit der hier ausfertigten Zeugnisse auch in Preußen in die Wege geleitet wird. Das Herzogl. Staatsministerium hat aber die Bedingung gestellt, daß noch eine ständige Lehrkraft angestellt werde. Nun wendet sich Fräulein Heyde an den Magistrat

mit der Bitte, ihr zu dieser notwendigen Ausgabe einen Zuschuß im Betrage von jährlich 1200 *M* zu geben, damit es ihr möglich ist, die Lehrkraft einzustellen. Dieser Antrag der Vorsteherin ist von der Direktion der städtischen Bürgerschulen begutachtet und die Unterstützung als durchaus wünschenswert bezeichnet. Der Magistrat stellt infolgedessen an uns das Ersuchen, uns damit einverstanden zu erklären, daß diesem Seminar ein jährlicher Zuschuß von 1200 *M* bis auf weiteres bewilligt werde, nämlich so lange, als man die Überzeugung hat, daß das Seminar ordnungsmäßig geleitet wird. Das Geld soll aus der Luise-Ottmer-Stiftung entnommen werden, die zurzeit genügend Mittel zur Verfügung hat.

Die Finanzkommission hat den Antrag beraten und sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Unterstützung eines derartigen Unternehmens durchaus im Interesse der Bürgerschaft liegt, insbesondere im Interesse derjenigen jungen Mädchen, die diesen Beruf ergreifen wollen, und gibt Ihnen durch mich anheim, der Vorlage Ihre Zustimmung zu geben.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu der Vorlage aus.

11 Verwilligung eines Betrages für das Vaterländische Museum aus der Jüdel-Stiftung und aus der Luise-Ottmer-Stiftung.

Stadtv. Mohr: Der Vorstand des Vaterländischen Museums hat an die Jüdel-Stiftung das Ersuchen gerichtet, ihm eine Unterstützung von 3000 *M* zu bewilligen, um die durchaus notwendigen Schränke und Ausstellungs Kästen anschaffen zu können, was bisher nicht möglich war, da das Vaterländische Museum trotz sparsamster Verwaltung unausgesetzt mit finanziellen Schwierigkeiten hat kämpfen müssen. Für Neuanschaffungen steht nur ein winziger Betrag zur Verfügung und für das Museum wertvolle Ankäufe haben unterbleiben müssen. Es handelt sich demnach um einen gemeinnützigen Zweck, und der Vorstand des Vaterländischen Museums glaubt keine Fehlbite zu tun, wenn er sich an die Jüdel-Stiftung wendet, deren Abteilung III für derartige Sachen vorgesehen ist. Der Vorstand der Jüdel-Stiftung hat auf das Gesuch hin beschlossen, unter Vorbehalt der Genehmigung der städtischen Behörden aus Abteilung III der Stiftung die Summe von 1500 *M* zu verwilligen, wobei er von der Ansicht ausgeht, daß mit Rücksicht auf die Benutzung der Sammlungen wohl auch stadtseitig ein Zuschuß gewährt werden könne. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die stadtseitige Förderung des Vaterländischen Museums mit Rücksicht auf dessen hohe Bedeutung für die Stadt gerechtfertigt erscheint und gibt anheim, 1. dem Beschlusse des Vor-

standes der Jüdel-Stiftung zuzustimmen und 2. die Summe von 1500 *M* aus Abtheilung II der Luitpold-Stiftung (Fonds für gemeinnützige Zwecke) zu bewilligen zu wollen.

Der Finanzkommission hat die Sache vorgelegen. Sie schließt sich den Anträgen des Magistrats an und empfiehlt Ihnen durch mich, dieser Bewilligung zuzustimmen und stadtseitig gleichzeitig 1500 *M* zu bewilligen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich will nicht gegen den Vorschlag der Kommission sprechen. Es handelt sich aber bei dieser Bewilligung um Mittel aus der Jüdel-Stiftung, über die ja in erster Linie der Vorstand der Jüdel-Stiftung zu bestimmen hat, und nach der Stiftungsurkunde nur in beschränktem Umfange die Mitwirkung der Stadtvertretung erforderlich ist. Es ist deshalb wohl Gelegenheit, darauf hinzuweisen, ob und in welchem Umfange der Vorstand der Jüdel-Stiftung den Aufgaben genügt, die ihm der Stifter auferlegt hat. Es sind in den Reihen der Beteiligten Klagen ausgesprochen, die ich hier noch verlautbaren möchte. Ein Teil der Stiftungsgelder ist, wie die Herren wissen, dazu bestimmt, daß solchen Herren, besonders des Mittelstandes, die unverschuldet in eine Notlage gekommen sind, durch Darlehen in etwas freigebiger Weise unterstützt werden. Die betroffenen Kreise machen auch in sehr weitem Umfange von dieser Gelegenheit Gebrauch. Es ist mir nun berichtet, daß der Vorstand nicht gerade in entgegenkommender Weise diese Angelegenheit behandelt. Besonders ist mir ein Fall bekannt geworden, in dem ein plötzlicher Notstand in einer Familie eintrat und auf den Rat eines Freundes hin die Familie sich an den Vorstand der Jüdel-Stiftung gewandt hat. Es kam eine Woche lang keine Antwort und auch die nächste Woche nicht. Aber nach mehreren Wochen kam die Antwort, und zwar ein gedrucktes Formular, des Inhalts, daß diesem Gesuche nicht stattgegeben werden könnte, weil die statutarische Grenze von 500 oder 400 *M* nicht erreicht sei. Nach Verlauf einer solchen Zeit war der Notstand kaum mehr zu beheben, denn bei solchen Zuständen gilt das Wort, daß schnelle Hilfe doppelte Hilfe ist. Nicht mit Unrecht teilt mir der Betroffene mit: Dieses gedruckte Formular, welches ihm nach mehreren Wochen zugegangen sei, hätte der Vorstand der Jüdel-Stiftung auch innerhalb 24 Stunden expedieren können, und hätte ihn nicht erst so lange zappeln lassen sollen. — Ich möchte den Vorstand der Jüdel-Stiftung bitten, doch dem Gedanken des Stifters in größerem Maße gerecht zu werden. Es ist vielleicht nicht ganz richtig gewesen, wie wir ursprünglich bei der Zusammenziehung des Vorstandes vorgegangen sind. Es war von meinen Freunden beantragt, eine größere Zahl von Herren daran zu beteiligen. Wäre das geschehen, dann würde die Arbeitslast für den einzelnen nicht

so groß sein, daß er für Absendung einer gedruckten Postkarte mehrere Wochen Zeit gebraucht.

Vorsigender: Die von Herrn Dr. Jasper eben berührte Angelegenheit trifft nicht eigentlich in die zu besprechende Vorlage hinein. Wenn irgendwie auf diese Anregung geantwortet werden soll, so will ich die Gelegenheit dazu geben. — Das scheint nicht der Fall zu sein.

Den beiden Anträgen des Stadtmagistrats stimmt die Versammlung zu.

12. Verwilligung eines Betrages für die Errichtung eines Fürsorgeheims für schulentlassene Mädchen aus der Jüdelstiftung.

Stadt v. **Mohr:** Die „Herzogin Johann Albrecht-Stiftung“, die unter dem Protektorat Ihrer Hoheit der Herzogin steht, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Fürsorge für die gefährdete oder verwahrloste Jugend mit zu übernehmen. Die Ausdehnung, welche die Stiftung angenommen hat, erfordert jetzt einen umfangreicheren Betrieb, insbesondere erscheint es notwendig, für die Stiftung ein eigenes Heim zu gründen. Unbedingt erforderlich ist, daß die Fürsorge für die Mädchen weiter ausgestaltet wird, um für ihre Ausbildung in allen wirtschaftlichen Zweigen des Hauswesens zu späteren tüchtigen Hausfrauen und Müttern sorgen zu können. Der Andrang zu der Stiftung ist so groß, daß viele Zurückweisungen haben erfolgen müssen, und außerdem reichen die Beträge, welche für die Zöglinge von Eltern, Vormündern und Gemeinden bezahlt werden, sowie die Zinsen des bislang angesammelten Kapitals nicht aus, um die erwachsenden Kosten zu bestreiten. Um die nötigen Mittel zusammenzubringen, sind freiwillige Gaben erforderlich. Die „Herzogin Johann Albrecht-Stiftung“ hat sich deshalb an die Jüdel-Stiftung mit der Bitte gewandt, zu diesem gemeinnützigen Zwecke einen Betrag zu verwilligen. Nachdem der Vorstand der Jüdel-Stiftung einen Betrag von 1000 M aus Abteilung III zu zahlen sich bereit erklärt hat, gibt der Stadtmagistrat anheim, diesem Beschlusse des Vorstandes der Jüdel-Stiftung zuzustimmen.

Der Finanzkommission hat auch diese Sache vorgelegen. Sie hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß die Zustimmung zu dem angeführten Beschlusse erteilt werde.

Dem Beschlusse des Vorstandes der Jüdel-Stiftung wird zugestimmt.

13 Antrag Henking, betreffend eine Durchsicht des Ortsbauplans, Gliederung der Straßen nach ihrer Art und Änderung der Bauordnung.

Der Antrag lautet:

„Den Magistrat zu ersuchen,

- a) die städtische Bauverwaltung mit den Vorarbeiten einer erneuten Durchsicht des Ortsbauplans von 1908 zu betrauen,
- b) dabei eine Gliederung nach Geschäfts-, Verkehrs- und Wohnstraßen zugrunde zu legen, und
- c) zu diesem Zwecke eine entsprechende Änderung der Bauordnung in die Wege zu leiten.“

Stadtv. Dr. **Henking** (zur Begründung): Ich glaube, der vorgeschrittenen Zeit wegen kann ich mit wenigen Worten hier auskommen und werde von seiten der Herren auch weitere Unterstützung finden; denn es handelt sich nicht um persönliche, sondern um allgemeine Interessen für die gesamte Stadt, wenn ich bitte, für eine Verbesserung der Bauordnung einerseits und eine Verbesserung der Bauweise andererseits einzutreten. Diejenigen der Herren, welche Gelegenheit gehabt haben, die Städtebauausstellungen zu besuchen, werden wissen, daß beim modernen Städtebau das Bestreben dahin geht, eine Scheidung zwischen Geschäfts-, Verkehrs- und Wohnstraßen vorzunehmen. Es ist dazu nötig, möglichst frühzeitig eine Vorlage auszuarbeiten, damit nicht nach Jahrzehnten die nachkommende Generation darunter zu leiden hat, wenn solche Zustände eintreten, wie wir sie heute oft genug erlebt haben, wo bei Straßendurchbrüchen durch Erwerbung von Grund und Boden der Stadt eine so große Last erwächst. Man kann ja zugeben, daß nach gewisser Seite hin dem Gedanken schon Rechnung getragen ist, aber wenn Sie Ihren Blick auf den Stadtbauplan richten, so werden Sie finden, daß nach Norden, Osten und Nordosten hin, auch nach dem Westen der Stadt zu, verhältnismäßig schnurgerade Straßen geplant sind und wenig Rücksicht auf historisch Gewordenes, auf vorhandene Wege und Wasserläufe genommen ist. Es wird der Stadt bei Ausführung der Straßen eine verhältnismäßig große Last aufgebürdet, wenn sie dem Plane schematisch folgen will. Nun ist es ja richtig, daß zu der Erbauung von neuen Straßen immer erst die Genehmigung der städtischen Behörden eingeholt werden muß. Ich glaube aber, es wäre für die Leute, die Lust haben, zu bauen, wertvoll, daß sie wissen: An welche Stelle kannst du deine Fabrik aufbauen und an welche Stelle Wohnungen, in denen die Bewohner unbelästigt von dem Lärm der großen Verkehrsstraßen wohnen können? Es ist das selbe, was

in dem hiesigen Vereine für Gesundheitspflege und auch im großen Deutschen Vereine bei seiner letzten Versammlung im September 1911 in Dresden als wünschenswert bezeichnet wurde. Ich glaube, es würde heute zu weit führen, wenn ich die Leitsätze, die der Landesbaurat Rehorst (Köln) aufgestellt hat, vorlesen wollte. Es wird genügen, wenn ich sage, daß er in allgemeinen Zügen ein Bild des in dieser Beziehung zu Erstrebenden gegeben hat. Ich erlaube mir, die geehrten Herren zu bitten, ein derartiges Gesuch an den Stadtmagistrat, bezw. die städtische Bauverwaltung, einzureichen, zumal wie wir zu unserer Freude hören, das Projekt des Bahnhofsbauens seiner endgültigen Festsetzung sich endlich nähert und mit der Ausführung des Projekts größere Umwälzungen im Süden der Stadt vor sich gehen werden, somit an der Stelle der Stadtbauplan wesentlich abgeändert werden muß. Es ist aber notwendig, da eine derartige Aufstellung große Arbeit und auch Kosten verursachen wird, daß sie schon frühzeitig in Gang kommt und wir den Magistrat bitten, möglichst bald diese Umarbeitung des Ortsbauplans in die Hand zu nehmen. Es wird sowieso eine Reihe von Jahren darüber hingehen, ehe wir diesen Plan erhalten. Ich bitte, meinen Antrag zu unterstützen.

Der Antrag ist genügend unterstützt und wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

Vorsitzender: Es liegen zur Behandlung noch vor zwei Anträge von Herrn Dr. Jasper, ein Antrag von Herrn Leue, ein Antrag von Herrn Bunge. Die Herren hätten Anspruch darauf, daß die Sachen noch behandelt würden. Von den noch nicht erledigten Punkten der heutigen Tagesordnung werden als eilig bezeichnet die Nr. 15 (Lohndeputation), Nr. 21 (Einrichtung einer Schweinemästerei), Nr. 23 (Straße 423 und 424) und die für die vertrauliche Sitzung vorgesehenen Punkte.

Vielleicht ist Herr Leue einverstanden, die Begründung seines Antrages, betreffend die Fußsteige des Mittelweges, bis zur nächsten Sitzung zu verschieben. (Stadtv. Leue bejaht.) Ebenso Herr Bunge (Antrag betreffend die Viehhöfe). (Zustimmung.) Der Antrag des Herrn Dr. Jasper, betreffend die Tagesordnung, kann wohl auch bis zum nächsten Mal zurückgestellt werden. (Zustimmung des Stadtv. Dr. Jasper.) Sodann liegt vor der Antrag Jasper, betreffend die remuneratorisch besoldeten Hilfskräfte. Ich höre, Herr Dr. Jasper legt Wert darauf, ihn heute zu begründen. Wie ich sehe, hat Herr Leue einen gleichen Antrag eingereicht.

14. Antrag Jasper, betreffend Anstellung der stadtseitig remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte oder Aufbesserung ihrer Bezüge.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß die remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte eher zur Anstellung gelangen oder in ihren Bezügen aufgebessert werden.“

Stadtv. Dr. **Jasper** (zur Begründung): Die Sache ist sehr einfach. Es ist eine ganze Reihe Herren im Rathause beschäftigt, die nur gegen Vergütung tätig sind. Die Herren warten jahtelang auf Anstellung und kommen nicht dazu, obwohl sie an sich als brauchbar sich erwiesen haben. Dieser Zustand, daß die Arbeiten, die eigentlich angestellte Herren zu besorgen haben, dauernd, jahrelang von Hilfskräften ausgeführt werden, ist entschieden nicht normal und bedarf der Nachprüfung. Um diese zu ermöglichen und einen Ausweg zu finden, wie diesem Mißstande Genüge geschehen kann, und so die Sache in Fluß zu bringen, bitte ich, meinen Antrag zu unterstützen.

Der Antrag wird unterstützt und der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

15. Antrag Stegmann, bessere Beleuchtung eines Privatweges.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß zur Beleuchtung des zwischen den Häusern Heitbergstraße 6 und 9 liegenden Privatweges an der Ecke eines dieser Häuser eine Gaslaterne angebracht oder mindestens die am gegenüberliegenden Hause Nr. 33 befindliche Laterne an der Ecke dieses Hauses angebracht wird.“

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Von der Heitbergstraße zweigt sich nach der linken Seite, nach dem Vismegschen Garten zu, ein Privatweg ab, auf dem 5 Häuser stehen. Der Weg ist am Abend vollständig dunkel, und die dort wohnenden 27 Familien haben insolge dessen eine Eingabe an die Deputation der Lichtwerke oder an den Magistrat gerichtet, wenigstens eine Gaslaterne dort aufzustellen, sind aber abschlägig beschieden worden. Aus dieser Veranlassung habe ich den Antrag gestellt. Ich bitte, den Wünschen dieser Einwohner nachzukommen oder mindestens die eine Laterne, die an dem gegenüberliegenden Hause sich be-

findet, an dem einen Eckhause des Privatweges anzubringen, damit ihr Schein in den Weg hineinfällt. Die Anlieger meinen, eigentlich wäre es Sache der Stadt gewesen, für die Beleuchtung zu sorgen, oder man hätte mindestens den Privatunternehmer bei Aufbau der Häuser zwingen müssen, für die Beleuchtung zu sorgen. Da er es aber nicht tut, so müßte sich die Stadt entgegenkommend zeigen und sich nicht auf den Buchstaben des Gesetzes stellen. Die Beleuchtung der Straße ist um so dringender gerade in der jetzigen Zeit, wo es früh dunkel wird und der Weg auf der unbeleuchteten Straße geradezu gefährlich ist. Das Verlegen der einen Laterne würde auch nur geringe Unkosten verursachen. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird unterstützt und der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

Der **Vorsitzende Hauswaldt** übernimmt den Vorsitz wieder.

16. Einsetzung einer Lohndeputation.

Stadtv. **Meyerhoff**: Es ist an die Herren Stadtverordneten folgendes Ansprechen gerichtet:

„Wie den geehrten Herren bekannt, fehlt es an einer ausdrücklichen Vorschrift darüber, welcher Stelle die Festsetzung der Tagelöhne der in den einzelnen Betriebsverwaltungen beschäftigten Personen obliegt. Nach den Vorschriften der Städteordnung würde daher diese Festsetzung von uns innerhalb der durch die Bewilligung der Mittel gezogenen Grenzen vorzunehmen sein. In Wirklichkeit ist aber insofern anders verfahren, als wir in der Regel im einzelnen den Verwaltungsdeputationen freie Hand gelassen und unser Bestimmungsrecht nur durch Einstellung der angeforderten Summe in die Voranschläge, bezw. Billigung etwaiger Überschreitungen, vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung, ausüben haben.

Wir halten nun zwar nach wie vor an der bisher von uns vertretenen Ansicht fest, daß zur Erörterung der Frage, welche Lohnsätze angemessen erscheinen, in erster Linie die einzelnen Betriebsverwaltungen und Verwaltungsdeputationen berufen sind, aber wir haben doch die Überzeugung gewonnen, daß dem jetzigen Verfahren, wonach die einzelnen Stellen zu verschiedenen Zeiten, ja womöglich mehrere Male innerhalb eines Rechnungsjahres, die Löhne regeln, ein einheitliches Verfahren vorzuziehen ist. Denn da die Löhne für die verschiedenen Gruppen der städtischen Arbeiter nicht die gleichen sind, und mit Rücksicht auf die wesent-

lichen zwischen den einzelnen Arbeiten bestehenden Unterschiede vermutlich niemals gleich hoch sein werden, so erscheint es geboten, bei jeder Lohnaufbesserung einer einzelnen Gruppe auch die Löhne der anderen Arbeitergruppen zu prüfen, darnach die einzelnen Lohnfestsetzungen miteinander zu vergleichen und gegebenenfalls erforderlich erscheinende Ausgleiche — auch ohne Antrag — eintreten zu lassen.

Es wird sich weiter empfehlen, diese allgemeine Prüfung der Löhne alljährlich einmal vorzunehmen, und zwar etwa im Dezember eines jeden Jahres, damit bei steigendem Bedarf die erforderlichen Mittel rechtzeitig in den nächstjährigen Voranschlag eingestellt werden können.

Wir halten für zweckmäßig, daß diese Prüfung einer aus zwei Magistratsvertretern und fünf Vertretern der Stadtverordnetenversammlung bestehenden Deputation übertragen wird, der die von den einzelnen Betriebsverwaltungen und Deputationen nach Anhörung von Arbeiterausschüssen auszuarbeitenden Anträge zu unterbreiten sein würden.

Wenngleich mit Rücksicht auf das den städtischen Behörden verbleibende Bewilligungsrecht der „Lohndeputation“ die endgültige Entscheidung ebensowenig wie den einzelnen Verwaltungsdeputationen übertragen werden kann, so unterliegt es doch unseres Erachtens keinem Zweifel, daß ihre Beschlüsse regelmäßig die Billigung der städtischen Behörden finden und somit zu einer den jeweiligen Verhältnissen Rechnung tragenden, angemessenen Entlohnung der städtischen Arbeiter führen wird.

Wir geben anheim, unserem Vorschlage zuzustimmen und die Wahl von fünf Deputationsmitgliedern vornehmen zu wollen.“

Meine Herren. Die Angelegenheit ist in der Statutenkommission geprüft. Die Kommission ist der Ansicht, daß der vorgeschlagene Weg ein sehr gangbarer ist und hat in ihrer Gesamtheit dem Vorschlage zugestimmt.

Zu gleicher Zeit habe ich den Auftrag, Vorschläge für die Wahl der fünf Deputationsmitglieder zu machen. Ich gebe deshalb im Auftrage der Kommission anheim, in diese Lohndeputation zwei Herren aus den Kreisen zu wählen, die selber Arbeiter beschäftigen, und zwar die Herren Stadtvv. Lange und Munte. Sodann schlägt die Statutenkommission vor, drei Herren aus den Deputationen zu wählen, die mit den städtischen Arbeiten zu tun haben, und zwar aus der Straßenreinigungsdeputation Herrn Sander, aus der Rieselgutdeputation Herrn Kiefe. Aus der Deputation für die Licht- und Wasserwerke ist die Wahl auf mich gefallen. Es wäre mir aber auch recht, wenn Sie einen anderen Herrn aus der Licht- und Wasserwerkdeputation nehmen.

Stadtv. Bunge: Ich kann mich mit dieser Vorlage nur befreunden und brauche wohl nicht viele Worte zu machen; ich erkläre nur, daß ich einsehe, daß eine solche Lohndeputation zweckmäßig ist. Der Herr Referent hat nun verschiedene Vorschläge gemacht. Er hat bei den drei zuletzt vorgeschlagenen Herren gesagt, welcher Deputation sie entnommen sind; nicht gesagt hat er aber, aus welcher Deputation die Herren Lange und Munte entnommen sind. (Zwischenruf: Aus den Arbeitgebern.) Ich möchte den Vorschlag machen, daß zu Herrn Kiefe von unserer Seite noch ein Herr zugewählt würde. Wenn von der anderen Seite drei Herren und von der unsrigen zwei in der Kommission sind, so wäre einigermaßen ein Ausgleich da, und wir haben gerade ein sehr großes Interesse an dieser Deputation. Ich möchte also bitten, an Stelle des Herrn Munte Herrn Stegmann in die Deputation zu nehmen.

Die Herren Stadtv. Lange, Sander, Kiefe und Meyerhoff werden durch Zuzuf gewählt. Die Entscheidung über die Wahl des fünften Mitgliedes geschieht durch Stimmzettel. Herr Stadtv. Munte erhält 25 Stimmen, Herr Stadtv. Stegmann 7, ein Zettel ist unbeschrieben.

17. Aukauf zweier Grandgruben an der Salzdahlumerstraße.

Stadtv. Frühling: Ich will mich wegen der vorgerückten Zeit möglichst kurz fassen; wenn die Herren Einzelheiten wünschen, kann ich sie nachher besonders vorbringen.

Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, daß für die Beseitigung des Hausmülls ein neuer städtischer Abladeplatz angekauft wird, weil nach Vollschüttung der in Gliesmarode gelegenen Meyerschen Tongrube solche Plätze nicht mehr vorhanden sind. Nachdem andere Verhandlungen sich zerschlagen haben, handelt es sich jetzt um die Kiesgruben des Fuhrherrn Karl Elze von hier und des Landwirts Erich Bötzel aus Mascherode. Die erstgenannte Grube hat eine Größe von 1 ha 26 a 90 qm und soll zu 1200 M pro 25 a erworben werden, die letztere hat eine Größe von 4 ha 37 a 73 qm und wird zu 900 M pro 25 a angeboten. Die Gesamtsumme für den Erwerb des 5 ha 24 a 23 qm großen Grubenterrains beträgt inkl. einer Entschädigung von 600 M für einen in der Elzeschen Grube befindlichen Fachwerkschuppen 22 449,50 M. Bei Abschluß des Kaufes waren noch eine ganze Anzahl von Nebenverträgen zu beachten und andere Schwierigkeiten zu überwinden, was in 4 Verträgen geschehen ist. Die Baukommission hat diese Verträge geprüft und ist der Meinung, daß alles in Betracht kommende hinrei-

hend berücksichtigt ist und die Preise angemessen sind. Sie empfiehlt Ihnen durch mich den Ankauf und beantragt, die Summe zu Lasten des Extraordinariums bewilligen zu wollen.

Der Ankauf wird beschlossen und die Mittel bewilligt.

18. Abänderung des Teilortsbauplans bezüglich der Straßen 423 und 424, sowie Ausbau der Straßen 423, 424, 448 und 450 durch die Braunschweigische Baugenossenschaft.

Stadtv. Rathe: Die Braunschweigische Baugenossenschaft hat den Antrag gestellt, die Breite der projektierten Straßen 423 und 424 von 16 m auf 12 m zu verringern. Die Baugenossenschaft bittet sodann, für die Straßen 423, 424, 448 und 450 des Ortsbauplans als Unternehmer zugelassen zu werden. Der Magistrat hat gegen beides nichts einzuwenden und hat bereits, vorbehaltlich der Genehmigung durch die geehrten Herren, einen Vertrag abgeschlossen. In dem Vertrage ist u. a. gesagt, daß Kleinwohnungen mit 4 Zimmern, Küche und Zubehör an den Straßen errichtet werden sollen. Damit auch wirklich Kleinwohnungen gebaut werden, möchte die Baukommission diesen Teil des Vertrages dahin erweitert wissen, daß in der Hauptsache Dreizimmerwohnungen gebaut werden und nur ausnahmsweise (bis zu 20 Prozent) Wohnungen mit 4 Zimmern und Zubehör. Natürlich soll damit nicht eine bestimmte Zahl festgelegt sein. Die Verringerung der Breite der Straßen 423 und 424 ist zur Genehmigung zu empfehlen, da die Ringstraße sehr nahe liegt und deshalb beide Straßen keine Hauptverkehrsstraßen zu werden versprechen. Die Unternehmerin ist von den Kosten der unterirdischen Anlagen der Straßen freigelassen, wie es in der vorigen Sitzung beschlossen wurde, nicht jedoch ist sie befreit von der Abfindungsverpflichtung zur Unterhaltung der Straße. Mit Rücksicht darauf, daß die Unternehmerin sich verpflichtet hat, auf den Straßen nur Kleinwohnungen zu bauen, ist die Berechnung dieser Abfindungssumme unter der Annahme erfolgt, daß der Unternehmerin die Last der Unterhaltung nur für einen fünfjährigen Zeitraum auferlegt werden soll. Auch hiermit hat sich die Kommission einverstanden erklärt.

Der Magistrat richtet an uns das Ersuchen

1. den vorgelegten Teilortsbauplan, durch welchen die Breite der Straßen 423 und 424 von 16 auf 12 m herabgesetzt wird (unter Festhaltung an der schon früher erfolgten Vorgartenanordnung),

2. den vorgelegten Unternehmervertrag zu genehmigen.

Die Baukommission empfiehlt Annahme dieser Verträge mit der Bedingung, daß vorzugsweise Dreizimmerwohnungen, ausnahmsweise aber (bis zu 20 Prozent) auch solche von 4 Zimmern, Küche und Zubehör errichtet werden.

Die Versammlung stimmt der Annahme der Magistratsvorschläge mit der von der Baukommission beantragten Bedingung zu.

19. Herrichtung einer Gasbeleuchtung in einer Turnhalle.

Stadtv. **Mohr**: Dem Handwerkerlehrlingsheim ist die Turnhalle der unteren Bürgerschule an der Reichsstraße vermietet worden, und zwar laut Vertrag einschließlich Heizung und Beleuchtung für den Betrag von monatlich 37,50 M. Es hat sich nun herausgestellt, daß eine Lichtanlage in der Turnhalle überhaupt nicht existiert. Der Vorstand des Lehrlingsheim bittet, diese Anlage ausführen zu lassen, damit die Turnübungen dort veranstaltet werden können. Die Kosten betragen nach dem vom Magistrate eingeforderten Anschlage 321,75 M, und der Magistrat gibt anheim, diese Summe aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden zu verwilligen. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen Annahme des Vorschlages.

Die Versammlung ist mit der Verwilligung einverstanden, und der Herr Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8 Uhr.

1912/1913:

Nr. 10.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. Dezember 1912.

Tagesordnung:

- | | |
|---|------------|
| 1. Besuch eines Einwohners um Erwirkung einer fortlaufenden Unterstützung | Seite. 506 |
| 2. Antrag Lene, Ausbesserung der Fußsteige des Mittelwegs betr. | " 507 |
| 3. Anfrage Bunge wegen der Errichtung eines städtischen Viehhofs und der
Fettvielmärkte | " 507 |
| 4. Antrag Jasper, betr. die Aufstellung der Tagesordnung für die Stadt-
verordneten-sitzungen | " 509 |
| 5. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Görgeßstraße | " 511 |
| 6. Antrag Wesemeier auf Einrichtung eines wöchentlich zweimaligen Fleisch-
verkaufs durch die Stadt | " 512 |
| 7. Erwerb einer Grabenfläche von der Feldmarksgemeinde Altwief | " 518 |
| 8. Anlegung eines Zentralschulgartens auf dem städtischen Rieselgute | " 518 |
| 9. Errichtung einer Schweinemästerei auf dem städtischen Rieselgute. | " 521 |
| 10. Antrag Stegmann, bessere Beleuchtung eines Privatweges betr. | " 536 |
| 11. Beschäftigung von zwei weiteren Telegraphisten bei der Berufsfeuerwehr . . | " 540 |
| 12. Erhöhung der Vergütung für die Lehrer an der städtischen Fortbildungsschule
und Gewerbeschule | " 541 |
| 13. Stadtseitige Unterstützung der Sterbekasse für die städtischen Beamten. . . . | " 542 |
| 14. Unentgeltlicher Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Straße am Wendemwehr | " 542 |
| 15. Abänderung des Teilortsbauplans zwischen Broißkernerstraße und Madamen-
weg östlich der Landes-Eisenbahn | " 543 |
| 16. Bau einer direkten Bahnverbindung zwischen Celle und Braunschweig betr. . | " 543 |
| 17. Ankauf von Teilstück.n zum Ausbau der Comeniusstraße | " 551 |
| 18. Errichtung einer Fußgängerbrücke zwischen Maschplatz und Pestalozzistraße . | " 552 |
| 19. Erwerb eines Grabenterrains zum Ausbau der Schunterstraße | " 556 |
| 20. Unerweiterte Einteilung der Wahlbezirke hiesiger Stadt | " 556 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Franckenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtv. **Frühling**, **Vange**, Dr. **Boge**.

Vorsitzender **Hauswaldt**: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Gesuch des Invaliden Karl Krüger, Frankfurterstr. 21, wegen kostenloser Wiedereintragung in die Bürgerrolle der Stadt. Ich überweise auch dieses Gesuch wie das frühere der Statutenkommission zur Vorberatung.

1. Gesuch eines Einwohners um Erwirkung einer fortlaufenden Unterstützung.

Stadtv. **Wmann**: Der Schlosser Züchner, welcher vom 12. März 1894 bis 2. Februar 1912, also nahezu 18 Jahre in der Gasanstalt, Bahnhofstraße, gearbeitet hat, hat in diesem Jahre die Stellung dort verlassen und später an den Stadtmagistrat das Ersuchen gerichtet, ihm eine dauernde Unterstützung gewähren zu wollen. Der Magistrat hat dieses Gesuch abgewiesen mit dem Hinweis darauf, daß ihm keine Möglichkeit gegeben sei, eine solche fortlaufende Unterstützung zu gewähren. Richtig ist ja auch, daß nach unseren Grundsätzen für Bewilligung von Ruhegehältern an die ohne Pensionsberechtigung von der Stadt beschäftigten Personen Bedingung ist, daß die Betreffenden von der Stadt noch beschäftigt sind. Da Züchner im Frühling d. J. die Arbeit bei der Stadt aufgegeben hatte, so konnte der Magistrat nach den vorliegenden Vorschriften nicht anders handeln. Nunmehr hat sich Züchner an die Stadtverordnetenversammlung gewandt mit dem Ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß ihm eine fortlaufende Unterstützung seitens der Stadt zuteil wird. Die Statutenkommission hat die Sache vorberaten und empfiehlt Ihnen durch mich, bei der gekennzeichneten Sachlage das Gesuch abzulehnen. Es sei keine Möglichkeit, auf Grund der bestehenden Bestimmungen den Magistrat zu zwingen, eine solche Unterstützung zu geben. Da aber Züchner 18 Jahre im Dienste der Stadt gestanden hat, so ersucht die Statutenkommission einstimmig die geehrte Versammlung, dem zustimmen zu wollen, daß dem Magistrat anheimgegeben werden möge, Züchner, soweit es möglich, Unterstützungen aus dem Magistratszugänglichen Fonds zukommen zu lassen, was auch von den anwesenden Vertretern des Magistrats zugesagt ist. Züchner hat, wie er schreibt, damals die Stellung bei der Stadt verlassen, weil er sich ein nervöses Kopfleidens gezogen hat, wohingegen von der Direktion des Gaswerks geschrieben wird, daß Züchner von ihr schon damals auf das Unzulängliche seines Vorhabens aufmerksam gemacht worden sei, als er den Dienst der Stadt verlassen habe, um das Ge-

schäft seiner Frau, ein Materialwarengeschäft, zu vergrößern. Aus diesem Grunde glaubt auch die Statutenkommission, dem Magistrat für sein Verhalten kein, wenn ich so sagen darf, Mißtrauensvotum in dieser Sache ausstellen zu sollen, bittet aber, die Sache so zu behandeln, wie ich Ihnen vorgetragen habe.

Die Versammlung beschließt dem Kommissionsantrage gemäß.

2. Antrag Leue, Ausbesserung der Fußsteige des Mittelwegs betr.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für Ausbesserung der Fußsteige des Mittelwegs zwischen Nebenstraße und Landes-Eisenbahn Sorge zu tragen.“

Stadtv. **Leue** (zur Begründung): Die Fußsteige des Mittelwegs zwischen Nebenstraße und Landes-Eisenbahn sind geteert. Die Einrichtung eines solchen Teerweges ist nach meinem Dafürhalten recht praktisch und hat sich auch wohl bewährt, da bei Regenwetter das Wasser auf dem Fußsteige nicht stehenbleiben kann und man einen trockenen Weg hat. Nun ist aber auf dem genannten Fußwege wahrscheinlich (genau kann ich das nicht sagen, aber es hat den Anschein) das elektrische Kabel gelegt, dabei der Fußweg aufgerissen und keine Teerung wieder darübergegossen. Infolgedessen bilden sich hier überall Sümpfe, so daß der Zustand bei Regenwetter unerträglich ist. Ich möchte mit meinem Antrage bezwecken, daß diesem unhaltbaren Zustande recht bald ein Ende bereitet wird, und zu gleicher Zeit darauf hinweisen, daß es angebracht ist, diese geteerten Wege von Zeit zu Zeit einmal nachsehen zu lassen, denn auch wenn die obere Teerschicht abblättert, bilden sich auf den Wegen unangenehme Sümpfe. Für besonders notwendig halte ich die Nachprüfung dieser Art der Befestigung — die ich im allgemeinen für gut halte —, wenn Kabel gelegt oder sonstige Arbeiten an den Wegen vorgenommen sind. Bezüglich des bezeichneten Weges möchte ich die Bitte ausgesprochen haben, meinen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Ich stelle die Unterstützungsfrage. — Der Antrag ist genügend unterstützt; ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberatung.

3. Anfrage Bunge wegen der Errichtung eines städtischen Viehhofs und der Fettviehmärkte.

Die Anfrage lautet: „Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, inwieweit die Frage betreffend Errichtung eines städtischen Viehhofs gebieten ist, und wann sollen die ersten Viehmärkte in der Stadt Braunschweig stattfinden?“

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung): Ich will heute nicht noch besonders den Wert hervorheben, den ein derartiger Viehhof und auch die Fettvielmärkte haben; das ist zu wiederholten Malen hier genügend erörtert worden. Der Grund, weshalb ich zu meiner Anfrage gekommen bin, ist folgender: Herr Stadtrat von Frankenberg hat uns am 3. Oktober mitgeteilt, daß bereits ein neues Projekt ausgearbeitet wäre, es käme aber als schwieriger Punkt noch in Betracht, daß vom Ministerium Bestimmungen getroffen werden sollten, die vielleicht einen großen Einfluß auf die Baulichkeiten des Viehhofs hätten. Weiter hat er mitgeteilt, daß auch in der Frage der Fettvielmärkte Schritte unternommen wären und wir zu erwarten hätten, daß von seiten des Magistrats eine Vorlage käme, und zwar, daß eine solche bald vorgelegt werden würde. Nun ist beinahe ein Vierteljahr darüber hingegangen, ohne daß eine Vorlage gekommen ist, und mit Recht fragt sich die Bürgerschaft, ob die ganze Frage vielleicht durch das Dazwischenkommen des Ministeriums oder der Polizei ins Stocken geraten ist, oder wie die Sache jetzt steht. Man müßte doch endlich einmal wieder etwas darüber hören, da die Sache in so nahe Aussicht gestellt war. Ich bitte also den Magistrat, uns darüber eine Auskunft geben zu wollen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Als ich Herrn Bunge am 3. Oktober antwortete, konnte ich mitteilen, daß der Stadtmagistrat unmittelbar vorher der Herzoglichen Polizeidirektion Gelegenheit gegeben hätte, sich über den Plan des städtischen Viehhofs zu äußern. Eine Äußerung der Polizeidirektion ist uns bis zum heutigen Tage noch nicht zugegangen. (Hört! Hört!) Ich bin aber weit entfernt, der Polizeidirektion deshalb einen Vorwurf zu machen, denn es ist bekannt, daß die Ausführungsbestimmungen des Ministeriums über den Betrieb von Viehhöfen und Viehmärkten, nachdem sie von der Landwirtschaftskammer und den Viehhändlern begutachtet sind, sich im Druck befinden und in den allernächsten Tagen erscheinen werden. Es versteht sich von selbst, daß die Polizeidirektion nicht imstande ist, unmittelbar vor Erscheinen dieser Bestimmungen sich zu äußern. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß wir nach dem Erscheinen dieser Vorschriften auch die Äußerung der Polizeidirektion nach Möglichkeit schnell erhalten werden. Wenn es sich um ein Projekt handelt, daß $\frac{3}{4}$ bis eine volle Million Kosten erfordert, so wird man nicht umhinkönnen, zu sagen, daß das, was bei einer kleinen Stadt wie Wunstorf recht sein mag, bei Braunschweig ohne weiteres nicht billig ist. Daß es nötig sein mag, auf die verschiedene Größe der Anlagen Rücksicht zu nehmen, bedarf wohl nicht der näheren Auseinandersetzung.

In bezug auf die Fettvielmärkte hat sich der Stadtmagistrat sowohl an die Vorstände der hiesigen Landwirtschaftskammer wie auch der Viehhändlervereinigung gewandt. Seitens der Landwirtschaftskammer ist die Antwort gekommen,

daß man sich von der Einrichtung derartiger Viehmärkte einstweilen keinen Erfolg versprechen könnte, weil Vieh für diese Märkte in entsprechender Anzahl nicht im Herzogtum vorhanden sei und damit die ganze Einrichtung ein Schlag ins Wasser sein würde. Nicht ganz so ablehnend hat sich die Viehhändlervereinigung verhalten. Sie hat anerkannt, daß es durchaus möglich sei, auch in Braunschweig zu der Veranstaltung von wohlbesetzten Fettviehmärkten zu kommen, die sowohl für die Viehzüchter wie auch für die Zwischenhändler und Abnehmer als nützliche Einrichtung zu betrachten wären. Sie hat aber darauf hingewiesen, daß es schwer sein würde, bevor ein Viehhof vorhanden sei, die Viehmärkte in einer Weise abzuhalten, wie sie den Interessen der Beteiligten entsprechen, denn es käme sehr darauf an, eine Unterkunft für Überstandsvieh, das also auf dem Markte nicht verkauft ist, zu schaffen, da diese ohne weiteres im Schlachthause nicht bereitgestellt werden kann. Es ist weiter von der Viehhändlervereinigung der meiner Ansicht nach zweckmäßige Vorschlag gemacht, man möge dahin streben, daß an bestimmten Tagen in der Woche ein Handel mit Vieh auf dem Schlachthause stattfindet. Ich habe mit dem Direktor des Schlachthauses darüber Rücksprache genommen und bin der Ansicht, daß, wenn auch die Abnehmer des Viehs sich mit dem Gedanken befreunden könnten, es sehr wohl möglich sein wird, auf diesem Wege zu einer Art Viehmarkt auf dem Schlachthause zu kommen. Wir würden auch bis zu einem gewissen Grade Stallung im Schlachthause zur Verfügung stellen können, um so mehr als die Notwendigkeit, Stallung für eigene Zwecke zu halten, weggefallen ist, seitdem wir angehört haben, lebendes Vieh aus Holland zu beziehen und mit gutem Erfolge jetzt Fleisch aus Dänemark bezogen haben. Ich hoffe also, daß es sich auf diesem Wege möglich machen läßt, mit einigen Einschränkungen zu Viehmärkten zu gelangen oder wenigstens doch zu festen Viehverkaufstagen. Ob man das Viehmärkte nennt oder nicht, darauf können wir weniger Gewicht legen, mehr Gewicht darauf, daß die Einrichtung überhaupt getroffen wird.

4. Antrag Jasper, betr. die Aufstellung der Tagesordnung für die Stadtverordnetenversammlungen.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Herrn Vorsitzenden, die Tagesordnung der Versammlungen wie bisher in der Weise zusammenzustellen, daß die Vorlagen, Anträge und Anfragen nach der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs ohne Rücksicht auf den Stand ihrer Vorbereitung in den Kommissionen auf die Tagesordnung gesetzt werden.“

Stadtb. Dr. **Jasper** (zur Begründung): Ihnen wird bekannt sein, daß nach unserer Geschäftsordnung der Herr Vorsitzende die Tagesordnung der Versamm-

lung bestimmt, und er hat das bisher immer in sehr netter Weise getan. Zu Differenzen und einer Aussprache über die Tagesordnung kam es in der Sitzung vom 24. Oktober, als Herr Stadtv. Frühling bemerkte, daß der Punkt „Ausbau der Stiftsgasse“ ausfallen müsse, da über die Sache noch Verhandlungen schwebten. Der Herr Vorsitzende bemerkte damals, er bäte die Kommissionen, die Sachen, die sich gleich erledigen ließen, auch zu erledigen, und als dann der Herr Oberbürgermeister sich in die Aussprache über die Zusammenstellung der Tagesordnung auch einmischte, meinte der Herr Vorsitzende, er habe bisher immer den Grundsatz gehabt, alle die Sachen, die hier zum Gegenstand der Tagesordnung überhaupt gehörten, nach der zeitlichen Reihenfolge ihres Eingangs ohne weiteres auf die Tagesordnung zu setzen, und er sei seit über einem Jahre gut damit gefahren. Er sagte weiter, im Gegensatz zu Wünschen, die der Herr Oberbürgermeister laut werden ließ: „Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters. Es ist mir nicht möglich, wenn ich die Tagesordnung aufstelle, zu beurteilen, ob die einzelnen Kommissionen die Sachen schon beraten haben; ich müßte geradezu herumschicken und darnach fragen. Die Rechnungsabschlüsse der Gas- und Wasserwerke z. B. hätten wohl vorberaten werden können, wenn nicht zufällig einer der Herren in der Kommission gefehlt hätte.“ Und nun kommt der Satz: „Wenn Sie nicht einen anderen Beschluß fassen, werde ich die Einrichtung der Tagesordnung so lassen. Sie sind dann sicher, daß jede Sache da erscheint, wo sie chronologisch hingehört.“ Es ist dann der Punkt noch weiter beredet, Herr Dr. Wolters und andere haben sich dabei beteiligt. Der Herr Vorsitzende meinte damals noch: Er bäte, es bei dem alten zu lassen, es würde ihm sonst eine diskretionäre Gewalt eingeräumt, deren Tragweite nicht immer im Sinne der Herren liegen könnte. Die Aussprache vom 24. Oktober ging dann ohne Beschlußfassung unsererseits zu Ende. Um so mehr war ich erstaunt, als bereits in der nächsten Sitzung verschiedene Punkte, die noch nicht erledigt waren und die sonst nach der Gepflogenheit des Herrn Vorsitzenden an der Stelle ihres zeitlichen Eingangs auf der Tagesordnung zu erscheinen pflegten, nicht mehr auf der Tagesordnung erschienen. Inwiefern der Herr Vorsitzende anderen Sinnes geworden war, ging nicht ohne weiteres hervor. Es handelte sich mit darum, daß die Frage der Freien Turnerschaft nicht auf die Tagesordnung gesetzt war, und daraus entsprang mein Antrag, der dahin geht, uns die Eingänge präsent zu halten, sie auch dann auf die Tagesordnung zu setzen, wenn sie nach dem Wissen des Herrn Vorsitzenden noch nicht genügend vorberaten sein sollten. Eine ganze Reihe von Punkten wird ja sowieso auf der Tagesordnung erscheinen, von denen sich noch während der Kommissionsberatungen herausstellt, daß sie weiterhin noch der Aufklärung bedürfen. Daß sämtliche Punkte, die auf der Tagesordnung stehen, hier beraten werden können, wird sich nicht erzielen lassen, und irgendwelche Nachteile haben sich bei der Gepflogenheit des Herrn Vor-

sitzenden meines Erachtens nicht gezeigt. Es könnte höchstens als wünschenswert erscheinen, daß man bei den Punkten, von denen man weiß, daß sie nicht vorberaten werden können, einen dahingehenden Vermerk macht. Wesentlich für uns alle ist doch, daß wir immer präsent haben, was an Material vorliegt; sonst könnte es sehr leicht kommen, daß weniger eine andere Reihenfolge einträte, als daß Dinge in Vergessenheit geraten. Auch für die Kommissionen ist das eine Anregung, daß sie sich eines ihnen anvertrauten Antrages besser erinnern. Wenn nun Nachteile nicht vorhanden sind, so möchte ich bitten, das Ersuchen an den Herrn Vorsitzenden zu richten, es beim alten zu belassen.

Vorsitzender: Ich stelle die Unterstützungsfrage. — Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich meine, daß es nicht nötig ist, den Antrag an die Kommission zu verweisen; ich möchte vorschlagen, ihn gleich zu beraten. (Zustimmung.)

Zu der Sache selbst bemerke ich, daß ich allerdings meine Handlungsweise geändert habe, weil ich am Schlusse der Besprechung die Empfindung hatte, die Majorität der Versammlung wäre doch der Ansicht, es sollte auf die Tagesordnung das nicht gesetzt werden, was unter keinen Umständen hier beraten werden kann, weil es in der Kommission noch nicht fertiggestellt ist. Ich habe mir dafür eine besondere Liste angelegt, wo mir präsent bleibt, was noch rückständig ist; es sind auch augenblicklich ein paar Sachen vorhanden, die noch nicht haben vorberaten werden können. Sind die Herren anderer Ansicht, so ist mir persönlich ganz gleichgültig, in welcher Weise die Tagesordnung aufgestellt wird; ich möchte nur in Übereinstimmung mit der Versammlung handeln. — Es ist wohl auch nicht nötig, daß wir lange darüber verhandeln. Wenn sonst nicht noch einer der Herren das Wort zu nehmen wünscht, so werde ich über den Antrag gleich abstimmen lassen.

Ich bitte die Herren, die Hand zu erheben, welche dem Antrage Ja oder Nein zustimmen, daß also, wie es eine ganze Zeit geschehen ist, alle Sachen chronologisch auf die Tagesordnung kommen, ohne Rücksicht darauf, ob sie haben vorberaten werden können oder nicht. (Geschlecht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Ich werde demnach die Sachen, von denen sich schon am Freitag herausgestellt hat, daß ihre Beratung im Plenum unmöglich ist, nicht auf die Tagesordnung setzen.

5. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Görgestraße.

Stadtverordneter: Die geehrten Herren haben am 5. September v. J. beschlossen, eine Fläche von 18 qm für die Görgestraße im Enteignungsverfahren zu erwerben. Der Eigentümer dieser Fläche ist der Kaufmann Heinrich Witte, hier-

selbst. Er lehnte seinerzeit die Annahme eines Angebots von 15 *M* pro qm ab und forderte 83 *M* für das Quadratmeter. Nachdem das Enteignungsverfahren eingeleitet ist, hat Herr Witte Veranlassung genommen, sich eines Bessern zu bezinnen, und hat dem Magistrat mitgeteilt, daß er nunmehr mit dem angebotenen Preise von 15 *M* einverstanden sei, und gleichzeitig die Bitte ausgesprochen, die Angelegenheit im Wege des Vergleichs zum Abschluß zu bringen. Er bekommt danach statt 83 *M* nur 15 *M* für das Quadratmeter. Da dieser letzte Preis seinerzeit schon bewilligt war, hat der Magistrat keinen Anstoß genommen, diesem Gesuche zu entsprechen, und richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich damit gleichfalls einverstanden zu erklären. Die Baukommission ist derselben Meinung wie der Magistrat. Die Kosten sind nicht sehr hoch; sie können im Ausgleichsverfahren beglichen werden. Die Baukommission schlägt demnach vor, die 15 *M* pro qm, wie schon früher geschehen, zu bewilligen.

Der Erwerb der Fläche zu dem genannten Preise wird beschlossen.

6. Antrag Wesemeier auf Einrichtung eines wöchentlich zweimaligen Fleischverkaufs durch die Stadt.

Stadtv. Dr. **Henking**: Herr Stadtv. Wesemeier hat am 14. November folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, zur Behebung der Fleischnot bis auf weiteres allwöchentlich mindestens zweimal von der Stadt angekauftcs Fleisch in ausreichendem Maße zum Verkauf zu stellen und so den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Oktober d. J., die Fleischversorgung der Einwohnerschaft betreffend, zur ernstlichen Durchführung zu bringen.“

Der Antrag ist in der Statutenkommission seinerzeit beraten worden, aber in der letzten Stadtverordnetenitzung wegen Mangel an Zeit nicht zur Erledigung gekommen. Ich bin also erst heute in der Lage, über diesen Antrag hier referieren zu können.

Die Herren wissen, daß durch den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Oktober der Magistrat aufgefordert war, in Rücksicht auf die vorhandene Fleischsteuerung von auswärts Fleisch, und zwar Rindfleisch, zu beziehen. Es ist inzwischen in der letzten Sitzung der Statutenkommission die Angelegenheit in Gegenwart des Herrn Antragstellers nochmals besprochen. Von seiten des Vertreters des Magistrats wurde mitgeteilt, daß, nachdem der Bezug von lebendem Vieh aus Holland sich nicht als in zufriedenstellender Weise ausführbar erwiesen hätte, der Magistrat bereits in der Zwischenzeit die Lieferung einer größeren Menge (80—100 Ztr.) dänischen Fleisches durch eine Hamburger Firma, einste-

weilen für jede Woche, beschlossen habe. Zunächst sollte dieses Fleisch wieder durch drei Vertreter der Fleischerinnung zum Verkauf kommen, nachher aber hat sich — wie uns mitgeteilt wurde — der Magistrat aus verschiedenen Gründen veranlaßt gesehen, den Verkauf durch die Fleischermeister nicht wieder ausführen zu lassen, sondern den Verkauf des aus Dänemark bezogenen Fleisches in eigener Regie vorzunehmen, wie es die geehrte Versammlung auch schon am 3. Oktober beschlossen hatte. Wie die Herren aus der Presse erfahren haben, wird das dänische Fleisch in der Markthalle zum Verkauf gestellt. Es sind also durch den Stadtmagistrat sofort, nachdem ihm von hier aus dieses Vorgehen anempfohlen war, die nötigen Schritte getan, und der Herr Antragsteller hat denn auch während der Beratung in der Statutenkommission erklärt, daß er den Antrag nicht gestellt haben würde, wenn er gewußt hätte, daß in der Zwischenzeit bereits diese Schritte geschehen wären, wodurch in ausreichendem Maße für den Verkauf gesorgt sei. Die Herren werden sich erinnern, daß der Herr Antragsteller in der Begründung seines Antrags es nicht unterlassen hat, in ziemlich scharfer Weise sich gegen die Handhabung der Geschäfte in dieser Beziehung durch den Magistrat auszusprechen. Wir sehen, nachdem Herr Wesemeier selber seinen Antrag zurückgenommen hat, daß dieser Tadel nicht begründet war.

Ich möchte indessen noch ein paar Bemerkungen über den weiteren Verkauf hier vortragen. Sie wissen ja aus der Presse, daß der Verkauf in der Markthalle, und zwar bei beiden eingerichteten Stellen, an ein paar Tagen so lebhaft vor sich gegangen ist, daß es zu Unannehmlichkeiten deswegen kam, weil die Abnehmer oft stundenlang haben warten müssen, ehe sie ihr Fleisch haben bekommen können. Es war deshalb in der letzten Sitzung der Statutenkommission angeregt, noch eine dritte Verkaufsstelle herzurichten. In der Markthalle selbst erschien das untunlich, und es wurde deshalb angeregt, man möchte den westlichen Stadtteil mit einer besonderen Verkaufsstelle bedenken, damit diejenigen Kreise, für die in erster Linie der Verkauf eingerichtet sei, leichter zum Ziel kommen könnten, als in der Markthalle. Dieser Anregung ist die Kommission nahezu einstimmig beigetreten. Wir hatten bei der Aussprache darüber daran gedacht, vielleicht einen Teil der Lauben des Altstadtrathauses oder, wenn das nicht tunlich sein sollte, den Autorshof, der daneben liegt und von der Breitenstraße aus zugänglich gemacht werden soll, als Verkaufsstelle zu benutzen. Es wäre aber auch möglich, daß sich vielleicht eine andere Gelegenheit für die Errichtung einer dritten Stelle böte, denn es stehen verschiedene Gründe dem entgegen, das Altstadtrathaus selbst zu benutzen, auf die ich nicht weiter eingehen möchte. Im besonderen bietet sich Gelegenheit, einen anderen zweckmäßigen Raum in der Nähe des Altstadtrathauses auf absehbare Zeit durch Miete zu erhalten, in dem der Verkauf sich besser regeln würde, ohne sonstige Stö-

rungen zu verursachen. Die Statutenkommission bittet demnach die Stadtverordnetenversammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß eine dritte Verkaufsstelle wenigstens an ein paar Tagen der Woche eingerichtet wird. Diese Einschränkung ist gemacht, da es sich gezeigt hat, daß im großen und ganzen hauptsächlich nur am Freitag nachmittag und am Sonnabend erhebliche Ansammlungen von Käufern und Käuferinnen in der Markthalle stattgefunden haben, und daß aus der Errichtung der dritten Verkaufsstelle an diesen Tagen schon eine erhebliche Entlastung der bestehenden Verkaufsstellen hervorgehen würde.

Wir hoffen und wünschen, daß diese ganze Maßregel des stadtseitigen Fleischverkaufs nur eine vorübergehende sein wird und die Verhältnisse des Fleischmarktes auch für die minderbemittelten Bewohner der Stadt wieder erträglich werden. Man hört auch schon, daß hier und da einige Fleischermeister in der Stadt zu einem etwas billigeren Preise Rindfleisch abgeben, als es in den Monaten vorher üblich war. Ich glaube daher, daß die Herren sich damit einverstanden erklären können, daß wir in der Zeit der Fleischsteuerung an zwei Tagen der Woche noch eine dritte Verkaufsstelle im Westen der Stadt einrichten und damit den unbemittelten Leuten in schnellerer Weise diese Wohltat des billigen Bezuges guten frischen Rindfleisches ermöglichen.

Vorsitzender: Der Antrag Wesemeier ist zurückgezogen, so daß wir darüber heute nicht zu beraten haben. Es liegt jedoch ein Antrag der Kommission vor: den Magistrat zu ersuchen, eine dritte Verkaufsstelle im Westen der Stadt einzurichten.

Stadtv. Frede: Ich habe mit großer Freude eben gehört, daß eine dritte Verkaufsstelle im Westen der Stadt eingerichtet werden soll. Wenn die Kommission dies nicht beantragt hätte, so würde ich es getan haben, denn die Kreise, die an der Erlangung von billigem Fleisch besonders interessiert sind, dürfen nicht wieder an Zeit solche Opfer bringen, daß dadurch die Verbilligung aufgewogen wird. Ich habe mich in der Markthalle selbst überzeugt, daß der Andrang zu den eingerichteten Fleischständen ungeheuer groß war und die Frauen sehr lange haben warten müssen. Die Frauen dieser Kreise haben Ausgehestellen und haben auch sonst ihre Zeit sehr nötig. Deshalb sollte man darnach sehen, daß sie nicht erst weite Wege laufen müssen und nicht sehr lange vor den Fleischständen zu warten brauchen, ehe sie ihren Bedarf erhalten. Ich glaube auch, daß keiner in der Versammlung gegen den Antrag sein wird.

Stadtrat von Frankenberg: Nachdem Herr Stadtv. Wesemeier in der Kommission seinen Antrag zurückgezogen hat, kann ich heute gern darauf verzichten, den Stadtmagistrat gegen die von dem Herrn Antragsteller erhobenen Angriffe, die er auch in der Kommission als unbegründet anerkannt hat, zu verteidigen. Daß

Herr Stadtv. Frede auch befürwortet, man möge noch auf eine weitere Verkaufsstelle im Westen der Stadt Bedacht nehmen, beweist mir ganz deutlich, daß das Zugeständnis, das in der Preißbemessung liegt, doch recht weite Kreise befriedigen muß, denn Herr Frede hat noch vor zwei Monaten die Auffassung vertreten, eine so unbedingte Notwendigkeit, Fleisch zu essen, liege nicht vor. Nachdem wir so billig geworden sind, ist es durchaus anzuerkennen, daß auch die Auffassung des Herrn Frede sich der der Mehrheit der Versammlung nähert. Nun will ich aber nicht verhehlen, daß es gewisse Bedenken hat, mit der Einrichtung einer zweiten Verkaufsstelle vorzugehen, zumal wenn man etwa mit der Möglichkeit rechnen müßte, daß auch noch der Südosten der Stadt mit dem Wunsche kommen könnte, eine dritte Verkaufsstelle einzurichten. Man kann bei einer derartigen Veranstaltung nicht schlechterdings auf alles eingehen, was wünschenswert ist, sondern nur auf das, was durch die Not der Zeit mehr oder weniger gebieterisch gefordert wird. Ich erkenne aber an, daß, wenn wir unserer Maßregel möglichst bald die gehoffte Wirkung verleihen wollen, es mancherlei für sich hat, auf den Wunsch der Kommission einzugehen. Die ganze Veranstaltung ist eine Not- und Kampfesmaßregel, die uns aufgedrängt ist und die hoffentlich nicht gar zu lange aufrechterhalten zu werden braucht, denn wir haben sie nur dem bitteren Zwange folgend ergriffen. Wenn der Antrag hier angenommen wird, will ich die Angelegenheit gern im Magistrat zur Sprache bringen. Es kann sein, daß der Magistrat etwaige Bedenken zurückstellt, und daß es gelingt, an einer geeigneten Stelle eine derartige neue Verkaufsgelegenheit zu schaffen. Am besten wäre es, wenn es möglich wäre, zu annehmbaren Bedingungen von Freitag mittag bis Sonnabend abend jeder Woche einen leeren Laden zu mieten, der für derartige Verhältnisse eingerichtet ist. Ich glaube, daß damit den Wünschen des Westens nach Möglichkeit entgegengekommen wäre.

Auf die andern hierher gehörenden Punkte brauche ich, falls nicht einer der geehrten Herren weiter das Wort dazu nimmt, heute nicht einzugehen. Ich hoffe, daß die Herren anerkennen werden, daß wir zum Besten der Braunschweiger Bevölkerung getan haben, was möglich gewesen ist, obgleich es ein neues und schwieriges Gebiet war, das wir betraten.

Stadtv. **Sander:** Die ganze Maßnahme der Stadt ist eine außerordentliche und ist nur hervorgerufen durch die Not. Wir hätten uns jedenfalls nicht einverstanden erklärt, einem bestimmten Geschäftskreise derartige Konkurrenz zu machen, wenn uns nicht die dringende Not dazu gezwungen hätte. Wenn wir aber eine solche Maßnahme ergreifen, dann muß sie auch so ergiebig sein, daß jeder davon Vorteil haben kann. Das ist jedoch bei der jetzigen Art und Weise, wo man den Verkauf nur auf eine Zentralstelle gelegt hat, nicht möglich; ich habe mich

davon selbst überzeugt. Ich bin zu verschiedenen Zeiten bei dem Verkauf gegenwärtig gewesen und habe gesehen, daß die Leute mindestens eine Stunde haben warten müssen, ehe sie an den Verkauf herankamen. Eine Frau, die im Haushalt tätig ist, hat nicht immer Zeit, eine Stunde zu warten. Daß eine Frau von der Weststraße, vom Madamenweg oder von der Kreuzstraße nach der Markthalle pilgert und dort wartet, bis sie ihr Fleisch bekommen hat, kann man ihr nicht zumuten. Aus diesem Grunde bin ich dafür, daß wir im Westen noch eine Verkaufsstelle einrichten. Ich glaube aber nicht, daß die Notwendigkeit an uns herantreten wird, wie der Herr Stadtrat von Frankenberg sagte, noch eine dritte Verkaufsstelle im Osten der Stadt einzurichten; mit der Errichtung der Verkaufsstelle im Westen würde dem Bedürfnisse Genüge geschehen sein. Auch die Offenhaltung der neuen Verkaufsstelle am Freitag und Sonnabend wird genügen, denn ich habe erst heute wieder in der Markthalle die Erfahrung gemacht, daß einer der beiden Stände fast ganz leer war. Es würde auch vollständig genügen, wenn an den Tagen außer Freitag und Sonnabend nur ein Stand in der Markthalle geöffnet wäre. Bei meiner Erkundigung bei den Verkäufern ist mir gesagt, daß sie an diesen Tagen nicht genug Beschäftigung hätten und ein Stand die Anfrage bewältigen könnte. Anders dagegen wäre es am Freitag und Sonnabend, wo sie dem Andrang nicht genügen könnten, wie sie sagten „auch wenn wir uns die Beine ausreißen“. Wenn wir bei der Einrichtung noch sparen können, so ist das unsere Pflicht, und in diesem Falle könnten wir sparen, da wir an den meisten Tagen mit einem Verkaufsstande auskommen können. Dadurch würden wir die Kosten wieder herausholen, die wir für Freitag und Sonnabend auf der dritten Verkaufsstelle hätten. Ich möchte auch den Magistrat bitten, der Sache näherzutreten und möglichst bald ein passendes Lokal ausfindig zu machen. Ich habe leider bisher nichts gefunden, was geeignet wäre; ich glaube, es bleibt nichts anderes übrig, als den Autorshof dafür zu nehmen, der der Stadt gehört und wo wir keine Miete zu zahlen haben. Jedenfalls wird sich diese Stelle dafür einrichten lassen.

Vorsitzender: Es wird immer von einer dritten Verkaufsstelle gesprochen. Es soll außer dem Verkauf in der Markthalle doch nur eine zweite Verkaufsstelle im Westen eingerichtet werden.

Stadtv. Dr. Genting: Von einer dritten Verkaufsstelle wird aus dem Grunde gesprochen, weil in der Markthalle der Fleischverkauf an zwei verschiedenen, voneinander getrennten Stellen stattfindet.

Stadtv. Frede: Nur eine kurze Bemerkung auf den freundlichen Seitenhieb des Herrn Stadtrats von Frankenberg. Es hat darnach den Anschein, als wenn

eine Inkonssequenz zwischen meinen heutigen Ausführungen und meiner früheren Stellungnahme bestände. Das ist nicht der Fall. Ich habe niemals die Teuerung des Fleisches geleugnet und habe seinerzeit ausdrücklich gesagt, daß sie keiner bestreiten könnte, habe sie auch ausdrücklich bedauert. Meine damaligen Ausführungen richteten sich lediglich gegen die Äußerungen des Herrn Wesemeier, der — wie ich glaube mit Recht sagen zu können — in übertriebener Weise sich ausdrückte.

Stadtv. Wesemeier: Als ich meinen Antrag stellte, war nicht vorzusehen, was noch in der Folge geschehen würde. Jedenfalls habe ich meinen Antrag aus dem Grunde zurückgezogen, weil inzwischen von seiten des Magistrats Maßnahmen getroffen waren, die über das hinausgingen, was ich beantragt hatte, d. h. einen fast ununterbrochenen Verkauf von Fleisch zu bewirken. Ich will aber hier feststellen, daß mein Antrag durchaus berechtigt war, und daß ich von der Kritik, die ich geübt habe, auch nicht ein Wort zurückzunehmen habe. Ich erinnere daran, daß die Kritik nicht von meiner Person allein ausgesprochen ist, sondern daß sie in der ganzen bürgerlichen Presse in derselben Weise ausgeübt worden ist. Ich möchte auch feststellen, daß die ganze Materie erst durch unsere Anregung, durch meinen Antrag in Fluß gekommen ist. Wenn Herr Frede sich nun in seiner Meinung plötzlich so gewandt hat, so ist das jedenfalls auf andere Ursachen zurückzuführen als auf die, die er eben angeführt hat. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß man nicht mit Fischabfällen das Volk abspesen soll, daß man nicht allein, wie von den Ärzten behauptet worden ist, den Ersatz der Fleischkost durch andere Nahrung als wirksame Maßnahme gegen die Fleischnot anführen kann, sondern daß man wirksame Maßnahmen zur Vinderung der Not treffen soll. Ich darf daran erinnern, daß der Antrag im September eingereicht worden ist und bis über die Mitte November hinaus nur 14 Rinder eingeführt waren. Daraus entsprang unser Antrag und unsere Kritik.

Vorsitzender: Der Herr Vorredner hat gesagt, Herr Stadtv. Frede hätte seine Ansicht in Wirklichkeit aus andern Gründen geändert, als es hier angegeben wäre. Ich halte es nicht für parlamentarisch, dergleichen hier auszusprechen.

Stadtrat von Frankenberg: Die Hauptsache ist doch auch in diesem Falle wieder, daß etwas Nützliches für die Bevölkerung geschehen ist, es kommt wohl am wenigsten darauf an, wer in dieser geehrten Versammlung oder außerhalb derselben den Ruhm hat, die Anregung dazu gegeben zu haben, daß es so weit gekommen ist. Das muß ich vorausschicken. Im übrigen möchte ich den Ruhmeskranz, den Herr Stadtv. Wesemeier um sein und seiner Parteigenossen Haupt zu flechten bemüht gewesen ist, mit rauher Hand zerstören. Die Sache liegt nicht so, daß durch

den als zurückgezogen bezeichneten Antrag die Sache erst in Fluß gekommen ist, sondern ich konnte schon in derselben Sitzung, in der der Antrag gestellt worden ist, mitteilen, daß drei Tage vorher der Stadtmagistrat die erste Sendung dänischen Fleisches bestellt hatte. Und da der Bezug befriedigend ausgefallen ist, so haben wir fortgesetzt dänisches Fleisch bezogen. Wenn man die beiden Sendungen von je 80 Zentner, die durch die hiesigen Fleischermeister zum Verkauf gebracht sind, errechnet, so sind bis heute 644 Zentner außer dem holländischem an dänischem Rindfleisch in Braunschweig eingeführt. Das ist immerhin schon ein erklecklicher Teil. Es entfällt, wenn man so rechnen will, nahezu ein halbes Pfund auf den Kopf der Bevölkerung der Stadt, und es kommen jede Woche nicht 100, sondern 120 bis 130 Zentner Fleisch nach. Erst heute morgen ist uns gemeldet, daß die nächste Sendung von Warnemünde abgegangen ist. Also ist tatsächlich noch vor Einbringung dieses Antrags die Sache in Fluß gekommen.

Die Versammlung stimmt der Einrichtung einer weiteren Verkaufsstelle im Westen der Stadt zu.

7. Erwerb einer Grabenfläche von der Feldmarksgemeinde Altemief.

Stadtv. **Meyerhoff**: Es handelt sich bei dieser Vorlage um eine kleine Grabenfläche von 1 a, die von der Feldmarksgemeinde Altemief zu einem städtischen Grundstücke abgetreten werden soll, das am Andreeplatz gelegen ist. Ich habe den Plan dafür ausgehängt. Der Name Andree wird den Herren wohl geläufig sein, Sie werden aber nicht wissen, wo der Platz liegt. Es ist die Ausbuchtung, die die Korfesstraße nach Westen hin macht. Die Feldmarksgemeinde Altemief hat sich bereiterklärt, die fragliche Grabenfläche der Stadt zum Preise von 7 *M* per Quadratmeter zu überlassen. Der Magistrat hat den Preis für nicht zu hoch befunden und gibt anheim, sich mit dem Ankauf einverstanden zu erklären und die Kosten zu Lasten des Extraordinariums zu bewilligen. Wir haben in andern Feldmarksgemeinden, z. B. im Hagen, teurere Preise bezahlt, und ich habe im Namen der Baukommission zu beantragen, diese 7 *M* per Quadratmeter zu bewilligen. Als wesentlich für die Zustimmung zu dem Erwerb kommt in Betracht, daß nur durch Zulegung dieses Terrainstreifens das städtische Grundstück zu einem Bauplatz zu verwenden möglich ist.

Der Erwerb der fraglichen Grabenfläche wird beschlossen.

8. Anlegung eines Zentralschulgartens auf dem städtischen Nieselgute.

Vorsitzender: Ihnen allen ist das Schriftstück Nr. 11 854 zugegangen, welches sich mit dieser Vorlage befaßt.

Stadtv. **Friede:** Der Direktor der städtischen Bürgerichulen und der Schulvorstand derselben haben an den Stadtmagistrat das Ersuchen gerichtet, einen Zentralschulgarten einzurichten, auf welchem solche Pflanzen gezogen werden können, die in den Schulen zum Unterricht in der Naturgeschichte nötig sind. Bisher sind die Kinder vom Klassenlehrer beauftragt, die Pflanzen zum Unterrichte mitzubringen. Das hatte den großen Übelstand, daß zum Teil die Kinder in die Felder hineingingen und die Pflanzen auf ihnen zertraten oder auch die Pflanzen mit der Wurzel herausriffen, was zur Folge gehabt hat, daß in der Umgegend von Braunschweig viele Pflanzen überhaupt nicht mehr zu bekommen sind. Der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt, einen Zentralschulgarten anzulegen. Nun lag es zunächst in der Absicht, in der Nähe der Stadt ein 4 Morgen großes Grundstück zu erwerben, wo diese Anpflanzungen vorgenommen werden könnten. Das hat sich aber nicht bewerkstelligen lassen, denn wenn auch der Schulgarten auf einer solchen Stelle angelegt würde, so würde durch die immer weiter hinausgehende Bebauung des Geländes die ganze Sache bald wieder hinfällig werden. Sodann ist es auch angebracht, daß ein Teich in der Nähe des Schulgartens liegt, um dort auch Wasserpflanzen zu ziehen. Alles dieses hat den Magistrat veranlaßt, auf unserm Kieselgute ein Stück von 4 Morgen zur Verfügung zu stellen, wo alle diese Anlagen vorgenommen werden können. Auch der Transport der Pflanzen nach der Stadt hin läßt sich ganz gut ausführen, weil regelmäßig, wenn auch nicht täglich, sowieso ein Wagenverkehr von dem Kieselgute nach der Stadt hin stattfindet. Es läßt sich wohl ermöglichen, daß bei der Gelegenheit die von den Schulen gewünschten Blumen nach der Stadt gebracht und abgefordert werden. Außerdem hat sich herausgestellt, daß auf dem Kieselgute selbst ein Raum geschaffen werden muß, wo die Gartengerätschaften, die zu versendenden Pflanzen usw. untergebracht werden können. Auch das läßt sich einrichten, indem die Gutsverwaltung die Räume für einen Verwalter, der nicht mehr nötig ist, frei hat und zur Verfügung stellt. Zur Leitung des Betriebes ist der Lehrer Ramke ausersehen, der sich mit der Schulgartenfrage eingehend beschäftigt hat und sehr gut auf dem laufenden ist. Für diesen Lehrer müßte auch ein Raum geschaffen werden, wo er bei schlechtem Wetter unterkommen kann. Zuerst war vorgesehen, ein kleines Haus zu erbauen; auf Anregung des Stadtmagistrats ist aber davon abgesehen und in Vorschlag gebracht, eine einfache Schutzhütte in Form einer Schilflaube, die etwa 100 *M* kosten wird, zu errichten. Es kommt als günstiges Moment für dieses ganze Projekt hinzu, daß die für Bearbeitung des Schulgartens nötigen Arbeitskräfte vorhanden und billiger sind als in der Stadt. Die Gesamtkosten würden 3425 *M* betragen.

Zu dieser einmaligen Ausgabe würden hinzukommen

1. Pacht für die Länderei an das Kieselgut 300 *M*,
2. Arbeitslohn, der von der Kieselgutdeputation zu 1000 *M* geschätzt wird,

3. Dünger, geschätzt zu 240 *M*,
4. Vergütung für den Lehrer 500 *M*,
5. für Sämereien, Pflanzen, Unterhaltung der Anlage und Ergänzung der Geräte etwa 200 *M*,

so daß die Summe der laufenden Ausgaben 2240 *M* betragen wird. Die Höhe der Transportkosten festzustellen, müßte man vorbehalten; es könnte unter Umständen auch hierfür eine Kleinigkeit zu entrichten sein.

Die Schulkommission erklärt sich mit der Vorlage einverstanden und empfiehlt, den Vorschlägen des Magistrats zu folgen, also

1. der Einrichtung und Unterhaltung eines Schulgartens auf dem Nieselgure zuzustimmen,

2. die einmaligen Kosten zu 3425 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds zu bewilligen, und

3. zu genehmigen, daß zur Bestreitung der dauernden Kosten die Summe von 2240 *M* und als Einnahme einstweilen der Betrag von 300 *M* in den nächsten jährigen Voranschlag der Bürgerschulkasse eingestellt werden.

Zu dem letzten Antrage möchte ich noch bemerken, daß die Einrichtung des Schulgartens wahrscheinlich nicht allein für die Bürgerschulen geschehen wird, denn es sind Anfragen von den höheren und von den Privatschulen gekommen, die die Bitte enthalten, ihnen von den Pflanzen etwas abzulassen, was selbstverständlich nur gegen Vergütung der aufgewendeten Kosten geschehen kann, und daraus resultiert die angenommene Einnahme von 300 *M*.

Ich erkläre nochmals, daß die Schulkommission einstimmig der Ansicht gewesen ist, daß diese Vorschläge Ihnen zur Annahme zu empfehlen sind.

Stadtv. Voetschigt: Ich will nicht gegen die Anlage des Schulgartens sprechen. Ich möchte mir nur die Frage erlauben, da mir aus Lehrerkreisen eine gleiche Anfrage gestellt ist, warum man nicht den Schulgarten näher an die Stadt legt, event. auf das Gelände des Pflegehauses. Es wäre mir lieb, wenn von Seiten des Magistrats mitgeteilt würde, welche Bedenken gegen diese Näherlegung des Schulgartens vorliegen, und ob eine Näherlegung unmöglich ist.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich glaube, wir tun besser, den Garten des Pflegehauses unberührt zu lassen, denn eine Beschäftigung der Insassen des Pflegehauses auf ihm ist wünschenswert. Es wird vom Pflegehause fortwährend noch Terrain hinzugepachtet, um eine angemessene Beschäftigung der Pfleglinge zu erreichen und Früchte für das städtische Krankenhaus zu ziehen.

Stadtrat von Franckenberg: Ich darf hinzufügen, daß in der letzten Zeit sich die Land- und Viehwirtschaft des städtischen Pflegehauses bedeutend erweitert hat

nach der Richtung hin, auch auf nicht unmittelbar bei den Gebäuden der Anstalt belegenen Lande die Bewirtschaftung durch die Insassen des Pflegehauses ermöglichen zu können. Sie wissen, wieviel von dem Gartenlande des Pflegehauses seit dem Bau des neuen Hauses weggefallen ist. Aus diesem Grunde haben wir noch Länderei gepachtet und haben im letzten Jahre eine Einnahme von nahezu 10 000 *M* aus der Land- und Viehwirtschaft gehabt. Das würde uns bitter fehlen, wenn der Schulgarten hier zur Einrichtung gebracht würde.

Vorsigender: Ich möchte dazu noch hervorheben, daß der Schulgarten eine Größe von 71 a erhalten, also fast 4 Morgen groß werden soll.

Die Versammlung stimmt den Vorschlägen des Magistrats zu.

9. Errichtung einer Schweinemästerei auf dem städtischen Kieselgute.

Stadt v. **Leue:** Es ist den Herren bekannt, daß Herr Stadt v. Kiefe schon seit längerer Zeit als Lieblingsplan den Gedanken hegt, daß auf dem städtischen Kieselgute eine Schweinemästerei eingerichtet werden möchte. Im Laufe dieses Jahres, veranlaßt durch die Fleischnot, ist Herr Kiefe auf diesen Plan zurückgekommen, und sein Antrag ist Anlaß zu einem Beschluß der geehrten Herren geworden, daß der Magistrat eine Klärung der Verhältnisse herbeiführen möchte. Nun hat der Magistrat uns eine recht ausführliche Auseinandersetzung schriftlich zugehen lassen, und diese bildet den Gegenstand unserer heutigen Beratung.

Was zunächst die augenblicklichen Gründe anbetrifft, die den Herrn Stadt v. Kiefe veranlaßt haben, auf diese Frage zurückzukommen, so geht aus den Auseinandersetzungen des Magistrats hervor, daß die Einrichtung einer Schweinemästerei nicht geeignet ist, der Fleischnot entgegenzuwirken, denn wie Sie aus der Vorlage ersehen, werden in der Stadt Braunschweig jährlich 90 000 Schweine geschlachtet, und das Kieselgut würde, wenn wir eine Schweinemästerei einrichten würden, vielleicht nur 1200 Schweine an den Markt zu bringen imstande sein. Daß diese 1200 Schweine zu dem Gesamtbedarf von 90 000 nur als ein Tropfen auf den heißen Stein anzusehen sind, bedarf nicht der näheren Erörterung.

Nun der zweite Gesichtspunkt: Ist die Einrichtung einer solchen Schweinemästerei für die Stadt nützlich und rentabel? Diese Frage wird in der uns vorliegenden Schrift eingehend behandelt. Es erübrigt sich wohl, die Einzelheiten hier vorzuführen, da allen Herren die Vorlage des Magistrats gedruckt vorliegt. Ich möchte die Ausführungen nur kurz dahin zusammenfassen, daß die Stadt 6688 *M* zusehen würde, wenn wir davon abgingen, die Verpachtung so, wie sie jetzt geschieht, vorzunehmen, und dafür die Schweinemästerei einführten. Ob diese Zahlen genau sind oder Sachverständige vielleicht dieses oder jenes daran bemängeln

können, das wird meist auf Ansichtssache beruhen. Ich glaube aber, und die Finanzkommission hat sich auf denselben Standpunkt gestellt, daß diese Berechnung als eine der Wirklichkeit sehr nahe kommende anzusehen ist und daher in der Einführung der Schweinemästerei auf dem Rieselgute kein Vorteil für die Stadt erblickt werden kann, daß sie im Gegenteil dadurch in die Lage kommen würde, eine gewisse Mindereinnahme zu erzielen. Der Schaden würde vielleicht noch größer werden als angegeben ist, wenn man in Betracht zieht, daß der Ausbruch einer Seuche viel schädlicher wirkt bei einer großen Menge von Schweinen, die auf einer Stelle gezüchtet werden, als bei einer Schweinemästerei im kleinen, die ja, wie ich gleich bemerken will, als die rentabelste angesehen wird.

Nun aber, meine verehrten Herren, würde auch durch die Einrichtung einer Schweinemästerei auf dem Rieselgute die Zahl der Schweine, die für die Stadt bzw. für ihre Umgebung gezogen wird, noch keineswegs vergrößert werden. Es ist festgestellt, daß die Pächter, wenn sie kein Land vom Rieselgute pachten können, etwa 1922 Stück Vieh werden mästen können, wenn sie aber Rieselgutländereien zu pachten in der Lage sind, wie das jetzt der Fall ist, rund 4700 Schweine, Kühe und Mastbullen halten. Hieraus geht hervor, daß die Einrichtung einer Schweinemästerei auch in dieser Hinsicht nicht wünschenswert erscheint. Die Finanzkommission hat sich deshalb dahin schlüssig gemacht, Ihnen zu empfehlen, von der Einrichtung einer Schweinemästerei im großen Abstand zu nehmen.

Nun ist aber eine zweite Frage aufgeworfen, nämlich die, ob nicht etwas mehr Schweine als bisher auf dem Rieselgute gehalten werden könnten, und zwar deshalb, um die Feldfrüchte der Ländereien, die nicht verpachtet sind, besser zu verwerten. Zu dieser Frage ist man gekommen, weil in der Rieselgutdeputation die Frage aufgeworfen ist, ob man nicht zurzeit, nämlich in einem Jahre, wo besondere Ernteverhältnisse vorliegen — Sie wissen, daß die Kartoffeln sehr billig geworden sind, daß das Stroh dagegen schlecht geraten ist, so daß es schwer zu verwerten ist, ferner, daß der Hafer zum größten Teile ausgewachsen ist — besser täte, diese Feldfrüchte, die man zu angemessenem Preise nicht veräußern kann, zu verwenden, um einige Schweine zu mästen. Der Magistrat hat sich dahin geäußert, daß er sich sehr wohl damit einverstanden erklären könne, daß man eine solche Schweinemästerei im kleinen einrichtet, um die Feldfrüchte bei solchen Zuständen, wie sie in diesem Jahre vorliegen, besser verwerten zu können. Dabei würde es sich vielleicht um die Mast von etwa 30 Schweinen handeln. Um diese durchzuführen, wäre es erforderlich, daß einige bauliche Einrichtungen getroffen würden, für die ein Kostenaufwand von etwa 520 M vorgesehen ist.

Die Finanzkommission hat sich auch mit dieser Frage beschäftigt. Sie nahm im allgemeinen den Standpunkt ein, daß selbst dieses Vorgehen nicht gerade zu empfehlen sei. Sie mußte aber andererseits anerkennen, daß derartige Verhältnisse

wie in diesem Jahre wieder vorkommen können, und daß es zweckmäßig sei, wenigstens die Möglichkeit zu haben, derartige Veränderungen für die Schweinemästerei auf dem Kieselgute vorzunehmen. Nach eingehender Beratung hat sich schließlich die Finanzkommission dahin entschieden, Ihnen zu empfehlen, daß man nichts dagegen einwenden möge, daß dieser Betrag zur Verfügung gestellt wird. Nicht aber hat sie damit sagen wollen, die Schweinehaltung möge jetzt eingerichtet werden, sondern sie will nur zum Ausdruck bringen: Wir haben nichts dagegen, daß dieses Geld aufgewandt wird; wenn die Kieselgutdeputation es für wünschenswert hält, eine derartige Schweinemästerei einzurichten, soll nichts im Wege stehen.

Der Antrag der Finanzkommission geht also dahin, die Frage I, Einrichtung einer Schweinemästerei im großen, zu verneinen, dagegen dem Vorschlage des Magistrats unter II: Bewilligung von 520 *M* aus den laufenden Einnahmen des Kieselgutes zur Herrichtung von Räumlichkeiten für eine Mastung von Schweinen im kleinen, zuzustimmen.

Namens der Finanzkommission habe ich zu bitten, sich diesen Beschlüssen anzuschließen.

Stadtv. Heise: Meine geehrten Herren. Ich habe die Vorlage sorgfältig geprüft und bin zu einem ganz anderen Resultate gekommen als der Herr Referent und als in der Vorlage angegeben ist. Ich habe folgendes auszusprechen:

Es wird hier angegeben, daß ein halbjähriges Schwein beim Einkauf 90 *M* kosten würde. Das ist jedenfalls viel zu hoch gegriffen, denn das haben die Schweine noch nicht gekostet. Für das Paar halbjährige Schweine sind 100 bis 120 *M* gezahlt, also für zwei Stück Schweine! Das ist doch ein großer Unterschied! Der Verkaufspreis hingegen ist viel zu niedrig gegriffen, denn von allen Schlachtern, die ich darum gefragt habe, sind mir höhere Preise genannt. Wenn Sie beim Einkauf auch nur 10 *M* bei je einem Schweine sparen, so bringt das schon eine riesige Summe, nämlich für die aufgeführten 1177 Schweine 11 770 *M*, und wenn Sie weiter beim Verkauf 5 *M* mehr für 100 Pfund bekommen, so bringt das wieder 17 635 *M*. Das macht also schon ganz gewaltige Summen aus, und meine Angaben stimmen, denn ich habe mich sorgfältig nach diesen Sachen erkundigt.

Auch wenn man die Angaben über den Ertrag an Kartoffeln für den Morgen Ackerland prüft, so ist er als nicht zutreffend zu bezeichnen, wenigstens für dieses Jahr auch nicht als annähernd zutreffend. Man hat hier einen Ertrag von 75 Zentner auf den Morgen Ackerland angenommen. Mir ist von verschiedenen Ökonomen berichtet worden, daß sie nicht 75, sondern 150, 175, selbst über 200 Zentner Kartoffeln auf einem Morgen geerntet haben. Das sieht gewaltig anders aus! Sie wollen doch jedenfalls nicht etwa auf dem Kieselgute lithauische Deli-

kateßkartoffeln für die Schweine ziehen, sondern es werden recht ertragreiche und großfrüchtige Sorten zu diesem Zweck ausgesucht werden müssen, denn es handelt sich doch darum, ein möglichst großes Quantum zu produzieren.

Bei der *Ausgabe* habe ich folgendes zu bemängeln: Es steht hier, daß für künstlichen Dünger 8420 *M* erforderlich wären. Diese Summe ist doch überflüssig, denn wenn Riesel land benutzt wird, so braucht das doch nicht noch mit künstlichem Dünger versehen zu werden, ebensowenig für die Kartoffeln wie für den Roggen. Man sät in frisch gedüngtes Feld sowieso keine Kartoffeln und auch keinen Roggen.

Ferner ist hier für das zweimalige Pflügen von 924 Morgen ein Betrag von 20 *M* pro Morgen = 16 480 *M* ausgeworfen. Ein Ökonom aus Braunschweig, der mehr als 100 Morgen bearbeitet, hat mir gesagt: „Dafür übernehme ich die Arbeit gern und fahre jeden Tag nach dem Gute hin und egge es auch noch mit.“

Weiter ist nicht nötig, daß das Land zweimal gepflügt wird, einmaliges Pflügen genügt für Kartoffelland vollkommen, noch dazu da es Rieselgut ist, das nicht voll Quecken sitzt. Ich kenne das, denn ich bin früher viel draußen gewesen und habe viele Schweine gezüchtet, gemästet und auch verkauft. Ich habe persönlich 40 Morgen Kartoffelland gepflügt, bestellt und wieder ausgeerntet.

Auch bei der Ausgabe für die Ernterntung der Kartoffeln ist viel zu dick aufgetragen. Für diesen Zweck, wo es nicht darauf ankommt, ob die Kartoffeln einmal zerschnitten werden, könnten die Kartoffeln ausgepflügt werden. Dabei ist es nicht möglich, daß 3540 *M* für Ernterntung der Kartoffeln ausgegeben werden, denn auf diese Weise dauert die Arbeit bei 236 Morgen Kartoffelland nicht so lange, daß diese Ausgabe gerechtfertigt wäre.

Dann habe ich mir die Sache nach einer anderen Seite hin überlegt und mir gesagt: Wenn das Land auf dem Rieselgute sich zum Anbau von Gerste nicht eignet (es ist hier Roggen in Aussicht genommen), dann könnte man das Aus säen von Getreide überhaupt ruhig unterlassen, denn was das hier kosten soll, dafür können Sie das fertige Schrot in jedem Detailgeschäft kaufen. Ich habe ausgerechnet, was der Stadt der Zentner Schrot kosten würde und habe gefunden, daß man sich selbst bei Einkauf von halben und viertel Zentnern (es gibt viele kleine Leute in Braunschweig, die sich $\frac{1}{4}$ Zentner Schrot kaufen), ebenso billig stehen würde. Im Konsumverein kostet der Zentner 9,50 *M*, selbst bei Einkauf von $\frac{1}{4}$ Zentner. Wenn Sie den Anbau von Palmsfrüchten vollständig beiseite lassen wollten, dann würde eine große Menge erspart, und das Land könnte noch verpachtet werden. Für den Roggenbau waren 588 Morgen bestimmt. Den Morgen zu einer Pacht von 75 *M* gerechnet, würde uns das eine Pachteinnahe von 43 000 *M* bringen, und nicht ausgegeben würden die Kosten für Düngen, Pflügen, Einsaat, Drillen, Ernten und Schroten = 40 000 *M* oder etwas mehr. Das wären zusammen schon über 80 000 *M*. Dafür wäre es natürlich notwendig, für ca. 3000 *M* Streu

zu kaufen. Und wenn es wirklich ausgeführt werden sollte, daß Halmfrüchte gebaut würden, dann würde doch gewaltig dabei zu sparen sein und der Ertrag ein ganz anderer sein als hier angeführt.

In der Vorlage wird gesagt, daß der Morgen Roggen 15 Zentner Stroh gegeben habe. Meine Herren, ich habe bei einem Ökonomen deswegen angefragt, der hat mir geantwortet: „Sie haben sich wohl verhört?“ Ich antwortete: „Nein, ich habe es schriftlich.“ Da wurde mir erwidert: „50 Zentner reichen noch lange nicht aus!“ Wenn Sie das in Betracht ziehen, dann sind das allein 8720 Zentner Stroh mehr! — Sodann ist der Zentner Stroh im Verkauf mit 1,50 *M* berechnet. Ein Ökonom hat mir gesagt, daß im Anfang August, wo das Stroh am allerbilligsten ist, ihm 2,10 *M* für den Zentner bezahlt ist für Stroh, das ihm noch dazu vom Felde weggeholt worden ist. Die Garnisonverwaltung oder ähnliche Institute haben für Stroh 2,70 *M* per Zentner bezahlt, und ich habe noch mehr dafür bezahlen müssen. Das Maschinenstroh wird heute bei den modernen Einrichtungen, die wir für Häckelschneiderei haben, ebenso gut zu Häcksel geschnitten wie das Handstroh. Die wenigsten Furagehändler schneiden den Häcksel selbst, sie lassen ihn sich schicken, und die Geschäfte, die Häcksel im Großbetriebe herstellen, verschneiden fast nur Maschinenstroh. Wenn Sie bloß einen Mehrertrag von 50 Pfg. per Zentner Stroh beim Verkauf berücksichtigen, so kommt auch hier eine große Summe heraus. Wenn man den Ertrag von 236 Morgen Kartoffeln zu 25 Zentner auf den Morgen mehr rechnet, also 100 Zentner auf den Morgen statt 75, so kommen auch hier 6000 *M* mehr heraus. Ich will gar nicht annehmen, daß wir immer eine so abnorm günstige Kartoffelernte wie dieses Jahr haben, wo stellenweise 200 Zentner auf dem Morgen geerntet sind. Aber bei Futterkartoffeln ist eine Ernte von 100 Zentnern das mindeste, und selbst wenn eine Mißernte eintritt, möchte ich Garantie dafür übernehmen, daß 100 Zentner geerntet werden.

Wenn man also die Sache sorgfältig prüft, so kommt man zu einem andern Resultate als die Vorlage zeigt. Berücksichtigen Sie doch einmal: Weshalb füttern denn die Ökonomen eigentlich Schweine und verkaufen sie? Doch nur, um zu verdienen. Wenn sie Geld zulegen würden, dann würden sie sich hüten, Schweine zu mästen; das muß sich doch jeder Mensch sagen. Und daß dabei die Ökonomen, vorzüglich im Großbetriebe, ein schönes Stück Geld verdienen, das hat der Reichskanzler in seiner Rede vom 27. November im Reichstage ausgesprochen. Er hat ausgeführt, daß durch Aufzucht und Mästung von Vieh der Landmann seinen Hauptverdienst habe. Es wird doch behauptet, die Landwirtschaft sei die festeste Stütze des Reiches, darauf beruhe sein Grund. Ich halte sie natürlich nicht dafür, sondern meine, daß die Industrie mehr wert ist; aber beide gehören doch zusammen. Wenn so viele Großbetriebe Vieh zu dem Zweck züchten und mästen, um ein

Geschäft daraus zu machen, so sollte die Stadt nicht unterlassen, ein ähnliches Geschäft zu machen.

Nun ist es uns aber auf dem Rieselgute nicht allein möglich, 1177 Stück Schweine zu mästen, sondern aus dem, was ich vorgetragen habe, geht hervor, daß wir das doppelte Quantum mit einem Male mästen könnten. Denn wenn wir keine Palmfrüchte bauten, so hätten wir über 80 000 *M* zur Verfügung, um Schweine dafür kaufen zu können. Wer wollte uns wehren, wenn wir die Einrichtungen dazu hätten, zweimal im Jahre das Experiment zu machen? Man brauchte ja nur das doppelte Quantum Futter dazu zu haben. Ich will ja auch berücksichtigen, daß für die doppelte Anzahl der Schweine auch die doppelte Anzahl Gebäude aufgeführt werden müßten; aber den Betrag dafür brauchten wir nicht mit einem Male abzugeben, das müßte nach und nach abgetragen werden. Ich bin überzeugt daß das einen großen Nutzen abwerfen würde, und den könnte die Stadt Braunschweig wohl gebrauchen.

Ich bitte Sie demnach, sich nicht dem Kommissionsbeschlusse anzuschließen, sondern dafür zu stimmen, daß die Angelegenheit noch einmal geprüft wird. Ich freue mich, daß der Magistrat sich wenigstens entschlossen hat, im Kleinen eine Probe zu machen; aber auch bei einem Versuche im großen wird das Resultat besser ausfallen, als es in der Vorlage ausgesprochen ist.

Stadtv. Voelckigt: Der Herr Vorredner hat eine Rechnung aufgestellt, die ich durchaus nicht bezweifle. Ich habe aber auch den Eindruck, daß auch die Berechnung in der Vorlage, die nach den Angaben anderer Sachverständigen aufgestellt ist, richtig sein wird. (Zwischenruf: Das ist ja unmöglich!) Ich meine, sowohl die einen wie die andern Sachverständigen werden ihre Ansicht für richtig halten. Das soll mir aber gleichgültig sein, denn graue Theorie ist ja die eine wie die andere Berechnung. Der Antrag, eine Schweinemästerei einzurichten, basiert doch darauf, daß man bemüht ist, der Stadt Braunschweig mehr Fleisch zuzuführen und dadurch auf die Preise zu drücken. Es ist hier festgelegt, daß die Stadt auf dem Rieselgute ungefähr 1200 Schweine mästen kann. Sagen wir nun auch, es soll möglich sein, daß 1800 Schweine jährlich auf dem Rieselgute fett gemacht werden könnten. Dann fällt aber weg, wie wir auf Seite 11 der Vorlage sehen, was von unsern Pächtern an Vieh wegen der Überlassung von Pachtländereien mehr gezogen werden kann. Unsere Pächter hatten vorher viel weniger Vieh gehalten, als sie es jetzt tun, nachdem sie Teile des Rieselgutes in Pacht haben. Aus den Zahlen geht hervor, daß jetzt an Schweinen 2075 Stück mehr produziert sind, an Kühen 490, an Mastbullen 205 Stück, also im ganzen 2770 Stück Vieh mehr. Das sind allein ca. 300 Schweine mehr, als wenn wir selber annehmen, daß wir 1800 Schweine auf dem Gute mästen können. Sie wissen, daß ich ein Verfechter der Selbstbewirt-

schaffung des Rieselgutes nie gewesen bin. Ich bin immer dafür gewesen, daß wir das Land verpachten, und halte daran auch jetzt noch fest. Die Stats der letzten Jahre haben uns bewiesen, daß wir gut dabei fahren. Wenn wir heute diese Verpachtung von Rieseland zum Teil aufgeben und die Selbstbewirtschaftung einführen, so wird ein großer Posten in der Einnahme des Rieselgutes ausfallen, und wir haben doch nur Aussicht, 50 Prozent der bis jetzt gezogenen 2770 Stück Vieh selbst ziehen zu können. Wenn der Antrag darauf hinausgeht, mehr Vieh auf dem Rieselgute zu schaffen, so tun wir es besser indirekt, wie es jetzt geschieht, wie auch der Herr Referent ausgeführt hat. Es weiß jeder, daß der Kleinbetrieb besser imstande ist als der Großbetrieb, Schweine zu mästen, denn jener hat das Risiko nicht. Jeder Fachmann, der Massennästerei betrieben hat, wird sagen müssen: Wenn eine Seuche in die Mästungsanlagen hineinkommt, so haben wir jahrelang darunter zu leiden, bis wir sie wieder aus den Ställen herausschaffen. Eine Stadtverwaltung hat sogar Fachwerkställe gebaut und sie hundert oder ein paar hundert Meter auseinander gestellt, um in der Lage zu sein, sie niederbrennen zu können, wenn eine Seuche aufgetreten ist. Und wenn wir auch gar nicht mit diesem Unglück rechnen wollen, so kann ich doch nach der Rechnung des Herrn Hesse nicht einsehen, daß wir durch eine eigene Bewirtschaftung des Rieselgutes und Einrichtung einer Schweinemästerei daselbst mehr Vieh produzieren würden, als indirekt durch unsere Pächter. Da mir das noch nicht bewiesen ist, so muß ich sagen: Wir haben nur dafür zu sorgen, daß so viel Vieh wie möglich produziert wird. Das wird geschehen, wenn wir es so lassen, wie es heute ist. Ich möchte bitten, den Antrag des Herrn Referenten anzunehmen.

Stadtv. Hmann: Herr Stadtv. Hesse hat durch Angabe von Zahlen versucht, das Material des Magistrats zu entkräften. Herr Stadtv. Loeschigt hat dann die Zahlen des Magistrats auch für richtig erklärt und auch nicht gezweifelt an der Richtigkeit der Angaben des Herrn Hesse. Da muß ich sagen: Ein so großer Gemütsmenschen bin ich allerdings nicht, um zu sagen, wenn zwei sich einander gegenüberstehen und das Urteil des einen anders ist als das des zweiten: beide haben recht. Eine genaue Prüfung der entgegenstehenden Angaben wird aber hier nicht möglich sein. Auch ich bin nicht Fachmann, um über die Anlage einer Schweinemästerei auf dem Rieselgute sachverständig urteilen zu können, wie das hier mein Freund Hesse hat tun können. Ich habe aber andererseits Angaben über die Erfahrungen einer mir befreundeten Genossenschaft zur Hand, die mir auch ein anderes Resultat zeigen, als es der Magistrat ausgerechnet hat, und die gegen die Ausführungen des Herrn Referenten sprechen, der sich an die Magistratsvorlage angelehnt hat. Der Sinn der Vorlage ist der, daß es keinen Zweck hätte, wenn wir

eine Schweinemästerei einrichteten, denn damit würden die Preise nicht verbilligt, sondern verteuert; weil ein großer Konsum von Schweinen in Braunschweig herrsche, würden wir mit der Mästung der 1200 Schweine nichts erreichen. Wenn das richtig wäre, dann brauchte nicht fortgesetzt im Reichstage und in den Landtagen von den höchsten Spitzen der Behörden gesagt zu werden, die Landwirtschaft solle dahin wirken, daß mehr Viehzucht getrieben werde. Ein jeder wird zugeben müssen, daß jeder Tropfen, der ins Maß hineinfließt, mit dazu beiträgt, es zu füllen, und so ist es auch hier. Wenn überall mehr Vieh gemästet werden würde, so würde das dazu beitragen, daß mehr oder weniger die Preisregulierung in anderer Weise erfolgte als jetzt. — Von Herrn Loeschigk ist an der Hand der Vorlage darauf hingewiesen worden, daß wir so viel Schweine, wie wir selber mästen wollen, auf alle Fälle von der Zahl der durch unsere Pächter gemästeten Schweine entziehen. Wenn das richtig wäre, dann hätte der Magistrat recht, und wir hätten nicht nötig, eine Schweinemästerei einzurichten. So liegt die Sache denn doch aber wohl nicht, daß das Pachtland, welches wir den Pächtern entziehen, auf alle Fälle zu einem Minus führen muß. Es ist unmöglich, in den Rahmen einer breiten Erörterung den Beweis hineinzubringen. Ich habe schon auf ein Resultat hingewiesen, welches anders klingt, nämlich auf die Einrichtung des Konsumvereins Essen, der in Mengede an der holländischen Grenze eine Schweinemästerei im März 1911 eingerichtet hat und daraus die besten Erfolge gezogen hat. Er hat nach seinem Jahresberichte im vorigen Jahre 592 Schweine verkaufen können und ist mit dem Resultat so zufrieden, daß er die Schweinemästerei um das Doppelte vergrößert hat und in diesem Jahre 1500—1800 Schweine hofft verkaufen zu können. Bei der Mästung dieser 592 Schweine im vorigen Jahre hat er einen Reingewinn von 3755,90 M erzielt. Sie können überzeugt sein, daß der Betrieb dort nicht anders eingerichtet werden kann wie auch ein städtischer. Es ist öfters gesagt: Ein städtischer Betrieb arbeitet teuer, und es ist unmöglich, ihm dieses Unternehmen auf den Hals zu laden. Auch der Geschäftsleiter des Konsumvereins von Essen und auch die Beisitzer können nicht alle Tage den Betrieb kontrollieren, weil Mengede von Essen eine ziemliche Strecke entfernt ist. Man wird also zugeben müssen, daß, wenn dort die Sache geht, sie auch hier auf dem Rieselfut Steinhof mit unseren Verwaltern gehen müßte. Wenn man nun die goldene Mittellinie von dem annimmt, was Herr Hesse vorgetragen hat und was einen reichen Gewinn für die Stadt bedeuten würde, und wenn man bedenkt, was der Konsumverein Essen mit der Schweinemästerei erzielt hat, dann kann man nicht so ängstlich sein wie der Magistrat auf Grund der Gutachten seiner Fachleute. Der Magistrat sagt selbst in seiner Vorlage: „Daß die vorstehende Berechnung in allen Einzelheiten unbedingt zutreffend sei, wagen wir nicht zu behaupten.“ Und das ist als richtig anzuerkennen, denn er ist nicht in der Lage, sie nachprüfen zu können,

ebenso wie ich. Das hat Herr Hesse in ausgiebiger Weise getan. Ich glaube, an Hand dieser Ergebnisse von Essen, des Materials, wie es von Herrn Hesse vorge-
tragen ist, und dessen, was der Magistrat in der Vorlage niedergelegt hat, wäre es zweckmäßig, daß der Magistrat noch einmal nachprüfen ließe und feststellte, ob die Sache nicht doch anders ist, als sie ihm grau in grau vorgemalt ist. Wir haben zweifellos alles Interesse daran, daß durch vermehrte Viehzüchtereier und Viehmästerei die Fleischpreise etwas zurückgehalten werden. Es ist glücklicherweise in die Kommunen ein sozialpolitischer Geist hineingekommen, nachdem man ihnen von oben her geraten hat, daß sie sich rühren sollten. Ich habe nicht alles, was in den Kommunalzeitungen über die Erfahrungen der Städte in dieser Hinsicht zusammengestellt ist, hier mitteilen können, und ich kann auch darüber nicht so greifbare Resultate anführen wie von Essen, weil die Kommunen, die Schweinemästerei eingeführt haben, noch nicht so positive Erfahrungen haben erzielen können. Ich weiß nicht, ob es die Stadt Ulm ist, die in der Weise vorgegangen ist, daß die für die Schweinemästerei zu verwendenden Abfälle gesondert gesammelt werden, soweit sich die Leute in der Gemeinde dabei beteiligen wollen, daß also auch diese Sachen genutzt werden, um die Schweinemästerei zu fördern. Das wären alles Dinge, die überall bei sozialpolitischer Betätigung ausgenutzt werden können und in volkswirtschaftlicher Beziehung einen Fortschritt bedeuten. Wenn Sie auch heute die Einrichtung einer größeren Schweinemästerei ablehnen, so werden Sie doch im Laufe der Zeit dahin kommen, sie einführen zu müssen.

Ich möchte es noch einmal aussprechen, daß ich es für nötig halte, daß das Material, welches vorgetragen ist, noch einmal nachgeprüft und darüber berichtet wird, welches Ergebnis dabei herausgekommen ist. Die Rieselgutverwaltung wird kein lebhaftes Interesse daran haben, dort eine Schweinemästerei einzurichten, und ich nehme an, daß auch diese der Berater des Magistrats gewesen ist. Ich bitte also um eine nochmalige Prüfung der Verhältnisse.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Es wird hier immer nur von einer Schweinemästerei geredet. Wenn wir aber diese Einrichtung treffen, so ist zu befürchten — das bitte ich zu beachten —, daß das zu einer Eigenbewirtschaftung des Rieselgutes führen wird. Ohne daß Sie diese einrichten, werden Sie keine Schweinemästerei im großen einführen können, denn den Vorschlägen des Herrn Stadtv. Hesse zu folgen und Schrot für die Mästerei zu kaufen, dazu können wir uns doch auf keinen Fall verstehen. Das Bestreben der Herren, die den Antrag hier vertreten, ist ja erklärlich, sie wollen die Schweinepreise herunterdrücken. Haben wir denn aber nicht die Erfahrung gemacht, wohin es führt, wenn wir die Eigenwirtschaft auf dem Rieselgute betreiben? Man kann sehr wohl im Zweifel darüber sein, ob bei solchen landwirtschaftlichen Betrieben die Eigenwirtschaft oder die Verpachtung

das Richtige ist. Wenn aber irgendwo die Eigenthwirtschaft nicht die Erfolge erzielen kann wie die Verpachtung, so ist das meiner Beobachtung und Erfahrung nach bei einem Kieselgute der Fall. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob Sie ein Gut bewirtschaften, wo Sie kein Kieselwasser unterzubringen haben, oder ein Gut, welches nur dazu dienen soll, das Kieselwasser zu verwenden. Wir haben da andere Erfahrungen zu beachten, und unser Vorgehen muß anders sein als auf einem andern Gute, um zu erträglichen Resultaten zu kommen. Ich kann hier nur wiederholen, was in der Vorlage steht. Wir im Magistrate sind keine sachverständigen Schweinemäster, und Sie können uns keinen Vorwurf machen, wenn die Zahlen nicht ganz zutreffend sind. Ich will anerkennen, daß sich darüber streiten läßt; ob aber das alles richtig ist, was Herr Stadtv. Hesse gesagt hat, das möchte ich denn doch auch bezweifeln. Wenn mehrere Landwirte in der Deputation sitzen und sie erklären uns: „Unter 90 *M* ist augenblicklich ein halbjähriges Schwein nicht zu haben,“ wie sollte denn da der Magistrat dazu kommen, erst nachzuforschen, ob das auch richtig ist. Ich kann das nicht beurteilen, und wenn Herr Hesse so billig kaufen kann, so mag er es versuchen. Ich glaube aber, unsere Angaben sind nicht unzutreffend gewesen, denn die Deputation hat schon selber Schweine gekauft. Ebenso ist es mit den Verkaufspreisen. Wenn wir diese Einrichtung, die Herr Riefe beantragt hat, schaffen wollen, dann muß sie für die Dauer geschaffen werden. Es hat gar keinen Zweck, zu sagen: „Wir können heute für den Zentner Lebendgewicht nicht 62, sondern 65 *M* bekommen“. Mit demselben Rechte kann man sagen, daß wir im nächsten Jahre vielleicht 50 *M* für den Zentner lebend Gewicht bekommen. Damit würde das Exempel wieder über den Haufen fallen. Ich habe von verschiedenen Seiten gehört, daß mit Rücksicht auf die reiche Kartoffelernte ohne Frage im nächsten Jahre, womöglich schon im Frühjahr, die Schweinepreise wesentlich heruntergehen würden. Wir haben ja auch schon früher beobachtet: je nachdem die Ernte reich oder weniger reich gewesen ist, schwanken die Preise für Fleisch, und zwar ganz besonders auf dem Gebiete des Schweinemarktes.

Herr Hesse sagt, ein zweimaliges Pflügen wäre nicht nötig. Nach meinen Beobachtungen würde es aber ganz gut sein, die Felder dreimal zu pflügen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil nirgends das Unkraut so wuchert wie auf dem Kieselgute. Woher das kommt, weiß ich nicht; ich habe aber die Beobachtung gemacht, daß auf dem Kiesellande, welches nicht fortwährend mit der Hacke bearbeitet wird, die Feldfrüchte unter dem Unkraut ersticken.

Nun der Preis für das Pflügen. Als ich die ganzen Ausführungen des Herrn Hesse hörte, sagte ich mir: Warum ist Herr Hesse nicht in der Kieselgutdeputation; da könnten wir einmal hören, was wir bis jetzt noch nicht gehört haben. Fragen Sie heute einmal einen Landwirt, was ihn das Pflügen eines Morgen Landes kostet. Dann werden Sie die verschiedensten Antworten bekommen, weil keiner der

Herren sich ein Exempel macht — nun, ich will die Herren nicht beleidigen, jedenfalls glaube ich, daß es nur sehr wenige thun. Sie wollen hierbei nur eins berückichtigen: Wenn jemand schon einmal einen Pflug auf dem Hofe, einen Knecht in der Stube und zwei Pferde im Stalle hat, dann ist er in der Lage, zu sagen: Wenn ich gerade Zeit habe, dann pflüge ich den Morgen Acker auch für 8 *M.* Er rechnet dann einfach gar nicht genau. Wenn es sich jetzt aber um die Frage dreht: Sollen wir die Verpachtung aufheben und zur Eigenwirtschaft übergehen, dann müssen wir allerdings etwas genauer rechnen und feststellen: Was kostet uns jedes Gespann pro Tag zu unterhalten, und wie hoch stellt sich darnach der Preis für das Pflügen eines Morgens Land? Ob der Preis, wie ihn der Magistrat eingesetzt hat, ganz richtig ist, kann ich selbstverständlich nicht nachprüfen.

Herr Hesse ist ein Verächter von künstlichem Dünger. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß es einen miserablen Ertrag geben würde, wenn wir uns auf dem Rieselfelde nur mit der Rieselauche als Dünger begnügen wollten. Die Deputation hat im Gegensatz zu der Ansicht des Herrn Hesse sogar beschlossen, im nächsten Jahre durch den Etat sich noch mehr für künstliche Düngung bewilligen zu lassen, weil es nur auf diese Weise möglich ist, einen angemessenen Ertrag zu erzielen.

Ob 75 Zentner Kartoffeln auf dem Morgen Acker geerntet werden oder mehr, wage ich nicht zu behaupten. Die Herren Sachverständigen haben in der Deputation gesagt, 75 Zentner wäre ein Maß, mit dem man rechnen könnte, und gerechnet werden kann immer nur mit dem Durchschnitt. Ebenso kann ich auch die Angaben über die Menge und den Preis des Strohes nicht nachprüfen; das aber weiß ich, daß man das Stroh, welches auf den nicht gerieselten Feldern wächst, niemals mit dem vergleichen kann, wie wir es dort haben. Auf dem Rieselgute wächst infolge des starken Aufschießens der Saat das Stroh sehr schnell und üppig, aber es ist — unter uns gesagt — nicht gut. Der Beweis dafür ist, meine Herren, daß die Deputation, die hier in der Stadt Pferde hält, einfach sagt: Dieses Stroh können wir für die städtischen Pferde nicht gebrauchen. Ich habe mich häufig darüber geärgert, konnte aber nichts dagegen machen. Tatsächlich ist das Stroh vom Rieselgute nicht so gut wie anderes, und wir sind heilfroh, wenn wir es im Durchschnitt zu 1,50 *M.* per Zentner abgeben können.

Ich wiederhole: Bei der ganzen Sache kommt es wesentlich darauf hinaus: Sollen wir dieses gefährliche Experiment machen und die gute, sichere Einnahme, die wir aus den Pachten erzielen, aufgeben? Dazu wird sich der Magistrat nicht verstehen.

Herr Stadtv. Hßmann hat die Bemerkung bemängelt, daß womöglich der Versuch die Folge haben würde, daß der Preis der Schweine noch steigt. Ich gebe zu, daß das in der Vorlage noch etwas näher ausgeführt werden mußte. Es hängt

das so zusammen: Die Sachverständigen unterscheiden nach dem, was uns mitgeteilt ist, zwischen Fleischschweinen und Fettschweinen. Das ist ein wesentlicher Unterschied, indem sich die Fleischschweine bedeutend besser für Herstellung von Exportwaren eignen. Nun ist es sicher: wenn wir draußen die Schweine nur mit Kleie und Kartoffeln fett machen, so gibt das Fleischschweine, und die werden selbstverständlich für den Export gesucht werden. Ich glaube also kaum, daß die Zucht von solchen Schweinen auf den Preis der für die Stadt nötigen Schweine einen Einfluß hat, im Gegenteil war im Magistrat die Ansicht vertreten, daß dadurch der Export gesteigert, also ein Herabgehen des Preises für den Bedarf der Stadt nicht bewirkt werde.

Ferner hat Herr Abmann behauptet, daß es nicht zutrefte, daß die Pächter bei der beantragten Maßnahme weniger Vieh halten würden. Dagegen erwidere ich: Fahren Sie im Sommer einmal hinaus, und sehen Sie sich die Mengen von Futter an, die unsere Pächter vom Rieselgute herunterholen! Wenn Herr Abmann das sehen würde, dann würde auch er zu der Ansicht kommen, daß so viel Vieh wie jetzt von den Pächtern gar nicht gehalten werden kann, wenn wir die Pachtverträge kündigen.

Der Versuch des Konsumvereins an der holländischen Grenze ist ja sehr interessant. Ich möchte Herrn Abmann den Rat erteilen: Machen Sie doch einmal eine ähnliche kleine Probe! Ich freue mich über jede Viehwirtschaft, die im deutschen Reiche neu entsteht. Davon bin ich überzeugt: Die Höhe der Fleischpreise wird jetzt mit dadurch bedingt, daß eine Wirtschaft nach der andern zu einer viehlosen gemacht wird. Ich habe mich an anderer Stelle schon darüber ausgesprochen, und es wäre wirklich der Erwägung wert, ob man nicht solche Wirtschaften, die kein Vieh halten, höher besteuern sollte. Das würde vielleicht ein Mittel sein, diese viehlosen Wirtschaften zu beseitigen.

Ich kann nicht umhin, anheimzugeben, die weiteren Erörterungen jetzt zu lassen, denn ich bezweifle, daß wir zu einem andern Resultate kommen werden, als in der Vorlage angegeben. Sie müßten sonst den Wunsch haben, daß der Magistrat noch einmal neue Sachverständige hört, auf die mehr Gewicht gelegt werden kann. Aber solche Sachverständige gibt es wirklich nicht viele. Der Satz aber steht fest, daß die Schweinemästerei sich viel besser für kleine Betriebe als für große eignet. Es ist sehr interessant, daß Herr Abmann darauf hingewiesen hat, daß in Ulm der bekannte Versuch gemacht wird. Ich bin gespannt, wie die Sache dort verlaufen wird in dem Falle, daß die Preise gewaltig heruntergehen. Die Stadt Ulm hat sich auf 5 Jahre verpflichtet, den Mästern einen Preis von 62 M zu zahlen. Das konnte sie bis jetzt tun, denn seitdem der Vertrag in Ulm geschlossen ist, sind die Preise dauernd gestiegen oder wenigstens auf der Höhe geblieben. Aber ich frage: Was macht Ulm, wenn es zu bestimmten, auf 5 Jahre festgelegten Preisen der

Viehverwertungsgenossenschaft die Schweine abnehmen muß und ringsumher das Fleisch zu erheblich niedrigeren Preisen — vielleicht zu 50 M — angeboten wird? Dann erhält doch die Stadt eine gewaltige Ohrfeige. Ich möchte Sie bitten: Lassen Sie uns mit dem vorgeschlagenen Versuche wenigstens warten, bis Ulm die Sache durchgeführt hat und die Preise heruntergegangen sind. Einstweilen tun wir besser, wir lassen uns auf dieses Experiment nicht ein.

Stadtv. Leue: Ich habe schon im Anfang meines Referats gesagt, daß die Zahlen, die uns der Magistrat gegeben hat, sehr schwer nachzuprüfen sind, aber ebenso schwer ist es, die Zahlen nachzuprüfen, die uns Herr Stadtv. Hesse gegeben hat. Die landwirtschaftlichen Kenntnisse des Herrn Hesse in Ehren! aber so hoch steht er mir doch nicht als Autorität auf diesem Gebiete, daß ich seinen Zahlen mehr Wert beilege als den vom Magistrat gegebenen. Es muß dahingestellt bleiben, wie weit die beiderseitigen Angaben richtig sind, ich sage nicht, wie Herr Loeschigk, daß beide Angaben richtig sein mögen. Daß die Herren von der äußersten Linken sich schärfer für die ganze Angelegenheit ins Zeug legen, ist begreiflich, denn es entspricht ihren sozialpolitischen Anschauungen der kommunistischen Produktionsweise. Aber die Darlegungen in der Vorlage, insbesondere die interessanten Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters bestärken mich in meiner Ansicht: Lassen wir den Versuch lieber; es ist ein Experiment, daß uns unter Umständen recht wenig gelingen kann. Auch kann ich nicht anerkennen, daß es für uns von Beweis-kraft ist, wenn an der niederländischen Grenze ein gelungener Versuch gemacht ist, oder daß, wie Herr Hesse sagt, ein Ökonom uns als Musterbeispiel gelten kann. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe; es kommt darauf an, wo und unter welchen Umständen etwas geschieht. Es läßt sich nicht nach der Schablone sagen: weil an der niederländischen Grenze der Versuch geraten ist, folglich wird er auch hier gut ausfallen. Einer solchen Schlußfolgerung könnte ich nicht beipflichten. Deshalb bitte ich nochmals als Referent: Nehmen Sie die Anträge an, die Ihnen die Kommission vorgeschlagen hat.

Stadtv. Hesse: Als ich mich vorhin über die Sache ausließ, haben verschiedene von Ihnen gelächelt, und der Herr Oberbürgermeister ist auf meine Ausführungen zurückgekommen. Ich habe die Vorlage eingehend geprüft und muß noch erwähnen: Wenn eine solche große Anzahl Schweine gemästet wird und eine große Menge von Stroh verbraucht wird, so muß doch auch Dünger produziert werden. Das ist hier nicht berücksichtigt, wie ich eben nachgesehen habe. Dieser Dünger könnte doch auf dem Felde verwendet werden und würde auch zur Düngung genügen.

Wenn der Herr Oberbürgermeister gefragt hat, woher ich die Preise für die Schweine anzugeben in der Lage wäre, so antworte ich: Ich habe die Marktberichte eingesehen und mich bei den Fleischermeistern erkundigt. — Ferner kann der Herr Oberbürgermeister nicht begreifen, woher das viele Unkraut auf den Rieselfeldern kommt. Das ist sehr erklärlich: einmal führt das Rieselwasser an und für sich Unkrautsamen mit, der meiste Unkrautsamen wird aber vom Winde auf das Feld ge- weht, und weil das Rieselwasser schlammig ist, bleibt der Unkrautsamen auf dem Felde hängen, während er bei andern Feldern weitergeweht wird oder von den Vögeln aufgefressen wird.

Daß das Stroh von den Rieselfeldern minderwertig ist, gebe ich zu, denn es wächst zu geil, wird zu lang. Es soll aber nach meiner Meinung nur zum Streuen gebraucht werden, und dazu ist es gut genug, wenn auch nicht zum Häckselschneiden.

Ferner hat der Herr Oberbürgermeister gesagt — und das hatte ich auch im Auge —, daß wir bei einem kernigen Futter gutes Fleisch produzieren würden, und das würde gut bezahlt. Wenn nun der Herr Oberbürgermeister meint, daß diese Schweine hauptsächlich für den Export geschlachtet würden, so trifft das wohl zu, weil daraus eine bessere Dauerware gefertigt werden kann. Aber dafür werden andere Schweine, die jetzt für den Export gebraucht werden für den allgemeinen Konsum wieder frei. Auch diese Fleischschweine schaffen also eine Erleichterung.

Um nun die Sache zu Ende zu bringen, möchte ich Ihnen einen Antrag unterbreiten und bitten, ihn zu unterstützen. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, ein Gutachten von sachverständiger Seite (von der Landwirtschaftskammer oder von Schweinemästern) darüber einzuholen, ob die Einrichtung einer Schweinemästerei auf dem Rieselgute der Stadt wirtschaftlich rentabel ist oder nicht, und welche Anzahl schlachtreifer Schweine aus dem Betriebe jährlich auf den Markt gebracht werden kann.“

Ich möchte bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Stadtv. **Wmann:** Trotz der Bitte des Herrn Oberbürgermeister, die Diskussion nicht weiter auszudehnen, gestatte ich mir noch ein paar Bemerkungen.

Der Herr Oberbürgermeister hat am Schluß seiner Rede darauf hingewiesen, ich hätte daran gedacht, die langfristigen Lieferungsverträge der Stadt Ulm zu empfehlen. Ich bemerke dazu, daß ich als Geschäftsmann eine solche Bindung auf lange Jahre hinaus auch nicht für etwas Glückliches halte. Doch darüber läßt sich streiten. Ich habe jedoch an diese Verträge der Stadt Ulm bei meinen Ausführungen nicht gedacht, sondern an die Mästereieinrichtungen verschiedener Städte. Ich glaube, es war in Charlottenburg, wo die für die Schweinemästerei brauchbaren Restabfälle gesammelt werden. — Was mich aber veranlaßt hat, noch ein-

mal das Wort zu nehmen, ist, daß die Herren begeistert waren, als der Herr Oberbürgermeister fragte, was dann werden würde, wenn die Preise auf 50 *M* heruntergingen. Ich habe den Versuch von Essen angeführt. Die Fleischpreise betrugen im vorigen Jahre 43 *M* und sind erst nachher auf 55 *M* gestiegen. Sie sehen daraus, daß die Preise im Laufe des Jahres durchschnittlich niedriger waren als 50 *M*, wie sie hier erwähnt sind. Dazu dürfen Sie nicht vergessen, daß die Futterartikel und das Stroh im vorigen Jahre wegen der Missernte im Preise exorbitant hoch standen. Der Versuch, der dort gemacht ist, war also ein reichlich ungünstiger. Hinzu kommt noch, daß der Verein die Futtermittel und das Stroh nicht selbst erzeugt und deshalb nicht den Verdienst des Landwirts für sich nehmen kann, sondern alles selbst kaufen muß. Ich glaube also, daß er sich im Verhältnis ungünstiger steht, als unser Betrieb auf dem Kieselgute sich stellen würde, der eine große Landwirtschaft hat; dennoch ist das Resultat ein günstiges gewesen. Das ist meine Meinung über diese Sache.

Ob die Fleischpreise steigen oder fallen werden, ist eine akademische Erörterung. Daran glaubt doch wohl im Ernst kaum jemand, daß die Fleischpreise deshalb steigen könnten, weil mehr Vieh gezüchtet wird. Und wenn es durch noch so viele Urteile bekräftigt wird, so brauchen wir die Erörterung darüber nicht weiter fortzusetzen. Ich bescheide mich deshalb mit diesem Hinweis, weil es ein Ding der Unmöglichkeit wäre, so etwas zu beweisen. Ich wenigstens glaube nicht daran.

Stadtv. Ribbentrop: In den Jahren, wo ich hier gegessen habe, sind schon endlose Debatten über dieses Thema geführt, so daß mir immer ein Wort aus dem Zigeunerbaron einfällt, das ich aber hier nicht wiedergeben will. Es ist immer und immer wieder dieselbe Sache, und sie liegt doch so einfach. Sehen Sie sich im Kreise unserer großen Landwirte um: Wer treibt da Schweinezucht? Und wir haben doch im Lande Braunschweig eine Landwirtschaft, wie sie in keinem Teile des deutschen Reiches besser ist. Ich habe eine große Anzahl Freunde unter den Landwirten und habe mit ihnen über dieses Kapitel gesprochen. Sie sagen: „Bei der Schweinezucht ist im großen und ganzen ein Profit nicht zu machen. Es kommt wohl einmal ein Jahr, das einen guten Ertrag gibt, aber der geht im andern Jahre wieder drauf.“ Nehmen sie deshalb den Antrag auf Einrichtung einer Schweinemästerei nicht an. Richten Sie eine solche ein, dann schädigen Sie in jeder Beziehung den Verdienst des kleinen Mannes. Er zieht für gewöhnlich zwei Schweine auf, denn sie fressen dann besser. Das eine verkauft er und hat durch das andere sein billiges Fleisch zu Weihnachten und für die folgende Zeit des Jahres. Ich bitte, auch das zu berücksichtigen, und den Antrag, wie ihn die Kommission eingebracht hat, anzunehmen.

über den Antrag Hesse, als über den weitergehenden, wird zuerst abgestimmt. Es melden sich für den Antrag 10 Stadtverordnete; er ist damit abgelehnt. Der Antrag I der Kommission, von der Einführung der Schweinemästerei im großen auf dem Rieselgute Abstand zu nehmen, wird mit 20 Stimmen angenommen, der Antrag II auf Verwilligung der geforderten 520 *M* wird mit sehr großer Mehrheit angenommen.

10. Antrag Stegmann, bessere Beleuchtung eines Privatweges betr.

Stadt v. **Ruf:** Es liegt ein Antrag vom Herrn Stadt v. Stegmann vor mit folgendem Wortlaute:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß zur Beleuchtung des zwischen den Häusern Heitbergstraße 6 und 9 liegenden Privatweges an der Ecke eines dieser Häuser eine Gaslaterne angebracht oder mindestens die am gegenüberliegenden Hause Nr. 33 befindliche Laterne an der Ecke dieses Hauses angebracht wird.“

Wir haben uns gestern in der Baukommission mit diesem Antrage befaßt und sind zu dem Beschlusse gekommen, ihn zurückzuweisen aus dem Grunde, weil es sich um einen Privatweg handelt und die Anlieger eines solchen selbst für Beleuchtung zu sorgen haben. Wenn wir dem Antrage stattgeben würden, so würden wir damit einen Präzedenzfall schaffen, was um der Folgen willen nicht angängig ist. Vielleicht trägt aber die Besprechung der Sache in dieser Versammlung dazu bei, dem Besitzer des Grundstücks die Anregung zu geben, selbst für Beleuchtung zu sorgen, indem er darauf hingewiesen wird, daß er für etwaige Schäden, die den Bewohnern der Häuser aus der unzureichenden Beleuchtung entstehen, aufzukommen hat. Die Kommission kann der Versammlung nur empfehlen, den Antrag zurückzuweisen.

Vorsitzender: Die Kommission empfiehlt also, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Stadt v. **Stegmann:** Wenn der Antrag seiner Konsequenzen wegen abgelehnt werden soll, so muß ich sagen, daß Konsequenz allerdings eine schöne Sache ist und ich der allerletzte sein würde, der einer Inkonssequenz das Wort reden möchte. Hier aber ist es doch wohl nicht angebracht, der Konsequenzen wegen den Antrag abzulehnen. Es handelt sich nicht darum, des Unternehmers wegen eine Gasbeleuchtung zu schaffen, sondern lediglich der Mieter wegen einem Übelstande abzuhelpen. Es sind 23 bis 25 Familien, die darunter leiden. Ich will auch gern den ersten Teil meines Antrages fallen lassen, so daß er sich nur darauf beschränkt, eine Laterne, die bereits vorhanden ist, an eine andere Ecke des Hauses zu verlegen. Dann

ist es eine solche unwesentliche Sache, daß aus ihr wirklich kein Präzedenzfall hervorgehoben werden kann. Ich möchte Sie deshalb dringend bitten, diese kleine Sache zu bewilligen. Es sind kleine Leute, die dort wohnen, und diese können den Wirt zur Abhilfe nicht zwingen, indem sie einfach sagen: Wir ziehen aus. Sie wissen, daß die Leute schon gezwungen sind, wohnen zu bleiben. Es ist mir in der Kommission der Rat gegeben, mich an die Polizei zu wenden, doch möchte ich diesen Weg nicht beschreiten und möchte auch nicht, daß die Stadt sich auf diesen Weg begibt. Man sieht an diesem Falle, wie rigoros einzelne Hausbesitzer gegen die Mieter vorgehen; nicht der einfachsten Pflicht kommen sie nach. Auch die Polizei, die die Pflicht hätte, einzuschreiten, hat in diesem Falle ihre Pflicht durchaus nicht erfüllt. Die Polizei ist mitunter über ihre Pflicht anderer Meinung. Erst in der vorigen Sitzung hatte sie für die Arbeiter ein warmes Herz; als die Arbeiterturnerschaft abgemurkt werden sollte, war auf der Tribüne ein Beamter der Polizei vorhanden.

Vorsigender: Das gehört wohl nicht zur Sache!

Stadtv. **Stegmann** (fortfahrend): Das gehört doch wohl zur Sache.

Vorsigender: Das habe ich zu bestimmen, ob das hierher gehört.

Stadtv. **Stegmann** (fortfahrend): Die Polizei hat damals das Material sofort aufgegriffen, ich hoffe, daß sie auch in diesem Falle für die kleinen Leute sorgt und diesen liebenswürdigen Herrn von Hausbesitzer anhält, seine Pflicht zu erfüllen, damit nicht erst die Leute auf diesem dunkeln Gange Hals und Beine brechen.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Es führt zu bedenklichen Konsequenzen, wenn man auch nur diesem zweiten Teile des Antrags Stegmann Folge gibt. Ich bin, nachdem gestern abend in der Kommission der Antrag behandelt war, heute morgen, als sämtliche Laternen noch brannten, an Ort und Stelle gegangen und habe gefunden, daß die Sache nicht nur an einer Stelle so liegt, sondern an drei Stellen dieser Straße. An der Nordseite der Heitbergstraße liegen sehr weit in die Tiefe gehende Grundstücke, und die Mehrzahl der Eigentümer derselben hat es für angemessen erachtet, hinten in den Grundstücken Wohnhäuser zu erbauen. Es gehen deshalb in die Grundstücke langgestreckte Privatwege hinein. Nun frage ich Herrn Stadtv. Stegmann, warum er den einen herausgreift? Denn auch bei den andern liegt die Sache ebenso. Daß eine Beleuchtung dort durchweg am Platze wäre, erkenne ich an. Nun sagt Herr Stegmann, wir brauchten nur eine Laterne umzustellen. Würden wir dann nicht in allen Fällen, wo die Verhältnisse ähnlich

liegen und der Hausbesitzer oder die Mieter ein Interesse daran haben, daß die Höfe beleuchtet werden, dem Antrage Folge geben müssen? Wir müssen doch gerecht urteilen! Wir haben die Laternen auf den Straßen in tunlichst genau abgemessenen Abständen aufgestellt, und wenn mit Rücksicht auf das Privatinteresse des einzelnen fortwährend daran geändert werden soll, so führt das zu bedenklichen Folgen. Ich bin deshalb auch der Ansicht, daß dieser Antrag abzulehnen ist.

Stadtv. Bunge: Ich bedauere, offen gesagt, den Beschluß der Kommission. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Beleuchtung in der Stadt, wo sie erforderlich ist, eingerichtet werden soll, und daß jeder, der seine Steuern bezahlt, an diesen Wohltaten der Stadt teilzunehmen hat. Da wäre es Pflicht der Stadt, zu tun, was notwendig ist, sei es in der Straßenbeleuchtung, sei es in der Müllabfuhr usw. Wir haben noch eine ganze Reihe anderer Straßen und Wege, wo es notwendig wäre, daß sie beleuchtet würden. Ich will nur das eine Beispiel herausgreifen: die Maienstraße. Ich habe schon einen bezüglichen Antrag gestellt, aber mir ist geantwortet: „Das geht einfach nicht, davon haben wir zu große Kosten!“ Es steht aber auch fest, daß diese Straße von einer ganzen Masse von Leuten begangen wird, die in verschiedenen Betrieben, z. B. in der Fabrik von Konegen, ihrer Beschäftigung nachgehen und morgens und abends, teilweise auf schlechten Wegen, im Dunkeln gehen müssen. Wenn diese Frage einmal von der Deputation ins Auge genommen würde, so würde sie finden, daß es nötig wäre, diesen Interessententweg in Rücksicht auf die Anwohner und die ihrer Beschäftigung nachgehenden Arbeiter mit Licht zu versehen.

Ich habe noch einen anderen Weg zur besseren Beleuchtung in Vorschlag zu bringen. Die Anwohner am oberen Ende der Weststraße wünschen auch die Aufstellung einer Laterne. Erst vorgestern Abend ist dort infolge der Dunkelheit eine Frau gefallen und hat sich im Gesicht beschädigt. Ich möchte die Deputation der Gas- und Wasserwerke bitten, bei nächster Gelegenheit die Sache sich anzusehen und dort ebenfalls eine Laterne zur Aufstellung zu bringen. Ebenso möchte ich bitten, dem Antrage meines Freundes Stegmann nachzugeben.

Stadtv. Meyerhoff: Mir ist ganz merkwürdig zumute, daß bei dieser Gelegenheit mein Name wieder genannt wird. Ich muß doch Herrn Stegmann ein lieber Kollege sein! (Zwischenruf: Ihr Name ist ja gar nicht genannt!) Was ich gestern in der Kommission Herrn Stegmann erwidert habe, das kann ich auch hier öffentlich sagen. Hier wird sonst immer der Hausagrariar angegriffen. Wenn Sie konsequent sein und einen Angriffspunkt haben wollen, so nehmen Sie doch den betreffenden Hausagrariar vor, auf den Sie Ihren Haß geworfen haben! Jetzt kommen Sie aber und wollen ihn beschützen, wo er seine Pflicht nicht tut. Es ist Pflicht des

Eigentümers des Grundstücks, den Gang in seinem Grundstück zu beleuchten. Ich habe gestern ferner gesagt: Er ist haftbar, und man möge den Mann darauf aufmerksam machen, oder man möge nicht anders einen Mietvertrag mit ihm abschließen, als daß er verspricht, den Zugang zu den Wohnungen zu erhellen. Aber Sie sind inkonsequent, wenn Sie einmal den Hausbesitzer angreifen und das andere Mal sagen, er soll frei ausgehen.

Vorsitzender: Ich möchte nur feststellen, daß meines Wissens weder Herr Stegmann noch ein anderer der Herren Vorredner den Namen Meyerhoff genannt hat. (Weiterkeit.)

Stadtv. Loeßhigt: Wenn verschiedene Wünsche betr. Aufstellung von Laternen hier geäußert sind, so kann ich Ihnen nur den einen Weg zeigen: Unterbreiten Sie Herrn Direktor von Feilich Ihr Anliegen. Er hat bisher jedesmal die Sachlage geprüft, und wenn es nötig war, hat er auch für Änderung gesorgt. Das ist der einzige Weg.

Stadtv. Stegmann: Es ist schon von dem Herrn Vorsitzenden gesagt, daß ich Herrn Meyerhoff nicht erwähnt habe. Ich habe ihm auch gestern schon erwidert, daß es nicht darauf ankommt, den Hausbesitzer herauszureißen, sondern daß es uns im Gegenteil recht ist, wenn ein Mittel angegeben wird, ihn zu seiner Pflicht zu zwingen. Aber diesen Weg, mich an die Polizei zu wenden, verfolge ich nicht. Die Abhilfe muß von der Stadt aus geschehen, aber nicht in der Weise, daß vielleicht die Polizei von der Stadtverwaltung angehalten wird, hier einzugreifen. Herr Loeßhigt hat gesagt, es wäre der einzige Weg, der Deputation die Sache zu unterbreiten. Das ist richtig, und ich wäre auch mit dieser kleinlichen Sache der Stadtverordnetenversammlung nicht gekommen, wenn nicht schon die bezeichneten Einwohner in einer Eingabe an die Deputation oder an den Magistrat sich gewandt hätten. Weil sie aber abgewiesen sind, deshalb bin ich an die Stadtverordnetenversammlung herangetreten.

Der Herr Oberbürgermeister sagt, es lägen noch mehrere gleichartige Fälle vor. Das mag sein, aber mir ist das nicht bekannt. An diesem Wege aber liegen so viele Wohnungen, und die Anwohner haben sich an mich gewandt, deshalb habe ich die Sache vorgebracht. Der Herr Oberbürgermeister sagt ferner, wenn wir hier eingriffen, so müßten wir auch in anderen Fällen ebenso vorgehen. Meine Meinung ist, daß die Ansicht, die von meinem Freunde Bunge vorgebracht wurde, die richtige ist. Ich wünsche ja aber nur, daß in diesem einen Falle die Laterne verlegt wird; wenn jedoch in einem anderen Falle die Sache ebenso liegt, so bin ich dafür, auch dort Abhilfe zu bringen. Es kann aber auch sein, daß die Sache dort anders liegt.

Ich hoffe, daß durch die reichliche Aussprache, die gepflogen worden ist, die Polizei veranlaßt wird, ihre Pflicht zu tun, und nicht nur diesen einen, sondern auch die anderen Hausbesitzer anhält, ihre Wege zu erhellen.

Stadtv. Friede: Es ist mir unbegreiflich, daß eine so lange Debatte sich über diesen Punkt hat entspinnen können, nachdem gestern Herr Stegmann vom Herrn Oberbürgermeister belehrt ist, daß wir gar nicht in der Lage sind, diese Laterne wegzunehmen und umzusetzen. Auch wenn es nur eine Laterne ist und nur zehn Mark Kosten entstehen würden, so dürfen wir es nicht tun. Bedenken Sie doch, daß es Sache des Grundbesizers ist, hier Licht zu schaffen. Ich will den armen Leuten, die in dem Hause wohnen, gern Licht und Luft gönnen und bin der erste, der dafür wäre, ihnen zu helfen. Aber was für Konsequenzen folgen daraus! Es können uns noch tausend Menschen kommen und sagen: Wir verlangen dasselbe! Und wenn Sie gerecht sein wollen, dann müssen Sie auch den Anspruch nachkommen. Nachdem uns vom Magistrat klargelegt ist, daß es Sache des Hausbesizers ist, für Beleuchtung des Weges zu sorgen, ist mir die lange Debatte unbegreiflich. Wir wollen doch gleiches Recht für alle, und das wollen Sie doch auch! Dann ist es eine einfache Sache, daß der Antrag abgelehnt werden muß.

Über den Antrag Stegmann, als über den weitergehenden, wird zuerst abgestimmt. Der Antrag wird abgelehnt.

Stadtv. Dr. Wolters übernimmt den Vorsitz.

11. Beschäftigung von zwei weiteren Telegraphisten bei der Berufsfeuerwehr.

Stadtv. Loeschigt: Es hat sich herausgestellt, daß die Telegraphisten bei der Berufsfeuerwehr überlastet sind. Einer von ihnen ist vor längerer Zeit erkrankt, so daß, um einen sicheren Dienst herbeizuführen, zwei Mann aus der Front der Feuerwehrleute zu Telegraphisten ausgebildet werden sollen. Während der Zeit können sie den gewöhnlichen Dienst in der Front nicht mitmachen und werden nur bei Alarm ausrücken. Diesen Leuten würden durch Wegfall der Theaterwache, die sie sonst mitmachen konnten, im nächsten halben Jahre je 35 M an Verdienst ausfallen. Um diesen Ausfall auszugleichen, werden für das Winterhalbjahr 1912/13 zweimal 35 M auf den Etat des Feuerlöschwesens zu übernehmen beantragt. Die Feuerlöschdeputation hat sich mit diesem Antrage an den Magistrat gewandt, und der Magistrat gibt uns anheim, dem zuzustimmen. Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt ebenfalls Zustimmung anheim.

Die 70 M werden bewilligt.

12. Erhöhung der Vergütung für die Lehrer an der städtischen Fortbildungsschule und Gewerbeschule.

Stadtv. Friede: Am 24. Oktober hatten die Stadtverordneten dem Magistrat einen Antrag der Lehrer an der städtischen Gewerbeschule um Neuregelung ihrer Vergütungssätze zur wohlwollenden Berücksichtigung empfohlen, nachdem schon am vorhergehenden Tage der Schulvorstand der genannten Schule sich für eine Aufbesserung der Sätze ausgesprochen hatte. Inzwischen haben nun am 2. November auch die in der städtischen Fortbildungsschule tätigen Lehrer einen gleichen Antrag gestellt, den der Schulvorstand befürwortet.

Der Magistrat erkennt an, daß die seit dem 1. Januar 1892 für die beiden Schulen gezahlten Vergütungssätze nicht mehr den Verhältnissen entsprechen. Es wird gegenwärtig für die Wochenstunde ein Jahresbetrag von 75 *M* gezahlt, der nach je 4 Dienstjahren um 15 *M* auf 90 *M*, 105 *M* und 120 *M* steigt. Der Schulvorstand schlägt vor, vom 1. April 1913 ab die Vergütungssätze folgendermaßen zu regeln: Es sollen für die Wochenstunde gezahlt werden:

1. im	1— 3 Unterrichtsjahre	96 <i>M</i> jährlich
2. "	4— 6 "	114 <i>M</i> "
3. "	7— 9 "	132 <i>M</i> "
4. "	10—12 "	150 <i>M</i> "
5. "	13. und jedem folgenden Jahre	168 <i>M</i> "

Für die Gewerbeschule sind die Mehrkosten bei dieser Maßregel auf jährlich 10 566 *M* veranschlagt, für die Fortbildungsschule auf 7000 *M* jährlich.

Der Magistrat richtet das Ersuchen an die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. April kommenden Jahres ab die Vergütungssätze in der vorgeschlagenen Weise erhöht werden.

Die Schulkommission hat sich mit diesem Antrage beschäftigt und findet denselben für gerecht. Die genannten Lehrer waren bei der Aufbesserung der Gehälter der Beamten und Lehrer aus dem Grunde nicht mitberücksichtigt, weil man hoffte, daß die verbindliche Fortbildungsschule im Laufe dieses Jahres in Kraft treten würde. Das ist nicht geschehen, insolgedessen erfordert die Gerechtigkeit, auch der Erhöhung dieser Gehaltsätze jetzt zuzustimmen. Ich bitte im Namen der Schulkommission, dem Magistratsantrage zu entsprechen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich hoffe, daß die geehrten Herren dem Vorschlage der Schulkommission und dem Antrage des Magistrats zustimmen werden, halte mich aber für verpflichtet, zu erklären, daß die Mehrkosten für die Fortbildungsschule sich etwas höher stellen werden, als überschläglich in der Magistratsvorlage

angenommen ist. Eine genauere Berechnung hat ergeben, daß die Mehrkosten für die Fortbildungsschule nicht 7000, sondern 7650 *M*, auf das nächste Jahr berechnet, getragen werden. Ich glaube jedoch, obwohl die Sache noch 650 *M* mehr kosten wird, daß die Herren geneigt sein werden, diese Maßregel zu treffen, um den berechtigten Wünschen der Lehrerschaft nachzukommen.

Dem Antrage des Magistrats wird von der Versammlung zugestimmt.

13. Stadtseitige Unterstützung der Sterbekasse für die städtischen Beamten.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Am 7. Februar 1907 haben wir beschlossen, daß der Sterbekasse der städtischen Beamten auf sechs Jahre je 500 *M* und weitere 14 Jahre hindurch je 300 *M* aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen als Zuschuß zu gewähren sind. Die Sterbekasse, die gegenwärtig über 200 Mitglieder zählt, hat den Wunsch, ihren Reservefonds früher, als es bei diesem Zuschuß möglich ist, in die Höhe zu bringen. Aus versicherungstechnischen Rücksichten soll das notwendig und empfehlenswert sein, wie auch ein sachverständiges Gutachten besagt. Es hat nun die Kasse den Antrag gestellt, die Zahlung der Zuschüsse zu ändern, und zwar entweder für die nächsten 4 Jahre jährlich 1000 *M* und im fünften Jahre 200 *M* zuzuschießen, oder für die nächsten 8 Jahre jährlich 500 *M* und im 9. Jahre 200 *M*, mit einem Worte, vom übernächsten Jahre an nicht eine Herabsetzung von 500 *M* auf 300 *M* eintreten zu lassen. Den zweiten Antrag befürwortet der Magistrat. Die Finanzkommission hat den Antrag geprüft und für durchaus zweckmäßig gehalten. Der erste Antrag war nicht durchführbar, da die Mittel der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen es nicht zulassen, daß fast eine Verdoppelung der Sätze eintritt. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen durch mich, die Abmachung so zu ändern, wie der Magistrat vorschlägt. Die Gesamtsumme bleibt also dieselbe wie bisher, es wird nur eine andere Verteilung auf die Jahre vorgeschlagen.

Dem Antrage wird zugestimmt.

14. Unentgeltlicher Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Straße am Wendenwehr.

Stadtv. **Tolle**: Zum Ausbau der Straße Am Wendenwehr war es erforderlich, daß die Unternehmerin dieser Straße, die Braunschweigische Terrain-Gesellschaft, einen kleinen Streifen von einem Anlieger der Hamburgerstraße kaufte. Dieses Terrain liegt der Schleinitzstraße gegenüber und ist 74 qm groß. Die Terraingesellschaft stellt dieses Stück Land der Stadt kostenlos zur Verfügung, und der Magistrat ersucht uns, zuzustimmen, daß dieses Stück der Stadt kostenlos aufge-

lassen wird. Namens der Baukommission habe ich Ihnen zu empfehlen, dementsprechend zu beschließen.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu dem Erwerbe aus.

15. Abänderung des Teilortsbauplans zwischen Broißemerstraße und Madamenweg östlich der Landes-Eisenbahn.

Stadtv. **Rasche**: Ein vor kurzem von einem Interessenten gestellter, hinterher aber wieder zurückgezogener Antrag auf Zulassung des Ausbaus der südlich vom Madamenwege abzweigenden Straße Nr. 380 (Gutenbergstraße) hat der städtischen Bauverwaltung Anlaß gegeben, eine Änderung des Ortsbauplans dahin in Vorschlag zu bringen, daß 1. dem Straßenzuge 377 und 378 (Ringstraße) an Stelle der geraden eine etwas nach Westen gekrümmte Lage gegeben werde — der Plan dafür ist hier ausgehängt —, 2. die Straße 283 gänzlich aufgehoben werde und 3. der Straßenzug 418—417 so verschoben werde, daß er in seinem östlichen Auslaufe mit der Einmündung der Ringstraße in die Broißemer Straße zusammen trifft und hier zur Bildung einer kleinen Platanlage beiträgt.

Die Kommission hat die Sache eingehend besprochen. Es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Änderung an der Richtung der Ringstraße eine bedeutende Verbesserung bedeutet. Es ist aber weiter hervorgehoben, daß eine Notwendigkeit, die Straße 283 gänzlich aufzuheben (wie in Punkt 2 vorgeschlagen wird) nicht vorliegt. Falls eine Aufhebung sich später nötig machen würde, könnte sie immer noch ausgesprochen werden. Mit dem Punkte 3 ist die Baukommission wieder einverstanden. Sie empfiehlt also Annahme des Magistratsantrags mit Ausnahme des Punktes 2.

Die Anträge der Baukommission werden von der Versammlung angenommen.

Der Vorsitzende **Hauswaldt** übernimmt den Vorsitz wieder.

16. Von einer direkten Bahnverbindung zwischen Celle und Braunschweig betr.

Stadtv. **Leue**: Die Vorlage ist eine der bedeutenderen von denen, die in der letzten Zeit hier eingebracht sind, trotzdem glaube ich, daß sich lange Debatten an sie nicht knüpfen werden. Ich nehme das um deswillen an, weil schon vor fünf Jahren ein Antrag auf Förderung dieses Bahnbaues die, wie ich glaube, einhellige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung gefunden hat. Allerdings hat diese Förderung des Bahnbaues einen recht metallischen Beigeschmack, denn wie Sie aus der Ihnen allen zugegangenen Vorlage ersehen, werden von der Stadt

rund 400 000 *M* gefordert, 300 000 *M* als Zuschuß und 95 000 *M* als Kosten für Grunderwerb.

Meine geehrten Herren, vor fünf Jahren bewilligten wir die Mittel zu den Vorarbeiten des Baues dieser Bahn; sie sind jedoch, wie Sie aus der Vorlage ersehen, nicht gebraucht. Schon damals nahmen wir den Standpunkt ein, daß stadtseitig alles aufgeboten werden müsse, um diese vorteilhaftere Bahnverbindung mit dem Norden, und damit auch insbesondere eine bessere Zugverbindung nach Hamburg, zu bekommen. Es wurde damals aber dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß diese Bahn als Vollbahn gebaut werden möchte, oder wenigstens — und das war der geringste Wunsch —, daß sie, wenn sie als Nebenbahn gebaut würde, doch gleich so ausgeführt werden möchte, daß der Vollbahnbetrieb ohne weitere Schwierigkeiten eingerichtet werden könnte. Nun, meine verehrten Herren, liegt uns das Projekt vor, und Sie sehen aus der Vorlage, wie die Landesversammlung sich dazu gestellt hat, und daß an uns das Ersuchen ergeht, zuzustimmen, daß die Stadt erstens 300 000 *M* zuzahlt und dann den Grunderwerb im Gebiete der Stadt übernimmt, der 94 500 *M* kosten wird.

Was die Führung der Bahn anlangt, so können Sie diese aus den Plänen ersehen, die dort ausgehängt sind. Die Bahn soll von der Braunschweig-Gifhornener Bahn, und zwar etwa 400 m von der Stelle entfernt, an der die Landes-Eisenbahn die Gifhornener Bahn schneidet, abgezweigt werden, soll dann hinter dem Domessee herumgeführt werden, zwischen Watenbüttel und Siper die Landstraße überschreiten und so nach Celle weitergeführt werden.

Etwas ungünstig schien für uns zuerst, daß die Bahn unseren weitergehenden Wünschen nicht entsprechen, sondern als eine Nebenbahn gebaut werden soll. Wenn wir das bedenken, so müssen wir sagen: Nur schweren Herzens können wir in die großen Opfer willigen. Denn darin sind wir uns wohl alle einig, und selbst die Magistratsvorlage sagt es, daß es große Opfer sind, die von uns verlangt werden. Aber in der Finanzkommission wurde uns durch die Ausführungen von Seiten des Magistrats die Versicherung oder die Aussicht gegeben, daß die Umwandlung dieser Nebenbahn in eine Vollbahn recht, recht bald erfolgen würde, und in Rücksicht darauf, daß Aussicht vorhanden ist, daß dieser Wunsch bald erfüllt wird, stellte sich die Finanzkommission auf den Standpunkt, daß wir in diesen sauren Apfel beißen mußten, wenn wir unsere Stadt nicht allzusehr schädigen wollen. Auch darüber sind wir uns wohl einig: Würde das vorliegende Projekt etwa dadurch zum Scheitern kommen, daß wir hier nicht zustimmten und sagten, ein solches Opfer von fast einer halben Million sei uns die ganze Sache nicht wert, so würde doch der Nachteil, der unserem Gemeinwesen dadurch erwachsen könnte, nämlich, daß wir wieder bei einer wichtigen Verkehrsfrage beiseite geschoben würden, so erheblich sein, daß wir es nicht verantworten könnten, unsere Zustimmung zu dem geforder-

ten Zuschuß verweigert zu haben. In besonderer Berücksichtigung des Umstandes, daß die Ausführung dieser Strecke als Vollbahn in nahe Aussicht genommen ist, hat die Finanzkommission zugestimmt, daß Ihnen empfohlen werden soll, die Magistratsvorlage zu genehmigen. Sie geht dahin:

1. der Enteignung der im Stadtgebiete gelegenen, zu dem fraglichen Bahnbau erforderlichen Grundflächen, soweit diese Flächen nicht der Stadt gehören, zuzustimmen, und

2. die durch die fraglichen Enteignungen erwachsenden Kosten sowie einen Barzuschuß von 300 000 *M* — einstweilen zu Lasten des Extraordinariums der Rämmereikasse — zu verwilligen.

Ich möchte erläuternd noch bemerken, daß, wie auch in der Vorlage ersichtlich gemacht ist, der spätere Ausbau der Strecke mit einem zweiten Gleise nicht mehr auf Kosten der Stadt bezw. mit Zuhilfenahme von Zuschüssen der Stadt erfolgen wird, sondern daß der Grundwert für das erforderlich werdende zweite Gleis allein vom preußischen Staate getragen wird, wie aus dem Staatsvertrage, der der Vorlage beiliegt, hervorgeht. Daß der preußische Staat solche Zuschüsse, wie in diesem Falle von uns, von den Gemeinden fordert, ist seit Jahrzehnten üblich gewesen, und wir werden ihn schwerlich daran hindern können. Ich bin fest überzeugt, wir würden nur das Zustandekommen des ganzen Bahnbaus gefährden, wenn wir nicht unsere Zustimmung geben würden.

Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß bezüglich des der Bahn zu überlassenden Terrains der Magistrat der Ansicht ist, daß es angebracht ist, sofort die Enteignung herbeizuführen und nicht erst in private Unterhandlungen mit den einzelnen Grundeigentümern einzutreten. Die Enteignung der Stücke, die sowieso schon der Stadt gehören, erübrigt sich ja. Bezüglich der Enteignung und der Durchquerung unserer Wasserhaltungsanlage wird demnächst von den geehrten Herren besonders beraten werden müssen; dieses dürfte also heute als Spezialsache auscheiden.

Es erübrigt sich wohl, die Einzelheiten mündlich auszuführen, da die gedruckte Vorlage in ihren Händen ist. Sollte nähere Auskunft noch gewünscht werden, so würde sie Ihnen vom Magistrat oder von mir als dem Referenten noch erteilt werden können. Ich habe Sie jetzt zu bitten, zu den beiden Punkten der Vorlage Ihre Zustimmung zu geben.

Stadtv. Mann: Meinen Freunden wie auch mir geht es ebenso wie der Kommission, auch wir können nur mit schwerem Herzen der Vorlage zustimmen, und zwar nicht allein um der Höhe der Summe willen, die die Stadt zuschießen soll. Denn wenn wir die Gewißheit hätten, daß damit das erreicht wird, was erhofft wird, so würden wir freudigen Herzens zustimmen. Nach dem aber, was wir

bis jetzt von der Bahnverwaltung gewöhnt sind und was uns bisher geboten ist, sind wir allerdings etwas mißtrauisch, und besonders deshalb, das möchte ich betonen, stimmen wir der Vorlage nur mit schwerem Herzen zu. Wir stimmen aber zu, weil wir glauben, daß das, was uns jetzt vom Magistrat gesagt ist, daß man in Preußen und bei der Bahnverwaltung sich bemühen werde, den berechtigten Wünschen der Stadt Braunschweig Rechnung zu tragen und ihnen entgegenzukommen, auch erfüllt wird. Seite 4, erste Zeile ist davon die Rede, daß der Nord-Süd-Verkehr auf alle Fälle über die Stadt Braunschweig gelegt werden und man deswegen zu diesem großen Opfer kommen müßte. Das ist richtig. Wenn aber die Bahn zunächst nur als Nebenbahn ausgeführt, nicht als Vollbahn eingerichtet wird und Schnell- und Eilzüge nicht eingelegt werden, dann wird für Braunschweig herzlich wenig in bezug auf Personenverkehr erreicht werden. Ein gewisses Grauen muß uns ankommen, wenn wir denken, daß dadurch eine Verbesserung erzielt werden soll. Die Strecke ist 59 km lang, und wenn sie mit Personenzügen befahren werden soll, so würden 1½ Stunden nötig sein, um sie zu durchfahren. Trotz der für uns so ungünstigen Verhältnisse in Lehrte, wo die unfreiwillige Ruhe uns gewährt wird, würden wir dann keine Verbesserung haben. Ich bemerke dazu, daß außer bei dem Schnellzuge 2.19 Uhr nachmittags, der nur 8 Minuten Aufenthalt in Lehrte hat, und dem Morgen-Eilzuge 7.55 Uhr, der uns nur 6 Minuten warten läßt, wir bei den Zügen nach Hamburg unter anderm 2 Stunden 16 Minuten, 44 Minuten, 55, 34, 55 Min., 1 Stunde 2 Min., 1 Stunde 45 Min. Aufenthalt in Lehrte haben. Ich erwähne das nur, um zu beweisen, wie wenig rücksichtsvoll in bezug auf den Nord-Süd-Verkehr wir behandelt worden sind. Von einem Südverkehr können wir gar nicht reden. Wenn wir uns die Verkehrsmöglichkeiten anderer und kleinerer Städte, wo Zweigverbindungen vorhanden sind, ansehen, so finden wir, daß sie besser gefahren sind als wir. Wollen Sie z. B. von Wschersleben nach Bernburg, so haben Sie dort einen Triebwagen und brauchen nicht 1½ Stunden stillzuliegen, wie die Braunschweiger auf dem Lehrter Bahnhof. Die Verbilligung, die uns die Verkürzung des Weges nach Hamburg über die neue Strecke bringt, wird bei der dritten Klasse nur 50 Pfg. und bei der 4. Klasse nur 35 Pfg. betragen. Wenn es so kommt, daß wir in Celle noch eine halbe oder eine ganze Stunde warten müssen, um Anschluß zu bekommen und wir noch dazu einen Personenzug benutzen müssen, dann werden nach wie vor die meisten Reisenden über Lehrte fahren und ebenso früh ankommen, trotzdem sie in Lehrte lange warten müssen. In Lehrte steht auch stets ein Zug bereit, der die Fahrgäste nach Hildesheim weiterfährt; so etwas ist für Braunschweig noch nicht gefunden.

Diejenigen Herren, die die Verpflichtung haben, nach dem Norden zu fahren, werden meine Ausführungen nicht als übertrieben ansehen, sondern lediglich als Mahnung an unsere maßgebenden Stellen, daß sie dafür eintreten möchten, wenn

Braunschweig nun Opfer bringt, daß es keine vergeblichen sind; und daß die Verbindung nach dem Norden auch eine angenehme wird und für die Stadt Braunschweig das geschaffen wird, was gewünscht wird. Wenn wir von einer Nord-Süd-Verbindung sprechen, dann muß auch ein moderner Eilzug auf der neuen Strecke eingelegt werden.

Nun sind Bestrebungen im Gange, was auch schon von maßgebender Stelle bei der Behandlung der Bahnhoffrage ausgeführt wurde, welche bezwecken, daß uns eine direkte Nord-Süd-Verbindung über den Harz geschaffen wird und damit die Möglichkeit, daß der Nord-Süd-Verkehr über Braunschweig geleitet werden kann. Heute wird die Mehrzahl der vom Norden nach dem Süden Reisenden über Hannover und um den Harz herum fahren, anstatt Braunschweig zu berühren. Dies würde aber eintreten, und Braunschweig würde Nutzen davon ziehen, wenn die Verbindung über den Harz erreicht wird. Wenn wir diese Nord-Süd-Verbindung nicht bekommen, so werden wir nicht erreichen, was erreicht werden soll, daß der Verkehr über Braunschweig gelegt wird und damit ein Zufluß von Fremden eintritt, die Geld in die Stadt bringen. Durch Zeitungsnachrichten haben wir gehört, daß die Harzstädte sich bemüht haben, eine solche Linie von Braunschweig über Harzburg zu bekommen, die eine direkte Verbindung nach Erfurt schafft. Wir Stadtverordneten sind ja auf Zeitungsnachrichten angewiesen, um uns unterrichten zu können, was durch die städtischen Behörden beabsichtigt wird. Da wurde berichtet, daß die Stadtverwaltung es abgelehnt habe, sich an einer Beratung, wie eine solche Verbindung in die Wege zu leiten ist, zu beteiligen. (Widerspruch vom Magistratsrath.) Wenn das nicht richtig ist, dann bin ich angenehm berührt. Ich möchte aber doch dazu sagen, daß Braunschweig zweifellos Vorteile davon haben wird, wenn die Bahn in dieser Weise fortgeführt wird.

In nächster Zeit wird die Erledigung der Bahnhofsangelegenheit in Braunschweig erwartet, die immer noch in der Schwebe ist und nach Zeitungsnachrichten jetzt so weit fortgeschritten sein soll, daß in aller kürzester Zeit uns eine Vorlage zugehen soll. Wenn das auch erfreulich ist, so kommt doch gleich wieder ein Wermutstropfen in die Freude hinein. Wenn auch seinerzeit — mit allerdings nur schwacher Majorität — die Stadtverordnetenversammlung sich auf ein Projekt festgelegt hatte, wonach der Bürgerpark nicht durchschnitten werden soll, so haben wir nach neueren Zeitungsnachrichten zu erwarten, daß ein Projekt, welches den Park durchschneidet und einen bedeutenden Mehraufwand für die Stadt mit sich bringt, in allernächster Zeit uns vom Magistrat vorgelegt werden wird, und daß dieses Projekt zum definitiven Abschluß gebracht werden soll. Ich würde das nicht bedauern, sondern mit Freude begrüßen. Bedauern würde ich aber, wenn ein Teil der Gleise durch den Park geleitet werden sollte und dadurch der Park verhandelt würde. Ich fürchte sehr, daß eine Majorität dafür in der Stadtver-

ordnetenversammlung nicht vorhanden ist oder nur eine so schwache, daß der Magistrat veranlaßt wäre, zu sagen: „Wir können auch dieses Projekt nicht durchführen,“ denn er hat auch das andere fallen gelassen, daß nur mit einer Stimme Majorität beschlossen ist. Ich möchte doch im Interesse der Stadt dringend wünschen, daß die Bahnhofsangelegenheit recht bald erledigt wird, wir aber davon Abstand nehmen, einen solchen Bahnhof zu schaffen, der einem großen Teil der Einwohner Braunschweigs nicht zusagen würde, da er einer Verschandelung des Bürgerparks gleichkäme. Ich befürchte sehr, daß damit die Bahnhofsfraße wieder ins Stocken käme und das nicht erreicht würde, was wir mit der heute zur Besprechung stehenden Vorlage erreichen wollen. Die Erledigung der Bahnhofsfraße würde damit wieder um Jahre verzögert werden, denn so lange würde es wieder dauern, ehe ein neues Projekt vorgelegt werden würde.

Ich erkläre also kurz und bündig: Wir werden für die heutige Vorlage stimmen in der Erwartung, daß damit eine bessere Verbindung Braunschweigs mit dem Norden eintreten wird und die Stadt auch wirklich Vorteile von diesen Ausgaben hat.

Oberbürgermeister Metemeyer: Mit der warmen Befürwortung der Vorlage im Anfange seiner Rede hat Herr Stadtv. Altmann die Zweifel verbunden, ob denn wirklich auf dieser Linie die Züge geführt werden würden, die wir im Interesse einer schnellen Verbindung mit dem Norden haben wollen. Das kann natürlich heute kein Mensch wissen, aber so viel ist sicher, daß die Züge nur dann eingelegt werden können, wenn diese Linie gebaut wird. Ich glaube, die Erfahrung haben wir in den letzten Jahren gemacht, daß man bei der preussischen Eisenbahnverwaltung am weitesten kommt, wenn man immer wieder kräftig auf das hindrängt, was man wünscht, und wenn man es erkennen läßt, daß man nicht beiseite geschoben werden will. Ich zweifle nicht daran, daß auch angemessene Züge über die Linie geführt werden, wenn wir sie erst einmal haben.

Was die Verbindung nach dem Süden betrifft, so ist selbstverständlich, daß der Magistrat jede weitere Bahnverbindung mit dem Süden, und zwar tunlichst eine direkte Verbindung, nur mit Freuden begrüßen wird. Ich begreife nicht, wie jemand dem Magistrat gegenteilige Ansichten beimessen kann. In auswärtigen Blättern ist gesagt, daß der Magistrat sich an solchen Bestrebungen nach einer Verbindung mit dem Süden nicht beteiligen würde. Das ist zurückzuführen auf einen besonderen Vorgang. Ich war gebeten, mich an die Spitze einer Deputation zu stellen, die beim preussischen Eisenbahnminister dahin vorstellig werden sollte, daß eine Vollbahn Harzburg-Nordhausen über den Harz geführt würde. Da habe ich allerdings erklärt, das könnte ich nicht, denn wenn man solche Wünsche dem preussischen Eisenbahnminister vortragen will, dann kann er wohl erwarten, daß

man mit positiven Angaben aufwarten kann. Wir sind aber nicht in der Lage, zu beurteilen, ob das Projekt durchführbar ist, denn etwas spielt die Geldfrage auch eine Rolle, wenn es gilt, eine Vollbahn über den Harz zu führen.

Was die Bahnhofsfraße anbetrifft, so sagt Herr **Wmann**: Wir wollen einen Bahnhof schaffen. Das ist nicht richtig; wir schaffen den Bahnhof nicht, sondern er wird uns geschaffen. Leider sind wir dabei in der Lage, einen hohen Beitrag dazu zahlen zu müssen. Wir sind auch nicht unmittelbar die Erstbeteiligten bei der Aufstellung der Projekte gewesen. Das Projekt, welches wir hoffen in der nächsten Sitzung vorlegen zu können, ist uns vom preußischen Eisenbahnminister vorgelegt. Sie können es ablehnen, dann geht die Sache weiter. Ich gebe aber der Hoffnung Ausdruck, daß — abgesehen von Herrn **Wmann** und einigen Herren — die Herren diesem Projekte zustimmen werden, damit wir in der Sache endlich weiterkommen.

Stadtv. Edhardt: Ich begrüße diese Vorlage mit großer Freude und bin überzeugt, daß aus dieser Nebenbahn recht bald eine Vollbahn wird und der Verkehr nach Hamburg über Celle ein ganz ersprießlicher für die Zukunft werden wird. Den in Frage stehenden Kostenpunkt werden wir bald überwinden, immerhin ist der erste Schritt zu einer besseren Verbindung nach Celle und Hamburg getan.

Stadtv. Dr. Jasper: Die Erklärung des Herrn Oberbürgermeister zu dem Projekt einer Südbahn nach Nordhausen hat ja einigermaßen das Gerücht zerstreut, das durch die Zeitungen verbreitet war, als ob unser Magistrat sich vollkommen ablehnend gegenüber derartigen Bestrebungen verhalten würde. Ich finde nur die Erklärung insofern nicht vollständig, als ich darin vermißt habe — ich bitte, unter Umständen das nachzuholen —, inwiefern heute der Magistrat an diesen Vorbereitungen und Aufklärungen im Interesse unserer Stadt beteiligt ist. Mit diesem einmaligen Herantreten, das damals vielleicht in nicht geschickter Weise und zu ungeeigneter Zeit von den beteiligten Stadtverwaltungen oder sonst jemand beliebt ist und das eine Abfuhr erlitten hat, ist das Verfahren nicht erledigt, sondern die Verhandlungen schweben weiter, und es dürfte wohl im Interesse unserer Stadt an sich liegen, daß sie nicht davon ausgeschaltet ist, um so weniger als wir uns nicht ganz allein auf unsere Landesregierung verlassen können, wenn auch im Landtage dem Plane günstige Äußerungen gefallen sind.

Auch hinsichtlich des Hauptbahnhofs versucht der Herr Oberbürgermeister, die Sachlage, entgegen den Ansührungen meines Freundes **Wmann**, zu verschieben. Es ist doch die Sachlage derart, daß die Mehrheit der Versammlung sich vor langer Zeit darauf eingerichtet hat, den damaligen preußischen Vorschlägen zuzustimmen, und sich von dem Gedanken leiten ließ, daß wir allerdings in gewissem Umfange auf die preußische Verwaltung angewiesen seien und versuchen müßten, im Inter-

esse unserer Stadt Verbesserungen und Erleichterungen für unseren Verkehr her-
 auszuholen. In dem Momente, wo der Beschluß gefaßt ist, wird von seiten der
 Stadtverwaltung ein anderes Projekt gefördert, über das wir nicht urteilen
 können, denn wir haben darüber ja nur Brocken von dem Herrn Oberbürgermeister
 zeitweilig hingeworfen erhalten, oder wir haben in der bürgerlichen Presse dieses
 oder jenes gelesen, was geschehen ist. Also ein Urteil, wie wir uns zu dem Pro-
 jekte stellen werden, kann bei dieser unzureichenden Kenntniz heute nicht abgegeben
 werden. Aber das ist doch sicher auffallend, daß — wie der Herr Oberbürger-
 meister gesagt hat — gerade, nachdem ein Mehrheitsbeschluß gefaßt ist, ein anderes
 Projekt ohne zwingenden Grund hier gefördert wird und, wie es in den Blätter-
 meldungen heißt, dieses hier vorgelegt werden soll. Wenn man darüber irgendeine
 Begründung hörte, so würde das sachlich doch sehr dienlich sein. Denn über dieses
 Projektmachen hin und her, dieses Mißachten der Mehrheit der Versammlung ist
 viele Zeit verloren gegangen, und dadurch könnte das Projekt, das uns heute be-
 schäftigt, gefährdet werden, denn ich weiß nicht, ob es technisch möglich ist, daß die
 neue Bahn einlaufen kann, wenn nicht das andere Projekt ausgeführt wird.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich will nur erklären, daß wir zu der letzten
 Verhandlung in Nordhausen einen Vertreter der Stadt in dem Herrn Stadtbau-
 meister Baurat Menadier entsandt haben. — Auf das Bahnhofprojekt, über das
 sich Herr Dr. Jasper in ähnlicher Weise wie Herr Altmann ausgesprochen hat, hier
 heute einzugehen, hat keinen Zweck. Ich könnte das vielleicht tun, wenn Sie auf
 unsere darüber auszuarbeitende besondere Vorlage verzichten wollen. Ich glaube
 aber, es ist der richtige Gang, wenn wir eine Vorlage einbringen. Darin werden
 wir unser Verhalten zu rechtfertigen suchen.

Stadtv. Leue (Schlußwort als Referent): Zunächst kann ich die Überzeugung
 des Herrn Stadtv. Ehardt nicht so ohne weiteres teilen, daß diese Bahn sehr
 schnell als Vollbahn ausgebaut werden wird; ich teile darin das Mißtrauen des
 Herrn Stadtv. Altmann, aber ich glaube nicht, daß wir das Mißtrauen so weit aus-
 dehnen müssen, daß wir annehmen, wir müßten jahrzehntelang auf die Vollbahn
 warten. Nach den Äußerungen, die uns in der Kommission geworden sind, dürfen
 wir annehmen, daß in absehbarer Zeit der Ausbau erfolgen wird. Wenn Herr
 Altmann den Wunsch aussprach, der Magistrat solle einer Verzögerung kräftig ent-
 gegenarbeiten und den Betrieb einer Vollbahn möglichst bald fordern, so unter-
 schreibe ich, was in dieser Beziehung von Herrn Altmann gesagt ist, vollständig.

Im Gegensatz aber zu Herrn Altmann befinde ich mich, wenn er die Frage des
 Nord-Süd-Verkehrs und die Frage des Hauptbahnhofs anschnidet. Was letztere
 anbetrifft, so befürchte ich, daß durch eine nochmalige Agitation gegen das jetzt zur
 Vorlage kommende Projekt nur das erreicht wird, was von Herrn Altmann er-

mähnt ist, nämlich eine nochmalige Verzögerung des Bahnhofsbau. Deshalb sollte man endlich einmal Schluß machen mit dem Reden über die Bahnhofsfraße und endlich zu Taten kommen.

Was die Nord-Süd-Bahn anlangt, so ist in keiner Frage so viel mit Schlagwörtern gearbeitet wie in dieser. Wer nicht mit Hurra dem zustimmt, daß eine Bahn mit Tunnel durch den Harz gebaut werden muß, der wird als rückständig angesehen. Den Fachmännern stehen die Haare zu Berge über das, was alles in dieser Frage in den Zeitungen gefaselt wird. Gewiß sollen wir eine gute Verbindung nach dem Süden hin anstreben, aber man kann doch nicht mit den Millionen einfach um sich werfen und muß berücksichtigen: Ist der Plan technisch in gewisser Weise durchführbar? und: Stehen die Mittel, die aufgewandt werden müssen, einigermaßen im Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen? Ich will mich nicht weiter darüber auslassen und nur noch bemerken, daß die Ansichten über die Südbahn einstweilen noch recht weit auseinandergehen. — Im übrigen möchte ich die heutige Vorlage noch einmal eindringlich Ihrer Zustimmung empfehlen.

Über die beiden Magistratsanträge wird in einem Male abgestimmt. Der Herr **Vorsitzende** glaubt konstatieren zu können, daß die Annahme einstimmig erfolgt ist.

17. Ankauf von Teilstücken zum Ausbau der Comeniusstraße.

Stadtv. **Niese**: An die Herren Stadtverordneten ist seitens des Magistrats folgendes Schreiben eingegangen:

„Mit Zustimmung der geehrten Herren ist dem Maurermeister Gröppler hier selbst, als dem Unternehmer für den Ausbau der Straße 568 des Ortsbauplans (jetzt Wendomestraße), gestattet, an Stelle des ursprünglich an dem südlichen Auslaufe der genannten Straße anzulegenden Wendepfades einen Verbindungsweg zwischen dieser Straße und der Voigts-Rheß-Straße herzurichten. In den Verhandlungen über die Sicherung des Bestandes dieses Verbindungsweges hat sich Gröppler bereit erklärt, die in den Weg fallenden, zu 1,93 a, 21 qm, 1,73 a und 70 qm vermessenen, ihm gehörigen Flächen der Stadt jetzt, d. h. vor dem Ausbau der in Frage kommenden Teilstrecke der Comeniusstraße, zu welchem die Flächen demnächst erforderlich sind, unter dem Vorbehalt zum Eigentum zu überweisen, daß der Preis dafür später nach dem Durchschnitte der für die übrigen Flächen der Comeniusstraße zu zahlenden Kaufpreise festgesetzt und dieser Preis ihm dann auf den Kostenbeitrag angerechnet werde, den er zum Ausbau der Comeniusstraße für sein angrenzendes Grundstück zu zahlen haben wird. Wir haben es für zulässig angesehen, auf diesen Vorschlag einzugehen, und haben mit Gröppler den anliegen-

den Vertrag geschlossen. Wir richten an die geehrten Herren das ergebenste Ersuchen, die für sie darin vorbehaltene Genehmigung gefälligst auszusprechen."

Der Kontrakt liegt bei und gibt zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß. Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Versammlung stimmt dem Vertrage zu.

18. Errichtung einer Fußgängerbrücke zwischen Maschplatz und Pestalozzistraße.

Stadtv. **Meyerhoff:** Es ist ein Anschreiben des Magistrats an die Herren Stadtverordneten ergangen, welches ich Ihnen vorlesen werde, da viel Zahlenmaterial darin enthalten ist:

„Unter dem 28. März d. J. haben uns die geehrten Herren um die Vorlegung eines Projekts über den Bau einer Fußgängerbrücke zwischen Maschplatz und Pestalozzistraße ersucht. Wir haben diesem Wunsche zunächst dadurch Rechnung getragen, daß wir die Städtische Bauverwaltung mit einem entsprechenden Auftrage versehen haben. Diese hat unter dem 23. Juli den nebst Kostenausschlag beigelegten Entwurf eingereicht, aus dessen Blatt 1 die Lage der Brücke zu erkennen ist. Von dieser Lage kann wegen der Einmündung der Maschstraße in den Maschplatz und wegen der bei der Pestalozzistraße in Betracht kommenden örtlichen Verhältnisse wesentlich nicht abgewichen werden, und es wird sich deshalb eine zweckmäßige Ausführung der Brücke ohne Inanspruchnahme des am Maschplatze gelegenen Brendesch'schen Grundstückes nicht ermöglichen lassen. In dem Entwurf ist der Erwerb der in dem Lageplan rot angelegten, 450 qm großen Gartenfläche des bezeichneten Grundstückes angenommen und in dem Kostenausschlag hierfür unter Annahme eines Einheitspreises von 12 *M* pro qm ein Betrag von 5400 *M* ausgeworfen. Inklusiv dieser Summe soll nach dem Kostenausschlag die Brücke 38 300 *M* kosten.

Die Entfernung, welche jetzt zurückzulegen ist, um von der Einmündung der Maschstraße in den Maschplatz bis zu dem neben dem Schulgrundstück gelegenen Knick der Pestalozzistraße zu kommen, beträgt

Maschstraße—Ringstraße	etwa 200 Meter,
Strecke der Ringstraße	„ 150 „ ,
„ „ Pestalozzistraße	„ 100 „ ,

Zusammen etwa 450 Meter.

Die Länge des durch den Brückenbau geschaffenen neuen direkten Weges würde etwa 115 Meter betragen; der zwischen den beiden oben angegebenen Punkten sich

abspielende Verkehr würde daher nach Ausführung des Brückenbaus eine Weglänge von etwa 335 Meter sparen. Bei dieser nicht übermäßig großen Abkürzung können wir den dortseits angestrebten Brückenbau wohl als wünschenswert, nicht aber als notwendig ansehen, und wir würden deshalb seiner Ausführung nur dann zustimmen können, wenn die erforderlichen Mittel ohne Schädigung notwendiger Ausgaben bereitgestellt werden können, und wenn die Durchführung zu angemessenen Preisen möglich ist. Die erste Frage sind wir unter Akzeptation des vorliegenden Projekts und Kostenanschlags augenblicklich zu bejahen bereit, die zweite müssen wir zu unserm Bedauern verneinen, und zwar um deswillen, weil der Eigentümer des am Maschplatz gelegenen, in Mitleidenschaft gezogenen Grundstücks, Bohrunternehmer Brendes, Preise fordert, welche zuzugestehen wir nicht glauben verantworten zu können. Brendes verlangt bei Hergabe der in den Kostenanschlag aufgenommenen Teilfläche von 450 qm anstatt der von der Städt. Bauverwaltung geschätzten und ausgeworfenen 12 *M* pro qm einen Preis von 25 *M* pro qm und außerdem eine ihn befriedigende Zusicherung wegen der aus der neuen Straßenanlage für sein Grundstück etwa erwachsenden Straßenbaukosten. Da das auf dem Brendes'schen Grundstück stehende Wohnhaus bei Ausführung des vorliegenden Projekts durch den von der Maschstraße her langsam bis zu einer Höhe von etwa 1,80 Meter ansteigenden Damm der Brückenzufahrt beeinträchtigt werden wird und deshalb damit gerechnet werden muß, daß neben Zahlung des Kaufpreises noch eine Vergütung für Schädigung des Restgrundstücks gewährt werden müßte, so haben wir bei der Ausichtslosigkeit einer Einigung über den Preis der erforderlichen Teilfläche die Verhandlungen über deren Erwerb abgebrochen, jedoch gleichzeitig — in der Hoffnung, auf diesem Wege die Angelegenheit zu dem gewünschten Ende führen zu können — den Ankauf des ganzen Grundstücks in Erwägung gezogen. Wir würden denselben auch vorbehaltlich der Zustimmung der geehrten Herren bewerkstelligt haben, wenn der Eigentümer mit dem von der Städt. Bauverwaltung geschätzten Preise von 23 000 *M* zufrieden gewesen und somit der Brückenbau inkl. des Grunderwerbs mit 55 900 *M* zu beschaffen gewesen wäre. Brendes forderte indessen anfangs 28 000 *M* und später 26 000 *M*, und diesen Preis zu bewilligen, konnten wir uns nicht entschließen, nachdem die Städt. Bauverwaltung noch unter dem 12. November d. J. berichtet hatte, daß das Wohngebäude in der Unterhaltung vernachlässigt sei, daß Keller nicht vorhanden seien, die Klosetts im Nebengebäude liegen und wegen der tiefen Lage des Grundstücks an den Kanal nicht angeschlossen seien. — Bei dieser Sachlage würde zur Erreichung des verfolgten Zweckes als letztes nur noch die Zwangsenteignung der für den Brückenbau erforderlichen Teilfläche des Brendes'schen Grundstücks in Frage kommen können. Es darf angenommen werden, daß der Stadt nach Aufnahme des zu schaffenden Straßenzuges in den Ortsbauplan das Recht der Zwangsenteignung

verliehen werden würde; da indessen der Durchführung des Verfahrens wegen der Unübersehbarkeit der Höhe der dem Enteigneten zu gewährenden Entschädigung schwere Bedenken entgegenstehen, so müssen wir Abstand nehmen, diesen Weg zu beschreiten.

Wir sehen uns unter diesen Umständen zurzeit außerstande, dem auch von uns geteilten Wunsche auf Herrichtung einer Fußgängerbrücke an der fraglichen Stelle zu entsprechen.“

Die Angelegenheit hat der Baukommission gestern zur Prüfung vorgelegen. Wenn man die Zahlen, die ich Ihnen vorgelesen habe, ansieht, so wird man schwindlig, wenn man sich dabei vorhält, daß eine solche horrende Summe aufgewandt werden soll, um den Weg um ca. 300 m zu kürzen. Es wird mir eben zugerufen, man möge einen Brückenzoll erheben. Nun, es würde wohl nicht viel Geld dafür aufkommen, denn jeder würde die 300 m weiter gehen, statt zu bezahlen. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, sieht sich die Baukommission nicht in der Lage, Ihnen zu empfehlen, dem Brückenbau näherzutreten. Es wurde in der Baukommission von einer Seite angeregt, eine leichte Holzbrücke hinüberzuschlagen. Aber wer die Situation kennt, der wird wissen, daß die Brücke nur in einer ganz schrägen Lage über die Oker zu führen sein würde, und die Sachverständigen behaupten, daß das ein immenses Geld kosten würde, denn stabil müßte doch die Brücke sein. Wir haben auch mit der Flusspolizei zu rechnen, welche fordern würde, daß ein gehöriger Durchgang zwischen den Brückenpfeilern gelassen würde. Also auch dieser Weg ist nicht gangbar. Aus diesen Gründen zieht die Baukommission vor, Ihnen zu empfehlen, über die Vorlage zur Tagesordnung überzugehen.

Bürgermeister Meyer: Ich möchte wegen der geschäftlichen Behandlung dieses Punktes nur erklären, daß ein Antrag seitens des Magistrats nicht gestellt ist. Der Magistrat erklärt in der Vorlage, daß er der Höhe der Kosten wegen nicht imstande wäre, dem Wunsche der Stadtverordneten, den der Magistrat selbst teilt, zu entsprechen.

Stadtv. Stegmann: Die Verhandlung erfolgt ja auf Grund meines Antrags. Ich bedauere auch, daß nach den Angaben des Magistrats es nicht möglich ist, die Brücke zu errichten, denn ich muß gestehen, daß auch mir die Kosten zu hoch sind. Ich bedauere es um so mehr, als die dortige Gegend sich mehr und mehr bevölkert und es der sehnliche Wunsch der Anlieger ist, einen kürzeren Weg nach der Maschstraße zu bekommen. Wertwürdig finde ich es aber, daß, nachdem wir nahezu einstimmig beschlossen haben, es liege eine Notwendigkeit für den Bau der Brücke vor, und den Magistrat aufgefordert haben, eine Vorlage zu machen, die Baukom-

mission jetzt wieder beschlossen hat: der Bau der Brücke ist wohl wünschenswert, aber nicht notwendig. Ich meine, wenn der Weg um nahezu drei Viertel der Strecke gekürzt wird, dann kann man wohl von einer Notwendigkeit sprechen. Wer in der Gegend wohnt, der empfindet die Notwendigkeit mehr als jemand, der nur gelegentlich einmal dorthin kommt. Nach Lage der Sache ist ja wohl nichts zu machen, denn 55 000 *M* dürften doch wohl für die Brücke nicht aufgewendet werden. — Da aber die Frage des Enteignungsverfahrens erwähnt ist, möchte ich dringend bitten, die Sache nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern im Auge zu behalten und den Versuch zu machen, ob die Enteignung baldigst in Anwendung gebracht werden kann, damit in nicht zu ferner Zeit zur Befriedigung der Wünsche der dortigen Einwohner eine Brücke gebaut werden kann.

Stadtv. **Sander:** Bei Beratung des Antrags Stegmann habe ich seinerzeit ausgeführt, daß ich den Brückenbau nicht nur als wünschenswert, sondern als notwendig erachte. Ich wohne seit langen Jahren in jenem Stadtviertel und kenne den Verkehr dort aus eigener Anschauung, denn ich komme täglich durch die genannten Straßen. Ich bin auch heute noch nicht eines anderen belehrt und halte den Bau der Brücke nach wie vor für sehr notwendig, zumal jetzt auf dem entgegengesetzten Ufer der Oker sich ein ganz neuer Stadtteil entwickelt. Aber ich muß auch gestehen, daß ich bei solchen Preisen nicht für den Brückenbau zu haben bin. Es ist gar nicht zu glauben, wie der Herr Besitzer für dieses Terrain 26 000 *M* fordern kann. Ich bin seinerzeit, als das Grundstück noch im Besitze eines Herrn Henne aus Holzminde war, gebeten, es dem Magistrat zum Kauf anzubieten. Ich habe das auch getan in der Aussicht, daß der Brückenbau einmal notwendig werden würde. Das Grundstück wurde damals zu einem wesentlich niedrigerem Preise angeboten; es wurden etwas über 20 000 *M* gefordert, und ich weiß nicht, ob ich mit dem Herrn Bürgermeister oder dem Herrn Oberbürgermeister darüber gesprochen habe. Aber der Preis war seinerzeit schon dem Magistrat zu hoch. Es ist bedauerlich, daß damals der Anschluß verpaßt wurde. Immerhin muß ich sagen, daß es unmöglich ist, bei der hohen Forderung für das Grundstück die Brücke zu bauen. Ich möchte auch bitten, wie es der Herr Vorredner schon getan hat, die Sache im Auge zu behalten, und wenn sich die Verhältnisse anders gestalten, auf den Brückenbau zurückzukommen. Der Herr hat heute seine Forderung so hoch gestellt, weil er vielleicht glaubt, die Brücke müsse auf jeden Fall gebaut werden. Ich bin überzeugt, er wird noch selbst dem Magistrat das Grundstück anbieten, und dann wäre es Zeit, der Sache näherzutreten.

Eine Beschlußfassung über diesen Punkt findet nicht statt.

19. Erwerb eines Grabenterrains zum Ausbau der Schunterstraße.

Stadt v. **Friede:** Zum künftigen Ausbau der Schunterstraße ist neben dem Ankauf anderer Grundflächen auch der stadtseitige Erwerb einer zu 1,23 a vermessenen Fläche des Interessentenschaftsgrabens Nr. 256 erforderlich. Der Eigentümer des südöstlich an jene Grabenstrecke angrenzenden Grundstücks, Architekt Keldenich, hat nun den Wunsch, die Grabenfläche zur Legung eines Gas- und Wasserrohrs, sowie zur Anlage eines Zufahrtweges zugunsten seines Grundstücks zu benutzen, und er ist dieserhalb mit der Feldmarksgemeinde Hagen, als der Eigentümerin des Grabens, und mit der Stadt in Verbindung getreten. Die Verhandlungen haben dahin geführt, daß es mit Rücksicht darauf, daß die Stadt das Terrain zum Ausbau der Schunterstraße doch haben muß, von allen Beteiligten als das zweckmäßigste angesehen worden ist, daß die Stadt die bezeichneten Flächen schon jetzt kauft, Keldenich aber die Kosten bis zum Ausbau der genannten Straße vorschießt. Auf dieser Grundlage ist vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten ein Vertrag abgeschlossen, den der Magistrat zu genehmigen ersucht.

Dieser Vertrag hat gestern der Baukommission zur Beratung vorgelegen. Bedenken gegen seine Annahme liegen nicht vor; die Baukommission ist deshalb zu dem Resultate gekommen, Ihnen den Magistratsantrag, wie er vorliegt, zur Genehmigung zu empfehlen.

Der Erwerb des Grabenterrains wird beschlossen und der vorgelegte Vertrag genehmigt.

20. Anderweitige Einteilung der Wahlbezirke hiesiger Stadt.

Nach § 3 des Statuts Nr. 1, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, vom 24. März 1893 ist die Stadt in vier Wahlbezirke mit je zwei Unterabteilungen (Distrikten) so eingeteilt, daß auf jeden Bezirk und Distrikt eine annähernd gleich große Zahl von Wahlberechtigten in den einzelnen Klassen entfällt. Nach § 5 desselben Statuts sind alle zehn Jahre die Grenzen der Bezirke und Distrikte auf ihre fortdauernde Richtigkeit zu prüfen und nach Bedarf neu zu ordnen. Demgemäß ist durch Statut Nr. 19 vom 24. März 1903 schon eine Neuordnung erfolgt. Wie damals, so ist auch bei der jetzt wieder nötigen Nachprüfung das Wachsen der Stadt und der wahlberechtigten Bürger hauptsächlich in den östlichen Gebieten in einer Weise hervorgetreten, die zur Wahrung der Gleichmäßigkeit in den Zahlenverhältnissen Verschiebungen der Grenzen mit sich bringt.

Obwohl der Magistrat dabei bemüht gewesen ist, den Bestand der einzelnen Bezirke nach Möglichkeit zu wahren, so haben sich doch manche zum Teil erhebliche,

zum Teil weniger einschneidende Änderungen nicht vermeiden lassen. Am wenigsten werden davon der 3. Bezirk (Wenden- und Petritor) und der 4. Bezirk (Wilhelmi- und Hohetor) berührt, da sie schon jetzt annähernd die Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten aufweisen. Dagegen gehen in den 1. (August- und Magnitor-) Bezirk zahlreiche Wahlberechtigte aus dem benachbarten 2. Bezirk (Stein- und Fallersebertor) zur Ausgleichung über, da von 13 670 Bürgern nur 2919 im August- und Magnitorgebiet, 4041 im Stein- und Fallersebertorgebiet wohnen.

Den Stadtverordneten wird nun vom Magistrat vorgelegt:

1. eine Übersicht über die nach der Neueinteilung der Bezirke und Distrikte auf sie entfallenden Bürger,
2. eine Zusammenstellung der Änderungen in den einzelnen Bezirken und Distrikten,
3. der Entwurf eines Statuts wegen der vorgeschlagenen Änderungen,
4. ein Stadtplan, aus dem die einzelnen Änderungen zu sehen sind.

Als Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Änderungen schlägt der Magistrat den 1. April 1913 vor; die Änderung durch das Statut Nr. 19 vom 24. März 1903 ist ebenfalls am 1. April 1903 in Kraft getreten.

Die Stadtverordnetenversammlung wird ersucht, sich mit den vorgeschlagenen Änderungen durch Zustimmung zu dem Statut-Entwurf einverstanden zu erklären.

Stadtv. **Sander** erstattet über die jedem der Herren Stadtverordneten in autographischer Vervielfältigung zugegangene Vorlage Bericht und bemerkt weiter:

Es ist wohl überflüssig, daß ich mich des weiteren noch über die Vorlage verbreite. Es ist nur ein Irrtum noch richtigzustellen. Es heißt auf S. 2: „3693 Bürger wohnen im Stein- und Fallersebertorbezirk.“ Das ist ein Rechenfehler. Sie können das ersehen aus S. 3. Da steht unter Stein- und Fallersebertorbezirk: 2112 für das Steintor und 1929 für das Fallersebertor. Es muß also heißen 4041 statt 3693.

Die ganze Aufstellung ist uns wieder ein Beweis dafür, daß die Zahl der Bürger in den verschiedenen Bezirken sich derartig verschoben hat, daß eine Neueinteilung vorgenommen werden muß. Es hängt nun über diese Neueinteilung hier ein Straßenplan aus, auf dem die einzelnen Bezirke rot umrändert sind. Ich möchte bitten, die Sache in der Weise zu behandeln, daß wir seitenweise nach der Vorlage vorgehen, — oder, falls keiner der Herren Einwendungen zu machen hat, gleich die ganze Aufstellung en bloc annehmen.

Die Statutenkommission hat die Neueinteilung der Bezirke und Distrikte geprüft und ist zu der Überzeugung gekommen, daß sie so, wie sie vorgenommen ist, in richtigem Verhältnis zueinander stehen. Ich bitte also namens der Kommission, die Vorlage anzunehmen.

Die Versammlung erklärt sich ohne Debatte mit der Neueinteilung einverstanden, und der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7½ Uhr.

Be r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 16. Januar 1913.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Beratung des neuen Bahnhofprojekts | Seite 560 |
| 2. Beschaffung von Ersatzteilen für die Warmwasserkessel in der Bürgerschule an der Maschstraße. | " 587 |
| 3. Einrichtung von Räumen zum photographischen Vervielfältigungsverfahren in der städtischen Gewerbeschule | " 587 |
| 4. Antrag Henking, betreffend eine Durchsicht des Ortsbauplans, Gliederung der Straßen nach ihrer Art und Änderung der Bauordnung, sowie Wahl einer Deputation | " 589 |
| 5. Antrag zweier Einwohner auf gebührenfreie Wiedereintragung in die Bürgerrolle, sowie Antrag des Herrn Stadtverordneten Bunge: Aufhebung des § 2 des Statuts über die städtische Verwaltung | " 594 |
| 6. Erhöhung der Vergütung für Haltung der Wächterhunde | " 596 |
| 7. Verkauf einer Fläche an der Howaldtstraße | " 597 |
| 8. Ankauf eines Grundstücks an der Wendensstraße. | " 597 |
| 9. Ausbau der Straße 556 (Rantestraße, zwischen Alterwieking und Olfermannstraße) | " 598 |
| 10. Anlage eines Fußweges zwischen Karlstraße und Gliesmaroderstraße | " 598 |
| 11. Anfrage Leue über die diesjährige Verteilung der Veteranenehrengabe. | " 599 |
| 12. Anfrage Jasper wegen Stellungnahme des Magistrats gegenüber dem beschlossenen Anschluß des Landkreises Braunschweig an die Überlandzentrale Helmstedt | " 600 |

Anwesend der gesamte Magistrat und die sämtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, außerdem als Magistratsbezernt Herr Stadtbaumeister Baurat Menadier.

Der **Vorsitzende Hauswaldt** eröffnet die öffentliche Sitzung, der eine vertrauliche Sitzung mit der Tagesordnung: „Vorlegung und Erklärung der Pläne des neuen Bahnhofiprojekts“ vorausging, und macht Mitteilung über die Eingänge. Es sind dies:

Eine Anfrage des Herrn Stadtv. Leue (Punkt 11 der Tagesordnung).

Eine Anfrage des Herrn Stadtv. Jasper (siehe Punkt 12 der Tagesordnung).

Ein Antrag des Herrn Stadtv. Sander: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

1. eine Teilstrecke des Fußweges der Cellerstraße, da, wo der Amalienplatz an die Cellerstraße grenzt, mit Platten zu belegen,

2. im Zuge der Maschstraße vom Maschplatz aus einen Straßenzug mit Brücke und Ausmündung in die Pestalozzistraße in den Ortsbauplan aufzunehmen.“

Ein Antrag Bunge: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Kehrichtabladestelle an der Kreuzstraße mit einer Bretterplanke zu versehen.“

Ein Antrag des Herrn Stadtv. Dr. Henking: „Der Magistrat wird ersucht, eine Abänderung des Hundesteuerstatuts vom 30. März 1905 in die Wege zu leiten, dahingehend:

a) die Steuer wird in vierteljährlichen Raten in Anrechnung gebracht; sie ist für das laufende Rechnungsjahr innerhalb der ersten 4 Wochen nach Anschaffung des Hundes im ganzen zu bezahlen, wird aber in besonders begründeten Fällen auf Antrag 1, 2 oder 3 Vierteljahre zurückgegeben.

b) Die Steuer wird von 15 auf 20 *M* für das Jahr erhöht.

c) Das in § 9 des alten Statuts festgesetzte Strafmaß wird bis zu 30 *M* verschärft.“

Ein Dankschreiben des Vorstandes des vaterländischen Museums für die am 28. November 1912 bewilligten Beträge.

Ein Dankschreiben der remuneratorisch besoldeten Lehrer der städtischen Gewerbeschule für die in der letzten Versammlung beschlossene Erhöhung der Vergütungssätze.

1. Beratung des neuen Bahnhofiprojekts.

Stadtv. **Frühling** (Referent der Baukommission): Meine Herren! Sie haben den eingehenden Vortrag des Herrn Baurats Menadier über das uns vorgelegte Bahnhofiprojekt gehört; ich gehe nicht weiter darauf ein. Als Basis meines Berichtes möchte ich aber hervorheben, daß es sich heute nicht darum handelt, hier den Bahnhofspan ausfindigzumachen, der für Braunschweig der geeignete ist, oder darüber zu diskutieren, ob ein Kopf- oder ein Durchgangsbahnhof besser ist, oder ob

im Norden oder Süden der Stadt das Terrain liegt, wo der Bahnhof am besten angelegt werden kann. Diese Punkte sind alle in früheren Jahren eingehend behandelt worden. Heute stehen wir lediglich auf dem Boden des Beschlusses, den die Herren am 30. September 1909 in dieser Frage gefaßt haben, und haben darüber zu befinden, welche Folgen dieser Beschluß herbeigeführt hat, sowie über die Ausarbeitung und Erweiterung des uns damals vorgelegten Projektes. Am 30. September 1909 haben die Herren im Prinzip das von dem preussischen Eisenbahnminister vorgelegte Projekt, den Durchgangsbahnhof darstellend, gebilligt und haben den Magistrat ersucht, auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln. Das Resultat dieser Verhandlungen liegt uns in dem heutigen Projekt vor. Zunächst ist seitens des Magistrats versucht, die damals geplante große Entfernung des Personenbahnhofs von der Stadt, die rund 1800 Meter betrug, zu verringern und den Bahnhof näher an die Stadt heranzubringen. Zu diesem Zwecke hat der Magistrat das damals von den Herren Baumeistern Menadier und Gebenzleben aufgestellte Projekt dem Eisenbahnminister überreicht mit dem Ersuchen, dieses Projekt, wenn möglich, einer Änderung zugrunde zu legen. Die Eisenbahnverwaltung ist durchaus entgegenkommend auf dieses Projekt eingegangen und hat ein auf dieses Projekt aufgebautes neues Projekt vorgelegt. Wenn ich sage „ein neues Projekt“, so möchte ich das dahin einschränken, daß es eigentlich nur ein verbessertes Projekt des im Jahre 1909 von uns im Prinzip genehmigten ursprünglichen Projektes war. Die Verbesserung bestand wesentlich darin, daß die Personengleise von den Gütergleisen abgezogen waren und der Bahnhof um 650 Meter an die Stadt gerückt wurde. Dieses Projekt hat bei der Beurteilung durch den Magistrat und die Bahnhofsdeputation volle Zustimmung gefunden; es waren nur noch einzelne Anstände, über die verhandelt werden sollte. Darauf hat die Eisenbahnverwaltung eine nochmalige Verbesserung dieses Projektes vorgenommen, und das so entstandene Projekt ist uns jetzt vorgelegt und erklärt worden. Die Verbesserungen waren wesentlich im Interesse der Eisenbahn vorgenommen. Die Eisenbahnverwaltung hatte durch die Erfahrungen der letzten Jahre die Überzeugung gewonnen, daß der früher geplante Bahnhof für die Eisenbahn in der geplanten Ausdehnung nicht hinreichend sein würde, und deshalb eine wesentliche Vergrößerung und Erweiterung des Projektes auf der damals festgestellten Basis vorgenommen. Diese Erweiterung ist darauf zu beziehen, daß wesentliche Änderungen in den Zuführungen vorgenommen sind, nicht in der Lage des Bahnhofes, sondern wesentlich dadurch, daß die Gleise bedeutend vermehrt sind, und daß die Einführungen von verschiedenen Richtungen erleichtert und verbessert sind.

Es handelt sich nun darum, festzustellen, ob diesem Projekt, das als Resultat der uns am 30. September 1909 beschlossenen weiteren Verhandlungen auf Basis des damaligen Projektes ausgearbeitet ist, zuzustimmen ist oder nicht. Wie gesagt:

Es hat keinen Zweck, daß ich nochmals darauf eingehe, ob Änderungen an dem Projekt möglich sind, denn das ist bei einem fix und fertig ausgestalteten Plan nicht mehr möglich. Das war früher möglich, als nur Ideen vorlagen und die Ausarbeitung vorbehalten war. Dieses Stadium ist jetzt überwunden, es liegt ein fertig ausgearbeitetes Projekt vor.

Es wird sich weiter darum handeln, daß ich als Referent die Vorteile, die der jetzt geplante Bahnhof der Stadt bietet, zusammenfasse und die Nachteile erwähne, die die Ausführung für die Stadt haben wird.

Die Vorteile bestehen zunächst darin, daß der Personenbahnhof um 650 Meter der Stadt nähergerückt ist. Was das für die Stadt bedeutet, brauche ich wohl nicht näher zu erörtern. Die weite Hinauslegung des Bahnhofs war der am schwersten wiegende Punkt, der immer gegen das Durchgangsprojekt vorgebracht wurde. — Der zweite Vorteil ist der, daß die Personengleise auf dem Bahnhof wesentlich vermehrt sind. Es sollen 10 Gleise durch die Station geführt werden und 5 Personenperrons angelegt werden. Es wird also eine gewaltige Anlage, die in jeder Beziehung den Bedürfnissen, die sich einstellen werden, genügen wird. Namentlich können wir aus dem Projekt die Überzeugung gewinnen, daß ein durchgehender Nord-Süd- wie auch Ost-West-Verkehr — ich lege besonderes Gewicht auf den Nord-Süd-Verkehr, der uns erst noch erschlossen werden soll — ermöglicht wird in einer Weise, die eine Ausdehnung nach jeder Richtung hin gestattet, so daß wir nicht in die Verlegenheit kommen werden, bei diesem oder jenem Bahnprojekt hören zu müssen: „Eine neue Linie läßt sich nicht einführen, dazu haben wir keinen Platz.“ Der neue Bahnhof wird in dieser Beziehung allen Anforderungen entsprechen, die in gerechter Weise an einen derartigen Bahnhof gestellt werden können.

Ein weiterer Vorteil des Projekts ist es, daß die Bedürfnisse für unsere Braunschweiger Industrie, soweit es irgend möglich ist, gewährleistet sind. Es liegt die Möglichkeit vor, die Anschlüsse an die Fabriken auf der Bahnhofstraße herzustellen, und auch die Anschlüsse an die sonstigen Etablissements sind gesichert, speziell für die Fabrik von Südel und die Brauerei von Wolters. Die Anschlüsse werden natürlich nicht direkt gebaut, sondern es ist nur die Möglichkeit gegeben. Über die Ausführung muß mit den Interessenten verhandelt werden, und sie müssen die Kosten tragen. Weiter sind noch Anschlußgleise vorgesehen auf dem Gelände, welches zu beiden Seiten des großen Verschiebebahnhofs liegt, also auf dem Gelände des alten Ostbahnhofs und gegenüber dem Ostbahnhof. Auch dadurch hat der Magistrat die Möglichkeit gewonnen, vorhandene Industrien auszudehnen und neue Industrien heranzuziehen, da Terrain genügend zur Verfügung steht, um den Wünschen zu entsprechen.

Wenn das in der Hauptsache die Vorteile sind, die gewiß von ihnen allen als wesentlich betrachtet werden, so bringt das Projekt auch bedenkliche Nachteile mit

sich. Der bedeutendste Nachteil liegt wohl darin, daß der Bürgerpark durchschnitten wird. Die Durchschneidung des Bürgerparks ist veranlaßt durch das der Eisenbahnverwaltung von dem Magistrat vorgelegten Menadier-Gebensleben'schen Projekts. Es ist zweifellos sehr zu bedauern, daß diese schöne Anlage durch den Umbau des Bahnhofes beeinträchtigt werden soll, aber, meine Herren, wenn wir vor die Frage gestellt werden: Sollen wir die Vorteile, die das Bahnhofprojekt sonst bietet, annehmen und diesen Nachteil dazu, oder halten wir diese Benachteiligung für so groß, daß wir das ganze Bahnhofprojekt zurückweisen müssen, so glaube ich, daß der zuletzt angeführte Standpunkt ernstlich von niemand eingenommen werden kann. Denn so schön wie der Bürgerpark ist, und so bedauerlich seine Zerschneidung ist, es werden doch in diesem Falle die Bedenken in bezug auf die Schönheit der Rücksicht auf die Zweckmäßigkeit der Bahnhofsanlage und die Benützung der Vorteile, die der Stadt geboten werden, weichen müssen. In dieser Beziehung kann darauf hingewiesen werden, daß von seiten des Stadtmagistrats versucht ist und weiter versucht werden wird, die Nachteile, die die Durchquerung des Bürgerparks mit sich bringt, nach Möglichkeit herabzumindern. Es soll versucht werden durch Hinzuziehung von Sachverständigen und Künstlern, durch geschickte Anlagen die Ausbildung dieses Parks so zu gestalten, daß auch nach der Durchschneidung ein harmonisches Ganzes gebildet wird, daß die neuen Anlagen in den Rahmen eines öffentlichen Parks hineingearbeitet werden. Daß dies in die Wege geleitet wird, und daß der Magistrat dasjenige erreichen wird, was sich in dieser Beziehung überhaupt erreichen läßt, das Zutrauen dürfen wir wohl zum Magistrat haben.

Ich muß dann noch darauf hinweisen, daß ein weiterer Nachteil des Projektes darin besteht, daß einige Straßen bedenklich lange Unterführungen erhalten werden. Die Wolfenbüttelerstraße wird eine Unterführung von 130 Metern erhalten. Das ist eine kolossale Länge und ein großer Nachteil; die Unterführung der Salz-dahlumerstraße wird sogar 160 Meter lang werden. Es wird darauf Bedacht genommen werden, durch Anordnung von Schächten genügend Licht und Luft den Unterführungen zuzuführen. Wir werden wegen dieser Unterführungen keinen Einspruch erheben können, wenn wir einen Bahnhof mit den Gleisen haben wollen, wie sie nötig sind. Wenn die Gleise an dieser Stelle unweigerlich diese Ausdehnung fordern, müssen wir uns damit abfinden, daß solche bedenkliche Erschwerungen des Verkehrs in die Straßenzüge hineinkommen. Es ist noch hervorzuheben, daß ein Teil des Rautheimerweges fortfallen muß. Der jetzige Rautheimerweg geht mitten durch den demnächstigen Verschiebebahnhof, und es wäre unmöglich, hier eine Über- oder Unterführung zu bauen, da sie noch länger werden würde, als die beiden andern, und den Betrieb auf dem Bahnhof derartig gefährden würde, daß an eine solche Ausführung nicht zu denken ist. Wenn das Projekt nicht verworfen werden

so, so bleibt nichts übrig, als einen anderen Zugang für die dortige Gegend zu schaffen. Das wird möglich sein nach der Helmstedterstraße zu; es wird also nur ein Umweg für die dortigen Interessenten in Frage kommen. Dieser Punkt bringt es mit sich, daß zwischen der Helmstedterstraße und Salzdhallumerstraße später kein Übergang für Fuhrwerk über den Bahnkörper vorhanden sein wird. Das ist natürlich betrüblich, aber es ist nicht möglich, über die kolossale Breite des Bahnkörpers (die nun einmal erforderlich ist, wenn wir eine Bahn haben wollen, wie sie in den Wünschen aller Braunschweiger liegt) eine Unterführung anzulegen.

Die Bahnhofsdeputation sowohl wie die Baukommission, der die Sache jetzt zur Beratung unterlegen hat, haben sich vorbehaltlos dafür ausgesprochen, daß wir nichts anderes tun können, als jetzt dem Projekt zuzustimmen.

Ich möchte nun noch auf die Kosten des Projekts eingehen. Das erste Projekt, das uns 1909 vorlag, umfaßte einen Betrag von 14 Millionen Mark. Darauf ist das zweite Projekt, welches auf Grund des Menadier-Gebenslebenschen Projekts ausgearbeitet war, im Jahre 1911 vorgelegt. Die Kosten hatten sich durch Abzweigung der Personengleise und durch den größeren Bahnkörper auf rund 17 Mill. Mark vermehrt, sie waren im ganzen um 2,6 Millionen gestiegen. Jetzt haben sich die Kosten des Projekts auf 30 Mill. Mark erhöht. Das ist eine ganz gewaltige Summe, die sehr in Betracht zu ziehen sein wird. Die Forderungen an die Stadt bei dieser Preissteigerung waren die folgenden: Die erste Forderung, die 1909 gestellt wurde, bei der wir zweifelhaft waren, ob wir darauf eingehen konnten oder nicht, beruht darauf, daß die Stadt das ganze Grundstücksgeschäft machen sollte; das freiverdende Gelände sollte sie für 7 Millionen Mark übernehmen. Dieses Projekt ist gescheitert, weil die Stadt glaubte, auch nicht annähernd diese Summe zahlen zu können und nur 3 Millionen für das fragliche Terrain geboten hatte. Bei dieser Differenz war ein Übereinkommen in diesem Geschäft unmöglich, und infolgedessen ist das Grundstücksgeschäft für die Stadt ganz in Fortfall gekommen. Es ist von dem preußischen Minister nicht wieder aufgenommen, und heute sind wir gar nicht in der Lage, zu sagen, wir wollen das Grundstücksgeschäft machen. Es wird uns gar nicht mehr angeboten, ist für uns nicht zu haben. Wie es bei andern Geschäften einen Zeitpunkt gibt, wo es abzuschließen ist, und wenn der Zeitpunkt ungenützt vorübergeht, das Geschäft nicht mehr zu machen ist, so geht es auch mit diesem Grundstücksgeschäft. Ich enthalte mich deshalb, des näheren darauf einzugehen oder es gar zu empfehlen, weil es gar nicht mehr in Frage kommt. Inwieweit den Wünschen der Herren, die gern das Grundstücksgeschäft machen wollen, entgegengekommen werden kann, ist im Bericht des Magistrats gesagt. Der Magistrat wird in den Verhandlungen suchen, das Terrain, das für die Stadt Wichtigkeit hat, durch Vorkaufsrecht oder auf sonstige Weise für die Stadt zu sichern. Ob es besser oder schlechter gewesen wäre, das Grundstücksgeschäft durch

die Stadt zu übernehmen, das ist persönliche Meinung, und eine Diskussion darüber kann man jetzt, nachdem die Möglichkeit der Übernahme nicht mehr vorliegt, nicht mehr führen. Nachdem das erste Projekt gefallen war und die Verbesserung, durch die der Personenbahnhof näher an die Stadt gerückt wurde, 2,6 Millionen Mehrkosten verursachen sollte, hat die Eisenbahnverwaltung die Forderung an die Stadt gestellt, daß sie die Hälfte dieser Mehrkosten, die durch die Änderung des Projektes zum Vorteil der Stadt entstehen würde, übernehmen solle, also eine Summe von 1,3 Millionen Mark. Nun ist das neueste Projekt gekommen, wodurch die Kosten auf 30 Millionen erhöht werden, und seitens des Eisenbahnfiskus ist die Forderung an die Stadt nicht erhöht worden. Ich glaube, daß wir anerkennen müssen, daß darin, ich will nicht sagen ein Entgegenkommen, aber jedenfalls eine Behandlung liegt, die nur wenig Städten auch in Preußen seitens des Eisenbahnfiskus zuteil wird. Es ist anzunehmen, daß wir es den Verhandlungen des Magistrats zu danken haben, wenn wir verhältnismäßig gut wegkommen.

Welche Gesamtkosten für die Stadt durch den Bahnhofsbau sich ergeben, ist auch in der Vorlage ausgeführt. Nebenbedingung bei Ausführung des Umbaues ist, daß die Stadt die Hauptzufahrtstraße zu dem neuen Bahnhof unter Verzicht auf Anliegerbeiträge bauen läßt.

In der Vorlage ist ferner ausgeführt, daß neben dieser Zufahrtstraße noch andere Straßen und auch Brücken gebaut und sonstige Anlagen gemacht werden müssen. Durch diese aufzuwendenden Mittel erhöhen sich die gesamten der Stadt aus Anlaß des Bahnhofsumbaues zur Last fallenden Kosten auf die Summe von rund 3 Millionen Mark. Diese Summe zu zahlen, ist für die Stadt nach unserer Meinung nicht nur ein schwerer Punkt, sondern er ist imstande, unsere Finanzen in eine sehr üble Lage zu bringen, sie stark zu verwirren und die Stadt auf Jahre zu belasten, so daß nach Ansicht der Baukommission und der Bahnhofsdeputation die Stadt diese Summe aus sich allein nicht aufbringen kann. Wir sind gezwungen, wenn wir auf das Projekt eingehen wollen, die Hilfe des Staates in Anspruch zu nehmen, und glauben auch erwarten zu dürfen, daß diese Stelle, da wesentliche Interessen nicht bloß der Stadt, sondern auch des ganzen Landes vorliegen, eingreifen und auch der Landtag einen angemessenen Zuschuß gewähren wird.

Wir sind zu dem Beschluß gekommen, Ihnen die beiden Anträge aus der Magistratsvorlage zur Annahme zu empfehlen,

1. zu dem Projekt E Stellung zu nehmen in der Weise, daß wir dem zustimmen, daß dieses Projekt gewählt werde,

und

2. der Übernahme der geforderten stadtseitigen Leistungen unter der Bedingung zuzustimmen, daß der Staat der Stadt einen angemessenen Kostenzuschuß bewilligt.

Wie ich schon ausgeführt habe, ist sowohl die Baukommission wie die Bahnhofsdeputation der Meinung, daß ohne einen derartigen Zuschuß die Last für die Schultern der Stadt zu schwer sein würde.

Ich beantrage namens der Baukommission, in diesem Sinne abstimmen zu wollen.

Stadtv. Stegmann: Die sämtlichen Einwohner der Stadt Braunschweig sind ebenso wie wir hoch erfreut, daß der neue Bahnhof bald gebaut werden soll; aber wie der Herr Referent es darstellt, daß wir ohne weiteres klipp und klar vor die Frage gestellt werden, uns über dies Projekt zu entscheiden, und weiter gibt es nichts, daß wir einfach Ja und Amen zu sagen haben, dazu ist die Sache denn doch zu wertvoll; das kann nicht angehen. Solch bedeutendes Werk, wie der neue Bahnhof es werden soll, der tief in die wirtschaftlichen Interessen der Stadt einschneidet, darf nicht von augenblicklichen Interessen diktiert sein, sondern muß mit der weiteren Zukunft rechnen (Unruhe), und ich bezweifle, daß das in vollem Maße geschehen ist. Ich bestreite, daß es so ist, wie der Herr Referent gesagt hat, daß das neue Projekt wesentliche Vorteile gegenüber dem alten preußischen hat, im Gegenteil, ich bin der Meinung: Wenn wir uns die Frage vorlegen: Welches ist das günstigste, dann fällt die Entscheidung zugunsten des früheren preußischen Projekts aus.

Der Herr Referent hat ausgeführt, das neue Projekt sei eine Verbesserung gegenüber dem früheren, 1. weil der Personenbahnhof um 650 Meter näher an die Stadt gelegt wird, 2. weil die Personengleise auf 10 vermehrt werden und 3. weil die Anschlüsse der Industrien möglich seien. Ich glaube, was den ersten Punkt betrifft, die nähere Heranlegung des Bahnhofs an die Stadt, so kommt dies wirklich wenig in Frage. (Oho!) Ja, meine Herren, ich bin einmal der Meinung, wenn der Bahnhof erst hinausgelegt wird bis an die Fabrikstraße, dann kann es nicht darauf ankommen, ob er noch 650 Meter weiter hinausgelegt wird. Schon jetzt sehen wir doch, daß viele Einwohner der Stadt nicht zu Fuß nach dem Bahnhof gehen, und wenn der Bahnhof nach Eisenbüttel verlegt ist, dann wird es selbstverständlich nur noch sehr wenige Leute geben, die den Weg zu Fuß machen. Es müssen dann natürlich andere Verkehrsverhältnisse geschaffen werden, so daß man leicht dahinkommen kann. Dann ist es aber ziemlich gleichgültig, ob man die 650 Meter weiter hinausfährt. Wenn aber vielleicht befürchtet wird, es könnte sich durch die weitere Hinauslegung des Bahnhofs ein neues Geschäftsviertel dort

austun, wodurch die Geschäftsleute in der Innenstadt geschädigt würden, so teile ich diese Befürchtung nicht. Ich glaube, mit Ausnahme einer Anzahl von Hotels werden wenig Geschäfte in der Gegend eingerichtet werden. Das gebe ich allerdings zu: Hotels werden dort entstehen; aber um dieser wenigen Personen willen sollte man nicht das bessere Projekt fallen lassen. Denn daß dies ein wesentliches Geschäftsviertel werden sollte, glauben Sie alle nicht. Es mag sein, daß dort auch Geschäftshäuser entstehen werden, aber Sie sehen auch an den anderen Stadtvierteln, wie es dort geht — ich denke an das Stein- und Fallerslebenviertel. Ebenjowenig wie dort große, umfangreiche Geschäfte erstanden sind, wird es auch in dem neuentstehenden Viertel der Fall sein. Das Zentrum wird nach wie vor das Hauptgeschäftsviertel bleiben, denn es liegt für alle Bewohner der Stadt am bequemsten. Die angedeutete Befürchtung scheint mir hauptsächlich als maßgebend betrachtet zu werden, sie ist aber meiner Ansicht nach hinfällig.

Wenn Sie das andere Projekt betrachten, so glaube ich, daß es das bessere ist, was das Verkehrsinteresse betrifft; und wenn Sie die Sache objektiv prüfen und kleinliche Dinge beiseite lassen, so müssen Sie mir darin zustimmen. Ich bestreite auch, wenn gesagt wird: Eine Ausdehnungsmöglichkeit für den Bahnhof nach dem früheren Projekt zu schaffen, sei nicht gegeben. Das will mir nicht einleuchten, und bevor nicht der Beweis dafür erbracht ist, daß es so ist, glaube ich es nicht. Dort draußen sollte nicht Platz zu schaffen sein, einen Bahnhof in solcher Größe anzulegen?

Was die Anschlüsse der Industrien betrifft, so können sie, auch wenn das frühere Projekt zustande käme, ebensogut ausgeführt werden, sowohl nach der Bahnhofstraße, als nach den Industriewerken auf der anderen Seite hin.

Der Herr Referent hat dann auch die Nachteile des jetzigen Projektes angeführt, aber er hat sie zu gering eingeschätzt. Zuerst die Notwendigkeit, den schönen Bürgerpark zu trennen, so daß man nicht mehr von einem einzigen Park reden kann. Die paar Löcher, die durch den trennenden Damm hindurchgebaut werden, sind gerade nicht schön. Sie können nicht so angesehen werden, als ob hinter ihnen noch etwas vom Park vorhanden wäre. Die Anlage bleibt nicht das, was sie sein mußte. — Dann die Überführung der Wolfenbüttelerstraße und Salzdhallumerstraße durch die Eisenbahn. Was diese langen Unterführungen der beiden Straßen betrifft, so sind sie durchaus nicht ideell.

Diese beiden Punkte, die Führung der Bahn durch den Bürgerpark und die Überführung der beiden Straßen, genügt schon vollkommen, um das Projekt abzulehnen. Es kommt aber noch ein wesentlicher Punkt in Betracht, über den Sie merkwürdigerweise ohne weiteres weggehen, das sind die höheren Kosten. Ich bezweifle, daß der Landtag sich dazu hergibt, der Stadt Braunschweig einen großen Zuschuß zu gewähren. Wer den Landtag und seine Stellungnahme zu der Stadt

Braunschweig kennt, wird nicht glauben, daß dies eintreten wird. Und wenn der Landtag wirklich 100 000 Mark bewilligt, so muß die Stadt Braunschweig doch die Millionen tragen. Bei solchen Kosten sollte man nicht ohne weiteres die Sache über das Arie brechen und sagen: Es gibt nichts anderes, als Ja und Amen zu sagen.

Wenn Sie sich die Sache reiflich überlegen, dann müssen Sie zu dem Entschluß kommen, daß das frühere Bahnhofprojekt das beste war. Wenn das jetzige Projekt zur Verwirklichung kommen sollte, dann ist es sehr leicht möglich, daß die spätere Generation sagt: Die damaligen leitenden Personen sind Krähwinkler gewesen, sie haben das Interesse der Stadt nicht gewahrt. Ich möchte Sie dringend bitten, nicht das heutige Projekt ohne weiteres anzunehmen, sondern auf das frühere zurückzukommen und den Magistrat zu ersuchen, es zur Durchführung zu bringen (Oho!), und dann auch das Grundstücksgeschäft zu machen. Ich verstehe nicht, wie es in der Vorlage heißen kann, das Grundstücksgeschäft könnte gut ausschlagen, es könnte aber auch schlecht ausschlagen. Ich meine, jedes Kapitalistenkonsortium würde mit Freuden zugreifen, wenn ihm das Geschäft angeboten würde. Und wenn jetzt der preußische Fiskus das Terraingeschäft selbst machen will, so wird er auch wissen, warum er es tut, nämlich weil er glaubt, es ist dabei etwas zu verdienen, und weil er meint, einen Teil der Bahnhofsbaukosten dabei herauszuschlagen. Die Stadt will sich das Geschäft entgehen lassen, und der Magistrat sagt: „Es ist nicht viel für uns zu holen, und das Terrain zu einzelnen Gebäuden werden wir im Vorkaufsrecht zu erhalten suchen.“ Bei solchen Grundstücken werden Schulen und andere Gebäude in Frage kommen, und wir stehen doch auch vor der Frage, uns an dem Wohnungsbau stärker zu beteiligen als bis jetzt. Wir stehen doch jetzt vor einem solchen Versuch. In der Zukunft muß mehr geschehen, und es ist Gelegenheit gegeben, uns billiges Terrain zu sichern. Ich glaube, auch wenn der Magistrat zu bange ist und befürchtet, daß er hier Schiffbruch leiden könnte, sollten wir uns das Geschäft nicht entgehen lassen. Ich habe gehört, daß der Herr Oberbürgermeister in diesen Dingen ein gewiegter Geschäftsmann sei. Dann verstehe ich nicht, warum er hier so ängstlich ist. Was der preußische Fiskus machen kann, das kann auch die Stadt Braunschweig. (Widerspruch.) Das Lachen nützt nichts! Weil sie die Majorität haben, glauben Sie, es sei alles fix und fertig. Ich möchte Sie doch dringend bitten, die Sache noch einmal zu überlegen. Die große Zahl der Braunschweiger Einwohner, wenn sie an die Verhandlung des Bürgerparks, an die größeren Kosten, an die wenig angenehme Behandlung der Wolfenbütteler- und Salzdahlumerstraße denkt, wird unserer Meinung sein und nicht mit diesem Projekt einverstanden sich erklären. Besser ist es, 650 Meter weiter hinauszugehen und einen Bahnhof zu haben, der diese Unannehmlichkeiten vermeidet, und der in der Zukunft das ist, was er sein sollte: ein wirklicher Großstadtbahnhof.

Stadtv. Riefe: Da bereits durch die öffentlichen Blätter berichtet ist: Der Stadtverordnete Riefe ist der einzige gewesen, der in der Kommission gegen das neue Bahnhofsprojekt gestimmt hat, so werden Sie es mir Dank wissen, wenn ich meinen Stadtpunkt hier begründe. Ich will zugeben, daß das jetzige Projekt, welches uns heute zum Vortrag gebracht wurde, und welches ich in meiner Eigenschaft als Mitglied der Bahnhofsdeputation zum dritten Male sah, auf mich den Eindruck gemacht hat, als wenn es besser ausgestaltet sei als das frühere, welches kümmerlich ausfiel. Aber so gut wie dieses Projekt ausgestaltet wurde, (das nicht das Menadier-Gebenslebenische ist, sondern das ursprüngliche Gleimische Projekt, das heute die Größe des Hannoverschen Bahnhofs einnimmt, während das frühere zu klein angelegt war) ebensogut, davon bin ich überzeugt, würde sich auch sofort herausgestellt haben, daß auch das andere Projekt hätte ausgestaltet werden können.

Nun bin ich bei der jetzigen Vorlage über eins noch nicht aufgeklärt, und es war mir nicht möglich, darnach zu fragen. Ich habe die alten Akten noch einmal durchgesehen: Nach dem Projekt von Gleim war vorgesehen, daß der Bahnhof ohne Interimbahnhof bis auf die letzten Anschlußgleise gebaut werden konnte. Bei dem preußischen Projekt war ein Interimbahnhof auf 700 000 Mark veranschlagt. Ich frage nun, ob es bei diesem Projekt nicht auch noch nötig ist, einen Interimbahnhof zu erbauen. Es scheint die Möglichkeit da zu sein, ohne einen solchen auszukommen, ob es aber der Fall ist, das zu entscheiden, bin ich zu wenig Sachverständiger. Nun ist geplant, daß der Bahnhof vom Friedrich-Wilhelmsplatz ab noch eine Entfernung von 1150 Meter haben soll. Von dort ist eine Straße geplant, die 1150 Meter lang und 30—36 Meter breit ist, eine sogenannte Esplanade, die auch notwendig ist. Das gleiche müßte auch geschehen nach dem preußischen Projekt. Das Straßenterrain hierfür sollen wir von der preußischen Eisenbahnverwaltung gratis erhalten. Ich bin damit einverstanden, denn wenn ich etwas geschenkt bekomme, dann nehme ich es an und kann das auch der Stadt Braunschweig nicht verdenken. Aber ich bin noch nicht allen Zweifels überhoben, ob nicht das Geschenk sich nachher als ein Danaergeschenk erweisen wird. Die Durchquerung des Bürgerparks lasse ich eben außer Betracht. Wenn aber das Terrain für die Bahn bis dahin, wo sie einmündet in das Gelände des alten Ostbahnhofs, noch weiter expropriert werden muß, dann entstehen daraus nochmals Kosten. Wir haben gehört, daß die Kosten für die Stadt Braunschweig sich beziffern auf den Zuschuß von 1 360 000 Mark, dann auf die Kosten für den Bau der Straßen usw., (die Summen brauche ich nicht einzeln anzuführen), daß sie alles in allem auf 3 Millionen Mark geschätzt werden. Ich weiß nun nicht, wenn ich sage, ob die unentgeltliche Überweisung des Terrains für die Zufahrtsstraße ein Danaergeschenk sein

könnte, ob nicht auch der Eisenbahnfiskus verlangt, diese Flächen unentgeltlich an ihn abzutreten.

Sodann bin ich der Überzeugung, daß manche andere Kosten noch hinzukommen und die genannte Summe nicht ausreichen wird. Z. B. den heutigen Abfahrtsweg nach der Frankfurterstraße zu belassen, dafür bin ich nicht zu haben. Dort ist es nötig, daß ein Gleis verschwindet, wenn eine rechte Zufahrt stattfinden soll, und es muß ein Grundstück erworben werden, das ein gutes Stück Geld kostet. Außerdem werden sich noch andere Kosten herausstellen, die die Sache für die Stadt zu teuer machen, selbst wenn der Landtag, zu dem ich kein Vertrauen habe, einen Zuschuß gibt. Denn erst einmal werden die ländlichen Abgeordneten, die unsere Stadt als den Wasserkopf des Landes betrachten, nichts geben wollen, und ob unsere städtischen Abgeordneten der Opposition mit Erfolg entgegentreten werden, — ich will ihnen ja kein Mißtrauensvotum ausstellen — das will ich bezweifeln. Ich glaube nicht, daß viel herauszuschlagen ist, will Ihnen aber das Beste wünschen. Wenn von Herrn Stegmann hervorgehoben wurde, daß der Bürgerpark zerstückelt und teilweise hergegeben werden muß, so kommen auch diese Kosten hinzu. Ich erinnere daran, daß das Quadratmeter zu 16 Mark abgeschätzt war, das ist viel zu teuer, andere große Kommunen geben es für 3 Mark her und verzichten auf Steuer. Ich meine, das sind alles Dinge, die immerhin erwogen werden müßten. Ich bin der festen Überzeugung, daß, abgesehen von der Verschandelung des Bürgerparks, die der Magistrat in seinem Anschreiben vollständig zugibt, nicht das erzielt wird, was im Interesse der Stadt Braunschweig erzielt werden müßte. Ich will nicht darauf eingehen, ob eine Dammschüttung oder ein Viadukt gebaut werden soll. Es ist eben bedauerlich, daß in dieser Weise die Vorlage zustande gekommen ist. Andererseits gebe ich zu, daß das neue Projekt die Möglichkeit der Erweiterung des Betriebes nach allen Seiten bietet, daß es durch Legung der verschiedenen Gleise neue Anschlüsse zuläßt usw., daß es also besser wird als es jetzt der Fall ist. Aber immerhin halte ich es nicht als feststehend, was uns die ganze Sache kosten wird. Alle Projekte, die wir gesehen haben (Sie finden darunter Anschläge von 22 Millionen, 20 Millionen und auch von 14 Millionen) sind imaginäre Begriffe, an die man sich nicht halten kann. Wenn man von uns Zuschüsse verlangt, dann muß man mit einem fix und fertigen Projekt kommen und uns darlegen, daß die Zuschüsse im allgemeinen Interesse der Stadt zu leisten sind. Mein Standpunkt, den ich in der Kommission vertreten habe, ist, daß wir möglichst weit hinaus einen Bahnhof nicht auf 5 Jahre, sondern auf 100 Jahre bauen sollen, und außerdem, daß wir das Grundstücksgeschäft machen. Auf dem Standpunkt stehe ich auch noch heute steif und fest. Ich bin überzeugt, die Stadt würde dabei

nichts riskieren. Was steht denn heute noch der Benutzung eines solchen Geländes entgegen, wo wir mit den Betonbauten alle Schwierigkeiten überwinden. Auf der Stelle, wo wir sitzen, ist der Baugrund um keinen Grad besser als er in der Gegend des Bahnhofs ist. Wenn Sie auch sehen, daß bei Beton- und Eisenbetonbauten sich Risse zeigen, so kann man darüber den hausführenden Beamten keinen Vorwurf machen. Bei aller Solidität kann es doch passieren; es geschieht auch anderswo, und es wäre kein Unglück, wenn es auch dort vorkäme. Wenn wir Holland oder die Umgebung von Hamburg in Betracht ziehen, so wäre es dort gar nicht möglich, zu bauen. Auch das freierwerdende Gelände würde sich im Interesse der Stadt Braunschweig verwerten lassen. Das geht natürlich nicht in einem Jahre und auch nicht in zehn Jahren, das ist selbstverständlich. Wir haben es gesehen in Düsseldorf, in Frankfurt am Main, daß es jahrzehntelang gedauert hat. Aber wenn wir heute hinkommen, so finden wir auch eine vollständige Einheit, und die Städte sind nicht zu Schaden gekommen. Ich behaupte, die Stadt Braunschweig ist von den Städten mit gleicher Einwohnerzahl wie die unsrige an Grundbesitz wohl die ärmste. Da wäre es doch am Platze, das Terraingeschäft zu machen. Ich wundere mich auch nicht, daß der preußische Minister sich jetzt beschränkt und sagt: „Nun, man her damit!“ denn ich meine, daß hinter dem etwas steckt.

In seinem Schreiben sagt der Magistrat, er glaube nach den mündlich geführten Verhandlungen annehmen zu dürfen, daß eine Verständigung mit der preußischen Eisenbahnverwaltung über die Bewilligung eines Vorkaufsrechts in Ansehung der zum Verkauf gelangenden Teilflächen des freierwerdenden Geländes erzielt werden wird. Wenn aber damals schon bei der Forderung der 7 Millionen Mark, dem gegenüber 3 Millionen von der Stadt geboten wurden, auf eine weitere Verhandlung nicht eingegangen ist, sondern diese offen abgelehnt ist, dann kann man sich ein Bild machen, wie das Entgegenkommen ist, das man uns zeigen wird. Von dem Standpunkt ausgehend, daß der Kostenpunkt noch keineswegs erschöpft ist, sollte man sich nicht scheuen, im Interesse der Stadt das Terraingeschäft zu machen. Die 600 Meter, um welche der Bahnhof näher gelegt werden soll, können mich nicht irreleiten. Wer nach dem heutigen Projekt zum Bahnhof hinausfahren muß, der fährt auch ganz gut die 600 Meter weiter; natürlich müssen andere Verkehrsverhältnisse geschaffen werden als heute.

Das sind die Gründe, aus denen ich mich dem heutigen Projekt gegenüber ablehnend verhalte.

Oberbürgermeister Metemeyer: Wenn irgend etwas nicht am Platze ist, so ist es der Rat des Herrn Stegmann, jetzt mit der Eisenbahnverwaltung weiter zu verhandeln, denn dabei kommt gar nichts heraus. Jetzt heißt es einfach: Sind Sie

für oder gegen dieses Projekt? Der Magistrat hat angedeutet, daß es wesentlich darauf ankommt, die grundsätzliche Stellungnahme von Ihnen zu erfahren, und zwar zu dem Zwecke, damit dem im nächsten Monat zusammen tretenden Landtag eine Vorlage unterbreitet werden kann, und wenn der Zuschuß des Landes bewilligt ist, der Magistrat in der Lage ist, mit der preußischen Eisenbahnverwaltung einen Vertrag zu schließen. Wenn diese grundsätzliche Zustimmung von Ihnen nicht jetzt gegeben wird, dann würden wir die Erklärung des Landtages frühestens am Schlusse des nächsten Jahres oder erst im folgenden Jahr, das ist 1915, bekommen. Erst wenn der Landtag die Bewilligung eines Zuschusses, wie ich es hoffe, ausgesprochen hat, dann erst könnten wir mit dem preußischen Eisenbahnminister verhandeln, und dieser könnte dann erst im Herbst 1915 die Sache dem preußischen Abgeordnetenhaus vorlegen. Sie wissen doch alle, daß die Minister nicht allmächtig sind, sondern an die Parlamentsbeschlüsse gebunden sind. Wir warteten dann also ruhig wieder zwei Jahre. Das ist der Grund gewesen, weshalb wir die Sache beschleunigt haben, und weshalb es richtig ist, wenn der Herr Referent sagt: Es dreht sich darum, so schnell wie möglich zu diesem Projekt Stellung zu nehmen.

Nun hat Herr Stegmann dieses Projekt nicht für akzeptabel erachtet. Aber bei den Gründen, die der Herr Referent angeführt hat, war einer, den Herr Stegmann in seiner Rede weggelassen hat; es scheint, daß er ihn überhört hat. Dieser wesentliche Grund ist die Trennung des Güterverkehrs vom Personenverkehr. (Sehr richtig!) Ich bin kein Techniker, aber ich glaube, wenn man den Bahnhof an den Kennel hinausgelegt hätte, würde es äußerst schwer gehalten haben, diese Trennung vorzunehmen. Ich bin überzeugt, daß das nur dadurch möglich wird, daß man die beiden Bahnen, die Güter- und Personenbahn, um etwa 400 Meter voneinander entfernt legt. Herr Stegmann sagt, er hielte das andere Projekt für besser. Ja, Herr Stegmann, Ihre Ansicht in Ehren, aber ich habe mich immer auf den Standpunkt gestellt, in diesen Sachen müssen wir Laien — wir sind beide Laien — sagen: Wenn die Sachverständigen entscheiden, dieses Projekt ist besser, so glaube ich das und habe mich zu fügen.

Mit dem Bürgerpark liegt, glaube ich, die Sache so, wie es der Magistrat in seiner Vorlage gesagt hat. Wenn wir überhaupt den Bahnhof näher an die Stadt heranrücken wollen, so muß der südliche Teil mit benutzt und ein Stück vom Bürgerpark geopfert werden. Wir haben uns im Magistrat mehrfach mit der Frage befaßt und sind zu der Ansicht gekommen, daß es gegenüber den Interessen, die für die Stadt auf dem Spiele stehen, nicht ein so ungeheueres Opfer wäre, wenn wir beschließen: Die südlich von dem künftigen Bahndamm gelegene Teilfläche des Bürgerparks geben wir zu sportlichen Zwecken frei. Es ist Ihnen be-

kannt, daß am Eifenbüttelerweg jetzt schon ein Spielplatz vorhanden ist, der nach meiner Beobachtung durchaus nicht ausreicht. Es wird sich sehr wohl empfehlen, ins Auge zu fassen, diesen Spielplatz wesentlich zu erweitern. Ein derartiger Spielplatz ist aber keine Parkanlage. Ebenso wird es möglich sein, wenn ein Teil von der Wasserfläche, die für den Eissport sehr erwünscht ist, verloren gehen sollte, den Teich unmittelbar an der Südseite des künftigen Eifenbahndammes so zu erweitern, daß eine schöne und große Fläche für den Eissport frei wird. Die Hauptsache ist aber doch die: Man wird sich der Tatsache nicht verschließen können, daß jetzt schon durch die Jahrbahn, welche die Fortsetzung der Elmstraße bildet, eine Trennung der Parkhälften eingetreten ist. Wenn wir diese Straße ordnungsmäßig bis auf das Niveau der Wolfenbüttelerstraße ausbauen, was nicht zu vermeiden ist, dann ist eine Trennung vorhanden, die durch den Eifenbahndamm höchstens noch verschärft wird.

Im übrigen trete ich durchaus dem bei, was der Herr Referent gesagt hat: Hier stehen große Interessen auf dem Spiel, da müssen derartige Rücksichten weichen.

Herr Stegmann hat weiter gesagt, und Herr Riese war derselben Ansicht, daß das Terraingeschäft für die Stadt wahrscheinlich gar nicht übel auslaufen würde. Wenn es sich bei dem Terraingeschäft lediglich um die Verwertung des freiverwendenden Geländes handelte, so gebe ich Ihnen recht, daß sich darüber streiten ließe, ob es vorteilhaft ausginge. Darüber sind wir uns ziemlich einig: Das Terrain ist soundso groß, soundso viel wird es wert sein und soundso viel Jahre werden darüber hingehen, bis wir es verkauft oder sonst verwertet haben. Mit diesem Terraingeschäft war aber seitens der preußischen Eifenbahndirektion von Anfang an aus wohl erwogenen Gründen das weniger angenehme Terraingeschäft verquickt, wonach wir das ganze Terrain ankaufen sollten, das zu dem Erweiterungs- und Neubau nötig wird. Nach den Erfahrungen, die wir im Magistrat bei Expropriationen gemacht haben, kann man nur sagen, daß ein derartiges Geschäft keine angenehme Aufgabe für die Stadt ist. Wir haben es verschiedentlich erlebt, daß, wenn die städtische Bauverwaltung Grundstücke nach unserer Überzeugung durchaus angemessen geschätzt hatte, bei der Expropriation den Expropriaten das Doppelte zugestimmt wurde. Wenn der preußische Minister in seiner ersten Vorlage sagt, wir sollten das neue Gelände ankaufen und dafür 2 674 000 *M* anrechnen, und es käme bei der Ausführung zu einer gewaltigen Überschreitung, dann fällt unsere ganze Kalkulation über den Haufen. So gern ich sonst für die Stadt gute Geschäfte mache, so muß ich doch offen gestehen: Ich war nicht traurig darüber, als der Herr Preussische Eifenbahnminister erklärte, das Grundstücksgeschäft wolle er selber machen.

Herr Rieke hat dann noch verschiedene Fragen gestellt, zunächst wegen des Interimsbahnhofes. Ich bin kein Sachverständiger und kann deshalb die Frage nicht endgültig beantworten. Wenn man aber das Projekt ansieht, dann muß man annehmen, daß ein Interimsbahnhof kaum nötig wird; wir werden nach wie vor von unserm jetzigen Hauptbahnhof abfahren. Der preußische Minister wird das schon fertigbringen, den neuen Bahnhof über die bestehenden Gleise hinwegzuführen; das brauchen wir unsere Sorge nicht sein zu lassen. Durchaus unrichtig ist es aber, wenn Herr Rieke meint, es könnten uns die Kosten der Verlegung der Taubstummenanstalt zur Last fallen. Das ist ja gerade der Vorteil des jetzigen Projekts, daß wir nur mit Bekanntem zu rechnen brauchen. Wir haben mit dem Terrainertwerb nichts zu tun; was die Taubstummenanstalt kosten wird, geht uns nichts an; das muß der preußische Eisenbahnfiskus bezahlen. Die Zahlen, die der Magistrat in seiner Vorlage angeführt hat, sind nun wohl nicht unbedingt sicher, da die städtische Bauverwaltung nur überschläge für die Straßenbauten gemacht hat, aber ungefähr werden sie zutreffen; ich hoffe sogar, sie sind reichlich hoch gegriffen, so daß wir noch etwas daran sparen können — vielleicht allerdings auch nicht.

Herr Rieke meint ferner, die Kostenanschläge in bezug auf den Bahnhofsbau wären unsicher. Inwiefern interessieren uns jetzt noch die Kostenanschläge? Laß doch den preußischen Eisenbahnminister sehen, wie er seinen Kostenanschlag innehält; das ist doch nicht unsere Sache! Ich wüßte nicht, weshalb das ein Grund sein sollte, das Projekt, wie es jetzt vorgelegt ist, abzulehnen.

Nun haben die beiden Herren Rieke und Stegmann noch darauf hingewiesen, es wäre wünschenswert gewesen, dieses große Grundstücksgeßäft zu machen, bei dem es sich um die Verwertung des freiverdenden Geländes handele. Den Gesichtspunkt kann ich nicht gelten lassen, wenn Herr Stegmann oder Herr Rieke sagt, es stände jetzt die Wohnungsfürsorge auf der Tagesordnung. Das muß Herr Rieke doch anerkennen, daß dieses Terrain, das hier aufgeschlossen wird, für diese Sache durchaus nicht geeignet ist. Ich bin fest davon überzeugt: Es wird zu beiden Seiten der künftigen Bahnhofstraße sehr wertvolle Bauplätze geben. Wenn wir die ankaufen wollten, um billige Wohnungen zu bauen, so würde uns das sehr kostspielig werden. Diese Wohnungen können wir der arbeitenden Bevölkerung nicht überlassen, sie würden zu teuer werden.

So sind auch diese Gründe nicht zutreffend. Ich bitte Sie, auf die Einwände nicht weiter einzugehen, sondern unserer Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Mann: Unsere Gegnerschaft gegen die heutige Vorlage wird hier so mit Hohn aufgenommen, als wenn unser Widerstand nur geschäße, um die Verhandlungen noch weiter in die Länge zu ziehen. Dagegen möchte ich sagen: Wir,

die wir zur Gegnerschaft zählen, waren wohl die größten Stürmer, die es erreichen wollten, daß die Sache vorwärtskommen möchte. Von diesem Gesichtspunkt aus möchte es verschiedenen Herren merkwürdig vorkommen, daß wir in der Opposition erscheinen. Soweit sie aber die vorhergehenden Verhandlungen verfolgt haben, würde es ihnen klar sein, warum wir gegen diese Vorlage sind. Der Herr Referent sagt: Das Resultat unseres Beschlusses vom 30. September 1909 war die heutige Vorlage. Das bestreite ich, daß dieses Projekt die Folge unserer Beschlüßfassung ist. Das ist zweifellos ein Irrtum des Herrn Referenten oder ein verkehrter Ausdruck. Es ist in der damaligen Versammlung der Antrag Frühling angenommen, der in seinem letzten Teil ausdrücklich lautet: „Die Versammlung erkennt an, daß nach Ablehnung des Kopfbahnhofsprojekts jetzt nur noch das preußische Durchgangsbahnhofsprojekt ausführbar erscheint, und sie erklärt sich bereit, seine Ausführung zu fördern, vorausgesetzt, daß annehmbare finanzielle Bedingungen für diese Förderung zu erreichen sind.“ Dieser Beschluß mit dem vorhergehenden Teil wurde mit 18 gegen 17 Stimmen gefaßt. In der darauf folgenden Sitzung erklärte der Herr Oberbürgermeister, daß er sich inzwischen besonnen habe und das heute zum Vortrag gekommene Projekt Menadier-Gebensleben zu weiterer Genehmigung dem preußischen Minister eingereicht habe. Eine Diskussion darüber fand nicht statt, und es war auch nicht möglich, etwas dazu zu sagen, weil keiner wußte, um was es sich handelte, während die andern Projekte ausführlich beraten und besprochen worden sind; auch das Grundstücksgeschäft ist von dem Herrn Oberbürgermeister geschildert worden. In dem Bericht über die Verhandlungen ist auf Seite 353 darüber berichtet, was der Herr Oberbürgermeister zu dem Grundstücksgeschäft ausgeführt hat, und diesen Ausführungen zu der damaligen Vorlage ist mit 24 Stimmen in der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt worden. Wenn Sie sich alles dies vor Augen halten, dann sollten Sie nicht mit Hohnlachen die Gegnerschaft einer solchen Vorlage entgegennehmen, sondern die Gründe ruhig anhören und sich dann entschließen — das ist ja Ihr gutes Recht.

Die Gegnerschaft gegen das Projekt wird als deplaciert erachtet, weil im Haupttreffen angeführt wird: Der neue Bahnhof kommt um 650 Meter näher an die Stadt zu liegen als früher vorgesehen. Wenn das Näherliegen des Bahnhofes an der Stadt an sich irgendwie von jemand bekämpft würde, so würde jeder vernünftige Mensch das als Unsinn betrachten müssen. Jeder von uns würde es mit Freuden begrüßen, wenn der neue Bahnhof dorthin käme, wo der jetzige Bahnhof liegt. Es handelt sich aber um die vernünftige Ausgestaltung eines solchen Bahnhofes, damit er seinen Zwecken entspricht. Nun ist aber mit dem Näherrücken des Bahnhofes hinzugekommen, daß die Stadt Braunschweig einen größeren Zuschuß geben muß. Über den Zuschuß war früher — der Herr Oberbürgermeister lacht

wieder — in der Begründung des vorhergehenden Projekts vom Herrn Oberbürgermeister selbst gesagt, daß die Mehrkosten, die durch die Näherlegung entstanden, zur Hälfte, im Betrage von 1 360 000 *M*, von der Stadt getragen werden sollten. Wenn wir nun diesen Satz allein in Betracht ziehen, so müssen wir uns fragen: Ist die Näherlegung des Bahnhofs für eine Stadt wie Braunschweig so viel wert, daß man ihr diese Kosten auferlegen kann, oder ist es nicht zweckdienlich, wenn der Bahnhof weiter hinausgelegt wird. Fachleute haben behauptet, daß der Bahnhof nicht gerade 650 Meter näher gelegt zu werden brauche, sondern man könnte ihn an die Stelle hinlegen, wo die Hannover-Magdeburger Bahn das Gleisdreieck bildet. Dann würde er auch bedeutend näher nach der Stadt zu kommen. Der Herr Oberbürgermeister sagte gegenüber der Bemerkung des Herrn Stegmann, daß dann der Personen- und Güterverkehr nicht getrennt werden könnte. Wenn man die Karte ansieht und die Länge des vorgelegten Projekts vergleicht, dann wird man, glaube ich, zugeben müssen, daß ein ziemlicher Raum zwischen beide käme, so daß eine Trennung möglich wäre. Ich bin allerdings nicht Techniker, aber andere Fachleute haben das behauptet.

Die Durchquerung des Bürgerparks ist mit Recht vom Herrn Referenten und vom Magistrat als einer derjenigen Punkte bei der Vorlage in Betracht gezogen worden, die als Nachteile gelten. Das wird keiner behaupten wollen, daß dieser Nachteil ohne weiteres von der Hand zu weisen wäre, wenn auch behauptet wird, daß damit weiter nichts geschehe, indem der Park auf andere Weise ersetzt werden könnte. Das letztere können wir gelten lassen, wir können aber nicht verhindern, daß die Summe von Geld und Arbeit, die in dem Bürgerpark steckt, zu den Mehrkosten hinzukommt.

Dann haben wir gehört, daß die Wolfenbüttelerstraße bei der Überquerung um einen Meter niedriger gelegt wird. Mit lakonischer Kürze wird gesagt: Die einzige Schwierigkeit wird bei der Feldschlösschenbrauerei entstehen. Die Interessen der Feldschlösschenbrauerei habe ich nicht zu vertreten, wer aber die Verhältnisse kennt, die schräge, abschüssige Fahrbahn, auf der schon Unglücksfälle vorgekommen sind, wie wir in der Zeitung gelesen haben, und bedenkt, daß die Straße noch um einen Meter gesenkt werden soll, der muß zugeben, daß das ein unheilvoller Zustand werden wird, der zu Bedenken Veranlassung geben müßte. Dann der hohe Wall, der durch den Bürgerpark gezogen wird. Oder ob es ein Viadukt wird, das ändert an der ganzen Sache nichts, daß das ganze Bild riesig verschoben wird. Das kann zur Gegnerschaft führen, wenn man sich sagen muß, daß das Projekt, welches vorgelegt ist, nicht so gut ist, als wenn man mit dem Projekt weiter hinausgegangen wäre und hätte die Mühe und Last des Grundstücks-geschäfts auf sich genommen anstatt der Belastung der Finanzen.

Wie der Landtag sich zu dem Projekt stellt und was ein angemessener Zuschuß genannt werden wird, das wissen wir nicht, und so sind wir in der unangenehmen Lage, von dem Staat einen angemessenen Zuschuß zu erwarten oder den größten Teil der 3 Millionen von der Stadt aufbringen zu lassen. Davon sind es 1 360 000 M., die meinem Vorfürhalten nach unnötigerweise ausgegeben werden zur Durchquerung des Bürgerparks, womit sonst noch wirtschaftliche Schäden verbunden sind. Das muß doch jedem die Berechtigung geben, gegen eine solche Vorlage zu opponieren, ohne daß man deswegen an eine Rückständigkeit glaubt, wenn man gegen das Projekt eintritt.

Von dem Herrn Oberbürgermeister ist meines Erachtens keine positive Erklärung gegeben, daß der Interimsbahnhof nicht nötig wäre. Mir ist die bestimmte Versicherung gegeben, daß auf alle Fälle ein Interimsbahnhof notwendig sein würde, wenn der Bahnhof dahin gelegt werden soll, wo es das jetzige Projekt vorsieht. Wir dürfen nicht vergessen, daß dies eine Verkehrsstörung auf etliche Jahre wäre, und ich weiß nicht, ob nicht vielleicht diejenigen, die heute Anhänger des Projekts wären, dann doch lieber sagen würden: „Wenn er da oder dort an der Salzdhumerstraße beabsichtigt sein sollte, und wenn wir ein paar Jahre dort hinauspilgern sollen, dann sind wir dafür, daß der Bahnhof weiter hinausgelegt wird, ohne daß Störungen eintreten und der Bau ruhig vor sich gehen kann.“ Ich glaube, daß doch mancher sich sagen würde: „Da haben wir etwas Verkehrtes begangen,“ denn die Frage ist nicht so unwichtig, ob ein Interimsbahnhof notwendig ist oder nicht.

Es ist hier vom Magistrat gesagt worden: Ihr müßt im Prinzip Stellung nehmen, damit der Landtag sich äußern kann. Ich erkenne die Gründe des Herrn Oberbürgermeisters an, daß der Landtag nicht in der Lage ist, ohne weiteres in der Sache Stellung zu nehmen. Ich weiß aber auch nicht, ob der Landtag nicht, so gut wie wir hier ins Blaue hinein Beschlüsse fassen wollen, auch im voraus sagen soll: „Einen Zuschuß prozentualiter wollen wir zu dem Bahnhofsbau sichern.“ Wir sollen heute 3 Millionen bewilligen, und wenn der Landtag nachher einen Bettelpennig Zuschuß gibt, ist die Stadt in die Notlage versetzt, die Summe selbst aufzubringen. Das muß Gegnerschaft hervorrufen.

Das sind gewichtige Gründe genug, um zu sagen: Wir bezweifeln, daß es notwendig ist, die Last auf sich zu nehmen, um die paar hundert Meter zu erreichen, die der Bahnhof näher an die Stadt gelegt wird. Es wird als wunderbar hingestellt, daß wir in der Gegnerschaft sind. Ich habe einen Bericht gelesen, nach dem ein Redner gesagt hat: Sie müssen sich einmal ein Bild davon machen: wenn der Bahnhof dahin kommt, wo die preußische Vorlage es wollte, dann müßten Sie annehmen, als wenn er von der jetzigen Stelle nach der Nebenstraße verlegt wird.“ Entweder hat der betreffende Redner den Stadtplan nicht angesehen oder nicht ge-

messen, sonst könnte er zu solchen Äußerungen nicht kommen und die Leute damit gewissermaßen verblüffen. Wenn Sie den Stadtplan zur Hand nehmen, so werden Sie finden, daß die Verhältnisse so sind, daß, wenn die Richtung vom Kennel her umgedreht würde, der Bahnhof dahin käme, wo heute die Markthalle liegt, nicht aber nach der Nebenstraße. Auch mit der Redeweise, als wenn der Bahnhof nach Rüningen verlegt werden solle, werden die Einwohner verblüfft. Das hört sich graulich an und kann einen Teil der Einwohner irreleiten. Wer ordnungsgemäß prüft, der wird mit uns der Meinung sein, daß man dieser Vorlage sehr wohl kritisch gegenüberstehen kann.

-Oberbürgermeister **Netemeyer**: Einige Bemerkungen veranlassen mich, schon jetzt das Wort zu nehmen gegen das, was Herr Altmann gesagt hat. Er hat es so dargestellt, als ob die Vorlage des Menadier-Gebenslebenschen Projekts nur die Folge davon gewesen sei, „daß der Herr Oberbürgermeister sich anders besonnen habe“, das waren seine Worte. Nein, damit würde er wohl keinen Erfolg haben, wenn er in solchen Sachen sich eines andern besinnt, sondern dadurch ist es zur Einreichung eines neuen Projekts gekommen, daß zwei Sachverständige in der städtischen Bauverwaltung ein Projekt ausgearbeitet haben, das früher als unausführbar angesehen wurde. Das änderte die Sachlage.

Weiter sagte Herr Altmann: Der jetzige Zuschuß, der von der Stadt verlangt würde, wäre viel höher als der, den sie zu dem preußischen Eisenbahnprojekt, das den Bahnhof weiter hinausliegend vorsieht, zahlen soll. Woher weiß Herr Altmann das? Herr Altmann kann nicht wissen, was uns die Sache gekostet haben würde, wenn wir auf die frühere Offerte eingegangen wären und das Grundstücks-geschäft durchgeführt hätten. Das kann heute kein Mensch wissen! Ich habe die Besorgnis, es hätte uns mehr gekostet, als heute gefordert wird.

Dann noch eins über die Bemerkung des Herrn Altmann, der Landtag würde uns nur einen Bettelpfennig bewilligen. Wenn irgend etwas geeignet ist, die Abgeordneten vom Lande auffällig gegen die Stadt Braunschweig zu machen, dann ist es eine derartige Bemerkung. Ich kann einen solchen Ausdruck nur tief bedauern. Ich bin nicht in der Lage, jetzt nähere Mitteilungen über den bisherigen Verlauf der Angelegenheit zu machen, kann aber die Erklärung abgeben, daß nach dem, was uns der Vertreter des Staatsministeriums gesagt hat, die Landesregierung die Absicht hat, der Stadt kräftig entgegenzukommen, und das sollten wir anerkennen!

Im übrigen hat Herr Altmann die Vorlage gar nicht recht verstanden. Er sagt einfach, wenn der Landtag einen annehmbaren Zuschuß nicht bewilligt, so müssen wir die 3 Millionen bezahlen. Nein, der Magistrat hat den Antrag umgekehrt gestellt. Wir bitten Sie, die 3 Millionen zu bewilligen unter der Bedin-

gung, daß der Landtag und die Regierung einen angemessenen Zuschuß gibt, mit anderen Worten: Wenn die Erklärung des Landtags und der Regierung erfolgt sein wird, dann hat der Magistrat ihnen eine neue Vorlage zu machen, in der er sagt: Das und das will die Regierung bewilligen, nun haben wir uns schlüssig zu machen, wollen wir auf die Offerte der preußischen Eisenbahnverwaltung eingehen.

Stadtv. **Wismann:** Wenn ich von einem Bettelpfennig des Landtags gesprochen habe, so habe ich gesagt: „Wenn der Landtag einen Bettelpfennig bewilligt“, nicht: das, was der Landtag bewilligt, muß auf alle Fälle ein Bettelpfennig genannt werden. Ich glaube auch, daß diejenigen, die meine Worte verfolgt haben, auf alle Fälle zugeben müssen, daß ich mich so geäußert habe.

Der Herr Oberbürgermeister bezieht sich dann darauf, daß ich davon gesprochen habe, das Projekt käme teurer als das andere. Das ist ja von dem Herrn Oberbürgermeister selbst gesagt: Die 1 360 000 Mark will der preußische Fiskus von uns haben wegen der Durchquerung des Bürgerparks. Ich habe mich also an die Äußerung des Herrn Oberbürgermeisters gehalten und habe mich dann auf die Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters vom 21. Oktober 1909 (das ist in der folgenden Sitzung nach dem 30. September 1909) bezogen, in denen er mitteilte, wie er dazu gekommen war, das andere Projekt (das jetzige Menadier-Gebensleben'sche) vorzulegen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich teile den Standpunkt meiner Parteifreunde und will deren Ausführungen nicht wiederholen. Ich möchte Sie nur warnen, einen Schritt zu tun, der mir recht unbesonnen scheinen will, und Sie ersuchen, sich vor Ihrer Beschlußfassung wenigstens die Tragweite dieses Schrittes vor Augen zu stellen. Mir ist der Antrag der Baukommission nicht recht klar geworden, und es befremdet mich, daß in einer derartigen finanziell so einschneidenden Frage lediglich die Baukommission zu Rate gezogen wird, und daß ohne eine Prüfung der finanziellen Deckung hier überhaupt vorgegangen werden soll. Der Magistrat beantragt: 1. Stellung zu nehmen zu dem Projekte E und eventuell 2. der Übernahme der geforderten stadtseitigen Leistungen unter der Bedingung zustimmen zu wollen, daß der Staat der Stadt einen angemessenen Kostenzuschuß bewilligt. Diesen ersten Antrag, die Stellungnahme, glaubt die Baukommission ohne weiteres damit zu erledigen, daß sie sagt: Wir stimmen dem Projekt E zu. Was ist das Projekt E? Ist das in jeder Einzelheit dasjenige, welches uns in vertraulicher Sitzung vorgeführt worden ist? In welcher Beziehung ist dadurch im einzelnen die Stadt oder auch nur unsere Versammlung festgelegt? Was uns auf diesen Druckseiten vorgelegt ist, ist kein Projekt; dazu kann kein Mensch ernstlich Stellung nehmen. Wenn man hier in vertraulicher Sitzung vor die Pläne geführt wird und hört sachverständige Aus-

führungen, dann kann man nicht im Handumdrehen Ja und Amen sagen und das mit Haut und Haar schlucken, oder wie der Herr Referent sagt: „Wir müssen das annehmen“, Vogel friß oder stirb! Ich möchte klarstellen, was wirklich beschlossen sein soll, was das Wort „Projekt E“ bedeutet. Ich muß Klarheit darüber haben, weil ich nach den früheren Verhandlungen das größte Mißtrauen gegenüber dem Magistrat gewonnen habe. Der Herr Referent sagt: „Wir nehmen das Projekt E an.“ Der Herr Oberbürgermeister geht nicht so weit, er sagt nur: „Stimmen Sie grundsätzlich dem Projekt zu!“ Das ist etwas ganz anderes. Darüber ließe sich reden, wenn es eine grundsätzliche Zustimmung wäre, wenn man das Vertrauen haben könnte, daß wirklich auf dieser Grundlage weitergearbeitet wird. Aber damit sind wir einmal hineingefallen. Da ist einmal eine Geschäftsführung durch den Magistrat beliebt worden — wenn der Herr Oberbürgermeister nicht sich die Verantwortung auslegt, sondern dem ganzen Magistrat das zuschreibt. Wir haben grundsätzlich dem Projekt D zugestimmt, und beinahe eine Stunde nachher erfahren, daß ein ganz anderes Projekt gefördert wird. Warum soll man jetzt über eine grundsätzliche Annahme mit einer Stadtverwaltung verhandeln, die so illoyal gegenüber den Stadtverordneten ist?

Vorsigender: Herr Stadtverordneter Jasper, Sie dürfen nicht den Magistrat hier illoyal nennen.

Stadtb. Dr. **Jasper** (fortfahrend): Ich möchte es begründen.

Vorsigender: Sie dürfen, auch wenn Sie es begründen, den Magistrat nicht illoyal nennen. Ich würde sonst in die unangenehme Lage kommen, Sie zur Ordnung rufen zu müssen.

Stadtb. Dr. **Jasper** (fortfahrend): Wenn der Magistrat auf Grund gewichtiger Gründe und Anführungen eines Sachverständigen meinte, zu andern Entschlüssen kommen zu müssen, ein anderes Projekt fördern zu sollen, dann war es ein Gebot der schulbigen Rücksicht auf die mitverantwortliche Stadtverordnetenversammlung, in derartig einschneidenden Fragen das sofort der Beschlußfassung der Stadtverordneten zu unterbreiten und zu sagen: Wir haben diese Gründe gefunden, billigt nun, daß wir nicht euren Beschlüssen entsprechen, sondern den andern Weg weitergehen. Der Magistrat hat das nicht für nötig gehalten, er ist für sich den andern Weg weitergegangen. Dieses Weitergehen ermöglicht es mir von vornherein nicht, noch grundsätzlich mit dem Magistrat zu verhandeln. Ich weiß nicht, ob der Magistrat nicht wieder Gutachter findet und wieder einen ganz andern Weg geht. Ich vermiße Klarheit darüber, was der Ausdruck „Projekt E“

befagt. Und wenn nur grundsätzliche Zustimmung gefordert werden sollte, entgegen dem Vorschlag der Kommission, wie es der Mund des Herrn Referenten verlautbart hat, dann kann ich aus den angeführten Gründen eine grundsätzliche Erklärung diesem Magistrat gegenüber nicht geben. Daß er sich erlaubt hat, so zu verfahren, erklärt sich nur aus der Zusammensetzung der damaligen Mehrheit; weil die ihm näherstehenden Herren in der Minderheit vorwiegend waren und wir, die Sozialdemokraten, ausschlaggebend die Mehrheit bildeten, glaubte man vielleicht, weniger Rücksicht auf uns nehmen zu sollen.

Auch der Antrag 2 ist mir nicht präzise genug gefaßt, um Klarheit zu geben. Es heißt: „Der Übernahme der geforderten stadtseitigen Leistungen unter der Bedingung zustimmen zu wollen, daß der Staat der Stadt einen angemessenen Kostenzuschuß bewilligt.“ In der Begründung ist es nicht nur der Zuschuß an die Eisenbahnverwaltung, der gefordert wird, sondern es werden auch berechnet die Übergänge, Straßenführungen usw., Hergabe von Gelände und anderes. Vom finanziellen Standpunkt aus müssen diese Summen ziffermäßig von uns beschränkt werden. (Zwischenruf des Stadtv. Mohr.) In Antrag 2 steht es nicht, Herr Mohr; wenn Sie die Ziffer genau nennen wollen, will ich Ihre Ziffer gern in meinen Antrag hineinnehmen. Dann kann Klarheit darüber gewonnen werden. Eines wird Herr Mohr auch nicht sagen können: Woher kommen denn die Mittel für die Ausgaben? Die Deckungsfrage muß doch bei Bewilligung einer derartigen Summe nicht als unwesentlich angesehen werden, und ich habe jedes Wort darüber in der Vorlage vermißt, dort sowohl wie in der Versammlung. Es ist auch nicht klargestellt, wann denn nun unser Beschluß Kraft gewinnen soll. Es steht da: Unter der Bedingung, daß der Staat der Stadt einen angemessenen Kostenzuschuß bewilligt. Was ist ein angemessener Kostenzuschuß? Soll darüber allein der Stadtmagistrat entscheiden, oder kommt wieder eine Vorlage an die Versammlung heran? Es muß auch hierüber Klarheit gewonnen werden, denn es macht einen Unterschied, ob wir 1½, 2, 3 oder 4 Millionen bewilligen müssen, und solange die Deckungsfrage nicht geklärt ist, kann man schon aus dem Grunde neben denen, die meine Freunde angeführt haben, dem Projekt nicht nähertreten.

Vorsitzender: Ich möchte nur mitteilen, daß ich die Vorlage allein der Baukommission übergeben habe, weil in der Vorlage, wie sie heute eingebracht ist, von finanziellen Sachen gar nicht die Rede ist. Erst wenn die Finanzfrage so weit geklärt ist, daß wir wissen, was das Land zuzahlen wird, wird die Vorlage noch einmal an die hohe Versammlung kommen, und dann wäre es meiner Meinung nach — und das war auch die Meinung des Vorsitzenden der Baukommission — allerdings mehr Sache der Finanzkommission, sich über die Finanzfrage zu äußern. In diesem jetzigen Zeitpunkt, wo nur festgestellt werden soll, daß wir grundsätzlich

dem Projekt E zustimmen und die Übernahme der geforderten Leistungen im allgemeinen beschließen, war nach meiner unmaßgeblichen Meinung die Finanzkommission nicht in der Lage — das hat eben der Herr Vorredner bemängelt — sich mit der Sache zu befassen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Dr. Jasper hat die Sache so dargestellt, daß der Magistrat, indem er nicht sofort mit allen Kräften für Verwirklichung des Durchgangsprojekts der preußischen Eisenbahnverwaltung eingetreten wäre, gegenüber der geehrten Versammlung gegen Treu und Glauben verstoßen hätte. Das kann ich nicht als zutreffend anerkennen. Unsere Vorlage und Ihre Beschlußfassung im Jahre 1909 ist unter der bestimmten Voraussetzung erfolgt, wie Sie selber in Ihrer Resolution gesagt haben, daß nur noch das preußische Durchgangsprojekt in Frage kommen könnte. Die Sachverständigen hatten damals bis zum Eintreffen des Menadier-Gebensleben'schen Projekts allgemein erklärt: es gibt keine andere Möglichkeit. Nun wurde das Projekt mit ganz geringer Mehrheit angenommen, mit nur e i n e r Stimme Mehrheit, und wir sahen voraus, was für Schwierigkeiten uns die Erlangung der Bewilligung eines Zuschusses gemacht haben würde, wenn das Projekt schon auf solche Schwierigkeiten stieß. Nun kommen plötzlich zwei Herren, die Sie als Sachverständige anerkennen werden, und sagen: Es geht doch, den Bahnhof näher an die Stadt zu legen. Ich glaube, wir haben durchaus richtig gehandelt, daß wir Ihnen in vertraulicher Sitzung das Projekt vorlegten und den Herrn preußischen Eisenbahnminister ersuchten, dieses Projekt einer Prüfung zu unterziehen. Wenn Herr Dr. Jasper meint, daß der Magistrat nicht dazu berechtigt gewesen wäre, dann kann ich diesen Vorwurf nicht als begründet anerkennen; in der Beziehung hat der Magistrat selbst zu prüfen, was die Interessen der Stadt erfordern. Nun hat die Sache einen wunderbaren Verlauf genommen. Während der preußische Minister zunächst, als er von uns ersucht wurde, er möchte uns den Gefallen tun, dieses Projekt einer Prüfung zu unterziehen — wir haben das Ihnen im Verwaltungsbericht schon eingehend dargelegt —, sich entschieden ablehnend verhielt und erst auf besonderes Drängen unsererseits sich dazu verstand, die Prüfung vorzunehmen, kommt er jetzt und sagt: Ich lasse mein Projekt fallen und akzeptiere euer Projekt! Was sollte nun der Magistrat machen? Sollte er nun sagen: „Nein, preußischer Eisenbahnminister, das wollen wir nicht; nun greifen wir wieder auf dein Projekt zurück!“ Dann wären wir überhaupt nicht weitergekommen. Denn von der Überzeugung bringen Sie mich nicht ab: Zu dem Projekt, das vorsah, das Bahnhofsgebäude am Kennel zu errichten, hätten die geehrten Herren nicht einmal e i n e Million bewilligt. Und wenn jetzt die Herren sagen, wir wären bei dem preußischen Projekt mit einer kleineren Summe ausgekommen, dann kann ich nur wiederholen: Sagen Sie

einmal, was uns die Durchführung des Grundstücksgeschäfts gekostet hätte! Das wäre nach meiner Überzeugung mehr gewesen, als wir heute bezahlen sollen. Es ist nicht gut, daß ich das erklären muß, aber Sie bringen uns dazu. Denn wenn wir offen anerkennen müssen, die Herren kommen uns so weit entgegen, wie wir es früher nicht erwartet haben, dann ist das keine Verbesserung unserer Position in dem Finanzgeschäft, das wir mit der preußischen Eisenbahnverwaltung abwickeln müssen. Deshalb kann ich es nur bedauern.

Herr Dr. Jasper hat verlangt, wir sollten ganz bestimmte Zahlen angeben über das, was wir zu zahlen haben werden. Das können wir beim besten Willen nicht. Die Sache ist in diesem Stadium Ihnen unterbreitet aus folgenden Gründen: Das Staatsministerium hat erklärt, daß es bereit sei, dem Landtage eine Vorlage wegen eines angemessenen Zuschusses zugehen zu lassen, es müßte aber ablehnen, die Sache an den Landtag zu bringen, solange noch nicht die städtischen Behörden ihr grundsätzliches Einverständnis mit diesem Projekt ausgesprochen haben. Ich möchte nun wissen, was Herr Dr. Jasper getan haben würde, wenn er an meiner Stelle säße. Würde er dann erst das ganze Projekt weiter durchgearbeitet haben, und würde er ganz genau die Straßenbauten veranschlagt haben, damit er genau wüßte, sondernso viele Millionen kommen heraus? Er hätte das nicht getan! Und wenn Herr Dr. Jasper glaubt, den Vogel abchießen zu können, indem er bemerkt: „Der Magistrat sagt gar nicht, woher diese Summen kommen sollen!“ (Heiterkeit), wenn er darnach fragt, um endlich das Bahnhofprojekt zu bewilligen, dann antworte ich ihm: „Das kann uns ganz egal sein, woher wir das Geld nehmen, und wenn wir die ganze Summe anleihen müssen.“ (Zustimmung.) Wenn Sie die Summe abzüglich des Zuschusses des Staates als angemessen erachten, so stehe ich dafür ein, daß wir uns darüber einig werden, wie sie aufzubringen ist.

Stadtv. **Stegmann** (Unruhe in der Versammlung): Es handelt sich nur um ein paar Worte. Der Herr Oberbürgermeister sagte vorhin: „Jetzt handelt es sich nur darum, sind wir für das Projekt,“ und fügte hinzu: „Die Sachverständigen sagen, das neue Projekt ist das beste; Sie und ich sind Laien, also was die Sachverständigen sagen, müssen wir tun.“ Es ist also wirklich so, wie Herr Dr. Jasper sagt: „Vogel friß oder stirb!“ Wenn wir auf dem Standpunkt stehen, dann können wir einfach zu Hause bleiben. Weshalb debattieren wir denn über das Projekt? Wir haben doch mit zu bestimmen, haben doch auch unsere Meinung zu sagen und können auch als Laien gute Ansichten haben. Das ist gerade so, als wenn jemand ein Haus bauen will, und der Architekt sagt: „So wird es gebaut!“ Was wird dann der Privatmann sagen? „Bitte mein Herr, entfernen Sie sich; ich will ein Haus bauen, wie ich es haben will!“

Dann noch zwei kleine Erwiderungen. Der Herr Oberbürgermeister glaubte, die Verschandelung des Bürgerparks durch den Eisenbahndamm abzuschwächen, indem er ausführte: „Wir bekommen Terrain, das als Spielplatz ausgebaut werden kann, und das wird angenehm sein.“ Gewiß ist es angenehm, wenn Spielplätze geschaffen werden sollen, und wir sind auch sofort dafür. Der Spielplatz kann aber auch unter den jetzigen Verhältnissen noch größer werden. Der Grund ist also nicht stichhaltig.

Das andere, was der Herr Oberbürgermeister anführt, war, daß der Fahrweg, der jetzt schon durch den Bürgerpark gehe, sowieso erhöht werden müßte, und dann stände die Erhöhung nicht hinter dem Eisenbahndamm zurück. Es wird doch keinem Menschen einfallen, den Fahrweg höher zu legen; er wird in der Höhe bleiben, wie er jetzt ist, und wenn er etwas erhöht wird, so wird das doch nicht in dem Maße geschehen, daß dadurch die Einheit des Bürgerparks hinfällig würde.

Stadtv. Hartung: Ich will mich ganz kurz fassen. Herr Altmann hat gewissermaßen der Versammlung den Vorwurf gemacht, als wenn wir die Ausführungen seiner politischen Freunde nicht ernst genommen hätten. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Wir haben die Herren in Ruhe angehört, nur bin ich überzeugt, daß alle die Gründe auf uns keinen sonderlichen Eindruck gemacht haben. Es ist dadurch das, was hier für das Projekt angeführt ist, in keiner Weise widerlegt. Die Gründe, die wir gehört haben als solche, die gegen das Projekt sprechen, kannten wir schon früher; es ist aber, glaube ich, kein einziger von uns zu der Überzeugung gekommen, daß sie durchschlagend sind. Es sind natürlich bei diesem Projekt auch Mängel vorhanden wie bei allen andern, aber wir haben den Eindruck gewonnen, daß die Verteidigung des früheren preussischen Projekts gegenüber diesem Projekt eine schwache war. Ich weise darauf hin, daß als Grund gegen das Projekt die Frage angeführt ist, ob ein Interimbahnhof nötig wird. Wenn wir uns einmal über die Bahnhofsf Frage entscheiden müssen, so kann es doch von wesentlicher Bedeutung dabei nicht sein, ob dann zeitweilig ein Interimbahnhof nötig ist oder nicht. Das nur als Beweis dafür, daß die Gründe ziemlich schwach sind.

Herr Dr. Jasper nimmt einen abweichenden Standpunkt ein und spricht es aus, was die andern Herren denken. Es wird von ihm so hingestellt, als wenn der Magistrat die politische Faktion des Herrn Dr. Jasper hätte vor den Kopf stoßen wollen. In der Beziehung hat der Magistrat sich schon selbst gewehrt. Uns ist der Vorwurf gemacht, als wenn wir mit Hurra Stimmung das Projekt annehmen wollten; man müßte nicht, welches die finanziellen Folgen des Projekts wären. Diesen Vorwurf können wir ruhig auf uns nehmen, denn wir wissen ganz

genau, was wir wollen. Was das Projekt sein soll, haben wir begriffen, so daß wir uns ein Bild über die finanziellen Folgen für die Stadt machen können.

Ich bitte Sie, dem Kommissionsantrage zuzustimmen.

Der Vorsitzende schließt die Debatte und erteilt dem Referenten das Schlußwort.

Stadtv. **Frühling:** Ich will mich nur kurz gegen die Äußerung wenden, die Herr Altmann getan hat, indem er sagte, meine Ausführungen beruhten auf einem Irrtum, die ganze Sachlage wäre nach der Beschlußfassung vom 30. September 1909 anders. Dagegen erwidere ich, daß meine Ausführungen absolut richtig sind. Es ist nicht beschlossen, das alte Projekt anzunehmen, sondern auf Grund dieses Projekt weiter zu verhandeln. Auf Grund dieses Projekts sind sowohl stadtseitig wie von seiten der Eisenbahnbehörden Änderungen vorgeschlagen. Daß sich bei solchen Verhandlungen das Projekt selber ändert, ist selbstverständlich, damit wird aber die Basis nicht aufgehoben. Es liegen nicht zwei Projekte vor, das der Eisenbahnverwaltung und das jetzige, sondern nur ein Projekt, welches aus den Verhandlungen vom 30. September 1909 entstanden ist durch die während der Verhandlungen von beiden Parteien vorgebrachten Änderungsvorschläge. Deshalb sind meine Ausführungen richtig.

Ein Irrtum ist es, wenn Sie glauben, Sie könnten das Eisenbahnprojekt von 1909 noch zur Wahl stellen. Das ist von den Verhandlungen vollständig überholt; das jetzige Projekt läßt sich nicht mehr vergleichen mit dem von 1909. Auch die Eisenbahnbehörde hat gesagt: „Den jetzigen Verhältnissen entspricht das Projekt nicht mehr, wir gehen zu dem größeren über.“ Nun sagen die Herren, das alte preußische Projekt wäre besser. Daß Sie nicht Sachverständige sind, haben Sie selbst gesagt. Aber wo die preußische Eisenbahnverwaltung ihr Projekt auf 30 Millionen Mark erhöht, wo sie selbst 10 Millionen mehr auswenden will, daß sie sich da noch belehren lassen sollte, das frühere Projekt wäre besser und sie spare dabei noch, das wird Ihnen hier wie auch sonstwo kein Mensch glauben. (Heiterkeit.) Daß wir noch die Auswahl hätten, ist ein Irrtum, und zu behaupten, daß das frühere Projekt besser ist, das ist ein Standpunkt, der nicht von Sachverständigen zeugt. (Zwischenruf Dr. Jasper: Besser für wen, für Braunschweig oder Preußen?)

Weil sonst keine Gründe vorliegen, wird immer wieder dasselbe hervorgehoben, neue Gründe sind nicht vorgebracht. Das ist eine zwecklose Debatte über bereits erledigte Fragen. Zu dem Einspruch, daß die Kosten nicht festgestellt wären, bemerke ich: Dazu ist in Punkt 2 gesagt, daß die Kosten erst bewilligt

werden sollen, wenn wir den Zuschuß bekommen. Also auch der Einwurf, daß dies nicht klargestellt wäre, ist unbegründet gewesen.

Es ist gesagt worden, die Vorteile der Vergrößerung des Bahnhofs ließen sich ebenso auch mit dem andern erreichen. Das ist selbstverständlich. Wenn man den Bahnhof in ganz freiem Felde bauen will, kann man ihn auch so groß bauen, wie das jetzige Projekt vorsieht. Die Vorteile habe ich nicht hervorgehoben um einen Vergleich mit dem früheren Projekte anzustellen, denn ein solcher ist unmöglich, sondern ich habe die Vorteile nur hervorgehoben, um das jetzige Projekt zu charakterisieren. Es sind absolute Vorteile, die sich ergeben, insofern fallen die Einwände ganz weg.

Damit möchte ich die sachliche Debatte schließen, aber noch einmal zurückweisen, was Herr Almann gesagt hat: „Die Ausführungen von jener Seite wären immer mit Hohn von uns aufgenommen.“ Mit dieser Ansicht muß Herr Almann hergekommen sein, denn ich habe nichts von Hohn gehört. Im Gegenteil, wie schon der Herr Stadtverordnete Hartung gesagt hat: mit seltener Ruhe haben wir die Ausführungen der Herren, obgleich sie sich damit sehr weit von der Sache entfernten, über uns ergehen lassen. Ich muß diese Äußerung also zurückweisen.

Schließlich war noch behauptet worden, mein Antrag ginge dahin, das Projekt anzunehmen. Das muß ich berichtigen. Wir sollen das Projekt nicht annehmen. Wir sollen uns nur über die Sache äußern und Stellung dazu nehmen. Der Antrag geht dahin, daß wir uns prinzipiell erklären, daß wir gegen das Projekt nichts einzuwenden haben und bereit sind, es anzunehmen.

Stadtv. Friede beantragt namentliche Abstimmung.

Vorsitzender: Wir beschließen, dem Projekt E grundsätzlich, im allgemeinen zuzustimmen, ebenso der Übernahme der geforderten stadtseitigen Leistungen unter der Bedingung zuzustimmen, daß der Staat der Stadt einen angemessenen Kostenzuschuß bewilligt.

Stadtv. Dr. Jasper (zur Fragestellung): Ich bitte um Aufklärung darüber, was die geforderten stadtseitigen Leistungen sind, in welcher Summe sie bewilligt werden, und was ein angemessener Kostenzuschuß des Staates ist, respektive wer das entscheidet.

Vorsitzender: Die stadtseitigen Leistungen sind in dieser Sache mit im ganzen 3 Millionen Mark bewertet. Ob die Zuschüsse des Staates angemessen sind oder nicht, werden hinterher, nachdem die Sache vom Landtag entschieden ist, die städtischen Behörden, das ist der Stadtmagistrat und die Stadtverordneten, entscheiden. Erledigt? (Zustimmung.)

Mit Ja stimmen die Herren Stadtverordneten: Dr. Wolters, Frühling, Löhnefinke, Dr. Henking, Hartung, Schmidt, Edhardt, Tiemann, Probst, Ribbentrop, Lange, Busch, Mohr, Meyerhoff, Göcke, Munte, Rasche, Dr. Voge, Dr. Kleinfnecht, Sander, Frede, Voeshigt, Adenhausen, Tolle, Fricke, Bähr, Leue,

mit Nein die Herren Stadtverordneten Stegmann, Dr. Jasper, Ahmann, Wesemeier, Kiefe, Ohlendorf, Hesse, Bunge.

Die Anträge der Baukommission sind also mit 27 gegen 8 Stimmen angenommen.

2. Beschaffung von Ersatzteilen für die Warmwasserkessel in der Bürgerschule an der Maschstraße.

Stadtv. **Leue:** In der Bürgerschule an der Maschstraße befindet sich eine Warmwasserheizung. Diese Einrichtung, die seit dem Jahre 1888 im Betriebe ist, ist insofern schadhaft geworden, als einzelne Elemente auszuwechseln sind. Da beim Einziehen neuer Rohre leicht eine Beschädigung der Gußkammern eintreten kann, indem letztere Risse bekommen, so ist mit der Firma, welche die Kessel geliefert hat, darüber verhandelt, ob sich nicht die gußeisernen Kammern durch solche aus Schmiedeeisen ersetzen lassen würden. Die Firma hat sich aber dagegen ausgesprochen, und insofgedessen ist die Erneuerung dieser drei Elemente erforderlich geworden. Ohne eine baldige Erneuerung würde die Gefahr entstehen, daß eine Heizung der Schule nicht stattfinden könnte. Die Beschaffung ist also schleunigst geboten. Die Kosten beziffern sich auf 2500 M, und der Magistrat gibt uns anheim, diese Summe zu Lasten der Bürgerschulkasse bewilligen zu wollen.

Die Finanzkommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt, sie hat die Notwendigkeit der Anschaffung eingesehen und gibt Ihnen durch mich anheim, der Ausführung der fraglichen Arbeit zustimmen zu wollen.

Die Versammlung verwilligt die 2500 M für die vorgesehene Arbeit.

3. Einrichtung von Räumen zum photographischen Vervielfältigungsverfahren in der städtischen Gewerbeschule.

Stadtv. **Frühling:** Seitens des Magistrats ist uns die Mitteilung gemacht, daß die Absicht bestehe, in der Gewerbeschule sachmännischen Unterricht im photographischen Vervielfältigungsverfahren zu erteilen, nachdem die betreffenden Interessenten in der Stadt vorstellig geworden sind, solchen Unterricht einzurichten.

Das photographische Vervielfältigungsverfahren faßt alle photographischen Veran-
staltungen zusammen, die dem Buch- und Kunstdruck dienen, wie Lichtdruck,
Heliogravüre, Chemigraphie usw. Es sind uns auch zwei Bücher eingereicht, wor-
aus die Herren das Nähere ersehen können. Da hier ein weitgreifendes Feld für
die Entwicklung der städtischen Industrie vorliegt, so ist es durchaus zu begrüßen,
daß dieser Unterricht seitens der Gewerbeschule aufgenommen werden soll. Die
Arbeitsräume für das Verfahren sind bereits in der Gewerbeschule vorhanden, und
für Ausrüstungsgegenstände werden 4000 *M* gefordert.

Die Baukommission hat sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß die
Ausgabe von 4000 *M* angemessen und zu bewilligen sein würde. Sie glaubt aber,
daß es nicht ratsam ist, sie gleich zu bewilligen, sondern erst einmal zu hören, welche
sonstigen Kosten durch die Einrichtung eines solchen sachmännischen Unterrichts
entstehen, denn wir sind der Meinung, daß es sich nicht um einen dilettantischen
Unterricht handeln kann, sondern nur um einen solchen, der von sachmännisch
erfahrenen Herren gegeben wird, so daß nicht nur Dilettanten herange-
bildet werden, sondern Leute, die mit dem Erlernten ihren Broterwerb finden
können. Dazu ist es erforderlich, daß besondere Lehrkräfte gewonnen werden und
ein besonderer Lehrplan aufgestellt wird. Die Baukommission beantragt deshalb,
daß die Herren sich im Prinzip einverstanden erklären, daß ein derartiger Zweig in den Unterricht der Gewerbe-
schule aufgenommen werde, daß aber vor Bewilligung von
Mitteln der Magistrat ersucht wird, weiter Aufklärung
darüber zu geben, wer den Unterricht erteilen soll, nach
welchem Lehrplan, und auch welche Kosten das erfordert.

Die Direktion der Gewerbeschule glaubte ja vorläufig ohne weitere Kosten
auskommen zu können. Auf dem Standpunkt stehe ich aber nicht und glaube, daß
die Einrichtung am besten erst dann in Angriff genommen wird, wenn die richtige
Lehrkraft gewonnen ist, damit diese ihre Anschauungen kundgeben kann. Sonst
würden wir uns dem Uebelstande aussetzen, daß der Lehrer nachher sagt: Dieses
hier paßt nicht, und jenes muß ich noch haben, so daß nachträglich noch Aufwendun-
gen gemacht werden müßten. Die Baukommission bittet also, im Prinzip zuzu-
stimmen, daß dieser Lehrzweig der Gewerbeschule zugefügt wird, vor der Bewilli-
gung der Kosten aber die von mir genannten Aufklärungen vom Magistrat zu er-
bitten.

Stadtrat von Franckenberg: Ich habe gegen den Vorschlag der Baukommission
nichts einzuwenden. Wenn die geehrten Herren grundsätzlich dem Vorschlage zu-
stimmen, so würde das immerhin eine Abschlagszahlung sein, die uns zeigt, daß
die Versammlung mit uns einverstanden ist. Die gewünschten Aufklärungen wer-

den alsbald gegeben werden. Ich kann heute schon erklären, daß auch uns eine berufliche Ausbildung in diesem Fache und nicht eine dilettantische vorschwebt.

Die Bewilligung der 4000 M wird für heute abgelehnt und der Antrag der Baukommission angenommen.

4. Antrag Henking, betreffend eine Durchsicht des Ortsbauplans, Gliederung der Straßen nach ihrer Art und Änderung der Bauordnung, sowie Wahl einer Deputation.

Stadtv. **Frühling:** Herr Stadtv. Dr. Henking hat folgenden Antrag eingereicht:

„Den Magistrat zu ersuchen,

a) die städtische Bauverwaltung mit den Vorarbeiten einer erneuten Durchsicht des Ortsbauplans von 1908 zu betrauen,

b) dabei eine Gliederung nach Geschäfts-, Verkehrs- und Wohnstraßen zugrunde zu legen, und

c) zu diesem Zwecke eine entsprechende Änderung der Bauordnung in die Wege zu leiten.“

Meine Herren! Mit diesem Antrag ist ein Punkt angeschnitten, der von überaus großer Bedeutung für die Stadt Braunschweig ist, und der schon zu vielen Klagen und Beschwerden Veranlassung gegeben hat. Ich kann wohl sagen, wir sämtlichen Techniker sind der Ansicht, daß die Neubearbeitung des Ortsbauplans durchaus notwendig ist, denn die Herren wollen bedenken, daß seit Aufstellung des jetzigen Ortsbauplans eine lange Reihe von Jahren vergangen ist, und daß die Ansichten über Städtebau sich von Grund aus geändert haben, der bisherige Ortsbauplan daher nicht mehr den Ansprüchen genügen kann und eine Neuordnung nötig ist. Ebenso ist es wünschenswert, daß, wie hier gesagt ist, eine „Änderung der Bauordnung“ eintritt. Das ist allerdings nicht ganz zutreffend ausgedrückt. Wir hängen ab von der Landesbauordnung, und für die Stadt ist ein Ortsbaustatut maßgebend. Nach den uns gemachten Darlegungen ist es möglich, durch Änderung des Ortsbaustatuts die wünschenswerten Änderungen zum großen Teil ohne weiteres herbeizuführen.

Die Baukommission geht nun in Anbetracht der Dringlichkeit und der hohen Bedeutung dieser Anregung über den Antrag des Herrn Stadtv. Dr. Henking hinaus. Wir sind nicht der Meinung, daß eine Durchsicht des Ortsbauplans genügt, sondern daß eine vollständige Neubearbeitung des Ortsbauplans und des Ortsbaustatuts stattfinden muß, damit etwas Ganzes geschaffen wird und nicht nur

Stückwerk, und daß wir an dieses große Werk, denn ein solches ist es, mit allen Kräften und mit geeigneten Mitteln herantreten müssen. Deshalb beantragt die Baukommission:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

1. Eine Neubearbeitung des Ortsbauplanes, sowie eine Durchsicht und Ergänzung des Ortsbaustatuts in die Wege zu leiten.“

Das würde alles umschließen, was nach unserer Meinung nötig ist. Wir haben auch darüber beraten, wie das zu machen ist. Es ist eine gewaltige Arbeit, und wir sind der Meinung, daß sie als Nebenarbeit der städtischen Bauverwaltung nicht aufgeladen werden kann. Die Herren sind bereits derartig belastet, daß eine solche Arbeit, wenn sie sich nicht auf Jahre hinaus erstrecken soll, von der Bauverwaltung nicht geleistet werden kann. Auch die Bauverwaltung glaubt, daß Hilfskräfte und die Hinzuziehung besonders geeigneter Persönlichkeiten nötig sein würde. Die Baukommission schlägt deshalb vor:

2. „Zur Durchführung dieser Arbeiten eine Deputation, bestehend aus 2 Magistratsmitgliedern und 5 Stadtverordneten mit dem Recht der Kooptation zu bilden.“

Wir glauben, daß die Interessen der Einwohnerschaft und der durch die Änderung berührten Grundbesitzer, Handwerker und Architekten am besten gewahrt werden können, wenn den Herren Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung bei Bearbeitung der Sache zur Geltung zu bringen. Wir sind außerdem der Meinung, daß dann eine Persönlichkeit oder mehrere Persönlichkeiten, die besonders sachverständig in dieser Beziehung sind, hinzugezogen werden müssen, um diese Bearbeitung auszuführen. Ob sie dazu berufen werden, die Angelegenheit nur mit zu beraten oder mit zu leiten, oder in welcher Weise das geschehen soll, glauben wir am besten der Deputation überlassen zu sollen. Da es aber dringend notwendig ist, hervorragende Kenner heranzuziehen, so haben wir vorgeschlagen, der Deputation das Recht der Kooptation zu geben und auch Pläne von ihr geeignet erscheinenden Herren einzufordern. Das letztere erfordert Kosten. Deshalb beantragen wir:

3. „Dem Magistrat für diese Zwecke einen Betrag von zunächst 15 000 M zur Verfügung zu stellen.“

Sie werden zunächst erstaunt sein über die Höhe dieses Betrages. Aber wir haben die Verhältnisse sorgfältig geprüft und glauben, daß die Arbeit ungemein umfangreich und schwierig ist, daß es wichtig ist, die besten Kräfte heranzuziehen, und daß deshalb der Betrag nicht zu hoch ist; ich glaube eher, daß die Ausgabe dafür schließlich noch etwas höher werden wird. Es ist notwendig, dem Magistrat und der Deputation die nötigen Mittel in die Hand zu geben, damit

im Bedarfsfalle ohne Verzug Hilfskräfte herangezogen werden können. Wir empfehlen Ihnen daher dringend, die Summe zu bewilligen; sie ist von den Herren, die mit solchen Sachen vertraut sind, für richtig befunden worden.

Ich bitte Sie, die Vorschläge der Baukommission anzunehmen. Wenn die Annahme erfolgt ist, würde ich Ihnen noch Vorschläge wegen der Wahl der Deputation zu machen haben.

Vorsitzender: Wir könnten auch unsern Beschluß erst an den Magistrat gehen lassen und, nachdem er sich damit einverstanden erklärt hat, die Wahl vornehmen.

Stadtv. **Frühling:** Der Magistrat hat sich in der Baukommission schon für die Sache ausgesprochen. Wenn die Herren hier gleichfalls für die Sache sind, dann wäre es besser, sie in eins zu erledigen und nicht nochmals zur Beratung zu bringen.

Stadtv. Dr. **Sentling:** Ich bin sehr erfreut, daß die Baukommission zu diesem Beschluß gekommen ist und damit noch über meinen Antrag hinausgeht. Ich möchte noch die Bitte hinzufügen: daß die Herren sich entschließen, heute eine derartige Deputation zu ernennen, die sicher am besten in der Lage sein wird, die Schwierigkeiten der Sache möglichst rasch zu überwinden. Wenn die Herren bedenken, was für einen wichtigen Beschluß wir heute gefaßt haben, und welche große Umwälzung im südlichen Teil der Stadt durch die Neuschaffung des Bahnhofes eintreten wird, so ist es einleuchtend, wie notwendig eine Neuherstellung des Ortsbauplans sein wird. Ein Blick auf den Stadtplan wird den Herren sagen, daß schon jetzt, ohne daß die neue Bahnhofsanlage geplant ist, viel verzeichnet ist, was gar nicht zeitgemäß erscheint. Der Herr Referent hat schon hervorgehoben, daß diejenigen von Ihnen, die die letzten Städtebauausstellungen gesehen oder darüber gelesen haben, das Empfinden haben werden, wir seien in dieser Beziehung in Braunschweig etwas rückständig. Und wenn wir unser Ortsbaustatut mit den Statuten der Nachbarstädte vergleichen, so schneiden wir auch da recht schlecht ab. Nun ward in der Kommission von einem Kommissionsmitglied gesagt: Man sollte nicht annehmen, daß 1905 ohne Vorlagen und Vergleiche mit andern Städten der Ortsbauplan beschlossen wäre. Aber gerade in den letzten Jahren haben sich die Anschauungen zum Wohl der Bauenden und zum Vorteil für die Wohnungen sehr verändert. Das Statut von Bremen ist erst 1906, also erst nach unserem Statut herausgekommen, folglich kann es Herrn Meierhoff nicht vorgelegen haben. Auch das von Cassel hat nicht vorgelegen, da es erst später beschlossen ist.

Wenn von seiten des Stadtmagistrats gesagt wurde, wir würden schon bei unserer jetzigen Landesbauordnung in der Lage sein, unser Ortsbaustatut wunschgemäß zu gestalten, so möchte ich auf einen Punkt hinweisen, wo im Landesgesetz eine Änderung nötig sein wird. Es heißt im § 29 der Landesbauordnung: „Die Bebauung der Grundstücke mit Gebäuden darf nur bis zu $\frac{3}{4}$ der Grundfläche geschehen, so daß $\frac{1}{4}$ als Hof oder Gartenraum freibleibt.“ Wenn jemand es verlangt, so muß das Stadtbauamt doch wohl die Bebauung von drei Vierteln auf Grund der Bauordnung gestatten. Das ist eine freie Fläche, die dort nicht genügt, wo wir Gartenstädte oder Wohnstraßen mit weitläufigerer Bebauung haben wollen. Ich möchte die Herren bitten, sich dem Antrage der Baukommission anzuschließen.

Stadtv. Meyerhoff: Es ist mein Name hier genannt. Allerdings habe ich in der Baukommission gesagt, daß uns bei Beratung des Ortsbaustatuts diejenigen anderer Städte vorgelegen haben, auch die von München, und wir haben die Quintessenz daraus gezogen. Aber wir haben nicht ahnen können, daß hinterher noch andere Bauordnungen herauskamen, die uns natürlich nicht vorliegen konnten. Ich habe nicht geglaubt, daß wir hier in die Debatte über die einzelnen Punkte eintreten würden und möchte auch bitten, heute nicht über die Einzelheiten zu verhandeln.

Stadtv. Niese: Ich möchte auch ersuchen, heute gleich einen Beschluß zu fassen, sonst würden wir lange auf die Verwirklichung des Antrages warten müssen. Zu der früheren Aufstellung des Ortsbauplanes sind 4 Jahre gebraucht. Da wäre es am Platze, baldigst vorzugehen. Auch über die Höhe der nötigen Summe können wir heute beschließen. Wenn wir später mehr geben wollen, steht es uns noch frei.

Bürgermeister Meyer: Der Magistrat ist grundsätzlich mit dem Antrag der Baukommission einverstanden. Ich möchte nur anführen, daß das Beispiel, welches der Herr Antragsteller erwähnt hat und nach dem seiner Auffassung nach eine Änderung der Bauordnung nötig wäre, schlecht gewählt ist, weil nach bestimmten Vorschriften der Bauordnung es möglich ist, durch Statut die Fläche, die frei gelassen werden soll, festzusetzen. Es würde also für diesen Fall eine Gesetzesänderung nicht nötig sein.

Stadtv. Frühling: Ich möchte nur noch hinzufügen, daß die Baukommission sich mit ihrem Antrage darauf beschränkt hat, eine Durchsicht des Ortsbaustatuts zu fordern, weil diese sofort ausgeführt werden kann. Wenn das Ortsbaustatut durchberaten wird, finden sich ohne weiteres die Punkte, bei denen wir in der Landesbauordnung beschränkt sind. Dann können wir Wege einschlagen, wodurch

die Beschränkung beseitigt werden soll. Ich bitte, die Debatte darüber nicht weiter auszu dehnen und den Anträgen der Baukommission zuzustimmen.

Die Anträge werden angenommen; der Herr Vorsitzende stellt fest, daß die Annahme ziemlich einstimmig erfolgt ist.

Stadtv. Frühling: Es hat der Baukommission natürlich fern gelegen, in das Recht der Versammlung einzugreifen, die Personen selbst auszuwählen. Sie hat aber geglaubt, daß es besser sein würde, Vorschläge zu machen, damit die Wahl nicht zu sehr dem Zufalle überlassen bleibt, und damit auch Personen hineingewählt werden, die die nötige Sachkenntnis haben und deshalb auch in der Kommission mitarbeiten können. Man hat gemeint, es würde zweckmäßig sein, zwei Bautechniker zu wählen, ferner ein Kommissionsmitglied aus den Herren Baugewerkmeistern, eins aus den Grundbesitzern und vielleicht noch eins aus den sonstigen Interessenten, für die z. B. hygienische Fragen in Betracht kommen. Hier würde etwa der Antragsteller, Herr Dr. Henking eintreten können. Nach diesen Gesichtspunkten schlägt Ihnen die Baukommission vor: Als Sachverständige Herrn Rasche und meine Persönlichkeit, als Baugewerkmeister Herrn Göde, als Vertreter der Grundbesitzer Herrn Meyerhoff, und für die allgemeinen, speziell hygienischen Interessen Herrn Dr. Henking.

Stadtv. Wesemeier: Ich erkenne den Grundsatz unumwunden an, daß wir in eine solch wichtige Kommission unter allen Umständen nur Sachverständige hineinwählen sollen. An der Änderung des Baustatuts und des Bauplans, die so wichtig ist, haben alle Kreise der Bevölkerung das gleiche Interesse, und wenn von dem Herrn Referenten gesagt worden ist, daß er alle Kreise in Berücksichtigung ziehen wolle, die sachverständig seien, und auch den Grundbesitz angeführt hat, so will ich darauf hinweisen, daß die Grundbesitzer durch mehrere Herren vertreten sind, einesteils durch Herrn Meyerhoff und dann durch Herrn Göde; Herr Meyerhoff zugleich als Handwerkmeister. Ich verstehe nicht, warum Sie den größten Teil der Bevölkerung unberücksichtigt lassen wollen. Es wird niemand bestreiten, daß unser langjähriger Kollege Rieke mindestens so sachverständig ist wie einer aus den andern nicht sachmännischen Kreisen, die vom theoretischen Standpunkte aus in Vorschlag gebracht sind. Ich will noch bemerken, daß Herr Rieke auch das vorige Ortsbaustatut mitbearbeitet und der Deputation dafür angehört hat. Ich schlage deshalb vor, an Stelle eines Herrn aus den Grundbesitzerkreisen, und zwar an Stelle des Herrn Meyerhoff, Herrn Rieke als Deputationsmitglied zu wählen.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Die Wahl der Herren Frühling, Rasche, Göde und Dr. Henking findet durch einfache Abstimmung statt. Bei der

Zettelwahl für das 5. Mitglied der Kommission erhält Herr Meyerhoff 20 Stimmen, Herr Kiefe 14, ein Zettel war unbeschrieben.

5. Antrag zweier Einwohner auf gebührenfreie Wiedereintragung in die Bürgerrolle, sowie Antrag des Herrn Stadtverordneten Bunge: Aufhebung des § 2 des Statuts über die städtische Verwaltung.

Stadtv. Dr. Boge: Es handelt sich zunächst um den Invaliden Karl Krüger, Frankfurterstraße 21. Er hat 1904 das Bürgerrecht erworben, ist dann zirka 5½ Jahre von hier weg gewesen und hat sich bereits wegen der gebührenfreien Wiedereintragung in die Bürgerrolle an den Stadtmagistrat gewendet. Da er von diesem abschlägig beschieden ist, wendet er sich jetzt an die Stadtverordnetenversammlung. Unsere Versammlung hat früher den Standpunkt eingenommen, daß die unentgeltliche Wiedereintragung in die Bürgerrolle nur gewährt werden soll, wenn der Betreffende, nachdem er zuvor das Bürgerrecht erworben hat, nicht über 3 Jahre aus der Stadt verzogen gewesen ist. Da diese Zeit fast um das Doppelte überschritten ist, so ist die Statutenkommission der Ansicht, daß kein Anlaß vorliege, von dem früheren Beschluß abzugehen. Sie bittet deshalb, das Gesuch abzulehnen.

Bei dem andern Herrn, dem Dreher Friedrich Weise, liegt der Tatbestand so: Er hat im Dezember 1902 das hiesige Bürgerrecht erworben, ist am 23. November 1904 nach Leipzig verzogen und im April 1910 erst wieder zurückgekommen. Er ist also auch über 5½ Jahre aus Braunschweig fortgewesen. Aus demselben Grunde wie bei dem ersten Gesuch stellt auch hier die Statutenkommission den Antrag, die gebührenfreie Wiedereintragung abzulehnen.

Stadtv. Bunge: Ich glaube, hier ist dem Herrn Referenten ein kleiner Irrtum unterlaufen. Soweit ich mich erinnere, haben wir vor mehreren Jahren den Beschluß gefaßt, daß diejenigen, die bis zu 3 Jahren außerhalb der Stadt wohnhaft gewesen sind, ohne weiteres durch den Magistrat in die Bürgerrolle frei eingetragen werden könnten, und bis zu 5 Jahren könnte der Betreffende sich an die Stadtverordnetenversammlung wenden, die es dann in der Hand hätte, dem Gesuch zu entsprechen. Nun, meine Herren, kann ich mich nicht auf den Standpunkt stellen, wie ihn die Kommission angenommen hat. Wenn auch die Betreffenden etwas länger als 5 Jahre von Braunschweig weg gewesen sind, so spielt das Vierteljahr (bei dem einen sind es 4 Monate) doch keine so große Rolle. Wir haben doch seinerzeit den Beschluß nur gefaßt, um eine Norm zu haben. Wenn man die Gründe des Fortseins näher prüft, so gibt es mildernde Umstände, und wir haben es in der Hand, den Leuten behilflich zu sein, daß sie wieder eingetragen werden können. Die

Sache liegt bei einer ganzen Reihe von Leuten, z. B. besonders bei den Metallarbeitern so, daß sie Braunschweig verlassen mußten, weil sie keine Arbeit fanden. Sie konnten doch nicht als jüngere Leute sich der Armentasse zur Last legen! Bei besseren Verhältnissen sind sie dann wieder nach Braunschweig zurückgekehrt. Von Krüger weiß ich es bestimmt, daß er aus einer Braunschweiger Familie stammt, und solchen Leuten sollte man unter keinen Umständen Schwierigkeiten in den Weg legen, wenn sie nach ihrer Vaterstadt zurückkommen und sich an den städtischen Angelegenheiten beteiligen wollen. Ich habe schon damals die Vermutung gehabt, daß die Frist, die wir damals gesetzt hatten, etwas kurz bemessen war, man hätte 5 Jahre und 10 Jahre setzen sollen. Die Fälle, wo Braunschweiger Bürger gezwungen werden, wegzuziehen, mehren sich, und zwar hauptsächlich durch die große Wohnungsnot. Familienväter mit einer zahlreichen Kinderschar bekommen hier in Braunschweig keine Wohnung, das ist des öfteren schon vorgekommen. Sie müssen Braunschweig verlassen, in die umliegenden Dörfer ziehen, und sobald sich Gelegenheit bietet, eine Wohnung zu bekommen, kehren sie ohne weiteres nach Braunschweig zurück. Alles dieses muß man in Betracht ziehen, und ich möchte Sie deshalb bitten, dem Gesuch dieser beiden Herren heute zu entsprechen. — Ich gehe noch weiter und möchte auf einen alten Antrag, den wir schon zu wiederholten Malen gestellt haben, zurückkommen. Das ist der Antrag, den § 2 des „Statutz, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend“, aufzuheben. Wir sehen, daß sich die Fälle mehren, wo die Bürger von hier wegziehen müssen, so daß es eine Ungerechtigkeit ist, daß die Betroffenen immer wieder 7,50 M für Eintragung in die Bürgerrolle zahlen sollen, wenn sie innerhalb 3 oder 4 Jahren wiederkommen. Dieser Antrag lag bereits im Jahre 1905 einmal vor. Damals wurde hauptsächlich auf die fluktuierende Bevölkerung hingewiesen, die wollte man nicht gern in Braunschweig haben. Die Leute sind aber unschuldig an ihrem Wegzug. Sie sind nicht aus Reiselust weggezogen, sondern die Verhältnisse haben sie dazu gezwungen. Die Kommission stellte sich damals auf den Standpunkt, daß es eine Ungerechtigkeit sei, daß man das Bürgerrechtsgeld noch erhöhe, weil in Braunschweig eingeborene Landesfinder gezwungen werden können, das Bürgerrecht zu erwerben; die Versammlung hat aber mit 18 gegen 15 Stimmen den Antrag, die Erhebung des Bürgerrechtsgeldes aufzuheben, abgelehnt. Im Jahre 1909 war es Herr Sander, der als Kommissionsreferent erklärte, daß sich seit der Zeit nichts geändert hätte, und insolgedessen namens der Kommission Übergang zur Tagesordnung empfahl. Ich glaube doch, daß sich die Verhältnisse wesentlich geändert haben, und daß es an der Zeit ist, dieser Frage einmal wieder näherzutreten. Sie wissen, daß viel auf diesem Gebiet erreicht worden ist, wir haben manches Hemmnis beseitigt, und nun kann auch die letzte Schranke fallen. Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag anzunehmen, und bitte Sie auch, das Gesuch der

beiden Herren wohlwollend zu berücksichtigen und sie gebührenfrei in die Bürgerrolle wieder einzutragen.

Vorsigender: Herr Bunge, Ihr Antrag müßte als selbständiger Antrag behandelt werden, wir können ihn nicht nebenbei erledigen. (Stadtv. Bunge ist einverstanden.)

Stadtrat von Frankenberg: Auf den selbständigen Antrag des Herrn Bunge gehe ich natürlich nicht ein. Was aber im übrigen seine Ausführungen betrifft, so ist Herrn Bunge, obgleich er gewissermaßen Spezialist in diesem Fache ist, ein Mißgeschick passiert. Der Irrtum ist nicht auf seiten des Herrn Berichterstatters der Statutenkommission, sondern auf seiten des Herrn Bunge. Mir liegen die Berichte über die Stadtverordnetenverhandlungen von 1907 vor. Nach Seite 306 ist auf Antrag der Statutenkommission unter Ablehnung eines weitergehenden, von Herrn Wesemeier gestellten Antrages beschlossen, daß der Magistrat ermächtigt wird, die nochmalige Zahlung der Bürgerrechtsgebühren in solchen Fällen zu erlassen, wenn jemand innerhalb eines Zeitraums von 3 Jahren nach seinem Fortzug hier wieder zuzieht. Darnach hat die Statutenkommission auch heute ihren Vorschlag eingerichtet. Ein Beschluß, in solchen Fällen, in denen jemand über 5 Jahre außerhalb der Stadt Braunschweig gewohnt hat, der Stadtverordnetenversammlung zu überlassen, die gebührenfreie Wiedereintragung zu bewilligen, wäre unnötig, weil die Versammlung schon nach der Städteordnung dieses Recht hat. Sie will aber davon nicht Gebrauch machen und hat den Magistrat ermächtigt, in der angegebenen Weise vorzugehen. Darnach ist seither verfahren, und es möchte sich empfehlen, auch weiter es hierbei bewenden zu lassen.

Die beiden Anträge auf gebührenfreie Wiedereintragung in die Bürgerrolle werden abgelehnt.

6. Erhöhung der Vergütung für Haltung der Wächterhunde.

Stadtv. Boeschigt: Wir haben seinerzeit als Vergütung für das Halten der Wächterhunde pro Monat 6 *M* bewilligt. Die Polizeidirektion hat nun an den Magistrat berichtet, daß bei den jetzigen teuren Verhältnissen die Wächter mit der Vergütung nicht auskommen und für die Haltung der Hunde bei der Polizei bereits 10 *M* im Monat bezahlt wird. Sie ersucht, den Betrag seitens der Stadt ebenfalls auf 10 *M* zu erhöhen, und der Magistrat gibt anheim, dem zu entsprechen. Von der Vergütung muß die Stadt die Hälfte tragen, so daß also die Hälfte der Erhöhung um 4 *M* zu bewilligen sein würde. Das bringt bei 18 Hunden im

ganzen 432 *M* im Jahr. Die Finanzkommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Bewilligung der 432 *M* wird ausgesprochen.

7. Verkauf einer Fläche an der Howaldtstraße.

Stadt v. **Friede:** Von dem im Jahre 1903 zwecks Regulierung der Hoch- und Howaldtstraße stadtseitig angekauften Grundstück ist noch eine Fläche von 420 Meter zur Verfügung. Dieses Stück läßt sich nur verwerten, wenn einer der benachbarten Anwohner es kauft. Es haben nun Verhandlungen zwischen Herrn Ohlendorf, dem das Nachbargrundstück gehört, und dem Magistrat stattgefunden; sie haben aber zu keinem Resultat geführt. Jetzt ist ein Herr Lüer, der mit Ohlendorf in Verbindung steht, als Bewerber aufgetreten und möchte die Fläche zu 17 *M* pro Quadratmeter ankaufen. Der Käufer müßte dann auch noch die Straßenbaukosten tragen, so daß dadurch der Preis für das Quadratmeter für den Käufer sich auf 32 *M* stellen würde. Der Magistrat und auch die Baukommission hält das Gebot für angemessen, zumal die Stadt dabei noch einen kleinen Überschuß gegenüber dem von ihr gezahlten Kaufspreise für das Grundstück macht. Die Baukommission empfiehlt Ihnen deshalb durch mich, dem Verkaufe zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt dem Antrag der Baukommission zu.

8. Ankauf eines Grundstücks an der Wendenstraße.

Stadt v. **Rasche:** Es liegt ein Antrag des Magistrats vor, das Grundstück Wendenstraße 4, jetzt Herrn Rath gehörig, zu erwerben. Es grenzt an das ehemals Jürgensche Brauereigrundstück. Nachdem früher ein höherer Preis gefordert war, ist das Haus jetzt zu 27 000 *M* der Stadt angeboten. Nach Angabe der städtischen Bauverwaltung sind zur Instandsetzung des Hauses 4000 *M* erforderlich, so daß eine Summe von 31 000 *M* für das Grundstück herauskommen würde. Herr Rath hat sich bereit erklärt, das Haus zum Preise von 1600 *M* pro Jahr zu mieten. Der Kaufpreis des Hauses würde sich dann zu etwa 5½ Prozent verzinsen. Der Magistrat ersucht,

1. dem Ankauf des Hauses für 27 000 *M* und der Vermietung an Rath für 1600 *M* jährlich unter Genehmigung des Antrages zuzustimmen.
2. die erforderlichen Mittel von insgesamt 31 000 *M* nebst den Nebenkosten aus der außerordentlichen Ausgabe der Kammereikasse zu bewilligen.

Nach Ansicht der Baukommission, die sich eingehend mit der Sache beschäftigt hat, ist es, obgleich das Grundstück nicht billig ist, von Vorteil für die Stadt, es zu erwerben, denn das daneben liegende, im städtischen Besitz befindliche Markthallengrundstück wird dadurch viel besser abgerundet. Die Baukommission bittet also, den Magistratsanträgen zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt den Magistratsanträgen gemäß.

9. Ausbau der Straße 556 (Markstraße, zwischen Altemiekring und Olfermannstraße).

Stadtv. **Meyerhoff:** Auf dem Maringschen Grundstück zwischen Altemiekring und Olfermannstraße ist bekanntlich eine Straße hergestellt, die nun ausgebaut werden soll, und zwar auf Kosten des Herrn Maring. Da aber späterhin ein Grundstück oder noch ein zweites der Straße benachbartes Grundstück zur Bebauung kommt, so ist es nötig gewesen, auch die Berechnung des Einheitsbeitrages für das laufende Meter der Straßenfront aufzustellen. Die Straße soll ebenso befestigt werden wie fast alle unsere Straßen, nur dieses Mal mit dem Unterschied, daß zur Einfassung der Fußwege Zementbordquader mit Eiseneinfassung genommen werden soll. Es wird sich dabei um einen Versuch handeln, damit die Straßenbaukosten herabgemindert werden können. Für diese Straße, die wenig befahren werden wird, wird diese Eingrenzung hinreichen. Die Fußsteige sollen, wie auf andern Straßen, mit Zementplatten und die Fahrbahn mit Kleinpflaster belegt werden. Die ganzen Aufwendungen werden 17 400 *M* betragen, und auf das Meter Frontlänge werden demnächst 81 *M* zu verrechnen sein.

Das Projekt und der Kostenanschlag hat der Baukommission vorgelegen, sie bittet um Genehmigung von beiden.

Die Versammlung genehmigt Projekt und Kostenanschlag.

10. Anlage eines Fußweges zwischen Karlstraße und Gliesmaroderstraße.

Stadtv. **Fride:** Durch den stadtseitigen Ankauf der Häuser an der Karlstraße und Gliesmaroderstraße, die im Zuge des Hagenrings liegen, ist es ermöglicht, einen Fußweg zwischen Karlstraße und Gliesmaroderstraße zu legen. Es bietet das für die dortigen Anwohner einen großen Vorteil, und da die Straße später sowieso gebaut werden wird, so ist der Magistrat damit einverstanden, daß einem Gesuch der Anwohner der Gliesmaroderstraße und Karlstraße entsprochen und der Fußweg angelegt wird, zumal die Kosten nicht sehr hoch sind. Sie betragen ins-

gesamt 1000 Mark. Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären; daß der Weg in einer Breite von 4 Metern ausgeführt wird, und die Kosten von 1000 M zu Lasten des Kapitels XIV des ordentlichen Etats zu verwilligen.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung zur Anlage des Weges und bewilligt die Kosten.

11. Anfrage Leue über die diesjährige Verteilung der Veteranenehrengabe.

Die Anfrage lautet: „Ist der Stadtmagistrat in der Lage, Mitteilungen über die bevorstehende Verteilung der Ehrengabe der Veteranen zu machen?“

Stadtv. **Leue** (zur Begründung): Ich kann mich, wie ich glaube, recht kurz fassen. Es interessiert uns wohl alle, zu hören, in welcher Weise die Verteilung der Veteranenehrengabe diesmal vor sich geht, insbesondere, ob mehr Veteranen berücksichtigt werden oder weniger, wieviel von ihnen 30 M bekommen usw. Es sollte mich freuen, wenn der Magistrat in der Lage wäre, Auskunft zu geben.

Stadtrat **von Frankenberg**: Ich nehme gern Gelegenheit, auf die Anfrage zu antworten. Die Verteilung der Ehrengabe ist in diesem Jahre annähernd in gleicher Weise wie im vorigen Jahre in Gang gebracht. Sie hat bereits begonnen, da wir nicht in der Lage sind, alle Personen gleichzeitig gerade am 18. Januar zu bedenken, denn dazu würde die Anzahl zu groß sein.

Wenn ich zunächst von den Feldzugsteilnehmern sprechen soll, so hatten sich von diesen 529 gemeldet. Berücksichtigt sind 487, das sind 2 mehr als im vorigen Jahr. Dafür sind ausgezahlt 11 650 M — im vorigen Jahre waren es 11 460 M, also dieses Jahr 190 M mehr. Das kommt daher, daß jetzt mehr Krieger mit dem höheren Betrage der Ehrengabe von 30 M bedacht sind, weil sie zu denjenigen Personen gehören, die keine Steuern mehr zahlen, also nicht mit einem Einkommen von 600 M veranlagt sind. Es sind 191 alte Krieger mit 30 M bedacht, im vorigen Jahre 176, also diesmal 15 mehr. Den Betrag von 20 M haben 296 Krieger, die noch steuerpflichtig sind, erhalten, 13 weniger als im vergangenen Jahre. Es ergibt sich also ein Hinübergleiten der Gruppe der Steuerpflichtigen in die Gruppe der Nicht-Steuerpflichtigen.

Von Kriegerwitwen haben 220 an der Gabe teilgenommen, zu der ein Betrag von 1000 M festgesetzt ist. Es ist das eine ganze Anzahl Witwen mehr als im Vorjahre, wo sich nur 177 gemeldet hatten. Dadurch sind wir genötigt, den Einzelbetrag von 5,50 M in diesem Jahre auf 4,50 M herabzusetzen. — Im ganzen sind 12 650 M an alte Krieger und deren Witwen ausgezahlt.

12. Anfrage Jasper wegen Stellungnahme des Magistrats gegenüber dem beschlossenen Anschluß des Landkreises Braunschweig an die Überlandzentrale Helmstedt.

Die Anfrage lautet: „Welche Stellung nimmt der Stadtmagistrat gegenüber dem angeblichen Beschlusse der Kreisversammlung ein, den Landkreis Braunschweig der Überlandzentrale Helmstedt anzuschließen, und zu diesem Zwecke eine besondere Gesellschaft zu gründen?“

Stadtv. Dr. **Jasper** (zur Begründung): Vor längerer Zeit ist uns allen eine Vorlage vom Magistrat zugegangen, die die Errichtung eines städtischen Kraftwerks für elektrischen Strom bezweckte. Über die weitere Gestaltung und Behandlung dieser Frage ist uns ja dann später nichts zugegangen. Nun wurde in den letzten Tagen in den Zeitungen berichtet, daß die Kreisversammlung des Landkreises Braunschweig sich entschlossen hätte, das Landgebiet an die Zentrale Helmstedt anzuschließen, um so dieses Gebiet, also die Amtsbezirke Ribbadschhausen und Bechelde, mit elektrischer Kraft zu versorgen. Dieser Vorgang dürfte das Interesse der Stadtverwaltung erregen; er hat jedenfalls meine Aufmerksamkeit hervorgerufen, denn als damals die Anregung von seiten des Magistrats kam, ein Kraftwerk von Stadtseiten ins Leben zu rufen, wurde diese Vorlage unter andern damit begründet, daß wir im Landgebiet ein annehmbares Absatzgebiet für die elektrische Kraft gewinnen könnten und so besonders in der Übergangszeit, wenn die städtische Industrie noch nicht so weit elektrifiziert wäre, immerhin früher als sonst eine Rentabilität unseres Unternehmens gewährleistet sei. Es verlautete auch, daß Verhandlungen schweben sollten zwischen der Kreisdirektion und dem Stadtmagistrat, um für beide Gebiete, Stadt und Land, ein einheitliches Werk hervorzurufen. Wenn nun die Landgebiete des Kreises selbständig vorgehen, so kann das uns nicht teilnahmslos lassen, und es dürften die städtischen Interessen Gefahr laufen, geschädigt zu werden. Es ist doch ein eigenartiges Ding, wenn ein Ort wie Rühme und andere naheliegende Orte die Kraft aus einem weitabgelegenen Orte bekommen, statt daß wir aus der Stadt die Versorgung des Ortes mit Elektrizität übernehmen. Es kommt die Nebenbeziehung für unsere Stadt auch hinzu: daß dann auch die geschäftlichen Beziehungen leicht dahin gelegt werden. Bei der eigenartigen Weise, wie der Kraftstrom übertragen wird, bei der die Übertragung besonders auf die Benutzung der Kreisstraßen angewiesen ist, dürfte es kaum angängig sein, daß ein städtisches Kraftwerk den Landkreis mit Strom versorgt, sondern wir würden auf Grund dieses Abchlusses vom Landgebiete vollkommen ausgeschlossen sein.

Ich möchte den Magistrat bitten, mitzuteilen, wie es kam, daß die Verhandlungen gescheitert sind, und welche Stellung er zu diesem Vorkommnis eingenommen hat.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich kann nur erklären, daß eingehend auf die Sache hier zurückzukommen meiner Ansicht nach nicht der geeignete Zeitpunkt ist. Wir haben fortwährend über die ganze Umgestaltung der Verhältnisse verhandelt; mich darüber auszusprechen, halte ich aber nicht für angemessen. — Die Verhandlungen mit der Kreisdirektion sind so verlaufen, daß die Kreisdirektion uns gefragt hatte, ob wir geneigt wären, wenn der Kreis von der Überlandzentrale versorgt würde, auch unsererseits von dieser Überlandzentrale Strom zu entnehmen. Wir haben dagegen den Vorschlag gemacht, daß es unseres Erachtens richtiger wäre, das hiesige Werk so groß zu bauen, daß von hier aus der Kreis mit Strom versorgt werden könnte. Das hat die Kreisdirektion abgelehnt, und darauf war für uns die Sache erledigt.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 5 bis 8 Uhr.

1912/1913.

Nr. 12.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. Februar 1913.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Antrag des Stadtverordneten Leue, Ausbesserung der Fußsteige des Mittelweges betreffend. | Seite 606 |
| 2. Errichtung einer Hausfernsprechanlage zwischen den Grundstücken Pflegehausstraße 4 und 7 | " 607 |
| 3. Beschaffung eines Turngerätes und Verbesserung einer Beleuchtungsanlage für die Turnhallen zweier Bürgerschulen. | " 607 |
| 4. Antrag Bunge: Errichtung einer Bretterplanke an der Kehrtafelabladestelle auf der Kreuzstraße | " 608 |
| 5. Antrag Bunge: Aufhebung des § 2 des Statuts über die städtische Verwaltung | " 609 |
| 6. Antrag Sander: a) Belegung einer Teilstrecke der Cellerstraße mit Platten
b) Aufnahme eines Straßenzuges mit Brücke vom Maschplatz bis zur Pestalozzistraße in den Ortsbauplan. | " 609 |
| 7. Antrag Henking wegen Abänderung des Hundesteuerstatuts. | " 610 |
| 8. Einsprachen gegen die beschlossene Abänderung des Ortsbauplans westlich der Goslarerstraße zwischen Kreuz- und Hilbesheimerstraße | " 611 |
| 9. Befestigung der westlichen Fahrbahnhälfte der Wolfenbüttelerstraße zwischen Augusttor und dem Grundstück Nr. 3410 | " 612 |
| 10. Zulassung einer Kautionsversicherung an Stelle der Barkaution für die städtischen Beamten | " 614 |
| 11. Bewilligung von Mitteln zur Veranstaltung eines Fortbildungskurses für Fachlehrerinnen | " 617 |

12.	Zinserhöhung für die stadtheftig ausgeliehenen Hypotheken	Seite 617
13.	Rückzahlung von Hundesteuern	" 628
14.	Anderweite Nutzung des Brunonia-Grundstückes.	" 628
15.	Verlegung der projektierten Straßen Nr. 443 und 571 zwischen Frankfurterstraße und Landeseisenbahn	" 631
16.	Errichtung eines Verbindungsbaues auf dem Grundstück der höheren Mädchenschule.	" 631
17.	Neubau der Steintorbrücke	" 632
18.	Ausbau der Heleneustraße zwischen Chriatsring und der Straße Nr. 435 a . .	" 635
19.	Bewilligung der Kosten für die Änderung an der Ausstattung des Sitzungssaales im Rathhaus.	" 636
20.	Änderung der Müllabfuhr	" 636
21.	Anlage einer Verschlussvorrichtung an der Kanalmündung des Burgmühlengrabens	" 649
22.	Bewilligung von Kosten für das photographische Vervielfältigungsverfahren in der Gewerbeschule.	" 651
23.	Aufnahme der Bibliothek des ärztlichen Kreisvereins in das Archivgebäude. .	" 652
24.	Antrag Munte, betreffend Versekung des auf dem Bürgersteige vor dem Café Rüd stehenden Straßenbahnmaßes	" 655
25.	Antrag R i e f e, betreffend Anknüpfung weiterer Verhandlungen wegen stadtheftiger Übernahme der Okerbrücken	" 656
26.	Antrag P u s c h, betreffend ein Verbot des Tragens ungeküshter Putnadeln in den Straßenbahnwagen	" 656
27.	Antrag F r e d e über die Einführung des Besuchszwanges bei der städtischen Fortbildungsschule.	" 656
28.	Anfrage L o e s c h i g k über die Dauer des städtischen Fleischverkaufs	" 658

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten Dr. **Boge** und Dr. **Wolters**.

Vorsitzender **Hauswaldt**: Ich eröffne die Sitzung.

Meine sehr geehrten Herren! Ich glaube Ihrer aller Zustimmung sicher zu sein, wenn ich von dieser Stelle aus es ausspreche, daß die Freude der Bürgerschaft über das Verlöbniß in Karlsruhe eine allgemeine und große gewesen ist. Daß die Freude der Stadt eine allgemeine ist, haben schon die vielen Fahnen gezeigt, die wir wie in sonst seltenen Fällen in großen Mengen ausgehängt sahen. Dieses frohe Ereignis endet ja einen alten Streit zwischen zwei fürstlichen Familien, der für unser Land und für unsere Stadt schwere Folgen hatte. Meine Herren! Unsere Glückwünsche richten sich selbstverständlich zuerst an die beiden hohen Ver-

lobten, an den einzigen Sohn unseres braunschweigischen fürstlichen Hauses und an die einzige Tochter unseres Kaisers. Möge aus dieser Verbindung der Prinzessin mit dem Prinzen ein reichgesegnetes Glück blühen. Aber, meine sehr geehrten Herren, wir dürfen auch für unser Land und in Beziehung für unsere Stadt von dieser Verbindung viel Gutes und Schönes erhoffen. Unabhängig von der hellen Freude über ein Ereignis, welches in unserer nüchternen Zeit fast wie der glückliche Schluß eines alten Märchens anmutet, bleibt aber, so glaube ich, bestehen das Gefühl der Dankbarkeit gegenüber dem augenblicklichen Regenten unseres Herzogtums, und ich glaube auch in Ihrem Namen sprechen zu dürfen, wenn ich hinzufüge, daß die Liebe und Verehrung, welche sich die Frau Herzogin in den kurzen Jahren, die sie in unsern Mauern weilte, erworben hat, von unserem heutigen hellen Jubel nicht ausgelöscht ist, sondern immer bestehen bleiben wird.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Meine Herren! Ich möchte im Anschluß an die eben von dem Herrn Vorsitzenden gesprochenen Worte mitteilen, daß, wie Sie wohl auch aus der Presse gesehen haben, der Magistrat an die hohen Herrschaften Glückwunschtelegramme abgesandt hat. In dem von dem Prinzen Ernst August übersandten Antworttelegramm ist der Dank an die Residenzstadt Braunschweig ausgesprochen. Ich wollte nicht verfehlen, in Ihrem Kreise davon Mitteilung zu machen.

Vorsitzender: Ich habe den Herren mitzuteilen, daß ein Rückschreiben des Magistrats eingegangen ist auf das Schreiben, in dem wir uns wegen Neubearbeitung des Ortsbauplans und einer Durchsicht und Ergänzung des Ortsbaustatuts an den Magistrat gewandt haben. Wir haben 15 000 Mark dafür zur Verfügung gestellt und die Mitglieder der Deputation von unserer Seite gewählt. Der Magistrat schreibt, daß er dem Ersuchen der Stadtverordneten zugestimmt und seinerseits außer dem Dezernenten für Bauachen im Magistrat, Herrn Bürgermeister Meyer, Herrn Geheimen Raurat Winter zum Mitglied der Deputation gewählt habe. Die Deputation kann also in ihre Arbeiten eintreten.

Dann möchte ich vorschlagen, die Anträge, welche in der vorigen Sitzung zurückgestellt sind und chronologisch hinter Punkt 4 der Tagesordnung rangieren, an dieser Stelle in die Tagesordnung einzustellen. — Punkt 1. des Tagesordnung: Antrag des Stadtverordneten Jasper auf „feste Anstellung von städtischen Hilfsbeamten oder Aufbesserung deren Bezüge“ ist in der Kommission noch nicht fertig beraten, da nach Ansicht der Kommission noch einige weitere Nachweisungen von seiten des Magistrats erwünscht sind. Dieselben sind uns versprochen, so daß heute der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden muß.

1. Antrag des Stadtverordneten Leue, Ausbesserung der Fußsteige des Mittelweges betreffend.

Stadtv. Tolle: Der Antrag Leue lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für Ausbesserung des Fußsteiges des Mittelweges zwischen Nebenstraße und Landeseisenbahn Sorge zu tragen.“ — Die Fußwege des Mittelweges sind, wie ein großer Teil unserer außerstädtischen Straßen, mit Ziegelbrocken und Grand befestigt und dann mit Teerung versehen. Namentlich der östliche Fußweg dieser Straße ist stark in Mitleidenschaft gezogen durch Aufreißungsarbeiten, die dort vermutlich zur Legung von Kabeln vorgenommen sind, so daß die Teerung gelitten hat. Außerdem ist der Fußweg sehr ungleich geworden dadurch, daß eine Anzahl von Bauten dort stattgefunden haben. Ich habe mich überzeugt, daß es sehr wünschenswert wäre, diesen Teil der Straße auszubessern. Die Baukommission ist mit mir der gleichen Ansicht gewesen, aber sie geht über den Antrag noch hinaus, nachdem ich ihr mitgeteilt hatte, daß auch nördlich der Landeseisenbahn die Fußwege der Straße in einem ähnlichen mangelhaften Zustande sind. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, auch diesen Teil der Straße ausbessern zu lassen, wenn nach einer Untersuchung diese für notwendig erachtet werden sollte. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Stadtv. Wesemeier: Der Mittelweg ist in der bezeichneten Strecke sehr schlecht. Es ist aber nicht nur der Mittelweg, der einer Ausbesserung bedarf, sondern es sind noch mehrere solche Wege vorhanden, und zwar sind die Fußwege dadurch ganz außerordentlich ramponiert worden, daß sie zu Kabellegungen aufgerissen sind, nachdem die Teerung vorgenommen war. Wenn nun auch die Stadt die Verpflichtung hat, die Wege in Ordnung zu halten, so ist es doch meines Erachtens nicht Sache der Stadt, sich in diesem Falle die Ausgabe zu machen, sondern diejenigen, die die Wege zerstörten und in ihrer Güte beschädigten, müßten auch zur Kostendeckung der Ausbesserung von der Stadt herangezogen werden. Ähnliche Zustände finden Sie im ganzen Lauf des Wendenringes, auf der Zimmerstraße, und wie ich eben höre, sind auch vor anderen Toren die Fußwege ebenfalls durch Kabellegung verschlechtert. Bei einer solchen Arbeit wird die ganze Teerschicht herausgerissen, und wo erst einmal ein schadhafter Streifen ist, da blättert von der Teerung immer mehr ab. Ich möchte nun an den Magistrat die Frage richten, ob nicht das elektrische Lichtwerk die Ausgabe für Ausbesserung der Wege zu tragen hat.

Bürgermeister Meyer: Meine Herren. Es sind 2 Stellen, die die städtischen Straßen zur Legung von Kabeln gebrauchen, einmal die Post und dann das Licht-

werk. Beide Stellen sind selbstverständlich verpflichtet, das an den Wegen wiederherzustellen, was sie durch die Verlegung der Kabel beschädigt haben. Aber es kommt häufig vor, daß die Schäden nicht sofort wahrzunehmen sind, sondern erst in späterer Zeit sich bemerkbar machen, und dann ist nicht immer mit Sicherheit zu erkennen, ob die Gegenpartei verpflichtet ist, diesen Schaden zu ersetzen. Mit der Post ist in dieser Beziehung ein bestimmtes Abkommen getroffen; sie bezahlt ein Aversum, und dafür werden von der städtischen Bauverwaltung die Ausbesserungen ausgeführt. Mit dem Lichtwerk ist ein solches Abkommen nicht getroffen, aber ich habe die Überzeugung, daß das Lichtwerk sich nicht wird sträuben können, wenn durch seine Arbeiten Schäden an den Wegen hervorgerufen sind, diese der Stadt zu ersetzen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

2. Herrichtung einer Hausfernsprechanlage zwischen den Grundstücken Pflegehausstraße 4 und 7.

Stadtv. **Busch:** Nach der im April vorigen Jahres erfolgten Übersiedlung der Schwestern des städtischen Krankenhauses in das vormalige Panzerische Grundstück, Pflegehausstraße 4, hatten die Chefärzte des Krankenhauses Herrn Baurat Osterloh gebeten, den für die Assistenzärzte anzuschaffenden Fernsprechapparat, der diese mit der Fernsprechanlage des Pflegehauses verbinden soll, vorläufig in dem Panzerischen Grundstück anzubringen, um dadurch eine Verbindung mit den Krankenschwestern zu erreichen. Dieser Bitte ist auch stattgegeben mit der Bedingung, daß eine provisorische Verlegung statffinde, wodurch keine bedeutenden Kosten erwachsen, so daß man sie aus den laufenden Mitteln glauben zu können. Durch ein Versehen des mit der Ausführung der Anlage betrauten Beamten sind nun die Leitungen gleich regelrecht verlegt. An sich ist die Sache nicht unvorteilhaft, aber die Ausgabe war in dem diesjährigen Etat nicht vorgesehen, und es sind dadurch 250 Mark Kosten entstanden, die erst in den nächstjährigen Etat eingelegt werden sollten. Der Magistrat schlägt nun vor, diese 250 Mark nachträglich aus der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse zu bewilligen. — Die Baukommission hat sich gestern mit der Frage befaßt und empfiehlt der geehrten Versammlung auch die nachträgliche Bewilligung dieses Antrages.

Die Versammlung beschließt dem Antrag der Baukommission gemäß.

3. Beschaffung eines Turngerätes und Verbesserung einer Beleuchtungs- anlage für die Turnhallen zweier Bürgererschulen.

Stadtv. **Löhnesinke:** Der städtische Oberturnlehrer Somburg beantragt die Neuanschaffung eines Turngeräts, nämlich eines Pferdes für die Turn-

halle an der Osterstraße und zweier Lampen für die Turnhalle an der Ottmerstraße. Die zur Äußerung darüber aufgeforderte städtische Bauverwaltung gibt anheim, beiden Anträgen stattzugeben, und verweist auf den schlechten Zustand der beiden jetzt in Benutzung befindlichen Pferde, insbesondere auf die Rissigkeit des Holzes und auf den Umstand, daß die Lederpauken nicht mehr in ordnungsmäßiger Weise befestigt werden können. In dem andern Falle bestätigt die städtische Bauverwaltung, daß in der Turnhalle an der Ottmerstraße die dunkelgetönte Decke und auch die nachgedunkelten Wände der Turnhalle die Lichtstrahlen nicht mehr in der gewünschten Weise zurückzuwerfen vermöchten. — Die Finanzkommission hält es durchaus für richtig, daß ein sicherer Turnbetrieb nur durch entsprechende zuverlässige Turngeräte und durch ausreichende Beleuchtung gewährleistet werden kann, und empfiehlt die Annahme des Somburgschen Antrages. Die Kosten belaufen sich für die Beschaffung des Pferdes auf 120 Mark und für Verbesserung der Beleuchtungsanlage in der Turnhalle der Schule an der Ottmerstraße auf 160 Mark.

Die beiden Ausgabeposten werden bewilligt.

4. Antrag Bunge: Errichtung einer Bretterplanke an der Kehrichtabladestelle auf der Kreuzstraße.

Der Antrag lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Kehrichtabladestelle an der Kreuzstraße mit einer Bretterplanke zu versehen.“

Stadtv. Bunge (zur Begründung): Am oberen Ende der Kreuzstraße wird der Kehricht zusammengefahren, und es ist selbstverständlich, daß dort auch viel Papier mit hingeschafft wird. Nun liegt die Stelle so frei, daß, sobald trockenes Wetter gewesen ist und der Wind darüberhaust, das gesamte Papier von dem Haufen herunterfliegt. Die dortigen Hausbesitzer leiden unter dieser Kalamität, denn es ist, geradezu gesagt, eine Schweinerei. Ich habe bereits vor 1½ Jahren Veranlassung genommen, den Magistrat zu bitten, Vorkehrung zu treffen, daß dem Übelstande abgeholfen werde, indem eine kleine Bretterplanke aufgestellt wird. Es ist aber bis jetzt nichts geschehen. Da nun die Kalamität in letzter Zeit wieder besonders stark hervorgetreten ist, so möchte ich Sie heute bitten, meinen Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

5. Antrag Bunge: Aufhebung des § 2 des Statuts über die städtische Verwaltung.

Der Antrag lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den § 2 des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, aufzuheben.“

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung): Meine Herren. Ich war der Meinung, daß ich schon in der vorigen Sitzung meinen Antrag genügend begründet hatte. Wenn ich nicht irre, wollte ihn der Herr Vorsitzende auch einer Kommission überweisen. Ich möchte also bitten, daß der Herr Vorsitzende die Güte hat, die Unterstützungsfrage für meinen Antrag zu stellen, den ich schon begründet habe.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

6. Antrag Sander: a) Belegung einer Teilstrecke der Cellerstraße mit Platten,

b) Aufnahme eines Straßenzuges mit Brücke vom Maschplatz bis zur Pestalozzistraße in den Ortsbauplan.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

- a) eine Teilstrecke des Fußwegs der Cellerstraße, da, wo der Amalienplatz an die Cellerstraße grenzt, mit Platten zu belegen,
- b) im Zuge der Maschstraße vom Maschplatz aus einen Straßenzug mit Brücke und Ausmündung in die Pestalozzistraße in den Ortsbauplan aufzunehmen.“

Stadtv. **Sander** (zur Begründung): Die Cellerstraße ist jetzt vom Petritor bis zur Landeseisenbahn ausgebaut und auf der ganzen Strecke mit Platten belegt bis auf das kleine Ende am Amalienplatz. Es bietet einen sonderbaren Anblick, daß dort, wo die Anlieger zu den Kosten herangezogen sind, die Fußwege mit Platten belegt sind, aber an der Stelle, wo die Stadt zahlen muß, nicht. Die Begründung meines Antrages wird mir leicht, da dieselbe Begründung für die Belegung der Fußwege mit Platten an andern Strecken maßgebend gewesen ist. Dieser Grund muß wohl ziehen.

Der Antrag a wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

Stadtb. Sander (zur Begründung des Antrages b): Die Anregung, eine Brücke über die Oker vom Maschplatz nach der Pestalozzistraße zu errichten, hat uns vor kurzer Zeit beschäftigt. Der Antrag ist leider an den hohen Kosten für das nötige Terrain gescheitert. Damit nun aber die Sache nicht aus den Augen verloren wird, habe ich meinen heutigen Antrag gestellt, denn es ist möglich, daß der Besitzer des fraglichen Grundstücks wechselt. Es ist zwar vom Magistratsrath gesagt, die Brücke sei wünschenswert, aber nicht notwendig, ich bin aber überzeugt, daß die Bedürfnisfrage dringend werden wird, da hier viel gebaut wird. Um dann nicht in Verlegenheit zu kommen, möchte ich die Sache im Auge behalten wissen und bitte um Unterstützung meines Antrages.

Auch dieser Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden gleichfalls der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

7. Antrag Henking wegen Abänderung des Hundesteuerstatuts.

Der Antrag lautet: „Der Magistrat wird ersucht, eine Abänderung des Hundesteuerstatuts vom 30. März 1905 in die Wege zu leiten, dahingehend:

- a) die Steuer wird in vierteljährlichen Raten in Anrechnung gebracht; sie ist für das laufende Rechnungsjahr innerhalb der ersten 4 Wochen nach Anschaffung des Hundes im ganzen zu bezahlen, wird aber in besonders begründeten Fällen auf Antrag 1, 2 oder 3 Vierteljahre zurückgegeben.
- b) Die Steuer wird von 15 auf 20 \mathcal{M} für das Jahr erhöht.
- c) Das in § 9 des alten Statuts festgesetzte Strafmaß wird bis zu 30 \mathcal{M} verschärft.“

Stadtb. Dr. Henking (zur Begründung): Die Veranlassung zu diesem von verschiedenen Herren unterstützten Antrage ist darin zu suchen, daß wir in den Beratungen der Statutenkommission oft genug mit Beschwerden und Anträgen überhäuft sind, die auf das Hundesteuerstatut zurückzuführen sind. Ich glaube, es wird als Beweis für die Richtigkeit unserer Auffassung genügen, wenn ich die Herren darauf aufmerksam mache, daß zurzeit die Hundesteuer für das ganze Rechnungsjahr mit 15 \mathcal{M} bezahlt werden muß, ganz gleichgültig, ob ein Hund während des ganzen Jahres oder nur einen Monat lang gehalten wird. Auch wenn jemand erst am 1. März in den Besitz des Hundes gelangt ist, muß er die Abgabe für das ganze Rechnungsjahr bezahlen. Das ist eine große Härte, und schon dieser Punkt veranlaßt mich, die Herren zu bitten, den Stadtmagistrat zu ersuchen, eine veränderte Vorlage bezüglich der Besteuerung für Hunde zu machen.

Ich habe mir erlaubt, die erwünschten Änderungen kurz zu skizzieren. Wesentlich ist, daß von vornherein die Steuer vierteljährlich gerechnet wird, so daß nicht

jedesmal ein besonderes Gesuch nötig ist, wenn ein Hund durch Tod oder sonstwie nach 3 Monaten aus der Besteuerung ausscheiden soll, sondern daß es möglich ist, auf Antrag in dem städtischen Bureau die verschiedenen Summen zurückzugeben. Da aber vielleicht durch die andere Art der Besteuerung ein Ausfall an Steuer hierdurch entstehen würde und außerdem die Reinigung der Wege, besonders von dem Hundedreck, immer noch viel zu wünschen übrigläßt, so beantrage ich, die Steuer von 15 *M* auf 20 *M* zu erhöhen. Wir werden dann durch die entsprechend höher eingegangenen Summen in der Lage sein, ein paar Leute mehr für noch bessere Reinigung der Fußwege einzustellen. Dann ist es meiner Ansicht nach auch wünschenswert, daß die Strafbestimmungen vielleicht auf 30 *M* verschärft werden. Außerdem ist es notwendig, daß in den Passus a (was in meiner Fassung noch nicht steht, aber bei einer Besprechung mit den Mitgliedern des Stadtmagistrates als wünschenswert sich zeigte) hinzugefügt wird: Die Steuer wird . . . „gegen Rückgabe der Marke und der Quittung“ . . . zurückgegeben. Um Unfug zu vermeiden, ist es notwendig, daß dies beides wieder in den Besitz des Städtischen Büros kommt.

Ich bitte die Herren, diese Anregungen wohlwollend aufzunehmen.

Vorsitzender: Der Antrag ist allerdings schon schriftlich genügend unterstützt. Da aber von den unterstützenden Herren heute zwei fehlen, so muß ich geschäftsmäßig die Frage nach der Unterstützung stellen. — Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich überweise ihn der Statutenkommission zur gefälligen Beratung.

8. Einsprachen gegen die beschlossene Abänderung des Ortsbauplans westlich der Goslarischenstraße zwischen Kreuz- und Hildesheimerstraße.

Stadtv. Frühling: Gegen den beschlossenen Teilortsbauplan ist zunächst von Herrn Heinrich Ahrens Einsprache erhoben. Er begründet ihn damit, daß durch zwei vorgezeichnete Straßenzüge sein Grundstück so beschnitten würde, daß es dadurch stark entwertet würde. Nach den angestellten Erhebungen bleibt aber das Grundstück immer noch 30 Meter tief, so daß man also nicht sagen kann, daß eine derartige Entwertung eintritt, daß deshalb der Ortsbauplan geändert werden müßte. Die Baukommission empfiehlt gemäß dem Magistratsantrag Verwerfung der Einsprache.

Die zweite Einsprache ist von Herrn Wilhelm Pieper erhoben und damit begründet, daß der Eigentümer sein Grundstück nicht zu dem seitens der Stadt beabsichtigten Preise verkaufen kann und er von seiner Forderung nicht zurückstehen will. Das ist auch kein Grund, um den Weg zu verlegen, und deshalb beantragt die Baukommission auch hier Ablehnung der Einsprache.

Drittens hat Herr Werner Siebers Einsprache eingelegt und damit begründet, daß im Falle der Zwangsenteignung die für die fraglichen Grundstücke festzusetzende Entschädigung voraussichtlich nicht den Betrag erreichen würde, welchen er bei einem freihändigen Verkauf an Private bekommen würde. Aus demselben Grunde wie bei der eben behandelten Einsprache beantragt die Baukommission auch hier Verwerfung.

Endlich ist noch Einsprache von Herrn August Reinecke erhoben. Er hat auf seinem Grundstück ein Luftlichtbad eingerichtet, und bei der Konzessionserteilung ist ihm von der Herzoglichen Polizeidirektion aufgegeben, mit der Anlage von den bebauten Grundstücken so weit abzuweichen, daß ein Einblick von den fremden Gebäuden aus nicht möglich sei. Wenn nun gebaut würde, meint er, verfiere seine Konzession. Das ist auch kein Grund, um die Straßenführung zu ändern. — Auch hier wird von der Baukommission vorgeschlagen, die Einsprache zurückzuweisen.

Die vier Einsprachen werden von der Versammlung verworfen.

Stadtv. Frühling: Es wurde schließlich in der Baukommission noch ein anderer Antrag des Stadtmagistrats beraten, nämlich die von dem Gärtner Heinemann gepachteten 2 Waisenhausgrundstücke ihm bis zum 1. Juli dieses Jahres zu belassen, ebenso auch der Pächter des Renedeschen Grundstückes.

Ferner ist beantragt, das Hesse-Boßsche Grundstück bis zum 22. Februar 1914 dem Mieter zu belassen. Auch da ist es möglich, zuzustimmen, und es liegt auch in der Billigkeit, für den Fall, daß dieses Grundstück vor dem genannten Zeitpunkt von der Stadt in Anspruch genommen wird, für die in Anspruch genommenen Flächen eine entsprechende Entschädigung zu bewilligen. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, daß der Magistrat ermächtigt wird, diese Entschädigung eventuell zu zahlen und außerdem die Pachtverlängerung, wie angegeben, herbeizuführen.

Die Versammlung ist mit dieser Ermächtigung des Magistrats einverstanden.

9. Befestigung der westlichen Fahrbahnhälfte der Wolfenbüttelerstraße zwischen Augusttor und dem Grundstück 3410.

Stadtv. Niese: Der Magistrat schreibt uns in dieser Angelegenheit: „Durch Kapitel X 3 des ordentlichen Stats sind die Mittel zur Herstellung von Teer- und Asphalt auf der westlichen Fahrbahnhälfte der Wolfenbüttelerstraße zwischen Augusttor und dem Grundstück 3410 zur Verfügung gestellt. Die bisher in Braunschweig mit Teer- und Asphalt gemachten Erfahrungen sind nun nicht so, daß es ratsam erscheint, eine so stark befahrene Straße mit dieser Befestigung zu ver-

sehen. Da wir indessen für die genannte Straße gern ein geräuschloses Pflaster verwandt sehen möchten, auch zu hoffen ist, daß die Teermakadamfrage in einigen Jahren eine ausreichende Klärung erfahren hat, so halten wir es für zulässig und empfehlenswert, von der in Aussicht genommenen Neubefestigung zurzeit gänzlich abzusehen und sich einstweilen mit Instandsetzung der allerdings sehr abgenutzten chaussierten Fahrbahn durch eine Schüttung in üblicher Weise zu begnügen. Die hieraus erwachsenden Ausgaben sind natürlich erheblich geringer als die Kosten einer Neubefestigung. Während letztere mit 5,20 Mark per Quadratmeter in den Etat eingestellt ist, wird die Schüttung mit etwa 1,50 Mark per Quadratmeter zu bewerkstelligen sein. Es würden deshalb, da es sich um eine Fläche von insgesamt 2455 qm handelt, bei Ausführung der letzteren rund 10 000 Mark gegenüber dem Etatsanschlag gespart werden. Wir richten an die geehrten Herren das ergebenste Ersuchen,

1. sich damit einverstanden zu erklären, daß die bezeichnete Fläche der Wolfenbüttelerstraße nicht neu befestigt, sondern durch eine Stein-
schüttung instand gesetzt wird,
2. die dazu erforderlichen Mittel zu rund 3 700 Mark zu Lasten des
Kapitels X 3 des ordentlichen Etats gefälligst zu bewilligen."

Die Kommission hat die Angelegenheit geprüft. Da gestern magistratsseitig mitgeteilt wurde, daß die Straßenpolizei auf Grund ihrer Befugnisse auf eine Änderung dringt, weil die befestigte Fahrbahn mit ihrem Pflaster für den Fuhrwerksverkehr nicht genügt und auch wegen der zwei Straßenbahngleise etwas geschehen muß, und da wir ferner nicht wissen, wie sich die Verhältnisse dort wegen des Bahnhofsbauwerkes entwickeln werden, so hat die Baukommission sich mit dem Antrage des Magistrats einverstanden erklärt und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Dem Antrag des Magistrats wird von der Versammlung zugestimmt.

Vorsitzender: Ich habe mir den Bericht über die letzte Sitzung holen lassen, und daraus ersehen, daß allerdings darin steht, „5. Anträge zweier Einwohner auf gebührenfreie Wiedereintragung in die Bürgerrolle, sowie Antrag des Herrn Stadtverordneten Bunge: Aufhebung des § 2 des Statuts über die städtische Verwaltung.“ Das ist aber in dem Stenogramm unrichtig. Es ist nur verhandelt über die beiden Anträge auf Wiedereintragung in die Bürgerrolle. Dabei hat Herr Bunge seinen Wunsch geäußert, und ich habe ihm erklärt: „Ihr Antrag müßte als selbständiger Antrag behandelt werden, wir können ihn nicht nebenbei erledigen.“ Infolgedessen hat eine wirkliche Begründung des Antrages n.d.

stattgefunden. Da der Antrag nun aber genügend unterstützt ist, erübrigt es sich, noch weiter darauf zurückzukommen. Ich erwähne den Hergang nur, um festzustellen, daß von hier aus keine unrichtige Behandlung der Sache stattgefunden hat.

10. Zulassung einer Kautionsversicherung an Stelle der Barkaution für die städtischen Beamten.

Stadtb. Hartung: Der Vorstand des Bundes deutscher Gemeindebeamten hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, die städtischen Beamten von der Verpflichtung der Stellung einer Amtssicherheit zu befreien oder, falls dies nicht angängig erschiene, an Stelle der Barkaution eine Kautions- und Veruntreuungs-Versicherung zuzulassen. Der Magistrat hat in Veranlassung dieser Eingabe zunächst eine Aufstellung gegeben über die Kautionen, die von den Gemeindebeamten überhaupt hinterlegt sind. Es sind im einzelnen nicht erhebliche Summen. Der höchste Betrag ist 6000 *M*, dann geht es herunter auf 3000, 1600, 1500, 600, 500 *M*; die Gesamtsumme ist 51 000 *M*. In dem Gesuch hat der genannte Verein angegeben, daß heute sich die Anschauung Bahn breche, daß die Anforderung einer Dienstkaution von den Beamten nicht gerechtfertigt sei, und daraufhin gebeten, in Zukunft davon Abstand zu nehmen. Der Magistrat steht auf dem Standpunkte, daß zunächst keine Veranlassung vorliege, den Beamten, um die es sich handelt — es sind nur diejenigen Beamten, die mit der Kassenführung zu tun haben — die jetzige Kaution zurückzugeben, um so weniger, da diese einen Antrag darauf nicht gestellt haben. Auch in Zukunft sei es nicht angezeigt, auf eine Kautionsstellung durch diese Beamten zu verzichten. Dagegen wird anerkannt, daß es möglicherweise für diejenigen Beamten, denen es an eigenen Mitteln fehlt, schwierig sein würde, sich die Kaution zu verschaffen, und daß sie vielleicht bei der Beschaffung zu außergewöhnlichen Opfern greifen müßten, daß es unter diesen Umständen gerechtfertigt sei, eine Versicherung zuzulassen, also eine Institution, durch welche die Beamten gegen Zahlung einer jährlichen Prämie den Magistrat dahin sichern, daß die betreffende Gesellschaft die Kautionssumme für die Beamten zu zahlen hat, respektive für etwaige Unredlichkeiten der Beamten bis zur Höhe der Kautionssumme aufzukommen hat.

Es ist ferner dem Schreiben des Magistrats beigelegt eine Zusammenstellung der Jahresberichte der Stuttgarter Mit- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft als derjenigen Gesellschaft, die sich in Deutschland hauptsächlich mit diesem Zweige der Versicherung befaßt. Der Bericht ergibt, daß die Gesellschaft durchaus solide fundiert ist, daß der Geschäftskreis sich ständig erweitert und sie insbesondere bedeutende Reserven hat. Zum Schluß des Geschäftsjahres 1909 hat die Gesellschaft über 3 900 000 *M* Werte verfügt, dieser Bestand hat sich 1910 auf

4 100 000 *M* und 1911 auf 4 250 000 *M* erhöht, während entsprechende Gewinnsummen an die Aktionäre verteilt sind. Der Magistrat ist unter diesen Umständen der Ansicht, daß insbesondere diese Gesellschaft als geeignet erscheint, bei der Versicherung der Beamten für die Gemeinde genügende Sicherheit zu schaffen, während er glaubt, die Entscheidung für jeden einzelnen Fall vorbehalten zu sollen, wenn etwa ein Beamter bei einer andern Gesellschaft eine Kautions-Versicherung vornehmen sollte. Ferner ist noch ausgeführt, daß außer diesem Wege, der hier vorgeschlagen und verhältnismäßig billig ist — es beträgt die Jahresprämie 5 vom Tausend der Versicherungssumme — noch ein anderer vorhanden ist: daß die Stadt ihrerseits eine Versicherung gegen die Schäden durch Veruntreuung eingeht. Bei einer derartigen, sogenannten Kollektivversicherung würden aber verhältnismäßig bedeutende Opfer gebracht werden müssen. Es würde die Prämie betragen bei der Versicherung einer gleich großen Anzahl Beamten wie bei uns, und bei einer Versicherungssumme von 50 000 *M* 1744,90 *M*, bei einer solchen von 75 000 *M* 2326,55 *M*, und bei einer Versicherungssumme von 100 000 *M* 2908,20 *M*. Bei einer Einzel-Versicherung würde die Jahresprämie billiger sein und nur 2½ pro Mille als Versicherungsprämie zu zahlen sein. Dann würde aber die Gesellschaft nur einmal während der ganzen Versicherungsdauer haften. Der Magistrat ist der Ansicht, daß es unter diesen Umständen als angemessen erscheint, die Kautionsversicherung an sich zuzulassen, aber nur in der Form, daß die Beamten ihrerseits die Versicherung nehmen und die Policen der Stadt als Sicherheit zur Verfügung stellen, und ferner, daß nach dem derzeitigen Befund die Stuttgarter Mit- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft als eine Gesellschaft anzusehen sei, deren Kautionsversicherung genügend erscheint, während es in jedem andern Falle dem Magistrat überlassen bleiben soll, zu entscheiden, ob er die betreffende Gesellschaft als leistungsfähig anerkennen will.

Die Statutenkommission hat die Angelegenheit beraten und hat sich durchgehend auf den Standpunkt des Magistrats gestellt. Sie empfiehlt Ihnen, dem Magistratsantrage stattzugeben.

Stadtv. Leue: Es handelt sich hier hauptsächlich um diejenigen Beamten, welche nicht in der Lage sind, ihre Kautions sofort selber zu bestellen. Nun möchte ich an den Magistrat die Anfrage richten, ob nach den jetzt bestehenden Bestimmungen zulässig ist, daß die Beamten, die nicht sogleich die volle Kautions stellen können, ihre Kautions ratenweise einzahlen. Es findet das bei verschiedenen Behörden statt und hat den Vorteil, daß diese Einzahlung für den Beamten gleichsam eine Sparkasse ist, während bei der Versicherung der Beamten das Geld für die Prämien los ist.

Oberbürgermeister Netemeyer: Wir haben darüber keine formelle Bestimmung. Soweit ich unterrichtet bin, haben sich diejenigen Beamten, die nicht in der Lage waren, aus eigenen Mitteln die Kaution zu hinterlegen, an Verwandte oder Befreundete gewandt, sich von diesen das Geld beschafft und dann ihre Schuld allmählich abgetragen. Für uns ist diese Art der Hinterlegung angenehmer, denn ich fürchte, wenn wir die Kaution allmählich einzahlen ließen, dann kämen Gesuche um Stundung und die Kaution käme schließlich gar nicht zusammen.

Stadtrat von Frankenberg: Als dasjenige Magistratsmitglied, welches das Hinterlegungswesen bearbeitet, möchte ich bemerken, daß mir kein einziger Fall bekannt ist, in dem die Kaution nach und nach eingezahlt wäre. Wenn man aber die Schwierigkeiten, die sich für den einzelnen Beamten bei Stellung der Kaution ergeben könnten, richtig würdigt, so wird man um so eher der heutigen Vorlage zustimmen können.

Stadtv. Reue: Ich danke für die Auskunft, die gegeben worden ist und möchte nur noch sagen, daß es für viele Beamte angenehmer wäre, wenn sie sich nicht an andere Leute zu wenden brauchten und ihnen, selbstverständlich nur auf Wunsch, gestattet würde, die Kaution nach und nach einzuzahlen. Es soll das kein Antrag sein, sondern nur eine Bitte, der Magistrat möge das seinerzeit einmal erwägen.

Stadtv. Tolle: Nach meinem Wissen ist früher im deutschen Reichsdienst usus gewesen, daß denjenigen Beamten, die nicht in der Lage waren, die Kaution zu stellen, ratenweise Abzüge vom Gehalt gemacht wurden, bis die Höhe der Kaution erreicht war. Wieviel abgezogen ist, weiß ich nicht. Ich glaube aber nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß in Preußen oder bei den Beamten im deutschen Reich dieses Verfahren auch jetzt noch obwaltet.

Oberbürgermeister Netemeyer: Uns sind derartige Gesuche bislang noch nicht unterbreitet. Wenn ein Beamter für eine Stelle gewählt war, bei der eine Kaution zu hinterlegen ist, sind die Beträge regelmäßig sofort eingezahlt. Ich habe nur unter der Hand gehört, daß die Beamten sich hier und da einmal das Geld haben zusammenleihen müssen. Es läßt sich ja darüber sprechen, ob wir eine allmähliche Einzahlung der Kaution zulassen wollen. Wenn insbesondere die Herren Stadtverordneten keine Bedenken dagegen haben, so wird, wie ich glaube, auch der Magistrat nicht dagegen sein.

Die Versammlung beschließt nach den Anträgen des Magistrats.

11. Verwilligung von Mitteln zur Veranstaltung eines Fortbildungskurses für Fachlehrerinnen.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Von Herrn Schuldirektor Prof. Dr. Rehfuß ist angeregt worden, für die Lehrerinnen in den weiblichen Handarbeiten einen Fortbildungskursus zu veranstalten, da es als wünschenswert angesehen wird, daß der Lehrplan für die weiblichen Handarbeiten in dem Sinne umgestaltet wird, daß die praktische Brauchbarkeit der gefertigten Gegenstände mehr als bisher in den Vordergrund gestellt wird. Mit den dadurch notwendig werdenden Änderungen in der Technik des Handarbeitsunterrichts seien die Fachlehrerinnen nicht genügend vertraut, und es hätten infolgedessen auch schon in andern Orten, z. B. in Hannover, Stettin, Berlin und Hagen, solche Kurse stattgefunden. Der Schulpflicht hat sich ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen. Als Leiterinnen derartiger Kurse kommen nur Gewerbeschullehrerinnen in Betracht, die schon wiederholt solche Kurse abgehalten haben. Zwei Lehrerinnen aus Berlin sind bereit, in den kommenden Osterferien 10 Tage lang für die hiesigen Handarbeitslehrerinnen einen solchen Kursus zu veranstalten, und eine dritte Lehrerin würde in der Hälfte der Zeit mitzuwirken haben. Die hiesigen Handarbeitslehrerinnen haben sich ohne Ausnahme bereit erklärt, an dem Kursus teilzunehmen; für sie würde er unentgeltlich sein. Aber auch aus einigen andern Städten des Herzogtums liegen Wünsche zur Teilnahme vor, und für diese Auswärtigen würde dann ein Beitrag zu zahlen sein. Die hiesigen Lehrerinnen sind auch bereit, das Material, welches sie für diese Arbeiten nötig haben, aus eigenen Mitteln zu beschaffen, wenn sie Eigentümerinnen der angefertigten Gegenstände bleiben. Der Kursus würde sich erstrecken auf Wäschezeichnen, Wäschenähen, Schneidern, Verzierungsarbeiten, Stofflehre und Methodik des Unterrichts. Die Kosten für den Unterricht setzen sich folgendermaßen zusammen: Reisegeld für 3 Lehrkräfte 50 *M*, Honorar für 132 Stunden 528 Mark, Entleihung von Nähmaschinen 15 *M*, kleinere Ausgaben 32 *M*, im ganzen 750 *M*. Der Stadtmagistrat ist mit der Abhaltung dieses Kursus einverstanden und empfiehlt den geehrten Herren, 750 *M* dafür aus der Luise Ottmer-Stiftung, Abteilung II, zu bewilligen. — Die Schulkommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt und schlägt den geehrten Herren vor, in diesem Sinne zu beschließen.

Die 750 *M* werden verwilligt.

12. Zinserhöhung für die stadtseitig ausgeliehenen Hypotheken.

Stadtv. **Löhnesinze**: Das Herzogliche Finanzkollegium, Abteilung für Leihhausachen, hat den Zinsfuß für hypothekariſche Ausleihungen auf $4\frac{1}{4}$ Prozent

pro anno erhöht. Der Stadtmagistrat wünscht diesem Vorgang zu folgen und auch seinerseits den Zinsfuß für Ausleihungen aus dem Stamm- und Vorratsvermögen der Kammereikasse, aus dem Vorratsvermögen der Kreiskommunalkasse, aus der Armenkasse usw. zu erhöhen, und zwar vom 1. Juli dieses Jahres ab. Die Hypothekenschuldner sollen aufgefordert werden, von diesem Termin ab eine Verzinsung in Höhe von $4\frac{1}{4}$ Prozent zu zahlen unter Hinweis auf die im etwaigen Ablehnungsfalle erfolgende Kündigung der betreffenden Kapitalien.

Es sind also die beiden Fragen zu erörtern, ob ein solches Vorgehen zurzeit durchführbar und angemessen erscheint. Die Bejahung dieser Fragen halte ich ohne weiteres für gegeben. Ich darf wohl nur verweisen auf das Bild, welches schon seit geraumer Zeit die auswärtigen Geldmärkte, insbesondere aber unser deutscher Geldmarkt und vor allem unser deutscher Hypothekenmarkt bietet. Unser deutsches Zentralinstitut ist durch die Ansprüche seitens des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft, ferner durch die Bedürfnisse des Staates und der Kommunen schon seit langer Zeit derartig in Anspruch genommen worden, daß sich ein großes Mißverhältnis zwischen dem nötigen Umlauf und der Golddeckung herausgebildet hat. Zum Schutz unseres Goldbestandes hat der Reichsbankdiskont und der Reichs Lombardsatz fortgesetzt eine Steigerung erfahren. Ich erwähne beispielsweise, daß sich im Jahre 1912 die Durchschnitts-Diskontrate auf 4,92 Prozent und die Durchschnitts-Lombardrate auf 5,92 Prozent belaufen hat. Dabei möchte ich erwähnen, daß diese Durchschnittsraten in beiden Semestern die gleiche Höhe erreichte. Man sieht daraus, daß die Anspannung des Geldmarktes eine fortwährende war. Wie lange die Anspannung des Geldmarktes noch währen wird, ist schwer zu sagen; das eine aber dürfte wohl feststehen, daß, wenn auch nach Aufhören der verschiedenen politischen Beklemmungen, die jetzt auf dem deutschen Volke im besonderen lasten, erhebliche Kapitalien, die im Besitz des Privatpublikums und in den Tresoren der Banken aufgespeichert sind, in den Verkehr zurückfließen, die eintretende Geldflüssigkeit nicht lange währen wird, und zwar angesichts der Anforderungen, welche von seiten des Staates und einer großen Anzahl von Kommunen an den Geldmarkt herantreten werden. Es sind außerdem noch erhebliche außerdeutsche Anleihen zu erwähnen, die befriedigt werden müssen, und ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich behaupte, daß die Anspannung des Geldmarktes im laufenden Jahre immerhin noch eine nennenswerte sein wird. Wenn auch der Zinsfuß sich vorübergehend ermäßigen dürfte, so wird doch eine derartige Ermäßigung unter keinen Umständen zu erwarten sein, daß derselbe den Hypothekenzinsfuß von $4\frac{1}{2}$ Prozent oder $4\frac{1}{4}$ Prozent gar unterschritte. Wer jetzt Geld braucht, muß sich nolens volens zu Opfern entschließen. Und anderseits wird die jetzige Lage auch selbstverständlich durch die Geldgeber zu ihrem Vorteil ausgenutzt. So verfahren z. B. die deutschen Hypothekenbanken.

Ich habe mich eingehend informiert über die Maßnahmen, welche seitens der Hypothekenbanken zurzeit getroffen werden, und habe gefunden — ich war selbst darüber erstaunt —, daß erstklassige Objekte an erster Stelle zurzeit mit $4\frac{5}{8}$ Prozent beliehen werden, nur in Ausnahmefällen geht der Zinsfuß auf $4\frac{1}{2}$ Prozent herunter. Dabei erwähne ich als erschwerendes Moment, daß die Hypothekenbanken zurzeit bestrebt sind, solche Abschlüsse von Hypotheken zu einer so hohen Verzinsung auf die Dauer von 10 Jahren vorzunehmen. Ferner erwähne ich, daß die Hypothekenbanken bei diesem Vorgehen fast auf keinen Widerstand stoßen. Das ist ein sehr bemerkenswertes Zeichen für die heutige Lage des Geldmarktes. Außerdem will ich nicht unerwähnt lassen — das wird den meisten der Herren bekannt sein —, daß das Privatpublikum seinerseits schon seit langer Zeit mit Erhöhung der Hypothekenzinsen vorgeht. Ich weiß aus meiner eigenen Praxis: jeder Hypothekenschuldner ist froh, wenn ihm das Kapital zunächst belassen wird, es erhebt sich gar kein Einwand gegen einen hohen Zinsfuß.

Was nun im einzelnen statthast erscheint, das dürfte wohl ohne weiteres für ein städtisches Gemeinwesen statthast sein. Wenn die Stadt ihre Einnahmen auf diese nach Ansicht der Finanzkommission zulässige Weise steigert, so ist nichts dagegen einzumenden. Ich darf noch bemerken, daß die Beleihungsgrenze, bis zu welcher die Stadt Braunschweig schreitet, höher bemessen ist als die Beleihungsgrenze der Hypothekenbanken. Man sieht aus den alljährlich zur Veröffentlichung kommenden Jahresberichten der Hypothekenbanken, daß die den Hypotheken als Unterlage dienenden Objekte nur etwa bis zu einer Höhe von 50 bis höchstens 54 Prozent beliehen sind. Die Stadt Braunschweig gibt bis zu 60 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Ermittlung des Pfandwertes der Objekte bei der Stadt und bei den Hypothekenbanken wohl dieselbe ist.

Ich habe aus dem Etat zusammengestellt, wie hoch augenblicklich der Hypothekenbestand der Stadt sich beläuft, und habe gefunden, daß das ein Betrag von 2 028 000 *M* ist. Davon ist nur eine kleine Summe, 3300 *M*, ausgeliehen zu 3 Prozent, 154 000 *M* zu $3\frac{1}{2}$ Prozent, 22 000 *M* zu $4\frac{1}{4}$ Prozent, also die Summe der Hypotheken zu 4 Prozent stellt sich auf 1 158 000 *M*. Darin befinden sich unter andern 300 000 *M*, welche auf dem Schwesternhause vom Roten Kreuz ruhen. Diese 300 000 *M* dürften wohl von der Zinserhöhung ausgeschlossen sein, zumal wenn man bedenkt, daß die Stadt dem Schwesternhause einen laufenden Zuschuß gewährt. Immerhin würden 1 550 000 *M*, unter Zinszurechnung der übrigen 1 700 000 *M*, für eine Zinserhöhung in Betracht zu ziehen sein. Das würde eine erhöhte Zinseinnahme von jährlich über 4000 *M* für die Stadt bedeuten. Es ist das zwar keine erhebliche Summe, aber die Finanzkommission nimmt doch Veranlassung, den geehrten Herren vorzuschlagen, Ihre Bewilligung zu der Zinsfußerhöhung zu erteilen, besonders im Hinblick auf

die für eine Zinsfußerhöhung noch fernerhin in Betracht kommenden Kapitalien der milden Stiftungen. Diese milden Stiftungen verfügen zurzeit über ein Vermögen von ungefähr 20 Millionen Mark. Davon ist bei weitem der größte Teil in Hypotheken belegt. Würde der Zinsfuß dieser Hypotheken um $\frac{1}{4}$ Prozent erhöht werden, so dürfte man mit einer Mehreinnahme von 40 000 *M* jährlich für die Zwecke der milden Stiftungen zu rechnen haben.

Ich habe also namens der Finanzkommission den geehrten Herren die Genehmigung des Magistratsantrages auf Erhöhung des Zinsfußes der aus städtischen Mitteln gewährten Hypothekendarlehen zu empfehlen.

Stadtv. Meyerhoff: Der Herr Referent hat soeben das, was für und wider die Maßregel sprechen könnte, eingehend dargelegt. Weil das Leihhaus diesen Sprung gemacht hat, soll auch die Stadt nachfolgen, und für die eigenen städtischen Gelder wird der höhere Zinsbetrag 4 000 *M* ausmachen. Die Rechnung stimmt freilich, aber der Herr Referent hat auch gesagt, daß die Hypothekenschuldner nolens volens ihre Genehmigung geben müssen. Es liegt das aber nicht allein an der Spannung des Geldmarktes, sondern vor allem an der unglücklichen Belastung des Grundbesitzes, so daß er bei der Spannung des Geldmarktes kein Geld bekommen kann. Wenn die Stadt in die gleichen Fußstapfen wie das Leihhaus wegen der 4 000 *M* tritt (die Stiftungsgelder will ich einstweilen aus dem Spiel lassen), so weiß ich nicht, ob es im Interesse der Stadt liegt, diese Maßregel zu ergreifen und eine solche Beunruhigung in den Hypothekenmarkt der Stadt Braunschweig zu bringen. Da hätte ich lieber gesehen, die Stadt Braunschweig hätte in früherer Zeit ihre Hypotheken gekündigt und Staatspapiere gekauft, hätte noch Geld zugelegt und wäre den Herren Bankiers in die Finger gekommen, womit sie dann erst recht in der Tinte säße. Wenn die Stadt erste Hypotheken gibt und, wie der Herr Referent sagt, die Beleihungsgrenze höher zieht als das Leihhaus, so weiß sie doch, daß sie Nummer Sicher geht, denn wo kann jemand sein Geld sicherer anlegen als in guten Hypotheken! Einige, die die Erhöhung trifft, werden sie wohl tragen können, aber wie wird die Rückwirkung des ganzen Vorgehens sein? Wenn die Stadt mit der Erhöhung des Zinsfußes vorgeht, wie wir es schon einmal erlebt haben, dann werden die sämtlichen privaten Hypothekengläubiger in der Stadt nachfolgen. Sie werden sagen: Wenn die Stadt sich nicht geniert, hohe Zinsen zu nehmen, wir haben es, bei Gott! nicht nötig! Wie weit das eingreifen wird, das hat sich, glaube ich, die Finanzkommission nicht reiflich überlegt. Ich bedauere, für diese Maßregel nicht stimmen zu können. 4000 *M* bringt sie ein, und für 4 Millionen schädigt sie die Grundbesitzer. (Widerspruch.) Ja, das tut sie, sie bringt den Kredit des Grundbesitzers herunter. Und noch eins: Wir haben bewilligt, Arbeiterwohnun-

gen von Seiten der Stadt zu bauen, die Baugenossenschaft mit Kapital zu unterstützen. Wohin führt das? Diese bekommen das Geld billig, aber der Privatunternehmer oder der Privatgrundbesitzer soll immer mehr Zinsen aufbringen, und nachher sollen die Mieten ein gleiches Maß halten. Ich möchte vor dieser Maßregel warnen. — Der Herr Referent hat noch gesagt, die Hypothekenbanken nehmen $4\frac{1}{2}$ Prozent, und das würde ihnen auch nolens volens bewilligt. Dies nolens volens ist ein eigentümlicher Ausdruck; ich sage immer: Wie wenn einem das Messer an der Kehle sitzt, so geht es mit diesen Hypothekenbanken. Ich spreche es offen aus: Die Forderungen der Hypothekenbanken grenzen jetzt nahe an Wucher heran. Sie verlangen noch Extra-Provision, hohe Zinsen und Bindung auf 10 Jahre, und das nenne ich nach meinem Gefühl Bewucherung. Mögen die Hypothekenbanken mich verklagen, wenn sie sich beleidigt fühlen, ich habe nichts dagegen und beweise ihnen vielleicht noch mehr.

Ich kann auch nicht anerkennen, daß die Spannung zwischen Hypothekenzinsfuß und Bankdiskont eine abnorme ist. Das Diskontgeschäft ist doch immerhin mit mehr Risiko verbunden als das glatte Verleihen von erstgestellten Hypotheken, und da ist eine Spannung von 0,92 Prozent im jährlichen Durchschnitt nicht zu hoch. Und wenn wir die 0,25 Prozent abrechnen, um die Hypothekenzinsen erhöht werden sollen, so bleibt nur eine Spannung von 0,67 Prozent. Das ist nicht zuviel, und deshalb kann ich nicht anerkennen, daß wir gezwungen sind, zu dieser Maßregel zu greifen. Hinzu kommt noch, daß dieser Diskont steigt und fällt, je nachdem die Konjunktur auf dem Geldmarkt ist, aber eine Herabsetzung des Hypothekenzinsfußes ist eine viel schwierigere Arbeit. Wenn der Diskontsatz einmal auf $3\frac{1}{2}$ Prozent herabsinken würde und die Hypothekenschuldner kämen und sagten: „Stadt, nun setze uns $\frac{1}{4}$ Prozent herab“, so würde das Schwierigkeiten machen. Ich vermiße, daß man dann den Hypothekenschuldnern wieder entgegenkommen will. Mit anderen Worten: Die $4\frac{1}{4}$ Prozent werden, wenn wir sie heute bewilligen, ein dauernder Satz bleiben. (Widerspruch.) Stimmen Sie dem nicht zu! Wegen der 4000 M., die Sie für die Stadt herausholen, bin ich für eine solche Maßregel nicht zu haben; ich bitte, lehnen Sie den Antrag ab.

Vorsitzender: Gestatten Sie mir, als dem Vorsitzenden der Finanzkommission, wenige Worte. Ich nehme nicht an, daß der Herr Vorredner das, was er den Hypothekenbanken vorgeworfen hat, der Finanzkommission oder uns im ganzen hat vorwerfen wollen, aber seine Worte hatten einen bedenklichen Beigeschmack. Bei uns in der Finanzkommission war es selbstverständlich nicht das Resultat von 4000 M., was uns bewog, der Erhöhung des Zinsfußes zuzustimmen. Wir sagten uns einfach: „Der billigere Zinsfuß würde ein Geschenk sein an die zufällig augen-

blicklichen Besitzer der Hypotheken aus der Hand der Stadt Braunschweig, und ein derartiges Geschenk aus öffentlichen Geldern zu machen, sind wir nicht berechtigt.“ Da wir nur mit einer Erhöhung auf $4\frac{1}{4}$ Prozent gekommen sind, während überall für solche Hypotheken $4\frac{1}{2}$ Prozent gezahlt werden, so glaubten wir in der Finanzkommission, das nobile officium vollkommen gewahrt zu haben. Ich möchte von der Finanzkommission jede derartige Beschuldigung abwenden, als wenn sie nicht das nobile officium der Stadt vollkommen gewahrt hätte. Wir sind als Stadtvertreter verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Besitztümer der Stadt so gut wie möglich verpachtet und vermietet werden, und sind nicht berufen und imstande, Gelder zu $3\frac{1}{2}$ oder 4 Prozent ausgeliehen zu lassen, wie es jetzt ist. Was das Kapital betrifft, das mit 3 Prozent feststeht, so ist das mit der Schule für Zuckerindustrie vor 30 Jahren abgemacht, daran können wir nichts ändern, sonst aber gehen die ganzen Hypotheken selbstverständlich den Weg der vorgeschlagenen Erhöhung. — Dann möchte ich dem widersprechen, daß die unglücklichen Hypothekenbesitzer nicht in der Lage wären, wenn die Höhe des Zinsfußes auf dem Geldmarkt heruntergeht, mit Anträgen auf Herabsetzung des Hypothekenzinses zu kommen. Das geht sehr wohl, wie wir es erlebt haben, daß zu Zeiten der Miquelschen Finanzpolitik der Zinsfuß von $4\frac{1}{4}$ auf 3,8 Prozent herabsank. Sie können ganz ruhig der Finanzkommission zustimmen, ohne mit dem Gewissen nach Hause zu gehen, Sie hätten Schlimmes Ihren Mitbürgern gegenüber getan.

Oberbürgermeister Metemeyer: Das in Rede stehende Vorgehen ist veranlaßt durch dem Umstand, daß die Finanzkommission und die Herren Stadtverordneten in letzter Zeit Anträgen des Magistrats auf Ausleihung von Hypotheken zu 4 Prozent widersprachen. Der Magistrat mußte die Weigerung, zu 4 Prozent städtische Gelder auszuleihen, als durchaus berechtigt anerkennen, und es sind deshalb die letzten Hypotheken zu $4\frac{1}{4}$ Prozent ausgeliehen. Nun glaube ich, ist es einfach ein Akt der Gerechtigkeit, wenn gesagt wird, dann müssen jetzt allgemein die städtischen Gelder zu $4\frac{1}{4}$ Prozent ausgeliehen werden. Ist dieser Zinsfuß gerechtfertigt, so muß man fragen: Können wir die früher ausgeliehenen Hypotheken noch zu 4 Prozent stehen lassen? Ich kann nicht anerkennen, daß durch dieses Vorgehen des Magistrats, falls es Ihre Genehmigung finden sollte, eine Unruhe auf den Geldmarkt gebracht würde, ich bin vielmehr der Ansicht, es wird dadurch eine gewisse Ruhe hervorgebracht. Man könnte sehr wohl auf die gegenteilige Ansicht kommen, nämlich daß die Stadt, wenn sie ihr Geld anderweit gut zu einem höheren Zinsfuß anlegen könnte, die Hypotheken kündigen würde. Wird der Zinsfuß von $4\frac{1}{4}$ Prozent von seiten der Grundstückseigentümer als gerecht-

fertigt anerkannt, dann können sie sich auch der Hoffnung hingeben, daß sie Ruhe haben und nicht mit den Hypothekenbanken zu tun bekommen.

Wenn weiter Herr Meyerhoff meint, es sei ausgeschlossen, den Zinsfuß wieder herunterzubringen, so weise ich darauf hin, daß wir Zeiten gehabt haben, wo eine Anfrage nach der andern kam, ob die Stadt nicht bereit wäre, ihren Zinsfuß von 4 auf $3\frac{3}{4}$ Prozent oder $3\frac{1}{2}$ Prozent zu ermäßigen, und es sind derzeit, wo das Geld billig war, — Sie werden sich dessen erinnern — einige Rückzahlungen erfolgt; ich gebe aber zu, die Anzahl der Rückzahlungen war gering, weil man im allgemeinen gern das Geld behält, welches die Stadt vorleiht.

Herr Meyerhoff hat weiter gemeint, es würde die Folge dieses Vorgehens sein, daß auch die privaten Hypotheken durchweg erhöht würden. Ich bin nicht genau darüber orientiert, aber ich glaube behaupten zu dürfen, daß die Mehrzahl der privaten Hypothekengläubiger jetzt schon $4\frac{1}{4}$ und $4\frac{1}{2}$ Prozent nimmt und wir nur nachklappen. Was die Stiftungsgelder betrifft, so sind bereits verschiedene Hypotheken durch die Stiftungen auch im Zinsfuß erhöht. Aber das ist Sache der einzelnen Stiftungsvorstände, wie sie ihr Geld anlegen wollen. Wie ich zur Beruhigung des Herrn Meyerhoff sagen kann, sind die Stiftungen nicht verpflichtet, wenn die Stadt ihren Zinsfuß erhöht, damit nachzukommen. Bei den Stiftungsgeldern kann man sich auf einen anderen Standpunkt stellen, weil die Stiftungen im allgemeinen wohlthätige Zwecke verfolgen, und wenn der eine oder andere Stiftungsvorstand meint, auch die Grundbesitzer sind augenblicklich notleidend, kann eine große Zahl von Hypotheken auf 4 Prozent stehen bleiben.

Im übrigen darf man sagen: Mit der Tatsache, daß der Zinsfuß von jeher und auch in Zukunft immer ein variabler sein wird, muß jeder rechnen, der Geldgeschäfte macht. Es wäre nicht gerechtfertigt, wenn eine Gemeinde sich auf den Standpunkt stellen wollte: „Mir ist der Zinsfuß auf dem Geldmarkt ganz egal, ich bleibe bei meinem festen Zinsfuß.“ Das müssen auch die Hypothekenschuldner wissen, und sie wissen es auch.

Daß schließlich die Stadt, wenn ein so allgemeines Steigen der Ausgaben im Gange ist, wie es augenblicklich der Fall ist, versuchen muß, ohne Steuererhöhung ihre Einnahmen einzubringen, liegt auf der Hand, und wenn dieser Betrag auch gering ist, so schien es uns doch in Rücksicht auf den allgemeinen Geldmarkt und seinen Zinsfuß gerechtfertigt zu sein, diese Erhöhung auf $4\frac{1}{4}$ Prozent vorzunehmen.

Stadtv. Busch: Eigentlich erübrigt es sich, über diese Sache viel zu reden, und ich wundere mich, daß Kollege Meyerhoff, mit dem ich sonst gemeinschaftliche Interessen habe, und der auch der Finanzwelt nahe steht, sich so darüber aufregt.

Sie können jeden Menschen fragen, er wird Ihnen bestätigen, daß die Geldknappheit so ausgeprägt ist, wie nie zuvor. Wenn eine Behörde wie der Magistrat jetzt auch dem Leihhaus nachfolgt, so ist das so natürlich, daß man sich im Publikum wundern würde, wenn es nicht geschähe. Der Magistrat sagt doch auch: Wird das Geld billiger, so kommen wir auch wieder entgegen, denn so ist doch die Vorlage gemeint. Wir sollten doch hiermit die Sache beschließen, denn es ist wirklich nichts Außerordentliches, was der Magistrat fordert, es entspricht doch der ganzen Zeitlage. Ich empfehle, die Erhöhung auf $4\frac{1}{4}$ Prozent anzunehmen.

Stadtv. **Sander:** Ich will nicht zur Sache sprechen, sondern mich nur gegen einige Worte des Herrn Vorsitzenden wenden. Er sagte, es würden jetzt überall für erste Hypotheken $4\frac{1}{2}$ Prozent bezahlt. Das ist durchaus nicht der Fall. Wenn solche Worte von der Stelle fallen, so hat das eine tief einschneidende Wirkung nach außen; deshalb möchte ich sie berichtigen, damit nicht nach außen hin unrichtige Konsequenzen daran geknüpft werden. Es gibt noch sehr viel Hypotheken, die mit 4 Prozent verzinst werden. Es gibt noch eine Menge Bürger, die sich sagen: Ich habe eine sichere Hypothek und bin dann auch mit 4 Prozent zufrieden.

Stadtv. **Probst:** Ich muß entgegen Herrn Meyerhoff auch sagen: Eine gewisse Berechtigung, den Zinsfuß von 4 auf $4\frac{1}{4}$ Prozent zu erhöhen, muß ich anerkennen schon deshalb, weil auch das Leihhaus $4\frac{1}{4}$ Prozent nimmt. Aber im Laufe der Jahre hat auch das Leihhaus mit seinem Zinsfuß sehr geschwankt. Ich entsinne mich, daß es für erststellige Hypotheken $3\frac{3}{4}$, $4\frac{1}{4}$, 4 und jetzt wieder $4\frac{1}{4}$ Prozent genommen hat. Ich vermiße in der Antwort des Herrn Oberbürgermeisters die Zusicherung, daß, wenn das Leihhaus jetzt oder im Laufe einiger Jahre wieder auf 4 Prozent zurückgeht, auch der Magistrat sagen wird: „Wir gehen auch wieder auf 4 Prozent zurück“, daß er nicht erst einen Antrag seitens der Hypothekenschuldner abwartet, sondern aus freien Stücken den Zinsfuß wieder herabsetzen will. Wenn das der Fall sein würde, dann würde ich nicht dagegen sein, diesen Zinsfuß von $4\frac{1}{4}$ Prozent zu bewilligen.

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Ich glaube, die Sache liegt sehr einfach. Wenn der Fall eintreten sollte, den Herr Probst eben erwähnte, und der Magistrat würde den Zinsfuß nicht ermäßigen, dann würde er allerdings gewärtig sein müssen, daß eine Menge Hypotheken gekündigt würden. Die Leute würden ihr Geld dann einfach vom Leihhaus nehmen, denn die Beleihungsgrenze ist bei dem Leihhaus und bei der Stadt dieselbe. Der Magistrat kann jedoch beim besten Willen solch eine Zusicherung, wie gewünscht wird, nicht erteilen, weil er zu einer Zinsherabsetzung erst wieder die Zustimmung der Stadtverordneten einholen muß.

Stadtv. Frede: Der Herr Oberbürgermeister sagte, es wäre eine Ungerechtigkeit gegenüber den alten Schuldnern, wenn bei Neubeleihung $4\frac{1}{4}$ Prozent von den Stadtverordneten gefordert seien. Ich glaube, wenn bei Neubeleihung durch die Stadt $4\frac{1}{4}$ Prozent verlangt werden, so wird man nichts dagegen haben können, und auch Herr Meyerhoff würde nicht dagegen protestiert haben. Eine andere Sache ist es, wenn eine allgemeine Erhöhung des Zinsfußes eintritt. Auch das Leihhaus hat den alten Schuldnern eine lange Zeit die Hypotheken zu 4 Prozent gelassen und hat erst jetzt bekanntgemacht, daß eine allgemeine Erhöhung Platz greifen soll. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen: wenn das Leihhaus oder die Stadt Braunschweig eine Erhöhung des Zinsfußes eintreten läßt, so ist das ein Signal für alle privaten Kapitalisten. Wie schon Herr Sander hervorgehoben hat, ist es nicht richtig, was der Herr Vorsitzende über den Zinsfuß sagte, daß die privaten Geldherleiher allgemein $4\frac{1}{4}$ oder $4\frac{1}{2}$ Prozent nehmen. Ich habe meine erste Hypothek von einer Sparkasse und zahle heute noch 4 Prozent. Die Stadt hat eine soziale Verpflichtung nicht nur nach den untersten Schichten hin, sondern für das Ganze, und die könnte sie darin suchen, daß sie dieses allgemeine Vorgehen vermiede.

Herr Meyerhoff hat noch nicht erwähnt, welches die endliche Folge dieser länger dauernden Kalamität auf dem Hypothekenmarkt sein wird: eine allgemeine Mieterhöhung. Liegt eine solche im Interesse der Stadt? Ich glaube nicht. Wir widerstreben, solange es geht, die Mieten in Braunschweig zu steigern, die, wie allgemein anerkannt wird, sehr mäßig sind. (Widerspruch.) Sie sind sogar sehr billig, ich habe Beweise davon. Wir haben auch vergleichende Statistiken mit andern Städten! Es ist hier einmal vom Magistratstisch aus gesagt, der Zuzug muß befördert, der Fortzug verhindert werden, besonders soweit die kapitalkräftige Bevölkerung in Frage steht. Dabei muß auch dieses Moment berücksichtigt werden. Auch der Magistrat hat anerkannt: ein Zugmittel für Braunschweig sind die niedrigen Mieten, allerdings neben anderen Verhältnissen, die auch in Frage kommen. Ich glaube, daß der Vorteil, den die Stadtgemeinde von den 4000 \mathcal{M} hat, nicht im Verhältnis steht zu dem Schaden, der durch eine allgemeine Mieterhöhung hervorgerufen würde. Es liegen schon so viel ungünstige Momente vor, die die Grundbesitzer dazu zwingen könnten; wenn nun noch eine allgemeine Erhöhung des Zinsfußes von der Stadt vorgenommen wird, dann können Sie sicher sein, daß infolge davon auch die Mieterhöhung eintreten wird, und das ist nicht zum Vorteil der Stadtgemeinde.

Stadtv. Meyerhoff: Einiges von dem, was ich sagen wollte, hat schon Herr Probst vorgebracht. Auch mich befriedigt die Antwort des Herrn Oberbürgermeisters nicht. Wenn der Zinsfuß des Leihhauses herabgesetzt wird, so wird das

öffentlich bekanntgemacht, und damit weiß jeder Bescheid: „Nun hast du weniger zu bezahlen“. Aber wenn die Stadt warten will, bis die Schuldner einen Antrag stellen, so bin ich der Ansicht, daß manch einer sich hüten wird, damit zu kommen, und zwar aus folgendem Grunde: Es kostet eine ganz gehörige Umschreibgebühr, wenn ein etwas größeres Hypothekenskapital verändert wird. In dieser Zwangslage sind die meisten Grundbesitzer, daß sie entweder die großen Umschreibkosten tragen oder die höheren Zinsen zahlen müssen. Da sagen sich die meisten Grundbesitzer: „Die Umschreibgebühr verschlingt eine so große Summe, daß ich 5—6 Jahre das viertel Prozent tragen kann.“ Ich hätte also gern die Erklärung gehört, daß man von der Stadt aus gleichfalls eine öffentliche Ankündigung erläßt, wenn der Zinsfuß herabgesetzt wird. — Das übrige hat Herr Frede schon gesagt. Ich fürchte auch, daß durch den höheren Prozentsatz eine Mieterhöhung veranlaßt wird.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich muß mich wohl nicht klar ausgedrückt haben, aber ich sollte meinen, daß aus meiner vorhin gegebenen Äußerung, daß wir uns im allgemeinen nach dem Geldmarkt und nach dem Zinsfuß, wie er überall üblich ist, zu richten haben, ohne weiteres folgen müßte: wenn der übliche Zinsfuß heruntergeht, wird die Stadt auch folgen. Soll ich noch erklären, daß ich jetzt den sämtlichen Schuldnern schreiben lasse: Wenn der Zinsfuß beim Leihause wieder heruntergeht, wollen wir ihn auch wieder ermäßigen? Wenn Herr Meyerhoff meint, daß ihnen damit gedient ist, so glaube ich, daß das nicht der Fall ist. Herr Meyerhoff ist ja selber in der Lage, jederzeit einen Antrag auf Ermäßigung des Zinsfußes zu stellen. Wenn er damit die Zustimmung der Stadtverordneten findet, wird der Magistrat auch folgen. Positiv erklären kann ich nur: Sobald das Leihhaus den Zinsfuß herabsetzt, wird die Stadt folgen müssen. Mehr kann ich nicht tun.

Stadtv. Hartung: Herr Meyerhoff hat sich vielleicht etwas zu kräftig ausgedrückt, aber ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich erkläre, daß eine tiefgehende Erbitterung unter den Grundbesitzern gegen das Vorgehen der Hypothekenbanken herrscht, das man als rücksichtslos bezeichnen kann. Die Hypothekenbanken genießen das Privileg von Staats wegen, Pfandbriefe auszugeben, und müßten sich mehr als öffentliche Institute und nicht nur als reine Erwerbsgesellschaften fühlen. Es ist nicht eine zulässige Ausnutzung der augenblicklichen Lage, sondern ist mehr als in der Ordnung, wenn man den Schuldner zwingt, auf 10 Jahre sich zu verpflichten, die hohen Zinsen zu bezahlen.

Was die heutige Vorlage betrifft, so wird sie veranlaßt durch das Vorgehen des Leihhauses. Dieses Vorgehen ist sicher sehr zu bedauern und erklärt sich wohl daraus,

daß man im Landtag der Meinung ist, das Leihhaus wird nicht genügend nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet. So mag es bei den sicherlich auch bei der Leihhausverwaltung aufgetauchten schweren Bedenken gekommen sein, daß man sich entschloß, dem von den Hypothekenbanken eingeschlagenen Wege zu folgen, und die Stadtgemeinde glaubt, sich dem anschließen zu müssen. Die Gründe der Finanzkommission sind ja nicht von der Hand zu weisen, allerdings kann ich nicht als richtig zugeben, wenn man sagt, es werde bei Lage der Sache denjenigen ein Geschenk gemacht, welchen der niedrige Zinsfuß gelassen wird. Der Vertrag mit dem Hypothekenschuldner ist auf der Grundlage von 4 Prozent gemacht, und dieser hat mit der Zinssumme gerechnet. Es ist für ihn eine üble Überraschung, wenn der Zinsfuß heraufgesetzt wird, da die Umleihe der Gelder eine sehr kostspielige Sache ist. Die Frage, ob die Stadt $\frac{1}{4}$ Prozent mehr erheben soll, ist finanziell für sie ziemlich gleichgültig, denn für die Stadtgemeinde macht es nicht viel aus. Insofern ist das größte Bedenken gegen die Vorlage erledigt, als von dem Herrn Oberbürgermeister ausgeführt ist, daß man nicht daran denke, die Stiftungen zu veranlassen, dem Vorgehen der Stadt zu folgen. Allerdings werden ja doch viel Stiftungsvorstände Veranlassung nehmen, mit der Erhöhung zu folgen. Ich muß hoffen, daß das nicht allgemein der Fall sein wird, denn das würde eine große Menge der Grundbesitzer in sehr bedenklicher Weise belasten. Ich kann auch nicht anerkennen — wie schon Herr Frede ausgeführt hat —, daß eine Ungerechtigkeit darin liegt, wenn man neues Kapital zu $4\frac{1}{4}$ Prozent ausleiht und bei den früheren Kapiteln den alten Zinsfuß beläßt. Die Verhältnisse sind eben verschieden. Die damaligen Hypothekennehmer haben mit 4 Prozent gerechnet und rechnen noch damit, während diejenigen, die heute sich mit einer Darlehnsforderung an die Stadt wenden und das Geld zu $4\frac{1}{4}$ Prozent bekommen, ihren Etat darnach einrichten. Ich bitte deshalb, die Erhöhung abzulehnen. Sie wird für die Stadt selber keine gewaltige Wirkung haben, und das Bedenkliche an der Sache ist, daß sie überhaupt zur Sprache gebracht ist.

Stadtv. Munte: Nachdem die Verhältnisse durch den Herrn Oberbürgermeister und die übrigen Redner schon so weit geklärt sind, erübrigt es sich, weiter darauf einzugehen. Ich möchte Herrn Meyerhoff nur zur Erwägung geben, daß man auch das Vertrauen zu der Behörde haben muß, daß, wenn das Leihhaus mit einer Erniedrigung des Zinsfußes vorgeht, auch bei uns der gleiche Antrag gestellt wird. Außerdem hat, wie der Herr Oberbürgermeister schon gesagt hat, jeder einzelne Stadtverordnete das Recht, den Antrag zu stellen, den Zinsfuß wieder herunterzusetzen. Ich bitte um Annahme der Vorlage.

Stadtv. Busch (beantragt Schluß der Debatte).

Vorsitzender: Sind wir gezwungen, in der nächsten Zeit eine Anleihe aufzunehmen — und das werden wir sein —, so wird die Stadt das Geld zu 4 Prozent nicht bekommen. Wie sollten wir dazu kommen, das Geld, welches wir haben, billiger zu verleihen, als wir es selbst erhalten?

In der Abstimmung erklären sich 23 Stadtverordnete für Erhöhung des Zinsfußes auf $4\frac{1}{4}$ Prozent vom 1. Juli 1913 ab (erste höhere Zinszahlung am 1. Oktober 1913).

13. Rückzahlung von Hundesteuern.

Stadtv. Sander: Die Garnisonverwaltung bittet um Rückzahlung der Steuern für die Jahre 1911 und 1912, die für einen Hund bezahlt sind, der zur Bewachung des Wagenschuppens am Leonhardplatz bestimmt ist, da sie nach Verfügung des Kriegsministeriums vom 17. 6. 1911 zur Zahlung der Steuer nicht verpflichtet gewesen sei. In der Verfügung heißt es, daß das Reich von den Gemeinde- oder Kommunalverbänden auf Grund des § 3 des Reichsbesteuerungsgesetzes vom 15. April 1911 lediglich zur Umsatz- und Brausteuern herangezogen werden könne, Hundesteuern daher nicht mehr erhoben werden können. Der Magistrat hat sich an verschiedene Städte um Auskunft gewandt, wie die Sache dort gehandhabt ist. Berlin antwortet, daß ein derartiger Fall bisher nicht vorgekommen ist. Die Residenzstadt Potsdam berichtet, daß dort derartige Wächterhunde auf Grund der Potsdamer Hundesteuerordnung von der Steuer befreit sind, eine Heranziehung des Reiches zur Hundesteuer auch nach § 3 des Reichsbesteuerungsgesetzes überhaupt ausgeschlossen sei. Spandau schreibt, daß die Stadt in einer gleichartigen Angelegenheit das Gesuch zurückgewiesen hat.

Die Statutenkommission hat die Sache beraten und sich nicht auf den Standpunkt von Spandau gestellt, sondern schließt sich dem Magistrat an, daß die Rückzahlung der Hundesteuer für 1911 und 1912 zu genehmigen sei. Im Auftrage der Statutenkommission bitte ich, so zu beschließen.

Die Rückzahlung der fraglichen Steuer wird beschlossen.

14. Auerweite Nutzung des Brunonia-Grundstückes.

Stadtv. Friede: Es ist Ihnen bekannt, daß bei Übernahme des Grundstückes der Brunonia-Raffinerie der Magistrat sich vorbehalten hatte, Anträge auf weitere Nutzung des Grundstückes zu stellen. Von der anfänglichen Absicht des Verkaufs eines Teiles des Grundstückes ist der Magistrat abgekommen, weil die Stadt selbst in der Lage ist, es für städtische Zwecke auszunutzen. Über weitere Ausnutzung des vormaligen Fabrikgebäudes selbst werden uns später noch Mitteilungen des

Magistrats zugehen. Heute handelt es sich um folgende Anträge: Der Schuppen an der Nordseite ist schon der Feuerwehr überwiesen, und der Hofraum vor diesem Schuppen wird seit längerer Zeit von der freiwilligen Feuerwehr als Übungsplatz benutzt. Die nutzbare Gartenfläche und das zum Lagern von Futter und Streu sehr geeignete massive Lagerhaus sind für den Betrieb des Pflegehauses durchaus brauchbar. Die an der Südseite des vormaligen Fabrikgebäudes liegenden beiden kleinen Wohngebäude können zur Unterbringung der Schwestern des Pflegehauses, bezw. zur Beobachtung eingelieferter kranker Kinder, bei denen noch nicht feststeht, ob sie an ansteckenden Krankheiten leiden, sehr gut verwandt werden. Es empfiehlt sich daher, diesen Grundstücksteil dem städtischen Pflegehause zu überweisen. Für die Instandsetzung der Häuser zu dem genannten Zweck wird erforderlich sein, 850 und 550 *M* in den nächstjährigen Voranschlag aufzunehmen. Um Unzuträglichkeiten zu vermeiden, erscheint es geboten, diese Flächen abzugrenzen, wozu die vorhandene Drahtseinfriedigung verwendet werden kann, auch einen zum Schwesternhaus führenden Weg anzulegen. Hierfür würden 1000 *M* aufzuwenden sein.

Die Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung hat um Überlassung des früheren Verwaltungsgebäudes und des Waghäusens gebeten. Auf dem ausgehängten Plan sind diese Häuser mit A und B bezeichnet. Diese Stiftung hat es sich bekanntlich zur Aufgabe gemacht, verwahrloste junge Mädchen in geeigneten Stellen auf dem Lande unterzubringen und ihre Führung dauernd überwachen zu lassen. Sie bedarf aber geeigneter Räume, um die gefährdeten Mädchen vorläufig auch hier, und zwar schnelligst, so lange unterzubringen, bis eine geeignete Stelle für sie gefunden ist. Daß diese Bestrebungen, deren Verwirklichung auch die Armenkasse entlastet, nach allen Seiten förderungswert sind, ist von den Herren bereits dadurch anerkannt, daß der Stiftung aus der Zübelstiftung kürzlich 1000 *M* bewilligt sind. Der Magistrat ist bereit, dem Gesuch der Stiftung zu entsprechen, es bedarf dazu aber einiger baulicher Aufwendungen. Es sind veranschlagt 1. die Kosten der Instandsetzung des vormaligen Verwaltungsgebäudes zu 1630 *M*, 2. die Kosten der Einfriedigung zu 800 *M*, 3. die Kosten der Instandsetzung des vormaligen Waghäusens zu 1000 *M*. Die zuerst aufgeführten Kosten müßten auch dann aufgewendet werden, wenn das Gebäude anderweitig vermietet werden sollte. Für die Einfriedigung genügt ein sogenannter Harzsaum, der mit wildem Wein bepflanzt wird. Die Kosten für das Waghäuschen müßte die Stiftung übernehmen und außerdem ein angemessenes Mietgeld zahlen. Es sind dafür 500 *M* in Aussicht genommen.

Der Vorstand der Stiftung ist bereit, auf diese Bedingungen einzugehen, hat aber gleichzeitig gebeten, ihn in seinen gemeinnützigen Bestrebungen durch Gewährung eines laufenden Kostenzuschusses zu unterstützen, was der Stadtmagistrat

befürwortet. Er hält es für zulässig, zu dem Zwecke die Erträge der Luise-Ottmer-Stiftung (Abteilung II, Fonds für gemeinnützige Zwecke) zu verwenden. Die Erträge dieser Abteilung betragen 5000 *M*, sie sind erst mit jährlich 1200 *M* belastet. Wenn aus ihm der gleiche Betrag für die Vermietung der beiden Gebäude an die Stadt gezahlt wird, so entspricht das wohl der Absicht der Stifterin und der Zweckbestimmung der Stiftung.

Der Magistrat gibt demnach anheim, daß
die erwähnten Teilflächen dem Pflegehaus überlassen werden,
für Herrichtung der Einfriedigung und Anlegung eines Weges die Summe von 1000 *M* zu Lasten des diesjährigen Voranschlages des Pflegehauses aufgewandt wird,

die beiden erwähnten Gebäude nebst Umgebung der Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung für 600 *M* jährlich vermietet werden,

für Instandsetzung des vormaligen Verwaltungsgebäudes und Herrichtung eines Harzzaunes zu Lasten des Verfügungsfonds der städtischen Behörden 1780 *M* aufgewandt werden und

der Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung aus der Luise-Ottmer-Stiftung, Abteilung II, jährlich (erstmalig 1913/14) 600 *M* gezahlt werden.

Das sind die Anträge des Magistrats. Sie sehen, es ist ein edler Zweck, der verfolgt wird. Die Baukommission hat sich mit den Fragen gestern eingehend beschäftigt und ist zu dem Antrage gekommen, Ihnen die Bewilligung der Magistratsanträge zu empfehlen.

Stadtv. **Niese**: Ich will nicht gegen die Vorlage sprechen, denn ich habe sie in der Baukommission selber mit gutgeheißen, d. h. mit einer Einschränkung, daß hier nicht ein zweites Bebern entsteht. Dafür hat natürlich die Behörde zu wachen, daß das nicht geschieht. Ich hatte mir vorgenommen, einen Antrag zu stellen, dessen Notwendigkeit sich bei jedem Umzugstermin wieder herausstellt. Auch von Seiten des Magistrats ist es zugestanden, daß es Last mache, selbst ordentliche Leute, die keine Wohnung haben finden können, unterzubringen. Bei der Größe des Brunonia-Grundstücks schien es mir am Plage, hier ein Asyl für diese Leute einzurichten, wodurch nur ein kleiner Teil der vorhandenen Grundfläche in Anspruch genommen würde. Nun wurde mir aber entgegengehalten, daß sich die Lage des Grundstücks nicht dafür eigne, und zum Teil mag das richtig sein. Keineswegs erkenne ich aber an, daß wegen des städtischen Wohnungsbaus die Kalamität sich nicht wiederholen wird. Es wird trotz des aufgeschlossenen Bau-terrains in 1—3 Jahren noch nicht zum Bau einer genügenden Zahl billiger Wohnungen kommen. Ich verzichte darauf, den Antrag zu stellen, auf dem in Rede

stehenden Grundstücke das Asyl zu erbauen, werde aber später mit einem Antrag auf die Sache zurückkommen.

Die Versammlung stimmt den Magistratsanträgen zu.

15. Verlegung der projektierten Straßen 443 und 571 zwischen Frankfurterstraße und Landeseisenbahn.

Stadtv. **Tolle:** Auf Antrag der Firma G. Luther, Aktiengesellschaft, wurde seinerzeit der Teilortsbauplan zwischen der Frankfurterstraße und Landeseisenbahn verändert. Ein Straßenzug wurde gänzlich aufgehoben, ein anderer nach Westen verschoben. Der neue projektierte Straßenzug trägt die Nummern 443 und 571. Jetzt kommt die Firma Luther abermals mit einem Gesuch, diesen Straßenzug wiederum etwas zu verschieben, weil sie nicht in der Lage wäre, einer Forderung der Direktion der Landeseisenbahn nachzukommen, um ein Anschlußgleis zu verlegen. Die Terrainunterschiede sind zu eigenartig, so daß es sich nicht anders ermöglichen läßt, als daß das Anschlußgleis in das Terrain der projektierten Straße hineingelegt wird. Der Magistrat hat die Sache der städtischen Bauverwaltung zur Begutachtung überwiesen, und diese hat, wenn auch nach einigen Schwierigkeiten, schließlich einen gangbaren Weg gefunden. Die Straße läßt sich um einige Meter nach Osten verschieben, wie das auf dem ausgehängten Plan ersichtlich ist. Nur ist eine Bedingung daran geknüpft, daß eine Weiche verlegt werden müßte, die in den Straßenzug hineinkommt. Die Firma hat sich bereit erklärt, dieser Forderung des Magistrats zu folgen, und inolgedessen empfiehlt Ihnen der Magistrat und die Baukommission, für die ich die Ehre habe zu berichten, den Teilortsbauplan wieder zu verändern und die Verlegung des Straßenzuges 443—571 gutheißen zu wollen.

Die Verlegung des genannten Straßenzuges wird genehmigt.

16. Errichtung eines Verbindungsbaues auf dem Grundstück der höheren Mädchenschule.

Stadtv. **Rasche:** Für die Errichtung eines Verbindungsbaues zwischen den Gebäuden der städtischen höheren Mädchenschule zur Unterbringung von Räumen für den naturwissenschaftlichen Unterricht liegen jetzt die endgültigen Pläne und auch die Kostenanschläge vor. Die Pläne sind hier ausgestellt und stimmen in der Hauptsache mit den im Juli vergangenen Jahres vorgelegten überein. Die Kostenanschläge setzen sich zusammen aus den Kosten des projektierten Verbindungsbaues mit 74 500 M., den Kosten der baulichen Änderungen im alten Schul-

hause mit 7500 *M* und den Kosten für Beschaffung von Mobilien und Einrichtungsgegenständen mit 16 000 *M*, so daß ein Gesamtbetrag von 98 000 *M* herauskommt.

Die Kosten für den Verbindungsbau erscheinen sehr hoch. Wenn man aber den Betrag von 16 000 *M*, der für die baulichen Veränderungen in dem neueren Schulhause und die Beheizung einiger Räume desselben, sowie den, der für Bauführungskosten und Insgemein vorgesehen ist, abzieht, dann kommt für den Verbindungsbau selber nur eine Summe von 58 200 *M* heraus. Das würde auf den Quadratmeter Grundfläche ungefähr dasselbe sein wie bei dem Bau der Schule an der Reichsstraße.

Der Magistrat gibt anheim, das vorgelegte Projekt zu genehmigen und die Summe von 98 000 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds zu bewilligen. Der Magistrat beabsichtigt, bei Genehmigung des vorstehenden Antrages diese Summe in den nächstjährigen Haushaltsplan zu stellen. Die Baukommission schließt sich ganz den Ausführungen des Magistrats an und bittet um Zustimmung zu dem Magistratsantrage.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

17. Neubau der Steintorbrücke.

Stadtv. Meyerhoff: Seit einigen Jahren ist man in den Distriktvereinen und in der ganzen Bürgerschaft bestrebt, unsere unglücklichen Brückenverhältnisse über die äußeren Umflutgräben einer Änderung entgegenzuführen. Es ist erfreulich, daß jetzt bei einer Brücke der Anfang gemacht werden soll. Am 16. Januar 1912 hat die Herzogliche Baudirektion dem Stadtmagistrat davon Kenntnis gegeben, sie beabsichtige, die Steintorbrücke neu zu bauen, da die alte Brücke abgängig sei. Die genannte Behörde hat dann an diese Mitteilung die Frage geknüpft, ob die Stadt bezüglich des Brückenbaues besondere Wünsche hätte. Darauf ist von seiten des Stadtmagistrats geantwortet, daß hauptsächlich der Wunsch bestände, daß die Brücke auf 18 Meter verbreitert würde. Sie hat jetzt eine Breite von 9,50 Meter, und der Staat war bereit, sie auf 12,5 Meter zu verbreitern. Nach den Unterhandlungen, die dann mit der Herzoglichen Baudirektion seitens des Stadtmagistrats gepflogen sind, hat sich der Staat bereit erklärt, die Brücke 13,5 Meter, also 4 Meter breiter, als sie jetzt ist, zu bauen. Darauf ist von seiten des Magistrats und der Herzoglichen Baudirektion unter dem 24. Januar d. J. ein Abkommen getroffen, ähnlich wie bei dem Neubau der Fallerlebertorbrücke; es sind also hier dieselben Bedingungen und Formen in Anwendung gebracht. Darnach wird die Brücke seitens der Stadt gebaut, und diese erhält vom Staat

a) für Übernahme der Verwaltung und Unterhaltung der abgetretenen

Flächen und der Brücke eine Entschädigung von 26 215 *M*; b) für Übernahme der Neubaupflicht (die Neubaupflicht des Staates erstreckt sich nur auf eine Breite von 13,5 Meter) 45 200 *M*. Im ganzen wird die Stadt also 71 415 *M* bekommen. Die Sache hat aber einen bitteren Kern, und ein finanziell günstiges Geschäft macht die Stadt durch diesen Vertrag nicht. Die Unterhaltungslast wird infolge der Verkehrssteigerung sich später als umfangreicher erweisen, als bei der Abrechnungsberchnung angenommen ist, sodann wird aber die Stadt sofort die Kosten der 18 Meter breiten Brücke, sowie die der vollständigen Erneuerung der Straßenbefestigung auf den zu übernehmenden Avenuesflächen aufzuwenden haben, welche von der städtischen Bauverwaltung unter Außerachtlassung der Kosten einer reicheren architektonischen und künstlerischen Ausschmückung der Brücke auf 70 000 bis 75 000 *M*, bezw. 20 000 *M* geschätzt sind. Gleichwohl ist die Übernahme der Brücke als im Interesse der Stadt liegend anzusehen. Die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und schlägt in Anbetracht dessen, daß wir nicht mehr erlangen können, Ihnen durch mich vor, diesen Vertrag mit der Herzoglichen Baudirektion genehmigen zu wollen. Die Stadt übernimmt also gegen Zahlung von 71 415 *M* die Bau- und Unterhaltungspflicht der Brücke und erhält sie auf dem Plane angegebenen Flächen und Avenuestücke zugewiesen. Ich bitte namens der Baukommission um Genehmigung der Vorlage.

Stadt v. **Sander**: Ich habe mich gewundert, daß wir nicht bei einer solchen wichtigen Angelegenheit einen Abdruck der Vorlage ins Haus bekommen haben. Es ist nicht zu verlangen, daß sich die Herren bei einer so einschneidenden Sache hier sofort orientieren und entscheiden können. Für die Zukunft möchte ich den Wunsch aussprechen, den Herren bei ähnlichen Sachen eine gedruckte Vorlage zugehen zu lassen. — über die Sache selbst kann ich sagen, daß ich den bitteren Kern nicht so bitter empfinde, ich begrüße vielmehr die Vorlage mit großer Freude. Es tut mir leid, wenn der Herr Oberbürgermeister etwa anders darüber denkt. Mir aber ist es ein Schritt weiter, daß wir allein Herren im eignen Hause werden. Darüber, daß die Brücke dem Verkehr nicht mehr genügt, sind wir wohl alle klar, nicht nur diese Brücke allein, sondern auch die andern Torbrücken. Und deshalb bedaure ich auch, daß nur diese eine Brücke jetzt vorgenommen werden soll. Es wäre mir lieber gewesen, wenn es sich um alle Brücken gehandelt hätte, denn der Verkehr erfordert es. Wenn nun die Steintorbrücke, weil sie sehr baufällig ist, vorweggenommen wird, so müssen wir mit unsern Wünschen noch zurückstehen. Ich hoffe aber, daß die Petri- und Wendentorbrücke auch demnächst an die Reihe kommen.

Stadt v. **Friede**: Ein bekanntes Sprichwort sagt: Der Geschmack kommt beim Essen. So geht es auch mit dieser Bewilligung. Ich möchte Sie aufmerksam

machen auf die Augusttorbrücke und wünschen, daß deren Verbesserung vom Magistrat ins Auge gefaßt würde. Herr Meyerhoff ruft mir zu: „Die Brücke ist ja noch ganz gut!“, aber ich mache darauf aufmerksam, daß sie in nächster Zeit während des Bahnhofsbauens ganz bedeutend benutzt werden wird, und daß der Verkehr mit der elektrischen Straßenbahn ganz bedeutend gehoben werden könnte, wenn die Brücke verbreitert wird. Dies geht auch sehr gut zu machen. Deshalb möchte ich in Aussicht genommen wissen, daß bei passender Gelegenheit auch auf diese Brücke, wie es der Wunsch der Anwohner des ganzen Augusttores ist, Rücksicht genommen wird.

Stadtv. Loeßhigt: Ich möchte daran erinnern, daß ich seinerzeit einen Antrag wegen der Petritorbrücke gestellt habe. Ich hatte gedacht, daß man bei dieser Gelegenheit auf ihn zurückkommen würde. Eine Änderung der Mängel der Brücke ist noch nicht eingetreten, sie ist zum Skandal heute noch so schmal wie früher. Ich möchte die Anfrage an den Magistrat richten, ob mit der Regierung deswegen Rücksprache genommen ist. Man sollte es ja aus Klugheitsrücksichten nicht sagen, wieviel uns an dem Besitz der Brücke gelegen ist, aber wir bekommen doch keinen Sechser mehr, wenn wir es auch verschweigen. In unserm Interesse muß die Petritorbrücke erweitert werden, denn sie ist lebensgefährlich. Das möchte ich wiederholt hier zum Ausdruck gebracht haben.

Vorsitzender: Ich bemerke, daß ein Antrag von Herrn Rieke eingegangen ist, der die Petritor- und Wendentorbrücke betrifft.

Bürgermeister Meyer: Schon früher ist über die Verbreiterung der Wendentor- und Petritorbrücke in der Stadtverordnetenversammlung die Rede gewesen und vom Magistratsstische aus erklärt, daß Verhandlungen mit dem Staat eingeleitet sind. Diese Verhandlungen schweben noch; der Gegenstand ist immer noch der gleiche und ebenso auch der Gegensatz. Ich habe die Überzeugung, daß der Staat keine Bedenken hat, die Brücken der Stadt zu überweisen; er wird es sogar sehr gern tun. Es handelt sich nur darum, welche Abfindungssumme die Stadt erhält, und da zeigt sich der Gegensatz zwischen dem, was bei den Brücken vom Staat und von der Stadt für nötig gehalten wird. Das ist auch wieder bei der Steintorbrücke zum Ausdruck gekommen. Der Staat hielt eine Breite von 13,5 Meter für ausreichend, während die Stadt nicht nur den gegenwärtigen, sondern auch den zukünftigen Verkehr im Auge hatte und eine Breite von 18 Metern glaubte fordern zu müssen. Darüber zu entscheiden, was wirklich notwendig ist, ist sehr schwer, und eine Stelle, die die Entscheidung einwandfrei vornehmen könnte, und der sich beide Parteien fügen würden, kenne ich nicht. Deshalb haben wir in

diesem Falle, um das zu erreichen, was möglich war, in den allerdings sauren Apfel gebissen, haben nachgegeben und gesagt: Wenn nichts anderes zu erreichen ist, dann wollen wir uns dazu verstehen, den Brückenbau zur vorgeschlagenen Abfindungssumme zu übernehmen. Das wird die Folge haben, daß wir in den Säckel greifen und die Mehrkosten für eine 18 Meter breite Brücke aufbringen müssen.

Stadtv. Niese: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob, wenn wir die Toravenuen miterwerben, auch die früheren Toreinnehmerhäuschen und die Gärten darin mit einbegriffen sind, oder ob das der Militäriskus in die Hand bekommt oder die Herzogliche Baudirektion.

Bürgermeister Meyer: Über den Erwerb von Grundstücken neben den Straßen ist meines Wissens in diesen Verhandlungen niemals die Rede gewesen. Es hat sich nur um die Brücke selbst und um die Straßenzüge in Fortsetzung der Brücke nach beiden Seiten gehandelt. Bei der Steintorbrücke handelt es sich darum, daß die kleinen Avenuestrecke zwischen Brücke und Zusammenstoß von Helmstedterstraße und Adolfsstraße von der Stadt erworben wird, und ebenso glaubte man nach der andern Seite durch Hinzulegung eines kleinen Stückes der Avenue einen besseren Abschluß schaffen zu sollen.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

18. Ausbau der Helenenstraße zwischen Cyriaksring und der Straße 435a.

Stadtv. Busch: Nach dem bereits im Juli vergangenen Jahres genehmigten Projekt über den Ausbau der Helenenstraße soll eine Fläche von 30 Quadratmeter der Straße zugelegt werden. Dieses Stück befindet sich im Besitz der Erben des Herrn Helmold. Es hat sich nun herausgestellt, daß bei dem Erwerbe dieser Fläche erhebliche Schwierigkeiten entstehen insofern, als sie zum großen Teil bebaut ist. Die städtische Bauverwaltung hat deshalb Veranlassung genommen, eine geringe nördliche Verschiebung des Straßenzuges vorzuschlagen, so daß das bezeichnete Grundstück von der Straße nicht durchschnitten, sondern nur berührt wird. Es wird zweckmäßig sein, diesem Vorschlage Folge zu geben, da der Ortsbauplan in Folge des bei seiner Bearbeitung und Feststellung zur Anwendung gelangten kleinen Maßstabes diese Verschiebung ohne Vornahme einer Änderung zuläßt. Der Magistrat hat deshalb die städtische Bauverwaltung ersucht, ein neues Projekt über den Ausbau der Straße auszuarbeiten, welches auf die Verschiebung Rücksicht nimmt. Dieses Projekt hat gestern der Baukommission zur Beratung vorgelegen. Ich möchte im Namen derselben empfehlen, dem Projekt Ihre Genehmigung zu erteilen.

Das neue Projekt wird genehmigt.

19. Bewilligung der Kosten für die Änderung an der Ausstattung des SitzungsSaales im Rathhaus.

Stadtv. **Leue:** Wir sind damit einverstanden gewesen, daß die Plätze für uns so aufgestellt sind, wie sie jetzt stehen. Dazu sind Ausgaben erforderlich geworden. Es hat die Erhöhung der zweiten Sitzreihe vorgenommen werden müssen, ein Tisch hat angeschafft werden müssen, Vorhänge sind angeschafft usw. Die gesamten Kosten belaufen sich — es ist ein bißchen viel — auf 1021,69 *M.* (Bewegung.) Der gleiche Verwunderungsruf wie hier wurde auch in der Finanzkommission laut, aber wir haben durch die Rechnungen, die beigelegt und sehr sorgfältig geprüft sind, uns überzeugt, daß wir in diesen sauren Apfel hineinbeißen müssen. Es wurde uns gesagt, daß gerade diese Tischlerarbeiten usw. sehr teuer sind, und wir haben uns dem bessern Wissen fügen müssen. Die Finanzkommission schlägt die Bewilligung zum Verfügungsfonds der städtischen Behörden vor. Gleichzeitig ist damit noch eine zweite Ausgabe verbunden, die aus dem gleichen Fonds bezahlt werden soll. Es handelt sich da um die Erhöhung des Podiums für unsern Herrn Vorsitzenden, weil er sonst die Gesichter der einzelnen Herren wegen der hohen Stühle des Magistrats nicht sehen kann. Die Finanzkommission hat die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung eingesehen. Es werden dadurch 200 *M.* Kosten verursacht, für die auch die Finanzkommission durch mich Genehmigung anheimgibt.

Die Kosten werden bewilligt.

20. Änderung der Müllabfuhr.

Stadtv. **Hartung:** Wie Ihnen bekannt, hat die Straßenreinigungsdeputation den Auftrag gehabt, bei den vielfachen Klagen über den derzeitigen Zustand unserer Müllabfuhr sich darüber zu informieren, ob nicht ein anderes System zu finden sei, welches den Übelständen abhülfe. Die Übelstände wurden hauptsächlich gefunden in dem unschönen Anblick, welchen die offenen Müllgefäße auf den Straßen jedem Vorübergehenden darbieten, insbesondere beim Umsfallen der Gefäße oder dadurch, daß ihr Inhalt verschüttet wird und neben den Gefäßen liegt, ganz besonders aber in der übermäßigen Staubentwicklung, die gelegentlich der Entleerung der Gefäße sich bemerkbar macht. Die Deputation hat verschiedene Systeme geprüft, hat auch auswärts andere Einrichtungen sich angesehen und ist zu der Ansicht gekommen, daß der Hauptübelstand, die ungesunde Staubentwicklung bei der Entleerung der Gefäße, nicht anders zu vermeiden sei, als daß an Stelle der kleinen Einzelgefäße, die auf die Straße gestellt und auf die Wagen entleert werden, größere angeschafft werden, welche in den Häusern

für die gesamten Bewohner aufgestellt werden und durch die Leute der Stadt in die Wagen gesetzt werden. Bisher ist die Abholung des Mülls in der Weise geschehen, daß man die großen Gefäße selbst direkt auf die Wagen befördert hat. Bei diesem sogenannten Wechselfastensystem muß man selbstverständlich doppelte Garnituren von Müllkästen haben, von denen der eine abgeholt und der andere leere ins Haus gebracht wird. Daneben ist nun besonders in Hannover ein sogenanntes Wechselbodensystem eingeführt. Dieses stützt sich auf das Reichspatent Nr. 173 599, „Müllbehälter mit auswechselbarem Boden“, von dem Sie ein Exemplar im Vorraum gesehen haben. Die Idee ist die folgende: Die zylindrischen Gefäße haben einen aufklappbaren Deckel und einen Boden, der durch Benutzung eines Hebels, dessen Handgriff sich ungefähr in $\frac{2}{3}$ der Höhe des Gefäßes befindet, abgelöst werden kann. Das Verfahren bei Entleerung der Gefäße ist folgendes: Die Leute bringen einen Sack mit, stellen das Gefäß hinein, lösen den Hebel und ziehen das Gefäß aus dem Sack heraus, so daß der Inhalt der Zylinder samt dem Boden im Sack bleibt. Darauf wird ein zweiter Boden, der in der Zeit gereinigt ist, unter dem Gefäß durch den Hebel wieder befestigt und das Gefäß steht zu neuer Füllung bereit, während das Personal mit dem Sack, in dem der Müll und der schmutzige Boden stecken, abzieht. Der Erfinder wohnt in Hannover, und dort hat auch die Hannoversche Mülltonnen-Betriebsgesellschaft ihren Sitz. Die Deputation hat dieses Verfahren in Hannover erprobt gefunden und sich überzeugt, daß der Betrieb praktisch ist. Insbesondere läßt sich die Entleerung bei einiger Übung rasch bewerkstelligen, ohne daß eine merkliche Staubentwicklung eintritt. Bei der Frage, ob Wechselfasten- oder Wechselbodensystem eingeführt werden soll, hat sich die Deputation für letzteres entschieden, einmal aus dem Grunde, weil dieses das billigere ist, denn die Gefäße werden nicht so stark abgenutzt wie bei dem andern, wo die großen Metallgefäße auf den Wagen und wieder herunter geschafft werden müssen, und weiter aus dem Grunde, und das ist wohl das wesentlichste, weil von derartigen Säcken (es handelt sich um einen Inhalt von 120 Liter) 70 auf einem Wagen befördert werden können, während bei dem Wechselfastensystem nur 44 Gefäße auf einem gleich großen Wagen untergebracht werden können. Dazu kommt, daß die Säcke wesentlich leichter als Metall sind. Es führt das dahin, daß im Verhältnis von 44 : 70 der Bedarf an Fuhrwerk und Bedienungsmannschaften geringer ist.

Die Deputation hat sich auch gefragt, ob es nicht bei Gelegenheit der Einführung des neuen Abfuhrsystems nötig sei, mit Rücksicht zu nehmen darauf, daß wahrscheinlich in absehbarer Zeit die Stadt Braunschweig wie andere Städte zu einer Müllverbrennung würde kommen müssen. Es wird anerkannt, daß es jedenfalls für ein derartiges Verfahren besser sein würde, wenn man volle Wagen aus-

zuleeren hätte als einzelne Säcke, wie es bei diesem System nötig ist. Indessen ist die Deputation auch der Ansicht, daß man bei dem heutigen Stande der Technik über die Schwierigkeit hinwegkommen könnte, vielleicht durch ein Transportband oder auf andere Weise.

Die Deputation steht also auf dem Standpunkte, daß den heute vorliegenden Übelständen nicht anders beizukommen ist als durch einen derartigen Radikalschritt, daß man statt der durch die einzelnen Hausbewohner selbst an die Straße zu bringenden Gefäße solche mit einem größeren Rauminhalt eingeführt, in die von allen Familien des Hauses der Müll entleert wird, und der dann durch Leute der Stadt auf die Wagen befördert wird. Die Sache wird allerdings nicht ganz billig werden. Die Deputation hat darüber eine Rechnung aufgestellt, die folgendermaßen abschließt: Bei dem derzeitigen Stande der Bevölkerung rechnet man auf 12 000 Gefäße; ein solches Gefäß kostet 22,50 *M.* Die erste Einrichtung an Gefäßen kostet also 270 000 *M.*; dazu kommen 30 Transportwagen — es handelt sich um leichtere Rollwagen mit Überdachung, wie sie früher das Spierlingsche Unternehmen hatte. Hierfür sind 33 000 *M.* gerechnet. Ferner 2500 Säcke mit Wechselboden = 8750 *M.*, Tragriemen für das Personal = 120 *M.* Dazu kommen 30 Pferde je 1500 *M.* = 45 000 *M.*, 30 Geschirre je 75 *M.* = 2250 *M.*, Einrichtung eines Mannschaftszimmers, Stall für die Pferde, Räume zum Reinigen der Säcke usw. = 70 000 *M.* — so daß eine Summe für die erstmalige Einrichtung von 429 120 *M.* herauskommt. Ferner sind zu berücksichtigen die Kosten der Unterhaltung. Sie werden folgendermaßen berechnet:

1. Unterhaltung und Erneuerung von 30 Wagen à 200 <i>M.</i> . . .	= 6 000 <i>M.</i>
2. Erhaltung von 60 Pferden à 900 <i>M.</i>	= 54 000 "
3. Erneuerung des Pferdebestandes, 8 Pferde à 1500 <i>M.</i> . . .	= 12 000 "
4. Erhaltung und Erneuerung des Geschirrs, des Stalles und der Stallutensilien für 60 Pferde, pro Pferd 20 <i>M.</i>	= 1 200 "
5. Gefäßinstanderhaltung	5 000 "
6. Gefäßerneuerung bei Annahme einer 6 jährigen Haltbarkeit . .	45 000 "
7. Sackreperatur	3 000 "
8. Sackerneuerung (4 jährige Haltbarkeit)	2 200 "
9. Lohn für 60 Begleitmannschaften (1350 <i>M.</i>)	81 000 "
10. Vergütung für 3 Aufseher à 1600 <i>M.</i>	4 800 "
11. Lohn für 4 Arbeiter (Reinigung der Sackböden und Säcke) à 1200 <i>M.</i>	4 800 "

Das ergibt einen Gesamtbetrag von 219 000 *M.*

Dagegen würden zu rechnen sein die Kosten der jetzigen Müllabfuhr, die von der Deputation mit 78 700 *M* berechnet sind. Es ergibt sich darnach bei Annahme des Wechselbodensystems eine Mehrausgabe von jährlich 140 300 *M*. Ich setze voraus, daß die Stadt die Gefäße selbst stellt, was die Deputation für das Richtige hält. Wenn man das den Hausbesitzern überlassen wollte, würde es zu ärgerlichen Differenzen führen, wie sich das bei Einführung der sogenannten Normalmüllgefäße ereignet hat.

Was die Deckung der Kosten betrifft, so hat die Deputation es dem Ermessen des Magistrats überlassen, in welcher Art sie geschehen soll, insbesondere ob eine Gebühr für das Halten und Entleeren der Gefäße zu erheben sei. Sie hat aber darauf hingewiesen, daß in andern Städten eine Gebühr dafür erhoben würde, zum Beispiel in Kiel, wo das Wechselkastensystem eingeführt ist, eine solche von jährlich 18 *M*, in Hannover bei dem Wechselbodensystem 15 *M*. Wie in diesen Städten ist auch in Braunschweig eine wöchentlich zweimalige Entleerung der Gefäße in Aussicht genommen.

Die Deputation hat endlich gemeint, daß man ganz klein anfangen möge und zunächst zwei Wagen mit der entsprechenden Anzahl von Müllgefäßen bestellen möchte.

Der Magistrat hat diesen Vorschlag der Straßenreinigungsdeputation im allgemeinen gebilligt. Er hält die Berechnungen für im großen und ganzen zutreffend und ist der Ansicht, daß aus den von der Deputation vorgebrachten Gründen das Wechselbodensystem als für Braunschweig geeignet anerkannt werden müßte. Er ist bereit, dieses System einzuführen unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig die Mittel zur Bestreitung der Ausgaben sichergestellt werden, und empfiehlt, da es sich um eine Leistung der Stadt an die einzelnen Haushaltungsvorstände handelt, von diesen eine Gegenleistung zu fordern; es würde vielleicht eine Gebühr von 20 Mark für jedes Gefäß als erforderlich sich herausstellen. Der Magistrat schlägt ferner vor, daß die Höhe der Gebühr alljährlich durch die Stadtverordneten festgestellt werden soll. Er ist ferner der Ansicht, daß um ein geordnetes Verfahren durchzuführen, es durchaus nötig sei, jeden Haushaltungsvorstand zu verpflichten, sich der Müllabfuhr anzuschließen. Dazu bedarf es eines städtischen Statuts. Der Einführung eines solchen stehen nach Ansicht des Stadtmagistrats gesetzliche Gründe nicht im Wege. Die Gebühr soll nach dem Vorschlag des Magistrats entsprechend dem Mietwert der einzelnen Wohnungen verteilt werden. Da es aber unmöglich oder mit praktischen Schwierigkeiten verbunden sei, den einzelnen Mieter zur Zahlung des Betrages heranzuziehen — man denke an Häuser mit 10 oder mehr Familien — will der Magistrat in dem Statut zum Ausdruck gebracht sehen, daß diese Gebühr nicht einseitig auf den Grundbesitz ge-

legt werden soll, sondern daß an sich jeder einzelne Haushaltungsvorstand neben seinem Hauswirt solidarisch für die Gebühr hafte, daß sie von dem Mieter eingezahlt und von dem Hausbesitzer beigetrieben wird, welcher letzterer aber den Regreß an den Teilbeträgen hat. Endlich hat der Magistrat ausgeführt, daß die Mittel in Ermangelung eines andern Weges durch Aufnahme einer Anleihe zu beschaffen seien, und daß die durch die bisherigen Versuche entstandenen Kosten sich auf 266,20 Mark belaufen. Der Magistrat richtet daher an die Versammlung das Ersuchen,

I. sich grundsätzlich damit einverstanden zu erklären, daß 1. das Wechselbodensystem in Braunschweig eingeführt wird, 2. die Müllabfuhr eine statutarische Regelung erfährt und obligatorisch gestaltet wird, 3. zur Deckung der der Stadt aus der Müllabfuhr erwachsenden Ausgaben eine Gebühr nach den angeführten Grundsätzen erhoben wird, 4. die Mittel der ersten Einrichtung durch Anleihe unter noch zu vereinbarenden Bedingungen beschafft werden;

II. den Stadtmagistrat unter Zurverfügungstellung der erforderlichen Mittel zu ermächtigen, die beabsichtigte Änderung durch Beschaffung und Einstellung von besonderen Wagen nebst Zubehör einzuleiten;

III. die aus den bisher angestellten Versuchen erwachsenen Kosten zu 266,20 Mark nachträglich zu Lasten des Kapitels XIV, 4 des ordentlichen Stats zu verwilligen.

Der Magistrat ist also der Ansicht, daß dieser Versuch mit zwei Wagen nicht richtig sei, sondern mit sechs Wagen, mit dem sechsten Teil der in Frage kommenden, beginnen möge.

Die Statutenkommission hat die Vorlage beraten und sich im allgemeinen auf den Standpunkt der Vorlage gestellt. Sie hat anerkannt, daß den so vielfach gerügten Übelständen des jetzigen Verfahrens — das übrigens nicht nur der Stadt Braunschweig eigentümlich ist, sondern auch in anderen Städten sich findet — nur abgeholfen werden könne durch ein System, wie es hier geschildert ist, und daß das Wechselbodensystem derjenige sei, welches zu empfehlen ist. Sie erkennt ferner an, daß eine statutarische Regelung und insbesondere eine Bindung sämtlicher Einwohner, den Müll aus den Grundstücken entfernen zu lassen, erforderlich sei, und daß die Kosten durch eine Gebühr beizubringen seien. In dieser Beziehung war eine abweichende Stimme in der Kommission, die sich dafür aussprach, die Kosten der neuen Einrichtung aus der städtischen Einkommensteuer zu decken. Diese Ansicht ist aber vereinzelt geblieben. Sämtliche andern Mitglieder der Kommission waren der Ansicht, daß ein derartiges Verfahren sich nicht empfehle, weil, wenn man die Sache roh überschlägt, die Deckung eines Betrages von jährlich 140 000 Mark aus der Einkommensteuer eine sofortige Erhöhung derselben um eine halbe

Einheit bedingen würde und eine derartig starke Erhöhung der Einkommensteuer geradezu abschreckend auf den Zuzug begüterter Auswärtiger wirken und deshalb vermieden werden müsse. Es erscheint als eine Ungerechtigkeit, wenn man beispielsweise einen vermögenden Mieter, der nur eine kleine Wohnung besitzt, verpflichtet, einen unverhältnismäßig hohen Beitrag zu den Kosten der Müllabfuhr zu leisten, während andererseits die Belastung des einzelnen Mieters bei Verteilung in der vorgeschlagenen Weise sich entsprechend der Größe der Wohnung erhöhe; respektive nach unten vermindere, so daß die Last bei kleinen Wohnungen als eine verhältnismäßig geringe zu bezeichnen sei. Die Statutenkommission ist ferner der Ansicht, daß es gerechtfertigt und geboten sei, die Mittel der Anschaffung durch Anleihe zu decken, da insbesondere die jetzige erste Einrichtung nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch der künftigen Einwohnerschaft zugute kommt. Sie ist ferner damit einverstanden, daß die bisherigen Kosten zu 266,20 Mark, wie beantragt, gedeckt werden. Die Statutenkommission bittet also, dem Ersuchen des Magistrats unter I stattzugeben, hat dabei aber einen Vorbehalt gemacht. Sie hat sich nicht ohne weiteres dem Vorschlag des Magistrats unter I 3 anschließen zu können geglaubt, weil das vorgeschlagene Verfahren ein ganz neuer Weg ist und sie der Ansicht ist, daß es reiflicher Erwägung bedürfe, ob dieser Weg, die Gebühr aufzubringen, der richtige sei. Sie schlägt deshalb vor, in I 3 die Worte: „nach den angeführten Grundsätzen“ zu streichen und den Zusatz zu machen: „Jedoch mit der Maßgabe, daß die Feststellung der Gebühr und der Grundsätze für ihre Verteilung und Erhebung der statutarischen Regelung vorbehalten bleibt.“ Die heutige Versammlung soll sich demnach nur mit der Einführung des Systems und der Regelung desselben durch ein Statut einverstanden erklären, ferner damit, daß die Ausgaben durch eine Gebühr gedeckt werden sollen, die Anleihe für die erste Einrichtung aufgenommen und zunächst sechs Wagen angeschafft werden, endlich auch die 266,20 Mark für die bisher erwachsenen Kosten verwilligen.

Vorsitzender: Formell möchte ich feststellen: Was in dem Statut demnächst stehen wird, das unterliegt nochmals unserer Beschlußfassung; heute brauchen wir uns über die Einzelheiten des Statuts nicht zu unterhalten und nicht darüber zu beschließen, ebensowenig über die Höhe der Gebühr und — wie die Statutenkommission nochmals extra sagt — über die Grundsätze der Gebühr. Wir sprechen heute also nur über die Frage „ob“, nicht aber über das „Wie“. Ich erwähne das, damit nicht die Debatte sich über die Details der Statuten in das Uferlose verliert und wir nicht zur Abstimmung kommen. Es handelt sich darum: Wollen wir grundsätzlich das Wechselbodensystem; wollen wir grundsätzlich Statuten, die Deckung durch eine Gebühr anstatt durch die Einkommensteuer vorsehen, wollen wir die

Mittel der Einrichtung durch Anleihe decken? Ich bitte die Herren, das streng zu beachten, wenn wir heute zu einem Resultate kommen wollen.

Bürgermeister **Meyer**: Es ist für die Straßenreinigungsdeputation und für den Stadtmagistrat sehr erfreulich, daß auch die Statutenkommission dieses System ihrerseits zunächst als zweckmäßig für Braunschweig anerkannt hat, und ich schöpfe daraus die Hoffnung, daß auch die verehrte Versammlung diese Neuregelung grundsätzlich billigen wird. Ich habe mich in den Vorverhandlungen sehr viel mit der Frage zu beschäftigen gehabt, und habe die Überzeugung gewonnen, daß eine völlige Klärung der Frage der Müllabfuhr heute noch nicht eingetreten ist, und daß es bisher kein System gibt, welches als vollkommen bezeichnet werden könnte. Auch dieses System, welches wir empfohlen haben, hat bestimmte, wenn auch kleinere technische Schattenseiten — wir werden nachher noch darüber reden. Wenn ich heute in der Lage bin, dieses System empfehlen zu können, so gewährt mir das in gewisser Beziehung eine Beruhigung gegenüber den Vorwürfen, die vor längerer Zeit dem Magistrat gegeben wurden und die darauf abzielten, die Straßenreinigungsdeputation darüber zu tadeln, daß sie zu langsam vorgehe in der Auswahl dessen, was sie den Herren unterbreiten wollte. Das System, welches wir Ihnen heute vorschlagen, ist ganz jungen Datums; es ist erst im Frühling vergangenen Jahres in Hannover obligatorisch eingeführt. Wenn wir es in Hannover nicht hätten studieren können, dann würden wir es Ihnen vermutlich nicht zur Annahme unterbreitet haben, denn was wir vorher, ehe wir es gesehen hatten, davon annahmen, das war nicht so, daß wir es glaubten verantworten zu können, es für Braunschweig zu empfehlen. So ist die Verzögerung der Sache selbst zustatten gekommen.

Nun sagte ich schon, auch dieses System hat seine Mängel. Der Hauptmangel liegt darin, daß es viel Kosten verursacht, und zwar so hohe, daß der Magistrat sich hat dazu verstehen müssen, die Annahme des Systems davon abhängig zu machen, daß gleichzeitig eine Gebühr für die Müllabfuhr verwilligt würde, um die Kosten der Ausführung zu decken. Nun ist vom Herrn Referenten darauf hingewiesen, daß in der Statutenkommission grundsätzlich Übereinstimmung darüber geherrscht hätte, daß man eine Gebühr in Zukunft erheben soll, aber schließlich ist die Einrede eines Herrn, der nicht damit einverstanden war, daß — wie der Magistrat in Vorschlag gebracht hatte — bei nicht rechtzeitigem Eingang der Gebühr diese nicht vom Mieter, sondern nur von den Grundeigentümern eingezogen werden sollte, Schuld daran, daß beschlossen wurde, es sollte, um noch weitere Erkundigungen einzuholen, nicht vorgeschlagen werden, daß die Gebühr nach den Grundsätzen, die der Magistrat unterbreitet hat, eingezogen wird, sondern nur: es solle überhaupt eine Gebühr eingezogen werden, und welche Grundsätze dafür

festzulegen seien, solle noch der Zukunft vorbehalten werden. Ich muß gestehen, ich habe in der Statutenkommission die Tragweite dieses Beschlusses nicht voll übersehen. Sie haben vom Herrn Referenten gehört, daß der Magistrat Sie in seinem Antrag ersucht, Mittel zu bewilligen, sechs Wagen nebst Zubehör zunächst versuchsweise zu beschaffen und einzustellen. Diese sechs Wagen mit Pferden und den dazugehörigen Gefäßen werden rund 100 000 Mark kosten. Wenn wir diese Mittel aufgewandt haben, die Wagen im Betrieb sind und, wie ich zuversichtlich annehme, der Versuch gelingt, dann werden wir Ihnen mit der Vorlegung der Statuten kommen, und dann wird die Frage brennend werden: wie soll die Gebühr in dem Statut festgelegt werden. Daß der Magistrat dann eine viel ungünstigere Position hat, um zu erreichen, was er mit der in der Vorlage empfohlenen Gestaltung der Gebühr bezweckt, wenn er schon diese große Ausgabe gemacht hat, als wenn über diese selbe Frage schon heute eine Entscheidung getroffen wird, ist selbstverständlich, denn der Magistrat wird hinterher, um überhaupt Gebühren zu bekommen und den Versuch nicht als gescheitert ansehen zu müssen, gedrängt werden, eine Gebühr, die ihm angeboten wird, zu akzeptieren, obwohl er sie vielleicht für unzuweckmäßig hält. Somit stehe ich auf dem Standpunkt, daß ich als Dezernent, wenn die Vorlage so angenommen wird, wie die Statutenkommission vorschlägt, dem Magistrat nicht empfehlen werde, daß er von der eventuellen Ermächtigung Gebrauch macht, diese sechs Wagen mit allem Zubehör zu beschaffen. Wenn die Herren den Beschluß der Kommission annehmen — es steht in ihrer freien Wahl —, dann wird die Sache aufgeschoben bis dahin, daß wir das Statut selbst Ihnen unterbreiten können. Es werden darüber 6—8 Wochen vergehen, dann wird gleich über das Statut befunden werden. Der Magistrat verknüpft die Einführung des vorgedachten Systems damit, daß an den Grundsätzen über die Gebühr, die Ihnen unterbreitet sind, festgehalten wird.

Wenn Sie heute andere gute Vorschläge machen können, wird der Magistrat dieselben gern prüfen, aber in der Richtung nachzugeben (wie die Herren vermutlich verlangen werden, die in erster Linie die Interessen des Grundbesitzes vertreten), daß die Mieter wegen der Gebühr direkt veranlagt werden und daß die Gebühr, wenn sie nicht rechtzeitig eingeht, auch von den Mietern zwangsweise eingezogen wird, zu diesem Schritt wird der Magistrat sich kaum verstehen. Deshalb möchte ich Sie bitten, daß Sie der Magistratevorlage doch zustimmen, daß Sie mit anderen Worten diese wenigen Worte „nach den angeführten Grundsätzen“, die Ihnen die Statutenkommission zu streichen empfohlen hat, gutheißen und den Magistratsantrag vollständig annehmen.

Ich möchte noch eines richtigstellen. Es ist hier von dem Herrn Referenten davon geredet, daß, wenn die Gebühr von der Einkommensteuer gedeckt werden

sollte, eine Erhöhung um $\frac{1}{2}$ Einheit nötig werden würde. Das ist ein Irrtum. Wir erheben im ganzen mit $10\frac{1}{2}$ Einheiten 2 885 000 *M* Einkommensteuer. Wenn wir die Kosten der Müllabfuhr bei 12 000 Gefäßen im ganzen mit 240 000 Mark annehmen, dann wird rund eine Einheit an Steuer mehr erhoben werden müssen als heute. (Zuruf: Die jährliche Mehrausgabe beträgt nur 140 000 *M*.) Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, bei der weiteren Verhandlung zunächst über die Frage entscheiden zu lassen, ob die Erhebung der Gebühr nach den Grundsätzen der Vorlage erhoben werden soll oder nicht, weil die Stellung des Magistrats von dieser Entscheidung abhängt.

Vorsitzender: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung möchte ich bemerken, daß ich dem Herrn Bürgermeister nicht verdenken kann, daß er sich nicht in eine schlechtere Situation hineinbegeben will. Wir aber unsererseits wollen das jedenfalls auch nicht, indem wir uns heute festlegen. Dann würde ich lieber vorschlagen, die Beratung so lange aufzuschieben, bis die Frage geprüft ist, wie die Gebühr aufzubringen ist, und wie das Statut lauten soll. Worüber wir heute sprechen könnten, wäre: Wollen wir bei den hohen Kosten des Wechselbodensystems dieses grundsätzlich annehmen? Das wäre möglich, aber vor der Entscheidung weiterer Fragen möchte ich dringend abraten.

Stadtv. Reue: Es sind schon von verschiedenen Seiten unter uns Bedenken laut geworden, ob wir uns heute schlüssig machen können, nachdem wir erst ganz kurze Zeit diese Vorlage in Händen haben und uns noch nicht haben genügend orientieren können. Ich habe von verschiedenen Herren gehört, daß sie noch Zeit haben möchten, um das Für und Wider reiflich zu erwägen und darüber Rücksprache zu nehmen. Ich möchte deshalb den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden unterstützen, heute nicht in eine nähere Beratung der Sache einzutreten.

Stadtv. Friede: Es ist wenigstens zu wünschen, daß wir in eine Spezialberatung noch nicht eintreten. Über die Vorlage selber möchte ich heute äußern, daß sie mir im ganzen nicht sympathisch ist; ich lehne sie also ab.

Vorsitzender: Lassen Sie uns bei der Geschäftsordnung bleiben. Wir wollen uns jetzt darüber klar werden, ob wir in die Beratung eintreten wollen, obgleich die beiden schwerwiegenden Punkte: „Gebührenhöhe und -Erhebung“ und „Statut und wie“ noch freistehen. Ich warne davor, etwas zu beschließen, ehe wir wissen: Wie sind die Grundsätze? Ich möchte warten, bis das Statut und die Bestimmungen über die Gebühr klipp und klar vor uns liegen. So viel Zeit muß die Sache noch haben.

Stadtv. Dr. Kleinfnecht: Ich kann mich auch nicht dafür entscheiden, daß heute schon über die Sache abgestimmt werden soll. Daß wir die Gebührenerhebung, wie der Magistrat es will, nach den angeführten Grundsätzen heute beschließen, halte ich für ausgeschlossen. Auch was die Kommission sagt: wir sollten später darüber beschließen und heute das übrige annehmen, halte ich für nicht richtig, weil das ganze System uns noch nicht so klar vor Augen liegt, wie es sollte. Ich möchte vorschlagen, ehe wir zur Beschlußfassung kommen, uns in der Praxis die Ausführung anzusehen, indem uns auf irgendeinem Hofe die Handhabung vorgeführt wird. Die Straßenreinigungsdeputation hat uns gesagt: Die Sache ist gut. Aber wir sollen doch darüber beschließen und müssen selber sehen und ein eigenes Urteil haben. Ich möchte bitten, die Sache auszulegen und vor unserem endgültigen Beschluß die Sache praktisch vorzuführen.

Vorsitzender: Das ist ein neuer Vorschlag: den Stadtverordneten einen Einblick in die praktische Handhabung zu gewähren.

Stadtv. Meyerhoff: Ich bin derjenige gewesen, welcher in der Statutenkommission davor gewarnt hat, die Sache über das Knie zu brechen; leider habe ich kein Gehör gefunden. Die Frist von 8 Tagen ist zu kurz, um mich für eine so schwerwiegende Vorlage erklären zu können. Ich habe gesagt: Ich würde mir Mühe geben, von seiten des Grundbesitzersvereins Material über das System zu sammeln, denn ich bin nicht überzeugt, daß dieses System gerade das beste ist. Aber der Not gehorchend, habe ich schließlich klein beigegeben und gesagt: Nun, so will ich mich im allgemeinen für das System erklären, verlange aber, ehe wir weiter die Gebühr festsetzen, vom Magistrat die Darlegung, wie die Gebührenerhebung gedacht ist. Das wurde mir zugesagt. Jetzt kommt vom Vertreter des Magistrats die Einwendung: „Das können wir nicht.“ Dann kann ich mich auch nicht entschließen, für dieses System einzutreten. Ich muß auch um Vertagung ersuchen.

Stadtv. Dr. Hentling: Die allgemeine Stimmung scheint allerdings gegen die heutige Beschlußfassung zu sein. Ich gehöre zu denen, die der Auffassung sind, ein solches Mißtrauensvotum gegen die Straßenreinigungsdeputation (Widerspruch) — ein solches ist es — ist nicht angebracht. Wer sich mit der Frage der Müllabfuhr befaßt hat, wer auf den verschiedenen Städtebauausstellungen und auf der Hygieneausstellung die Sachen gesehen hat, weiß, wie unendlich schwierig es ist, ein vollkommenes System zu finden. Das jetzt vom Stadtmagistrat empfohlene ist nach meiner Ansicht das beste, welches heute existiert. Selbstverständlich hat jeder recht, wenn er sagt: es kann nach Jahren noch ein besseres an Tageslicht kommen. Aber der große Unterschied und die hygienische Verbesserung

des neuen Systems gegen unser heutiges ist nicht zu verkennen. Ich kann verstehen, daß einige Herren sich dagegen erklären, aber ich würde dafür sein, daß wir heute schon die prinzipielle Frage, ob wir für dieses System sind, zur Entscheidung bringen.

Stadtv. Munte: Wenn die Deputation sich beschwert fühlt, daß einzelne Herren dagegen sprechen, heute über die Sache zu entscheiden, so muß ich doch erklären, daß ich auch dagegen bin. Ich bin überzeugt, die Herren haben sich Mühe gegeben, das Richtige herauszufinden; sie können uns nicht verdenken, daß wir uns auch orientieren wollen. Wir müssen unter allen Umständen die Entscheidung noch hinausschieben; jedenfalls bitte ich, nicht heute das ganze System im Prinzip zu genehmigen. Die Tagespresse wird sicherlich noch vielerlei Eingekamts bringen, aus denen wir lernen können. Die heute vorgelegte Frage ist eine der wichtigsten, die wir in langer Zeit zu entscheiden gehabt haben. Daß Abhilfe der Mängel des bisherigen Systems geschaffen werden muß, wissen wir alle. Wo es aber so lange gedauert hat, Herr Sanitätsrat, da kann es auch noch zwei oder drei Monate dauern, bis eine Änderung kommt. Lassen Sie uns Punkt III, die bisher erpachten Kosten von 266 M, anstandslos bewilligen und das andere zurückstellen.

Stadtv. Loeschigt: Ich gehöre zu denen, die beantragen, die Beratung der Vorlage heute abzuweisen und nochmals genau zu prüfen. Ich bemerke aber, daß ich das System, das heute vorgeschlagen wird, voll und ganz anerkenne. War seine Kraft 10 bis 12 Jahre der Straßenreinigungsdeputation gewidmet hat, wie ich, weiß ganz genau, wie die Sache steht. Das System ist gut, aber die Kostenfrage ist noch nicht genügend geklärt. Wir müssen prüfen, ob die kleinen Mängel, die wir heute noch an dem Straßenabfuhrwesen haben, nicht billiger beseitigt werden können.

Stadtv. Dr. Kleinfuchs: Ich vermahne mich dagegen, daß ich mit meinen Worten, wie Herr Stadtverordneter Henking sagt, ein Mißtrauensvotum habe aussprechen wollen. Aber ich will einen eigenen Eindruck haben. Ich erwähne, daß vor Jahresfrist die Straßenreinigungsdeputation einer andern Ansicht huldigte, daß die Ausschüttung des Inhalts der Gefäße in die Wagen auf der Straße vor sich gehen sollte, wie sie auf der Adolfsstraße probeweise eingeführt war. Mir ist nicht bekannt geworden, daß uns mitgeteilt wäre, weshalb sich das nicht bewährt hat. Man muß das Jetzige und das Frühere einmal vergleichen, und es muß mir gesagt werden: warum ist das eine nicht gut und weshalb ist dieses andere das bessere. Deshalb will ich einen eigenen Eindruck haben und denke nicht daran,

der Straßenreinigungsdeputation ein Mißtrauensvotum auszusprechen; ich bin überzeugt, auch die andern Herren wollen das nicht.

Stadtv. Sander: Als Mitglied der Straßenreinigungsdeputation kann ich erklären, daß ich in den Worten des Herrn Dr. Kleinknecht kein Mißtrauensvotum erblicke. Im Gegenteil: Ich kann die Ansicht nur mit Freuden begrüßen, denn es wird uns die Verantwortlichkeit damit ganz bedeutend erleichtert. Wenn die Herren selbst entschieden haben, sind wir gewissermaßen von der Verantwortlichkeit frei.

Stadtv. Gahrdt: Ich habe gegen das Wechselbodensystem weiter nichts einzuwenden, als daß es zu teuer ist. Ich habe mir erlaubt, als Modell ein paar kleine Kasten auf den Tisch des Hauses zu setzen, die ich anzusehen bitte. Im übrigen bitte ich auch um Vertagung dieser Sache.

Vorsitzender: Dann darf ich annehmen, daß die Herren in ihrer Majorität wünschen, die Sache heute zu vertagen. Da ich aber dem Magistrat gegenüber eine Erklärung abgeben muß, so würde ich sie dahin fassen: Wir hätten die Sache heute vertagt und bäten zunächst um Vorlegung des ausgearbeiteten Statuts einschließlich Gebührenordnung, damit wir genau wissen, was verlangt wird. Gleichzeitig würde ich, der Anregung des Herrn Dr. Kleinknecht folgend, darum bitten, in irgendeiner Form uns die Apparate praktisch vorzuführen, damit auch die Herren, die die praktische Handhabung noch nicht gesehen haben, davon eine Anschauung gewinnen. Das gibt wohl die augenblickliche Idee der Versammlung kund.

Bürgermeister Meyer: Gegen die Vorlegung des Statuts ist von unserer Seite nichts einzuwenden. Ich glaube aber, wir könnten uns im Magistrat die ganze Arbeit ersparen, wenn Sie sich vorher über das System schlüssig machen könnten. Können Sie sich nicht darüber entscheiden, ob Sie dieses oder ein anderes System wollen, so hat es keinen Zweck, das Statut auszuarbeiten, denn wenn Sie ein anderes System nehmen, dann wird es wahrscheinlich zu einem ganz andern Statut kommen. Ich glaube, es ist wohl nicht zu viel verlangt, wenn ich den Wunsch ausspreche, die Herren möchten sich grundsätzlich schlüssig machen, ob sie dieses System wählen wollen. Ich meine nicht, daß das heute geschehen muß, sondern daß es nur überhaupt vor Ausarbeitung des Statuts geschehe.

Zu der Frage der Befichtigung möchte ich sagen: Wir sind in Braunschweig nicht im Besitz der Wagen und der Gefäße. Deshalb würde es am richtigsten und billigsten sein, wenn die Herren beschließen, nach Hannover zu fahren und die Be-

sichtigung dort vorzunehmen. Die Entfernung ist nicht weit, und der Magistrat von Hannover wird uns gern aufnehmen.

Stadtv. Lange: Ich stimme der Ansicht des Herrn Bürgermeisters zu, daß es zweckmäßig ist, wenn eine grundsätzliche Entscheidung heute herbeigeführt wird, um dem Magistrat die vielleicht unnötige Bearbeitung des Statuts zu ersparen. Sodann möchte ich auch empfehlen, daß wir zur Besichtigung der Müllabfuhr nach Hannover fahren und uns die dortigen Erfahrungen zunutze machen. Auch die Stadt Magdeburg hat dieses System annehmen wollen. Diese Stadt hat schon seit 1908 sich mit der Frage beschäftigt, ein zweckmäßiges Abfuhrsystem einzuführen, das modernen Anforderungen entspricht und nach Möglichkeit staubfrei ist. Auf der Dresdener Hygiene-Ausstellung wurde festgestellt, daß es eine hygienisch einwandfreie Abfuhr noch nicht gibt. Wenn wir heute in die Beratung eintreten wollen, dann müßte allerdings dies noch in Berücksichtigung gezogen werden. Darum glaube ich, ist es schwierig, heute darüber einen Beschluß zu fassen. Trotzdem möchte ich empfehlen, eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen, ob wir das Wechselbodensystem annehmen oder unser altes System beibehalten wollen.

Vorsitzender: Wenn wir uns über das System schlüssig machen wollen, so ist es doch zweckmäßig, es vorher anzusehen und nicht nachher. Es werden auch nicht alle Herren nach Hannover fahren wollen, sondern nur eine Reihe der Herren wird das tun, und ihnen wird es vom Magistrat von Hannover gern vorgeführt werden. Ich schlage deshalb vor, wir vertagen den prinzipiellen Beschluß und ersuchen den Magistrat, uns Propositionen zu machen, an welchem Tage und zu welcher Stunde wir nach Hannover fahren, um das Wechselbodensystem in Tätigkeit zu sehen. Erst nach dieser Besichtigung beschließen wir in der nächsten Stadtverordnetenversammlung, ob wir im Prinzip dem System zustimmen oder nicht, und nachdem wir uns über die Prinzipienfrage einig geworden sind, ersuchen wir den Magistrat, uns über die Gebühren und über das Statut Unterlagen zu geben.

Stadtv. Meyerhoff: Ich habe meine Bedenken bei dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden und möchte einige Worte dem Herrn Bürgermeister erwidern. Wäre es wirklich so schlimm, wenn der Magistrat auch ein Statut ausarbeitete, welches nicht angenommen würde? Wir tun dem Magistrat so viel zu Gefallen, daß er uns auch einmal einen Gefallen tun kann. (Heiterkeit.) Wenn einmal ein Statut gemacht würde, welches nicht unsere Billigung fände, das wäre auch kein Staatsverbrechen.

Vorsitzender: Herr Meyerhoff, Sie haben die Sache mißverstanden. Nicht daß das Statut abgelehnt wird, befürchtet der Magistrat — mit der Möglichkeit muß er ja immer rechnen —, sondern daß a limine das System abgelehnt wird und deshalb das Statut umsonst ausgearbeitet wird.

Ich möchte fragen, sind die Herren damit einverstanden, daß wir den Punkt heute absezen, den Magistrat bitten, mit dem Magistrat in Hannover in Verbindung zu treten, um den Herren, die das wünschen, Gelegenheit zu geben, dort das System in der Praxis vorgeführt zu sehen, daß wir dann in der nächsten Sitzung uns darüber einigen, ob wir das System im Prinzip annehmen wollen oder nicht, und nachdem wir das entschieden haben, den Magistrat ersuchen, das Statut mit der Gebührenfrage vorzulegen. — So lange Zeit muß eine derartige einschneidende Sache haben.

Die Vorschläge des Herrn Vorsitzenden werden von der Versammlung angenommen.

21. Anlage einer Verschlußvorrichtung an der Kanalmündung des Burgmühlengrabens.

Stadtv. Frühling: Im Juli vorigen Jahres ist uns vom Magistrat eine Vorlage zugegangen, um den Geruchsmißständen am Burgmühlengraben abzuhelpen. Der Vorschlag des Magistrats ging dahin, den Burgmühlengraben weiter zu überwölben und dafür 14 000 *M* zu bewilligen. Das haben die Herren damals abgelehnt in Rücksicht darauf, daß mit Ausführung dieses Vorschlags die Geruchsbelästigung nicht behoben, sondern nur verlegt ist, und haben gebeten, durch eine Entlüftungsanlage den Beschwerden abzuhelpen. Eine solche Anlage würde auch eine Unterlage dafür geben, wie unser Kanalsystem überhaupt entlüftet werden könnte; denn auch an andern Stellen finden Geruchsbelästigungen statt. Nun hat der Magistrat in dieser Beziehung zwei Vorlagen ausarbeiten lassen. Die eine sieht vor, den Luftabschluß des Kanals durch einen der Kanalmündung vorgesetzten und unter Wasser geführten Schnabel zu bewirken; die Kosten hierfür würden 1600 *M* betragen. Bei dem andern Projekt, dessen Ausführung 250 *M* kosten würde, besteht die Verschlußvorrichtung in eisernen Klappen, welche bei steigendem Wasserstand durch den Wasserdruck gehoben werden. Die Kanalgaße müßten jedoch sowohl bei dem einen wie bei dem andern Projekt abgeführt werden. Diese Ableitung soll mittels eines Dunstrohres bewirkt werden, welches auf der dicht vor der Kanalmündung vorhandenen Stauvorrichtung angebracht wird. Dieses 20 Meter hohe Dunstrohr würde einen Kostenaufwand von 1000 *M* erfordern.

Nun schlägt der Magistrat das billigere Projekt zur Ausführung vor. In der Baukommission sind Bedenken nach geworden, ob das einfache Rohr zur Abführung der Dünste wohl genügen würde. Jedenfalls würde, wenn die Abhilfe dadurch nicht geschaffen würde, damit nicht der Beweis erbracht sein, ob nicht die Entlüftung durch einen Ventilator möglich ist. Deshalb macht die Baukommission einen Kompromißvorschlag: Den Versuch so zu machen, wie ihn der Magistrat vorgesehen hat, aber die Anlage gleichzeitig so auszuführen, daß sie durch einen Ventilator vervollständigt werden kann, so daß man erkennen kann, wenn das eine nicht wirkt, ob das andere hinzugefügt werden muß. Dann würden allerdings die Herren nicht nur 1250 *M*, sondern den Betrag von 4300 *M* bewilligen müssen, damit ohne Umbau das größere System ausgeführt werden könnte. Die Baukommission empfiehlt, dem Magistrat diese 4300 *M* zur Verfügung zu stellen

Stadtv. Sander: Ist damit eine maschinelle Anlage verbunden?

Stadtv. Frühling: Zum Betriebe des Ventilators wird ein einfacher Elektromotor eingestellt; es würde dazu nur die elektrische Leitung hinzugefügt werden müssen.

Stadtv. Niese: Es kann sich bei dieser Anlage nur um einen Versuch handeln, denn es gibt bei unserer Kanalisation mehrere Stellen, wo ihr üble Gerüche entweichen. Sie brauchen nur die neue Wehrstraße hinunterzugehen, da kommen Sie aus dem Geruch nicht heraus. Die übrige Bevölkerung würde ebensogut Anspruch darauf machen können, daß in ihrer Nähe dem Übelstand abgeholfen wird. Da es sich um einen Versuch handelt, so bin ich dafür, einen solchen anzustellen und die Einrichtung gleich so zu treffen, daß sie vervollkommenet werden kann. Außerdem müßten aber auch noch andere Maßregeln getroffen werden. Es hat sich herausgestellt, daß der größte Teil unserer Kanalisation eine verfehlte Anlage ist und nicht das, was sie sein sollte. Es ist notwendig, daß noch mehrere solche Entlüftungen eingerichtet werden; die paar Rohre, die bis zu den Dachrinnen hinaufgehen, und die paar Rohre auf dem Exerzierplatze an den Lindenbäumen können den ganzen Dunst nicht abfangen. Da es sich hier um einen Versuch handelt, so ist es notwendig, ihn womöglich einfach herzustellen. Sollte der Versuch sich nicht bewähren, dann können wir ja auch den Motor einbauen. Nur ist mir nicht klar geworden, ob der Ventilator zur Absaugung der Dünste unten oder ob er oben aufgestellt wird. Je tiefer er aufgestellt wird, um so mehr Reparaturkosten wird er erfordern und seine Wirksamkeit nur von kurzer Dauer sein. Ich bin dafür, daß wir den Versuch in dieser einfachen Weise vornehmen, nicht wegen der Kosten, sondern damit wir einmal einen Einblick bekommen, wie den Mängeln der Kanali-

sation abgeholfen werden kann, denn darüber sind wir uns wohl alle einig, daß unsere Kanalisation kein System ist, das den Ansprüchen genügt.

Stadtv. Frühling: Ich bemerke, daß in der Baukommission vollständig bekannt ist, daß Mängel in der Kanalisation vorliegen, die abgeändert werden müssen. Das erfordert aber große Kosten und viel Zeit, und hier ist es angebracht, möglichst schnelle Abhilfe zu schaffen. Ich bitte, unsern Antrag anzunehmen: 4300 *M* zu bewilligen mit der Bedingung, daß zunächst ein Versuch in der einfachen und billigen Art und Weise vorgenommen wird, wenn aber diese sich nicht bewährt, den Ventilator anzubringen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

22. Bewilligung von Kosten für das photographische Vervielfältigungsverfahren in der Gewerbeschule.

Stadtv. Frühling: Es war uns in der vorigen Sitzung eine Vorlage zugegangen, in der Mittel gefordert waren, um in der städtischen Gewerbeschule einen Lehrstuhl für das photographische Vervielfältigungsverfahren einzurichten. Es wurde dafür von uns die Summe von 4000 *M* gefordert. Sie haben damals beschlossen, sich im Prinzip mit dieser Einrichtung einverstanden zu erklären, vor der Bewilligung von Mitteln aber zunächst zu hören, was außer den einmaligen Kosten an dauernden Kosten erwachsen würde, und haben den Magistrat ersucht, mitzuteilen, wer dieses Lehrfach vertreten und nach welchem Lehrplan der Unterricht erteilt werden soll. Darauf erwidert der Magistrat, daß der Herr, der für dieses Lehrfach in Aussicht genommen ist, in der Sache sehr gut bewandert ist, daß also eine zweckmäßige Persönlichkeit dafür gewonnen ist. Die dauernden Kosten werden seitens des Direktoriums der Gewerbeschule auf 3000 *M* Gehalt und 300 *M* für Chemikalien angegeben. Außerdem würde die einmalige Ausgabe von 4000 *M* für Einrichtung der Räume erwachsen. Die Bewilligung der laufenden Ausgabe von 3300 *M* macht sich scheinbar etwas einfacher insofern, als bei der Gewerbeschule der Zeichenunterricht etwas eingeschränkt wird, weil in der städtischen Fortbildungsschule ein großer Teil des Zeichenunterrichts abgegeben wird, so daß die Kosten dafür in der Gewerbeschule 3000 *M* weniger betragen. Die Ausgabe bleibt für die Stadt aber doch immer, denn wenn auch hier bei der Gewerbeschule die Ersparnis gemacht wird, so werden die Kosten doch auf die Fortbildungsschule übergehen. Die Baukommission hält die Ausgabe für den photographischen Unterricht für angemessen und zweckmäßig. Weil nun im Etat die Bewilligung der 3000 *M* schon geschehen ist, so ist zunächst keine besondere Ver-

willigung vorzunehmen. Wir müssen uns aber gegenwärtig halten, daß die eingetretene Ersparnis dem Stadtfäckel nicht zugute kommt, sondern das Geld für diesen anderen Zweck verwendet werden soll.

Die Einrichtungskosten für den photographischen Unterricht in der Gewerbeschule werden verwilligt.

23. Aufnahme der Bibliothek des ärztlichen Kreisvereins in das Archivgebäude.

Stadtb. Mohr: Der ärztliche Kreisverein ist mehrfach an den Stadtmagistrat mit dem Ersuchen herangeraten, ihm zu gestatten, daß seine Bibliothek unserm Archiv angegliedert und dort untergebracht würde. Begründet wird das Gesuch damit, daß die Bibliothek seit einigen Jahren in zwei Räumen des Kreisdirektionsgebäudes untergebracht ist, die weder geheizt noch beleuchtet werden können, so daß die Benutzung der Bibliothek für die Herren Ärzte so gut wie ausgeschlossen war, wenigstens war sie immer nur für kurze Zeit möglich. Andere Räume zu beschaffen, ist der ärztliche Kreisverein nicht in der Lage, da die vorhandenen Mittel dadurch schon in Anspruch genommen sind, die nötige Ergänzung der Bücherei zu beschaffen. Diese Bibliothek, die rund 4000 Bände umfaßt, ist rein fachwissenschaftlicher Art und für die Allgemeinheit nicht geeignet, so daß die Stadt kein direktes Interesse daran hat, sie aufzunehmen. Im Hinblick darauf aber, daß der Nutzen, der aus dieser Bibliothek erwächst, nicht allein den Ärzten, sondern durch sie auch der ganzen Einwohnerschaft zugute kommt, glaubt der Magistrat, Entgegenkommen zeigen zu sollen, und empfiehlt, die Unterbringung der Bibliothek im Archiv zu genehmigen unter folgenden Bedingungen:

1. Die Aufstellung der Bibliothek erfolgt in einem Magazinraum der Stadtbibliothek nach Anweisung des Stadtarchivars, die erforderlichen Büchergerüste werden von der Stadt gestellt.

2. Die Herausgabe der Bücher, sowie die Reinigung derselben von Staub geschieht durch die Verwaltung der Bibliothek, im übrigen erfolgt die Verwaltung der Bibliothek durch den ärztlichen Kreisverein.

3. Eine Haftung für Schäden, welche durch die bezeichnete Tätigkeit der Verwaltung der Stadtbibliothek etwa eintreten, übernimmt die Stadt nicht.

4. Der ärztliche Kreisverein zahlt der Stadt für ihre oben bezeichneten Leistungen eine Miete von jährlich 200 Mark.

5. Das Mietverhältnis kann nach einer mindestens 3 Monate zuvor auszusprechenden Kündigung zum 1. April und 1. Oktober jeden Jahres gelöst werden.

Raum zur Unterbringung der Bücher ist nach Angabe des Archivars reichlich vorhanden, nur würde für Anschaffung der Büchergerüste ein Kostenaufwand von

2250 *M* erforderlich sein. Der geforderte Mietpreis gilt als Verzinsung für diese Ausgabe und als ein Äquivalent für die unter 2 angeführte Einrichtung usw., eine direkte Miete soll es also nicht sein.

Der Finanzkommission hat diese Sache vorgelegen, und sie war im allgemeinen damit einverstanden, daß die Unterbringung dort erfolgt und auch die Büchergerüste dafür angeschafft werden. Nur glaubt sie empfehlen zu sollen, unter 3, betreffend die Haftung für Schäden, einfach zu sagen: „Eine Haftung für Schäden jeglicher Art übernimmt die Stadt nicht.“ Es ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß doch Schäden vorkommen könnten, z. B. durch Mäusefraß, Feuchtigkeit oder sonstwie, für die keine Haftung übernommen werden soll. Dann wurde von einer Seite vorgeschlagen, unter 4 nicht zu sagen: „Miete“, sondern „Vergütung“, weil schon, wie vorhin erwähnt, dieser Betrag nicht eigentlich ein Mietgeld, sondern eine Verzinsung usw. darstellen soll. Es wurde auch von juristischer Seite (ich glaube von Herrn Dr. Jasper) darauf aufmerksam gemacht, daß man das Wort „Miete“ schon aus dem Grunde entfernen müßte, weil juristisch durch dieses Wort gewisse Verpflichtungen dem Vermieter auferlegt würden, was in diesem Falle nicht zutrefte, denn es wäre nur ein Entgegenkommen, das gezeigt würde. Soviel ich weiß, ist dieser Antrag nicht ganz zur Entscheidung gekommen, sondern der Versammlung anheimgegeben, sich darüber auszusprechen. Ich möchte allerdings den Vorschlag machen, daß wir das Wort „Miete“ durch „Vergütung“ ersetzen. Schließlich möchte ich namens der Finanzkommission anheimgeben, unter den vorgeschlagenen Abänderungen dem Vertrag zuzustimmen und die 2250 *M* zu bewilligen.

Stadtv. Dr. **Henking**: Ich möchte empfehlen, dem Antrag des Magistrats entsprechend zu beschließen, und bitten, den Vertrag nicht in der von der Finanzkommission gegebenen Form anzunehmen, wodurch unter allen Umständen jede Haftpflicht ausgeschlossen wird. Vielleicht könnte doch durch Verschulden eines Beamten an der Bibliothek Schaden entstehen. Sehen wir den Fall, daß ein Zentralheizungsrohr platzt; es wird nicht beachtet, und die Bibliothek wird teilweise unter Wasser gesetzt. Ich meine, für solche Art Schaden müßte aufgefunden werden.

Stadtv. Dr. **Jasper**: „Im Fördern seid dreist und munter.“ Die Herren Ärzte, die seit langem Obdach für ihre Bibliothek suchen und der Stadtverwaltung nicht das geringste Entgegenkommen zeigen, die immer wiederkommen, obwohl ihr Gesuch abgelehnt ist, die seit Jahr und Tag dieses nominelle Eigentumsrecht an der Bibliothek bis zum äußersten wahren, wollen dann noch der Stadt zumuten, eine Haftung zu übernehmen. Ich glaube, man braucht sich nur die Situation zu

vergegenwärtigen: Eine Vereinigung hat eine Bücherei, die der Allgemeinheit im gewissen Umfang gut dienen könnte, wenn die Ärzte auch nur das Medium dafür bilden. Der Verein ist nicht in der Lage, die Bücherei nutzbar aufzustellen, ohne große Mittel aufzuwenden. Der Verein kommt darum ein und findet schließlich von der Stadtverwaltung Entgegenkommen; die Stadtverwaltung greift in den Beutel, gibt die Räumlichkeiten her, schafft Büchergestelle an, das alles eigentlich nur gegen ein Anerkennungsgeld. Es kommt hier auch noch die Instandhaltung in Betracht, daß die Bücher abgestäubt werden. Und da mutet der Verein durch den Mund des Herrn Kollegen Henking uns zu, daß wir auch noch irgendwelche Haftung übernehmen sollen. Der Verein sollte froh sein, wenn er Unterstand mit seiner Bibliothek gefunden hat. Wenn dieser zielsichere Herr käme und sagte: Da hat der Diener vielleicht ein Buch nicht ordnungsgemäß abgestäubt, es sind Wasserflecke hineingekommen oder eine Maus hat daran genagt, oder mir ist zu der gegebenen Zeit nicht geöffnet, da müßte die Stadt noch eine Haftung übernehmen! Nein, jegliche Haftung muß ausgeschlossen werden. Rein bittweise ist dieses Entgegenkommen zugestanden, ohne daß Gewähr für sonstiges übernommen wird. Ich habe damit auch die Zustimmung der Mehrheit der Finanzkommission gefunden, und ich bitte auch hier, der Sachlage Rechnung zu tragen und die Aufnahme der Bibliothek so anzunehmen, wie die Finanzkommission vorschlägt. Wir kommen dem Verein weit genug entgegen.

Stadtv. Dr. **Henking** bemerkt, daß er nicht im Namen des Vereins gesprochen habe.

Stadtv. **Munte**: Es ist wohl selbstverständlich, daß wir die Sachen so aufbewahren müssen, wie wir unsere eigenen aufbewahren. Darin liegt wohl die Gewähr, daß die Leute, die damit umzugehen haben, sie nicht absichtlich beschädigen.

Stadtv. **Mohr**: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es unzählige Haftpflichtfälle gibt. Wir müssen daran festhalten, daß jegliche Haftpflicht ausgeschlossen ist.

Stadtv. Dr. **Kleintnecht**: Herr Dr. Jasper ist magistratlicher als der Magistrat; dieser starke Ausfall gegen den ärztlichen Verein wäre nicht gerade so nötig gewesen. Wir sind dem Magistrat und der verehrten Versammlung sehr dankbar, daß sie uns Entgegenkommen zeigen. Was die Haftung anbetrifft, so muß die Bibliothek gegen Brand usw. doch versichert werden, und so wird sich auch ein Weg finden lassen, um etwaige andere Schäden zu decken. Von meinem Standpunkt aus habe ich gegen die Fassung, wie sie die Kommission glaubt empfehlen zu sollen,

nichts einzuwenden. An eine absichtliche Beschädigung der Sachen ist doch nicht zu denken.

Bürgermeister Meyer: Ich möchte bitten, die Fassung des Wortlauts des Vertrages dem Magistrat zu überlassen. Ich glaube allerdings, daß auch die von der Finanzkommission gegebene Fassung nicht ganz einwandfrei ist, weil „jeglicher Anspruch“ doch nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Wenn eine vorsätzliche Schädigung eintritt, wäre die Stadt allerdings haftbar. Bei Lage der Sache ist es richtig, dem Magistrat die Fassung zu überlassen; wir wollen sie im Sinne der Herren feststellen.

Die Versammlung entspricht den Anträgen der Finanzkommission, überläßt jedoch die Fassung des Wortlauts des Vertrages dem Magistrat.

Vorsitzender: Ich habe noch mitzuteilen: Die Woche vom 24. Februar bis 1. März würde die Woche sein, für die der Magistrat den Magistrat in Hannover ersuchen würde, den Tag zu bestimmen, an dem die Herren in Hannover das Wechselbodensystem sehen könnten. Sobald der Magistrat Nachricht von Hannover hat, wird jeder der Herren Nachricht erhalten.

24. Antrag Munte, betreffend Verlegung des auf dem Bürgersteige vor dem Café Lüd stehenden Straßenbahnmaßes.

Der Antrag lautet: „Antrag, den an der Ecke des Steinwegs vor Café Lüd mitten auf dem Bürgersteig stehenden Straßenbahnmaß, dessen Beseitigung oder Verlegung sehr erwünscht ist, da er den Personenverkehr zum Theater bezw. nach der Kaiser-Wilhelmstraße unliebsam hindert, zu beseitigen oder zu verlegen. Wir ersuchen den Stadtmagistrat hierdurch, die Beseitigung dieses Verkehrs-hindernisses bei der Direktion der Straßen-Eisenbahn zu erwirken.“

Stadtv. Munte (zur Begründung): Viel ist dazu nicht zu sagen; die Begründung liegt schon im Antrage selbst. Jeder, wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß der Maß mitten auf dem Fußwege steht, und daß er ein Verkehrshindernis darstellt, wird niemand in Abrede stellen können. Ich bin von vielen Seiten beauftragt, dafür zu sorgen, daß der Maß hier beseitigt und an eine andere Stelle gesetzt oder sonstige Abhilfe geschaffen wird.

Der Antrag ist genügend unterstützt und wird vom Herrn Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

25. Antrag Riefe, betreffend Anknüpfung weiterer Verhandlungen wegen stadtseitiger Übernahme der Okerbrücken.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, aufs neue mit Herzoglicher Baudirektion in Verhandlungen einzutreten zwecks Verbreiterung der übrigen Brücken, besonders wegen der Petritor- und Wendentorbrücke im ähnlichen Sinne, wie die Verhandlungen bei der Steintorbrücke zum Abschluß vorliegen.“

Stadtv. **Riefe** (zur Begründung): Ich weiß nicht, was ich eigentlich noch zur Begründung zu sagen nötig hätte. Daß die Sache notwendig ist, brauche ich nicht auseinanderzusetzen. Mein sehnlicher Wunsch ist, daß die Verhandlungen möglichst bald angeknüpft und rasch beendet werden. Darum habe ich die Gelegenheit des Neubaus der Steintorbrücke benutzt, um auf die Sache wieder einzugehen und anzuregen, daß der Magistrat auf dem laufenden bleibt.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

26. Antrag Busch, betreffend ein Verbot des Tragens ungeschützter Hutnadeln in den Straßenbahnwagen.

Der Antrag lautet: „Der Stadtmagistrat möge geeignete Schritte unternehmen, daß ein Verbot erlassen werde, wonach Damen mit ungeschützten Hutnadeln das Betreten der Straßenbahnwagen untersagt werde.“

Stadtv. **Busch** (zur Begründung): Der Antrag spricht eigentlich für sich selbst. Es ist wohl keiner unter uns, der nicht schon diesem gefährlichen Instrument scheu ausgewichen ist, um nicht verletzt zu werden. Daß in Braunschweig solche Verletzungen verhältnismäßig gut abgelaufen sind, verdanken wir einem glücklichen Zufall. Wenn wir aber die Tagesblätter verfolgen, so finden wir alle Augenblicke darin verzeichnet, daß in der und der Stadt durch dieses mörderische Instrument, das ich aus tiefster Seele hasse, Unglücksfälle hervorgerufen sind. Ich glaube, es wird dem Magistrat ein leichtes sein, die geeigneten Mittel zu finden, um hier Abhilfe zu schaffen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Herrn Vorsitzenden der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

27. Anfrage Frede über die Einführung des Besuchszwanges bei der städtischen Fortbildungsschule

Die Anfrage lautet: „Ist der Magistrat bereit, Auskunft darüber zu geben, was in Verfolg des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Ja-

nuar 1910, betreffend Einführung des Besuchszwanges bei der städtischen Fortbildungsschule, bis heute geschehen ist?"

Stadtv. Frede (zur Begründung): Ich habe die Anfrage eben aufgeschrieben, weil ich gehört habe, daß der Punkt, welcher die Fortbildungsschule berührt, in vertraulicher Sitzung behandelt wird. Ich werde sehr häufig mit Anfragen über dieses Thema behelligt und möchte deshalb, daß die Öffentlichkeit darüber Auskunft bekommt. Am 13. Januar 1910 machte uns der Magistrat eine Vorlage über die Einführung des Besuchszwanges bei der hiesigen Fortbildungsschule. Es wurde uns ein Statut vorgelegt, das am 1. April 1910 zur Einführung kommen sollte. Herr Stadtrat von Frankenberg hat damals bemerkt, daß die Stadtverordnetenversammlung sich wundern werde über den späten Eingang der Vorlage, denn seit 9 Jahren warte man auf diese, da vor dieser Reihe von Jahren Herr Stadtverordneter Brückmann einen Antrag eingebracht habe, der auch angenommen ist, in dem ersucht wurde, der Einführung des Besuchszwanges für die Fortbildungsschule näher zu treten. Es ist also eine Angelegenheit, die auf eine lange Vergangenheit zurückblicken kann, und da damals hier und von der Handwerkskammer schon seit 10 Jahren, ausgesprochen wurde, daß diese Sache eine Regelung nötig habe, so ist wohl einzusehen, daß die Allgemeinheit gespannt ist, zu hören, weshalb die Durchführung nicht geschehen ist. Der Herr Oberbürgermeister hat einmal in dieser Zeit Gelegenheit genommen, sich darüber auszusprechen, daß die Verzögerung in den Verhandlungen mit dem Ministerium zu suchen sei. Ich weiß nicht, ob sie heute zu Ende geführt sind, und ich würde dem Herrn Oberbürgermeister dankbar sein, wenn er sich darüber aussprechen würde. Ich möchte jetzt nur bemerken, daß Braunschweig die einzige Großstadt ist, in der eine Zwangsfortbildungsschule noch nicht besteht.

Stadtrat von Frankenberg: Es ist vielleicht dem Herrn Stadtverordneten Frede im Augenblick nicht gegenwärtig gewesen, daß die geehrte Versammlung ungefähr vor Jahresfrist vom Stadtmagistrat eine vervielfältigte Vorlage bekommen hat, in der ausführlich auseinandergesetzt ist, welche finanziellen Bedenken bei den Verhandlungen zwischen dem Ministerium und dem Magistrat aufgetaucht sind. Herr Frede nickt und bestätigt damit, daß sein Gedächtnis lebhaft geworden ist. Ich glaube, auf diese Vorlage die seitens der geehrten Versammlung noch nicht erledigt ist, hinweisen zu dürfen. Es sind in der Finanzkommission bei der Erledigung dieser Vorlage Wünsche geäußert, einmal in bezug auf den Lehrplan und sodann in bezug auf die Kostenberechnung genaue Unterlagen zu erhalten. In der Beschaffung der Unterlagen hat sich die Verhandlung eingeschoben, die Herr Frede im Eingang seiner Worte erwähnte. Die Sache ist also zwischen dem Ma-

gistrat und den Herren Stadtverordneten mehr in Fluß gewesen, als der Herr Fragesteller annahm.

28. Anfrage Loeschigt über die Dauer des städtischen Fleischverkaufs.

Die Anfrage lautet: „Wie lange gedenkt der Stadtmagistrat den Fleischverkauf fortzusetzen, und warum ist man über den Rahmen der Notstands lindering hinausgegangen?“

Stadt v. **Loeschigt** (zur Begründung): Ich komme zu dieser Frage, weil mir von glaubwürdiger Seite mitgeteilt ist, daß, trotzdem nach unserm Beschluß nur bis zu 3 Pfund Fleisch in den städtischen Verkaufsstellen verkauft werden sollte, Stücke bis zu 18—25 Pfund abgegeben sein sollen. Sie werden alle anerkennen — und soviel ich weiß, ist das auch in der Schlachthausdeputation zur Sprache gebracht worden —, daß eine solche Abgabe von Fleisch nicht zur Notstands lindering gehört. Wir haben ausdrücklich gesagt, wir wollen dem Schlachtergewerbe in dieser Weise nicht Konkurrenz machen, und wenn Stücke bis zu 3 Pfund abgegeben werden, so kann man von einer solchen Konkurrenz auch nicht sprechen. Später ist, soviel ich weiß, die Erlaubnis auf 5 Pfund ausgedehnt. Wenn aber größere Stücke abgegeben werden, so geht das über den Rahmen einer Notstands lindering hinaus, und dann haben die Schlachter Grund zu klagen, daß ihr Gewerbe unnötig gedrückt wird. Man kann ja überhaupt über den ganzen städtischen Fleischverkauf zweierlei Meinung sein. Wir haben wohl gesehen, daß das arbeitende Volk eine Hilfe in dieser Hinsicht nötig hatte; aber ich möchte denjenigen aus anderen Handwerken sehen, der bei einer städtischen Konkurrenz ruhig bleiben würde. Nehmen wir einmal die Maler an. Was würden sie sagen, wenn der Stadtmagistrat Malerarbeiten mit Umgehung der Meister durch Gesellen und selbstgekaufte Farben ausführen ließe? Auch der städtische Fleischverkauf muß doch schließlich eine Grenze haben. Man will doch nur denen helfen, die es wirklich nötig haben. Herr Sanitätsrat Henking ist mit meinen Worten scheinbar nicht einverstanden. Ich weiß, daß Herr Dr. Henking sich selbst gewundert hat, daß in so großem Maße Fleisch abgegeben ist, und ich muß mich wundern, daß nicht von Herrn Dr. Henking selbst dafür gesorgt wird, daß dem Übelstande abgeholfen wird. Da mir von glaubwürdigen Schlachtern solche Mitteilungen gemacht worden sind, so halte ich es für zweckmäßig, anzufragen, wie lange der städtische Fleischverkauf noch dauern soll. Das Fleischergewerbe hat auch ein Recht, danach zu fragen, ob es gedrückt werden soll. Auf der anderen Seite halte ich es aber auch für recht, daß der Notstand gelindert werden soll.

Stadt rat **von Frankenberg**: Ich kann Herrn Loeschigt nur dankbar sein, daß er diese wichtige Frage, wenn auch in vorgerückter Stunde, zum Gegenstand einer

Anfrage benutzt hat. Der Stadtmagistrat hat, als im Schlachthausausschuß zur Sprache gekommen ist, daß über 5 Pfund im einzelnen Falle an Abnehmer abgegeben worden sind, Veranlassung genommen, die Bestimmung, die mit den Herren Stadtverordneten vereinbart war, den Verkäufern erneut in Erinnerung zu bringen. Eine Ausnahme wird billigerweise gemacht werden können: Wenn das städtische Pflegehaus von dem Fleischverkauf etwas haben will, so glaube ich, stimmt auch der Herr Stadtverordnete Loeschigk mir zu, daß dieses sich auch einen Zentner Fleisch geben lassen kann, namentlich in denjenigen Fällen, wo die Fleischmenge sich angehäuft hatte. Ich glaube, auch die geehrte Versammlung wird dagegen nichts einzuwenden haben.

Was die andere Frage betrifft, wie lange der Fleischverkauf fortgesetzt werden soll, so muß ich feststellen, daß ein merkliches Sinken der allgemeinen Preise für Vieh und Fleisch, seitdem wir die Maßregel getroffen haben, noch nicht in wünschenswerter Weise stattgefunden hat. Der Magistrat hält es deshalb in Ausführung des Beschlusses der städtischen Behörden für geboten, vorläufig noch mit diesen Notstandsmaßregeln fortzufahren, hofft aber, daß die Verhältnisse sich in absehbarer Zeit derart bessern, daß der städtische Fleischverkauf eingestellt werden kann. Es ist dieses städtische Eingreifen ein Ausnahmezustand und soll es bleiben; das haben wir von Anfang an gesagt.

Es interessiert die Herren vielleicht, zu hören, daß wir im ganzen von Anfang November ab 1630 Zentner Fleisch haben kommen lassen. Man wird uns also nicht mehr den Vorwurf machen können, daß wir mit untergeschlagenen Armen der Notlage gegenübergestanden haben.

Der Magistrat hat noch einen weiteren Beschluß gefaßt, der sich auch in der Richtung bewegt, wie die Anfrage des Herrn Loeschigk. Es ist aufgefallen, daß während am Montag überhaupt kein Fleisch gekauft wurde, auch am Dienstag und Mittwoch ein sehr schwacher Andrang bei den Verkaufsständen herrscht. Es ist in diesen Tagen noch nicht einmal ein ganzes Tier verkauft. Deshalb haben wir uns gesagt, daß es keinen Zweck hätte und dem zu erwartenden Nutzen nicht entspräche, an diesen Tagen die Verkäufer am Plage zu haben und zu bezahlen. Der Verkauf wird deshalb in Zukunft auf die Tage Donnerstag, Freitag und Sonnabend beschränkt, und es wird wie bisher am Freitag nachmittag und am ganzen Sonnabend auch im Autorz-Hofe die Verkaufsstelle offengehalten werden. Als Notstandseinrichtung wird dieser beschränkte Verkauf den Bedürfnissen der notleidenden Bevölkerung entsprechen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼—8 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. März 1913.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Verlängerung des Vertrages mit der Straßenbahngesellschaft wegen des Lichtwerts | Seite 665 |
| 2. Antrag J a s p e r, betreffend Anstellung der stadtseitig remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte oder Aufbesserung ihrer Bezüge | " 693 |
| 3. Antrag S a n d e r: a) Belegung einer Teilstrecke der Cellerstraße mit Platten
b) Aufnahme eines Straßenzuges mit Brücke vom Rajchplatz bis zur Pestalozzistraße in den Ortsbauplan | " 695 |
| 4. Antrag B u n g e: Errichtung einer Bretterplanke an der Rehrichabladestelle auf der Kreuzstraße | " 696 |
| 5. Antrag B u n g e: Aufhebung des § 2 des Statuts über die städtische Verwaltung | " 696 |
| 6. Antrag H e n k i n g wegen Abänderung des Hundesteuerstatuts. | " 700 |
| 7. Erklärung der Stiftsgasse zur Ortsstraße | " 703 |
| 8. Verrechnung der Handwerkskammerbeiträge in einer besonderen Rechnung . . | " 704 |
| 9. Erwerb von Flächen zum Ausbau der Wittekindstraße. | " 704 |
| 10. Ausstattung von Räumen im Neustadtrathause | " 705 |
| 11. Antrag P u s c h, betreffend ein Verbot des Tragens ungehöhrter Hutnadeln in den Straßenbahnwagen | " 705 |
| 12. Antrag M u n t e, betreffend Verletzung des auf dem Bürgersteige vor dem Café Plück stehenden Straßenbahnmastes. | " 707 |
| 13. Antrag R i e k e, betreffend Anknüpfung weiterer Verhandlungen wegen stadtseitiger Übernahme der Osterbrücken | " 708 |
| 14. Zuschuß an den Zuschuß für Jugendpflege | " 708 |

15. Beihilfe an den Verband der Frauenvereine des Herzogtums für die Berufsberatungsstelle	Seite 714
16. Ankauf von Bildern zur Schmückung zweier Schulen	" 716
17. Errichtung einer Frauenbedürfnisanstalt im Autorshof	" 717
18. Umbau der Staatsbahnhöfe betreffend	" 718

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Lord**, **Schöttler** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Adenhausen**, **Altmann**, **Göde**, **Lange**, **Loeschigt** und **Schmidt**.

Vorsitzender Hauswaldt: Ich eröffne die Sitzung. Eingegangen ist das nachfolgende Schreiben des Magistrats:

„Die geehrten Herren benachrichtigen wir ergebenst, daß durch die am 28., 29. und 31. Januar stattgefundenen Ersatzwahlen als Stadtverordnete für die Zeit vom 1. April 1913 bis 31. März 1919 die nachverzeichneten Herren:

1. Brauereibesitzer Dr. jur. Karl Wolters,
2. Zeitungsverleger Hermann Lauer,
3. Rechtsanwalt Erich Weichsel,
4. Fabrikdirektor Max Gundermann,
5. Bankier Ernst Busch,
6. Freiszimmermeister Theodor Göde,
7. Rechtsanwalt Dr. jur. Roge,
8. Wurstfabrikant Fritz Diedmann,
9. Geschäftsführer Karl Schulze,
10. Arbeitersekretär Gustav Steinbrecher,
11. Geschäftsführer Karl Schmidt,
12. Lagerhalter Fritz Ohlendorf,

zu 1, 5—7, 12 wiedergewählt,

zu 2—4, 8—11 neugewählt sind.“

Ferner ist uns zur Kenntniznahme eingereicht die Rechnungsablage des hiesigen Verkehrsvereins für das Jahr 1912 und ein Bericht über die Tätigkeit des Vereins in diesem Jahre. Ich lege die Sachen auf den Tisch des Hauses nieder und bitte die Herren, die sich dafür interessieren, sie anzusehen.

Weiter ist ein Schreiben des Herrn Franz Nade eingegangen, der sich darüber beschwert, daß er für ein an die Stadtgemeinde verkauftes Grundstück zwischen Wabestraße und Schunterstraße noch zu Straßenkosten herangezogen werden soll. Ich überweise das Schriftstück der Baukommission zur Vorberatung.

Sodann habe ich den Herren noch mitzuteilen, daß mir zu der Jahrhundertfeier am vorigen Montag 10 Eintrittskarten zugegangen sind. Nachdem eine Anzahl Herren auf die Benutzung verzichtet hatten, habe ich die Karten unter den Herren verlost und an die Herren verteilen lassen.

In bezug auf unsere heutige Tagesordnung habe ich mitzuteilen, daß der Magistrat großen Wert darauf legt, daß Punkt 19, Verlängerung des Vertrages mit der Straßenbahngesellschaft wegen des Lichtwerks heute beraten und darüber noch vor dem 1. April beschlossen wird. Ich möchte Ihnen vorschlagen, wenn kein Widerspruch erfolgt, unserer Gepflogenheit gemäß, einem solchen Wunsche des Magistrats stattzugeben, den Punkt 19 vor Punkt 1 der Tagesordnung zu behandeln.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Behandlung des Punktes 19 ist selbstverständlich sehr wichtig; die Vorlage ist uns in der Gesamtheit aber verhältnismäßig sehr spät zugegangen. Es ist ja bereits im Sommer die Rede davon gewesen, auch sind uns Gutachten darüber zugänglich gemacht. Nachher verlautete aber, die Gutachten kämen nicht mehr in Betracht, es wäre eine Vorlage auf ganz anderer Grundlage aufgebaut — in der Weise hat sich der Vertreter des Magistrats in der Kommission geäußert —, so daß die weiteren Verhandlungen sich der Mehrheit der Stadtverordneten entzogen und uns die vor acht Tagen gemachte Vorlage überraschte. Ich möchte mit Rücksicht auf die Bedeutung und die nicht ganz einfache Sachlage bitten, die Verhandlung zu vertagen, da wir nicht genügend vorbereitet sein können.

Oberbürgermeister **Reitemeyer:** Ich muß anerkennen, daß Ihnen eine sehr schwierige Sache mit dieser Vorlage unterbreitet ist. Wenn aber Herr Dr. Jasper meint, die Vorlage wäre zu spät eingegangen, und darin vielleicht ein Vorwurf gegen den Magistrat liegen soll, so würde ein solcher nicht begründet sein. Die Herren können überzeugt sein, daß auch uns die Sache große Schwierigkeiten gemacht hat. Aber ich sollte doch meinen, es wäre unbedenklich, heute über die Vorlage zu verhandeln, weil durch den Vortrag des Referenten und durch die Aussprache diejenigen Herren, die hier und da noch im unklaren sind, unterrichtet werden. Sollte die Mehrheit der Herren am Schluß der Verhandlungen zu der Überzeugung kommen, daß in mancher Beziehung noch eine Klärung nötig ist,

und beschließen, heute die Entscheidung nicht zu treffen, so hat sich der Magistrat zu fügen. Ich glaube aber doch, eine Durchberatung wäre wohl am Platze.

Stadtv. Sander: Ich stehe in einer Beziehung auch auf dem Standpunkte des Herrn Dr. Jasper. Auch mir ist es in der kurzen Zeit nicht möglich gewesen, eine so folgenschwere Vorlage derart durchzuarbeiten, daß ich als Stadtverordneter mein Ja oder mein Nein dazu sagen kann, denn die Vorlage ist mir erst am Sonnabend zugegangen. Ich stimme aber dem Vorschlage des Herrn Oberbürgermeisters zu, die Beratung heute stattfinden zu lassen und eventuell eine zweite Lesung zu beschließen. Des weiteren muß ich noch meinem Befremden darüber Ausdruck geben, daß diese Vorlage allein von der Finanzkommission vorberaten ist. Es handelt sich um einen umfangreichen Vertrag von vielleicht 20 Druckseiten, und ich meine, ein solcher gehöre zur Vorberatung in die Statutenkommission. Es lag nichts näher, als daß die Statutenkommission zur Vorberatung mit zugezogen wurde; ein großer Teil der Herren ist auch mehr eingeweiht in die Sache. Wenn ein solcher Vertrag nicht in der Rechtskommission beraten werden soll, dann weiß ich nicht, was sonst hineingehört, denn die Steuererlasse sind so unwichtig, daß sie allein die Rechtskommission nicht beschäftigen. Ich möchte bitten, wenn sich Momente ergeben, die noch eine Kommissionsitzung veranlassen, zu dieser Sitzung auch die Statutenkommission mit hinzuzuziehen.

Vorsitzender: Selbstverständlich habe ich der Statutenkommission diese Vorberatung und Beschlußfassung nicht vorenthalten wollen. Ich war indes der Ansicht, daß hauptsächlich der finanzielle Gesichtspunkt bei dieser Vorlage maßgebend ist, und habe sie deshalb an die Finanzkommission verwiesen. Wenn die Herren es beschließen, kann die Statutenkommission hinzugezogen werden.

Ich darf wohl annehmen, daß die Herren damit einverstanden sind, daß wir in die Beratung eintreten.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich möchte bitten, wenigstens eine zweite Lesung von vornherein zu beschließen.

Vorsitzender: Eine zweite Lesung kennen wir in unserer Geschäftsordnung ja nicht, aber wir können jeden Augenblick beschließen, eine zweite Lesung zu halten.

Stadtv. Frühling: Ich habe gegen eine zweite Lesung nichts einzuwenden, aber ich bitte, den Beschluß darüber aufzuschieben und ihn eventuell während der Beratung zu fassen.

Die Versammlung ist mit diesem Vorschlage einverstanden. Stadtverordneter Dr. **Volters** übernimmt den Vorsitz.

1. Verlängerung des Vertrages mit der Straßenbahngesellschaft wegen des Lichtwerks.

Stadtv. **Hauswaldt**: Meine Herren, ich darf Sie daran erinnern, wie sich die Sache historisch entwickelt hat. Vor über Jahresfrist wurde es uns bekannt, daß das Lichtwerk in der Wilhelmstraße nicht mehr in der Lage sei, den Bedarf der Stadt an Elektrizität, wie er sich im Laufe der Zeit entwickelt hat, zu befriedigen. Wie den Herren erinnerlich sein wird, hatten wir zugestimmt, daß das Lichtwerk auf der Wilhelmstraße vergrößert werden sollte, und es war auch das nötige Geld zur Verfügung gestellt, damit die Vergrößerung ausgeführt werden konnte. Ich glaube, wir können heute alle froh darüber sein, daß der Entschluß zur Vergrößerung nicht zur Ausführung gekommen ist, denn es ist uns allen wie auch wohl dem Werke selbst zum Bewußtsein gekommen, daß die Anlage des Lichtwerks auf der Wilhelmstraße ein Fehler gewesen ist, und daß eine Vergrößerung des Werkes den Fehler vergrößern hieße. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß die ganze Umgebung, insbesondere der naheliegende Wall, unter diesem großen Werke leidet, daß die Kohlen mit Wagen zugefahren werden müssen, und alles andere abgefahren werden muß. Das Werk liegt mitten in der Stadt, ohne Wasser für seine Kessel, so ungünstig wie irgend möglich. Weiter darf ich Sie daran erinnern, daß aus der Mitte des Magistrats die Idee aufkam, an der sogenannten „Langen Tiefe“, bei der Abwässerpumpstation, ein neues Werk zu bauen. Die Straßenbahngesellschaft lehnte die Idee aber ab, obgleich wir sagten: Wir können das neue Werk mit der Pumpstation vereinigen. Hinterher hat dann aber das Lichtwerk der Straßenbahn diese selbe Idee wieder aufgegriffen und kam den städtischen Behörden, zunächst dem Magistrat, mit der Bitte, ihr zu gestatten, an dieser Stelle ein Drehstromwerk zu errichten, welches so eingerichtet werden sollte, daß es nicht bloß das Werk in der Stadt in jeder Weise unterstützen könnte, sondern auch imstande war, allen Anforderungen, die eventuell die Industrie oder sonstige Abnehmer an das Werk stellen sollten, zu befriedigen. So weit die Vorgeschichte.

Als die Angelegenheit bis zu diesem Punkte gediehen war, kam dem Stadtmagistrat der Gedanke: Ist es denn wohl richtig, dieses neue Werk wieder von einer Gesellschaft bauen zu lassen, oder ist der jetzige Zeitpunkt, wo der neue Bau ausgeführt werden muß, nicht der gegebene, die elektrische Lichtstation durch die Stadt zu übernehmen? Es war, wie wir wissen, allgemein der Gedanke verbreitet — ob er auf Wahrheit beruht, weiß ich nicht —, daß allein die verschiedenen Faktoren, die an der Vergabung und Ausführung der Arbeiten oder an dem

Betriebe des Elektrizitätswerkes selbst mitwirkten, verdienten, und es müßte unter allen Umständen Wandel geschaffen werden, jedenfalls könnte nicht auf Grund des alten Vertrages der Straßeneisenbahngesellschaft der Bau und Betrieb des neuen Werkes erlaubt werden.

Nun gibt es drei verschiedene Möglichkeiten, diese Angelegenheit befriedigend für die Stadt zu lösen. Der eine Weg ist der, den ich ja schon angedeutet habe, daß die Stadt von ihrem Recht Gebrauch macht, zum 1. April den Vertrag zu kündigen (Sie wissen, daß dann in drei Jahren das Lichtwerk zu der festgesetzten Summe in den Besitz der Stadt übergeht), daß wir das Drehstromwerk an der genannten Stelle selber bauen und versuchen, über die drei Jahre so gut und so schlecht wie möglich hinwegzukommen. Dann würde die Stadt, wie sie Gas- und Wasserwerk betreibt, auch das Lichtwerk und die neue Station für elektrische Energie selbst bauen und in Betrieb nehmen.

Die zweite Lösung war, daß man den Vertrag des Lichtwerks verlängerte, und daß man bei einem derartigen Entgegenkommen gegenüber der Straßeneisenbahngesellschaft in der Lage war, eine ganze Reihe von Vorteilen für die Stadt herauszudrücken, daß man vor allem an den einzelnen Bestimmungen änderte, die uns jetzt peinlich sind, wozu die dreijährige Wartezeit vor Übernahme des Werkes bei der Kündigung des Vertrages gehört. Es käme dabei noch eine ganze Reihe von Punkten in Betracht, die ich eben nicht mitbezeichnen will.

Als dritte Lösung käme eine für viele von uns wahrscheinlich neue Idee hinzu, nämlich, daß man das Elektrizitätswerk zusammen mit der privaten Gesellschaft betriebe. Eine solche Vereinigung hatte man früher gar nicht gekannt, ich wenigstens hatte nichts Derartiges gesehen; aber in den letzten 5 bis 10 Jahren sind eine große Reihe von Städten dazu übergegangen, das Recht, welches sie in bezug auf elektrische Werke haben, mit der privaten Gesellschaft zusammenzuschweißen und gemeinsam mit der privaten Gesellschaft, allerdings unter Leitung der Organe der Privatgesellschaft, das Werk zu treiben und den Nutzen zu teilen.

Nun möchte ich an die Spitze der Betrachtung noch folgendes stellen: Der Kernpunkt der ganzen Sache liegt nach meinem Dafürhalten darin, daß wir es fertigbringen, einmal unsern Mitbürgern zu möglichst niedrigen Preisen elektrische Energie zur Verfügung zu stellen, und dann, was allerdings scheinbar in direktem Widerspruch mit dem eben Gesagten steht, möglichst viel für die Stadt aus dem Betriebe herauszuwirtschaften, damit wir bei dem fortwährend steigenden Bedarf der Stadt die Steuern nicht zu erhöhen brauchen. Das sind in gewisser Weise Gegensätze, die sich aber so annähern können, daß das eine — nämlich der niedrige Preis der Energie für unsere Mitbürger — wohl erreicht werden kann, und das andere — daß ein erklecklicher Teil für die Stadt übrigbleibt — nicht vernachlässigt wird.

Nun sind seit Sommer vorigen Jahres Beratungen gepflogen, und die daran beteiligten Herren, z. B. auch der Vorsitzende der Baukommission und meine Wenigkeit als Finanzkommissionsvorsitzender, auch der zweite Vorsitzende, haben hin und her beraten und überlegt, was aus den Beratungen als das Beste für die Stadt zu kristallisieren wäre. Da muß man auch wieder ganz streng scheiden. Diejenigen Herren, die sich prinzipiell auf den Standpunkt stellen, ein derartiges Werk soll unter allen Umständen im Besitz der Stadt sein, die Stadt soll es als städtisches Eigentum betreiben, und die starr auf diesem Standpunkt bleiben, für die gibt es keinen anderen Ausweg, als für die Übernahme des ganzen Werkes zu stimmen. Aber für diejenigen Herren, welche allerdings sehr gern das Werk in den Besitz der Stadt überführen möchten, die unter allen Umständen die Möglichkeit der Überführung des Werkes an die Stadt zu günstigen Bedingungen hochhalten wollen, kam noch ein anderer Gesichtspunkt zur Sprache, den man auch prinzipiell entscheiden muß. Das ist die Frage: Ist es möglich, daß eine Kommune oder ein Staat annähernd so vorteilhaft und so intensiv arbeiten kann wie ein Privater oder wie eine Privatgesellschaft? Wer diese Frage bejaht und sagt: Eine Kommune kann ebenso kaufmännisch intensiv, industriell so vorzüglich und praktisch eine derartige Sache betreiben, der wäre ein Narr, wenn er nicht dazu riete, die Sache von der Stadt betreiben zu lassen und den ganzen Nutzen für die Stadt zu nehmen. Aber es gibt eine ganze Menge Personen, und dazu gehöre auch ich, die diese Möglichkeit leugnen, und wer diese Frage so entscheidet, muß weiter fragen: Was sollen wir tun, wenn wir das Werk nicht für die Stadt selber übernehmen wollen? Dann stehen die beiden Wege offen, entweder Halbpakt zu machen mit der Straßeneisenbahngesellschaft oder den Kontrakt zu verlängern.

Auf den ersten Augenblick bestach auch mich in der langen Zeit, in der ich mich mit der Sache beschäftigt habe, der Gedanke: Die Stadt bringt ihre Rechte in bezug auf das Elektrizitätswerk, eventuell auch das ganze Gaswerk in eine große neue Gesellschaft ein, die Straßeneisenbahngesellschaft bringt ihr Lichtwerk ein, Gaswerk und Lichtwerk stehen nicht mehr als Konkurrenten nebeneinander, sondern bilden ein durch vorzügliche kaufmännische Leitung geführtes Ganzes, und der Gewinn wird entsprechend geteilt. Diesen Weg haben eine ganze Reihe von Städten schon beschritten, und auch ich war Wochenlang für eine solche Lösung ganz begeistert. Schließlich bin ich aber doch nach näherer Berechnung, nach vielem Nachdenken und mancher Mühe zu der Überzeugung gekommen, daß die Sache einen gewaltigen Haken hat. Wenn man auch sehr wohl auf eine solche Kompagnie eingehen könnte, denn Kompagnie braucht nicht immer Lumperie zu sein, so müßten doch die Werte oder Aktien von den beiden Seiten wirklich eingebracht werden, und von seiten der Stadt müßte wohl oder übel entweder die ganze Gasanstalt oder unser ganzes Recht auf das Lichtwerk eingebracht werden. Das

würde festgeschrieben, und die Stadt könnte aus dem Vertrag nur bei der Auflösung der Gesellschaft wieder herauskommen. Das kommt unter allen Umständen einem direkten Verkauf des Gaswerks gleich. Ich erinnere daran, daß allerdings einige Städte diesen Schritt getan haben, z. B. Hannover. Uns aber wollte das aus vielen Gründen nicht gefallen, unter anderm auch deshalb nicht, weil die ganzen Angestellten dieses Werkes, die jetzt städtische Beamte sind, in eine ganz sonderbare Lage gebracht würden, wenn sie nun Privatbeamte würden, und so bestanden noch mehr Gründe. Wenn man aber von dem Gesichtspunkt abging, daß man die ganzen Aktiven von beiden Seiten zu einem Ganzen zusammenbrächte, sondern es so machte, wie es auch von verschiedenen Städten geschehen ist, daß jede Seite, die Gesellschaft sowohl wie die Stadt, ihren Besitz behält, das Ganze aber nur in Form einer Ausbeutungs-gesellschaft zusammengeschmiebet wurde zu einer Gesellschaft, die nur den Betrieb leiten sollte, dann wäre für die Stadt die Sache ungeheuer gefährlich, denn da nicht die städtischen Beamten an erster Stelle, sondern die geschäftlich und kaufmännisch viel besser geschulten der Gesellschaft den Betrieb leiten sollten, so wäre nicht zu verhindern, daß die ganzen Abschreibungen, die ganze Art und Weise des Betriebes nach der Seite hin dirigiert würde, daß das Werk, welches die Gesellschaft einbrächte, gefördert wird, aber das Werk, welches wir einbrächten, nach und nach in den Rückstand käme. Ich sage nicht, daß das hätte geschehen müssen; aber die Gefahr lag nahe. Alle, die kaufmännisch geschult sind, wissen, daß eine Kontrolle über eine derartige Bewirtschaftung oder Verarbeitung einer Sache überhaupt nicht existiert; sie ist im kaufmännischen Wesen nur möglich, wenn man vom Morgen bis zum Abend mit dabei ist, sonst ist sie nicht durchzuführen. Zog man dies in Betracht, dann verlor das sehr verlockende Anerbieten der Gesellschaft ungeheuer an Wert. Wir sind deshalb schließlich von dieser Idee zurückgekommen, so entusiastisiert die Herren, die sich damit beschäftigten, auch zuerst davon waren: Es ist nichts Halbes und nichts Ganzes, und darüber sind wir wohl alle einer Meinung, daß wir nicht dazu schreiten würden, unsere Gasanstalten an eine Aktiengesellschaft direkt zu verkaufen.

Wenn man das ausscheidet, dann bleiben nur die beiden anderen Wege: Entweder Verlängerung der Konzession oder Übernahme des Werkes. Nun gebe ich ohne weiteres zu, daß für die Übernahme eine Menge Gründe sprechen, und wenn Sie die Gutachten durchgelesen haben, besonders das Süchtingsche, dann werden Sie sofort gesagt haben: Es ist nicht zu verstehen, daß nicht jeder mit Hand und Fuß dafür eintritt, das Werk auf die Stadt zu übernehmen und den ganzen Verdienst der Stadt zuzuwenden, während er jetzt einer Reihe von Aktionären der Gesellschaft mit zugute kommt.

Nun komme ich auf das zurück, was ich vorhin gesagt habe. Es ist für mich ein absolut fester Satz, daß eine Kommune mit ihrer immerhin schwerfälligen Art

und Weise zu handeln, ein Staat noch viel mehr, unendlich teurer und viel weniger lukrativ und intensiv arbeitet als ein Privater, und daß die Verwaltung durch die Kommune auch weniger Freiheit zu Entgegenkommen gegenüber den Abnehmern gewährt. Ich bin überzeugt, jede Privatgesellschaft wird den Abnehmern gegenüber viel kulanter sein können, als es der Stadt oder dem Staat möglich ist, die beide nach ganz festen Schemata und Normen handeln müssen, die für alle Mitbürger ohne Ausnahme anzuwenden sind, und über die nicht hinausgegangen werden darf.

Noch ein anderer Gesichtspunkt spricht gegen die einfache Übernahme. Das sind die augenblicklichen Geldverhältnisse. Wie Sie aus der Zusammenstellung gesehen haben — ich spreche in runden Zahlen — würde augenblicklich der Übernahmepreis 4 Millionen betragen. Er wird sich nach drei Jahren um die Abschreibungen, die in dieser Zeit gemacht werden, ermäßigen, wird aber immerhin noch ganz erklecklich sein, nehmen wir an $3\frac{3}{4}$ Millionen. Wir wissen, daß wir vor der Notwendigkeit stehen, mehrere Millionen anleihen zu müssen, um die Anforderungen für die Bahnhofsfraße zu bewilligen. Wir stehen auch noch vor andern Aufgaben schwerwiegender Natur, die die Beschaffung von Geld nötig machen. Sie wissen, daß unser ganzer Etat nur künstlich hochgehalten wird durch die bewundernswürdige Weise, wie der Magistrat die überflüssigen Gelder der einzelnen Werke wieder als flüssiges Kapital für die Stadtkasse verwendet, daß aber in absehbarer Zeit der Zeitpunkt eintreten wird, wo Gelder, die eigentlich in das Extraordinarium gehören, 2 Millionen Mark, angeliehen werden müssen. Wenn wir in Braunschweig jetzt mit dieser Forderung auf den Markt treten und für die Eisenbahn noch 2 Millionen gebrauchen, dann für dieses Elektrizitätswerk $3\frac{3}{4}$ Millionen, dann wären das über $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Diese Summe bei dem heutigen Geldmarkt anleihen zu müssen (das wird sich jeder sagen können), würde uns in die Lage bringen, bei 4 Prozent Verzinsung nicht einmal auf pari zu kommen. Wir würden die Tilgung dieser Anleihe auf eine lange Reihe von Jahren (für gewöhnlich 52 Jahre) mit den Zinsen fest auf die Stadt übernehmen, und das würde natürlich auch das finanzielle Ergebnis drücken, welches aus der Übernahme des Elektrizitätswerkes springen würde. Wir sind infolgedessen nach langer Beratung in der Finanzkommission bis auf ein Mitglied zu der Generalidee gekommen: Wenn es uns gelingen sollte und gelungen ist, in dem neuen Vertrage von der Elektrizitätsgesellschaft alle die Vorteile herauszubekommen, die wir für uns beim Betriebe des Werkes durch die Stadt selbst haben würden, — wir hätten dabei aber nicht das Risiko, könnten unsere Etats in den nächsten Jahren balancieren, ohne mit großen Anleihen auf den Markt zu treten, hätten durch Vertrag das Minimum der Abgabe fixiert, womit bestimmt zu rechnen wäre — dann würde es unter den jetzigen Verhältnissen für die Stadt vorteilhaft

sein, den Vertrag zu verlängern, selbstverständlich immer mit der Maßgabe, daß man das Werk, wie auch schon jetzt, von Seiten der Stadt später einmal übernehmen kann.

Ich muß hier einschalten, daß noch ein Punkt gegen die sofortige Übernahme spricht; das sind die drei Sperrjahre. Wenn wir am 1. April d. Js. kündigen, so wird in drei Jahren, am 1. April 1916, uns das Werk übergeben werden müssen. Diese drei Jahre werden für die Stadt Braunschweig sehr wenig erfreulich sein, denn wenn wir gekündigt haben, so wird die Gesellschaft — das kann keiner anders erwarten — großartige Einrichtungen nicht mehr treffen wollen. Sie steht, wie Sie wissen, mit dem Werk auf der Wilhelmstraße am Rande ihres Könnens, und wenn wir auch sofort anfangen würden, das neue Werk zu bauen, so würden mindestens $1\frac{1}{2}$ Jahre vergehen, ehe es leistungsfähig wäre. Da würde es noch immer eines Vertrages mit der jetzigen Inhaberin des Lichtwerks, der Straßen-eisenbahngesellschaft, bedürfen, nach welchem wir ihr unsererseits zu einem gewissen Preise elektrische Energie liefern, damit sie unsern Mitbürgern, die nach Licht- und Kraftanschluß schreien, diesen liefern kann. Diese Unannehmlichkeit würde uns noch nebenbei erwachsen.

Ich sagte vorhin, wenn es uns gelingen würde oder gelungen wäre, einen Vertrag mit der Elektrizitätsgesellschaft abzuschließen, der uns die Vorteile für den Stadtfädel sichert, die wir nach menschlichem Ermessen für den Fall haben würden, daß wir das Werk selbst betrieben, nach dem unsern Mitbürgern die elektrische Energie zu einem Preise geliefert würde, wie wir ihn auch nicht billiger stellen können, nach dem unserer Industrie in absehbarer Zeit durch das Drehstromwerk in ausreichendem Maße Energie zu ungeheuer billigem Preise geliefert werden könnte, wenn wir zu alledem die Sicherheit haben würden, daß die Fehler vermieden werden, die in dem alten Kontrakte zu unsern Ungunsten gemacht sind. und die — wir wußten es damals nicht besser — darin bestehen, daß die Abschreibungen ganz ungenügend waren, da sie erst nach Verlauf von acht Jahren einsetzen, wodurch das Werk in der ersten Hälfte der Konzessionszeit viel zu teuer uns in die Hände gelangen wird, wenn wir in unserm neuen Kontrakte die Abschreibungen so machen, daß nach einer Reihe von Jahren — es sind 15 Jahre gerechnet, das ist im Leben einer Stadt nicht viel — das Werk nur noch mit 40 Prozent von uns übernommen werden mußte, dann ist die Unannehmlichkeit, diese 15 Jahre zu warten, nicht so groß gegenüber dem Vorteile, daß die Herren, die nach uns kommen, nachdem wir die ganze Zeit die festgesetzte Quote erhalten haben und nachdem 60 Prozent abgeschrieben sind, das Werk übernehmen können. Die jetzige Zeit ist für die Übernahme finanziell nicht so günstig, wie man glauben könnte, denn wir franken bei den Abschreibungen immer noch an den ersten acht Jahren. Nun muß man aber auch gerecht sein:

Die Gesellschaft, die das Elektrizitätswerk ins Leben rief, konnte nicht wissen, wie groß der Aufschwung war, den das Werk nehmen würde, sie konnte nicht wissen, wie groß der Hunger nach Elektrizität sein würde, und hat sich die acht Jahre ausbedungen, weil sie erst über die Kinderkrankheiten und über die sonstigen Unannehmlichkeiten des Betriebes hinwegkommen mußte. Um unserer schönen Augen willen kommt keiner nach Braunschweig und baut ein Elektrizitätswerk, selbstverständlich will er dabei verdienen.

Die Ansicht der Finanzkommission über den vorgelegten Vertrag ist, daß darin alle Sachen so geregelt sind, daß wir, um es mit kurzen Worten auszudrücken, sagen müssen: Alle Vorteile finanzieller Natur, die wir glauben mit der eigenen Bewirtschaftung des Werkes für die Stadt herausholen zu können, bekommen wir nach dem neuen Vertrage auch jetzt, und gleichzeitig erhalten unsere Mitbürger die Energie zu einem Preise, wie sie sie billiger auch von uns, wenn die Stadt das Werk betriebe, nicht erhalten könnten. Es ist klar, daß ein derartiges Werk, welches von einer Privatgesellschaft betrieben wird, intensiver arbeiten wird und arbeiten kann als ein von der Behörde betriebenes. Sollte jetzt oder später einmal die Stadt das Elektrizitätswerk kaufen, dann müßten wir einen technischen Leiter anstellen, der natürlich aus der Industrie geholt werden müßte. Sie wissen, wie derartige Stellen bezahlt werden; Sie müßten also andere Gehälter bewilligen, als sie irgendwo in unserer städtischen Gehaltskala eingegliedert sind. Denn wenn Sie ein derartiges Werk vorwärts treiben wollen, müssen Sie auch erstklassige Leute haben, und diese werden in der Industrie auch erstklassig bezahlt.

Am Hand des Vertrages müßten die Herren nun prüfen, ob es dem Magistrat gelungen ist, im Vertrage alle die Punkte auszumergen, die in dem alten für die Stadt ungünstig waren, und den neuen Vertrag so weit zu treiben, wie es gegenüber den Interessen der Straßeneisenbahngesellschaft irgend möglich war. Ich habe die Überzeugung, daß die beratende Kommission oder der Magistrat es fast bis zur Grenze getrieben haben, und daß die Straßenbahn, wenn wir noch viel verlangen würden, einfach sagen würde: Dann hat die Sache für uns keinen Zweck. Diesen Punkt zu ermitteln, war der schwierigste Teil der Aufgabe, und ich glaube, wir haben ihn getroffen.

Über die Behandlung der Sache erlaube ich mir dem Herrn Vorsitzenden einen Vorschlag zu machen. Ich hatte zuerst gedacht, es würde am richtigsten sein, über diesen prinzipiellen Punkt eine Abstimmung herbeizuführen. Ich bin davon aber zurückgekommen aus dem Gedanken, daß viele der Herren, wie es Herr Sander aussprach, gar nicht in der Lage sind, die Sachlage jetzt gleich beurteilen zu können. Deshalb schlage ich vor, die Herren möchten sich über ihren prinzipiellen Standpunkt aussprechen, und wenn es bei dieser Aussprache dahin

käme, daß eine Majorität von vornherein erklärt: Eine Verlängerung des Vertrages wollen wir unter keinen Umständen, dann könnten wir uns die große Arbeit sparen, den schwierigen Vertrag Punkt für Punkt durchzugehen. Wenn aber die Herren in ihrer Majorität der Ansicht sind: Wir wollen diesen Vertrag erst einmal genau durchgehen und uns am Schlusse entscheiden, dann ist dem Interesse der Stadt am meisten gedient. Ich bitte also, erst einmal eine Aussprache über die großen prinzipiellen Fragen: Übernahme, Verlängerung oder gemeinsames Arbeiten mit einer Aktiengesellschaft herbeizuführen, damit wir einen Begriff bekommen, wie die geehrten Herren darüber denken.

Vorsitzender: Ich stimme diesen Vorschlägen durchaus zu. Ich empfehle also zu beschließen: In Form einer Generaldebatte sich zunächst über die grundsätzlichen Fragen, und zwar über die drei vom Herrn Berichterstatter angeführten Punkte zu äußern.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Stadtv. Eckhardt: Die Besorgnis, welche der Herr Referent bei Kündigung des Vertrages wegen der uns noch bevorstehenden drei Jahre hegt, kann ich nicht teilen; ich bin der Meinung, daß dieselben schnell ohne Störung und Gefahr für die Stadt vergehen, wenn nichts Besonderes geschieht.

Aus dem gemischten Betriebe, wie ihn eine Anzahl von Städten einführten, haben sich so glänzende Resultate herausgebildet, daß diese Städte mit Freude daran denken, diese neue Betriebsart eingerichtet zu haben. Es hat allerdings auch Städte gegeben, die es vorzogen, Werke nicht selbst zu verwalten, wie dies in Hannover bei der Gasanstalt der Fall ist, wo für Erteilung der Konzession auf weitere zehn Jahre 10 Millionen Mark von der Gesellschaft gezahlt werden.

Nach meinem Dafürhalten würde, wenn zum gemischten Betrieb übergegangen wird, in erster Linie der Stadtsäckel einen ganz gewaltigen Anteil erhalten, und weiter würden durch gemeinsame Arbeit der aus der Industrie und dem Handel als Leiter dieses Betriebes entnommenen Kräfte, die es an nichts fehlen lassen, den Abnehmern billige Strompreise gewährleisten.

Ich empfehle deshalb, zum gemischten Betriebe überzugehen.

Stadtv. Dr. Jasper: Im Gegensatz zu meinem Herrn Vorredner möchte ich dem gemischten Betriebe nicht das Wort reden. Was der Herr Berichterstatter hinsichtlich des gemischten Betriebes ausgeführt hat, ist zutreffend. Es ist nichts Halbes und nichts Ganzes; man weiß hauptsächlich nicht, wie man bei einer Auflösung der Verbindung wieder auseinanderkommt. Dies ist das ausschlaggebende Moment für mich. Im übrigen würde es auf die Befähigung der bei der Auflösung beteiligten Personen ankommen, auf welche Seite die Gunst oder Ungunst

fallen würde. Ich pflichte dem Herrn Berichterstatter bei, daß wir uns entscheiden müssen. Entweder geben wir einer kapitalistischen Gesellschaft noch weiter die Erlaubnis und sichern der den Profit und uns einen gewissen Anteil am Gewinn, oder wir suchen Herr des Lichtwerks, dieser Quelle von Licht und Kraft für unsere Bürger, zu werden. Ich muß von vornherein sagen, daß die letzte Alternative für mich die gegebene Lösung ist, und daß die Gründe, die der Herr Berichterstatter heute dagegen angeführt hat und vielleicht noch andere, die sonst noch geltend gemacht werden könnten, und die bei der Frage immer wiederkehren, wenn die eine oder die andere Gemeinde vor die gleiche Aufgabe gestellt ist, nicht überzeugend gewesen sind, daß unser Gemeinwesen besser dabei fahren würde, wenn es diesen Vertrag eingeht. Ich stelle die Urteile auch anders ein, als der Herr Berichterstatter es getan hat, und bitte auch die andern Herren, nicht vollkommen die anderen Gesichtspunkte für die Beurteilung außer Betracht zu lassen. Der Herr Berichterstatter meint, die Aufgabe sei gelöst, wenn es gelungen sei, möglichst billig Licht und Kraft zu beschaffen und gleichzeitig möglichst hohe Einkünfte für die Stadt zu erringen und, soweit diese Grundsätze sich widerstreben, die mittlere Linie, den Punkt zu finden, der beiden möglichst gerecht wird. Ich glaube, es kommt nicht nur auf die Billigkeit an, sondern wesentlich auch darauf, welche Politik im allgemeinen mit der Ausgestaltung des Werkes und seiner Anlagen getrieben wird, was angestrebt werden soll: lediglich der Profit oder auch die Förderung eines gewissen gemeinnützigen Interesses, die Förderung beispielsweise einer Tendenz, die es anstrebt, die kleinen Betriebe nicht durch Gas antreiben zu lassen oder durch die Hand, sondern die allgemeine elektrische Versorgung, die es anstrebt, die Straßenbahnlinien auch weiter in die einzugemeindenden Vororte hinauszulegen, und anderes mehr. Das sind Interessen des Gemeinwohls, Interessen der Entwicklungsmöglichkeit und der Entwicklungsfähigkeit unseres Gemeinwesens, die mit der reinen Billigkeit nichts zu tun haben.

Der Herr Referent hat als Hauptgrund gegen die Forderung, das Lichtwerk in eigene Regie zu übernehmen, angeführt, die Stadt sei nicht in der Lage, ebenso vorteilhaft, ebenso gut und ebenso intensiv zu arbeiten wie eine Privat-Gesellschaft. Ich gebe dem Herrn Berichterstatter ohne weiteres zu, daß in gewissem Umfange Hemmungsmomente in der Behördenanordnung der städtischen Verwaltung liegen. Es ist das besonders darin begründet — was der Herr Referent noch nicht einmal hervorgehoben hat —, daß wir das Zweikammersystem und nicht das Einkammersystem besitzen, wo Reibungsflächen zutage treten und vielleicht auch manche Eigentümlichkeiten des Bureaokratismus überhaupt. Ich glaube aber, es heißt das Kind mit dem Bade ausschütten und die Fähigkeit der Beamten unterschätzen, wenn man meint, es sei immer so, daß die städtische Regie nicht so gut und vorteilhaft arbeiten könnte wie der private Betrieb. Es wird darauf ankommen, den

Zopf, der dem Bureaukratismus anhängt, abzuschaffen, und der wird sich bis auf einen minimalen Rückstand beschneiden lassen. Wenn das von uns angeregt wurde, so ist dem nur von anderer Seite keine Gegenliebe gezeigt. Es wird wohl auch mehr dem Grundsatz Rechnung getragen werden müssen, daß, wenn man etwas erstklassig haben will, dann auch erstklassige Bezahlung am Platze ist und nicht ein Schielen von einem Punkt nach dem andern eintreten darf. Um konkurrenzfähig zu sein, müssen auch gewisse Gegenleistungen von der Stadt gewährt werden. Der Herr Referent und ich, wir werden uns gegenseitig aus der reinen Theorie heraus kaum überzeugen können. Die Erfahrungen der verschiedenen Städteverwaltungen, die schon seit einer Reihe von Jahren, seit Jahrzehnten, nicht nur in Deutschland, sondern in den verschiedensten Ländern vorliegen, die Erfahrungen, die wir auch selber am eignen Ort mit dem Betriebe der städtischen Regie gemacht haben, geben doch der Möglichkeit Raum, daß auch in städtischer Regie etwas Ersprießliches erreicht werden kann. Wir sind nicht die ersten, die vor diese Frage gestellt sind. Wenn man das statistische Jahrbuch deutscher Städte nachschlägt, findet man, daß in steigendem Maße derartige Betriebe wie Gas- und Elektrizitätswerke in eigenen Betrieb der Städte übernommen worden sind. Wir haben, glaube ich, mit unserm Gaswerk, wenn man auch manche Nachteile sehr wohl anerkennen mag, nicht schlecht gewirtschaftet und von dem Gesichtspunkte des Herrn Berichtstatters aus wohl leidlich abgeschnitten, so daß man selbst zu den gegenwärtigen Trägern unserer städtischen Verwaltung hinsichtlich der Leistungsfähigkeit wohl einiges Zutrauen haben könnte und nicht zu sagen braucht: „Um Himmelswillen, wir können das diesen Herren nicht anvertrauen; das muß Herr Major Ribbentrop machen, der durch seine Vorbildung so vorzüglich geeignet ist, einem kaufmännischen Betriebe vorzustehen, kaufmännischen Schliff und Pfiff in die ganze Verwaltung hineinzubringen.“ Ich bin bei der Wahl nicht zweifelhaft, auf welche Seite ich mich bei dieser Gelegenheit stellen möchte. Es muß auch berücksichtigt werden, daß die kapitalistische Gesellschaft mit ihrem Organismus, dem Vorstande, Aufsichtsrat, Generalversammlung, Angestellten manchmal ein Ebenbild des Bureaukratismus ist. Auch die Bezahlung für erstklassige Kräfte, die als Gegengrund mit angeführt ist, und die uns gruselig machen sollte, würde, wirtschaftlich betrachtet, sowohl beim Regiebetrieb wie bei dem Privatgesellschaftsbetrieb dieselbe Aufwendung erfordern, so daß wesentliche Vorteile für den vom Herrn Referenten befürworteten Abschluß mit einer privaten Gesellschaft nicht in die Augen springen.

Der Grund, daß gegenwärtig die Verhältnisse des Geldmarktes nicht geeignet seien, die Sache zu wagen, scheint mir nicht stichhaltig zu sein. Die Tragweite und Bedeutung der Frage wird wesentlich davon abhängen, ob man meint, daß in absehbarer Zeit günstigere Bedingungen auf dem Geldmarkt für die Beschaffung von

Geldern für die Gemeinden eintreten werden oder nicht. Ich habe mir von Sachleuten sagen lassen, daß in absehbarer Zeit nicht darauf zu rechnen ist, daß eine wesentliche Verbilligung auf dem Geldmarkte eintreten würde. Das hängt mit der ganzen Entwicklung unserer Gesellschaft und mit unserer Gesellschaftsordnung zusammen. Zugeben muß ich allerdings dem Herrn Referenten, daß es für uns immerhin insofern sehr mißlich ist, weil wir als Stadt gegenwärtig gehalten sind, auch für andere Zwecke nicht unerhebliche Mittel aufzuwenden, und wir deshalb Kredit recht erheblich in Anspruch nehmen müssen.

Aber auch diese Nachteile, die vielleicht für den gegenwärtigen Moment zugestanden werden müssen, sind nicht so sehr weitreichend gegenüber den Vorteilen, die durch die Verstadtlichung des Lichtwerkes erreicht werden könnten. Wenn es für mich noch irgend einen Zweifel zu heben bedurft hätte, so hat das Gutachten des Herrn Süchting mich vollkommen überzeugt, daß für die Verhältnisse unseres Lichtwerkes die Verstadtlichung gegenwärtig durchaus am Plage ist. Ich habe den Eindruck, daß der Herr Berichterstatter dieses Gutachten nicht vollkommen würdigt und die Bedeutung des Übernahmepreises, den ja Herr Süchting ganz richtig als unangemessen hoch bewertet, zu hoch anschlägt. Es ist rund 1 Million, die wir gegenwärtig zu viel aufwenden müßten, wenn wir nach dem alten Vertrage das Werk jetzt übernehmen würden. Der Herr Berichterstatter meint, wenn wir damit noch lange Jahre warten würden, daß wir dann das Werk zu günstigeren Bedingungen nach dem neuen Vertrage übernehmen könnten, daß dann die Unangemessenheit des Preises und die Überteurung nicht mehr so sehr in die Erscheinung treten würden wie jetzt. Darüber sind wir beide wohl einig, in die Erscheinung treten würden sie. Süchting begegnet dieser Auffassung des Herrn Referenten damit, daß ja ständig Neuanschaffungen, Neueinbringungen in das Werk erfolgen, die nach den ungünstigen Bedingungen des alten Vertrages zunächst gar nicht abgeschrieben werden und dann in sehr geringer, kaufmännisch unzureichender Progression, so daß, je weiter sich das Werk ausdehnt, um so mehr neue Werte in dem Werk stecken, und deshalb die am Ende erheblicheren Abschreibungen gar nicht so sehr zu Buche schlagen. Am meisten tritt dies in die Erscheinung, wenn wir den Weg wandeln, den der Herr Berichterstatter uns führen will. Wenn jetzt ein ganz neues Werk inorporiert wird und die Abschreibungen nach diesen Grundsätzen beginnen, dann ist doch kein Ende daran abzusehen. Man sagt: Nach 15 Jahren stehen wir um so viel besser da. Gewiß, im neuen Vertrage sind diese Schäden in einigem Umfange ausgeglichen, aber ob so vollkommen, daß die Stadt wirtschaftlich besser fährt, scheint mir zweifelhaft. Süchting weist in seinem vorzüglichen Gutachten darauf hin, daß dieser nun einmal wegen unserer Unerfahrenheit zu zahlende Überpreis mehr als ausgeglichen wird durch den Mehrertrag, der durch den eigenen Betrieb der Stadt aus dem Lichtwerk herauszuholen sein würde,

ein Mehrgewinn, der stets steigt. Wir haben ja jetzt schon, nach dem alten Vertrage sogar, Abgaben beiderlei Art bekommen. Die Summe würde nach den Erfahrungen in den bisherigen Jahren noch weiter steigen, und wenn es bisher nur $\frac{1}{2}$ Million gewesen ist, die uns durch die Ungunst des Vertrages und den nicht vorhandenen Wagemut derjenigen Herren, die damals den Vertrag abschlossen, entgangen ist, so würde das nach Süchtings Berechnung für die Zukunft noch mehr sein. Durch diesen Mehrgewinn, der möglich ist, würden alle diese Schädigungen, die wir noch vermeiden können, schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit mehr als ausgeglichen werden. Wenn ein derartiger Gewinn zu erreichen ist, so müßte nach dem Grundsatz des Herrn Berichterstatters, den er an zweiter Stelle aufgeführt hat: die Möglichkeit der Intradon für das Gemeinwesen, dieses ihn verlocken, der Verstadtlichung das Wort zu reden. Wie man diese Intradon verwendet, ob man sie zur Verbilligung der Stromabgabe oder zur Ausgestaltung des Lichtwerkes gebraucht, ist eine Frage für sich. Gerade wenn man die Intradon so hoch schätzt, muß man aus wirtschaftlichem Interesse heraus sich für eine Verstadtlichung aussprechen, und das möchte ich die geehrten Herren gebeten haben zu tun. Ich habe meine Anträge, die im Gegensatz zu denen des Herrn Referenten stehen, zusammengefaßt und beantrage rein grundsätzlich:

1. Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die stadtseitige Übernahme des Lichtwerkes zum nächsten zulässigen Termin in die Wege zu leiten,
2. mit der Ausarbeitung eines Projektes zur Erbauung eines Drehstromwerkes am Rande der Stadt sogleich zu beginnen und dieses neue Drehstromwerk bald in Betrieb zu nehmen,
3. den Magistrat zu ersuchen, den von der Stadt mit der Straßenbahngesellschaft wegen Erbauung eines Lichtwerkes unter dem 16. Juni 1898 geschlossenen Vertrag unverzüglich zu kündigen.

Der zweite Antrag berührt sich mit den Übergangsjahren, deren Bedeutung und Nachteile der Herr Berichterstatter schon hervorgehoben hat, Nachteile, die sich nicht verkennen lassen, aber auf dem von Süchting gewiesenen Wege nicht so schwer ins Gewicht fallen und nicht unüberwindlich sind, besonders wenn man berücksichtigt, daß nicht die Stadt allein durch die dreijährige Übergangszeit sich in einer gewissen Notlage befindet, sondern auch das Lichtwerk. Man wird kaum glauben, daß das Lichtwerk noch bauen wird; daran glaubt auch der Herr Referent nicht. Das Lichtwerk ist am Rande seiner Kraft angekommen und auf das Entgegenkommen der Stadt aus eigenem Interesse angewiesen, so daß sich für die Übergangszeit wohl ein Ausweg finden wird. Immerhin habe ich es für nötig gehalten, diese positive Form den Wünschen des Magistrats und des Herrn Bericht-

erstatters entgegenzustellen, um eine grundsätzliche Klärung herbeizuführen. Da aber auch angeregt war, heute die Sache auszuweisen, besonders Herr Sander mit mir eine zweite Lesung wünscht, die heute nicht stattfinden haben würde, sondern später, nachdem wir uns das Gehörte haben durch den Kopf gehen lassen, habe ich noch weiter für praktisch gehalten, der Versammlung einen dritten Antrag zu unterbreiten. Ich beantrage unverzügliche Kündigung deshalb, um uns diese zweite Lesung zu ermöglichen und uns nicht ein Jahr länger an den Vertrag gebunden zu halten. Wenn wir jetzt — das hat der Herr Berichterstatter schon hervor- gehoben — am 1. April kündigen, dann würden wir am 1. April 1916 das alte Lichtwerk zu übernehmen haben. Kündigen wir bis zu dem genannten Tage nicht, dann würde der nächste Übernahmetermin erst der 1. April 1917 sein. Durch die Kündigung soll die Frage nicht nach der einen oder anderen Richtung hin ent- schieden, sondern nur die Möglichkeit gegeben werden, sich die ganze Angelegenheit gründlich zu überlegen und im Sinne des Gemeinwohls der Stadt die Entschei- dung zu treffen. Gerade im Interesse des Gemeinwohls muß die Entscheidung dahin fallen, daß das Lichtwerk verstadtllicht wird, auch schon um deswillen, weil es ein eigentümlicher Zustand ist und die Erfahrungen mancher anderen Städte gerade nicht verlockend sind, daß auf den öffentlichen Straßen, die zu benutzen das Lichtwerk ja gehalten ist, durch das Nebeneinanderliegen des städtischen Gasrohrs, des städtischen Wasserrohrs, des privaten Lichtkabels, des Kabels der Postverwal- tung usw. uns die Verfügungsmöglichkeit über den städtischen Grund und Boden einigermaßen erschwert wird und daraus Unzuträglichkeiten und Reibungen her- vorgehen können, die eine sehr große Tragweite haben und manche Nachteile bringen können. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anträgen zuzustimmen. Heute würde ja wesentlich nur die Kündigungsfrage zu entscheiden sein, die lediglich die offene Tür für die spätere Entscheidung der Frage schaffen soll.

Vorsitzender: Ich möchte gleich wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Anträge bemerken: Die beiden dem eigentlichen Antrage 1 unter 2 und 3 ange- fügten Anträge entfernen sich schon etwas von der grundsätzlichen Frage, ob wir den Vertrag verlängern wollen, ob wir gemeinsam mit dem Lichtwerk arbeiten wollen oder das Werk allein übernehmen. Übrigens können wir die angeregten Fragen ja entscheiden, wenn es nachher zur Abstimmung kommt. Ich möchte zu- nächst den ersten Antrag des Herrn Dr. Jasper ins Auge fassen. Ich gebe zu, daß sich die beiden andern daraus herleiten lassen, bemerke aber, daß sie sich schon grundsätzlich von der zunächst zu besprechenden Frage entfernen.

Stadtv. Sander: Ich will mich eben nicht festlegen für das eine oder das andere, was der Herr Referent uns vorgeführt hat, und möchte nur das eine

sagen: Wenn das der Fall ist, was der Herr Referent sagt, nämlich, es sei dem Magistrat beziehungsweise uns gelungen, aus dem Vertrage herauszuholen, was aus dem Werke herausgeholt werden kann, wenn es in den Besitz der Stadt überginge, dann kann man nicht anders, als man muß für die Weiterkonzessionierung der Gesellschaft stimmen. Es wäre geradezu leichtsinnig gehandelt, wenn man ein solches Risiko, wie es die Übernahme des Werkes mit sich bringt, auf sich nehmen würde, wenn wir keine größeren Vorteile dadurch hätten, als ohne das Risiko. Aber meiner Meinung nach ist es ungeheuer schwer, ja unmöglich, den Beweis hierfür zu führen, und ich glaube auch nicht, daß das unser Magistrat fertiggebracht hat. Der Herr Referent sagte auch: Wer die Frage bejahe: „Ist es möglich, daß eine Stadt imstande ist, den Betrieb des Elektrizitätswerkes so rentabel zu gestalten wie eine Privatgesellschaft“, der müsse auf dem Standpunkt stehen bleiben, das Werk in den Besitz der Stadt zu übernehmen. Nun kann jedoch keiner sagen, daß es einer Kommune oder einem Staate möglich ist, den Betrieb des Werkes so rentabel zu gestalten, wie einer Privatgesellschaft. Ich will den Fall setzen, das Werk ginge in den Besitz der Stadt über, und es würde so bewirtschaftet, wie unser Gaswerk, dann würden wir, davon bin ich überzeugt, das Doppelte von dem herauswirtschaften, was uns jetzt von der Gesellschaft geboten wird. Aber ich bin auch überzeugt, daß die Gesellschaft das Dreifache herauswirtschaftet; und das muß sie auch, denn sie muß verdienen; Zinsen, Amortisation und was sonst noch alles muß herauskommen. Daß der Weg der Übernahme durch die Stadtgemeinde doch gangbar ist, geht daraus hervor, daß, wie Herr Dr. Jasper schon angeführt hat, soundso viele Städte Elektrizitätswerke in eigener Regie haben. Ich habe in der kurzen Zeit, seitdem uns die Vorlage gemacht ist, einige der Statistiken dieser Werke durchgesehen und habe mich überzeugt, daß die Sache sehr gut gehen muß, und daß der schwerfällige, umständliche Betrieb einer Stadt, wie ihn der Herr Referent bezeichnete, doch sehr erfreulich gearbeitet hat. Also die Möglichkeit, daß die Stadt die doppelte Rente herausholte, wie sie uns von der Gesellschaft garantiert wird, ist meiner Meinung nach gegeben. Ein derartiger Gewinn muß auch für uns in Aussicht stehen, sonst würde ich nicht für Übernahme durch die Stadt stimmen, denn das Risiko ist nicht zu verkennen. Beispielsweise ist von dem Herrn Referenten angeführt, große Schwierigkeiten mache augenblicklich der Geldmarkt, und die Größe dieser Schwierigkeit läßt sich nicht verkennen. Wenn wir vor die Frage gestellt werden, 7 Millionen Mark — nun, so viel wird es wohl nicht werden, 5—6 Millionen aber doch — zu beschaffen, so müßten wir eine Anleihe aufnehmen, und es ist fraglich, ob wir sie mit 96 unterbringen können. Darin liegt schon ein Verlust für uns. Daß diese Bedenken in bezug auf die Finanzierung des Werkes berechtigt sind, läßt sich nicht bestreiten. Nun weiß ich nicht, ob in drei Jahren der Geldmarkt noch ebenso stehen wird wie jetzt. Es wäre ein Un-

günstig für die deutsche Nation, wenn der Markt auch dann noch so steif wäre, aber das ist wohl nicht anzunehmen. Solange ich denken kann — ich bin kein Finanzmann und bewege mich nur in bescheidenen finanziellen Verhältnissen —, habe ich doch gesehen, daß die Sätze gestiegen und gefallen sind. Durch die politischen Wirren ist der Geldmarkt auch jetzt steifer geworden und wird, wenn der Frieden geschlossen ist, sich wieder flüssiger zeigen. Lassen Sie uns jetzt den Vertrag erst einmal durchberaten, damit uns der Beweis gebracht wird, daß für uns nicht mehr aus dem Lichtwerk herauskommt, wenn wir es selbst übernehmen. Dann lasse ich mich gern belehren. Ich bin also nicht dafür, wie Herr Dr. Jasper meint, den Vertrag zu kündigen. Das ist nicht nötig, denn wir können vor dem 1. April ganz gut die 2. Lesung abhalten. Auch wenn die Osterwoche dazwischen liegt, so kommt es bei einer so wichtigen Frage nicht darauf an, selbst wenn wir eine Abend Sitzung stattfinden lassen müßten. Die Sache bis nach dem 1. April hinauszuschieben, damit kann ich mich nicht einverstanden erklären, auch möchte ich warnen, das Kind mit dem Bade auszuschütten und gleich zu kündigen.

Stadtv. Frühlings: Es ist zunächst von dem Herrn Stadtv. Eckhardt der Vorschlag gemacht, den gemischten Betrieb anzunehmen. Was dagegen spricht, ist schon von dem Herrn Referenten ausgeführt: vor allem die Unsicherheit, wie kommen wir wieder aus dem Vertrage heraus. Das ist wesentlich, weil noch nicht hinreichende Erfahrungen mit dem gemischten Betriebe vorliegen, und das ist auch der Grund gewesen, weshalb der Magistrat davon abgesehen hat, diesen Weg zu beschreiten und vorschlägt, den Vertrag zu verlängern. Es wird damit Zeit gewonnen, und wir können später immer noch den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb einrichten. Jetzt gleich den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb aufzunehmen, scheint mir der ungünstigste Weg. Wenn Herr Eckhardt und Herr Dr. Jasper darauf hingewiesen haben, daß die drei Sperrjahre keine großen Schwierigkeiten mit sich bringen würden, so bin ich darüber anderer Meinung. Das Lichtwerk ist jetzt an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen. Es kann nach den angestellten Ermittlungen weder neue Anträge auf Licht- noch auf Kraftabgabe annehmen. Wenn jetzt der Vertrag nicht zustande kommt und dem Werke am 1. April gekündigt wird, dann ist der Ausbau des jetzigen Lichtwerkes ausgeschlossen, und wir müssen uns drei Jahre ohne eine Vermehrung der Licht- und Kraftabgabe durchhelfen. Denn eine Notwendigkeit, daß das Lichtwerk uns kommt, wie Herr Dr. Jasper meint, liegt nicht vor. Ich wüßte nicht, was das Lichtwerk, wenn es nach 3 Jahren den Betrieb sowieso ganz aufgeben muß, zwingen sollte, noch mehr Kapital in die Anlage hineinzustecken. Ich glaube, die 3 Sperrjahre würden für Braunschweig eine schlimme Zeit werden und große Schwierigkeiten bringen, man kann wohl sagen: Die Hinderung des elektrischen Lichtwerkes

würde einen direkten Stillstand in der Entwicklung der Stromabgabe für Braunschweig herbeiführen. Auf diese bedenkliche Schwierigkeit, die nicht zu verhindern wäre, möchte ich dringend hingewiesen haben.

Wenn nun Herr Dr. Jasper ausgeführt hat, daß in verschiedenen Städten der Ankauf des elektrischen Werkes sich bewährt habe, so ist das richtig. Es gibt verschiedene Städte, die die Übernahme durchgeführt haben, es gibt aber auch ebenso viele, die das nicht getan haben. Ein Beispiel spricht dafür und das andere dagegen. Dasselbe ist es mit den verschiedenen Gutachten. Das eine Gutachten äußert sich: „Es gibt nichts anderes als den Ankauf“, das andere ist absolut dagegen. Das hat auch das Zutrauen zu dem Sächtingschen Gutachten untergraben, denn die andern Gutachten behaupten das Gegenteil. Wir befinden uns da in einer schwierigen Lage: Welchem Sachverständigen soll die Stadt vertrauen, wo es der Verwaltung an eigener Kenntnis und Erfahrung fehlt? Wir sollen ein großes Werk bauen, wir sollen es nach kaufmännischen Grundsätzen organisieren, sollen später den ganzen technischen und kaufmännischen Betrieb einrichten und führen. Da müssen wir doch fragen: „Hat die Stadt denn für solche Arbeiten die erforderlichen Erfahrungen und Kenntnisse?“ Ja, meine Herren, alle Hochachtung vor den Beteiligten — aber man kann doch nicht annehmen und verlangen, daß unser Magistrat, der lediglich aus Juristen besteht und sowieso mit Arbeiten überhäuft ist, nun ohne weiteres auch noch diese Arbeiten leisten soll. (Zuruf: Das soll er auch gar nicht!) Dazu gehören doch Sachverständige, und da wir diese nicht besitzen, müssen wir alles auf gut Glück einem uns unbekannten Beamten anvertrauen und überlassen. Im bürgerlichen Leben pflegt man den nicht für klug zu halten, der ein Geschäft lediglich durch Beamte betreiben läßt, ohne selbst etwas davon zu verstehen. Auf das Geld allein, Herr Sander, kommt es nicht an. Wir würden in Konkurrenz treten mit soviel Aktiengesellschaften, die bezüglich Beamtengehälter ganz frei sind und für tüchtige Leute sehr hohe Summen zahlen. Wir dagegen müssen bei den Gehältern auf die andern Beamten Rücksicht nehmen und können deshalb in diesem Punkte mit den Privatgesellschaften nicht konkurrieren. Es ist daher zu fürchten, daß, wenn wir besonders tüchtige Beamte fänden, sie uns fortengagiert werden, und daß nur weniger tüchtige Beamte dauernd von uns würden gehalten werden können. Ein solcher Zustand könnte von großem Schaden für die Stadt sein. Da scheint mir der Weg, den der Magistrat einschlagen will, nämlich die Erfahrungen und Hilfsmittel des Werkes, das hier besteht, für uns nutzbar zu machen, sehr viel besser und empfehlenswerter. Es kommt dabei nicht auf die einzelnen Persönlichkeiten an, die hier an der Spitze stehen, sondern es ist zu bedenken, daß hinter dem hiesigen Werke die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft steht. Das ist der Sachverständige, den der Magistrat durch den Vertrag für uns gewinnt. Damit haben wir die besten Sachverständigen

und können mit den andern Werken leicht konkurrieren. Die Gesellschaft hat Hunderte von derartigen Werken eingerichtet, und wenn es gelingt, durch den Vertrag ihre eigenen pekuniären Interessen mit unserm Werke zu verknüpfen, so stehen wir sehr sicher da, denn wir haben alsdann die großen Erfahrungen und die vorzügliche Organisation der Gesellschaft für unsere Stadt gewonnen und dienstbar gemacht. Andernfalls würden wir allein stehen und allen Nachteilen der Vereinzelung ausgesetzt sein, die bei dem Bau und Betriebe eines solchen Werkes, das ständig mit Neuerungen und Verbesserungen rechnen muß, sehr schwerwiegend sind.

Nun sagt Herr Sander, es käme auf den Gewinn an. Wenn man den Süchtlingischen Bericht ansieht, so scheint es, daß die Stadt ohne weiteres 800 000 *M* aus dem Betriebe würde herausholen können, gegenüber 300 000 *M*, die uns im Vertrage garantiert werden. Das ist aber nicht richtig, denn wenn wir das Drehstromwerk selbst bauen wollen, so müßten wir erst 4 000 000 *M* für das jetzige Werk und 2 000 000 *M* für das neue Werk, im ganzen rund 6 000 000 *M* aufwenden. Wenn wir diese 6 Millionen trotz des schlechten Geldmarktes zu 4 Prozent erhalten, so müßten wir für Zinsen 240 000 *M* und für Abschreibungen, wenn wir daselbe Verhältnis nehmen wie in dem neuen Vertrage (4 Prozent), noch einmal 240 000 *M* rechnen. Dazu kommen die 45 000 *M* Steuern, die uns die Gesellschaft jetzt gibt und die später fortfallen. Das macht zusammen 525 000 *M*. Rechnet man dazu den garantierten Mindestgewinn mit 300 000 *M*, so gibt das im ganzen 825 000 *M*, die wir aus dem Werke herauswirtschaften müßten, wenn wir nur den Mindestverdienst haben wollen, der uns im Vertrage garantiert wird. Dabei sind aber noch gar nicht berücksichtigt die Mehrkosten des Regiebetriebes, die durchaus nicht gering sind. Darüber hat seinerzeit im Reichstage der Marineminister einmal gesagt, daß trotz vorzüglichster Einrichtung und Schulung die Staatswerften um 25 Prozent teurer arbeiteten als die Privatwerften. Was aber für den preußischen Staat gilt, das gilt auch für uns in dieser Beziehung. Wo bleibt da der von Süchtling herausgerechnete höhere Gewinn? Er zerfließt in Nichts. Wenn wir aber bei Regiebetrieb nicht mehr an bar gewinnen, als uns der Vertrag garantiert, und wir dabei obendrein noch das ganze Risiko und die großen Schwierigkeiten des Betriebes tragen müssen, dann nehme ich doch lieber den Vertrag ohne Risiko mit dem etwa gleichen, uns als Minimum garantierten Jahresgewinn.

Ich bin deshalb für Annahme des Vertrages und glaube nicht, daß wir etwas Besseres in der Beziehung erreichen können.

Herr Dr. Jasper hat dann immer hingewiesen auf den alten Vertrag. Das trifft hier nicht mehr zu, denn der neue Vertrag ist gegenüber dem alten wesentlich geändert. Daß der alte Vertrag ungünstig war, und daß die Abschreibungen geändert werden mußten, ist bekannt; die Änderungen sind jetzt in zweckmäßiger

Weise vorgenommen. Infolgedessen sind die Angriffe gegen den neuen Vertrag, wie sie auf Grund des alten Vertrages vorgebracht sind, hinfällig.

Herr Dr. Jasper äußerte sich heute sehr vertrauensvoll und sprach ein großes Lob für die städtische Verwaltung aus. Wenn man aber früher gehört hat, wie die Herren immer gesagt haben: „Unsere städtische Verwaltung ist furchtbar rückständig, sie hat keine Initiative, es geht nicht vorwärts, sie kann überhaupt nichts machen“, dann muß man sich im höchsten Grade verwundern, daß Herr Dr. Jasper jetzt sagt: „Wir wollen die alten Gaswerke so lassen, wie sie sind, und noch ein großes Drehstromwerk dazulegen; die Stadt wird es so ausgezeichnet verwalten, wenn sie das Technische auch nicht versteht, daß wir nicht nur den Minimum-Verdienst, sondern noch einen viel höheren herausziehen werden.“ Diese Sinnesänderung ist mir nicht ohne weiteres erklärlich. Wenn Sie wirklich das erhoffen, dann müssen Sie auch der Meinung sein, daß die Stadtverwaltung von Grund aus ihre Anschauungen und ihr Wesen ändern wird. Diese Hoffnung ist trügerisch; ich glaube, die Herren werden bleiben, wie sie jetzt sind. Unter solchen Umständen für die Verstadtlung zu stimmen, würde unlogisch sein. Es sind auch wohl nicht diese Punkte der Grund für Ihre Abstimmung, sondern das Dogma, das Parteiinteresse, das die Privatbetriebe vernichten und lediglich Staatsbetriebe schaffen will. (Zuruf: Nein, wir sind Aktionäre.) Das ist aber das, was wir ändern nicht wollen, und ich bitte, auch dies zu bedenken und sich warnen zu lassen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich glaube, es kann heute keiner von uns sagen: Absolut richtig ist das eine oder das andere. Es muß eben jeder die Sachlage prüfen und sich darüber schlüssig machen, was er heute für das Richtige hält. Nun hat Herr Dr. Jasper zunächst gemeint, es wäre nicht richtig, in den Vordergrund die beiden Fragen zu stellen: Tunlichst billige Preise für Strom und möglichst große Einnahmen für die Stadt. Er will vielmehr eine Politik der Ausgestaltung in der Weise, daß das Gemeinwohl gefördert wird. Das klingt ja sehr schön, und das wollen wir auch, aber wir sind eben der Ansicht, wenn wir den Strom den Einwohnern tunlichst billig liefern oder liefern lassen und gleichzeitig eine tunlichst hohe Einnahme für die Stadtkasse erzielen, so sind das die besten Mittel, um das Gemeinwohl zu fördern. Wie sollten wir es denn anders machen?

Herr Dr. Jasper hat auch hingewiesen auf die weitere Ausgestaltung der Straßenbahn. Er denkt dabei wahrscheinlich an die Schaffung von Linien, die weit nach außen gehen. Das hat aber mit dieser Frage nichts zu tun, obgleich die Straßeneisenbahngesellschaft, wie auch Herr Dr. Jasper weiß, wenn sie ein großes Lichtwerk baut, selbstverständlich auch gewisse Erleichterungen in dem Betriebe ihrer Straßenbahn gewinnt.

Sodann ist von den Erfolgen anderer Städte gesprochen. Es ist richtig, daß hierfür eine Menge Erfahrungen vorliegen; man kann aber ebensowohl Beispiele für die eine wie für die andere Art des Betriebes anführen. In Königsberg waren die Herren von der Stadtverwaltung heilsfroh, daß sie nach langer Zeit jetzt das Lichtwerk verpachtet haben. Wir haben auch aus der Umgegend zuverlässige Nachrichten, daß der gemischte Betrieb durchaus nicht die gehegten Erwartungen erfüllt hat, und daß auch die Verstädtlichung von Lichtwerken nicht dazu geführt hat. Man kann aber nicht sagen, das eine ist immer das Richtige; es kommt auf die näheren Verhältnisse an. Wir haben jetzt ein durchaus leistungsfähiges Werk, aber es ist nicht zu bestreiten, daß in einer Beziehung das Werk nicht genügt, das ist die Versorgung unserer Industrie mit elektrischer Kraft. Das hat uns dazu bestimmt, Ihnen vorzuschlagen, so bald als möglich die Schaffung eines Drehstromwerkes zu erlangen. Die Mehrzahl der größeren Betriebe in Braunschweig arbeitet noch mit Dampf oder stellt selber elektrischen Strom her. Wenn es uns gelingen sollte, mit Hilfe dieses Vertrages der Großindustrie billigen Strom zuzuführen, so muß das einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung der Stadt haben. Ich glaube, die kleinen Abnehmer brauchen nicht neidisch darauf zu sehen, wenn großindustriellen Werken der Strom billiger zugeführt wird, ich wüßte wenigstens nicht, wie es sonst möglich sein sollte, die Industrie zu fördern. Es sind manche Städte dazu übergegangen, Grund und Boden zu kaufen, und ihn den industriellen Werken zu billigen Preisen, womöglich unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, nur um die Industrie zu bekommen. Das halte ich für eine verkehrte Politik. Es ist eine ganz bedenkliche Maßnahme, aus den Mitteln der Steuerzahler der Großindustrie billigen Grund und Boden zu schaffen. Aber mit Hilfe solcher Mittel, wie wir hier vorschlagen, kann man allerdings etwas erzielen, und der Weg ist einwandfrei. Nun liegt die Sache so, daß wir durch die leidigen Bahnhofsverhältnisse tatsächlich in Rückstand auf industriellem Gebiete gekommen sind, und daß es nicht einerlei ist, ob wir noch 3 Jahre damit zögern, der Industrie billigen Strom zuzuführen, oder ob wir in der Lage sind, das sofort zu tun. Das bitte ich sehr zu beachten! Uns im Magistrat wenigstens hat der Gedanke an die drei Jahre sehr erhebliche Kopfschmerzen verursacht; das kann ich offen erklären, nachdem die Straßeneisenbahngesellschaft den vorliegenden Vertrag unterschrieben hat. Vorher habe ich mich natürlich gehütet, das bei den Verhandlungen in den Vordergrund zu stellen.

Auf die Berechnungen will ich nicht eingehen, denn diese alle sind mehr oder weniger Zukunftsmusik, und die Entwicklung kann man nicht voraussehen. Wenn die Entwicklung des Werkes auch nur einigermaßen in dem Tempo fortgeschreitet, wie es bisher der Fall war, so bin ich überzeugt, daß die Summe, die als Minimal-

Einnahme der Stadt garantiert ist, bald überschritten wird. Ein paar Exempel darüber Ihnen vorzurechnen, bin ich gern bereit.

Ich muß noch auf einen Punkt kommen, der dafür spricht, daß wir uns bald schlüssig machen müssen. Das ist die Frage der Versorgung mit Elektrizität von außerhalb. Es kommt wesentlich darauf an: Sollen wir das hiesige Werk in den Stand setzen, in einen Konkurrenzkampf einzutreten mit auswärtigen Werken, die den Strom an die Dörfer ringsum liefern wollen? Für die Stadt würde eine solche Konkurrenz sehr schwierig sein, das Privatwerk aber, wenn es in die Lage versetzt wird, die nötige Strommenge zu liefern, könnte den Konkurrenzkampf aufnehmen. Daß wir daran mitbeteiligt sind, unterliegt keinem Zweifel. Ich setze den Fall, es würde von außerhalb in unmittelbare Nähe der Stadt Strom geführt, der billiger geliefert wird als es augenblicklich und in den nächsten drei Jahren von hier aus der Fall ist. Dann ist doch zu besorgen, daß industrielle Werke womöglich aus dem Stadtgebiet hinausgingen und sich draußen anbauen oder neue industrielle Werke uns überhaupt den Rücken fehrten und sich draußen niederließen. Das spricht dafür, daß wir im Laufe dieser Monate den Vertrag zur Erledigung bringen, sei es so oder so.

Nun entsteht allerdings die Frage: Was wird geschehen, wenn Sie der Vorlage nicht zustimmen? Da hat Herr Dr. Jasper versucht, uns eine goldene Brücke zu bauen, und hat empfohlen, erst einmal zu kündigen. Was würde das für Folgen haben? Sprechen wir auf Ihren Wunsch hin die Kündigung aus und Sie verhandeln im nächsten Monat weiter und kommen zu einem Beschluß, mit dem wir im Magistrat nicht übereinstimmen — ist dann der Magistrat berechtigt, ohne Ihre Zustimmung die Kündigung zurückzunehmen? Da würden Sie wahrscheinlich sagen: Nein! Durch den Weg, den Herr Dr. Jasper zu beschreiten empfiehlt, würden wir uns also die Hände binden; wir müssen dann Ihnen folgen, ob wir mit Ihnen übereinstimmen oder nicht. Das halte ich doch für bedenklich. Deshalb bitte ich Sie dringend: Machen Sie wenigstens im Laufe dieses Monats Schluß. Daß Sie heute schon beschließen, wenn der eine oder andere sagt: „Dazu bin ich nicht imstande“, will ich nicht verlangen. Das Recht, gründlich zu prüfen, müssen wir Ihnen einräumen. Aber es ist heute der 13. März, Sie werden sich also innerhalb dieses Monats schlüssig machen können, ob Sie auf den Vertrag eingehen oder uns ersuchen wollen, die Kündigung vorzunehmen und das Werk selber zu übernehmen. Dann werden wir Stellung dazu zu nehmen haben.

Stadtv. Senfing: Die Äußerungen des Herrn Referenten über das Beamtentum, daß die Beamten einer Privatgesellschaft besser geschult seien, als die einer Stadt oder eines Staates, sind meiner Ansicht nach nicht richtig. Ich habe bei den städtischen und staatlichen Beamten ebensolche Gewissenhaftigkeit und Tüchtigkeit

gefunden wie unter den Privatbeamten. (Sehr richtig!) Nun muß ich offen gestehen, daß ich bedauere, daß uns die heutige Vorlage gemacht ist. Ich habe es mit Freuden begrüßt, als wir vor ein paar Monaten die erste Zusendung des Magistrats erhielten, nach der wir unser Lichtwerk in städtische Regie nehmen würden, und mit größtem Interesse habe ich das Gutachten des Herrn Süchting gelesen. Wie den andern Herren ist es auch mir gegangen: Ich war unangenehm berührt davon, daß die folgenden Gutachten widersprechend waren. Wenn wir nun bedenken, wie unsere städtischen industriellen Werke die ganzen Jahre gearbeitet haben, sowohl die Gaswerke und das Wasserwerk wie auch das kleinere der Neustadtmühle, so müssen wir doch anerkennen, in welcher brillanten Weise unsere Beamten dort gearbeitet und gewirtschaftet haben. Wir sind doch mit den Resultaten sehr zufrieden! Ich bin auch jetzt noch nicht der Meinung geworden, daß unsere städtischen Beamten nicht in der Lage sein würden, ein derartiges Werk, wie es heute in Frage kommt, und das größere Aufgaben hat, ebenfalls zu leiten. Ich glaube, daß es möglich sein würde, schon 1916 das Lichtwerk in städtische Regie zu übernehmen, und glaube auch, daß wir über die finanziellen Bedenken hinwegkommen werden. Selbst wenn wir große Anleihen zu machen haben, so sehe ich keine Gefahr darin, denn wir werden auch die nötigen Unterlagen dafür bekommen und die entsprechenden Einnahmen haben. Ich bin einstweilen noch nicht überzeugt, daß es günstiger wäre, den Weg zu gehen, der die weitere Verlängerung dieses Kontraktes mit der jetzigen Gesellschaft vorsieht. Ich behalte mir meine Entscheidung darüber vor, bin aber auch der Ansicht, daß wir bis zu Ende dieses Monats auf alle Fälle zu einem Beschlusse kommen müssen, und bitte, gleich nach Ostern die zweite Lesung stattfinden zu lassen.

Stadtv. Munte: Wenn man sich bei einer größeren Debatte, wie sie heute stattfindet, zum Wort meldet und vielleicht an zehnter Stelle zum Wort gerufen wird, dann wird man vor die Tatsache gestellt, daß das allermeiste von dem, was man sich zu sagen vorgenommen hatte, schon in breitester Weise zur Ausprache gekommen ist. Es bleibt dem späteren Redner nur übrig, die Worte der Vorredner zu wiederholen, soweit sie seine Meinung gesagt haben, oder den andern zu widersprechen. Damit würde die Debatte ins uferlose erweitert werden. Ich werde Sie also nicht so fürchtbar lange aufhalten. Ich wollte mich nur kurz darüber aussprechen, zu welcher Meinung ich mich bekenne.

Diese Vorlage ist nach meiner Auffassung eine eminent wichtige, wie wir sie nicht so bald wieder zu erwarten haben. Sie hat aber auch etwas sehr Unangenehmes in sich: daß wir andern mit Ausnahme des Herrn Direktors der Straßenbahn, der zu dieser Sache das Wort nicht ergreifen kann, wohl alle Laien sind und uns sagen müssen: Ich verstehe davon nicht viel. Ich selbst kann mir kein

Exempel über die Rentabilität machen und muß mich auf die Sachverständigen verlassen. Diese Sachverständigen-Gutachten sind nun eigentümlich. Wir haben ein Gutachten von einem Herrn, der dazu von dem Herrn Oberbürgermeister aufgefordert ist. Man könnte sagen: Das ist der Unparteiische für die Stadt. Dann hat uns die Straßeneisenbahngesellschaft zwei Gutachten zugänglich gemacht, die auch unparteiisch sind. Ich nehme an, das sind die Unparteiischen für die Gesellschaft. Wenn wir nun dazu übergegangen wären, noch ein Gutachten von der Stadt aus zu beziehen, dann hätte dies jedenfalls für die Stadt entschieden. Und auch wenn man einen Obmann vom Auslande bezogen hätte, so würden wir dadurch zu nichts Weiterem gekommen sein. Ich habe auch die verschiedenen Eingekandts geprüft. Es gibt auch da verschiedene Ansichten. Es wird gesagt, das jetzige Werk ist keinen Schuß Pulver wert, wer es mit 4 000 000 *M* übernehmen will, ist ein Tor. Wieder andere sagen: Wir machen es so, wie der Stadtmagistrat es nach ernsthafter Erwägung für richtig hält. Die Finanzkommission hat sich auch mit der Frage beschäftigt, und heute haben wir die erste Mitteilung davon erhalten. Es wird dann auch gesagt: In Helmstedt wird ein großes Werk gebaut, da bekommen wir den Strom beinahe ganz umsonst, denn die Kohlen, die dort gefördert werden, kommen ohne große Transportkosten gleich unter die großen Dampfkessel, und es braucht nur ein Kabel nach Braunschweig gelegt zu werden. Die Stadt sollte sich mit dieser Gesellschaft in Verbindung setzen, sie liefert den Strom für soundso viel, denn sie hat einen bedeutenden Absatz, und deshalb kann sie auch billiger liefern und doch dabei verdienen. Das sind alles verschiedene Lesarten, die wir nicht nachprüfen können. Wir müssen immer noch sagen: Lassen Sie uns Zeit zu einer so wichtigen Verhandlung. Ich hatte auch geglaubt, der Antrag Jasper wäre angemessen, erst einmal diese Kündigung heute vorzunehmen und nachher zu sagen: Wir können sie ja zum 15. oder 20. April zurücknehmen. Aber der Herr Oberbürgermeister hat schon erklärt, daß das ein heikler Weg ist, denn wenn der Magistrat nicht mit uns übereinstimme, könne er gezwungenermaßen einer ihm selbst verkehrt erscheinenden Abstimmung unter Umständen folgen müssen, und das könnte er mit seiner Verantwortung nicht in Einklang bringen. Das kann ich verstehen. Das wäre auch schon ein Hinweis auf die Schwerfälligkeit der städtischen Verwaltung, wenn dies übertragen würde auf das neue Werk. Ich bin der Meinung: Ich kann, wenn ich mich der Verantwortung eines Stadtverordneten bewußt bin, mich heute nicht für die eine oder andere Weise entscheiden. Ich glaube allerdings, daß heute über vierzehn Tage tun zu können. Ich kann heute überhaupt nicht wissen: Bin ich für die Übernahme auf die Stadt oder dafür, daß wir die Gesellschaft unter den jetzt vorgeschlagenen Bedingungen behalten. Nach Prüfung des Vertrages, wie er vorliegt, muß ich sagen, daß er außerordentlich günstig für die Stadt ist, und daß ich selbst

glaube, daß darin für die Gesellschaft das höchste Maß dessen enthalten ist, was sie tun kann. Sie will doch mindestens 4 Prozent herauswirtschaften, und damit sind die meisten Aktionäre nicht zufrieden. Es ist verständlich, daß sie mehr Zinsen haben wollen, wenn sie ihr Geld in industriellen Unternehmungen anlegen und das Risiko übernehmen, sie haben oft genug auch Fehlschläge auszuhalten. Lassen Sie uns heute nicht in eine Aussprache über die Paragraphen des Vertrages eintreten. Ich kann mir nicht denken, daß die verlaublichen Paragraphen uns besser überzeugen können, sondern wir müssen noch einmal abwarten, ob wir uns nicht auf anderem Wege besser informieren können.

Stadtv. Dr. **Boge**: Der Stadtmagistrat hat sicher, als er sich das Gutachten von Herrn Sickingen geben ließ, unter den ihm bekannten Sachverständigen den besten ausgesucht, und wenn der zu einem Resultat gekommen ist, dem sich der Magistrat nicht anschließt, so muß das etwas befremden. Ich will aber gern zugeben, daß die andern Gutachten, die dem ersten direkt entgegenstehen, offenbar auch sehr objektiv aufgestellt sind. Es sind beides Herren, die nicht in Beziehung zur Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft stehen. Daß eine Stadt an und für sich in der Lage ist, auch ein größeres technisches Werk technisch gut zu leiten und dabei auch gute finanzielle Erfolge für die Stadt zu erzielen, das lehrt doch unser Gaswerk. Warum sollte es nicht bei der Elektrizitätsgesellschaft auch der Fall sein? Wenn die Strassenbahn-Gesellschaft jetzt einen neuen Vertrag mit dem Stadtmagistrat unterzeichnet hat, so ist sie dabei doch beraten von dem höchst sachverständigen Leiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin, und die würden den neuen Vertrag nicht abschließen, wenn sie sich nicht sagten: Wir wirtschaften für unsere Aktionäre noch mehr heraus, als bisher. Also ist es wohl anzunehmen, daß die Stadt — selbst vorausgesetzt, sie arbeite teurer — sich doch besser stehen wird, wenn sie selbst das Werk übernimmt als bei dem, was ihr heute geboten wird. Es wird gesagt, die Stadt müsse zur Leitung Techniker haben. Natürlich! Und tüchtige muß sie haben, und diese brauchen nicht Hilfsarbeiter zu werden; sie müssen eventuell, wie das von vielen Seiten angestrebt wird, Mitglieder des Magistrats sein. Das ließe sich erwägen; es wird ja auch gewünscht, daß ein Schulmann im Magistrat sitzt. Daß tüchtige Beamte ohne weiteres wegzulaufen, wenn ihnen Besseres geboten wird, glaube ich nicht. Es gibt eine ganze Reihe geeigneter Techniker, die lieber Beamte in einer dauernden Stellung mit auskömmlichem Gehalt sind, als in einer großen Gesellschaft arbeiten. Wir haben auch heute gute Beamte; der Herr Oberbürgermeister ist uns auch nicht fortgelaufen, als ihm Besseres geboten wurde. Ich bin aber auch nicht der Meinung, heute schon zu sagen: Die Stadt muß das Werk übernehmen. Der von Herrn Edhardt gewünschte gemischte Betrieb ist nicht genügend in der Vorlage

aufgeklärt. Ich habe mich darüber zu informieren gesucht und viel Gutes darüber gehört. Es wäre zu wünschen, daß von seiten der einzelnen Herren uns Material darüber zur Verfügung gestellt würde. Ich glaube, daß auch mit dem gemischten Betriebe ein gutes Resultat erzielt werden kann, daß er beiden Parteien Vorteile bringt, insbesondere auch der Stadt. In dieser Beziehung müßten uns bis zur nächsten Sitzung noch Aufklärungen gegeben werden. Darum ist es zweckmäßig, wenn wir heute zwar beraten, aber zu irgendwelcher Abstimmung nicht kommen. Ich könnte mich heute, da ich in dem genannten Punkte nicht genügend orientiert bin, in einer Abstimmung nicht binden.

Stadtv. Eckhardt: Die Ausführungen des Herrn Referenten und des Herrn Oberbürgermeisters haben mich darin bestärkt, daß das, was im Wege der Verhandlungen geschaffen ist, die höchste Potenz des augenblicklich Erreichbaren ist.

Wenn wir die Sache selbst in die Hand nehmen und gründen eine gemischte Gesellschaft auf Aktien mit einer Stimmenmehrheit für die Stadt, dann wird nach meiner Meinung ein sehr lohnender Betrieb dabei herauskommen.

Das Angebot von wissenschaftlich gebildeten Leuten ist heute sehr groß, es gibt mehr wissenschaftlich gebildete als gute Kaufleute.

Ein gut technisch gebildeter Leiter wird nicht schwer zu finden sein, und wenn dann ein guter Kaufmann an die Spitze dieser Gesellschaft gestellt wird, dann bin ich überzeugt, daß diese mehr leisten werden für angemessenes Gehalt, als die alte Gesellschaft bis jetzt geleistet hat.

Stadtv. Niese: Man muß sich zunächst darüber wundern, daß heute 36 Punkte auf der Tagesordnung stehen, und wir sehen, daß wir zu tun haben, wenn wir mit einem fertig werden wollen. Wenn wir die Wichtigkeit der Vorlage im Interesse der Stadt bedenken, so wäre es wohl am Platze gewesen, daß nicht in einer engeren Kommission, sondern schon früher in mehreren Sitzungen die Versammlung sich über diese wichtige Frage unterhalten hätte. Seit langer Zeit hat man im Blätterwalde nichts von dem Elektrizitätswerk gehört, nur die Gutachten haben wir erhalten. Ich habe diese Gutachten durchgelesen, aber man war enttäuscht, als man das Gutachten des von der Stadt engagierten Sachverständigen gelesen hatte und gleich zwei andere von der Elektrizitätsgesellschaft hinterher kamen. Das hat mich schon mißtrauisch gemacht, weil aus dem ersten Gutachten das Interesse für die Stadt wahrzunehmen war, während die beiden andern Gutachter die Profitmacherei der Berliner Gesellschaft vertraten.

Ob nun die Ansichten auf dieser oder jener Seite richtig sind, kann ich ebenso wenig untersuchen und taxieren wie Sie, dazu habe ich zu wenig Sachkenntnisse. Aber ich habe schon damals die Vorlage mit beraten, als es sich um die erste An-

lage des Elektrizitätswerks handelte. Ich war damals ebensowenig Sachverständiger wie heute, aber es waren Sachverständige dabei. Die haben es geschehen lassen, daß, nachdem für 8 Jahre keine Abschreibungen festgesetzt waren, auch nachher keine genügenden Abschreibungen festgelegt wurden und die Stadt sich über das Ohr hauen ließ. Wenn nun heute Sachverständige dazu raten, den Vertrag zu verlängern, dann ist bei mir Gewißheit nicht vorhanden, daß die Stadt bei ihnen am besten fährt. Ich halte es damit: Wenn wir heute oder in drei Jahren das Elektrizitätswerk übernehmen, dann können wir damit den Abgang der Einnahme an Gas parieren. Wir können die beiden Betriebe im Interesse der Stadt besser ausnutzen, als wenn wir den Vertrag verlängern. Wenn uns heute schon die Sache soundso viel kostet, so wird sie nachher, wenn noch etwas darauf gebaut ist, noch teurer werden, und dann ist die Unmöglichkeit bevorstehend, das Werk überhaupt einmal zu erwerben. Damals war ich entschieden dagegen, das Werk an der Wilhelmstraße zu vergrößern. Heute schon prügelt man 900 Ladungen Kohlen dorthin, nach der Vergrößerung hätten es 1800 sein müssen. Unsere Nachkommen hätten uns ausgelacht und hätten uns Vorwürfe gemacht, wenn wir das geduldet hätten. Dazu kommt noch die Wasserbeschaffung. Wir können von Glück sagen, daß die Vergrößerung unterblieben ist. Als seinerzeit die Stadt Ernst machte, ein Elektrizitätswerk in eigener Regie anzulegen, da hatte sie dafür denselben Platz ausersehen, den jetzt die Elektrizitätsgesellschaft mit Beschlag belegt. Bei den Gutachten darf man ziemlich mißtrauisch sein. Ich erinnere daran, wie man auf dem Kalimarkt mit den Gutachten vorgegangen ist. Ich will ja keinen der Herren damit bezeichnen, aber man darf doch Mißtrauen haben, denn es gibt auch geschmierte Gutachter. Nun ist die Entscheidung der Frage ja recht schwierig. Aber so gut es bei unserm Gas- und Wasserwerk geht, wie wir da gut wirtschaften, warum sollte das nicht auch bei einem städtischen Elektrizitätswerk ebenso sein? Daß eine private Verwaltung immer besser ist, kann ich nicht zugeben. Sehen Sie unsere Straßenbahn an. Ich habe nie die Straßenbahngleise so lodderig wie in Braunschweig gefunden. Da werden zur Reparatur vielleicht 10 Karren Sand und eine halbe Karre Zement genommen, und nach 8 Tagen sind die Pfützen wieder da. So etwas werden Sie in Hannover nicht sehen, auch nicht in andern Städten.

Was das anbelangt, daß wir bei dem eigenem Betriebe uns schlecht stehen würden, so brauche ich nur auf Blankenburg hinzuweisen. Dort hat die Stadt selbst den Betrieb des Elektrizitätswerks, und es geht ausgezeichnet. Warum sollte das hier nicht gehen? Dann wird gesagt, wir hätten nicht die passenden Beamten usw. Es wird doch oft darüber geklagt, daß die Hochschulen überfüllt sind, daß in jedem Berufe die wissenschaftlich Gebildeten so überaus zahlreich vorhanden sind. Da wird es auch möglich sein, daß sie auch bei dem städtischen Werk Ver-

wendung finden und den Betrieb leiten, gerade wie bei dem Gas- und Wasserwerke. Ich kann nicht einsehen, daß es ein Grund gegen die Einrichtung eines städtischen Betriebes sein sollte, daß die Leiter so sparsam zu finden wären. Wo hat denn der jetzige Leiter des Elektrizitätswerks die Betriebsleitung gelernt? Er verstand von Anfang an nicht mehr davon als ich und hat es auch lernen müssen! Wenn das möglich war, so wird es auch später noch möglich sein. Als die Stadt damit umging, das Elektrizitätswerk zu erweitern, hat sich der Stadtmagistrat an die Kreisdirektion gewandt, um die Erlaubnis zu erhalten, auch die naheliegenden Ortschaften mit Strom aus Braunschweig zu versorgen. Das ist von der Kreisdirektion abgelehnt worden. Es scheint, daß diese Ablehnung mit ein Grund für den Antrag des Magistrats ist. Einen ferneren Grund sehe ich darin, daß unsere Stadtverwaltung bei all ihrer Intelligenz bestrebt ist, dafür zu sorgen, daß der Apparat der städtischen Betriebe nicht zu groß wird. Das ist auch ein Grund mit, um solche Industrie dem Magistratsbetriebe zu entreißen. Wir haben doch im Magistrat selbst Sachverständige. Ich erinnere an Herrn Stadtrat Schöttler; das ist ein Sachverständiger, wie wir keinen zweiten haben, der Magistrat braucht deswegen also nicht in Verlegenheit zu kommen.

Wenn nun Herr Baurat Frühling meint, daß die Verwaltung billiger geschehen könne, und auch der Herr Referent gemeint hat, daß die Kommune nicht so billig arbeiten könne wie die Privatgesellschaften, so ist das leicht erklärlich. Die Privatgesellschaften gehen nur auf Profitmacherei aus, und die Kommune und der Staat dürften sich mehr vorsehen müssen in der Behandlung ihrer Angestellten und Beamten. Bei den privaten Gesellschaften wird in den meisten Fällen wenig Rücksicht genommen, denn es handelt sich nur darum, möglichst viel Prozente herauszuholen.

Herr Baurat Frühling meinte auch, es wäre Parteiprinzip, daß wir die Übernahme des Elektrizitätswerkes auf die Stadt wünschten. Was hat die Partei damit zu tun? Wir wahren die wichtigsten Interessen für die Stadt Braunschweig, und von Parteiprinzipien hat keiner von meinen Kollegen ein Wort gesagt, auch nicht daran gedacht. Ebensowenig denke ich daran. Und wenn wir sonst den Magistrat kritisiert haben, so werden wir das auch ferner tun; es gibt massenhaft Stellen, auch heute noch, wo die Kritik nötig erscheint. Aber wir erkennen auch an, wo die Intelligenz als auf dem rechten Fleck angebracht ist. Da haben wir keinen Grund zu nörgeln. Zu kritisieren ist unser Recht und auch das ihre.

Ich stehe auf dem Standpunkte, das richtige ist, das Werk in eigenen Betrieb der Stadt zu übernehmen und sich nicht zu verlassen auf die Profitberechnung der Gesellschaft und dergleichen Sachen. Wie andere Städte gute Erfahrungen mit den Elektrizitätswerken gemacht haben, so können wir das auch. Und Einnahmequellen haben wir nötig, wenn wir nicht über kurz oder lang die Steuern erhöhen

wollen; das wissen wir alle. Was aus dem Elektrizitätswerk herausgewirtschaftet werden kann, das kommt uns bei eigener Regie auch zugute, ebenso wie bei dem Gas- und dem Wasserwerke. Darum ist für mich der einzige Weg: zu kündigen und das Lichtwerk in eigene Regie zu übernehmen.

Vorsitzender: Herr Riese hat in seiner Rede gesagt: Es gibt auch geschmierte Gutachter. Da Herr Riese aber hinzugefügt hat, er wolle niemand damit bezeichnen, so nehme ich an, daß er damit weder dem Magistrat noch der Straßenbahn-Gesellschaft einen Vorwurf hat machen wollen.

Stadtv. Rasche: Als ich die Zusendung des Magistrats erhalten hatte, habe ich mich eingehend damit beschäftigt, dies sozusagen als Ferienarbeit betrachtet. Ich habe über jedes Gutachten mit einem mir befreundeten Herrn, der außerhalb Braunschweigs wohnt, gesprochen und die Sachen bearbeitet. Wir waren damals zu der Überzeugung gekommen, daß es das Beste für die Stadt sein würde, wenn sie das Lichtwerk nicht übernehme. Als ich später den neuen Vertragsentwurf bekam, habe ich mich mit demselben Herrn wieder in Verbindung gesetzt, und wir sind auch wieder zu der Überzeugung gekommen, daß die Stadt nicht besser fahren kann, als wenn sie dem jetzigen Antrage des Magistrats zustimmt. Vorher war ich darauf gekommen, einem gemischten Betriebe, bei dem das Lichtwerk als Aktiengesellschaft gegründet wird und bei deren Verwaltung die Stadt eine Stimmenmehrheit haben würde, den Vorzug zu geben. Nachdem nun aber der Vertrag vorliegt, bin ich der Ansicht geworden, daß wir durch Gründung einer gemischten Gesellschaft die Straßenbahngesellschaft nur mit Geld unterstützen würden, ohne besondere Vorteile zu haben. Darum bin ich davon zurückgekommen und bin überzeugt, daß es das Beste sein würde, wenn so verfahren wird, wie vom Magistrat vorgeschlagen ist. Der Gewinn, der aus dem Werk bei stadtseitiger Übernahme für die Stadt entstehen würde, würde aufgehoben werden dadurch, daß wir Millionen mehr bezahlen müssen als Werte vorhanden sind.

Vorsitzender: Die Rednerliste ist erschöpft. Es liegen zwei Möglichkeiten vor: Entweder, die beiden Anträge, die vorliegen, an die Kommission zu geben oder über den ersten Antrag Jasper abzustimmen. Nun ist aber von mehreren Seiten gewünscht, heute von jeder Beschlußfassung abzusehen. Ich möchte zunächst die geschäftsordnungsmäßige Frage stellen: Wollen die Herren heute von jeder Beschlußfassung absehen?

Es stimmen 11 Stadtverordnete für Abstandnahme von der sofortigen Beschlußfassung.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich konnte für die Frage des Herrn Vorsitzenden nicht mit Ja abstimmen, weil durch sie nicht Gewähr geboten ist, daß vor dem 1. April noch eine Sitzung stattfindet. Ich bitte deshalb, die Frage so zu stellen: Wer ist unter der Voraussetzung, daß vor dem 1. April noch eine Sitzung stattfindet, in der diese Sache erörtert wird, dafür, daß heute kein Beschluß gefaßt wird? Dann würde ich und meine Freunde zustimmen können.

Stadtv. Hauswaldt: Es unterliegt keiner Frage, daß, wenn auch nur eine kleine Minorität der Herren wünscht, heute nicht abzustimmen, es unsere Pflicht ist, die Herren nicht vor eine Abstimmung zu stellen. Wir müssen selbstverständlich dafür sein, die Sache aufzuschieben, und zwar um 8 Tage, denn über 14 Tage muß der Etat beraten werden. Das kommt mit durch die Landtagsarbeiten und dadurch, daß unser heutiger Vorsitzender längere Zeit durch Krankheit behindert war. Wir haben aber auch am Gründonnerstag in andern Jahren schon Sitzungen abgehalten. Es braucht für diesen Punkt keine Kommissionsitzung anberaumt zu werden, und wir brauchen nur über den einen Punkt uns zu unterhalten und dann abzustimmen. Wenn die Herren glauben, daß sie heute über 8 Tage besser in der Lage sind, über diese Sache zu urteilen, so bitte ich dringend, den Punkt heute abzusetzen. Ich kann mir allerdings den Grund nicht sagen, warum einige Herren über 8 Tage eher in der Lage sind, abzustimmen als heute, aber das ist ja Sache der betreffenden Herren.

Vorsitzender: Ich hatte bei meiner Frage selbstverständlich auch in Aussicht genommen, daß wir vor dem 1. April nochmals zusammenkämen.

Stadtv. Dr. Boge: Würde es nicht möglich sein, nächsten Donnerstag den Etat zu erledigen und diese Sache bis heute über 14 Tage hinauszuschieben?

Stadtv. Hauswaldt: Das würde unpraktisch sein. Zur Etatsberatung müssen wir mindestens 1—2 Tage vorher zur Verfügung haben, um die Kommissionsitzungen öffentlich für die übrigen Herren stattfinden zu lassen. Das ist in diesem Jahre nur möglich am Dienstag und Mittwoch nach Ostern.

Vorsitzender: Die Herren sind wohl einverstanden, daß wir heute von einer Beschlußfassung absehen und heute über 8 Tage über die Frage weiter verhandeln.
— Wir verlassen damit diesen Punkt der Tagesordnung.

Stadtverordneter **Hauswaldt** übernimmt den Vorsitz wieder.

2. Antrag Jasper, betreffend Anstellung der stadtseitig remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte oder Aufbesserung ihrer Bezüge.

Stadtv. Leue: Der Stadtverordnete Dr. Jasper hat den Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß die remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte eher zur Anstellung gelangen oder in ihren Bezügen aufgebessert werden.“ Ich selbst hatte einen ähnlichen Antrag gestellt, den ich aber in Rücksicht auf den von Herrn Dr. Jasper früher gestellten Antrag zurückziehen konnte.

Die Finanzkommission hat sich sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt, und zwar in drei Sitzungen. Sie können daraus ermessen, daß die Frage keineswegs so leicht ist, wie es auf den ersten Blick aussieht. Es sind uns denn auch bei ihrer Behandlung viele Schwierigkeiten entgegengetreten. Was zunächst den jetzigen Zustand anbelangt, werden im ganzen 47 Hilfskräfte im städtischen Dienst beschäftigt, davon sind 2 fest angestellt, 45 Remuneranten, worunter sich allerdings 8 Volontäre befinden. Das ist ein Verhältnis von 31 Prozent Nicht-Angestellten auf die sämtlichen Kräfte, die bei der städtischen Verwaltung beschäftigt sind. In der Kommission war mit ziemlicher Einstimmigkeit die Ansicht vertreten, daß dies ein ungünstiges Verhältnis sei, und daß es durchaus wünschenswert sei, daß, wenn eine gewisse Menge von Arbeiten zu erledigen sei, man hierfür fest angestellte Beamte haben müsse. Andererseits war nicht zu verkennen, daß es nicht durchführbar ist, nur Angestellte zu haben, sondern die Hilfskräfte schon zur Heranbildung eines Nachwuchses erforderlich seien. Aber wir hielten doch den bestehenden Prozentsatz nicht für richtig. Nun spielt in diese Anstellungsfrage eine andere Sache hinein, das ist die Verpflichtung, die die städtische Verwaltung in betreff der Militärantenwärter hat. Die Stadtverwaltung hat nicht freie Hand, sondernso viele anzustellen ohne Rücksicht darauf, ob sie Militärantenwärter sind oder nicht, sondern muß zur einen Hälfte Militärantenwärter anstellen. Daraus ergeben sich eine Menge Schwierigkeiten. Es wurden uns umfangreiche Tabellen zur Verfügung gestellt, ich glaube aber, ich kann über die Einzelheiten der Beratung hinweggehen. Wir sind unter Zustimmung des Magistrats in der letzten Sitzung zu dem Beschlusse gekommen, Sie zu bitten, zuzustimmen, daß in Zukunft der Prozentsatz der nicht angestellten Beamten zu sämtlichen beschäftigten Beamten 20—25 Prozent betragen möchte. Wir haben uns nicht auf eine ganz bestimmte Prozentzahl festgelegt, weil wieder die Volontäre mit in die Sache hineinspielen und anderes mehr.

Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, die Aufbesserung der Bezüge, so hat dies der Herr Antragsteller nicht unbedingt gewünscht, sondern nur durch das Wort „oder“ angefügt. Wir sind auch da zu der Überzeugung gekommen, daß es

wünschenswert ist, daß die nicht angestellten Herren etwas schneller in den Genuß ihrer Höchst-Einnahme gelangen, als es jetzt der Fall ist. Überhaupt diese Einnahme höher zu gestalten, hatte seine Schwierigkeiten, die darin lagen, daß, wenn wir die Maximaleinnahmen dieser nicht angestellten Herren hinauffegten, wir die ganze Beamtenbesoldungsfrage wieder aufröhlten, denn dann würden wir auch die Gehälter derjenigen Festangestellten, deren Minimalbezüge sich mit den Maximalbezügen der Nicht-Angestellten decken würden, zu ändern haben. Das glaubt weder die Finanzkommission noch der Magistrat zur gegebenen Zeit als geeignet halten zu sollen. Wir sind aber zu dem Ausweg gekommen, daß die Finanzkommission Sie ersucht, den Magistrat zu bitten, uns eine Änderung des betreffenden Statuts vorzuschlagen dahin gehend, daß die nichtangestellten Beamten schneller in den Genuß des Höchst-Gehalts kommen, also die Skalen in der Zeit etwas zusammengeschnürt werden. Die Kommission hat ihre Beschlüsse einstimmig gefaßt, und auch der Herr Antragsteller hat sich mit dieser Erledigung des Antrags einverstanden erklärt. Im Namen der Kommission habe ich zu bitten, unserm Ersuchen zuzustimmen.

Ich habe noch zu bemerken, daß augenblicklich die Ausführung dieses Beschlusses, nur 20—25 Prozent der betreffenden als Nicht-Angestellte zu beschäftigen, zur Folge haben wird, daß demnächst 6 Personen angestellt werden müssen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Gern erkenne ich an, daß die Finanzkommission diesen Antrag, wie der Herr Berichterstatter erzählte, gründlich behandelt hat. Der Ausgang, dem ich habe zustimmen müssen, erfüllt mich aber doch nicht mit vollkommener Befriedigung, und zwar deshalb nicht, weil nicht in vollem Umfange denjenigen Herren genügt werden kann, die unter diesen eigenartigen Verhältnissen zu leiden haben. Ich hatte in der Begründung des Antrags darauf hingewiesen, daß eine sehr lange Wartezeit der Hilfskräfte vorhanden ist, daß diese Wartezeit über 10 Jahre hinausgehe und die Herren vor ihrer Anstellung in Lebensaltern verbringen, in welchen sie eigentlich schon angestellt sein müßten. Ich gebe aber zu, daß eine große Reihe von Schwierigkeiten vorhanden ist, die besonders in der Gesetzgebung liegen, weil die Militäranwälter berücksichtigt werden müssen. Man traf dann unter Berücksichtigung dieser gesetzlichen Vorschriften nicht diejenigen, die man treffen wollte, sondern Fremde, die hinzukamen, mit der Stadt bisher keine Berührung gehabt hatten. Einen andern Ausweg als der Herr Referent empfohlen hat, haben wir nicht finden können, es könnte sich höchstens um eine weitere Verschiebung des prozentualen Verhältnisses handeln, so daß ich mich beschieden habe, diesem Vorschlage zuzustimmen und erst einmal abzuwarten, wie in der Durchführung dieser Beschluß wirken wird. — Ich gebe auch zu, daß der andere

Weg, den ich alternativ vorgeschlagen hatte, in der Durchführung vielleicht zu größerer Tragweite führen würde, als ich beabsichtigt hatte, weil dadurch das ganze Vergütungs- und Gehaltssystem berührt wird. Die ganze Gehaltsfrage wieder aufzurollen, schien bedenklich.

Ich bin also nicht voll befriedigt, sehe in dem Vorschlag der Finanzkommission aber immerhin einen Fortschritt, der geeignet ist, in gewissem Umfange die beklagten Verhältnisse zu beseitigen.

Stadtv. Munte: Ich möchte dazu bemerken, daß ein Höchstgehalt von 1200 *M* für Leute, die eine 10jährige Wartezeit hinter sich haben, mir unerhört erscheint. (Zuruf: 1800 *M*.) Ich wollte darauf hinweisen, daß dies, wenn es zuträfe, geändert werden müßte. Ich kann auch nicht anerkennen, daß man eine Erhöhung des Gehaltes der Nicht-Angestellten mit dem Hinweis ablehnt, daß die Angestellten im Verhältnis dazu zu kurz kämen. Ich bin der Meinung, der Nicht-Angestellte, der immer noch damit rechnen muß, daß er entlassen werden kann, müßte mehr verdienen als das Anfangsstadium der Gehaltsätze für Angestellte ausmacht.

Die Versammlung ist mit dem Antrage der Finanzkommission einverstanden.

3. Antrag Sander: a) Belegung einer Teilstrecke der Cellerstraße mit Platten, b) Aufnahme eines Straßenzuges mit Brücke vom Maschplatz bis zur Pestalozzistraße in den Ortsbauplan.

Stadtv. Tolle: Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

a) eine Teilstrecke des Fußweges der Cellerstraße, da, wo der Amalienplatz an die Cellerstraße grenzt, mit Platten zu belegen.“

Vor einem Jahre hatten die städtischen Behörden beschlossen, den Ausbau der Cellerstraße vorzunehmen. Dabei wurde der Fußweg in der jetzt üblichen Weise mit Zementplatten belegt, jedoch die Teilstrecke, die hier erwähnt ist, nicht mit berücksichtigt, so daß die Fußgänger bei ungünstiger Witterung genötigt sind, hier auf dem weniger gut befestigten Fußwege zu gehen. Es liegt kein Grund vor, warum diese Teilstrecke nicht auch mit Platten belegt werden sollte. Die Baukommission hält das auch für wünschenswert und empfiehlt Ihnen, im Sinne des Antrages Sander zu beschließen.

Diesem Antrage wird zugestimmt.

Stadtv. Tolle: Der zweite Teil des Antrages lautet: „Im Zuge der Maschstraße vom Maschplatz aus einen Straßenzug mit Brücke und Ausmündung in die Pestalozzistraße in den Ortsbauplan aufzunehmen.“

Der Wunsch, diese Brücke im Zuge der Maschstraße zu bauen, um den Fußgängern einen kürzeren Weg zu schaffen, ist mehrfach hier erörtert, und der Magistrat hat auch den verschiedenen Anträgen gegenüber immer Wohlwollen gezeigt. Leider haben aber die großen Kosten es bisher verhindert, dieses Projekt zur Ausführung zu bringen. Herr Stadtv. Sander hält es für wünschenswert, daß dieser Straßenzug mit Brücke wenigstens in den Ortsbauplan aufgenommen wird, damit nicht vielleicht der Anlieger, dessen Grundstück in diesen Straßenzug hineinkommen würde, über sein Grundstück in der Weise verfügt, daß er das Grundstück bebaut. Es könnte der Fall eintreten, daß die Stadtverordnetenversammlung sich dann gerade in den Ferien befindet, und aus diesem Grunde hält es Herr Sander für wünschenswert, daß der Ortsbauplan in dem gewünschten Sinne geändert wird. Die Baukommission besürwortet den Antrag Sander und bittet, ihn anzunehmen.

Auch der zweite Teil des Antrages wird angenommen.

4. Antrag Bunge: Errichtung einer Bretterplanke an der Kehrichtabladestelle auf der Kreuzstraße.

Stadtv. Busch: Der Antrag lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Kehrichtabladestelle an der Kreuzstraße mit einer Bretterplanke zu versehen.“ Ich habe mich davon überzeugt, daß die Zustände an der bezeichneten Stelle nicht gerade erfreulicher Art sind. Jung-Deutschland macht sich das Vorhandensein eines Hügels zunutze und turnt auf dem Kehrichthaufen herum, so daß es wohl berechtigt ist, wenn die Anwohner wünschen, daß die Verhältnisse durch Anlegung einer Bretterplanke verbessert werden. Es ist damit keine große Ausgabe verknüpft, es handelt sich um eine Länge von vielleicht 6 Meter, so daß wir diesem Antrage unbedenklich zustimmen können. Ich möchte namens der Baukommission beantragen, so zu beschließen.

Die Versammlung entspricht diesem Antrage.

5. Antrag Bunge: Aufhebung des § 2 des Statuts über die städtische Verwaltung.

Stadtv. Leue: Der Antrag des Herrn Bunge lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den § 2 des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, aufzuheben.“

Der erwähnte § 2 hat folgenden Wortlaut: „Für die Erteilung des Bürgerrechts wird bei Eintragung in die Bürgerrolle eine Gebühr von 6 *M* erhoben.“ Dieser Antrag hat wiederholt die Stadtverordnetenversammlung beschäftigt, teils gelegentlich von Eingaben, die Personen, die früher schon hier gewohnt haben und

wieder zuzogen, wegen Aufhebung oder Ermäßigung der Gebühren gemacht hatten, und im Jahre 1905 in einem besonderen Antrage. Es war damals derselbe Antrag mit fast demselben Wortlaut gestellt. Die Statutenkommission, der der Antrag seinerzeit überwiesen war, hatte sich für den Antrag ausgesprochen. Sie war von dem Gedanken ausgegangen: Da ein Zwang zum Bürgerwerden ausgeübt werden könne, sei es nicht mehr als recht und billig, das Bürgerrecht ohne Erhebung einer Gebühr zu gewähren. Die Statutenkommission drang aber mit ihrer Befürwortung des Antrages nicht durch, das Plenum beschloß Übergang zur Tagesordnung. Diesmal hat sich mit dem Antrag nicht die Statutenkommission, sondern die Finanzkommission beschäftigt, und auch diese Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen vorzuschlagen, die Erhebung dieser Gebühr fortan fallen zu lassen. Es sind eine Menge Erwägungen dabei vorgenommen. Insbesondere wurde gesagt: Die Erlangung des Bürgerrechts ist außer Bezahlung dieser Gebühr noch mit einer Menge anderer Kosten verbunden. Nun wurde allerdings vom Magistrat ausgeführt, daß diese Kosten sich in der letzten Zeit bedeutend verringert hätten, immerhin bleibt eine Anzahl Kosten darauf haften, und man glaubt, im Hinblick darauf diese Gebühr fallen lassen zu sollen. Es wurde auch die Finanzfrage für die Stadt bei der Besprechung gestreift, und es stellte sich heraus, daß diese Gebühren jährlich 4000—4500 *M* einbringen. Man sagte sich, daß der Ausfall dieses Betrages nicht ausschlaggebend sein könne, und die Kommission kam schließlich in ihrer überwiegenden Mehrheit zu dem Beschlusse, Ihnen vorzuschlagen, dem Antrage Bunge stattzugeben. — Ich möchte dann noch erwähnen, daß bei der Beratung mit zur Besprechung kam, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen jemand nur Bürger werden könne, nachdem er vorher Braunschweigischer Staatsbürger geworden ist. In der Finanzkommission war — ich glaube einstimmig — die Ansicht vertreten, daß diese Bestimmung nicht mehr zeitgemäß sei; es sei vielmehr anzustreben, daß, wer Deutscher ist, in jeder deutschen Stadt auch Bürger werden könne. Wir waren uns aber auch sofort darüber klar, daß wir in dieser Sache nicht kompetent sind, und daß eine Regelung nur im Gesetzeswege stattfinden kann. Es wurde aber der Wunsch ausgesprochen, daß diejenigen Herren, die in der Landesversammlung sitzen, diese Frage im Auge behalten möchten.

Stadtv. Wesemeier: Es ist recht erfreulich, daß die Kommission, nachdem dieser Antrag so oft von unserer Seite gestellt und von der Versammlung abgelehnt worden ist, zu diesem Ergebnis gekommen ist. Immerhin macht es, wie Herr Deue mit Recht hervorhebt, den Leuten aus unsern deutschen Nachbarländern immer noch besondere Schwierigkeiten, das Bürgerrecht in Braunschweig zu erwerben, insbesondere die braunschweigische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Es

ist mir wohl bekannt, daß heute denjenigen, die das Bürgerrecht erwerben wollen, schon in bezug auf Erwerb der Staatsangehörigkeit vom Stadtmagistrat aus Erleichterungen geschaffen worden sind. Ich glaube, es läßt sich hierin durch die Stadt, ohne daß das Gesetz verletzt wird, noch eine weitere Erleichterung schaffen.

In der gestern in Wolfenbüttel abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung hat Herr Stadtdirektor Floto die Erklärung abgegeben, daß für die Preußen usw. es zur Erwerbung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit genüge, wenn der Militärpaß vorgelegt würde. Auf Grund dieses Passes würde alles Weitere geschehen können. Es wäre doch angebracht, wenn das auch hier in Braunschweig so gemacht würde, denn damit würden die Schwierigkeiten für die Erwerbung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit und zum Erwerb des Bürgerrechts bedeutend herabgemindert. Sollte der Magistrat sagen: „Wir sind nicht kompetent dazu“, dann bitte ich, sich doch einmal mit der Kreisdirektion Wolfenbüttel in Verbindung zu setzen, denn was diese Staatsbehörde für ihren Kreis bestimmt hat, das können wir, glaube ich, auch bei uns einführen. Ich möchte also den Magistrat bitten, nach dieser Richtung vorzugehen.

Stadtrat von Franckenberg: Auf die Frage der Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr möchte ich, bevor der Beschluß der Versammlung nicht vorliegt, nicht eingehen. Was aber die von Herrn Stadtverordneten Wesemeier angeregte Frage betrifft, so liegt die Entscheidung darüber, welche Voraussetzungen gefordert werden sollen, um die braunschweigische Staatsangehörigkeit zu verleihen, bekanntlich nicht in der Hand des Magistrats, sondern sie kommt der Herzoglichen Polizeidirektion zu. Es wird darauf ankommen, ob die Herzogliche Polizeidirektion in Braunschweig in Zukunft dieselben Anforderungen stellen will, wie sie die Kreisdirektion in Wolfenbüttel stellen wird. Tut sie das, so würde das für den Stadtmagistrat bei den Vorbereitungen für die Aufnahme in die Bürgerrolle eine wesentliche Erleichterung sein. Es läßt sich aber dagegen geltend machen, daß der Militärpaß ein nicht zuverlässiger Ausweis über die Frage der Staatsangehörigkeit sein kann. Es sind Fälle bekannt, daß jemand 2 oder 3 Jahre gedient hatte und nachher sich herausstellte, daß der Betreffende gar kein Deutscher war. Erwünscht ist die Erleichterung, nötigenfalls würde einmal jemand im Beschwerdeweg die Sache durchsetzen müssen. Es kann vom Magistrat versucht werden, ob die Polizeidirektion bereit ist, diese weniger strengen Anforderungen in Zukunft zu stellen; uns soll das jedenfalls recht sein.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

Vorsitzender: Es ist von verschiedenen Herren der Wunsch an mich herangetreten, den ich als ganz angebracht ansehe, daß ich für Sonnabend nachmittag eine Sitzung der Statuten- und Finanzkommission anberaume, zu der auch alle übrigen Herren eingeladen sind, und in der über die ganze Frage des Lichtwerksvertrags gesprochen wird. Wir könnten auch zu einer vertraulichen Sitzung zusammenkommen. Es ist wünschenswert, daß jeder der Herren sich so eingehend wie möglich mit der Sache befaßt. Denn ob wir Sachverständige sind oder nicht, so müssen wir die Entscheidung über die Sache treffen. Wir Kaufleute müssen sehr häufig uns ein Urteil über uns fremde Materien bilden; das können wir auch hier nicht den Sachverständigen überlassen. Ich frage, ob Sie einverstanden sind, wenn ich auf Sonnabend vor Palmarum, nachmittags 4, 5, 6 Uhr, wie Sie es haben wollen, hier eine vertrauliche Sitzung oder die beiden Kommissionen einberufe, bei der die Herren alle zugegen sein können.

Stadtv. Munte: Ich glaube, das ist ein günstiger Gedanke. Es ist ganz angebracht, daß die Versammlung sich vorläufig zwanglos ohne Öffentlichkeit über alle die Fragen verbreiten kann. Das könnte ja in der angegebenen Weise geschehen, daß die beiden Kommissionen eingeladen werden, nur müßte den übrigen Herren auch gestattet werden, daß sie sich zum Wort melden dürften.

Stadtv. Meyerhoff: Die Veranlagungskommission hat den Sonnabend nachmittag belegt; um 6 Uhr werden die Herren aber frei sein können.

Stadtrat von Frankenberg: Ich halte die Angelegenheit für so wichtig, daß ich in diesem Falle meine Wünsche als Vorsitzender der Veranlagungskommission gern zurückstelle. Es läßt sich vielleicht so einrichten, daß wir um $\frac{1}{2}$ 4 Uhr anfangen und bis 5 Uhr die Arbeit erledigen, so daß um 5 Uhr, spätestens $\frac{1}{2}$ 6 Uhr die vereinigten Kommissionen tagen können.

Stadtv. Sander: Ich halte es für richtiger, nicht die Finanzkommission und Statutenkommission offiziell einzuladen, sondern eine vertrauliche Versammlung anzuberäumen.

Stadtv. Leue spricht dieselbe Bitte aus, **Stadtv. Meinfnecht** wünscht Ansetzung einer Abendsitzung um 8 Uhr.

Für Einberufung der Versammlung um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr stimmen 11 Stadtverordnete, für 8 Uhr 9 Stadtverordnete.

Der Vorsitzende teilt mit, daß er demnach die Herren für $\frac{1}{2}$ 6 Uhr einladen würde.

6. Antrag Heutling wegen Abänderung des Hundesteuerstatuts.

Vorsitzender: Die Statutenkommission ist diesmal so weit gegangen, uns ein vollkommenes Statut vorzuschlagen. Es ist uns gestern zu Händen gekommen; ich möchte fragen, ob ich die Beratung von der Tagesordnung absetzen soll.

Stadtv. Sander: Die Änderungen sind so wenig einschneidender Natur, daß wir die Beratung getrost vornehmen können.

Die Versammlung ist mit der heutigen Beratung einverstanden.

Stadtv. Sander: Es ist Ihnen allen ein Abzug des Statuts zugegangen. Es erübrigt sich wohl, daß ich die sämtlichen Paragraphen verlese, es genügt wohl, wenn ich auf die Abänderungen aufmerksam mache.

In der Einleitung „Mit Zustimmung der Stadtverordneten werden nachfolgende statutarischen Vorschriften erlassen“ ist als neu hinzugekommen: „die vom 1. April dieses Jahres ab an Stelle des bisherigen, hiermit aufgehobenen Hundesteuerstatuts Nr. 22 vom 30. März 1905 treten.“

In § 1¹ befindet sich keine Änderung. In § 1² ist eingeschoben hinter „Einkommensteuergesetz Nr. 21“ „in der Fassung des Gesetzes Nr. 2 vom 14. Dezember 1908.“

Stadtrat von Frankenberg: Der Stadtmagistrat hat sich zu dieser Sache seinerseits noch nicht geäußert. Ich möchte aber meinerseits empfehlen, den Zusatz wieder zu streichen. Er kann ruhig fallen, weil das Einkommensteuergesetz daselbe geblieben ist.

Stadtv. Leue: Für die liebe deutsche Muttersprache! (Sehr richtig!) Mir ist aufgefallen am Schluß des § 1 „dem Hausbesitzer oder dem Stellvertreter desselben“. Ich schlage vor: „Dem Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter“.

Der vorgeschlagene § 1 wird mit diesen beiden Änderungen angenommen.

Stadtv. Sander: In § 2 geht die Änderung dahin: „Die Abgabe beträgt für jeden Hund 20 M.“ Früher hieß es 15 M.; weiter unten für Zwingerhunde „jährlich 60 M“, früher 45 M.

In der Statutenkommission gaben diese Änderungen Veranlassung zu längeren Auseinandersetzungen. Man war auf der einen Seite der Meinung, daß mit der Erhöhung dieser Steuer die Wohlfahrtsklasse eine Einbuße erleiden würde. Von anderer Seite wurde dies bestritten, und schließlich war die Meinung vorherrschend, daß in der Stadt übermäßig viel Hunde gehalten wür-

den, und daß es erzieherisch wirken würde, wenn die Steuer erhöht wird. Wer einen Luxushund (und das seien die meisten Hunde) halte, der müsse auch in der Lage sein, 20 *M* Steuern zu entrichten. Die Statutenkommission schlägt vor, diese Änderungen guthießen zu wollen.

Paragraph 2 wird genehmigt.

Stadtv. **Sander** verliest den § 3 in seiner neuen Fassung und macht auf die Änderungen aufmerksam. Vorgeschlagen wird folgender Wortlaut:

„Wer in der Zeit zwischen dem 1. April und dem 30. Juni eines Rechnungsjahres in den Besitz eines Hundes gelangt, hat für denselben binnen vier Wochen den Jahresbetrag der Abgabe zu entrichten. Beginnt der Besitz zwischen dem 1. Juli und dem 31. März, so ist für jedes angefangene Kalendervierteljahr des Rechnungsjahres der Betrag von 5 *M* im voraus für den gesamten Rest des Rechnungsjahres zu zahlen.

Entsprechendes gilt für die im Laufe des Rechnungsjahres durch Zuzug oder durch Wegfall einer bisher geltenden Befreiung abgabepflichtig werdenden Hundebesitzer.

Wegen der im Laufe des Rechnungsjahres gestorbenen, abgeschafften oder abhanden gekommenen Hunde findet auf Antrag eine Rückzahlung nur für volle Kalendervierteljahre mit einem entsprechenden Teil der Abgabe statt. Dasselbe gilt, wenn Hundebesitzer während des Rechnungsjahres aus dem Stadtbezirke fortziehen, oder wenn innerhalb derselben Zeit Abgabefreiheit eintritt.

Vor der Rückzahlung ist die Marke und die Quittung (§ 6) zurückzugeben.“

Stadtv. **Henking**: Dies ist wohl die wichtigste Neuerung im Statut. Er ist geändert, weil sich Härten bei dem Verfahren nach dem alten Brauch herausgestellt hatten. Nun möchte ich im Einvernehmen mit dem Vertreter des Stadtmagistrats den Antrag stellen, in § 3, Absatz 3 dem ersten Satze folgende Fassung zu geben: „Wenn Hunde im Laufe des Rechnungsjahres verenden, abgeschafft werden oder abhanden kommen, so wird für das darauffolgende volle Kalendervierteljahr ein entsprechender Teil der Abgabe auf Antrag zurückgezahlt.“

Vorsitzender: Wir können die Sache doch nur so behandeln, daß wir dem Magistrat diesen Entwurf zuschicken mit dem Bemerkten, dies wäre der Wunsch der Versammlung. Nun sagt Herr Dr. Henking, er handle schon im Einvernehmen mit dem Stadtmagistrat. Das verstehe ich nicht.

Stadtrat **von Franzenberg**: Wie ich schon vorhin ausgeführt habe, hat sich der Stadtmagistrat noch nicht über das neue Statut schlüssig gemacht. Ich habe

mir aber erlaubt, persönlich mit dem Herrn Antragsteller sowohl wie mit der Statutenkommission Rücksprache zu nehmen und diejenigen Vorschläge zu machen, die, im Falle das neue Statut die Zustimmung der geehrten Versammlung findet, in der Fassung wohl zweckmäßig erscheinen.

Der § 3 wird mit der von Herrn Stadtverordneten Dr. Henking empfohlenen Änderung angenommen.

Stadtv. **Sander:** Die §§ 4 und 5 bleiben unverändert. In § 6 soll es statt bisher 15 *M* in dem neuen Statut 20 *M* heißen.

Der Erhöhung des Satzes in § 6 wird zugestimmt.

Stadtv. **Sander:** § 7 und § 8 bleiben unverändert. § 9 handelt von den Geldstrafen. Sie werden im allgemeinen bis zu 30 *M* festgesetzt.

Stadtv. **Leue:** Hier bitte ich zu ändern: „Dessen Vertreter“ statt „dem Vertreter desselben.“

Stadtv. Dr. **Jasper:** Herr Leue hat in dankenswerter Weise einige Verbesserungen des Ausdrucks angelegt; er wird aber nicht der Ansicht sein, daß dies die einzigen Fälle sind, wo Verbesserungen angebracht sind. Wenn nun dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden von seiten des Magistrats stattgegeben werden sollte, so würde uns eine neue Vorlage zugehen. Wir könnten uns deshalb wohl der Einzelheiten enthalten und den Magistrat ersuchen, uns einmal eine in gutem Deutsch abgefaßte Sakung über die Hundesteuer vorzulegen.

Stadtv. Dr. **Kleinknecht:** Zu Beginn des § 9 steht: Geldstrafe bis zu 30 *M* und am Schlusse „Geldstrafe nicht unter 20 *M* bis zu 60 *M*“, wahrscheinlich würde sich empfehlen, auch am Schluß zu sagen 30—60 *M*.

Stadtrat **von Frankenberg:** Ich würde meinerseits keine Bedenken gegen diese Änderung haben, notwendig ist sie aber nicht.

Man kann im allgemeinen als Höchstmaß den ersten Satz feststellen, aber in besonderen Fällen das Mindestmaß auch auf 20 *M* festsetzen. Ich glaube, wenn Herr Dr. Kleinknecht die Vorschrift noch näher prüft, wird er mir zustimmen.

Was den Wunsch des Herrn Dr. Jasper betrifft, so gestatte ich mir darauf hinzuweisen, daß selbstverständlich aus wohl erwogenen Gründen die Regel so ist, daß der Magistrat die Vorlagen macht. Die Städteordnung sieht aber nicht vor, daß dieses Verfahren notwendigerweise innegehalten werden muß. Da nun

der erste April vor der Tür steht und ein fix und fertiges Statut dem Magistrat auf dem Präsentierteller von der Versammlung vorgelegt werden könnte, so sehe ich nicht ein, wenn der Magistrat ihm zustimmt, weshalb noch eine Vorlage zu machen nötig ist. Herr Dr. Jasper wird zugeben, daß die unbedingte Notwendigkeit hierzu nicht vorliegt. Sollte jedoch der Magistrat bei irgendwelchen Punkten Bedenken haben, so bleibt nichts übrig, als sich mit der Versammlung noch einmal ins Einvernehmen zu setzen.

Der § 9 wird angenommen, ebenso Punkt 10 und 11.

Vorsitzender: Ich werde dieses Statut mit den nötigen Bemerkungen an den Magistrat weitergeben.

Der Punkt: „**Änderung der Müllabfuhr**“ wird auf Vorschlag des Stadtverordneten Fricke von der heutigen Beratung abgesetzt.

7. Erklärung der Stiftsgasse zur Ortsstraße.

Stadtv. Frühling: Am 4. August 1910 ist uns eine Vorlage wegen der Durchbruchstraße zwischen Langenstraße und Hintern Brüdern vorgelegt, damit der Teil-Ortsbauplan festgelegt wird. Die Herren haben das vorgelegte Projekt abgelehnt und den Magistrat ersucht, für eine schleunige Bebauung der durch diese Straße in Mitleidenschaft gezogenen Grundstücke Sorge zu tragen. Der Magistrat ist auf dieses Ansuchen eingegangen, ist aber dabei zu keinem Resultat gekommen, da seine Vorschläge bei den Anwohnern keine Gegenliebe gefunden haben. Aber der Magistrat hat einen Plan aufstellen lassen, aus dem sich die Art ergibt, wie die Bebauung möglich zu machen ist. Es ist dadurch eine geringe Verschiebung der Lage der Straße eingetreten. Wenn nun auch Unternehmer für die Bebauung der Straße noch nicht vorhanden sind, so sagt der Magistrat, daß Voraussetzung für eine solche Bebauung der Straße sei, daß vorerst einmal der Straßenzug in seiner Lage endgültig feststeht, weil erst dadurch die Anlieger in die Lage versetzt werden, die Gestaltung und die Kosten für einen auszuführenden Um- oder Neubau ihrer Häuser übersehen zu können. Der Magistrat beantragt deshalb, das vorgelegte Projekt zu genehmigen, die aus dem Ausbau der Straße entstehenden Kosten zu genehmigen und die Stiftsgasse zur Ortsstraße zu erklären.

Die Baukommission empfiehlt Ihnen nun, nicht den alten Plan zu genehmigen, wonach die Straße eine Breite von 10 Meter erhalten soll, sondern den Magistrat zu ersuchen, die Lage der Straße im Ortsbauplan nach dem neuen Plane mit einer Breite von 8 Metern festzusetzen und uns darüber eine neue Vorlage zu machen. Be-

denklich bei diesen Vorschlägen wäre allerdings, daß, wenn man die Straße von dem Stifte weiter abrißt, dieses nicht ohne weiteres für die Straßenbaukosten aufkommen muß. Da aber die Stadt sowieso 28 000 *M* für Straßenkosten bezahlen muß, so wird das wohl kaum in Betracht kommen. Im übrigen empfiehlt die Baukommission auch, die Straße zur Ortsstraße zu erklären.

Die Versammlung beschließt nach den Anträgen der Baukommission.

8. Berechnung der Handwerkskammerbeiträge in einer besonderen Rechnung.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Es handelt sich um eine rein formelle Sache. Die Handwerkskammerbeiträge wurden bisher nicht besonders gebucht, sondern erschienen im Kapitel XII der ordentlichen Einnahme und Ausgabe der Kammereikasse (Staatsbedürfnisse). Der Übersichtlichkeit wegen sollen die Einnahmen und Ausgaben an Handwerkskammerbeiträgen künftig von der Stadthauptkasse in besonderer Rechnung geführt werden. Die Finanzkommission, die die Sache geprüft hat, empfiehlt, der vorgeschlagenen Änderung zuzustimmen. Neben dieser formellen hat die Vorlage auch noch eine sachliche Bedeutung insofern, als die bisher aufgelaufenen, jetzt noch nicht verausgabten Handwerkskammerbeiträge als Vortrag auf das neuzubildende Konto eingetragen werden müssen. Da das Geld sowieso schon für diesen Zweck festgelegt war, so ist auch dies keine sachliche Änderung. Ich schlage namens der Finanzkommission vor, das Einverständnis der Versammlung damit zu erklären, daß der Überschuß an Handwerkskammerbeiträgen aus dem vorigen Rechnungsjahre (2603 *M*) dem Ausgleichsfonds entnommen und einer besonderen Rechnung zugeführt wird, in die fortan die Einnahmen und Ausgaben an Handwerkskammerbeiträgen getrennt von der Kammereikasse zu buchen sind.

Die Versammlung spricht ihr Einverständnis aus.

9. Erwerb von Flächen zum Ausbau der Wittkindstraße.

Stadtv. **Fride**: Zu dem von den städtischen Behörden beschlossenen Ausbau der zwischen der Hermann- und Diesterwegstraße gelegenen Teilstrecke der Wittkindstraße ist der Erwerb folgender Teilflächen erforderlich: 1. 116 qm, Eigentümer die Erben des Holzhändlers Severin, 2. 180 qm, dieselben Eigentümer, 3. 296 qm, Eigentümerinnen Fräulein Marie und Anna Fride, 4. 355 qm, Eigentümer die Erben der Freifrau von Korff, 5. 335 qm, Eigentümer Kaufmann Brunke, 6. 170 qm, Eigentümer Gärtner August Bode. Ich habe die Zeichnung hier, wer sich dafür interessiert, kann sie einsehen. Die Preisforderungen sind verschieden, und zwar fordern die Witwe Severin für das Quadratmeter 15 *M*, Fräulein Fride und der Kaufmann Brunke 10 *M*, der Gärtner Bode 8 *M*, wenn die

Stadt das Grundstück ganz kauft, sonst 10 *M*, der Vertreter der von Korffs Erben will überhaupt nicht freihändig verkaufen, sondern wünscht die Expropriation der fraglichen Fläche. Da ein ausreichender Grund, die Flächen verschieden zu bewerten, nicht vorliegt, so erscheint es dem Magistrat angezeigt, nicht nur das eine Terrain, sondern das ganze zur Straße erforderliche Gelände im Wege der Zwangsenteignung zu erwerben. Der Magistrat beantragt, unsere Zustimmung hierzu auszusprechen.

Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt und ist zu dem Resultat gekommen, Ihnen vorzuschlagen, die Zwangsenteignung, wie sie der Magistrat vorsieht, zur Anwendung kommen zu lassen. Ich empfehle also den Antrag des Magistrats zur Annahme.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

10. Ausstattung von Räumen im Neustadtrathause.

Stadtv. Rasche: Der Ausbau des Neustadtrathauses wird bald fertiggestellt sein, und die Räume sollen nun für Zwecke der hiesigen Bürger- und Fortbildungsschulen eingerichtet werden. Dazu ist Beschaffung von Mobiliar und von Apparaten, Chemikalien usw. erforderlich. Für Mobiliar hat die städtische Bauverwaltung einen Kostenanschlag vorgelegt, und für die Lehrmittelsammlung ist von dem Direktor der städtischen Bürgerschulen ein Kostenanschlag aufgestellt. Diese Kostenaufschläge sind vom Schulvorstand sowie auch vom Magistrat gutgeheißen, und der Magistrat empfiehlt, die angeforderten Mittel zu bewilligen. Es handelt sich bei dem Mobiliar um 36 500 *M* und bei den Lehrmitteln und Apparaten um 12 000 *M*, so daß eine Summe von 48 500 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds zu bewilligen sein würde. Die Baukommission hat die Sache geprüft, schließt sich in ihrer Ansicht dem Magistrat an und bittet, die Mittel zu bewilligen.

Vorsitzender: Die Mobilien usw. werden doch hier beschafft, damit es uns nicht geht wie bei dem Bau des Gebäudes für das Staatsministerium, wo die Tischlerarbeiten für ein Zimmer nach Berlin vergeben wurden!

Stadtv. Rasche: Bis auf einige Kleinigkeiten, die hier nicht beschafft werden können, ist das vorgesehen.

Die Kosten für die fragliche Ausstattung werden bewilligt.

11. Antrag Busch, betreffend ein Verbot des Tragens ungehämelter Hutnadeln in den Straßenbahnwagen.

Stadtv. Meyerhoff: Der Antrag Busch lautet: „Der Stadtmagistrat möge geeignete Schritte unternehmen, daß ein Verbot erlassen werde, wonach Damen

mit ungeschützten Hutnadeln das Betreten der Straßenbahnwagen untersagt wird. Die Statutenkommission hat sich mit der Materie beschäftigt, und ich habe mir auch Mühe gegeben, bei der Kürze der Zeit doch einiges Material herbeizuschaffen. Das ist mir so weit gelungen, daß ich mitteilen kann, daß in Kiel auf Veranlassung des Polizeipräsidenten in den Straßenbahnwagen ein Plakat angebracht ist, in dem die Damen gebeten werden, in Rücksicht auf die übrigen Fahrgäste die Hutnadeln zu schützen. Dasselbe soll in Lübeck der Fall sein, ebenso auch in Düsseldorf und Köln. Ob in Berlin der Polizeipräsident ein Verbot erlassen hat, habe ich in der Kürze der Zeit nicht erfahren können. In München hat die Polizeiverwaltung die Fahrgäste zu schützen gesucht, indem sie den Schaffnern Kapfen zum Verkauf in den Straßenbahnwagen gegeben hat. Die Direktion der hiesigen Straßenbahn hatte sich schon an die hiesige Polizeidirektion gewandt, weil die Direktion schon am eigenen Leibe schmerzlich hat empfinden müssen, daß Damen mit ungeschützten Hutnadeln im Straßenbahnwagen gesessen oder gestanden haben. Die Polizeidirektion hat darauf geantwortet, es bedürfe einer Änderung der Straßenpolizeiordnung, und zwar eines Zusatzes zu § 77. Dieser Paragraph lautet: „Auf den Straßen, auf den Eisenbahnen, sowie überhaupt an Orten mit lebhaftem Verkehr dürfen Stöcke, Schirme und andere dergleichen Gegenstände nicht in wagerechter Richtung oder in sonst belästigender oder gefährdender Weise getragen werden.“ Hier soll hinzugefügt werden: „Das Tragen ungeschützter Hutnadeln ist verboten.“

Nun ist in der Statutenkommission gesagt worden, wir kämen etwas post festum mit diesem Verbot, da in Aussicht stände, daß ganz kleine Hüte getragen würden. Aber nach meiner Ansicht — ich will den Damen nicht zu nahe treten — werden die gewaltigen Dolche auch bei den kleinen Hüten angewendet werden, und die Gefahr wird dadurch nur noch vergrößert. Es ist uns von dem Vertreter des Stadtmagistrats zugesagt, daß wegen Erweiterung des Paragraphen geeignete Schritte getan werden sollen.

Ferner hat die Polizeidirektion hingewiesen auf § 29 des Polizeireglementes, in dem auch eine Erweiterung erfolgen mußte in der Weise, daß das Tragen ungeschützter Hutnadeln auf der Straße verboten werden müsse. Diese zweite Sache aber beschäftigt uns heute nicht so eingehend; es ist jedoch von dem Vertreter des Magistrats zugesagt, auch in dieser Beziehung Schritte zu tun. Ich bitte Sie, sich einverstanden zu erklären, daß der Magistrat geeignete Schritte tut, um diesem „fühlbaren Übel“ abzuhelpfen.

Stadtrat von Frankenberg: Der Herr Berichterstatter hat zwar ausführlich berichtet, aber den Beschluß der Kommission hat er meiner Ansicht nach nicht wiedergegeben. Er ist dahin gegangen,

den Magistrat zu ersuchen, das Polizeireglement in § 29 dahin zu ändern, daß gesagt wird: „Das Tragen ungeschützter Hutnadeln ist verboten,“ und ferner dem Magistrat zur Erwägung zu verstellen, daß bei der Änderung der Polizeiordnung auch die betreffende Vorschrift in § 77 verändert werden möge.“

Der Antrag war also bestimmter, als er heute vom Herrn Berichterstatter wiedergegeben ist. Ich bitte um die Erlaubnis, darauf hinweisen zu dürfen, daß es angebracht ist, diesen bestimmten Antrag anzunehmen. Der Magistrat müßte sonst wieder mit einer neuen Vorlage kommen.

Vorsitzender: Wenn wir jetzt unsere Zustimmung zur Änderung der Straßenpolizeiordnung geben, brauchen wir nachher nicht einen besonderen Beschluß darüber zu fassen. Ich bitte die Herren, die dem Beschluß in der Richtung zustimmen, wie von dem Herrn Referenten und Herrn Stadtrat von Frankenberg vorgetragen ist, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Die Herren haben so beschlossen.

12. Antrag Munte, betreffend Versetzung des auf dem Bürgersteige vor dem Café Lück stehenden Straßenbahnmaßes.

Stadtv. **Niese:** Herr Stadtv. Munte hat unter dem 13. Februar folgenden Antrag gestellt: „Antrag, den an der Ecke des Steinwegs vor Café Lück mitten auf dem Bürgersteig stehenden Straßenbahnmast, dessen Beseitigung oder Versetzung sehr erwünscht ist, da er den Personenverkehr zum Theater bezw. nach der Kaiser-Wilhelmstraße unliebsam hindert, zu beseitigen oder zu versetzen. Wir ersuchen den Stadtmagistrat hierdurch, die Beseitigung dieses Verkehrshindernisses bei der Direktion der Straßeneisenbahngesellschaft zu erwirken.“

Die Baukommission hat die Anwesenheit geprüft. Über den fraglichen Mast und seinen Standort ist folgendes zu sagen: Er steht 4½ Meter entfernt von der Ecke des Café Lück. Dann kommt in einer Entfernung von 1,40 Meter ein Baum und darnach kommt wieder eine Laterne. Der Straßenbahnmast ist seinerzeit dorthin gestellt, weil trotz des Ersuchens der Straßeneisenbahngesellschaft die Aktiengesellschaft Parkhotel sich nicht einverstanden erklärte, eine Rosette zum Halten des Befestigungsdrahtes an dem Hause anzubringen. Auf diese Weise wurde die Straßeneisenbahngesellschaft in die Lage versetzt, den Mast auf dem Trottoir aufzustellen. Den Mast zu versetzen, würde Schwierigkeiten machen, weil an ihm noch ein sogenannter Kasten sich befindet, in dem jedenfalls die elektrischen Sicherungsvorrichtungen liegen, und dieser schwer zu verlegen ist. In Rücksicht darauf, daß noch mehr solcher Masten auf dem Steinweg stehen, war die Baukommission mit mir der Meinung, daß ein anderer Zustand nicht leicht erzielt werden könne, und

daß dieses Verkehrshindernis nicht größer sei, als andere auch, die man in Kauf nehmen müsse. Der Antragsteller war damit einverstanden, daß die Baukommission Übergang zur Tagesordnung zu empfehlen beschloß.

Stadtv. Munte: Ich habe diesen Antrag gestellt, weil ich hoffte, wenn er hier in der Öffentlichkeit verhandelt würde, daß Herr Kalmz oder dessen Gesellschaft sich bewogen fühlen würde, die Anbringung einer Rosette an ihrem Hause zu genehmigen. Das würde die einfachste Lösung sein. Ich habe mit Herrn Kalmz Rücksprache genommen, aber er hat die Anbringung der Rosette abgelehnt, indem er behauptet, trotz seiner dicken Mauern in dem Palaste würden seine Konzerte durch das von der vorbeifahrenden Straßenbahn verursachte Geräusch gestört, und seine im Hotel logierenden Gäste könnten wegen des Geräusches nicht schlafen. Wie weit das zutrifft, kann ich nicht entscheiden. Da gesetzlich kein Zwang ausgeübt werden kann, müssen wir es bei dem jetzigen Zustand wohl belassen. Ich bedaure das um so mehr, als Herr Kalmz ein eifriges Mitglied des Verkehrsvereins ist und ihm nur zugemutet wird, Rücksicht auf den Braunschweiger Verkehr zu nehmen und eine Verkehrserleichterung mit schaffen zu helfen.

Die Versammlung beschließt Übergang zur Tagesordnung.

13. Antrag Rieke, betreffend Anknüpfung weiterer Verhandlungen wegen stadtseitiger Übernahme der Osterbrücken.

Stadtv. Meyerhoff: Der Antrag lautet: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, aufs neue mit Herzoglicher Baudirektion in Verhandlungen einzutreten zwecks Verbreiterung der übrigen Brücken, besonders wegen der Petritor- und Wendentorbrücke im ähnlichen Sinne, wie die Verhandlungen bei der Steintorbrücke zum Abschluß vorliegen.“

Meine Herren. Von dem Vertreter des Magistrats ist uns jetzt mitgeteilt, daß schon seit Jahren Verhandlungen mit der Herzoglichen Baudirektion gepflogen werden, und daß der Magistrat hofft, zu einem glücklichen Abkommen, ähnlich wie bei der Steintorbrücke, zu kommen. Auf diese Erklärung hin hat sich Herr Rieke einverstanden erklärt, daß der Antrag weiter nicht zur Beratung kommt, sondern daß die Mitteilung des Magistrats hier nur zur Kenntnis gebracht wird.

Die Versammlung nimmt von der Mitteilung des Magistrats Kenntnis.

14. Zuschuß an den Ausschuß für Jugendpflege.

Stadtv. Mohr: Unter dem Vorsitz des Herrn Schuldirektors Professor Dr. Rehfuß ist im Dezember 1911 hier ein Ausschuß für Jugendpflege ins Leben ge-

rufen. Die seitdem von dem Ausschuß entfaltete Tätigkeit läßt erkennen, daß sein Vorhandensein eine Lücke in den hiesigen gemeinnützigen, dem Wohle der Jugend gewidmeten Veranstaltungen ausfüllt, und daß der Meinungsaustausch innerhalb des Ausschusses und seiner verschiedenen Unterabteilungen der guten Sache sehr förderlich gewesen ist. Dieser Ausschuß bittet für das Jahr 1913 um eine Beihilfe von 400 *M* anstatt der ihm vor Jahresfrist bewilligten 200 *M*. Begründet wird diese Mehrforderung damit, daß mit dem Wachstum der Aufgaben dieses Vereins auch größere Mittel erforderlich werden. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß Beiträge für den Verein durch Umlagen nicht erhoben werden. Der dem Gesuch beigelegte Plan über einen im Mai dieses Jahres aufs neue zu veranstaltenden Kursus für Jugendpflege und das Verzeichnis der vorgesehenen Vorträge geben Kenntnis von der einheitlichen Tätigkeit des Ausschusses. Der Stadtmagistrat richtet an die Herren das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Ausschuß für Jugendpflege im Rechnungsjahr 1913/14 der Betrag von 400 *M* als Zuschuß aus Kapitel XIV der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse gewährt werde.

Die Finanzkommission hat sich für Bewilligung dieser Summe ausgesprochen. Ich gebe Ihnen namens der Kommission anheim, dem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. **Stegmann:** Ich möchte mir die Anfrage erlauben, zu welchem Zweck diese Gelder bewilligt werden sollen, was damit angefangen werden soll.

Stadtv. **Mohr:** Es werden Vorträge gehalten, wie im vorigen Jahre: „Die ethische Bedeutung der Jugendpflege, die gesundheitliche Bedeutung der Jugendpflege, die nationale Bedeutung der Jugendpflege.“ Die auswärtigen Teilnehmer der Kurse werden für Leitung von Volks- und Jugendspielen ausgebildet. Herr Dr. Jasper wird aus der Beratung der Finanzkommission auch Auskunft geben können. Es handelt sich unter andern um Saalmiete und sonstige Kosten für die Vorträge.

Stadtv. **Stegmann:** Wenn man die Ausführungen des Herrn Referenten anhört, sollte man meinen, es handle sich um eine gute Sache, die man wohl unterstützen könnte. (Zuruf: Das tut es auch!) Wenn man aber die Dinge in der Wirklichkeit kennt, muß man zu einer andern Anschauung kommen. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß es Tendenz dieser sogenannten Jugendpflege ist, das Schädliche der Volksschulbildung, nicht etwa das Gute, auch später bei der aus der Schule entlassenen Jugend geltend zu machen und es ihr im verstärkten Maße beizubringen. Das geschieht auf verschiedene Weise, und die verschiedenartigsten Vereine sind dabei beteiligt. Da haben wir katholische und evangelische Jüng-

längsvereine, die verschiedenen Turn- und Sportvereine, den Jungdeutschlandbund und die sonst auf nationaler Grundlage stehenden Vereine. Sie bezwecken in Wirklichkeit, die Jugend — der berechtigtste Ausdruck ist — zu verdummen (Bewegung), und das, was die Schule schon in ausreichendem Maße getan hat, fortzusetzen. Durch pfäffische Bestrebungen, durch Singen, Beten, Posaunenblasen wollen sie die Gehirne der Jugend verkleistern, und andere Vereine besorgen das mit nationalen Phrasen, mit falschem Nationalismus. Was den Jungdeutschlandbund betrifft, so ist seine Wirkungsweise auch in bürgerlichen Kreisen übel vermerkt, so daß Lehrervereine und Pädagogen der verschiedensten Richtung Kundgebungen dagegen ausgesprochen und gesagt haben, daß es so nicht weitergehen dürfe. Ich darf hinweisen auf den Turnsenior Göke in Leipzig, der in der Ausschußsitzung der deutschen Turnerschaft sich gegen den Jungdeutschlandbund ausgesprochen hat. Er hat kritisiert, daß in dem Bund eine Menge Offiziere Unterkunft fänden, sowie daß an der Spitze ein Generalmajor z. D. stehe, der 6000 *M* Nebenspesen dadurch hat. Daneben steht ein Major, der 3300 *M* bekommt, und ein anderer bekommt 3000 *M*. Wenn das so weiterginge, würde die deutsche Turnerschaft aus dem Bunde austreten. Ein Lehrerorgan macht sich lustig über diese Fagereien und Narreteien; es wäre höchste Zeit, das Umkehr gehalten würde. Es wird als Aushängeschild die Behauptung benutzt, die körperliche Kräftigung der Jugend werde bezweckt, Ertüchtigung nennen sie es, ein schöner deutscher Ausdruck, aber diese ganze Jugendpflege läuft darauf aus, die Jugend zu einer frommen, jeder selbständigen Regung baren Gesinnung zu erziehen, die in ihrem Byzantinismus willkommenes Kanonensfutter bietet. Vor allen Dingen will man sie benutzen, um der Sozialdemokratie und der proletarischen Jugend entgegenwirken zu können. Es wird zwar in den Statuten der verschiedenen Vereine und in den von denselben veranstalteten Vorträgen bestritten, daß sie politisch seien, trotzdem wird aber darauf hingewiesen, daß es ihre Aufgabe sei, den inneren Feind zu bekämpfen. Was ist das anders als Politik treiben? Ich könnte Ihnen vorlesen: „Politik wird nicht vertreten,“ aber hinterher wird geschrieben: Der Kampf muß gegen den innern Feind, und das ist die proletarische Jugendbewegung. Das ist doch Politik treiben! Die Jugendpflege, wie sie gang und gäbe geworden ist, ist wirklich nicht aus Liebe zur Jugend geschehen. Der beste Beweis ist der, daß die preußische Regierung große Mittel dafür aufwendet. Im Jahre 1912 sind von ihr 1½ Millionen dafür ausgegeben, von der sächsischen Regierung 100 000 *M*, von der braunschweigischen Regierung auch etwas. Dazu kommen die größeren Städte, die wesentliche Summen dafür bewilligen: Hannover 14 000 *M*, Magdeburg 100 000 *M*, Essen 7000 *M*, Mülhausen 15 000 *M*, Hamburg ½ Million. Hinzu kommt auch die evangelische Kirche, die für Jugendpflege in Norddeutschland über 2½ Millionen ausgegeben hat. Sie sehen daraus, was

ausgegeben wird, um gegen die Arbeiter und gegen die Sozialdemokratie den Kampf zu führen. Das geschieht nicht aus Liebe zur Jugend, denn wenn das der Fall wäre, warum haben sie es früher nicht getan? Warum gibt die preußische Regierung das Geld her, dieselbe Regierung, die doch die Volksschulen so stiefmütterlich behandelt? Auch in Braunschweig ist es so, das haben uns die Verhandlungen über das Schulgesetz im Landtag gezeigt. Warum gibt man das Geld nicht für die Volksschulen aus? Es ist das ein Beweis dafür, daß es nur zu einem bestimmten Zweck ausgegeben wird, um die Arbeiterbewegung niederzukämpfen und ihr Hochkommen zu verhindern. Auch in anderer Weise wird die Jugendbewegung unterstützt. Die Eisenbahnverwaltung, die sonst ausgezeichnet versteht, Plusmacherei zu treiben, die Löhne und Gehälter unter aller Kanone bezahlt, geht so weit, daß sie sämtlichen Jugendpflegevereinen Fahrpreisermäßigungen gewährt. Durch die Regierungspräsidenten ist wiederholt öffentlich aufgefördert worden, die bürgerlichen Jugend-, Sport- und Turnvereine möchten sich den unter staatlicher Leitung stehenden Organisationen anschließen, damit sie die Fahrpreisermäßigungen mitgenießen können. Alles wird aufgeboten, um die Arbeiterpartei niederzukämpfen, und es ändert nichts an dieser Tatsache, daß man in den Statuten schreibt: Politik wird nicht getrieben.

Kurz erwähnen will ich hier noch: Während auf der einen Seite die sogenannte Jugendpflege unterstützt wird, wird auf der andern Seite die proletarische Jugendbewegung mit allen möglichen Mitteln drangsaliert, schikaniert und niedergeknüppelt oder aufgelöst. Die Polizei kommt in ihre Versammlungen, das Gericht entscheidet auf Auflösung, kurz man fühlt sich beinahe um 70 Jahre zurückverjetzt in die Zeit der Demagogenverfolgungen. Manche von denjenigen Leuten, die früher gegen die Demagogenverfolgungen gewettert haben und jetzt noch mit Schauder daran zurückdenken, finden es in der Ordnung, daß die arbeitende Jugend in dieser Weise drangsaliert wird, wie früher die Einheitsbewegung. Daß meine Freunde und ich solche Jugendpflege nicht unterstützen wollen und auch dies Geld — denn es wird zu demselben Zwecke ausgegeben — nicht bewilligen können, ist selbstverständlich. Sie können sich denken, daß wir nicht beitragen wollen, daß der Jugend dieses Gift eingeträufelt wird. Ich könnte hier eine Stelle aus einer Jugendzeitung vorlesen, aus der Sie sehen würden, in welcher Weise die Kriegshezerei getrieben wird. In blutrünstiger Weise wird die Jugend aufgefordert, (Unruhe. Ruf: Nun ist es aber genug!) in blödsinniger Weise, dem Mordspatriotismus zu huldigen. Das ist Gift, und dafür werden wir selbstverständlich keinen Pfennig bewilligen, um so weniger, als politisch Selbständige, die sich nicht dieser Jugendbewegung anschließen, mit allen möglichen Mitteln unterdrückt werden. Unsere Wähler würden uns als Verräter betrachten, wenn wir einen Pfennig bewilligen würden. Ich zweifle ja nicht daran, daß meine Worte auf unfruchtbaren

Boden fallen, Sie werden selbstverständlich die Beihilfe bewilligen, Sie werden ganz bestimmt guthießen, daß die proletarische Jugendbewegung nach wie vor niedergeprügelt werde. Das haben wir hier schon gesehen. Der beste Beweis dafür ist die Verhandlung über die freie Turnerschaft.

Vorsitzender: Das gehört nicht hierher. Ich bitte den Redner, zur Sache zu sprechen.

Stadtv. Stegmann (fortfahrend): Ich will keinen Appell an Sie richten. Ich will nur sagen, daß ich von dieser Jugendpflege nichts halte, daß wir keinen Pfennig dafür bewilligen, und ich bin überzeugt, die große Masse der Braunschweiger Einwohnerschaft steht auf unserm Standpunkte.

Stadtrat von Frankenberg: Was zunächst den Vorstoß des Herrn Stadtv. Stegmann gegen die Jungdeutschlandbewegung betrifft, so war das wohl ein Luststoß, denn hier handelt es sich um den Ausschuß für Jugendpflege. Dieser ist vor 1½ Jahren gegründet und nach der Anzeige, die bei den Akten sich befindet und von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Schuldirektor Professor Dr. Kehlub unterzeichnet ist, hat sich der Ausschuß zur Aufgabe gemacht, alle hier am Orte vorhandenen, in das Gebiet der Jugendpflege fallenden Bestrebungen, soweit sie auf vaterländischem Boden stehen, zusammenzufassen, neue Einrichtungen zu schaffen und durch Veranstaltungen von Lehrgängen wie durch Abhaltung von Vorträgen den Sinn weiterer Kreise für die körperliche und sittliche Erziehung der deutschen Jugend zu wecken. Daß dabei, wie der Herr Vorredner sich auszudrücken beliebt, pfäffische Bestrebungen maßgebend wären, halte ich für ausgeschlossen, sowohl nach meiner eignen Kenntnis der Verhältnisse (ich bin im Auftrage des Magistrats Mitglied des Ausschusses), als auch nach der Persönlichkeit des Vorsitzenden der ganzen Veranstaltung, des Herrn Professor Kehlub, der pfäffischen Bestrebungen durchaus nicht zugänglich ist. Wer seine herzliche Freude daran hat, daß unsere Jugend in vaterländischem Sinne auferzogen wird, wird für diese Sache gern etwas übrig haben, ohne irgendwelche Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit.

Stadtv. Wesemeier: Mit den letzten Worten des Herrn von Frankenberg und mit seinen Ausführungen ist mit aller Deutlichkeit für mich bewiesen, daß es sich um den politischen Kampf handelt, der mit städtischen Mitteln gegen die klassenbewußte Arbeiterjugend geführt wird. Das war mir damals klar, als im vorigen Jahr 500 M für den andern Verein, der noch radikaler vorgeht, bewilligt wurden, und dieser Jugendpflegeausschuß faßt den andern Verein in sich. Es ist richtig, was Herr Stegmann gesagt hat: Aus sich selbst heraus sind diese Herren nicht zu

dem Gedanken gekommen, die Jugendpflege zu fördern. Erst als von hohen Kreisen heraus die Anregung kam, da kamen auch Gemeinden und einzelne Personen und stellten sich in den Dienst dieser von oben geförderten Jugendpflege, die keinen andern Zweck hat, als gegen die proletarische Jugendbewegung Front zu machen. Das wird in den Vordergrund der Bewegung gestellt, von der Herr Stadtrat von Frankenberg anführt, daß sie die körperliche Ertüchtigung fördern soll. Die körperliche Ertüchtigung kann nur gefördert werden, wenn man die Ausnutzung der proletarischen Jugend, auf die man es abgesehen hat, behebt, die Ausnutzung, die durch die agrarische Gesetzgebung und durch den Kapitalismus erfolgt. Dadurch, daß man der Jugend kräftige Nahrung zuführt, kann die körperliche Ertüchtigung erfolgen. Daneben, und das ist bezeichnend, hat die proletarische Bewegung darauf bestanden, die Jugend ins Freie zu führen. Wir waren nicht imstande, den Kampf gegen die Lebensmittelsteuerung so zu führen, wie wir wünschten, so daß die Jugend besser genährt werden konnte. Daß die körperliche Entwicklung durch schlechtere Nahrung abnimmt, zeigt sich in der zunehmenden Untauglichkeit der jungen Leute zum Militärdienst. Wenn Sie tatsächlich die Jugend, auf die Sie es absehen, ertüchtigen wollen, dann müßten Sie dafür sorgen, daß bessere Wohnungs- und Lebensverhältnisse geschaffen werden. Daß man aber tatsächlich den politischen Kampf bei der Förderung dieser sogenannten nationalen Jugendpflege verfolgt, geht daraus hervor, daß man nur die jungen Burschen heranzieht, aber für die weibliche Jugend nichts tut. Und die jungen Burschen auch erst, seitdem die Arbeiter ihre Jugend zusammengefaßt haben und sie körperlich zu ertüchtigen suchen. Wir wollen nicht solche Polizeispizel erziehen, solche elenden Subjekte, die sich in den Dienst der Polizei stellen, nicht solche servile Gesinnung pflegen, wie sie dort anerzogen wird.

Vorsitzender: Sie dürfen den Vereinen hier nicht vorwerfen, daß sie Subjekte mit serviler Gesinnung erziehen.

Stadtv. **Wesemeier** (fortfahrend): Wir haben sie kennen gelernt, diese Elemente, und darum können wir nicht zugeben, daß durch solche Mittel der politische Kampf gegen die Arbeiterklasse geführt werde.

Stadtv. **Mohr:** Meine Herren. Die beiden Herren Vorredner haben doch weiter nichts gewünscht, als daß wir von unserer Fürsorge für die Jugend ablassen sollten. Das hieße doch die Flinte ins Korn werfen! Herr Dr. Jasper hat die Bemerkung gemacht, wir wären Konkurrenten. Ja, das sind wir (Zuruf: Sie wollen aber dafür unser Geld haben!) — Lassen Sie mich bitte ausreden, wir haben Ihnen auch zugehört! Auch Sie treiben die Körperpflege Ihrer Jugend,

aber in anderer Weise als wir. Wollen Sie leugnen, daß Sie die politischen Ideen Ihrer Jugend nicht beibrächten? Was bringen wir unserer Jugend bei? Große religiöse Sachen nicht, aber den Glauben an den Weltenmeister wollen wir allerdings bei unserer Jugend hochhalten, Treue zu Fürst und Vaterland auch, und den Glauben an eine sittliche Weltordnung wollen wir unserer Jugend auch bewahren. Das ist unser Vorgehen und anderes wollen wir nicht.

Die 400 *M* werden bewilligt.

15. Beihilfe an den Verband der Frauenvereine des Herzogtums für die Berufsberatungsstelle.

Stadtv. **Mohr**: Die Vorsitzende des Verbandes deutscher Frauenvereine des Herzogtums, Frau Professor Göge, hat um eine Beihilfe von jährlich 600 *M* zur Deckung der Kosten für eine in nächster Zeit zu errichtende Berufsberatungsstelle für Frauen und Mädchen gebeten. In erster Reihe soll den aus der Schule ausscheidenden Mädchen durch geschulte Kräfte in belehrenden Vorträgen und durch Vermittlung von Elternabenden sachverständiger Rat bei der Berufswahl erteilt werden. An die Auskunftsstelle beabsichtigt man in enger Fühlung mit der Handwerkskammer und mit dem städtischen Arbeitsamt einen Lehrstellennachweis anzugliedern. Auch für unvorbereitet zum Erwerb gezwungene, ratbedürftige ältere Frauen ist eine planmäßige Fürsorge in Aussicht genommen. Bei der Mannigfaltigkeit dieser Ziele ist die Verwaltung der Stelle durch ehrenamtliche Kräfte nicht möglich; der Verein will deshalb eine Hilfskraft im Nebenamt annehmen. Außerdem entstehen für Drucksachen, für die Veranstaltung der Vorträge und Elternabende Kosten, so daß die Jahresausgabe auf etwa 1800 *M* berechnet ist, zu deren Deckung auf Zuschüsse des Herzoglichen Staatsministeriums, der Stadtgemeinde, der Handels- und der Handwerkskammer gehofft wird. Der Stadtmagistrat erkennt an, daß diese Veranstaltung, sobald sie in den beteiligten Kreisen bekannt geworden ist, als nützliches Glied in der Kette der Fürsorge-Maßregeln betrachtet werden darf. Er bittet nun die geehrten Herren, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Verband der Frauenvereine für die Berufsberatungsstelle vom 1. April dieses Jahres ab bis auf weiteres jährlich eine Beihilfe von 600 *M* aus Kapitel VII der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse zur Verfügung gestellt wird. Die Finanzkommission hat sich in ihrer Mehrheit für diese Sache ausgesprochen und bittet Sie, diesen Betrag zu bewilligen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Meine Herren. Es scheint jetzt bei den bürgerlichen Schichten stetige Gewohnheit zu werden, daß sie aus öffentlichen Mitteln um Gottes willen nicht Armenunterstützung bezieht, sondern den politischen und wirt-

schaftlichen Kampf gegen die Arbeiterklasse führt, daß diese bürgerlichen Kreise, ohne Rücksicht darauf, was für Einrichtungen sonst bestehen, diese Mittel, die auch die Armen, die Minderbesitzenden aus ihrem geringen Einkommen ausbringen müssen, verwenden, um dem Betätigungsdrang gewisser Kreise zu genügen. Man sollte meinen, für die Berufsberatung der Mädchen wäre in Braunschweig die gegebene Stelle gefunden. Wir haben ein Arbeitsamt, in dem Stellen vermittelt werden, haben ausdrücklich eine Frau, Frau Schinkel, im Arbeitsamt für die Stellenvermittlung in Tätigkeit, und das Arbeitsamt pflegt auch die Beratung bei der Auswahl des Berufes. In den Schulen, auch den Mädchenschulen, wird, soweit mir bekannt, eine Beratung bei der Berufswahl gepflegt und den Eltern ratend zur Seite gestanden. Deshalb ist es, wie ich glaube, kaum nötig, daß nun Damen, die den Drang in sich fühlen, sich sonst zu betätigen, extra ein paar hundert Mark städtische Gelder aus Steuergroschen bewilligt werden, damit sie sagen können: Wir sind die Berater! Auch hier ist der Herr Berichterstatter wieder mit Eleganz über die Vorlage hinweggeeilt, wie er auch im vorigen Punkt erst auf besondere Frage mitteilte, wer denn die Heißenden seien. In der Finanzkommission habe ich darnach gefragt, und es ist mitgeteilt, welche Heiligen und Unheiligen an der Beratungsstelle beteiligt sind, und daß es die Gesellschaftsgruppe ist, die unter anderem auch ausgesprochen politische Frauenabende im Stadtpark veranstaltet, bürgerliche Versammlungsabende, die durchaus politische Fragen erörtern. Dieselben Personen wollen sich an dieser Stelle betätigen und in dem aus ihren sonstigen Äußerungen genugsam bekannten Sinne. Ich will gegen die Persönlichkeit der Frau Professor Göbe nichts sagen und ihre Tätigkeit nicht kritisieren. Mag sie es tun aus gutem Herzen! Ich habe nichts dagegen, daß bürgerliche Damen sich politisch betätigen, aber sie sollen die Kosten für ihre Betätigung nicht nehmen aus den Steuergroschen der Allgemeinheit, für solche Dinge, die in gemeinnütziger Weise bereits durch die Stadt in die Wege geleitet sind. Wenn Herr Stadtrat Wagner meinen sollte, die Beratung im Arbeitsamt sei unzureichend, so wollen wir lieber darüber zu Räte gehen, wie die Beratung der Frauen und Mädchen in dem Arbeitsamt und in den Mädchenschulen ergiebiger gestaltet werden kann. Ich fürchte, daß andere Zwecke beabsichtigt werden, die man hier nicht sagen will, und die im vorigen Falle in dankenswerter Weise zum besten gegeben sind. Herr Mohr wird auch jetzt so ehrlich sein, zu sagen: Wir sind Konkurrenten, Konkurrenten in der Weise, daß Sie sagen: Ich will den Konkurrenten bekämpfen mit den Mitteln, die er selber beschaffen muß. Der parlamentarische Ausdruck fehlt mir dafür, und Gefühl für Anstand kann ich darin nicht sehen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich weiß nicht, durch welches Mißgeschick der Vorstand des Verbandes deutscher Frauenvereine, der hier den Antrag gestellt hat,

sich den Groß des Herrn Stadtv. Jasper zugezogen hat. Aber das kann ich aufrichtig sagen: Ein politisch harmloserer Antrag als dieser ist selten der geehrten Versammlung unterbreitet worden. Die Begründung dieser Beratungsstelle fällt doch gar nicht ins Gebiet der politischen Betätigung, auch nicht in das der Jugenpflege, sie ist einfach eine Fürsorgefrage, wie sie zu Tugenden aus städtischen Mitteln sowohl aus der Kammereikasse als aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen unterstützt werden. Neben Frau Professor Göke, mit der Herr Stadtv. Dr. Jasper noch einigermaßen glimpflich verfahren ist, hat als zweite Frau Schulrat Bernide, als stellvertretende Vorsitzende des Verbandes der Frauenvereine, das Gesuch unterzeichnet. Diese Dame hat sich um die Ausgestaltung der Abendfortbildungsschule seit Jahren wesentliche Verdienste erworben, und ich erblicke darin, daß sie beteiligt ist, eine Bürgschaft für den guten Erfolg dieser Beratungsstelle bei der Berufswahl der jungen Mädchen und auch der Frauen. Dasselbe muß ich auch von den andern Unterzeichneten sagen, z. B. ist unterzeichnet, Fräulein Engelbrecht, die auf dem Gebiete der Frauenwohlfahrt und des Kinderschutzes mit unermüdlichem Eifer gewirkt hat, Fräulein Koch, die Vorsitzende im kaufmännischen Verein weiblicher Angestellter, Fräulein Mollenhauer, als Vertreterin des Lehrerinnenvereins, Frau Helene Montag, die bei der katholischen Gemeindepflege in vorbildlicher Weise mitwirkt. Das alles sind politisch außerordentlich harmlose Körperschaften, die beteiligt sind, und wenn Sie hören, daß der Stadtmagistrat, dem das städtische Arbeitsamt wahrhaftig am Herzen liegt, diesen Weg für zweckmäßig hält und sich mehr davon verspricht als von dem Versuche, das städtische Amt nach der Seite der weiblichen Berufsberatung auszubauen, so können Sie überzeugt sein, daß die Sache der Förderung wert ist. Ich hoffe, daß wir mit dieser Sache, wie mit andern Sachen, an deren Spitze Frau Professor Hedwig Göke steht, ein nützliches Glied in der Kette der Fürsorgeeinrichtungen gründen, und bitte, den Worten des Herrn Dr. Jasper nicht zuzustimmen.

Die beantragte Beihilfe wird bewilligt.

16. Ankauf von Bildern zur Ausschmückung zweier Schulen.

Stadtv. Mohr: Der Kunstmaler Gelpke ist an den Stadtmagistrat und den Museumsdirektor Professor Dr. Fuhse herangetreten, 50 Stück von ihm angefertigte Aquarelle von altertümlichen Häusern aus der Stadt Braunschweig für das Museum anzukaufen. Das Stadtbauamt wie auch Herr Direktor Fuhse sind der Ansicht, daß Herr Gelpke alle erdenkliche Mühe und allen Fleiß verwandt hat, und daß der Preis auch keineswegs als zu hoch anzusehen ist, daß aber der kunst- und ortsgeschichtliche Wert ziemlich zweifelhaft seien und Einzelheiten der Gemälde nicht als zuverlässig angesehen werden können. Aus diesem Grunde sei der An-

trag, die Bilder für das städtische Museum anzukaufen, nicht zur Annahme zu empfehlen. Nun ist bei Herrn Schuldirektor Professor Dr. Rehtuh angefragt, ob es angebracht sei, daß die Bilder den hiesigen Bürgerschulen zugänglich gemacht würden. Der Direktor hat sich dahin geäußert, daß er es für wünschenswert hielte, daß diese Bilder den beiden alten Schulen am Südklint und an der Wilhelmstraße zum Zwecke der Ausschmückung der Zimmer und Korridore übermittelt würden. Sie wissen, daß auch an dieser Stelle die Rede davon gewesen ist, daß man den Schulräumen etwas mehr Bilderschmuck verleihen möchte, und gerade für diesen Zweck würde es sich empfehlen, diese Bilder aus dem alten Braunschweig anzukaufen. Der Stadtmagistrat, im Einvernehmen mit dem Vorstande der Fädelstiftung, ist der Meinung, daß es durchaus der Ansicht des verstorbenen Kommerzienrats Fädel entspräche, wenn man das künstlerische Bestreben und den Fleiß einzelner Mitbürger anerkenne, und gibt anheim, diese Bilder zum Preise von 500 *M* anzukaufen und außerdem für Einrahmung der Bilder 250 *M* zu bewilligen, im ganzen also 750 *M*, und zwar aus der Fädelstiftung Abteilung III. Die Finanzkommission gibt Ihnen anheim, der Bewilligung zuzustimmen.

Stadtv. **Friede:** Ich kenne die Bilder und möchte Ihnen warm empfehlen, den Ankauf zu genehmigen. Ich will dabei vom künstlerischen Standpunkte absehen, die Auffassung hätte künstlerischer sein können, aber im großen und ganzen sind die Bilder sehr gut ausgeführt, und was mich besonders bestimmt, Sie zu bitten, den Ankauf zu genehmigen, ist, daß wir derartige Kopien überhaupt nicht mehr haben. Da die Bauwerke naturgetreu wiedergegeben sind, so wird es für spätere Zeiten eine sehr hübsche Sammlung für die Jugend wie auch für Erwachsene sein, die wiedergibt, wie die Häuser in früheren Zeiten gebaut sind.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung aus.

17. Errichtung einer Frauenbedürfnisanstalt im Autorshof.

Stadtv. **Rasche:** Am 14. November wurde hier beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen in der Nähe der Martinkirche zu veranlassen. Der Magistrat hat sich zunächst mit der Platzfrage beschäftigt und ist der Meinung, daß wohl am Altstadtmarkt selber wie an der Martinkirche es sich nicht ermöglichen lasse, eine derartige Anstalt zu errichten. Er ist nun darauf gekommen, einen Raum des Autorshofes dafür zu verwenden. Das Projekt liegt vor. Es sind drei verschiedene Vorschläge gemacht, von denen der Vorschlag C vom Magistrat zur Ausführung empfohlen wird. In der Baukommission, wo die Angelegenheit besprochen ist, ist der Wunsch laut geworden, daß ein besonderer Lüftungsschlot eingebaut und bis über das Dach geführt würde,

falls ein derartiger Einbau möglich ist, und ferner, daß an Stelle der projektierten elektrischen Heizung des Raumes eine Gasheizung vorgesehen werden möge. Sollten durch diese Vorschläge Mehrkosten entstehen, so ersucht die Baukommission, die eventuelle Überschreitung im voraus zu genehmigen. Schließlich wurde auch der Wunsch in der Baukommission laut, es möchten die inneren Einrichtungen in jeder Beziehung vollendet ausgeführt werden, damit sie für spätere Bauten als Vorbild dienen können.

Der zur Errichtung vorgesehene Raum ist augenblicklich noch an die Firma Rittmeyer vermietet. Die Firma ist zur Überlassung an die Stadt bereit, es wäre dann aber nötig, die Pacht der Firma zu ermäßigen, wofür ein Betrag von 30 *M* jährlich in Aussicht genommen ist. Der Magistrat beantragt: 1. zuzustimmen, daß eine Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht in dem bezeichneten Raume nach der Projektzeichnung (Variante C) eingerichtet werde, 2. die zur Ausführung erforderlichen Mittel zu Lasten des Kapitels IX des Etats zu bewilligen, 3. sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß die von der Firma Rittmeyer u. Co. zu zahlende Miete von jährlich 4400 *M* auf 4370 *M* ermäßigt werde.

Die Baukommission bittet, diesen Anträgen mit den von ihr gewünschten Zusätzen, wie ich sie vorgetragen habe, zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt den Anträgen der Baukommission zu.

18. Umbau der Staatsbahnhöfe betreffend.

Stadtv. Leue: Es wird Ihnen schon aus der Zeitung bekannt geworden sein, daß der Landtag in seiner Sitzung vom 4. März einen Zuschuß zu dem Umbau des Hauptbahnhofes im Betrage von 1 Million Mark bewilligt hat, und zwar unter der Bedingung, daß die dem Kloster- und Studienfonds für abzutretendes Terrain zu zahlende Entschädigung die Höhe von 1 700 000 *M* erreicht. Durch diese Bewilligung des Landtages sind wir in die Lage gekommen, auf das Angebot der preußischen Eisenbahnverwaltung einzugehen, sobald wir diesen Zuschuß als angemessen betrachten. Der Magistrat ersucht uns demnach:

1. anzuerkennen, daß die erwähnte Beihilfe des Staates als angemessener Zuschuß zu den der Stadt erwachsenden Kosten im Sinne unseres Beschlusses vom 16. Januar angesehen wird.

Durch den Umbau des Bahnhofes wird im Bereich des Ortsbauplans Gelände frei, und es entsteht die Frage, wie dieses bebaut werden soll, ebenso die Frage, wie der Bürgerpark gestaltet werden soll, wenn die Bahn ihn durchquert. Der Magistrat legt darauf Wert, daß behufs Erlangung geeigneter Entwürfe eine geeignete Kraft herangezogen wird. Als eine solche ist vom Magistrat der Geheime Baurat

Professor Theodor Göcke in Berlin in Aussicht genommen. Es ist mit diesem Herrn schon verhandelt, und er hat die Erklärung abgegeben, für eine Vergütung von 2000 M die erbetenen Entwürfe ausarbeiten und der Stadt zur Verfügung stellen zu wollen. Der Magistrat hält diese Summe für angemessen und er-
sucht uns,

2. ihn zu ermächtigen, die Ausarbeitung dieser Projekte dem genannten Herrn unter Zusicherung eines Honorars von rund 2000 M, das zu Lasten des Verfügungsfonds der städtischen Behörden zu verbuchen sein würde, zu übertragen.

Die Finanzkommission, die diese Sache beraten hat, war der Ansicht, daß dieser Zuschuß, zu dem der Landtag seine Bewilligung ausgesprochen hat, als angemessener Beitrag zu den Kosten der Stadt angesehen werden könne, und daß ferner auch nichts dagegen einzuwenden sei, daß diese Entwürfe von Herrn Geheimen Baurat Göcke aufgestellt werden und der gewünschte Betrag zu Lasten des Verfügungsfonds der städtischen Behörden eingestellt wird. Ich habe namens der Finanzkommission zu bitten, den Vorschlägen des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. Dr. **Kleintniedt**: Ich freue mich sehr, daß für Ausarbeitung der Entwürfe eine Kraft ausgesucht ist, die etwas Tüchtiges leisten kann. Ich möchte aber doch zur Erwägung anheimgeben, ob es nicht richtiger wäre, bei dieser äußerst wichtigen Frage ein Preisausschreiben ergehen zu lassen. Ich habe verschiedentlich gehört, daß gerade Braunschweiger Architekten sich darauf gefreut haben, dabei einmal ihre Kunst zeigen zu können. Das wäre wohl erwünscht, namentlich da es so fürchtbare Eile nicht hat, die Entwürfe zu erhalten, denn es werden immerhin mehrere Jahre vergehen, ehe sie ausgeführt werden. Bei einem Preisausschreiben, das vielleicht eine Kleinigkeit teurer ist, würden wir von unsern heimischen Architekten jedenfalls etwas bekommen, was unsern heimischen Verhältnissen mehr entspräche, denn der in Aussicht genommene Herr ist wohl Berliner. Aus diesem Grunde würde es mir sympathischer sein, wenn unsere Braunschweiger Architekten bevorzugt würden.

Stadtv. **Frühling**: Sie haben eine Deputation gewählt, die Sie damit beauftragt haben, eine Neu-Bearbeitung des Ortsbauplans vorzubereiten. Dieser Auftrag der Ausarbeitung von Entwürfen für das freierwerdende Gelände des Hauptbahnhofs fällt sehr eng mit den Arbeiten der Neu-Bearbeitung des Ortsbauplans zusammen. Die Deputation hat deshalb Gelegenheit genommen, an den Magistrat die Bitte zu richten, Herrn Geheimen Baurat Göcke über die Entwürfe für die Gestaltung des freierwerdenden Bahnhofsterrains zu hören und demnächst darüber die städtische Deputation zu unterrichten, damit die verschiedenen Ausarbeitungen im Einklang miteinander vorgenommen werden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich habe mit Herrn Geheimen Raurat Göde die Frage beredet, ob es nicht angezeigt erschiene, hier ein Preisausschreiben zu erlassen. Er verhielt sich dagegen ablehnend und sagte, bei einem verhältnismäßig so kleinen Projekt sei ein Preisausschreiben nicht am Platze. Wenn nun Herr Dr. Kleinfnecht meint, der Umbau dauere lange, und wir hätten deshalb Zeit mit dem Entwurfe, so kann ich das durchaus nicht anerkennen. Wir müssen dahin streben, daß in den nächstjährigen preußischen Etat der Umbau des Braunschweiger Staatsbahnhofs eingestellt wird. Zu dem Zwecke aber müssen wir so schnell wie möglich den Vertrag mit der preußischen Eisenbahnverwaltung festlegen. Die Feststellung des Vertrages ist selbstverständlich dadurch mitbedingt, daß Klarheit darüber geschaffen wird: wie soll der Ortsbauplan auf dem freiverdenden Gelände gestaltet werden, und wie soll der Bürgerpark durchquert werden. Wir sind im Stadtmagistrat der Ansicht, daß größte Eile geboten ist, da wir vorher einen Vertrag mit der preußischen Eisenbahnverwaltung nicht abschließen können. Denn wenn wir das täten und die Summen bewilligten, die uns zugemutet werden, dann sind wir nachher nicht in der Lage, zu sagen: „Nun möchten wir dies oder das in bezug auf Ausgestaltung des Ortsbauplans und des Bürgerparks noch zugestanden haben.“ Sie wissen, wie es geht, wenn wir sagen müßten: Wir hoffen noch auf ein demnächstiges Entgegenkommen. Deshalb bitten wir Sie, zuzustimmen, daß wir eine allseitig als vorzüglich anerkannte Kraft gewinnen, um ihr diese verhältnismäßig einfache Sache zu übertragen. Für uns ist sie von großer Bedeutung, aber von dem Umfange, daß ein Preisausschreiben am Platze wäre, ist sie tatsächlich nicht.

Den beiden Anträgen des Magistrats wird von der Versammlung zugestimmt.

Schluß der Sitzung 8¼ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 20. März 1913.

Tagesordnung:

1. Verlängerung des Vertrages mit der Straßeneisenbahngesellschaft wegen des Lichtwerkes Seite 722
2. Verlängerung des Wasserrohrs auf der Wolfenbüttelerstraße. " 782

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Lord**, **Schöttler** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren **Bähr**, **Lange**, **Loeschigt** und **Schmidt**.

Vorsitzender Hauswaldt: Ich eröffne die Sitzung.

Sehr geehrte Herren. In der vertraulichen Sitzung am vergangenen Sonnabend mußte ich unserm Schmerz Ausdruck geben, daß wir unsern Senior an Lebensjahren, Herrn Stadtverordneten Tiemann verloren haben, und heute stehen wir schon wieder vor der betrübenden Tatsache, daß ein Mitglied der Versammlung, unser Kollege und Freund Albert Akenhausen, verstorben ist. Meine Herren, wer wie ich während der Jahre in den Sitzungen den jetzt Verstorbenen in unserer Mitte sah, der mußte zu dem Eindruck kommen, daß ein lapferer und mutiger Mann mit Schmerzen kämpfte und trotzdem seine Arbeit in

treuer Pflichterfüllung tat. Wie ich hinterher gehört habe, habe ich mich in diesem Eindruck nicht getäuscht. Ich glaube in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich erkläre, daß wir dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren werden, und ich bitte Sie, sich zum Zeichen dessen von den Plätzen zu erheben. (Geschlecht.) Ich konstatiere, daß Sie mit mir einer Meinung sind. — Ich habe bei den beiden Begräbnissen Kränze in unserm Namen niedergelegt.

Eingegangen ist ein Schreiben des Fallersleber- und Steintorbezirksvereins, das von Mißständen handelt, die sich bei der Stadtverordnetenwahl am 28. und 29. Januar dieses Jahres herausgestellt haben, und um deren Abhilfe bittet. Da zum Schluß des Schreibens bemerkt ist, daß eine gleiche Eingabe an den Stadtmagistrat gerichtet ist, so nehmen wir das vorliegende Schreiben vorläufig zu den Akten.

Herr Stadtv. Dr. **Wolters** übernimmt den Vorsitz.

1. Verlängerung des Vertrages mit der Straßeneisenbahngesellschaft wegen des Lichtwerkes.

Vorsitzender: Meine Herren. Ich möchte Sie bitten, folgendes zu bedenken. Wir haben am vergangenen Sonnabend eine vertrauliche Besprechung gehabt und innerhalb dieser sind Sachen erwähnt, deren diskrete Behandlung in der öffentlichen Sitzung einerseits im Interesse der Stadt Braunschweig selbst liegt, andererseits haben wohl auch eine Anzahl Herren, gerade weil es eine vertrauliche Besprechung war, ihre persönliche Meinung geltend gemacht. Ich möchte die geehrten Herren alle noch einmal erinnern an die Art, wie wir es mit den vertraulichen Besprechungen in früheren Zeiten gehalten haben, und bitte Sie, bei der heutigen Beratung die vertrauliche Sitzung in ähnlicher Weise diskret behandeln zu wollen.

Referent Stadtv. **Hauswaldt:** Meine Herren. Als ich vor acht Tagen die Ehre hatte, über diese Angelegenheit zu referieren, habe ich an die Spitze meiner Betrachtung, gewissermaßen als Motto, gestellt: Was haben wir von seiten der Stadt zu tun, um für unsere Mitbürger zu billigen Preisen elektrische Energie zu bekommen und gleichzeitig für den Stadtsäckel eine angemessene, möglichst hohe Abgabe von diesem Geschäft zu erreichen? Sie werden mir recht geben, daß dieses der Schlüssel zur Lösung der Frage ist, der Punkt, um den sich alles dreht. Seitdem wir vor acht Tagen zusammen waren, sind nun einige Schreiben, die Ihnen auch bekannt geworden sind, eingegangen von der Überlandzentrale Helmstedt, und wenn es Ihnen so gegangen ist wie mir, sind Sie im dürftigen Nachmittagschlaf nach Tisch auf-

gestört durch einen Eilboten, der Ihnen in allerletzter Stunde einen Warnruf brachte, der von der Aktiengesellschaft Überlandzentrale Helmstedt an uns abgegangen ist. Ich muß nun hierzu bemerken: Mir als altem Geschäftsmann imponieren derartige Sachen gar nicht. Ich muß vielmehr sagen: Wenn mich etwas stutzig gemacht und in meiner Meinung befestigt hat, dann sind es diese Eingefandts und zugegeschickten Sachen, die von beteiligter Seite und von wer weiß wem ausgegangen sind, bei denen jeder erkennt, daß sie von den betreffenden Interessenten geschrieben sind. Wir haben uns am vorigen Sonnabend hier in langer, ausgedehnter Sitzung — es war fast $\frac{1}{2}$ 10 Uhr, als wir gingen — über die einzelnen Punkte besprochen. Ich wüßte nichts Neues zu sagen, was seit der Zeit eingetreten sein sollte. Ich müßte Sie nur noch darauf aufmerksam machen, daß uns allen heute eine Zusammenstellung über die Preise, welche in Deutschland für elektrische Energie gezahlt werden, auf den Tisch gelegt ist. Diese Zusammenstellung soll gerichtet sein gegen einen Vorwurf, daß wir unser Licht zu teuer bezahlten. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß ich als Referent mitteilen könnte, wie weit die angegebenen Preise richtig sind, denn Sie wissen alle: Zahlen lassen sich gruppieren, und es läßt sich dann mit ihnen vieles beweisen. Da aber die hiesige Gesellschaft für die Zahlen einstehen muß, so scheint dadurch wenigstens nachgewiesen zu sein, daß wir bisher nicht schlechter gestanden haben als andere Städte. Der Magistrat hat dann noch eine Änderung des Vertrages über die Errichtung über den Betrieb eines Elektrizitätswerkes beantragt, und zwar ist in § 10 I¹ nach den Worten „nach der am Schlusse des Rechnungsjahres aufzustellenden Abrechnung“ hinzugefügt: „nach Abzug von Rabatt, Prämien und sonstigen Vergünstigungen“. Ich bemerke, daß wir außer dem Vertrage über die Errichtung und den Betrieb eines Elektrizitätswerkes noch zu beraten haben den Sondervertrag, der die Stromlieferungsbedingungen für die Stadt enthält. Ich möchte nun vorschlagen, falls nicht noch jemand etwas Besonderes, Allgemeines mitzuteilen hat, jetzt in die Beratung des Vertrages, den wir auch am Sonnabend schon durchgesprochen haben, einzutreten.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich möchte dem Vorschlage des Herrn Berichterstatters, jetzt sogleich in die Einzel-Beratung einzutreten, widersprechen, denn im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Berichterstatters habe ich den Eindruck, als habe seit vorigem Donnerstag die Sachlage sich nicht unwesentlich verändert, und zwar deshalb, weil durch die Mitteilungen, die uns besonders von der Überlandzentrale gemacht sind, doch die Tatsachen, die der Magistrat uns bisher vorgelegt hat, in einem etwas anderen Lichte erscheinen. Der Herr Berichterstatter mag mit seiner Ansicht nicht so unrecht haben, daß die verschiedenen Eingefandts in den Tagesblättern mehr oder weniger von interessierter Seite, sowohl auf der

einen wie auf der andern, herrühren mögen. Aber daraus nun den Schluß zu ziehen, daß man sie ohne weiteres ad acta legen kann, will mir nicht einleuchten. Ich glaube, man muß, wenn man seine Pflicht als Stadtverordneter richtig verstehen will, auch diesen Vorgängen von hüten und drüben nachgehen, sie würdigen und für die Entschliebung, die wir zu treffen haben, zu Räte ziehen. Da war neu — wenigstens mir, vielleicht nicht dem Herrn Berichterstatter, aber wie ich weiß, auch einem guten Teil der andern Herren Stadtverordneten — die Mitteilung der Überlandzentrale Helmstedt, daß sie noch bereit sei, zu verhandeln, und daß die Verhandlungen, die in der Vergangenheit liegen, lediglich gescheitert seien an der Stellungnahme des Magistrats. Es wird den geehrten Herren bekannt sein, daß Mitte Januar etwa die Landkreisversammlung stattgefunden hat, in welcher der Abschluß des Landkreises mit der Überlandzentrale Helmstedt zur Erörterung stand und auch beschlossen worden ist. Ich nahm diese Verhandlungen, über die auch in den Zeitungen berichtet wurde, zum Anlaß, den Magistrat, speziell den Herrn Oberbürgermeister, zu fragen, wie diese Verhandlungen für unsere Stadt wirken würden, und welche Stellungnahme unsererseits dazu zu erfolgen hätte. Ich bekam die Antwort, daß es nicht tunlich sei, damals irgend etwas darüber zu sagen, und daß jedenfalls die Verhandlungen mit der Stadt gescheitert seien. Wer schuld an dem Scheitern der Verhandlungen hatte, ließ der Herr Oberbürgermeister nach meiner Auffassung in seiner Antwort dahingestellt. Nun hat die Überlandzentrale Helmstedt behauptet, und auch in dem heutigen Schreiben, das der Eilbote Herrn Hauswaldt in seinen mittäglichen Schlaf hineinbrachte, wiederholt, daß die Verhandlungen einseitig durch den Magistrat abgebrochen seien, daß der Magistrat erklärt habe, er habe überhaupt keine Neigung auf derartige Verhandlungen einzugehen, und daß dieser ganze Vorgang außerhalb unseres Stadtgebietes uns sehr wenig berühre. Wenn das richtig ist, so muß ich sagen: Ich kann die Haltung unseres Magistrats nicht vollkommen verstehen. Ehe ich aber hierüber Kritik übe, will ich lieber anfragen, wie der Gang der Verhandlungen zwischen dem Magistrat einerseits und dem Kreisaußschuß oder der Kreisdirektion als Vertreterin des Landkreises und der Überlandzentrale andererseits sich im allgemeinen gestaltet hat, denn darüber ist in unserer Vorlage herzlich wenig gesagt. Wenn man überhaupt die Entstehung unserer heutigen Vorlage rückläufig betrachtet, so will der Verlauf mir recht eigenartig erscheinen. Zunächst der Antrag der Straßeneisenbahngesellschaft, zunächst ein Hand = in = Hand = gehen des Stadtmagistrats mit der Finanzkommission. Das Einholen des Sächtingschen Gutachtens erwidert die Straßenbahn mit mehreren Gutachten; dann die Mitteilung sämtlicher Gutachten an sämtliche Stadtverordneten, und darauf vertrauliche Mitteilungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht in der Finanzkommission, sondern in der Statutent Kommission: „Meine Herren, bemühen Sie sich ja nicht, die Gut-

achten durchzulesen; wir werden auf ganz anderer Grundlage Ihnen über kurz oder lang mit einem Vorschlag kommen.“ Seitdem war die Finanzkommission vollkommen ausgeschaltet, und dann kam vor 14 Tagen die Überraschung mit dieser Vorlage.

Vorsitzender (den Redner unterbrechend): Entschuldigen Sie einen Augenblick. Wir müßten uns zunächst wohl über die geschäftsordnungsmäßige Frage klar werden, ob die Versammlung wünscht, jetzt noch einmal in eine Generaldebatte einzutreten, oder ob sie gemäß dem Vorschlage des Herrn Referenten den Vertrag selbst beraten will. Ich bitte Sie, nur zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Vorlage sich zu äußern.

Stadtv. Dr. **Jasper** (fortfahrend): Die ganzen Ausführungen sollten den Zweck haben, den Herren einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag naheulegen, nicht in die Spezialdebatte jetzt einzutreten, auch von einer Generaldebatte abzugehen, sondern statt dessen eine Deputation einzusetzen, die die ganze Materie gründlicher und nicht so einseitig prüft und würdigt, wie es nach dem Gange der Verhandlungen, den ich im Begriff war zu schildern, mir den Eindruck gemacht hat. Ich hatte mir die Sache so gedacht, daß wir eine Deputation einsetzen aus 7 Stadtverordneten und 2 Magistratsmitgliedern — über die Zahl läßt sich ja eine Verständigung herbeiführen —, die nicht nur diesen uns vorgelegten Vertragsentwurf zu prüfen hätte, sondern auch die andern Angebote, die, wie ich den Eindruck habe, vom Magistrat nicht vollkommen gewürdigt sind. Ich wünsche, daß auch die grundsätzliche Frage, die uns in der letzten Sitzung und, wie ich berichtet bin, auch die vertrauliche Sitzung beschäftigt hat, nämlich, ob die Stadt das Werk selbst übernehmen soll, ob ein gemischter Betrieb oder ein Vertrag auf irgendwelcher Grundlage stattzufinden hat, in einer Deputation noch vorweg geklärt werden möchte.

Vorsitzender: Ich bitte, sich zunächst nur noch zu der geschäftsordnungsmäßigen Frage zu äußern.

Stadtv. **Sander:** Ich halte es für richtig, daß wir erst einmal in eine Generaldebatte eintreten. Es haben sich doch im Laufe der Zeit verschiedene Momente ergeben, die derart wichtig sind, daß wir sie nicht ohne weiteres beiseite schieben können. Es wäre notwendig, daß wir uns darüber, ehe die einzelnen Statuten beraten werden, aussprechen, es braucht das ja nicht stundenlang zu dauern.

Vorsitzender: Dann nehme ich als Mehrheitsbeschluß an, daß die Herren wünschen, daß die Generaldebatte eröffnet werde. (Zuruf: Abstimmen!) Ich

bitte die Herren, die für eine Generaldebatte sind, die Hand zu erheben. (Geschlacht.) Das sind 12 Herren. Wir sind 27 Stadtverordnete, demnach ist der Antrag abgelehnt; wir treten in die Besprechung der einzelnen Paragraphen ein.

Stadtv. Hauswaldt: Ich wollte vorschlagen, Herr Vorsitzender, um einzelnen, eventuell sich später geltend machenden Bedenken aus dem Wege zu gehen, daß mir erlaubt würde, das Schreiben der Überlandzentrale vom 14. März, das ich in der vertraulichen Sitzung, in der eine Reihe der Herren nicht anwesend war, vorgetragen habe, hier vorzulesen, ehe wir weiter beraten. Ich möchte verhindern, daß jemand auf den Gedanken käme, daß der Referent oder sonst irgend eine Minorität oder Majorität Interesse daran hätte, das Angebot der Überlandzentrale nicht allen Herren klar vor Augen zu führen.

Vorsitzender: Wünschen Sie das vor der Spezial-Debatte zu tun?

Stadtv. Hauswaldt: Ich glaube, daß das vorher notwendig ist, denn aus dieser Vorlesung könnten die Herren auf die Idee kommen, noch einmal über die Sache zu sprechen.

Stadtv. Sander: In dem Augenblick, in dem dies Schreiben vorgelesen wird, ist die Generaldiskussion schon eröffnet.

Vorsitzender: Ich möchte Sie nochmals bitten, sich darüber klar zu werden: Wünschen Sie Generaldebatte oder nicht? Nach der Abstimmung haben Sie sie abgelehnt.

Stadtv. Dr. Jasper: Die Abstimmung ist in sehr eigenartiger Weise erfolgt, indem der Herr Vorsitzende fragte: Wünschen Sie eine Generaldebatte? Der Antrag des Herrn Berichterstatters war, in die Spezialdebatte einzutreten. Ob aber mit Ablehnung der Generaldebatte die Spezialdebatte beschlossen ist, ist eine andere Frage. Es ist bisher in unserer Geschäftsordnung nicht vorgesehen, daß, wie im Reichstag oder im Landtag, die 2. Lesung zugleich eine Spezialdebatte ist. Da geschäftsordnungsmäßig keine Vorschrift gegeben ist, können wir den Weg gehen, welchen wir wollen. Es ist nicht gesagt, daß in anderer Weise gehandelt werden muß. Ich verstehe nicht, wie man die Sache gleich übers Knie brechen und sofort in eine Einzelberatung eintreten will. Die letzte Sonnabendzusammenkunft kann ich als Sitzung der Stadtverordneten nicht ansehen, sie ist hier auszuschalten.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, von der Verlesung dieses Briefes abzusehen, da die Folge sein könnte, daß damit die Generaldebatte eröffnet ist.

Stadtv. Hauswaldt: Ich bin allerdings der Ansicht, daß die Sonnabend-sitzung eine vollkommene Stadtverordneten-sitzung, wenn auch eine vertrauliche, war, denn sie war ordnungsmäßig von ihrem Vorsitzenden einberufen. Da nicht genügend Herren anwesend waren, haben wir nur keinen Beschluß fassen können. Ich möchte aber nicht diese Sitzung als Privatsitzung irgendwelcher Koterie der Stadtverordneten hinstellen lassen.

Stadtv. Dr. Jasper: Die ordnungsmäßige Einberufung will ich vorläufig dahingestellt sein lassen. Die Sitzung war angekündigt als eine vertrauliche Besprechung, nicht als eine Sitzung, und eine Stadtverordneten-sitzung kann vollkommen dann nie in einer der Städteordnung entsprechenden Weise tagen, solange nicht die genügende Anzahl Herren vorhanden ist. Die Herren sind nicht in genügender Anzahl erschienen, deshalb hat keine ordentliche Sitzung stattgefunden, sondern nur eine Besprechung der Stadtverordneten.

Vorsitzender: Ich kann nicht anerkennen, daß dies für die geschäftsordnungsmäßige Besprechung dessen, was wir eben tun wollen, von wesentlicher Bedeutung ist.

Stadtv. Hauswaldt: Ich bitte Sie, zuerst in die Hand zu nehmen nicht das starke Opus, auf dem steht: „Vertrag über Errichtung und Betrieb eines Elektrizitätswerks“, sondern das dünnere Heft: „Vertrag zwischen der Gemeinde Braunschweig, vertreten durch den Stadtmagistrat“ usw. (Redner gibt den Inhalt des Artikels I an.)

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, daß wir in die Spezialdebatte eintreten. Die Beratung über Artikel I ist eröffnet.

Stadtv. Dr. Boge: Ich wollte nur erklären, daß es mir unmöglich ist, für die Vorlage zu stimmen, nachdem die Generaldebatte abgelehnt ist; ich kann mich infolgedessen auch im einzelnen zu Artikel I nicht äußern.

Stadtv. Sander: Ich muß mich in demselben Sinne äußern. Ich sehe nicht ein, weshalb wir die einzelnen Paragraphen beraten sollen, wenn wir nicht klar darüber sind, ob die Mehrheit der Versammlung den Vertrag verlängern will oder nicht.

Vorsitzender: Nachdem die Mehrheit entschieden hat, keine Generaldebatte stattfinden zu lassen, muß ich es den einzelnen Herren, die deswegen der Vorlage nicht zustimmen wollen, überlassen, wie sie sich verhalten wollen.

Stadtv. Dr. Jasper: Wie ich bereits persönlich dem Herrn Vorsitzenden mitteilte, liegt, glaube ich, kein Beschluß vor, der die Spezialdebatte vorschreibt,

sondern nur eine Ablehnung der Generaldebatte. Das ist das Einzige, was wir bisher geschäftsordnungsmäßig beschlossen haben. Ich habe dem Herrn Vorsitzenden mitgeteilt, daß ich die Absicht hatte, einen Antrag einzubringen, der dahin ging, eine Deputation einzusetzen und sowohl von einer Spezial- wie von einer Generaldebatte abzugehen. Ich glaube, daß das ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag ist, der vortweg zu erledigen ist. Ich bin in der Begründung, weshalb ich die Einsetzung dieser Deputation für nötig hielt, unterbrochen und glaube, ehe wir in den einzelnen Kapiteln fortfahren, müssen wir entscheiden, ob wir überhaupt heute in eine Spezialdebatte eintreten wollen, denn auch das ist noch nicht dadurch beschlossen, daß der Herr Berichterstatter es wünscht.

Vorsitzender: Ich habe vorhin, als der Herr Referent geendet hatte, gesagt, daß ich das Einverständnis der Versammlung damit annehme, daß sie nunmehr in eine Spezialdebatte eintreten wolle, und es hat sich niemand dagegen gewendet. — Nachdem dieser geschäftsordnungsmäßige Antrag eingebracht ist, bitte ich, darüber beschließen zu wollen.

Stadtv. Dr. **Jasper** (verliest seinen Antrag): „Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt einen Ausschuß von 7 Mitgliedern, die Frage zu prüfen, in welcher Weise das Stadtgebiet am wirtschaftlichsten mit elektrischem Strom versorgt werden kann. Insbesondere hat der Ausschuß zu prüfen:

1. welche Erfahrungen andere Gemeinden auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung machten mit Betrieb in eigener Regie, mit gemischtem Betriebe, mit Verträgen,

2. ob und wann die stadtseitige Übernahme des bestehenden Lichtwerks geboten ist,

3. ob und auf welcher Grundlage ein Anschluß des Stadtgebiets an die Überlandzentrale Helmstedt, beziehungsweise an den Landkreis Braunschweig, vorteilhaft ist etwa derart, daß die Stadt Großabnehmer des Stromes wird und die Abgabe und Verwertung des Stromes selber regelt.

Der Magistrat wird aufgefordert, diesem Beschlusse beizutreten und seinerseits in den Ausschuß 2 Herren zu entsenden. Der Ausschuß (Deputation) soll ermächtigt sein, mit der Straßeneisenbahngesellschaft, mit der Überlandzentrale Helmstedt, dem Kreisausschuß usw. zu verhandeln, auch Gutachten einzufordern, und soll bis 1. Juni 1913 der Versammlung berichten.“

Ich war dabei, meinen Antrag zu begründen, und die inzwischen seit Donnerstag erfolgten tatsächlichen Mitteilungen, die von seiten des Magistrats unwiderlegt geblieben sind, rechtfertigten den Antrag auch um deswillen, weil es an sich gar nicht von der Hand zu weisen ist, daß andere Werke mindestens

ebenso vorteilhaft für die Stadt Strom liefern können, wie die Straßeneisenbahngesellschaft. Die Konkurrenz hebt jedes Geschäft, und wenn wir die Konkurrenz nicht prüfen wollen, würden wir meines Erachtens pflichtwidrig handeln. Was sonst Aufgabe der Deputation sein soll, ist klar und deutlich im Antrag dargelegt, so daß von den verschiedensten Gesichtspunkten die Herren, wenn sie sich nicht an sich schon schlüssig sind, dem Vorschlag zustimmen können.

Vorsitzender: Da dieser Antrag zu einem in der Beratung befindlichen Gegenstand gestellt ist, so brauche ich ihn nicht zur Unterstützung bringen zu lassen. Ich möchte empfehlen, ehe wir weitergehen, zunächst über diesen Antrag Beschluß zu fassen.

Stadtv. Frede: Die Aufgabe der von Herrn Dr. Jasper gewünschten Deputation soll eine eingehende Information sein. Diese eingehende Information würde Herr Dr. Jasper bekommen haben, wenn er in der vertraulichen Sitzung am vorigen Sonnabend hier erschienen wäre — es ist dabei alles im einzelnen besprochen. In dem Falle würde sich der Antrag Jasper erübrigt haben. Der Antrag würde wahrscheinlich auch nicht gestellt sein, wenn der Einzelberatung nochmals eine allgemeine Erörterung vorangegangen wäre, wie das von Herrn Sander, Herrn Dr. Jasper und Herrn Dr. Boge gewünscht ist. Aus dem Grunde bin ich auch für eine allgemeine Besprechung gewesen, um nochmals dem Publikum zu zeigen, auf Grund welcher Unterlagen wir dazu kommen, so zu urteilen und nicht anders. Daß die Generaldebatte abgelehnt ist, bedaure ich, aber ich gehe nicht so weit, wie Herr Dr. Jasper, daß ich die Einsetzung einer besonderen Deputation wünsche.

Oberbürgermeister Kettemeyer: Meine Herren. Ich muß es Ihnen überlassen, zu entscheiden, ob Sie es für nötig erachten, die Verhandlungen heute abzubrechen und eine Deputation einzusetzen, die ihrerseits die Sache bearbeitet, im Falle Sie zu der Überzeugung gelangten, daß der Magistrat der Sache nicht gewachsen wäre. (Widerspruch.) Anders kann ich die Sache nicht auffassen.

Herr Dr. Jasper hat bei Begründung dieses Antrags einige Behauptungen aufgestellt, die ich nicht unwidersprochen lassen kann. Er hat besonders gesagt, der Magistrat hätte Ihnen nicht das Material über die inzwischen mit der Überlandzentrale Helmstedt geführten Verhandlungen unterbreitet. Von solchen Verhandlungen ist dem Magistrat absolut nichts bekannt. Die Überlandzentrale hat uns vor ein paar Tagen das Ihnen allen bekannt gewordene Schreiben zugehen lassen, in dem aber tatsächliches Material nicht enthalten ist. Irgendwelche Angebote und Preise sind uns von der Überlandzentrale weder vorher noch in diesem

Schreiben gemacht. Wir haben auch keine Veranlassung gehabt, noch einmal mit der Kreisdirection zu verhandeln. Es ist vielmehr an demselben Tage, an dem uns von der Überlandzentrale dieses Schreiben eingegangen war, nur ein Schreiben der Herzoglichen Kreisdirection zugekandt, in welchem sie uns eröffnet, daß der Vertrag zwischen dem Kreisausschuß und der Überlandzentrale Helmstedt vom Ministerium genehmigt sei, und uns weiter ein Schreiben des Oberbürgermeisters von Köln mittheilt, daß mit einer Aktiengesellschaft, die ein Braunkohlenwerk betreibt, ein Vertrag abgeschlossen sei. Der Oberbürgermeister von Köln sagt darin ausdrücklich, daß die Verhältnisse für den Abschluß dieses Vertrages günstig gewesen seien, daß aber im übrigen die Kalkulationen, wie in diesem Falle, wohl nicht allgemein verwertet werden können, da sie nur für die dortigen Verhältnisse als maßgebend zu erachten seien. Das sind die einzigen Verhandlungen, die seit der früheren Verhandlung, über die ich seinerzeit Mitteilung gemacht habe, zwischen der Überlandzentrale und Kreisdirection und dem Magistrat geführt sind. Die früheren Verhandlungen darf ich Ihnen nochmals ins Gedächtnis zurückerufen. Ich habe verhandelt mit dem Herrn Kreisbauinspektor Nagel und dem Herrn Regierungsassessor Spannuth, ob nicht die Stadt ihrerseits sich anschließen wolle an den Kreis, beziehungsweise an eine Gesellschaft, die sich zu bilden im Begriff wäre, um von außerhalb Strom zu beziehen. Das war vor Klärung der Fragen, die Ihnen hier in Form der Vorlage jetzt eingebracht sind. Ich muß offen gestehen: Mir war der Gedanke, daß wir von außen abhängig sein sollten, so überraschend, daß ich den Herren erklärte, ich sei bereit, die Sache dem Magistrat zu unterbreiten, bezweifle aber, daß der Magistrat sich auf ein solches Abkommen einlassen werde. Ich habe dagegen gefragt, ob nicht umgekehrt, wenn wir hier mit der Straßenbahn zu einer Einigung kämen, wonach ein großes Drehstromwerk in der Stadt erbaut würde, der Kreis von hier seinen Strom bekommen könne. Beide Herren erklärten übereinstimmend, das wäre so gut wie ausgeschlossen. Darnach hatte ich die Überzeugung, daß die Verhandlungen ohne Erfolg sein müßten. Weiter ist in der Sache nichts geschehen.

Wenn man jetzt fragt, ist es richtig, daß eine Deputation die Sache noch einmal in die Hand nimmt, so wüßte ich nicht, was Neues noch herbeigeschafft werden sollte, und zwar aus folgendem Grunde: Ich bin nicht der Meinung, daß es vollständig unmöglich wäre, den Strom von außerhalb zu beziehen — das ist offenbar die Hauptfrage, die Herr Dr. Jasper erörtern will —, aber, und das haben wir auch im Magistrat als Norm erachtet, es müßte folgendes möglich sein. Zunächst müßte der Strom von außerhalb billiger bezogen werden können als ihn die Straßenbahn zu liefern in der Lage ist, denn wenn das nicht der Fall ist, hat der Anschluß nach außerhalb gar keinen Zweck. Wir würden unmöglich von außen teureren Strom nehmen, als wir ihn hier bekommen. Nun behauptet die Über-

landzentrale: „Wir liefern billiger,“ und die Straßenbahn ihrerseits behauptet: „Wir liefern billiger.“ Da kommt es schließlich darauf an, daß jeder der beiden Beteiligten mit seinen Preisen herauskommt. Die Straßenbahn hat uns ihre Preise normiert, von der Überlandzentrale ist uns darüber nichts zugegangen. Der zweite Grund war der, daß wir auf keinen Fall Ihnen empfehlen würden, einen Vertrag mit einem auswärtigen Werk einzugehen, das der Stadt den Strom durch oberirdische Kabel zuführen will. (Sehr richtig!) Die Gefahren, die daraus für eine große Kommune entstehen können, sind so groß, daß wir sagen müssen: Die Frage des Anschlusses kann gar nicht weiter erörtert werden, wenn nicht unterirdische Kabel gelegt werden. Nun wäre es schließlich bei den Umständen, die von der Überlandzentrale bei Abgabe des Stromes an die Stadt erzielt werden, nicht undenkbar, daß man ein unterirdisches Kabel, das nach Mitteilung der Straßeneisenbahngesellschaft 800 000 *M* kosten wird, hierher legt, aber das Böse dabei ist, daß die Überlandzentrale gar nicht in der Lage sein würde — und das will sie auch gar nicht —, uns als selbständige Konsumenten zu behandeln, so daß vielleicht von dem Werke in Helmstedt nach der Stadt Braunschweig ein besonderes, unterirdisches Kabel gelegt würde. Sie will selbstverständlich nur die Stadt Braunschweig in gleicher Weise zum Konsumenten haben wie die umliegenden Ortschaften. Die Herführung des Stromes von Helmstedt in die Gegend von Braunschweig, in den Kreis Braunschweig, Peine usw. würde selbstverständlich eine einheitliche sein. Wenn das der Fall ist, muß man zu der Überzeugung kommen, daß durch die Legung eines unterirdischen Kabels die ohnehin schon hohen Kosten der Stromzuführung von so weit her nicht unerheblich steigen würden, so daß an dieser Forderung, die die Stadt unbedingt stellen müßte, die ganze Sache scheitert.

Es kommt ein Weiteres noch in Betracht, was ich hervorheben muß: Welche Rolle soll denn nach Absicht der Überlandzentrale — das haben Sie wohl herausgemerkt — bei einem Anschluß an die Zentrale der Stadt Braunschweig zugewiesen werden? Meine Herren, ich habe die Überzeugung, daß die Überlandzentrale und der Kreiskommunalverband es sehr gern sehen würden, wenn in dem Kreise der Mitglieder der Gesellschaft, die bekanntlich gegründet werden soll, die Stadt Braunschweig der Hauptkonsument würde. Wir würden also ein Genosse dieser Gesellschaft mit beschränkter Haftung werden. Ich habe mir die Frage vorgelegt: Ist das überhaupt für eine Stadt wie Braunschweig eine angemessene Stellung, daß wir einfach denselben Platz bekommen wie jedes kleine Dorf usw., daß wir schließlich doch den Beschlüssen, die gefaßt werden, uns unterwerfen müssen. Da würde ich es noch vorziehen, wenn der Kreis Braunschweig einen solchen Vertrag abschließt und aus seinen Dorfgemeinden eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung bildet, daß wir uns darauf beschränken, von dieser Gesellschaft

den Strom zu kaufen. Wir würden dann der Mittelsmann zwischen der Gesellschaft und den hiesigen Konsumenten werden. Diesem Gedanken gegenüber muß ich aber den Standpunkt einnehmen, daß ich dies Geschäft doch lieber der Straßenbahn überlasse, denn lediglich einen Vertrieb zu besorgen, ist eine eigene Aufgabe für die Stadt. Ich habe mir auch — und der Magistrat hat mir zugestimmt — folgendes gesagt: Es wäre nicht undenkbar, daß die Straßenbahn ihrerseits noch einmal die Frage eingehend erörtert, wobei sie sich besser steht, bei der eigenen Produktion des Stromes oder bei dem Bezuge des Stromes von außerhalb, und daß sie dann — was sie jetzt entschieden bestreitet — zu der Ansicht kommen sollte: Es ist richtiger, das ganze Drehstromwerk hier nicht zu bauen, sondern Strom von außerhalb zu beziehen. Dann würde die Straßenbahn den ihrerseits abzuschließenden Vertrag uns zur Genehmigung zu unterbreiten haben, und wir würden in der Lage sein, die Kautelen im Interesse der Stadt festzusetzen.

Aber diese Fragen durch eine Deputation entscheiden zu lassen, ist, wie ich glaube, sehr schwierig. Es wäre richtiger, wenn Sie zu der Ansicht kämen, die Sache sei noch nicht spruchreif, die Vorlage an den Magistrat zurückzuweisen und ihn zu ersuchen, seinerseits in Unterhandlungen mit der Überlandzentrale oder dem Kreis Kommunalverbände einzutreten, deren Resultat wir Ihnen dann zu unterbreiten haben.

Vorsitzender: Augenblicklich steht zur Beratung in geschäftsordnungsmäßiger Hinsicht der Antrag Jasper auf Einsetzung einer Deputation. Ich bitte die Herren, sich zu diesem Thema zu äußern.

Stadtv. Leue: Ich bin gegen die Einsetzung einer Deputation, weil ich darin eine Verschleppung der ganzen Angelegenheit erblicke. Ich habe vorhin gegen die nochmalige allgemeine Besprechung gestimmt in der Ansicht, daß die vertrauliche Sitzung schon die allgemeine Besprechung erübrigt hätte. Jetzt wird von anderer Seite gesagt, das sei eigentlich keine Sitzung im gewöhnlichen Sinne gewesen, und darum sei eine allgemeine Beratung notwendig oder die Einsetzung einer Deputation. Nun bin ich jetzt der Meinung, daß, nachdem wir allerdings diesen Beschluß gefaßt haben, aber der Herr Oberbürgermeister Ausführungen gemacht hat, die nach meinem Dafürhalten schon ein Teil der Generaldebatte sind, sie mindestens eingeleitet haben, wir nicht anders können, als in eine Generaldebatte einzutreten. So leid es mir tut, muß ich dies sagen, obgleich es gegen meine vorherige Abstimmung ist, aber die Geschäftslage bringt es nun einmal mit sich. Ich bin dafür, daß wir unsern vorigen Beschluß aufheben und jetzt doch in eine Generaldebatte eintreten. Ich glaube, das würde die Mißstimmung, die bei diesem oder jenem Platz gegriffen hat, beseitigen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Es sollte mir sehr leid tun, wenn ich der Absicht der Mehrheit durch meine Worte entgegengehandelt hätte. Aber was ich gesagt habe, war zur Beurteilung des Antrags Jasper unbedingt erforderlich. Und nehmen Sie es mir nicht übel: So viel Erfahrungen haben wir im parlamentarischen Leben doch alle gesammelt, daß dem, der eine Generaldebatte erzwingen will, wenn Sie auch eine solche nicht wollen, es doch möglich ist, bei den einzelnen Paragraphen alles das vorzubringen, was in der Generaldebatte vorkommen sollte. Das müßte ein wenig erfahrener Parlamentarier sein, der das nicht fertigbrächte.

Vorsitzender: Ich stelle an Herrn Stadtv. Leue die Frage, ob er seine Worte als Antrag behandelt wissen möchte. (Stadtv. Leue bejaht.) Dann bitte ich, über die beiden vorliegenden Anträge geschäftsmäßig sich äußern zu wollen.

Stadtv. Kfmann: Ich kann mich nur zustimmend zu dem Antrag Jasper aussprechen und bitte nach den letzten Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters, ruhig über die Sache im allgemeinen zu verhandeln. Wenn der Antrag Leue angenommen wird und wir in eine Generaldiskussion eintreten, so wird dieser gewiß dasselbe Resultat zeitigen, welches Herr Dr. Jasper beantragt hat. Ich weiß nicht, ob es demnach zweckmäßig ist, auf die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters in bezug auf den Antrag Jasper einzugehen, oder ob ich das so lange zurückstellen soll, bis der definitive Beschluß der Versammlung für eine allgemeine Besprechung gefaßt ist. Ich möchte dringend bitten, in eine Generaldiskussion einzutreten, damit wir nicht unnötig aufgehalten werden.

Stadtv. Dr. Kleinfnecht: Ich habe zu der Minorität gehört, die eine Generaldebatte wünschte und freue mich, daß durch den Antrag Jasper die Generaldebatte nun doch eingeleitet ist, denn wir sind jetzt schon mitten darin. Es ist eine große Anzahl von Herren hier, die noch nicht klar sehen. Auch mir geht es ähnlich so, namentlich, da seit der Sitzung am Sonnabend ein eventueller Abschluß mit der Überlandzentrale noch nicht vollständig geklärt ist. Ich möchte gern darüber Klarheit haben, ob ein solcher heute noch möglich ist oder nicht. Ich möchte deshalb auch bitten, daß wir nach den Worten des Herrn Oberbürgermeisters in der Generaldebatte fortfahren.

Stadtv. Sander: Ich bin gegen den Antrag Jasper. Ich bin überzeugt, daß die Sache wirklich so weit geklärt ist, daß wir heute darüber entscheiden können. Dagegen bin ich für den Antrag Leue, und zwar aus folgenden Gründen: Ich habe die vertrauliche Sitzung am Sonnabend für eine ordnungsmäßig einberufene Sitzung gehalten, die auch heute noch zu Recht besteht. Aber das war eine ver-

trauliche Sitzung, und wir sind der Öffentlichkeit, unsern Mitbürgern, doch schuldig, daß das, was wir hier verhandeln, besonders in einer so wichtigen, tief einschneidenden Frage, in der breitesten Öffentlichkeit geschieht. Das allein ist der Grund gewesen, der mich bestimmt hat, für eine nochmalige allgemeine Diskussion zu sprechen.

Stadtv. Dr. Boge: Ich schließe mich dem Antrage Leue an und bin der Überzeugung, daß, wenn auch die allgemeine Besprechung vorhin abgelehnt ist, schon wegen der Tatsache, daß der Herr Oberbürgermeister im allgemeinen das Wort ergriffen hat, eine Generaldebatte stattfinden muß, denn der Herr Oberbürgermeister hat eine solche schon in weitestgehender Weise eröffnet. Im übrigen möchte ich mich den Worten des Herrn Oberbürgermeisters anschließen, um die Möglichkeit der Generaldebatte nochmals zu schaffen, die Sache an den Magistrat zurückzubeweißen, damit er uns Aufklärung über die Verhandlungen mit der Überlandzentrale gibt. Auf diese Weise würden wir die Sache in vierzehn Tagen wieder vorgelegt bekommen und können dann darüber verhandeln.

Vorsitzender: Wenn Sie den Antrag Leue, Eröffnung der Generaldebatte, annehmen, so ist meiner Ansicht nach damit gleichzeitig angenommen, daß Sie wünschen, sich sachlich über den Antrag Jasper zu äußern, denn dieser ist als ein Teil der Generaldebatte ebenfalls mit anzusehen. Ich frage, ob Sie unsern früheren Beschluß aufheben wollen und nunmehr dafür sind, daß die Generaldebatte eröffnet wird. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Die Generaldebatte ist eröffnet.

Stadtv. Ahmann: Ich kann es dem Magistrat sehr wohl nachfühlen, daß er, nachdem er eine Arbeit, die weit über ein Jahr gedauert hat und auf alle Fälle intensive Arbeit erfordert, beendet glaubt, in Mißstimmung kommt, wenn ein solcher Antrag wie der des Herrn Dr. Jasper vorliegt und scheinbar, wenn ich so sagen soll, bedeutet, daß man mit der Arbeit des Magistrats nicht zufrieden wäre. Das eine hat ja auch der Herr Oberbürgermeister zugegeben, daß in bezug auf die Überlandzentrale eine ordnungsmäßige Klärung zurzeit nicht vorliegt. Er hat gesagt, wenn ich ihn recht verstanden habe, daß ein Angebot von der Überlandzentrale nicht vorgelegen hätte. Nun bitte ich doch zu beachten: Da ein solches Angebot noch nicht vorgelegen hat und inzwischen der Abschluß mit dem Landkreis erfolgt ist und behauptet wird, daß die Überlandzentrale ein günstigeres Angebot machen könne, so weiß ich nicht, warum wir das nicht erst prüfen wollen. Ich kann Ihnen allen wohl nachfühlen, daß Sie, da die Sache eilt, wünschen, daß sie zum Abschluß kommt, denn wir sind auch mit Akten ziemlich stark bestürmt und

belastet worden. Aber eine solche mit einem Male hineingeplatze Bombe kann man nicht unberücksichtigt lassen. Man muß prüfen, ob wir jetzt das beste tun, wenn wir den Vertrag verlängern, oder ob wir besser tun, mit der Überlandzentrale abzuschließen. Der Herr Oberbürgermeister hat Äußerungen getan, die darauf hinauslaufen, daß ein solcher Abschluß uns in eine besondere Abhängigkeit von der Überlandzentrale bringen würde. Das ist noch nicht festliegend und muß erst geprüft werden. Der Herr Oberbürgermeister führt an, wenn wir uns mit der Überlandzentrale einigten, würden wir in die Genossenschaft eintreten müssen, wir würden Genossen werden und uns mit den kleinen Landgemeinden in einer Reihe zusammenschließen müssen. Ich kenne das Statut der Gesellschaft nicht und weiß nicht, ob darnach die kleinen Gemeinden denselben Einfluß haben wie die großen. Aber ich glaube kaum, daß das der Fall sein wird, das Stimmenverhältnis wird entsprechend der Größe der Entnahme von Strom eingerichtet sein, so daß Braunschweig als Großabnehmer von den kleinen nicht übertrumpft oder geschädigt werden könnte. Sodann hat der Herr Oberbürgermeister gesagt, man könnte auch dem Lichtwerk der Straßenbahn überlassen, daß dies Mitglied der Genossenschaft würde usw. Diese Fragen sind aber meinem Dafürhalten nach — das geht aus den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters hervor — noch nicht genügend geprüft, und darum ist es dringend notwendig, daß sie nochmals erwogen werden, damit wir nach außen hin auch verantworten können, daß alle diese Dinge, die uns auf Jahre hinaus binden, genügend gewürdigt sind. Es wird doch stets behauptet, daß ein Großbetrieb leistungsfähiger ist als ein kleiner. Bei all den Fragen, die der Herr Oberbürgermeister angeschnitten hat, hat er nicht behaupten können, daß die Dinge wirklich so liegen. Es sind Vermutungen: Das Kabel soll soundso viel kosten, der Preis für die Stromabnahme steht nicht fest usw. Darum halte ich den Antrag Jasper nicht für ein gegen den Magistrat gerichtetes Mißtrauensvotum. Darüber, ob es notwendig ist, eine Deputation einzusetzen, werden wir uns bald verständigen. Ich glaube nicht, daß der Antrag so aufgefaßt werden soll, daß aus Mißtrauen gegen den Magistrat lauter neue Männer in die Deputation hineingewählt werden sollen. Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß die Angelegenheit in den Händen der Herren, die die Angelegenheit bisher geführt haben, in praktischer Beziehung besser aufgehoben ist und sachlicher bearbeitet werden kann, als wenn Neulinge in die Sache hineinkämen. So hat Herr Dr. Jasper es auch nicht gewollt. Wenn eine neue Deputation sich erst in die Frage hineinarbeiten muß, so würde es sicherlich lange dauern. Mir würde es zweckmäßig erscheinen, daß wir uns darüber einigen, eine Deputation zu wählen, die es prüft, ob das Angebot der Überlandzentrale für uns vorteilhaft ist, oder ob wir dabei bleiben, den Vertrag mit der Straßenbahn zu verlängern, die uns darauf eine Vorlage macht, über die wir dann in die Einzelberatung eintreten kön-

nen. Ich bitte, in diesem Sinne dem Antrage Jasper zuzustimmen, damit wir die ganzen Verhältnisse noch einmal prüfen können.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Der Herr Oberbürgermeister hat erklärt, Verhandlungen zwischen der Überlandzentrale einerseits und dem Stadtmagistrat andererseits hätten nicht geschwebt. Ich nehme demgegenüber Bezug auf den veröffentlichten und vom Magistrat unwidersprochen gebliebenen Bericht der Landeszeitung über die Kreisversammlung, in der Herr Regierungsassessor Spannuth berichtet hat: „Um ein möglichst großes Gebiet für die Stromversorgung zu schaffen, um den hochgespannten Drehstrom über möglichst lange Strecken leiten zu können, trat man mit der Kreisdirektion Wolfenbüttel, den Landratsämtern Peine und Gifhorn und dem Magistrat Peine in Verbindung. An allen diesen Stellen besteht grundsätzlich Geneigtheit zum Anschluß dortiger Gebiete. Die mit der Stadt Braunschweig angeknüpften Verhandlungen darüber, ob nicht auch diese den Strom vom Verband oder gemeinsam mit diesem beziehen will, lassen bisher ablehnende Haltung der Stadtverwaltung erkennen.“ In demselben Sinne äußerte sich der Herr Oberbürgermeister in der Sitzung vom 16. Januar auf meine Anfrage: „Die Verhandlungen mit der Kreisdirektion sind so verlaufen, daß die Kreisdirektion uns gefragt hatte, ob wir geneigt wären, wenn der Kreis von der Überlandzentrale versorgt würde, auch unsererseits von dieser Überlandzentrale Strom zu entnehmen. Wir haben dagegen den Vorschlag gemacht, daß es unseres Erachtens richtiger wäre, das hiesige Werk so groß zu bauen, daß von hier aus der Kreis mit Strom versorgt werden könnte. Das hat die Kreisdirektion abgelehnt, und darauf war für uns die Sache erledigt.“ Ich folgerte aus diesen beiden Berichten — es war dies das Einzige, was zu meiner Unterrichtung dienen konnte —, daß einige sachliche Verhandlungen, nicht nur formelle Verhandlungen stattgefunden hätten. Die Sachlage ist nun aber eine andere geworden, nachdem der Landkreis tatsächlich angeschlossen ist und die formelle Genehmigung des Vertrages erfolgt ist. Es kann doch für uns nicht gleichgültig sein, wie draußen die Versorgung mit elektrischer Kraft vor sich geht. Wenn die Überlandzentrale Helmstedt, wie es den Anschein hat, nicht nur den Landkreis Braunschweig, sondern auch den Landkreis Wolfenbüttel, einen Teil des Landratsamts Peine, dann das Gebiet um Ringelheim, also das Landratsamt Goslar mit Strom versorgt, so würden wir nahezu eine Insel in diesem Stromversorgungsgebiet sein, und die Verhältnisse, unter welchen man draußen Licht und Kraft geliefert erhalten kann, können uns für die Entwicklungsfähigkeit innerhalb unserer eigenen Gemeinde nicht gleichgültig lassen. Es sind ja auch in den Gutachten verschiedene Meinungen laut geworden, ob wir ein Interesse daran hätten oder nicht. Aber wenn ich einmal unterstelle, daß die Produktionsmöglichkeit für

die Groß- und Kleinindustrie mit Zuhilfenahme elektrischer Energie im Landgebiet günstiger sei als innerhalb der Stadt, so würde das für die Entwicklung unseres Gemeinwesens eine beachtenswerte Tatsache sein. Wir müssen dieser neuen Tatsache, der Genehmigung des Vertrages des Kreises mit der Überlandzentrale schlechterdings Rechnung tragen. Wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen: „Sie kommt uns nicht mit einem Angebot, und wir wollen ihnen nicht nachlaufen.“ Ich will damit nicht sagen, daß es für uns günstig wäre, mit der Überlandzentrale abzuschließen, ich möchte nur die Möglichkeit einer Prüfung geben. Da bisher die Prüfung von seiten des Magistrats allein abgelehnt war, so glaubte ich, bei einer Prüfung durch eine Deputation besser vorgehen zu können. Wenn der Magistrat erklären sollte: „Die Prüfung, die die Stadtverordnetenversammlung verlangt, wollen wir vornehmen; wir wollen näher auf diese Dinge eingehen“, dann lege ich auf die Form der Deputation, die immer schwerfälliger ist als der Magistrat, keinen Wert. Das Sachliche meines Antrages ist die Prüfung eines andern Angebots gegenüber dem einseitigen Rechnungstragen der Vorschläge, die man zufällig hat. Wie würde ein Geschäftsmann, der hier so oft von anderer Seite als Beispiel angeführt wird, verfahren, wenn er eine industrielle Anlage machen will? Er tritt nicht mit einem Produzenten allein in Verhandlung. Er sagt: „Ich will mich einmal umschauen, ob nicht eine Gelegenheit ist, einen günstigen Abschluß zu machen.“ Lediglich diese Prüfungsmöglichkeit möchte ich erzielen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Art und Weise des Betriebes und sein Umfang für die Kosten von erheblichem Einfluß sind. Es mag eine Streitfrage sein, ob die Kraft in Form von Kohle sich billiger hertransportieren läßt oder am Draht als Drehstrom. Das wird überwiegend im letzteren Sinne beantwortet werden, und ob es technisch notwendig ist, ein unterirdisches Kabel zu legen, wie der Herr Oberbürgermeister meint, ist jedenfalls bisher in der Vorlage nicht klipp und klar dargelegt; ich habe auch nicht vernommen, daß in der berufenen Finanzkommission diese Frage überhaupt in irgendeiner Weise vorbesprochen ist. Ich bitte Sie deshalb, wenn Sie keine Einsetzung einer Deputation wollen, die Vorlage an den Magistrat zurückzuverweisen, wenn er zuzagt, die berührten Fragen noch zu prüfen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich glaube, diese Frage müßte Herr Dr. Jasper anders formulieren. Wenn wir jetzt vor der Frage ständen: „Woher sollen wir unsern Strom beziehen?“ und die Stadt keinen Vertrag mit dem Elektrizitätswerk hätte, dann wäre ein derartiges Verhandeln mit mehreren, die Strom anbieten, am Platze, und es wäre dann selbstverständlich auch unsere Schuldigkeit, ihn von daher zu nehmen, woher wir ihn am billigsten bekommen können. So liegt die Sache aber nicht. Wir können nicht sagen: „Wir kassieren den bisherigen

Vertrag mit dem Lichtwerk und nehmen unsern Strom von außerhalb.“ Das böse bei den ganzen Verhandlungen, auch bei denen mit der Kreisdirektion im August vorigen Jahres — ich hatte vorhin vergessen zu erwähnen, daß die Herren das, was wir verhandelt hatten, in Form einer Registratur zu Papier gebracht hatten —, war, daß wir fortwährend vor die Frage gestellt waren: Wie können wir am billigsten und günstigsten den Strom für die Stadt beschaffen, entweder von außen oder vom hiesigen Lichtwerk? Zu dem Zwecke mußten wir die Verhandlungen mit dem Lichtwerk aber dahin treiben, daß wir erfuhren, unter welchen Bedingungen will das Lichtwerk in Zukunft der Stadt Strom liefern, und ferner — was sehr wesentlich war —, unter welchen Bedingungen will es uns in Zukunft die Abschreibungen auf das vorhandene und das neu zu erbauende Werk so stellen, daß die Stadt dereinst zu angemessenem Preise in den Besitz der Lichtwerke kommt. Es kommt also gar nicht allein darauf an: Welche Preise müssen die hiesigen Einwohner zahlen in dem Falle, daß sie den Strom vom Lichtwerke bekommen, und in dem andern Falle, daß sie Strom von der Helmstedter Zentrale bekommen — denn im letzteren Falle ginge die Stadt als solche leer aus. Wir haben jetzt in dem Vertrage mit dem Lichtwerke zwei Vorteile: Wir haben es in der Hand, einmal den Preis des Stromes so zu bemessen, wie wir es für angemessen erachten, und ferner die Abschreibungen durch den Vertrag so festzulegen, daß wir unter normalen Verhältnissen dereinst in den Besitz des Lichtwerkes kommen. Dieser zweite Vorteil ist doch — und das kann auch keine Deputation aus der Welt bringen — bei einem Vertrage mit der Überlandzentrale Helmstedt nach meiner Überzeugung ausgeschlossen, denn daß sie jemals mit uns einen Vertrag eingehen sollte, wonach die Zentrale Helmstedt, wenn auch zu angemessenem Preise, in unsern Besitz übergeht, das halte ich für unmöglich. Ich sehe deshalb keine Möglichkeit, wie Sie anders aus der Sache herauskommen wollen, als jetzt vorgeschlagen. Die Frage, die heute zur Erörterung steht, muß von Ihnen entschieden werden, sie könnte durch eine Deputation noch einmal vorberaten werden, aber ich glaube nicht, daß eine Deputation in der Lage ist, ganz neue Gesichtspunkte in die Verhandlung hineinzubringen. Nun wollen die Herren, daß wir an die Zentrale schreiben: „Welche Preise wollt Ihr uns bieten?“ Das könnte man machen, und wenn Sie damit zufrieden sind, dann täten wir am besten, wir brächen heute die Verhandlungen ab. (Voritzender: Ein Antrag dafür liegt schon vor.) Ich für meine Person habe nichts dagegen. Aber ich wiederhole, daß die Strompreise allein nicht maßgebend sein können, und ich fürchte allerdings noch eines: Die Überlandzentrale Helmstedt hat einen Vertrag mit dem Kreis Kommunalverband abgeschlossen, und ich möchte nicht verhehlen, daß in diesem Vertrage gesagt ist, daß der Kreis Kommunalverband seine ganzen Rechte aus diesem Vertrage auf eine zu gründende Genossenschaft übertragen kann, die

später das Heft in der Hand hat. Wird überhaupt die Überlandzentrale Helmstedt unter diesen Umständen, wenn sie uns nicht etwa mittels einer besonderen Leitung Strom zuführen will, in der Lage sein, heute die Frage zu beantworten, zu welchem Preise sie uns Strom liefern kann? Ich fürchte, meine Herren, die Überlandzentrale wird sagen: „Das können wir nicht.“

Vorsitzender: Inzwischen ist von Herrn Stadtv. Dr. Kleinfnecht ein Antrag eingelaufen, der folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, von einer weiteren Beratung der Vorlage abzusehen und den Magistrat zu ersuchen, vorerst in Verhandlungen mit der Überlandzentrale Helmstedt, betreffend Lieferung von elektrischer Energie an die Stadt Braunschweig, einzutreten und über deren Ergebnis Mitteilung zu machen.“

In Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters könnte man zu den Worten: „mit der Überlandzentrale Helmstedt“ hinzufügen „oder mit dem Kreise.“ Der Antrag bleibt so bestehen, wie er eingereicht ist, wenn er meiner Anregung nach aus der Versammlung nicht erweitert wird. Der Antrag steht mit zur Beratung.

Stadtv. Frede: Wir stehen heute im Zeichen der Überlandzentrale; in der vorigen Sitzung wurde heiß gestritten um die Frage, ob städtischer oder gemischter Betrieb vorzuziehen sei. Meine Herren Nachbarn interessieren sich heute für den Anschluß an die Überlandzentrale, ich darf also annehmen, daß sich die Herren nicht mehr so sehr für die Übernahme des Werkes durch die Stadt interessieren.

Nach meinen verlässlichen Informationen fordert der Landkreis Braunschweig, mit dem wir zu rechnen haben und nicht mit der Überlandzentrale, von den Konsumenten 45 Pfennig für die Kilowattstunde. Das ist ja ein mäßiger Preis, aber die Straßenbahngesellschaft nimmt jetzt von uns im Durchschnitt 33,99 oder 34 Pfennig, also einen niedrigeren Preis. Nun müssen wir aber bedenken, daß der Preis von 45 Pfennig bei der Überlandzentrale die Oberleitung zur Voraussetzung hat. Ich habe mich bei einem meiner Verwandten, der Besitzer eines Elektrizitätswerkes ist, und bei einem studierten Elektrotechniker in Hannover erkundigt, ob die Oberleitung die Gefahren in sich birgt, die hier geltend gemacht sind. Sie haben mir übereinstimmend geantwortet, daß bei Gewittern, bei Raufreif, bei Frost die Oberleitung unter keinen Umständen eine solche sei, bei der die Konsumenten auf eine sichere Stromzuführung rechnen könnten. Das muß für uns durchaus ausschlaggebend sein, selbst wenn der Preis mit Rücksicht darauf, daß die Stadt Braunschweig ein Großabnehmer ist, eine Kleinigkeit heruntergehen sollte.

Zudem sind in dem zwischen dem Kreise Braunschweig und der Überlandzentrale abgeschlossenen Verträge Bedingungen enthalten, welche die Begeisterung auf unserer Seite nicht zu entflammen imstande sind. Der Landkreis schließt für die Umgebung der Stadt einen Vertrag mit der Überlandzentrale Helmstedt ab, in welchem die Stadt als zum Interessengebiet des Kreises gehörig hingestellt wird. Es erfolgt dadurch eine Eingemeindung der Stadt über unsern Kopf hinweg. Wenn gesagt wird, wir hätten uns müssen mit der Überlandzentrale in Verbindung setzen, so ist es doch geschäftsüblich, daß derjenige, welcher verkauft, seine Kunden aufsucht, es hätte also die Stadt von der Überlandzentrale aufgesucht werden und nicht die Verhandlungen über unsern Kopf geführt werden müssen. Dann ist eine Bestimmung in dem Verträge, die für uns wohl verdrießlich sein kann. Es heißt darin, daß die Überlandzentrale, wenn die Konkurrenz an die Stadt mit Angeboten herantreten würde, mit allen zulässigen Mitteln dahin streben solle, daß die Konkurrenz hier nicht festen Fuß fassen könne. Die Stadt kann in die Lage kommen, falls sie sehr große Energiemengen gebraucht, sich nach einer Überlandzentrale umsehen zu müssen. Da kommt in Frage das Werk in Weserlingen und in ferneren Jahren ein im Harz von Wasserkraften getriebenes Werk. Es soll uns in der Beziehung also das Leben schwer gemacht werden, anders kann ich es nicht auffassen. Das ist nicht geeignet, uns dahin zu bringen, dem Landkreise besonderes Entgegenkommen zu zeigen. Ich mache dann darauf aufmerksam, daß über alle Bestimmungen und Geschäftsverhältnisse der Ausschuß des Kreiskommunalverbandes zu entscheiden hat, wir würden also an dessen Beschlüsse gebunden sein. Es fällt das mit dem zusammen, was der Herr Oberbürgermeister in seinen Ausführungen, die in dieser Sache für mich maßgebend sind, gesagt hat. Ich kann mich nur nochmals gegen die Einsetzung einer Deputation erklären.

Stadtv. Sander: Für mich scheidet die Frage der Überlandzentrale vorläufig ganz aus; für mich sind die beiden Punkte heute maßgebend: Soll die Stadt das Werk übernehmen oder sollen wir die Konzession auf 15 Jahre verlängern? In unserer ersten Beratung habe ich erklärt, ich wäre noch nicht imstande, mir ein abschließendes Urteil darüber zu bilden, könnte also noch nicht mit Ja oder Nein stimmen. Ich habe aber dabei erklärt, ich neigte zu der Ansicht, daß es richtig sei, daß die Stadt sich bald in den Besitz dieses Werkes setzt. Die vertrauliche Sitzung hat diese meine Meinung bei mir sehr verstärkt. Ich halte es auch heute noch für das richtigste, daß die Stadt sich in den Besitz des Werkes setzt, aber die Versammlung hat mir auch wiederum überzeugend nachgewiesen, daß der jetzige Zeitpunkt dafür nicht geeignet ist. Ich muß mich also in dieser Beziehung bescheiden und mich mit meinem Wunsche auf spätere Zeiten vertrösten. Die Ausführungen, die

in der vertraulichen Sitzung gegen die sofortige Übernahme vorgebracht wurden, waren so schwerwiegend, daß man vernünftigerweise gar nicht anders konnte, als dem Vorschlage des Referenten der Kommission zu folgen.

Ich habe schon vorhin gesagt, daß derartige wichtige Besprechungen wie über die Verlängerung des Vertrages mit dem Lichtwerk der Öffentlichkeit zugänglich sein sollten. In der Bürgerchaft wird diese Sache als eine wichtige und einschneidende betrachtet, und man wird als Stadtverordneter insolgebeffen vielfach darüber interpelliert. Deshalb war es mir auch erwünscht, daß eine Generaldebatte stattfinden sollte, und ich möchte doch noch einiges aus der vertraulichen Sitzung erwähnen. Über die Einzelheiten will ich mich nicht verbreiten, sie sind schon in unserer ersten Sitzung angeschnitten. Wenn es für mich das richtige ist, daß wir die Konzession mit dem Lichtwerk verlängern, so tritt an mich noch eine andere Frage heran: „Ist das, was Euch der neue Vertrag bietet, ebensoviel wert wie für die Gesellschaft die Konzessionsverlängerung auf 15 Jahre?“ Darin habe ich einen andern Standpunkt eingenommen als die Kommission. Nach meiner Meinung ist das, was die Gesellschaft bietet, nicht soviel wert als das, was sie von uns empfängt, denn wenn man den Vertrag durchliest, so sind die eigentlichen Vorteile der Stadt durch den neuen Vertrag im Vergleich zu den Vorteilen, die wir jetzt schon haben, nicht erheblich. Ich denke dabei daran, daß, wenn das Drehstromwerk hergestellt sein wird, auch der Konsum in der Stadt ein erheblich höherer sein wird, so daß sich unsere Intraden ohne weiteres auf mindestens den Punkt erhöhen würden, der uns jetzt garantiert wird. Die Verlängerung des Vertrages ist für die Gesellschaft außerordentlich wichtig schon um deswillen, daß sie $7\frac{1}{2}$ Pfennig für die Kilowattstunde als Rückstellung für sich sichert. Das hatten wir im ersten Vertrage nicht, da ging es an mit 10 Prozent, dann kamen 15 Prozent von der Bruttoeinnahme; jetzt heißt es: Bruttoeinnahme abzüglich $7\frac{1}{2}$ Pfennig für die Kilowattstunde. Wenn man aber bedenkt, was andere Städte, die in einer ähnlichen Lage sind wie wir, aus dem Lichtwerk herausholen, so muß man sich wundern. Von Cassel wird heute in der Zeitung geschrieben, daß die Stadt abgelehnt habe, eine Übertragung der Stromlieferung an eine Gesellschaft vorzunehmen, trotzdem ihr von dieser 600 000 *M.* Einkünfte geboten sind und die Gesellschaft die Beleuchtung der Stadt für sich übernimmt, was einem Werte von 100 000 *M.* gleichkommt. Cassel ist nach der Einwohnerzahl ähnlich so groß wie Braunschweig, deshalb wäre wohl ein Vergleich nicht von der Hand zu weisen, und ich muß sagen: Das sind doch andere Summen, die dort geboten werden. Man wird stutzig und denkt: „Das müßte doch hier auch herauszuholen sein“, und man steht vor einem Rätsel, wenn man die Sachlage nicht näher kennt. Ich bin auch jetzt noch der Meinung: das Äquivalent, welches uns die Gesellschaft bietet, ist nicht genügend, und ich werde bei der Beratung der

einzelnen Paragraphen auf diesen oder jenen Wunsch, den ich persönlich habe, zurückkommen.

Stadtv. Vene: Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es das richtigste ist, das Elektrizitätswerk auf die Stadt zu übernehmen, aber nicht jetzt, denn der Zeitpunkt ist, wie schon Herr Stadtv. Sander ausgeführt hat, der denkbar ungünstigste, und deshalb bin ich dafür, daß der Vertrag verlängert wird.

Die Meinung, die Herr Stadtv. Dr. Jasper äußerte, verstehe ich um deswillen nicht, weil mir bekannt ist, daß er und seine politischen Freunde gern alle Betriebe kommunalisieren wollen, so auch das Lichtwerk. Sein Vorschlag, jetzt eventuell mit der Überlandzentrale anzubinden, entspricht dem nicht, sondern ist seiner sonstigen Ansicht gerade entgegengesetzt, denn damit würde die Möglichkeit, das Werk in städtischen Besitz zu bringen, auf eine nicht zu begrenzende Zeit verschoben.

Was die Preise anbetrifft, die eingefordert werden sollen, so ist mir hierbei eines unerklärlich. Wenn die Überlandzentrale ein so großes und lebhaftes Interesse daran hat, uns zu gewinnen — und daß sie das hat, geht daraus hervor, daß wir jetzt mit Briefen und Eingekandts, die indirekt daher stammen, überschwemmt werden —, warum kommt sie nicht mit dem Kernpunkt heraus und sagt: „Dies ist der Preis, den wir Euch bieten!“ Entweder sie kann es nicht, und dann nützt unsere Anfrage auch nichts, oder sie kann nicht billiger liefern als das hiesige Lichtwerk. Diese Tatsache hat mich stutzig gemacht und darin bestärkt, zu meinen, daß eine weitere Verhandlung mit der Überlandzentrale nur einer Verschleppung der ganzen Sache gleichkommen würde. Eine solche möchte ich nicht, und aus diesem Grunde stimme ich gegen Einsetzung einer Deputation und gegen die Rückverweisung der Vorlage an den Magistrat. Ich möchte endlich die Sache erledigt haben.

Stadtv. Hauswaldt: Wenn in der geehrten Versammlung sich eine kleine Minorität finden sollte, die noch über diesen oder jenen Punkt Aufschluß haben will, weil sie nicht in der Lage ist, zu beurteilen, wie sie sich entscheiden soll, dann ist es Pflicht der Majorität, den Herren nachzugeben und die Aufklärungen zu schaffen. Ich zerbreche mir aber vergeblich den Kopf darüber, was für Aufklärungen noch geschaffen werden sollten.

Nun ist diese Sache mit der Überlandzentrale in die Debatte geworfen, und Herr Dr. Jasper hat auf meine Eigenschaft als Geschäftsmann hingewiesen. Darauf habe ich zu antworten: Wenn ich mir eine Sache nach allen Richtungen genau überlegt und berechnet habe, dann lasse ich mich nicht durch die Manipulationen eines Konkurrenten, der dazwischenkommt, in meiner Meinung irremachen. Die

beiden Herren Vorredner haben ohne Frage ganz richtig gesagt: Wenn uns die Überlandzentrale etwas Besseres bieten könnte, dann hätte sie uns schon Besseres geboten. 4½ Pfennig nimmt sie den Kreisangehörigen für die Kilowattstunde ab, weniger auch uns nicht; das ist doch vorauszusehen.

Alle andern Städte, die in Vergleich gezogen werden, passen nicht zu unsern Verhältnissen in Braunschweig. Herr Sander hat gesagt, es wäre ihm unerklärlich, wie Cassel ein solch scheinbar glänzendes Angebot ablehnen könnte. Das muß einem auch unerklärlich sein, weil man die ganzen Nebenverhältnisse nicht kennt. Man muß auch bedenken, daß solche Sachen von verschiedenen Interessenten zusammengestellt und geschickt gruppiert werden, um zu verblüffen. Daraus, daß publik gemacht wird, daß die Stadt Cassel das Angebot von 600 000 M abgelehnt hat, sehe ich gar nichts.

Für mich steht an erster Stelle, daß unsere Selbstständigkeit unter allen Umständen gewahrt wird, und die bewahren wir uns am besten, wenn wir hier das Drehstromwerk selbst bauen lassen. Wann wir die Sache übernehmen werden, ist eine Unterfrage. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß ich beide Werke, das für elektrische Energie so gut wie das für Gas, in kommunalem Betriebe haben möchte; nur jetzt im Augenblick will ich das Elektrizitätswerk nicht übernommen sehen. Wenn ich das aber will, dann tue ich auch den Schritt nicht, mich mit der Aktiengesellschaft in Helmstedt in Verbindung zu setzen und mich unter den Kreisauschuß zu stellen. Ich bin der Ansicht, wie auch der Herr Vorredner, daß Herr Dr. Jasper darin etwas inkonsequent ist. Wenn Herr Dr. Jasper und seine Freunde konsequent seiner Idee folgen wollten, müßten sie sagen: „Wir bauen hier das Drehstromwerk, um es über kurz oder lang zu kommunalisieren.“ Ich wüßte nicht, wenn wir eine Deputation erwählten, oder wenn der Magistrat nach dem Preise anfragte, was wir Neues erfahren sollten. Wir kennen den Vertrag, er ist, wie alles, was vom Lande kommt, feindlich gegen unsere Stadt gerichtet. Ich bin der letzte, der sich auf das einläßt, was vom Lande ausgeht; wir haben von der Seite irgendwelches Entgegenkommen nicht erfahren; deshalb lassen Sie uns unter uns bleiben. Ich könnte so weit gehen, daß ich sogar auf einen kleinen Gewinn verzichtete, wenn ich dafür Herr im Hause bleiben kann. Der betreffende Einsender, der von einer Redensart „Herr im Hause bleiben“ spricht und sie als einen überwundenen Standpunkt darstellt, ist doch auch nur interessiert, wie jeder andere. Wenn er wünscht, daß wir jetzt mit dem Kreisauschuß zusammentreten, dann wird allerdings die Sache für den Kreis und für die Überlandzentrale eine ganz andere. Das sehe ich vollkommen ein; ich frage aber: Ist das für uns erwünscht? Ein halber Pfennig mehr oder weniger für den Strom würde mich persönlich nicht bewegen, dem einen oder andern zuzustimmen. Wir wollen aber unser Werk selbst haben und wollen die Möglichkeit besitzen, nachdem die 3 Jahre abgelaufen sind,

in 12 Jahren das Lichtwerk zu übernehmen, und zwar zu einem Preise, der, wie von den sachverständigen Herren anerkannt ist, vernünftig ist und den wir bezahlen können.

Wenn jemand noch nicht in der Lage ist, wegen irgendwelcher noch vorhandenen Unklarheiten zu entscheiden, wie ich es von Herrn Dr. Voge annehme, dann muß der Betreffende im einzelnen detaillieren: dieser oder jener Punkt ist mir unklar, und wenn es nicht möglich ist, die verlangte Auskunft heute zu schaffen, so müßten wir die Beratung vertagen, vielleicht bis in den April hinein, so unangenehm mir das auch wäre, weil am 1. April gekündigt werden müßte, damit der Vertrag nicht noch ein Jahr weiterläuft. Es ist so schon schlimm genug, daß wir diese 3 Jahre noch warten müssen.

Ich für meine Person stehe auf demselben Standpunkte, den ich schon am vorigen Sonnabend vertreten habe, daß es das richtigste ist, den Vertrag auf 12, respektive 15 Jahre zu verlängern, um dann imstande zu sein, das Werk zu einem angemessenen Preise zu übernehmen.

Stadtv. Frühlings: Wenn die Überlandzentrale uns bessere Bedingungen bieten könnte, so hätte sie das schon tun können; es wäre doch sehr einfach gewesen, uns ein Angebot zu machen. Wenn wir jetzt beschließen, bei der Zentrale noch einmal nach dem Preise anzufragen, dann müßten wir doch der Meinung sein, daß wir mit der Überlandzentrale zusammengehen wollen, wenn sie uns ein angemessenes Angebot macht. Nachdem ich aber von den Verhandlungen, die in der Angelegenheit vom Kreisverband mit der Überlandzentrale gepflogen sind, Kenntnis genommen habe, nachdem ich weiß, was alles zwischen dem Landkreis Braunschweig und der Überlandzentrale Helmstedt verabredet und vertraglich festgelegt ist, was alles in der Beziehung gegen die Interessen der Stadt Braunschweig geht, würde ich unter keiner Bedingung dafür zu haben sein, in eine Genossenschaft mit diesen Herren einzutreten. Wenn der eine Teil der Vertragsschließenden, in den wir als Genossen eintreten sollen, und zwar als Genossen in die Minorität, vorschreibt, daß die Überlandzentrale Helmstedt aus allen Kräften bis an die Grenze der guten Sitte dafür eintreten soll, daß der Stadt Braunschweig von keiner dritten Seite Strom geliefert wird, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß ich mit einem solchen Kontrahenten nicht zusammengehe. So etwas schließt für mich jede weiteren Verhandlungen aus, weil ich immer mißtrauisch sein und fragen muß: „Was soll dir bei diesem oder jenem Beschluß geschehen?“ Mit derartigen Herren darf die Stadt Braunschweig nicht verhandeln, wenn sie nicht ihre Selbständigkeit aufgeben und sich nicht in Angelegenheiten bringen will. Nehmen Sie dazu noch den andern Punkt aus dem Vertrage: Es werden keine Verhandlungen ohne Mitwirkung und ohne Zustimmung der beiden Instanzen, des Kreisverbandes und

des Kreisausschusses, getroffen werden. Wollen Sie in eine Genossenschaft eintreten, die uns mit solchen Bestimmungen unter ihren Willen beugen und abhängig von sich machen will? Ich niemals! Deshalb brauchen wir gar nicht nach dem Preise zu fragen; es wäre nur ein Hinhalten. Diese Punkte machen es für mich unmöglich, daß sich die Stadt Braunschweig anschließen kann; es wäre nicht vorteilhaft und auch nicht ihrer Bedeutung angemessen. Deshalb bitte ich, lehnen Sie den Antrag Kleinknecht ab und entscheiden Sie die Sache heute.

Stadtv. Dr. **Boge**: Ich habe bei der vorigen Sitzung zunächst gesagt, daß ich mir über die Vorlage, die uns zugesandt ist, noch nicht klar geworden wäre, weil mir die Zeit dafür zu kurz war, und weil ich mir auch von einer vertraulichen Aussprache wesentliche Aufklärungen versprach. Diese habe ich auch bekommen. Ich stehe jetzt grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die Stadt möglichst bald das Werk übernehmen soll, daß aber die Lage so ist, daß wir zurzeit dieses Werk nicht übernehmen können. Aber es ist die Frage der Verbindung mit der Überlandzentrale noch nicht so geklärt, wie sie wohl geklärt werden müßte, um im jetzigen Stadium zu entscheiden: Wollen wir endgültig das eine oder das andere. Es ist z. B. gesagt worden, wenn statt der Übertageleitung ein Kabel gelegt werden soll, so wäre das dreimal so teuer, von der andern Seite wird behauptet, zehnmal so teuer. Das ist noch nicht aufgeklärt. Es steht nicht fest: Will die Überlandzentrale gegen ein anderes Entgegenkommen unsererseits ein Kabel für uns legen? Geschieht das, dann hätten wir ja die Sicherheit des Betriebes. Es ist nicht aufgeklärt: Welchen Preis bietet uns die Überlandzentrale, der Kreis oder die Genossenschaft, an die der Kreis seine Rechte aus dem Vertrage abzutreten berechtigt ist? Es wird gesagt: „Wenn die Zentrale uns einen billigeren Preis als das hiesige Lichtwerk hätte stellen können, so würde sie es getan haben.“ Hauptsache ist: Es ist noch nicht geschehen, und wir sind es der Mehrheit der Bürger und uns schuldig, diese Aufklärung zu schaffen. (Sehr richtig!) Kommt es dahin, daß wir keine Antwort erhalten, oder sollte der Preis teurer sein als der, den das Lichtwerk stellt, dann werde auch ich notgedrungen der heutigen Vorlage zustimmen, trotzdem ich lieber sehen würde, daß die Stadt das Lichtwerk schon jetzt übernehmen könnte, was ich aber mit Rücksicht auf den Geldpunkt für ausgeschlossen halte. Aus diesem Grunde bin ich für den Antrag Kleinknecht und stimme mit dem heutigen Referenten überein, daß diese kurze Verzögerung um einige Wochen den heute noch zweifelnden Mitgliedern die Gewißheit gäbe, ob sie ruhig der Magistratsvorlage zustimmen können. Es wird das auch der Bürgerschaft die Gewißheit geben, daß die Wünsche nach einem Abschluß mit der Überlandzentrale vollkommen aussichtslos sind. Wird die gewünschte Klarheit geschaffen, dann kann jeder mit gutem Gewissen für diesen Antrag stimmen. Ich bitte, dem Antrag Kleinknecht zuzustimmen.

Vorsitzender: Es haben sich noch 7 Herren zum Wort gemeldet. Ich bitte, sich doch nun in der Generaldebatte etwas zu beschränken.

Stadtv. Dr. **Kleinknecht:** Der Herr Referent hat gesagt, wenn noch einige Herren im Zweifel wären, dann möchte die Majorität darauf Rücksicht nehmen und die Zweifel aufklären. Ich möchte an die Majorität dasselbe Ersuchen von meiner Seite richten. Ich habe gebeten, die Sache heute noch einmal an den Magistrat zurückzuweisen, weil ich auch über einige Punkte, die namentlich in dem Verhältnis zu der Überlandzentrale zu suchen sind, noch nicht im klaren bin. Es ist immer gesagt, die Überlandzentrale habe kein Gebot abgegeben. Nun, ein Angebot in dieser Sache zu machen, ist auch sehr schwer. Die Überlandzentrale weiß nicht, was für einen Vertrag sie mit der Stadt abschließen wird, sie weiß nicht, ob die Stadt eine ober- oder unterirdische Zuleitung erhalten soll, wieviel Strom die Stadt gebraucht. Davon hängt für die Preisstellung kolossal viel ab. Es wird so furchtbar viel Zeit nicht vergehen, wenn der Magistrat mit der Überlandzentrale in Verbindung tritt, in einigen Wochen wird er Auskunft haben. Wenn gesagt wird: „Wir wollen Herr im Hause bleiben,“ so klingt immer wieder der alte Streit zwischen Stadt und Land durch, den wir doch hier in der Stadtverordneten-Versammlung nicht wieder auffrischen sollten. Ich kann nicht entscheiden, ob auch noch nach dem 1. April ein Abkommen mit der Straßeneisenbahngesellschaft getroffen werden könnte, das für den 1. April 1914 Gültigkeit hat. Vielleicht könnte sich die Straßenbahn dazu bereit erklären, anzuerkennen, daß 11½ Monate auch eine angemessene Zeit für die Kündigung ist, damit wir die Sache nicht noch ein Jahr hinauszuschieben brauchen. Kommen wir zu dem Entschluß, daß der Antrag, der uns vorliegt, der geeignete ist, so wird die Straßeneisenbahngesellschaft nichts gegen diese Frist einzuwenden haben. — Ich möchte noch Auskunft haben über folgendes: Wie ist der Vertrag der Überlandzentrale mit dem Kreise gestaltet? Wir hören immer einzelne Brocken daraus, die uns nicht sympathisch berühren, aber den ganzen Vertrag habe ich noch nicht in Händen gehabt. Wenn die Sache noch einmal an den Magistrat kommt, wird er uns auch den Vertrag vorlegen können. Ich bitte die Majorität, unter diesen Umständen meinem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Herr Dr. Kleinknecht hat recht: man sucht uns hier mit einem Vertrage gruselig zu machen, der offiziell uns gar nicht zugegangen ist, speziell Kollege Frühling hat hervorgehoben, was Grausiges und Sittenwidriges von der Kreisdirektion und vom Herrn Regierungsassessor Spanmuth in den Vertrag hineingebracht werden soll. Ich habe den Vertrag gesehen, habe aber nicht diesen unangenehmen Eindruck gehabt, den Herr Stadtv. Frühling hier uns beibringen wollte. Für mich ist es selbstverständlich, daß in einem Vertrage zwischen

dem Kreise und der Überlandzentrale in erster Linie die Interessen des Landkreises und der Überlandzentrale, nicht aber die der Stadtgemeinde Braunschweig in den Vordergrund treten, denn das sind die Kontrahenten, und sie brauchen nicht für uns die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wenn wir in das Geschäft hinein wollten, dann hätten wir uns anders verhalten müssen. Es geht nicht an zu sagen: Was in dem Vertrage steht, das müssen wir, wenn wir hinein wollen, ohne weiteres schlucken. Es ist noch Sache der Verhandlung zu fragen, unter welchen Bedingungen wir uns an diesem gemeinschaftlichen Unternehmen beteiligen können. Da der Herr Oberbürgermeister hervorhebt, daß die Überlandzentrale und der Kreis ein nicht unerhebliches Interesse daran haben, ihr Absatzgebiet zu vergrößern und Hand in Hand mit der Stadt zu arbeiten, so bin ich überzeugt, daß sich verhandeln lassen wird, daß Entgegenkommen noch zu finden sein wird. Bisher war es auf der andern Seite vorhanden, und lediglich wir haben eine Verbindung abgelehnt.

Nun hat Herr Dr. Kleinknecht gefragt, wie die Bedingungen nach dem Vertrage seien. Da ist eine doppelte Antwort zu geben. Man muß unterscheiden den Preis, den der Verband der Gesellschaft zahlt, und den Preis, den der Verband von den einzelnen Abnehmern fordert, und da sind die Preise nur zu vergleichen, soweit die Abnehmer in Betracht kommen. Die Gestehungspreise des Lichtwerkes erfahren wir ja auch nicht, nur zu welchen Bedingungen der Strom an die Konsumenten im höchsten Falle abgegeben werden soll. Es sind speziell für die Großindustrie von dem Kreise geringere Sätze vorgesehen, 1,2 Pfennig gegenüber 2 Pfennig, die wir in unserm Vertrage stehen haben. Sonst sind es gegenüber den Gemeinden die gleichen Preise wie in unserm Vertrage. Die Einkaufspreise sind etwa $\frac{1}{10}$ dessen, was uns hier als Norm gegeben wird. Da ist doch eine Möglichkeit gegeben, billigere Bedingungen zu gewähren, und das aufzuklären ist meine Absicht, nicht daß ich als unbedingter Freund eines Abschlusses mit der Überlandzentrale auftreten will. Die Überlandzentrale ist mir ebenso ein kapitalistisches Unternehmen wie die Straßeneisenbahngesellschaft, sie sind mir beide in der Hinsicht gleich gut oder gleich schlecht.

Daß also ein Widerspruch oder eine Nichtfolgerichtigkeit in meinem Auftreten liege, wie Herr Frede aufgebracht, Herr Leue nachgeredet und auch der Herr Berichterstatter sich zu eigen gemacht hat, kann ich in meiner Stellungnahme nicht erblicken. Ich bin nach wie vor — das haben auch verschiedene andere Herren von sich betont — grundsätzlich dafür, daß das dermalige Werk in die Hände der Stadt gelegt wird. Ich hatte aber in der letzten Versammlung den Eindruck, daß die überwiegende Mehrheit sich mit Hand und Fuß dagegen wehrte, daß ja nicht die Stadt das Werk in die Hand nähme: unsere städtischen Hände sind zu ungeschickt, daß man nur das größte Mißtrauen gegen den Oberbürgermeister und die Stadt-

verwaltung haben kann! Herr Stadtv. Frühling hatte mir vorgeworfen: „Wie kann ich einer Stadt etwas Derartiges anvertrauen, das geht nicht. Dazu ist die Stadt zu ungeschickt!“ Ich gebe zu, es gibt ungeschickte Stadtverwaltungen, wie es ungeschickte Aktiengesellschaftsverwaltungen gibt. Das ist eine Personenfrage, die von Fall zu Fall entschieden werden muß, aber nicht grundsätzlich für ein System zu erledigen ist. Nun höre ich: „Die Herren wollen eigene Regie um keinen Preis, der Magistrat kann das nicht,“ — Stimmung vom letzten Donnerstag. Da sage ich: Wenn das nicht, so muß man einen andern Weg finden, auf dem man die Interessen der Stadt einigermaßen wahren kann. Selbst wenn die Verstadtlung an sich das Wünschenswerte ist, so sagt das doch auf keinen Fall, daß jede Stadt unbedingt selbständig vorgehen soll, sondern die Verhältnisse sind da berebter als alles andere. Sie zwingen unter Umständen zur Konzentration derartiger Betriebe, zum Zusammengehen mehrerer Gemeinden, wie sie in der Kreisversammlung schon zusammengefügt sind. Und weshalb wir mit den Landgemeinden durchaus nicht zusammengehen sollten, ist mir nicht begreiflich. Das ist keine graue Theorie, sondern ganz grüne Praxis. Man hat an sehr vielen Orten die zusammengehörigen Interessengebiete von Gemeinde wegen zusammengefaßt und im Interesse sämtlicher beteiligten Gemeinden etwas geschaffen. Wenn Sie durchaus den Strom nicht produzieren wollen, wie Sie am letzten Donnerstag in überwiegender Mehrheit erklärt haben, so gibt es die Möglichkeit, daß wir den Strom einkaufen und den Vertrieb in den Händen behalten. Das würde zwar nicht ganz meinen Wünschen entsprechen, aber es würde insofern Ihnen entgegenkommen, als Sie das teuere Bauen und das Produzieren nicht mit in Kauf zu nehmen brauchten, und würde andererseits dem Grundsatz Rechnung tragen, daß wir, wie die Herren jetzt stolz sagen, Herren im eigenen Hause sein sollen. Das klingt sehr schön! Sind Sie es denn? Der Herr im Hause ist wo anders zu sehen. Wenn wir uns hier bis 1935 binden sollen, so ist der Herr im Hause in der Straßeneisenbahngesellschaft zu suchen. Da versuchen Sie mit ihren Grundsätzen doch Ernst zu machen, wie Sie mir vorhalten wollten! Gewiß ist der Vertrag für die jetzige Übernahme nicht günstig, der Zeitpunkt wird aber keineswegs mit dem Ablauf mehrerer Jahre günstiger werden. Die Herren vergessen immer, daß eine ganze Reihe Teile noch inkorporiert werden, die dann noch nicht abgeschrieben sind. Ich bin Laie in dieser Sache und beziehe mich da auf Süchting, der sagt: Je länger wir warten, um so ungünstiger werden die Übernahmebedingungen. Wenn Sie auch wirklich für Verstadtlung sind, wie Sie es scheinen, dann machen Sie Ernst, kündigen Sie, dann ist die Sache erledigt, alles andere findet sich im weiteren. Auch diese Frage der Kündigung hat Herr Dr. Kleinknecht und verschiedene andere angeschnitten. Ich halte es für sehr wohl möglich, daß man kündigt und dadurch den Weg ebnet zu dem Ziel, dem jetzt auch mehrere Herren

von jenseits zustreben. Ich kann nicht anerkennen, daß wir uns dadurch ungünstiger stellen, ich glaube vielmehr, daß auch die Straßeneisenbahngesellschaft geneigt sein würde, noch günstigere Bedingungen, als im Vertrage enthalten sind, uns zu machen.

Stadtv. Sander: Betreffs der Überlandzentrale stehe ich auf dem Standpunkte, den Herr Stadtv. Hauswaldt eben einnahm. Wenn ich bisher in meiner Meinung noch etwas schwankend gewesen sein sollte, dann sind es die Worte des Herrn Dr. Jasper, die mich in meinen Ansichten befestigt haben. Er sagte, es sei selbstverständlich, daß in erster Linie die Interessen der Landgemeinden, die den Vertrag abgeschlossen haben, in ihm zum Ausdruck kommen. Wenn aber in diesem Falle ein großes Unternehmen — und das sind wir — einen Vertrag abschließen will und dabei gewärtigen muß, daß es mit seinen Interessen erst in zweiter Linie kommt, dann danke ich für den Vertrag.

Herr Dr. Jasper sagte weiter, „der Herr im Hause sein“ klinge sehr schön, aber tatsächlich wären wir hier nicht Herr im Hause, sondern der Herr sei bei der Straßeneisenbahngesellschaft zu suchen. Das kann ich nicht anerkennen. Wer den Kontrakt gelesen hat, kann Herrn Dr. Jasper in dieser Hinsicht nicht beipflichten, sondern muß sagen: In der Beziehung ist die Kommission oder der Magistrat wohl so geschickt gewesen, daß die Straßenbahn nichts Wesentliches ohne Zustimmung der städtischen Behörden vornehmen kann. In dieser Hinsicht fühle ich uns sehr wohl geborgen.

Daß die Überlandzentrale sich sehr um uns bemüht, finde ich sehr begreiflich, denn wir sind diejenigen, die die Kastanien aus dem Feuer holen sollen, und nicht die Landgemeinden. Alle Überlandzentralen franken daran, daß die kleinen Konsumenten nur Licht gebrauchen, sie können keine Dividende geben, weil im Verhältnis zu der kleinen Abnahme die Kosten für das Gestänge zu hoch sind und die Reparaturen daran den Nutzen auffressen. Wenn sie keine großen Abnehmer bekommen, sind sie aufgeschrieben. Da ist es selbstverständlich, daß die Helmstedter Zentrale einen Konsumenten sucht, der den Betrieb und die Dividende verbürgt. Daß wir bei diesen Umständen hinter der Gesellschaft herlaufen sollen, kann ich nicht einsehen. Hinzu kommt noch, was Herr Maurat Frühling über die Bestimmungen im Kontrakt gesagt hat, wonach die Überlandzentrale mit allen Kräften eintreten soll, daß Braunschweig von keiner dritten Seite Strom geliefert werden könne. Das alles genügt für mich, um eine Verbindung mit der Überlandzentrale auf alle Fälle abzulehnen.

Stadtv. Hauswaldt: Ich wollte nur noch kurz sagen, daß wir uns nicht verblüffen lassen sollten durch solche Sachen, wie sie in der Zeitung gebracht werden,

daß Cassel den Vertrag mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft abgelehnt habe, obgleich der Stadt bedeutende Vorteile geboten seien. Man kann sich doch denken, daß die Verhältnisse nicht ganz so liegen, wie sie in der Zeitung dargestellt sind, es ist deshalb auch dem Artikelschreiber nicht gelungen, mich zu verblüffen, denn ich hatte mir meine Meinung gebildet und war mir vollständig klar darüber, was für unsere Stadt das Richtige ist.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich habe schon gesagt, wenn die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Magistrat möge anfragen, welche Preise die Überlandzentrale fordert, so würde ich dafür sein, die Verhandlungen heute abubrechen. Aber darüber bin ich mir klar, daß es bedenklich ist, allein mit diesen Preisen zu operieren; ich würde empfehlen, die Frage so zu stellen: Bekommen wir ein unterirdisches Kabel, und welche Preise werden dann gefordert?

Weiter habe ich noch zu erwähnen: Ich würde es nicht für angängig erachten, in diesen Vertrag einzutreten, der im Entstehen begriffen ist. Der Vertrag ist mir unter dem Vermerk „Vertraulich“ von der Straßeneisenbahngesellschaft zugegangen, ich habe aber eben von Herrn Major Ribbentrop gehört, daß er nicht vertraulich zu behandeln ist, und halte mich für verpflichtet, folgendes aus dem Vertrage vorzulesen. Die Gesellschaft (das ist die Überlandzentrale) verpflichtet sich in § 3, „ferner zu bewirken, daß auf die Dauer dieses Vertrages keinerlei direkte oder indirekte Lieferung elektrischer Energie (sei es aus eigenen Werken, sei es aus fremden von ihr zum Strombezug benutzten Werken oder sonst durch ihre Vermittlung) in das nachbenannte Lieferungsgebiet zum Gebrauch erfolgt“. Das ist also ein Monopol, wie man es sich strenger nicht denken kann. Wenn wir uns auf solche Bedingungen einlassen, würden wir das große Recht, welches wir jetzt der Straßeneisenbahngesellschaft gegenüber haben, auch von anderer Seite Strom zu nehmen, aufgeben müssen. Es steht allerdings noch dahin, ob wir in diesen Vertrag mit eintreten müßten, oder ob das Werk uns nicht einen besonderen Vertrag geben würde. Es heißt weiter: „Vielmehr ist sie weiterhin darüber hinaus bereit, dahin zu wirken, daß auch von dritter Seite keine solche Lieferung erfolgt, soweit ihr dies unter Beobachtung der guten Sitte möglich ist.“ Zu dem Interessengebiet, das hier erwähnt ist, wird in einem späteren Paragraphen ausdrücklich die Stadt Braunschweig gerechnet. Ich mache darauf aufmerksam: Dieser Vertrag ist eine Verpflichtung der Überlandzentrale gegenüber dem Kreiskommunalverband Braunschweig! Ich wiederhole: Ich bin der Ansicht, daß die Überlandzentrale in ihren Verhandlungen mit uns gar nicht mehr frei ist, sondern Sie werden fragen müssen: Was sagt der Kreiskommunalverband? Wenn der Kreiskommunalverband es für richtig erachten würde, daß wir uns dem Stromwertungsvertrag anschließen, den die verschiedenen Dörfer untereinander abschließen werden, und

der offenbar dahin gehen soll, daß sie Strom zu bestimmtem Preise von der Überlandzentrale nehmen, ihrerseits den Strom vertreiben und die Kosten, die die Unterhaltung des Gestänges samt den Drähten über den ganzen Kreis erfordert, den Stromkosten hinzuschreiben, so würden Sie den Magistrat niemals dazu bewegen können, daß er dem zustimmt. Alle diese Fragen müssen selbstverständlich mit der Überlandzentrale erwogen werden. (Sehr richtig!)

Nun möchte ich noch eins bemerken: Ich bin nach wie vor der Ansicht: Wenn die Mehrheit der Herren es wünscht, hat der Magistrat die Pflicht, in Unterhandlungen mit der Überlandzentrale einzutreten. Es ist uns aber vor einiger Zeit ein Schreiben der Straßenbahngesellschaft zugegangen, worin es heißt: „Wie wir erfahren, hat sich der Landkreis um die Stromlieferung für die neuen Bahnhofsanlagen in Braunschweig beworben. Wir brauchen nicht auszuführen, von welcher großer Bedeutung für die Entwicklung des Elektrizitätswerkes Braunschweig der Anschluß dieser neuen Bahnhofsanlagen mit ihrem großen Bedarf in den Tagesstunden für die Werkstätten, in den Nachtstunden für die Beleuchtung ist. Wir bitten den Stadtmagistrat, auch in dieser Frage die Interessen des Elektrizitätswerkes schon bei den Unterhandlungen mit der Direktion Magdeburg wahrnehmen und in den Vertrag mit den Eisenbahnbehörden die Bestimmung mit aufnehmen zu wollen, daß bei gleichen Bedingungen das Elektrizitätswerk Braunschweig den Vorzug erhalten soll.“ Diesem Ansuchen zu entsprechen, ist der Magistrat selbstverständlich bereit für den Fall, daß das Elektrizitätswerk weiter mit uns im Vertragsverhältnis steht. Ich glaube, Sie werden anerkennen, daß das Werk, um das es sich hier handelt, und das der schärfste Konkurrent gegenüber der Überlandzentrale Helmstedt ist, beim besten Willen heute nicht in der Lage ist, als Konkurrent auftreten zu können, denn dies Werk ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen. Es würde die Konkurrenz aufnehmen können, wenn es die Gewißheit hätte, die Erbauung des Drehstromwerkes binnen vier Wochen in Angriff nehmen zu können. Es wäre aber doch trübselig für die Stadt, wenn von der Überlandzentrale der Strom in die Stadt hineingeführt würde und wir das nicht hindern könnten. Das neue Bahnhofsgelände erstreckt sich weit in die Feldmarken Rautheim und Riddagshausen hinein, so daß wir nicht in der Lage sein würden, die Einführung des Stromes von außen zu hindern. (Hört! Hört!) Wenn uns das geschehen würde, daß über den wochenlangen Verhandlungen in den städtischen Behörden der Einbruch der Überlandzentrale in städtisches Gebiet erfolgt, dann wäre allerdings die Stadt glänzend hineingefallen. Deshalb möchte ich doch bitten, wenn die Herren nicht großen Wert darauf legen, jetzt noch zu erfahren, wie die Überlandzentrale uns den Strompreis bemessen würde, uns nicht zu veranlassen, diese Verhandlungen noch zu führen.

Und nun noch eins, was ich vorhin vergessen hatte: Halten Sie es für zulässig, daß die Überlandzentrale gegen diesen zwischen ihr und dem Kreis kommunalverbände abgeschlossenen Vertrag, der mir behändigt worden ist, überhaupt selbständige Verhandlungen mit uns führt? Ich halte es für ausgeschlossen, daß sich die Sache so überhaupt ausführen läßt. Mit wem sollen wir denn verhandeln? Es müßte verhandelt werden mit der Herzoglichen Kreisdirektion, und die ihrerseits würde erst wieder die Kreisversammlung einberufen, damit diese die Bedingungen eines zwischen der Überlandzentrale und der Stadt Braunschweig abzuschließenden Vertrages feststellt. Ich fürchte, wir kämen dann nicht sehr schnell zum Ziel, und die Möglichkeit, daß dann in der Zwischenzeit von der Überlandzentrale Helmstedt Strom in die Stadt hineingeführt würde, ohne daß wir es hindern können, wäre allerdings wenig erfreulich.

Stadtv. Meyerhoff: Meine Herren, ich will Sie nicht lange aufhalten; ich möchte nur der Ansicht des Herrn Sander widersprechen. Er hat von der Stadt Cassel gesagt, daß sie auf das Anerbieten, welches ihr von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft gemacht wäre, nicht eingegangen ist. Wenn Herr Sander die Stala ansieht, die uns vom Lichtwerk zugesandt ist, so wird er finden, daß Cassel darin mit der höchsten Ziffer, mit einem Grundpreise von 70 Pfennig für Licht verzeichnet ist, gegenüber einem Grundpreise von meistens 50 Pfennig oder weniger in den andern Städten. In der Durchschnittsziffer ist das hiesige Lichtwerk für Licht um 4 Pfennig und für Kraft um 6 Pfennig billiger.

Es ist hier erwähnt worden, daß einige Verhandlungen mit der Überlandzentrale gepflogen sind, auch durch die Blätter ist veröffentlicht, daß wir zu einem neuen Vertrage mit dem hiesigen Lichtwerk schreiten wollen. Da ist mir doch aufgefallen, daß die Überlandzentrale, der diese Tatsache seit langem bekannt ist, nicht einmal gekommen ist und uns ein Angebot gemacht hat. Wir wissen wohl, sie will 45 Pfennig für die Kilowattstunde haben, aber nicht unter welchen Umständen, für Hoch- oder für Nabelleitung. Noch ein anderer Punkt ist zu berücksichtigen. Wenn wir auch den Strom von der Überlandzentrale zu 45 Pfennig bekommen, was fällt für die Stadt dabei ab? Bei der Magistratsvorlage wissen wir genau, daß wir in dem Zeitraum, der vorgeschrieben ist, mindestens 5 600 000 *M* bekommen, und das ist das Geringste, was uns gezahlt werden muß. 25 Prozent von der Bruttoeinnahme müssen uns unter allen Umständen werden. Darnach hat die Stadt selber ein Interesse daran, daß der Verbrauch ein großer ist, was uns auf die Verhandlungen mit dem Bahnhof von selbst hinweist. Von diesem Nutzen der Stadt sehe ich bei dem Preise von 45 Pfennig für Strom von der Überlandzentrale Helmstedt nichts. Jetzt ist uns Gelegenheit gegeben, die Abschreibungen auf das

alte Lichtwerk zu machen; sobald wir mit Helmstedt abschließen, ist uns diese Möglichkeit genommen.

Nun wurde von einem der Herren Redner, ich glaube es war Herr Dr. Jasper, vorgeschlagen, man möge den ganzen Strom von Helmstedt direkt beziehen und an die Konsumenten weitergeben. Das ist ganz schön; soll aber die Stadt den Strom wieder zu demselben Preise abgeben und nichts drauffschlagen? Dann kommt allerdings ein billiger Preis unsern Mitbürgern zugute, aber die Kosten muß die ganze Bürgerschaft bezahlen, und wenn man die Rechnung aufmacht, wird kein Vorteil für die einzelnen Bürger dabei herausfließen. Der Herr Oberbürgermeister hat schon darauf hingewiesen, daß es sehr schwierig sein wird, ein direktes Abkommen mit der Überlandzentrale zu treffen, und meine Herren, eine Verschlechterung tritt doch ganz bestimmt ein. Ich wüßte auch nicht den Grund, weshalb wir heute noch diese Zuschrift bekommen haben sollten, wenn nicht ein Vorteil für die Überlandzentrale damit erzielt werden sollte. Ich bin freilich nicht in meinem Mittagsschlummer, aber in meinem Mittagessen damit gestört. Welches ist der Grund, daß man jetzt mit solchen Sachen überschwemmt wird? Ich nenne das Minier-Arbeit. Man wollte einmal Hundehaare dazwischen haben, die Herren mit verschiedenen Ansichten sollten sich erst einmal in die Wolle packen. Ich halte das Vorgehen der Überlandzentrale nicht für schmachhaft, und spreche das unumwunden aus. Braunschweig ist ein zu schönes Objekt für die Überlandzentrale und den Landkreis! Wenn sie uns in den Arm nehmen können, dann sind sie zufrieden. Ich möchte Sie bitten, stimmen Sie für die Magistratsvorlage. Ich kann in dem Vertrage mit der andern Gesellschaft nichts finden, was besser wäre.

Stadtv. Hartung: Ich glaube, wir freuen uns alle darüber, daß wir noch zu einer gehörigen allgemeinen Aussprache gekommen sind. Ich speziell habe auch von vornherein für eine solche gestimmt, denn ich bin hierher gekommen in dem Gefühl, daß ich noch nicht ganz klar sehe, namentlich betreffs des Punktes, der nun in breitester Weise verhandelt ist: ob nicht eine Verhandlung mit der Überlandzentrale zu empfehlen sei. Nach den heutigen Verhandlungen bin ich aber zu der Überzeugung gekommen, daß mit dem Antrage Kleinknecht, so gut er auch gemeint sein mag, unsere Sache wirklich nicht gefördert wird. Es mag sein, daß es vielleicht im ersten Stadium der Verhandlungen besser gewesen wäre, wenn Stadt- und Kreisbehörde wirklich über ein gemeinsames Vorgehen einig geworden wären. Was wir heute über den Vertrag des Kreises mit der Überlandzentrale gehört haben, ist wohl genügend, daß wir uns ein Bild davon machen können. Der Vertrag ist ganz nach den Interessen des Kreises abgefaßt und darin ausdrücklich dem Kreise konzessiert, daß die Stadt als Interessengebiet des Kreises anzuerkennen ist. Daraus folgt, daß die Überlandzentrale unter keinen Umständen mehr frei ist.

Wenn wir verhandeln wollen, müssen wir von neuem mit der Kreisbehörde verhandeln, und nachdem einmal der Vertrag festgelegt und insbesondere vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigt worden ist, halte ich es für ausgeschlossen, daß er wieder auf den Kopf gestellt werden könnte, denn tatsächlich erfordern die Interessen der Stadt eine ganz andere Behandlung, als es im Vertrage geschehen ist. So sehr es also auf den ersten Blick als angemessen erscheint, zu sagen, es ist für den einen oder andern Herrn noch nicht genügend geklärt, ob nicht noch etwas bei einer Verhandlung mit dem Kreise herauszuholen ist, so ist das doch nur scheinbar so. Die ganzen Verhandlungen würden auf nichts weiter hinauslaufen als auf eine Verzögerung der Sache. Ich bin überzeugt, wir würden dabei nichts erreichen, sondern nur Zeit verlieren. Deshalb bitte ich, den Antrag Kleintnecht abzulehnen und dem Antrage der Kommission respektive dessen Referenten gemäß nunmehr in die Spezialdebatte einzutreten.

Stadtv. Dr. **Senfing**: Ich war vor acht Tagen noch zweifelhaft, ob ich für städtische Regie oder für die Verlängerung des Vertrages sein soll, aber die Zwischenzeit hat mich darüber aufgeklärt. Ich halte auch, wie verschiedene der Herren Vorredner, den jetzigen Zeitpunkt für ungünstig und glaube, daß wir uns auf ein neues Vertragsverhältnis für die nächsten 15 Jahre einlassen müssen. Was das Verhältnis zu der Überlandzentrale betrifft, so ist mir persönlich die Sache schon vor den heutigen Verhandlungen klar geworden, und die heutigen Verhandlungen haben mich darin bestärkt, daß ich keine Bedenken zu tragen habe, mich für die Verlängerung des Vertrages zu entscheiden. Für mich ist die mangelhafte Stromzuführung nach Braunschweig das Bestimmende, denn daß wir eine unterirdische Stromzuführung bekommen, halte ich für ausgeschlossen. Daß die Herren Anstoß daran nehmen, daß ihnen kein Preis für die Kilowattstunde genannt ist, macht mich in meiner Ansicht nicht wankend, denn Sachverständige haben in der Zwischenzeit die Versicherung gegeben, das hiesige Werk wäre in der Lage, ebenso preiswert wie eine auswärtige Zentrale den Strom zu liefern. Deshalb sollte man doch hier am Orte die Elektrizitätsquelle schaffen und nicht die Unsicherheit der Übertragung von außerhalb mit in Kauf nehmen. Ich bin auch der Ansicht, daß wir uns heute schon entscheiden.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Der Vertrag, der vom Kreisverbande mit der Gesellschaft geschlossen ist, ist nichts Ewiges, er kann durch geschickte Verhandlungen von uns beeinflusst werden. Das ist möglich, weil die Interessen des Kreisverbandes es erheischen, uns als Abnehmer zu gewinnen. Die Preise, die Herr Meyerhoff genannt hat, sind nicht richtig. Sie entsprechen nicht einmal denjenigen Preisen, die in dem Vertrage gegenwärtig vorgesehen sind. Er redete von 45 Pfennig. Die

sind nicht als Einkaufspreis dem Verbande von der Gesellschaft gewährt, und wenn wir eine Vertriebsgesellschaft bilden würden, so würde es in unserer Hand liegen, in welchem Umfange wir den Verkaufspreis im Gegensatz zum Einkaufspreis bemessen, so daß damit gar nichts bewiesen ist, wenn man derartige Ziffern anführt.

Stadtv. Niefe: Meine Herren. Die jetzt so weit gediehenen Verhandlungen machen auf mich den Eindruck, als wenn trotz der mühevollen Erhebungen der Magistrat doch ein Jahr zu spät damit angefangen habe, denn selbst nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters ist keine Garantie gegeben, daß der Einbruch der Überlandzentrale doch noch einträfe. In Rautheim ist schon damit angefangen. Wenn das Drehstromwerk gebaut wird, ist es vor dem Herbst nicht fertig, und dann ist der Einbruch bereits geschehen. Außerdem ist es richtig, wenn die Herren einmal später doch das Werk übernehmen wollen, das Werk jetzt zu übernehmen. Es ist ja zu bedauern, daß wir das Werk zu dem hohen Preise annehmen müßten, aber auch nach 15 Jahren wird sich die Stadt darin nicht günstiger stehen, und zwar deshalb nicht, weil durch das, was noch hinzugebaut wird, der im Laufe der Jahre zu erringende Vorteil wieder wettgemacht wird. Man könnte auch in Rücksicht auf andere Verträge sich mit dem Elektrizitätswerke heute schon auseinandersetzen. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die Mehrzahl der Bürger es nicht verstehen würde, wenn die heutige Versammlung wieder einmal einen Vertrag annimmt und sich dadurch an eine kapitalistische Gesellschaft bindet und diese den Ertrag einheimen kann. Nach dem Süchtlingischen Gutachten sind uns nicht nur die garantierten Einnahmen bei der städtischen Übernahme sicher, sondern viermal höhere, und wenn dem auch zwei andere Gutachten entgegenstehen, so ist es doch fraglich, ob das erste nicht allein recht hat. Ebenso gut wie wir mit dem Gas diese Einnahme haben, ebenso gut wie wir jetzt Gas- und Wasserwerk verwalten, ebenso gut könnten wir uns auch bemühen, das Elektrizitätswerk in unsere Hand zu bekommen, damit wir unsere Steuern nicht zu erhöhen brauchen, sondern den für die Stadt nötigen Bedarf aus den städtischen Betrieben herausziehen. Dann kann auch eine Verbesserung der Straßenbahn stattfinden, und dann sind wir auch Herr im Hause. Wir brauchen uns nicht mit gebundenen Händen einer kapitalistischen Gesellschaft zu verschreiben, wir können selber die Summen aus dem Elektrizitätswerk herausholen, die der Stadt zum Wohle gereichen. Meiner Ansicht nach kündigen wir zum 1. April, dann verzögern wir die Verhandlungen nicht.

Stadtv. Busch: Die klaren sachlichen Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters über den schwerwiegenden Punkt, welcher die Entscheidung bringen muß,

haben, glaube ich, den noch Zweifelnden die Augen geöffnet. Selbst den abseits Stehenden müßte jetzt klar sein, daß wir am besten tun, dem Kommissionsantrage endlich zuzustimmen. Auch ich war anfangs zweifelhaft, zu welcher Seite ich mich neigen sollte, aber der heutige Tag hat die Entscheidung für mich gebracht, und ich schließe mich aus voller Überzeugung dem Kommissionsantrage an. Es ist nun schon viel über die Sache geredet, und es wäre wohl angebracht, jetzt einen Schlufsantrag einzubringen, was ich hiermit getan haben will.

Vorsitzender: Der Schlufsantrag trifft zusammen mit der Tatsache, daß sich niemand weiter zum Worte gemeldet hat. Ich gedenke die Reihenfolge der Abstimmung so einzurichten, daß zunächst über den Antrag Jasper abgestimmt wird. Wird dieser angenommen, so ist damit die weitere Beratung beendet und die Einsetzung einer Deputation würde die Folge sein. Wird der Antrag Jasper abgelehnt, so würde der Antrag Kleinknecht zur Abstimmung gelangen. Falls dieser angenommen wird, würde ebenfalls die Debatte für heute zu Ende sein. Wird auch der Antrag Kleinknecht abgelehnt, so würde ich den Kommissionsantrag zur Abstimmung bringen, respektive die Magistratsvorlage.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich verstehe nicht, welches die dritte Frage sein soll: Soll abgestimmt werden über den Kommissionsantrag oder über die Magistratsvorlage? Das letztere ginge doch nicht, weil die Einzelberatung noch aussteht. Es müßte als dritte Frage heißen: Vertrag oder Verstädtlichung?

Vorsitzender: Auf das erstere hin geht der Magistratsantrag.

Für den Antrag Jasper stimmen 6 Stadtverordnete, er ist damit abgelehnt. Für den Antrag Kleinknecht stimmen 8 Stadtverordnete, er ist damit gleichfalls abgelehnt.

Vorsitzender: Es kommt nunmehr zur Beschlußfassung der Kommissionsantrag, der grundsätzlich auf Verlängerung des Vertrages geht.

Stadtv. **Sander:** Vorbehaltlich der einzelnen Paragraphen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ist die Frage nach der Verstädtlichung nicht die weitergehende?

Stadtv. **Hauswaldt:** Wir kommen am weitesten damit, wenn wir über den Antrag Jasper abstimmen. Denn wenn die Verstädtlichung angenommen wird, so brauchen wir alle diese Paragraphen nicht zu beraten; wird er abgelehnt, so treten wir in die Beratung der einzelnen Paragraphen ein.

Stadtv. **Sander:** Ich halte den Vorschlag Hauswaldt für bedenklich. Wir legen uns dadurch fest und geben der Gesellschaft schon einen Freibrief, wenn wir sagen, wir wollen städtischerseits das Werk nicht übernehmen. (Widerspruch.)

Stadtv. **Probst:** Ich glaube nicht, daß wir uns dadurch festlegen, denn wir werden notwendigerweise, wenn wir die einzelnen Paragraphen durchzuberaten haben, nochmals über das Ganze abstimmen müssen.

Stadtv. **Sander:** Was soll werden, wenn abgelehnt wird, das Werk zu übernehmen, und nachher abgelehnt wird, den Vertrag zu genehmigen?

Oberbürgermeister **Kettemeyer:** Ist es nicht richtiger, einfach so abzustimmen: Wer ist für die Beratung der einzelnen Vorschriften? Ich kann mir sehr wohl denken, daß der eine oder andere an den einzelnen Vorschriften so viel Anstoß nimmt, daß er nachher die Verlängerung des Vertrages nicht genehmigen will.

Stadtv. **Leue:** Ich bitte, zunächst über den Antrag Jasper abzustimmen.

Vorsitzender: Diejenigen Herren, die wünschen, daß zunächst über den Antrag Jasper abgestimmt werden soll, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Es sind 6 Stimmen dafür; über diesen Antrag zuerst abzustimmen, ist abgelehnt.

Vorsitzender: Ich bitte nunmehr, über den Kommissionsantrag abzustimmen, der dahin geht, grundsätzlich in eine Vertragsverlängerung zu willigen. (Widerspruch.) Dann nehme ich Ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Verlängerung an. Wir treten in die Einzelberatung ein.

Artikel I hat bereits zur Beratung gestanden. Hat noch jemand etwas zu bemerken? Ich bitte die Herren, die mit Artikel I einverstanden sind, die Hand zu erheben. Artikel I ist angenommen.

Stadtv. **Hauswaldt** (zu Artikel II): Dazu ist nichts Besonderes weiter zu sagen, als daß auf Seite 2 die Abweichung verzeichnet ist, daß der erste Ausbau des Drehstromwerks innerhalb eines Zeitraums von 18 Monaten fertiggestellt und der Betrieb eröffnet werden muß.

Stadtv. **Sander:** Wenn wir über diesen Artikel abstimmen und ihn annehmen, so schließt das doch nicht aus, daß wir den Vertrag als solchen noch ablehnen oder Einzelheiten über die Stromlieferungsbedingungen ändern. Wir legen uns doch durch Annahme dieses Artikels noch nicht fest?

Vorsitzender: Die Einzelheiten kommen erst in den Paragraphen unter Artikel III.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich habe noch eine Anfrage. Ist die Möglichkeit gegeben, daß außerhalb des Vertrages noch Anträge gestellt werden können? Es können doch noch Neuerungen in dem Vertrage, die zu keinem der Paragraphen an sich passen, gewünscht werden. (Zustimmung.)

Der Artikel II wird angenommen.

Stadtv. **Hauswaldt** (zu Artikel III): Ich bitte, nun das stärkere Heft zur Hand zu nehmen, das auf Seite 1 mit Artikel III beginnt. Der § 1 ist unverändert. Der § 2 setzt mit einer großen Veränderung ein. Der 4. Satz dieses Paragraphen sagt, daß nach auswärts ohne schriftliche Erlaubnis des Stadtmagistrats kein Strom aus den Kraftwerken abgegeben werden darf. Absatz 5: „Auch darf ohne gleiche Erlaubnis von dem Betriebsleitungsnetz der Straßenbahnanlage innerhalb oder außerhalb des Stadtgebietes Grundstücken dritter Personen nur so weit Strom zugeführt werden, als solches der Betrieb des Straßenbahnunternehmens bedingt.“ Es ist also jede Möglichkeit, daß durch Vermittlung der Straßenbahn Licht an dritte Personen gegeben wird, ausgeschlossen. Absatz 7: „Soweit jedoch zur Zeit des Abschlusses dieses Vertrages die Unternehmerin auf Grund von Verträgen, die vor dem 15. Februar 1913 abgeschlossen sind, verpflichtet ist, in der Stadt Braunschweig erzeugten Strom mittels des fraglichen Leitungsnetzes einzelnen Einwohnern von Elper, Melverode und Klein Stöckheim zu liefern, bedarf die Unternehmerin der vorgedachten Erlaubnis nicht.“

Vorsitzender: Das sind die Änderungsvorschläge unter § 2 a. Ich bemerke, daß immer nur das gesperrt Gedruckte zur Beratung steht. — Es nimmt niemand das Wort.

Dieser Teil des § 2 wird angenommen.

Stadtv. **Hauswaldt** (zu § 2, Änderung b): Die Herren finden die Änderungen, wenn sie an Hand der Gegenüberstellung die Paragraphen verfolgen. Zunächst: daß Strom nur abgegeben werden darf, der durch Zähler gemessen ist, wenn nicht eine besondere Genehmigung des Stadtmagistrats vorliegt.

Sodann finden Sie die Grundpreise für die Seftowattstunde aufgeführt a) für Beleuchtungszwecke (bis 1. April 1915 mit 5 Pfennig, bis 1. April 1920 mit 4,5 Pfennig, von da an mit 4 Pfennig), b) für Strom zu gewerblichen Zwecken, c) für an die Stadtverwaltung abgegebenen Strom zur Verwendung in städtischen Betrieben.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Hier ist durch Versehen ein kleiner Satz weggeblieben. Oben auf Seite 2 des starken Heftes muß vor: „Der Grundpreis für die Seftomattstunde“ stehen bleiben: „Der Preisberechnung für Verbrauch von Elektrizität liegt als Einheit eine Seftomattstunde zugrunde.“ Es liegt kein Grund vor, diese Bestimmung zu streichen.

Stadtv. Sander: Ich möchte geändert sehen im letzten Absatz des § 2 „der Stadtmagistrat ist berechtigt“ in „die städtischen Behörden sind berechtigt“.

Vorsitzender: An sich steht nur zur Beratung, was in dem schwächeren Heft steht. Der letzte Absatz ist alte Fassung, und in diesem wünscht Herr Sander die beantragte Änderung.

Stadtv. Hauswaldt: Ich glaube bemerken zu dürfen, daß selbstverständlich jedem der Herren das Recht zusteht, auch an der alten Fassung Änderungsanträge einzubringen. Der Antrag Sander ist also zulässig. (Zustimmung des Vorsitzenden.)

Der Antrag Sander wird angenommen, ebenso § 2, Änderung b.

Stadtv. Sander (zu § 3): Gestatten Sie mir noch eine Frage; ich bin nicht Fachmann. Sind die 500 Kilowatt ausreichend für den eventuellen späteren Anschluß an den Bahnhof?

Oberbürgermeister Hetemeyer: Die 500 Kilowatt sind eine Bestimmung des alten Vertrages. Der neue sieht 5000 Kilowatt vor. Wir haben Ihnen den kleinen Vertrag vorgelegt, das ist ein Vertrag über Erbauung eines Drehstromwerkes, und bei der Gelegenheit sind verschiedene Bestimmungen des alten Vertrages geändert. Eine von den Bestimmungen, die geändert sind, ist auch diese des § 3, wonach das Werk ursprünglich nur mit einer Spitzenleistung von 500 Kilowatt ausgebaut werden sollte. Das ist geändert durch den Artikel I des kleinen Vertrages, worin es heißt: Die Straßenbahn-Gesellschaft verpflichtet sich a) zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit . . . ein Drehstromwerk in dem Umfange zu erbauen, daß es . . . für eine Leistung von 5000 Kilowatt ausreicht.“ Das wird dann auch genügen. Die Änderung können wir aber hier unmöglich vornehmen, darum haben wir Ihnen einen besonderen Vertrag vorgelegt und nur der kleine Vertrag ist Gegenstand Ihrer Beschlußfassung. Den alten Vertrag legen wir Ihnen nur zu dem Zwecke vor, um zu zeigen, welche Änderungen an dem alten Vertrage durch den neuen vorgenommen werden. Selbstverständlich bleibt es Ihnen noch überlassen, weitere Änderungen des alten Vertrages zu beantragen.

Stadt. Dr. **Jasper**: Dürfte es sich nicht empfehlen, wenn der Vertrag genehmigt werden sollte, eine einheitliche Fassung mit der Straßenbahn zu vereinbaren, damit Klarheit vorhanden ist? Denn wenn es in dieser Form zu Differenzen kommt, ist Klarheit zu schaffen schwer.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Das können wir ja tun; wir wollten Ihnen nur einstweilen das vorlegen, was für Ihre Beschlußfassung nötig ist. Wir glaubten, dadurch werde die Sache erleichtert.

Vorsitzender: Es entspricht wohl dem Wunsche der Versammlung, wenn der alte Vertrag mit zur Beratung gestellt wird.

Der § 3 wird angenommen.

Vorsitzender (zu § 4): Hierzu ist vom Magistrat der Antrag eingebracht: Der Absatz 3 (Lieferungen Tarife) wird gestrichen.

Der Änderung wird von der Versammlung zugestimmt.

Stadtv. **Hauswaldt** (zu § 5): Es ist hier eingefügt, daß die Mitwirkung der städtischen Behörden stattfinden soll bei allen Erweiterungen und von solchen Erneuerungen, deren Kosten dem Anlagewerte zugeseht werden sollen, sowie bei Vergabung der dabei vorkommenden Lieferungen und Leistungen, sofern die Kosten der einzelnen Lieferung und Leistung 10 000 *M* übersteigen. Damit soll jeder Verdacht beseitigt werden, daß bei Vergabung der Arbeiten irgendwelchen mit der Straßenbahn liierten Personen Vorteile verschafft werden, denn die städtischen Behörden haben eine vollkommene Kontrolle. Es wird später beantragt werden, daß diese Kommission, die hierbei mitwirken soll, dieselbe ist, die Sie zur Ausführung städtischer Bauarbeiten gewählt haben.

Stadtv. **Sander**: Hier steht: „sofern die Kosten der einzelnen Leistung und Lieferung den Betrag von 10 000 *M* übersteigen.“ Dabei ist es wohl möglich, daß solch einzelne Lieferung in verschiedenen Losen vergeben wird, vielleicht eine Lieferung von 90 000 *M* in 10 Losen? Dann würde das einzelne Objekt nur 9000 *M* betragen.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Wenn jemand ein derartiges Verfahren einschlagen sollte, um eine solche Vorschrift zu umgehen, so würden wir doch ganz energig protestieren. Im übrigen kommt die Bestimmung nur wegen solcher Erneuerungen in Frage, die dem Anlagewerte zugeseht werden sollen. Es wird wesentlich darauf ankommen, wie sie in dem Verzeichnis aufgeführt sind.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Herr Sander hat schon erwähnt, daß an Stelle von „Stadtmagistrat“ „städtische Behörden“ gesetzt werden soll. Ist auch diese Stelle dabei mit eingeschlossen? Wenn nicht, so möchte ich das anregen. (4. Absatz.)

Oberbürgermeister **Kettemeyer**: Das würde doch zu weit gehen. Denken Sie, daß an einem Kessel eine Reparatur vorgenommen werden soll, und die städtischen Behörden müßten erst um Zustimmung gefragt werden, so würde das Werk unter Umständen still liegen müssen. Die Vergabe allerdings würde durch die Deputation vorzunehmen sein. Ich bitte Sie, es bei der bisherigen Bestimmung zu lassen.

Stadtv. **Hauswaldt**: Wir sind in der Kommission auch der Ansicht des Magistrats.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich gebe zu, daß eine ganze Reihe solcher Fälle, wie angeführt, vorkommen kann. Aber wo gesagt ist, auch Erweiterungen, und zwar bis zu 9999 M., so würde das einseitig von jener Seite geschehen können. Es müßte da, wie ich glaube, eine Mittellinie gefunden werden.

Oberbürgermeister **Kettemeyer**: Ich muß wiederholt erklären, daß ich das für bedenklich halte. Nehmen Sie den Fall: Eine Maschine wird defekt, sie muß erneuert werden, und die Stadtverordneten sind in die Ferien gegangen. Es geht doch nicht, daß das Werk so lange still liegt, bis die Entscheidung der städtischen Behörden eingeholt ist.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt, die magistratsseitig vorgeschlagenen Änderungen des § 5 werden angenommen. Ohne Debatte wird den §§ 6, 7 und 8 zugestimmt.

Stadtv. **Hauswaldt** (zu § 9): Hier fallen fort die Kosten für die Prüfung der ausgeführten Hauseinrichtungen durch das Lichtwerk. Die zweimalige Bezahlung der Prüfung hat gar oft unsere Mitbürger geärgert. In seinen Verhandlungen ist es dem Magistrat gelungen, diese doppelte Gebühr zu beseitigen.

§ 9 wird angenommen.

Stadtv. **Hauswaldt** (zu § 10 I): § 10 ist ein grundlegender Paragraph. Ich möchte bitten, das vom Magistrat nachträglich Gewünschte in § 10 I unter der 8. Zeile in dem starken Hefte einzuschalten, nämlich nach den Worten „aufzustellenden Abrechnung“ „nach Absatz von Rabatt, Prämien und sonstigen Vergünstigungen.“ Diesen Einschub müssen wir machen, um unser Interesse zu wahren, damit,

wenn die Gesellschaft vielleicht zu irgendwelchen Zwecken der Straßenbahn oder sonst Dritten durch Rabatt, Prämien oder sonstige Vergünstigungen Strom zu weniger als $7\frac{1}{2}$ Pfennig liefert, diese $7\frac{1}{2}$ Pfennig hinterher zur Berechnung gestellt werden. Der Paragraph hat den Vorzug, daß er von der Bruttoeinnahme spricht. Von dieser gehen der Stadt die Prämien zu, nachdem $7\frac{1}{2}$ Pfennig in Abzug gebracht sind.

Im 2. Absatz wird genaue Nachweisung für eine vom Reiche oder vom Staate verlangte Elektrizitätssteuer vorgeschrieben. Von der Bruttoeinnahme erhält die Stadt nach Absatz der $7\frac{1}{2}$ Pfennig für jede Kilowattstunde 25 Prozent als jährliche Abgabe. Die unter 3 aufgeführten Minimalsätze beginnen mit 200 000 *M* und steigen bis 350 000 *M* und repräsentieren einen Durchschnittssatz von 300 000 *M*.

Stadtv. **Sander**: Ich möchte noch einen Zusatzantrag stellen, dahin gehend: Wenn der Nutzen der Gesellschaft 8—10 Prozent beträgt, dann zahlt sie an die Stadt hiervon 25 Prozent, von dem 10 Prozent übersteigenden Nutzen 50 Prozent. — Eine derartige Bestimmung fand sich auch in dem alten Vertrage.

Stadtv. **Hauswaldt**: Ich glaube, diesen Antrag können wir nicht zum Beschluß erheben. Wir haben die Einkünfte der Stadt auf die Abgabe von der Bruttoeinnahme basiert. Dann haben wir noch hinzugefügt, daß Minimalsätze gezahlt werden sollen, und zwar bestimmte Summen für die einzelnen Jahre. Wenn Sie der Gesellschaft noch auferlegen wollen, daß sie bei einem Nettogewinn von 8 Prozent oder mehr uns noch etwas abgeben muß, so machen Sie zwei Fehler. Einmal durchbrechen Sie das Prinzip, indem Sie in den Vertrag wieder die Idee des Reingewinnes oder der Dividende hineinbringen. Sie wissen, wie schwer es bei dem alten Vertrage war, diese Nettoeinnahme zu fixieren. Sie müßten eine unendliche Reihe von Vorschriften hinzufügen, worin Sie festlegen: Das und das soll kaufmännisch das Netto sein. Wenn Sie sagen, bei 6 Prozent Dividende soll der Nettoverdienst verteilt werden, dann würden niemals 6 Prozent verteilt werden. Sie kennen gewiß solche Fälle im Geschäftsleben. Als zweiter Grund spricht gegen den Antrag: Wir haben der Gesellschaft in diesem Vertrage nach unserer Auffassung alles auferlegt, was an Vorteilen für uns herauspringen würde, wenn wir das Werk selber betrieben. Daran sollen wir uns genügen lassen. Wenn Sie der Gesellschaft dies noch auferlegen wollen, daß den Aktionären, die mit ihrem Vermögen für die Gesellschaft einstehen, ein Betrag gesperrt werden soll, wenn Sie nach vielleicht 6—8 schlechten Jahren einmal zu einem guten Jahre kommen und hohe Dividenden erhalten können, dann kommen Sie an die Grenze, wo die Aktionäre sagen: Die Sache hat für uns kein Interesse mehr. So gern ich

für meine Vaterstadt heraushole, was herauszuholen ist, so möchte ich doch warnen, einen derartigen Beschluß zu fassen. Ich glaube, der Vertrag würde dann scheitern.

Stadtv. Sander: Wenn die Sache so ungeheuerlich ist, dann wundert es mich, daß sie in dem vorigen Vertrag enthalten gewesen ist. Da ist es doch ganz gut gegangen, wir haben keine 25 Prozent Abgabe gehabt von der Bruttoeinnahme, wir haben aber auch keine 7½ Pfennig der Gesellschaft vorweg zugebilligt. Auch in dem früheren Vertrage haben wir eine Abgabe von der Bruttoeinnahme gehabt, wie auch in dem jetzigen Vertrage. (Zuruf: Aber keine Minimalsätze!) Das ist das Einzige, was erreicht ist, aber diese Minimalsätze sind gewissermaßen illusorisch. Die Gesellschaft weiß ganz genau, wie sie mit dem Werke steht, sie weiß, daß der Konsum an Elektrizität zunimmt, und daß das Werk auf einer steigenden Basis steht. Bei der Gründung des Werkes wäre es gewagt gewesen, eine Gewinnsumme zu garantieren; heute aber weiß die Gesellschaft genau, daß sie, wenn sie soundso viel Strom abgibt, in der Lage ist, eine derartige Steuer zu garantieren. Ich habe nicht gesprochen von 6 Prozent Dividende, wie der Vorredner erwähnte, sondern erst bei 8—10 Prozent Dividende soll eine Abgabe von 25 Prozent, bei über 10 Prozent eine solche von 50 Prozent gegeben werden. In dem alten Vertrage steht: Bei 6—10 Prozent 33½ Prozent Abgabe, bei über 10 Prozent 50 Prozent Abgabe. Mein Antrag ist also schon eine Abschwächung.

Stadtv. Hauswaldt: Kaufmännisch läßt sich eine Extraabgabe bei hoher Dividende mit Minimalätzen nicht zusammenbringen. Ich bin überzeugt, daß die Gesellschaft auf das erste eingehen wird, wenn wir ihr die Minimalätze erlassen. Als Vertreter der Stadt sind mir aber für unsern Etat die Minimalätze wertvoller als die Möglichkeit, an einem hohen Gewinn teilnehmen zu können. Das Werk steht jetzt an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit, es arbeitet also eben finanziell so gut wie möglich. Wenn jetzt das Drehstromwerk gebaut wird und das Werk anfängt, unsere Industrie für sich zu interessieren, dann kann man wohl denken, daß Jahre kommen werden, wo das in das Drehstromwerk investierte Kapital sich nicht verzinst und das innere Werk das Drehstromwerk mit erhalten muß. Das kann dann wohl möglich sein, wenn die Kraft für großindustrielle Werke bereitgehalten werden muß, um sie zu veranlassen, sich dem Drehstromwerk anzuschließen. Es ist nicht so durchaus sicher, daß in der Zukunft die Erträge des Elektrizitätswerkes steigen werden, ich bin sogar der Ansicht, daß nach dem Bau des Drehstromwerkes wieder eine Reihe von Jahren kommen wird, in denen die Stadt bei andern Abmachungen nicht das Minimum erreichen würde, während wir dessen jetzt sicher sind. Bei den Verhandlungen verlangten die Vertreter der Gesellschaft von uns

— das ist menschlich berechtigt —, wenn in einem schlechten Jahre das Minimum den rechnerischen Überschuß des Werkes überholt hätte, dann sollte das Werk in guten Jahren das überschießende bis auf das Minimum zurückrechnen können. Das haben wir abgelehnt im Interesse der Stetigkeit des Etats. Ich wiederhole: Es ist der Stadt zu raten, diesen minimalen Betrag zu nehmen und nicht eine Beteiligung an einem imaginären späteren Gewinn. Beides einzuholen — die Herren aus der Industrie werden mir darin recht geben — wird nicht möglich sein.

Stadtv. **Sander**: Nach den Ausführungen des Herrn Vorredners muß ich auch erklären, daß ich ebenfalls mehr Gewicht auf die garantierte Summe als auf einen Anteil am Mehrgewinn lege. Wenn beides nicht zu erreichen ist, dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

§ 10 I wird angenommen.

Stadtv. **Hauswaldt** (zu § 10 II): In diesem Teil finden Sie die Bestimmung, daß der Gesellschaft in solchen Fällen, wo sie ohne ihr Verschulden an normaler Stromabgabe verhindert wird, wie bei Naturereignissen, Krieg, Aufständen, Brandschäden, Störungen im maschinellen Betriebe oder in den Leitungen, die Jahresabgabe ermäßigt werden soll. Das ist nicht mehr wie recht und billig; Sie finden das auch in jedem Vertrage. In den folgenden Absätzen kommen die Bestimmungen darüber, welche Unparteiischen die Ermäßigung feststellen sollen.

Dem § 10 II wird zugestimmt.

Stadtv. **Hauswaldt** (zu § 10 III): Hier wird der Termin der Abrechnung und der Zahlung der Abgabe festgestellt.

§ 10 III wird angenommen.

Stadtv. **Hauswaldt** (zu § 11 I): Die Konzessionsdauer müssen Sie trennen von der Zeit, nach deren Ablauf verlangt werden kann, daß das Werk an die Stadt abzutreten ist. Diese Zeit rechnet vom Jahre 1915 an, wo das Drehstromwerk in Betrieb gekommen sein wird, und dauert dann 15 Jahre. Die Abtretung kann demnach 5 Jahre vor Ablauf der Konzessionsdauer verlangt werden; es sind also von der Konzessionsdauer durch die Gesellschaft 5 Jahre fallen gelassen unter Innehaltung einer Anzeigefrist von einem Jahre.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Mir ist die Fassung des § 11 nicht ganz klar, wenigstens scheint sie nicht im Einklang zu stehen mit dem Schreiben Tagebuchnummer 1952 vom 27. Februar 1913. Auf der Seite 5 sind die Zugeständnisse gegenübergestellt, die die Gesellschaft und der Magistrat gemacht haben. Unter den letzteren steht:

„Der Gesellschaft sollen folgende Vergünstigungen zugestanden werden:
 1. Die Stadt verzichtet auf Übergabe des Lichtwerkes bis zum Schlusse des 15. Rechnungsjahres nach der Inbetriebnahme des Drehstromwerkes, das heißt bis zum 31. März 1930; auch soll bei Verlängerung der mit dem 31. März 1835 endenden Konzession die Übernahme stets nur zum Schlusse eines 5jährigen Zeitraumes beansprucht werden.“

Was mir nicht im Einklang zu stehen scheint, ist, daß in § 11 steht: „Unter Innehaltung einer Anzeigefrist von einem Jahre,“ während hier von 5 Jahren die Rede ist. Auszusehen habe ich zweierlei: Auf der einen Seite, daß die Dauer übermäßig lange bemessen ist. Ich gebe zu, wenn man einmal einen Vertrag schließt, muß man der Gesellschaft in gewissem Umfange einen Spielraum geben, das, was sie eingebracht hat, zu verwerten. Auf der andern Seite muß uns das Interesse der Stadt näher stehen, und da Sie warme Freunde der Übernahme auf die Stadt sein sollen, kann es nie früh genug geschehen. Weshalb die Übernahme-möglichkeit über die Billigkeit gegenüber der Gesellschaft hinaus verlängert werden soll, vermag ich nicht einzusehen. Wenn die Gesellschaft eine 10jährige Übergangszeit hat, dann kann man das sehr wohl nach beiden Teilen hin eine gerechte Mittellinie nennen, jedenfalls eine Linie, die mehr im Interesse der Stadt liegt, wenn sie ernstlich daran denkt, das Werk übernehmen zu können. Die in dem Schreiben vorgezeichnete Kündigungszeit scheint mir auch über die Maßen lang. Wir haben bisher eine 3jährige, und daß sie in dem neuen Vertrage verlängert werden soll, scheint mir nicht angebracht. Ich bitte die zehnjährige Frist bis zum 31. März 1925 einzuführen und im übrigen eine 3jährige Kündigungsdauer.

Stadtv. Hauswaldt: Als Haupteinwurf gegen diesen Antrag habe ich zu sagen: Die 15 Jahre, die festgesetzt sind, waren ein Kompromiß; es ist das, was von der Gesellschaft herauszuholen war. Sie müssen bedenken, daß die Gesellschaft die ganzen schweren Zugeständnisse nicht um unserer schönen Augen willen gemacht hat; sie will verdienen. Da kam es darauf an, einen Termin zu finden, der es der Gesellschaft möglich macht, eventuelle Verluste, die sie in den ersten Jahren vielleicht mit dem Drehstromwerk hatte, wieder gutzumachen. In dem ersten Vertrag war von 25 Jahren die Rede, und es ist schließlich die Verkürzung um 5 Jahre erreicht.

Der scheinbare Widerspruch, auf den Herr Dr. Jasper hinweist, erklärt sich folgendermaßen: Es soll zum 31. März 1930 zum ersten Male möglich sein, das Werk in städtischen Besitz zu nehmen. Dazu ist es nötig, ein Jahr vorher die Kündigung auszusprechen entgegen der bisherigen Bestimmung einer Kündigung 3 Jahre vorher. Darauf soll nur nach 5 Jahren wieder, also zum 31. März 1935, die Möglichkeit gegeben sein, das Werk zu übernehmen, wieder mit vorheri-

ger einjähriger Kündigung. Die städtischen Behörden würden sich also bis zum 31. März 1929 überlegen müssen, ob sie das Werk zum 1. April 1930 haben wollen. Ist das nicht der Fall, so würden sie es immer erst nach 5 Jahren übernehmen können, und auch immer nur mit einem Jahr Kündigungsfrist. Die Gesellschaft legt großen Wert auf dieses Zugeständnis, und von seiten der Stadt waren wir der Ansicht, bei dem großen Objekt könnten wir uns darauf einlassen, nur alle 5 Jahre von diesem Rechte Gebrauch zu machen.

Mit der Konzessionsdauer unter 15 Jahre herunterzugehen, halte ich für aussichtslos. Wenn ich offen meine persönliche Meinung sagen soll, so ist es die: Eine Abminderung der Konzessionsdauer auf 5 Jahre haben wir erreicht; 3 Jahre hat die Gesellschaft sowieso noch die Konzession fest, es bleiben von den zugestandenen 15 Jahren also nur noch 12 übrig, um die der Vertrag verlängert wird. Ich möchte Sie bitten, sich damit zufrieden zu geben; ich glaube, es ist alles, was zu erreichen ist.

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Referenten, auch auseinanderzusetzen, daß die Stadt das Recht hat, einen 5jährigen Betrieb von der Gesellschaft zu fordern.

Stadtv. Hauswaldt: Das steht in § 12. Dieser macht es umgekehrt, wie der § 10. Wenn die städtischen Behörden, die nach uns kommen werden, im Jahre 1935 aus irgendwelchen Gründen das Werk nicht übernehmen wollen, so ist die Gesellschaft gezwungen, auf Beschluß der städtischen Behörden, in diesem Vertrage noch 20 Jahre auszuharren. Die Bestimmung darüber findet ganz einseitig nur durch die städtischen Behörden statt. Ich glaube, damit ist doch die Bewegungsfreiheit der Stadt genügend gewahrt.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich bin aus den Ausführungen des Herrn Berichterstatters nicht ganz klug geworden. Nach der neuen Fassung, wie sie in dem neuen Vertrage (in dem stärkeren Heft) vor uns liegt, ist gesagt unter I: „Die der Unternehmerin durch diesen Vertrag erteilte Konzession gilt auf die Dauer von 35 Jahren vom Tage des Betriebsbeginnes an gerechnet“ (das ist übernommen aus dem alten Vertrage) und weiter: „doch behält sich die Stadt Braunschweig das Recht vor, vor Ablauf der mit dem 31. März 1935 endenden Konzessionsdauer die Abtretung des Unternehmens nur bis zum 31. März 1930 unter Innehaltung einer Anzeigefrist von einem Jahre zu fordern.“ Also 1929 mußten wir kündigen auf 1930 und können dann wieder kündigen 1930 auf 1935. (Zuruf: 1934 auf 1935!) Das steht hier nicht, also bleibt es beim alten. In der kleinen Vorlage steht nicht, daß eine Kündigung in dieser Beziehung möglich sein soll. Ich möchte deshalb beantragen, da diese ganze Bindung nicht im Interesse der Stadt zu

liegen scheint, zu sagen: „Die Konzession dauert bis zum 31. März 1925 und ist unter Innehaltung einer Anzeigefrist von einem Jahre kündbar.“

Vorsigender: Die einjährige Kündigungsfrist soll sich nach dem Magistratsantrag sowohl auf das Jahr 1930, wie auf das Jahr 1935 beziehen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ursprünglich war die Anzeigefrist auf ein Jahr bemessen, später ist sie erweitert auf 3 Jahre. Aber gerade bei den Verhandlungen, die jetzt gepflogen sind, haben wir es als beschwerlich empfunden, daß wir eine 3jährige Kündigungsfrist innezuhalten haben, und wir mußten Wert darauf legen, die einjährige Kündigungsfrist wieder zur Einführung zu bringen. Darauf erklärte die Gesellschaft: Wir wollen der Stadt entgegenkommen, aber wir bitten, uns dann doch in gewisser Weise Ruhe zu gönnen, so daß nicht jedes Jahr gekündigt werden kann, sondern dafür bestimmte Perioden festzusetzen. Wir haben uns darauf verständigt, daß die 5jährige Ruheperiode für die Gesellschaft durchaus am Platze ist, daß aber, wenn die städtischen Behörden am Schluß einer solchen kündigen wollen, sie nur eine einjährige Kündigungsfrist innezuhalten haben. Da wir überhaupt auf die Kündigungsmöglichkeit für die ersten 15 Jahre verzichten, so ist der Antrag so gefaßt, daß wir frühestens zu 1930 ein Jahr vorher kündigen können. Dann kommt der Ablauf der Konzession 1935. Wenn dies Jahr ins Land gekommen ist, können wir das Werk übernehmen und haben auch das Recht, zu sagen: „Wir wünschen, das Ihr den Betrieb fortsetzt,“ und dann soll in dem fortgesetzten Betriebe wieder die 5jährige Periode Platz greifen. Irgendwelche praktische Bedeutung hat diese Vorschrift meiner Ansicht nach nicht. Denn wenn wir 1930 erstmalig in die Lage kommen, von neuem zu prüfen: Wollen wir das Werk übernehmen oder nicht, dann wird eine ähnliche Verhandlung einsetzen wie heute, und wenn wir eine Fortsetzung des Betriebes durch die Gesellschaft verlangen, dann wird die Stadt ganz andere Bedingungen stellen. Ich hoffe wenigstens, daß sie sich bis dahin so entwickelt haben wird, daß dann auch die jetzige Abgabe nicht genügt.

Vorsigender: Herr Dr. Jasper hat einen Antrag eingereicht, zu beschließen: „Die Konzession dauert bis zum 31. März 1925 und ist unter Innehaltung einer Anzeigefrist von einem Jahre kündbar.“

Ich bemerke dazu: Wenn die Konzession bis 1925 dauert, so bedarf sie zu dem Zeitpunkt einer Kündigung nicht.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich war erstaunt über die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, weil nach der alten Fassung eine gewisse Kündigungszeit vorgesehen war, ich glaube, es waren 3 Jahre, so daß nicht 1935, wie nach der Vorlage, ein vertragloser Zustand dagewesen sein würde.

Oberbürgermeister Metemeyer: Der neue Vertrag läuft darauf hinaus, daß der Gesellschaft nicht eine Schonzeit von 15 Jahren, sondern in Wirklichkeit nur von 7 Jahren zugebilligt werden soll. Denn erst muß sie das neue Werk bauen; ehe sie es nicht in Betrieb genommen hat, hat sie auch keine Vorteile davon. Es wird keine Schwierigkeiten haben, unter das Jahr 1930 herunterzugehen; ich bezweifle, daß sich die Gesellschaft darauf einlassen wird.

Vorsitzender: Ich möchte anregen, ob es sich nicht empfiehlt, zur Klarlegung vor das Wort „Ablauf“ zu setzen „vor dem ohne Kündigung eintretenden“. Es könnte nach Jahren eine Auslegung möglich sein, daß der Schluß des Satzes „unter Innehaltung einer Anzeigefrist von einem Jahre“ sich auch auf diesen Ablauf beziehen könnte.

Oberbürgermeister Metemeyer: Das ist nach § 12, Absatz 1 ausgeschlossen. Entweder das Werk geht in den Besitz der Stadt über, oder es wird die Fortsetzung verlangt. § 12 sagt deutlich: „Nach Ablauf der . . . Vertragsdauer geht das gesamte Werk . . . in das Eigentum der Stadt über, sofern letztere nicht von der hierzu verpflichteten Unternehmerin die Weiterführung des Betriebes . . . auf einen Zeitraum von höchstens 20 Jahren verlangt.“ Ich weiß nicht, wie es deutlicher gesagt werden soll.

In der Abstimmung wird der Antrag Jasper abgelehnt, der § 11 I nach der Magistratsvorlage angenommen.

Stadtv. Hauswaldt (zu § 11 II): Dies ist der Teil des Paragraphen, der unter den Abteilungen a — e die Abschreibungen enthält und, wie Sie aus den Vorverhandlungen gehört haben, Bestimmungen von großer Wichtigkeit für unsere Stadt bringt. Sie finden hier als etwas Neues, daß ein „Anlagekostenverzeichnis“ aufgestellt werden soll, in dem die einzelnen Werte für alle diejenigen Stücke, die als selbständige Anlage anzusehen sind, aufgeführt werden müssen. Das Verzeichnis ist in 6 Hauptteilen zu führen: 1. Grundstücke, 2. Gebäude, 3. Kabelnetz, 4. Hausanschlüsse und Transformatoren, 5. Kessel, Maschinen und elektrische Einrichtungen, 6. Elektrizitätszähler und Münzzähleranlagen. In dieses Verzeichnis werden, wie in ein Feuerversicherungsformular, die einzelnen Sachen eingetragen und dahinter der Wert gesetzt, und zwar müssen die einzelnen Teile so bewertet werden, daß die Gesamtkosten dieser Werte zusammengerechnet per 1. April dieses Jahres die Summe ergeben, gegen die wir das Werk übernehmen könnten. Es sind dann die Abschreibungsquoten auf die einzelnen Teile festgestellt und wird ferner gesagt: Wenn Erneuerungen vorgenommen werden (diese wurden bisher aus dem Betriebe gemacht), deren Kosten dem Anlagekapital

als Zusatzwert zuzusetzen sind, so werden diese Neuanlagen nur dann als Aktiva gebucht, wenn gleichzeitig zu Lasten des Betriebes der Buchwert des erneuerten Stückes abgeschrieben wird. Das ist eine Handhabung, die wir im kaufmännischen Wesen nicht kennen; wir machen es nur so, daß von dem Gesamtwert die Abschreibungen vorgenommen werden. Dieser Paragraph zusammen mit dem, der bestimmt, daß der Stadtmagistrat oder die städtischen Behörden zustimmen müssen, ob eine Erweiterung oder Erneuerung nötig ist, machen es uns möglich, das Anschwellen der Aktiva in den folgenden Jahren zu verhindern, so daß nicht wieder im Jahre 1930 eine unendliche Summe herauskommen könnte. Es ist das eine sehr schwierige, aber für uns Kaufleute doch interessante Sache, die allerdings eine subtile Buchführung erfordert. Sie ist aber möglich und wird für die Stadt von großem Vorteil sein.

Die Höhe der Abschreibungen finden Sie in der umfangreichen Vorlage auf Seite 8. Sie beträgt für Grundstücke 0 Prozent, für Gebäude 1 Prozent, für Kabelnetz, Hausanschlüsse und Transformatoren 3 Prozent, Kessel, Maschinen und elektrische Einrichtungen 5 Prozent, Elektrizitätszähler und Münzzähleranlagen 7 Prozent pro Jahr. Diese Abschreibungsprozente sind natürlich das Resultat langer Besprechungen. Die Gesellschaft hatte zuerst viel weniger vorgeschlagen, sie wollte insbesondere absolut nicht auf 3 Prozent für das Kabelnetz eingehen und sagte, in vielen Gesellschaften würden nur $2\frac{1}{2}$ Prozent abgeschrieben. Wir haben gerade diese Sätze gewählt, weil sie, multipliziert mit dem Wert, eine Amortisation von 4 Prozent ergeben und dies der Prozentsatz ist, nach dem in 15 Jahren, wenigstens in der Theorie, hoffentlich auch in der Praxis, der Gesamtwert um 60 Prozent niedriger zu Buche steht.

Stadtv. Hartung: Eine Nachprüfung des rechnerischen Ergebnisses dieser neuen Fassung ist für uns außerordentlich schwierig. Ich wenigstens bin nicht in der Lage, mir ein einigermaßen klares Bild zu machen; ich sehe nur ein, daß diese Bestimmungen unter c, die über die sonstigen kaufmännischen Grundätze hinausgehen, für uns von großem Wert sein müssen. Ich möchte aber auf der andern Seite darauf hinweisen, daß mir aufgefallen ist, daß in einer Beziehung der Gesellschaft auch entgegengekommen wird. Wenn ich annehme, daß der 31. März 1930 als der Tag der Auflösung infolge unserer Kündigung zu gelten hat, so würden wir jedenfalls an dem alten Werke und ebenso an dem alten Gebäude nach dem alten Vertrage 76 Prozent abgeschrieben haben. In dieser Beziehung steht sich also die Gesellschaft durch den neuen Vertrag rechnerisch besser. Wir sind aber nicht in der Lage, hier einzugreifen, denn die Gesellschaft wird wieder sagen: „Dann muß uns in anderer Beziehung entgegengekommen werden,“ und dann wird das Exempel wieder ganz anders. Ich muß da den Herren, die in der Kom-

mission geessen und die Rechnungen im einzelnen durchgearbeitet haben, das Vertrauen schenken, daß der Vorteil für die Stadt so groß ist.

Vorsigender: Vorauszusetzen ist immer, daß die Sachen noch existieren, sonst ist der ganze Wert abzusetzen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Es ist keine Frage, daß bei dem alten Werke die jetzt kommenden Jahre für uns günstiger wären, wenn der Vertrag unverändert weiterlaufen würde. Aber der Magistrat hat sich gesagt: Wenn der alte Vertrag weiterläufe, würden wir wohl wahrscheinlich das alte Werk an der Wilhelmstraße zu einem billigen Preise bekommen, aber damit ein unbrauchbares Werk erhalten. Denn es muß im Laufe der Jahre immer so viel Neues, besonders auf dem Gebiete der Elektrizität, geschaffen werden, daß wir dann mit dem alten Werk nichts anfangen könnten. Da wir ein Drehstromwerk haben müssen, so legen wir größeren Wert darauf, für die Abschreibungen bei dem neuen Werke günstigere Bedingungen zu erlangen. Deshalb soll das alte Werk unter normalen Bedingungen abgeschrieben werden; die günstigeren Bedingungen für beide Werke zu vereinigen, läßt sich nicht verlangen.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich bin auch Laie in der Hinsicht, aber ich richte mich in der Frage der Abschreibungen nach dem Söchtingschen Gutachten und finde auf Seite 5, daß Söchting dem Stadtmagistrat folgende Sätze nach seiner Erfahrung für die wichtigsten Teile angegeben hat: Kessel 3 Prozent, Gebäude 2 Prozent (hier ist in dem neuen Vertrage für Gebäude nur 1 Prozent vorgesehen, und ich weiß nicht, ob es der Erfahrung entspricht, daß Fabrikgebäude gerade eine 100jährige Lebensdauer haben), Maschinen, Kessel, Apparate 5 Prozent, wie in der Vorlage, Zähler 4 Prozent und Hausanschlüsse 5 Prozent, während in der Vorlage nur 3 Prozent vorgesehen sind. Ich möchte mich auf dieses sachverständige Gutachten und die Erfahrungen des Herrn Söchting berufen und bitte, entgegen der Vorlage, die Gebäude abzuschreiben mit 2 Prozent, Hausanschlüsse mit 5 Prozent.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich glaube, man kann nicht ohne weiteres sagen, daß die Abschreibungen, wie sie z. B. bei Aktiengesellschaften durchaus angebracht sind, auch hier Platz greifen müssen. Es dreht sich nicht darum, daß wir eine richtige Bilanz bekommen — und dazu dienen die normalen Abschreibungen bei den Aktiengesellschaften —, sondern hier handelt es sich nur darum: Was können wir bei der minimalen Abgabe von zunächst 200 000 M noch an Abschreibungen erlangen. Das ist natürlich Gegenstand des Handels. Sie können nicht allein die Abschreibungen berücksichtigen und nicht die Abgabe allein, sondern

Sie müssen beides zusammen ins Auge fassen. Sie müssen sagen: In jedem Jahre erhält die Stadt die Minimalabgabe, wenn sie nicht mehr bekommt, und daneben eine Verminderung des Kaufpreises um soundso viel. Wenn wir dieses beides zusammenrechnen, dann können wir uns die Frage vorlegen: Wollen wir gegen diese Leistungen die Gesellschaft weiter konzessionieren? Das ist etwas anderes, als wenn man die Grundsätze befolgen müßte, die bei Aufstellung der Bilanz einer Aktiengesellschaft zu befolgen sind. Die Gesellschaft hat jetzt, wenn ich nicht irre, eine Bruttoeinnahme von 1 Million Mark. Wir bekommen davon 200 000 *M.* Darnach kann man ungefähr berechnen, mit wieviel wir uns durch die Abgabe von der Bruttoeinnahme an dem Gesamtunternehmen beteiligen. Es kann ja selbstverständlich später so kommen — und es kommt hoffentlich auch dazu —, daß es noch mehr wird. Können wir neben dieser Vereinnahme noch verlangen, daß noch mehr abgeschrieben wird, als jetzt vereinbart ist? Ich gebe zu, daß Fabrikgebäude nicht 100 Jahre halten, andererseits gibt es eine Menge davon, die weit über 50 Jahre gehalten haben; also absolut richtig ist der eine und der andere Satz nicht, im allgemeinen werden wohl 2 Prozent abgeschrieben. Es handelt sich hier darum, daß Sie sich schlüssig machen: Wollen Sie auf das Gebot der Gesellschaft eingehen?

Stadtv. Hauswaldt: Der Herr Vorredner hat vollkommen recht: Wir ständen uns bei dem alten Werk viel besser, wenn wir bei dem alten Vertrage blieben. Das kommt daher, weil wir die 8 Respektjahre überwunden haben. Wir würden uns aber schlechter stehen, wenn wir nun für das Drehstromwerk wieder eine Reihe von Respektjahren vorgesehen hätten. Wir können uns gratulieren, daß dies in dem neuen Vertrag nicht der Fall ist. Das neue Werk tritt mit dem ersten Jahre in die volle Amortisation, in die vollen Abschreibungen ein. Nun hat der Herr Oberbürgermeister schon gesagt, daß Sie sich folgendes Exempel machen müssen: Die ganze alte Sache kostet jetzt 4 Millionen, dazu das neue Werk, = 5 500 000 *M.* Davon bekommen wir im ersten Jahre 200 000 *M.* fest, dazu 4 Prozent Abschreibungen, = 275 000 *M.* Das muß erst verdient werden, ehe die Gesellschaft an ihren eigenen Verdienst denken kann. Nun kann es der Gesellschaft egal sein, ob sie mehr gibt als Minimalabgabe oder als Abschreibung; beides kommt der Stadt zugute. Da haben wir gesagt: Wir wollen lieber die 200 000 *M.* Minimalabgabe nehmen und bei den Abschreibungen uns begnügen. Die beiden Summen gehören also, wie der Herr Oberbürgermeister sagte, bei der Wertung des Angebots zusammen, denn das ist der Betrag, den die Gesellschaft vorweg, ehe sie zu ihrer eigenen Verzinsung kommt, für uns abzieht.

Vorsitzender: Herr Dr. Jasper hat zu § 11 II b den Antrag eingereicht, an Gebäuden 2 Prozent, an Hausanschlüssen 5 Prozent abzuschreiben.

Stadtv. **Probst:** Ich habe schon das vorige Mal beantragt, daß die Abschreibungen auf die Gebäude, die nach meinem Dafürhalten nicht genügend sind, erhöht werden. Es ist ja für uns schwierig, uns ein Bild davon zu machen, was im ganzen abgeschrieben wird. Es wird uns gesagt: Es sind 4 Prozent, aber nachrechnen können wir das nicht, weil wir für den Wert der einzelnen Sachen, Grundstücke, Gebäude, Kessel usw. kein Maß haben. Ich wußte z. B. bis jetzt nicht, wie groß der Wert der Gebäude des Lichtwerks ist. Es wird nun allerdings gesagt, daß nach Fertigstellung des Drehstromwerkes die Gebäude einen Wert von 600 000 *M* repräsentieren würden. Ich hatte die Absicht, eine Abschreibung von 2 Prozent auf Gebäude zu beantragen. Nun muß ich allerdings sagen: Es ist eine eigene Sache, mit einem solchen Antrage zu kommen und eine bestimmte Summe zu fordern. Ich möchte deshalb meinen Antrag modifizieren und nicht sagen: Es sollen 2 Prozent auf die Gebäude abgeschrieben werden, sondern: Wir ersuchen den Magistrat, dahin zu wirken, daß eine größere Abschreibung als 1 Prozent, wie es in dieser Abmachung steht, vorgesehen wird. Zu sagen, ob 1 oder 2 Prozent richtig sind, ist schwierig; das glaube ich allerdings, daß 1 Prozent nicht richtig ist, denn Fabrikgebäude, die 100 Jahre alt sind, mag es wohl geben, ob sie aber den Anforderungen genügen, die man an sie stellt? In den meisten Fällen werden sie abgerissen, nicht weil sie baufällig sind. Aber wer kann sagen, ob das nach 50 oder nach 100 Jahren geschieht. Vielleicht ist es richtiger, 1½ Prozent Abschreibung festzusetzen, dann würden die Gebäude 66 Jahre stehen bleiben können. Das möchte ich aber den Verhandlungen des Magistrats überlassen und nur den Antrag stellen:

„Den Magistrat zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß eine Bestimmung in den Kontrakt aufgenommen wird, wonach eine höhere Abschreibung als 1 Prozent auf Gebäude stattfindet.“

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Wenn die Versammlung diesem Antrage stattgibt, wird der Magistrat die Verhandlungen selbstverständlich in diesem Sinne aufnehmen. Ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß der Abschluß nicht verhindert wird, wenn die Gesellschaft den Antrag ablehnt. Von den Gebäuden ist eines an der Wilhelmstraße bisher dem Anlagekonto nicht zugeführt, und das mag die Straßenbahngesellschaft unter diesen Umständen behalten; der Magistrat kann sagen: Das Gebäude will ich nicht. Das andere hat die Gesellschaft gepachtet. Nun sehen Sie sich die Gebäude an, die in Frage kommen. Wenn man sie hochtaxiert, so kommen sie auf 300 000 *M*, denn der Hauptwert steckt nicht in dem Bauwerk, sondern in den Maschinen und dem Grundstück. Wenn nun wirklich 300 000 *M* angenommen werden, was für eine Differenz würde da im Jahre bei den beiden Prozentsätzen herauskommen? Spielt das gegenüber der Abgabe eine

so wesentliche Rolle? Insbesondere wiederhole ich: Man kann nicht sagen, daß es nötig ist, in dieser Weise abzuschreiben. Es kommt darauf an, welchen Satz wir vereinbaren, das heißt, zu welchem Satze wir dereinst das Werk übernehmen wollen.

Stadtv. **Niete:** Ich halte die Abschreibung von 2 Prozent auf Gebäude für minimal und auch am Plage. Wenn Fabrikgebäude angeführt werden, die 100 Jahre stehen, so will ich das nicht bezweifeln. Aber hier, wo die Kessel unter dem Dache liegen und das Gebäude jetzt schon zittert, wenn die Maschinen im Betriebe sind, wird nicht mit einer solch langen Dauer zu rechnen sein. Ich würde für die Gebäude nicht den Preis geben, der hier angegeben wurde, auch nicht die Hälfte, und es würde sich in ganz Deutschland niemand finden, der einen so hohen Preis bezahlte. Ich stehe auf dem Standpunkte, es müßte mehr abgeschrieben werden.

Stadtv. **Probst:** Ich habe in meinem Antrage gesagt, der Magistrat möge er sucht werden. Ich habe damit sagen wollen, wenn die Herren Kollegen dem Antrage zustimmen und der Magistrat nicht in der Lage ist, diese Bestimmung durchzudrücken, dann will ich nicht, daß der ganze Vertrag daran scheitert. Ich habe das, was ich anführe, nur für wünschenswert gehalten.

Stadtv. **Sander:** Der Herr Referent hat gemeint, wir könnten uns gratulieren, daß wir in dem neuen Vertrage nicht die Respektsjahre hätten. Damit hätte uns doch die Gesellschaft nicht kommen dürfen, das ist ja der größte Fehler, der in dem alten Vertrage gemacht ist. Es wäre wohl keiner der Stadtverordneten bereit gewesen, hierzu ja zu sagen. Im übrigen halte auch ich die Abschreibungen für sehr gering. Es ist das etwas von dem, was ich bei meinen ersten Ausführungen erwähnte als etwas, was bei dem Vertrage noch herauszuholen wäre. Ich hatte gestern erst die Gelegenheit, bei einem großen Werke die Abschreibungen kennen zu lernen. Dort schreiben sie 50, 30 Prozent auf Maschinen ab, das ist eine Sparbüchse für die Werke. Nun sagt der Herr Oberbürgermeister, wir könnten eine Aktiengesellschaft nicht mit unserer Sache vergleichen, die schreiben nur ab, um die Bilanz herauszubringen. Der Herr Oberbürgermeister meinte ferner, wir bekämen die garantierte Summe und 4 Prozent Abschreibungen dazu. Das ist nicht der Fall. Ich bin fest überzeugt, die 4 Prozent, die abgeschrieben werden, sind auch an dem Werk verloren gegangen. Die Abschreibungen sind wegen der Abnutzung nötig, sie sind aber kein Gewinn für uns. Wenn Herr Hauswaldt sagt, wir bekämen dadurch 275 000 *M* mehr, daß 4 Prozent abgeschrieben werden, so meine ich: die 275 000 *M* sind in Wirklichkeit weg, um diese Summe ist das Werk in einem Jahre wertloser geworden. Eine noch magerere Abschreibung

als 4 Prozent werden Sie nirgends finden. Es hat aber eigentlich keinen Zweck, daß man noch etwas dazu sagt. Es kommt immer die Antwort: „Meine Herren, das ist ausgeschlossen, das bringen wir nicht durch.“ Es ist vergebene Liebesmühe, wenn man meint, noch etwas herausholen zu können, es wird stets gesagt: Es ist nichts weiter zu erreichen.

Stadtv. **Hfmann**: Ich bin selbstverständlich auch der Meinung, daß hier bei Festsetzung der Abschreibungen für Haus und Inventarien die Sache anders liegt als bei einer Aktiengesellschaft und bei sonstigen Gesellschaften, die sich durch eine hohe Abschreibung eine stille Reserve schaffen. Das können wir von der Elektrizitätsgesellschaft nicht verlangen, es wäre ein Unding, zu verlangen, daß sie uns eine stille Reserve schaffen soll, daß sie die Maschinen, die Grundstücke uns billiger geben soll, als sie realen Wert haben. Aber ich fürchte doch, daß die Abschreibung von 1 Prozent auf Gebäude nicht genügend ist. Es ist nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß es zweifelhaft ist, ob solche Gebäude 100 Jahre halten. Bei den Gebäuden, die in Beton aufgeführt sind, ist man sich noch nicht klar, wie sie sich im Laufe der Zeit halten werden, ob das ebenso der Fall sein wird wie bei den alten Gebäuden. Im übrigen ist auch schon darauf hingewiesen, daß gerade das Haus in der Wilhelmstraße bedeutende Erschütterungen zu ertragen hat und deshalb einer stärkeren Abnutzung als andere Gebäude unterliegt. Die Konnivenz, die der Herr Oberbürgermeister machte, indem er sagte: Wir bekommen durch die Bonifikation das an die Stadt zurück, was vielleicht an Abschreibungen zu wenig geschieht, ist doch nicht angebracht. Wenn man das aufrechnete, so wäre das eine optische Täuschung, darauf dürften wir uns nicht einlassen. Die Abschreibungen so klein zu machen, daß wir, wenn das Werk an uns übergeht, rechnen müßten: „Die 2000 M., die wir mehr geben müssen, haben wir schon zu einem Teil hineinbekommen,“ das würde für die Stadt eine dauernde Belastung sein. — Was Herr Dr. Jasper in bezug auf die Hausanschlüsse beantragt hat, halte ich auch nicht für unrichtig. Wenn von einem der Herren Redner befragt wurde, daß wir uns ungünstiger stehen als bei dem früheren Vertrage, so bin ich anderer Meinung. Ich habe bei anderer Gelegenheit auf die ungünstigen Abschreibungen im alten Vertrage hingewiesen und wurde dabei von einem Teil der Herren mit Hohn- und Gelächter empfangen. Es wurde gesagt, ich verlange unmögliche Dinge. Jetzt hat sich die Ansicht doch wohl geändert! Nicht mit Unrecht ist von Herrn Sander gesagt, die Abschreibungen auf Kessel und Maschinen seien mit 5 Prozent zu minimal. Welche Maschinen halten denn noch 20 Jahre? Namentlich in der Elektrizitätserzeugung wechseln die Maschinen schon in 5 Jahren in solch unendlicher Weise, daß man nicht rechnen kann, daß sie in dem Elektrizitätswert 20 Jahre stehen werden. In die folgenden Absätze sind allerdings Bestimmungen

hineingebracht, die es dem Werk zur Pflicht machen, alte, unmoderne Maschinen zu entfernen, was im früheren Vertrage nicht so klar zum Ausdruck gebracht wurde. Ob aber die Abschreibungen vorgenommen und nicht doch alte Sachen uns überliefert werden, das wissen wir nicht. Ich muß nochmals sagen, daß die Abschreibungen minimal genug sind, so daß sie zur Auffspeicherung von stiller Reserve nicht dienen können und auch nicht dienen sollen. Was hier angeregt wurde in bezug auf Erhöhung der Abschreibungen, halte ich für zweifellos richtig. Wir sollten diesen Anträgen zustimmen, wenn wir uns nicht sagen lassen wollen, daß wir bei der Erneuerung des Vertrages uns die Sache nicht richtig überlegt hätten. Aber Herr Sander hat schon gesagt: „Was lohnt es, daß wir noch versuchen, bei dem Vertrag etwas herauszuholen, es hilft ja doch nichts!“ Wenn der andere vertragschließende Teil Zähigkeit zeigt, dann werden wir es erleben, daß der Magistrat sagt: „Er hat alle unsere Anträge abgelehnt, es bleibt uns nichts anderes übrig, als das zu konstatieren.“ Ich bitte, dem Magistrat mit auf den Weg zu geben, daß entsprechend den Vorschlägen hier verfahren werden möge.

Stadtv. Vöhring: Ich bin einigermaßen erstaunt, daß die Erörterungen über die Höhe der Abschreibungen einen so breiten Raum einnehmen, nachdem sie in der vertraulichen Sitzung ausgiebig besprochen sind. Ich gebe zu, daß es im ersten Augenblick überrascht, wenn man liest: „Auf Grundstücke soll nichts abgeschrieben werden, auf Maschinen nur 5 Prozent,“ insbesondere diejenigen Herren wird es überraschen, welche im speziellen dabei die Abschreibungen der Industriewerke im Auge haben. Man muß aber bedenken, daß einigen geringeren Abschreibungen viel höhere Abschreibungen, z. B. auf die Kabel usw., als sie geboten sind, gegenüberstehen. Ich bitte, vor allen Dingen zu beachten, daß die gesamten Abschreibungen auf das ganze Objekt 4 Prozent betragen. Es partizipieren an diesen 4 Prozent auch die Grundstücke, es werden also höhere Abschreibungen vorgenommen, als es sonst üblich ist. Ich glaube, die Höhe der Abschreibungen ist durchaus befriedigend.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Wozu nimmt man Abschreibungen vor? Doch deshalb, damit nicht in der Bilanz Werte erscheinen, die in Wirklichkeit keine so hohen Werte sind, wie sie zu Buche stehen. Nun haben wir hier unter die Bestimmungen, die die städtischen Behörden voll und ganz zur Anwendung bringen müssen, die Verpflichtung der Gesellschaft aufgenommen, das Unternehmen in jeder Beziehung auf der Höhe zu halten. Wenn sie das nicht tut, dann wird dereinst vom Übernahmepreis ein entsprechender Abzug gemacht. Darnach muß uns die Gesellschaft dereinst ein vollkommenes Werk übergeben und kann nicht sagen: „Wir haben während der ganzen Zeit abgeschrieben, deshalb brauchen wir auch

nur ein minderwertiges Objekt zu übergeben.“ Darnach spielt die Abschreibung gar nicht eine so große Rolle.

Stadtv. Ahmann: Ich kann nicht so urteilen, wie der Herr Vorberredner. Er sagt, es würden 4 Prozent auf das Gesamte abgeschrieben. Wer so rechnet, der würde verkehrt rechnen, denn die Sätze sind hier spezialisiert. Da halte ich es für richtiger, nicht in den Fehler des alten Vertrages zu verfallen und die Abschreibungen zu klein einzusetzen. Daß die Abschriften zu dem Zweck gemacht werden, wie der Herr Oberbürgermeister sagt, ist richtig, aber sie müssen dann auch hoch genug sein, wenn der Zweck erreicht werden soll.

Für den Antrag Jasper (Abschreibung von 2 Prozent auf Gebäude) stimmen 9 Stadtverordnete, er ist damit abgelehnt.

Für den Antrag Probst (möglichst eine höhere Abschreibung auf Gebäude) stimmen 13 Stadtverordnete. Das ist die Hälfte der anwesenden Herren. Der Vorsitzende stimmt dem Antrag zu, damit ist der Antrag angenommen.

Dem Satz von 3 Prozent für die Abschreibung für Kabelnetz und Transformatorien stimmt die Versammlung zu. Der Antrag Jasper, die Abschreibung für Hausanschlüsse mit 5 Prozent festzusetzen, wird abgelehnt. Darauf werden die unter den einzelnen Buchstaben aufgeführten Teile des § 11 II (b mit der eben beschlossenen Abänderung nach dem Antrag Probst) je in besonderer Abstimmung angenommen, sodann auch § 11 III.

Stadtv. Hauswaldt (zu § 12): Das Nötige zu diesem Paragraphen habe ich schon bei § 11 gesagt. Es ist in ihm nur ein Recht der Stadt Braunschweig enthalten und keine Verpflichtung.

Vorsitzender: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß in der alten Fassung ein Wort geändert, aber nicht durch Sperrdruck bezeichnet ist. Im alten Vertrage steht „spätestens drei Jahre vor Ablauf des Vertrages“, im neuen Vertrage „spätestens ein Jahr“.

§ 12 wird angenommen, ebenso § 13.

Stadtv. Dr. Jasper (zu § 14): Eine Abstimmung über § 14 kann wohl noch nicht erfolgen, weil die Stromlieferungsbedingungen erst beraten werden müssen. Ich bitte also, die Stromlieferungsbedingungen jetzt einzuschalten oder die Beratung des § 14 bis nachher auszusetzen.

Stadtv. Hauswaldt: Ich bitte, die Beratung bis nach der Erledigung der Stromlieferungsbedingungen auszusetzen. In § 14 ist das uns Günstige ein-

geschaltet, daß bei Berechnung des Rabattes und der Prämien für zu städtischen Zwecken entnommenen Strom sämtliche mit Strom versorgte städtischen Grundstücke und Anlagen als einheitliches Ganzes angesehen werden, während der Strom bis jetzt getrennt berechnet wird.

Die §§ 15 bis 23 werden ohne Debatte angenommen.

Stadtv. **Hauswaldt** (zu dem früheren § 24): Dieser frühere § 24 wird aufgehoben. Die Schiedsgerichte für beide Teile sind von nun an die ordentlichen Gerichte.

Die Versammlung geht über zur Beratung des Artikels IV: Bedingungen für die Lieferung elektrischen Stromes. Die §§ 1 bis 4 werden ohne Debatte angenommen.

Stadtv. **Meyerhoff** (§ 5): Ich habe schon in der Sonnabend Sitzung gewünscht, daß die Sperrzeiten, die für das Kleingewerbe von besonderer Bedeutung sind, etwas anders festgesetzt werden, und erlaube mir, meinen Antrag in der Weise zu formulieren, daß ich Sie bitte, den Beginn der Sperrzeit im November erst um 5 Uhr (nicht um 4 Uhr) und dafür im März schon um 6 Uhr (nicht 6½ Uhr) eintreten zu lassen.

Meine Herren. Es ist uns ein Bild der aufsteigenden und absteigenden Kurve in graphischer Darstellung zugegangen und dabei immer Bezug genommen auf den Monat Dezember. Ich hätte gern gesehen, wenn die Straßenbahn auch über die übrigen Monate eine graphische Darstellung gegeben hätte. Aus der vorliegenden Darstellung geht hervor, daß im Dezember das Werk sehr stark belastet ist. Obgleich ich mir vorgenommen hatte, zu beantragen, auch für Dezember den Beginn der Sperrzeit auf 5 Uhr festzusetzen, so würde ich mich damit zufrieden geben, wenn die Sperrzeit im Dezember um 4 Uhr, aber doch im November erst um 5 Uhr beginnt. Die Zeit nach 6 Uhr hat für das Kleingewerbe nicht den großen Wert. Deshalb will ich der Straßenbahn auch entgegenkommen, um es ihr leichter zu machen, auf unsern Wunsch einzugehen. Das ist der Wunsch, den ich im Namen des Kleingewerbes ausdrücke. Ich bitte den Magistrat, bei den weiteren Verhandlungen darauf Rücksicht nehmen zu wollen.

Für die Änderung der Sperrzeit im November nach dem Antrage Meyerhoff stimmen 15 Stadtverordnete, für die Änderung im Monat März 13 Stadtverordnete (anwesend 24 Herren); beide Änderungen sind damit angenommen. Darauf wird der § 5 mit der eben beschlossenen Änderung angenommen. Die §§ 5 a, 5 b, 5 c, 6—10 werden ohne Debatte angenommen.

Stadtv. **Hauswaldt** (zu § 11): Für diesen Paragraphen wird beantragt, zu setzen statt „des Stadtmagistrats“ „der städtischen Behörden“.

Auch dieser Paragraph wird ohne Debatte mit der Änderung angenommen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: In dem Anschreiben an die Stadtverordneten steht unter Ziffer 4 der Vergünstigungen, welche der Straßenbahngesellschaft zugestanden werden: „Die Verpflichtung der Unternehmerin zur unentgeltlichen Lieferung und Unterhaltung der zur Beleuchtung der Straßen dienenden Laternen kommt in Wegfall.“ Ich habe mich nun vergeblich bemüht, auch eben wieder beim Durchgehen des Vertrages, diese alte Bestimmung zu finden, daß die Unternehmerin zu unentgeltlicher Lieferung und Unterhaltung der zur Beleuchtung der Straßen dienenden Lampen verpflichtet sei. Ich sehe keinen Grund ein, weshalb die Unternehmerin von dieser Verpflichtung befreit werden soll, und möchte darauf hinweisen (ich glaube, Herr Sander hat auch schon auf Cassel Bezug genommen), daß anderen Städten von der Unternehmerin selber Konzessionen gemacht wurden. Es wird den Herren bekannt sein, daß es der Wunsch der Bürgerschaft ist, die Straßenbeleuchtung nicht nur in größerem Umfange zu elektrifizieren, sondern auch, soweit die Kosten dafür von Privaten bestritten werden, sie von der Stadt zu übernehmen, ein Wunsch, der kaum auf die Dauer zu umgehen sein wird. Der Fortfall einer derartigen Bestimmung, wie sie im alten Vertrage enthalten ist, würde dabei von einiger Bedeutung sein. Weshalb wir aufgeben sollen, was wir haben, sehe ich nicht ein, so groß sind die Vorteile des Vertrages insgesamt nicht, daß das geschehen müßte. Ich möchte beantragen, diese in Fortfall kommende Bestimmung aufrechtzuerhalten.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Ich bitte zu beachten, daß die Verpflichtung zur Lieferung der Straßenlaternen von der Gesellschaft seinerzeit nur zugestanden worden ist gegenüber dem Zugeständnisse der Stadt, daß der Strom für elektrische Straßenbeleuchtung mit 60 Pfennig pro Kilowattstunde bezahlt werden müßte. Diese Bestimmung finden Sie in dem stärkeren Heft auf Seite 1, § 1 des alten Vertrages. Nun hat Herr Direktor von Feilich darauf hingewiesen, daß ein derartiges Abkommen für die Stadt bedenklich sein würde, denn man wisse nicht, wie hoch man nun eigentlich den Strom für die Straßenbeleuchtung bezahle. Es könnten auch Differenzen darüber entstehen, ob die Laternen in Ordnung seien und genügend Leuchtkraft haben. Wir haben uns deshalb gesagt, daß es richtiger sei, reine Sache zu machen: Wir bezahlen für den Strom zur Straßenbeleuchtung denselben Preis, der sonst bezahlt wird, und liefern unsererseits die Laternen. Wenn es dereinst dazu kommen sollte, daß wir die Straßen mit elektrischer Beleuchtung versehen, dann müßte der Strompreis noch heruntergesetzt werden, denn

sonst wird uns die Sache zu teuer. Ich habe die Überzeugung, daß einstweilen Preßgas noch billiger sein wird als elektrische Beleuchtung, und glaube, diese müssen wir der Zukunft vorbehalten; es wird das auf ein Rechenexempel herauskommen. Daß wir in dem neuen Verträge bei dem hohen Preise von 6 Pfennig für die Straßenbeleuchtung blieben und die Gesellschaft wieder verpflichteten, die Laternen zu liefern, halte ich nicht für vorteilhaft. Daß der Gesellschaft nichts daran gelegen ist, sehe ich schon daran, daß sie die Änderung nicht beanstandet hat. Im Magistrat sind wir der Ansicht: Wir stehen uns besser, wenn wir unter normalen Verhältnissen Strom beziehen, aber mit der Folge, daß wir dieselben Rabattsätze beziehen wie jeder Einwohner und daneben noch eine besondere Ermäßigung von 20 Prozent bekommen.

Vorsigender: Wegen der formellen Behandlung möchte ich dem Herrn Antragsteller empfehlen, daß wir erst dann seinen Antrag beraten und Beschluß fassen, wenn wir den Sondervertrag der Stadt mit der Straßenbahn über Lieferung von Elektrizität an die Stadt beraten.

Stadtv. Dr. **Jasper** (stimmt zu).

Vorsigender: Damit sind die Bedingungen zu Ende beraten. Wir kehren zu § 14 des Artikels III zurück.

Der § 14 wird angenommen, darauf auch die Artikel V, VI und VII.

Stadtv. **Hauswaldt:** Im Anschluß an diesen Vertrag haben wir zu beschließen über den Sondervertrag zwischen der Stadtgemeinde und der Straßeneisenbahngesellschaft über Kraftstromabgabe an die städtischen Betriebe. § 1 sagt, daß zwischen den beiden Kontrahenten ein Sondervertrag abgeschlossen wird, nach dem unter folgenden Bedingungen den städtischen Betrieben Kraftstrom geliefert wird:

1. Die sämtlichen Betriebe gelten als ein einheitliches Ganzes, es ist sonach für die Preisermäßigung die gesamte Strommenge, die im Laufe eines Rechnungsjahres in den sämtlichen in Frage kommenden städtischen Betrieben verbraucht ist, maßgebend.

2. Der Preis für jede Kilowattstunde beträgt für die ersten 300 000 Kilowattstunden 6,5 Pfennig, für weitere 300 000 Kilowattstunden 6 Pfennig, für die weiteren 300 000 Kilowattstunden 5,5 Pfennig, und für den Überschuß 5,25 Pfennig.

3. Zu den in Frage kommenden Betrieben gehören auch die zur Erzeugung von Preßgas dienenden Anlagen (Kompressoren).

4. Auf den nach den vorstehenden Bestimmungen von der Stadt zu zahlenden Preis werden dieser weitere Vergünstigungen (Rabatte, Prämien, besondere Stadtrabatte von 20 Prozent) nicht gewährt.

5. Der in städtischen Betrieben nur zur Aushilfe unter Benutzung von Reserve- oder Hilfsanschlüssen entnommene Kraftstrom wird der Stadt zu diesen Preisen nur so weit geliefert, als die Entnahme außerhalb der Sperrzeit erfolgt; im übrigen macht es keinen Unterschied, ob die Entnahme von Strom innerhalb oder außerhalb der Sperrzeit erfolgt.

Der § 2 heißt: „Der Stadtmagistrat nimmt namens der Stadtgemeinde Braunschweig die in § 1 enthaltenen Erklärungen der Straßeneisenbahngesellschaft an.“

§ 3: „Beide Teile sind darüber einverstanden, daß dieser Vertrag vor Ablauf des Konzessionsvertrages vom 16. Januar 1898 durch Kündigung nicht gelöst werden kann.“

Vorsigender: Müßten wir nicht erst über den Vertrag als solchen und dann über den Separatvertrag beschließen?

Stadtv. Dr. **Jasper:** Der Anregung des Vorsigenden entsprechend, erlaube ich mir, hier das zu beantragen, was ich bereits im Verfolg des Schreibens an uns angeregt habe, nämlich, daß die Lieferung und Unterhaltung der Straßenlampen wie bisher von dem Werke zu erfolgen hat. Es mag recht sein, wie der Herr Oberbürgermeister sagt, daß wir später einen besonderen Vertrag über die Straßenbeleuchtung abschließen müssen, ich glaube aber nicht, daß die Vertragsverhandlungen durch Aufrechterhaltung der alten Bestimmungen erschwert werden würden, oder daß der ganze Vertrag, auf den manche Herren Wert legen, an der Aufrechterhaltung dieser alten Bestimmungen scheitern würde. Ich gebe zu, daß wir gegenwärtig nicht davon Gebrauch machen können, deshalb habe ich auch meinen Antrag folgendermaßen formuliert:

„Ziffer 6: Die Gesellschaft hat die zur Beleuchtung der Straßen dienenden Lampen auf Verlangen der städtischen Behörden unentgeltlich zu liefern und zu unterhalten.“

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Soll denn daneben die alte Bestimmung über die Preisbemessung beibehalten werden? Das wäre doch ein Widerspruch. Entweder wir bleiben beim alten Vertrage und sagen: Die Gesellschaft ist verpflichtet, gegen Zahlung von 60 Pfennig für die Kilowattstunde uns den Strom für die Straßenbeleuchtung und dazu die sämtlichen Lampen zu liefern, im Stande zu erhalten und zu bedienen,“ oder wir wenden die neue Bestimmung des Vertrages

an, und damit fällt die Verpflichtung zur Lieferung der Lampen. Was für die Stadt vorteilhafter wäre, ist heute schwer zu entscheiden. Wir haben mit Herrn Direktor von Feilichs darüber gesprochen und haben im Magistrat die Überzeugung gewonnen, es wäre richtiger, die neuen Bestimmungen des Vertrages auch auf die Straßenbeleuchtung anzuwenden. Es ist eine böse Sache, wenn man einmal erklärt hat, an der Unterhaltung der Laternen liegt uns nichts, das hinterher doch zu verlangen, denn dadurch wird unsere Vertragsposition erschwert. Das ist die Folge davon, wenn man einmal die Besprechung eines Vertrages in der Öffentlichkeit vorgenommen hat; in der Öffentlichkeit ist es schwer, Verträge zu schließen. Meinen Sie aber, wir ständen uns besser, wenn wir auf die Straßenbeleuchtung die alten Vorschriften anwendeten, so wird, wie ich glaube, der Magistrat Ihnen nicht entgegen sein.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich halte es nicht für selbstverständlich, daß man die alten Preise wieder festlegen müßte, wenn man diesen meinen Antrag annehmen würde. Es ist an sich die Kombination „neue Sätze zusätzlich dieses Antrages“ möglich. Ich glaube, daß es der Herr Oberbürgermeister nicht bestreiten wird, daß dies noch günstiger sein würde als das alte allein. Daß an sich das sachlich in der Verhandlung nicht angenehm sein wird, verstehe ich, aber mit dem Hinweis auf die letzte vertrauliche Besprechung einzelner Herren kann man mir nicht begegnen, denn da waren die Verhandlungen schon veröffentlicht. Sonst müßten wir sagen: Unsere ganzen Beratungen haben keinen Zweck, wir schluden, was die Unterhändler herausgebracht haben.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Mit zwei Eijen im Feuer operiert der Magistrat sehr gern. Ich verstehe Herrn Dr. Jasper so, daß dem Magistrat die Wahl zwischen beiden zustehen soll, die Straßenbeleuchtung nach dem alten oder nach dem neuen Verträge zu fordern.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich will einen Zusatz zu den neuen Bedingungen. Es sollen die Stromlieferungsbedingungen des neuen Vertrages gelten und dazu möchte ich noch die Lieferung der Laternen durch die Straßenbahn zugestanden haben.

Vorsitzender: Wir müßten wohl zunächst über die Nummern 1—5 beschließen und dann den Zusatz, den Herr Dr. Jasper als Ziffer 6 vorschlägt.

Die Nummern 1—5 werden angenommen, der Antrag des Herrn Stadtv. Dr. Jasper (Ziffer 6) abgelehnt, hierauf auch die §§ 2 und 3 des Vertrages angenommen. Schließlich erfolgt die Zustimmung der Versammlung zu dem ganzen Separatverträge.

Stadtv. **Hauswaldt:** Es wird von der Finanzkommission noch beantragt, die Zustimmung dazu zu geben, daß die nach § 5 der neuen Fassung stattfindende Mitwirkung eines städtischen Ausschusses bei Beschaffung von Erweiterungen und solchen Erneuerungen, deren Kosten dem Anlagewerte zugelegt werden sollen, demjenigen Ausschuß übertragen wird, der bei Vergabung der städtischen Bauarbeiten mitzuwirken hat, daß also hierfür nicht noch ein besonderer Ausschuß gewählt wird, sondern dem bewährten Ausschuß auch diese Arbeit übertragen wird.

Diesem Antrag der Finanzkommission wird zugestimmt.

Vorsigender: Dann bitte ich über die Verträge insgesamt abzustimmen, 1. über den eigentlichen Vertrag, 2. über die Stromlieferungsbedingungen und 3. über den Separatvertrag zwischen der Stadt und dem Lichtwerk. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zustimmung ist erfolgt.

Herr Stadtv. **Hauswaldt** übernimmt den Vorsitz wieder.

2. Verlängerung des Wasserrohres auf der Wolfenbüttelerstraße.

Stadtv. **Friede:** Der Architekt Munte beabsichtigt, sein am Zuderberg auf der Wolfenbüttelerstraße belegenes Grundstück mit Wasser zu versorgen, und hat zu diesem Zwecke um die Verlängerung des an der Wolfenbüttelerstraße liegenden Wasserrohres gebeten. Der Magistrat hat unter folgenden Bedingungen seine Zustimmung zu der Verlängerung erteilt:

1. Die Kosten der Rohrverlegung sind seitens des Antragstellers zu tragen und vor Inangriffnahme der Arbeiten an die Zahlstelle der städtischen Licht- und Wasserwerke einzuzahlen oder doch in vom Magistrat als ausreichend sicher erachteten Werten sicherzustellen.

2. Das neue Rohr geht sofort in das Eigentum der Stadt über.

3. Die Anlagekosten sollen erstattet werden, wenn durch das einkommende Wassergeld eine 5prozentige Verzinsung derselben nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Stadtmagistrats gesichert ist.

Die Kosten sind zu ungefähr 8400 M veranschlagt, und der Architekt Munte hat die vorstehenden Bedingungen angenommen.

Die Baukommission hat die Sache gründlich durchberaten und empfiehlt Ihnen Annahme der Vorlage.

Die Versammlung stimmt der Verlängerung des Wasserrohres unter den angegebenen Bedingungen zu, und der Herr Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8½ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. März 1913.

Tagesordnung:

1. Beratung und Feststellung des Stadthaushaltsplans für 1913/14 Seite 784
2. Antrag Frede: Einrichtung von Preßgaßbeleuchtung auf dem Straßenzuge
Poststraße—Altstadtmarkt—Sonnenstraße " 840
3. Ankauf eines Schranzes für das städtische Museum " 840
4. Anschaffung einer rechnenden Schreibmaschine für das städtische Gas- und
Wasserwerk " 841

~~~~~

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister  
**Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Schöttler** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Bähr**, **Loeschigt**, **Schmidt**.

**Vorsitzender Hauswaldt:** Es ist ein Schreiben des Stadtmagistrats zur Kenn-  
niznahme für uns eingegangen, welches lautet:

„An Herzogliche Polizeidirektion. Wir sind in Übereinstimmung mit den  
Stadtverordneten damit einverstanden, daß § 29 des Polizeireglements über den  
Straßeneisenbahnbetrieb, wie dort am 15. vorigen Monats vorgeschlagen, folgen-

dermaßen ergänzt wird: „Das Tragen ungeschützter Hutnadeln ist verboten.“ Wir ersuchen ergebenst, wegen Bekanntgabe und wegen Überwachung der neuen Vorschrift das Weitere zu veranlassen. Der Stadtmagistrat.“

## 1. Beratung und Feststellung des Stadthaushaltsplans für 1913/14.

**Vorsitzender:** Ich möchte vorwegschicken, daß wir annehmen, daß die Herren alle den ihnen zugegangenen Haushaltsplan selbst, besonders aber auch die ihm beigegebenen Begründungen gelesen haben, so daß die Herren Referenten sich nicht mehr die Mühe zu machen brauchen, auf die einzelnen Punkte der Begründung aufmerksam zu machen.

Stadtv. Dr. **Wolters** (als Referent): In der äußeren Form unterscheidet sich der gegenwärtige Haushaltsplan von dem der früheren Jahre in mehreren Punkten. Es sind in die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben eine Anzahl Kapitel aufgenommen, die bisher dem Ordinarium angehängt gewesen sind. Zunächst sind in das Ordinarium verschmolzen das bisherige Kapitel V des ordentlichen Etats mit den bisher angehängten Voranschlägen der Armenkasse und des städtischen Pflegehauses, und daraus ist ein einheitliches Kapitel „Kranken- und Armenpflege“ geworden. Ebenso sind in das Ordinarium aufgenommen die sämtlichen städtischen Schulen, die bisher einzeln im Anhang aufgeführt gewesen sind. Durch diese beiden Einverleibungen hat der Etat ganz bedeutend an Übersichtlichkeit gewonnen. Besonders vorteilhaft ist die Einfügung des Voranschlags für die Armenpflege und des Pflegehauses in den Voranschlag der Kammereikasse. Er ist in seinen einzelnen Gegenständen sehr gut geordnet, so daß wir über alle Punkte dieses Teiles einen vortrefflichen Überblick gewinnen können. Einige Neuerungen weist der Etat insofern auf, als unter Kapitel III, Unterrichtswesen, eine Unterabteilung gebildet ist für diejenigen Schulen, die nicht städtisch sind, aber von der Stadt Zuschüsse erhalten, und eine weitere Änderung, die sehr dankenswert ist und die Übersichtlichkeit erhöht, daß die zur Erläuterung oder Begründung des Voranschlags beigegebenen Bemerkungen jetzt fortlaufend numeriert sind. Schließlich wird uns durch Begleitschreiben mitgeteilt, daß, was die formelle Handhabung des Etats betrifft, künftig die Einnahmen und Ausgaben der Handwerkskammer gesondert geführt werden.

Einzelne Wünsche und Anregungen, die die äußere Gestaltung des Etats betreffen, sind in der Kommission vorgebracht, sie bedürfen hier im Plenum der Erwähnung nicht. Nur ganz kurz möchte ich mitteilen, daß die Kommission meinte, man möchte bei den einzelnen Kapiteln auch die Summenangaben des Ordinariums, die den eigentlichen Zuschuß der Kammereikasse ausmachen, also die Nettoausgabe, kenntlich machen. Bei der jetzigen Anordnung, in der lediglich

Einnahme und Ausgabe jedes Kapitels erwähnt ist, sind die Endsummen nicht ohne weiteres ersichtlich, die Übersichtlichkeit würde also in der Beziehung erhöht werden. Dem früheren Wunsche, daß bei den wirklichen Einnahmen und Ausgaben aus den früheren Jahren die Endsummen ebenfalls zusammengezählt werden möchten, ist bereits in diesem Etat Rechnung getragen. Wo das nicht geschehen ist, ist es damit begründet, daß inzwischen durch die neue Aufstellung wesentliche Unterschiede des neuen gegenüber dem alten Etat eingetreten sind, so daß eine Addition sich als nicht angängig erwiesen hat. Dann ist eine Anregung gekommen, der die Kommission nicht Folge gegeben hat. Sie betraf die Reihenfolge der Kapitel; auch ist nicht Folge gegeben dem Wunsche, daß das jetzige Kapitel 11, die Steuern, an den Schluß der übrigen Kapitel gesetzt werden möchte. — Soweit der Etat in formeller Beziehung. Nun noch einige sachliche Bemerkungen.

Wie die Herren aus der Aufstellung auf Seite 314 und 315 des Haushaltsplans ersehen, haben sich die Ausgaben gegenüber dem Voranschlag des Vorjahrs um rund 430 000 *M* vermehrt. Es beträgt aber in der Tat die Mehrausgabe nicht diese Summe, da bei dem Etat der Armenpflege jetzt durch die Einverleibung in das Ordinarium die alte Form der Nettobuchung weggefallen ist. Früher war im Etat der Armentasse eine Endsumme, die die Differenz zwischen Einnahme und Ausgabe des Pflegehauses darstellte, aufgenommen. Wenn Sie hiermit die wirkliche Einnahme und Ausgabe vergleichen, so erhöhen sich tatsächlich beide Summen, in Wirklichkeit gehen aber die Mehrausgaben über den vorigen Etat nicht hinaus. In einer Anzahl anderer Kapitel haben Sie andererseits eine Mehrausgabe, in dem Kammereivermögen eine solche von rund 330 000 *M*, begründet durch die neu eingeführte Wiederkehr einer Abschreibung auf die Schuld der Neustadtmühle und durch erhöhte Kosten der Unterhaltung des Bürgerparks. Die Straßenreinigung weist eine Mehrausgabe von 24 000 *M* auf, die hervorgerufen wird durch die beschlossenen Lohnerhöhungen und die erhöhte Futterausgabe; das Unterrichtswesen eine Mehrausgabe von 92 000 *M*. Daran beteiligt sich die Oberrealschule mit 12 000 *M*, hervorgerufen durch eine etwas geringere Schulgeldeinnahme und dann durch erhöhte Pensionszahlungen und die höheren Besoldungskosten und schließlich durch bauliche Aufwendungen. Die städtische Realschule zeigt eine Mehrausgabe von 10 000 *M*, was durch die höheren Besoldungskosten und etwas geringere Schulgeldeinnahme begründet ist. Eine bedeutende Mehrausgabe erfordern das Lyzeum, das Oberlyzeum und die Studienanstalt, nämlich rund 19 000 *M*. Das findet seinen Grund darin, daß die Studienanstalt erweitert ist, daß vermehrte Pensionen zu zahlen sind und auch für Gebäude ein höherer Aufwand gegenüber dem Vorjahre gemacht ist. Eine geringe Mehraufwendung (3600 *M*) hat die Ausgabe für die städtische Mädchenschule (Mittelschule) aufzuweisen. Ganz erheblich dagegen sind die Mehraufwendungen für die Bürgerschulen, die namentlich wegen

größerer baulicher Arbeiten zu machen sind. Gegenüber der Zunahme im vorigen Jahre von 9000 *M* weist das vorliegende Etatsjahr eine Erhöhung um 25 000 *M* auf. Im übrigen treffen auch hier die Gründe der erhöhten Besoldungskosten und der vermehrten Pensionskosten zu. Schließlich sind sehr erhebliche Mehrausgaben aufzuwenden für die Fortbildungsschule, die Gewerbeschule und die Mädchenfortbildungsschule, und zwar im wesentlichen wegen Erweiterung des Lehrplans. Wie das Begleit Schreiben aufweist, ist die Einführung des Zeichenunterrichts geplant. Ganz besonders große Mehrausgaben sind hervorgetreten im Kapitel Straßen- und Kanalbau, nämlich rund 112 000 *M*. Diese werden dadurch veranlaßt, daß damit gerechnet wird, im bevorstehenden Etatsjahre rund 90 000 *M* Mehrkosten für Instandsetzung der städtischen Straßen aufzuwenden. Für das Kapitel Stadtverwaltung ist ein Mehrbetrag der Ausgabe von rund 20 000 *M* zu erwarten.

Die Einnahmen sind auch erheblich in die Höhe gegangen, zum Teil durch die anderweitige Art der Verrechnung der Summen für die Armenpflege, dadurch daß hier die Form der Bruttobuchung eingeführt wird, wodurch, wie in der Ausgabe, auch der Einnahmeposten außerordentlich (um rund 90 000 *M*) erhöht wird. Die Steuereinnahmen haben eine Mehreinnahme von rund 200 000 *M* erfahren. Aus der Gegenüberstellung von Einnahme und Ausgabe ergibt sich ein voraussichtlicher Fehlbetrag von 166 000 *M*. Die Finanzkommission hat aber keine Bedenken, mit diesem Fehlbetrag in das Etatsjahr hineinzugehen. Die geehrten Herren wissen, daß der Etat nach der bisherigen Gepflogenheit außerordentlich vorsichtig aufgestellt wird, daß er stille Reserven enthält, und aus der Beratung der Rechnungsabschlüsse früherer Jahre ist den geehrten Herren bekannt, welchen Betrag diese stille Reserve auszumachen pflegt.

Im Extraordinarium sind ganz erhebliche Mehrausgaben enthalten durch die Vermehrung der Mittel für Hochbauten, wie die Herren aus dem Etat gesehen haben werden. Es wird geplant, mit einem Kostenaufwande von rund 360 000 *M* die billigen Wohnungen, über die wir vor einigen Monaten schon beraten haben, zur Ausführung zu bringen. Ganz besonders wird das Extraordinarium beeinflusst durch den Zuschuß zu dem Bahnbahn Celle, wofür 400 000 *M* angelegt sind. Auch die Einnahme des Extraordinariums weist eine erhöhte Ziffer auf. Es ist eine Anleihe unter Verpflichtung zur demnächstigen Tilgung von 2 240 000 *M* vorgesehen. Ob sie nötig werden wird, hängt davon ab, ob die Hochbauten im Etatsjahre notwendig sein werden.

Eine kurze Bemerkung noch über das Gaswerk, das sich auch im letzten Jahre außerordentlich günstig entwickelt hat. Der Mehrverkauf von Gas beträgt gegenüber dem Vorjahre 345 000 Kubikmeter. Der Gewinn bleibt voraussichtlich ungefähr derselbe, wie er vorher gewesen ist.

Das sind die allgemeinen Bemerkungen, die ich voranzuschicken habe.

**Vorsigender:** Wir treten nunmehr in die Einzelberatung ein. Ich bitte die Herren, die zu irgend einer Position sprechen wollen, sich bei Aufruf der betreffenden Seite zu melden.

### 1. Vorausschlag der Rämmereikasse.

#### A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.

##### Kapitel I, Rämmereivermögen.

Stadtv. Dr. **Wolters** (als Referent, ruft die einzelnen Seitenzahlen auf und gibt kurze erläuternde Bemerkungen) (zu Seite 26): Der Mahlohn bei der Neustadtmühle ist um 8000 *M* geringer veranschlagt wegen des geernteten schlechten Korns.

(Zu Seite 40): Die Gesamtsumme der zum Stammvermögen der Rämmereikasse kommenden Forderungen ist rund 1 400 000 *M*, ungefähr 200 000 *M* mehr als im Vorjahre.

(Zu Seite 60): Hier möchte ich nochmals, wie im vorigen Jahre, darauf hinweisen, daß die unter B a enthaltenen Tilgungsbeiträge sich wiederfinden in den Posten 1—7 in der Ausgabe auf Seite 61 b unter Tilgungsbeiträge auf die Obligationsanleihen des Kreiskommunalverbandes. Die Darlehnsbeträge sind den genannten Verwaltungen aus diesen Beträgen vorgeliehen.

Stadtv. **Altmann** (zu Ausgabe, Seite 9): Unter 5 c ist die Errichtung einer Wasserklosettanlage für Männer und Frauen in dem neben dem Parkhaus gelegenen Nebengebäude vorgesehen. Ich möchte dies als angemessen begrüßen, dabei aber noch die Anregung geben, die Bedürfnisanstalten im vorderen Teile des Parkes, hinter dem Parkhaus und neben der Badeanstalt, an die Kanalisation anzuschließen. Es sind jetzt mit Torfstreu versehene Kästen dort aufgestellt, und jedenfalls ist die Sache nicht so, daß wir darauf stolz sein können. Ich möchte bitten, diese Anstalt dann auch miterspülung zu versehen, damit die Leute nicht bei jeder Gelegenheit sagen, wir wären in Braunschweig reichlich rüchständig.

Bürgermeister **Meyer**: Es ist nicht zu leugnen, daß die Verhältnisse der beiden Bedürfnisanstalten etwas zu wünschen übriglassen, aber es ist auch zu berücksichtigen, daß ein Kanal in der Gegend dieser Anstalten nicht liegt und es deshalb nicht möglich ist, sie in der gewünschten Weise ohne weiteres einzurichten. Es würde nichts anderes übrigbleiben, als wegen der Bedürfnisanstalten den Kanal zu verlängern. Das kann in Erwägung genommen werden, aber die Ausführung wird eine Menge Geld kosten. Wenn direkte Mißstände zutage getreten sind, ließe sich denen wohl auch auf andere Weise begegnen, die Sache wird im Auge behalten werden.



Stadtv. **Heße** (zu Seite 11): Für das Haus Kreuzstraße 112 ist die Herrichtung eines Zementfußbodens im Laden vorgesehen. Ich möchte anfragen, ob es nicht angängig wäre, den Fußboden in Terrazzo herzustellen; das macht doch einen andern Eindruck für einen Laden als Zement. Im Kostenpunkt wird der Unterschied nicht so gar erheblich sein.

Stadtv. Dr. **Bolters** (zu Seite 17): Die Aufwendungen auf Gebäude stellen sich auf 21 950 *M*, gegen 15 195 *M* des Vorjahres.

(Zu Seite 25): Der Überschuß bei der Markthalle ist mit 16 090 *M* gegen das Vorjahr (15 900 *M*) ziemlich unverändert.

(Zu Seite 27): Mit der Abtragung dieser 10 000 *M* ist die aus der Beschaffung des Kaufgeldes der Neustadtmühle herrührende Schuld getilgt.

(Zu Seite 29): Der Überschuß der Neustadtmühle ist zu 19 600 *M* veranschlagt, während im Vorjahre 36 500 *M* angesetzt sind. Der geringere Ertrag kommt hauptsächlich durch den eingestellten Tilgungsbetrag; wie vorhin erwähnt, sind aber auch 8000 *M* geringerer Mahlohn eingesezt.

(Zu Seite 31): Für den Bürgerpark ist eine Ausgabe von 7000 *M* für Verbesserung älterer Wege und Herrichtung von niedrigen Schutzgittern für Beete aufgeführt. Das ist ja ein recht großer Posten, aber es ist nur eine einmalige Ausgabe.

Oberbürgermeister **Reitemeyer** (zu Seite 37): Unter 6 finden Sie die Zinsausgabe für das Kaufgeld für das vormalige Grundstück des großen Klubs. Es schweben jetzt Verhandlungen wegen Erhöhung des Zinsfußes. Sie sehen, daß ein Teil des Kaufgeldes noch mit 3½ Prozent verzinst wird; das können wir selbstverständlich für die Zukunft nicht weiter beanspruchen. Aber der Rest von 55 000 *M* wird mit 4 Prozent verzinst, und das Herzogliche Finanzkollegium hatte uns geschrieben, die Stadt sollte nun das Ganze mit 4½ Prozent verzinsen. Dagegen haben wir uns an die Preisdirektion gewandt, sie möchte befürworten, daß das Darlehen, welches uns indirekt gegeben ist (wir haben die Schuld seinerzeit vom großen Klub übernommen), wie ein der Gemeinde gewährtes Darlehen angesehen würde. Dann kann es nach den Grundsätzen des Ministeriums mit 4 Prozent weiter verzinst werden. Man kann als richtig annehmen, daß, wenn uns dies zugestanden wird, wir die Schuld auf dem Hause stehen lassen und mit 4 Prozent weiter verzinsen, aber im andern Falle das Kapital sofort kündigen.

Stadtv. Dr. **Bolters** (zu Seite 39): Unter Nummer 12 ist der Eingang des Kapitals bei der Armentasse besonders vermerkt, weil wir verpflichtet sind, über die Armentasse getrennt Buch zu führen.

(Zu Seite 55): Die Summe der gesamten durch Begebung von Schuldverschreibungen aufgeliehenen Kapitalien beträgt 15 848 000 *M*, gegen 16 031 000 *M* im Vorjahr, es hat also nur eine geringe Verschiebung stattgefunden.

(Zu Seite 67): Die Gesamteinnahme des Kapitels I stellt sich auf 891 500 *M*, die Gesamtausgabe auf 1 397 200 *M* gegen 890 000 *M* und 1 364 500 *M* im Vorjahr.

## Kapitel II, Straßenreinigungsinstitut.

Stadtv. Dr. **Hensing** (zu Seite 75): Vor 2 Jahren war auf meine Veranlassung die Arbeiterzahl für die Straßenreinigung etwas vermehrt. Ich habe die Absicht, heute einen Antrag einzureichen, der Stadtmagistrat wolle noch eine Anzahl geeigneter Frauen anstellen, ähnlich wie es in München und überhaupt in Süddeutschland geschehen ist, um eine noch bessere Reinhaltung der Fußwege in den Hauptverkehrsstraßen zu bewirken. Der Antrag lautet:

„Der Stadtmagistrat wolle eine Anzahl geeigneter Frauen, etwa sechs, bei der Straßenreinigung beschäftigen, damit eine bessere Reinhaltung der Fußwege, wenigstens in den Hauptverkehrsstraßen, erzielt wird.“

**Vorsitzender:** Ich werde nachher dem Herrn Antragsteller Gelegenheit geben, seinen Antrag zu begründen. Wie üblich, lösen wir diesen Antrag vom Etat ab; er würde ja bei Annahme unsern Etat verschieben. Genügend unterstützt ist der Antrag.

Stadtv. **Stegmann** (zu Seite 75): Zur Beseitigung von Schnee und Eis sind 5000 *M* eingestellt worden. Davon sind im Jahre 1911/12 nur 3000 *M* verbraucht worden. Die eingestellte Summe ist an sich nicht hoch, und trotzdem ist sie nicht vollständig aufgebraucht. Vom letzten Winter will ich ja nicht reden, aber wer sich die Schneeanhäufungen vom Jahre zuvor in unsern Straßen angesehen hat, der muß sagen, daß die Reinigung in der Beziehung viel zu wünschen übrigläßt. Der Schnee blieb tagelang liegen und bildete mit dem Schmutze vermischt keinen schönen Anblick. Ich habe die Empfindung, daß wir in dieser Beziehung hinter andern Städten, besonders Großstädten, zurückstehen, und daß die ausgeworfenen Kosten, die doch nicht hoch sind, auch ausgegeben werden sollten. Was das Plattenwaschen und das kehren der Fußwege betrifft, so sind die 2000 *M*, die dafür angelegt sind, nicht zur Hälfte aufgebraucht worden. Auch da könnte mehr geschehen, besonders im Sommer, wo die Wege staubig sind, könnte mehr auf das Abwaschen gegeben werden. Ich will selbstverständlich nicht der Verschwendung das Wort reden, aber die einge-

setzten Summen sollten im Interesse der Reinhaltung der Straßen auch verbraucht werden.

**Bürgermeister Meyer:** Es ist schon seit einer Reihe von Jahren üblich, daß 5000 *M* zur Schneeabfuhr eingesetzt sind. In früheren Jahren ist es vorgekommen, daß diese Summen lange nicht gereicht haben, aber es ist auch der Fall eingetreten, daß das Geld nicht aufgebraucht ist, so in den beiden letzten Jahren. Das liegt nicht an den städtischen Behörden, sondern einfach daran, daß in diesen Jahren verhältnismäßig wenig Schnee gefallen ist. Ich kann das Empfinden des Herrn Stegmann nicht teilen, daß wir in dieser Beziehung hinter andern Städten zurückstehen, im Gegenteil, ich habe aus Nachrichten von Personen, die über die Verhältnisse bei Schneefall in andern Städten Kenntnis haben, gehört, daß die Beseitigung des Schnees aus den Straßen unserer Stadt nur Lob verdient. Wenn es vorkommt, daß der Schnee in Haufen auf der Straße liegt, so ist der Grund dafür, daß es nicht möglich ist, die Wagen in so großer Zahl zu beschaffen, wie sie zur Abfuhr der Schneemassen erforderlich wären. Herr Stegmann wird beobachtet haben, daß neben unsern eigenen Gespannen auch Mietgespanne engagiert gewesen sind. Wenn die aber nicht in ausreichender Zahl zu haben sind, so ist gegen die Schneemassen nicht anzukommen. Ebenso hapert es an der nötigen Zahl von Leuten, die zum Be- und Abladen der Wagen erforderlich sind. Ich kann Herrn Stegmann also darin nicht recht geben, daß die Stadt irgendwie ihre Pflicht nicht täte.

Was das Plattenwaschen anbelangt, so gebe ich zu, daß wir da etwas mehr tun könnten. Aber es ist erst seit einer Reihe von Jahren üblich geworden, daß überhaupt die Platten gewaschen werden, und wenn wir mit unsern Wasserverhältnissen etwas besser daständen, als es der Fall gewesen ist, dann würde auch in der angeregten Beziehung etwas mehr geschehen sein. Wir haben jetzt das umfangreichere Sprengen überhaupt angefangen, und ich hoffe, daß sich das auch auf die Fußwege wird ausdehnen lassen.

**Stadtv. Riete** (zu Seite 75): Unter F finden Sie die Beträge, die als Ruhe-löhne und Wittven- und Waisengeld gezahlt werden, die mit dem „hohen Sage“ von 549 *M* anfangen und bis auf 161 *M* heruntergehen. Dann aber finde ich einen Posten für den Arbeiter Löhne mit 34,80 *M*. Das ist ungefähr so viel, daß ich mir gesagt habe: Das Salz und den Pfeffer kann sich der Arbeiter wohl dafür beschaffen, aber den Namen eines Ruhelohnes verdient das Geld nicht. Ich bitte mir zu sagen, woran es liegt, daß dieser Betrag so außerordentlich niedrig ist, jedenfalls ist der Betreffende nicht lange angestellt gewesen. Diese Summe ist doch zu klein, um damit zu begründen, daß es ein städtischer Ruhelohn für langjährige Arbeit sein soll.

**Bürgermeister Meyer:** Die Grundsätze für die Gewährung der Ruhelöhne sind von den städtischen Behörden festgestellt, und danach wird verfahren. Wenn Herrn Riefe die Summe für den Arbeiter Löhne so gering erscheint, so will ich darauf hinweisen, daß sie um deswillen gering sein muß, weil ihm eine erhebliche Unfallrente zufließt. In den Grundsätzen ist ausgesprochen, daß die Unfallrente auf den Ruhe Lohn in Anrechnung kommt und der Ruhe Lohn nur so weit gezahlt wird, als er die Unfallrente überschreitet.

**Stadtv. Stegmann:** Ich möchte zu der Angelegenheit der Beseitigung von Schnee und Eis noch bemerken, daß ich meine Behauptungen darüber aufrecht erhalten muß. Ich habe im vorletzten Winter speziell an der Wilhelmstraße, Reichstraße, Nideufuß und diesen abgelegenen Straßen gesehen, daß schmutzige Schneehaufen tagelang dort gelegen haben. Ich gebe zu, daß auf dem Bohlweg und überhaupt auf den Hauptverkehrsstraßen eine schnelle Beseitigung des Schnees vorgenommen ist. Arbeiter zu beschaffen, wäre wohl möglich, denn im Winter sind stets Hunderte von Arbeitern ohne Verdienst. Anders mag es ja mit der Beschaffung von Fuhrwerken sein; das mag schwierig sein, aber etwas mehr wäre bei gutem Willen wohl zu erzielen.

**Stadtv. Ohlendorf:** Die Arbeiter, die bei der Straßenreinigung beschäftigt sind, sind unwillig darüber, daß sie rücksichtslos nach dem Nachtdienst an die Wagen beordert werden, ohne daß sie Gelegenheit haben, ihre Familie zu benachrichtigen, und ohne in der Lage zu sein, Lebensmittel für den Tag mitzunehmen, und daß sie trotzdem zur rechten Zeit wieder in den Dienst treten müssen. Dasselbe soll sich dann tags darauf wiederholen. Ich glaube, es wäre eine Leichtigkeit, dieses System abzuändern. Auch halten es die Arbeiter nicht für einen genügenden Lohn, wenn sie Mittwoch nachmittags die größeren Plätze reinigen müssen, und dafür mit 50 Pfennig entschädigt werden. Es genügt wohl dieser Hinweis, daß den Arbeitern ihr Recht wird.

**Bürgermeister Meyer:** Ihr Recht wird den Arbeitern, soweit meine Kenntnis reicht, auch heute schon, und soweit meine eigene Tätigkeit dabei in Frage kommt, werde ich dafür sorgen, daß sie ihr Recht auch in Zukunft bekommen. Die Straßenkehrer haben sich alle bereit erklärt, auf Anfordern auch Tagesarbeit mitzumachen, wenn solches erforderlich wird. Wie mir bekannt ist, nehmen im großen und ganzen die Straßenkehrer den sich daraus ergebenden Verdienst gern mit, und eine ganze Reihe von Arbeitern drängt sich sogar dazu, und sie freuen sich, wenn sie herangezogen werden. Bekannt ist mir allerdings auch, daß der eine oder andere aus irgendwelchen Gründen einmal davon befreit sein möchte. Wenn er dann nicht rechtzeitig dem betreffenden aufsichtsführenden Beamten Mitteilung

gemacht hat, dann ist dieser nicht in der Lage, seinem Antrage auf Befreiung stattzugeben, sonst würde es unerwartet an den erforderlichen Arbeitskräften fehlen. Auf diese Weise kommt es noch vor, daß der einzelne Mann gegebenenfalls gegen seinen Willen zu Dienstleistungen herangezogen wird. Grundsätzlich ist die Straßenreinigungsdeputation aber nicht gewillt, die Straßenkehrer gegen ihren Willen, wenn sie uns ihren Wunsch rechtzeitig zur Kenntnis geben, mit weiteren Arbeiten zu belasten.

Was den Lohn anlangt, der für die Arbeit des Reinigens von Plätzen erwähnt ist, so möchte ich empfehlen, daß die Leute dem Arbeitsauschuß der Straßenreinigungsdeputation ihre Wünsche zu erkennen geben. Diese Frage ist mir ganz neu, ein Wunsch auf Erhöhung der Bezahlung hierfür ist mir niemals vorgetragen. Selbstverständlich wird sich darüber sprechen lassen, es sind ja doch die Löhne der Straßenkehrer im Herbst auch erhöht worden. Ich stelle Herrn Ohlendorf anheim, ob er nicht dem Betreffenden, der den Antrag bei ihm gestellt hat, unter den Fuß geben will, den zuständigen Ausschuß davon in Kenntnis zu setzen.

Stadtv. Dr. **Bolters** (zu Seite 78): Unter 7 ist der Betrag des Pachtgeldes für Ländereien beim Grundwasserwerke mit 500 *M* anders angegeben als auf Seite 360, der hier dem Vorjahre entsprechend mit 1000 *M* angegeben ist. Darin sind aber noch andere Ländereien enthalten.

### Kapitel III, Unterrichtsweisen.

Stadtv. **Leue** (als Referent für dieses Kapitel): Bezüglich des Unterrichtswezens sind auch im Begleitschreiben unter den einzelnen Schulen in dankenswerter Weise so ausführliche Erläuterungen gegeben, daß mein Referat sich auf wenige Punkte beschränken kann.

Zunächst die städtische Oberrealschule (Seite 84 — 91). Wie Sie sehen, ist ein Fehlbetrag von 118 900 *M* vorhanden. Das macht einen Zuschuß für den Kopf von 209 *M*. Ich bemerke hierbei: Wenn ich von Zuschüssen rede, so sind lediglich städtische Zuschüsse gemeint und nicht in Berücksichtigung gezogen die Zuschüsse, die aus Stiftungen oder vom Staat geleistet werden. Der städtische Zuschuß ist gegenüber dem Jahre 1911/12 gestiegen, denn er betrug damals nur 107 137 *M*. Zurückzuführen ist das auf die Mehrausgabe, die 8996 *M* beträgt und in erster Linie durch die hinzugekommene Pensionierung eines Oberlehrers eingetreten ist. Außerdem ist auch in der Einnahme ein Ausfall von 2867 *M* an Schulgeld verzeichnet, denn die Kopfszahl der Schüler ist geringer geworden als 1911/12. Sie beträgt jetzt 570 gegen 600 im Jahre 1911/12, was zurückzuführen ist auf den Ausbau der Oberrealschule in Entfaltung.

Die städtische Realschule (Seite 94—99) erfordert einen Zuschuß von 50 000 *M.*, das ist für den Kopf 108 *M.* Daß dieser Zuschuß nur ungefähr die Hälfte von dem für die Oberrealschule beträgt, ist dadurch erklärlich, daß an der Realschule vorwiegend jüngere Lehrkräfte mit geringeren Gehaltsätzen wirken und Pensionen überhaupt nicht zur Zahlung kommen, die Schule ist ja auch erst im Entstehen begriffen. Wir werden selbstverständlich mit einem Wachsen des Zuschusses für den Kopf in der Zukunft zu rechnen haben, da er auch 1911/12 nur 78 *M.* betrug und jetzt auf 108 *M.* gewachsen ist. Die Mehrausgabe für das nächste Jahr ist begründet durch die größeren Ausgaben für die Lehrkräfte. Es müssen ja mit der fortwährenden Entwicklung der Schule von Jahr zu Jahr auch mehr Lehrkräfte angestellt werden.

Es folgt im Haushaltsplan die städtische höhere Mädchenschule (Gymnasium), das Lehrerinnenseminar (Oberlyzeum) und die Studienanstalt (Seite 102—111). Bei diesen Schulen ist eine Mehrausgabe von 33 329 *M.*, aber auch eine Mehreinnahme von 6133 *M.* vorgesehen. Die Stadt hat einen Zuschuß zu leisten von 79 900 *M.*, das ist ein Mehr gegen das Jahr 1911/12 von 27 196 *M.* Dies ist, wie auch bei den andern Schulen, begründet durch eine höhere Ausgabe für Lehrerinnengehälter und Pensionen und durch den Beschluß, eine Studienanstalt einzurichten. Es beträgt, um nur eins zu sagen, die Besoldung mehr 13 503 *M.*, die Pensionen 12 646 *M.* Bei den andern Ausgaben, insbesondere bei den sachlichen Ausgaben sind wesentliche Schwankungen nicht vorhanden. Für den Kopf ergibt sich ein Zuschuß von 92½ *M.* gegen 65 *M.* 1911/12.

Die Mädchenmittelschule (Seite 114—121). Bei dieser findet sich nur eine geringe Mehrausgabe, nämlich 6915 *M.*, die Mehreinnahme beträgt 630 *M.* Diese Mehreinnahme ist dadurch hervorgerufen, daß jetzt die Schule von mehr Kindern besucht wird als früher. Der Schulbesuch hat sich um 40 Kinder gehoben. Die Mehrausgabe ist zurückzuführen auf die höhere Besoldung der Lehrkräfte um 2612 *M.* infolge der Gehaltserhöhung und auch auf höhere Pensionen (2082 *M.*). Der Zuschuß für den Kopf bei der städtischen Mädchenmittelschule beträgt 88 *M.*, gegen 93½ *M.* 1911/12, also hier ist ein Rückgang der Kosten auf den Kopf berechnet zu verzeichnen.

Wir kommen jetzt zu dem für die städtischen Ausgaben wichtigsten Teile der Schulen, zu den Bürgerschulen (Seite 124—189). Bei diesen Schulen beträgt der Zuschuß, den die Stadt zu leisten hat — ich betone besonders, daß bei den städtischen Bürgerschulen eine nicht unerhebliche Summe aus anderen Quellen fließt — 1 267 200 *M.* Das ist für den Kopf 73,4 *M.* gegen 67 *M.* im Jahre 1911/12. Während bei den übrigen Schulen die Mehrausgabe sich leicht erklärt

durch die Mehrausgabe für Gehälter, Pensionen, also auf persönliche Ausgaben zurückzuführen ist, ist hier bei den Bürgerschulen auch ein ganz erhebliches Wachsen der Ausgaben für Gebäude zu verzeichnen, und zwar beträgt das Mehr 21 087 *M*. Meine verehrten Herren. Wir haben in der Finanzkommission uns mit diesem Punkte eingehend befaßt, und es ist dabei allgemein zum Ausdruck gekommen, daß es doch zu wünschen sei, bei den Ausgaben für die Gebäude etwas vorsichtiger zu verfahren, insbesondere in solchem Jahre, wo recht viel Ausgaben vorhanden sind, wünschenswerte Sachen zurückzustellen. Ich möchte das nicht so aufgefaßt wissen, daß die Kommission der Ansicht sei, daß notwendige Verbesserungen zurückgeschoben werden, aber es gibt eine ganze Menge Sachen, die wohl als wünschenswert bezeichnet werden können, aber recht gut einen Aufschub für ein Jahr ertragen können, wodurch erreicht würde, daß wir nicht plötzlich vor einer um so viel höheren Summe stehen wie in diesem Jahre. Die Ausgabe für Gebäude beträgt 54 330 *M* gegenüber 33 243 *M* im Jahre 1911/12. Es ist schwer, die einzelnen Posten herauszufinden, die zurückzustellen wären, denn es sind meist kleinere Sachen, die das Mehr hervorgerufen haben. Die Kommission gibt sich der Hoffnung hin, daß nach dieser Richtung in Zukunft verfahren werde. Ich möchte noch hervorheben, daß auch bei den Bürgerschulen die Ausgabe für Gehälter und Pensionen natürlich gewachsen ist, was durch die Gehaltserhöhung usw. bedingt ist. An Schulgeld haben wir eine Mehreinnahme von 6399 *M*, die Schülerzahl ist geringer geworden, sie ist von 12 700 *M* im Jahre 1911/12 auf 12 552 gesunken. Diese Zahl wird jetzt angenommen, der Unterschied ist allerdings gering, und da wir die Schülerzahl für 1912/13 noch nicht genau wissen, so kann ich verzichten, noch weiter darauf einzugehen. Man könnte versucht sein, das Sinken zurückzuführen auf das Nachlassen der Geburten, aber ich will mich darüber weiter nicht auslassen. Im übrigen sind die anderen Ausgaben, insbesondere für Schulbäder und Drucksachen, im großen und ganzen dieselben geblieben und geben zu irgendwelchen Beanstandungen keinen Anlaß. Als Einzelheit finden Sie neu bei Punkt 3, Lehr- und Unterrichtsmittel, unter d eine Ausgabe von 1200 *M* zur Beschaffung von Bilderschmuck für sämtliche Bürgerschulen. Es ist Ihnen bekannt, daß die Korridore der Schulen mit passendem Bilderschmuck versehen werden sollen; die Ausgabe dafür ist ja verhältnismäßig gering.

**Stadtv. Frede:** Aus dem Posten 11 b auf Seite 165 ist ersichtlich, daß die Stadt fortfahren will, bei den Bürgerschulen die Gasbeleuchtung einzuführen und sich zur Einführung von elektrischer Beleuchtung vorläufig noch nicht verstehen kann. Ich möchte für die elektrische Beleuchtung der Klassenräume eine Lanze brechen. Es ist allgemein bekannt, daß die Klassenzimmer sauerstoffärmer werden dadurch, daß eine große Anzahl von Schülern, zumal in der Winterzeit und bei schlechtem

Wetter, längere Stunden hintereinander in den Knabenhorten zubringen muß. Da sollte man keine Beleuchtung nehmen, die die schlechte Eigenschaft der Luft noch verschlimmert. Ich brauche mich darüber weiter nicht auszubreiten, die Vorzüge der elektrischen Beleuchtung gegenüber der Gasbeleuchtung sind ja allgemein bekannt. Man kann auch nicht sagen, weil es ein städtisches Erzeugnis ist, müsse Gas in den städtischen Schulen verwendet werden, denn auch städtische Gebäude, z. B. das Kinderheim, sind mit elektrischem Licht versehen. Ich möchte also angeregt haben, allmählich zur Beleuchtung der Klassenzimmer mit elektrischem Licht überzugehen, besonders solcher, die den Kinderhorten dienen.

Stadtv. Dr. **Henking**: Ich möchte im Anschluß an diese Anregung die Bitte aussprechen, daß man wenigstens die Turnhallen mit elektrischer Beleuchtung versehen möchte. Ich sehe unter 13 a auf Seite 167, daß für Anlage einer Gasbeleuchtung in der Turnhalle der Bürgerschule an der Bürgerstraße 350 *M* ausgeworfen sind. Ließe es sich nicht jetzt schon einrichten, daß man da, wo neue Einrichtungen vorgesehen sind, gleich die elektrische Leitung anbringt?

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Die Möglichkeit ist gegeben. Wenn die Herren es verlangen, so wird der Magistrat dazu Stellung nehmen. Daß die Sache dann aber teurer wird, ist klar.

Stadtv. **Munte**: Ich möchte doch in dieser Beziehung dem Herrn Stadtv. Henking widersprechen. Wenn die Schulklassen vielleicht schon an sich zu klein sind, so würde es wünschenswert erscheinen, dort elektrisches Licht anzulegen. In den hohen Turnhallen ist die Gefahr einer Luftverschlechterung nicht so leicht vorhanden. Ich möchte deshalb bei diesen Turnhallen vorläufig bei der Gasbeleuchtung bleiben.

Stadtv. **Leue**: Ich möchte die Herren bitten, auf Seite 189 unter „wirkliche Ausgabe“ und „Vorschlag für 1912/13“ die beiden untenstehenden Zahlen 2615,59 *M* und 2735,31 *M* zu streichen; sie sind aus Versehen hierher gekommen.

Stadtv. **Munte**: Auf Seite 187 findet sich ein Betrag für Wartung und Aufziehen der Uhren. Über die öffentlichen Uhren wird viel Klage geführt. Ich möchte anregen, daß der Stadtmagistrat in Erwägung zieht, eine definitive Regelung in der Wartung der Uhren vorzunehmen. (Zuruf: Es handelt sich hier um Schuluhren.) Dann muß ich meinen Wunsch an anderer Stelle anbringen.

Stadtrat **Wagner**: Da einmal die Turmuhrenfrage hier angeschnitten ist, so möchte ich gleich bemerken: Es sind Verhandlungen im Gange über die Wartung und das Aufziehen der Turmuhren. Einstweilen werden sie provisorisch verwaltet,



und da die automatische Regulierung zurzeit nicht im Betriebe ist, so ist es unvermeidlich, daß Differenzen vorkommen. Wir müssen das Übel in Kauf nehmen, bis eine endgültige Abmachung getroffen ist.

**Stadtv. Wesemeier:** Der Anregung, die der Herr Referent gegeben hat, daß man bei den Bauarbeiten für die Bürgerschulen sparen muß, sollte man meiner Ansicht nach nicht folgen. Im Gegenteil, das sind verbende Ausgaben, die wir für unsere Jugend aufwenden, und da ist Sparsamkeit nicht am Platze.

Aber ein anderes veranlaßt mich, das Wort zu ergreifen. Wir haben im Etat der Schulen die Hilfschule, die unteren Bürgerschulen, die mittleren Bürgerschulen und die Mittelschule in einen Topf geworfen, so daß es nicht recht übersichtlich ist, wie die einzelnen Schulen finanziell stehen. Es ist ja leider so, daß wir die Einheitschule noch nicht haben, und selbst in der Bürgerschule ist hier noch die Zweiteilung vorhanden. Hoffentlich kommt hier auch bald die Ansicht zum Durchbruch, daß es nötig ist, die Einheitschule in Braunschweig einzuführen, was längst notwendig gewesen wäre. Dieser Ansicht folgen alle einsichtigen Personen. Es ist immerhin nicht schön, wenn man bei den gehobenen Schulen eine vollständige Übersicht hat über jede einzelne Anstalt, mag es nun die Oberrealschule, die Realschule, das Lyzeum, das Oberlyzeum oder die Mädchenmittelschule sein, und wir hier nicht wissen, was uns die mittleren Bürgerschulen kosten, was die Hilfschule und was die unteren Bürgerschulen. Ich möchte anregen, den Etat für die einzelnen Schulen getrennt festzusetzen. Das wird ja für dieses Jahr nicht mehr möglich sein, aber ich glaube kaum, daß einer der Herren imstande ist, aus dem Etat sich ein klares Bild über die einzelnen Schulen zu machen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich kann mir kaum denken, daß es Interesse für die Herren hätte, zu wissen, wieviel von den Kosten auf die einzelnen Schulen kommt. Soweit die Baukosten in Frage kommen, sind sie ja getrennt aufgeführt. Wenn man das durchführen wollte, was Herr Wesemeier wünscht, dann müßte man bei jeder einzelnen Schule auch die betreffenden Lehrer mit ihren Gehältern aufführen. Das läßt sich schlechterdings nicht machen. Es würde sonst die Folge eintreten können, daß jeder Lehrer, der an einer mittleren Bürgerschule im Etat aufgeführt wird, auf den Gedanken käme: Ich bleibe an meiner mittleren Schule und kann nicht im Laufe des Jahres versetzt werden. Ich wüßte nicht, wie man eine solche Aufstellung machen sollte.

**Stadtv. Wesemeier:** Das ließe sich doch leicht machen. Wenn die eben vom Herrn Oberbürgermeister angedeutete Gefahr vorläge, so brauchte man ja die Lehrer nicht auf die einzelnen Schulen verteilt aufzuführen, sondern könnte sie so

verzeichnen, wie es hier geschehen ist, aber für jede einzelne Schule die Lehrergehälter in einer Gesamtsumme auswerfen. Dann wäre eine klare Übersicht vorhanden, ohne daß die geschilderte Gefahr akut würde.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich kann das nicht als richtig anerkennen, denn die Gehälter der Lehrer sind verschieden. Wollen Sie nur den Durchschnitt aus den gesamten Lehrergehältern und den Pensionen hier haben, dann haben Sie ungefähr dasselbe Bild, wie es Ihnen schon vorgeführt wird. Das kann sich jeder Laie ausrechnen. Ich verstehe, offen gestanden, nicht, was für eine Bedeutung es haben könnte, wenn wir Ihnen vorführten, die Schule an der Wilhelmstraße kostet soundso viel und die Schule am Südklint soundso viel. Ganz etwas anderes ist es, wenn Sie sagen würden: Wir wollen die Kosten der einzelnen Schularten wissen. (Zwischenruf des Herrn Wesemeier: Das habe ich bezweckt.) Sie sprachen von den einzelnen Schulen, verehrter Herr Wesemeier. Bei der Aufstellung nach den Schulgattungen bleibt die Schwierigkeit mit den Lehrern bestehen. Auch die Knabenmittelschule ist, da sie erst im Entstehen begriffen ist, an die Bürgerschulen eben noch angegliedert. Sie wird demnächst durch ein besonderes Statut geregelt werden müssen, weil wir dort auch besondere Gehälter bezahlen.

**Stadtv. Dr. Wolters:** Ich möchte mir erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß auch das Lyzeum, das Oberlyzeum und die Studienanstalt in eine Abtheilung des Etats zusammengezogen sind. Da liegen die Verhältnisse ähnlich; auch da würde eine Trennung schwer sein. Wie sollen bei einer einheitlichen Verwaltung die verschiedenen Posten getrennt werden, wo alle Personen in allen diesen Anstalten tätig sind? Sie müßten die einzelnen Tätigkeiten auf die einzelnen Schulen verteilen, und das würde schwierig sein. Es kommt die vertretungsweise Tätigkeit der Lehrer an diesen Anstalten auch noch hinzu, und so würde die Trennung auch bei dem Lyzeum und Oberlyzeum schlechterdings unmöglich sein.

**Stadtv. Frede:** Wer einen Abschluß haben will für die einzelnen Gruppen, kann sich das bezüglich des Bauwesens nach den Angaben des Etats leicht ausrechnen. Es käme dann die Einnahme aus dem Schulgeld und die Ausgabe für die Lehrer. Ich sehe aber nicht, daß Sie bei der Ausrechnung Ihren Zweck erreichen würden. Denn wenn sich darnach herausstellen sollte (und das wird die Hauptsache für die Herren sein), wieviel auf das einzelne Schulkind bei den mittleren und unteren Bürgerschulen kommt, dann wird daran nichts zu erkennen sein, denn an sich wird für die einzelnen Schulen oftmals eine Mehraufwendung herauskommen, weil die Lehrergehälter, die einen großen Posten ausmachen, sich nicht nach den Schulgattungen, sondern nach dem Dienstalter der Lehrer richten. Es

wird wohl meistens so kommen, daß die älteren Lehrer mehr nach den mittleren Bürgerschulen gravitieren, und zwar aus gewissen Gründen. Dadurch würde eine Mehrausgabe für diese Schulen entstehen, aber auch eine Mehreinnahme würde erscheinen dadurch, daß mehr Schulgeld in den mittleren Bürgerschulen einkommt. Ein klares Bild, was auf das einzelne Schulkind verwandt wird, kommt hierdurch nicht heraus.

**Stadtv. Riefe:** Ich lege besonders Wert darauf, daß einzeln aufgeführt wird, was jede einzelne Schule und jedes Kind kostet, um der Außenwelt zu zeigen, welche traurige Verzettlung das Braunschweiger Schulwesen aufweist, wie in keiner zweiten Großstadt in Deutschland ein solches Ding vorkommt. Dann würden die Lehrkräfte wie das Publikum darüber klar werden, daß es kein leerer Begriff ist, die einheitliche Schule anzustreben, und daß sie je eher je lieber zu befürworten wäre. Darauf lege ich persönlich viel Wert.

**Stadtv. Leue:** Die Frage der Einheitschule will ich nicht weiter anschneiden, darüber sind die Ansichten noch nicht genügend geklärt. Wenn Herr Wesemeier auch sagt, alle einsichtigen Personen wären für die Einheitschule, so glaube ich doch, daß es auch einsichtige Personen gibt, die für das andere System sind. Was die Aufführung der einzelnen Schulen im Etat anbetrifft, so mag das für einige Herren wünschenswert sein, da sie damit einen besonderen Zweck verfolgen, wie besonders Herr Riefe auseinandergelegt hat. Ich möchte aber zu bedenken geben, daß das nicht möglich ist. Wie wollen Sie es dann mit den Pensionen machen, wo wollen Sie die hinbringen, wenn die Lehrer lange Jahre an den unteren Bürgerschulen gewirkt haben und an einer mittleren Bürgerschule pensioniert werden? Ich meine, eine Trennung ist unmöglich.

**Vorsitzender:** Ich bin lange Jahre Referent der Schulkommission gewesen und bin auch der Meinung, daß eine derartige genaue Teilung unmöglich ist und meiner Ansicht nach auch keine Folgen nach sich ziehen würde.

**Stadtv. Leue:** Die städtische Fortbildungsschule (Seite 192 und 193) erfordert eine Mehrausgabe von etwa 6000 *M.*, im ganzen einen städtischen Zuschuß von 10 350 *M.* Das ist für den Kopf 11½ *M.* Es ist darauf hinzuweisen, daß diese Mehrausgabe entstanden ist durch die Erhöhung der Lehrergehälter und der Ausgaben für Lehrmittel und Gebrauchsgegenstände. Es soll ein besonderer Fachzeichnenunterricht für alle Schüler eingerichtet werden, so daß für die Besoldung der Lehrkräfte eine Mehraufwendung von 6570 *M.* und für die Lehrmittel eine solche von 1100 *M.* nötig ist.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich möchte mir die Frage erlauben, wann endlich der Besuch der städtischen Fortbildungsschule obligatorisch wird. Ich erinnere daran, daß wir im Jahre 1910 hier das Obligatorium beschlossen haben, daß in dieser Sitzung eine Opposition gegen das Obligatorium sich geltend machte, und daß dann in einer späteren Sitzung das Statut geschaffen und in einem Schlußparagrafen gesagt ist, daß dem Magistrat überlassen bleiben solle, wann er den Besuchszwang einführen wolle. Jetzt erlaube ich mir die Anfrage, wann er eingeführt werden soll, denn der Besuch der Fortbildungsschule in Braunschweig ist heute geradezu kläglich. Die Stadt hat in dieser Schule 900 Schüler, und wenn wir weiter greifen und die Schüler der Gewerbeschule hinzurechnen, so sind das noch 730, also im ganzen 1630 Schüler, die (mit Ausnahme der Innungsschulen, die hier nicht hingehören), nachdem sie aus der Volksschule entlassen sind, einen Fortbildungsschulunterricht genießen. Das ist doch ein Zustand, der dringend der Abhilfe bedarf.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich darf heute wieder wie vor einigen Wochen gegenüber Herrn Frede, als es sich um die Anstellung eines Fortbildungsschulinspektors handelte, auf die Vorlage verweisen, die den geehrten Herren vor längerer Zeit zugegangen ist, und die Ihnen davon Mitteilung machte, welche finanziellen Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit dem Ministerium sich in den Weg gestellt haben, deren wir noch nicht Herr geworden sind. So leicht und einfach ist die Sache ganz gewiß nicht. Der Magistrat wird bemüht sein, die Schwierigkeiten trotzdem zu überwinden. Nachdem die städtischen Behörden den Weg beschritten haben, die Schule von innen heraus durch Annahme des Fortbildungsschulinspektors auszubauen, würde es verkehrt sein, wenn wir Hals über Kopf den Zwang, auch wenn wir ihn wünschen, einführen wollten, anstatt dem neuen Schulinspektor Zeit zu lassen, sich in sein wichtiges und verantwortungsreiches Amt einzuleben.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß die Fortbildungsschule im Laufe der letzten Jahre, und zwar, wenn die Herren das verfolgen wollen, von Jahr zu Jahr fortschreitend sich entwickelt hat, daß immer neue Fachklassen hinzugekommen sind, daß selbstverständlich jede neueingerichtete Fachklasse voraussetzt, daß im folgenden Jahre die Mittelklasse und im 3. Jahre die Oberklasse geschaffen wird. So sind wir bei den verschiedensten Berufszeigen Stück für Stück vorgegangen. Ich habe weiter daran zu erinnern, wie der Herr Referent schon die Freundlichkeit hatte zu erwähnen, daß wir im beginnenden Rechnungsjahre vorhaben, den Fachzeichnenunterricht einzuführen, worin ein wesentlicher Fortschritt der Fortbildungsschule wohl zu erblicken ist, der den planmäßigen weiteren Ausbau unterstützen hilft. Ganz so kläglich, wie es Herr Wesemeier hier glauben machen wollte, steht es ganz gewiß nicht um unsere Fortbildungsschule.

Stadtv. Dr. **Bolters**: Im Gegensatz zu Herrn Wesemeier möchte ich darauf hinweisen, in welcher erfreulicher Weise sich von Jahr zu Jahr die Fortbildungsschule in Braunschweig entwickelt hat. Im Schuljahre 1905/06 betrug die Schülerzahl 243, im folgenden 230, im nachfolgenden 343 und so weiter 492, 600, 800, 900. In diesen wenigen Jahren hat sich die Schülerzahl also vervierfacht.

Stadtv. **Wesemeier**: Daß sich die Schülerzahl vermehrt hat, ist ein Beweis für mich, wie nötig es ist, daß die Stadt eingreift. Die Schüler drängen ja geradezu, zum Fortbildungsschulunterricht zugelassen zu werden. Es gibt allerdings auch eine große Anzahl, die das nicht tut, doch auch diese jungen Leute muß man im Interesse der schulentlassenen Jugend mit heranziehen. Den finanziellen Einwand darf man hier nicht gelten lassen, man muß die Frage von höherer Warte behandeln. Wenn gesagt wird, daß wir die Frage nicht überstürzen sollen, so antworte ich: Wir in Braunschweig überstürzen doch die Frage der Fortbildungsschule wahrhaftig nicht, denn lange Jahre wird schon darauf hingearbeitet, den Besuchszwang bei der Fortbildungsschule einzuführen. Das ist doch wirklich keine Überstürzung, wenn wir Jahre und immer wieder Jahre vergehen lassen, ohne daß der Fortschritt gemacht wird, daß die Anmeldung der Schüler zwangsweise geschieht. Wir stehen in ganz Deutschland in der Frage des Fortbildungsschulwesens ganz jämmerlich da, es gibt, glaube ich, keine Großstadt, in der der Besuch dieser Schule nicht obligatorisch wäre. Da hätten wir alle Ursache, die Finanzfrage beiseite zu stellen und mit vollen Segeln hineinzufahren in den Zwangsbesuch. Das sind wir der Jugend schuldig. Ich brauche bloß daran zu erinnern, daß die Stadtverordnetenversammlung mit Hurra die Mittel zu jener Jugendpflege bewilligt, die weit weniger von Bedeutung ist als die Fortbildungsschule. Da sagen Sie keinen Ton, daß es nicht notwendig sei, aber hier hapert es immer. Es wäre wohl angebracht, wenn wir scharf vorangingen, ganz abgesehen von der Einarbeitung des neuen Herrn Inspektors. Man setze nur einen Menschen an das Steuer, da wird er es schon zu führen wissen! Wir haben für das ganze Land Braunschweig das Fortbildungsschulgesetz bekommen, aber die Stadt Braunschweig hinkt selbst hinter dem kleinsten Dorfe her. Genau so geht es bei der Fortbildungsschule für Mädchen. Die Herren hier haben sich auf den Standpunkt gestellt, für Mädchen dürfe überhaupt kein Obligatorium geschaffen werden. Uns ist es klar, daß wir mit unsern Forderungen nicht nachlassen dürfen, wir werden später mit Anregungen kommen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Herr Wesemeier meint, von einem Fortschritt in Braunschweig könne bei der Fortbildungsschule nicht die Rede sein. Ich hätte wohl wünschen mögen, daß er gestern der Jahresversammlung des Braunschweigischen Fortbildungsschulvereins beigewohnt hätte, dann würde ihm aufgefallen sein, wie

dankebar von verschiedenen Beurteilern anerkannt wurde, daß in Braunschweig ein Fortbildungsschulinspektor eingesetzt ist. Ich glaube, daß dies die sicherste Gewähr dafür bietet, daß wir, wenn auch langsam, aber sicher vorgehen, und daß wir davon mehr erwarten können, als wenn wir den Ehrgeiz hätten, durchaus allen Städten vorangehen zu wollen. Es hat sich bei unserer Fortbildungsschule doch gezeigt, daß sich in ruhiger Entwicklung manches besser vollzieht, als wenn man alles mit einem Schläge ändert.

**Stadtv. Leue:** Die städtische Gewerbeschule (Seite 196—199) verlangt einen städtischen Zuschuß von 51 400 *M.* (52½ *M.* für den Kopf), und es stellt sich gegenüber dem Jahre 1911/12 eine Mehrausgabe von 19 000 *M.* heraus. Die Mehrausgaben sind, wie bei fast allen Schulen, auf die Erhöhung der Lehrergehälter und auf die Erhöhung der Vergütung für die erteilten Unterrichtsstunden zurückzuführen.

Für die städtische Mädchenfortbildungsschule (Seite 202 bis 205) beträgt der Zuschuß 13 400 *M.*, das ist ein Mehr von 8000 *M.* Dieses ist zurückzuführen auf die Erhöhung der Unterrichtshonorare, die infolge der Erhöhung der andern Gehälter erforderlich geworden ist.

**Stadtrat von Frankenberg:** Mir ist heute mittag durch Herrn Schuldirektor Professor Dr. Rehfuß die Mitteilung geworden, daß ein kleines Versehen bei der Aufstellung des Voranschlags vorgekommen ist. Das Gehalt der Leiterin der Mädchenfortbildungsschule, Fräulein Müller, ist vorgesehen mit 1400 *M.* Sie hat aber nach den allgemein maßgebenden Bestimmungen und nach ihrem Dienstalter Anspruch darauf, eine Zulage zu erhalten, so daß für 1400—1500 *M.* einzusetzen sein würde. Ich habe diese Sache noch nicht im Magistrat vortragen können, darf aber annehmen, daß meine Herren Kollegen damit einverstanden sein werden, wenn ich Sie bitte, diese Änderung vorzunehmen und den Betrag von 100 *M.* einzusparen, indem Sie auf Seite 205 unter „Verschiedenes“ die Summe auf 18 *M.* kürzen. Das ist allerdings ein recht geringer Betrag; der Schulvorstand wird sich aber angelegen sein lassen, sich der größten Sparsamkeit zu befleißigen.

**Vorsitzender:** Ich bitte, die Änderung vorzunehmen. Es kommt auf diese kleine Summe nicht an; wenn dann für den Posten „Verschiedenes“ mehr ausgegeben werden wird, so wird das ja im Exekutionsetat zutage treten.

**Stadtv. Leue:** Als letztes sind aufgeführt die Zuschüsse an die katholische Schule 39 550 *M.* (35 *M.* für jedes Schulkind), und 5000 *M.* widerruflicher Zuschuß, wie bisher, für die Jahn'sche Höhere Lehranstalt.

## Kapitel IV, Kunst und Wissenschaft.

(Referent Stadtv. Dr. Wolters. Eine Debatte findet nicht statt.)

## Kapitel V, Pflege-, Armen- und Krankenhaus.

Stadtv. Dr. **Wolters** (als Referent, zu Seite 229): Der Fehlbetrag für das Pflege-, Armen- und Krankenhaus ist 179 000 *M* gegenüber 174 000 *M* im Vorjahre.

(Zu Seite 237): Fehlbetrag für „sonstige Fürsorge für Kranke und Arme“ 417 400 *M*. Dazu der Fehlbetrag des Pflegehauses, das gibt insgesamt ungefähr dieselbe Höhe der Ausgabe wie der Voranschlag vom vorigen Jahre vorliegt (610 000 *M*). Es greift der heutige Etat um rund 86 000 *M* darüber hinaus.

## Kapitel VI, Gesundheitswesen.

(Referent Stadtv. Dr. Wolters.)

Stadtv. **Bunge** (zu Seite 245): Zu Nummer 4, Brausebäder, möchte ich anfragen, ob es nicht möglich ist, daß an einem oder zwei Abenden in der Woche die Bäder länger offen gehalten werden, damit auch denjenigen, die auf den Bureau's tätig sind, auch den Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen, Gelegenheit gegeben wird, dort zu baden. Heute ist es so, daß sie aus dem Geschäft kommen, wenn die Volksbäder schon geschlossen sind und sie in den Privatbadeanstalten mehr bezahlen müssen. Ich bin von verschiedenen Seiten gebeten, dies zur Sprache zu bringen. Es wäre den Genannten wohl möglich, am Sonnabend anzukommen, aber dann finden sich so viel Arbeiter aus allen Berufsschichten ein, daß das Bad reichlich besetzt ist, oder die Betreffenden müssen auch am Sonnabend länger arbeiten, vielleicht des Sonntags morgens auch, so daß es ihnen unmöglich ist, die städtische Badeanstalt zu benutzen. Ich möchte den Magistrat bitten, in dieser Frage vorzugehen.

Stadtv. **Munte**: Es fehlt hier noch der Ausweis, wieviel für das Gesundheitswesen unter diesem Kapitel im ganzen ausgegeben wird. Ist das nur vergessen oder sollte das nicht genannt werden?

Stadtv. Dr. **Wolters**: Die Gesamtausgabe ist angegeben, es fehlt aber, wie Herr Munte ganz richtig sagt, die Ealdierung. Ich hatte schon im Eingang meiner allgemeinen Ausführungen erwähnt, daß von der Finanzkommission der Wunsch ausgesprochen ist, daß am Ende jedes Kapitels der eigentlich entnommene Betrag aufgeführt werde.

**Stadtv. Munte:** Dann möchte ich noch sagen, daß die ausgeworfene Summe keine gewaltige ist. Man gibt nur 33—35 Pf. auf den Einwohner für das Gesundheitswesen aus. Gesundheit ist das höchste Gut, und da dürfen wir uns dreist etwas mehr ausbreiten. Ich möchte anregen, dieses großstädtische Bad, von dem immer die Rede ist und wie es auch in Hannover und andern Großstädten zu finden ist, uns nun recht bald näher zu führen. Ich dachte, der Magistrat würde die Sache gelegentlich in Erwägung ziehen und uns eine Vorlage unterbreiten. Ich habe gehört, das Ganze würde 1 Million Mark kosten; ich kann die Sache aber nicht beurteilen und möchte bei dieser Gelegenheit nur noch einmal eine Anregung geben.

**Stadtrat Schöttler:** Die geehrten Herren haben im vorigen Jahre eine Deputation eingesetzt, die Vorstudien in bezug auf das hier zu erbauende Bad machen sollte. Diese Deputation hat ihres Amtes gewaltet und eine Anzahl von auswärtigen Bädern besichtigt, hat auch sonst Studien getrieben, um über den Betrieb des Badewesens sich Klarheit zu verschaffen. Als Abschluß ihrer Tätigkeit hat sie einen Bericht an den Stadtmagistrat erstattet und darin insbesondere betont, daß weitere Arbeiten sich nicht wohl würden ausführen lassen, bevor man nicht über einen Bauplatz im klaren sei. Der Magistrat hat daraufhin die städtische Bauverwaltung beauftragt, nun einen geeigneten Platz zu suchen. Das stößt aber auf sehr große Schwierigkeiten. Indessen habe ich neulich unter der Hand von der Bauverwaltung gehört, daß sie der Deputation demnächst verschiedene Vorschläge machen werde. Erst wenn wir über den Bauplatz im klaren sind, können wir mit weiteren Arbeiten vorgehen.

**Stadtv. Dr. Kleinfuecht:** Ich möchte zur Erwägung stellen, ob es nicht wünschenswert wäre, daß bei der Ausarbeitung des neuen Planes für das freiverdende Bahnhofsgelände durch Herrn Professor Göke ein Platz in Aussicht genommen werden könnte, der zur Schwimmhalle geeignet scheint.

## Kapitel VII, für Vereinszwecke und Volksfeste.

(Referent Stadtv. Dr. Wolters.)

**Stadtv. Stegmann** (zu Seite 253): Auf dieser Seite befindet sich eine ganze Anzahl Posten, die mehr oder weniger unnütz sind und gestrichen werden könnten. Von den vielen greife ich die beiden Punkte 2 „Zuschuß zu den Kosten der Feier des Sedantages“ und 3 „Widerrufliche Beihilfe für den Männerturnverein“ heraus. Ich will Ihnen ganz gewiß keine lange Rede halten über die Sedanfeier, sondern nur kurz erklären, daß ich diese Feier nach wie vor für schädlich halte. Sie



trägt durchaus nicht dazu bei, die beiden Kulturvölker Frankreich und Deutschland einander näherzubringen. In den Schulen wird leider mehr als genügend unter der Bezeichnung Patriotismus dahin gearbeitet, das benachbarte französische Volk als unsern Erbfeind zu bezeichnen, Kriegervereine und andere bürgerliche Vereine tun das ihrige, so daß tatsächlich eine Hege, fortgesetzt ein Chauvinismus erzeugt wird, der nicht sein sollte, wenn man vom Standpunkte eines friedliebenden Mannes aus das Zusammenarbeiten solcher Nationen wie Frankreich und Deutschland erstrebt. Ich bitte, diesen Punkt zu streichen, denn ich halte es vor allen Dingen erst recht für verkehrt, daß eine Stadt dies Unternehmen unterstützt. Sie sollte nicht durch materielle und moralische Unterstützung dazu beitragen, daß dieser volksfeindlichen Festlichkeit ein offizieller Stempel aufgedrückt wird.

Ich darf auch einige Worte zu der Unterstützung des Männerturnvereins sagen. Immer noch steht die Forderung im Etat: Widerrufliche Beihilfe für den Männerturnverein. Ein Grund dafür liegt wahrhaftig nicht vor, daß man diesem großen und reichen Vereine, der aus besser situierten Volkskreisen sich zusammensetzt, noch fortwährend eine Unterstützung gewähren will. Der Herr Oberbürgermeister hat vor zwei Jahren, als das auf der Tagesordnung stand, selbst erklären müssen, daß dem Verein die Unterstützung nur gewährt worden ist, weil der Verein früher Verdienste gehabt hat, daß er für die Turnerei sich viel ins Zeug gelegt habe, daß er für Ausbildung von Turnlehrern gesorgt habe, daß auch die Turnerfeuerwehr daraus hervorgegangen sei. Das ist alles. Es gibt doch eine ganze Anzahl anderer Vereine, die auch die Turnerei fördern, und so müßten sie denn alle unterstützt werden. Auch in Arbeiterkreisen bestehen Turnvereine, aber sie müssen ihre Mittel selbst aufbringen. Deshalb ist es eine Ungerechtigkeit, daß diesem besser situierten Vereine fortgesetzt 800 M Zuschuß bewilligt werden sollen. Meine Freunde und ich sind noch aus einem andern Grunde moralisch gezwungen, dagegen zu sein. Das Verhalten der Stadtverordneten gegen die freie Turnerschaft veranlaßt uns, uns gegen den Zuschuß an den Männerturnverein zu wenden. So haben wir eine doppelte Veranlassung, gegen diese Verwendung städtischer Mittel zu stimmen.

**Vorsitzender:** Ich fasse das als Antrag auf, diese beiden Posten zu streichen. (Stadtv. Stegmann bejaht.) Wir können wohl über beide Punkte 2 und 3 in eins abstimmen, Herr Stegmann? (Zustimmung des Herrn Stegmann.)

Der Antrag Stegmann wird abgelehnt.

Stadtv. **Sander** (VII, 5): Ich möchte anregen, daß die Stadt Braunschweig ihren Austritt aus dem „Braunschweigischen Städtetage“ erklärt. Die Stellungnahme der kleinen Städte im Landtage bei Beratung des Schulgesetzes hat derartig

befremdend in hiesigen Bürgerkreisen und auch bei mir gewirkt, daß man sich sagen muß, es wäre ein Unding, daß wir diesem Verein einen Beitrag zahlen und sein Mitglied bleiben wollten. Eine längere Begründung will ich heute nicht geben.

**Stadtv. Dr. Wolters:** Die Angelegenheit hat auch die Finanzkommission beschäftigt; ich will nur kurz ihren Beschluß mitteilen: Die Finanzkommission bittet die geehrten Herren, nach wie vor den Jahresbeitrag von 50 *M* zu bewilligen.

**Stadtv. Niese:** Ich kann dem Antrage niemals meine Zustimmung geben. Ausschlaggebend bei dem Schulgesetz ist für mich, daß die Schulverpfassung in unserm ganzen Lande ebenso schlimm ist wie in unsern städtischen Verhältnissen. Den „Wasserkopf“ allein für sich zu lassen, dafür wäre ich nicht zu haben. Wir sind von den Vertretern der Kleinstädte im Landtage schon viel gewohnt geworden und werden das wohl auch noch ertragen können.

**Vorsitzender:** Soll der Vorschlag des Herrn Sander ein Antrag oder eine Anregung sein? (Stadtv. Sander: Anregung!)

### Kapitel VIII, Feuerlöschwesen.

**Stadtv. Dr. Wolters** (als Referent): Die Herren sehen, daß die Einnahmen und Ausgaben des Voranschlags von 1912 nicht addiert sind. Den Grund habe ich schon auseinandergesetzt: Es haben sich jetzt den vorigen gegenüber neue Posten herausgebildet, die sich nicht mit den früheren decken. Es würde durch die Addition ein klares Bild doch nicht geschaffen.

### Kapitel IX, Ortspolizei.

**Stadtv. Stegmann** (zu Seite 267): Ich möchte beantragen, daß Ziffer 1 „An den Staat, Zuschuß zur Bestreitung der Kosten der Ortspolizei“ gestrichen werde. (Heiterkeit.) Die Sache ist mir durchaus nicht lächerlich, sondern bitter Ernst. Schon wiederholt ist seitens meiner Freunde der Antrag gestellt worden, die Regelung der Polizeiangelegenheiten der Stadt Braunschweig dahin in die Wege zu leiten, daß die Ortspolizei städtisch wird, daß sie nicht mehr dem Staate unterstellt ist, während die Stadt heute absolut nichts dabei zu sagen hat. Sie hat jetzt allerdings nur einen geringen Teil der Kosten für die Ortspolizei aufzubringen, es sind aber immerhin doch 12 000 *M*. Wenn der Staat die Braunschweiger Bürger unter die Polizeifuchtel stellen will, dann soll er auch die Kosten allein tragen und uns nicht damit belasten. Der zweite Grund für meinen Antrag ist der Umstand, daß in letzter Zeit, seit dem Jahre 1905, die Polizei eine Stellung eingenommen hat, die als unerhört bezeichnet werden muß.

**Vorsitzender:** Das hat mit unserm Etat nichts mehr zu tun.

Stadtv. **Stegmann:** Ich bin der Meinung, daß das mit diesem Zuschusse zusammenhängt.

**Vorsitzender:** Das habe ich zu bestimmen.

Stadtv. **Stegmann:** Ich will damit begründen, weshalb ich die 12 000 *M* gestrichen haben will. Das Vorgehen der Polizei bei größeren Versammlungen, selbst bei Frauenversammlungen, ist nicht mehr schön zu nennen.

**Vorsitzender:** Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ich eine derartige Diskussion nicht zulasse.

Stadtv. **Stegmann:** Das ist doch sonderbar. Eine solche Geschäftsführung war doch bisher nicht der Fall.

**Vorsitzender:** Dann müssen Sie sich daran gewöhnen.

Stadtv. **Stegmann:** Dagegen protestiere ich, Herr Vorsitzender. Da müßte erst beschlossen werden: Zu einzelnen Kapiteln dürfen keine Anträge gestellt werden.

**Vorsitzender:** Ihren Antrag habe ich nicht in Frage gezogen, auch nicht die Begründung, aber eine Diskussion darüber, was die Polizei seit den letzten Jahren getan hat, hat mit unserm Etat nichts zu tun. Darüber brauchen wir uns beim Etat nicht zu unterhalten. Ich richte die Frage an die Versammlung, ob sie anderer Ansicht ist, denn ich bin hier nichts weiter als das Organ der Versammlung. Wünschen die Herren, daß wir uns über das Verfahren der Polizei in den letzten Jahren unterhalten? Wenn Sie sich beschweren wollen, so steht Ihnen das Recht dazu offen.

Stadtv. **Stegmann:** Dem Antragsteller muß das Recht gewährt werden, seiner Meinung Ausdruck zu geben, um den Antrag zu begründen. Das ist eins unserer Rechte, daß wir hier bei der Beratung unserer Meinung Ausdruck geben dürfen. Wir wären ja noch polizeilicher als die Polizei, wenn uns das hier verhindert werden sollte.

**Vorsitzender:** Es ist meine persönliche Ansicht, daß bei der Etatsberatung eine Diskussion über die Handhabung der Polizei nicht am Orte ist. Sind Sie anderer Meinung, so steht Ihnen zu, an die Versammlung zu appellieren.

Stadtv. **Stegmann:** Meine Herren. Ich glaube, der Herr Vorsitzende hat nicht genau überlegt, zu welchen Konsequenzen es führen müßte, wenn wir nicht in der

Lage wären, über etwaige Anträge und ihre Gründe sprechen zu können. Darüber, wie weit das geschehen soll, und ob die Diskussion zu weit geht, ließe sich ja streiten. Wenn unpassende Ausdrücke gebraucht werden, hat der Vorsitzende das Recht, das zu rügen. Aber wie man einen Antrag begründen soll, ohne die Gründe anzuführen, das müßte in der parlamentarischen Tätigkeit erst nachgewiesen werden. Das geht doch nicht an, wenn man nicht den Schluß ziehen soll: Dann hätte unsere ganze Tätigkeit hier keinen Wert. Wenn der Herr Vorsitzende sagt: Was Herr Stegmann vorbringt, hat mit der Statsberatung nichts zu tun, dann weiß ich nicht, wie er seinen Antrag begründen soll.

**Vorsitzender:** Nach meiner Auffassung ist die Streichung der 12 000 *M* Zuschuß, die auf festem Vertrag beruhen, nicht möglich, auch wenn das durch Gründe belegt wird. Es ist ein fester Vertrag, der von beiden Seiten geschlossen ist, und den wir nicht streichen können, auch wenn wir es beschließen. Kein Mensch der Welt wäre dazu imstande. Es würden allerdings einige Herren im Landtage sich kolossal freuen, wenn der Antrag angenommen würde, das gebe ich zu, aber sonst würde es als etwas Einseitiges an dem Vertrage nichts ändern. Ich behaupte als Vorsitzender: Auch wenn Sie Ihre Gründe vorlegen, so kommt das auf weiter nichts heraus, und ich halte es an diesem Orte für unrichtig, das zu tun. Ich werde die Versammlung um ihre Meinung fragen; entscheidet sie anders als ich, dann werde ich mich selbstverständlich fügen. Ich bitte diejenigen Herren, die wünschen, daß wir die Anführung dieser Gründe, die Herr Stegmann beabsichtigt, zulassen sollen, die Hand zu erheben. (Es melden sich 9 Herren. Unruhe.) Ist die Frage unklar, dann will ich noch einmal anfragen.

**Stadtv. Dr. Wolters:** Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden möchte ich noch folgendes bemerken: Dieser Zuschuß von 12 000 *M* beruht auf einem Vertrage zwischen der Stadt Braunschweig und dem Staate, der in den Landtagsabschied von 1872 aufgenommen ist. Gebe der Himmel, daß dieser Zuschuß von 12 000 *M* niemals wachsen werde.

**Stadtv. Almann:** Die Diskussion ist da, und uns wird verboten zu sprechen! Das kommt mir spanisch vor!

**Vorsitzender:** Ob Ihnen das spanisch vorkommt oder nicht, ist gleichgültig. Sie haben sich dem, was die Versammlung beschließt, zu fügen. (Ruf: Vergewaltigung!)

Der Antrag Stegmann wird hierauf abgelehnt.

**Stadtv. Stegmann** (zu IX, 2): Ich darf ja nun leider nicht begründen, was ich vorbringen will. Aus demselben Grunde, den ich für die Ablehnung des Zu-

schusses an den Staat für die Ortspolizei anführen wollte, müßte man auch beantragen, daß die Summen, die für das Nachtwachwesen gezahlt werden sollen, gestrichen werden. Die Institution des Nachtwachwesens ist städtisch und trotzdem untersteht sie vollständig der Polizei, die Stadt hat kein Jota dazu zu sagen. Verschiedene Anregungen meiner Freunde sind unbeachtet geblieben; man sagt: Es geht einfach nicht. Wenn ich nun auch meine Gründe nicht anführen darf, so möchte ich dringend bitten, daß man endlich der Frage nähertritt, daß die Nachtwachinstitution der Stadt unterstellt wird, damit es aufhört, daß der Bürger nicht nur bezahlen muß, sondern sich auch noch verprügeln lassen muß. Der Nachtwächter muß auf Geheiß eines Polizisten einen Bürger verhaften oder verhauen, und selbst der Herr Oberbürgermeister dürfte dabei nicht mügen (Heiterkeit), jener hat mehr zu sagen als der Oberbürgermeister. Das ist ein trauriger Zustand, aber Sie wollen ja davon nichts hören und, wie ich glaube, auch keine Besserung herbeiführen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Die Bescheidenheit, deren sich der Herr Vorredner in bezug auf die Stellung der Nachtwächter befleißigt hat, verstehe ich nicht. Es mag die Bescheidenheit im allgemeinen ja eine Tugend sein, aber hier würde sie nicht angebracht sein. Ich habe den Herrn Vorredner auch so verstanden, daß seine Worte nicht auf die Goldwaage gelegt werden sollten, sondern daß sie mehr scherzhaft gemeint seien. Wenn ich ihm im Ernst darauf antworten darf, so habe ich darauf hinzuweisen, daß die Versammlung manch ein Jota, manch ein Wort und manch wichtige Bemerkung und Beschlußfassung über das Nachtwachwesen in den letzten Jahrzehnten schon hat verlauten lassen und in manchen Beziehungen mit beigetragen hat, daß die Lohnverhältnisse der Nachtwächter jetzt ganz auskömmlich gestaltet sind, daß insbesondere durch die Lohndeputation der Beschluß beantragt ist, daß die Gehaltszulagen statt in 5jährigen in 3 jährigen Abschnitten eingeführt werden sollten. Das bedeutet, wie aufmerksame Rechner gewiß schon nachgeprüft haben, eine Mehrausgabe von 3000 M im kommenden gegenüber dem laufenden Jahre. Ebenso haben sich die geehrten Herren einverstanden erklärt, daß wir gewisse Wohlfahrtseinrichtungen für die Nachtwächter geschaffen haben: Sie haben vor einiger Zeit hier der Dienstordnung mit bestimmten Ruhepausen zugestimmt. Die Herren brauchen also durchaus nicht so bescheiden zu sein; wir sind auch gar nicht so bescheiden, sondern haben uns mit den geehrten Herren, wenn Wünsche aufgetreten sind, regelmäßig verständigt, und ich hoffe, daß wir auch in Zukunft ganz gut miteinander fertig werden.

**Stadtv. Ahmann:** Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg anführt, daß wir uns hier wiederholt mit den Löhnen der Nachtwächter beschäftigt haben, so wird er damit nicht haben sagen wollen, daß wir unsererseits nicht dazu bereit gewesen

wären, wenn die Nachtwachmannschaften eine entsprechend höhere Besoldung bekommen sollten, sondern wir in erster Reihe haben darnach gestrebt. Wie dieses Institut aber in letzter Zeit ausgebaut ist und von der Polizeidirektion benutzt wird, ist bekannt. Wir haben ja seinerzeit, als die Ordnung für das Nachtwachwesen beraten wurde, Stellung dagegen genommen und angestrebt, daß die Nachtwächter nicht zu Tagesdienst von der Polizei benutzt werden können. Da handelt es sich nicht um Bescheidenheit, sondern um gerechtfertigte Kritik, wie sie Herr Stegmann üben wollte. Es ist doch so, daß die Nachtwächter bei Tage von der Polizei benutzt werden angeblich zur Aufrechterhaltung der Ordnung, was ein großer Teil der Bürger am eigenen Leibe erfahren hat. Bei Versammlungen, die mit Demonstrationen nichts zu haben, müssen sich die Bürger von den Wachmannschaften verprügeln lassen, das ist doch in der bürgerlichen Presse schon wiederholt festgestellt worden. Bei dem, was Herr Stegmann gesagt hat, handelt es sich nicht um einen Scherz, sondern es ist doch tatsächlich so, daß auch der Herr Oberbürgermeister sich gefallen lassen müßte, verhaftet zu werden, wenn er einmal in die Menschenmenge gerät an der bewußten Stelle, an der Ecke der Stobenstraße, wo sich die Polizei regelmäßig aufstellt, wenn Arbeiter aus ihren Versammlungen nach ihren Wohnungen wollen, ohne demonstrieren zu wollen, und dort mit Gummiknüppeln bearbeitet werden. Das kann auch dem Herrn Oberbürgermeister passieren. Das sind Zustände, die kritisiert werden müssen und gegen die man nicht anders ankommen kann, als daß man ihnen den Lebensnerv abkneipet, trotzdem der Vertrag dies verweigert.

**Stadtv. Stegmann:** Herr Alßmann hat eben schon ausgeführt, daß meine Worte nicht scherzhaft gemeint waren, im Gegenteil, sie sind bitter ernst. Wenn hier von Herrn Stadtrat von Frankenberg gesagt ist: Wir haben manche wichtige Beschlußfassung in Sachen des Nachtwachwesens gefaßt, so gebe ich zu: Gewiß, wir haben auch dieses Statut gemacht. Worin aber bestehen unsere Beschlüsse? Nur darin, daß wir alles zu bezahlen haben. Wir regeln die Geldverhältnisse und alles mögliche, aber die Führung ist der Polizei überlassen. Wir haben absolut kein Jota dazu zu sagen. Die Polizei ist der Herr über das Nachtwachwesen, und nicht einmal der Herr Oberbürgermeister hat etwas dazu zu sagen, nur die Polizei kommandiert die Nachtwächter. Das ist ein unhaltbarer Zustand, und wenn Sie das nicht einsehen, so kann ich Sie nicht begreifen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Es beruht auf freier Übereinkunft der städtischen Behörden und der Herzoglichen Polizeidirektion, daß die Aufsicht über das Nachtwachwesen gegen Zahlung einer jährlichen Vergütung von 1500 M durch die Polizeidirektion ausgeführt wird. Die städtischen Behörden haben sich gesagt,

- daß die Polizeidirektion nach ihrem ganzen Aufbau, nach ihrer Kenntnis der Verhältnisse, nach ihren ganzen Einrichtungen die geeignetste Behörde sein würde, um das Nachtwachwesen zu beaufsichtigen. Und als vor ein paar Jahren die Vergütung verdoppelt ist, hat die geehrte Versammlung zugestimmt und ihr Einverständnis erklärt, daß es so bleiben solle. Sollte die Meinung bestehen, daß der Stadtmagistrat mit einem dafür anzunehmenden besonderen Beamten besser imstande wäre, das Nachtwachwesen zu beaufsichtigen, dann möge die Versammlung einen entsprechenden Beschluß fassen. Einstweilen scheint es mir aber noch zweifelhaft, ob sich dafür eine Mehrheit unter den geehrten Herren finden würde.

Der Antrag Stegmann wird abgelehnt.

Stadtv. **Munte** (zu Seite 271): Ich habe vorhin eine bessere Regulierung der Uhren angeregt, bin damit aber bei einer verkehrten Position gekommen. Ich will hier, wo für Wartung und Unterhaltung der Turmuhren Beträge ausgeworfen sind, nochmals darauf hinweisen, daß in weiten Kreisen der Bürgerschaft wegen der Unregelmäßigkeit im Gange der Turmuhren Klage geführt wird. Selbst die Rathausuhr hat mitunter nicht die richtige Zeit gezeigt.

**Vorsitzender:** Vom Magistratsstische ist darüber schon die Erklärung abgegeben, daß augenblicklich ein Provisorium in dieser Angelegenheit bestände.

## Kapitel X, Straßenbau, Kanalbau und Vermessungswesen.

Stadtv. Dr. **Bollers** (als Referent, zu Seite 274): Die geehrten Herren sehen unter Bemerkung 280, daß ein Betrag von 138 200 *M* (gegenüber 46 200 *M* im Vorjahre) für Instandsetzung verschiedener innenstädtischen Straßen zur Verfügung der städtischen Behörden gestellt werden soll. Welche der innenstädtischen Straßen instand gesetzt werden sollen, darüber werden den geehrten Herren später Vorlagen zugehen. Dann kommen noch die außenstädtischen Straßen in Betracht (Seite 275). In den Bemerkungen sind unter 288 und 289 die Straßen bezeichnet, die man in der Außenstadt instand zu setzen beabsichtigt. Über alle diese beabsichtigten Instandsetzungen werden den Herren keine Vorlagen wieder zugehen. Es ist daher, falls jemand die Absicht haben sollte, gegen die Instandsetzung einzelner Straßen oder gegen die Art der Pflasterung sich zu wenden, ihm hier Gelegenheit dazu gegeben. Es wird in Aussicht genommen, mit Kleinpflaster zu versehen: 1. die Karlstraße zwischen Graben- und Oststraße, 2. die Husarenstraße zwischen Kasernenstraße und Altemiekring, 3. die Billierstraße. Dagegen sollen mit Teerakadampflaster versehen werden: 1. die Nordstraße zwischen Mittelweg und Gehsostraße, 2. die Heinrichstraße zwischen Hagenring und Dörn-

bergstraße, 3. die Heinrichstraße zwischen Waterloo- und Wachholzstraße, 4. die Rosenstraße zwischen Husaren- und Nußbergstraße, 5. die Rosenstraße zwischen Nußberg- und Commeniusstraße, 6. die Heitbergstraße zwischen Klauen- und Lutterstraße, 7. die Klauenstraße, 8. die Viewegstraße zwischen Klauen- und Lutterstraße, 9. der Hagenring zwischen Humboldt- und Heinrichstraße.

Die Finanzkommission hat keinen Anlaß genommen, sich gegen die Pflasterung dieser Straßen an sich, wie auch gegen die Art der Pflasterung auf den Straßen zu wenden.

**Stadtv. Hesse:** Ich möchte empfehlen, die Wilhelmstraße, mindestens den südlichen Teil derselben, und die Schöppenstedterstraße bei der Instandsetzung zu berücksichtigen. Die Straßen sehen schlecht aus; man kann sogar sagen, es herrscht da ein trostloser Zustand.

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Wir haben in dem Begleitschreiben auseinandergelegt, weshalb wir die Straßen der Innenstadt, welche instand gesetzt werden sollen, nicht aufgeführt haben. Wenn nun ein einzelner der Herren Wünsche geltend macht, ohne daß die Versammlung sich äußert, so ist mir zweifelhaft, was dann der Magistrat tun soll. Wir halten es für richtig, daß Ihnen die erwähnten Projekte vorgelegt und von Ihnen einer Prüfung unterzogen werden. Nur so bekommen Sie ein genaues Bild über die Kosten. Wenn heute beschlossen werden sollte, die Wilhelmstraße und Schöppenstedterstraße instand zu setzen, so würde ich das nicht für richtig halten. Die Projekte werden bald fertig sein, und dann können wir uns über die Auswahl und die Reihenfolge verständigen.

**Vorsitzender:** Ich habe die Bemerkungen des Herrn Hesse so aufgefaßt, daß damit eine Anregung gegeben werden soll, es möge geprüft werden, ob diese Straße hinzugenommen wird.

**Stadtv. Busch:** Ich begrüße die Instandsetzung der außenstädtischen Straßen sehr, kann mich aber doch nach den Erfahrungen, die ich auf der Straße, wo ich wohne, gemacht habe, nicht für das Leermakadampflaster erwärmen. Ich meine die Adolfsstraße, und Herr Bürgermeister Meyer, der die Straße auch genau kennt, wird mir beipflichten, daß sich diese neue Befestigung nicht bewährt hat. Es sind schon wieder geradezu unheimliche Löcher darin, und wer nicht ganz gesund und fest ist, kann elend werden, wenn er dort zu fahren hat. Ich möchte vorschlagen, bevor man wieder sich entschließt, Straßen mit dieser Befestigung zu versehen, noch einmal Versuche anzustellen oder mit einem Unternehmer in Verbindung zu treten, der auch die Garantie der Haltbarkeit übernimmt. Ich habe gesehen, daß die Leisewitzstraße oben nur mit einer dünnen Schicht begossen ist, die Steine, die



unten verwandt sind, aber etwas größer sind, und es scheint, als wenn sich das etwas besser bewährt hätte. Jedenfalls möchte ich die Anregung geben, vorsichtig zu sein und sich nicht in große Kosten zu stürzen, die nur Unannehmlichkeiten nach sich ziehen. Im ganzen halte ich das Kleinpflaster für besser.

**Stadtv. Meyerhoff:** Auch ich stehe der Verwendung des Teermafadampflasters sehr pessimistisch gegenüber. Nicht allein auf der Adolfsstraße, sondern auch auf andern Straßen, z. B. auch auf dem einen Teil des Hagenrings wickelt sich die obere Schicht schon wieder ab. Nun ist es sehr zweifelhaft, ob die Arbeit zur richtigen Jahreszeit und bei passendem Wetter gemacht ist. Unbedingt gehört zu der Legung des Pflasters gutes Wetter, es darf nicht dazwischenregnen, usw. Es will mir nicht behagen, daß wir uns gleich für 9 verschiedene Straßen mit zusammen 7600 qm fest entschließen sollen, daß sie mit Teermafadam belegt werden. Der Herr Referent sagt, wenn wir nicht dagegen sprechen, so ist das heute beschlossen. Deshalb möchte ich doch dem Stadtmagistrat die Bitte unterbreiten, uns Gelegenheit zu geben, nur vielleicht mit der Hälfte oder dem dritten Teil der Straßen, vielleicht mit 2000 qm erst einmal vorzugehen. Vielleicht ist die Instandsetzung der einen oder andern Straße dringend nötig, dann kann diese vorgenommen werden, und die andern werden zurückgestellt, damit wir noch etwas Erfahrung sammeln. Gerade in der Adolfsstraße hat sich das Teermafadampflaster schlecht bewährt, und wo die neueste Arbeit gemacht ist, ganz im Süden nach der Campestraße hin, da ist das Unheil auch schon im Gange. Das war bisher das beste Stück an der ganzen Straße, und die Abwidlungen und die Löcher zeigen sich auch da schon. Darum möchte ich auch bitten, recht vorsichtig mit der Anlage von Teermafadam vorzugehen, nur die nötigsten Straßen vorzunehmen und nicht gleich die ganzen 7600 qm.

**Bürgermeister Meyer:** Es ist nicht zu leugnen, daß bei einer Reihe von Straßen die Befestigung mit Teermafadam nicht so günstig ausgefallen ist, wie wir gewünscht haben. Dagegen hat sich diese Befestigung bei anderen Straßen tadellos gehalten, so daß Einwendungen nicht zu machen sind. Die Befestigung der Moltkestraße, der Raabestraße, der Kurzen Straße und der Lejewitzstraße ist einwandfrei, und wenn die Herren sie ansehen, so werden sie sagen, daß, falls die Neubefestigung der in Aussicht genommenen Straßen so gelingen würde, sie unbedenklich geschehen mag.

Nun hat Herr Meyerhoff und auch Herr Busch gewünscht, daß wir eventuell noch einmal die Herren Stadtherordneten vor der Neubefestigung der einzelnen Straßen hören möchten. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Es liegt aber die Sache so, daß wir diese Art der Befestigung nicht selbst herstellen können.

sondern durch Unternehmer machen lassen müssen. Diese sind in der Sommerzeit auch durch Arbeiten in anderen Städten gebunden und können sich uns zumeist nur eine Reihe von wenigen Wochen zur Verfügung stellen. In diesem kurzen Zeitraum muß das für Braunschweig in Aussicht Genommene abgewickelt werden. Dieser Umstand ist nach meiner festen Überzeugung mit schuld daran, daß die Befestigung eines Teils dieser Straßen nicht so gut ausgefallen ist, wie wir wünschen. Es hat sich gezeigt, daß die Befestigung nicht gut ausgefallen ist, wenn es während der Befestigungsarbeit geregnet hat. Viel besser würde es sein (und die städtische Bauverwaltung strebt das auch an, wie das im Begleitschreiben auch zum Ausdruck gebracht ist), wenn wir selbst Einrichtungen zur Befestigung mit Teermaakadam hätten, um die Zeit für die Ausführung der Arbeiten beliebig ausfüllen zu können. Ich darf hoffen, daß wir imstande sind, im Laufe des nächsten Jahres aus städtischen Mitteln Maschinen zu beschaffen, so daß wir während der ganzen in Frage stehenden Jahreszeit, von Frühjahr bis Herbst hinein, sobald das Wetter günstig ist, Befestigungen dieser Art ausführen können. Ich bin überzeugt, daß dann die Bedenken, die jetzt noch vorliegen, fallen werden. Sollten die Herren nach diesen Darlegungen gleichwohl der Ansicht sein, daß ohne besondere Zustimmung der Stadtverordneten diese Straßen nicht befestigt werden sollen, so fürchte ich, es kommt zu gar keiner Befestigung mit Teermaakadam.

**Stadtv. Stegmann:** Ich bin der Ansicht des Herrn Bürgermeisters. Ich habe auch die Beobachtung gemacht, daß einzelne Straßen recht gut zu sein scheinen. Ich weiß nicht, ob es geschehen kann, daß der Unternehmer verpflichtet wird, für die Befestigung auf mehrere Jahre Garantie zu bieten. — Unter den aufgeführten Straßen der Außenstadt vermiße ich die Gertrudenstraße. Diese befindet sich in sehr trostlosem Zustande, es ist dringend nötig, daß sie in diesem Jahre neu befestigt wird. Diesen Wunsch möchte ich hiermit ausgesprochen haben.

**Stadtv. Frühling:** Es ist mir neu, daß wir uns heute entscheiden sollen (wie aus der Anregung des Berichterstatters hervorgeht), ob die genannten Straßen in diesem Jahre so ausgeführt werden sollen, wie im Begleitschreiben angegeben ist. Bisher ist immer darüber ein Projekt an die Versammlung gekommen, und wir haben dann darüber Beschluß fassen können. Ich kann mich auch nicht entschließen, heute schon die Befestigung mit Teermaakadam für 7000 qm zu beschließen, wo wir nur schlechte Erfahrungen damit gemacht haben; ich wenigstens habe gute Erfolge noch nicht gesehen. Ich möchte wohl, daß wir die Summe bewilligten, daß wir aber den Magistrat bitten, vor Ausführung der Befestigung uns ein spezielles Projekt vorzulegen, wozu wir Stellung nehmen können. Das Ganze in Bausch und Bogen zu bewilligen, scheint mir kein Vorzug zu sein. Die Notwendigkeit,

einen Unternehmer frühzeitig heranzuziehen, damit die Sachen ausgeführt werden können, will ich wohl anerkennen. Warum wird aber nicht ein Unternehmer aus Braunschweig dazu herangezogen? Das würde doch zweckmäßig sein; der Mann würde auch auswärts arbeiten können und den Verdienst hierher ziehen. Dafür, das alles in städtischer Regie zu machen, kann ich mich nicht begeistern. Ob die Ausführung viel besser wird als die durch einen Unternehmer, der die nötigen Erfahrungen hat, das ist doch die Frage. Es kann sein, es kann aber auch nicht sein. Ich möchte nicht, daß die ganze hierher gehörige Industrie, die Steinsetzmeister usw., von den Arbeiten ausgeschlossen werden, sich darauf nicht einrichten können. Ich bin überzeugt, wenn die Gelegenheit gegeben würde, so würden sich auch in Braunschweig Unternehmer finden, die sich diesem Fach widmen und sich die nötigen Fähigkeiten und die Gewandtheit für diese Arbeiten erringen würden. Das wäre besser, als wenn sie nur durch städtische Regie ausgeführt werden und die einzelnen Privatleute kein Feld haben, wo sie sich bilden und ihre Tüchtigkeit üben können. Mein Antrag geht dahin,

die Summe zu bewilligen, aber den Magistrat zu ersuchen, uns über die einzelnen Straßen besondere Vorlagen zu machen.

Dann werden wir uns über die einzelnen Fälle unterhalten, ob Teermafadam hergestellt werden soll oder nicht, ob in eigener Regie die Arbeit ausgeführt oder ob sie an Unternehmer gegeben werden soll.

**Bürgermeister Meyer:** Die Ansicht, die der Herr Vorredner eben vorgetragen hat, widerspricht der Gepflogenheit der vergangenen Zeiten. Es ist bisher nicht üblich gewesen, daß, wenn eine Straße wieder instand gesetzt werden sollte, den Stadtverordneten eine Vorlage zugegangen ist. Wenn das in Zukunft geschehen soll, so würde das eine ganz neue Praxis werden. Es ist bisher ein solches Bedürfnis von den Herren Stadtverordneten nicht anerkannt worden und tritt hier zum ersten Male dadurch auf, daß man meint, bei der Verwendung von Teermafadam gehört werden zu sollen. Selbstverständlich steht Ihnen zu, das zu wünschen, aber ich komme davon nicht ab, zu befürchten, daß dadurch die Ausführung der Befestigung erheblich verzögert, wenn nicht im Einzelfalle für das Jahr unmöglich wird. Im übrigen bemerke ich, daß es bisher niemals einem Braunschweiger Unternehmer verboten gewesen ist, sich um die Vergebung zu bewerben. Wenn es sich um größere Instandsetzungen gehandelt hat, ist immer eine Ausschreibung erfolgt, aber es haben sich keine Braunschweiger Bewerber gemeldet, sonst hätten wir selbstverständlich den Braunschweiger dem fremden Unternehmer vorgezogen. Herr Baurat Frühling mußte sich ja daran erinnern, wenn sich ein Braunschweiger mit beworben hätte; er mußte sich auch erinnern an die Gründe, welche vorgelegen hätten, ihn abzulehnen. Mir ist nichts davon be-

kannt. Ich meine, daß es mit Rücksicht darauf, daß das System im Werden begriffen ist, nicht zu verwerfen wäre, wenn die städtische Bauverwaltung die Werkzeug- und maschinelle Einrichtung für Ausführung dieser Arbeiten hätte, damit sie Erfahrungen sammeln könnte und in den Stand gesetzt wäre, Reparaturarbeiten selbst auszuführen. Wie hätten wir uns bisher anders stellen können, wenn wir nicht von auswärtigen Unternehmern abhängig gewesen wären. Sollen wir auch in Zukunft die Reparaturarbeiten von auswärtigen Unternehmern ausführen lassen? Die Stadt würde sich finanziell besser stehen, wenn sie in der Lage wäre, mit eigenen Maschinen und eigenen Leuten die Straßen instand zu setzen. Ich möchte Sie bitten, sich grundsätzlich nicht ablehnend unserm Antrage gegenüber zu verhalten, und wenn Sie glauben, nicht alles verwilligen zu können, wenigstens bis zu einer gewissen Summe uns den Etat nicht zu versagen.

**Stadtb. Riet:** Ich kann mich nicht dafür erklären, diese 7000 qm mit Teer-  
makadam zu versehen. Die Moltkestraße ist wohl ganz schön ausgefallen, aber sie hat noch keinen Sommer und keinen Winter hinter sich, und bei dem, was auf dem Hagenring ausgeführt ist, zeigen sich in der Fahrbahn schon einzelne Löcher. Auch sehe ich nicht ein, daß die Differenz zwischen Asphalt und Kleinpflaster und Teer-  
makadam so groß wäre. Ich meine, wir bleiben bei dem soliden Pflaster, zumal bin ich dafür, daß eine Ausnahme da gemacht wird, wo reger Wagenverkehr herrscht. Es mag wohl sein, daß sich das Teermakadamspflaster in der Moltkestraße, wo kein reger Wagenverkehr herrscht, ganz gut hält, ebenso auch in der Leisewitz-  
straße.

In der Vorlage scheint auch ein Widerspruch zu stecken. Einerseits heißt es: die Kosten der außenstädtischen Straßen sind heute zu bewilligen, aber dann: über die innenstädtischen Straßen bekommen wir noch eine Vorlage. Einige der Teilstrecken sind angegeben, und dabei ist berücksichtigt, daß die Wilhelmstraße und Schöppenstedterstraße, weil sie erhebliche Mittel beanspruchen, nicht gemacht werden könnten. Ich bin fest überzeugt, solche Straßen, die so im Zuge des Verkehrs liegen, sollten zuerst an die Reihe kommen. Auch der Herr Oberbürgermeister hat vor zwei Jahren erklärt, als auf dem Platz an der Martinikirche das holprige Pflaster beseitigt werden sollte: „Vor allen Dingen würde ich vorziehen, die Verkehrsstraßen und auch die Schöppenstedterstraße heranzunehmen.“ Ich habe den Kostenanschlag für die Schöppenstedterstraße schon vor drei Jahren gesehen, aber von der Ausführung bis heute noch nichts. Ich sage das nicht, weil ich gerade dort wohne. Aber wenn man sieht, daß zwischen Ostern und Pfingsten die Steinsetzer die großen Vertiefungen beseitigen müssen, die doch bald wieder entstehen, dann muß man sagen: Das ist eine Sisyphusarbeit, das ist weggeworfenes Geld. Solche geraden Straßen, die ohne Gassen und Bordsteine durchgehen, sollte man in

Braunschweig nicht mehr sehen und lieber die Straßen vor den Toren und solche Straßen, wo der Wagenverkehr nicht rege ist, zurücklassen. Ich bin dafür, daß weiter mit dem Teermakadam Versuche gemacht werden; aber daß sie mit solchen Summen gemacht werden, dafür kann ich mich nicht erklären.

Stadtv. **Frede:** Den Bedenken der Herren Busch, Meyerhoff und Rieke möchte ich mich anschließen und ebenfalls dem von Herrn Meyerhoff geäußerten Wunsch auf Beschränkung der Teermakadampflasterung. Ich glaube auch, daß Teermakadam auf die Dauer uns teuer zu stehen kommt. Wenn auch das Kleinpflaster in der Herstellung teurer ist, so wird es im Laufe der Zeit sich halten und deshalb doch billig sein.

Nun haben sich die Herren in ihren Ausführungen auf die Teerung der Fahrwege bezogen, ich möchte das Augenmerk des Magistrats auf die Teerung der Fußwege lenken. Ich habe von verschiedenen Gärtnern, bei denen ich mich wegen der Zulässigkeit der Teerung der Fußwege, wo Bäume stehen, erkundigt habe, die übereinstimmende Auskunft erhalten, daß sie für die Bäume schädlich sei, und daß vor auszusehen sei, daß die Bäume nach einiger Zeit eingehen würden. Es wäre sehr zu bedauern, wenn der Baumschmuck an den Wegen dieser Teerung zum Opfer fiele. Ich bitte, daß die städtische Bauverwaltung Gelegenheit nimmt, sich bei einem Sachverständigen, vielleicht bei Herrn Garteninspektor Ziegeler, dem Leiter der Landesbaumschule, zu erkundigen, ob die Bedenken begründet sind, die mir gegenüber von den Gärtnern geäußert sind.

Stadtv. **Munte:** Auch ich bin ein Gegner des Teermakadams, und soweit wir bis jetzt die Ansicht der Herren gehört haben, ist kein Freund dieser Pflasterungsart dabeigewesen. Von Herrn Rieke ist die Frage angeschnitten, welche Pflasterungsart teurer sei, und er weiß bereits, daß der Unterschied zwischen beiden nicht erheblich ist. Aber selbst wenn das Kleinpflaster etwas teurer wäre, so würde ich doch lieber zwei Straßen weniger instand setzen, dafür aber die bessere Arbeit ausführen. Darauf können wir nicht warten, wie die Erfahrungen mit Teermakadam sich gestalten werden, und außerdem hängen wir bei Ausführung der Arbeiten von dem trocknen Wetter und von den auswärtigen Unternehmern ab. Ferner wissen wir noch nicht, ob Teermakadam sich auf die Dauer bewährt. In wenig stark befahrenen Straßen, wie in der Moltkestraße, sagt Herr Rieke, würde Teermakadam ausreichen, aber wir wissen nicht, ob es auf stark befahrenen Straßen verwendbar ist. Ich bitte die Herren, zu überlegen, ob wir nicht die Straßen, die für Kleinpflaster vorgeschlagen sind, ausführen können, und möchte den Herrn Bürgermeister bitten, uns ein ungefähres Bild zu geben, wie das Preisverhältnis zwischen dem einen und dem andern Material sich stellt. Darnach könnten wir dann unsere Beschlüsse fassen.

**Bürgermeister Meyer:** Es ist anzuerkennen, daß die Resultate, die wir mit Teermakadam erzielt haben, nicht unbedingt dazu ermutigen, auf der beschrittenen Bahn fortzufahren. Ich bitte aber nicht außer acht zu lassen, daß die Kongresse der Ingenieure und Architekten, soweit sie sich mit Straßenbau befaßten, in ihren Beratungen dahin gelangt sind, das Teermakadampflaster als das Pflaster der Zukunft hinzustellen. Mit Kleinpflaster die gewünschte Geräuschlosigkeit zu erzielen, ist ausgeschlossen. Das Kleinpflaster ist hinsichtlich des Geräusches zwar besser als das Kieselpflaster, doch steht das Teermakadampflaster wesentlich höher. Die Kosten der Herstellung des Teermakadam sind im allgemeinen billiger als die des Kleinpflasters, es ist auch unwahrscheinlich, daß die Unterhaltungskosten höher als bei dem Kleinpflaster sein werden, obwohl es da noch an Erfahrungen fehlt. Wohl aber hat die Erfahrung gezeigt, daß das Befestigungsmaterial eine derartig einheitliche, kompakte Masse bildet, daß es ausgeschlossen erscheint, daß sie durch starken Fuhrwerksverkehr angegriffen werden kann. Die Nachteile dieser Befestigung sind bis jetzt nur darin hervorgetreten, daß ihre oberste, 1—2 cm starke Schicht nicht gehalten hat. Die unteren starken Schichten haben sich durchweg gut gehalten.

Was die Fußwegteerung anbelangt, so ist damit versuchsweise vorgegangen, und nach Ansicht der städtischen Bauverwaltung sind die Versuche gelungen. Ähnliche Befürchtungen, wie sie Herr Frede ausgesprochen hat, sind uns ja auch gekommen, aber ich muß sagen, daß die Befürchtung, die Bäume würden ausgehen, nicht gerechtfertigt erscheint. Es ist schon eine ganze Reihe von Fußwegen mit Teerung versehen, aber deswegen noch nicht ein einziger Baum ausgegangen. Eine andere Frage ist, ob nicht wegen der Härte des Materials und des wenig schönen Aussehens an den Stellen, wo die Teerung neben den Bäumen nicht glatt abschneidet, ein anderes Material vorzuziehen wäre.

**Stadtv. Dr. Wolters:** Zunächst habe ich zu der Frage, die Herr Kollege Frühling angeregt hat, zu bemerken: Es fällt auf, wenn in dem Etat gefordert wird, eine Summe von annähernd  $\frac{1}{4}$  Million sofort nicht allein der Summe nach, sondern auch der sachlichen Ausführung nach zu bewilligen, zumal diese Summe erheblich die Ausgabe für diejenigen Straßen übersteigt, über die wir erst noch eine Vorlage haben sollen. Wir in der Finanzkommission konnten uns nicht anders verhalten als nach der Art und Weise, wie sie bisher jahrelang beobachtet ist. Ich kann also als Referent nur sagen, daß die Finanzkommission als solche die ganze Summe zu bewilligen vorschlägt. Wenn es mir erlaubt ist, hierzu noch meine persönliche Meinung auszusprechen, so muß ich sagen, daß der Antrag Frühling — ein solcher soll es sein — meinem Empfinden nach ganz gerechtfertigt ist. Ich halte es für schwerwiegend, sich über eine solche Summe sofort zu entscheiden. Hinweisen möchte

ich darauf, daß geschäftsordnungsmäßig der Antrag des Herrn Baurat die große Bedeutung hat, die Etatsbewilligung nur unter einer Bedingung auszusprechen, nämlich der Freilassung gegenüber den Straßen, während die Finanzkommission beantragt, nach dem Antrag des Magistrats die Summe so zu bewilligen, wie sie im Etat steht.

Dann noch ein Wort zu der Anregung des Herrn Hesse, der von der Wilhelmstraße sprach. Ich weise darauf hin, daß im Begleitschreiben schon gesagt ist, die Instandsetzung der Wilhelmstraße zwischen Steinweg und Fallerstraße würde 80—85 000 *M* kosten. Da wir insgesamt nur den Betrag von 138 000 *M* bewilligen wollen, so würde die Folge sein, wenn man der Anregung des Herrn Hesse nachgäbe, daß eine ganze Anzahl solcher Straßen, die der Magistrat in erster Linie als ausbesserungsbedürftig hinstellt, wegzulassen wäre. Im übrigen liegt kein Antrag vor, sondern nur eine Anregung.

**Stadtb. Dr. Boge:** Der Herr Bürgermeister sagte, es wäre vorteilhaft, im Falle der städtischen Bauverwaltung in diesem Jahre Mittel zur Verfügung gestellt würden, zur Anschaffung eigener Maschinen zwecks Ausführung der Arbeiten in eigener Regie zu schreiten. Ich nehme aus der Anregung an, daß dies größere Mittel sein müssen. Dann müßten wir aber doch, ehe wir uns entschließen, diese große Zahl Straßen mit Teermafadam zu befestigen, die Frage beantworten: Sind die Anschaffungskosten der Maschinen so groß, daß es sich lohnt, die Arbeiten in eigener Regie zu machen? Diese Frage ist noch nicht geklärt. Deshalb bitte ich, den Antrag Frühling anzunehmen, damit wir Zeit haben, zu überlegen, ob wir die Arbeiten in eigener Regie ausführen oder einem Unternehmer übergeben wollen. Vielleicht ist der Herr Bürgermeister imstande, uns die entstehenden Kosten schon heute mitzuteilen.

**Bürgermeister Meyer:** Es ist bisher nicht in Aussicht genommen gewesen, daß von den bewilligten Mitteln eine Einrichtung für die städtische Bauverwaltung zur Ausführung der Teermafadamplasterung beschafft werden sollte, sondern es sollte, wenn die Herren Stadtverordneten uns darin zustimmten, daß die Teermafadambefestigung in weiteren Straßen versuchsweise ausgeführt würde, ein entsprechender Antrag an die Stadtverordneten gelangen. Soweit ich orientiert bin, würden 8000 *M* genügen, um die Maschine zu beschaffen, in der die Mischung des Teers mit den Steinen vor sich geht. Die Anschaffung würde, wie schon erwähnt, den sehr großen Vorteil haben, daß die Arbeiten unabhängig von den Unternehmern und zu jeder Jahreszeit ausgeführt werden können. Die Unternehmerabhängigkeit würde auch eintreten, wenn der Unternehmer ein Braunschweiger wäre. Wir müssen doch annehmen, daß sein Geschäft sich entwickelt und daß er auch

in andern Städten Aufträge übernimmt. Dann kann er sich der Stadt Braunschweig auch nur vielleicht vier Wochen zur Verfügung stellen. Ist dann schlechtes Wetter, so sind wir ebenso hineingefallen wie bei einem auswärtigen Unternehmer. Deshalb möchte ich wünschen, daß wir die Einrichtung selber hätten und dadurch unabhängig würden.

**Stadtv. Frühling:** Die heute im Etat geforderte Bewilligung für die Neubepflasterung von außerstädtischen Straßen weicht denn doch von der in früheren Jahren üblichen wesentlich ab. Wenn wir in früheren Jahren diese Instandsetzungen bewilligt haben, dann handelte es sich immer um die Wiederherstellung des alten Pflasters, hier aber um Herstellung einer ganz neuen Art von Pflaster. Ich möchte deshalb meinen Antrag dahin präzisieren:

Die Versammlung wolle beschließen, die Mittel unter X 3 mit der Einschränkung zu bewilligen, daß, soweit bei den einzelnen Straßen eine Änderung der bisherigen Pflasterungsart eintreten soll, der Versammlung noch besondere Projekte zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Dann können wir uns entschließen, ob wir Teermafadam haben wollen, oder ob es bei der alten Pflasterungsart bleiben soll, und brauchen uns heute nicht zu überstürzen.

Was das anbetrifft, daß sich noch kein Braunschweiger Unternehmer gefunden hat, so liegt das nur daran, daß in Braunschweig bekannt war, unsere städtische Bauverwaltung strebe darnach, diese Arbeiten in eigener Regie zu machen. Da ist es begreiflich, daß keiner auf den Gedanken gekommen ist, 8000 M für Maschinen auszugeben, die nach ein paar Jahren, wenn die städtische Bauverwaltung selbst sich solche angeschafft hat, unbenutzt stehen würden. Es würden sich sehr wohl in Braunschweig Unternehmer dafür finden, wenn ihnen in Aussicht gestellt wird, auch beschäftigt zu werden. Ich glaube, es ist im Interesse der Unternehmer und auch der städtischen Kasse wünschenswert, daß Braunschweiger Unternehmer sich an diesen Ausführungen beteiligen.

**Vorsitzender:** Ich bitte, dem Antrag noch hinzuzusetzen: „X 3 a“, denn das andere unter Nummer 3 Stehende wollen wir doch bewilligen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Auf eine Äußerung des Herrn Bürgermeisters möchte ich zurückkommen. Er sagte, es sei immer nur die oberste Schicht von 2—3 cm, die sich losgelöst und nicht gehalten hat. Das ist ja gerade das bedenkliche, daß es so schwierig ist, die obere Schicht wieder mit dem alten zu vereinigen, und das wird immer der schwierige Punkt bei der Teermafadamplasterung bleiben. Ich hätte gern gesehen, Herr Frühling hätte seinen Antrag in der Weise erweitert, daß er gesagt hätte: „bis die Stadt in der Lage ist, die Arbeiten selbst



auszuführen, oder bis ein hiesiger Unternehmer dafür gefunden ist." Es ist immer ein zweifelhaftes Vergnügen, von einem auswärtigen Unternehmer abzuhängen. Er kann sich die Arbeiten für das ganze Jahr zurechtgelegt haben und kommt gerade in einer unglücklichen Periode hierher. Die Arbeiten werden dann alle nicht gut, und der Unternehmer kann nichts dafür. Anders ist es, wenn die Stadt Braunschweig in der Lage wäre, die Arbeiten zu jeder Zeit, wo angenehme Witterung ist, vornehmen zu können, oder man könnte zu einem Unternehmer am Platze sagen: „Jetzt haben wir Sonnenschein, nimm die Arbeiten jetzt vor!“ Ich befürchte bei dieser ganzen Unternehmung (und deshalb habe ich mich besonders dagegen gewandt, mit den ganzen 7600 qm vorzugehen), daß der auswärtige Unternehmer sich bemühen wird, so rasch wie möglich von der Arbeit wegzukommen, sie bei jeder Witterung vornehmen wird und wir uns das gefallen lassen. Wird mein Zusatzantrag angenommen, dann sind wir gegen die Vornahme der Arbeiten bei schlechter Witterung gesichert.

**Vorsigender:** Der Antrag paßt mit seinem Wortlaute nicht zu dem Antrage Frühling. Herr Meyerhoff mußte also einen selbständigen Antrag stellen.

**Bürgermeister Meyer:** Ich möchte davor warnen, den Antrag so anzunehmen, wie er von Herrn Baurat Frühling gestellt ist, denn ich befürchte, es wird durch die einzuholende Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung eine Verschleppung in solchem Umfange eintreten, daß die Durchführung vielleicht überhaupt nicht zustande kommt. Würde es nicht genügen, wenn Sie eine derartige Beschränkung für richtig halten, daß Sie eine Deputation wählen, die Sie mit der Begutachtung betrauen? Wenn die ganze Stadtverordnetenversammlung gehört werden soll, dann ist der Gang der Verwaltung immer etwas schwerfälliger, und was soll werden, wenn die gute Jahreszeit da ist und der Unternehmer engagiert werden mußte? Deshalb möchte ich empfehlen, daß Sie nur einer Deputation das Bestimmungsrecht vorbehalten.

Um die Versammlung vor Irrtum zu bewahren, füge ich noch folgendes hinzu: Bisher ist die Zustimmung der Stadtverordneten, was die Straßenbefestigung angeht, nur dann eingeholt, wenn die Kosten der Befestigung, sei es ganz, sei es zum Teil, von den Anliegern zu zahlen waren. Es ist also geschehen bei Straßen der Innenstadt und bei erstmaliger Befestigung von Straßen der Außenstadt, nicht aber, wenn es sich um abermalige Befestigung bereits früher ausgebauter Straßen handelte, und um solche handelt es sich hier.

**Vorsigender:** Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, der Baukommission die Begutachtung zu überlassen, welche Straßen mit Teermatadam versehen werden sollen. Diese Kommission ist in jedem Augenblicke schnell zusammengerufen.

**Stadtv. Frühling:** Ich kann es nicht für richtig finden, wenn gesagt wird, daß durch meinen Antrag eine große Verzögerung der Angelegenheit hervorgerufen wird. Es kann doch nicht länger als vier Wochen dauern, bis die Projekte aufgestellt sind. Es handelt sich doch nur um ein paar Straßen, die wohl schon veranschlagt sind, bei denen die Summe also schon feststeht. Ebenso kann ich nicht einsehen, daß die Bewilligung ganz ebenso wäre wie früher. Wenn wir zu einer neuen Pflasterungsart übergehen, so ist es wünschenswert, daß die Versammlung sich darüber ausspricht, ob sie damit einverstanden ist, namentlich ist das nötig, wenn, wie wir heute hören, so viel Bedenken gegen die neue Pflasterungsart geäußert sind.

**Stadtv. Frede:** Wenn die Projekte einzeln kommen und zu verschiedenen Zeiten, dann sind die Bedenken des Herrn Bürgermeisters offenbar gerechtfertigt und sprechen gegen den Antrag Frühling, zumal die Versammlung dann nicht eine Übersicht über das Ganze haben wird. Wenn aber die Vorlagen in eins gemacht werden können, dann kann man, wie ich glaube, annehmen, was Herr Baurat Frühling beantragt hat.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Es handelt sich nicht bloß um die Frage, wie sollen die einzelnen Straßen instand gesetzt werden, sondern auch um die rechtzeitige Beschaffung des gesamten Materials, das für die Unterhaltung der innen- und außenstädtischen Straßen überhaupt nötig ist, und wenn wir damit lange warten, dann wird die städtische Bauverwaltung in Verlegenheit kommen. Sie finden im außerordentlichen Etat (Seite 331) die große Summe von 150 000 M für Beschaffung von Materialien für Straßenbauten. Sollte der Antrag Frühling angenommen werden, so dürfen wir doch wenigstens annehmen, daß in der Beschaffung dieses Materials uns nicht die Hände gebunden werden. Wenn wir nicht schleunig bei Beginn des Jahres eine derartige Materialmenge bestellen, dann ist sie im Laufe des Jahres nicht zu beschaffen. Im übrigen kann ich wiederholen: Bei dieser Sache, die wir erörtern, handelt es sich um Projekte überhaupt nicht. Ein solches haben wir Ihnen nie vorgelegt, sondern bei Vergabung der einzelnen Arbeiten ist immer nur die besondere Vergabungsdeputation gehört. Ich weiß auch nicht, was Sie später noch erörtern wollen, wenn die städtische Bauverwaltung bei ihrem Vorschlag bleibt, die Straßen mit Teermafadam zu befestigen, dann könnten Sie höchstens Nein sagen, und das können Sie heute auch schon. Sie müßten dann meiner Meinung nach heute sagen: „Wir wünschen, daß mit den Versuchen mit Teermafadam, ehe nicht weitere Erfahrungen gesammelt sind, nicht fortgefahen wird.“ Daß aber demnächst spezielle Unterhaltungsprojekte für jede einzelne Straße vorgelegt werden sollen, halte ich für unpraktisch. Deshalb wäre es am einfachsten, wenn Sie beschließen wollten: Ohne Zustimmung der

Baukommission soll Teermafadam nicht ausgeführt werden, sondern eine andere Befestigungsart genommen werden.

**Vorsitzender:** Eine so große Schwierigkeit sehe ich nicht in dem Antrage Frühling, auch von der übrigen Unterhaltung ist darin keine Rede. Wir wollen nur beschließen, ehe die genannten Straßen mit Teermafadam beglückt werden, soll noch einmal darüber beschlossen werden.

**Bürgermeister Meyer:** Es dreht sich bei der fraglichen Ausgabe nicht um den erstmaligen Ausbau von Straßen nach einem bestimmten Projekt, sondern um Wiederinstandsetzung solcher Straßen, deren Ausbau nach einem Projekte schon früher erfolgt ist. Es soll weder zu einer neuen Einteilung des Straßenplanums, noch zu einer andern Befestigung der Fußwege kommen, es soll nur die vorhandene Fahrbahn erneuert werden, und zwar eventuell in anderer Art. Das ist das einzige und bedarf keines Projektes. Es wird Ihnen nur mitgeteilt mit der Bitte um Zustimmung. Erfolgt diese nicht, dann bleibt nichts anderes übrig, als daß man sich auf etwas anderes einigt.

**Stadtv. Busch:** Ich bin der Ansicht, daß der Herr Oberbürgermeister ganz recht hat, wenn er sagt, wir müßten uns wenigstens entschließen, das Material heranzuschaffen. Wenn wir kein Teermafadam weiter anlegen wollen, brauchen wir keinen Teer zu kaufen, keine Steine anzuschaffen und keinen Unternehmer zu engagieren. Es ist deshalb wohl zu überlegen, ob es nicht richtig ist, einstweilen von einer Befestigung mit Teermafadam ganz abzuweichen, denn die Erfahrungen sind wirklich die ungünstigsten, die man sich denken kann. Ich weiß nicht, weshalb sich die Bauverwaltung auf Teermafadam versteift hat, und glaube, die meisten Herren werden denken: Das Kleinpflaster ist bedeutend besser.

**Stadtv. Besemeier:** Ich kann nicht in dem Umfang anerkennen, daß die Erfahrungen mit Teermafadam ungünstig seien. Mit Recht hat der Herr Bürgermeister erklärt, daß es auf die Witterung ankomme, die gerade herrsche, wenn die Teermafadampflasterung ausgeführt wird. Auch mit andern Pflasterungen haben wir schon höchst ungünstige Erfahrungen gemacht. Ich brauche bloß an die Sammelbürgerstraße zu erinnern, wo Kleinpflaster gelegt war, das in einem Jahre wieder aufgerissen werden mußte. In andern Städten sind mit Teermafadampflasterungen doch gute Erfahrungen gemacht. Es kommt für mich in Frage, daß man jetzt immer mehr dazu übergeht, ein geräuschloses Pflaster herzustellen, und da ist Teermafadam dem gewöhnlichen Steinpflaster vorzuziehen. Ich möchte deshalb beantragen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Anschaffung der nötigen Maschinen zur Herstellung des Teermafadampflasters schleunigst in die Wege zu leiten.“

Dann sind wir in der Lage, wie auch der Herr Bürgermeister schon ausgeführt hat, die Arbeiten zu jeder Zeit vorzunehmen, und dann werden die Klagen über die Mängel dieses Pflasters verstummen, die übrigens nicht übereinstimmend geäußert werden, denn es gibt auch Straßen mit gutem Teermafadam in der Stadt.

**Vorsitzender** (verliest den Antrag Frühling und den Antrag Wesemeier).

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Ich möchte gegenüber dem Antrage Frühling auf folgendes hinweisen: Die außerstädtischen Straßen sind in verschiedener Weise befestigt, die Mehrzahl derselben mit einfachem Mafadam, und bei den übrigen ist entweder Kleinpflaster oder Teermafadam verwendet. Für alle drei Arten der Befestigung hat die städtische Bauverwaltung selbstverständlich verschiedenes Material zu beschaffen, und zu dem Zwecke sind im Etat 90 000 *M* ausgeworfen. Nun war Herr Baurat Menadier schon vor vierzehn Tagen bei mir und bat, ihn zu ermächtigen, das Material schon jetzt anzukaufen, er wäre sonst nicht in der Lage, die Instandsetzung rechtzeitig auszuführen. Ich habe ihm erwidert: es täte mir leid, aber ehe der Etat nicht bewilligt sei, könnte ich meine Zustimmung nicht geben. Wenn nun heute ganz ungewiß bleibt, welche Summen von diesen 90 000 *M* für Mafadam oder Kleinpflaster als bewilligt angesehen werden sollen, wenn das nach dem Antrage Frühling erst später entschieden werden soll, dann wird allerdings die städtische Bauverwaltung bei der Instandsetzung der städtischen Straßen im gegenwärtigen Jahre in die größte Verlegenheit kommen. Ich glaube aber, die Herren könnten sich heute schlüssig machen. Es handelt sich doch nur um die Frage: Sollen die zu befestigenden Straßen Kleinpflaster oder Teermafadam erhalten? Wünschen Sie kein Teermafadampflaster, was ich bedauern würde, so hat sich der Magistrat zu fügen. Aber zu verlangen, daß Sie noch ein Projekt zu sehen bekommen, halte ich nicht für richtig.

**Vorsitzender**: Es ist ein Antrag von Herrn Stadtv. Frede eingegangen:

„Die Versammlung wolle beschließen, zwecks Gewinnung weiterer Erfahrungen nur eine beschränkte Teermafadampflasterung zu genehmigen, und zwar nicht mehr als 3000 qm.“

Stadtv. **Frede**: Ich bin aus folgenden Gründen zu dem Antrag gekommen: Herr Stadtv. Wesemeier wünscht die Anschaffung von Maschinen zur Ausführung der Teermafadampflasterung. In dieser Hinsicht weise ich darauf hin, daß, wenn

sich die Bedenken, die gegen das Pflaster vorgebracht sind, bewahrheiten, die Anschaffung der Maschinen nutzlos ist und die Stadt durch die Ausgabe eine Einbuße erleidet. Ferner ist gesagt, man könnte beschließen, daß die ganze Teerung vorläufig zurückgestellt würde. Wir wollen aber doch Erfahrungen sammeln, und der Herr Bürgermeister hat ausgeführt, daß unter gewissen Bedingungen diese Pflasterung Vorzüge habe. Um nun Erfahrungen damit zu gewinnen, müssen wir solche Pflasterungen vornehmen. Um aber wiederum den Bedenken entgegenzukommen, die geltend gemacht sind, kann ich mich nicht dafür erklären, daß Straßen in solcher Zahl mit Teermaßadam versehen werden, sondern nur dafür, daß damit in beschränkterem Maße vorgegangen wird. Ich glaube nicht, daß dagegen Bedenken vom Magistrat zu erheben sind. Bewährt sich das Pflaster, so kann sich die Stadtverwaltung dann vollständig darauf einrichten.

**Stadtv. Leue:** Ich muß mich aus rein praktischen Gründen gegen den Antrag Frühling aussprechen. Wenn wir bei jedem einzelnen Projekte hier wieder darüber beschließen sollen, dann haben wir immer wieder dieselben Ansichten zu hören: Sie Kleinpflaster! Sie Teermaßadam! Auch nach zehn Wochen werden die Meinungsverschiedenheiten noch dieselben sein, und dann haben wir vielleicht fünfmal dieselbe Debatte wie heute. Deshalb ist es wohl das beste, wir entscheiden uns heute schon.

**Vorsitzender:** Der Antrag Frede scheint mir ein Mittelweg zu sein.

**Stadtv. Dr. Wolters:** Der Etat steht dann in Frage, wenn die Kosten für Kleinpflaster und Teermaßadam nicht dieselben sind. Wenn wir jetzt 330 000 M. bewilligen, so sind darnach 7600 qm Teermaßadam herzustellen. Wenn wir aber nur 3000 qm bewilligen wollen für ein Pflaster, das billiger oder teurer ist, dann stimmt die Summe nicht mehr, sonst müßten die Kosten für Teermaßadam und Kleinpflaster genau dieselben sein. (Zuruf: Das sind sie auch!)

**Stadtv. Frühling:** Ich möchte auch nicht, daß das Teermaßadampflaster ganz ausgeschaltet würde, und würde mich eventuell, wenn mein Antrag abgelehnt würde, für den Antrag Frede erklären.

**Stadtv. Munte:** Ich möchte auch für den Antrag Frede eintreten, nur wäre mir lieb, wenn er dahin geändert würde, daß wir sagten „bis zu“ oder „zirka 3000 qm“. Dann überlassen wir es dem Magistrat, im Rahmen der bewilligten Summe die Straßen mit Kleinpflaster oder mit Teermaßadam zu belegen.

**Stadtv. Frühling** (zieht seinen Antrag zurück).

Stadtv. Dr. **Bolters**: Der Finanzkommission hat eine Kostenberechnung der städtischen Bauverwaltung für Teermaßadam und auch für Kleinpflaster vorgelegen. Ich frage, ob ich sie zur Kenntnis der Versammlung bringen soll?

Oberbürgermeister **Reinemeyer**: Herr Baurat Menadier hat uns erklärt, daß die Kosten sich wie folgt stellen: Kleinpflaster etwa 4,50 *M* für das Quadratmeter, Teermaßadam 4 — 6 *M*, je nach der Wahl des Steinmaterials und der Herstellungsart. Beide Preise beziehen sich nicht mit auf die Unterbettung, welche für beide Pflasterungen gleich ist und sich bei der Chauffierung auf 2,60 — 3 *M* pro Quadratmeter stellt.

**Vorsitzender**: Will Herr Wesemeier seinen Antrag zugunsten des Antrages Frede zurückziehen? (Wird verneint).

Stadtv. **Leue**: Ich nehme an, daß der Antrag Wesemeier nicht die Sache selbst ändern will, sondern nebenhergeht.

Der Antrag Wesemeier wird abgelehnt (12 Stimmen dafür), darauf auch der Magistratsantrag abgelehnt (14 Stimmen dafür) und schließlich der Antrag Frede mit 19 Stimmen angenommen.

## Kapitel XII, Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse (ohne Debatte).

### Kapitel XIII, Stadtverwaltung.

Stadtv. Dr. **Bolters** (zu Seite 303): Nachdem der Vertrag mit dem Elektrizitätswerk zustande gekommen ist, kommt die Frage der Anstellung eines Elektroingenieurs wohl demnächst zur Erledigung.

Stadtv. **Hjmann**: Ich bitte, zu dem Kapitel Stadtverwaltung mir eine Aufklärung von seiten des Magistrats zu geben. Es ist mir die Mitteilung geworden, daß die Vorarbeiten zur Steuereinschätzung von den städtischen Beamten früher in der Weise gemacht seien, daß die Akten mit nach Hause genommen sind und nach Feierabend dort von den Beamten die Arbeiten ausgeführt seien, daß aber inzwischen vom Stadtmagistrat angeordnet wäre, diese Arbeiten seien im Büro durch Überstunden zu machen. Daran wäre an und für sich nichts zu bemängeln. Wenn aus betriebstechnischen Gründen neue Beamte für vorübergehende Zeit nicht eingestellt werden könnten, so müßte man diese Art der Ausführung der Arbeiten als richtig anerkennen. Wenn allerdings Beamte dafür angestellt werden könnten, die sich dadurch ihren Lebensunterhalt verdienen, so wäre das ein richtigerer Weg.

Nun kommt aber in Betracht, daß die Beamten früher durch diese Nacharbeit alle Jahre einen Verdienst von etwa 200 *M* gehabt haben, und daß sie der Meinung sind, in Unsicherheit darüber zu schweben, ob sie für diese Arbeitsleistung in bestimmten Überstunden etwas bekommen, wahrscheinlich gäbe es nichts dafür. Bisher stand es fest, was sie für diese Arbeit bekamen, jetzt soll das nicht feststehen. Hinzu komme, daß sie eine Stunde morgens früher anfangen und auch am Abend eine Stunde länger arbeiten sollen. Es ist mir mitgeteilt, daß auf eine vom Verbande der Angestellten an den Magistrat gerichtete Anfrage die Antwort gekommen sei: Das würden sie später erfahren; die Einteilung der Arbeiten würde so vorgenommen, wie es zweckmäßig erscheine. Nach dieser Antwort meint ein Teil der Beamten, nicht darauf rechnen zu können, daß sie für diese Zeit besonders bezahlt werden sollen. Das würde ich nun nicht für richtig anerkennen können. Eine solche Mehrarbeit, wie diese für die Steuereinschätzung, ist nicht als vorübergehende Mehrarbeit zu bezeichnen, denn die Arbeiten sind außerordentlich reichhaltig und vielseitig und kehren jedes Jahr wieder. Ich meine, daß man nicht sagen kann, zur Tätigkeit der Beamten gehöre die Bewältigung sämtlicher Arbeiten, gleichwohl, ob sie Überstunden bringen oder nicht. Gewöhnliche Überarbeit muß allerdings der Beamte, der in festem Gehalt steht, mit ausführen, diese wesentliche Überarbeit aber doch wohl nicht, und ich würde es nicht für richtig halten, daß eine solche Ausnutzung der Beamten stattfände. Ich möchte um Auskunft bitten, ob der Magistrat diesen von mir bezeichneten Weg für richtig hält oder den von mir gewünschten beschreiten will. Damit würde wohl Befriedigung wieder vorhanden sein.

**Oberbürgermeister Ketemeyer:** Ob die Antwort, die ich erteilen werde, Herrn Kßmann vollkommen befriedigen wird, kann ich im voraus nicht wissen. Die Sache liegt folgendermaßen: Es sind für Anfertigung der Steuerauschriften an die Beamten bisher besondere Vergütungen bezahlt, die schließlich einen sehr erheblichen Umfang angenommen haben. Näher auf die Sache jetzt einzugehen, halte ich nicht für richtig. Jedenfalls ist der Magistrat der Ansicht, daß, wenn zeitweilig Mehrarbeiten hier im Rathause zu erledigen sind, die auf Lebenszeit angestellten Beamten, wie auch die übrigen, Überstunden zu leisten sehr wohl angehalten werden können. Das geht uns Magistratsmitgliedern auch nicht anders; wir machen auch oftmals Überstunden und werden nicht besonders dafür bezahlt. So etwas kommt bei jeder Behörde vor und muß sich auch der einzelne Beamte gefallen lassen. Nun ist angeführt, daß die Beamten eine Stunde früher kommen müssen. Ist es denn so ungeheuerlich, wenn die Beamten um 8 Uhr mit ihren Arbeiten anfangen müssen? Sehen Sie sich doch die Verhältnisse in andern Büros an. Die Staatsbeamten fangen regelmäßig um 8½ Uhr an. Hier ist im Winter immer erst

um 9 Uhr mit dem Bürodienst begonnen, und wenn die Beamten nun um 8 Uhr anfangen, so kann man nicht sagen, daß das eine Überlastung für sie wäre. Wir haben den früheren Termin nur für die Zeit gewählt, wo die Arbeiten sich drängen. Im übrigen ist vom Magistrat in Aussicht genommen, über die Frage, wie weit den einzelnen Beamten gleichwohl noch für Überstunden eine besondere Vergütung gezahlt werden soll, am Schlusse dieses Rechnungsjahres mit den Herren Stadtverordneten zu verhandeln. Zu dem Zwecke hat der Stadtssekretär den Auftrag bekommen, genau darüber Buch zu führen, wieviel Überstunden der einzelne Beamte geleistet hat. Daß er einen bestimmten Posten von Überstunden innerhalb jedes Vierteljahres unentgeltlich zu leisten hat, ist vom Magistrat als selbstverständlich vorausgesetzt. Soweit darüber hinausgegangen ist, wird Ihnen der Magistrat eine Vorlage zugehen lassen. Dann können wir uns über die Frage weiter unterhalten.

Stadtv. **Hmann**: Auf die ersten Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters kann ich vorausschicken, daß ich im allgemeinen befriedigt bin, nämlich durch die Zusicherung, daß wir eine Vorlage bekommen und später sehen werden, ob der Standpunkt, den der Magistrat einnimmt, im allgemeinen befriedigend ist. Ich habe schon erklärt, daß ich auch der Meinung bin, daß von den Beamten einmal Überstunden gemacht werden müssen. Meine Anfrage bezog sich darauf, daß den Beamten ein bisheriger Durchschnittsverdienst von 200 *M* voraussichtlich ausfallen soll. Es wird jeder zugeben müssen, daß in dieser Zeit der Teuerung es befremdlich erscheinen würde, wenn dieselbe Arbeit geleistet werden müßte und der Verdienst um 200 *M* geringer wäre. Ich stehe auch auf dem Standpunkte, daß das Mitnehmen der Arbeit nach Hause nicht richtig ist, und daß es besser ist, wenn sie hier erledigt wird; es kann dabei eine Kontrolle über die Arbeit richtiger und leichter geschehen. Und im übrigen betrachte ich es auch nicht als ein Unheil, wenn die Beamten um 8 Uhr jetzt ihren Dienst anfangen müssen. Aber wenn die Arbeitszeit verlängert wird und ein Ausfall an Verdienst eintritt, dann wird jeder einsehen, daß das die Betroffenen verwunderlich finden und sich beklagen. Wir werden ja später sehen, wie der Magistrat die Sache erledigen will, und wie er sie zu einem befriedigenden Schluß bringt.

#### **Kapitel XIV, Insgemein (ohne Debatte).**

##### **B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.**

Stadtv. Dr. **Bolters** (zu Kapitel I, 1 f, Seite 318): Zu den 11 592 *M* kommt der auf Seite 326 enthaltene Posten 5: 59 823 *M*. Beide zusammen machen die Abfindungssumme des Staates aus.



(Zu Kapitel IV, 8, Seite 326): Hier ist ein Druckfehler. Es muß nicht heißen Kapitel IX, sondern Kapitel VII.

(Zu Kapitel IV, 1 a): Hier sehen die geehrten Herren den großen Betrag, der für den Bau von Straßen und Wohngebäuden ausgeworfen ist. Das sind die billigen Wohnungen, die errichtet werden sollen.

(Zu Kapitel IV, 4, Seite 331): Ich mache hier aufmerksam auf die 400 000 Mark, die für den Bahnbau Braunschweig — Celle verwendet werden.

### **Voranschlag des städtischen Rieselguts Steinhof.**

Stadtv. Dr. **Wolters** (zu Seite 338): Die Landpacht hat sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Die Herren wissen, daß sie sich seit 10 Jahren verdoppelt hat; während im Jahre 1901 104 ha verpachtet waren, sind es jetzt fast 222 ha.

(Zu Seite 339): Hier tritt in dem Etat des Rieselguts zum ersten Male der Zentralschulgarten auf.

### **Kapitel XI der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben: Gemeindesteuern und sonstige Abgaben.**

Stadtv. Dr. **Wolters**: Wir gehen jetzt zurück auf das vorhin überschlagene Kapitel XI. Da hat eine ganz wesentlich höhere Einsetzung der Gemeindecinkommensteuer stattgefunden, es sind von dieser Steuer als Einnahme 120 000 M gegen das Vorjahr mehr veranschlagt.

Unter 5 treten nach dem jetzt mit dem Elektrizitätswerk geschlossenen Verträge andere Sätze ein als hier stehen, diese neuen Sätze hat der Magistrat bei Aufstellung des diesjährigen Etats noch nicht vorsehen können.

Der Antrag des Magistrats geht nun dahin, den vorgelegten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1913/14 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre

an Gemeindesteuer 10½ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Gemeindegroßsteuer 7,5 Prozent vom Grundsteuerkapitale, und

an Gewerbesteuer 75 Prozent der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden.

Das sind dieselben Steuersätze wie im Vorjahre, und die Finanzkommission beantragt, die Zustimmung dazu auszusprechen.

Stadtv. **Wesemeier** (zu Seite 327): Unter d sind 21 000 M für Instandsetzung des Bienröderweges zwischen dem Wasserwerkgrundstück und dem Bültengraben

zur Verfügung der städtischen Behörden gestellt, und in den zum Etat gegebenen Anmerkungen finden wir auf Seite 28 die Notiz, daß, falls die nötigen Flächen erworben werden könnten, die bauliche Instandsetzung des Bienröderweges bis zur Schunter oder bis in die Nähe derselben angebracht sei. Ich möchte den Wunsch aussprechen, die Verlängerung der Brücke, die dort in das Holz führt, nach Möglichkeit schleunigst auszuführen. Es wird da eine Holzbrücke in Frage kommen, damit die Unterflut überbrückt ist. Ich halte das für dringend wünschenswert, denn Tausende und Abertausende benutzen diesen Weg als Zugang zum Duerumer Holz, stehen häufig hier vor dem überschwemmten Wege und müssen wieder umkehren. Ich bitte, möglichst in diesem Sommer noch eine Verlängerung dieser Brücke auszuführen.

**Vorsitzender:** Das ist ein Zurückgreifen, wir stehen in der Abstimmung. (Der Vorsitzende verliest den Antrag des Magistrats). Wir haben dazu nur den Beschluß nach dem Antrag Frede in unserm Rückschreiben zu berühren, sonst stimmen wir wohl zu. Ich bitte die Herren, die den Haushaltsplan bis hierher feststellen und die vorgeschlagenen Steuersätze genehmigen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Herren haben so beschlossen.

Wir gehen weiter zur Beratung der Voranschläge der städtischen Verwaltungen. Das Referat dafür hat Herr Mohr übernommen.

### **Voranschlag der städtischen Gaswerke.**

Stadtv. Mohr: Obgleich der Gaskonsum von Jahr zu Jahr gestiegen ist, in den Jahren von 1906/07 bis 1911/12 um rund 1 Million Kubikmeter, so sind — wie das bereits im Vorjahr erwähnt wurde — die Überschüsse annähernd die gleichen geblieben. Daß die Überschüsse mit der Konsumsteigerung nicht gleichen Schritt gehalten haben, wird dadurch zu erklären sein, daß die Löhne gestiegen sind, und daß ferner auch die Kohlen- und Materialpreise in die Höhe gegangen sind. Drittens haben auch diverse Anlagen, namentlich die im letzten Jahre angelegten Rohrleitungen für Gasautomaten, auch die Hausanschlüsse, so wie die Auswechslung von engen Rohren mit dazu beigetragen, die Jahresüberschüsse zu beschränken. Das Jahr 1912/13 wird voraussichtlich eine Produktionssteigerung von 8 Prozent aufweisen, und für das Jahr 1913/14 wird, wie mir mitgeteilt worden ist, wieder mit einer Konsumzunahme von 6 Prozent zu rechnen sein. Man sieht daraus, daß Gaswerk und Elektrizitätswerk als Konkurrenten nebeneinander wohl bestehen können und gerade durch die Konkurrenz mit dazu beigetragen wird, daß beide Werke ihren Konsum steigern.

Stadtv. Dr. Boge (zu Seite 350): Ich entnehme aus der Zusammenstellung nicht, daß die geplante Preßgasanlage für die Wenden- und Fallerleberstraße

schon hinzugerechnet ist. Soll die Anlage in diesem Jahre noch ausgeführt werden?

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Darüber bekommen die Herren eine besondere Vorlage.

Stadtv. **Mohr** (zu Seite 352): Die Position für die Laternenwärter ist bedeutend heruntergesetzt, weil durch die Fernzündung die Zahl der Wärter verringert werden kann.

Stadtv. **Frede**: Ich bitte um Verzeihung, daß ich zurückgreifen muß. Ich hatte mich schon länger zum Wort gemeldet, der Vorsitzende hat das aber wohl nicht bemerkt. — Ich bin ersucht worden anzufragen, wann die Strecke Poststraße-Altstadtmarkt-Sonnenstraße Aussicht hätte, mit Preßgas versehen zu werden.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Diese Frage kann ich beim besten Willen nicht beantworten. Wir haben in der Deputation über die Ausdehnung der Preßgas-Beleuchtung verhandelt, dabei aber, soweit ich mich erinnere, nur für die Fallersleber- und Wendenstraße eine solche in Aussicht genommen. Im übrigen bleibt jedem der Herren, der Wünsche in der Beziehung hat, überlassen, Anträge zu stellen; dann wird der Magistrat sich damit befassen.

Stadtv. **Ohlendorf** (zu Seite 355): Ich handle auch dem Wunsche einer größeren Anzahl Bürger Braunschweigs gemäß, wenn ich folgendes zur Sprache bringe. Auf Seite 355 finden Sie, daß ein Rohrmeister neu angenommen werden soll. Wir haben bekanntlich schon drei Meister in diesem Betriebe, zunächst Hillebrand, dann Rehder und drittens Lachmund, und jetzt erscheint in diesem Jahre zum ersten Male ein Rohrmeister Zwick im Etat. Wie ich schon sagte, hat eine große Anzahl Bürger nicht nur mir, sondern auch andern Stadtverordneten gegenüber ihrer Meinung darüber Ausdruck gegeben, daß dieser Posten wohl höchst überflüssig sei. Ich persönlich kann das nicht beurteilen, aber ich möchte beantragen, diesen Posten vorläufig zurückzusetzen und den Magistrat zu ersuchen, sich näher mit dieser Angelegenheit zu befassen. Herr Zwick ist bekanntlich von einer Firma zwecks Überwachung der Rohrlegungen bei dem Rünninger Wasserwerk hinzugezogen, er ist dann hier geblieben und von Herrn von Feilitzsch beschäftigt worden. Die Art der Beschäftigung, womit seine Anstellung begründet wird, ist so, daß man der Meinung sein kann, daß der Posten eines Rohrmeisters, den Herr Zwick einnehmen soll, überflüssig ist. Er ist hier und da beschäftigt worden mit Arbeiten, die kaum mit dem Posten eines Rohrmeisters etwas zu tun haben. Ich möchte deshalb den Wunsch aussprechen, daß der Magistrat sich nochmals überzeugt, ob die Besetzung

des Postens wirklich nötig ist. Es sind Mutmaßungen vorhanden, über die ich mich hier nicht deutlicher aussprechen will. Ich würde das nur tun, wenn Sie es wünschen.

**Vorsitzender:** Ich kann vielleicht die Besprechung abkürzen. Wir bekommen die Sache nachher in der vertraulichen Besprechung vorgelegt.

**Stadtv. Ohlendorf:** Wenn wir jetzt die Ausgabe beschließen, ist es nachher zu spät, darauf zurückzukommen. Ich habe, kurz gesagt, den Wunsch, daß der Magistrat die Sache noch einmal prüft, und meine auch, daß er dann zu der Überzeugung kommen wird, daß der Posten nicht nötig ist. Natürlich muß Herr von Feiligisch selbst wissen, ob diese Stelle nötig ist, aber wenn solche Meinungen auftauchen, so sind sie doch nicht einfach ganz von der Hand zu weisen. Die mich darum ersucht haben, die Sache zur Sprache zu bringen, sind Leute, die in städtischen Diensten beschäftigt sind und Erfahrung haben, und ich habe nicht von wenigen die Meinung gehört, daß der Posten nicht notwendig ist.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Wenn der Magistrat auf die Meinung der Leute Rücksicht nehmen wollte, dann würden wir nicht vorwärtzkommen. Selbstverständlich hat der Magistrat Erkundigungen darüber eingezogen, ob ein Bedürfnis vorliegt oder nicht. Aber ich gebe zu: Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn Sie die Vorlage, die schon vor längerer Zeit wegen Besetzung des Postens bei Ihnen eingegangen ist, die Sie aber bislang nicht beraten haben, erst erledigten und einstweilen den Posten aus dem Etat streichen. Die Schuld, daß diese Personenfrage nicht verhandelt ist, liegt aber nicht an uns; die Besprechung ist zweimal von der Tagesordnung abgesetzt. Sollen wir nun sagen: Der Posten ist in der Stadtverordnetenversammlung noch nicht beraten, also setzen wir ihn nicht ein? Ich bin aber einverstanden, daß Sie beschließen, die 2400 *M* samt dem Rohrmeister hier zu streichen, so daß der Magistrat erst abzuwarten genötigt ist, ob Sie der Vorlage wegen Annahme dieses Mannes zustimmen.

**Stadtv. Ohlendorf:** Ich mache darauf aufmerksam, daß der Werkmeister Bachmund im Etat nur mit 2200 *M* bedacht ist, während dieser neue Rohrmeister mit 2400 *M* eingestellt werden soll. Ich habe die Empfindung, daß das eine Bevorzugung sein soll.

**Vorsitzender:** Wir sind wohl durch die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters befriedigt. Wir streichen den Namen und die Summe und setzen die

Summe am Schluß bei irgendeiner Sache zu, damit wir nicht zu einem andern Endposten kommen. Dann würde der für „nicht vorhergesehene Ausgaben“ vorhergesehene Posten von 891 *M* auf Seite 358 um 2400 *M* höher werden.

Stadtv. **Stegmann** (zu Seite 358): Als letzter Posten sind hier 3000 *M* eingesetzt für Belehrung des Publikums über Verwendung von Gas zu Heizzwecken. Das ist eine nützliche Einrichtung, und es heißt auch im Begleitschreiben, daß durch Unterhaltung einer Musterküche, durch Veranstaltung von Vorträgen und Belehrungen auf das Publikum eingewirkt werden soll. Ich glaube nur, diese Einrichtung ist nicht genügend bekannt. Könnte nicht in irgendeiner Weise das Publikum darauf hingewiesen werden?

Stadtv. **Mohr**: Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Vorredners anschließen und möchte auch den Magistrat bitten, Veranlassung zu nehmen, daß hier etwas mehr Reklame gemacht wird. Ich glaube gelesen zu haben, daß solche Damen, welche die Vorführungen ansehen möchten, sich in dem Büro in der Kleinen Burg melden sollen. Das ist doch umständlich. Besser ist es, das Gaswerk macht bekannt: Dann und dann werden diese Vorträge gehalten und — meintwegen alle Woche oder alle vierzehn Tage — solche Vorführungen im Gaswerk vorgenommen. Das würde wohl eine bessere Reklame sein.

Oberbürgermeister **Kettemeyer**: Wir hätten in der Deputation das wahrscheinlich schon beschlossen, wenn das Lokal, das zur Verfügung steht, nicht zu klein wäre. Die bisherigen Veranstaltungen sind nur ein Versuch gewesen. Ich gebe zu, daß es gut sein würde, wenn wir etwas mehr Reklame machten. Die Anregung soll berücksichtigt werden.

Stadtv. **Tolle**: Als Mitglied der Deputation für das Gaswerk glaube ich, über den angeregten Punkt Auskunft geben zu können. Wir haben befürchtet, wenn die Vorträge und Vorführungen durch Annoncen bekanntgegeben würden, dann würde wahrscheinlich der Andrang derartig groß sein, daß eine Anzahl von Personen wieder abziehen müßten. Deshalb sind von der Direktion bisher nur Einladungen an einzelne Personen ergangen. Das hat sich anfangs auf 30 Einladungen erstreckt, daraufhin sind fünf Personen erschienen. Jetzt werden ungefähr 100 Einladungen verschickt, und es kommen vielleicht 30 Personen, und mehr kann der kleine Raum nicht fassen. Aus dem Grunde hat man in der Direktion auch davon abgesehen, Annoncen zu erlassen. Mit der Zeit werden auf diese Weise alle Interessenten eingeladen sein, an diesen Vorführungen teilzunehmen.

**Vorsitzender:** Ich bitte die Herren, die den Voranschlag der städtischen Gaswerke mit der Abweichung, die wir eingefügt haben, genehmigen wollen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Der Voranschlag ist mit dieser Abänderung genehmigt.

### **Voranschlag der städtischen Wasserwerke.**

**Stadtv. Mohr:** Der Voranschlag ist fast genau derselbe wie im Jahre 1912/13. Der Überschuß ist für das nächste Jahr angegeben mit 197 700 *M*, gegen 97 700 *M* im vorigen Jahre. Die Begründung dafür ist darin zu suchen, daß im vorigen Jahre eine Rückstellung für den Reservefonds mit 150 000 *M* eingefügt war, während in diesem Jahre 50 000 *M* zurückgestellt werden sollen.

**Stadtv. Dr. Genting:** Ich möchte hier eine kleine Klage vorbringen. Wir haben kürzlich auf dem Sandweg bei einer Reparatur am Wasserrohr eine enorme Verschmutzung des Wassers nicht etwa eine halbe Stunde, sondern stundenlang zu ertragen gehabt, wie es mir bisher niemals vorgekommen ist. Ich weiß sehr wohl, daß das nicht ganz zu vermeiden ist, wenn größere Reparaturen vorgenommen werden, aber ich habe den Eindruck, daß in diesem Falle bei den Arbeiten nicht die nötige Vorsicht beobachtet ist. Ich glaube, wer von den Anliegern gerade zu der Zeit große Wäsche gehabt hat, könnte die Stadt für den entstandenen Schaden haftbar machen, denn es war geradezu eine schwarzbraune Masse, die stundenlang aus der Wasserleitung floß.

**Stadtv. Wesemeier:** Wir haben nun zwei Wasserwerke und brauchen nicht mehr über Mangel an Wasser zu klagen. Da wäre es wohl angebracht, daß unsere Springbrunnen etwas besser bedacht würden, als es bisher geschehen ist. Wenn Fremde nach Braunschweig kommen und die schönen Brunnen sehen, so können sie gar nicht wissen, daß solch schöne Wasserstrahlen und Wasserfälle daraus hervorkommen können.

Sodann möchte ich noch eine andre Sache zur Sprache bringen. Es sind in der Bürgerschaft Beschwerden darüber laut geworden, daß unser Leitungswasser nicht den gesundheitlichen Rücksichten entspreche. Die magistratlichen Veröffentlichungen über die organischen und sonstigen Bestandteile des Wassers geben ja die Zahlen wieder. Im Januar zeigte die Zusammensetzung des Wassers von dem einen und von dem andern Werke merkwürdigerweise gewaltige Unterschiede; im Wasser vom Bienröder Werke waren 153 Teile Chlor enthalten, während auf das Künninger Werk nur 40 Teile entfielen. In beiden Werken ist aber im Februar der Bestand an Chlor in ungesunder Weise gestiegen, auf dem Bienröder Werke

auf 166, auf dem Rüniger auf 44. Es ist die Befürchtung zum Ausdruck gebracht worden, daß vielleicht von der Schunter durch Kaliabwässer verunreinigtes Wasser in unsere Brunnen gekommen sei. Ich halte es für erforderlich, daß die Beruhigung, die in der Bürgerschaft besteht, beseitigt wird. Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß der Genuß unseres Leitungswassers ungesund ist, so wäre das sehr unangenehm für die ganze Stadt. Ich frage, ob Aufschluß darüber gegeben werden kann, auf welche Weise der hohe Chlorgehalt des Wassers vom Bienenröderwege zustande kommt, und wie dem abzuhelpen ist.

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Was zunächst die Klage des Herrn Dr. Henking betrifft, so möchte ich doch keinem raten, einen solchen Prozeß gegen die Stadt anzustrengen. Er würde damit hineinfallen aus dem einfachen Grunde, weil die Stadt sich vorsehen hat, indem sie in den Lieferungsbedingungen gesagt hat: Für die Qualität des Wassers haftet die Stadt nicht. Im übrigen ist es durchaus nicht die Schuld der Direktion, wie Herr Dr. Henking meint, wenn das Wasser gefärbt wird. Das geschieht nicht dadurch, daß bei Reparaturen unvorsichtig verfahren wird. Es würde ein schuldhaftes Verhalten vorliegen, wenn durch Öffnung des Rohres etwa Schmutzteile von außen in das Wasser hineinkämen. Das ist aber nicht der Fall, sondern der Grund der Färbung liegt darin, daß unser Wasser reichlich Kohlensäure enthält und infolgedessen in den Eisenrohren sich Rost bildet. Es ist bisher weder hier noch anderwärts gelungen, gegen die zerstörenden Einflüsse der Kohlensäure an dem Eisen Abhilfe zu schaffen. Die auffallende Erscheinung, daß regelmäßig am Schlusse des Winters eine derartige Färbung des Wassers sich zeigt, erklärt sich dadurch, daß im Winter verhältnismäßig geringe Spülungen des Wasserrohres stattfinden, während im Sommer schon durch die Straßensprengung und durch den größeren Verbrauch überhaupt die Rohre besser gespült werden. Da ein anderes Mittel nicht zu finden ist, sind wir schon dabei, die Rohre kräftig spülen zu lassen, damit das unreine Wasser aus den Rohren entfernt wird. Ich habe über den Übelstand mit Herrn Direktor von Feilitzsch mehrfach verhandelt, aber er hat bestimmt erklärt, daß es bisher kein Mittel gäbe, um den Übelstand gründlich zu beseitigen. Die Kohlensäure hat nun einmal die unangenehme Eigenschaft, die eisernen Rohre anzugreifen, und das ist um so bedauerlicher, als das Wasser, welches Kohlensäure enthält, besser schmeckt als weiches Wasser. Wir müssen uns also zu helfen suchen durch eine kräftige Spülung, und das soll geschehen.

Was die Anregung des Herrn Wesemeier betrifft, so will ich mit Herrn Direktor von Feilitzsch sprechen, ob die Rohre ergiebiger gemacht werden können und dem Wunsche des Herrn Wesemeier nachgekommen werden kann.

Von einer Unruhe in der Einwohnerschaft wegen des Chlorgehaltes unseres Leitungswassers ist dem Magistrat nichts bekannt geworden. Selbstverständlich hat der Magistrat auch die Beobachtungen über den Chlorgehalt beachtet, aber es ist uns von zuverlässiger sachverständiger Seite die zureichende Erklärung abgegeben, daß 143 Milligramm Chlor im Liter Wasser absolut unschädlich wären, in Magdeburg ist man sogar auf einen Chlorgehalt von 400 gekommen. Der auffallende Unterschied in bezug auf die Menge des Chlors bei den beiden Werken am Bienrödertweg und in Rünningen erklärt sich nach der Angabe der Sachverständigen durch die längere Beanspruchung des Untergrundes am Bienröderwege. Sollten wir das Rünninger Werk dauernd mit Elektrizität treiben können, wie in der letzten Zeit, und den Hauptteil des Wassers aus Rünningen entnehmen, so wird auch dort der Chlorgehalt steigen. Die Sachverständigen erklären das damit, daß, wenn der Oberfläche dauernd zu viel Wasser entnommen wird, die Ersetzung des Wassers von unten erfolgt, das Wasser also aus der Tiefe, aus dem salzhaltigen Gebiete steigt, und dann kommt es leicht, daß der Chlorgehalt zunimmt. Selbstverständlich hat für die Zuträglichkeit des Wassers das Vorhandensein von Chlor seine Grenze, und wir dürfen den Prozentsatz nicht übermäßig steigen lassen. Aber bis jetzt liegen irgendwelche Bedenken bei unserm Leitungswasser nicht vor. Man wird, wenn die Steigerung des Chlorgehaltes weitergehen sollte, in der Weise vorgehen müssen, daß man die beiden Werke abwechselnd in Betrieb setzt, so daß das eine Werk zeitweilig längere Zeit sich erholen und auch aus dem Regenwasser seine Brunnen füllen kann. Es ist anzunehmen, daß auf diese Weise vermieden wird, daß irgendwelche bedenkliche Folgen eintreten.

**Stadtv. Leue:** Was Herr Wesemeier von den Springbrunnen gesagt hat, möchte ich recht kräftig unterstreichen. Ich habe dieselbe Anregung schon in der Kommission vorgebracht, und vom Herrn Oberbürgermeister ist dort auch zugesagt, daß Wandel geschaffen werden sollte. Ich möchte das Springen der Brunnen in Verbindung bringen mit der Spülung der Rohrleitungen, die vorgesehen wird. Wenn die Springbrunnen kräftig laufen, so ist damit auch eine gute Spülung der Rohre verbunden.

**Stadtv. Dr. Genting:** Ich glaube gern, daß es sich nicht ganz vermeiden läßt, daß eine Verunreinigung des Leitungswassers stattfindet. Aber ich möchte bitten, daß die Direktion der Wasserwerke für diejenigen Straßenzüge, wo längere Zeit, vielleicht jahrelang, eine solche Spülung nicht gemacht ist, und anzunehmen ist, daß Rost sich gebildet hat, eine Benachrichtigung erläßt, wann die Spülung eintreten soll, damit die Hausfrauen dies früh genug erfahren und für den Tag keine Wäsche ansetzen.



Dann möchte ich Herrn Wesemeier noch erwidern — was ja auch zum Teil schon von dem Herrn Oberbürgermeister geschehen ist. Ich weiß nicht, woher Herr Wesemeier die Nachricht hat, daß die Bevölkerung sich beunruhigt. Die Ansicht, daß Chlorgehalt in dieser Masse ein schädlicher Bestandteil sei, ist eine verkehrte. Deshalb kann man ruhig unser Leitungswasser trinken. Ich kann in der Beziehung bemerken, daß im vorigen Jahre die Erkrankungen und die Sterblichkeit an Magen- und Darmkatarrhen eine verhältnismäßig geringe gewesen ist. Wenn das Leitungswasser schlecht gewesen wäre, wie Herr Wesemeier doch andeuten will, so hätten wir derartige Erkrankungen in größerer Zahl gehabt, auch die Sterblichkeit, besonders bei kleineren Kindern, wäre größer gewesen. Das möchte ich Herrn Wesemeier und seinen Freunden besonders zu Gemüte führen, weil sie geneigt sind, über unsere mangelhaften Gesundheitszustände und über mangelhafte Ernährung der unteren Volksschichten zu klagen.

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Die Bekanntmachung, die Herr Stadtverordneter Dr. Henking wünscht, damit die Hausfrauen sich darnach einrichten können, kann der Magistrat nicht erlassen, denn es handelt sich regelmäßig darum, daß die Verunreinigungen des Wassers durch Rohrbrüche veranlaßt sind, und die kann man nicht voraussehen. Die Sache liegt folgendermaßen: Wenn ein Rohrbruch vorkommt oder überhaupt eine Reparatur an den Rohren vorgenommen wird, müssen die gewöhnlichen Zuführungsröhre für die Straßen abgesperrt werden, und dadurch bekommt der Lauf des Wassers in den Rohren eine andere Richtung. Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß die Rostteile, die sich angelegt haben, sich nicht in Bewegung setzen, wenn das Wasser regelmäßig in derselben Richtung läuft, aber bei entgegengesetzter Strömung lösen sich die Teile los. Es ist auch leider eine Tatsache, daß durch das Vorhandensein der beiden Werke, die abwechselnd arbeiten, in dieser Beziehung Mängel hervorgerufen werden, denn das Wasser der beiden Werke läuft tatsächlich in verschiedener Richtung, und dadurch wird der Rost gelöst. Wir müssen uns dadurch helfen, daß wir am Schlusse und auch während des Winters mehrfach die Hydranten öffnen, so daß der Schmutz beseitigt wird.

**Stadtb. Riefe:** Ich kann nur unterschreiben, was der Herr Oberbürgermeister zuletzt sagte: Gerade weil das Wasser von beiden Seiten kommt, löst sich der Rost los und die Hydranten können deshalb keineswegs zu oft aufgemacht werden. Wer dabei einmal zugeesehen hat, wird gesehen haben, was für schmutziges Wasser dabei herausfließt. Nun bin ich freilich kein Bazillenängstlicher und auch kein Bazillensucher. Aber ich habe doch gesehen, als das Rünninger Wasserwerk angelegt wurde und in der Erde die zweite Etage angebohrt wurde, daß da

festgestellt wurde, daß der Chlorgehalt in der unteren Etage viermal stärker war als in der oberen. Daher hat die Quellwasserdeputation diesen Brunnen auch wieder geschlossen. Immerhin muß ich sagen, wenn der Chlorgehalt zu stark ist, so ist er auch schädlich, und ich wünsche nicht, daß er auch bei uns die Höhe von 400 wie in Magdeburg erreicht. Selbst hier ist es des Guten schon zu viel.

Daß der Rost sich löst, liegt ja allerdings daran, daß das Wasser plötzlich in anderer Richtung läuft. Aber auch unsere öffentlichen Brunnen sind zu wenig offen gewesen. Wäre das geschehen, so hätte das der Verschmutzung schon bedeutend entgegengewirkt. Ob zu viel oder zu wenig Wasser vom Domesee genommen wird, hat sich auch dadurch gezeigt, daß die Brunnen am Bülden zeitweise wieder Wasser erhalten haben. Das neue Wasserwerk in Rünningen ist doch auf eine Leistung von 20 000 Kubikmeter eingerichtet und wird auch ausreichen, wenn die öffentlichen Brunnen Wasser laufen lassen. Das kann bestimmt geschehen, wenn die dritte Wasserfassung erst eingebaut ist. Dann sind wir in der Lage, den einen Wunsch zu erfüllen und damit zugleich die Verschmutzung der Rohre zu beseitigen.

**Stadtv. Besemeier:** Ich sowohl wie meine Freunde sind für jeden guten Rat, der uns erteilt wird, dankbar, aber Herr Dr. Henking hat sich damit an die falsche Adresse gewandt. Er hätte seine Worte an seine eignen Freunde richten müssen. Ich will nur bemerken, daß der Chlorgehalt des Wassers im Bürgerverein zur Sprache gebracht ist, und daß dort sehr heftige Angriffe gegen den Magistrat erhoben sind. Das hat mich bedenklich gemacht. In der bürgerlichen Presse stand, ein Versehen sei vom Magistrat begangen, weil ohne Prüfung zugelassen sei, Kaliabwässer in die Schunter zu leiten und infolge des Schunterwassers, das in das Domeseewasserwerk getreten wäre, der Chlorgehalt ein starker sei. Es ist besser, daß das hier klargestellt wird als in jenen Konventikeln, die Ihrer Richtung angehören, und aus denen die falschen Nachrichten kommen.

Der Voranschlag der städtischen Wasserwerke wird genehmigt.

#### **Voranschlag für den Ausgleichsfonds.**

(Ohne Debatte angenommen.)

#### **Voranschlag der Umsatzsteuer.**

(Ohne Debatte angenommen.)

#### **Voranschlag der Kanalbaufasse.**

(Ohne Debatte angenommen.)

### **Voranschlag des städtischen Schlachthauses.**

**Stadtv. Bunge:** In Nummer 2 des Begleitschreibens zum Etat habe ich mit Freude gelesen, daß auf den Bau des Viehhofes hingewiesen wird, aber zu meinem Bedauern sehe ich, daß in dem Etat selbst auch nicht das Geringste enthalten ist, woraus man schließen könnte, daß mit dem Bau des Viehhofes bald angefangen werden soll. Ich möchte mir die Anfrage an den Magistrat erlauben, ob denn die Schwierigkeiten noch nicht behoben sind, die dem Bau entgegenstehen, so daß wir wohl auf absehbare Zeit den Viehhof noch nicht bekommen können.

**Stadtrat von Frankenberg:** Wenn sich Herr Stadtverordneter Bunge gefreut hat, daß im Begleitschreiben auf die bevorstehende Erbauung des Viehhofes hingewiesen ist, so kann ich diese Freude verdoppeln oder verdreifachen, indem ich mitteile, daß morgen sich der Schlachthofauschuß — wie ich hoffe, zum letzten Male, bevor die Sache an die Stadtverordneten gelangen wird — mit der Sache beschäftigen wird. Es war nur noch nötig, daß mit der einflußreichen Nachbarin des Viehhofes, der Landeseisenbahn, über die Führung der Anschlußgleise ein Einvernehmen erzielt wurde. Das ist geschehen, und ich bin der Ansicht, daß der Magistrat imstande ist, in der nächsten Zeit der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zu machen.

Der Voranschlag des Schlachthauses wird angenommen.

### **Voranschlag der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen.**

**Stadtv. Hesse** (zu 397/398): Unter Nummer 26 ist ein Posten für den Fußballklub Eintracht aufgeführt. Das ist ein so reicher Verein, daß er sich wohl leisten könnte, seine Existenz auch ohne diesen Zuschuß zu führen. Ich möchte bitten, den Zuschuß zu streichen, ebenso auch die Position 43: Ortsverein des Jungdeutschländbundes. Wenn Sie bedenken, daß für die Arbeiter-Turnvereine nicht einmal die Turnhallen zur Verfügung gestellt sind, wo doch das Turnen als notwendig und als gesundheitsfördernd anerkannt worden ist, dann wird es in der Beziehung Unmut erregen, wenn derartige Posten, wie die eben genannten, ausgemorfen werden. Das würde nach meiner Meinung den Klassenhaß schüren, und das möchte ich gern vermieden sehen. Aus diesem Grunde bitte ich, diesen Posten zu streichen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Daß der Fußballklub Eintracht mit dem Klassenhaß weder seinem Namen, noch seinen Grundsätzen nach etwas zu tun hat, darüber, glaube ich, sind wir uns alle klar. Das hat auch der Herr Vorredner

nicht behaupten wollen. Wir haben mit Zustimmung der geehrten Herren seit einer Reihe von Jahren diesem Fußballklub Eintracht aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen eine Beihilfe gewährt, weil sich nicht leugnen läßt, daß dieser Klub eine gewisse führende Stellung unter den Fußballvereinigungen einnimmt, und daß er bemüht ist, durch Veranstaltung von Wettkämpfen auch mit auswärtigen Fußballklubs für Anregung auf seinem Gebiete zu sorgen. Das ist heutiges tags von nicht wenig Wert. Also reich ist der Verein auch nicht. Es ist bekannt, daß er mit großen Sorgen daran denkt, einen neuen Spielplatz anlegen zu müssen. Ich bitte, es bei dem Zuschuß bewenden zu lassen.

Auch was den Jungdeutschlandbund anbetrifft, so bitte ich, es bei dem bisherigen Zuschuß zu belassen. Der Jungdeutschlandbund trägt wohl dazu bei, nicht den Klassenhaß zu schüren, sondern ihm entgegenzutreten. Ich wenigstens finde es durchaus erfreulich, wenn jüngere und ältere Offiziere mit jungen Leuten, Schülern und Lehrlingen unsere schöne Umgebung durchwandern und mit ihnen auf diese Weise in nähere Berührung kommen. Das ist keine Förderung des Klassenhasses, sondern nur eine Förderung des Friedens in der Bevölkerung.

**Stadtv. Hesse:** Ich habe nichts dagegen, wenn sich junge Leute unter Führung von Offizieren zusammenfinden und Spaziergänge unternehmen. Aber ich sehe nicht ein, warum das auf städtische Kosten geschehen soll. Wenn von seiten der Arbeiter derartige Forderungen gestellt würden, dann würden sie doch glatt abgelehnt werden. Aus diesem Grunde meine ich, daß durch die Bewilligung die Klassengegensätze verschärft werden.

Die beiden Zuschüsse werden nacheinander bewilligt und der Voranschlag der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen genehmigt.

---

**Stadtv. Mohr:** Nachdem die Voranschläge der selbständigen Verwaltungen erledigt sind, liegt noch der Antrag des Magistrats vor, die Zustimmung dazu erteilen zu wollen, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 Prozent des Grundsteuerkapitals festgestellt wird.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage zu.

**Vorsitzender:** Damit ist die Beratung und Feststellung des Stadthaushaltsplans beendet. Der vorgerückten Zeit wegen lassen Sie uns die übrigen Punkte der Tagesordnung bis auf zwei eilige Sachen zurückstellen.

## 2. Antrag Frede: Einrichtung von Preßgasbeleuchtung in dem Straßenzuge Poststraße—Altstadtmarkt—Sonnenstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf tunlichst baldige Vernehmung des Straßenzuges Poststraße—Altstadtmarkt—Sonnenstraße mit Preßgasbeleuchtung Bedacht zu nehmen.“

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Der Bezirksverein des Hohe- und Wilhelmitores hat, soviel ich gehört habe, eine Eingabe an den Magistrat gemacht, in der gebeten wird, den genannten Straßenzug bis zur Sonnenstraße mit besserer Beleuchtung zu versehen. Ob darauf eine Antwort erfolgt ist, weiß ich nicht. Jedenfalls hat der Herr Oberbürgermeister heute eine Erklärung abgegeben, wonach sie nicht in Aussicht genommen ist. Ich kann nicht übersehen, welche Hindernisse dieser Einrichtung entgegenstehen, möchte aber doch die Herren bitten, meinem Antrag zu entsprechen, den Magistrat zu ersuchen, daß die Vernehmung dieses Straßenzuges mit Preßgasbeleuchtung in die Wege geleitet wird, und zwar aus zwei Gründen: Zunächst ist der Straßenzug Poststraße—Altstadtmarkt—Sonnenstraße mit der interessantesten Teil der Stadt, und vor allen Dingen hat es aus diesem Grunde der Altstadtmarkt nötig, daß er entsprechend beleuchtet wird. Außerdem ist dieser Straßenzug die einzige Verkehrsader vom Osten zum Westen. Zumal in der Sonnenstraße ist der Verkehr, wie die Herren aus Erfahrung wissen, bei der Enge der Straße geradezu beängstigend, so daß es angebracht ist, hier eine bessere Straßenbeleuchtung, wie sie die Preßgasbeleuchtung bietet, einzurichten.

**Vorsitzender:** Ich überweise den Antrag der Baukommission zur Vorberatung. Die Herren sind wohl einverstanden, daß wir die beiden andern Anträge heute zurückstellen. (Zustimmung).

## 3. Ankauf eines Schrankes für das städtische Museum.

Stadtv. **Löhnefinte:** Ich bin in der angenehmen Lage, von Ihnen die Zustimmung zu einer Geldausgabe aus der Fideilstiftung erbitten zu können. Es handelt sich um den Ankauf eines aus der Zeit von circa 1720 herstammenden großen Kleiderschranks. Dieser ist durch den Museumsdirektor Fuhse bei einem Antiquitätenhändler besichtigt worden und wird von ihm als Objekt von wirklich künstlerischem Wert bezeichnet. Herr Direktor Fuhse berichtet darüber: „Es ist ein norddeutscher Schrank nach der Architektur, mit starken Ausladungen, Intarsien und Pfeilern mit korinthischen Kapitälchen, wohl sicher von einem Braun-

schweiger Tischler gefertigt. Er hat Ähnlichkeit mit dem aus der Nettelbeck'schen Familie stammenden Schranke, der im Besitz des Museums ist, übertrifft ihn aber noch an Feinheit der Arbeit. Meiner Ansicht nach wäre es sehr wünschenswert, daß dieses seltene und schöne Stück der Stadt erhalten bliebe, und ich möchte deshalb den Antrag stellen, es für das Museum zu erwerben." Nun kostet dieser Schrank allerdings ein erhebliches Geld; es sind 2300 *M* dafür erforderlich. Deshalb sieht sich Herr Direktor Fuhse veranlaßt, die Bewilligung eines Extrazuschusses bei den städtischen Behörden zu erbitten. Statmässig steht ihm die Summe von 4000 *M* zur Verfügung, und damit sind bei den andern Ausgaben keine großen Sprünge zu machen. Die Museumsdeputation hat sich für den Erwerb ausgesprochen, die Verwaltung der Jüdelstiftung hat die nötige Summe zur Verfügung gestellt, und der Magistrat beantragt, hierzu die Genehmigung zu erteilen. Die Finanzkommission ist der Ansicht, daß jede Gelegenheit, unsere Sammlung mit wertvollen Stücken zu vermehren, mit Freude zu ergreifen sei, und gibt den geehrten Herren anheim, dem Antrage des Magistrats zu entsprechen.

Die Zustimmung der Versammlung zu der Ausgabe aus Abteilung III der Jüdelstiftung wird erteilt.

#### 4. Anschaffung einer rechnenden Schreibmaschine.

Stadtb. **Leue:** Die Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke hat sich an den Magistrat gewandt mit der Bitte, eine rechnende Schreibmaschine zu beschaffen, und zwar zur Vereinfachung der Buchhaltungsgeschäfte, insbesondere zum Auszuschreiben der Gasrechnungen. Diese rechnende Schreibmaschine ist eine sehr sinnreiche Erfindung, mit der es möglich ist, die Rechnungen nicht nur auszuschreiben, sondern auch gleichzeitig die einzelnen Beträge zu addieren, Subtraktionen vorzunehmen usw. Die Deputation für die Gaswerke hat sich auch an die Magistrate anderer Städte gewendet, die diese Maschine im Gebrauch haben, und um Auskunft über die damit gemachten Erfahrungen gebeten. Diese Mitteilungen der Städte, z. B. aus Bielefeld, Danzig, Chemnitz usw., liegen hier vor. Die Auskünfte sind sehr günstig, teilweise wird eine erhebliche Ersparnis an Personal herausgerechnet; unsere Direktion der Gas- und Wasserwerke rechnet mit einer solchen von zwei Schreibern. Da diese Ersparnis jährlich 2000 *M* beträgt, so wären damit die Kosten der Maschine (2300 *M*) in wenigen Jahren gedeckt. Eine ähnliche Maschine habe ich mir persönlich angesehen. Die Vorteile, die die Maschine bietet, lassen den Gedanken gerechtfertigt erscheinen, daß wir uns mit der Anschaffung einverstanden erklären, da es sich hier darum handelt, den Betrieb praktisch und einfach einzurichten. Nachdem die Finanzkommission sich eingehend mit dieser Frage befaßt hat, ist sie zu der Ansicht gekommen, daß das Geld gut an-

gelegt ist, und empfiehlt Ihnen durch mich, die Zustimmung dazu zu geben, die Summe von 2300 M. zum Zwecke der Beschaffung einer rechnenden Schreibmaschine zu bewilligen. Die Kosten sollen aus den Betriebseinnahmen der Gaswerke gedeckt werden.

Die Versammlung ist mit der Anschaffung der rechnenden Schreibmaschine einverstanden, und der Herr Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8½ Uhr.

---







